

Das Ehrenamt nutzen: Zur Entstehung einer staatlichen Engagementpolitik in Deutschland

Neumann, Daniela

Veröffentlichungsversion / Published Version
Dissertation / phd thesis

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
transcript Verlag

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Neumann, D. (2016). *Das Ehrenamt nutzen: Zur Entstehung einer staatlichen Engagementpolitik in Deutschland*. (Gesellschaft der Unterschiede, 29). Bielefeld: transcript Verlag. <https://doi.org/10.14361/9783839432785>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

DAS EHRENAMT NUTZEN

Daniela Neumann

Zur Entstehung
einer staatlichen
Engagementpolitik
in Deutschland

Daniela Neumann
Das Ehrenamt nutzen

Daniela Neumann ist Projektleiterin der Baden-Württemberg Stiftung im Bereich Bildung (Stuttgart). Die Schülerin von Prof. Dr. Stephan Lessenich verfasste ihre Dissertation im Rahmen des Graduiertenkollegs »Die Grenzen der Zivilgesellschaft« am Max-Weber-Institut für Soziologie der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg. Im Jahr 2011 wurde sie mit dem Examenspreis der Friedrich-Schiller-Universität Jena für das beste Erste Staatsexamen im Lehramt an Gymnasien ausgezeichnet.

DANIELA NEUMANN

Das Ehrenamt nutzen

Zur Entstehung einer staatlichen Engagementpolitik in Deutschland

[transcript]



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 4.0 Lizenz (BY-NC-ND). Diese Lizenz erlaubt die private Nutzung, gestattet aber keine Bearbeitung und keine kommerzielle Nutzung. Weitere Informationen finden Sie unter

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de/>.

Um Genehmigungen für Adaptionen, Übersetzungen, Derivate oder Wiederverwendung zu kommerziellen Zwecken einzuholen, wenden Sie sich bitte an rights@transcript-verlag.de

© 2016 transcript Verlag, Bielefeld

Die Verwertung der Texte und Bilder ist ohne Zustimmung des Verlages urheberrechtswidrig und strafbar. Das gilt auch für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und für die Verarbeitung mit elektronischen Systemen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Umschlaggestaltung: Kordula Röckenhaus, Bielefeld

Satz: Mark-Sebastian Schneider, Bielefeld

Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar

Print-ISBN 978-3-8376-3278-1

PDF-ISBN 978-3-8394-3278-5

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Besuchen Sie uns im Internet: <http://www.transcript-verlag.de>

Bitte fordern Sie unser Gesamtverzeichnis und andere Broschüren an unter: info@transcript-verlag.de

Inhalt

Vorwort | 7

1. Die gesellschaftliche (Neu-)Entdeckung des freiwilligen Engagements in Deutschland | 9

2. Die Regierung der Freiwilligkeit | 23

- 2.1 Theoretisch-methodologische Vorüberlegungen | 23
- 2.2 Diskurs und Dispositiv als analytische Rahmenkonzepte | 43
- 2.3 Die Regierung der Freiwilligkeit aus Sicht der Gouvernamentalitätstheorie | 57
- 2.4 Zum Verhältnis von Subjekt und Diskurs | 64
- 2.5 Die institutionelle Dimension der Engagementförderung im Fokus hegemonialer Kämpfe | 72
- 2.6 Von der Diskursbeschreibung zur Diskurserklärung | 82

3. Methodisches Vorgehen I | 93

- 3.1 Diskursanalyse als Untersuchungsprogramm | 93
- 3.2 Spezifizierung des Erkenntnisinteresses | 96
- 3.3 Datenerhebung: Textkorpus und Theoretical Sampling | 99
- 3.4 Datenauswertung | 107
- 3.5 Ergebnisdarstellung | 114

4. Die Dispositive der Freiwilligkeit | 119

- 4.1 Storyline »traditionelles Ehrenamt« | 119
- 4.2 Storyline »Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre« | 121
- 4.3 Storyline »Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource« (1994 bis 1998) | 137
- 4.4 Storyline »Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource« (1998 bis 2002) | 162
- 4.5 Storyline »Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource« (2003 bis 2009) | 199
- 4.6 Die Dispositive der Freiwilligkeit im Überblick | 265
- 4.7 Der (Be-)Deutungswandel des freiwilligen Engagements in Deutschland zwischen 1985 und 2009 | 279

5. Methodisches Vorgehen II | 285

- 5.1 Die diskursiven Kontroversen über die institutionalisierte Gestalt einer staatlichen Engagementpolitik | 285
- 5.2 Politische Diskursanalyse als Hegemonieanalyse | 287
- 5.3 Von der Aufdeckung zur Erklärung diskursiven und politischen Wandels | 295
- 5.4 Ergebnisdarstellung | 303

6. Die Genese einer staatlichen Engagementpolitik in Deutschland | 307

- 6.1 Diskursstrukturierung: Die deutsche Kontroverse über die institutionelle Dimension der Engagementförderung (1985 bis 1998) | 307
- 6.2 Zur Intensivierung der diskursiven Dynamik engagementspezifischer Debatten: Ein Erklärungsansatz | 337
- 6.3 Die Erklärungskraft hegemonialer Konflikte für den Wandel der Dispositive der Freiwilligkeit (1985 bis 1998) | 356
- 6.4 Diskursinstitutionalisierung: Die Etablierung der Engagementpolitik als eigenständiges Politikfeld des Bundes (1998 bis 2009) | 359
- 6.5 Hochkonjunktur und Normalisierung der engagementspezifischen Debatten auf der bundespolitischen Ebene: Ein Erklärungsansatz | 405
- 6.6 Die Erklärungskraft hegemonialer Konflikte für den Wandel der Dispositive der Freiwilligkeit (1998 bis 2009) | 424

7. Fazit: Die Potenziale des Ehrenamtes als Ressource der Selbst- und Nächstenhilfe nutzen | 431

8. Literatur | 445

9. Anhang: Korpus der Dispositiv- und Hegemonieanalyse | 475

- 9.1 Textkorpus I (1983 bis 2009) | 475
- 9.2 Textkorpus II (2010 bis 2012) | 502

Vorwort

Das vorliegende Buch stellt die geringfügig überarbeitete und gekürzte Fassung meiner im Februar 2015 von der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg angenommenen Dissertationsschrift dar. Für die Umsetzung dieses in jeder Hinsicht umfangreichen Promotionsvorhabens bedurfte es der Unterstützung einer Vielzahl von Personen und Institutionen, die an dieser Stelle lobend Erwähnung finden sollen.

Auf der institutionellen Seite ist zunächst die Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg zu nennen, die ich als gebürtige Jenenserin im Laufe der Zeit dann doch lieb gewonnen habe. Die Promotion an dieser traditionsreichen Universität wurde mir dankenswerterweise ermöglicht durch ein Stipendium der Graduiertenakademie Heidelberg nach dem Landesgraduiertenförderungsgesetz im Rahmen des Promotionskollegs »Die Grenzen der Zivilgesellschaft«. Das vom Max-Weber-Institut für Soziologie in Zusammenarbeit mit dem Centrum für soziale Investitionen und Innovationen (CSI) Heidelberg durchgeführte Graduiertenkolleg bildete nicht nur den organisatorischen Rahmen meiner Dissertation, sondern bot mir mit seinem vielfältigen Curriculum zugleich eine produktive und intellektuell anregende Arbeitsatmosphäre. Diesen Institutionen sowie den am Promotionskolleg beteiligten Hochschullehrern und Koordinatoren spreche ich hierfür meinen Dank aus.

Ganz besonders möchte ich den beiden Betreuern und Gutachtern meiner Dissertation, Prof. Dr. Thomas Kern und Prof. Dr. Stephan Lessenich, für die intensive Betreuung und Förderung danken. Sie haben mich mit ihren Anregungen stets herausgefordert, zur Präzision angetrieben und persönlich in meinem Vorhaben bestärkt. Ihre wertvollen fachlichen Impulse sowie den vertrauensvollen Umgang – wenngleich oftmals nur aus der Ferne – habe ich besonders geschätzt.

Kollegial und freundschaftlich verbunden fühle ich mich meinen Mitstreiterinnen und Mitstreitern im Promotionskolleg Ulrich Bachmann, Thomas Laux, Stina Preus, Dinah Schardt, Ines Sieckmann und Daniel Vetter, die mit mir gemeinsam diesen – mitunter steinigen – Weg gegangen sind und mir das Gefühl von Heimat vermittelt haben. Ebenfalls stark beeinflusst wurde meine Arbeit durch die wertvollen Hinweise und fachlichen Diskussionen mit Dr. Georg Mildenberger, Prof. Dr. Martin Nonhoff und Dr. Eckhard Priller, mit denen ich gemeinsam einige gordische Knoten lösen konnte. Allen Kolleginnen und Kollegen des Max-Weber-Instituts für Soziologie in Heidelberg wie auch den Mitarbeitenden des Arbeitsbereichs »Gesellschaftsvergleich und Sozialer Wandel« der Universität Jena danke ich für zahlreiche Gespräche und Anregungen. Zu guter Letzt schulde ich Dr. Matthias

Boll, Christel Drechsler, Andreas Gottschalk, Edith Neumann, Kerstin Siegel, Michael Wustmann und Dr. Peter Wustmann sehr großen Dank, die mein Manuskript lasen und letzte Korrekturen anregten.

Gewidmet ist diese Arbeit all jenen Menschen, die mich in den vergangenen Jahren auf ihre ganz persönliche Weise unterstützt und mir immer wieder vor Augen geführt haben, dass es auch ein Leben neben und nach der Dissertation gibt.

Daniela Neumann

Heidelberg, im Juli 2015

1. Die gesellschaftliche (Neu-)Entdeckung des freiwilligen Engagements in Deutschland

»Die Renten sind nicht mehr sicher, die Kosten der Arbeitslosigkeit enorm. Die gesetzliche Krankenversicherung ist überfordert. Die Ausgaben für Sozialhilfe strapazieren die Haushalte der Kommunen bis an die Grenzen.« (Sachße 2000: 75) Diese von Christoph Sachße zur Jahrtausendwende benannten Symptome sozialstaatlicher Erschöpfung haben bis heute nichts von ihrer Dringlichkeit und Brisanz verloren. Auch seine Schlussfolgerung ist aktueller denn je: »Die Reproduktion des Sozialen kann heute offenbar nicht mehr allein den kollektiv finanzierten, professionell und bürokratisch organisierten Großsystemen des Wohlfahrtsstaates überlassen bleiben. Das Engagement der Bürger selbst – auch und gerade im sozialen Sektor – ist verstärkt gefragt.« (Ebd.) Freiwilliges Engagement, das im Umfeld der Vereine, Verbände, Parteien und Gewerkschaften lange Zeit unauffällig – fast unbemerkt sowohl von den Organisationen selbst als auch von den Medien oder der Politik – stattfand, rückte angesichts der Probleme wohlfahrtsstaatlicher Sicherungssysteme plötzlich wieder ins Zentrum sozialpolitischer Debatten. Wichtige Impulsgeber dieser Wiederentdeckung der Freiwilligkeit waren die klassischen Ehrenamtsorganisationen selbst, die seit Mitte der 1980er Jahre zunehmend über das Nachlassen ehrenamtlicher Beteiligung in den eigenen Reihen klagten und hierbei den Topos von der »Krise des Ehrenamtes« prägten (u.a. Born 1988; Albert 1993: 10).¹ Diese Defizitdiagnose, die sowohl mediale als auch wissenschaftliche und politische Aufmerksamkeit erregte, ging mit einer bis heute anhaltenden Bedeutungsaufwertung freiwillig geleisteter Tätigkeiten einher.

1 | Das Problembewusstsein für die nachlassenden Engagiertenzahlen war besonders bei den deutschen Wohlfahrtsverbänden stark ausgeprägt, da diese seit Anfang der 1990er Jahre angesichts stagnierender öffentlicher Sozialausgaben und der Reform der Sozialgesetzgebung ihre bisherige privilegierte Position in der sozialen Dienstleistungserbringung einbüßten und sich dem Wettbewerb mit privatgewerblichen Anbietern stellen mussten (vgl. hierzu Rauschenbach/Sachße/Olk 1995). Diese Umstellung zwang die Wohlfahrtsverbände nach Angaben der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) zu einem »Spagat zwischen betriebswirtschaftlicher Funktionsfähigkeit und Gemeinwohlorientierung sowie professionellem und freiwilligem Engagement« (BAGFW 1997: 5), was wiederum zu einer deutlichen Verminderung ihrer Attraktivität als Tätigkeitsfeld für Ehrenamtliche führte.

Der hieraus resultierende neue Umgang mit dem Thema Freiwilligenarbeit lässt sich auf die folgenden Entwicklungslinien zuspitzen: Freiwilliges Engagement entwickelte sich in den vergangenen drei Jahrzehnten von einem wissenschaftlichen Randthema zum viel diskutierten Forschungsphänomen, vom medial vernachlässigten Thema der Kommunalberichterstattung zum nationalen Medienereignis sowie vom politisch wenig beachteten, allenfalls verbal gelobten sozialen Phänomen zum politischen Hoffnungsträger angesichts sozialstaatlicher Finanzierungs- und Versorgungsengpässe. Die hier skizzierte Hochkonjunktur engagementspezifischer Themen in unterschiedlichen Gesellschaftsbereichen lässt keinen Zweifel daran, dass freiwilliges Engagement in den letzten drei Jahrzehnten buchstäblich aus dem Schatten der traditionellen Wohlfahrtsorganisationen ins Licht der wissenschaftlichen, medialen und politischen Aufmerksamkeit getreten ist. Im Zuge dessen avancierte freiwilliges Engagement in der öffentlichen Wahrnehmung von einer als Privatangelegenheit des Einzelnen betrachteten Tätigkeit zur gesellschaftlichen Produktivitätskraft von hohem politischem Interesse. Ihren wohl deutlichsten Niederschlag findet diese Neubestimmung des Verhältnisses »von Öffentlichkeit und Privatsphäre, von öffentlicher Sozialverantwortung und privater Wohlfahrtskultur [...] [bzw.] individuelle[r] Selbstverantwortung« (Sachße 2000: 87) in der Etablierung einer Engagementpolitik als eigenständiges Politikfeld des Bundes seit der Jahrtausendwende (Olk/Klein/Hartnuß 2010a).

Die letzten drei Jahrzehnte zeichnen sich jedoch nicht nur durch eine veränderte Wahrnehmung des freiwilligen Engagements aus, sondern es wird auch von einem Wandel der Ehrenamtlichkeit selbst gesprochen. Während in den traditionellen Ehrenamtsorganisationen über das Nachlassen der ehrenamtlichen Helfer² geklagt wurde, setzte sich in der Ehrenamtsforschung parallel dazu die These eines ehrenamtlichen Motivations- und Strukturwandels vom alten zum neuen Ehrenamt durch (u.a. Olk 1987, 1989a, 1989b; Rauschenbach 1991). Die Wissenschaftler widerlegten hiermit die Annahme einer Krise des Ehrenamtes, die zumeist mit einem allgemeinen Rückgang des freiwilligen Engagements in der Bevölkerung gleichgesetzt wurde, und öffneten vielmehr den Blick für die ehrenamtlichen Pluralisierungs- und Individualisierungstendenzen: Freiwilliges Engagement findet hiernach nicht mehr nur in den traditionellen Organisationen deutscher Wohlfahrtsstaatlichkeit statt, sondern auch im Rahmen anderer Organisationsformen, die sich, wie etwa Selbsthilfegruppen oder Bürgerinitiativen, durch große Gestaltungsfreiräume auszeichnen. Auch hinsichtlich der Motive wurde ein Wandel konstatiert: Während eine ehrenamtliche Tätigkeit in der Vergangenheit überwiegend als Ausdruck karitativer Pflichterfüllung oder familiärer Traditionen galt, avancierte freiwilliges Engagement in den seit Anfang der 1990er Jahre durchgeführten Freiwilligenbefragungen zum offen kommunizierten Tauschgeschäft, von dem sich die Freiwilligen neben Spaß und sozialen Kontakten mitunter auch eine Verbesserung ihrer beruflich verwertbaren Qualifikationen erwarten (Paulwitz 1996a; Hacket/Mutz 2002).

2 | Aus stilistischen Gründen wird in diesem Buch zur Benennung von Personen bzw. Personengruppen – mit Ausnahme von direkten Zitaten – grundsätzlich die männliche Form verwendet. Diese Bezeichnungen sind geschlechtsneutral und schließen die jeweiligen weiblichen Vertreterinnen mit ein.

Im Zuge dieser wissenschaftlichen Neubewertung und stärkeren quantitativen Vermessung des freiwilligen Engagements gelangte die Ehrenamtsforschung zudem zu der viel beachteten Feststellung, dass ein großer Teil der noch nicht freiwillig Engagierten grundsätzlich bereit sei, zukünftig eine freiwillige Tätigkeit zu übernehmen (u.a. Infas 1993: 10; Gaskin/Smith/Paulwitz 1996: 109; Heinze/Olk 1999: 77). Die Rede von der Krise des Ehrenamtes wurde folglich durch die wissenschaftlich forcierte Behauptung eines brachliegenden Engagementpotenzials deutlich abgeschwächt und relativiert. Es sind diese unter dem Terminus des ehrenamtlichen Struktur- und Motivationswandels subsumierten Prozesse der Abkopplung des Engagements von einer bestimmten Milieuzugehörigkeit und die steigende Bedeutung der »biographischen Passung« (Jakob/Olk 1991: 501), die seit Mitte der 1990er Jahre auch in politischen Kreisen Anlass zur Hoffnung gaben, dass durch die Hebung dieses brachliegenden Engagementpotenzials der Sozialstaat entlastet sowie gesamtgesellschaftliche Probleme, wie etwa die Krise der Arbeitsgesellschaft, soziale Desintegrationstendenzen oder der demografische Wandel, abgemildert werden könnten. Eine deutliche Intensivierung dieser engagementbezogenen Potenziale-Debatten rief der aktivierende Umbau des Sozialstaates zur Jahrtausendwende hervor, der sich die Wiederbelebung der Bürgergesellschaft und die Stärkung des Bürgerengagements explizit zur Aufgabe machte. Freiwilliges Engagement wurde in diesem Kontext einerseits zur wichtigen Ressource und zum aktivierbaren Potenzial für die Lösung der genannten gesellschaftlichen Krisen stilisiert; andererseits wurde mit Blick auf die Freiwilligen selbst von einem vorhandenen, aber bislang brachliegenden Engagementpotenzial gesprochen, das es durch engagementpolitische Maßnahmen zu heben gelte.

Bereits diese kurzen Ausführungen zeigen deutlich, dass das freiwillige Engagement in den letzten drei Jahrzehnten einen doppelten Wandlungsprozess durchlaufen hat, denn dem »gesellschaftlichen Wandel von Motiven und Formen der Ehrenamtlichkeit steht ein Wandel der Leitbilder und Diskurse zur Seite« (Heinze/Olk 1999: 78). Das lange Zeit als eine Privatangelegenheit jedes einzelnen Bürgers betrachtete freiwillige Engagement wird im Untersuchungszeitraum sowohl zum sozialpolitischen Hoffnungsträger als auch – aufgrund seines Nachlassens in den traditionellen Ehrenamtsorganisationen – zum gesellschaftlichen Problem erklärt, wobei beide Argumentationsstränge in einer ausufernden Potenzialrhetorik münden: »Viele engagieren sich bereits, und noch mehr sind dazu bereit. [...] Untersuchungen zeigen allerdings auch, dass ein nicht geringer Teil dieses Potenzials ungenutzt brachliegt.« (von der Leyen 2009: 8) Der Analyse des hier überblicksartig skizzierten (Be-)Deutungswandels des freiwilligen Engagements in Deutschland im Zeichen engagementspezifischer Krisendiagnosen und wohlfahrtsstaatlicher Transformationsprozesse zwischen 1985 und 2009 widmet sich die vorliegende Forschungsarbeit. Es wird davon ausgegangen, dass in diesem Zeitraum angesichts intensiver Debatten über die Lösung gesellschaftlicher Krisenerscheinungen, ehrenamtlicher Pluralisierungstendenzen und des aktivierenden Umbaus des Sozialstaates eine gesellschaftliche Neuverhandlung des freiwilligen Engagements stattgefunden hat, die als Wandel der Regierung der Freiwilligkeit verstanden und dechiffriert werden soll. Erkenntnisleitend ist hierbei die Fragestellung, welche Konsequenzen sich aus der sozialpolitischen Durchdringung des Engagementfeldes im Zuge des aktivierenden Sozialstaatsumbaus für den gesamt-

gesellschaftlichen Umgang mit Freiwilligkeit ergeben und inwiefern hier von einer neuen Regierung der Freiwilligkeit gesprochen werden kann.

Mit dieser Fragestellung sind zwei Untersuchungsschwerpunkte verknüpft: Erstens ist es notwendig, den veränderten gesellschaftlichen Umgang mit freiwilligem Engagement zwischen 1985 und 2009 im Zuge der viel beschworenen Krise des Ehrenamtes, der Ausweitung der politischen Krisendiagnosen und des sozialstaatlichen Transformationsprozesses offenzulegen. Da die Neuverhandlung des freiwilligen Engagements ihren wohl sichtbarsten Niederschlag in der schrittweisen Etablierung einer staatlichen Engagementpolitik in Deutschland seit der Jahrtausendwende gefunden hat, stellt die Analyse der institutionellen Dimension der Engagementförderung den zweiten Untersuchungsschwerpunkt dar. Indem den institutionellen Fragen der Hebung des brachliegenden Engagementpotenzials zwischen 1985 und 2009 besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird, soll gezeigt werden, dass sich bereits seit Ende der 1980er Jahre Debatten um die institutionalisierte Gestalt einer staatlichen Engagementpolitik zwischen Vereins- und Verbandsvertretern und politischen Verantwortungsträgern entsponnen hatten, die der Initiierung engagementpolitischer Maßnahmen seit dem Jahr 2000 vorausgingen und diesen gewissermaßen den Weg ebneten.

Zur Konkretisierung dieser Forschungsperspektive gilt es nachfolgend zunächst, den zentralen Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit, das freiwillige Engagement der Bürger, kurz begrifflich zu umreißen und diesen anschließend im Kontext des aktivierenden Sozialstaatsumbaus zu verorten. Die Präzisierung des Terminus freiwilliges Engagement ist deshalb besonders problematisch, da es bislang trotz – oder gerade wegen – der schier unüberschaubaren Vielzahl an engagementbezogenen Studien kein allgemeingültiges Konzept bzw. keine einheitliche Definition für freiwilliges Engagement gibt.³ Dementsprechend werden im »Wettbewerb um die semantische Lufthoheit« (Rauschenbach 1999: 69) sowohl in der analytisch-theoretischen Literatur als auch in empirischen Forschungsarbeiten Begriffe wie »Ehrenamt«, »bürgerschaftliches Engagement«, »Zivilengagement«, »gemeinwohlorientierte Arbeit« oder »Freiwilligenarbeit« gleichzeitig bzw. synonym verwendet. Auch das vorliegende Forschungsdesign ist nicht darauf ausgelegt, diese Sprachverwirrung durch Festlegung auf eine bestimmte Bezeichnung zu überwinden. Vielmehr muss die begriffliche Vielfalt als Ausdruck des gesamtgesellschaftlichen (Be-)Deutungswandels freiwilligen Engagements gelesen werden, dessen Aufdeckung sich diese Arbeit zum Ziel gesetzt hat. Bereits der terminologische Wechsel vom traditionellen milieugebundenen Ehrenamt in einem Wohlfahrtsverband zum selbstbestimmten freiwilligen Engagement in einem zeitlich befristeten Projekt von hohem persönlichen Interesse hin zum bürgerschaftlichen Engagement,⁴ das sowohl den Engagierten selbst als auch der

3 | Exemplarisch für die Vielzahl von Publikationen zum freiwilligen Engagement seien an dieser Stelle einige der zentralen Überblicksdarstellungen der letzten 15 Jahre benannt (Kistler/Noll/Priller 1999; Zimmer/Nährlich 2000; Heinze/Olk 2001; Bode/Evers/Klein 2009; Olk/Klein/Hartnuß 2010a; Olk/Hartnuß 2011; Priller u.a. 2011).

4 | Spätestens seit der Einsetzung der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages »Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements« (BT-Drs. 14/8900 2002) erfolgte im politischen Kontext eine begriffliche Schwerpunktverlagerung hin zum Terminus »bürgerschaftliches« oder »zivilgesellschaftliches Engagement«.

Gesellschaft insgesamt zugute kommen soll, gibt Aufschluss über die im Untersuchungszeitraum erfolgte Neuverhandlung des freiwilligen Engagements und die Verschiebung der Grenze zwischen Privatheit und Öffentlichkeit (Heinze/Olk 1999: 77f.). Dies bedeutet auch, dass sich die im Rahmen der Forschungsarbeit verwendete Terminologie jeweils den in einem bestimmten Zeitraum bzw. Gesellschaftsbereich vorherrschenden Begrifflichkeiten anpassen muss. Ein stetiger Wechsel der Bezeichnungen ist somit unvermeidlich. Lediglich auf eine diesbezügliche Einschränkung sei an dieser Stelle aufmerksam gemacht: In den von der Empirie losgelösten Ausführungen zum Untersuchungsgegenstand wird auf das im politischen Kontext sehr beliebte Attribut »bürgerschaftlich« weitgehend verzichtet, da erstens nicht jedes freiwillige Engagement auf der Grundlage eines lebendigen Bürgersinns ausgeübt wird⁵ und zweitens nur die wenigsten Freiwilligen nach Angaben des Freiwilligensurveys ihre Tätigkeit selbst als bürgerschaftliches Engagement bezeichnen würden (Gensicke/Geiss 2010: 15).⁶

Diese der empirischen Heterogenität geschuldete begriffliche Offenheit setzt sich mit Blick auf die inhaltliche Auslegung des Terminus fort. Auch hier wird ein weites Begriffsverständnis bevorzugt, da eine definitorische Ausgrenzung bestimmter Engagementbereiche dem Ziel dieser Arbeit, dem gesellschaftlichen Wandel im Umgang mit dem weiten Spektrum freiwilligen Engagements nachzuspüren, widersprechen würde. Aus diesem Grund wird der Terminus freiwilliges bzw. ehrenamtliches Engagement im Folgenden als

»eine Art von Sammel- und Oberbegriff für ein breites Spektrum unterschiedlicher Formen und Spielarten unbezahlter, freiwilliger und gemeinwohlorientierten [sic!] Aktivitäten [verwendet], wie z.B. alte und neue Formen ehrenamtlicher Tätigkeiten [...] in Vereinen, Kirchengemeinden, Wohlfahrtsverbänden etc., alte und neue Formen der Eigenarbeit, z.B. in Genossenschaften, Tauschringen etc., alte und neue Formen von gemeinschaftlicher Selbsthilfe, die Wahrnehmung öffentlicher Funktionen, z.B. als Schöffen, bei der Freiwilligen Feuerwehr etc. aber auch die Beteiligung an Bürgerbegehren und Bürgerentscheid, in Seniorenbeiräten, »runden Tischen« etc.« (Heinze/Olk 2001: 14)

Auf dieses allgemeine Begriffsverständnis aufbauend fußt die vorliegende Forschungsarbeit auf der Einsicht, dass sich im Untersuchungszeitraum insofern ein Wandel im Umgang mit freiwilligem Engagement abzeichnet, als sich dieses von einer »höchst persönliche[n] Angelegenheit im individuellen Nahraum« (Evers/Olk 2002: 6) ohne größere öffentliche Aufmerksamkeit zur politisch viel beachteten Ressource bzw. zum aktivierbaren Potenzial entwickelt hat. Dieser Prozess kann nur dann nachvollzogen werden, wenn man diesen im Kontext der sich gleichfalls

5 | Hier folge ich den Überlegungen von Adalbert Evers, der angesichts der Hochkonjunktur des Terminus »bürgerschaftliches Engagement« in öffentlichen und politischen Debatten sowie seiner ausnahmslos positiven Verklärung befürchtet, dass dieser zu einem inhaltsarmen und beliebigen Mode- und Allerweltswort degradiert werde (Evers 2009: 66). Evers spricht sich deshalb gegen die allgemeine Tendenz aus, dem Engagementbegriff »fast reflexartig« das Adjektiv »bürgerschaftlich« anzuhängen (ebd.: 73).

6 | Nach Angaben des dritten Freiwilligensurveys bevorzugen die meisten Freiwilligen zur Charakterisierung ihrer Tätigkeit die Bezeichnung Freiwilligenarbeit. An zweiter Stelle rangiert der Ehrenamtsbegriff (Gensicke/Geiss 2010: 15).

vollziehenden gesellschaftspolitischen Umbrüche, allen voran des »aktivierenden« Sozialstaatsumbaus in Deutschland, betrachtet.

Der Umbau des deutschen Sozialstaates im Sinne der Aktivierung seit Ende der 1990er Jahre ist eingebettet in einen internationalen Prozess des Umdenkens über die Grenzen und Möglichkeiten wohlfahrtsstaatlicher Leistungserbringung. Inspiriert vom Wahlerfolg des amerikanischen Präsidenten Bill Clinton im Jahr 1992, der einen auf die Arbeitsmarktaktivierung ausgerichteten Umbau des Sozialstaates zum neuen Leitbild seiner Politik erhob, setzten sich im weiteren Verlauf der 1990er Jahre auch sozialdemokratische Intellektuelle für eine Umsetzung dieser Idee in Europa ein (Esping-Andersen 1996; Giddens 1998; Esping-Andersen u.a. 2002). Spätestens mit der Lissabon-Erklärung der EU vom März 2000 wurden die Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit sowie die Etablierung aktiver Wohlfahrtsstaaten zum europäischen Projekt erklärt (Dahme/Wohlfahrt 2009: 248).

Ogleich sich der Wandel von einer aktiven Arbeitsmarktpolitik zur aktivierenden Beschäftigungspolitik bereits in der Regierungszeit Helmut Kohls abzeichnete, war es vor allem Bundeskanzler Gerhard Schröder, der mit einer Politik der »Neuen Mitte« nach seinem Regierungsantritt im Jahr 1998 den aktivierenden Umbau des deutschen Wohlfahrtsstaates entscheidend beschleunigte (vgl. hierzu Schröder/Blair 1999). Das grundlegende Ziel des aktivierenden Staates ist es, ein neues Verständnis von Wohlfahrtsstaatlichkeit jenseits neoliberaler Privatisierung und traditioneller staatlicher Daseinsversorgung zu etablieren. Der Staat zieht sich demnach nicht vollständig aus seiner Verantwortung zurück, sondern versteht sich als ermöglichender Staat, der im Rahmen der öffentlichen Aufgabenerfüllung zwar weiterhin die Gewährleistungsverantwortung übernimmt, ihre konkrete Ausgestaltung jedoch zunehmend dezentralen Akteuren überlässt. Im Mittelpunkt steht hierbei eine grundsätzliche Umstellung der sozialpolitischen Funktionslogik durch die Herstellung einer neuen Verantwortungsteilung zwischen Staat, Wirtschaft und (Zivil-)Gesellschaft (Lamping u.a. 2002: 27-35; Dahme/Wohlfahrt 2003: 85f.). Das neue aktivierende Staatsverständnis geht somit grundlegend mit der Wiederbelebung der Bürger- oder Zivilgesellschaft einher, die – inspiriert durch die Kommunitarismusdebatte (u.a. Etzioni 1968, 1994) – als moralbasiertes Gemeinschaftsgefüge verstanden wird, das »die notwendigen Umbauarbeiten am Sozialstaat nicht nur ertragen, sondern aktiv mit tragen und mit gestalten soll und dabei als Juniorpartner des Staates in die Umbauarbeiten mit eingebunden werden soll« (Dahme/Wohlfahrt 2009: 252). Hiermit untrennbar verbunden ist eine Bedeutungsaufwertung des einzelnen Bürgers, der in die Lage versetzt und ermutigt werden soll, aufkommende Probleme aktiv und selbständig zu lösen, anstatt sich auf die allseitige Versorgung durch den Staat zu verlassen (Olk 2001: 46f.; Trube 2004: 62). In Anlehnung an Stephan Lessenich ist demnach davon auszugehen, dass der aktivierende Staat auf die Produktion eigen- und sozialverantwortlicher Aktivbürger abzielt, bei denen »ökonomisch-rationale und moralisch-soziale Handlungsorientierungen eine glückliche Verbindung« eingehen (Lessenich 2008: 82). Mit einem neoliberalen Rückzug des Staates oder der Erweiterung individueller Handlungsspielräume hat das neue staatliche Leitbild folglich nur wenig gemein. Der hiermit einhergehende Wandel der Steuerungs- und Regulierungsstrategien kann vielmehr als ein Übergang zu einer Logik der sozialverpflichteten Selbstführung interpretiert werden, weshalb dieser Staatsumbau im Folgenden

nicht als neoliberal, sondern als »neozozial« bezeichnet wird (ebd.: 84; Lessenich 2009: 163-166).

Während die zentrale Formel der neozozialen Aktivierungsprogrammatisierung vom »Fördern und Fordern« zunächst vor allem auf die als »Hartz-Reformen« bezeichneten arbeitsmarktpolitischen Neuerungen und somit auf die Mobilisierung Erwerbsloser bezogen war, entwickelte sie sich seitdem auch mit Blick auf andere gesellschaftliche Bereiche zur handlungsleitenden Maxime der Sozialpolitik. Hierzu zählt neben der Frauen-, Migrations-, Bildungs- oder Altenpolitik auch der Umgang mit dem freiwilligen Engagement der Bürger: »Es geht darum«, so Altkanzler Gerhard Schröder, auch »das Engagement der Bürgerinnen und Bürger zu fordern und zu fördern.« (Schröder 2000c, vgl. Heinze/Strünck 2001: 106) Die Ausweitung der neozozialen Aktivierungsprogrammatisierung auf freiwilliges Engagement erscheint nur dann plausibel, wenn man – der empirischen Studie vorausgreifend – berücksichtigt, dass zwischen der Förderung des freiwilligen Engagements und der zur Jahrtausendwende proklamierten Stärkung der Bürgergesellschaft (Schröder 2000a) ein »emblematischer« Zusammenhang konstruiert wird (Hajer 2008: 290). D.h., wenn in bundespolitischen Debatten seit Ende der 1990er Jahre über die Aufwertung der Bürgergesellschaft gesprochen wird, dann geht es zumeist lediglich um die Förderung des freiwilligen Engagements als ein Spezialproblem der Bürgergesellschaftsdebatte. Diese emblematische Verknüpfung führt eine inhaltliche Engführung der Thematik herbei, die durch die Potenziale-Fokussierung der untersuchten Debatten noch zusätzlich forciert wird (vgl. hierzu Lessenich 2013): Die Diskussionen über die Förderung des freiwilligen Engagements werden im bundespolitischen Kontext angesichts der bereits erwähnten Vorstellung eines vermeintlich brachliegenden Engagementpotenzials zumeist auf die Frage verkürzt, wie diese ungenutzten Ressourcen durch geeignete institutionelle Maßnahmen gehoben, die Zahl der tatsächlich engagierten Menschen erhöht und so die viel beklagten gesellschaftlichen Krisenerscheinungen, sei es im Bereich der Integration, Bildung, Demografie oder Arbeitsmarktinklusion, überwunden werden können.

Die Hebung der brachliegenden produktiven Potenziale des Bürgerengagements bildet folglich die zentrale Zielsetzung der engagementbezogenen Aktivierungsprogrammatisierung des Staates seit der Jahrtausendwende. Die Freiwilligen, so könnte man diese Anrufungspraxis zusammenfassen, gelten hiernach als das unverzichtbare »Sozialkapital des neuen Jahrtausends«, das neben dem hochgelobten »Humankapital« als das »entscheidende Produktivkapital in der Informationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts« gehandelt wird und deshalb optimal genutzt werden muss (Bergmann 2001b: 11; zur allgemeinen Aufwertung einer in das Humankapital investierenden Sozialpolitik vgl. Esping-Andersen 2002a: 28, 2002b: 94). Die effektive Nutzung dieses Sozialkapitals dient jedoch nicht mehr nur der Förderung von Solidarität und Gemeinsinn, sondern ist »auch wichtig für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Gesellschaft und damit auch für unsere ökonomische Wettbewerbsfähigkeit« (Schröder 2001a). Diese im politischen Kontext stark rezipierten Einsichten gehen mit der Lancierung einer spezifischen politisch-sozialen Subjektivierungsprogrammatisierung einher, die den einzelnen Bürger dazu auffordert, über ein freiwilliges Engagement sowohl Verantwortung für sich selbst als auch für das allgemeine Wohl zu übernehmen. Diese neozoziale Anrufungspraxis wird begleitet durch das Versprechen, dass hiervon alle Beteiligten – im Sinne einer umfassenden Win-win-Situation – profitieren würden: »Bürgergesellschaftliches

Engagement kennt also nur Gewinner: Die Gesellschaft, den ehrenamtlich Tätigen und auch die Bürgerinnen und Bürger, denen so geholfen wird« (Schmidt 2005: 3). Mit der bundespolitischen Bedeutungsaufwertung der Bürgergesellschaft und des freiwilligen Bürgerengagements zur Jahrtausendwende untrennbar verbunden war zudem die Ansicht, dass der Staat auch mit Blick auf die institutionelle Dimension der Engagementförderung mehr Verantwortung übernehmen müsse. Die Etablierung einer staatlichen Engagementpolitik galt vor diesem Hintergrund als eine Investition in den Engagementbereich (Heinze/Strünck 2001: 105) und war mit der Hoffnung verknüpft, dass die Bürger hierdurch in die Lage versetzt werden, ihr Sozialkapital in produktiver Weise für sich selbst und die Gesellschaft einzusetzen.

Nachdem der Untersuchungsgegenstand dieser Forschungsarbeit nun einführend sowohl begrifflich umrissen als auch der aktivierende Sozialstaatsumbau als die zentrale Kontextbedingung des im Untersuchungszeitraum beobachtbaren (Be-)Deutungswandels des freiwilligen Engagements erläutert wurde, lässt sich die eingangs formulierte Zielsetzung dieser Studie nochmals wie folgt präzisieren: Das grundlegende Ziel dieser Forschungsarbeit besteht darin, eine systematische Aufarbeitung der gesellschaftlichen Neuverhandlung des freiwilligen Engagements in Deutschland zwischen 1985 und 2009 vorzunehmen und den Wandel nachzuzeichnen, der sich in diesem Zeitraum angesichts der viel beschworenen Krise des Ehrenamtes und des sozialstaatlichen Transformationsprozesses mit Blick auf die – gouvernementalitätstheoretisch gesprochen – Regierung der Freiwilligkeit vollzogen hat. Der Fokus liegt hierbei auf der Offenlegung der aktivierungspolitischen Durchdringung des Engagementfeldes im Zuge des Übergangs zum aktivierenden, investiven Sozialstaat, der sich zur Hebung brachliegender Engagementpotenziale sowohl einer auf den Freiwilligen bezogenen neosozialen Subjektivierungsprogrammatik als auch der Initiierung engagementpolitischer Maßnahmen bedient. Hieraus ergeben sich wiederum zwei Untersuchungsschwerpunkte: Erstens gilt es zu prüfen, inwiefern das weite Spektrum freiwilliger Tätigkeiten seit der Jahrtausendwende mit den typischen Verhaltensanforderungen der neosozialen Aktivierungsprogrammatik, wie Eigenverantwortung oder allseitige Aktivität, konfrontiert wird, wobei sowohl die Ebene der Regierungsprogramme als auch – zumindest überblicksartig – ihre alltagspraktische Umsetzung durch die Freiwilligen selbst in den Blick genommen werden. Zweitens wird die von der rot-grünen Bundesregierung forcierte staatliche Engagementpolitik einer eingehenden Analyse unterzogen, wofür vor allem zwei Gründe sprechen: Einerseits kann die Herausbildung eines speziell auf freiwilliges Engagement bezogenen, eigenständigen Politikfeldes des Bundes, das schon seit Ende der 1980er Jahre Gegenstand heftiger Debatten zwischen Vereins- und Verbandsvertretern und politischen Kräften war, zweifelsohne als wohl deutlichstes Zeichen der gesamtgesellschaftlichen Wiederentdeckung der Freiwilligkeit im Untersuchungszeitraum betrachtet werden. Andererseits stellt die staatliche Engagementpolitik ein Paradebeispiel für eine Politik mit dem (Engagement-)Potenzial dar und erweist sich somit als besonders fruchtbar für das hier verfolgte Ziel der Dechiffrierung bzw. Offenlegung der engagementbezogenen Regierungsprogrammatik.

In Ergänzung dieser Forschungsziele, zu deren Umsetzung diese Arbeit im Stande ist, seien an dieser Stelle diejenigen Aspekte benannt, die außerhalb ihrer Reichweite liegen: Angesichts der allgemeinen Zielsetzung, einen systematischen Überblick über den (Be-)Deutungswandel des freiwilligen Engagements in den

letzten drei Jahrzehnten zu geben, wird in dieser Arbeit darauf verzichtet, sowohl einer bestimmte Engagementform in allen Einzelheiten nachzuspüren als auch das gesamte Spektrum freiwilligen Engagements detailliert hinsichtlich der Motive, Tätigkeitsfelder, Verbreitungsgrade und organisationalen Kontexte zu erfassen. Einige dieser Informationen fließen zwar in die Analyse der alltagspraktischen Aneignungsmodi der engagementspezifischen Aktivierungsprogrammatik durch die (potenziellen) Freiwilligen ein, werden hier aber nur hinsichtlich dieser spezifischen Forschungsperspektive, nicht aber systematisch mit Blick auf verschiedene Engagementfelder ausgewertet. Der Gang der Analyse orientiert sich vielmehr an bestimmten, das ehrenamtliche Engagement im Allgemeinen betreffenden Ereignissen, die im Untersuchungszeitraum als entscheidende Schlaglichter der Neuverhandlung des freiwilligen Engagements in Erscheinung treten. Eine weitere Einschränkung betrifft die Analyse der institutionellen Dimension der Engagementförderung, in deren Fokus die Etablierung einer staatlichen Engagementpolitik seit der Jahrtausendwende steht. Hierbei geht es nicht um eine Wirkungsanalyse im Sinne der Evaluationsforschung, sondern darum, die Verwobenheit der engagementpolitischen Neuerungen des Bundes mit den Wissensbeständen der engagementbezogenen Aktivierungsprogrammatik offenzulegen. Dieser Schwerpunktsetzung ist es geschuldet, dass die engagementpolitischen Maßnahmen der Bundesländer und Kommunen (vgl. hierzu Otto u.a. 2003), die sich schon lange vor der Bundespolitik mit Fragen einer gelingenden Engagementförderung beschäftigten, nur am Rande thematisiert werden.

Bevor abschließend ein Überblick über die Kapitelfolge gegeben wird, gilt es zunächst, den disziplinären und theoretischen Hintergrund der Untersuchung – in aller Kürze – zu beleuchten. Diese Forschungsarbeit lässt sich grundlegend im Bereich der Politischen Soziologie verorten und schließt inhaltlich an die Erkenntnisse der Wohlfahrtsstaatsforschung, der Ehrenamts- und Zivilgesellschaftsforschung sowie der politikwissenschaftlichen Steuerungs- und Governancedebatten und Politikfeldanalysen an. In theoretisch-method(olog)ischer Hinsicht ist diese Studie an der Schnittstelle von Gouvernamentalitäts-, Diskurs- und Hegemonietheorie angesiedelt. In Abgrenzung zum konsensorientierten Habermasschen Diskursbegriff bilden die diskurstheoretischen Schriften Michel Foucaults (1978, 1981, 1994a) sowie seine späteren Veröffentlichungen zur Gouvernamentalität (Foucault 2004a, 2004b) den zentralen theoretischen Hintergrund dieser Forschungsarbeit. Mit Blick auf die hegemonietheoretische Dimension schließt diese Arbeit an die Rezeption des gramscianischen Hegemoniebegriffs von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe (1991) an, die diesen konsequent mit diskurstheoretischen Einsichten verknüpfen. In diesem Kontext wird vor allem auf die von Martin Nonhoff (2006) erarbeitete methodische Operationalisierung ihrer post-marxistischen Diskurs- und Hegemonietheorie Bezug genommen. Berücksichtigung erfahren ebenso solche Ansätze, die, wie etwa der institutionelle Konstruktivismus Maarten A. Hajers (1997) oder die Steuerungs- und Governancedebatten (u.a. Mayntz/Scharpf 1995; Schuppert 2006; Benz/Dose 2010), eher dem politikwissenschaftlichen Themenkanon angehören. Eine wichtige Inspirationsquelle stellt hierbei das von der Forschergruppe um Gerhard Göhler erarbeitete Konzept »weicher Steuerung« dar, das sich deshalb als anschlussfähig erweist, da der Steuerungsbegriff erstens von seiner klassischen staatsbezogenen Souveränitätsvorstellung befreit und zweitens

konsequent auf der Ebene diskursiver Mechanismen argumentiert wird (Göhler/Höppner/De La Rosa 2009a).

Ziel der nachfolgenden Kapitelübersicht ist es, die zentralen Analyse- und Argumentationsschritte der Studie in groben Zügen vorzuzeichnen. Angesichts der Komplexität dieses Forschungsdesigns, das auf einer Verknüpfung diskurs-, gouvernementalitäts- und hegemonietheoretischer Überlegungen beruht, beginnt das zweite Kapitel dieser Arbeit mit einer ausführlichen Herleitung der einzelnen theoretischen Konzepte und einer Begründung ihrer In-Beziehung-Setzung, so dass an dieser Stelle auf eine nähere Erläuterung derselben zugunsten einer gerafften Darstellung des zentralen Argumentationsverlaufes verzichtet wird. Im weiteren Verlauf des Theoriekapitels wird offengelegt, in welcher Weise gouvernementalitäts-, diskurs- und hegemonietheoretische Ansätze bei der Analyse der Regierung der Freiwilligkeit in fruchtbarer Weise miteinander kombinierbar sind. Mit dem Regierungsbegriff schließt diese Arbeit grundlegend an das Gouvernementalitätskonzept Michel Foucaults an, der den Regierungsbegriff von seiner Engführung auf den Staat befreit und allgemein als Kunst der »Menschenführung« (Foucault 2004a: 183), genauer gesagt: als komplexes Zusammenspiel von Fremd- und Selbstführung, konzeptualisiert. Dieses Begriffsverständnis harmoniert vor allem deshalb mit dem vorliegenden Forschungsdesign, da die Übernahme eines freiwilligen Engagements nicht mit Hilfe politischer Mechanismen erzwungen, sondern den Bürgern allenfalls durch Appelle und institutionelle Anreizprogramme nahegelegt werden kann. Außerdem sensibilisiert der Regierungsbegriff Foucaults für den Umstand, dass es sich bei der staatlich forcierten Aktivierung brachliegender Engagementpotenziale um eine »öffentlich-private Koproduktion« handelt (Denninger u.a. 2014: 26), bei der die Bürger nicht nur von außen zur Übernahme eines freiwilligen Engagements aufgefordert werden, sondern diese an ihrer Konstitution als engagierte Bürger, beispielsweise durch die Überführung ihrer persönlichen Engagementpotenziale in eine freiwillige Tätigkeit, auch selbst beteiligt sind. Insgesamt dient die Heranziehung der Gouvernementalitätsperspektive somit der Offenlegung der Verknüpfung von Wissen, Subjektivität und Macht, die die Strukturierung und Kalkulierbarkeit des Engagementfeldes ermöglicht und dieses so »regierbar« macht (Bröckling/Krasmann/Lemke 2000b: 22).

Verschiedene Schwachstellen der Gouvernementalitätstheorie, wie etwa die spiegelbildliche Gleichsetzung von Programm und Praxis, das Fehlen einer den empirischen Forschungsprozess anleitenden, method(olog)ischen Systematisierung und die Vernachlässigung des multidimensionalen Praxisvollzugs sowie diskursiver Kämpfe und Verwerfungen, werden durch Anschluss an die empirische Diskursforschung und hegemonietheoretische Überlegungen überwunden. Den Diskursbegriff Foucaults aufgreifend erlaubt die Bezugnahme auf die empirische Diskursforschung einerseits den Anschluss an die methodisch kontrollierten Verfahren der qualitativen Sozialforschung, wie etwa der Grounded Theory (Strauss 1991). Andererseits kann ausgehend vom methodologischen Primat des Diskurses (Kögler 2007: 347) und der Multidimensionalität der diskursiven Ordnung, in der epistemische, institutionen-, objekt- und körperbezogene Aussagen miteinander verwoben sind (Denninger u.a. 2014: 28), auch dem facettenreichen Praxisvollzug der Regierungsprogramme Aufmerksamkeit geschenkt werden. Der foucaultsche Dispositivbegriff, verstanden als komplexe Verknüpfungsordnung dieser mehrdimensionalen Aussagen, fungiert hierbei als »methodologisches Scharnier« (An-

germüller/van Dyk 2010b: 12) zwischen diskurs- und gouvernementalitätstheoretischen Überlegungen. Das Ziel der Dispositivanalyse besteht folglich darin, der Regierung der Freiwilligkeit im Netz dispositiver Verflechtungen Sichtbarkeit zu verleihen. Die Verknüpfung von Dispositivanalyse und Gouvernementalitätsforschung ermöglicht es zudem, der im Rahmen gouvernementaler Strategien oftmals wenig beachteten Handlungsfähigkeit von Subjekten Aufmerksamkeit zu schenken. Es wird davon ausgegangen, dass jegliche Subjektivität sowohl disponierte als auch disponierende Anteile umfasst (Link 2007) und die Subjekte, in diesem Fall: die (potenziellen) Freiwilligen, als gleichsam Unterworfenen und Gestaltenden des Diskurses gedacht werden müssen (Renn 2005: 108). Diesem Subjektverständnis folgend widmet sich die Forschungsarbeit der Frage, ob sich die Regierungsprogrammatik tatsächlich in der Alltagspraxis und den Erfahrungen der freiwillig Engagierten niederschlägt oder ob die Freiwilligen diese Programmatik zurückweisen, verändern oder nur partiell wahrnehmen bzw. erfüllen.

Trotz der allgemein akzeptierten Feststellung, dass »Diskurse und Programme notwendig widersprüchlich, vorläufig und umkämpft sind« (Graefe 2010: 299), fehlt es sowohl diskurs- als auch gouvernementalitätstheoretischen Ansätzen zu meist an der nötigen Sensibilität für diskursive Kämpfe, weshalb im Rahmen dieser Forschungsarbeit zusätzlich an hegemonieanalytische Überlegungen angeknüpft wird. In Anlehnung an den gramscianischen Hegemoniebegriff von Laclau und Mouffe (1991) definiert Martin Nonhoff Hegemonien als die Vorherrschaft einer diskursiven Formation, die eine temporäre Schließung des diskursiven Geschehens bewirkt und so zu einer Naturalisierung bestimmter Wirklichkeitsvorstellungen führt (Nonhoff 2006: 11). Unter der Bedingung der Konflikt- und Prozesshaftigkeit diskursiver Hegemonien geht Nonhoff davon aus, dass Hegemonien ein Ergebnis diskursiver Auseinandersetzungen darstellen, in denen eine größere Anzahl von Subjekten Koalitionen um bestimmte inhaltliche Positionen bilden und zu ihrer Durchsetzung beitragen (ebd.: 200f.). Doch auch derartige Hegemonien stellen nur eine temporäre bzw. prekäre Bedeutungsfixierung dar, die erneut durch diskursive Auseinandersetzungen destabilisiert werden kann. Dieses Hegemonieverständnis erweist sich für das vorliegende Forschungsdesign aus mehreren Gründen als fruchtbar: Durch die Berücksichtigung konflikthafter Auseinandersetzungen kann erstens dem Eindruck einer das Thema Ehrenamt betreffenden widerspruchsfreien Diskursentwicklung entgegengewirkt werden. Zweitens wird hierdurch der Blick für die Einsicht geöffnet, dass es sich bei den Dispositiven der Freiwilligkeit nicht um starre bzw. statische Verknüpfungsordnungen handelt, sondern diese allenfalls temporär fixiert, stets umkämpft und wandelbar sind.

Aufbauend auf diesen im zweiten Kapitel ausführlich hergeleiteten theoretischen Einsichten ergibt sich für die Präsentation der empirischen Ergebnisse ein zweistufiges Darstellungsformat: Im ersten Teil werden die Ergebnisse der Dispositivanalyse dargelegt und anschließend – getrennt durch ein weiteres Methodenkapitel – die Resultate der Hegemonieanalyse präsentiert.⁷ Diesen beiden

7 | Die Ergebnisse der Dispositiv- und Hegemonieanalyse bauen inhaltlich aufeinander auf und sind im Grunde kaum voneinander zu trennen. Die Zweiteilung der Ergebnisdarstellung stellt deshalb nur eine analytische Trennung dar, die sowohl der Veranschaulichung der unterschiedlichen Erkenntnisebenen dient als auch die Nachvollziehbarkeit der Ergebnispräsentation angesichts abweichender methodischer Erfordernisse erhöht.

empirischen Kapiteln ist ein methodisches Kapitel (Kap. 3) vorangestellt, in dem die zentrale diskursanalytische Vorgehensweise sowie das beiden Analyseteilen zugrunde liegende Textkorpus, das entlang der Prämissen der Grounded Theory erarbeitet wurde, vorgestellt wird. Das vierte Kapitel widmet sich der Präsentation der empirischen Ergebnisse der Dispositivanalyse der Regierung der Freiwilligkeit. Grundlage dieser Untersuchung ist ein Textkorpus von ca. 800 Textdokumenten, die in unterschiedlichen Kontexten zwischen 1985 und 2009 publiziert worden sind: Zum Textkanon gehören neben Artikeln aus Tageszeitungen und Zeitschriften (*FAZ*, *SZ*, *Zeit Online*, *Der Spiegel*, *Focus*) sowohl politische bzw. politisch-wissenschaftliche Publikationen (Bundestagsdebatten, Selbstbeschreibungen von Modellprogrammen, Reden, Parteiprogramme, Kommissionsberichte usw.) als auch engagementbezogene Veröffentlichungen von deutschen Vereinen, Verbänden und Stiftungen (verbandsinterne Zeitschriften, Tagungsberichte, Positionspapiere usw.).

Dem Ziel folgend Gouvernamentalitäts- als Dispositivanalyse zu konzeptualisieren, geht es in der auf diesem Textkorpus beruhenden Analyse der Regierung der Freiwilligkeit darum, die sich überlagernden und aufeinander Bezug nehmenden Dispositive der Freiwilligkeit zwischen 1985 und 2009, angefangen vom Dispositiv des traditionellen Ehrenamtes über das Dispositiv der Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre bis hin zum engagementbezogenen Produktivitäts-Dispositiv, nachzuzeichnen. Um der spiegelbildlichen Gleichsetzung von Programm und Praxis in vielen Gouvernamentalitätsstudien entgegenzuwirken, werden – ebenfalls im vierten Kapitel – diese Ergebnisse in Beziehung gesetzt mit der alltagspraktischen Wahrnehmung der engagementspezifischen Regierungsprogramme durch die (potenziellen) Freiwilligen selbst. Einschränkend sei an dieser Stelle angemerkt, dass die sozialen Deutungsmuster der freiwillig Engagierten hier nicht systematisch, z.B. durch Interviews oder ethnografische Ansätze, erfasst wurden. Nichtsdestotrotz ist es möglich, die Freiwilligen im Rahmen dieser Forschungsarbeit selbst zu Wort kommen zu lassen, indem ihre alltagspraktische Verarbeitung der Regierungsprogrammatik durch die Analyse der in Zeitungsinterviews geäußerten Stellungnahmen, der Ergebnisse quantitativer und qualitativer Freiwilligenbefragungen sowie der Positionspapiere verbandlich organisierter Freiwilliger rekonstruiert wird. Von besonderem Interesse ist in diesem Kontext die Frage, in welchem Maße das sich im Zuge des aktivierenden Sozialstaatsumbaus verfestigende engagementbezogene Produktivitäts-Dispositiv bereits Eingang in die Alltagsführung der Engagierten gefunden hat.

Die Vorstellung der empirischen Ergebnisse der Hegemonieanalyse, die sich auf dasselbe Textkorpus stützt, das bereits der Analyse der Dispositive der Freiwilligkeit zugrunde liegt, erfolgt im sechsten Kapitel. Diesem geht ein eigenes Methodenkapitel (Kap. 5) voraus, in dem die grundlegende hegemonieanalytische Vorgehensweise im Anschluss an Maarten A. Hajer (1995, 1997, 2008) und Martin Nonhoff (2006) erläutert wird. Die Ausführungen des sechsten Kapitels beruhen auf der Einsicht, dass sich, bezogen auf das heterogene Netz dispositiver Verknüpfungen, das die Regierung der Freiwilligkeit auszeichnet, die institutionelle Dimension der Engagementförderung als diejenige Ebene herauskristallisiert hat, die im Untersuchungszeitraum im Zentrum hegemonialer politischer Kämpfe stand. Unter Berücksichtigung der Unabschließbarkeit der Dispositive der Freiwilligkeit, an deren Veränderung und Weiterentwicklung die disponierten Subjekte

maßgeblich beteiligt sind, wird im sechsten Kapitel den diskursiven Konflikten Aufmerksamkeit geschenkt, die sich zwischen 1985 und 2009 um die institutionelle Dimension der Engagementförderung entsponnen haben. Im vorliegenden Fall sind es Diskurskoalitionen bestehend aus verschiedenen Gruppen- und Organisationssubjekten, die sich um zwei konträre Positionen bezüglich der institutionellen Dimension der Engagementförderung gruppiert haben: Es formierte sich auf der einen Seite eine gesellschaftlich-politische Diskurskoalition um eine reformorientiert-innovative Sichtweise, wonach institutionelle politische Reformen zur Förderung des Ehrenamtes dringend notwendig seien. Dieser Koalition schlossen sich seit Ende der 1980er Jahre die deutschen Dachverbände für Sport, Soziales und Kultur, verschiedene Freiwilligenvertretungen sowie die Bundestagsfraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und PDS an. Auf der anderen Seite bildete sich eine Diskurskoalition zwischen der liberal-konservativen Bundesregierung und der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände heraus, die jegliche staatliche Zuständigkeit für institutionelle Fragen der Engagementförderung negierte. Seitdem zur Jahrtausendwende die ersten engagementpolitischen Maßnahmen auf Initiative der rot-grünen Regierung durchgeführt wurden, legten sich zwar diese fundamentalen Konflikte, doch gab es auch Anfang der 2000er Jahre noch diesbezügliche Unstimmigkeiten zwischen den Bundestagsfraktionen, die erst in den Folgejahren im Zuge der sukzessiven Etablierung einer staatlichen Engagementpolitik langsam abebbten.

Die Betrachtung der Konflikte zwischen den genannten Diskurskoalitionen öffnet nicht nur den Blick für die konflikthafte Dynamik und Unabgeschlossenheit der Dispositive der Freiwilligkeit, sondern gleichsam auch für politischen, genauer gesagt: institutionellen Wandel, der hier in Form einer in den 1990er Jahren noch heftig umstrittenen und sich seit der Jahrtausendwende etablierenden staatlichen Engagementpolitik sichtbar in Erscheinung tritt. Die Offenlegung der Konflikte um die institutionelle Dimension der Engagementförderung erlaubt es zudem, die Ebene der Diskursbeschreibung zugunsten der Ebene der Diskurserklärung zu verlassen (Diaz-Bone 1999: 133). In Anlehnung an den institutionellen Konstruktivismus Maarten A. Hajers (1997) wird hier davon ausgegangen, dass aus der Aufdeckung der diskursiven Konflikte um die institutionalisierte Gestalt einer staatlichen Engagementpolitik eine Erklärung sowohl für den im Untersuchungszeitraum beobachtbaren Wandel der Dispositive der Freiwilligkeit als auch für den sich darin abzeichnenden Policy-Wandel abgeleitet werden kann. In diesem Kontext wird nach den Gründen, Strategien und diskursiven Mechanismen gefragt, die zur schrittweisen Hegemonialisierung bzw. Naturalisierung der institutionellen Dimension der Engagementförderung geführt haben, wobei sowohl diskursiv-strukturelle als auch – in Anlehnung an das Konzept »weicher Steuerung« (Göhler/Höppner/De La Rosa 2009a) – intentionale Erklärungsmomente in den Blick geraten.

Erst die konsequente Verknüpfung von diskurs-, hegemonie- und gouvernementalitätstheoretischen Überlegungen ermöglicht es somit einerseits, den (Be-)Deutungswandel des freiwilligen Engagements – verstanden als Wandel der Regierung der Freiwilligkeit – zwischen 1985 und 2009 umfassend zu rekonstruieren sowie der Verwobenheit der Regierungsprogrammatik mit ihrer alltagspraktischen Aneignung durch die Freiwilligen selbst nachzuspüren. Den konflikthaften Elementen diskursiver Aushandlungsprozesse Beachtung zu schenken, sensibilisiert

andererseits nicht nur für die diskursive Dynamik der Regierung der Freiwilligkeit, die hierdurch gleichsam als Ort institutionellen Wandels in Erscheinung tritt, sondern ermöglicht es zudem, eine Erklärung für den Wandel der Dispositive der Freiwilligkeit und für den sich darin abzeichnenden Policy-Wandel zu finden. Die zentralen diesbezüglichen Erkenntnisse werden im siebten Kapitel in Form eines knappen Resümees zusammengetragen.

2. Die Regierung der Freiwilligkeit

2.1 THEORETISCH-METHODOLOGISCHE VORÜBERLEGUNGEN

2.1.1 Steuerung – Governance – Gouvernamentalität

Wenn von einer Analyse der Regierung der Freiwilligkeit die Rede ist, dann löst insbesondere der Regierungsbegriff je nach Theorietradition ganz unterschiedliche Assoziationen aus: In einem klassischen politik- und sozialwissenschaftlichen Kontext kann Regieren ganz allgemein als »die Bündelung von Autorität mit dem Ziel der Ausrichtung eines politischen Gemeinwesens auf gemeinsame Ziele und Zwecke« (Haus 2010a: 23) verstanden werden. Unter Rekurs auf die umfangreiche Steuerungs- bzw. Governanceforschung wird in der Politik- und Verwaltungswissenschaft übereinstimmend davon ausgegangen, dass sich in den letzten Jahren ein Wandel des Regierens »von Government zu Governance« vollzogen hat (Dose 2013: 53; ebenso von Blumenthal/Bröckler 2006; Haus 2010b). Während mit dem Begriff Government die von einem politischen Regierungszentrum ausgehenden Formen direkter Kontrolle bezeichnet werden, liegt der Fokus der Governanceforschung auf der Kooperation zwischen staatlichen und gesellschaftlichen Akteuren, wobei ganz unterschiedliche Mechanismen des Regierens, wie Hierarchie, Wettbewerb/Markt, Gemeinschaft, Assoziation und Netzwerke, in den Blick genommen werden. Janet Newman fasst diesen Wandel der Regierungsformen folgendermaßen zusammen: »Governance theory starts from the proposition that we are witnessing a shift from government (through direct control) to governance (through steering, influencing, and collaborating with multiple actors in a dispersed system).« (Newman 2004: 71)

Außerhalb dieses klassischen politikwissenschaftlichen Kontextes ist der Regierungsbegriff auch im poststrukturalistischen Theorieumfeld stark verbreitet, wird hier aber vornehmlich mit den späteren Schriften Michel Foucaults zur Gouvernamentalität in Verbindung gebracht (Foucault 2004a, 2004b). Gerade für die Analyse der gesellschaftlichen Neuverhandlung der Freiwilligkeit, die nur in begrenztem Maße durch direkte staatliche Maßnahmen erzwungen werden kann,¹ erweisen sich die gouvernamentalitätstheoretischen Überlegungen Foucaults als

1 | So konstatiert auch Christoph Sachße, dass die staatliche Aktivierung freiwilligen Engagements vor dem grundsätzlichen Problem steht, dass sich dieses »gegen unmittelbare politische Instrumentalisierung sträubt, Chancen der Förderung daher am ehesten in ›weichen‹ Formen der Ermutigung und Förderung liegen« (Sachße 2002: 5; ebenso Heinze/Strünck 2001: 107).

hoch anschlussfähig. Der Regierungsbegriff wird hier von seiner Engführung auf den Staat befreit und allgemein als Kunst der »Menschenführung« (Foucault 2004a: 183), genauer gesagt: als komplexes Zusammenspiel von Fremd- und Selbstführung, konzeptualisiert. Um diese Bevorzugung der Gouvernamentalitätsperspektive im Rahmen des vorliegenden Forschungsdesigns nachvollziehen zu können, ist es zunächst notwendig, den zentralen theoretischen Implikationen beider Konzepte Aufmerksamkeit zu schenken, bevor diese anschließend auf ihre Eignung für die Untersuchung der Regierung der Freiwilligkeit hin geprüft werden.

Wie bereits angedeutet, ist der Regierungsbegriff in der Politikwissenschaft untrennbar mit dem Konzept der Steuerung und seit Mitte der 1990er Jahre auch zunehmend mit dem Governanceansatz verknüpft. Der Planungs- bzw. Steuerungsbegriff erlebte seine Blütezeit in Deutschland hingegen in den 1960er und 1970er Jahren: Unter dem Einfluss der gesamtgesellschaftlichen Planungseuphorie entwickelte die empirische Policy-Forschung in diesem Zeitraum ein großes Interesse an der Wirksamkeit von vornehmlich vom Staat ausgehenden gesamtgesellschaftlichen Planungsaktivitäten. Dieser Planungsoptimismus entpuppte sich aber bereits in den 1970er Jahren angesichts makroökonomischer Verwerfungen und der zunehmenden Problematisierung politischer Planungseffekte als ein »kurze[r] Traum immerwährender Prosperität« (Lutz 1984). Die daraus resultierende Abwendung von gesamtgesellschaftlichen Planungsversuchen wurde in den deutschen Sozialwissenschaften zu Beginn der 1980er Jahre begleitet durch die semantische Abkehr vom Planungs- zugunsten des politikfeldspezifischen Steuerungsbegriffs. Dessen wohl gebräuchlichste Definition stammt von Renate Mayntz, die Steuerung ganz allgemein als ein zielgerichtetes Handeln versteht, um »ein System von einem Ort oder Zustand zu einem bestimmten anderen zu bringen« (Mayntz 1997: 190). In diesem Verständnis setzt Steuerung die Existenz handlungsfähiger Akteure voraus, die einerseits als Steuerungssubjekt und andererseits als Adressaten der Steuerung, als Steuerungsobjekt, in Erscheinung treten. Zum Begriff der Steuerung gehört zudem die Identifikation einer bestimmten Intention bzw. eines Steuerungsziels, der Einsatz entsprechender Instrumente sowie eine gewisse Vorstellung über die Wirkungsweise dieser Maßnahmen (ebd.: 190-192).

Vorangetrieben durch die empirische Implementationsforschung bekam die Vorstellung der erfolgreichen hierarchischen Steuerung durch den Staat bereits in den 1980er Jahren erste Risse (Mayntz 1980, 1983; Ritter 1979): Die Probleme und Interdependenzen hierarchischer Steuerungsversuche des Staates sowie die Einflusspotenziale der Steuerungsadressaten rückten seitdem stärker in den Fokus der Aufmerksamkeit. Die Vorstellung eines zentralistischen Staates, der die Geschichte der Gesellschaft souverän lenkt, wurde zudem aus der systemtheoretischen Perspektive Niklas Luhmanns heftig kritisiert. Den Höhepunkt dieser Steuerungsdebatte bildet die Auseinandersetzung zwischen Luhmann und dem akteurstheoretisch argumentierenden Fritz W. Scharpf (1989) auf dem Deutschen Politologentag im Jahr 1989 in Darmstadt. Hintergrund dieser Diskussion war das zuvor von Luhmann veröffentlichte Buch *Die Wirtschaft der Gesellschaft* (Luhmann 1988: 324-349), in dem er – ganz allgemein formuliert – den Erklärungsanspruch eines hie-

rarchischen Steuerungsmodells grundlegend in Frage stellt und gezielte staatliche Interventionen in andere Teilsysteme zur Unmöglichkeit erklärt (Luhmann 1989).²

In der Tat ist die klassische Steuerungstheorie kaum in der Lage, aktuelle politische Herausforderungen wie etwa Transnationalisierungsprozesse, Mehrebenenverflechtungen oder die zunehmende Verwischung der Grenzen zwischen Staat und Gesellschaft adäquat zu beschreiben. Auf diese Unzulänglichkeit wurde in der Forschungslandschaft in zweifacher Weise reagiert: Einerseits kam es zu einer Ausweitung des klassischen Steuerungsparadigmas, im Zuge dessen neben staatlichen Interventionen auch indirekte Steuerungsformen, wie Verhandlungssysteme, Netzwerke oder Anreize, in den Blick geraten sind. Exemplarisch verwiesen sei hier auf die in den 1970er und 1980er Jahren aufkommende Neokorporatismus-Debatte (Schmitter/Lehmbruch 1979; von Alemann 1981; Lehmbruch/Schmitter 1982). Bei diesen Ansätzen wird jedoch der Gedanke der Hierarchie nicht vollständig aufgegeben, sondern diese weiterhin als letzte Bezugsgröße mitgedacht. Aus diesem Grund spricht Scharpf auch von Steuerung als Verhandeln im »Schatten der Hierarchie« (Scharpf 1991: 629, 2000: 323; Börzel 2008). Diese Erweiterung des Steuerungsparadigmas weist andererseits viele Ähnlichkeiten zum Governancebegriff auf, dessen Ursprung in den Wirtschaftswissenschaften liegt und auf den spätestens seit Mitte der 1990er Jahre immer häufiger Bezug genommen wird. Geschmälert wird dessen Beliebtheit lediglich durch die inhaltliche Vieldeutigkeit des Governancebegriffs, der deshalb entweder wohlwollend als »Brückenkonzept« (Schuppert 2006b: 373) oder abschätzig als »empty signifier« (Offe 2008; ebenso

2 | Die Einstellung Luhmanns zur Idee der politischen Steuerung weist im Laufe seiner Theorieentwicklung graduelle Veränderungen auf: Bereits in seinen früheren Arbeiten der 1960er und 1970er Jahre zeigt er sich skeptisch gegenüber staatlichen Planungsphantasien (Luhmann 1972, 1994). Diese kritische Haltung erhielt im Zuge seiner autopoietischen Wende neue Nahrung (Luhmann 1988, 1989): Angesichts der selbstreferentiellen Geschlossenheit der Systeme und der Abwesenheit eines gesellschaftlichen Zentrums hält er zentrale Gesellschaftsteuerung für unmöglich. Zudem wirft Luhmann der handlungsorientierten Steuerungstheorie Unterkomplexität vor, wenn diese Steuerung als einen vom handelnden Akteur intentional gelenkten Kausalprozess mit einem bestimmten Resultat zu betrachten versucht (Luhmann 1989: 4). Da Kommunikation immer nur innerhalb desselben Codes möglich ist, kann Steuerung lediglich als Selbststeuerung eines Teilsystems in Erscheinung treten. Politische Reformen des Staates stellen für Luhmann folglich keine gesamtgesellschaftlichen Steuerungsakte dar, sondern es handelt sich hierbei um die Selbststeuerung der Politik im Sinne einer systeminternen »Differenzminderung« (Luhmann 1988: 326, 334–338). Die absichtsvolle Steuerung der Umwelt durch das politische System ist hiernach eine »Fiktion der Selbstbeschreibung des politischen Systems« (Lange 2002: 176, Herv. i.O.). In Luhmanns jüngeren – zumeist posthum erschienenen Werken – revidiert er allerdings einige dieser kategorischen Aussagen zur Rolle des Staates und den prinzipiellen Möglichkeiten politischer Steuerung (Luhmann 2000a, 2000b). Jüngere Anhänger der Systemtheorie, wie Teubner und Willke, beschreiten in Fragen staatlicher Steuerungskompetenz einen anderen Weg als ihr geistiger Vater Luhmann: In ihrem Konzept der »Kontextsteuerung«, das auf eine Rekombination von autonomer Selbstorganisation und gesellschaftlich verbindlichen Kontextvorgaben abzielt, gibt die Politik mit den Mitteln »reflexiven Rechts« einen bestimmten Rahmen vor, dessen Ausfüllung der Selbststeuerung der Teilsysteme überlassen bleibt (Teubner/Willke 1984; Willke 1992, 1997).

Jessop 1998: 30) bezeichnet wird. Ganz allgemein formuliert kann Governance als Erfüllung öffentlicher Aufgaben durch staatliche und private Akteure verstanden werden (Dose 2008: 78). Die klare Trennung zwischen Steuerungsobjekt und -subjekt aufgebend nimmt die Governancetheorie eine institutionalistische Perspektive ein und fragt nach der Funktionsweise von Regelungsstrukturen (Benz 2003: 21; Mayntz 2006: 16f.; Dose 2008: 79). Governance bezeichnet folglich

»das Gesamt aller nebeneinander bestehenden Formen der kollektiven Regelung gesellschaftlicher Sachverhalte: von der institutionalisierten zivilgesellschaftlichen Selbstregulierung über verschiedene Formen des Zusammenwirkens staatlicher und privater Akteure bis hin zu hoheitlichem Handeln staatlicher Akteure.« (Mayntz 2003: 72)

Dieser Begriffsbestimmung folgend geht Renate Mayntz davon aus, dass Governance keineswegs als lineare Fortschreibung der Steuerungstheorie begriffen werden kann, da beide Konzepte offensichtlich verschiedene Aspekte derselben Wirklichkeit in den Blick nehmen (Mayntz 2006: 11). Es handle sich zwar nicht, so Mayntz (2006: 17), um einen radikalen Paradigmenwechsel, aber es gehe um mehr »than transferring old wine into new bottles« (Jessop 1998: 31):

»In der Steuerungstheorie steht das zielorientierte Handeln politischer Akteure im Zentrum des Interesses. Der Ansatz der Governance-Theorie richtet sich dagegen vornehmlich auf Institutionen in der doppelten Bedeutung dieses Begriffs, der sowohl auf soziale Gebilde (Organisationen) wie auf Normsysteme (Regime) bezogen wird.« (Mayntz 2008: 46)

Im Anschluss an diese kurzen Ausführungen zu den grundlegenden Eigenschaften des Steuerungs- im Vergleich zum Governancekonzept,³ gilt es nun, die foucaultsche Rezeption des Regierungsbegriffs ebenso kurz zu umreißen. Da die gouvernementalitätstheoretischen Überlegungen Foucaults gerade im angelsächsischen Raum im Rahmen der sog. »governmentality studies« bereits vielfach aufgearbeitet wurden und in zahlreichen nationalen wie internationalen Folgestudien Anwendung fanden (vgl. u.a. Burchell/Gordon/Miller 1991; Barry/Osborne/Rose 1996; Dean 1999; Bröckling/Krasmann/Lemke 2000a; Lemke 2000), soll an dieser Stelle auf eine diesbezügliche umfassende Foucault-Exegese verzichtet werden. Der Fokus der folgenden Ausführungen liegt vielmehr auf den für die vorliegende Analyseperspektive zentralen Aspekten seiner Gouvernementalitätstheorie, in der der Regierungsbegriff, verstanden als macht- und wissensdurchzogene Techniken der Menschenführung, als reflexives Verhältnis von Fremd- und Selbstführung konzeptualisiert und hierdurch gleichsam von seiner Fixierung auf den Staat befreit wird. Gerade die gouvernementale Grundannahme der politischen Konstitution sich selbst führender Subjekte erweist sich im vorliegenden Fall als hoch anschlussfähig, da die Übernahme eines freiwilligen Engagements nicht mit Hilfe politischer Mechanismen erzwungen, sondern den Bürgern allenfalls durch Appelle und institutionelle Anreizprogramme nahegelegt werden kann. D.h., die Bür-

3 | Für eine umfangreiche Darstellung der Unterschiede und Probleme der Steuerungs- und Governanceansätze vgl. die Beiträge in Schuppert (2006a), Schuppert/Zürn (2008) und Benz/Dose (2010).

ger werden dazu angeleitet, sich im politisch favorisierten Sinne selbst zu führen, was in diesem Fall die Übernahme eines freiwilligen Engagements bedeutet.

Der Begriff der *Gouvernementalität*, eine semantische Verschmelzung der Begriffe *Regierung* (*gouvernement*) und *Denkweise* (*mentalité*), taucht bei Foucault erstmals in seinen Vorlesungen am Collège de France von 1977 bis 1979 auf und wird hier als historisches und als analytisches Konzept eingeführt: Aus einer historischen Perspektive untersucht Foucault damit drei Formen der Menschenführung: die Staatsräson, die »*Policey*« und den Liberalismus (vgl. ausführlich hierzu Lemke 1997: 151-194), wobei die Bevölkerung zunehmend als zentraler Angriffspunkt von Regierungstechnologien in Erscheinung tritt (Foucault 2004a: 155-159). Foucault interessiert sich hierbei vor allem für die unterschiedlichen Machttechnologien dieser drei Regierungsformen: Während die Staatsräson auf der rechtlichen Norm des Souveräns beruht und die Regierung der »*Policey*« auf präskriptiven disziplinären Normierungen fußt, zeichnet sich die liberale *Gouvernementalität* durch normalisierende Sicherheitstechnologien aus (Foucault 2000: 64). Den zentralen Bezugspunkt liberaler Sicherheitstechnologien bilden jedoch nicht vordefinierte Soll-Zustände, sondern die empirisch feststellbare Norm, die aus der statistischen Durchdringung der Bevölkerung abgeleitet wird. Foucault analysiert den Liberalismus folglich nicht als eine Ideologie oder objektive Realität, sondern als eine Regierungskunst, die aus folgenden Gründen als eine »Regierung der Freiheit« (Saar 2007: 36-40) charakterisiert werden kann: Der Liberalismus räumt dem Einzelnen gewisse Freiheitsräume ein, in denen sich die Subjekte in angemessener Weise selbst führen können. Die Kehrseite der Freiheit ist jedoch, dass der Liberalismus selbst die Bedingungen dieser hochgradig fragilen Freiheit schafft und zu ihrer Erhaltung auf verschiedene Sicherheitskalküle und -mechanismen zurückgreifen muss (Foucault 2004a: 506f.). Die liberale *Gouvernementalität* zeichnet sich folglich durch ein »Wechselspiel der Freiheit und Sicherheit« (Foucault 2004b: 100) bzw. durch ein komplexes Verhältnis der Herstellung und Einschränkung von Freiheit aus (ebd.: 97-100).

Aus einer analytischen Perspektive bezeichnet das *Gouvernementalitätskonzept* die Strukturierung von Handlungsfeldern im Sinne von Führung (Lemke 2008a: 261) bzw. »die Art und Weise, mit der man das Verhalten der Menschen steuert« (Foucault 2004b: 261). Der Regierungsbegriff trägt zur Ausweitung der Machtanalytik Foucaults bei, der bis dato vornehmlich zwischen einer juristischen, auf Verbot und Ausschließung beruhenden, und einer strategischen Macht unterschieden hat, die als konflikthafte Machtbeziehung in Erscheinung tritt (Bröckling/Krasmann/Lemke 2000b: 29; Nonhoff 2008a: 287f.). Foucault erweitert dieses Machtkonzept, indem er Macht ganz allgemein im Handeln zu verorten versucht:

»Tatsächlich ist das, was ein Machtverhältnis definiert, eine Handlungsweise, die nicht direkt und unmittelbar auf die anderen einwirkt, sondern eben auf deren Handeln. Handeln auf ein Handeln, auf mögliche oder wirkliche, künftige oder gegenwärtige Handlungen. [...] Sie [Macht, D.N.] ist ein Ensemble von Handlungen in Hinsicht auf mögliche Handlungen; sie operiert auf dem Möglichkeitsfeld, in das sich das Verhalten der handelnden Subjekte eingeschrieben hat: sie stachelt an, gibt ein, lenkt ab, erleichtert oder erschwert, erweitert oder begrenzt, macht mehr oder weniger wahrscheinlich; aber stets handelt es sich um eine Weise des Einwirkens auf ein oder mehrere handelnde Subjekte, und dies, sofern sie handeln oder zum Handeln fähig sind.« (Foucault 1994b: 254f.)

Diese grundlegenden Überlegungen zum Machtkonzept verknüpft Foucault wiederum mit den Begriffen Regierung und Führung. Letzteren zieht er heran, um die Doppeldeutigkeit der Machtverhältnisse zu illustrieren: Der Begriff der Führung bezieht sich einerseits auf die »Tätigkeit des ›Anführens‹ anderer« (ebd.: 255) und andererseits auf das Sich-Verhalten angesichts einer Vielzahl von Möglichkeiten in einem Handlungsfeld. Machtausübung »besteht im ›Führen der Führungen‹« sowie in der Einflussnahme auf die Wahrscheinlichkeit, dass ein bestimmtes Verhalten an den Tag gelegt wird (ebd.). Anstatt Macht als Auseinandersetzung zwischen Gegnern zu verstehen, gilt es, so Foucault weiter, diesen Begriff in seiner weiten Bedeutung des 16. Jahrhunderts ernst zu nehmen: Macht bezog sich hier auf die allgemeine Führung von Individuen und Gruppen auch außerhalb politischer Verwaltungen und staatlicher Strukturen. Der für die Macht typische Beziehungstypus ist folglich »im Bereich jenes einzigartigen, weder kriegesischen noch juristischen Handlungsmodus, den das Regieren darstellt«, zu suchen (Foucault 2005: 287). Regieren begreift Foucault hiernach ganz allgemein als die Strukturierung des Handlungsfeldes anderer (Foucault 1994b: 255), wobei man in gleicher Weise davon sprechen kann, »ein Haus, Kinder, Seelen, eine Provinz, ein Kloster, einen religiösen Orden und eine Familie zu regieren« (Foucault 2000: 46).

Foucaults Konzeption der Regierung zeichnet sich somit dadurch aus, dass er den Regierungsbegriff ganz allgemein als Führung von Individuen oder Kollektiven konzipiert und diesen somit von seiner Fixierung auf den Staat befreit. Damit ist Foucault allerdings nicht allein: Während das erweiterte Steuerungsparadigma dem staatszentrierten Denken noch weitgehend verhaftet bleibt, bemüht sich die Governanceforschung um die Korrektur eines allein dem Staat zugeschriebenen hierarchischen Regierungsverständnisses (Gottweis 2003: 131, 136; Lemke 2007: 60; Nonhoff 2008a: 287). Indem Governanceansätze ihren Fokus auf die Kooperation zwischen staatlichen und gesellschaftlichen Akteuren legen und hierbei ganz unterschiedliche Mechanismen des Regierens, wie Hierarchie, Wettbewerb/Markt, Gemeinschaft, Assoziation und Netzwerke, in den Blick nehmen, tragen sie ebenso zu einer grundlegenden Erweiterung des klassischen Regierungsbegriffs bei (vgl. grundlegend Streeck/Schmitter 1985; Hollingworth/Streeck/Schmitter 1994; Pierre/Peters 2000).

Oggleich sowohl die Gouvernamentalitätsperspektive Foucaults als auch die Governanceforschung den Regierungsbegriff von seiner Reduzierung auf das Staatskonzept zu befreien versuchen, unterscheiden sich diese Konzepte in drei Punkten grundlegend voneinander. Die erste Differenz betrifft das jeweilige Staatskonzept: Da der Terminus Governance gewissermaßen eine Art Gegenentwurf zu staatlich-hierarchischer Steuerung, kurz gesagt: zu Government, darstellt, bleibt dieser Lemke zufolge »negativ auf den Souveränitätsbegriff bezogen« (Lemke 2007: 60). D.h., es wird konsequent zwischen zentralistisch-staatlichen und dezentralen-gesellschaftlichen Ordnungsmechanismen unterschieden und nach Verfahren jenseits staatlicher Zuständigkeit gesucht. Staat und Zivilgesellschaft werden hier folglich als natürlich gegebene, sich gegenüberstehende Sphären gedacht, die unterschiedliche Verfahrensweisen und Aushandlungsformen zur Verfügung stellen (ebd.: 60f.). Entgegen dieser Verdinglichung des Staates als Herrschaftszentrum mit spezifischen, historisch konstanten Eigenschaften dürfen sowohl der Staat an sich als auch die Differenz zwischen Staat und Zivilgesellschaft im Denken Foucaults keineswegs als abgeschlossene Entitäten verstanden werden.

Vielmehr avancieren sie hier selbst zum Gegenstand der Analyse. Es wird danach gefragt, wie sich politische Handlungsfelder, z.B. durch die Diagnose krisenhafter Entwicklungen oder durch die Differenz von Öffentlichkeit und Privatsphäre, überhaupt erst als solche herauskristallisieren (Bröckling/Krasmann 2010: 27). Da Foucault den Staat im Netz der Regierung verortet und diesen somit als ein Ergebnis von Regierungspraktiken, genauer gesagt: »als eine dynamische Form und historische Fixierung von Kräfteverhältnissen« begreift (Bröckling/Krasmann/Lemke 2000b: 27; Lemke 2008a: 262), betrachtet er es auch als unzulässig, »aus der Unterscheidung von Staat und Zivilgesellschaft eine historische und politische Universalie zu machen« (Foucault 2004b: 438). Dieses Verhältnis stellt vielmehr einen Effekt historisch wandelbarer Regierungstechnologien dar, dessen So-Geworden-Sein als erklärungsbedürftiger Gegenstand in die Analyse einfließen müsse.⁴

Der zweite zentrale Unterschied zwischen Governance- und Gouvernementalitätsstudien liegt in ihrer Beziehung zum Machtbegriff: Bereits die Protagonisten der Steuerungstheorie konstatieren, dass die größte Schwäche der Steuerungs- und Governancekonzepte in ihren grundlegenden Problemlösungsbias liegt, der dazu führt, dass sich beide Theorien gewissermaßen als machtblind erweisen (Mayntz 2001: 23f., 2008: 56; Nonhoff 2008a: 287-289; Haus 2010b: 211). Dies bedeutet, dass sowohl Steuerung als auch Governance auf der Vorstellung von Handlungen oder Abläufen beruhen, die primär auf die Lösung kollektiver Probleme ausgerichtet sind. Diese normative Komponente tritt besonders deutlich in der Rede von »Good Governance« (World Bank 1989; Czada 2010) zu Tage, in deren Rahmen rationellere Problemlösungen durch Aushandlungsprozesse, die Einbeziehung Betroffener und die Einschränkung der staatlichen Autorität erzielt werden sollen. Diese Fokussierung auf die Lösung gesellschaftlicher Probleme ist für Mayntz prinzipiell unproblematisch, »solange nicht *ex definitione* unterstellt wird, dass es in der politischen Wirklichkeit immer um die Lösung kollektiver Probleme und nicht – auch oder primär – um Machtgewinn und Machterhalt geht« (Mayntz 2006: 17, Herv. i.O.).

Das Problem der Machtblindheit erscheint beim Governanceansatz umso schwerwiegender, da dieser durch seine Konzentration auf Regelungsstrukturen die Unterscheidung zwischen Steuerungsobjekt und -subjekt aufgibt und somit kaum über das begriffliche und theoretische Instrumentarium für eine am Machtbegriff orientierte Analyse verfügt (Mayntz 2006: 17; Göhler u.a. 2010: 692). Deshalb konstatiert auch Claus Offe, dass die selektive Fokussierung von Governance auf die technokratische Machtverwendung dieses Konzept blind macht für den Prozess des konflikthaft-strategischen Machterwerbs (Offe 2008: 72). Um dieses Defizit zu überwinden, erweist sich die gouvernementale Konzeption des Regie-

4 | An diesem Punkt treten sowohl die Parallelen als auch die Unterschiede zwischen der gouvernementalitätstheoretischen Perspektive und dem erweiterten Staatskonzept von Antonio Gramsci deutlich hervor: Obgleich Gramsci, anders als Foucault, davon ausgeht, dass die Zivilgesellschaft Teil des »integralen« Staates ist (Gramsci 1992, H. 6 § 88: 783, H. 6 § 155: 824), stimmen beide darin überein, dass die Grenzlinie zwischen öffentlich und privat nicht als eine natürliche Universalie gedacht werden darf, da diese Unterscheidung erst im Zuge der Herrschaftsausübung bzw. durch bestimmte Regierungstechnologien festgelegt wird (vgl. Demirovi 2007: 27).

rungsbegriffs als deutlich anschlussfähiger, da dieser von Foucault bekanntlich explizit zur Analyse strategischer Machtbeziehungen herangezogen wird. Thomas Lemke, dem das Verdienst zukommt, den foucaultschen Regierungsbegriff konsequent in dessen Machtanalytik verortet zu haben, hält fest, dass die vielfältigen Regierungstechnologien, denen wiederum ein bestimmtes Regierungswissen zugrunde liegt, zwischen den allgegenwärtigen strategischen Machtbeziehungen und den institutionalisierten Herrschaftsbeziehungen vermitteln (Lemke 1997).

Drittens ist der Regierungsbegriff Foucaults im Unterschied zur Governanceforschung untrennbar mit dem Prozess der Subjektivierung verknüpft (Nonhoff 2008a: 289f.). Es geht hier folglich nicht ausschließlich darum, Menschen durch äußerliche Mittel zu einer bestimmten Handlung zu zwingen, sondern um die – mehr oder weniger – freiwillige Internalisierung von Verhaltensvorgaben durch das Subjekt. Das Kontinuum möglicher Regierungstechnologien reicht hier somit von Techniken der Fremdführung, die souveräne und disziplinäre Machtformen weiterhin einschließen, bis hin zu den Technologien der Selbstführung: »Wie sich regieren, wie regiert werden, wie die anderen regieren; durch wen regiert zu werden, muss man hinnehmen; was muss man tun, um der bestmögliche Regent zu sein.« (Foucault 2000: 42; vgl. ebenso Foucault 1994b: 255; Lemke 2000: 33) Bei der Vermittlung zwischen Subjektivität und Macht geht es demnach um die Verknüpfung von Herrschaftstechniken mit Selbstpraktiken, wobei die Frage von Macht und Regierung in die Subjekte hinein verlagert wird. Regierungstechnologien zielen hier darauf ab, Kraftfelder zu generieren, die den Individuen – unter der Bedingung der Freiheit – Anreize setzen, sich selbst auf eine bestimmte Weise zu regieren (Bröckling/Krasmann 2010: 29). Der Punkt, an dem die Lenkung der Individuen durch andere mit ihrer Selbstführung verknüpft ist, wird von Foucault als Regierung bezeichnet (Bröckling/Krasmann/Lemke 2000b: 29).

Die hier vollzogene Abgrenzung des Gouvernamentalitätskonzepts von den Annahmen der sozialwissenschaftlichen Governanceansätze zeigt eindrücklich, wo das analytische und kritische Potenzial einer von Foucault inspirierten »Analytik der Regierung« (Lemke 2007) liegt, die sich von der Fixierung auf den Staat löst und gleichzeitig ihre Aufmerksamkeit auf die Heterogenität der Regierungssubjekte und -technologien richtet. Es sind vor allem zwei Eigenschaften, die die Analytik der Regierung für die Analyse der Regierung der Freiwilligkeit so fruchtbar machen: Erstens profitiert diese insofern vom Gouvernamentalitätskonzept, als hier sowohl der Staat als auch die Differenz zwischen Staat und Zivilgesellschaft als Effekt von Regierungstechnologien konzipiert wird (Lemke 2000: 37). Der Einsicht, dass die Grenze zwischen Öffentlichkeit und Privatheit durch spezifische Strategien immer wieder neu hervorgebracht und fixiert werden muss, ist im vorliegenden Fall von entscheidender Bedeutung, da es im Rahmen der Neuverhandlung der Freiwilligkeit explizit um die Erzeugung, Verschiebung und Fixierung ebendieser Grenze geht.

Zweitens wird der foucaultsche Regierungsbegriff mit Blick auf die Analyse der Regierung der Freiwilligkeit seiner allgemeinen »Scharnierfunktion« gerecht (Lemke 2008a: 261; ebenso Bröckling/Krasmann/Lemke 2000b: 8), da mit diesem sowohl die Beziehung zwischen Machttechniken und Subjektivität als auch die Kopplung von Wissensproduktion und Machttechnologien expliziert werden kann. Indem Regierung im Denken Foucaults einerseits als komplexes Verhältnis von Fremd- und Selbstführung konzeptualisiert wird, öffnet die Gouverne-

mentalitätsperspektive den Blick für die zentrale Einsicht, dass die staatlich forcierte Aktivierung brachliegender Engagementpotenziale eine »öffentlich-private Koproduktion« darstellt (Denninger u.a. 2014: 26). Öffentlich deshalb, weil die Bürger gerade im Zuge des aktivierenden Sozialstaatsumbaus mit einer engagementbezogenen Anrufungspraxis konfrontiert werden, mittels derer diesen ein selbst- und sozialverantwortliches Verhalten in Form von freiwilligem Engagement nahelegt wird. Die Vielzahl an politisch favorisierten Verhaltensanforderungen mündet im Falle der Regierung der Freiwilligkeit in die Subjektivierungsfigur des »engagierten Bürgers«, die Auskunft darüber gibt, in welche Richtung sich die angerufenen Subjekte im Idealfall verändern sollen. Die private Komponente dieses Produktionsverhältnisses ergibt sich daraus, dass die Bürger nicht nur von außen zur Übernahme eines freiwilligen Engagements aufgefordert werden, sondern sie an ihrer Konstitution als engagierte Bürger, beispielsweise durch die Überführung ihrer persönlichen Engagementpotenziale in eine freiwillige Tätigkeit, auch selbst beteiligt sind.

Andererseits macht die Analytik der Regierung auch im Kontext der gesellschaftlichen Neuverhandlung des freiwilligen Engagements auf die Verknüpfung von politischem Wissen und der Konstruktion von Staatlichkeit aufmerksam. Regierung im foucaultschen Sinne bezeichnet demnach nicht nur ein bestimmtes Netz von Machtpraktiken, sondern gleichsam eine spezifische Ordnung des Wissens und definiert somit »ein diskursives Feld der Rationalisierung dieser Führungspraktiken, eine Form der gedanklichen und kommunikativen Strukturierung von Realität, die es erst erlaubt, bestimmte Machttechnologien zur Anwendung zu bringen« (Lessenich 2003b: 82). Politisches Wissen spiegelt die Regierungswirklichkeit folglich nicht nur wider, sondern ist Teil derselben und »stellt [...] bereits eine intellektuelle Bearbeitung der Realität dar, an der dann politische Technologien ansetzen können« (Bröckling/Krasmann/Lemke 2000b: 21). Diese Einsicht ist für die vorliegende Frage nach den Bedingungen der Konstitution einer staatlichen Engagementpolitik von besonderer Bedeutung, stehen hierbei ja die Wissens- und Aussagensysteme im Mittelpunkt, die die Strukturierung und Kalkulierbarkeit des Engagementfeldes ermöglichen und dieses so »regierbar« (ebd.: 22) machen. Eine derart verstandene Analyse von Regierungsformen erlaubt es folglich, so Lemke, die »engen Beziehungen zwischen Wissenssystemen und diskursiven Formationen auf der einen und der Konstitution von Politikfeldern und staatlichen Regulierungsformen auf der anderen Seite« zu untersuchen (Lemke 2007: 50).

In Übereinstimmung mit diesen gouvernementalitätstheoretischen Überlegungen wird im ersten Teil der empirischen Analyse die gesellschaftliche Neuverhandlung des freiwilligen Engagements in den letzten drei Jahrzehnten sukzessive aufgearbeitet. Grundlage dieser Untersuchung ist ein Textkorpus von ca. 800 Einzeldokumenten, die in unterschiedlichen Kontexten zwischen 1985 und 2009 publiziert worden sind: Zum Textkanon gehören neben Artikeln aus Tageszeitungen und Zeitschriften (*FAZ*, *SZ*, *Zeit Online*, *Der Spiegel*, *Focus*) sowohl politische bzw. politisch-wissenschaftliche Publikationen (Kommissionsberichte, Bundestagsdebatten, Selbstbeschreibungen von Modellprogrammen, Reden, Parteiprogramme usw.) als auch engagementbezogene Veröffentlichungen von deutschen Vereinen, Verbänden und Stiftungen (verbandsinterne Zeitschriften, Tagungsberichte, Positionspapiere usw.).

2.1.2 Gouvernentalitätsforschung meets Diskurs- und Hegemonieanalyse

Obgleich den gouvernentalitätstheoretisch inspirierten Studien zweifelsohne erhebliche Verdienste insbesondere im Rahmen der Analyse der Transformation des Politischen im Kontext neoliberaler Regierungstechnologien zukommen, fallen mit Blick auf die konkrete Forschungspraxis mehrere Probleme und Schwachstellen auf, die dazu anregen, die gouvernentalitätstheoretischen Grundannahmen des vorliegenden Forschungsdesigns an einigen Punkten zu erweitern bzw. zu korrigieren.⁵ Gouvernentalitätstheoretische Arbeiten sehen sich oftmals – zu Recht – mit dem Vorwurf konfrontiert, dass sie den Zusammenhang zwischen Fremd- und Selbstführungspraktiken zwar auf einer theoretischen Ebene verständlich machen können, aber daran scheitern, diese Machtpraktiken im »Modus ihres Vollzugs« (Ott/Wrana 2010: 160) angemessen darzustellen. In vielen derartigen Studien wird – zum Teil bewusst – die Frage außen vor gelassen, wie die politischen Programme in der individuellen Lebensführung oder im Rahmen institutioneller Praktiken konkret verarbeitet, gebrochen bzw. transformiert werden.⁶ So konstatiert beispielsweise Ulrich Bröckling, dass Gouvernentalitätsstudien sich eben gerade nicht für die konkrete Wirkung der Programme des Regierens und Sich-selbst-Regierens auf die Verhaltensweisen der Menschen oder für Verschiebungen in der Sozialstruktur interessieren, sondern lediglich danach fragen, welche realitätskonstitutive Bedeutung von diesen Programmen ausgeht (Bröckling 2007: 10, 35f.; Bröckling/Krasmann 2010: 28). Diese Perspektivenverengung erzeugt den Eindruck der Gleichsetzung von Programm und sozialer Handlungspraxis, die weder die Kritiker noch die Protagonisten dieses Forschungsansatzes überzeugen kann: Auch hier sei erneut auf Bröckling verwiesen, der zwar zu der Einsicht kommt, dass sich Programme »niemals bruchlos in individuelles Verhalten [übersetzen]; sich ihre Regeln anzueignen, heißt immer auch, sie zu modifizieren« (Bröckling 2007: 40), dieser Einsicht jedoch keine forschungspraktischen Konsequenzen folgen lässt.

Aus dem Verzicht vieler Gouvernentalitätsstudien, die untersuchten Regierungsprogrammatiken im Modus ihres Vollzugs in der Welt sozialer Praktiken zu verorten, ergeben sich verschiedene Folgeprobleme, die eine alleinige Konzentration dieser Forschungsarbeit auf gouvernentalitätstheoretische Überlegungen verunmöglichen: Als problematisch erweist sich erstens, dass durch die bereits

5 | Lemke führt aus, dass viele gouvernentalitätstheoretische Arbeiten auf eine derartige kritische Reflexion der eigenen Grundannahmen verzichten, was oftmals zu einer Überhöhung dieses Theoriekonzepts führt, die bei Kritikern dieses Ansatzes zu Recht auf Missbilligung stößt (Lemke 2008b: 383).

6 | Indem den Regierungsprogrammatiken in vielen Gouvernentalitätsstudien »der Status einer Realität *sui generis*« (Müller 2003: 103, Herv. i.O.) zugesprochen wird, versäumen diese oftmals, den Entstehungs- und sozialen Akzeptanzbedingungen der Programme oder den subjektiven Aneignungs- bzw. Ablehnungshandlungen nachzuspüren. Diese methodische Schwäche wird in der sozialwissenschaftlichen Forschungslandschaft aus ganz unterschiedlichen Perspektiven kritisch kommentiert (z.B. Müller 2003; Schimank 2005: 304-307; Lessenich/Otto 2005: 14f.; Bührmann 2005: Abs. 6 sowie die Beiträge in Angermüller/van Dyk 2010a).

angedeutete spiegelbildliche Gleichsetzung von Programmebene und subjektiver Selbstführung in vielen Gouvernamentalitätsstudien sowohl die individuellen Aneignungsprozesse als auch die – mitunter kritische – Handlungsfähigkeit der Subjekte unberücksichtigt bleiben (Langemeyer 2007: 231f.; Ott/Wrana 2010: 160; Graefe 2010). Gouvernamentalitätsstudien würden im vorliegenden Fall somit unterstellen, dass das praktische Engagement der Freiwilligen mit der jeweiligen Regierungsprogrammatik, genauer gesagt: mit den Verhaltensanforderungen der Subjektivierungsfigur des »engagierten Bürgers«, übereinstimmt – eine Annahme, die einem Praxistest wohl kaum standhält. Zweitens hinterlassen Gouvernamentalitätsstudien mit Blick auf die untersuchten Regierungstechnologien oftmals den Eindruck der Kohärenz und Widerspruchslosigkeit, da sie zumeist davon absehen, auch Kämpfen, Konflikten und inhaltlichen Auseinandersetzungen im Prozess der Programmaneignung Aufmerksamkeit zu schenken (Müller 2003; Lemke 2008b: 383; Graefe 2010: 299). So räumen beispielsweise auch Bröckling und Krasmann ein, dass sich Gouvernamentalitätsstudien der Herausforderung, »auch die Dislokationen, Übersetzungen, Subversionen und Zusammenbrüche des Regierens zu beschreiben, [...] erst langsam zu stellen beginnen« (Bröckling/Krasmann 2010: 38). Bei einer alleinigen Konzentration auf gouvernamentalitätstheoretische Grundannahmen bestünde somit die Gefahr, dass die hegemonialen Konflikte, die sich besonders in den 1990er Jahren zwischen verschiedenen Gruppen- und Organisationssubjekten, d.h. zwischen politischen Parteien, Freiwilligenvertretungen sowie den Dachverbänden für Sport, Kultur und Soziales, um die institutionelle Dimension der Engagementförderung entsponnen haben, aus dem Blickfeld gerieten. Dem Verzicht auf die Vollzugsperspektive zugunsten einer eher erkenntnistheoretischen bzw. zeitdiagnostischen Ausrichtung ist es drittens geschuldet, dass Gouvernamentalitätsstudien kaum über eine den empirischen Forschungsprozess anleitende, methodisch-methodologische Systematisierung verfügen (Angermüller/van Dyk 2010b: 15). Es wäre aber verfehlt, diesen deswegen Empirielosigkeit vorzuwerfen. Empirisch fundiert sind ihre Analysen durchaus, doch beschäftigen sie sich nicht mit der Regierungspraxis, sondern versuchen, die Kunst des Regierens möglichst präzise zu kartografieren. Hiermit geht allerdings, wie auch Bröckling und Krasmann eingestehen müssen, »eine gewisse methodische Freihändigkeit« einher, die dazu führt, dass es »nicht immer klar ist, woher sie das wissen, was sie zu wissen beanspruchen« (Bröckling/Krasmann 2010: 39).

Um die Einsichten der Gouvernamentalitätsforschung trotzdem für die Analyse der Regierung der Freiwilligkeit fruchtbar zu machen, gilt es, die genannten Schwachstellen durch Anschluss an die empirische Diskursforschung einerseits und hegemonietheoretische Überlegungen andererseits zu überwinden (ein derartiges Vorgehen begrüßen u.a. Nonhoff 2008a: 293; Graefe 2010: 299). Die Gründe für dieses Vorgehen werden im Folgenden sukzessive entwickelt, wobei im ersten Schritt der Verknüpfung von Diskursanalyse und Gouvernamentalitätsforschung Aufmerksamkeit geschenkt wird (vgl. hierzu grundlegend den Sammelband von Angermüller/van Dyk 2010a), bevor anschließend die Vorzüge ihrer Erweiterung um hegemonieanalytische Einsichten zur Sprache kommen.

Zur Verknüpfung von Diskurs- und Gouvernamentalitätsanalyse

Allgemein formuliert bezeichnet das Diskursive »das Ensemble gesellschaftlicher Sinnproduktion, das eine Gesellschaft als solche begründet« (Laclau 1981: 176).

Dementsprechend widmet sich die Diskursanalyse der Aufgabe, »die soziale Produktion von Sinn« (Angermüller 2010: 72) zu untersuchen, wobei in dieser generellen Fassung unerheblich ist, ob dies aus einer linguistischen (Warnke 2007), kulturalistischen (Schwab-Trapp 2002), poststrukturalistischen (Angermüller/Bunzmann/Nonhoff 2001) oder wissenssoziologischen (Keller 2011) Perspektive erfolgt.⁷ Den Untersuchungsgegenstand derartiger Analysen bilden somit Diskurse, die in Anlehnung an Nonhoff grundlegend als umfangreiche Sinninformationen bzw. als geregelte »Sinnproduktionsakte« (Nonhoff 2008b: 302) erfasst werden können. Unter Sinn versteht Luhmann

»ein[en] Überschuß an implizierten Verweisungen auf anderes, der zu selektivem Vorgehen in allem anschließenden Erleben und Handeln zwingt. Sinn hält ›andeutungsweise‹ die ganze Welt zugänglich, erfordert aber eben damit laufende Selektion des nächsten Schrittes in einem mehr oder weniger konkret apperzipierten Kontext anderer Möglichkeiten.« (Luhmann 1980: 35)

In Anbetracht dessen wird Sinn stets als ein Resultat von Differenz und Differenzierung betrachtet: Alles Aktuelle ergibt somit erst vor dem Hintergrund des Möglichen einen Sinn (Luhmann 1984: 100). Diesen allgemeinen Einsichten folgend orientiert sich das vorliegende Forschungsdesign an den diskurstheoretischen Überlegungen Foucaults, die im weiteren Verlauf der Darstellung noch ausführlich expliziert werden. An dieser Stelle sei lediglich bereits darauf aufmerksam gemacht, dass Foucault den Diskursbegriff heranzieht, um sich hierdurch dem komplexen Zusammenhang von Wissen und Macht bei der Subjekt- und Wahrheitskonstitution anzunähern. Diskursen wird in diesem Zusammenhang eine wirklichkeitserzeugende Bedeutung zugeschrieben, in denen das Normale vom Abweichenden, das Wahre vom Falschen und das Sagbare vom Nicht-Sagbaren unterschieden wird.

Sieht man einmal davon ab, dass gouvernementalitätstheoretische und je nach Perspektive auch diskursanalytische Ansätze an die Arbeiten Foucaults anschließen, haben diese beiden Konzepte auf den ersten Blick nur wenig gemeinsam: Geht es bei letzterem vornehmlich um die Rekonstruktion wirklichkeitskonstituierender bzw. sinngenerierender Praktiken, fokussieren Gouvernementalitätsstudien auf die macht- und wissensdurchzogenen Techniken der Regierung bzw. Menschenführung. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich jedoch, dass beide Perspektiven an zwei Schlüsselstellen ähnlich argumentieren und somit eine Verknüpfung der beiden Sichtweisen durchaus zur gegenseitigen Befruchtung beitragen kann: Silke van Dyk und Johannes Angermüller legen dar, dass sowohl diskurs- als auch gouvernementalitätstheoretische Arbeiten in den letzten Jahren einerseits als Impulsgeber für die Überarbeitung überkommener Subjektivitäts- und Handlungsvorstellungen fungiert haben (Angermüller/van Dyk 2010b: 11; ebenso Bröckling/Krasmann 2010: 25). Andererseits interessieren sich beide Ansätze für die komplexe Verknüpfung von Macht und Wissensformen bei der Konstitution von Wahrheitsregimen, wenngleich der Diskursbegriff selbst in den gouvernementa-

⁷ | Vgl. die Erläuterungen zu den einzelnen Forschungszweigen bei Reiner Keller (u.a. 2001: 10-13).

litätstheoretischen Arbeiten Foucaults keine Rolle spielt (Angermüller/van Dyk 2010b: 11).

An diese grundlegenden Einsichten anknüpfend kristallisieren sich mehrere Gründe heraus, die für eine Verflechtung von Diskurs- und Gouvernementalitätsforschung im Kontext der Analyse der Regierung der Freiwilligkeit sprechen: Anders als gouvernementalitätstheoretische Ansätze ermöglicht das Diskurskonzept erstens, dem Vollzugscharakter der Regierung der Freiwilligkeit Aufmerksamkeit zu schenken. Der auf Praktiken fokussierte Diskursbegriff Foucaults ist hierfür in besonderer Weise geeignet, da er in diesem weiten Verständnis nicht mehr nur auf die Analyse sprachlicher Codes beschränkt ist, sondern sich der Analyse der machtdurchzogenen diskursiven Hervorbringung sozialer Wirklichkeit sowie der Materialität des Diskurses zuwendet: »Der Begriff der diskursiven Praktiken bildet gewissermaßen ein Scharnier, an dem sich Reden und Handeln, Sprache und Macht als Realität und Sinn erzeugende Praktiken verschränken.« (Bublitz 2003: 10) Diskurse sind demnach nicht nur Ausdruck, sondern auch Konstruktionsbedingung der sozialen Sinnordnung, die – und hier folge ich Hannelore Bublitz – als »Verschränkung (multi)diskursiver Ordnungskategorien« (ebd.: 11) gedacht werden muss. Nimmt man diese Erkenntnis der Mehrdimensionalität der diskursiv konstruierten Ordnung ernst, dann geraten bei der Analyse von Regierungstechnologien im Modus ihres Praxisvollzugs neben epistemischen, auch institutionelle sowie körper- und objektbezogene Ordnungen in den Blick (Denninger u.a. 2010: 211-213, 2014: 28f.). Die Berücksichtigung der Multidimensionalität des Diskursiven⁸ erlaubt es folglich, auch dem facettenreichen Praxisvollzug der Regierungsprogramme Aufmerksamkeit zu schenken, der in den meisten Gouvernementalitätsstudien zugunsten einer spiegelbildlichen Gegenüberstellung von Programm und Subjektposition im Dunkeln bleibt.

Zweitens können gouvernementalitätstheoretische Überlegungen von den methodisch-methodologischen Einsichten der empirischen Diskursforschung profitieren, die auf ein umfangreiches Repertoire an quantitativen und qualitativen Methoden der Sozialforschung zurückgreifen kann. Diesem Ziel einer method(olog)ischen Systematisierung der Gouvernementalitätsforschung widmet sich das vorliegende Forschungsdesign insofern, als es einerseits an methodisch kontrollierte Verfahren der qualitativen Sozialforschung, wie etwa die Grounded Theory (Strauss 1991; Strauss/Corbin 1996), anschließt und andererseits den foucaultschen Dispositivbegriff als »methodologisches Scharnier« (Angermüller/van Dyk 2010b: 12) zwischen diskurs- und gouvernementalitätstheoretischen Überlegungen platziert. Die Heranziehung des Dispositivkonzepts trägt der Einsicht Rechnung, dass beide Forschungsperspektiven in den letzten Jahren ein gesteigertes Interesse an nicht-sprachlich vermittelten Sinnstrukturen entwickelt haben, die durch das Dispositivkonzept der Analyse zugänglich gemacht werden können (vgl. u.a. Bührmann/Schneider 2008; Bröckling/Krasmann 2010; Winkel 2013). Als Dispositiv

8 | Die Naturalisierung der mehrdimensionalen diskursiven Ordnung führt Bublitz auf die Verfestigung diskursiver Praktiken »zu Mustern heterogener Wirklichkeitskonstruktionen und materielle[r] Strukturen [zurück], die sich den Anstrich zeitloser Wahrheiten geben. Es ist die Materialität der Diskurse, die den Dingen, den Körpern und den Subjekten über die Zuweisung einer spezifischen Bedeutung hinaus, eine gesellschaftliche, gleichwohl aber eine naturalisierte Existenz verleihen« (Bublitz 2003: 11).

bezeichnet Foucault das Netz, das zwischen den Elementen der soeben skizzierten mehrdimensionalen diskursiven Ordnung des Sozialen, d.h. zwischen den epistemischen, institutionellen, körper- und objektbezogenen Aussagen, aufgespannt wird. Folgt man dieser Perspektive, so bildet die Dispositivanalyse der Regierung der Freiwilligkeit den zentralen methodologischen Fluchtpunkt des vorliegenden Forschungsdesigns. Zur Aufdeckung der Neuverhandlung des freiwilligen Engagements in den letzten drei Jahrzehnten werden die sich überlagernden und aufeinander Bezug nehmenden Dispositive der Freiwilligkeit, angefangen von dem Dispositiv des traditionellen Ehrenamtes über das Dispositiv der Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre bis hin zum Produktivitäts-Dispositiv, nachgezeichnet. Die sich in diesen Dispositiven konstituierenden Verknüpfungsmuster, so resümiert jüngst die Forschergruppe um Stephan Lessenich, »aktualisieren und konstituieren, rationalisieren und materialisieren jeweils eine historisch spezifische gesellschaftliche Ordnung« der Freiwilligkeit (Denninger u.a. 2014: 17), die, wie im Folgenden noch zu zeigen ist, hegemonial umkämpft ist.

Die Verknüpfung von Diskursanalyse und Gouvernementalitätsforschung ermöglicht es drittens, der im Rahmen gouvernementaler Strategien oftmals wenig beachteten (kritischen) Handlungsfähigkeit von Subjekten im Netz dispositiver Verflechtungen Aufmerksamkeit zu schenken. Ausgehend von der Annahme, dass jegliche Subjektivität sowohl disponierte als auch disponierende Anteile umfasst (Link 2007), treten Subjekte als gleichsam Unterworfenen und Gestaltenden des Diskurses in Erscheinung (Renn 2005: 108). Das vorliegende Forschungsdesign geht demnach zwar grundlegend von einem im sozialen Kontext situierten Subjekt aus; dieses darf jedoch keinesfalls als sklavisches von den Strukturen determiniert gedacht werden. Das hier lediglich angedeutete Subjektverständnis ist geeignet, die Gouvernementalitätsperspektive von ihrer Engführung auf die Programmebene zu lösen, indem es aufzeigt, in welcher Weise disponierte Subjekte am Weiterspinnen des Netzes dispositiver Verflechtungen, das die Regierung der Freiwilligkeit im Modus des Vollzugs auszeichnet, in produktiver Weise beteiligt sind. Konkret formuliert bedeutet dies, dass den programmbezogenen Reaktionen der von der engagementbezogenen Anrufungspraxis adressierten freiwillig Engagierten selbst, d.h. der alltagspraktischen Aneignung, Abweisung oder gar Ignoranz der in der Subjektivierungsfigur des »engagierten Bürgers« kulminierenden Aktivierungsprogrammatik, Beachtung geschenkt werden muss. Denn der Erfolg eines Aktivierungsprogramms, so resümieren Lessenich und Otto, »muss sich zuallererst daran messen lassen, inwieweit es in den Köpfen, Herzen und Handlungsweisen der Subjekte [...] verfängt« (Lessenich/Otto 2005: 15).

Der empirischen Studie vorausgreifend sei an dieser Stelle jedoch einschränkend angemerkt, dass die sozialen Deutungsmuster bzw. Alltagspraktiken der freiwillig Engagierten im Rahmen der vorliegenden Analyse nicht systematisch, z.B. durch Interviews oder ethnografische Ansätze, erfasst wurden. Ursächlich hierfür sind erstens die forschungspragmatischen Restriktionen einer als Einzelprojekt konzipierten Qualifikationsarbeit. Zweitens ist diese Vernachlässigung der spezifischen Schwerpunktsetzung dieser Arbeit geschuldet, die sich vor allem auf die institutionelle Dimension der Engagementförderung und die sich hierum entspinnden Konflikte zwischen verschiedenen Gruppen- und Organisationssubjekten konzentriert. Trotz dieser Einschränkungen sollen die Freiwilligen auch im Rahmen dieser Forschungsarbeit selbst zu Wort kommen. Dies ist deshalb möglich,

da sich die Ehrenamtlichen bzw. ihre Vertretungsorganisationen gerade Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre intensiv an den Auseinandersetzungen um die institutionalisierte Gestalt einer politischen Engagementförderung beteiligten. Die diesbezüglichen Äußerungen von freiwillig Engagierten wurden in dieser frühen Phase gerade von den Printmedien vielfach rezipiert oder von den verbandlichen Freiwilligenvertretungen, wie etwa den Caritas-Konferenzen Deutschlands (CKD),⁹ in Form von Positionspapieren publiziert, so dass sie zumindest überblicksartig rekonstruiert werden können. Zudem liefern auch quantitative und qualitative Freiwilligenbefragungen Informationen über die programmbezogenen Reaktionen der freiwillig Engagierten.

Insgesamt gesehen trägt der Anschluss an diskursanalytische Überlegungen maßgeblich dazu bei, verschiedene Schwachstellen der Gouvernamentalitätsforschung, die aus der Vernachlässigung des Vollzugscharakters der Regierungspraktiken resultieren, zu überwinden. Ein zentrales Defizit der Gouvernamentalitätsstudien, und zwar ihr Unvermögen, Brüche und Verwerfungen im Prozess der Programmaneignung offenzulegen, kann aber auch durch diskursanalytische Überlegungen nicht vollständig beseitigt werden, da es auch diesen, wie Bröckling und Krasmann zutreffend bemerken, zumeist an der nötigen Sensibilität für diskursive Kämpfe, Konflikte und Verwerfungen mangelt (Bröckling/Krasmann 2010: 39).¹⁰ Dieses Defizit ebenso erkennend fordert Stefanie Graefe, dass mehr getan werden müsste, »als zu betonen, dass Diskurse und Programme notwendig widersprüchlich, vorläufig und umkämpft sind – was sie zweifelsohne sind. Aber von wem, gegen wen und von wem nicht?« (Graefe 2010: 299, Herv. i.O.) Um demnach nicht den Eindruck einer widerspruchsfreien und kohärenten Diskursrekonstruktion zu hinterlassen, spricht sich Graefe eindringlich für eine Erweiterung von Diskurs- und Gouvernamentalitätsanalysen um hegemonietheoretische Überlegungen aus, mit deren Hilfe im Folgenden das spannungsgeladene Zusammentreffen von Kräfteverhältnissen und Diskursen der Analyse zugänglich gemacht werden soll.

Zur Verknüpfung von Hegemonie- und Gouvernamentalitätsanalyse

Eine Forschungsarbeit wie die Vorliegende, in der es grundlegend um die Durchsetzung politischer Deutungshoheit in engagementspezifischen Fragen geht, kommt somit nicht umhin, diese von Stefanie Graefe vorgeschlagene Perspektiven-erweiterung ernst zu nehmen und adäquate Wege zur analytischen Durchdringung derartiger mitunter konfliktreicher Aushandlungsprozesse zu finden. Den Ausführungen Martin Nonhoffs (2007) folgend ist es hierzu notwendig, Diskurs als Hegemonieanalyse zu konzipieren, wobei hier grundlegend an das Hegemonieverständnis von Antonio Gramsci angeschlossen wird. Ohne der Komplexität der

9 | Die Caritas-Konferenzen Deutschlands e.V. (CKD) ist ein Fachverband des Deutschen Caritasverbandes, der als Netzwerk und Vertretung der in den Einrichtungen der Caritas ehrenamtlich Aktiven fungiert. Die unter dem gemeinsamen Dach der CKD zusammengeschlossenen Gruppen ehrenamtlich Engagierter tragen die Namen Caritas-Konferenzen, Elisabethvereine, Elisabeth-Konferenzen, Pfarrcaritasgruppen oder Helferkreise.

10 | Eine Ausnahme stellt hier die von Michael Schwab-Trapp durchgeführte Analyse von Kriegsdiskursen dar, in der er Diskursanalyse explizit als Konfliktanalyse konzipiert (Schwab-Trapp 2001: 264, 2002: 36).

Staats- und Herrschaftstheorie Gramscis an dieser Stelle gerecht werden zu können, soll sein Hegemoniebegriff, vor allem in der Rezeption durch Ernesto Laclau und Chantal Mouffe (1991), für diese Arbeit nutzbar gemacht werden. Der italienische Staatstheoretiker Antonio Gramsci trug insofern maßgeblich zur Erweiterung der traditionellen Herrschaftsanalyse bei, als er mit dem Konzept der Hegemonie darauf aufmerksam machte, dass moderne Herrschaft nicht nur auf Zwang, Gewalt und Autorität aufbaue, sondern auch auf die Erzeugung von Konsens angewiesen sei. Hegemonie bezeichnet für Gramsci die Fähigkeit der herrschenden Klassen, ihre Interessen so durchzusetzen, dass sie von den beherrschten Klassen als Allgemeininteressen, d.h. im Sinne eines »aktiven oder passiven Konsens« der Regierten (Gramsci 1991, H. 3 § 90: 411), anerkannt werden (Stützle 2004: 7). Moderne Herrschaft kann folglich nur dann auf Dauer Bestand haben, wenn sie von den Beherrschten selbst mitgetragen wird. Gramsci bringt seine Erweiterung des Staatsbegriffs, mit der er sich sowohl vom liberalen als auch vom marxistischen Staatsverständnis, an das er ja selbst anknüpfte, deutlich abhob, auf die folgende einprägsame Formel: »[I]n dem Sinne, könnte man sagen, daß Staat = politische Gesellschaft + Zivilgesellschaft, das heißt Hegemonie, gepanzert mit Zwang« (Gramsci 1992, H. 6 § 88: 783).¹¹ Das hier in groben Zügen umrissene Hegemoniekonzept Gramscis wurde im Laufe des 20. Jahrhunderts durch eine Vielzahl von Autoren in kritisch-kommentierender Manier aufgegriffen und fortentwickelt, sei es im post-marxistischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe (1991), im Rahmen der materialistischen Staatstheorie (u.a. Hirsch/Jessop/Poulantzas 2001) oder der neo-gramscianischen Schule der Internationalen Politischen Ökonomie (u.a. Cox 1987; Gill 1993; Bieling/Deppe 1996).¹²

Als besonders anschlussfähig für die vorliegende Untersuchung erweist sich der Hegemoniebegriff von Laclau und Mouffe, der wiederum in eine elaborierte Diskurs- bzw. Gesellschaftstheorie eingebettet ist (Laclau/Mouffe 1991). Eine ausführliche Herleitung dieser Diskurstheorie kann zwar im Rahmen der vorliegenden Forschungsarbeit, die sich vornehmlich an der von Martin Nonhoff (2006) erarbeiteten methodischen Operationalisierung derselben orientiert, nicht geleis-

11 | Die unterschiedliche Verfasstheit der Zivilgesellschaft zieht Gramsci als Erklärung für den Erfolg der Oktoberrevolution in Russland im Jahr 1917 und das Scheitern der kommunistischen Umsturzversuche in West- und Mitteleuropa heran: Da im zaristischen Russland die Macht im Staat konzentriert und die Zivilgesellschaft nur rudimentär ausgebildet war, konnten die Revolutionäre ohne größere Widerstände die Staatsmacht übernehmen. In West- und Mitteleuropa hatte sich hingegen eine starke Zivilgesellschaft – gewissermaßen als Bollwerk – herausgebildet, die die politische Herrschaft stützte. Hier war es somit notwendig, so Gramsci, neben dem Staat auch die Zivilgesellschaft zu erobern. Anders als beim mit schnellen Frontalangriffen geführten Kampf um den Staat müsse der Kampf um die Zivilgesellschaft jedoch mit anderen Mitteln geführt werden. Erfolgreich könne ein Umsturz hier nur über eine langsam zu gewinnende Vorherrschaft bzw. Hegemonie im zivilgesellschaftlich-kulturellen Raum sein, wofür sich Gramsci der Metapher des ressourcenaufwendigen »Stellungskrieges« bedient (Gramsci 1992, H. 7 § 16: 873f.).

12 | Einen umfassenden Überblick über das Staatskonzept Gramscis und dessen Weiterentwicklung in staats-, rechts- und demokratietheoretischer Perspektive sowie über die neo-gramscianischen Diskussionen im Hinblick auf staatliche Transnationalisierungsprozesse bieten Buckel/Fischer-Lescano (2007).

tet werden, doch soll an dieser Stelle zumindest das Hegemonieverständnis von Laclau und Mouffe in Grundzügen umrissen werden (vgl. hierzu ausführlich Marchart 1998; Nonhoff 2007a). Laclau und Mouffe entwickeln seit Mitte der 1980er Jahre aufbauend auf den hegemonietheoretischen Überlegungen Gramscis, dem Diskursbegriff Foucaults sowie verschiedenen (post-)strukturalistischen Konzepten eine Gesellschaftstheorie, in der das Soziale mit dem Diskursiven gleichgesetzt wird (Marchart 2007: 107f.). Unter Rekurs auf die Arbeiten von Jacques Derrida gehen sie davon aus, dass Bedeutungen sowie diskursive bzw. soziale Strukturen niemals vollständig fixiert werden können. Stattdessen wird in diskursiven Auseinandersetzungen zwischen sich gegenüberstehenden gesellschaftlichen Gruppierungen stets um die hegemoniale Stabilisierung von Bedeutungen gerungen. Derartige diskursive Konflikte bzw. Kämpfe können »als der eigentliche Modus der Politik« verstanden werden (Nonhoff 2007b: 12). Hegemonie bezeichnet im Denken von Laclau und Mouffe folglich nicht bzw. nicht vordergründig die Vorherrschaft eines Individuums oder Kollektivs, sondern die Vorherrschaft einer bestimmten diskursiven Formation, die eine temporäre Schließung des diskursiven Geschehens bewirkt und so zu einer Naturalisierung bestimmter Wirklichkeitsvorstellungen führt (Nonhoff 2006: 11, 2007c: 174). Doch auch derartige Hegemonien sind prekär, da bestehende Widersprüche und Heterogenitäten hierdurch immer nur temporär überdeckt werden können und eine erneute Destabilisierung der Bedeutungsfixierungen in diskursiven Auseinandersetzungen möglich ist. Die Quintessenz dieser Überlegungen fassen Georg Glasze und Annika Mattissek wie folgt zusammen:

»Vor dem Hintergrund diskursiver Auseinandersetzungen ist dann die Herstellung einer (neuen und letztlich wieder instabilen, weil nie alle Widersprüche vereinenden) sozialen Wirklichkeit durch einen partikularen Diskurs ein hegemonialer Akt. Genau hier liegt der Machteffekt diskursiver Auseinandersetzungen: denn mit der Durchsetzung eines spezifischen hegemonialen Diskurses ist immer die Unterdrückung und Marginalisierung von alternativen sozialen Wirklichkeiten verbunden.« (Glasze/Mattissek 2009: 161f.)

Dieses Hegemonieverständnis erweist sich gerade für die Analyse politischer Diskurse als hoch anschlussfähig, deren Sinnangebote innerhalb der politischen Ordnung auf Dauer gestellt werden und die »Notwendigkeit« bzw. die »Selbstverständlichkeit« eines bestimmten politischen Handelns zulasten alternativer Weltansichten behaupten (Nonhoff 2006: 40). Konkret formuliert, hat sich bezogen auf das heterogene Netz dispositiver Verknüpfungen, das die Regierung der Freiwilligkeit auszeichnet, die institutionelle Dimension der Engagementförderung als diejenige Ebene herauskristallisiert, die im Untersuchungszeitraum im Zentrum hegemonialer politischer Kämpfe stand. Dies bedeutet zugleich, dass die Dispositive der Freiwilligkeit nicht als starre, unveränderliche Verknüpfungsstrukturen gedacht werden dürfen. Sie sind allenfalls temporär fixiert, stets umkämpft und wandelbar, was darauf zurückgeführt werden kann, dass die disponierten Subjekte am Weiterspinnen des Netzes dispositiver Verflechtungen in produktiver Weise beteiligt sind. Im vorliegenden Fall sind es vor allem Diskurskoalitionen, bestehend aus verschiedenen Gruppen- und Organisationssubjekten, die sich in den 1990er Jahren um zwei konträre Positionen bezüglich der institutionellen Dimension der Engagementförderung gruppiert haben: Es bildete sich auf der einen Seite eine

breite gesellschaftlich-politische Diskurskoalition heraus, die sich für die Durchführung institutioneller politischer Reformen zur Förderung des Ehrenamtes aussprach. Dieser Koalition schlossen sich sukzessive die deutschen Dachverbände für Sport, Soziales und Kultur, verschiedene Freiwilligenvertretungen sowie die Bundestagsfraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und PDS an. Hierbei trafen sie andererseits auf den Widerstand einer von der liberal-konservativen Bundesregierung sowie der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände gestützten Diskurskoalition, die jegliche staatliche Zuständigkeit in dieser Angelegenheit negierte. Seitdem zur Jahrtausendwende die ersten engagementpolitischen Maßnahmen auf Initiative der rot-grünen Regierung durchgeführt wurden, legten sich zwar diese fundamentalen Konflikte, doch gab es auch Anfang der 2000er Jahre noch diesbezügliche Unstimmigkeiten zwischen den Bundestagsfraktionen, die erst in den Folgejahren langsam abebbten. Die Betrachtung dieser Konflikte öffnet nicht nur den Blick für die konflikthafte Dynamik und Unabgeschlossenheit von gesellschaftlichen Dispositiven – hier konkret der Dispositive der Freiwilligkeit –, sondern gleichsam auch für politischen, genauer gesagt: institutionellen Wandel, der hier in Form einer in den 1990er Jahren noch heftig umstrittenen und sich seit der Jahrtausendwende sukzessive etablierenden staatlichen Engagementpolitik sichtbar in Erscheinung tritt.

Diskurs- als Hegemonieanalyse zu konzipieren, hat für die vorliegende Forschungsarbeit sowohl inhaltliche als auch forschungsökonomische Vorzüge, die an dieser Stelle zum Zwecke der Plausibilisierung des Vorgehens kurz umrissen werden sollen: Aus einer forschungspragmatischen Perspektive betrachtet, erweist es sich als vorteilhaft, dass sich die Hegemonieanalyse prinzipiell auf dasselbe Textkorpus stützen kann, wie es bereits der Analyse der Dispositive der Freiwilligkeit zugrunde liegt. Bei der Erstellung dieses Korpus wurde deshalb von Beginn an darauf geachtet, dass die Argumente und Positionen der im Rahmen der Hegemonieanalyse betrachteten Gruppen- und Organisationssubjekte mit Hilfe der ausgewählten Dokumente rekonstruiert werden können. Inhaltlich erweist sich der Rekurs auf hegemonietheoretische Überlegungen aus den folgenden Gründen als fruchtbar: Auf diese Weise kann nicht nur das So-Geworden-Sein der Regierung der Freiwilligkeit denaturalisiert und dem Eindruck einer widerspruchsfreien bzw. kohärenten Diskursentwicklung entgegengewirkt werden, sondern es geraten gleichzeitig die konstruktiven Implikationen diskursiver Kämpfe in den Blick, die zur Herausbildung und Veränderung von Regierungsformen – hier in ihrer konkreten Gestalt als Dispositive der Freiwilligkeit – beitragen (Lemke 2008b: 383). Den konflikthaften Elementen der Vollzugsperspektive Beachtung zu schenken, sensibilisiert somit für die diskursive Dynamik der Regierung der Freiwilligkeit, die hierdurch gleichsam als Ort politischen Wandels in Erscheinung tritt (Schwab-Trapp 2001: 264, 2002: 36; Keller 2011: 279). Hegemonietheoretische Ansätze tragen jedoch nicht nur zur Denaturalisierung der Regierung der Freiwilligkeit bei, sondern erlauben es zudem, die Ebene der Diskursbeschreibung zugunsten der Ebene der Diskurserklärung zu verlassen (Diaz-Bone 1999: 133). D.h., es wird nach den Gründen, Strategien und diskursiven Mechanismen gefragt, die zur schrittweisen Hegemonialisierung bzw. Naturalisierung der institutionellen Dimension des Engagementdiskurses geführt haben. Die hierbei identifizierten diskursiv-strukturellen und intentionalen Erklärungsmomente liefern zudem eine Begründung für die diskursive Dynamik, die die Regierung der Freiwilligkeit im Unter-

suchungszeitraum insgesamt auszeichnet. Hegemonietheoretische Ansätze haben demnach den unschätzbaren Vorteil, die Dimension des Verstehens um diejenige des Erklärens zu erweitern und auf diese Weise zu einem tieferen Verständnis der inneren Dynamik der Regierung der Freiwilligkeit vorzudringen.

Das hier skizzierte Vorgehen folgt somit grundlegend der theoretisch-methodologischen Perspektive, die Foucault selbst an verschiedenen Stellen seiner Arbeit als »historischen Nominalismus« (Foucault 2003: 1020, 2005: 43, 377, 709) bezeichnet hat und für die Dreyfus und Rabinow (1994) den Begriff der »Interpretativen Analytik« geprägt haben. Hierbei geht es darum, die Natürlich- bzw. Selbstverständlichkeit historischer Situationen aufzubrechen, diese wieder zu einem kontingenten Ereignis zu machen, indem die Machtprozesse identifiziert werden, die zu einem gegebenen Zeitpunkt zur Durchsetzung dieser Selbstverständlichkeiten unter Ausschluss anderer Alternativen geführt haben (Foucault 1996: 77f., 178f.). Der historische Nominalismus zielt demnach grundlegend darauf ab, »Universalien« selbst als Singularitäten zu dechiffrieren« (Lemke 1997: 339) und geht hierbei in zwei Schritten vor, die auch mit Blick auf die hegemonietheoretischen Überlegungen bereits angedeutet wurden: Erstens findet ein Prozess der Denaturalisierung statt, in dem universell gebrauchte Kategorien und Evidenzen in Frage gestellt und somit ihrer Selbstverständlichkeit beraubt werden. Die bisherigen Gewissheiten erscheinen dann nur noch als kontingente Ergebnisse bestimmter historischer Praktiken. Im zweiten Schritt geht es darum, das historische Netz aus Kräftekonstellationen, Strategien und Interessen zu rekonstruieren, das zur Konstituierung und Stabilisierung dieser evidenten Gegebenheiten und Denkschemata beigetragen hat (Lemke 1997: 338f., 2007: 51f.). Erst wenn sich hierdurch bestimmte Praktiken ihrer Evidenz und Natürlichkeit entledigt haben, wird es möglich, danach zu fragen, warum sich gerade diese und nicht andere Praktiken durchsetzen konnten. Um diese Sachverhalt zu plausibilisieren, führt Foucault den Begriff der »Problematisierung« ein:

»Ich versuchte von Anfang an, den Prozeß der ›Problematisierung‹ zu analysieren – was heißt: Wie und warum bestimmte Dinge (Verhalten, Erscheinungen, Prozesse) zum Problem wurden. Warum wurden zum Beispiel bestimmte Verhaltensnormen als ›Wahnsinn‹ gekennzeichnet und klassifiziert, während ähnliche Formen in einem bestimmten historischen Augenblick völlig vernachlässigt wurden.« (Foucault 1996: 178, Herv. i.O.)

Obgleich es sich im vorliegenden Fall nicht um eine umfassende historische Rekonstruktionsarbeit nach dem Vorbild von Werken wie *Wahnsinn und Gesellschaft* (Foucault 1973) oder *Überwachen und Strafen* (Foucault 1977) handelt und lediglich ein bis an die Gegenwart heranreichender Untersuchungszeitraum von 25 Jahren in den Blick genommen wird, erweist sich der historische Nominalismus für die Analyse der Regierung der Freiwilligkeit als durchaus anschlussfähig. Von diesem Vorgehen inspiriert verfolgt diese Forschungsarbeit das grundlegende Ziel, zur »Denaturalisierung und Rekonstruktion der historisch-sozialen Gründe des ›Natürlichen‹« (Nonhoff 2008a: 293) vorzudringen. Konkret formuliert geht es hierbei um die Denaturalisierung der aktuellen Gewissheit, dass die Durchführung engagementspezifischer Maßnahmen eine selbstverständliche Aufgabe des Staates sei. Blickt man mehr als zwei Jahrzehnte zurück und betrachtet den Zeitraum, in welchem die institutionelle Dimension der Engagementförderung erst-

mals problematisiert wurde, zeigt sich, dass ihre Durchsetzung angesichts anderer möglicher Praktiken untrennbar mit Machtprozessen verknüpft und demnach durchaus erklärungsbedürftig ist. So war beispielsweise der Vorschlag, dass der Staat in Sachen Engagementförderung mehr Verantwortung übernehmen müsse, in den 1990er Jahren noch hoch umstritten und traf, wie bereits angedeutet, insbesondere auf den Widerstand der damaligen Bundesregierung. Heute stellt die Beanspruchung staatlicher Zuständigkeit im Bereich der Engagementförderung hingegen eine unhinterfragte Selbstverständlichkeit dar, deren Machtbedingtheit bzw. Nichtnotwendigkeit ohne eine an den Widerstandspotenzialen und Freiheitsräumen des engagementbezogenen Problematisierungsprozesses interessierten Analyse in Anlehnung an Foucault wohl kaum thematisiert werden würde.

Die bisherigen Überlegungen resümierend gilt festzuhalten, dass im Rahmen der Analyse der Regierung der Freiwilligkeit gouvernementalitäts-, diskurs- und hegemonietheoretische Überlegungen so miteinander verschmolzen werden sollen, dass die Stärken der jeweiligen Perspektive zur Geltung kommen. Dieses Vorgehen distanziert sich bewusst von der häufig als unreflektiert-naiv kritisierten Tendenz, Gouvernementalität als Theorie und Diskurs- oder Hegemonieanalyse als Methode einfach additiv zusammenzufügen, da hierdurch sowohl den erkenntnisbezogenen als auch methodologischen Implikationen aller drei Ansätze Unrecht getan werden würde (Angermüller/van Dyk 2010b: 16). Im Hinblick auf die Diskursanalyse ist es insbesondere Hannelore Bublitz, die sich vehement dagegen ausspricht, Diskursanalyse ohne ihren spezifischen Theoriebezug lediglich als Methode zu verwenden (vgl. ebenso Bettinger 2007: 86f.):

»Der Diskursbegriff ist, als gesellschaftskonstituierender Kern der foucaultschen Analyse, zugleich zentrales Element einer aus dieser abzuleitenden ›Methode‹, die vom Wesen der Theorie nicht zu trennen ist. [...] Theorieentwicklung und Methode konstituieren sich in ein und demselben Akt. Die Methode liegt als Konstruktionsmodus von Theorie und von Gesellschaft als Gegenstand der Theorie zugrunde, denn sowohl die Theorie als auch gesellschaftliche Wirklichkeit als Gegenstand konstituieren sich methodisch durch Diskurse. Diskursanalyse ist daher nicht als von der Theorie abgelöste Methode denkbar; also nicht nur methodisches Instrumentarium, sondern immer schon Teil dessen, was sie analysiert, und zugleich analysierendes Medium.« (Bublitz 1999b: 27f.)

An diese Einsicht anknüpfend bildet der Diskursbegriff den Ausgangspunkt für die nun folgende ausführliche theoretisch-methodologische Systematisierung des Forschungsdesigns, deren Ziel es ist, die Verknüpfung gouvernementalitäts-, diskurs- und hegemonietheoretischer Ansätze umfassend zu skizzieren und auf diese Weise die Regierung der Freiwilligkeit im Netz dispositiver Verflechtungen sichtbar werden zu lassen.

2.2 DISKURS UND DISPOSITIV ALS ANALYTISCHE RAHMENKONZEPTE¹³

2.2.1 Diskurs – Wissen – Macht

Der dieser Arbeit zugrunde liegende Diskursbegriff grenzt sich sowohl von einem linguistisch-sprachanalytischen Diskursverständnis angloamerikanischer Provenienz (u.a. Coulthard 1977) als auch von dem normativen bzw. konsensorientierten Habermasschen Diskursbegriff (Habermas 1981a, 1981b, 1992) ab und orientiert sich demgegenüber an dem Diskursverständnis Michel Foucaults. Eine ausführliche Darlegung seines Diskursbegriffs unternimmt Foucault in der *Archäologie des Wissens*, wo er Diskurs als eine »regulierte Praxis« (Foucault 1981: 74) definiert und sich damit deutlich von einer Reduktion dieses Begriffs auf die Gesamtheit der zur Benennung von Gegenständen herangezogenen (sprachlichen) Zeichen distanziert. Demgegenüber erfasst Foucault Diskurse als Praktiken des Denkens, Sprechens und Handelns, die »systematisch die Gegenstände bilden, von denen sie sprechen« (ebd.). Diskurse als Praktiken zu behandeln, bedeutet folglich, sich von der Vorstellung zu lösen, dass diese eine »einfache Verschränkung der Dinge und der Wörter« sind: »Zwar bestehen diese Diskurse aus Zeichen; aber sie benutzen diese Zeichen für mehr als nur zur Bezeichnung der Sachen. Dieses *mehr* macht sie irreduzibel auf das Sprechen und die Sprache.« (Ebd., Herv. i.O.)

Foucault spricht der Diskurspraxis somit eine eigene Materialität bzw. Produktivität zu, wodurch er diese von der reinen Sprachanalyse löst und stattdessen im Feld gesellschaftlicher Praktiken verortet. Als Praktiken sind Diskurse demnach Prozesse der gesellschaftlichen Konstruktion und Hervorbringung von Wirklichkeit, die niemals unmittelbar erfahrbar, sondern immer nur über eine diskursiv hergestellte und veränderbare »symbolisch kodifizierte Ordnung« zugänglich ist (Bublitz 2001: 256, 2003: 53-58; Landwehr 2003: 107-109). Entgegen der Annahme, dass Materialitäten, Objekte oder Körper prädiskursiv vorhanden sind oder lediglich Effekte von diskursiven Praktiken darstellen, besitzen Diskurse im Sinne Foucaults eine eigene Materialitäten produzierende Kraft, »die in der Verschränkung von Diskursivem und Physischem auf der Ebene der ›Existenz des Diskurses‹ auf seine (Wirk)Mächtigkeit und Produktivität hinweist« (Bublitz 2003: 51). Vor diesem Hintergrund erweist sich die folgende Definition Maarten A. Hajers für das vorliegende Diskursverständnis als instruktiv: »Discourse has been defined as a specific ensemble of ideas, concepts, and categorizations that is produced, reproduced, and transformed in a particular set of practices and through which meaning is given to physical and social realities.« (Hajer 1995: 60)

13 | Das diskursbezogene Kapitel 2.2 folgt in seinen zentralen theoretischen Annahmen sowie forschungsstrategischen Entscheidungen dem theoretisch-methodologischen Vorgehen des von Stephan Lessenich geleiteten Forschungsprojekts: »Vom ›verdienten Ruhestand‹ zum ›Alterskraftunternehmer‹? Bilder und Praktiken des Alter(n)s in der aktivgesellschaftlichen Transformation des deutschen Sozialstaats nach der Vereinigung« (zu den Forschungsergebnissen vgl. ausführlich Denninger u.a. 2010, 2014). Dieses Projekt ist Teil des mittlerweile abgeschlossenen DFG-Sonderforschungsbereiches 580 »Gesellschaftliche Entwicklungen nach dem Systemumbruch. Diskontinuität, Tradition, Strukturbildung« der Universitäten Jena und Halle-Wittenberg.

Die Rede von Diskursen als regelgeleitete Praktiken weist zudem darauf hin, dass die diskursive Bedeutungsproduktion einem spezifischen Set von Regeln folgt, das in einer bestimmten historischen Situation darüber entscheidet, was geschrieben, gedacht oder getan werden kann (Foucault 1981: 171; Parr 2008b: 234f.; Bührmann/Schneider 2008: 24-26). Foucault betrachtet folglich die Ordnung der Dinge als Ergebnis bzw. Effekt der diskursiven Praxis ihrer Hervorbringung, Transformation, Absicherung usw. (Foucault 1981: 171) und versucht dieser Ordnungsbildung durch die Identifikation der spezifischen Formationsregeln auf den Grund zu gehen (ebd.: 93).¹⁴ Diese ordnende Wirkung von Diskursen ist nach Foucault zweifach bedingt: Einerseits weisen Diskurse den zu einem bestimmten historischen Zeitpunkt vorherrschenden Annahmen, Mutmaßungen und Einsichten Bedeutung zu und konstituieren diese so als Wissen (Bublitz 2003: 56). Andererseits fungieren sie auch in der gesellschaftlichen Praxis als ordnende Instanz, da sie hier durch die Bereitstellung von Kategorien, Wissen, Weltbildern usw. eine bestimmte Ordnung der sozialen Welt erzeugen, die evident bzw. natürlich erscheint (Veyne 2003: 32). Diskurse stellen demzufolge nicht lediglich eine Widerspiegelung der sozialen Wirklichkeit dar, sondern sie konstituieren soziale Sinnordnungen und sind gewissermaßen gleichbedeutend mit dem Sozialen (Bettinger 2007: 77), weshalb Diskurse mit Keller als »*Ausdruck und Konstitutionsbedingung des Sozialen zugleich*« (Keller 2011: 236, Herv. i.O.; vgl. ebenso Bublitz 1999a: 31f.) gedacht werden können.

Von Diskursen als gesellschaftliche Ordnungs- bzw. Ausgrenzungsinstanzen zu sprechen, öffnet den Blick für die Machtbezogenheit von Diskursen, die den Ort darstellen, an dem Wissen und Macht im Prozess der Wahrheitserzeugung untrennbar miteinander verknüpft sind. Dieser Verschränkung von Macht und Wissen wendet sich Foucault vor allem in seinen genealogischen Arbeiten der 1970er Jahre zu, in denen er sich dezidiert gegen einen simplifizierenden, einseitig als repressiv gedachten Machtbegriff ausspricht: »In Wirklichkeit ist die Macht produktiv; und sie produziert Wirkliches. Sie produziert Gegenstandsbereiche und Wahrheitsrituale: das Individuum und seine Erkenntnis sind Ergebnisse dieser Produktion« (Foucault 1977: 250; vgl. Bublitz 2003: 68-70). Foucault konzipiert Macht als amorphe, die gesamte Gesellschaft und sämtliche soziale Beziehungen durchziehende Kräfteverhältnisse, die nicht von einem Subjekt bzw. einem Kollektiv besessen werden oder gar verloren gehen kann (Foucault 1977: 40), da sie als »Strukturierungsprinzip in den Kontext sozialer Praktiken eingelassen ist« (Kögler 2007: 357; ebenso Landwehr 2003: 111f.). Macht verweist somit stets auf eine gewisse Potenzialität, die genutzt bzw. ausgeübt werden muss und sich somit nur »in actu« realisiert (Foucault 1994b: 254). Diese Allgegenwärtigkeit von Macht bringt Foucault in folgendem prominenten Satz zum Ausdruck: »Die Macht ist nicht eine Institution, ist nicht eine Struktur, ist nicht eine Mächtigkeit einiger Mächtiger.

14 | Auch Laclau und Mouffe führen den Diskursbegriff mit Hinweis auf seine ordnungsbildende Funktion ein: »Jedweder Diskurs konstituiert sich als Versuch, das Feld der Diskursivität zu beherrschen, das Fließen der Differenzen aufzuhalten, ein Zentrum zu konstruieren.« (Laclau/Mouffe 1991: 164) Anders als Foucault leiten Laclau und Mouffe die Instabilität von Bedeutungen aus der Überdeterminierung diskursiver Elemente ab, die dazu führt, dass Bedeutungen in Diskursen allenfalls temporär, aber niemals endgültig fixiert werden können (ebd.: 163; zur Rezeption vgl. Nonhoff 2006: 218).

Die Macht ist der Name, den man einer komplexen strategischen Situation in einer Gesellschaft gibt.« (Foucault 1983: 114)

Eine ausführliche Herleitung des Diskurses und seiner Machtwirkungen unternimmt Foucault in seiner Antrittsvorlesung am Collège de France im Jahr 1970 unter dem Titel *Die Ordnung des Diskurses* (Foucault 1994a). Hier beschreibt er den Diskurs als »dasjenige, worum und womit man kämpft; er ist die Macht, deren man sich zu bemächtigen versucht« (ebd.: 11).¹⁵ Mit Kögler von einem »*ontologischen Primat der Macht*« (Kögler 2007: 348, Herv. i.O.) ausgehend müssen Diskurse somit stets als umkämpft bzw. als in soziale Kräfteverhältnisse eingelassen verstanden werden. Die Machtbedingtheit von Diskursen liegt u.a. darin begründet, dass sie, indem sie bestimmte Ereignisse als bedeutsam kategorisieren, Wissen produzieren, das in einem bestimmten gesellschaftlichen Umfeld als real bzw. natürlich akzeptiert wird. Hierbei gilt es zu bedenken, dass die Konstituierung einer bestimmten Ordnung des Wirklichen gleichbedeutend ist mit dem Ausschluss anderer Realitätskonstruktionen (Landwehr 2003: 114f.). Wissen stellt folglich nicht die »Summe von Erkenntnissen« dar (Foucault 2001: 921), sondern wird bei Foucault »als unumgänglich kontingentes Ergebnis von Kräfteverhältnissen und in sich selbst machthaltiger Zugriff auf die Welt« konzipiert (Keller 2008a: 84). Foucault selbst formuliert diesen Zusammenhang in seiner Schrift *Überwachen und Strafen* folgendermaßen:

»Eher ist wohl anzunehmen, daß die Macht Wissen hervorbringt (und nicht bloß fördert, anwendet, ausnutzt); daß Macht und Wissen einander unmittelbar einschließen; daß es keine Machtbeziehung gibt, ohne daß sich ein entsprechendes Wissensfeld konstituiert, und kein Wissen, das nicht gleichzeitig Machtbeziehungen voraussetzt und konstituiert. Diese Macht/Wissen-Beziehungen sind darum nicht von einem Erkenntnissubjekt aus zu analysieren, das gegenüber dem Machtsystem frei und unfrei ist. Vielmehr ist in Betracht zu ziehen, daß das erkennende Subjekt, das zu erkennende Objekt und die Erkenntnisweisen jeweils Effekte jener fundamentalen Macht/Wissen-Komplexe und ihrer historischen Transformationen bilden.« (Foucault 1977: 39)

Macht und Wissen sind folglich in einem wechselseitigen Produktionsprozess aufeinander bezogen, ohne hierbei miteinander identisch zu sein. Sie bilden wirkungsvolle Macht-Wissen-Komplexe, die ein Wissensregime begründen, das das Normale vom Abweichenden, das Sagbare vom Unsagbaren und eben auch das Wahre vom Falschen trennt (Bublitz 2003: 59).

Die hier bereits anklingende Wahrheitsproblematik ist für die vorliegende Forschungsarbeit von besonderer Bedeutung, da der Begriff der Wahrheit das Gesamtwerk Foucaults in all seinen Phasen wie kaum ein anderer prägt und somit auch als ein gemeinsamer Bezugspunkt für die von Foucault in unterschiedlichen Schaffensperioden angestellten diskurs- und gouvernementalitätstheoretischen Überlegungen fungiert. Wahrheit, so kann man allgemein formulieren, ist Foucault

15 | Ähnlich pointiert formuliert Foucault die Untrennbarkeit von Macht und Diskurs in der *Archäologie des Wissens*. Hier bezeichnet er den Diskurs als ein »Gut, das [...] mit seiner Existenz (und nicht nur in seinen ›praktischen Anwendungen‹) die Frage nach der Macht stellt. Ein Gut, das von Natur aus der Gegenstand eines Kampfes und eines politischen Kampfes ist« (Foucault 1981: 175).

zufolge keine universale Eigenschaft oder eine einem Objekt innewohnende Qualität (Veyne 2003: 38), sondern »ein historisch kontingentes Ergebnis von Wissenspolitiken« (Keller 2011: 139). Wahrheit steht weder außerhalb der Macht noch ist sie frei von Macht (Foucault 1978: 51); vielmehr ist sie in zweifacher Hinsicht untrennbar mit Machtwirkungen bzw. -techniken verbunden: Einerseits wird sie durch die machtvolle Anordnung diskursiver Elemente produziert, andererseits »verfügt sie über geregelte Machtwirkungen« (ebd.), da sich das Handeln und Denken der Subjekte an den in Diskursen erzeugten Wahrheiten orientiert und diese so soziale Wirklichkeit konstituieren. Jede Gesellschaft, so Foucault weiter, verfügt über eine eigene »allgemeine Politik« der Wahrheit«, d.h., sie anerkennt bestimmte Diskurse als wahre Diskurse und besitzt spezifische Mechanismen, um wahre von falschen Aussagen zu trennen (ebd.). Der »Wille zur Wahrheit« kann demnach als eine »gewaltige Ausschließungsmaschinerie« (Foucault 1994a: 17) verstanden werden, die zusammen mit anderen Kontrollprozeduren, wie dem »verbotenen Wort« und der »Ausgrenzung des Wahnsinns«, dem Ziel dient, »das große Wuchern des Diskurses zumindest teilweise zu bändigen« (ebd.: 33). Foucault geht zudem grundlegend davon aus, dass man sich nur dann im Bereich des Wahren bewegen kann, wenn man die Regeln des Diskurses befolgt, deren Einhaltung von einer sog. »diskursiven ›Polizei‹« überwacht wird (ebd.: 25). Der Wahrheitsbegriff Foucaults lässt sich folglich am treffendsten als »ein Ensemble von geregelten Verfahren für Produktion, Gesetz, Verteilung, Zirkulation und Wirkungsweise der Aussagen« bezeichnen (Foucault 1978: 53), das durch die Trennung der wahren von den falschen Aussagen die Wahrheit gleichsam mit Machtwirkungen ausstattet.

Resümiert man diese Ausführungen mit Blick auf den Machtbegriff Foucaults wird deutlich, dass Wissen nicht nur ein Effekt, sondern gleichsam eine Form von Macht ist, die durch den Ausschluss alternativer Wirklichkeitsordnungen nur eine bestimmte Realitätskonstitution zulässt (Keller 2011: 128). Gelingt es, bestimmte Bedeutungen im diskursiven Gefüge zumindest zeitweise zu fixieren, bringt dies erhebliche Machtsteigerungen mit sich: In diesem Sinne beschreibt auch Bourdieu den politischen Kampf als »untrennbar theoretisch und praktisch geführten Kampf um die Macht zum Erhalt oder zur Veränderung der herrschenden sozialen Welt durch Erhalt oder Veränderung der herrschenden Kategorien zur Wahrnehmung dieser Welt« (Bourdieu 1995: 18f.). Die in Diskursen mit Bedeutung versehenen Phänomene oder Gegenstände dürfen demnach nicht mit Diskursen über wirkliche Ereignisse verwechselt werden. Vielmehr handelt es sich hierbei um schöpferische und kontingente »Problematisierungsweisen des Wahren« (Bublitz 1999b: 25),¹⁶ die zwar durchaus auf konkrete Erscheinungen der sozialen Welt bezogen sein können, jedoch nicht kausal aus diesen ableitbar sind:

»Denn wenn ich sage, daß ich die ›Problematisierung‹ von Wahnsinn, Verbrechen oder Sexualität studiere, so ist das keine Art und Weise, die Realität solcher Erscheinungen zu leugnen. Im Gegenteil, ich habe versucht zu zeigen, daß gerade etwas wirklich in der Welt Vorhandenes in einem gegebenen Augenblick das Ziel sozialer Regulierung war. [...] Und selbst wenn ich nicht sagen würde, daß das, was als ›Schizophrenie‹ bezeichnet wird, etwas Realem in

16 | Foucault selbst beschreibt die Problematisierung als »etwas Schöpferisches«, und zwar in dem Sinne, »daß Sie bei einer gegebenen Situation nicht folgern können, daß diese Art von Problematisierung folgen wird« (Foucault 1996: 180).

der Welt entspricht, hat dies nichts mit Idealismus zu tun. Denn ich denke, daß es eine Beziehung zwischen der problematisierten Sache und dem Prozeß der Problematisierung gibt. Die Problematisierung ist eine ›Antwort‹ auf eine konkrete Situation, die durchaus real ist.« (Foucault 1996: 179)

Wenn man somit Problematisierungen als »Antwort des Denkens auf eine bestimmte Situation« versteht (ebd.: 180), nimmt es auch nicht wunder, dass die Definitionsmacht der Diskurse, die den Bereich des Wahren bzw. des Legitimen festlegt, gerade im politischen Kontext stets umkämpft ist (Schwab-Trapp 2002: 35f.; Landwehr 2003: 113). Mit Landwehr kann folglich davon ausgegangen werden, dass sich Diskurse – in diesem Fall: politische Diskurse über freiwilliges Engagement – dann als besonders erfolgreich erweisen, wenn sie sich einerseits gegen konkurrierende Diskurse durchsetzen, d.h. als Sieger aus diskursiven Kämpfen hervorgehen, und andererseits derart etabliert bzw. naturalisiert sind, dass sie »nicht mehr als diskursives Produkt wahrgenommen« werden (Landwehr 2003: 113). Wie eine derartige Naturalisierung von stets umkämpften Diskursen im politischen Umfeld vonstattengeht, ist deshalb auch eine der zentralen Fragen, die sich mit Blick auf die Problematisierung und Verfestigung des Engagementthemas auf bundespolitischer Ebene in Deutschland seit der Jahrtausendwende mit besonderer Dringlichkeit stellt.

2.2.2 Die Multidimensionalität des Diskursiven

Wenn man, wie hier geschehen, Diskurse als ordnungsbildendes Prinzip des Sozialen versteht, die untrennbar mit Macht, Wissen und Wahrheit verbunden sind, kommt man nicht umhin, der bereits referierten Einschätzung von Bublitz zuzustimmen, dass Diskursanalyse mehr ist als lediglich eine Methode (Bublitz 1999b: 27). Angesichts dieser zentralen Stellung des Diskursbegriffs gilt es nun, die Aufmerksamkeit auf das Innere von Diskursen, d.h. auf ihre analysierbaren Bestandteile, zu lenken, die Foucault ebenso in der *Archäologie des Wissens* expliziert: Als die kleinste Einheit des Diskurses benennt Foucault hier die Aussage und definiert den Diskurs als »eine Menge von Aussagen, insoweit sie zur selben diskursiven Formation gehören« (Foucault 1981: 170). Aussagen zeichnen sich durch ihre Regelmäßigkeit sowie Wiederholbarkeit aus und dürfen nicht als »ein Element unter anderen« (ebd.: 126) sondern vielmehr als Funktion im Diskurs verstanden werden, da sie verschiedene diskursive Elemente miteinander in Beziehung setzen:

»[S]ie [die Aussage, D.N.] ist eine Existenzfunktion, die den Zeichen eigen ist und von der ausgehend man durch die Analyse oder die Anschauung entscheiden kann, ob sie einen ›Sinn ergeben‹ oder nicht, gemäß welcher Regel sie aufeinanderfolgen und nebeneinanderstehen, wovon sie ein Zeichen sind und welche Art von Akt sich durch ihre (mündliche oder schriftliche) Formulierung bewirkt findet.« (Ebd.: 126)

Hierdurch grenzt Foucault Aussagen, die er als regelmäßige und wiederkehrende Verkettungen von Bedeutungsrelationen erfasst, einerseits von anderen Formen der regelgeleiteten Sinnerzeugung, wie grammatischen Sätzen oder (alltäglichen) Sprechakten (ebd.: 117-122; vgl. Rabinow/Dreyfuß 1994: 70-73), und andererseits von der singulären Äußerung ab, für deren Existenz das bloße Gesagtwerden aus-

reichend ist und »die *erneut begonnen* oder *erneut evoziert* werden kann« (Foucault 1981: 153, Herv. i.O.). Äußerungen sind demnach nicht wiederholbare Ereignisse, die aber, selbst wenn sie sich in ihrer Form unterscheiden, ein und dieselbe Aussage transportieren können (ebd.: 148).

Mit Foucault die diskursiven Formationen als »Bündel von Beziehungen« (ebd.: 70) begreifend gehe ich in Anlehnung an die Überlegungen von Jürgen Martschukat (2008: 73, 77) sowie der Forschergruppe um Stephan Lessenich davon aus, »dass Aussagen nicht nur sprachliche Äußerungen zu Formationen – in diesem Fall *epistamai* – organisieren, sondern dass auch [...] institutionen-, objekt- und körperbezogene Aussagen(bündel)« ausgemacht werden können (Denninger u.a. 2010: 213, Herv. i.O.; vgl. ebenso Denninger u.a. 2014: 28). Dies bedeutet, dass vermeintlich nicht-diskursive Elemente, wie Institutionen, Handlungsweisen oder Verkörperungen, mehr sind als nur Effekte von Diskursen. Vielmehr können sie selbst die Gestalt von Aussagen annehmen, die wiederum in den Diskurs einfließen und auf diese Weise die Multidimensionalität des Diskursiven begründen (Martschukat 2008: 77). Für die mehrdimensionale diskursive Ordnung der Freiwilligkeit bedeutet dies, dass neben epistemischen Ordnungen, wie der Rede vom alten und neuen Ehrenamt oder vom Ehrenamt als Allheilmittel bzw. Produktivitätsressource, ebenso körperbezogene Aussagen in den Blick geraten, wie etwa die aus einer freiwilligen Tätigkeit resultierende körperliche Fitness und seelische Gesundheit, sowie objektbezogene Aussagen wie der Fernseher oder die Bar als Symbole einer sinnentleerten Freizeitgestaltung. Von besonderem Interesse ist zudem die Aussagekraft institutioneller Arrangements, wie etwa von engagementpolitischen Modellprojekten und Gesetzesvorhaben sowie von Freiwilligendiensten oder -agenturen.

Bevor sich allerdings der Frage zugewendet werden kann, was diese Multidimensionalität der diskursiven Ordnung des Sozialen für die Analyse der Regierung der Freiwilligkeit im Einzelnen bedeutet, gilt es zunächst, den Stimmen Beachtung zu schenken, die einem derart weit gefassten Diskursbegriff, der sowohl sprachliche als auch nicht-sprachliche Praktiken umfasst, eher kritisch gegenüberstehen. Um die in Teilen der sozialwissenschaftlichen Diskursforschung vorherrschende Abneigung gegenüber dieser vermeintlich unterschiedslosen Vielfältigkeit des Diskursiven abzumildern, bedienen sich verschiedene Forscher der – mitunter zur Gretchenfrage erhobenen – Unterscheidung von diskursiven und nicht-diskursiven Praktiken, die im Folgenden problematisiert werden soll.

2.2.3 Jenseits der Unterscheidung von diskursiven und nicht-diskursiven Praktiken

Bührmann und Schneider führen die Tendenz, zwischen diskursiven und nicht-diskursiven Praktiken zu unterscheiden, auf das Unbehagen bezüglich der »Totalität des Diskursiven« zurück (Bührmann/Schneider 2008: 42; ebenso kritisch: Keller 2011: 160-164) und verweisen hierbei beispielhaft auf die Diskurstheorie von Chantal Mouffe und Ernesto Laclau, die das Soziale mit dem Diskursiven gleichsetzen und daher auf die Differenzierung zwischen diskursiv und nicht-diskursiv verzichten (Laclau/Mouffe 1991: 157). Die Unzufriedenheit mit derartigen Ansätzen hat in den vergangenen Jahren vermehrt zu Studien geführt, die diskursive und nicht-diskursive Praktiken zunächst analytisch voneinander trennen, um ihr

Verhältnis anschließend im Rahmen einer Reformulierung des Dispositivkonzepts neu zu verhandeln (z.B. Jäger 2001; Bührmann 2005; Schneider/Hirsland 2005: 259-262; Bührmann/Schneider 2010 sowie die Beiträge in: Hoffarth/Kumięga/Wengler 2013a; kritisch hierzu u.a. Bubltz 1999b: 24; Bröckling/Krasmann 2010: 24). Wie das folgende Zitat von Bührman und Schneider zeigt, wird bei dieser Differenzierung mitunter explizit auf die Unterscheidung von nicht-sprachlichen und sprachlichen Praktiken zurückgegriffen und das Diskursive auf letzteres reduziert: »Schließlich werden diskursive und nicht diskursive Praktiken als sprachliche (diskursive) oder nichtsprachliche (nicht-diskursive) Aktivitäten verstanden.« (Bührmann/Schneider 2013: 25; ebenso Lorey 1999: 92; Keller 2011: 256)

Dass ein derartiges Verständnis zu kurz greift, zeigt bereits ein Blick auf die Aufzählung verschiedener Elemente, denen Foucault in der *Archäologie des Wissens* eine Aussagekraft zugesteht: Demnach können nicht nur Wörter oder Sätze, sondern auch Objekte, Bilder, Karten oder Handlungen eine Aussage transportieren (Foucault 1981: 119f.). Insgesamt kann Foucault jedoch keine befriedigende Antwort auf die Frage nach der Unterscheidung von Diskurs und Nicht-Diskurs geben. Er greift diese Einteilung zwar an verschiedenen Stellen seines Werkes auf, verwirft sie aber im nächsten Atemzug wieder. Exemplarisch hierfür sei auf ein Gespräch Foucaults mit Angehörigen des Département de Psychoanalyse in Paris verwiesen: Darin spricht er in Bezug auf sein Dispositivkonzept zunächst selbst von der Institution als »alles nicht-diskursive Soziale«, nur um diese Unterscheidung im nächsten Satz sogleich wieder aufzuheben: »Aber für das, was ich mit dem Dispositiv will, ist es kaum von Bedeutung, zu sagen: das hier ist diskursiv und das nicht« (Foucault 1978: 125).

Entgegen der Reduzierung des Diskursiven auf das Sprachliche folgt die vorliegende Studie den Überlegungen von Landwehr, der sich, wie viele andere Autoren auch, gegen eine alleinige Verortung des Diskursiven »im Reich der Sprache« ausspricht (Landwehr 2006: 114; ebenso Waldenfels 1991: 283; Nonhoff 2008b: 303; Martschukat 2008: 77; Denninger u.a. 2010: 215f., 2014: 29f.). Vielversprechender erscheint es hingegen, die von Waldenfels postulierte Erweiterung des Ordnungsbegriffs ernst zu nehmen und »ebenso Blickraster, Tableaus, Handlungsfelder, Körperkarten und Bewegungsformen« (Waldenfels 1991: 283) in die Ordnung der Dinge zu integrieren.¹⁷ Waldenfels begründet dieses Vorgehen folgendermaßen:

»Ich denke, Foucault hat sich selber in eine gewisse Sackgasse manövriert, indem er die Ordnungsformationen der Geschichte in seiner Theorie zunächst als Wissensordnungen (Epistemai), dann als Redeordnungen (Discours) konzipiert hat, anstatt von einer Ordnung auszugehen, die sich auf die verschiedenen Verhaltensregister des Menschen verteilt, auf sein Reden und Tun, aber auch auf seinen Blick, auf seine Leibessitten, seine erotischen Beziehungen, seine technischen Hantierungen, seine ökonomischen und politischen Entscheidungen, seine künstlerischen und religiösen Ausdrucksformen und anderes mehr.« (Waldenfels 1991: 291)

17 | Dem Vorschlag von Waldenfels, eine Ausdifferenzierung des Ordnungsbegriffs vorzunehmen, folgen auch Langer und Wrana (2007: Abs. 11f.), van Dyk (2010: 172) sowie Denninger u.a. (2010: 214f., 2014: 29).

Der Plausibilität eines derart ausdifferenzierten Ordnungsbegriffs wird im Rahmen der vorliegenden Forschungsarbeit Rechnung getragen, indem die diskursiv konstruierte Ordnung des Sozialen als mehrdimensionale Verknüpfung von epistemischen, objekt- und körperbezogenen sowie institutionellen Ordnungen erfasst wird. Wenngleich dieses Vorgehen der von Denninger u.a. (2010: 215, 2014: 29) stark gemachten »Annahme einer radikalen Diskursimmanenz des Sozialen« folgt, darf diese nicht als ontologische Verabsolutierung des Diskurses missverstanden werden (wie etwa bei Keller 2011: 191), die dann nicht selten in den verständlichen Wunsch mündet, die »reale« Welt bzw. die »harten« Fakten als nicht-diskursive Phänomene wieder einzufangen. Vielmehr orientiert sich diese Arbeit an dem von Hans-Herbert Kögler überzeugend dargestellten Prinzip des methodologischen Primats des Diskurses, mit welchem Kögler ganz grundlegend auf die »genuin welterschließende und damit weltbildende Rolle der symbolischen Ordnungsprinzipien der Erfahrung« (Kögler 2007: 347) aufmerksam macht. Vor dem Hintergrund der Annahme, dass es »für die intentionale Erfahrung menschlicher Subjekte keine direkte Konfrontation mit Wirklichkeit gibt« (ebd.: 349), verweist die Rede von der radikalen Diskursimmanenz der sinnhaften Welt lediglich auf die Erfahrbarkeit der Gegenstände und keineswegs auf die Gegenstände selbst (ebd.: 350). Diese grundlegende Einsicht, so Kögler weiter, darf jedoch nicht als Leugnung außer-diskursiver Phänomene gelesen werden:

»Vielmehr wird, sozusagen in seiner transzendental-diskursanalytischen Wendung, darauf verwiesen, dass die so bezeichneten Realitäten oder Erfahrungen, so wirklich, echt, wahr, und real sie auch sein mögen, sich nie von selber einstellen. Der Aufweis ihrer Existenz ist selbst nur im Diskurs möglich. [...] Man leugnet also, in anderen Worten, gar nicht die (angebliche) Wahrheit und Wirklichkeit der gegen die diskursanalytische Sicht vorgebrachten Dinge.« (Ebd.)

Die Orientierung an der Diskursimmanenz der bedeutungsvollen Welt widerspricht demnach keineswegs der Existenz nicht-erfahrbarer, außer-diskursiver Phänomene. Zu dieser Schlussfolgerung gelangen auch Laclau und Mouffe, deren Gesellschaftstheorie sich nicht selten dem Vorwurf der Diskursontologie ausgesetzt sieht: »Nicht die Existenz von Gegenständen außerhalb unseres Denkens wird bestritten, sondern die ganz andere Behauptung, daß sie sich außerhalb jeder diskursiven Bedingung des Auftauchens als Gegenstände konstituieren können.« (Laclau/Mouffe 1991: 158; vgl. im Anschluss daran auch Nonhoff 2006: 49)

Resümierend gilt festzuhalten, dass durch die Berücksichtigung des methodologischen Primats des Diskurses der Blick auf die Einsicht gelenkt wird, dass auch Praktiken, die mitunter als nicht-diskursiv bzw. als »diskurs-extern« erfasst werden, wie etwa »die eher heterogenen Praktikern des Gehens, Kochens, Wohnens, Lesens« (Keller 2008b: 101), die »Geste des ›sich Bekreuzigens‹ eines Priesters« (Keller 2011: 256) oder der Schweigemarsch einer Bürgerbewegung (Bührmann/Schneider 2008: 50), grundsätzlich diskursiver Natur sind. D.h., sie bedürfen der Bezeichnung bzw. der Zuordnung von Sinn-transportierenden Begrifflichkeiten, um als bedeutsamer Gegenstand erfahrbar zu sein (Kögler 2007: 351f.). In diesem Sinne konstatiert beispielsweise auch Hannelore Bublitz, dass »es dann nichtdiskursive Wirklichkeit streng genommen nur als diskursiv hervorgebrachte und in

der Materialität einer institutionell und praktisch den Diskursen nachgeordneten Wirklichkeit« gibt (Bublitz 1999a: 104).

Die folgenden Ausführungen wenden sich nun der Frage zu, welche methodologischen Folgen sich aus der Erkenntnis der radikalen Diskursimmanenz des Sozialen und der Multidimensionalität der diskursiv konstruierten Ordnung für die Analyse der Regierung der Freiwilligkeit ergeben. Um die mehrdimensionale diskursive Ordnung analytisch zu erfassen, wird der Engagementdiskurs zunächst unter Berufung auf die Unterscheidung zwischen Spezial-, Inter- und Elementardiskurs einer spezifischen Diskursebene zugeordnet. Im zweiten Schritt geht es um die Frage, in welcher Beziehung die erwähnten Dimensionen des Diskursiven, d.h. die epistemischen, körper- und objektbezogenen sowie institutionellen Aussagen, zueinander stehen; mit anderen Worten: Wie das zwischen diesen Elementen geknüpfte Netz dispositiver Verflechtungen, durch welches die Regierung der Freiwilligkeit sichtbar in Erscheinung tritt, beschaffen ist. Das Dispositivkonzept Foucaults fungiert hier folglich als eine vermittelnde Instanz bzw. als Scharnier zwischen der Analyse der mehrdimensionalen Diskursordnung einerseits und den gouvernementalitätstheoretischen Grundüberlegungen dieser Arbeit andererseits.

2.2.4 Diskurstypen: Spezial-, Inter- und Elementardiskurs

Der erste Schritt zur methodologischen Systematisierung der mehrdimensionalen diskursiven Ordnung der Freiwilligkeit besteht darin, die Ebene festzulegen, auf der sich ihre Analyse im Folgenden bewegen wird. Als anschlussfähig erweist sich hierbei die von Jürgen Link in Anlehnung an Michel Pêcheux (1984) eingeführte Unterscheidung zwischen Spezial-, Inter- und Elementardiskurs: Link verortet den von Foucault eingeführten Diskursbegriff auf der Ebene der Spezialdiskurse, da dieser durch seine Konstruktion des Wahren und Falschen (Foucault 1994a: 13) »eng begrenzte Sagbarkeits- und Wissbarkeitsräume« (Link 2007: 228) schafft und somit sehr spezielles Wissen erzeugt. Diese Merkmale treffen vor allem auf wissenschaftlich hervorgebrachtes Wissen zu, das sich idealiter durch klar definierte Begrifflichkeiten und Eindeutigkeit auszeichnet (Link 1999: 155, 2007: 228).

Neben dieser Tendenz zur Spezialisierung des Wissens »existiert eine gegenläufige, entdifferenzierende, partiell reintegrierende Tendenz der Wissensproduktion« (Link 2007: 228), die zur Bildung eigener Diskurse, der sog. »Interdiskurse« führt, »deren Spezialität sozusagen die Nicht-Spezialität ist« (Link 2005: 87). Interdiskurse können keiner klar konturierten diskursiven Ebene zugeordnet werden, da sie zwischen verschiedenen diskursiven Elementen¹⁸ vermitteln und – in der Terminologie Links – Brücken über die Grenzen spezialisierten Wissens hinweg schlagen (Link 1999: 155, 2007: 229). Ihre Hauptaufgabe besteht darin, die Widersprüchlichkeiten eines sich stets weiter ausdifferenzierenden Spezialwissens mittels Metaphern und Kollektivsymbolen so zu integrieren, dass sie von Subjekten aufgenommen und verarbeitet werden können (Link 2005: 87; Parr 2008a: 203f.). Interdiskurse können folglich als Veralltäglichungen spezialisierten Wissens ver-

18 | Die zum Interdiskurs gehörenden verschiedenen diskursiven Elemente spezifizieren Link und Link-Heer als »Gewimmel interdiskursiver (z.B. symbolischer) Parzellen in allen Diskursarten [...] und darüber hinaus eigens institutionalisierte ›Interdiskurse‹ wie Populärreligion, ›Ideologien‹, Populärwissenschaft« (Link/Link-Heer 2002: 11).

standen werden, die sich durch Heterogenität, Mehrdeutigkeit, Unabgeschlossenheit und Bildhaftigkeit auszeichnen (Link 1999: 155; Waldschmidt u.a. 2007: Abs. 16). Im Unterschied zu Spezialdiskursen, die fernab jeglicher Subjektivität auf die Erzeugung »wahren« Wissens ausgerichtet sind, stehen bei Interdiskursen die »Subjektapplikationen« (Link 1999: 155, 2005: 90) im Vordergrund, d.h. die Bereitstellung von Subjektivierungsvorschlägen und Verhaltensempfehlungen. Der Interdiskurs integriert demnach einerseits Wissenselemente des Spezialdiskurses und wird andererseits durch das Alltagswissen des Elementardiskurses gespeist. Gleichzeitig dringt stets auch Wissen aus dem Interdiskurs in den Elementardiskurs¹⁹ ein, weshalb Link hier von einem »Kreativzyklus« spricht (Link 2005: 91f., 2007: 232; Parr 2008a: 203f.).

Überträgt man diese Erkenntnisse auf die Analyse des heterogenen Engagementdiskurses wird deutlich, dass dieser den skizzierten Merkmalen eines Interdiskurses zweifelsohne entspricht: Neben epistemischen Aussagen, die den Spezialdiskursen entnommen sind, begegnet man hier alltagsrelevanten Körper- und Objektbezügen, Verhaltensempfehlungen, normativen Zielsetzungen sowie medial vermitteltem Wissen und institutionellen Erfordernissen. Auf die in den Sozialwissenschaften übliche Unterscheidung von Mikro-, Meso- und Makroebene bezogen, bewegt sich die Analyse der interdiskursiven Formation der Freiwilligkeit folglich überwiegend auf der Mesebene. Nichtsdestotrotz kann der engagementbezogene Interdiskurs aufgrund seiner umfassenden Verknüpfungsleistung nicht losgelöst von der Mikro- und Makroebene bzw. den Spezial- und Alltagsdiskursen betrachtet werden.

2.2.5 Vom Diskurs zum Dispositiv – mehr als nur eine Diskurs-Infrastruktur?

Die Rede von einer interdiskursiven Formation der Freiwilligkeit deutet bereits an, dass hier die epistemischen, institutionellen, körper- und objektbezogenen Aussagen in Form von spezifischen Narrativen bzw. Erzählungen miteinander verwoben sind. Für die theoretische und empirische Erfassung dieser Verknüpfungsperspektive erweist sich das Dispositivkonzept Foucaults, das sich auch in der sozialwissenschaftlichen Forschungslandschaft in den letzten Jahren zunehmender Beliebtheit erfreut, als hoch anschlussfähig: Neben der Diskurs- und Gouvernementalitätsforschung, die sich beide diesem Ansatz zunehmend bedienen, begegnet man ihm u.a. auch in den medienwissenschaftlich inspirierten Cultural Studies (Brinkmüller-Becker 1994), in der Geschlechterforschung (Bührmann 1998; Bublitz/Hanke/Seier 2000) oder in der Techniksoziologie (Hetzel 2005). Angesichts dieser Ver-

19 | Wie Waldschmidt u.a. kritisieren, hat der Elementardiskurs in den Arbeiten Links bislang eine unzureichende Aufarbeitung erfahren (Waldschmidt u.a. 2007: Abs. 21). Diese Leerstelle versuchen sie durch die Rekonzeptualisierung des Alltagsdiskurses bzw. Alltagswissens im Anschluss an die wissenssoziologischen Überlegungen von Berger und Luckmann (2007) zu schließen. Waldschmidt u.a. weisen in diesem Kontext darauf hin, dass sich Inter- und Elementardiskurse vor allem in Bezug auf die Frage der Subjektivierung unterscheiden: Während der Interdiskurs Folien der Subjektivierung mit unterschiedlichen Verbindlichkeitsgraden zur Verfügung stellt, umfasst der Elementardiskurs diejenigen Verhaltensweisen, die tatsächlich übernommen worden sind (Waldschmidt u.a. 2007: Abs. 22).

vielfältigung der empirischen und theoretischen Anwendungsgebiete des Dispositivkonzepts äußern Bührmann und Schneider die Befürchtung, dass hierdurch die ohnehin unscharfe theoretische und methodologische Konturierung dieses Ansatzes noch weiter verwässert werde (Bührmann/Schneider 2008: 14). Um dieser Tendenz nicht weiter Vorschub zu leisten, wird im Folgenden zunächst Foucaults eigenen Überlegungen zum Dispositivbegriff Beachtung geschenkt, bevor diese anschließend mit Blick auf das vorliegende Forschungsdesign präzisiert werden.

Foucault bringt seine Überlegungen bezüglich des Dispositivbegriffs in dem bereits erwähnten Gespräch mit den Mitarbeitern am Département de Psychoanalyse in Paris auf den Punkt:

»Was ich unter diesem Titel [Dispositiv, D.N.] festzumachen versuche, ist erstens ein entschieden heterogenes Ensemble, das Diskurse, Institutionen, architekturelle Einrichtungen, reglementierende Entscheidungen, Gesetze, administrative Maßnahmen, wissenschaftliche Aussagen, philosophische, moralische oder philanthropische Lehrsätze, kurz: Gesagtes ebenso wie Ungesagtes umfaßt. Soweit die Elemente des Dispositivs. Das Dispositiv selbst ist das Netz, das zwischen diesen Elementen geknüpft werden kann. Zweitens möchte ich in dem Dispositiv gerade die Natur der Verbindung deutlich machen, die zwischen diesen heterogenen Elementen sich herstellen kann. [...] Drittens verstehe ich unter Dispositiv eine Art von – sagen wir – Formation, deren Hauptfunktion zu einem gegebenen historischen Zeitpunkt darin bestanden hat, auf einen Notstand (urgence) zu antworten. Das Dispositiv hat also eine vorwiegend strategische Funktion.« (Foucault 1978: 119f.)

Die soeben vorgestellte foucaultsche Definition des Dispositivbegriffs wird in der wissenschaftlichen Diskursforschung ganz unterschiedlich rezipiert: Der Hinweis Foucaults auf die strategische Funktion des Dispositivs unter Punkt drei und seine im weiteren Verlauf des Gesprächs vorgenommene Definition des Dispositivs als »Strategien von Kräfteverhältnissen, die Typen von Wissen stützen und von diesen gestützt werden« (ebd.: 123) hat in der wissenschaftlichen Rezeption zu einer wenig überzeugenden Verknüpfung der Machtperspektive mit dem Dispositivkonzept geführt. So führt beispielsweise Seier – und im Anschluss daran auch Bührmann und Schneider – aus, dass während »Diskurse einzelne Aussagen nach bestimmten Formationsregeln« verknüpfen, Dispositive »Verknüpfungen von Diskursen, Praktiken und Macht« darstellen, die im Gegensatz zu Diskursen deutlich strategischer gedacht werden müssen (Seier 1999: 80; Bührmann/Schneider 2008: 54, 2013: 24; vgl. ebenso Kammler 1986: 158f.). Ohne die Macht-Dimension dispositiver Verknüpfungen in Abrede stellen zu wollen, soll hier erstens darauf aufmerksam gemacht werden, dass diese Dimension nicht nur dem Dispositivbegriff eigen ist (van Dyk 2010: 177). So wie Hans-Herbert Kögler weisen auch andere Autoren (u.a. Schwab-Trapp 2001: 262; Bettinger 2007: 81) auf die grundsätzliche Machtdurchdrungenheit der Diskursproduktion im foucaultschen Denken hin: »Diskurse erweisen sich als praktisch realisiert, umkämpft, je neu ausgehandelt – in anderen Worten, immer als in soziale Kräfteverhältnisse eingebettet« (Kögler 2007: 348). Zweitens kann auch das Nebeneinandersetzen von Praktiken und Diskursen in der Darstellung Seiers nur wenig überzeugen, nimmt man den zuvor explizierten methodologischen Primat der Diskursanalyse, verstanden als Praktikenanalyse, ernst (van Dyk 2010: 176f.).

Des Weiteren fühlen sich durch die foucaultsche Dispositivdefinition insbesondere diejenigen Autoren bestärkt, die eine Differenzierung zwischen diskursiven und nicht-diskursiven Praktiken befürworten (z.B. Bührmann/Schneider 2008: 52, 2013: 24; Link 2008: 239; Hoffarth/Kumięga/Wengler 2013b: 12; Winkel 2013: 170, 192f.). Anlass zu einer derartigen Interpretation gibt vor allem die Aufzählung der verschiedenen Bestandteile des Dispositivs unter Punkt eins, in der der Diskurs als ein Element neben anderen benannt wird, sowie seine Zusammenfassung als »Gesagtes ebenso wie Ungesagtes« (Foucault 1978: 120). Entgegen dieser mit dem Ansatz der radikalen Diskursimmanenz unvereinbaren Überlegungen sei hier an die überzeugende Darstellung von Silke van Dyk angeschlossen, die vorschlägt, den in der Aufzählung an erster Stelle genannten Diskursbegriff nicht wörtlich zu nehmen, sondern ihn durch den Begriff der Episteme zu ersetzen. Das Resümee: »Gesagtes ebenso wie Ungesagtes« verweist dann nicht mehr auf eine Unterscheidung zwischen Diskursiven und Nicht-Diskursiven, sondern verdeutlicht vielmehr, dass das Diskursive nicht allein auf Sprachliches reduziert werden darf (van Dyk 2010: 176f.; ebenso Denninger u.a. 2010: 220, 2014: 32). Dieses von van Dyk postulierte Dispositivverständnis scheint insofern mit dem Denken Foucaults vereinbar zu sein, als dieser selbst im Gespräch am Département de Psychoanalyse in Paris in diese Richtung argumentiert: Foucault konstatiert hier, dass er in *Die Ordnung der Dinge* (Foucault 1971), mit der er eine Geschichte der Episteme schreiben wollte, »in eine Sackgasse« geraten sei: »Jetzt dagegen will ich versuchen zu zeigen, daß das, was ich Dispositive nenne, ein sehr viel allgemeinerer Fall der Episteme ist.« (Foucault 1978: 123) Das Dispositiv besteht Foucault zufolge aus vielen heterogenen Elementen und ist den Epistemem gewissermaßen übergeordnet (ebd.).

Dass sich Foucault selbst des Dispositivbegriffs bedient, um sich von seiner Fokussierung auf Episteme zugunsten der Verknüpfung heterogener Elemente zu lösen, ist einer der Gründe, die dieses Konzept auch für die analytische Durchdringung der (inter-)diskursiven Ordnung der Freiwilligkeit in ihrer soeben skizzierten Multidimensionalität so attraktiv macht. Mittels des Dispositivkonzepts können demnach – unter Bewahrung des Prinzips der Diskursimmanenz – die verschiedenen Elemente dieser Ordnung, d.h. Körper, Objekte, Institutionen und Episteme, erfasst werden. Es würde allerdings am Kern der foucaultschen Definition des Dispositivbegriffs vorbeigehen, diesen lediglich als »materielle und ideelle Infrastruktur« des Diskurses (Keller 2011: 235; ebenso Keller 2008b: 101) bzw. als die Summe heterogener Elemente zu begreifen. Foucault versucht mit dem Dispositivbegriff, wie ein erneuter Blick in seine diesbezügliche Definition zeigt, auch die Art der Verbindung der heterogenen Elemente, d.h. das »Netz, das zwischen diesen Elementen geknüpft« wird (Foucault 1978: 120), zu erfassen.²⁰ In ähnlicher Manier spricht auch Gilles Deleuze in seiner Dispositivkonzeption von einem »Durcheinander« bzw. einem »multilineare[n] Ensemble«, dass sich aus verschiedenen »Linien« zusammensetzt, die es zu entwirren gilt (Deleuze 1991: 153).

Die bisherigen Einsichten resümierend gilt festzuhalten, dass das hier entwickelte Dispositivverständnis insofern über die kellersche Definition der Diskurs-In-

20 | Die Verknüpfungsperspektive des Dispositivkonzepts wird u.a. auch von Bührmann und Schneider betont, wobei es ihnen hier um Verknüpfungen als »Verhältnisbestimmungen zwischen Diskurs, Nicht-Diskurs, Subjektivierung und Objektivierung in Bezug auf sozialen Wandel« geht (Bührmann/Schneider 2008: 109).

frastruktur (Keller 2011: 235) hinausgeht, als hiermit nicht nur die multidimensionalen Aussagen an sich, sondern auch die Verknüpfungen bzw. Verbindungslinien zwischen den verschiedenen diskursiven Elementen in den Blick geraten. Kurz gesagt: Das foucaultsche Dispositivkonzept kann als eine komplexe »Verknüpfungsordnung« heterogener Aussagenbündel verstanden werden (Denninger u.a. 2010: 219, 2014: 33). Übertragen auf den vorliegenden Untersuchungsgegenstand bedeutet dies, dass der foucaultsche Dispositivbegriff für die Frage sensibilisiert, wie die heterogenen Bestandteile der mehrdimensionalen diskursiven Ordnung der Freiwilligkeit miteinander verknüpft sind. Den Fokus auf das Netz zu legen, das zwischen diesen Elementen gebildet wird, dient somit dem Ziel, die Regierung der Freiwilligkeit im Gewebe dispositiver Verknüpfungen sichtbar zu machen. Zur Aufdeckung der Neuverhandlung des freiwilligen Engagements in Deutschland zwischen 1985 und 2009 werden, konkret formuliert, die sich überlagernden Dispositive der Freiwilligkeit, angefangen vom traditionellen Ehrenamts-Dispositiv über das engagementspezifische Selbstverwirklichungs-Dispositiv bis hin zum Produktivitäts-Dispositiv, nachgezeichnet und hierbei die spezifischen Verknüpfungen zwischen engagementbezogenen Wissensbeständen, Institutionen, Objekten und Körperbezügen offengelegt.

Bei der Suche nach der geeigneten method(olog)ischen Systematisierung für eine derart konzipierte Dispositivanalyse der Regierung der Freiwilligkeit erscheint es sinnvoll, sich erneut die prinzipielle Verfasstheit des heterogenen Engagementdiskurses als Interdiskurs zu vergegenwärtigen: Dieser bezeichnet, wie bereits skizziert, keine klar konturierte Diskursebene, sondern formt eine spezifische Erzählung, die sich aus Elementen der Spezial- und Elementardiskurse speist. An diese Terminologie der Erzählung anschließend erweist sich insbesondere das Konzept der »Storyline«²¹ von Maarten A. Hajer für die Analyse der Dispositive der Freiwilligkeit auszeichnenden Verflechtung von Institutionen, Epistemen sowie körper- und objektbezogenen Aussagen als viel versprechend, wenngleich Hajer selbst mit diesem Ansatz lediglich die Verknüpfung von Institutionen und Epistemen in politischen Diskursen zu plausibilisieren versucht hat:

»Als story line lassen sich Erzählungen der sozialen Wirklichkeit definieren, durch die Elemente aus vielen unterschiedlichen Gebieten miteinander verknüpft werden und die dabei den Akteuren ein Set symbolischer Assoziationen an die Hand geben, die so ein geteiltes Verständnis suggerieren. Sie wurden damit zu wiederkehrenden Metaphern [...], die das öffentliche Verständnis beherrschten und die bestehende Sozialordnung rationalisierten und naturalisierten.« (Hajer 1997: 113)

Das Konzept der Storylines liefert eine Erklärung für das von Hajer als »communicative miracle« (Hajer 1995: 61) bezeichnete Phänomen, wonach sich Menschen trotz unterschiedlicher Hintergründe auch bei komplexen Problemen, die sich aus heterogenen Elementen unterschiedlicher Diskurse speisen, gegenseitig verstehen und miteinander kommunizieren können. Storylines erwecken bei den Diskursteilnehmern den Eindruck eines geteilten Verständnishorizonts, da sie als Meta-

21 | Einen anderen lohnenswerten Ansatz, das Dispositiv als Verknüpfungsordnung methodologisch zu systematisieren, wählt Silke van Dyk (2010), die hierbei an die Überlegungen Bruno Latours im Rahmen der Akteur-Netzwerk-Theorie anschließt.

pher fungieren und so zu einer erheblichen Reduktion der Komplexität sozialer Realität beitragen (Hajer 1995: 62f., 2008: 279f.). Zudem zeichnen sie sich durch die Besonderheit aus, »that by uttering a specific element one effectively reinvoles the story-line as a whole« (Hajer 1995: 62). Bestimmte Zusammenhänge der Erzählung erscheinen demnach so selbstverständlich bzw. natürlich, dass sie bei der Erwähnung von nur einem diskursiven Element automatisch mitaktualisiert werden und keiner zusätzlichen Erklärung bedürfen. Ebendiese diskursiven Elemente, deren Benennung zur Aktivierung der Gesamterzählung führt, stehen im Mittelpunkt der vorliegenden Analyse, da diese durch ihre Fähigkeit zur Aktualisierung anderer Elemente Aufschluss über die Art der Verbindung zwischen den Bestandteilen des Dispositivs geben können. Obgleich Hajer bei seinem Konzept der Storylines nicht die heterogene Struktur dispositiver Verflechtungen im Blick hatte, erweist sich diese Perspektive gerade für die Darstellung der Dispositive der Freiwilligkeit mit ihren für den deutschen Fall typischen Verknüpfungen von engagementbezogenen Institutionen, Epistemen sowie körper- und objektbezogenen Aussagen als höchst fruchtbar.

Durch Bezugnahme auf das Dispositivkonzept gelingt es demnach, sich der Mannigfaltigkeit der sozialen Welt anzunähern, die den Praxisvollzug der Regierung der Freiwilligkeit strukturiert. Die Vergegenwärtigung des Facettenreichtums der diskursiv konstruierten Ordnung stellt aber nur eine – wenngleich entscheidende – Bedingung dar, um die in dieser Arbeit eingenommene regierungsspezifische Vollzugsperspektive zu plausibilisieren. Der empirischen Studie vorausgreifend wurde bereits angemerkt, dass sich seit Ende der 1980er Jahre diskursive Konflikte um die institutionelle Ausgestaltung einer staatlichen Engagementpolitik zwischen verschiedenen Gruppen- und Organisationssubjekten, d.h. zwischen den Bundestagsfraktionen, Freiwilligenvertretungen sowie den Dachverbänden für Sport, Kultur und Soziales, entsponnen haben. Bezogen auf das heterogene Netz dispositiver Verknüpfungen ist es demnach die institutionelle Dimension, der im Rahmen der vorliegenden, am Modus des Vollzugs interessierten Analyse der Regierung der Freiwilligkeit die meiste Aufmerksamkeit geschenkt wird. Aus dieser spezifischen Schwerpunktsetzung resultieren zwei zentrale Fragen, deren Beantwortung im Mittelpunkt der folgenden Ausführungen steht: Zunächst gilt es zu klären, welche theoretisch-method(olog)ischen Konsequenzen sich aus der Fokussierung auf die institutionelle Dimension in einem prinzipiell gouvernementalitätstheoretisch inspirierten Kontext ergeben. Daran anschließend wende ich mich der Frage zu, welche Rolle die Subjekte in einer derart verstandenen Analyse der Regierung der Freiwilligkeit spielen. Letzteres ist deshalb von zentraler Bedeutung, da den Subjekten, d.h. den freiwillig Engagierten sowie den an der konfliktuellen Aushandlung der institutionellen Dimension der Engagementförderung beteiligten Organisations- und Gruppensubjekten, in dieser Forschungsarbeit eine weitaus aktivere Rolle zugeschrieben wird, als dies in den meisten Gouvernementalitätsstudien der Fall ist, die sich oftmals mit einer spiegelbildlichen Gleichschaltung von Programm und Praxis begnügen.

2.3 DIE REGIERUNG DER FREIWILLIGKEIT AUS SICHT DER GOUVERNEMENTALITÄTSTHEORIE

Während bislang gezeigt wurde, dass die oftmals defizitäre methodologische Systematisierung vieler Gouvernentalitätsstudien durch Anschluss an die Diskursforschung und das Konzept der Storylines überwunden werden kann, geht es nun darum, zu erläutern, was es unter Bezugnahme auf die gouvernentalitätstheoretischen Überlegungen im Spätwerk Foucaults bedeutet, der Regierung der Freiwilligkeit im Geflecht dispositiver Verknüpfungen Sichtbarkeit zu verleihen und hierbei den Schwerpunkt auf die institutionelle Dimension zu legen. Hierzu wird im Folgenden eine vertiefende Betrachtung des soeben eingeführten Storyline-Konzepts vorgenommen, da sich dieses nicht nur für die Veranschaulichung der heterogenen Struktur dispositiver Verflechtungen, sondern auch für die Erfassung der gouvernentalitätstheoretisch inspirierten Regierungsdimension als fruchtbar erweist.

Wie bereits ausgeführt, handelt es sich bei Storylines um narrative Strukturen bzw. Grunderzählungen, die durch die konfigurative Verknüpfung mehrdimensionaler diskursiver Elemente die Erfahrbarkeit der Welt organisieren. Da mit Blick auf das heterogene Netz dispositiver Verflechtungen, das die Regierung der Freiwilligkeit im Modus ihres Vollzugs auszeichnet, vor allem der institutionellen Dimension Aufmerksamkeit geschenkt wird, werden die sich um diesen Gegenstand entspannenden Storylines spezifizierend als »Policy-Narrative« (Gottweis 2003: 129) oder als Policy-Diskurse bezeichnet. Die Analyse dieser Narrationen ermöglicht es folglich, »den politischen Prozess als Mobilisierung von Differenzen und spezifischen Problemdefinitionen zu analysieren« (Hajer 2008: 273), denn Storylines

»not only help to construct a problem, they also play an important role in the creation of a social and moral order in a given domain. Story-lines are devices through which actors are positioned, and through which specific ideas of ›blame‹ and ›responsibility‹, and of ›urgency‹ and ›responsible behaviour‹ are attributed. Through story-lines actors can be positioned as victims of pollution, as problem solvers, as perpetrators, as top scientists, or as scaremongers.« (Hajer 1995: 64f.)

Storylines sind im politischen Kontext somit dann von zentraler Bedeutung, wenn es darum geht, bestimmte Phänomene als problematisch zu etikettieren. Die Einsicht, dass Probleme keine naturwüchsigen Gegebenheiten sind, sondern als sozial konstruiert betrachtet werden müssen, gehört mittlerweile zum Common Sense der konstruktivistisch inspirierten Sozialwissenschaften.²² Ob ein Ereignis als Problem wahrgenommen wird, hängt demnach von der Art der Narration ab, in die der Sachverhalt eingebettet ist, sowie von der Situationsdeutung der Subjekte. Dies bedeutet aber auch, dass weder eine bestimmte Problemdeutung noch ihr Lösungsvorschlag notwendig sind (Marschallek 2004: 286). Alternative Einschätzungen der Situation, die wiederum andere Lösungsstrategien implizieren, sind folglich

22 | Viele konstruktivistische Ansätze berufen sich hierbei auf die von Berger und Luckmann in ihrem Standardwerk *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit* (2007) formulierten Grundannahmen.

ebenso möglich.²³ Storylines fungieren im Rahmen derartiger Problemdefinitionen als »causal stories« (Hajer 1995: 64), die, wie bereits dargelegt, epistemische, körper- und objektbezogene sowie institutionelle Aussagen auf eine bestimmte Weise organisieren, disparate Phänomene miteinander in Beziehung setzen und so eine konsistente (kausale) Erzählung über die Ursachen, Folgen und Lösungen eines Problems bilden (Hajer 2008: 276):

»Moreover, discourse may intersperse technical and scientific arguments with more generally accessible narratives that fit together the specialists' arguments with accounts of events, emblematic cases, and even doomsday scenarios to generate compelling stories about the causes of current problems, what needs to be done to remedy them, and how they fit with the underlying values of the society.« (Schmidt 2008: 309)

Storylines geben zudem Auskunft darüber, wie dringlich Probleme sind, indem sie diese (ent-)dramatisieren, moralisieren, entwerten oder politisieren. Daneben beinhalten diese Grunderzählungen konkrete Vorstellungen über subjektive Verantwortlichkeiten, d.h., Subjekte werden als Opfer, Schuldige, Helden, Retter, Verantwortliche usw. positioniert. Das Besondere an Storylines ist zudem, dass mit ihrer Hilfe auch Aktualisierungen bzw. Verschiebungen im zeitlichen Verlauf Sichtbarkeit verliehen werden kann (Keller 2008b: 90).

Diese Ausführungen resümierend gilt festzuhalten, dass Storylines als narrative Strukturen erstens das Sagbare vom Nicht-Sagbaren trennen, zweitens die Art und Weise strukturieren bzw. verändern können, wie die Wirklichkeit bzw. spezifische Phänomene wahrgenommen werden und dadurch drittens bestimmten Formen der Subjektivierung entgegenarbeiten, andere wiederum unterstützen (Hajer 1995: 64, 67): »The politics of discourse is not about expressing power-resources in language, but is about the actual creation of structures and fields of action by means of storylines, positioning, and the selective employment of comprehensive discourse systems (such as law or physics) etc.« (Ebd.: 275)

Angesichts der genannten Eigenschaften ist das Konzept der Storylines in besonderem Maße für die Sichtbarmachung der Regierung der Freiwilligkeit im Dreieck von Macht, Wissen und Subjektivität geeignet, das den gouvernementalitätstheoretischen Regierungsbegriff bekanntlich auszeichnet. Dem foucaultschen Regierungsbegriff schreibt Lemke eine »Scharnierfunktion« (Lemke 2008a: 261; ebenso Lessenich 2003b: 81f.) zu, da mit dessen Hilfe sowohl die Beziehung zwischen Machttechniken und Subjektivität als auch die Kopplung von Wissensproduktion und Machttechnologien expliziert werden kann. Dieser doppelten Machtverbundenheit der Regierungsperspektive gilt es auch im Rahmen der Analyse der engagementspezifischen Storylines Aufmerksamkeit zu schenken. Es werden einerseits die Beziehungen zwischen Machttechniken und den mehrdimensionalen Aussagen- und Wissenssystemen in den Blick genommen, die die Strukturierung des Engagementfeldes ermöglichen und dieses so regulier- bzw. regierbar machen. Andererseits können auf diese Weise auch die Möglichkeiten der Verknüpfung von Herrschaftstechniken mit subjektbezogenen Verhaltensan-

23 | Es sind diese Momente potenzieller Kontingenz, auf die auch Foucault hinweisen will, wenn er von der Nichtnotwendigkeit von Problematisierungen und der Nichtlinearität der historischen Entwicklung spricht (u.a. Foucault 1996: 78).

forderungen der Analyse zugänglich gemacht werden. Bevor letztere mit Blick auf die Subjektivierungsfigur des »engagierten Bürgers« näher erläutert werden, gilt es zunächst, den zentralen engagementbezogenen Macht-Wissen-Komplexen Aufmerksamkeit zu schenken.

2.3.1 Die engagementbezogenen Policy-Narrative als Macht-Wissen-Komplexe

Foucault verbindet mit dem Regierungsbegriff bekanntlich nicht nur ein Netz von Machtpraktiken, sondern gleichsam eine spezifische Wissensanordnung, d.h., »konkreten Machtpraktiken ist [...] stets eine bestimmte Rationalität eingeschrieben, ein ›politisches Wissen‹, das zum konstitutiven Element und strategischen ›Einsatz‹ der Regierung wird« (Lessenich 2003b: 82). Im Hinblick auf diese Verknüpfung von Macht und Wissen geht die Analyse der Policy-Narrative über freiwilliges Engagement zunächst der Frage nach, wie engagementspezifische Episteme, aber auch diesbezügliche körper- und objektbezogene sowie institutionelle Aussagen so organisiert werden, dass dieser Gegenstand erstens als Problem mit bestimmten Ursachen, Lösungen und Verantwortlichkeiten und zweitens als spezifisch politisches Problem wahrgenommen wird. Nimmt man hierbei die Annahme kontingenter Problemdefinitionen ernst, wird deutlich, dass es sich bei der Rede von der Krise des Ehrenamtes oder vom Bürgerengagement als Lösung gesamtgesellschaftlicher Probleme nicht – oder nur am Rande – um objektive Gegebenheiten oder Tatsachen handelt, sondern vielmehr um »Koprodukt[e] von Policy-Making« (Gottweis 2003: 133). Mit Hajer kann diese Einsicht auf die Schlussfolgerung zugespitzt werden, dass es bei der in Policy-Narrativen angesprochenen Lösung von Krisen und Problemen im Engagementbereich nicht um die Lösung *der* Krise selbst geht, sondern um die Krise, wie sie in dem vorausgegangenen Interpretationsprozess definiert wurde (Hajer 1997: 111): »This is not to claim structures irrelevant; far from it. But it is to claim that the fact of structural change does not on its own create a particular politics.« (Blyth 2002: 251) Krisen, Konflikte oder Probleme, die oftmals den Ausgangspunkt institutioneller Veränderungen bilden, ergeben sich weder aus den Veränderungen objektiver Gegebenheiten, noch befördert die Krise aus sich selbst heraus – gewissermaßen automatisch – bestimmte institutionelle Anpassungsprozesse (Hajer 1997: 111, 2008: 289; Blyth 2001, 2002: 7f.; Marschallek 2004: 286, 288). Es ist vielmehr ein mit Wahrheit versehenes Wissen über bestimmte Gegebenheiten, das ein politisches Problem als solches konstituiert und Möglichkeiten der Intervention eröffnet. Daraus folgt, dass das politische Wissen »also selbst ein Element der Regierung [ist] und [...] dieser nicht gegenüber[steht]« (Bröckling/Krasmann/Lemke 2000: 21).

Im Hinblick auf die Analyse derartiger »Wahrheitspolitiken« bzw. Macht-Wissen-Komplexe lassen sich diskursanalytische und gouvernementalitätstheoretische Überlegungen gewinnbringend miteinander verknüpfen: Während mit Hilfe der Diskursanalyse rekonstruiert werden kann, welche Aussagen als wahr deklariert und welche als unwahr ausgeschlossen werden, interessieren sich letztere vor allem für die Frage, mit Hilfe welcher Regierungstechnologien Wahrheit erzeugt wird. Der sowohl auf das Soziale als auch auf das Selbst bezogene Technologiebegriff umfasst die Gesamtheit der Verfahren, Programme und Instrumente, mit denen auf das menschliche Verhalten eingewirkt werden kann (Bröckling/Krasmann

2010: 26f.). Hierzu zählen u.a. rechtliche Bestimmungen, Programme, Vereinbarungen, Ratgeber sowie Techniken der Untersuchung und Datenerhebung (Lemke 2008b: 382). Gerade die zuletzt genannten Methoden der Evaluation, Statistik und Vermessung sind für die Regierbarmachung der Freiwilligkeit von zentraler Bedeutung. Vormbusch fasst diese Praktiken des organisierten Zahlengebrauchs unter dem Begriff der »Soziokalkulation« (Vormbusch 2012: 221, 241) zusammen, worunter er »eine Form der Kalkulation des bislang Unkalkulierbaren [versteht], innerhalb derer das Soziale in spezifischer Weise mess- und kalkulierbar sowie das Gemessene sozial validiert und mit sozialem Sinn versehen wird« (ebd.: 221). Das unübersichtliche Feld des freiwilligen Engagements wird demnach durch die kalkulative bzw. statistische Vermessung des engagementspezifischen »Potenzials« erst überschau- und regulierbar gemacht. Da es sich bei dieser Form der Soziokalkulation weniger um eine gesellschaftliche Selbstspiegelung handelt als vielmehr um die Loslösung vom Gegebenen zugunsten des Möglichen bzw. Potenziellen, können gerade politische Akteure auf Grundlage derartiger »alternative[r] Gegenwarten und potentielle[r] Zukünfte« (ebd.: 241) eigene Gestaltungsansprüche begründen. Policy-Making kann demnach als ein performativer Akt der Herstellung von Ordnung verstanden werden, in dem die Bedeutungen von Ereignissen oder Phänomenen zumindest temporär fixiert und »auf diese Weise Problemdefinitionen und Interventionsfelder des Regierens überhaupt erst hergestellt« werden (Bröckling/Krasmann 2010: 27; ebenso Gottweis 2003: 133-135).

Nimmt man die hier skizzierte realitätskonstitutive Bedeutung der Storylines ernst, dann geht es bei der angestrebten Analyse der Policy-Narrative über freiwilliges Engagement folglich um nicht weniger als um die Erzeugung der Realität des Politischen (Gottweis 2003: 133; Landwehr 2003: 106). Gottweis erfasst Policy-Making vor diesem Hintergrund zutreffend als eine Aktivität, »die an der Schnittstelle zwischen ›dem Politischen‹ (dem, was üblicherweise als politisch angesehen wird) und ›dem Nichtpolitischen‹ angesiedelt ist« (Gottweis 2003: 132). Diese Perspektive impliziert eine deutliche Abkehr von der in der Steuerungs- und Governance-theorie vorherrschenden Vorstellung, dass Politik ein geschlossenes Feld oder gar ein gesellschaftliches Teilsystem darstellt. Das Politische ist nach Landwehr vielmehr »die symbolische Ordnung [...], der der Charakter zugesprochen wird [...] politisch zu sein« (Landwehr 2003: 104). Diese Aussagen von Landwehr und Gottweis schließen grundlegend an die foucaultschen Überlegungen einer »Gouvernementalisierung des Staates« (Foucault 2000: 67) an, wonach Regierung nicht als ein Mittel bzw. eine Technik des Staates, sondern der Staat als ein Ergebnis von Regierungspraktiken erfasst wird. Foucault befreit den Regierungsbegriff folglich von seiner Engführung auf die Sphäre staatlicher Intervention und bezeichnet damit ganz allgemein die Möglichkeit, das Handeln der Menschen zu beeinflussen. Aus der Einsicht, dass die Differenz zwischen dem Politischen und dem Nichtpolitischen durch entsprechende Regierungspraktiken immer wieder neu hervorgebracht und fixiert werden muss, ergibt sich für die sozialwissenschaftliche Analyse im Allgemeinen und den vorliegenden Untersuchungsgegenstand im Besonderen die Konsequenz, die Grenzziehung zwischen Öffentlichkeit und Privatheit als erklärungsbedürftigen Umstand in den Blick zu nehmen (Kerchner 2006: 152):

»Denn eben die Taktiken des Regierens gestatten es, zu jedem Zeitpunkt zu bestimmen, was in die Zuständigkeit des Staates gehört und was nicht in die Zuständigkeit des Staates

gehört, was öffentlich ist und was privat ist, was staatlich ist und was nicht staatlich ist. Also, wenn Sie so wollen, darf man den Staat in seinem Überleben und den Staat in seinen Grenzen nur von den allgemeinen Taktiken der Gouvernamentalität her verstehen.« (Foucault 2000: 66)

Die Frage, wo die Grenze zwischen öffentlich und privat verläuft, ist gerade mit Blick auf die Policy-Narrative zum freiwilligen Engagement, das als Emblem der Bürgergesellschaftsthematik insgesamt fungiert, von zentraler Bedeutung, da diese grundlegend an der zumindest vorübergehenden Fixierung der Kräfteverhältnisse zwischen Bürgergesellschaft und Staat beteiligt sind (vgl. Gottweis 1998: 3). Diese Grenze stellt somit ebenso einen Effekt von Regierungspraktiken dar und darf nicht als natürlich oder gar endgültig gedacht werden (Bröckling/Krasmann/Lemke 2000b: 27; Lessenich 2003b: 83f.). Vielmehr ist hier Mathieu Potte-Bonneville (2007: 303) zuzustimmen, der die Zivilgesellschaft »als Ergebnis einer ständigen Vermittlung zweier Modi des Regierens« versteht: der gesellschaftlichen Selbstregierung auf der einen und der Fremdregierung auf der anderen Seite. Foucault selbst bezeichnet die bürgerliche Gesellschaft deshalb auch als »Transaktionsrealität«, die »im Spiel sowohl der Machtverhältnisse als auch dessen, was diesen Verhältnissen entgeht, also gewissermaßen an der Schnittstelle der Regierenden und der Regierten« entsteht und formbar bleibt (Foucault 2004b: 407).

Inwieweit die umfangreichen diskursiven Auseinandersetzungen über das freiwillige Engagement seit Ende der 1980er Jahre dieses Kräfteverhältnis verändert und zu einer Verschiebung der Grenze zwischen Bürgergesellschaft und Staat beigetragen haben, ist Gegenstand der vorliegenden Analyse der Regierung der Freiwilligkeit, die ihren sichtbarsten Niederschlag in der Etablierung einer staatlichen Engagementpolitik seit der Jahrtausendwende findet. Konkret geht es hierbei um die Frage, wie das Feld des freiwilligen Engagements, z.B. durch die Unterscheidung von privat und öffentlich oder durch die Inszenierung bestimmter Krisen und Probleme, überhaupt erst als Steuerungsgröße und politisches Handlungsfeld in den Blick geraten ist. An dieser Stelle sei nochmals daran erinnert, dass die Ausübung einer freiwilligen Tätigkeit bis Mitte der 1990er Jahre weitgehend als eine Privatangelegenheit jedes Einzelnen betrachtet wurde. Die Organisation ehrenamtlicher Arbeit fiel bis dato vornehmlich in den Aufgabenbereich der mit Freiwilligen arbeitenden Organisationen, wie etwa der Wohlfahrtsverbände, Vereine, Gewerkschaften oder Parteien, und wurde allenfalls mittelbar über die finanzielle Alimentierung dieser Großorganisationen vom Staat unterstützt. Dass mittlerweile die Förderung des freiwilligen Engagements durch engagementpolitische Maßnahmen als selbstverständliche Aufgabe des Staates betrachtet wird, kann als ein deutliches Zeichen für die erklärungsbedürftige Verschiebung des Kräfteverhältnisses zwischen Bürgergesellschaft und Staat gelesen werden.

2.3.2 Die Subjektivierungsfigur des »engagierten Bürgers«

Die bisherigen Ausführungen haben zu explizieren versucht, dass das Geflecht dispositiver Verknüpfungen, das die Regierung der Freiwilligkeit auszeichnet, als Kraftfeld verstanden werden muss, in dessen Rahmen bestimmte Wissens- und Aussagensysteme über freiwilliges Engagement mit Wahrheit versehen, Probleme als solche konstituiert, Interventionsmöglichkeiten festgelegt und auf diese Weise

das Soziale regierbar gemacht wird. In den Linien dieses Netzes werden jedoch nicht nur Machtpraktiken und gegenstandsbezogene mehrdimensionale Aussagen miteinander verwoben, sondern auch bestimmte Subjektivierungsvorstellungen zu einem konsistenten Bild verdichtet. Indem die Gouvernamentalitätsperspektive Regierung als reflexives Verhältnis von Fremd- und Selbstführung konzeptualisiert, sensibilisiert sie somit gleichsam für die Machtbedingtheit der Subjektivierung, die als ein komplexer Formungsprozess verstanden werden kann, in dem gesellschaftliche Anforderungen und Praktiken der Selbstformung miteinander verschmelzen. Konkret formuliert bedeutet dies, dass die Bürger im Zuge des aktivierenden Sozialstaatsumbaus mit einer in der Subjektivierungsfigur des »engagierten Bürgers« kulminierenden engagementbezogenen Anrufungspraxis konfrontiert werden, mittels derer diesen ein selbst- und sozialverantwortliches Verhalten in Form von freiwilligem Engagement nahelegt wird. Diese Mobilisierungsversuche dürfen jedoch keineswegs ausschließlich als einseitige staatliche Indienstnahme des Altruismus der Bürger fehlinterpretiert werden. Vielmehr gehen die Gouvernamentalitätsstudien davon aus, dass die adressierten Bürger, sofern sie ihre persönlichen Engagementressourcen in produktiver Weise für sich und andere nutzen, selbst an ihrer Konstitution als engagierte Bürger mitwirken. Die vielfältigen Formen des Regierens und Sich-selbst-Regierens, d.h. gesellschaftliche Erzeugungsstrategien und Selbstkonstitutionspraktiken, öffentliche Instrumentalisierungsüberlegungen und persönliche Selbstverwirklichungswünsche, gehen hier, so die Annahme, eine fruchtbare, wenngleich nicht widerspruchsfreie, Synthese ein. Die Gouvernamentalitätsperspektive öffnet demnach den Blick dafür, dass die gesellschaftliche Aktivierung brachliegender Engagementpotenziale als ein Prozess »öffentlich-private[r] Koproduktion« (Denninger u.a. 2014: 26) verstanden werden muss.

Wie bereits angedeutet, tendieren Gouvernamentalitätsstudien jedoch zu einer theoretischen Gleichschaltung von Programm und Praxis, wodurch »die Selbstführung der Subjekte allzu schnell zum Spiegelbild der programmatischen Fremdanrufung« gemacht wird (Denninger u.a. 2010: 222f.). Im vorliegenden Fall führt dies zu der unbefriedigenden Annahme, dass sich die freiwillig Engagierten entsprechend der Aktivierungsprogrammatisierung verhalten. Ob dies tatsächlich der Fall ist oder ob die Freiwilligen diese Programmatisierung in ihrer alltäglichen Lebensführung zurückweisen, verändern oder nur partiell wahrnehmen bzw. erfüllen, bleibt hiernach im Dunkeln. Um diesem strukturalistischen Überschuss der Gouvernamentalitätsstudien nicht anheim zu fallen, kommen im Rahmen dieser Forschungsarbeit die freiwillig Engagierten selbst zu Wort, wobei, wie bereits einleitend erwähnt, aus forschungspragmatischen Gründen auf Interviews verzichtet wurde. Zudem ist diese Vernachlässigung der spezifischen Schwerpunktsetzung dieser Arbeit geschuldet, die sich vor allem auf die institutionelle Dimension der Engagementförderung und die sich hierum entspinneenden Konflikte zwischen verschiedenen Gruppen- und Organisationssubjekten konzentriert. Nichtsdestotrotz wird der alltagspraktische Umgang der Freiwilligen mit diesen Aktivierungsprogrammen – zumindest überblicksartig – durch die Aufarbeitung der Äußerungen Freiwilliger in Zeitungsartikeln und engagementspezifischen Positionspapieren verbandlicher Freiwilligenvertretungen sowie der Ergebnisse qualitativer und quantitativer Freiwilligenbefragungen rekonstruiert. Bevor der Frage nachgegangen werden kann, welche Konsequenzen sich aus dieser Zielsetzung für die theore-

tische Konzeption der (Handlungs-)Freiheit des Subjekts im Diskurs ergeben, gilt es zunächst, der zwar nicht vollständig determinierenden, so doch aber einflussreichen subjektbezogenen öffentlichen Anrufungspraxis vermeintlich brachliegender Engagementpotenziale, d.h. der Subjektivierungsfigur des »engagierten Bürgers« und ihrer theoretischen Prämissen, Aufmerksamkeit zu schenken.

Mit Ulrich Bröckling kann davon ausgegangen werden, dass (Leit-)Bilder bzw. »Subjektivierungsfigur[en]« (Bröckling 2002a: 8) die Form und die Richtung der Subjektivierung prägen, da diese neben gesellschaftlich produzierten Verhaltensanforderungen eine Vielzahl von Sozial- und Selbsttechnologien sowie Wissensformen enthalten, mit deren Hilfe die »Individuen die Wahrheit über sich selbst erkennen« sollen (Bröckling 2007: 39, 47f.; ebenso Bröckling 2002a: 9). Sie zeichnen sich zudem dadurch aus, dass sie in der Realität nicht vorfindbar sind, sondern vielmehr eine Adressierungsform darstellen, die Auskunft darüber gibt, in welche Richtung sich das angerufene Subjekt verändern soll (Bröckling 2007: 46f.). Das Subjekt der Subjektivierung, so resümiert Bröckling, ist niemals vollendet, stets im Werden begriffen und existiert folglich »nur im Gerundivum« (Bröckling 2002a: 6)

»als wissenschaftlich zu erkundendes, pädagogisch zu förderndes, therapeutisch zu stützendes und aufzuklärendes, rechtlich zu sanktionierendes, ästhetisch zu inszenierendes, politisch zu verwaltendes, ökonomisch produktiv zu machendes usw. [...] Das Subjekt ist der Fluchtpunkt der Definitions- und Steuerungsanstrengungen, die auf es einwirken und mit denen es auf sich selbst einwirkt. Ein soziales Problem und eine individuelle Aufgabe; kein Produkt, sondern Produktionsverhältnis.« (Bröckling 2007: 22)

Die in der sozialwissenschaftlichen Forschungslandschaft wohl prominenteste Konzeptualisierung einer Subjektivierungsform ist die des »unternehmerischen Selbst« (Bröckling 2002a, 2007) bzw. des »enterprising self« (Miller/Rose 1995: 453-457). Ein anderes Beispiel ist der von Stephan Lessenich und seinen Mitarbeitern entwickelte »Alterskraftunternehmer« (Lessenich/Otto 2005: 10f.; Denninger u.a. 2012), dessen terminologische Nähe zur Sozialfigur des »Arbeitskraftunternehmers« von Pongratz und Voß (1998, 2003) keineswegs zufälliger Natur ist. Vielmehr soll hierdurch verdeutlicht werden, dass die im Erwerbssystem dominanten Maximen unternehmerischen Handelns, wie etwa Selbststeuerung, Eigenverantwortung und allseitige Aktivität, zunehmend auch auf die Alterspolitik und die individuelle Lebensführung im Alter übertragen werden und sich im Bild des »Alterskraftunternehmers« verdichten. Dass die gesellschaftspolitische Verantwortungsrhetorik sowohl die im Erwerbsleben Stehenden wie auch die Ausgeschiedenen anzusprechen versucht, deutet bereits auf die universalen Tendenzen derartiger Definitionsprozesse hin.

Dieser umfassende Anspruch tritt noch deutlicher zu Tage, wenn man die Subjektivierungsfigur betrachtet, die im Kraftfeld dispositiver Verflechtungen der Regierung der Freiwilligkeit konstituiert wird. Die Besonderheit der hier in Erscheinung tretenden Subjektivierungsfigur des »engagierten Bürgers« liegt darin, dass die Ausübung einer gemeinschaftsförderlichen freiwilligen Tätigkeit, die als Inbegriff eines sozial- und selbstverantwortlichen Verhaltens gilt, an die Rolle des Einzelnen als Bürger gekoppelt wird. Immer wieder begegnet man Stellungnahmen, in denen behauptet wird, dass über freiwilliges Engagement eine »(Aus-)Bildung

zum Bürger« (o.A. 2011: 8) möglich sei oder dass nur derjenige, der gemeinschaftsförderlich handelt, seiner Bürgerrolle gerecht werden könne (u.a. Schröder 2000). Entscheidend bei dieser Form der Anrufungspraxis ist somit, dass prinzipiell jeder Bürger, bei dem ein vermeintlich brachliegendes und aktivierbares Engagementpotenzial vermutet wird, unabhängig von Alter, Erwerbsstatus, Geschlecht usw. zum Adressatenkreis gehört. Vor diesem Hintergrund verwundert es kaum, dass hierbei insbesondere Personengruppen wie Jugendliche, alte Menschen, Arbeitslose und Migranten, denen man häufig unterstellt, über ein vergleichsweise großes Kontingent an freier Zeit zu verfügen, in den Fokus geraten.

Abschließend sei nochmals eindringlich betont, dass die dem engagementbezogenen Produktivitäts-Dispositiv zuordenbare Subjektivierungsfigur des »engagierten Bürgers« die Praxis der angerufenen Subjekte, d.h. der (noch) nicht freiwillig Engagierten oder der bereits langjährig Aktiven, nicht determinieren kann. Sie stellen vielmehr »Spielanleitungen für die Subjekte dar, die innerhalb dispositiv strukturierter Felder mit erheblichen Praxis- und Deutungsspielräumen agieren« (Denninger u.a. 2014: 361) und so – dies sei im Vorgriff auf das nächste Kapitel bereits angemerkt – u.a. zur Veränderung und Weiterentwicklung der niemals abschließbaren Dispositive der Freiwilligkeit beitragen.

2.4 ZUM VERHÄLTNIS VON SUBJEKT UND DISKURS

Für die Analyse der gesellschaftlichen Neuverhandlung des freiwilligen Engagements ist es, wie bereits verschiedentlich angeklungen, unabdingbar, auch der Rolle des Subjekts in dieser Entwicklung Aufmerksamkeit zu schenken. Dem subjektiven Faktor kommt hier in zweifacher Hinsicht eine zentrale Bedeutung zu: Um die vielfach kritisierte enge Verknüpfung oder gar Gleichschaltung von Programm und Praxis in vielen Gouvernamentalitätsstudien zu überwinden, ist es erstens notwendig, der Alltagsrelevanz dieser Programme nachzuspüren, indem die Verarbeitung der Aktivierungsprogrammatik durch die Freiwilligen selbst, d.h. die Annahme, Abweisung oder Umarbeitung derselben, unter den Bedingungen der genannten forschungspragmatischen Einschränkungen überblicksartig skizziert wird. Von Interesse sind in diesem Kontext zweitens die sich um die institutionelle Dimension der Engagementförderung entspinrenden Konflikte zwischen verschiedenen Gruppen- und Organisationssubjekten – zu denen die Freiwilligen auch selbst, besser gesagt: ihre verbandlichen Vertretungen, gehören –, die hierdurch an der Herausbildung und Veränderung der gouvernementalen Programmatik in ihrer Gestalt als gesellschaftliche Dispositive der Freiwilligkeit beteiligt sind. Angesichts dieser herausragenden Bedeutung, die dem subjektiven Faktor im Rahmen dieser Forschungsarbeit, anders als in den meisten diskurs- und gouvernementalitätstheoretisch inspirierten Studien, zukommt, ist es notwendig, einem Subjektverständnis zu folgen, das über die Zuerkennung subjektiver Handlungsspielräume im Rahmen selbstbezogener Führungspraktiken im Spätwerk Foucaults hinausgeht. Stattdessen wird hier an die Terminologie Links angeschlossen und davon ausgegangen, dass jegliche Subjektivität – wenngleich in unterschiedlichen Ausprägungen – sowohl disponierte wie auch disponierende Elemente beinhaltet (Link 2007: 220f., 234). Im Folgenden gilt es daher zu zeigen, dass das Subjekt in seinem Verhältnis zum Diskurs bzw. Dispositiv als unterworfen und

gestaltend zugleich gedacht werden muss. Die treffende Formulierung Joachim Renns aufgreifend geht es nachfolgend somit darum, »das Gewebe des Macht- und des Dispositiv-Begriffs auf[zuknüpfen], um den Faden des Subjekts neu in das Verständnis des Vollzuges der Diskurse zu verweben« (Renn 2005: 111).

2.4.1 Die Stellung des Subjekts im Denken Foucaults

Die Bestimmung des Verhältnisses von Subjekt und Diskurs stellt als ein »cause of puzzlement« (Hajer 1995: 48) zweifelsohne ein grundlegendes, viel diskutiertes Problem der sozialwissenschaftlichen Diskursforschung dar. Gerade diskursanalytische Studien sehen sich oftmals dem Vorwurf der Subjektvergessenheit ausgesetzt, wofür zumeist die angebliche Subjektlosigkeit Foucaults verantwortlich gemacht wird (vgl. die Kritik bei Honneth 1985: 136; Habermas 1988: 324; Hildebrandt 2001: 110). Interessanterweise widersprechen diese Vorwürfe grundlegend der eigenen Einschätzung Foucaults, der auf die Frage, warum er Macht untersuche, Folgendes klarstellt: »Meine Absicht war es [...], eine Geschichte der verschiedenen Verfahren zu entwerfen, durch die in unserer Kultur Menschen zu Subjekten gemacht werden. [...] Nicht die Macht, sondern das Subjekt ist deshalb das allgemeine Thema meiner Forschung.« (Foucault 1994b: 243)

Eine differenzierte Betrachtung der foucaultschen Subjekt-Rezeption zeigt, dass diese im Laufe seiner Schaffensperiode einigen graduellen Verschiebungen unterworfen war: In der Frühphase seines Wirkens beschäftigt er sich vor allem mit dem diskursiv subjektivierten Subjekt, das bestimmte im Diskurs bereitgestellte Positionen einnimmt (Foucault 1971, 1981, 1994a, 2001: 859-886). Anschließend geht es ihm um »die Objektivierung des Subjekts« durch sog. »Teilungspraktiken« (Foucault 1994b: 243) bzw. Disziplinarstechniken, mittels derer eine Aufteilung in Kranke und Gesunde, Kriminelle und Anständige erfolgt (Foucault 1977, 1983). In seinen späteren Schriften interessiert sich Foucault schließlich vor allem für die Praktiken der Selbstsubjektivierung bzw. für die Selbststechniken, durch die sich der Einzelne z.B. als Subjekt einer Sexualität erkennen kann und sich gleichzeitig gewisse Handlungsspielräume im Rahmen diskursiver Subjektivierungsprozesse bewahrt (Foucault 1989a, 1989b, 1994b).

Der Eindruck der Subjektvergessenheit Foucaults kann vor dem Hintergrund seiner soeben skizzierten facettenreichen Subjekt-Rezeption höchstens dann entstehen, wenn man lediglich Aussagen aus seiner archäologischen Phase in den Blick nimmt, die sich gegen ein aufklärerisches Subjektverständnis richten und damit für den Zeitraum der auslaufenden 1960er Jahre durchaus typisch waren: So fordert Foucault den Leser beispielsweise auf, »dem Subjekt (oder seinem Substitut) seine Rolle als ursprüngliche Begründung zu nehmen und es als Variable und komplexe Funktion des Diskurses zu analysieren« (Foucault 2001: 1029). Im Grunde, und darauf wird von verschiedener Seite eindringlich hingewiesen (u.a. Rüb 1990: 198f.; Hajer 1995: 48; Bublitz 1999a: 45, 2003: 25f., 2008: 293; Nonhoff/Gronau 2012: 121), geht es Foucault hierbei aber keineswegs um eine vollständige Auflösung oder gar Leugnung des Subjekts, sondern um eine Dezentrierung des Primats des Subjekts vor dem Hintergrund der Einsicht, dass sich das Subjekt erst im Rahmen vorhandener Diskurse konstituiert:

»Mir geht es darum, zu zeigen, dass es nicht auf der einen Seite unbewegliche Diskurse gibt, die bereits mehr als halbtot sind, und dann auf der anderen Seite ein allmächtiges Subjekt, das sie manipuliert, sie umwälzt, sie erneuert, sondern dass die diskurrierenden Subjekte Teil eines diskursiven Feldes sind – hier finden sie ihren Platz (und ihre Möglichkeiten der Deplatzierung), ihre Funktion (und ihre Möglichkeiten funktioneller Wandlung). Der Diskurs ist nicht der Ort eines Einbruchs purer Subjektivität; er ist für Subjekte ein Raum differenzierter Positionen und Funktionen.« (Foucault 2001: 867)

Foucault stellt somit keineswegs die Existenz des Subjekts an sich in Frage, sondern wendet sich gerade in seinen archäologischen Schriften gegen die Vorstellung eines autonomen Schöpfersubjekts, ohne dabei gleichzeitig das Subjekt als Spielball oder lediglich Effekt des Diskurses misszuverstehen (Graefe 2010: 295f.). Vielmehr fallen im Prozess der Subjektivierung Unterwerfung und Zurichtung sowie Hervorbringung und Selbstreflexion des Subjekts zusammen (vgl. ausführlich Hauskeller 2000: 14). Das Diskursverständnis Foucaults beinhaltet zudem keine allgemeine Absage an das menschliche Individuum. Dieses stellt als Diskursträger nach wie vor eine Grundbedingung der Möglichkeit von Diskursen dar. Er geht vielmehr davon aus, dass Individuen nur durch die Einnahme von im Diskurs zur Verfügung gestellten Subjektpositionen als sinnhaft handelnde Subjekte in Erscheinung treten können (Foucault 1981: 136-139; vgl. Kögler 2007: 361). Denn nimmt man den dieser Arbeit zugrunde liegenden methodologischen Primat des Diskurses auch an dieser Stelle ernst, erweist sich die Rede vom bloßen Individuum als bedeutungs- und sinnlos. Jede Subjektposition ist somit gleichzeitig auch ein diskursives Element, das wiederum an der Weiterentwicklung des Diskurses beteiligt ist (Laclau/Mouffe 1991: 168). Aufgrund dieses gegenseitigen Reproduktionsprozesses erscheint es für Nonhoff und Gronau plausibel, das Verhältnis von Diskurs und Subjekt als gleichursprünglich zu konzipieren (Nonhoff/Gronau 2012: 122; ebenso Nonhoff 2006: 157). Die Rede von der Gleichursprünglichkeit von Diskurs und Subjekt deutet bereits an, dass das Subjekt weder als durch den Diskurs vollständig determiniert noch als autonom handelnd verstanden werden darf.

2.4.2 Zur (Handlungs-)Freiheit des Subjekts im Diskurs

Fraglich ist nun, wie Agency vor dem Hintergrund eines in komplexe Kräfteverhältnisse eingebetteten Subjekts konkret gedacht werden kann. Foucault selbst spricht in seinen späteren Schriften zur Gouvernementalität dem Subjekt im Rahmen seiner Techniken des Selbst zwar mehr Handlungsspielräume gegenüber der diskursiven Subjektivierungsmacht zu. Insgesamt bleibt er hierbei aber recht vage, wenn er z.B. ausführt, dass wir »die Körper, die Lüste, die Wissen in ihrer Vielfältigkeit und Widerstandsfähigkeit gegen die Zugriffe der Macht« ausspielen sollten (Foucault 1983: 187). Aus diesem Grund werden im Folgenden zwei unterschiedliche Möglichkeiten vorgestellt, wie die Freiheit des Subjekts im Diskurs gedacht werden kann, wobei erstere stärker auf die Überlegungen von Laclau und Mouffe Bezug nimmt (Nonhoff 2006; Nonhoff/Gronau 2012) und letztere der Argumentation Foucaults folgt (Kögler 2007).

In gleichzeitiger Bezugnahme und Distanzierung vom Denken Louis Althusers argumentiert Martin Nonhoff in Anlehnung an Laclau und Mouffe (1991), dass den Subjekten aufgrund der prinzipiellen Offenheit und Kontingenz diskursiver

Strukturen ein nicht zu unterschätzender Handlungsspielraum zur Verfügung steht (Nonhoff 2006: 161): »Ein Diskurs kann also nicht in sich ruhen, nie ganz ›bei sich‹ sein, er ist wesentlich disloziert und mangelhaft. Der konstitutive Mangel des Diskurses ist der Grund der Freiheit, er bildet den Ort des (freien) Subjekts« (Nonhoff/Gronau 2012: 125). Diese Lücken bzw. Brüche des Diskurses müssen stets, so die weitere Argumentation, durch neue Artikulationen überbrückt werden, deren konkrete Ausgestaltung jedoch den an diesen Bruchstellen in Erscheinung tretenden Subjekten obliegt. Es sind diese Momente »strukturell-diskursiver Unentscheidbarkeit« (Nonhoff 2006: 161f.), in denen sich die Freiheit des diskursiven Subjekts als Freiheit zur artikulatorischen Entscheidung konstituiert. Aus der Mangelhaftigkeit bzw. Unabgeschlossenheit des Diskursiven ergibt sich zwar folglich die Notwendigkeit der Entscheidung des Subjekts, »nicht aber die Notwendigkeit zu einer bestimmten Entscheidung« (ebd.: 162). Das Subjekt kann demnach nicht vollständig durch die diskursive Struktur determiniert werden, da diese Lücken der diskursiven Unentscheidbarkeit beinhaltet, die durch die artikulatorische Entscheidung des Subjekts als Bedingung seiner Freiheit überbrückt werden müssen. Dies bedeutet aber auch, dass sich sowohl die diskursive Struktur als auch die Subjekte, die sich aufgrund der Vielzahl von Entscheidungen selbst durch Temporalität auszeichnen, nie vollständig konstituiert sind, sondern sich stets im Werden befinden (ebd.: 161-167; Nonhoff/Gronau 2012: 123-127).

Eine etwas anders gelagerte Antwort auf die viel diskutierte Frage nach den Handlungsspielräumen der Subjekte im Kontext struktureller Bedingtheit gibt Hans-Herbert Kögler, der hierbei stärker an die Überlegungen Foucaults anschließt. Wenngleich Foucault das Subjekt und nicht die Macht als allgemeines Thema seiner Forschung benennt, geht er grundlegend davon aus, dass eine Analyse des Subjekts immer auch eine Analyse der Machtverhältnisse erfordert, in die das Subjekt stets eingebettet ist (Foucault 1994b: 243). Vor diesem Hintergrund versucht Kögler die Frage nach der Freiheit des Subjekts durch die Verschränkung von Strukturierungsmacht und subjektiver »*Erzeugungs- und Handlungsmacht*« (Kögler 2007: 348, Herv. i.O.) zu lösen. Macht definiert er somit einerseits als »Strukturierungsprinzip[, das] in den Kontext sozialer Praktiken eingelassen ist« (ebd.: 357). Die Erfahrungen, Handlungsspielräume, Aussagemöglichkeiten und Wertvorstellungen der Subjekte sind folglich durch Machtpraktiken vorstrukturiert (ebd.: 358f.). Diese (vor-)strukturierten Sag- und Machbarkeitsräume, in denen sich die Subjekte bewegen, dürfen jedoch keinesfalls »zum autopoeitischen System hypostasiiert« (ebd.: 359) werden, da sie auch »Kritik, Subversion oder Transformation der Macht« (ebd.: 358) zulassen. Die »von sozialen Strukturierungen durchherrscht[en]« Subjekte (ebd.: 360) verfügen folglich über eine gewisse Handlungsmacht, die sich daraus ergibt, dass die Strukturierungspraktiken der stetigen Aktualisierung durch die Subjekte selbst bedürfen. »Mit anderen Worten, es sind die Subjekte, durch die sich die Macht erhält.« (Ebd.: 361) Die subjektive Handlungsfähigkeit, die die »Produktion einer reflexiven Distanz des Subjekts zu den eigenen Vorannahmen und Praktiken« (ebd.: 362) erlaubt, steht der Strukturierungsmacht folglich nicht entgegen, sondern ist Teil derselben. Die Subjekte, die im foucaultschen Denken als Knotenpunkte der Diskurs- und Machteffekte in Erscheinung treten, sind demnach auch selbst in der Lage, auf die Gestaltung der Machtverhältnisse einzuwirken (vgl. Hauskeller 2000: 21). Diese Überlegungen gewinnen dann an zusätzlicher Plausibilität, wenn man bedenkt, dass Foucault die Freiheit, die er als

die Möglichkeit zur Auswahl zwischen verschiedenen Verhaltensweisen definiert, zur Existenzbedingung von Macht erklärt: »sowohl als ihre Voraussetzung, da es der Freiheit bedarf, damit Macht ausgeübt werden kann, wie auch als ihr ständiger Träger, denn wenn sie sich völlig der Macht, die auf sie ausgeübt wird, entzöge, würde auch diese verschwinden und dem schlichten und einfachen Zwang der Gewalt weichen.« (Foucault 1994b: 256)

Somit kann auch in Bezug auf die an Foucault orientierte Erfassung der Freiheit des Subjekts festgehalten werden, dass das Subjekt keineswegs den komplexen Kräfteverhältnissen vollständig unterworfen ist, denn dort »wo die Determinierungen gesättigt sind« (ebd.), kann auch kein Machtverhältnis mehr existieren.

Ergänzend zu diesen Überlegungen geht Hannelore Bublitz ebenso im Anschluss an Foucault davon aus, dass sich die diskurskonstituierende Macht durch »Brüchigkeit, Widrigkeit und Widerständigkeit« (Bublitz 2001: 254) auszeichnet: Ähnlich der soeben in Anlehnung an Laclau und Mouffe erläuterten Freiheit des Subjekts »zur Entscheidung angesichts strukturell-diskursiver Unentscheidbarkeit« (Nonhoff/Gronau 2012: 125) zieht auch Bublitz hieraus die Schlussfolgerung, dass die »Unabgeschlossenheit und Diskontinuität diskursiver Prozesse [...] das Subjekt als handelndes, das von den Diskursen durchdrungen wird, wieder ein[setzt]« (Bublitz 2001: 255). Es sind demnach auch hier die angesichts der Brüchigkeit der Strukturierungsmacht mit einer gewissen Handlungsmacht ausgestatteten Subjekte, die die diskursiv gesetzten Schranken in Frage stellen und sich im Rahmen der gegebenen Strukturen kreativ mit neuen Begrifflichkeiten bzw. Narrativen gegen tradierte Verhaltensvorstellungen und Deutungen wenden können. Bublitz geht in diesem Kontext davon aus, dass der Prozess der Subjektkonstitution angesichts der Brüchigkeit der Machtstrukturen zeitweilig sich selbst überlassen ist und daher »Kontingenzen und ›Überschüsse« [produziert], die in den technologischen ›Versuchsanordnungen« nicht vorgesehen sind« (ebd.).

2.4.3 Zur Abgrenzung des Subjektbegriffs vom Akteursbegriff

Unabhängig davon, welcher der Argumentationen man sich bei der Frage nach der Freiheit diskursiv situierter Subjekte²⁴ letztendlich zugehörig fühlt, sensibilisieren beide Lesarten für die Zweideutigkeit des Subjektbegriffs, der für die vorliegende Arbeit von zentraler Bedeutung ist: Es ist deutlich geworden, dass das Subjekt stets als Unterworfenes und Gestaltendes zugleich, d.h. als ein in das diskursive Relationsnetz eingeflochtenes, aber hierdurch niemals vollständig determiniertes Subjekt gedacht werden muss (Rüb 1990: 199; Renn 2005: 108; Parr 2008b: 237): »Wenn das Subjekt *weder* durch die Macht vollständig determiniert ist *noch* seinerseits vollständig die Macht determiniert (sondern immer beides zum Teil), dann

24 | Eine weitere Möglichkeit, die Freiheit vergesellschafteter Subjekte zu denken, entwirft Judith Butler mit Verweis auf die performative Kraft der Sprache. Sie legt dar, dass jede diskursiv erzeugte Norm oder Struktur der aktiven Wiederholung bedarf, um wirksam zu sein. Da aber keine Wiederholung eine exakte Kopie vorheriger Sprechakte darstellt, bildet dieser »Zwischenraum zwischen Redundanz und Wiederholung« (Butler 1998: 183; vgl. hierzu Renn 2005: 112-115) den Ort der subjektiven Handlungsmacht und Widerstandsfähigkeit. Für einen systematischen Vergleich der Subjektkonstitution bei Butler und Foucault vgl. Hauskeller (2000).

geht das Subjekt über die Logik der Widerspruchsfreiheit hinaus, es ist gleichsam ein Auswuchs, ein Überschuß der Logik.« (Butler 2001: 22, Herv. i.O.)

Der Terminologie Links folgend beinhaltet demnach jegliche Subjektivität – wenngleich in unterschiedlichen Ausprägungen – sowohl disponierte wie auch disponierende Elemente (Link 2007: 220f., 234).²⁵ Es ist diese Doppeldeutigkeit des Subjekts als »unterworfenen Souverän« (Bublitz 2008: 294), die diesen Subjektbegriff gerade in Abgrenzung zur Bevorzugung des Akteursbegriffs in vielen politikwissenschaftlichen Studien für die vorliegende diskursanalytische Arbeit so attraktiv macht. Das Präferieren des Akteursbegriffs in der Politikwissenschaft, der das aktive Moment der Handlung betont, erscheint wenig verwunderlich, interessiert man sich hier vor allem für das konkrete Handeln der an politischen Entscheidungen beteiligten Personen oder Organisationen. Das Festhalten an dieser Begrifflichkeit bedeutet allerdings nicht, dass einem omnipotenten Akteur das Wort geredet wird. Vielmehr ist man sich auch in der Politikwissenschaft spätestens seit Giddens (1979) der wechselseitigen Durchdringung von Struktur und Akteur durchaus bewusst. Exemplarisch hierfür sei an dieser Stelle auf den akteurzentrierten Institutionalismus (Mayntz/Scharpf 1995) verwiesen oder aber auf die Ausdifferenzierung der politischen Steuerungstheorien durch Netzwerkanalysen und komplexe Governanceansätze, die die Annahme, dass der Staat ein allmächtiger Steuerungsakteur sei, in den letzten Jahren zunehmend ad absurdum geführt haben. Nichtsdestotrotz kritisiert Nonhoff, dass die meisten politikwissenschaftlichen Ansätze der Einsicht in die gegenseitige Bedingtheit von Struktur und Akteur zwar weitgehend folgen, hierbei aber weiterhin von in sich geschlossenen Entitäten ausgehen und somit aus den Augen verlieren, dass nicht nur Strukturen, sondern auch Akteure nie vollständig konstituiert, sondern stets im Werden begriffen sind (Nonhoff 2006: 168-172).

Da der Begriff des Akteurs folglich tendenziell die aktiv gestaltende Handlungsfähigkeit betont und hierbei zumeist vernachlässigt, dass der Akteur nicht nur hervorbringt, sondern durch den Diskurs auch grundlegend produziert und hervorgebracht wird, wird in der vorliegenden Untersuchung auf den Akteursbegriff zugunsten des Subjektbegriffs weitgehend verzichtet. Die im Subjektbegriff angelegte Doppeldeutigkeit erlaubt es, das Subjekt sowohl als Unterworfenes wie auch als Gestaltendes der Analyse zugänglich zu machen. Einschränkend sei jedoch erwähnt, dass der Begriff des Akteurs in den folgenden Ausführungen zumindest noch bei Rekurs auf theoretische Konzepte verwendet wird, die mit diesem Terminus anstelle des Subjektbegriffs arbeiten.

2.4.4 Subjektive Handlungsfähigkeit als Bedingung der Konstitution von Diskursen

Die Einsicht in die irreduzible Individualität des Subjekts und seiner Fähigkeit, kreativ, reflexiv und kritisch in vorstrukturierten Handlungszusammenhängen agieren zu können, erweist sich für diese Arbeit jedoch nicht nur in Abgrenzung zum oftmals einseitig interpretierten Akteursbegriff als fruchtbar, sondern eröffnet

25 | Die Terminologie der disponierenden und disponierten Subjektivität wird auch von Bührmann und Schneider (2008: 63f, 2010: 278) sowie von Denninger u.a. (2010: 222f.) aufgegriffen.

net auch eine neue Perspektive auf die Rolle des Subjekts in einer prinzipiell gouvernementalitätstheoretisch inspirierten Analyse der Regierung der Freiwilligkeit. So ist die von Kögler vorgenommene Unterscheidung von Strukturierungsmacht und subjektiver Handlungsmacht keinesfalls identisch mit der Verschränkung von Fremdführung und Selbstführung, die den gouvernementalen Regierungsbegriff im Spätwerk Foucaults auszeichnet (Kögler 2007: 361). Als problematisch erweist sich hier, wie bereits mehrfach erwähnt, vor allem der strukturalistische Bias vieler Gouvernementalitätsstudien, die den Eindruck erwecken, dass die Programme des Regierens, die das Handeln im besten Falle anleiten sollen, mit dem tatsächlichen Verhalten der Subjekte zusammenfallen. Das freiwillige Engagement der Bürger würde hiernach – ohne eine empirische Prüfung dieses Sachverhalts vorzunehmen – als Spiegelbild der Aktivierungsprogrammatik betrachtet werden.

Doch auch die Protagonisten der Gouvernementalitätstheorie sind sich darüber im Klaren, dass eine derartige naive Gleichsetzung des (Herrschafts-)Programms mit dem subjektiven Selbstverhältnis kaum überzeugen kann: »Der Eigensinn menschlichen Handelns insistiert in Gestalt von Gegenbewegungen, Trägheitsmomenten und Neutralisierungstechniken. Die Regime der Selbst- und Fremdförderung liefern keine Blaupause, die lediglich umzusetzen wäre« (Bröckling 2007: 40). Für die konkrete Analyse, so Bröckling weiter, ergibt sich daraus, »die Aufgabe der perspektivischen Vielfalt: Statt ausschließlich die Formen des Zugriffs auf die Einzelnen zu analysieren oder sich darauf zu beschränken, subjektive Widerstandspotenziale zu identifizieren, sind die Konstellationen nachzuzeichnen, die sich aus dem Zusammentreffen beider ergeben« (ebd.: 41). Angesichts der Plausibilität dieser Ausführungen erscheint es umso erstaunlicher, dass die meisten Gouvernementalitätsanalysen, wie von vielen Seiten zu Recht kritisiert wird, auf eine Umsetzung dieser Forderungen – z.T. auch ganz bewusst – verzichten (vgl. die Kritik bei Lessenich/Otto 2005: 14f.; Bührmann 2005: Abs. 6; Denninger u.a. 2010: 211, 2014: 26; Alkemeyer/Villa 2010: 319; Graefe 2010: 299).

Um diesem strukturalistischen Überschuss der Gouvernementalitätsstudien im Rahmen der vorliegenden Arbeit nicht ebenso anheim zu fallen, wird die Regierung der Freiwilligkeit im »Modus des Vollzugs von Machtpraktiken« (Ott/Wrana 2010: 160) analysiert, d.h., es wird den programmbezogenen Aneignungs- bzw. Anverwandlungshandlungen der (potenziellen) Freiwilligen Aufmerksamkeit geschenkt. Sich der Analyse der Wirkung von Machtpraktiken zu widmen, bedeutet aber nicht – und diese Einsicht ist besonders zentral –, dass die Handlungsfähigkeit der genannten Subjekte der Programmebene gegenübersteht und ihre Wirkung im Sinne einer Evaluationsforschung als Implementation von Programmen untersucht werden kann. Vielmehr geht es in Anlehnung an Wrana und Ott darum, auch Widerstände oder unerwartete Handlungen der Subjekte als Praktiken zu begreifen, die die Regierung der Freiwilligkeit im Modus des Vollzugs gerade auszeichnen: »In dieser Analyse rückt der Gebrauch von Praktiken als produktive Leistung in den Blick und die Machtverhältnisse erscheinen empirisch als heterogener Gegenstand und als ein komplexes Feld von Kämpfen.« (Ebd.: 161) Die untersuchten Stellungnahmen und Äußerungen der angerufenen Bürger in ihrer Rolle als – (noch) nicht, nicht mehr oder zukünftige – Freiwillige stehen der Programmebene demnach nicht gegenüber; sie dürfen nicht, wie Wrana und Ott formulieren, als »das ›Andere des Programms‹ gegen dieses« (ebd.: 161f.) gesetzt werden,

sondern stellen vielmehr eine zentrale Quelle für die Analyse der Regierung der Freiwilligkeit im Modus des Vollzugs dar.

Folgt man dieser Perspektive, dann kommt der Handlungsmacht²⁶ der situierten Subjekte bei der Durchsetzung bzw. Infragestellung von umkämpften und in soziale Kräfteverhältnisse eingebetteten Diskursen bzw. Dispositiven eine entscheidende Bedeutung zu. Die subjektive Handlungsfähigkeit stellt dann nicht – wie dies etwa bei Kögler der Fall ist – »nur eine Option [dar], die Diskurse und Gouvernementalitäten sozusagen taktisch offen lassen müssen, um ihr Funktionieren zu gewährleisten« (Graefe 2010: 301). Denn, so fragt Stefanie Graefe zu Recht weiter, »wodurch entstehen denn Diskurse und Programme – wenn nicht letztlich durch die symbolische Praxis vergesellschafteter Subjekte?« (Ebd.) Die subjektive Handlungsmacht ist somit Bedingung der Konstitution von Diskursen und Bedeutungen, wenngleich natürlich die Zuordnung einzelner Subjekte zu umfassenden Sinnkonstruktionen kaum – und dann höchstens in bestimmten Schlüsselmomenten – gelingt.²⁷ Konsequenz zu Ende gedacht, bedeutet dies, dass Subjekte in der hier skizzierten Lesart durchaus auch Neues – nicht aber Voraussetzungsloses – schaffen können. Dieses Subjektverständnis erweist sich gerade für die Analyse der gesellschaftlichen Neuverhandlung der Freiwilligkeit als hoch anschlussfähig, da es – ohne hierfür auf die handlungstheoretischen Kreativitätsüberlegungen des Pragmatismus (Joas 1996) zu rekurrieren oder einem omnipotenten Akteur das Wort zu reden – die kreative Leistungsfähigkeit der am Diskurs beteiligten (Gruppen- und Organisations-)Subjekte betont, die im Rahmen konfliktueller Aushandlungsprozesse an der Konstruktion und Erneuerung der diskursiven Ordnung – in diesem Fall: der Dispositive der Freiwilligkeit – beteiligt sind.

Für die Anlage dieser Forschungsarbeit ergibt sich aus diesen Überlegungen die Schlussfolgerung, dass nur unter Rekurs auf die Kreativitäts- und Handlungsspielräume von diskursiv situierten Subjekten, d.h. von einflussreichen Gruppen- und Organisationssubjekten, wie Freiwilligenvertretungen, Vereinen, Verbänden und Parteien, nachvollzogen werden kann, wie es seit der Jahrtausendwende zu einer tief greifenden Kurskorrektur im gesellschaftlichen Umgang mit freiwilligem Engagement kam, die ihren deutlichsten Niederschlag in der sukzessiven Etablierung einer – in den 1990er Jahren noch heftig umstrittenen – staatlichen Engagementpolitik fand. Dies bedeutet zugleich, dass die Dispositive der Freiwilligkeit nicht als starre, unveränderliche Verknüpfungsstrukturen gedacht werden dürfen. Sie sind allenfalls temporär fixiert, stets umkämpft und wandelbar, was vor allem darauf zurückgeführt werden kann, dass die disponierten Subjekte am Weiterspinnen des Netzes dispositiver Verflechtungen in produktiver Weise beteiligt sind (Denninger u.a. 2014: 38). Um dieses hier lediglich angedeutete Zusammentreffen von

26 | Hierbei darf allerdings nicht aus den Augen verloren werden, dass auch diese Handlungsmacht stets umkämpft sowie brüchig ist und deshalb nicht als Besitz oder feste Eigenschaft von Subjekten verstanden werden darf.

27 | Die bei vielen Autoren beobachtbare systematische Unterschätzung des subjektiven Faktors bei der Entstehung von Diskursen beschreibt Stefanie Graefe zutreffend »als Selbstabsicherung gegen eine ungewollte Rückkehr des souveränen Subjekts in die postsouveräne Subjekttheorie, zugespitzt formuliert: als Ausdruck des Unvermögens, Subjektivität nicht nur in ihrer konstituierten, sondern auch in ihrer konstituierenden Dimension anders denn als individuelles Vermögen eines Einzelakteurs zu denken« (Graefe 2010: 301f.).

Kräfteverhältnissen und Programmen bzw. Diskursen der Analyse zugänglich zu machen, gilt es im Folgenden, die bisherigen gouvernementalitäts- und diskurstheoretischen Überlegungen um hegemonietheoretische Ansätze zu erweitern.

2.5 DIE INSTITUTIONELLE DIMENSION DER ENGAGEMENTFÖRDERUNG IM FOKUS HEGEMONIALER KÄMPFE

Bislang wurde gezeigt, dass verschiedene Defizite vieler Gouvernementalitätsanalysen durch Anschluss an die Erkenntnisse der Diskursforschung in großen Teilen überwunden werden können: Zu den zentralen theoretisch-methodologischen Einsichten zählen erstens die Erfassung der Multidimensionalität des Diskursiven im Rahmen des Dispositivkonzepts, das den Praxisvollzug der Regierungsprogramme strukturiert; zweitens dessen Spezifizierung als Policy-Narrativ und drittens die Konzeptualisierung der Subjekte als disponiert und disponierend zugleich. Entgegen dem bereits erläuterten strukturalistischen Bias vieler Gouvernementalitätsstudien tragen diese Überlegungen grundlegend dazu bei, die Regierung der Freiwilligkeit im Modus ihres Vollzugs zu analysieren.

Im Folgenden steht ein weiterer zentraler Aspekt dieses Vollzugsmodus im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit, der zwar bereits verschiedentlich Erwähnung fand, bislang jedoch nicht ausführlich expliziert worden ist: Unter Berücksichtigung der Unabschließbarkeit der Dispositive der Freiwilligkeit, an deren Veränderung und Weiterentwicklung die Subjekte maßgeblich beteiligt sind, soll nun den diskursiven Konflikten und Kämpfen Aufmerksamkeit geschenkt werden, die sich zwischen 1985 bis 2009 um die institutionelle Dimension der Engagementförderung entsponnen haben. Neben verschiedenen Gruppen- und Organisationssubjekten, wie den Bundestagsfraktionen und den Dachverbänden für Kultur, Soziales und Sport waren auch die Freiwilligen selbst und ihre verbandlichen Vertretungsorganisationen maßgeblich an diesen Konflikten beteiligt. Die Betrachtung dieser Konflikte öffnet jedoch nicht nur den Blick für die Dynamik und Unabgeschlossenheit von Dispositiven, sondern gleichsam auch für politische, genauer gesagt: institutionelle Wandlungsprozesse. Denn im heterogenen Netz dispositiver Verknüpfungen ist es bekanntlich die Frage nach der institutionellen Ausgestaltung einer staatlichen Engagementpolitik, die im Mittelpunkt hegemonialer Kämpfe und damit auch der Analyse ihres Vollzugscharakters steht.

Bisher ist jedoch offen geblieben, welche konkreten forschungspraktischen Konsequenzen sich aus der Fokussierung auf die diskursiven Auseinandersetzungen um die institutionelle Dimension der facettenreichen diskursiven Ordnung der Freiwilligkeit ergeben. Wie bereits einleitend angemerkt, mangelt es sowohl diskurs- wie auch gouvernementalitätstheoretischen Ansätzen zumeist an der nötigen Sensibilität, um derartige Verwerfungen adäquat zu erfassen, weshalb diese oftmals den Eindruck der Widerspruchsfreiheit und Kohärenz hinterlassen (Müller 2003: 103-105; Lemke 2008b: 383; Winkel 2013: 174, 187).²⁸ Deshalb werden die bisherigen diskurs- und gouvernementalitätsanalytischen Einsichten im Folgenden

28 | Wenn Gouvernementalitätsstudien Brüchen oder Verwerfungen überhaupt Beachtung schenken, dann nehmen sie diese Cathren Müller zufolge lediglich auf der Ebene der Programme wahr, z.B. als Ursache ihres Scheiterns. Die Gesellschaft erscheint demgegenüber

um hegemonietheoretische Überlegungen erweitert, mit deren Hilfe das – bestenfalls in Ausnahmefällen reibungslose – Zusammentreffen von Kräfteverhältnissen und Diskursen der Analyse zugänglich gemacht werden kann.

Die Erweiterung gouvernementalitäts- und diskursanalytischer Ansätze um hegemonietheoretische Einsichten wird vor allem von Stefanie Graefe mit besonderer Vehemenz eingefordert. Den Vollzugscharakter von Regierungsformen angemessen zu erfassen, setzt ihrer Ansicht nach voraus,

»die auch von Kögler thematisierten Kräfteverhältnisse systematisch(er) zu den Selbstführungsprogrammen bzw. den Diskursen in Beziehung zu setzen. Das heißt, es müsste mehr getan werden als zu betonen, dass Diskurse und Programme notwendig widersprüchlich, vorläufig und umkämpft sind – was sie zweifelsohne sind. Aber von wem, gegen wen und von wem nicht? Geht es wirklich um das Zusammentreffen von Kräfteverhältnissen und Programmen, müsste Diskurs- und Gouvernementalitätsanalyse Anschlüsse suchen – zum Beispiel an Klassen- und Hegemonietheorien.« (Graefe 2010: 299, Herv. i.O.)

Durch Anschluss an die Hegemonieperspektive wird zudem die interessante Perspektive eröffnet, soziale Aushandlungsprozesse und Kämpfe nicht mehr nur destruktiv als Widerstände gegen bestimmte Regierungsformen, sondern als Teil derselben zu begreifen, die konstruktiv an ihrer Hervorbringung und Veränderung beteiligt sind (Lemke 2008b: 383). Wenn somit im Folgenden dem Ringen zwischen verschiedenen Weltbeschreibungen »um das Wahre, das Richtige und das Gute« (Nonhoff 2008b: 300), ihrem Entstehen, ihrer Verbreitung, ihrer Hegemonialisierung und ihrem Verschwinden Aufmerksamkeit geschenkt werden soll, bedeutet dies – und hier folge ich den Ausführungen Martin Nonhoffs (2007) – Diskurs- als Hegemonieanalyse zu verstehen.

Zur Plausibilisierung dieses Vorgehens ist ein erneuter Rekurs auf die Analyseebene der Storylines bzw. der Policy-Narrative notwendig, da diese, erweitert um das Konzept der »Diskurskoalition«, untrennbar mit dem Gedanken der Hegemonie bzw. hegemonialer Kämpfe um Deutungshoheit verknüpft sind (Hajer 1995, 1997, 2008). Zudem erweist sich das Storyline-Konzept für die Fokussierung der Vollzugsperspektive auf die institutionelle Dimension als besonders geeignet, zieht Hajer diese doch selbst in seiner als »institutionellen Konstruktivismus« (Hajer 1997: 107) bezeichneten Vorgehensweise für die Analyse der Verschränkung von institutionellen Formen und diskursiven Zuschreibungen im Rahmen hegemonialer Aushandlungsprozesse heran. Vor dem Hintergrund der Annahme, dass der Konflikt über die künftige Engagementpolitik und die Debatte um die gesellschaftliche Bedeutung des freiwilligen Engagements sich seit Ende der 1980er Jahre wechselseitig beeinflusst haben, stellt sich folglich die – auch von Gottweis in Bezug auf das Politikfeld der Gentechnik verfolgte – Frage, »how discourses and narratives – stories that create meaning and orientation – constitute the policy field [of volunteering]« (Gottweis 1998: 3).

als eine passive und homogene Masse, »in die sich die Programme lediglich einschreiben müssten« (Müller 2003: 105).

2.5.1 Politischer Wandel aus Sicht des institutionellen Konstruktivismus

Der institutionelle Konstruktivismus von Hajer verfolgt das Ziel, die Karriere bestimmter Storylines und die Herausbildung diskursiver Hegemonien konsequent mit ihren »De- und Reinstitutionalisierungsprozesse[n]« in Verbindung zu setzen (Hajer 1997: 107). Diesem Verständnis folgend können Institutionen und die ihnen zugrunde liegenden Leitbilder als mit Gültigkeit versehene und »als geronnene, oft auch als in Rechtsform gegossene Diskurse« verstanden werden (Nonhoff 2010: 48; ebenso Arndt/Richter 2009: 64), die sowohl beschränkend als auch ermöglichend auf das Handeln wirken (Schmidt 2008: 314; Keller 2011: 11). Ihre Durchsetzung ist folglich kontingent, hochgradig umkämpft und untrennbar mit gesellschaftlichen Machtprozessen verknüpft, die bei der Analyse der Bedeutung und Funktionsweise von Institutionen jedoch oftmals aus den Blick geraten (Lessenich 2003a: 45f.). Den Schwerpunkt auf die institutionelle Dimension des Diskurses zu legen, bedeutet jedoch, sich nicht – oder nicht in erster Linie – auf die Regulierungs- oder Orientierungsfunktion von Institutionen zu konzentrieren (vgl. hierzu Göhler 1994; Lessenich 2003a: 38-54), sondern zu beleuchten, »wie Macht sich in institutionellen Arrangements diskursiv manifestiert und wie politischer Wandel sich in solchen Arrangements vollzieht« (Hajer 2008: 289).

Der hier eingeschlagene Weg der Analyse von Policy-Wandel unterscheidet sich somit in einigen Punkten grundlegend vom Vorgehen der wissenszentrierten Ansätze der Politikwissenschaft, die sich anstelle von Diskursen vornehmlich mit Deutungen, Ideen, Kognitionen oder Wissen beschäftigen: Diese interpretativen Ansätze haben sich in den letzten Jahren zwar im Zuge des »cognitive« bzw. »argumentative turn« (Fischer/Forrester 1993) insofern weiterentwickelt, als sie Ideen – entgegen älterer ideenzentrierter Konzepte der Politikwissenschaft²⁹ – nicht mehr als einen weiteren kausalen Faktor neben Macht, Interessen oder Handlungen bei der Erklärung von Entwicklungen in einem bestimmten Politikfeld heranziehen, sondern stattdessen die Interaktion und Verwobenheit dieser Elemente stärker in den Blick nehmen.³⁰ Nichtsdestotrotz konnte insbesondere die deutsche Politikwissenschaft ihr Unbehagen gegenüber einer an Foucault orientierten Diskursanalyse bis heute nicht vollständig ablegen, so dass diskursanalytische Ansätze – mit Ausnahme der Diskurstheorie von Habermas – hier nach wie vor ein eher randständiges Phänomen darstellen (Keller u.a. 2001: 9f.; Nonhoff 2006: 17).³¹ Deshalb spricht Nonhoff auch von einer »Nichtbeziehung zwischen deutscher Politischer

29 | Zur Kritik an der politikwissenschaftlichen »Ideas matter«-Debatte vgl. u.a. Nullmeier (2001: 292, 2012: 39) und Keller (2011: 121).

30 | Vgl. hierzu die Übersichten in Rueschemeyer (2006), Béland/Cox (2011) und Wagenaar (2011) sowie die grundlegenden Beiträge von Nullmeier (1993), Nullmeier/Rüb (1993), Bleses/Rose (1998), Blyth (2001, 2002), Maier (2003), Marschallek (2004) und Fischer (2009).

31 | In Anlehnung an Vivien A. Schmidt kann jedoch davon ausgegangen werden, dass die Vernachlässigung des Diskurs- zugunsten des Ideen-Konzepts nicht nur ein Spezifikum der deutschen Politischen Wissenschaft darstellt, sondern diese Bevorzugung auch für die internationale Politikwissenschaft gilt: »It is therefore a pity that political scientists have largely avoided the term [discourse, D.N.] because of its original uses in postmodern literary criti-

Wissenschaft und Diskurswissenschaft« (Nonhoff 2006: 30, Herv. i.O.).³² Als einzige »im engeren Sinne eigenständige ›politikwissenschaftliche Diskursanalyse‹« verweist Nullmeier (2001: 289) auf die von Maarten A. Hajer (1995, 1997, 2008) in Anlehnung an Foucault vorgelegte vergleichende Analyse des Umweltdiskurses in Großbritannien und den Niederlanden, an die auch im Rahmen der vorliegenden Arbeit angeschlossen wird.

Eine zentrale Ursache für die defizitäre Berücksichtigung diskursanalytischer Verfahren in der deutschen Politikwissenschaft liegt zum einen in ihrer ohnehin zurückhaltenden Rezeption poststrukturalistischer Ansätze (Nonhoff 2006: 18). Hinderlich wirke zum anderen, so Nullmeier, die erst langsam nachlassende Dominanz der Rational-Choice-Ansätze und des (Neo-)Institutionalismus sowie der generelle Drang vieler Politikwissenschaftler, außerdiskursiven Phänomenen, d.h. vermeintlich objektiven Fakten oder den strategischen Handlungen und Interessen von Akteuren, ein hohes Maß an Bedeutung zuzuschreiben (Nullmeier 2001: 285, 2012: 37; Schmidt 2008: 316). Aus dieser Perspektivenverengung resultiert das Problem, dass der Großteil der politikwissenschaftlichen Forschungslandschaft weiterhin an der Vorstellung einer »dualen Struktur« (Nonhoff 2006: 198) festhält, die zwischen einer externen Realität einerseits und der Wahrnehmung und Deutung dieser externen Realität andererseits unterscheidet. Es sei an dieser Stelle nochmals daran erinnert, dass bei Berücksichtigung des methodologischen Primats des Diskurses auf die Analyse von Interessen, Strategien oder Machtkonstellationen keineswegs verzichtet werden muss. Geleugnet wird lediglich, dass die genannten Phänomene außerhalb des sinngenerierenden Diskurses als bedeutungsvoll wahrgenommen werden können. Vor diesem Hintergrund erscheint das vehemente Festhalten vieler politikwissenschaftlicher Analysen an der Trennung zwischen Sinnebene und Ebene der Praktiken bzw. zwischen dem Diskursiven und dem Nicht-Diskursiven umso unverständlicher:³³ In diesem Sinne betrachtet

cism and philosophy, and stick to ›ideas‹ in their own discourse even when their own ideas are also about discourse.» (Schmidt 2008: 309)

32 | Vereinzelte Bemühungen, die Diskurswissenschaft für politikwissenschaftliche Studien fruchtbar zu machen, gehen in Deutschland beispielsweise von Karl-Werner Brand (1994), Reiner Keller (1997, 1998) Michael Schwab-Trapp (2002) und Brigitte Kerchner sowie Silke Schneider (2006) aus. Einen wichtigen Beitrag zur Etablierung der Diskurstheorie in der Politischen Wissenschaft leistet zudem der an die diskurstheoretischen Überlegungen von Laclau und Mouffe anschließende Forschungsstrang, der sich in den letzten Jahren zunehmender Beliebtheit erfreut (vgl. u.a. Torfing 1999; Howarth/Norval/Stavarakakis 2000; Howarth/Torfing 2005; Glasze 2007; Mattisek 2008; Glasze/Mattisek 2009). Für die deutsche Politikwissenschaft ist in diesem Zusammenhang vor allem die Arbeit von Martin Nonhoff zum hegemonialen Projekt der »Sozialen Marktwirtschaft« (Nonhoff 2006) als wegweisend zu bezeichnen, in der er die stets kritisierten methodologischen Leerstellen in der Hegemonie- und Diskurstheorie von Laclau und Mouffe zu schließen versucht (vgl. zur Kritik an Laclau und Mouffe u.a. Jørgensen/Phillipps 2002: 54f.; Keller 2011: 164f.).

33 | Aus dieser Perspektive erweist sich interessanterweise gerade das, was Nullmeier als Schwäche des hajerschen institutionellen Konstruktivismus beschreibt, nämlich das Verschwinden eines »Jenseits des Diskurses« durch die Aufhebung der Trennung zwischen diskursiven und nicht-diskursiven Praktiken (Nullmeier 2001: 303), als besonders anschlussfähig für die vorliegende Analyse der Regierung der Freiwilligkeit. Zudem können die bei Hajer

es beispielsweise Georg Winkel als notwendig, selbst im Rahmen einer – wie er es nennt – »Foucaultschen Politikanalyse« auf ein »allmächtige[s]« Diskurskonzept zu verzichten (Winkel 2013: 170, 192f.). Der definitionsgemäß festgelegte Geltungsbereich des Diskursiven müsse Winkel zufolge soweit reduziert werden, dass eine Unterscheidung zwischen diskursiven und nicht-diskursiven Elementen möglich ist (ebd.: 170, 188f.).

Bevor allerdings auf die spezifischen Implikationen einer als Hegemonieanalyse verstandenen Diskursanalyse eingegangen werden kann, gilt es zunächst, dem Hegemoniebegriff an sich Aufmerksamkeit zu schenken. Grundlegend wird hierbei an die Überlegungen Martin Nonhoffs (2006) angeknüpft, der in seiner Analyse der »Sozialen Marktwirtschaft« als hegemoniales Projekt eine methodische Operationalisierung des an Antonio Gramsci anschließenden Hegemoniebegriffs von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe vornimmt. Nonhoff definiert Hegemonien als »ebenso diskursive wie politische Phänomene der Vorherrschaft« (Nonhoff 2007c: 174; ebenso Nonhoff 2006: 11) und versteht hierunter nicht – oder nicht in erster Linie – die Vorherrschaft eines bestimmten Individuums oder einer Gruppe, sondern die Vorherrschaft einer spezifischen diskursiven Formation, die eine temporäre Schließung des diskursiven Geschehens bewirkt und so zu einer Naturalisierung bestimmter Wirklichkeitsvorstellungen führt. Die Durchsetzung einer bestimmten Weltbeschreibung kann die diskursiven Widersprüche und Kämpfe jedoch immer nur zeitweise harmonisieren, weshalb der Hegemoniebegriff dynamisch, d.h. als fortwährende diskursive Praxis, und nicht als fixierter Zustand gedacht werden muss (Nonhoff 2006: 11, 137).

Das Ringen um die hegemoniale Lesart des Guten, Wahren und Richtigen verortet Nonhoff im politisch-diskursiven Raum. Mit dem Attribut »politisch« versucht er u.a. die grundlegende Konflikthaftigkeit von Hegemonien zu erfassen, deren Durchsetzung auf Auseinandersetzungen zwischen alternativen hegemonialen Projekten beruht (Nonhoff 2006: 15, 2008: 308). Hegemoniale Projekte entwickeln sich dann zu Hegemonien, wenn es gelingt, den Radius der diskursiven Wahrnehmbarkeit eines hegemonialen Projekts so groß wie möglich zu gestalten (Nonhoff 2008: 310f.). Hierzu ist es notwendig, dass sich einflussreiche politisch-gesellschaftliche Kräfte gemeinsam eines hegemonialen Projekts annehmen, so dass das von diesem Geforderte »als gemeinsamer Wille« (Nonhoff 2006: 148) Verbreitung findet. Erfolgreiche hegemoniale Projekte sind folglich darauf angewiesen, dass eine größere Anzahl von Subjekten Koalitionen um bestimmte inhaltliche Positionen bzw. um Storylines bilden. Zur Plausibilisierung dieses Zusammenhangs bedient sich Nonhoff des bereits erwähnten Konzepts der Diskurskoalition³⁴ von Maarten A. Hajer:

zugegebenermaßen eher skizzenhaft gebliebenen methodischen Überlegungen (ebd.: 304) durch die Verknüpfung mit der hier erarbeiteten method(olog)ischen Fundierung der Regierungsperspektive weiter präzisiert werden.

34 | Mit seinem Konzept der Diskurskoalition schließt Hajer an die Überlegungen von Peter Wagner (1990) an, der diesen Begriff erstmals als methodischen und theoretischen Ansatzpunkt zur Analyse des Zusammenwirkens von (Sozial-)Wissenschaften und Staat herangezogen hat. Zu den Unterschieden in der Rezeption des Diskurskoalitionsansatzes bei Hajer und Nonhoff vgl. Nonhoff (2006: 201f.).

»[I]n the struggle for discursive hegemony, coalitions are formed among actors (that might perceive their position and interest according to widely different discourses) that, for various reasons (!) are attracted to a specific (set of) story-lines. [...] Story-lines are here seen as the discursive cement that keeps a discourse-coalition together.« (Hajer 1995: 65)

Diskurskoalitionen setzen sich folglich aus Subjekten zusammen, die aus unterschiedlichen – zum Teil stark divergierenden – Gründen eine bestimmte Storyline artikulieren und somit dazu beitragen, eine spezifische gegenstandsbezogene Sichtweise zu reproduzieren. Bezogen auf die hier untersuchten Konflikte um die institutionalisierte Gestalt einer staatlichen Engagementpolitik standen sich seit Ende der 1980er Jahre zwei Diskurskoalitionen, bestehend aus verschiedenen Gruppen- und Organisationssubjekten, gegenüber: Es formierte sich eine breite gesellschaftlich-politische Diskurskoalition zwischen den deutschen Dachverbänden für Sport, Soziales und Kultur, verschiedenen Freiwilligenvertretungen sowie den Bundestagsfraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und PDS um eine reformorientiert-innovative Sichtweise. Diese traf auf den Widerstand einer von der liberal-konservativen Bundesregierung sowie der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände gestützten Diskurskoalition, die sich gegen eine Intensivierung der staatlichen Eingriffe in den Bereich des freiwilligen Engagements aussprach.

Bereits der kurze Verweis auf die sich im vorliegenden empirischen Beispiel herauskristallisierenden Diskurskoalitionen macht deutlich, dass sich hier ganz unterschiedliche Gruppen- und Organisationssubjekte mit differenten gesellschaftliche Positionen bzw. Interessen zusammenfanden. Dass derartige Diskurskoalitionen trotz der Verschiedenheit der beteiligten Subjekte zustande kommen, führt Hajer darauf zurück, dass nicht die Existenz ähnlicher Interessen, sondern die Bezugnahme auf eine gemeinsame inhaltliche Position die Voraussetzung einer derartigen Koalition darstellt (Hajer 1995: 59, 63, 1997: 111): »[S]tory-lines, not interests, form the basis of the coalition, whereby story-lines potentially change the previous understanding of what the actors' interests are.« (Hajer 1995: 66; ebenso Schmidt 2008: 316) Hinzu kommt, und dies macht den Ansatz Hajers für die vorliegende Analyse zusätzlich attraktiv, dass es sich bei einer Diskurskoalition nicht notwendigerweise um eine fest institutionalisierte Gruppe handeln muss. Diesem Begriffsverständnis folgend können auch die an den engagementspezifischen Konflikten beteiligten Gruppen- und Organisationssubjekte als Diskurskoalition bezeichnet werden, obgleich sie sich nur vereinzelt, z.B. im Rahmen von Veranstaltungen, aufeinander bezogen oder abgesprochen haben. Unterschiedliche Subjekte tragen folglich allein durch den Rekurs auf eine gemeinsame Storyline zur Verbreitung einer spezifischen Haltung bei, ohne dass hierzu konsequent aufeinander abgestimmte Handlungsabläufe oder geteilte Wertvorstellungen erforderlich sind (Hajer 2008: 281).

Ähnlich wie Hajer geht auch Michael Schwab-Trapp davon aus, dass das vereinende und zugleich nach außen hin abgrenzende Element derartiger Koalitionen »ein kollektiv geteiltes argumentatives Repertoire« darstellt (Schwab-Trapp 2001: 270f.). Anstatt von Diskurskoalitionen spricht Schwab-Trapp an dieser Stelle allerdings von »Diskursgemeinschaften« (Schwab-Trapp 2002: 52-54), denen wiederum bestimmte »diskursive Eliten« (Schwab-Trapp 2001: 271f.) zugeordnet werden können, die gewissermaßen als Wortführer in der Öffentlichkeit in Er-

scheinung treten. Der Einfluss diskursiver Eliten leitet sich entweder direkt aus ihrer Repräsentationsbeziehung zu einer spezifischen Diskursgemeinschaft ab oder ergibt sich daraus, dass diesen aufgrund ihrer Leistungen in bestimmten Bereichen Autorität und ein hohes Maß an Glaubwürdigkeit zugeschrieben wird. Das daraus resultierende »symbolische Kapital« (Bourdieu 1983) können diese wiederum verwenden, um ihren Diskursbeiträgen mehr Gewicht und Überzeugungskraft zu verleihen (Schwab-Trapp 2002: 55-57).

An dieser Stelle kann zu Recht die Frage aufgeworfen werden, warum hier der Diskurskoalitionsansatz von Hajer und nicht der in der Policy-Forschung weitaus bekanntere und vielfach rezipierte »Advocacy-Coalitions«-Ansatz von Paul Sabatier und Hank Jenkins-Smith (Sabatier 1993; Sabatier/Jenkins-Smith 1993, 1999) zur Anwendung kommt, stimmen diese beiden Konzepte in ihren Grundannahmen doch weitgehend überein:³⁵ So gehen Sabatier und Jenkins-Smith ebenso davon aus, dass sich Policy-Wandel am besten durch die Analyse der Kämpfe zwischen verschiedenen Advocacy-Coalitions auf der Ebene von Policy-Subsystemen erklären lässt. Entgegen der hajerschen Definition sind in Advocacy-Coalitions jedoch diejenigen am Policy-Prozess beteiligten Akteure zusammengefasst, »who share a set of normative and causal beliefs« (Sabatier/Jenkins-Smith 1999: 120). Advocacy-Koalitionen werden folglich durch ein geteiltes »Belief System« zusammengehalten, d.h., die beteiligten Akteure verbindet eine ähnliche Wahrnehmung von Weltzuständen sowie gemeinsame Vorstellungen über die Wirksamkeit bestimmter Policy-Instrumente (Sabatier 1993: 121).

Es sind vor allem zwei Schwachstellen des Advocacy-Coalitions-Ansatzes, die das hajersche Konzept der Diskurskoalition für die vorliegende Analyse letztendlich fruchtbarer erscheinen lassen: Einerseits erweist sich das Festhalten des Advocacy-Coalitions-Ansatzes an der bereits angesprochenen Vorstellung einer »dualen Struktur« (Nonhoff 2006: 198) als problematisch, da dieser vermeintlich außerdiskursiven Ereignissen einen erheblichen Einfluss auf die Konstitution derartiger Koalitionen zuschreibt. Andererseits werden die Belief Systems bei Sabatier als der Advocacy-Koalition vorgängig betrachtet; als eine Art stabile Gegebenheit, auf die immer wieder zurückgegriffen werden kann. Demgegenüber folgt Hajer in seiner Analyse erstens grundlegend den Annahmen des hier formulierten methodologischen Primats des Diskurses, wodurch die Unterscheidung zwischen diskursiven und nicht-diskursiven Phänomenen obsolet wird. Zweitens spricht er sich deutlich gegen die Charakterisierung von Belief Systems als eine a priori gegebene Tatsache aus:

»In the argumentative approach both language and context help to constitute beliefs. People are not seen as holding stable values but as having vague, contradictory, and unstable ›value positions‹. New discourses may alter existing cognitive commitments and thus influence the values and beliefs of actors, for instance because new story-lines create new cognitions that may give people a new idea about their potential role and the possibilities for change.« (Hajer 1995: 71)

35 | Zu den gemeinsamen Grundannahmen des Diskurskoalitions- und des Advocacy-Coalitions-Ansatzes vgl. ausführlich Hajer (1995: 68f.).

Die konstitutive Bedeutung der Sprache betonend dürfen Storylines nach Hajer folglich nicht als stabile, der Diskurskoalition vorgängige Erzählungen gedacht werden. Vielmehr müssen sie durch die Koalierenden immer wieder neu hervorgebracht bzw. artikuliert werden (ebd.). Dies bedeutet, dass sich sowohl Storylines als auch die sich um diese gruppierenden Diskurskoalitionen »im Zuge einer artikulativen und hegemonialen Praxis« kontinuierlich wandeln (Nonhoff 2006: 200; ebenso Hajer 1995: 59). Dass die Konfliktlinien zwischen Diskurskoalitionen keine statisch fixierte Grenze bilden, sondern im Zuge diskursiver Auseinandersetzungen verändert bzw. verschoben werden können, zeigt sich im vorliegenden Fall z.B. daran, dass sich die Bundestagsfraktion der CDU/CSU, die sich in ihrer letzten Legislaturperiode Ende der 1990er Jahre noch vehement gegen institutionelle Reformen im Engagementbereich aussprach, seit Anfang der 2000er Jahre der reformbefürwortenden Diskurskoalition anschloss und eigene diesbezügliche Gesetzesinitiativen auf den Weg brachte.

2.5.2 Policy-Narrative als »prime vehicles of change«

Den skizzierten Einsichten des institutionellen Konstruktivismus folgend gilt es nun, sich näher mit den Charakteristika und Inhalten der hegemonialen Kämpfe zu beschäftigen. In diesem Kontext benennt Hajer das politische Feld als den zentralen Ort derartiger konfliktueller Auseinandersetzungen und definiert »politics as a struggle for discursive hegemony in which actors try to secure support for their definition of reality« (Hajer 1995: 59). Mit Hajer ist folglich davon auszugehen, dass sich im politischen Prozess Subjekte aus verschiedenen Gesellschaftsbereichen um bestimmte Storylines gruppieren, mit deren Hilfe sie versuchen, eine spezifische Sichtweise politischer Ereignisse als kollektiv verbindlich zu etablieren und alternative Interpretationen zu kritisieren (Hajer 1997: 111; Schwab-Trapp 2002: 57). Dies bedeutet wiederum, dass die Art und Weise, wie ein bestimmtes Phänomen in Policy-Diskussionen interpretiert wird und welche (Problem-)Sichtweise sich hier letztendlich als hegemonial bzw. legitim durchsetzt, ein Ergebnis diskursiver Kämpfe darstellt (Schwab-Trapp 2001: 263).

Diesen grundlegenden Überlegungen liegt die von Hajer formulierte Annahme zugrunde, dass politische Diskurse »Muster für legitimes Handeln vorgeben und als Wegweiser innerhalb institutioneller Praktiken fungieren« (Hajer 1997: 111). Während der Gedanke der Legitimität bzw. Geltung hier nur kurz angerissen wird, schreiben u.a. Michael Schwab-Trapp (2002) sowie Frank Nullmeier und Friedbert Rüb (1993; Nullmeier 1993) diesem erhebliche Bedeutung zu: Zum einen verleihen Diskurse dem politischen Handeln Verbindlichkeit, indem sie diesem legitime Deutungen zur Verfügung stellen (Keller 2011: 238). Zum anderen können sich diese Deutungen, die das Sagbare vom Unsagbaren, das Angemessene vom Unangemessenen usw. trennen, erst dann durchsetzen, wenn ihnen in diskursiven Kämpfen der Status legitimer, kollektiv verbindlicher Deutungen verliehen wird (Nullmeier 1993: 182f.; Schwab-Trapp 2002: 34-37). Schwab-Trapp bringt diese doppelte Legitimationsbezogenheit politischer Diskurse folgendermaßen auf den Punkt: »Legitime Deutungen sind kollektiv anerkannte Deutungen und als kollektiv anerkannte Deutungen sind sie legitimierungsfähige Deutungen – Deutungen, die dazu benutzt werden können, politisches Handeln zu legitimieren.« (Schwab-Trapp 2002: 37) Die Legitimität politischer Deutungen ist jedoch, wie

Schwab-Trapp zutreffend bemerkt, nicht nur von der Durchsetzungskraft diskursiver Koalitionen abhängig, sondern auch vom politischen Handeln selbst. Denn Deutungsangebote werden durch ihre Übersetzung in institutionelle Praktiken gleichsam als legitime Deutungen stabilisiert (ebd.: 46; Blyth 2002: 41). Die Anerkennung einer Deutung als legitim ist allerdings ein höchst prekärer Zustand, da stets alternative Deutungen existieren, die politische Subjekte dazu veranlassen, in diskursiven Auseinandersetzungen fortwährend um die Geltung von Deutungen zu ringen (Bleses/Rose 1998: 14, 29f.).

Das bislang Gesagte lässt keinen Zweifel daran, dass Storylines eine zentrale Rolle bei der Produktion, Stabilisierung und Transformation der diskursiven Ordnung in einem spezifischen Politikfeld spielen, weshalb Hajer diese auch als »the prime vehicles of change« bezeichnet (Hajer 1995: 63; ebenso Schmidt 2008): Einerseits führen sie eine Beschränkung der Handlungsmöglichkeiten herbei, andererseits können sie gesellschaftliche Veränderungsprozesse einleiten, indem sie durch das Angebot neuer Deutungsmuster bestehende Denkweisen mit ihren institutionellen Entsprechungen in Frage stellen und die Sicht für alternative Problemwahrnehmungen schärfen. Auf diese Weise tragen sie zur Bildung ganz neuer Diskurskoalitionen bei, die in hegemonialen Kämpfen soziale oder politische Wandlungsprozesse vorantreiben und neue institutionelle Praktiken auf den Weg bringen (Hajer 1995: 59, 1997: 110f., 2008: 289): »Political change may therefore well take place through the emergence of new story-lines that re-order understandings.« (Hajer 1995: 56)

Um den Einflussgrad von Storylines differenzierter betrachten zu können, schlägt Hajer ein zweistufiges Modell vor: Diskurskoalitionen können sich mit ihrer spezifischen (Problem)Narration nur dann durchsetzen, wenn es ihnen erstens gelingt, möglichst viele zentrale Diskursteilnehmer von ihrer Gültigkeit zu überzeugen. Diesen Prozess, in dem ein bestimmter Diskurs die Art und Weise zu dominieren beginnt, wie in einem gesellschaftlichen oder politischen Feld über ein Thema gedacht wird, bezeichnet Hajer als »Diskursstrukturierung«. Wenn ein Diskurs zweitens auch die institutionellen Praktiken eines Politikfeldes beeinflusst, spricht Hajer von »Diskursinstitutionalisierung« (Hajer 1997: 110, 2008: 278-281). Bezogen auf den vorliegenden Untersuchungsgegenstand können die Jahre von 1985 bis 1998 als Phase der Diskursstrukturierung bezeichnet werden. Die progressive, institutionelle Reformen begrüßende Sichtweise setzte sich in diesem Zeitraum in großen Teilen der deutschen Vereins- und Verbandslandschaft sowie der Politik durch und dominierte in zunehmendem Maße die Überlegungen hinsichtlich einer gelingenden Engagementförderung. Die Phase von 1998 bis 2009 entspricht hingegen den Kriterien der Diskursinstitutionalisierung, da die reformorientiert-innovative Position seitdem in engagementspezifische institutionelle Arrangements einfließen konnte und z.B. zur Überarbeitung der Richtlinien für Aufwandsentschädigungen oder zur Erprobung neuer Freiwilligendienstmodelle führte. Wenn beide Bedingungen erfüllt sind, kann von der Hegemonie – bzw. in abgeschwächter Form: von der Dominanz – eines Diskurses in einem bestimmten Feld gesprochen werden (Hajer 1995: 61).

Fasst man die bisherigen Erkenntnisse zusammen, erweist sich die Berücksichtigung der Hegemonieperspektive in Anlehnung an den institutionellen Konstruktivismus von Hajer für die vorliegende Analyse der Regierung der Freiwilligkeit aus folgenden Gründen als viel versprechend: Indem Hajer erstens die

Karriere bestimmter Storylines und die Herausbildung diskursiver Hegemonien konsequent mit ihren jeweiligen Institutionalisierungsprozessen in Verbindung bringt, sensibilisiert er für den entscheidenden Umstand, dass die Diskussionen über die Bedeutung freiwilligen Engagements und die Konflikte über die institutionelle Dimension der Engagementförderung im Untersuchungszeitraum eng miteinander verknüpft waren. Durch Berücksichtigung der Konflikte um die institutionalisierte Gestalt einer staatlichen Engagementpolitik und der darin offerierten Alternativen wird zugleich sichergestellt, dass die Diskursrekonstruktion nicht den Eindruck einer notwendigen oder gar naturwüchsigen Abfolge von Ereignissen hinterlässt. Dies eröffnet wiederum eine ganz neue Perspektive auf die Regierung der Freiwilligkeit, die, sobald man sie unter Berücksichtigung hegemonietheoretischer Überlegungen im Modus ihres Vollzugs analysiert, zum einen in ihrer diskursiven Dynamik und zum anderen – wie die sukzessive Etablierung einer staatlichen Engagementpolitik zeigt – als Ort politischen, genauer gesagt: institutionellen Wandels in Erscheinung tritt. Im Fokus einer derart konzipierten Analyse institutioneller Wandlungsprozesse steht die Frage nach der Entwicklung und Geltung gesellschaftlicher Deutungen und politischer Wissensvorräte im Kontext sozialer Kräfte- und Machtverhältnisse (Lessenich/Otto 2005). Durch Bezugnahme auf die – oftmals tabuisierten – Machtbeziehungen, die zur Durchsetzung der Institutionen und ihrer Leitbilder geführt haben, wird der Blick gleichsam auf die Kontingenz und Nichtnotwendigkeit institutioneller Arrangements – in diesem Fall: der engagementpolitischen Maßnahmen – gelenkt, die ab dem Zeitpunkt ihrer Etablierung zumeist von einer »Aura der Fraglosigkeit« (Lessenich 2003a: 45) umgeben sind.

Zweitens eröffnet der Diskurskoalitionsansatz von Hajer die Möglichkeit, das von Stefanie Graefe geforderte Zusammentreffen von Kräfteverhältnissen und Programmen im Sinne einer »konfliktorientierten politischen Dispositivanalyse« (Winkel 2013: 194) in den Blick zu nehmen und auf diese Weise die häufig geäußerte Erkenntnis mit Leben zu füllen, dass Diskurse stets umkämpft sind und immer neu ausgehandelt werden müssen (Müller 2003: 103; Graefe 2010: 299). Die hegemonialen Auseinandersetzungen zwischen den sich gegenüberstehenden Diskurskoalitionen fließen somit selbst als Machtpraktiken in die Analyse der Regierung der Freiwilligkeit im Modus des Vollzugs ein. Es geht darum zu zeigen, wie die vom Diskurs auf eine bestimmte Weise Disponierten gleichzeitig als Disponierende das Netz der dispositiven Verknüpfungen in diskursiven Kämpfen weiterspinnen und so den Diskurs vorantreiben, stabilisieren und transformieren können. Es sind diese Aushandlungsprozesse, in denen auch die Aussagen bislang marginalisierter Subjekte, die ansonsten durch die Kraft des dominanten Diskurses verdeckt bleiben, auf Gehör treffen und der Analyse zugänglich gemacht werden können. D.h., da in den als Storylines präsentierten Dispositiven der Freiwilligkeit vornehmlich die dominanten Sichtweisen zur Sprache kommen, rücken die inhaltlichen Positionen der in hegemonialen Kämpfen unterlegenen Subjekte nur durch die Berücksichtigung der Entstehung und des Verlaufs derartiger Konflikte wieder in den Fokus der Aufmerksamkeit. Der Befund der Etablierung einer staatlichen Engagementpolitik seit der Jahrtausendwende erscheint z.B. dann weit weniger überraschend, wenn man berücksichtigt, dass sich die Oppositionsfractionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen bereits seit Mitte der 1990er Jahre für die Durchführung engagementförderlicher Reformen seitens des Bundes einsetzten. Da aber

die liberal-konservative Bundesregierung derartige Eingriffe des Staates in den Engagementbereich ablehnte und gleichzeitig die Meinungsführerschaft innehatte, werden die anderslautenden Forderungen der Opposition durch den dominanten Diskurs verdeckt und würden bei einer Vernachlässigung der engagementbezogenen Konflikte in der letzten Legislaturperiode von CDU/CSU und FDP erst nach dem Regierungswechsel im Jahr 1998 deutlicher in Erscheinung treten.

2.6 VON DER DISKURSBESCHREIBUNG ZUR DISKURSERKLÄRUNG

Die Bezugnahme auf hegemonietheoretische Überlegungen im Rahmen einer am Modus des Vollzugs interessierten Analyse dient jedoch nicht nur dem Nachweis der Nichtnotwendigkeit der diskursiven Entwicklung, die die Regierung der Freiwilligkeit im Zeitraum zwischen 1985 und 2009 auszeichnet. Vielmehr eröffnet sich hierdurch die viel versprechende Möglichkeit, die Ebene der Beschreibung »der Kontingenz des Faktischen« (Nullmeier 2012: 39) zu verlassen und bis auf die Ebene der Erklärung des diskursiven Wandels, verstanden als die sich im Untersuchungszeitraum vollziehenden Verschiebungen oder Neuverknüpfungen im Geflecht dispositiver Verflechtungen, vorzudringen. Es reicht folglich nicht aus, lediglich die hegemonialen Konflikte bezüglich der institutionalisierten Gestalt einer staatlichen Engagementpolitik in den Blick zu nehmen und auf diese Weise das So-Geworden-Sein der Regierung der Freiwilligkeit zu denaturalisieren. Zusätzlich muss nach den Gründen, Strategien und diskursiven Mechanismen gefragt werden, die dazu geführt haben, dass bestimmte Gegebenheiten als natürlich oder normal betrachtet werden (Diaz-Bone 1999: 133; Nonhoff 2008a: 293). Als in diesem Sinne besonders erklärungsbedürftig erweist sich der Befund, dass die institutionelle Dimension der Engagementförderung, die in den 1990er Jahren noch Gegenstand heftiger Kontroversen zwischen den genannten Diskurskoalitionen war und insbesondere auf den Widerstand der damaligen Bundesregierung traf, spätestens seit Mitte der 2000er Jahre nicht nur von allen bundespolitischen Fraktionen akzeptiert wird, sondern die Durchführung engagementspezifischer Maßnahmen mittlerweile sogar eine allseitig befürwortete und selbstverständliche Aufgabe des Staates darstellt.

Die folgenden Ausführungen beschäftigen sich deshalb auf einer theoretischen Ebene mit der Frage, mit Hilfe welcher Diskursmechanismen diese Naturalisierung bzw. Hegemonialisierung der institutionellen Dimension und somit auch die diskursive Dynamik der Regierung der Freiwilligkeit im Untersuchungszeitraum insgesamt erklärt werden kann, wobei sowohl diskursiv-strukturelle als auch intentionale Erklärungsmomente in den Blick geraten. Diesem Vorgehen liegt in Anlehnung an den institutionellen Konstruktivismus Hajers die Annahme zugrunde, dass aus der Aufdeckung der hegemonialen Konflikte zwischen verschiedenen Diskurskoalitionen um die institutionalisierte Gestalt einer staatlichen Engagementpolitik gleichsam eine Erklärung für die diskursiven Wandlungsprozesse abgeleitet werden kann. Auf diese Weise schließt diese Forschungsarbeit eine nach Ansicht von Frank Nullmeier zentrale Forschungslücke im Rahmen interpretativer oder diskursanalytischer Ansätze, die sich bislang überwiegend »auf Beschreibung und Kritik konzentriert, aber das Erklären nicht als ihre zentrale Aufgabe angesehen haben« (Nullmeier 2012: 38).

Frank Nullmeier fordert nicht nur die Überwindung dieses Forschungsdesiderats, sondern unterbreitet hierzu auch einen eigenen Vorschlag: In deutlicher Abgrenzung zu kausalen Erklärungsmodellen, die Diskurswandel auf das Zusammenwirken verschiedener Faktoren, wie Macht, Interessen oder strategischem Handeln, zurückführen, will Nullmeier tiefer in das Geschehen eindringen und sich hierbei auf die Handlungen der Akteure mit ihren jeweiligen Gründen für diese Handlungen konzentrieren (Nullmeier/Dietz 2012: 97). Das Ziel eines derart verstandenen interpretativen oder intentionalen Erklärungsmodells ist es, »mittels genauerer Untersuchung der intentionalen Handlungserklärung zu einem Modell der Erklärung des Diskurswandels vor[zu]dringen« (Nullmeier 2012: 40). Diskurswandel definiert Nullmeier in diesem Kontext als eine Restrukturierung der Diskursformation durch die Integration von Artikulationen, die neue Diskurselemente einfügen oder zur Veränderung bzw. Reaktualisierung bereits existierender Elemente führen. Ein derartiger diskursiver Wandlungsprozess ist dann interpretativ erklärt, wenn dieser auf Gründe zurückgeführt werden kann, die vor dem Hintergrund der diskursintern geltenden Wertmaßstäbe als »gute Gründe« den Wandel verursacht haben (ebd.: 42f., 48). Den Machtaspekt bei der Durchsetzung guter Gründe vernachlässigend, geht Nullmeier davon aus, dass sich ein guter Grund im Rahmen von Abwägungsprozessen zwischen verschiedenen Gründen herauskristallisiert und daher einen gewissen Vorrang und Verpflichtungscharakter besitzt (ebd.: 48; Nullmeier/Dietz 2012: 99). Da Abwägungsprozesse im Rahmen diskursiver Entwicklungen nur schwer nachvollziehbar sind, kann diskursiver Wandel jedoch nur durch ein »hypothetische[s] Abwägen[...] der möglichen Gründe für Veränderung« (Nullmeier 2012: 48) erklärt werden. Als Gütemaß für ein Diskurselement zieht Nullmeier daher dessen »Akzeptanz-Bilanz« (ebd.: 49) heran, die darüber entscheidet, ob Behauptungen als fragwürdig, zutreffend, gewagt oder gar als absurd gelten. Als gut begründet erscheint ein Diskurswandel dann, »wenn auf die Verschiebungen in den Akzeptanzbilanzen so reagiert wird, dass der Umbau [der Diskursformation, D.N.] als angemessen erscheinen kann vor dem Hintergrund der diskurseigenen Bewertungsmaßstäbe« (ebd.: 51).

Nullmeiers Überlegungen eröffnen insofern eine interessante Perspektive, als er den Wandel von Diskursen akteurszentriert durch Anschluss an intentionale Handlungserklärungen zu explizieren versucht. Übertragen auf die hier verwendete Terminologie bedeutet dies, dass den disponierenden Handlungen der durch den Diskurs Disponierten, die in diskursiven Kämpfen den Diskurs stabilisieren aber auch transformieren können, besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden muss. Trotz der prinzipiellen Plausibilität der Überlegungen Nullmeiers kann an diese jedoch nicht vorbehaltlos angeschlossen werden. Als problematisch erweist sich hier erneut die von Nullmeier vorgenommene Trennung zwischen Diskursen, verstanden als Sinndimension von Praktiken (ebd.: 47), einerseits und nicht-diskursiven Phänomenen wie Handlungen oder Institutionen andererseits: So verortet Nullmeier beispielsweise politische und diskursive Wandlungsprozesse auf unterschiedlichen, voneinander getrennten Ebenen: »Und bereits in der Erklärung diskursiven Wandels, also noch vor der Frage, wie politischer Wandel im engeren als Wandel der Gesetze, Regierungspolitiken und Institutionen erklärt werden kann, gibt es Unsicherheiten und Konflikte darüber, wie »interpretativ« vorzugehen ist.« (Ebd.: 38) Folgt man dem methodologischen Primat des Diskurses und versteht die Regierung der Freiwilligkeit als Netz dispositiver Verknüpfungen von

Institutionen, Epistemen sowie körper- und objektbezogenen Aussagen, erübrigt sich eine derartige – künstlich anmutende – Unterscheidung.

Als deutlich anschlussfähiger erweist sich hier erneut die Vorgehensweise Maarten A. Hajers, der diskursive Dynamiken und politische Veränderungen ausschließlich durch Rekurs auf diskursive Mechanismen zu begründen versucht. Das Ergebnis seiner empirischen Untersuchung ist eine Liste von diskursiven Mechanismen, die Hajer zufolge im Falle Großbritanniens eine Verknüpfung zwischen dem ökologischen Modernisierungsdiskurs und institutionellen Wandlungsprozessen verhindert haben.³⁶ Den prinzipiellen Mehrwert dieser Vorgehensweise durchaus anerkennend kritisiert Frank Nullmeier (2001: 302), dass die von Hajer empirisch gewonnenen Mechanismen auf verschiedene Abstraktionsniveaus verweisen und somit kaum als verallgemeinerbares Set zur Erklärung diskursiver Wirkungsweisen taugen. Auch für das hier verfolgte Ziel, eine Erklärung für die diskursive Dynamik der Regierung der Freiwilligkeit zu finden, erweist sich die Zugehörigkeit der Mechanismen zu ganz unterschiedlichen Erklärungsebenen als problematisch: Während beispielsweise Mechanismen, wie die Naturalisierung von Gegebenheiten im Rahmen von Black-Boxing-Prozessen oder die diskursive Positionierung von Akteuren, als im Diskurs selbst produzierte Effekte strukturelle Erklärungsmomente liefern, handelt es sich bei symbolischen Politikformen und spezifischen Argumentationsmustern eher um diskursbezogene strategische Handlungen von Akteuren, die an die von Nullmeier anvisierte intentionale Erklärung erinnern.

Ähnliche Probleme ergeben sich auch mit Blick auf die von Michael Schwab-Trapp identifizierten »diskursiven Strategien«, mit deren Hilfe er in seiner Studie den diskursiven Wandel der politischen Kultur des Krieges zwischen 1991 und 1999 zu erklären versucht (Schwab-Trapp 2001: 273-275, 2002: 57-61). Wie soeben bei Hajer illustriert, kommt es auch hier zu einer Vermischung intentionaler und struktureller Erklärungsmomente: Letztere stehen dann im Vordergrund, wenn Schwab-Trapp beispielsweise davon spricht, dass sich die allgemeine Logik des Diskurses durch »Prozesse der Marginalisierung und Fokussierung« (Schwab-Trapp 2002: 56) auszeichnet, infolgedessen die diskursive Dominanz einer spezifischen Sichtweise gleichbedeutend ist mit dem Ausschluss alternativer Interpretationen. Andererseits versucht Schwab-Trapp diskursiven Wandel über intentionale Handlungserklärungen zu plausibilisieren und beschreibt Diskursbeiträge in diesem

36 | Hajer selbst konkretisiert die Zielsetzung seiner empirischen Untersuchung folgendermaßen: »The point of this exercise is to show the sheer variety of ways in which discourse influences processes of social change and how the reproduction or demise of social structures depends upon the outcome of discursive interaction.« (Hajer 1995: 268) Hajer extrahiert aus seiner empirischen Analyse die folgenden diskursiven Mechanismen, die seiner Meinung nach eine Verbindung zwischen ökologischem Modernisierungsdiskurs und institutionellem Wandel in Großbritannien verhindert haben: Hierzu zählen konkurrierende Storylines, Routinen der Ablehnung (»disjunction markers«), symbolische Politikformen, das Bedürfnis nach Sinneserfahrungen, die diskursive Herstellung von Makroakteuren, Black-Boxing-Prozesse, Positionszuschreibungen und -verschiebungen im Diskurs und spezifische Argumentationsstrategien (Hajer 1995: 267-273, 1997: 113-117, 2008: 291-296). Da diese Diskursmechanismen im Methodenkapitel der Forschungsarbeit (vgl. Kap. 5.3) erneut aufgegriffen und ausführlich erklärt werden, wird an dieser Stelle auf nähere Erläuterungen verzichtet.

Sinne als »Medium, in dem der politische Gestaltungswille ihrer Urheber zum Ausdruck kommt« (ebd.: 58). Die Diskursteilnehmer können seiner Meinung nach über folgende diskursive Strategien zur Veränderung bestehender Deutungen beitragen und so diskursiven bzw. politischen Wandel vorantreiben: durch die Verwendung gebräuchlicher Argumentationsmuster und »Techniken der Legitimierung«, durch »diskursive Allianzen«, d.h. den Rückgriff auf bereits kollektiv anerkannte Deutungen populärer Diskurse, und durch diskursive »Abgrenzungs- und Koppelungsmanöver«, die zur Konsens- und Dissensbildung bei den Diskursteilnehmern bzw. zur Formierung von Diskurskoalitionen beitragen (Schwab-Trapp 2001: 273f., 2002: 58-60).

Trotz der skizzierten Inkonsistenzen dieser beiden Ansätze und der Tatsache, dass weder die diskursiven Mechanismen von Hajer noch die diskursiven Strategien von Schwab-Trapp ein allgemein verwendbares Set zur Erklärung diskursiven Wandels darstellen, sensibilisieren diese dafür, dass auch in einem prinzipiell diskursanalytisch argumentierenden Modell intentionale Erklärungsversuche möglich sind und nicht von vornherein ausgeschlossen werden müssen. So verweisen beide Ansätze auf die besondere Bedeutung spezifischer Argumentationsstrategien, die von den Diskursteilnehmern intentional eingesetzt werden können, um eine bestimmte Deutung im Diskurs als kollektiv verbindlich zu etablieren. Für das vorliegende Forschungsdesign kann hieraus die zentrale Schlussfolgerung gezogen werden, dass für die Erklärung der Dynamik der Regierung der Freiwilligkeit im Modus ihres Vollzugs sowohl intentionalen Erklärungsmomenten als auch strukturell wirkenden Diskursmechanismen Aufmerksamkeit geschenkt werden muss. Da es bislang jedoch an einer systematischen Aufarbeitung der hierfür geeigneten Konzepte mangelt, wird dies im Folgenden mit Blick auf die beiden ausgewählten Erklärungsebenen nachgeholt.

2.6.1 Diskursiv-strukturelle Erklärungsmomente

Eine viel versprechende Ergänzung zu den hajerschen diskursiv-strukturell wirkenden Erklärungsmechanismen stellt das von Martin Nonhoff erarbeitete Konzept der »hegemonialen Strategie« dar, wobei er anders als Michael Schwab-Trapp den Strategiebegriff nicht an die Vorstellung eines starken Subjekts bindet (Nonhoff 2006: 208-211). Hegemoniale Strategien verfolgen Nonhoff zufolge als diskursive Strategien das Ziel der Anordnung diskursiver Elemente im zeitlichen Verlauf zum Zwecke ihrer Hegemonialisierung, wobei er fünf mögliche diskursive Relationierungen unterscheidet: Repräsentation, Differenz, Äquivalenz, Kontrarität und Superdifferenz (Nonhoff 2007c: 178f., 2008b: 305-307). Diskursive Strategien lassen sich zudem in Strategeme zerlegen, die jeweils eine bestimmte Form der In-Beziehung-Setzung diskursiver Elemente repräsentieren, die sich für die Hegemonieanalyse als funktional erweisen (Nonhoff 2007c: 174). Insgesamt entwirft Nonhoff ein Set von neun Strategemen, die eine offensiv-hegemoniale Strategie kennzeichnen (vgl. hierzu ausführlich Nonhoff 2006: 211-238, 2007: 184-188, 2008b: 311-315). Auf den Inhalt dieser Strategeme, die Nonhoff zum Teil deduktiv aus der Hegemonietheorie von Laclau und Mouffe abgeleitet und zum Teil induktiv aus seiner diskursanalytischen Arbeit extrahiert hat, wird zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen der empirischen Analyse nochmals gesondert Bezug genommen (vgl. Kap. 5.2.2). An dieser Stelle sei hingegen betont, dass Nonhoff dem Diskursanaly-

tiker hiermit ein Handwerkszeug zur Verfügung stellt, mit Hilfe dessen nicht nur die Hegemonie als spezifische Diskursfunktion (Nonhoff 2008b: 328) analysiert werden kann. Die erarbeiteten Strategeme liefern gleichsam eine Erklärung für die Hegemonialisierung bestimmter diskursiver Elemente und tragen so zu einem insgesamt besseren Verständnis diskursiver Dynamiken bei.

Dass Nonhoff seine hegemoniale Strategie methodisch systematisiert und operationalisiert, unterscheidet seine Strategeme grundlegend von den ausschließlich induktiv gewonnenen Diskursmechanismen Hajers. Doch dies ist nicht der einzige Grund, warum bei der Suche nach geeigneten strukturell-diskursiven Erklärungsmodellen für diskursive Entwicklungen im Rahmen der vorliegenden Analyse sowohl an Hajer als auch an Nonhoff angeschlossen wird, obgleich das Erkenntnisinteresse beider bekanntlich auf der Etablierung von Hegemonien liegt. Der zweite Grund ist inhaltlicher Natur: Die von Hajer vorgestellten Diskursmechanismen sind nicht für die Erklärung der diskursiven Dynamik der Regierung der Freiwilligkeit im gesamten Untersuchungszeitraum geeignet, sondern lediglich für die Zeit von 1985 bis 1998. Wie in Hajers eigener empirischer Analyse lassen sich hier noch klar voneinander abgrenzbare Diskurskoalitionen mit disparaten engagementbezogenen Standpunkten identifizieren: Es bildete sich in diesem Zeitraum sukzessive eine breite gesellschaftlich-politische Diskurskoalition bestehend aus den sozialen, kulturellen und sportbezogenen Dachverbänden, einzelnen Freiwilligenvertretungen und den Oppositionsfraktionen des Deutschen Bundestages heraus, die bemüht waren, die konservativ-liberale Bundesregierung von der Notwendigkeit engagementbezogener Reformen zu überzeugen. Die institutionelle Dimension der Engagementförderung stets negierend lehnte letztere bis zum Ende ihrer Legislaturperiode im Jahr 1998 derartige staatliche Eingriffe in den Engagementbereich ab und wurde hierbei von Wirtschaftsvertretern und den deutschen Arbeitgeberverbänden unterstützt.

Die hajerschen Analysekategorien sind jedoch ab dem Zeitpunkt nur noch wenig hilfreich, als sich die Einsicht in die Verquickung von Engagementdiskurs und institutionellen Fragen in Form einer staatlichen Engagementpolitik bei allen bundespolitischen Kräften durchgesetzt hatte und tief greifende Meinungsverschiedenheiten weitgehend ausblieben. Einen maßgeblichen Einfluss auf diese Entwicklung hatte vor allem der Regierungswechsel im Jahr 1998, infolgedessen die Wiederbelebung bürgergesellschaftlicher Themen bekanntlich zu einem zentralen Anliegen der rot-grünen Bundesregierung erklärt wurde. Für die Analyse dieser neuen Konstellation erweist sich hingegen der von Nonhoff konzipierte Idealtyp der hegemonialen Strategie als fruchtbar: Durch die Bezugnahme auf das von ihm erarbeitete Set an Strategemen ist es möglich, den unter der Oberfläche nach wie vor schwelenden Unstimmigkeiten zwischen den politischen Lagern bezüglich engagementpolitischer Themen Aufmerksamkeit zu schenken. Auf diese Weise kann nicht nur die diskursive Dynamik erklärt, sondern gleichsam gezeigt werden, welche Widerstände dem von der rot-grünen Regierung forcierten hegemonialen Projekt der »Bürgergesellschaft« entgegengebracht wurden und wie diese widerständigen Positionen zumindest teilweise in das hegemoniale Projekt inkorporiert bzw. integriert werden konnten.

2.6.2 Intentionale Erklärungsmomente

Bei der Analyse der Gründe für die Naturalisierung der institutionellen Dimension der Engagementförderung im Untersuchungszeitraum sollen jedoch nicht nur strukturell wirkende Diskursmechanismen, sondern auch intentionale bzw. interpretative Erklärungsansätze berücksichtigt werden. Wie bereits angedeutet gehen Nullmeier, Schwab-Trapp und – weniger explizit – auch Hajer davon aus, dass sich das strategische Handeln individueller und kollektiver Akteure auch im Diskurs niederschlägt und somit diskursbezogene intentionale Erklärungsversuche ebenso denkbar sind. Aufgrund der genannten Probleme, die sich aus dem von Nullmeier vorgeschlagenen Modell interpretativer Handlungserklärung ergeben, soll hier allerdings ein anderer Weg als der von ihm Vorgeschlagene beschritten werden: Einen beachtenswerten Ansatz, diskursiven Wandel intentional zu erklären, hat die Forschergruppe um Gerhard Göhler mit ihrem Konzept der »weichen Steuerung« vorgelegt, das ursprünglich für die Analyse von Regierungsformen in Räumen begrenzter Staatlichkeit entwickelt wurde (SFB 700 o.J.). Bevor allerdings der spezifische Beitrag dieses Konzepts zur intentionalen Erklärung diskursiver Hegemonialisierungsprozesse verdeutlicht werden kann, gilt es zunächst, seine Ursprünge und Grundzüge kurz zu umreißen.

Es ist offensichtlich, dass Göhler und seine Mitarbeiter durch die Verwendung des Steuerungsbegriffs bewusst an die in Deutschland untrennbar mit den Namen Renate Mayntz und Fritz W. Scharpf verknüpfte Steuerungsdebatte anschließen. Hierbei setzen sie allerdings neue Schwerpunkte und versuchen, verschiedene Defizite des Steuerungskonzepts, wie etwa seinen grundlegenden Problemlösungsbiases und die daraus resultierende Machtblindheit (Mayntz 2001: 23f., 2008: 56), zu überwinden. Das prinzipielle Festhalten Göhlers an dem oftmals als veraltet und realitätsfern deklassierten Steuerungsbegriff erklärt sich einerseits daraus, dass bei diesem die Handlungsdimension und somit auch mögliche Steuerungsabsichten bzw. -intentionen – im Gegensatz zur Governanceperspektive – stets mitgedacht werden. Andererseits fußt diese Entscheidung auf der Feststellung Göhlers, dass eine Politik, die vollkommen auf die Durchsetzung ihrer Intentionen mittels Steuerung verzichtet, nicht mehr in der Lage sei, gemeinschaftsbezogene Verbindlichkeiten zu schaffen und ihren grundlegenden Aufgaben nachzukommen (Göhler 2010: 36f.). Vor diesem Hintergrund verfolgt die Forschergruppe um Gerhard Göhler mit ihrem Konzept der weichen Steuerung das Ziel, die klassische Steuerungstheorie zu einem geeigneten Erklärungsmodell für die Beschreibung von Herrschaftsverhältnissen zu erweitern.

Um das Steuerungskonzept realitätstauglicher zu gestalten, verknüpfen Göhler und seine Mitarbeiter den Steuerungsbegriff zunächst mit horizontalen Mechanismen der Einflussnahme und befreien diesen so von seiner klassischen Souveränitätsvorstellung, die den Staat als alleinige Steuerungsinstanz begreift. Sie gehen folglich davon aus, dass nicht nur das hierfür oftmals ins Feld geführte Governancekonzept (Rhodes 1997; Héritier 2002),³⁷ sondern auch der Steuerungs-

37 | In diesem engeren Begriffsverständnis wird Governance explizit als Gegenbegriff zu hierarchischen Regierungsformen verwendet: »[A] stricter notion of governance implies that private actors are involved in decision-making in order to provide common goods and that nonhierarchical means of guidance are employed.« (Héritier 2002: 3)

begriff für die Beschreibung nicht-hierarchischer Formen der Machtausübung verwendet werden kann (Göhler 2010: 36; Göhler u.a. 2010: 693f.). Der zweiten zentralen Schwachstelle – dem Problem der Machtblindheit – begegnet Göhler durch die systematische Verortung weicher Steuerung im Rahmen neuerer sozialwissenschaftlicher Machttheorien.³⁸ Anstatt Macht als eine Ressource bzw. als ein Instrument gelingender Steuerung zu betrachten (wie z.B. bei Mayntz 2001: 20f.; Burth/Görlitz 1998: 32), definiert Göhler weiche Steuerung als eine spezifische Form der Machtausübung, die intentional und horizontal erfolgt (Göhler u.a. 2010: 694). Entgegen dem instrumentellen Verständnis des Machtbegriffs klassischer Steuerungstheorien wird Macht im Anschluss an die produktive Machtkonzeption Foucaults als ein Faktor in sozialen Beziehungen erfasst, der die Handlungsoptionen der Adressaten strukturiert, hierbei aber niemals vollkommen fixiert werden kann. Dieses Machtverständnis entspricht dem Ansatz des »preference-shaping« von Steven Lukes (1974), mit dem er den zweidimensionalen politischen Machtbegriff bestehend aus Entscheidungsdurchsetzung (Dahl 1957) und Agenda-Setting (Bachrach/Baratz 1962) um eine dritte Dimension politischer Macht ergänzt. Diese Art der »Bedürfnisformung« beruht auf der strukturellen Konditionierung einer Situation, d.h. der Zurverfügungstellung spezifischer Optionen und Handlungsräume, wodurch bestimmte Wahrnehmungen und Handlungen wahrscheinlicher werden als andere. Die Bedürfnisse oder Ziele der Akteure werden folglich ohne Ausübung direkten Zwanges, z.B. über Diskurse oder institutionelle Arrangements, strukturiert bzw. beeinflusst:

»Second [...] is it not the supreme and most insidious exercise of power to prevent people, to whatever degree, from having grievances by shaping their perceptions, cognitions and preferences in such a way that they accept their role in the existing order of things, either because they can see or imagine no alternative to it, or because they see it as natural and unchangeable, or because they value it as divinely ordained and beneficial?« (Lukes 1974: 24)

Weiche Steuerung als besonderer Fall der Machtausübung führt ebenso zu einer Einschränkung von Handlungsmöglichkeiten im Sinne des »preference-shaping«, die aber im Unterschied zur Macht im Allgemeinen intentional erfolgt (Arndt/Richter 2009: 63; Göhler u.a. 2010: 694). Des Weiteren leistet das Konzept der weichen Steuerung einen wertvollen Beitrag zur Erweiterung des klassischen Steuerungsbegriffs, da hierdurch sowohl intentionale als auch horizontale Formen der Machtausübung in den Blick geraten, die ihre Wirkung informell, ohne festgeschriebene Verfahrensweisen und unter Verzicht auf eine von vornherein fest-

38 | Göhler und seine Mitarbeiter, die sich in ihrem Forschungsprogramm der Analyse von Regierungsformen in Räumen begrenzter Staatlichkeit zuwenden, distanzieren sich durch Anschluss an neuere sozialwissenschaftliche Machttheorien bewusst von dem Machtbegriff in den Theorien Internationaler Beziehungen. Diese Theorieansätze bleiben oftmals, so der Einwand, mehr oder weniger stark der klassischen Staatsvorstellung verhaftet, die jedoch in Räumen begrenzter Staatlichkeit so nicht vorfindbar ist. Auch das von Joseph Nye (1990, 2004) zwar terminologisch und inhaltlich ähnliche Konzept der »soft power« wird vom Forscherteam um Gerhard Göhler als theoretisch unausgereift disqualifiziert (SFB 700 o.J.: 6-12).

stehende asymmetrische Beziehung zwischen den Steuerungsakteuren entfalten (Göhler/Höppner/De La Rosa 2009b: 17-18; Göhler u.a. 2010: 694).

Aufgrund der hier beschriebenen Abkehr von hierarchischen Steuerungsmechanismen nach dem Muster von Befehl und Gehorsam darf weiche Steuerung jedoch keineswegs als eine kausale Ursache-Wirkungs-Beziehung verstanden werden. Sie bietet »immer nur eine gewisse Chance, dass sich Adressaten an den Intentionen der Akteure orientieren« (Göhler 2010: 37). Von weicher Steuerung ist daher nicht nur im Erfolgsfall die Rede, sondern bereits dann, wenn eine klare Steuerungsabsicht erkennbar ist, die nicht zwangsläufig zu dem erwünschten Ergebnis führen muss (Arndt/Richter 2009: 27; Göhler u.a. 2010: 695). Intentionen sind im Rahmen weicher Steuerungsprozesse zudem als fluide Konstrukte zu denken, die sich aufgrund der Horizontalität der Machtbeziehungen während des Prozesses verändern oder mitunter selbst zum Gegenstand des Steuerungsprozesses werden können (Göhler/Höppner/De La Rosa 2009b: 21; Göhler u.a. 2010: 695). Folglich geht es bei weicher Steuerung nicht nur darum, bestimmte Ideen oder Ziele durchzusetzen, sondern auch darum, »auf die Bedingungen der Entstehung von Intentionen selbst diskursiv Einfluss zu nehmen – [...] [z.B.] als aktiv erneuernde Kraft, wie sie in der Intentionalität als Erneuerungsleistung in der diskursiven Praxis wirkt« (Göhler/Höppner/De La Rosa 2009b: 21).

Das Forscherteam um Gerhard Göhler schreibt drei zentralen Mechanismen horizontaler Machtausübung eine steuernde Wirkung im Sinne der soeben skizzierten Konzeption weicher Steuerung zu: der Steuerung durch diskursive Praktiken, der Steuerung durch Argumente und der Steuerung durch Symbole. Diese werden im Folgenden nur überblicksartig skizziert, da eine ausführliche Erläuterung der einzelnen Steuerungsmodi noch zu einem späteren Zeitpunkt der empirischen Analyse erfolgen wird (vgl. Kap. 5.3): Bei der Steuerung durch diskursive Praktiken geht Göhler im Anschluss an die Diskurstheorien von Foucault sowie von Laclau und Mouffe davon aus, dass Steuerungssubjekte – im vorliegenden Fall also die genannten Gruppen- und Organisationssubjekte – mit Hilfe diskursiver Praktiken intentional auf die Struktur der Diskursordnung Einfluss nehmen können. Diese Diskursstrukturierung prägt gleichsam die Art und Weise, wie die Wirklichkeit wahrgenommen wird, so dass den Adressaten bestimmte Handlungsoptionen eröffnet, andere wiederum verschlossen werden (Göhler 2010: 38). In diesem Sinne schreiben Göhler und seine Mitarbeiter den folgenden an Foucault orientierten diskursiven Praktiken eine Steuerungswirkung zu: der Wahrheitskonstitution durch Normalisierungspraktiken sowie durch den Ein- und Ausschluss von Wissen einerseits und der Beeinflussung von Subjektivierungsformen andererseits (Göhler u.a. 2010: 696). Mit Rekurs auf die Diskurstheorie von Laclau und Mouffe verweist das Forscherteam um Gerhard Göhler zudem auf die Steuerung durch Kategorisierung, durch Inklusion und durch leere Signifikanten (Arndt/Richter 2009: 61-63; Göhler u.a. 2010: 696). Der zweite Steuerungsmodus, Steuerung durch Fragen und Argumente, liegt hingegen dann vor, wenn die Steuerungsadressaten durch gezieltes Fragen und Argumentieren zur Veränderung ihrer Handlungen oder Einstellungen gebracht werden. Unter Berufung auf die Arbeiten von Jürgen Habermas (1981a: 385-397) geht das Forscherteam um Gerhard Göhler davon aus, dass der Gebrauch von Fragen und Argumenten beim Steuerungsobjekt stets einen Rechtfertigungsmechanismus auslöst, wodurch wiederum der Handlungsspielraum desselben vorstrukturiert und geändert werden kann (Göhler u.a. 2010: 697). Und

drittens können ihrer Meinung nach auch Symbole Handlungsoptionen strukturieren, das sie zur Verdichtung und Emotionalisierung von bestimmten Wertvorstellungen und Interpretationen beitragen (Göhler 2010: 39).

Dass von der soeben skizzierten Konzeption weicher Steuerung entscheidende Impulse für die Weiterentwicklung der laufenden Governance- bzw. Steuerungsdebatte ausgehen, liegt auf der Hand: Gerade durch die Neuakzentuierung des Steuerungskonzepts als nicht-hierarchischen Modus der Machtausübung wird nicht nur eine wesentliche Leerstelle aktueller Governanceansätze gefüllt, sondern auch eine gewisse Rehabilitierung des Steuerungskonzepts insgesamt herbeigeführt. Zudem regen die genannten weichen Steuerungsmechanismen zum Überdenken eingeschliffener theoretischer Annahmen an, da »sowohl die steuerungstheoretische Sichtweise den Blick auf diskursiv wirkende Mechanismen richtet als auch die poststrukturalistische Denkweise den Schritt in eine eher handlungstheoretische Richtung wagt« (Arndt/Richter 2009: 71).

Ungeklärt ist bislang jedoch die Frage geblieben, inwieweit dieses weiche Steuerungsmodell für die intentionale Erklärung diskursiven Wandels im Rahmen des vorliegenden Forschungsdesigns geeignet ist. Hierbei gilt es zunächst, einen Blick auf die verwendeten Begrifflichkeiten zu werfen: Wie bereits dargelegt, geht das Konzept weicher Steuerung grundlegend von der Existenz handlungsfähiger Akteure aus, die intentional und kreativ an der Erweiterung bzw. Erneuerung der diskursiven Ordnung mitwirken und so politischen Wandel vorantreiben. Das hier zu Tage tretende Subjektverständnis ist prinzipiell mit der im Rahmen dieser Studie erarbeiteten Vorstellung vom disponierten und disponierenden Subjekt vereinbar, das kreativ, reflexiv und kritisch in vorstrukturierten Handlungszusammenhängen agiert und so das Netz dispositiver Verknüpfungen weiterspinnt. Problematisch erscheint in diesem Zusammenhang jedoch die Annahme der Intentionalität, die jedem weichen Steuerungshandeln zugrunde liegt. Die Schwierigkeiten, die sich aus der Zuordnung umfassender diskursiver Sinnkonstruktionen zu konkreten Subjekten ergeben, dürfen jedoch im Anschluss an Stefanie Graefe (2010: 301f.) nicht dazu führen, den subjektiven Faktor bei der Entstehung von Diskursen vollständig außer Acht zu lassen. Den Ausführungen der Forschergruppe um Gerhard Göhler folgend kann vielmehr davon ausgegangen werden, dass sich spezifische »strategische[...] Situation[en]« identifizieren lassen (Göhler 2010: 38), die den Mut der Subjekte zur Kreativität und zum Neuen geradezu einfordern. Als Beispiel benennen sie politische Umbruchsituationen wie etwa Regierungswechsel, die es erforderlich machen, dass die politischen Subjekte neue inhaltliche Impulse geben, deren Verarbeitung im Diskurs bzw. Aneignung durch andere Subjekte sich ihrer Kontrolle selbstverständlich weitgehend entzieht (Arndt/Richter 2009: 66; ebenso Schmidt 2008: 31). Dementsprechend formulieren auch Arndt und Richter die folgende Einschränkung:

»Das heißt freilich nicht, dass bei Laclau und Mouffe jemand ›das gesamte Macht- und Funktionsnetz einer Gesellschaft in der Hand‹ hat – doch die am Beginn der herrschenden begrifflichen Ordnung stehende Entscheidung über Alternativen der Domestizierung der Dislokation (ihr politischer, kontingenter Charakter) ist das Werk subjektiver Handlung.« (Arndt/Richter 2009: 66)

Arndt und Richter halten es demnach gerade mit Blick auf die initialen Momente der frühen Formierung von Diskursen für möglich, die Strategien, mit denen bestimmte Gruppen z.B. zu Beginn einer politischen Auseinandersetzung versuchen, ihre Reorganisation der diskursiven Elemente hegemonial werden zu lassen, zu identifizieren und eindeutig ihren Urhebern zuzuordnen (ebd.). Für das vorliegende Forschungsdesign kann hieraus die Schlussfolgerung abgeleitet werden, dass sich im Untersuchungszeitraum bestimmte Situationen identifizieren lassen, in denen die genannten Gruppen- und Organisationssubjekte andere Diskursteilnehmer von ihrer engagementbezogenen Problemdeutung zu überzeugen versuchten, indem sie intentional auf weiche Steuerungsmechanismen, wie etwa sprachlich-rhetorische Mittel, argumentative Strategien der Resonanzzeugung sowie im- und explizite Ausschließungen konkurrierender Deutungen, zurückgriffen. Insgesamt lassen sich im Untersuchungszeitraum von 1985 bis 2009 jedoch nur zwei Schlüsselmomente identifizieren, die intentional erklärt werden können. Um welche zentralen Einschnitte es sich hierbei konkret handelt und welche Eigenschaften diese als solche charakterisieren, wird im weiteren Verlauf der empirischen Analyse offengelegt und expliziert.

Da das Forscherteam um Gerhard Göhler das Konzept weicher Steuerung konsequent auf der Ebene diskursiver Mechanismen verortet, erweist sich dieser Ansatz als hoch anschlussfähig für die vorliegende, dem methodologischen Primat des Diskurses verhaftete Forschungsarbeit. Folgt man dieser Perspektive, so eröffnet sich die interessante Möglichkeit, diskursive Dynamiken unter Rückgriff auf die von den beteiligten Subjekten intentional eingesetzten diskursiven Strategien zu erklären, ohne hierbei gleichsam einem omnipotenten Subjekt das Wort reden zu müssen. Während die Ebene der subjektiven Intentionalität bei den meisten an Foucault orientierten Diskursanalysen unberücksichtigt bleibt, tendiert diese Forschungsarbeit dazu, dem Postulat von Joachim Renn zu folgen und »sowohl die Dynamik diskursiver Prozesse als auch den Anteil der Akteure und ihrer Intentionalität in ein revidiertes Bild des ›Diskurses‹ aufzunehmen (Renn 2005: 102). Konkret bedeutet dies, dass die bislang auf einer strukturellen Ebene verorteten hegemonialen Mechanismen von Nonhoff sowie die diskursstrukturierenden und gouvernementalen Überlegungen Foucaults intentional reinterpretiert und dem Modus der weichen Steuerung über diskursive Praktiken zugeordnet werden können. Auch die bereits einem intentionalen Erklärungsmodell nahestehenden diskursiven Strategien in Anlehnung an Hajer und Schwab-Trapp können im Konzept weicher Steuerung, genauer gesagt: im Modus der Steuerung über Fragen und Argumente, verortet werden. Die genannten Ansätze fließen aber nur unter der Voraussetzung, dass die untersuchten Phänomene den Kennzeichen einer strategischen Situation entsprechen, als Formen weicher Steuerung in die intentionale Erklärung der diskursiven Dynamik der Regierung der Freiwilligkeit ein.

Insgesamt gesehen kommt Göhler und seinen Mitarbeitern in Bezug auf die vorliegende Studie der Verdienst zu, durch die Herleitung der skizzierten weichen Steuerungsmechanismen, die vor allem auf der Ebene der Wissensformen, Argumentationen, diskursiven Bedeutungszuschreibungen und Kategorisierungen wirken, ein praktikables Instrumentarium für die von Nullmeier proklamierte intentionale Erklärung diskursiver Wandlungsprozesse zur Verfügung zu stellen. Auf diese Weise werden die in unterschiedlichen Ansätzen, z.B. bei Hajer oder Schwab-Trapp, aufscheinenden – jedoch kaum generalisierbaren – intentionalen Erklär-

rungsversuche diskursiven Wandels einer gewissen Systematisierung unterzogen. Besonders die Fokussierung auf die Möglichkeit einer von den Gruppen- und Organisationssubjekten, die an den Konflikten um die institutionalisierte Gestalt einer staatlichen Engagementpolitik beteiligt sind, intendierten Erneuerungsleistung in der diskursiven Praxis erweist sich für die Erklärung der diskursiven Dynamik der Regierung der Freiwilligkeit als gewinnbringend. Hierdurch gerät das »Element des Neuen und Kreativen« in den Blick, das dafür sorgt, dass »die Entwicklung der diskursiven Ordnung nicht immer weiter lediglich im Kreis führt« (Arndt/Richter 2009: 31). Zudem kann man so von der unbefriedigenden Feststellung Abstand nehmen, *dass* diskursive Praktiken, Symbole oder Argumente auf irgendeine Weise wirken, und zeigen, *wie* diese Steuerungsleistung unter der Bedingung disponierter und disponierender Subjektivität konkret aussieht (Göhler u.a. 2010: 716).

Die Frage, wie die nunmehr erläuterten intentionalen und diskursiv-strukturellen Mechanismen im Rahmen der Erklärung der empirisch ermittelten Dynamik der Regierung der Freiwilligkeit im Modus ihres Vollzugs konkret zusammengeführt werden, muss hier aus Gründen der Stringenz noch offen bleiben, wird aber zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt (vgl. Kap. 5.3). An dieser Stelle soll hingegen resümierend hervorgehoben werden, was ein derart konzipiertes Forschungsdesign insgesamt zu leisten imstande ist: Die Ausführungen haben deutlich gemacht, dass die Analyse der hegemonialen Kämpfe, die sich im Untersuchungszeitraum besonders um die institutionelle Dimension der Engagementförderung entsponnen haben, nicht nur dem Ziel dient, das So-Geworden-Sein der Regierung der Freiwilligkeit zu denaturalisieren. Vielmehr ist es hierdurch gleichsam möglich, strukturelle und intentionale Erklärungen für die schrittweise Hegemonialisierung bzw. Naturalisierung der institutionellen Dimension und somit für die diskursive Dynamik der Regierung der Freiwilligkeit insgesamt ausfindig zu machen. Eine derart komplexe Analyseperspektive kann aber nur im Rahmen einer am Modus des Regierungsvollzugs interessierten Untersuchung eingenommen werden, die es sich zum Ziel setzt, die diskursive Rekonstruktion von wandelbaren sozialen Sinnstrukturen mit der Frage nach ihrer konfliktuellen Hegemonialisierung und der Genese bzw. Geltung dieser Strukturen im Kontext sozialer Machtverhältnisse in Verbindung zu setzen. Erst die konsequente Verknüpfung von diskurs-, hegemonie- und gouvernementalitätstheoretischen Überlegungen ermöglicht es demzufolge, dem von Nonhoff formulierten Postulat Folge zu leisten und sowohl der »Denaturalisierung« des vermeintlich Natürlichen« als auch der »Rekonstruktion der historisch-sozialen Gründe des ›Natürlichen« Aufmerksamkeit zu schenken (Nonhoff 2008a: 293). Indem das vorliegende Forschungsdesign, anders als viele Diskursanalysen, der Verstehens- und der Erklärungsperspektive Aufmerksamkeit schenkt, trägt es entscheidend zu einem tieferen Verständnis des Regierungsbegriffs bei, das sich nicht nur für weitere soziologische, sondern auch politikwissenschaftliche Arbeiten als anschlussfähig erweist.

3. Methodisches Vorgehen I

3.1 DISKURSANALYSE ALS UNTERSUCHUNGSPROGRAMM

Diverse Versatzstücke des methodologisch-methodischen Vorgehens wurden im Rahmen der vorausgegangenen Kapitel zwar bereits verschiedentlich benannt, sollen nun aber systematisch aufgearbeitet und zusammenhängend dargelegt werden. Den folgenden Erläuterungen sei die Anmerkung vorausgeschickt, dass die methodische Operationalisierung dieses von Foucault inspirierten Forschungsdesigns eine nicht zu unterschätzende Herausforderung darstellt, da es im Grunde, wie Keller prägnant formuliert, gar keine foucaultsche Diskursanalyse im engeren Sinne gibt (Keller 2008b: 73). So gehört es mittlerweile auch zum Common Sense der an Foucault orientierten Diskurswissenschaft, dass dieser selbst seine diskursbezogenen Überlegungen weder als feststehende Theorie noch als Methode verstanden wissen wollte (Bublitz u.a. 1999: 14-16; Keller 2008b: 76f., 2010: 32; Truschkat 2013: 76).¹ Mit seiner als historischen Nominalismus bezeichneten Vorgehensweise gibt Foucault zwar eine spezifische methodologische Perspektive vor, die sich der Rekonstruktion historischer Kontingenzen widmet, verzichtet aber des Weiteren auf konkrete methodische Verfahrensvorschläge. Reiner Keller kommt in Anbetracht dessen zu folgender nachvollziehbaren Einschätzung: »Die Analyse von Diskursen richtet sich auf sehr unterschiedliche Aspekte und bearbeitet diese in sehr unterschiedlicher Art und Weise. Mit anderen Worten: *Diskursanalyse formuliert zuallererst einen breiten Gegenstandsbereich, ein Untersuchungsprogramm,*

1 | Foucault gesteht ein, in seinen Arbeiten keiner festen Methode zu folgen, sondern seine Analyseinstrumente stattdessen stets dem jeweiligen Untersuchungsobjekt (Wahnsinn, Sexualität usw.) anzupassen: »Ich habe keine Methode, die ich unterschiedslos auf verschiedene Bereiche anwendete. Im Gegenteil, ich möchte sogar sagen, ich isoliere ein und denselben Gegenstandsbereich [...] mit Hilfe von Instrumenten, die ich vorfinde oder die ich mir während meiner Forschungsarbeit selbst schaffe, ohne dabei dem Problem der Methode eine besondere Stellung einzuräumen. [...] Ich habe keine allgemeine Theorie und auch kein sicheres Instrument. [...] Ich versuche meine Instrumente über die Objekte zu korrigieren, die ich damit zu entdecken glaube, und dann zeigt das korrigierte Instrument, dass die von mir definierten Objekte nicht ganz so sind, wie ich gedacht hatte. [...] Mein Vorgehen ist dagegen vollkommen unvernünftig und außerdem anmaßend, wenn auch unter dem Deckmantel der Bescheidenheit. Hochmut, ein nahezu wahnhafter Hochmut im Hegelschen Sinne, über ein nicht bekanntes Objekt mit einer nicht definierten Methode sprechen zu wollen.« (Foucault 2003: 521f.)

keine Methode.« (Keller 1997: 325, Herv. i.O.) Aus dieser prinzipiellen Offenheit der diskurstheoretischen Einsichten Foucaults resultiert sowohl ihre große Beliebtheit als auch ihre oftmals kritisierte Beliebigkeit: Denn gerade der eigentlich erfreuliche Umstand, dass das diskursanalytische Begriffsrepertoire mittlerweile in zahlreichen Studien mit verschiedenen Forschungsfragen zum Einsatz kommt, führt zu einer gewissen Verwässerung bzw. Unschärfe des diskursanalytischen Ansatzes, der als Etikett für eine Vielzahl ganz unterschiedlicher Vorgehensweisen herangezogen wird (Schwab-Trapp 2002: 71; Nonhoff 2006: 244).

Das Fehlen eines standardisierten Methodensets zur Untersuchung von Diskursen hat demnach den Nachteil, dass es keine einheitliche, vielfach erprobte Vorgehensweise gibt, derer man sich einfach bedienen könnte. Die Nicht-Standardisierung schafft jedoch zugleich Freiräume für die Kreativität des Diskursanalytikers, der die geeignete methodische Verfahrensweise dem spezifischen Erkenntnisinteresse entsprechend auswählen kann (Keller 2011: 268). Es ist gerade diese Möglichkeit, auch unkonventionelle Pfade zu beschreiten und so ggf. zu überraschenden neuen Erkenntnissen zu gelangen, die die diskurstheoretischen Überlegungen Foucaults – trotz ihrer methodischen Leerstellen – nicht nur für diese Forschungsarbeit so attraktiv machen. Die Anziehungskraft Foucaults liegt ja bekanntlich darin,

»ein schwer zu fassender Querdenker zu sein, der sich wenig um geglaubte Wahrheiten, disziplinäre Zuständigkeiten und Rituale, konsistente Theorien und allseitige methodische Absicherung seiner Aussagen bemüht – und dies mit einem provokativen Gestus, der die Detailanalyse mit ›großformatigen‹ Fragestellungen verbinde[t].« (Keller 2008a: 127f.)

Trotz aller Offenheit gilt es im Folgenden einigen allgemeinen Prinzipien Aufmerksamkeit zu schenken, die im Grunde für alle diskursanalytischen Arbeiten und somit auch für die vorliegende Abhandlung gelten. Zunächst sei darauf verwiesen, dass die hier vollzogene Abwendung von der Diskurstheorie des vorausgegangenen Kapitels zugunsten der Explikation der diskursanalytischen Vorgehensweise keinen so klaren Schnitt darstellt, wie die Kapiteleinteilung womöglich vermuten lässt. Wie bereits in Anlehnung an Bublitz (1999b: 27) ausgeführt, sind Diskurstheorie und -analyse aufs Engste miteinander verbunden (vgl. ebenso Nonhoff 2006: 242). Ein deutliches Indiz hierfür ist, dass die im vorherigen Kapitel skizzierten theoretischen Überlegungen nicht säuberlich von ihren methodologischen Prämissen getrennt werden konnten. Um diese grundlegenden theoretischen Einsichten überhaupt formulieren zu können, war es mitunter notwendig, der empirischen Analyse vorzugreifen: So wäre beispielsweise ohne Vorwegnahme der empirischen Erkenntnis, dass mit Blick auf die Analyse der Regierung der Freiwilligkeit im Modus des Vollzugs die institutionelle Dimension im Zentrum hegemonialer Kämpfe steht, die Fortschreibung der theoretischen Grundannahmen kaum möglich gewesen.

Ein anderer grundlegender Wesenszug nahezu aller diskursanalytischen Arbeiten ist, dass sie sich der Analyse von Sinninformationen widmen, die nicht auf einen einzelnen Text oder gar Satz reduziert werden können (Nonhoff 2006: 245; Schwab-Trapp 2008: 172). Dies unterscheidet Diskursanalysen grundlegend von anderen Ansätzen qualitativer Sozialforschung, die, wie etwa die interviewgestützte Biografieforschung (Rosenthal/Fischer-Rosenthal 2004), davon ausgehen, dass

jeder Text eine in sich geschlossene und konsistente Bedeutungseinheit darstellt. Demgegenüber basiert die Rekonstruktion von Diskursen Keller zufolge auf dem Durchbrechen der »materiale[n] Oberflächeneinheit der Texte« (Keller 2008b: 82) und der anschließenden aufwendigen Zusammenführung der diskursspezifischen Aussageereignisse, die als »textübergreifende Verweisungszusammenhänge« (Keller 2011: 275) einen oder mehrere Diskurse konstituieren. Ein einzelner Text ist somit nicht in der Lage, einen Diskurs vollständig abzubilden, sondern beinhaltet immer nur einzelne Bruchstücke eines Diskurses, die durch die Verzahnung mit den Ergebnissen der Feinanalyse anderer Texte sukzessive »das Mosaik des untersuchten Diskurses« (Keller 2008b: 82) formen. Die Diskursrekonstruktion basiert hierbei grundlegend auf dem Verfahren der »typisierende[n] Deskription« (Keller 2010: 262, Herv. i.O.), da es gerade nicht um die Beschreibung singulärer Auffälligkeiten geht, sondern um die Identifikation typischer Aussagen und Muster, die im konkreten empirischen Material als Wiederholungen in Erscheinung treten und deren Variationsmöglichkeiten begrenzt sind (Keller 2008b: 92). Die vorliegende Diskursanalyse verzichtet somit auf eine detaillierte sequenzanalytische Durchdringung der einzelnen Texte, etwa im Sinne der objektiven Hermeneutik Ulrich Oevermanns (u.a. 1979, 2001), zugunsten der Untersuchung »typischer ›Diskursgestalten‹« (Keller 2010: 262) und textübergreifender Sinnzusammenhänge.

Zudem wird die Erkenntnisreichweite diskursanalytischer Verfahren grundlegend durch das Prinzip der Öffentlichkeit begrenzt, denn Diskursanalysen können nur öffentlich zur Diskussion gestellte Deutungsangebote in den Blick nehmen und folglich weder Aussagen über individuelle Deutungsschemata oder verborgene Absichten noch über die Aushandlung von Positionen im nicht-öffentlichen Raum machen (Schwab-Trapp 2002: 71f.). Mittels des diskursanalytischen Untersuchungsprogramms ist es folglich nicht zu entscheiden, ob die öffentlich präsentierten Argumente den »wahren« Intentionen oder den tatsächlichen Überzeugungen der Diskursträger entsprechen (Maier 2003: 54; Keller 2011: 274, 2013: 53). Entscheidend ist vielmehr, dass der Austausch von Argumenten von einer gesellschaftlichen bzw. politischen Praxis begleitet wird, »die diese Argumente in ihrem Handeln als Gründe für ihre Entscheidungen ausweist« (Schwab-Trapp 2002: 47). Während die Vernachlässigung der subjektiven Sinnattributionsebene mitunter als Nachteil der Diskursanalyse betrachtet wird, stellt diese Einschränkung für Wøever einen ihrer zentralen Vorteile dar:

»An advantage of this approach [discourse analysis, D.N.] compared with psychological approaches studying perceptions and belief systems is that it stays totally clear of any relationship to what people really think. [...] it studies something public, that is how meaning is generated and structured in a national context.« (Wøever 1994: 254)

Jenseits der genannten allgemeinen Annahmen unterscheiden sich die meisten Diskursanalysen in methodischer Hinsicht deutlich voneinander, da die Auswahl der Daten sowie die konkreten Analyseverfahren auf die jeweiligen Forschungsinteressen und die grundlegenden diskurstheoretischen Einsichten abgestimmt sein müssen (Keller 2011: 268). Während letztere im vorangegangenen Kapitel ausführlich umrissen worden sind, gilt es deshalb nun, dem spezifischen Erkenntnisinteresse der vorliegenden Abhandlung und den daraus resultierenden methodischen Konsequenzen Aufmerksamkeit zu schenken.

3.2 SPEZIFIZIERUNG DES ERKENNTNISINTERESSES

Den Gegenstand der vorliegenden Diskursanalyse bildet, allgemein formuliert, die Analyse des gesamtgesellschaftlichen (Be-)Deutungswandels des freiwilligen Engagements in Deutschland zwischen 1985 und 2009, der seinen sichtbarsten Niederschlag in der Etablierung einer staatlichen Engagementpolitik seit der Jahrtausendwende fand. Deshalb liegt ein Schwerpunkt der Untersuchung auf der Rekonstruktion der »De- und Reinstitutionalisierungsprozesse« (Hajer 1997: 107), die der dominante Engagementdiskurs in diesem Zeitraum auf der (bundes-)politischen Ebene nach sich gezogen hat. Diese allgemeine Verortung des Untersuchungsgegenstandes spannt zugegebenermaßen ein recht weites Feld auf, das zunächst durch Rekurs auf die von Nonhoff erarbeitete analytische Unterscheidung von drei Arten von Erkenntnisinteresse, die jeder diskursanalytischen Forschungsarbeit mit variierenden Mischungsverhältnissen zugrunde liegen, systematisiert werden soll: Nonhoff unterscheidet erstens ein räumliches Erkenntnisinteresse, das auf die inhaltliche Rekonstruktion und Abbildung eines Diskurses abzielt, zweitens ein zeitliches Erkenntnisinteresse, das sich dem Nachspüren des diskursiven Wandels in einem bestimmten Zeitraum widmet, und drittens ein funktionales Erkenntnisinteresse, das die Funktionsweise diskursiver Mechanismen, wie etwa Hegemonien, in den Blick nimmt (Nonhoff 2006: 245f.). Überträgt man diese Einteilung auf den vorliegenden Untersuchungsgegenstand, wird ersichtlich, dass alle drei Arten auch hier deutlich zu Tage treten: Das räumliche Erkenntnisinteresse bezieht sich auf die Rekonstruktion der Dispositive der Freiwilligkeit anhand medialer, politischer und zivilgesellschaftlicher Diskursbeiträge sowie auf ihre Verarbeitung durch die Freiwilligen selbst. Mit Blick auf das zeitliche Erkenntnisinteresse liegt der Schwerpunkt in doppelter Hinsicht auf dem Aspekt des Wandels: dem sich zwischen 1985 und 2009 vollziehenden Wandel im Umgang mit institutionellen Fragen der Engagementförderung einerseits und dem Wandel der Dispositive der Freiwilligkeit andererseits. Das funktionale Erkenntnisinteresse richtet sich sowohl – gouvernementalitätstheoretisch inspiriert – auf die diskursive Produktion bzw. Neuverhandlung des freiwilligen Engagements als politisches Handlungsfeld als auch auf die Konstitution sowie Wirkung diskursiver Hegemonien.

Im Anschluss an diesen ersten Systematisierungsschritt sei hier daran erinnert, dass es sich die vorliegende Forschungsarbeit nicht nur zum Ziel gesetzt hat, zu einem tieferen Verständnis bezüglich der Herausbildung und Veränderung von Regierungsformen – hier konkret: der Dispositive der Freiwilligkeit – beizutragen, sondern gleichsam die Ebene der Diskursbeschreibung zu verlassen und durch Offenlegung der Konflikte um die institutionelle Dimension der Engagementförderung eine Erklärung für die diskursive Dynamik der Regierung der Freiwilligkeit im Untersuchungszeitraum zu finden. Durch Bezugnahme auf die Ebene des Verstehens und des Erklärens werden somit zwei unterschiedliche Zugangswege zum empirischen Material eröffnet, die wiederum mit verschiedenen Erkenntnisinteressen verbunden sind und deshalb im Folgenden als Grundlage für die weitere Spezifizierung des diskursanalytischen Vorgehens fungieren.

Auf der Ebene des Verstehens gilt es zunächst, das räumliche Erkenntnisinteresse durch die Rekonstruktion der Dispositive der Freiwilligkeit in Deutschland zwischen 1985 und 2009 zu saturieren. Dem gouvernementalitätstheoretischen

Zuschnitt dieser Arbeit Rechnung tragend verfolgt die Rekonstruktion der gesellschaftlichen Neuverhandlung des freiwilligen Engagements prinzipiell das Ziel, die unterschiedlichen Dimensionen der Regierung der Freiwilligkeit, der im Netz dispositiver Verknüpfungen Sichtbarkeit verliehen werden soll, möglichst umfassend zu kartografieren. Unter der Annahme, dass die Gegenstände der sinnlich erfahrbaren Welt erst durch Diskurse in ihrer spezifischen Gestalt hervorgebracht werden (Keller 2011: 265), liegt auf der Ebene des Verstehens der Fokus der Diskursanalyse auf der Beantwortung der grundlegenden Frage, welche Wissensformen, Gegenstände, Verknüpfungen, Eigenschaften, Subjektvorstellungen usw. durch den Engagementdiskurs als »wirklich« behauptet werden. Es soll, mit anderen Worten, durch die Skizzierung des heterogenen Netzes dispositiver Verknüpfungen bestehend aus epistemischen, institutionellen, körper- und objektbezogenen Aussagenbündeln untersucht werden, welche Vorstellung von freiwilligem Engagement im Rahmen der multidimensionalen Regierung der Freiwilligkeit produziert wird.

Im Zuge der Rekonstruktion der Dispositive der Freiwilligkeit gilt es zudem, sich unter Bezugnahme auf gouvernementalitätstheoretische Überlegungen der Frage zuzuwenden, wie das weite Feld des freiwilligen Engagements im Untersuchungszeitraum überhaupt als politisches Problem und Handlungsfeld konstituiert wurde. Im Zentrum dieses funktionalen Erkenntnisinteresses stehen einerseits die verschiedenen Mechanismen, die zu einer Verschiebung der stets kontingenten Grenze zwischen Zivilgesellschaft und Staat beigetragen haben, sowie andererseits die Subjektivierungsfigur des »engagierten Bürgers«, die als öffentliche Anrufungspraxis das Verhalten der angerufenen Subjekte, in diesem Fall: der (potenziellen) Freiwilligen, anleiten soll, dieses jedoch nicht determinieren kann. Aus diesem Grund richtet sich das inhaltliche Erkenntnisinteresse zudem auf die Frage, wie die Dispositive der Freiwilligkeit tatsächlich von den (Nicht-) Engagierten rezipiert werden. Eine vollständige oder partielle Übernahme in die alltägliche Lebensführung ist hier ebenso denkbar wie eine Umarbeitung, Abweisung oder gar Ignoranz der Programme.

Die schrittweise Rekonstruktion der niemals endgültig fixierbaren Dispositive der Freiwilligkeit öffnet ferner den Blick für die diskursive Dynamik der Regierung der Freiwilligkeit im zeitlichen Verlauf und führt so gleichsam zu einer ersten Befriedigung des zeitlichen Erkenntnisinteresses: Denn während bis Anfang der 1990er Jahre engagementspezifische Themen vornehmlich auf der zivilgesellschaftlichen, wissenschaftlichen, medialen und der kommunalpolitischen Ebene diskutiert wurden und die Bundestagsfraktionen diesen zumeist mit wohlwollendem Desinteresse begegneten, erlebten diese zur Jahrtausendwende gerade im bundespolitischen Kontext eine verbale Hochkonjunktur. Mittlerweile wird die Förderung bürgerschaftlichen Engagements als eine selbstverständliche Aufgabe des Staates betrachtet, wobei die Durchführung engagementpolitischer Maßnahmen überwiegend in den Aufgabenbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) fällt. Bereits dieser kurze Überblick macht deutlich, dass diskursiver Wandel hier vor allem als »Diskursverschiebung« (Nullmeier 2012: 48), d.h. als Übertragung bzw. Diffusion des zunächst vornehmlich im zivilgesellschaftlichen, kommunalpolitischen und medialen Kontext diskutierten Engagementthemas auf die bundespolitische Ebene, in Erscheinung tritt.

Wechselt man nun von der Ebene des Verstehens auf die des Erklärens, rückt im Rahmen der nunmehr vornehmlich als Prozess- und Hegemonieanalyse konzeptualisierten Diskursanalyse (Schwab-Trapp 2002: 71) das räumliche zugunsten des funktionalen und zeitlichen Erkenntnisinteresses in den Hintergrund. Allgemein formuliert geht es hier um die Identifikation der diskursiven Mechanismen, mittels derer der Wandel der Dispositive der Freiwilligkeit zwischen 1985 und 2009 erklärt werden kann. Zeitliches und funktionales Erkenntnisinteresse sind in diesem Kontext kaum voneinander zu trennen, da die im Untersuchungszeitraum beobachtbare diskursive Dynamik, verstanden als Verschiebungen oder Neuverknüpfungen im Netz dispositiver Verflechtungen, grundlegend auf hegemoniale Konflikte zurückgeführt werden kann, die sich zwischen verschiedenen Diskurskoalitionen um die institutionelle Dimension der Engagementförderung entsponnen haben.² Im Sinne des institutionellen Konstruktivismus von Hajer (1997: 109) wird hier grundlegend davon ausgegangen, dass aus der Aufdeckung dieser hegemonialen Konflikte gleichsam eine Erklärung für die diskursiven Wandlungsprozesse abgeleitet werden kann. Gerade durch die Konzentration auf die Kräfteverhältnisse, die bei der Frage nach einer von politischer Seite institutionell verankerten Engagementförderung aufeinandertrafen, kann empirisch aufgezeigt werden, dass Diskurse stets widersprüchlich, vorläufig und umkämpft sind (Graefe 2010: 299). In einer derart konzipierten Diskursanalyse wird keineswegs – wie oftmals gerade von politikwissenschaftlicher Seite befürchtet – auf die Untersuchung divergierender Interessen der beteiligten Subjekte, diskursiver Strategien sowie gesellschaftlicher Macht- bzw. Herrschaftsverhältnisse verzichtet.

Eine Erklärung für die diskursive Dynamik der Regierung der Freiwilligkeit zu finden, bedeutet demzufolge, diese gleichsam als Ort politischen Wandels in den Blick zu nehmen und hierbei unter hegemonieanalytischen Gesichtspunkten ein besonderes Augenmerk auf die konflikthafte Etablierung einer staatlichen Engagementpolitik zu legen. Über die Explikation diskursiven Wandels hinaus geht es in der hier durchgeführten Hegemonieanalyse grundlegend um die Erklärung sozialen bzw. politischen Wandels, der als »Veränderung bzw. Transformation, als soziale Konventionalisierung und Dekonventionalisierung von Diskursen« bzw. von diskursiven Praktiken zu begreifen ist (Keller 2011: 314). Das zeitlich-funktionale Erkenntnisinteresse auf der Ebene des Erklärens besteht somit darin, durch Berücksichtigung der hegemonialen Konflikte, die sich um die institutionelle Dimension der Engagementförderung entsponnen haben, sowohl zur Denaturalisierung des So-Geworden-Seins der Regierung der Freiwilligkeit beizutragen als auch eine Erklärung für ihre diskursive Dynamik sowie den sich darin abzeichnenden Policy-Wandel zu finden. Auf diese Weise ist es möglich, die Regierung der Freiwilligkeit unter Berücksichtigung ihrer konstitutiven Konflikte und Brüche sowie der disponierenden Einflüsse der beteiligten (Gruppen- und Organisations)Subjekte zu skizzieren.

Den soeben beschriebenen unterschiedlichen Erkenntnisebenen dieser Untersuchung, d.h. der Dimension des Verstehens einerseits und des Erklärens andererseits, trägt die Ergebnispräsentation insofern Rechnung, als hier ein zweiteiliges Darstellungsformat gewählt wurde: Im ersten Teil werden die Ergebnisse der

2 | In ebendiesem Sinne konstatiert auch Martin Nonhoff, dass eine Analyse von Hegemonien, verstanden als Phänomene des »Werdens statt des Seins« (Nonhoff 2006: 247), auf eine Berücksichtigung der zeitlichen Dimension nicht verzichten kann.

Dispositivanalyse ausführlich dargestellt (vgl. Kap. 4) und anschließend – getrennt durch ein weiteres Methodenkapitel (vgl. Kap. 5) – die Resultate der Hegemonieanalyse präsentiert (vgl. Kap. 6). Beide Teile bauen inhaltlich aufeinander auf und sind im Grunde kaum voneinander zu trennen. Die Zweiteilung der Ergebnisdarstellung stellt deshalb auch nur eine analytische Trennung dar, die sowohl der Veranschaulichung der unterschiedlichen Erkenntnisebenen dient als auch die Nachvollziehbarkeit der Ergebnispräsentation angesichts abweichender methodischer Erfordernisse erhöht. Das nachfolgend skizzierte Textkorpus sowie das Auswertungsverfahren in Anlehnung an die Grounded Theory liegen beiden Analyseteilen – der Dispositivanalyse zur Gänze und der Hegemonieanalyse zumindest teilweise – zugrunde, weshalb die diesbezüglichen Überlegungen der Ergebnispräsentation insgesamt vorangestellt werden.

3.3 DATENERHEBUNG: TEXTKORPUS UND THEORETICAL SAMPLING

Da Diskursanalyse im Rahmen des vorliegenden Forschungsdesigns als Dispositiv- und als Hegemonieanalyse konzeptualisiert wird, liegt das nachfolgend skizzierte Textkorpus sowohl der Analyse der Dispositive der Freiwilligkeit als auch der sich um die institutionelle Dimension der Engagementförderung entspinneenden hegemonialen Konflikte zwischen gesellschaftlich-politischen Diskurskoalitionen zugrunde. Vor diesem Hintergrund galt es bei der Zusammenstellung des konkreten Textkorpus zwei Besonderheiten Aufmerksamkeit zu schenken: Erstens musste, obgleich die Unterschiede zwischen Dispositiv- und Hegemonieanalyse vor allem bei der Datenauswertung deutlich zu Tage treten, bereits bei der Textauswahl darauf geachtet werden, dass die zentralen Positionen der am Diskurs beteiligten Gruppen- und Organisationssubjekte mit Hilfe der ausgewählten Dokumente rekonstruiert werden können. Zweitens macht es die Einsicht in die Multidimensionalität des Diskursiven erforderlich, den Aussagegehalt von Texten, Objekten, Körpern und Institutionen zu ermitteln und miteinander in Beziehung zu setzen. Zur Analyse dieser unterschiedlichen Aussagedimensionen wurde zwar ausschließlich auf textförmige Daten zurückgegriffen, doch widerspricht dieses Vorgehen keineswegs der Mehrdimensionalität diskursiver Ordnungen: Vielmehr ist mit Denninger u.a. (2014: 47) davon auszugehen, dass es bezogen auf den Ausgangspunkt eines Textes einen grundlegenden Unterschied macht, ob es sich um einen Text über einen Text, wie etwa die Evaluation eines Gesetzes, handelt oder um einen Text über einen beobachtbaren Gegenstand oder Körper, wie etwa über eine Brandwunde oder einen Kochlöffel: »Indem die Beobachtung der Gegenstände für die Analyse zum Text werden muss, haben wir es, im Unterschied zu sprachlichen Aussagen, mit Texten zweiter Ordnung zu tun.« (Denninger u.a. 2010: 217; ebenso Keller 2011: 268) Für die vorliegende an materialen Praktiken interessierte Diskursanalyse bedeutet dies, dass auch der Zugriff auf die verschiedenen Dimensionen der Regierung der Freiwilligkeit ausschließlich über Texte mit jeweils unterschiedlichen Bezugs- bzw. Ausgangspunkten erfolgte.

Der Diskurs als Untersuchungsgegenstand tritt demnach als abgrenzbares Textkorpus in Erscheinung, das aus einem breit gefächerten Angebot an möglichen Diskursbeiträgen extrahiert werden muss. Im vorliegenden Fall ergab sich eine erste Abgrenzung entlang des thematischen Kriteriums (Diaz-Bone 1999: 131):

Alle Texte des zu untersuchenden Korpus beschäftigen sich ausnahmslos mit den Themen freiwilliges Engagement und Bürgergesellschaft. Eine weitere Eingrenzung des konkreten Textkorpus im Vorfeld der empirischen Analyse war jedoch kaum möglich, da jede weitere Einschränkung, etwa nach Textsorten, Teildiskursen, Zeitfenstern, beteiligten Diskursteilnehmern oder gesellschaftlichen Teilbereichen (vgl. hierzu Nonhoff 2006: 253), ein profundes diskursspezifisches Vorab-Wissen verlangt hätte, das zu diesem Zeitpunkt noch nicht in ausreichendem Maße vorlag. Demgegenüber war es gerade das zentrale Ziel der Diskursanalyse zu ermitteln, durch welche Wissensformen bzw. objekt- und körperbezogenen Aussagen freiwilliges Engagement als spezifischer Gegenstand bzw. politisches Handlungsproblem hervorgebracht wurde und welche Diskursteilnehmer in einem bestimmten Zeitraum an der Verbreitung des Diskurses beteiligt waren.

Da somit im Falle des vorliegenden Untersuchungsgegenstandes nicht einfach vom thematischen Gegenstand ausgehend auf den Diskurs geschlossen werden konnte, war es notwendig, die Abgrenzung des Diskurses bzw. des entsprechenden Textkorpus sowie des für die Entwicklung des Diskurses relevanten Untersuchungszeitraums im Zuge der Datenauswertung vorzunehmen. Dies bedeutet, dass die einflussreichen Subjekte, ihre bevorzugten Kommunikationsmedien und die zentralen Textsorten erst während des empirischen Forschungsprozesses sichtbar wurden und sich ein entsprechendes Textkorpus herauskristallisiert hat. Mit Reiner Keller lässt sich somit resümierend festhalten, dass die Identifikation der Daten für eine Diskursanalyse, die sich wie die Vorliegende durch einen prinzipiell entdeckenden Charakter auszeichnet, »ein eher offener Suchprozess in verschiedene Richtungen [ist], der sich immer nur vorläufig an Themen, Referenzphänomenen, Schlüsselbegriffen usw. orientieren kann« (Keller 2011: 265).

Die wohl gebräuchlichsten und zuverlässigsten Instrumente für die methodisch kontrollierte Durchführung eines derart offenen Forschungsprozesses stellt der qualitative Forschungsansatz der Grounded Theory bereit (Strauss 1991; Strauss/Corbin 1996; Glaser/Strauss 2005),³ worunter Anselm Strauss und Juliet Corbin »eine gegenstandsverankerte Theorie [verstehen], die induktiv aus der Untersuchung des Phänomens abgeleitet wird, welches sie abbildet« (Strauss/Corbin 1996: 7). Das Ziel dieser Forschungsmethode besteht demzufolge darin, eine Theorie zu generieren, die den Untersuchungsgegenstand möglichst umfassend beschreibt und ihre Kategorien bzw. Hypothesen in Auseinandersetzung mit dem Gegenstand entwickelt. Den Ausgangspunkt eines solchen Forschungsprozesses bildet

3 | Die Urheber der Grounded Theory, Barney G. Glaser und Anselm L. Strauss, sind nach der Veröffentlichung ihres Grundlagenwerkes mit dem englischen Originaltitel *The Discovery of Grounded Theory* im Jahr 1967 weitgehend getrennte Wege gegangen. Beide widmeten sich zwar in den Folgejahren der Weiterentwicklung der Grounded Theory, doch während Glaser dies aus einer positivistisch-funktionalistischen Sichtweise heraus tat, nahmen Strauss und seine Mitarbeiterin Juliet Corbin hierbei eine pragmatistisch-interaktionistische Grundhaltung ein (zu den sozialtheoretischen und epistemologischen Unterschieden zwischen Glaser und Strauss vgl. ausführlich Strübing 2004). Die neueren Ansätze der Grounded Theory grenzen sich sowohl von Glaser als auch von Strauss und Corbin durch ihre stärker konstruktivistische (Charmaz 2009, 2011) und poststrukturalistische Ausrichtung (Clarke 2009) ab (zur neuen Generation der Grounded Theory vgl. die Überblicksdarstellungen von Morse (u.a. 2009) und Mey/Mruck (2011)).

folglich nicht eine Theorie, die durch die Analyse widerlegt oder bewiesen werden soll, sondern ein Untersuchungsbereich, wobei sich das, »was in diesem Bereich relevant ist, [...] erst im Forschungsprozeß herausstell[t]« (ebd.: 8). Für das an der Grounded Theory orientierte Vorgehen ergibt sich daraus die Besonderheit, dass die einzelnen Phasen des Forschungsprozesses, wie etwa Datensammlung, Analyse und Theoriebildung, wechselseitig aufeinander bezogen sind und somit nicht in linearer Abfolge durchgeführt werden können (Böhm 2004: 475). Die Prozesse der Datenauswertung und -erhebung bedingen sich gegenseitig und schreiten gewissermaßen im Gleichschritt voran. Dem konkreten Textkorpus wurden demnach noch bis zum Abschluss der Datenanalyse und Theoriebildung weitere Texte hinzugefügt. Dieser Prozess der theoriegeleiteten Zusammenstellung bzw. Reduktion des Datenumfangs, der prinzipiell auf die Sättigung der erhobenen Kategorien abzielt, wird im Rahmen der Grounded Theory als »theoretisches Sampling« (Strauss 1991: 70f.; Strauss/Corbin 1996: 148-165; Glaser/Strauss 2005: 53-83) bezeichnet, das sich deutlich vom allgemein üblichen »statistischen Sampling« unterscheidet (Strauss/Corbin 1996: 161; Glaser/Strauss 2005: 70).

Allgemein formuliert orientiert sich das Theoretical Sampling an dem Prinzip des »permanenten Vergleichs« (Glaser 1965; Glaser/Strauss 2005: 107-121) im Sinne maximaler und minimaler Kontrastierung: Den Anfangspunkt eines derartigen Forschungsprozesses stellt die Auswahl eines bedeutsam erscheinenden Textes dar, der entsprechend der zentralen Forschungsfrage analysiert wird. Der anschließende Analyseschritt baut auf den Auswertungsergebnissen des ersten Textes auf, d.h., man sucht nach Aussagegehalten, die den soeben gewonnenen Erkenntnissen entweder sehr ähnlich sind oder sich maximal von diesen unterscheiden. Während die Suche nach Maximalvergleichen notwendig ist, um die heterogenen Bestandteile eines Diskurses oder einer Kategorie in ihrer Breite zu erfassen und die Reichweite der Theorie zu bestimmen, dient die minimale Kontrastierung dem Ziel, einen spezifischen Teilaspekt möglichst umfassend zu kartografieren und das Kategoriensystem insgesamt zu konsolidieren (Glaser/Strauss 2005: 62-66). Dieser Suchprozess wird so lange fortgeführt, bis man nur noch auf Wiederholungen stößt, die bekanntlich das Entscheidende bei der Rekonstruktion eines Diskurses sind. Mit anderen Worten: Jeder weitere Analyseschritt bringt mit Blick auf die zentrale Forschungsfrage keine neuen, sondern lediglich die Bestätigung bekannter Erkenntnisse mit sich (Strauss 1991: 49). Dieser Punkt, der auch als »theoretische Sättigung« (Strauss/Corbin 1996: 165; Glaser/Strauss 2005: 69) bezeichnet wird, läutet das Ende des empirischen Prozesses der Datenauswertung und Korpusbildung ein, da nun mit guten Gründen behauptet werden kann, dass die wichtigsten Kategorien und Phänomene bezogen auf eine spezifische Forschungsfrage erfasst wurden, wenngleich hierfür nur ein Bruchteil der theoretisch möglichen Diskursbeiträge in den Blick geraten sind.

Die Auswahl des bedeutsamen Ausgangsdokuments erfolgt entweder intuitiv oder kriterienorientiert (Keller 2008b: 91). So kann es sich hierbei beispielsweise um den Beitrag eines Sprechers handeln, der als diskursive Elite in einem bestimmten gesellschaftlichen Feld in Erscheinung tritt oder dem von anderen Diskursteilnehmern eine zentrale Bedeutung im Hinblick auf die Durchsetzung eines bestimmten Themas zugeschrieben wird. Beide Kriterien treffen auf den hier als bedeutsam ausgewählten Diskursbeitrag von Gerhard Schröder zu, dessen Artikel mit dem Titel »Die zivile Bürgergesellschaft« (Schröder 2000a) den

Ausgangspunkt der vorliegenden Diskursanalyse bildete. Mittels der Bildung von Minimal- und Maximalvergleichen wurde im Anschluss an dessen Analyse nach Diskursbeiträgen politischer Eliten gesucht, die, wie etwa die Statements der Mitglieder der rot-grünen Bundesregierung, möglichst ähnlich ausfallen sowie nach kontrastreichen Stellungnahmen, die in den Reihen der Politiker der Opposition vermutet wurden. Angesichts der erheblichen Dynamik, die der Engagementdiskurs seit der Jahrtausendwende auf der bundespolitischen Ebene entwickelt hat, erschien es somit sinnvoll, den politischen Bereich als, wie es Diaz-Bone und Schneider formulieren, »interdiskursive Tür« für den »Feldzugang« zu benutzen« (Diaz-Bone/Schneider 2008: 511). Ausschlaggebend hierfür war zudem, dass die rot-grüne Bundesregierung vor allem in ihrer ersten Legislaturperiode erhebliche Bemühungen unternommen hat, um in Sachen Bürgergesellschaft und freiwilliges Engagement neben den unterschiedlichen Spezialdiskursen auch die Interessen der beteiligten Diskursteilnehmer in den Blick zu nehmen, die Datengrundlagen zum freiwilligen Engagement zu erweitern und all diese Informationen in eine rechtlich angemessene Form zu gießen.

Somit bot es sich an, das Textkorpus von seinem Ergebnis her, d.h. der Institutionalisierung einer staatlichen Engagementpolitik seit der Jahrtausendwende, zu entwickeln. Mittels der skizzierten Samplingstrategie wurde eine Vielzahl kontrastiver und ähnlicher Beiträge zum Thema Bürgerengagement auf bundespolitischer Ebene identifiziert, die in verschiedenen institutionellen Settings geäußert bzw. publiziert worden sind. Infolgedessen setzt sich auch das Datenkorpus aus sehr unterschiedlichen Textsorten zusammen: Neben Gesetzestexten, Protokollen von Plenardebatten, Pressemitteilungen und Parteiprogrammen gehören auch diverse politische-wissenschaftliche Berichte, Selbstdarstellungen von Modellprogrammen, Bundestags-Drucksachen und Reden von Politikern unterschiedlicher Couleur zum Textkorpus.

Die Verfahrensweise der Grounded Theory lebt davon, basierend auf bereits gewonnenen Analyseergebnissen immer wieder neue, sog. »generative Fragen« (Strauss 1991: 44) an den Untersuchungsgegenstand zu stellen, die durch Hinzunahme weiterer Texte beantwortet werden. In diesem Sinne galt es, sich nach der umfassenden Analyse der Verbreitung des Engagementdiskurses auf bundespolitischer Ebene die Frage zu stellen, wo die Ursprünge dieser verbalen Hochkonjunktur seit der Jahrtausendwende lagen. Um die Karriere bzw. die Entwicklung der engagementspezifischen Debatten im zeitlichen Verlauf zu rekonstruieren, wurde somit im nächsten Schritt gezielt nach Hinweisen auf andere diskursive Eliten, wie etwa auf Intellektuelle/Wissenschaftler, Medienvertreter und zivilgesellschaftliche Kräfte, gefahndet, die sich bereits vor dem Regierungsantritt der rot-grünen Regierung im Jahr 1998 hiermit beschäftigt haben. Als zentrale Erkenntnis dieses Suchprozesses gilt festzuhalten, dass engagementbezogene Themen bis Mitte der 1990er Jahre vor allem in Wissenschaftskreisen, von verschiedenen Freiwilligenvertretungen, von den Repräsentanten der deutschen (Groß)Vereine und Wohlfahrtsverbände sowie in den Medien diskutiert wurden. Politische Eliten setzten sich mit diesem Thema – mit Ausnahme einiger Kommunal- und Landespolitiker – erst seit Mitte der 1990er Jahre in verstärktem Maße auseinander. Die Identifikation der zentralen Diskursteilnehmer und die Aufnahme ihrer Diskursbeiträge in das Korpus waren besonders wichtig, da das Textkorpus – wie eingangs erwähnt – nicht nur der Analyse der Dispositive der Freiwilligkeit, sondern auch der Hegemonieanalyse der sich

um die institutionelle Dimension der Engagementförderung entspinrenden Konflikte zwischen gesellschaftlich-politischen Diskurskoalitionen zugrunde liegt.

Durch die Fokussierung des Vorgehens auf diskursive Eliten konnten jedoch nicht nur die unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereiche identifiziert werden, in denen engagementspezifische Fragen diskutiert wurden, sondern es kristallisierte sich auch ein Zeitraum von knapp 25 Jahren, d.h. von 1985 bis 2009, heraus, in welchem engagementspezifische Themen durch ihre zunehmende Problematisierung zunächst öffentliche Aufmerksamkeit und mit etwas Verzögerung auch bundespolitisches Interesse erregten. Für den Anfangspunkt der Untersuchung Mitte der 1980er Jahre war ausschlaggebend, dass die Debatten zum neuen Ehrenamt seitdem angesichts der voranschreitenden Institutionalisierung der Neuen Sozialen Bewegungen und der Ausbreitung innovativer Organisationsformen, wie Selbsthilfegruppen, Bürgerinitiativen usw., deutlich an Dynamik gewannen (Roth 1992; Brand 2010: 135-138). Hiermit einher ging die zunehmende Thematisierung neuer Ehrenamtsformen in der Dritte-Sektor- und Ehrenamts-Forschung (u.a. Olk 1987, 1989a, 1989b; Braun 1989; Rauschenbach 1991), sowie – allerdings mit etwas Verzögerung – in der traditionellen Vereins- und Verbandslandschaft (für den Caritasverband vgl. Gaidetzka 1989b; Bock 1989, 1990). Die Wahl des Jahres 2009 als Endpunkt der Untersuchung resultiert erstens aus der forschungspragmatischen Entscheidung, einen Zeitpunkt zu wählen, der vor dem Beginn des Dissertationsprojektes im Jahr 2010 lag. Da sich die Analyse des diskursiven Geschehens auf der bundespolitischen Ebene zweitens an den Legislaturperioden der jeweiligen Bundesregierungen orientiert, fällt das Ende des engeren Untersuchungszeitraums mit dem Regierungswechsel im Jahr 2009 zusammen.

Die theoriegeleitete Zusammenstellung des Textkorpus gemäß des soeben beschriebenen Suchverfahrens orientierte sich jedoch nicht nur an den Beiträgen diskursiver Eliten, sondern auch an der diskursiven Karriere spezifischer Argumente, denen durch ihr wiederholtes Auftreten eine zentrale Bedeutung zukommt. Die gezielte, am permanenten Vergleich orientierte Suche nach derartigen Aussagen in Folgebeiträgen sensibilisierte hierbei für mögliche Transformationsprozesse, die diese in einem bestimmten Zeitraum durchlaufen haben: So kann sich einerseits die Reichweite eines Arguments entscheidend verändern, wenn es von einer großen Anzahl diskursiver Eliten verwendet wird. Andererseits führt der unterschiedliche Gebrauch eines Arguments durch verschiedene Diskursteilnehmer mitunter zu inhaltlichen Bedeutungsverschiebungen und Brüchen, die durch die Analyse minimaler und maximaler Vergleichsfälle sichtbar werden. Im Zuge der Analyse der diskursiven Karriere bestimmter Argumente gerieten zudem die sog. »diskursiven Abgrenzungs- und Kopplungsmanöver« (Schwab-Trapp 2002: 78) der diskursiven Eliten in den Blick, die sich als Diskurskoalitionen um bestimmte Argumente bzw. Storylines mit dem Ziel gruppierten, in diskursiven Auseinandersetzungen eine bestimmte Narration als legitim durchzusetzen. Um dieses Vorgehen zu veranschaulichen, sei hier auf das empirisch gewonnene Argument verwiesen, dass freiwilliges Engagement ein förderungswürdiges Mittel zur Lösung gesamtgesellschaftlicher Krisen sei. An die Erkenntnis, dass dieses Argument seit der Jahrtausendwende auf der bundespolitischen Ebene ein zentrales Aussagereignis darstellt, schloss sich die Frage an, ob dieses Argument im medialen und zivilgesellschaftlichen Kontext Anfang der 1990er Jahre in ähnlicher oder abweichender Weise verwendet wurde. Dieser Suchprozess wurde so lange fortgesetzt, bis die Analyse von

Beiträgen weiterer Diskursteilnehmer keine zusätzlichen Erkenntnisse hinsichtlich der diskursiven Karriere dieses Arguments mehr mit sich brachte und sich ein Sättigungseffekt einstellte.

Mittels dieser theoriegenerierenden Suchkriterien hat sich im Laufe des empirischen Datenauswertungsprozesses ein Textkorpus mit ca. 800 Dokumenten herauskristallisiert. Die nachfolgende Übersichtstabelle beinhaltet nicht das gesamte Textkorpus, sondern nur diejenigen Publikationen, die in dieser Forschungsarbeit auch tatsächlich Erwähnung finden (vgl. Tab. 1).⁴ Obgleich die systematische Analyse der medialen, gesellschaftlichen und politischen Debatten über freiwilliges Engagement auf den Zeitraum von 1985 bis 2009 beschränkt ist, wurden zudem ausgewählte Publikationen, die im Anschluss an den engeren Untersuchungszeitraum zwischen 2010 und 2012 erschienen sind, unsystematisch in das Textkorpus aufgenommen.⁵ Angesichts der Multidimensionalität des Diskursiven und den interdiskursiven Eigenschaften des Engagementdiskurses setzt sich das Korpus aus verschiedenen Textsorten zusammen. Dementsprechend unterschiedlich fällt auch der Umfang der einzelnen Dokumente aus: Das Spektrum reicht von Zeitungsartikeln, die wenige Zeilen umfassen, bis hin zu Kommissionsberichten mit mehreren 100 Seiten.

Tab. 1: Textkorpus der Dispositiv- und Hegemonieanalyse

Publikationsart	1985-2009	2010-2012
Zeitungs- und Zeitschriftenartikel (FAZ, SZ, Zeit Online, Der Spiegel/Spiegel Online, Focus)	245	8
Politische Dokumente (Reden, Pressemitteilungen, Parteiprogramme, Koalitionsverträge, Drucksachen und Plenarprotokolle des Deutschen Bundestages, politisch-wissenschaftliche Berichte)	184	16
Veröffentlichungen von Vereinen, Verbänden, Stiftungen und Kirchen	75	2
Gesamt	504	26

Quelle: eigene Darstellung

4 | Ein Verzeichnis der insgesamt 530 Einzeldokumente, die im Text direkt zitiert bzw. als Belege angeführt werden, befindet sich am Schluss dieser Forschungsarbeit (vgl. Kap. 9).

5 | Die zusätzlich für den Zeitraum von 2010 bis 2012 ausgewählten Publikationen wurden im Anhang gesondert zusammengetragen (vgl. Kap. 9.2). Ihre Auswahl erfolgte mittels einer gezielten Stichwortsuche, die sich an zentralen Diskursereignissen nach dem Jahr 2009 orientierte (z.B. der Nationalen Engagementstrategie der Bundesregierung im Jahr 2010, der Einführung des Bundesfreiwilligendienstes im Jahr 2011 oder der Veröffentlichung des ersten Engagementberichts der Bundesregierung im Jahr 2012). Mit Blick auf die mediale Berichterstattung enthält dieses Korpus auch Artikel aus Zeitschriften bzw. Zeitungen, die im Zeitraum von 1985 bis 2009 nicht systematisch erfasst wurden.

Die Zusammenstellung des Textkorpus ist einerseits den theoriegenerierenden Einsichten in die spezifische Karriere des Engagementdiskurses zwischen 1985 und 2009 geschuldet und ergibt sich andererseits aus der zentralen Forschungsfrage der vorliegenden Arbeit. Entsprechend der Erkenntnis, dass engagement-spezifischen Themen bis Mitte der 1990er Jahre von bundespolitischer Seite ein geringes Maß an Aufmerksamkeit entgegengebracht wurde, besteht auch das Textkorpus bis zum Jahr 1998 überwiegend aus nicht-politischen Beiträgen. Es setzt sich bis dato vornehmlich aus Berichten und Kommentaren großer deutscher Tages- und Wochenzeitungen, wissenschaftlichen Publikationen und öffentlich zugänglichen Statements von Vertretern der Wohlfahrtsverbände, Kirchen, Vereine und Stiftungen zusammen. Die Beiträge der zuletzt genannten Diskursteilnehmer wurden jedoch nur zwischen 1985 und 1998 systematisch erhoben. Dies bedeutet jedoch keineswegs, dass die diesbezüglichen Diskussionen hier seitdem zum Erliegen kamen. Vielmehr stellt die Konzentration auf die bundespolitische Ebene seit dem Jahr 1998 nicht nur eine forschungspragmatische Notwendigkeit, sondern eine Konsequenz der zentralen Problemstellung dieser Forschungsarbeit dar, die schwerpunktmäßig nach den De- und Reinstitutionalisierungsprozessen fragt, die der dominante Engagementdiskurs auf der bundespolitischen Ebene nach sich gezogen hat. Da sich das Jahr 1998 im Zuge der Analyse als entscheidender Wendepunkt im bundespolitischen Umgang mit freiwilligem Engagement und den institutionellen Fragen einer staatlichen Engagementpolitik herauskristallisiert hat, war es im Sinne der zentralen Fragestellung nur folgerichtig, den Fokus der empirischen Untersuchung seit 1998 auf den bundespolitischen Bereich zu legen.

Entscheidend für die Zusammensetzung dieses Textkorpus war neben der Orientierung an theoriegenerierenden Minimal- und Maximalvergleichen das Prinzip der Öffentlichkeit, denn nur öffentlich zur Diskussion gestellte Beiträge konnten hier in den Blick genommen werden. Dementsprechend wurden die aufgelisteten politischen Dokumente, wie etwa die Protokolle der Bundestagsdebatten, Bundestags-Drucksachen, politische Reden usw., überwiegend den Dokumentenservern unterschiedlicher offizieller Internetseiten, z.B. des Deutschen Bundestages, des Deutschen Bundespräsidenten, der einzelnen Bundesministerien, der politischen Parteien und der politischen Stiftungen entnommen. Die Analyse der medialen Berichterstattung zwischen 1985 und 2009 beschränkt sich auf die Analyse von Printmedien, genauer gesagt auf Presseartikel der folgenden großen deutschen Tages- und Wochenzeitungen: *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)*, *Süddeutsche Zeitung (SZ)*, *Zeit Online*, *Der Spiegel* und *Spiegel Online* sowie des *Focus*. Bei den ausgewählten Presseerzeugnissen handelt es sich um einige der auflagenstärksten überregionalen Wochen- und Tageszeitungen in Deutschland, die gleichsam ein recht breites politisches Spektrum abdecken. Es ist somit davon auszugehen, dass diese ein aussagekräftiges Bild vom öffentlich vorherrschenden Wissensstand zum Thema Bürgerengagement im Untersuchungszeitraum vermitteln können.⁶

6 | Auf die Analyse von Populärmedien, wie der *BILD*-Zeitung oder anderer Boulevardzeitungen, deren Relevanz für die öffentliche Meinungsbildung wohl unbestritten sein dürfte, wurde im Rahmen der vorliegenden Arbeit aus forschungspragmatischen Gründen verzichtet. Stattdessen erfolgte eine Fokussierung auf die genannten bildungsbürgerlichen Leitmedien.

Im Allgemeinen weisen Printmedien im Gegensatz zur Fernsehberichterstattung zudem den unschätzbaren Vorteil auf, dass sie, wie Michael Schwab-Trapp (2002: 83) zutreffend bemerkt, gesellschaftliche Debatten zumeist über eine längere Zeitspanne hinweg verfolgen. Hierdurch treten die Ursprünge, Inhalte und Teilnehmer einer Diskussion detaillierter in Erscheinung als dies oftmals bei visuellen Medien der Fall ist. Für eine Fokussierung auf Printmedien sprechen ferner forschungsökonomische Gründe: Erstens fehlt es bislang noch an den notwendigen diskursanalytischen Auswertungsverfahren, die eine methodisch kontrollierte Analyse von Bild-, Video- und Tondaten in einem computergestützten Setting, wie dem Vorliegenden, erlauben würden (Schwab-Trapp 2002: 83; Diaz-Bone/Schneider 2008: 524). Zweitens lassen sich die relevanten Artikel über die Internetsuchmaschinen der Zeitschriftenarchive vergleichsweise einfach identifizieren und zusammenstellen. In diesen online zugänglichen Archiven wurde für den gegebenen Zeitraum nach den zentralen Stichworten (Bürger- und Zivilgesellschaft, freiwilliges/bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt) gesucht und die geeigneten Artikel nach einer ersten kursorischen Lektüre in das Textkorpus aufgenommen.

Die Durchsicht und Analyse der politischen Stellungnahmen und der Medienberichterstattung lieferte wiederum Hinweise auf weitere gesellschaftliche Kräfte, die sich rege an der Engagementdiskussion beteiligt haben. Besonders häufig fanden hierbei die großen Wohlfahrtsverbände, allen voran der Deutsche Caritasverband (DCV), sowie die (Sport)Vereine Erwähnung. Aufgrund dieser inhaltlichen Verweisungszusammenhänge und forschungsökonomischer Notwendigkeiten wurden mit Blick auf die Rekonstruktion der Ehrenamtsproblematik in der deutschen Vereins- und Verbandslandschaft im Zeitraum zwischen 1985 und 1998 nur die diesbezüglichen Beiträge der Caritas – stellvertretend für die übrigen Wohlfahrtsverbände – systematisch erhoben. Für diese Fokussierung spricht zudem, dass auch in den wissenschaftlichen Diskussionen übereinstimmend konstatiert wird, dass die Wohlfahrtsverbände und (Groß-)Vereine seit Ende der 1980er Jahre mit ähnlichen Problemen in Sachen Ehrenamt konfrontiert waren (vgl. u.a. Olk 1989a: 7f. sowie die Beiträge in: Kistler/Noll/Priller 1999). Der Zugriff auf die öffentlichkeitserzeugenden Diskussionen des Deutschen Caritasverbandes erfolgte über die verbandseigenen Zeitschriften *Caritas* und *Sozialcourage*, deren Inhaltsverzeichnisse für die Jahrgänge von 1985 bis 1998 auf die bereits genannten Stichworte hin durchsucht wurden. Ebenso berücksichtigt wurden ausgewählte Beiträge aus dem Caritas-Jahrbuch.

Neben der systematischen Erfassung der genannten Publikationen des Caritasverbandes wurden zudem Veröffentlichungen anderer gesellschaftlicher Kräfte unsystematisch in die Analyse eingebunden, die im Zuge der gezielten Suche nach weiteren relevanten Diskursteilnehmern in Erscheinung getreten sind: So gehören beispielsweise auch einige Artikel aus den verbandseigenen Zeitschriften der AWO, der Diakonie und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes sowie die themenrelevanten Jahresberichte der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V. (BAGFW) zum Textkorpus. Ergänzend wurde zudem eine Reihe von Veröffentlichungen gesellschaftlicher Diskursteilnehmer hinzugezogen, die zeigen, dass die Themen Bürgergesellschaft und Ehrenamt bereits Anfang der 1990er Jahre große öffentliche Aufmerksamkeit erregten. Hierzu zählen u.a. Dokumentationen der in den 1990er Jahren mit zunehmender Zahl stattfindenden diesbezüglichen Tagungen, engagementspezifische Publikationen von politischen und politikfernen

Stiftungen sowie einzelne Statements von Vertretern der Kirchen, des Deutschen Kulturrates e.V., des Deutschen Kinderhilfswerkes, des Deutschen Bundesjugendrings und des Deutschen Sportbundes. Bereits die Vielfalt der genannten Diskurs Teilnehmer verweist eindrücklich auf die inhaltliche Breite und die erstaunliche Resonanz der engagementspezifischen Debatten im Zeitraum zwischen 1985 und 1998, d.h., noch bevor bundespolitische Subjekte diesem Thema ein vermehrtes Interesse entgegengebracht.

Keine gesonderte Erwähnung im Textkorpus finden die zahlreichen wissenschaftlichen Beiträge, die als wichtige Informationsquelle ein unverzichtbares Grundlagenwissen für die Analyse des Engagementdiskurses bereitgestellt haben. Denn obgleich es das Ziel dieser Diskursanalyse war, die empirischen Erkenntnisse für sich selbst sprechen zu lassen, lag auch hier, wie Diaz-Bone treffend bemerkt, »die scheinbar paradoxe Situation vor, dass bereits ein Vorab-Wissen über den Diskurs vorliegen muss, um ihn empirisch zu ›erkennen« (Diaz-Bone 1999: 130f.). Wissenschaftliche Diskussionen flossen vor allem dann in die Präsentation der empirischen Ergebnisse ein, wenn es sich z.B. um Studien oder Expertenberichte handelte, die von politischen Eliten oder Stiftungen in Auftrag gegeben wurden, oder um wissenschaftliche Erkenntnisse, die, wie etwa statistische Erhebungen zum Umfang freiwillig erbrachter Leistungen, von einer Vielzahl zentraler Diskursteilnehmer rezipiert wurden.

Nachdem der Verlauf der Datenerhebung und Textkorpusbildung nun in detail skizziert worden ist, gilt es im Folgenden, dem zweiten zentralen Element des Forschungsprozesses Aufmerksamkeit zu schenken, das, wie bereits erwähnt, im Gleichschritt mit dem Textsampling voranschreitet: der Datenauswertung.

3.4 DATENAUSWERTUNG

Es ist bereits mehrfach angeklungen, dass sich die vorliegende Diskursanalyse als ein offener und entdeckender Analyseprozess versteht, der im Spektrum der qualitativ-interpretativen Sozialforschung zu verorten ist. Die Entscheidung für ein derartiges Vorgehen fußt zum einen auf dem bereits erläuterten Fehlen eines umfassenden diskursspezifischen Vorab-Wissens und zum anderen auf der von Michael Schwab-Trapp treffend formulierten Erkenntnis, dass

»nur eine interpretative Analyse, die auch ›zwischen den Zeilen‹ liest und Verbindungslinien zwischen Diskursbeiträgen zieht, der diskursanalytisch zentralen Prämisse gerecht werden [kann], dass die Bedeutung eines Textes nicht in diesem selbst, sondern in den Beziehungen besteht, die Diskursbeiträge untereinander und zu anderen Diskursen eingehen.« (Schwab-Trapp 2002: 73)

Im Hinblick auf die interpretative Feinanalyse wird im Folgenden erneut auf die Grounded Theory Bezug genommen, da diese nicht nur für den soeben ausführlich skizzierten Prozess des Textsamplings, sondern auch für den konkreten Umgang mit dem empirischen Datenmaterial sowohl im Rahmen der Dispositiv- als auch der Hegemonieanalyse wertvolle Hinweise liefert. An dieser Stelle sei nochmals daran erinnert, dass es sich bei der gegenstandsbezogenen Theoriebildung entlang der Prämissen der Grounded Theory um einen spiralförmigen Suchpro-

zess handelt, der sich durch eine beständige »Hin- und Herbewegung zwischen theoretisch angeleiteter Empirie und empirisch gewonnener Theorie« auszeichnet (Dausien 1996: 93). Der Erkenntnisprozess tritt folglich als stetiges Wechselspiel aus induktiver Generierung neuer Annahmen und deduktiver Überprüfung der gewonnenen Einsichten am empirischen Datenmaterial in Erscheinung, weshalb Inga Truschkat diesen zutreffend als einen »iterativ-zyklische[n] Prozess experimenteller Erprobung« bezeichnet (Truschkat 2013: 80). Die Stärke dieser spezifischen Vorgehensweise liegt Glaser und Strauss (2005: 83) zufolge darin, dass die entwickelten Kategorien aus den empirischen Daten selbst hervorgehen und von diesen zugleich permanent kontrolliert werden.

Im Mittelpunkt der konkreten Analysetätigkeit in Anlehnung an die Grounded Theory stehen der Prozess des »Kodierens« und das Schreiben sog. »Memos«. Memos sind »schriftliche Analyseprotokolle« (Strauss/Corbin 1996: 169), die in Form von Code-Notizen, theoretischen Kommentaren oder Planungs-Notizen den Prozess der Auswertung des umfassenden Textkorpus fortwährend begleitet haben. Diese Notizen dienen dem grundlegenden Ziel, weiterführende und erläuternde Überlegungen zu spezifischen Textpassagen und vergebenen Codes festzuhalten, wodurch nicht nur die Nachvollziehbarkeit der Erkenntnisse erleichtert, sondern auch der letztendliche Theoriebildungsprozess angeleitet wurde (vgl. ausführlich Strauss 1991: 45, 151-174; Strauss/Corbin 1996: 169-192). Unter Kodierung im Sinne der Grounded Theory versteht man die »analytisch-interpretative Gewinnung theoretischer Begriffe bzw. Kategorien aus dem empirischen Datenmaterial heraus« (Keller 2008b: 94). Im Gegensatz zu Verfahren, bei denen ein deduktiv gewonnenes Kategoriennetz über das Datenmaterial gelegt wird, zeichnet sich der Kodierprozess der Grounded Theory dadurch aus, dass die einzelnen Kategorien induktiv im Zuge der Datenauswertung und im stetigen Abgleich mit den bisherigen Analyseergebnissen sukzessive entwickelt werden. Um die empirisch gewonnenen Erkenntnisse interpretativ zu durchdringen und diese letztendlich zu einer aussagekräftigen Theorie zu verdichten, untergliedern die Vertreter der Grounded Theory den Kodierprozess in drei Phasen und unterscheiden zwischen dem offenen, axialen und selektiven Kodieren (Strauss 1991: 94; Strauss/Corbin 1996: 40). Die einzelnen Kodierphasen gelten wiederum dann als abgeschlossen, wenn sich insofern ein datenbezogener Sättigungseffekt einstellt, als die Formulierung von zusätzlichen Fragen und das Anstellen weiterer Vergleiche keinen zusätzlichen Erkenntnisgewinn mehr mit sich bringen.

Durch die Orientierung an den genannten Analyseschritten der Grounded Theory wird der Auswertung des umfangreichen Textkorpus ein notwendiges Maß an Nachvollziehbarkeit und Struktur verliehen. Allerdings darf sich der Analyseprozess hierbei, will er offen und entdeckend bleiben, nicht in ein allzu enges Korsett pressen lassen. Dementsprechend bildete die Vorgehensweise der Grounded Theory einen method(olog)ischen Rahmen für das vorliegende diskursanalytische Untersuchungsprogramm, der jedoch entsprechend des jeweiligen Erkenntnisinteresses im Forschungsprozess modifiziert und angepasst wurde. Im Gegensatz zur Darstellung des Textkorpus ist es bei der nachfolgenden Skizzierung des konkreten Auswertungsprozesses notwendig, zwischen den verschiedenen Untersuchungssträngen dieser Arbeit, d.h. der Dispositivanalyse einerseits und der Hegemonieanalyse andererseits, zu unterscheiden. Obgleich sich beide Diskursanalysen auf das erarbeitete Textkorpus beziehen und ihnen, zumindest im Anfangsstadium,

dieselben Analyseschritte in Anlehnung an die Grounded Theory zugrunde liegen, operieren sie auf unterschiedlichen Erkenntnisebenen und werden daher im Folgenden getrennt voneinander betrachtet. Gerade die als Hegemonieanalyse konzeptualisierte Diskursanalyse ist hierbei mit zusätzlichen methodischen Anforderungen verknüpft. Im Rahmen dieses Methodenkapitels werden für beide Untersuchungsstränge nur diejenigen Analyseschritte präsentiert, die sich auf die konkrete Datenauswertung in Anlehnung an die Prämissen der Grounded Theory beziehen. Die zusätzlichen hegemonieanalytischen Überlegungen werden aus Gründen der besseren Nachvollziehbarkeit der Ergebnispräsentation in einem eigenen Methodenkapitel im Anschluss an den ersten Teil der Ergebnisdarstellung gesondert vorgestellt (vgl. Kap. 5).

Die Datenauswertung erfolgte in beiden Fällen computergestützt mit Hilfe der Datenanalysesoftware MAXQDA. Dieses Programm wurde speziell für die qualitative Analyse und Verwaltung großer Textmengen entwickelt (Kelle 2004: 488f., 499) und trug somit maßgeblich zur Vereinfachung und Verkürzung des Untersuchungsprozesses bei, zumal ein Großteil der verwendeten Dokumente bereits in digitalisierter Form vorlag. Zudem orientiert sich der methodische Aufbau von MAXQDA an den Prämissen der Grounded Theory. So konnten hiermit die einzelnen Codes beginnend mit dem ersten Textdokument sukzessive entwickelt und revidiert sowie in einen flexibel handhabbaren Code-Baum integriert, Kommentare und gedankliche Verknüpfungen in Memos festgehalten und die Kategorien des Kodiersystems mit ihren jeweiligen Textpassagen einzeln ausgegeben werden. Zudem trägt diese Analysesoftware dem Prinzip der Offenheit diskursanalytischer Verfahren im Anschluss an die Grounded Theory insofern Rechnung, als stets neue Textdokumente hinzugefügt, bestehende Kategorien neudefiniert und Textstellen jederzeit rekodiert werden können (Diaz-Bone/Schneider 2008: 519-524).

3.4.1 Die Analyse der Dispositive der Freiwilligkeit

Bereits Strauss und Corbin weisen darauf hin, dass die Phasen des offenen und axialen Kodierens zumeist nur analytisch voneinander getrennt werden können, da sich der konkrete Forschungsprozess in der Regel, so auch in diesem Fall, durch einen beständigen Wechsel zwischen diesen beiden Kodiermodi auszeichnet (Strauss/Corbin 1996: 77). Beginnend beim hier als bedeutsam ausgewählten Diskursbeitrag »Die zivile Bürgergesellschaft« von Gerhard Schröder (2000a) setzte ein Prozess des offenen Kodierens ein (Strauss 1991: 95-101; Strauss/Corbin 1996: 43-55), im Rahmen dessen die engagementbezogenen Phänomene und Ereignisse durch die Vergabe von Codes kategorisiert und systematisiert wurden. Dieser Prozess des offenen Kodierens wurde im Sinne des axialen Kodierens stets von Bemühungen begleitet, die unverbundenen Codes zueinander in Beziehung zu setzen und zu aussagekräftigen Kategorien zu verdichten (Strauss 1991: 101-106; Strauss/Corbin 1996: 75-93). Indem dieser Vorgang auch auf die übrigen Texte des sich sukzessive entwickelnden Textkorpus – allerdings mit abnehmendem Detailreichtum – angewandt wurde, wurden die engagementbezogenen Kategorien im Verlauf des Kodierprozesses fortwährend erweitert und spezifiziert. Hierbei wurde mitunter auf die Möglichkeit der In-Vivo-Kodierung zurückgegriffen, d.h., ein im Text direkt vorkommender, besonders aussagekräftiger Begriff wurde als Bezeichnung für einen Code oder eine übergeordnete Kategorie herangezogen. So geht z.B. die

Bezeichnung der aktivierungsprogrammatischen Subjektivierungsfigur durch den Code »engagierter Bürger« auf eine derartige In-Vivo-Kodierung zurück.

Der Einsicht in die Multidimensionalität des Diskursiven Rechnung tragend wurden die entwickelten Kategorien entlang der Dimensionen Körper, Objekte, Institutionen und Episteme gruppiert sowie gleichzeitig den subjektbezogenen Verhaltensaufforderungen Aufmerksamkeit geschenkt. Im Hinblick auf die institutionelle Dimension konnte auf diese Weise eine Übersicht über die zentralen engagementspezifischen Institutionen zusammengestellt werden, die von den traditionellen deutschen Wohlfahrtsverbänden und Großvereinen über Selbsthilfegruppen, Bürgerinitiativen und Freiwilligenagenturen bis hin zu engagementsspezifischen landes- und bundespolitischen (Modell-)Programmen (z.B. Mehrgenerationenhäuser, Initiative ZivilEngagement) und Gesetzesinitiativen (z.B. »Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements«) reicht. Die aufscheinenden Körperbezüge beschränken sich im vorliegenden Fall auf die gesundheitsbezogenen Vorteile des freiwilligen Engagements sowie ihre Anti-Aging-Wirkung. Die Objektdimension untergliedert sich in ehrenamtstypische Objekte der Anerkennung, wie etwa Ehrennadeln und -medaillen, sowie in unterschiedlich konnotierte freizeitbezogene Objekte, wie das Sofa, den Fernseher, die Inline-Skates oder den Game-Boy. Außerdem wurde eine große Vielzahl wissensbezogener Kategorien identifiziert, von denen hier nur einige exemplarisch genannt werden: Freiwilliges Engagement trat in Erscheinung als Allheilmittel gesamtgesellschaftlicher Krisenerscheinungen, als brachliegendes Potenzial und Ressource, als altruistischer Akt der Selbstverpflichtung, als sinnvolle Freizeitgestaltung oder als generationsübergreifender Dienst an der Gemeinschaft. Wissenschaftliche Spezialdiskurse, wie etwa der Struktur- und Motivationswandel des Ehrenamtes sowie die Debatten zum Thema Selbstentfaltung und Individualisierung, fanden hier ebenso Berücksichtigung wie erfahrungsbasierte Wissensbestände, wozu z.B. die in der Vereins- und Verbandslandschaft verbreitete Rede von der Krise des Ehrenamtes zählt.

Indem diese unterschiedlichen Dimensionen zudem entsprechend ihres zeitlichen Auftretens geordnet wurden, konnte nachvollzogen werden, wie sich die einzelnen Dimensionen der Regierung der Freiwilligkeit zwischen 1985 und 2009 verändert bzw. entwickelt haben. Während z.B. mit Blick auf die institutionelle Dimension bis weit in die 1990er Jahre hinein vor allem die traditionellen deutschen Wohlfahrtsverbände und Großvereine, alternative Bündnisformen, wie Selbsthilfegruppen und Bürgerinitiativen, und nur einzelne landes- und bundespolitische (Modell-)Programme (z.B. Seniorenbüros und Selbsthilfekontaktstellen) im Mittelpunkt standen, erweiterte sich dieses Spektrum seit der Etablierung einer staatlichen Engagementpolitik im Jahr 1998 um eine Vielzahl von bundespolitischen Modellprojekten und Gesetzesinitiativen. Durch die Berücksichtigung der zeitlichen Dimension konnte zudem die Veränderbarkeit wissenschaftlichen Spezialwissens im Zuge seiner – insbesondere politischen – Rezeption offengelegt werden: Exemplarisch hierfür sei auf die seit Mitte der 1980er Jahre in der Ehrenamtsforschung mit zunehmender Intensität diskutierte These vom neuen Ehrenamt und der damit einhergehenden brachliegenden Engagementpotenziale verwiesen, die im Laufe der 1990er Jahre sowohl Eingang in verbandliche wie auch politische Diskussionen fand und im Rahmen letzterer schließlich in die Annahme einer engagementspezifischen Win-win-Situation mündete. Ähnliches gilt für die Objekt- und Körper-

bezüge, denn sowohl die Bedeutung von objektbezogenen Anerkennungsformen wie der Ehrennadel als auch die Fokussierung auf die gesundheitsförderlichen Implikationen des Ehrenamtes waren im Untersuchungszeitraum grundlegenden Veränderungen unterworfen.

Um die Regierung der Freiwilligkeit, verstanden als sich überlagernde und ineinander übergehende Dispositive der Freiwilligkeit, im Untersuchungszeitraum zu erfassen, war es im nächsten Schritt notwendig, den Verknüpfungen zwischen diesen unterschiedlichen Aussagedimensionen Aufmerksamkeit zu schenken. Auch hierfür liefert die Grounded Theory, genauer gesagt: der auf einer höheren Abstraktionsebene angesiedelte Prozess des selektiven Kodierens, wertvolle Hinweise (Strauss 1991: 106-115; Strauss/Corbin 1996: 94-117). Das Ziel dieses abschließenden Kodiervorgangs besteht darin, den »roten Faden« (Strauss/Corbin 1996: 98) zu identifizieren, der die einzelnen Kategorien – bezogen auf eine Kern- oder Schlüsselkategorie – zu einer konsistenten und unverwechselbaren Erzählung verdichtet, »durch die sich der betreffende Diskurs von anderen unterscheidet« (Keller 2008b: 95). Angesichts des bereits angedeuteten Wandels der dimensionsbezogenen Kategorien im Untersuchungszeitraum haben sich im Zuge des selektiven Kodierprozesses, d.h. der Hierarchisierung und In-Beziehung-Setzung der zentralen Kategorien zum Zwecke der Identifikation einer Kernkategorie, nicht eine, sondern drei Schlüsselkategorien herauskristallisiert, die dem Wandel im Umgang mit freiwilligem Engagement – auch mit Blick auf die verwendete diesbezügliche Terminologie – im zeitlichen Verlauf Rechnung tragen: Hierbei handelt es sich um die Kernkategorien »Ehrenamt als altruistischer Akt der Selbstverpflichtung«, »Freiwilliges Engagement als sinngenerierende Form der Freizeitgestaltung« und »Bürgerengagement als (brachliegendes) Potenzial«. Indem alle anderen dimensionsbezogenen Codes auf diese Schlüsselkategorien bezogen wurden, bildeten sich drei – zeitlich versetzte und sich überlagernde – engagementspezifische Erzählungen heraus, für deren nähere Beschreibung auch Strauss und Corbin interessanterweise das Konzept der »story line« heranziehen (Strauss/Corbin 1996: 94).

Mittels derartiger Storylines konnte dem dispositiven Netz, das – bezogen auf eine Schlüsselkategorie – zwischen den epistemischen, institutionellen sowie körper- und objektbasierten Aussagen aufgespannt wird, die Form konsistenter Erzählungen über die Neuverhandlung freiwilligen Engagements zwischen 1985 und 2009 gegeben werden: Zu diesen drei identifizierten engagementspezifischen Storylines zählt erstens die Erzählung des traditionellen Ehrenamtes, die im westlichen Teil Deutschlands seit Ende der 1950er Jahre über viele Jahrzehnte hinweg vorherrschend war und in deren Mittelpunkt die Kernkategorie »Ehrenamt als altruistischer Akt der Selbstverpflichtung« steht. Diese Erzählung wurde im Rahmen der vorliegenden Dispositivanalyse nur überblicksartig erfasst, da sie vor allem als Hintergrundfolie für die sich deutlich davon abgrenzende Storyline der Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre dient, die seit Mitte der 1980er Jahre deutlich in Erscheinung tritt. Die multidimensionalen Aussagen gruppieren sich hier um die Schlüsselkategorie »Freiwilliges Engagement als sinngenerierende Form der Freizeitgestaltung«. Zu einem erneuten Wandel im Umgang mit freiwilligem Engagement kam es durch die Herausbildung der Storyline der Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource im Laufe der 1990er Jahre, in deren Fokus die Kernkategorie »Bürgerengagement als (brachliegendes) Potenzial« steht. Der

ausführlichen Herleitung und Beschreibung dieser engagementspezifischen Storylines widmet sich der erste Teil der Ergebnisdarstellung (vgl. Kap. 4).

3.4.2 Die Analyse der hegemonialen Konflikte um die institutionelle Dimension der Engagementförderung

Im zweiten zentralen Analysestrang dieser Forschungsarbeit geht es um die Aufdeckung der hegemonialen Konflikte, die sich im Untersuchungszeitraum zwischen verschiedenen Diskurskoalitionen um die institutionelle Dimension der Engagementförderung entsponnen und hierdurch zur Herausbildung und Veränderung der niemals vollständig fixierbaren Dispositive der Freiwilligkeit beigetragen haben. Im Mittelpunkt dieser diskursiven Auseinandersetzungen stand die Frage, ob es eine Aufgabe des Staates sei, dem von den Vereinen und Verbänden erheblich problematisierten Nachlassen der Engagiertenzahlen in den eigenen Reihen mit Hilfe engagementbezogener institutioneller Reformen entgegenzuwirken.

Die als Hegemonieanalyse konzeptualisierte Diskursanalyse fußte sowohl auf demselben Textkorpus als auch – zumindest was das offene und axiale Kodieren anbetrifft – auf den soeben skizzierten Kodierungsschritten. Der Übergang auf eine höhere Abstraktionsebene, d.h. die Bildung von Schlüsselkategorien im Sinne des selektiven Kodierens, wurde hier allerdings nicht vollzogen. Stattdessen wurde mit den aus den offenen und axialen Kodierprozessen hervorgegangenen dimensionsbezogenen Codes (Institutionen, Körper, Objekte und Episteme) weitergearbeitet, da auf dieser Ebene das »Sprechen der Akteure (qua [...] Zeitungs- oder Gesetzestext)« (Denninger u.a. 2014: 56) noch nachvollziehbar ist und somit die Beiträge der einzelnen Diskursteilnehmer rekonstruiert werden können. Im Zuge der erneuten Sichtung dieser Codes wurden diejenigen Gruppen- und Organisationssubjekte identifiziert, die sich besonders intensiv an den hegemonialen Konflikten um die institutionelle Dimension der Engagementförderung beteiligt haben: Hierzu gehören die Freiwilligen selbst, deren Forderungen vor allem dann auf Gehör stießen, als sie sich vermittelt über größere Freiwilligengruppierungen, wie etwa den Caritas-Konferenzen Deutschlands, an die Öffentlichkeit wandten. Darüber hinaus meldeten sich in diesem Kontext vor allem die Dachverbände für Sport, Kultur und Soziales, Sozialwissenschaftler, die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, Kommunal- und Landespolitiker sowie die bundespolitischen Fraktionen zu Wort.

Im Anschluss an die Identifikation der zentralen Diskursteilnehmer wurden die wissensbezogenen Codes erneut unter Berücksichtigung der jeweiligen Urheber bzw. Sprecher der Diskursbeiträge gesichtet und die jeweiligen Positionen der Diskursbeteiligten bezüglich der institutionalisierten Gestalt einer staatlichen Engagementpolitik herausgearbeitet. Hierbei wurde vor allem den typischen Argumentationsmustern der genannten Gruppen- und Organisationssubjekte Aufmerksamkeit geschenkt, mit deren Hilfe sowohl differierende Ursachen für ein und dasselbe Problem, in diesem Fall: die nachlassenden Engagiertenzahlen in den deutschen Vereinen und Verbänden, als auch unterschiedliche Problemlösungen, gerade hinsichtlich der Rolle des Staates, präsentiert wurden. Das Ergebnis dieses Analyseschritts waren verschiedene, je nach Sprecher variierende Causal Stories über die Ursachen, Folgen und Lösungen der problematisierten Entwicklungen im Ehrenamt. Der Vergleich dieser spezifizierend als Policy-Narrative bezeichneten Erzählungen öffnete erstens den Blick dafür, welche Gruppen- und Organisa-

tionssubjekte sich als Diskurskoalitionen um ähnliche Positionen gruppierten und zweitens, wo die zentralen inhaltlichen Konfliktlinien verliefen. Auf eine vertiefende Darstellung des komplexen hegemonieanalytischen Umgangs mit den auf diese Weise identifizierten Diskurskoalitionen und Causal Stories wird an dieser Stelle allerdings verzichtet. Die weiteren, an die hegemonietheoretischen Überlegungen Martin Nonhoffs und Maarten A. Hajers anschließenden Analyseschritte werden im Anschluss an den ersten Teil der Ergebnispräsentation im Rahmen eines eigenen Methodenkapitels ausführlich präsentiert (vgl. Kap. 5). Eine detaillierte Herleitung derselben an dieser Stelle würde zu einer unnötigen Undurchsichtigkeit des methodischen Vorgehens führen. Nichtsdestotrotz soll im Folgenden zumindest einer Subjektgruppe Aufmerksamkeit geschenkt werden, deren Rolle als gesellschaftliche Ko-Produzenten dispositiver Realitäten bereits im ersten Teil der Ergebnispräsentation beleuchtet wird: den Freiwilligen.

Obgleich im Rahmen dieser Forschungsarbeit keine Interviews durchgeführt wurden, war es möglich, die Engagierten selbst, vermittelt über Zeitungsinterviews, Positionspapiere verbandlicher Freiwilligenvertretungen sowie quantitative und qualitative Freiwilligenbefragungen, zu Wort kommen zu lassen. Der Auswertung dieser Textdokumente lag die erkenntnisleitende Frage nach der Alltagsrelevanz der Dispositive der Freiwilligkeit zugrunde, d.h., in welcher Weise diese durch die Freiwilligen selbst wahrgenommen, verarbeitet oder gar zurückgewiesen werden. Die Subjektgruppe der Freiwilligen stellt hierbei zugegebenermaßen eine ausgesprochen heterogene Kategorie dar, da Freiwillige in ganzen unterschiedlichen Gesellschaftsbereichen, wie Sport/Freizeit, Soziales, Politik, Gesundheit/Pflege usw., tätig sind. Eine Eingrenzung und Fokussierung auf einen dieser Bereiche war angesichts des spezifischen Forschungsinteresses dieser Arbeit erstens nicht zweckdienlich und zweitens auch nicht möglich, da in den analysierten Textdokumenten Freiwillige aus allen genannten Gesellschaftsbereichen betrachtet werden bzw. selbst zu Wort kommen. Angesichts dieser Heterogenität besteht das Ziel der auf die Subjektgruppe der Freiwilligen bezogenen Ausführungen im ersten Teil der Ergebnisdarstellung darin, einen möglichst breiten Überblick über die Dispositiv-Aneignung und -Verarbeitung zu geben. Trotz dieses allgemeinen Anspruches stehen gerade zu Beginn des Untersuchungszeitraums die verbandlich organisierten Freiwilligen des Deutschen Caritasverbandes im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit, da diese ihre engagementspezifischen Forderungen seit Ende der 1980er Jahre mit besonderem Nachdruck publik gemacht haben. Angesichts der Fokussierung dieser Forschungsarbeit auf die Etablierung einer staatlichen Engagementpolitik seit Ende der 1990er Jahre wird dem Umgang der Freiwilligen mit der engagementspezifischen Regierungsprogrammatik gerade in dieser frühen Formierungsphase, d.h. Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre, vermehrt Aufmerksamkeit geschenkt, während die diesbezüglichen Reaktionen in den 2000er Jahren – aufgrund der vordringlichen Bedeutung der institutionellen Dimension – nur noch in Grundzügen skizziert werden.

Die Frage, inwieweit die Engagierten (bzw. ihre Vertretungsorganisationen) durch ihre Alltagspraxis auch zur Umarbeitung der Dispositive der Freiwilligkeit beitrugen und sich z.B. als Teil von Diskurskoalitionen intensiv an den Auseinandersetzungen um die institutionalisierte Gestalt einer staatlichen Engagementförderung beteiligten, wird hingegen im Rahmen des zweiten Teils der Ergebnispräsentation näher ausgeführt (vgl. Kap. 6).

3.5 ERGEBNISDARSTELLUNG

Der konkreten Ergebnisdarstellung gilt es zunächst, einige allgemeine Hinweise vorzuschicken: Angesichts des umfassenden Textkorpus und des feingliedrigen Untersuchungsverfahrens bedarf die Entscheidung, auf eine detaillierte Wiedergabe des gesamten diskursanalytischen Rekonstruktionsprozesses zu verzichten, wohl keiner ausführlichen Begründung. Allein der Versuch einer vollständigen Wiedergabe des Verfahrens mit all seinen Einzelschritten würde nicht nur den Umfang einer Qualifikationsarbeit sprengen, sondern auch die Geduld des Lesers über die Maßen strapazieren. Dementsprechend werden die diskursanalytischen Ergebnisse im Folgenden in verdichteter Textform wiedergegeben, wobei die Anschaulichkeit der Erkenntnisse durch zusammenfassende Schaubilder sowie Datenbeispiele gewährleistet wird. Da die herangezogenen Textzitate in dieser Darstellungsform notwendigerweise auf ihre illustrative Funktion reduziert werden, ist es notwendig, ihre hierbei in den Hintergrund tretende analytische Bedeutung bei der induktiven Generierung von Ideen und der Hypothesenbildung und -prüfung stets im Hinterkopf zu behalten. Zudem ist es im Rahmen der Darstellung diskursanalytischer Ergebnisse weder möglich noch funktional, Redundanzen vollkommen zu vermeiden. Diskurse sind »selbst hochgradig redundante Phänomene, die ihre Legitimations- und Überzeugungspotenziale gerade auch in ihrer Redundanz entfalten« (Schwab-Trapp 2002: 86). Wenn sich folglich die öffentlichen Diskussionen über ein Thema durch Redundanzen auszeichnen, kommt man auch in der Ergebnispräsentation nicht umhin, diesen Wiederholungen Aufmerksamkeit zu schenken.

Die Darstellung der empirischen Ergebnisse ist anders als der Auswertungs- und Datenerhebungsprozess chronologisch aufsteigend angelegt und untergliedert sich in zwei Teile, die durch ein weiteres Methodenkapitel voneinander getrennt sind, wobei in jedem Teil der Untersuchungszeitraum einmal von Anfang bis Ende durchschritten wird. Im ersten Teil der Ergebnispräsentation geht es darum, durch die Sichtbarmachung der Regierung der Freiwilligkeit als komplexe dispositive Verknüpfungsordnung ein tieferes Verständnis für die Neuverhandlung des freiwilligen Engagements im Untersuchungszeitraum zu entwickeln. Der Fokus des zweiten Ergebnisteils liegt auf den sich um die institutionelle Dimension der Engagementförderung entspinneenden Konflikten, die gleichsam eine Erklärung für die diskursive Dynamik der Regierung der Freiwilligkeit liefern. Um den Fortgang der empirischen Analyse besser nachvollziehen zu können, wird im Folgenden die Ergebnisdarstellung in beiden Analyseteilen zumindest überblicksartig dargelegt, wobei die diesbezüglichen Ausführungen für die Hegemonieanalyse notwendigerweise skizzenhafter ausfallen.

Im Mittelpunkt des ersten Teils der Ergebnispräsentation stehen die Resultate der engagementbezogenen Dispositivanalyse. Beginnend beim traditionellen Ehrenamts-Dispositiv über das engagementspezifische Selbstverwirklichungs-Dispositiv bis hin zum Produktivitäts-Dispositiv werden die zentralen Veränderungen im gesellschaftlichen Umgang mit freiwilligem Engagement in Deutschland zwischen 1985 und 2009 sukzessive entwickelt. Eine geeignete Darstellungsform für

diese Art der Ergebnispräsentation stellt das Storyline-Konzept⁷ dar, das auch von Strauss und Corbin (1996: 94) als Bezeichnung für die abschließende Entwicklung einer gegenstandsbezogenen Theorie herangezogen wird. Das Netz, das zwischen den Aussagen über Körper, Objekte, Institutionen und Episteme geknüpft wird, erhält hierdurch die Form einer Narration, in der die multidimensionalen Aussagenbündel miteinander in Beziehung gesetzt und zu einer konsistenten Erzählung über die Neuverhandlung freiwilligen Engagements im Untersuchungszeitraum verdichtet werden. Die einzelnen Dispositive der Freiwilligkeit werden jedoch nicht in Reinform beschrieben, sondern stets in ihrer Verknüpfung mit anderen wirkmächtigen Dispositiven, wie etwa der sozialstaatlichen Aktivierungsprogrammatis, der Krise der Arbeitsgesellschaft oder der gesellschaftlichen Neubewertung des Alters. Außerdem wird jeweils im Anschluss an die Skizzierung der einzelnen Storylines den alltagspraktischen Aneignungsmodi des Engagementdiskurses durch die Freiwilligen Aufmerksamkeit geschenkt und nach der Alltagsrelevanz und -verarbeitung der Dispositive gefragt.

Im Vorgriff auf das nachfolgende Kapitel sei an dieser Stelle auf einige Besonderheiten des ersten Teils der Ergebnispräsentation hingewiesen:⁸ Die Storyline des traditionellen Ehrenamtes wird hier nur überblicksartig skizziert, da sie vor allem als Hintergrundfolie für die sich deutlich davon abgrenzende Storyline der Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre dient, die seit Mitte der 1980er Jahre in Erscheinung tritt. Die größte Aufmerksamkeit wird im Rahmen der Ergebnispräsentation der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung entgegengebracht, die sich in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre herauskristallisiert hat. Der Grund hierfür ist, dass die Entwicklung dieser Erzählung untrennbar mit der Herausbildung einer staatlichen Engagementpolitik verbunden ist, deren Entstehungsbedingungen bekanntlich einen zentralen Untersuchungsschwerpunkt dieser Forschungsarbeit bilden. Die Darstellung der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung zwischen 1994 und 2009 gliedert sich daher in drei Phasen, die sich vor allem mit Blick auf die institutionelle Dimension voneinander unterscheiden: Während die liberal-konservative Bundesregierung in ihrer letzten Legislaturperiode (1994-1998) jegliche Verantwortung für eine institutionelle Engagementförderung

7 | Es sind die folgenden drei Eigenschaften, die das Storyline-Konzept für die Darstellung der Ergebnisse der Dispositivanalyse so wertvoll machen: Erstens sind Storylines im Rahmen des Theoriebildungsprozesses der Grounded Theory von zentraler Bedeutung; zweitens kann, wie bereits an anderer Stelle detailliert dargelegt (vgl. Kap. 2.3), mittels Storylines die Regierung der Freiwilligkeit im Dreieck von Macht, Wissen und Subjektivität, das den gouvernementalitätstheoretischen Regierungsbegriff auszeichnet, sichtbar gemacht werden; und drittens stellen Storylines eine adäquate Möglichkeit dar, die Multidimensionalität der diskursiv konstruierten Ordnung der Freiwilligkeit abzubilden.

8 | Um den Lesefluss nicht allzu stark zu stören, wird bei der Darstellung der Storylines – entgegen der sonst üblichen Zitierweise – mitunter darauf verzichtet, alle Nachweise in Klammern direkt am Ende eines Satzes zu platzieren. Stattdessen werden die Nennungen zahlreicher Nachweisstellen mitunter in die Fußnoten ausgelagert. Die Beschränkung der Liste relevanter Nachweise auf eine kleinere Auswahl stellt im Rahmen dieser Forschungsarbeit keine gangbare Alternative dar, da die Häufigkeit der Nennung eines diskursiven Elements Aufschluss darüber gibt, welche Bedeutung diesem Knotenpunkt im Netz dispositiver Verknüpfungen zukommt.

weitgehend von sich wies, hat die rot-grüne Bundesregierung erste engagementpolitische Maßnahmen initiiert (1998-2002), die in den Folgejahren um weitere gesetzliche Neuerungen ergänzt und zu einer staatlichen Engagementpolitik verdichtet wurden (2002-2009).

In diesem Kontext sei zudem angemerkt, dass es sich bei der Storyline Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource vornehmlich um eine im wissenschaftlich-politischen Kontext produzierte Wissensordnung und öffentliche Anrufungspraxis handelt, die sich zwar sukzessive in bundespolitischen Modellprogrammen und Gesetzesinitiativen niederschlägt, in deren dispositives Netz bislang jedoch nur wenige Körper- und Objektbezüge eingewoben sind. Angesichts dieses noch recht schwachen Institutionalisierungsgrades kommt zum einen den sich seit der Jahrtausendwende neu entspinrenden Fäden einer staatlichen Engagementpolitik eine zentrale Bedeutung zu, da die initiierten engagementpolitischen Maßnahmen, verstanden als mit Gültigkeit versehene, geronnene Wissensbestände, zumindest einen ersten Eindruck vom Vollzug dieser Programmatik vermitteln können. Zum anderen stellt sich mit Blick auf das Produktivitäts-Dispositiv die Frage, welche subjektbezogenen Verhaltensvorstellungen in den Linien dieses Netzes zu dem konsistenten Bild der Subjektivierungsfigur des »engagierten Bürgers« verdichtet werden. Für die Rekonstruktion der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung bedeutet dies, dass sowohl die in der Subjektivierungsfigur des »engagierten Bürgers« kulminierende engagementbezogene Anrufungspraxis offengelegt als auch am Beispiel ausgewählter Modellprogramme und Gesetzesinitiativen gezeigt wird, in welcher Weise die vor allem politisch lancierten Wissensbestände der Produktivitäts-Erzählung eine erste Institutionalisierung im Rahmen engagementspezifischer Programme und Gesetzesnovellierungen erfahren haben.

Im zweiten Teil der Ergebnispräsentation geht es grundlegend darum, unter Rückgriff auf hegemonietheoretische Überlegungen eine Begründung für den diskursiven Wandel der auf der Ebene des Verstehens skizzierten dominanten Storylines zu finden. Dieser Analyseteil verfolgt das Ziel, über die Aufdeckung der hegemonialen Konflikte zwischen verschiedenen Diskurskoalitionen um die institutionalisierte Gestalt einer staatlichen Engagementpolitik zu einer Erklärung der diskursiven Dynamik der Regierung der Freiwilligkeit insgesamt vorzudringen. Um einen ersten Eindruck von der konkreten Umsetzung dieser komplexen Analyseperspektive zu vermitteln, sollen die beiden hierfür notwendigen Schritte an dieser Stelle kurz umrissen werden.

Bezug nehmend auf die diskursanalytisch erarbeiteten Causal Stories der zentralen am Konflikt beteiligten Gruppen- und Organisationssubjekte werden im ersten Schritt die Diskurskoalitionen identifiziert, die sich im Untersuchungszeitraum um bestimmte Storylines gruppiert und durch die Hegemonialisierung ihrer Neu- und Reinterpretationen engagementspezifischer Fragen versucht haben, den Wandel der Narrative und somit auch Policy-Wandel voranzutreiben. Zur Verdeutlichung des Durchsetzungsgrades der reformbefürwortenden-progressiven Position in Fragen staatlicher Engagementförderung wird in diesen Zusammenhang auf die hajerschen Konzepte der »Diskursstrukturierung« und »Diskursinstitutionalisierung« (Hajer 1997: 110, 2008: 278-281) zurückgegriffen. Daraus ergibt sich eine erste zeitliche Strukturierung des Untersuchungszeitraumes, da hierdurch die Phase, in der die reformbegrüßende Sichtweise einen hohen Verbreitungs- und Rezeptionsgrad bei vielen gesellschaftlichen und politischen Kräften gefunden hat

(1985-1998), von derjenigen Phase unterschieden werden kann, in der es darüber hinaus zur Manifestierung dieser Position in engagementspezifischen institutionellen Arrangements kam (1998-2009). Das recht grobmaschige zweistufige Dominanzmodell von Hajer ist jedoch ab dem Zeitpunkt nur noch wenig hilfreich, als es seit der Jahrtausendwende sukzessive zur Initiierung engagementpolitischer Reformen durch den Staat kam und tief greifende Auseinandersetzungen zwischen den Diskursbeteiligten weitgehend ausblieben. Deshalb wird für diesen Zeitraum zusätzlich auf das deutlich nuanciertere Hegemoniekonzept von Martin Nonhoff zurückgegriffen.

Nachdem die Konflikte um die institutionelle Dimension der Engagementförderung im Untersuchungszeitraum auf diese Weise offengelegt worden sind, geht es im zweiten Schritt darum, die konkreten Gründe, Strategien und diskursiven Mechanismen zu identifizieren, mit deren Hilfe die schrittweise Naturalisierung bzw. Hegemonialisierung der institutionellen Dimension der Engagementförderung, die sowohl den Policy-Wandel als auch die diskursive Dynamik der Regierung der Freiwilligkeit insgesamt auszeichnet, erklärt werden kann. Unter Berücksichtigung des methodologischen Primats des Diskurses geraten hierbei neben diskursiv-strukturellen auch intentionale Erklärungsmomente in den Blick. Während erstere für den gesamten Untersuchungszeitraum ermittelt werden können, finden intentionale Erklärungsansätze im Sinne weicher Steuerung nur an zwei Schlüsselstellen der diskursiven Entwicklung Berücksichtigung, die eindeutig als strategische Situationen kategorisierbar sind. Zur Hegemonialisierung einer bestimmten Lesart eines Diskurses können Diskursteilnehmer in derartigen Situationen über spezifische sprachlich-rhetorische Mittel, argumentative Strategien der Resonanzzeugung sowie im- und explizite Ausschließungen konkurrierender Deutungen neue inhaltliche Impulse – im Sinne einer Erneuerungsleistung in der diskursiven Praxis – setzen, deren Verarbeitung im Diskurs bzw. Aneignung durch andere Subjekte sich ihrer Kontrolle selbstverständlich weitgehend entzieht. Unter Rekurs auf die genannten weichen Steuerungsmechanismen werden diese diskursiven Erneuerungsleistungen, die unter bestimmten – noch zu klärenden – Umständen spezifischen Gruppen- und Organisationssubjekten eindeutig zugeordnet werden können, einer systematischen Analyse unterzogen.

Wie bereits angedeutet, werden die für den zweiten Teil der Ergebnispräsentation notwendigen methodischen Zusatzüberlegungen zur diskursanalytischen Untersuchung von Hegemonien und zur Bestimmung weicher Steuerungsstrategien im Rahmen eines weiteren Methodenkapitels (vgl. Kap. 5) im Anschluss an den ersten Teil der Ergebnisdarstellung noch ausführlich spezifiziert. Für die Präsentation der Ergebnisse auf der Ebene des Verstehens wurden nunmehr jedoch alle method(olog)ischen Vorannahmen getroffen, so dass sich die folgenden Ausführungen der Darstellung der Dispositive der Freiwilligkeit widmen können.

4. Die Dispositive der Freiwilligkeit

Die nachfolgende Darstellung der engagementbezogenen Storylines zwischen 1985 und 2009 erfolgt chronologisch entsprechend ihrem zeitlichen Auftreten. Das Aufkommen einer neuen Erzählung ist jedoch nicht gleichbedeutend mit dem Verschwinden der vorausgegangenen Narration. Vielmehr gibt es zwischen diesen Storylines vielfältige Überlagerungen und Verschränkungen, d.h., sie laufen nebeneinander her, gehen ineinander über und befruchten sich gegenseitig.

4.1 STORYLINE »TRADITIONELLES EHRENAMT«

Die folgenden kurzen Ausführungen bezüglich des vor dem eigentlichen Untersuchungszeitraum dominanten Freiwilligenbildes dienen lediglich dem Ziel, die lange Zeit vorherrschenden engagementspezifischen Vorstellungen als Hintergrund- bzw. Kontrastfolie zu den seit Mitte der 1980er Jahre eintretenden Veränderungen zu skizzieren. Konkret formuliert bedeutet dies, dass die Verknüpfungen zwischen den epistemischen, institutionellen, objekt- und körperbezogenen Aussagen der Storyline des traditionellen Ehrenamtes, die seit den 1950er Jahren bis Anfang der 1980er Jahre zumindest in Westdeutschland¹ prägend war, überblicksartig nachgezeichnet werden. Die 1950er Jahre können in Westdeutschland als Beginn der Herausbildung der Erzählung des traditionellen – vor allem sozialen – Ehrenamtes betrachtet werden, da sich seitdem die Bedingungen der Ehrenamtlichkeit angesichts der Wiederbelebung des »dualen« Systems der Wohlfahrtspflege in der Nachkriegszeit, d.h. des »gesetzlich geregelte[n] Einbau[s] der freien in das Gesamtsystem der öffentlichen Wohlfahrtspflege« (Sachße 1995: 123) und der hiermit einhergehenden Professionalisierung der Sozialen Arbeit, deutlich ge-

1 | Ehrenamtliches Engagement fand in der DDR vorwiegend im Umfeld der Betriebe, der Parteioorganisationen (z.B. Freie Deutsche Jugend (FDJ)) und in den staatlich durchdrungenen Massenorganisationen der Volkssolidarität oder des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) statt. Die Übernahme von Tätigkeiten, wie etwa die Teilnahme an Ernteeinsätzen oder das Engagement in den schulischen Pionierorganisationen, geschah jedoch nicht immer freiwillig, sondern wurde als Zeichen für ein pro-sozialistisches Verhalten staatlich eingefordert und überwacht. Besonders schwierig gestaltete sich die Arbeit der freiwilligen Helfer in kirchlichen Einrichtungen, da diese vom Staat nur geduldet und kritisch beobachtet wurden (Bock 1992: 381; SFZ 2001).

wandelt haben.² Bis zu diesem Zeitpunkt hatten die Ehrenamtlichen in der Freien Wohlfahrtspflege eine zentrale Stellung inne, d.h. sie besetzten Vorstandsposten und übernahmen den Großteil der anfallenden Dienste. Die Verberuflichung des sozialen Sektors war bis dato nur sehr gering fortgeschritten (Rauschenbach 1991: 6; Bock 1992: 381). Thomas Rauschenbach konstatiert daher, dass die ehrenamtliche soziale Arbeit in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts »zunächst die *einzigste* öffentliche Dienstleistung« war (Rauschenbach 1991: 6, Herv. i.O.), der aufgrund ihrer Alternativlosigkeit und des hohen gesellschaftlichen Bedarfs ein hohes Maß an Anerkennung und Wertschätzung entgegengebracht wurde. Obgleich im Zuge der Professionalisierung der Freien Wohlfahrtspflege seit Ende der 1950er Jahre Ehrenamtliche zunehmend in den Hintergrund traten und in Ergänzung zu den hauptamtlichen Fachkräften vermehrt helfende Tätigkeiten übernahmen, konzentrierte sich der Großteil des freiwilligen Engagements im Sozialsektor lange Zeit auf die Wohlfahrtsverbände und ihre Einrichtungen (Olk 1989a: 7). »Bis in die ausgehenden 70er Jahre hinein«, so resümiert Thomas Olk, »gehörten Mobilisierung, Rekrutierung, Qualifizierung und Einsatz ehrenamtlicher Mitarbeiter zu den ureigensten Aufgaben Freier Wohlfahrtspflege.« (Olk 1989b: 31) Das unter diesen Bedingungen vorherrschende Ehrenamtsbild steht im Mittelpunkt der Storyline des traditionellen Ehrenamtes, deren multidimensionale Aussagen sich um die Schlüsselkategorie »Ehrenamt als altruistischer Akt der Selbstverpflichtung« gruppieren.

Der Erzählung des traditionellen Ehrenamtes liegt die Wissensordnung des alten Ehrenamtes zugrunde: Dessen typische Vertreterin ist die 40- bis 60-jährige Hausfrau, die aus abgesicherten materiellen Verhältnissen stammt und nach der Zeit der Kinderbetreuung eine neue Freizeitbeschäftigung vorzugsweise im Bereich der Sozialen Arbeit sucht (Bock 1989: 434; Olk 1989a: 9; Rauschenbach 1991: 8; Born 1993: 32).³ Das alte (soziale) Ehrenamt, gekennzeichnet durch Altruismus, Selbstlosigkeit und lebenslange Verpflichtung der überwiegend unauffällig im Hintergrund tätigen weiblichen Helfer (Gaidetzka 1989a: 301f.; Braun 1990a: 585; Helbrecht-Jordan 1992: 237), ist »in überkommene Sozialmilieus eingebunden und durch gesellschaftliche Zentralwerte legitimiert; es ist hochorganisiert, in festgefügte Formen der Kooperation eingebaut und unterliegt oft genug den Weisungen [...] hauptamtlicher Mitarbeiter« (Olk 1989a: 9; ebenso Gaidetzka 1990: 588; Halfar 1994: 106). Auf der Objektebene sind es insbesondere Symbole, wie »der Kuchen für das Kirchenfest und der Häkeltopflappen für den Gemeindebasar« (FAZ 2000g; Born 1988: 26), die die Erzählung des traditionellen Ehrenamtes einfangen

2 | Gesetzlich verankert wurde die bedingte Vorrangstellung der Freien Wohlfahrtspflege durch das Bundessozialhilfegesetz (BSHG) und die Novellierung des Jugendwohlfahrtsgesetzes (JWG) im Jahr 1961 (Sachße 1995: 136).

3 | Ein Blick auf die Geschlechts- und Altersstruktur der Helfergruppen der Caritas bestätigt diese Feststellung: So hat die Auswertung der Tätigkeitsberichte der Caritas-Konferenzen Deutschlands des Jahres 1991 ergeben, dass weniger als 1 % der Ehrenamtlichen in der Caritas jünger als 30 Jahre sind, 54,8 % sind zwischen 50 und 70 Jahre alt und nochmals 14 % haben das 70. Lebensjahr bereits überschritten. Zudem sind 92,6 % der erfassten Helfer weiblich (Götz 1993a: 20; BT-Drs. 12/7130 (Sozialbericht) 1994: 94; zu ähnlichen Ergebnissen kommen auch Halfar 1994: 110f. und Brantzen 1995: 221f.).

und abkürzen.⁴ Die Motive für das alte Ehrenamt bewegen sich somit zwischen »christlicher Pflichterfüllung (bei sozialen Aufgaben) bzw. gewohnheitsmäßige[r] und regelmäßige[r] Teilhabe an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen (bei Vereins- und Verbandstätigkeiten)« (Hacket/Mutz 2002: 43). Das institutionelle Pendant zum alten Ehrenamt bilden neben Parteien, Gewerkschaften, Großvereinen und Kirchen vor allem die hierarchisch organisierten Wohlfahrtsverbände, die ihre Arbeit durch übergreifende milieugebundene Wertanschauungen legitimieren und hierdurch die erste Anlaufstelle für die alten Ehrenamtlichen darstellen (Nachbauer 1989: 499f.; Wessels 1995: 196; Bock 1996b: 221f.).

Ehrenamtliche werden in dieser Storyline folglich als eine natürlich vorhandene Ressource betrachtet, die sich aus einer naturwüchsigen, gewissermaßen »genetisch kodierte[n]« Verpflichtung« (Zentralrat des DCV 1995: 318) heraus freiwillig engagieren. Zu den zentralen Symbolen dieses milieugebundenen, alten Ehrenamtes gehören beispielsweise »Papas Blaumann und Mamas SPD-Parteibuch« (Zeit Online 1997c), deren bloße Existenz in den Familien den hierdurch repräsentierten Organisationen lange Zeit eine ausreichende Anzahl an freiwilligen Nachwuchskräften garantierte. Für die Gewinnung von Freiwilligen mussten die Organisationen der deutschen Vereins- und Verbandslandschaft über viele Jahre hinweg keine besonderen Anstrengungen unternehmen: »Sie waren immer irgendwie da«, lautet daher auch das selbstkritische Fazit der AWO (Pott 1996: 12; ebenso Braun 1989: 43; Jakob/Olk 1991a: 227f.; SZ 1998c). Angesichts der Selbstverständlichkeit ihres Daseins beschränkt sich die Anerkennung dieser Freiwilligen auf die Verleihung von »Ehrennadeln« oder »Medaillen« (SZ 1994c), die als zentrale Objektbezüge über viele Jahrzehnte hinweg die im Grunde einzigen Mittel der Anerkennung und Danksagung langjähriger Treue und ehrenamtlicher Helferdienste im Sinne des alten Ehrenamtes waren.

4.2 STORYLINE »SELBSTVERWIRKLICHUNG STATT AMT UND EHRE«

Die über viele Jahrzehnte dominierende Erzählung des traditionellen Ehrenamtes wird seit Mitte der 1980er Jahre zunehmend um die Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre ergänzt. Es sind mehrere Faktoren bzw. Gründe, die zu dieser Neuverhandlung des Ehrenamtes geführt haben: Besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang zweifelsohne den in den 1980er Jahren mit zunehmender Intensität geführten wissenschaftlichen Debatten über den Wandel der Freiwilligkeit vom alten zum neuen Ehrenamt zu. Diese Befunde der Ehrenamts- und Freizeitforschung wurden sowohl von den Printmedien als auch von den Einrich-

4 | Dass besonders die Erwähnung des Kuchens die Erzählung vom traditionellen Ehrenamt aufrufen kann, zeigt die folgende Textpassage, die einer Stellungnahme des Stadtsporbundes Münster zum Thema Ehrenamt entnommen wurde: »Erst backen wir den Kuchen, dann spenden wir ihn, dann schieben wir unseren Dienst und verkaufen den Kuchen, und zuletzt sehen wir zu, daß wir den übriggebliebenen Kuchen auch noch selber kaufen.« (Stadtsporbund Münster o.J.) Treffender könnte man den hohen zeitlichen und individuellen Aufwand sowie den Verpflichtungs- und Dienstcharakter des alten Ehrenamtes wohl kaum auf den Punkt bringen.

tungen der deutschen Vereins- und Verbandslandschaft rezipiert und verbreitet. Letztere entwickelten vor allem deshalb ein besonderes Interesse an dieser Thematik, da sie sich seit Ende der 1980er Jahre zunehmend der Tatsache abnehmender Engagiertenzahlen in den eigenen Reihen bewusst wurden. Demgegenüber nahm die Zahl freiwillig Engagierter im Umfeld alternativer Bündnisformen wie Selbsthilfegruppen, Bürgerinitiativen usw. stetig zu.

Somit kann die gesellschaftliche Neuverhandlung des Ehrenamtes seit Mitte der 1980er Jahre u.a. auch darauf zurückgeführt werden, dass immer mehr engagierte Bürger von dem tradierten Bild des alten Ehrenamtes abwichen und insofern neue diesbezügliche Wege beschritten, als sie freiwilliges Engagement zunehmend als sinnstiftende und selbstbestimmte Form der Freizeitgestaltung wahrnahmen. Politische Verantwortungsträger wendeten sich diesem Thema nur recht zögerlich zu: Während auf der Ebene der Kommunal- und Landespolitik bereits in der ersten Hälfte der 1990er Jahre diesbezügliche Diskussionen aufkamen, schenkten Bundespolitiker engagementbezogenen Fragen erst seit Mitte der 1990er Jahre Aufmerksamkeit. Dementsprechend handelt es sich bei der Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre in der Anfangsphase überwiegend um eine im wissenschaftlichen Kontext sowie in der Vereins- und Verbandslandschaft verbreitete sowie medial flankierte Erzählung, die durch die Alltagspraxis einer steigenden Anzahl Freiwilliger genährt wurde. Erst seit Mitte der 1990er Jahre flossen auch zunehmend politisch lancierte Deutungselemente in die Selbstverwirklichungs-Erzählung ein, wodurch diese gewissermaßen komplettiert und zu einer konsistenten Storyline verdichtet wurde.

Diese hier nur in groben Zügen umrissenen gesellschaftlichen Einflussfaktoren bilden somit die Hintergrundfolie für die Herausbildung der Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre seit Mitte der 1980er Jahre, die in Abgrenzung zur Erzählung des traditionellen Ehrenamtes Objekte, Wissensordnungen, Institutionen und körperbezogene Aussagen mit Blick auf die Kernkategorie »Freiwilliges Engagement als sinngenerierende Form der Freizeitgestaltung« neu miteinander verknüpft.

Die Wohlfahrtsverbände als Sinnbild für Bevormundung und Pflichterfüllung

In der Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre ist es vor allem eine die institutionelle Dimension betreffende Negativ-Verknüpfung, die die Neubewertung freiwilligen Engagements seit Mitte der 1980er Jahre unverkennbar zum Ausdruck bringt: So avancieren gerade die traditionsreichen Großorganisationen, deren Erwähnung gleichsam die gesamte Erzählung des traditionellen Ehrenamtes aufruft, in der neuen Storyline zum Sinnbild für Bevormundung, Langeweile und Unselbstständigkeit:

»Wohlfahrtsverbände, Parteien, Gewerkschaften und andere Organisationen [...] wirken dabei, machen wir uns nichts vor, bisweilen angestaubt bis überflüssig, auf jeden Fall anstrengend. Aller reformerischer Eifer und alle Kreativität werden aus der Versammlung des Ortsvereins der Arbeiterwohlfahrt oder aus der Sozialbetreuung des Diakonischen Werkes kein Freizeitangebot machen, das auf den ersten und zweiten Blick verlockender erscheint als eine Sportveranstaltung, ein Konzert, der Computerklub, ein Einkaufsbummel oder ein netter Abend mit Freunden in der Kneipe oder im Restaurant.« (Scharping 1996: 12f.)

Während die Nachwuchsfrage in diesen Organisationen in der Vergangenheit in allererster Linie durch die Kinder und das verwandtschaftliche Umfeld der bereits freiwillig Aktiven beantwortet wurde, stellen die zentralen Symbole dieses milieugebundenen, alten Ehrenamtes, wie etwa »Papas Blaumann und Mamas SPD-Parteibuch« (Zeit Online 1997c), spätestens seit Mitte der 1980er Jahre keine Garantie mehr für eine ausreichend große Anzahl ehrenamtlicher Nachwuchskräfte dar (Deutscher Bundesjugendring 1993: 101; Paritätischer Wohlfahrtsverband/Stiftung Mitarbeit 1997: 32). In der Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre wird den typischen Institutionalisierungsformen der Wissensordnung des alten Ehrenamtes, d.h. den Wohlfahrtsverbänden, Vereinen, Parteien, Gewerkschaften usw., ihre über lange Jahre unangetastete Präge- und Bindekraft in Sachen Ehrenamt zunehmend abgesprochen (SZ 1998c). Zur Untermauerung dieser Feststellung wird in medialen, verbandsbezogenen und politischen Publikationen stets auf die diesbezüglichen Spezialdiskurse, d.h. auf die wissenschaftlichen Erkenntnisse der Ehrenamts- und Freizeitforschung sowie auf statistische Erhebungen verwiesen, die eine Abnahme der Engagiertenzahlen in den genannten Organisationen belegen (Rogg 1994: 459; Merkel 1994: 435f.; Spiegel 1994b, 1994c; Focus 1995a, 1995c; Zentralrat des DCV 1995: 312; Pott 1996; BT-Drs. 13/5674 1996).

Insbesondere die Spitzenverbände der deutschen Wohlfahrtspflege, denen von Seiten der Wissenschaft bereits in den 1980er Jahren ein »Aussterben des Stammkunden« attestiert wurde (Streeck 1987: 474),⁵ finden in dieser Erzählung fast ausschließlich als Institutionalisierungsform eines abhängigen und bevormundenden Ehrenamtes Erwähnung (Paulwitz 1996b: 227; FAZ 1996e). Die Ehrenamtlichen hätten hier, so die Selbsterkenntnis der AWO, über viele Jahrzehnte hinweg ein kaum beachtetes und gewürdigtes »Schattendasein« (Pott 1996: 19) geführt. Auch die Vizepräsidentin des Deutschen Caritasverbandes, Teresa Bock, räumte ein, dass aufgrund des jahrelangen »Randgruppensein[s]« der Freiwilligen in der Caritas »über dem Bild der Ehrenamtlichen [...] ein Dunstschleier« liege (Bock 1994: 420f.; ebenso Paulwitz 1996a: 258). Sogar von Seiten der bislang so aktiven weiblichen Engagierten wurde zunehmend Kritik laut, da sie sich einerseits in der Rolle als unsichtbare Helferinnen ausgenutzt fühlten (Paritätischer Wohlfahrtsverband/Stiftung Mitarbeit 1997: 53; Krüger 1997: 19) und die spannungsreiche und weisungsgebundene Kooperation mit den Hauptamtlichen andererseits dem eigenen engagementspezifischen Selbstfindungsprozess widerspreche (Puschmann 1992; Zentralrat des DCV 1995: 319-321). Daher kam auch Gudrun Born, stellvertretende Bundesvorsitzende der Caritas-Konferenzen Deutschlands, zu der resümierenden Einschätzung, dass es die »Frau Caritas« von einst, die im Umfang eines full-time jobs alles ausführt, was andere von ihr fordern oder erwarten (oft bis zur eigenen Erschöpfung), [...] bald nicht mehr geben« werde (Born 1993: 33; ebenso Gaidetzka 1990: 588; Paulwitz 1996a: 248; Reihs 1996: 240). Der neue Helfer-Typ, so beschreibt ihn die *Süddeutsche Zeitung*, »ist 19 bis 29, studierender oder voll berufs-

5 | Den Rückgang der freiwilligen Helfer in den etablierten sozialen und kirchlichen Verbänden fasst die damalige Bundesgeschäftsführerin der Caritas-Konferenzen Deutschlands, Petra Gaidetzka, folgendermaßen zusammen: »Doch diese in der Gemeinde geschätzten, unentbehrlichen und meist sehr unauffälligen Ehrenamtlichen (in der Regel sind es Frauen) finden kaum Nachfolger/-innen. Ehemals blühende Gruppen überaltern und sterben einen stillen Tod – fast unbemerkt, eben so, wie sie auch gearbeitet haben.« (Gaidetzka 1992: 154)

tätiger Single, sucht Kontakte, Lebenssinn [und einen] Ausgleich zum Beruf« (SZ 1998d).

Vor diesem Hintergrund verwundert es kaum, dass die Ehrennadel oder das Ehrenabzeichen, die über viele Jahrzehnte hinweg die zentralen Anerkennungsformen für ein langjähriges Ehrenamt darstellten, in der Erzählung der Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre zu Symbolen für Unsichtbarkeit, Abhängigkeit und Selbstaufopferung avancieren, mit denen sich die meisten Freiwilligen neuen Typs nicht mehr zufrieden geben wollen (SZ 1994c; Zeit Online 1996a; Bock 1996b: 223). Bereits ein Blick in die engagementbezogene Medienberichterstattung zeigt, dass die Ehrennadel oder ähnliche Abzeichen zu den zentralen objektbezogenen Negativ-Verknüpfungen der neuen Storyline gehören: In pointierter Form schreibt z.B. die *Süddeutsche Zeitung*: »Lust auf'n Ehrenamt? Kriegst auch 'n Aufnäher.« – »Geht grad nich [sic]!« (SZ 2000a).

Den alten und verkrusteten Ehrenamtsstrukturen, in denen der Freiwillige eine »Statistenrolle als billiger Jakob oder dummer August« (Pott 1996: 10) innehat und »mit Glück nach 25 Jahren Tätigkeit mit einer Ehrennadel abgespeist wird« (Zeit Online 1996a), stellt die Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre die Wissensordnung des neuen Ehrenamtes entgegen, über deren Relevanz vor allem in der Ehrenamtsforschung seit Mitte der 1980er Jahre heftig diskutiert wurde (u.a. Olk 1987, 1989b: 32; Rauschenbach 1991: 8f.; Helbrecht-Jordan 1992: 238f.). Befreit von seinem verstaubten Image als unselbständiger und altruistischer Dienst der Nächstenliebe wird das neue Ehrenamt mit positiv besetzten Attributen wie Selbstverwirklichung, Spaß, Autonomie und Kreativität in Verbindung gebracht (Zeit Online 1994). So kommt z.B. Franz Müntefering zu der Einsicht, dass ein Ehrenamt »nicht nur Plackerei« bedeute, sondern vor allem Freude bereite (Focus 1996). In ebendiesem Sinne titelt auch *Die Zeit*: »Knete ist nicht alles. [...] Ohne Lohn zu arbeiten soll nun auch noch Spaß machen« (Zeit Online 1996a; ebenso Zeit Online 1997i). Während Gründe, wie die Steigerung des eigenen Selbstbewusstseins, Spaß oder persönliche Rückgewinnungswünsche, im Rahmen der Erzählung des traditionellen Ehrenamtes allenfalls hinter vorgehaltener Hand geäußert wurden (Bock 1996b: 222; Spiegel 2000), gehören diese seit Mitte der 1980er Jahre zum selbstverständlichen Antwortrepertoire auf die Frage, warum man sich unentgeltlich engagiere (FAZ 1993b; SZ 1993b; SZ 1996b; Zentralrat des DCV 1995: 318f.):

»Der Wunsch, sich einzubringen; die Freiheit, verschieden zu sein; die Lust, neue Formen auszuprobieren; das Selbstbewußtsein, Inhalte des Engagements auszuhandeln; die Philosophie, soziale Aktivitäten auch als Freude, Entfaltung und Abenteuer zu erleben, nicht nur als ›Opfer‹ und ›Dienst‹ zu ertragen: all das rechtfertigt keinen Alarmismus, wohl aber ein wenig mehr soziale Phantasie.« (Zeit Online 1994)

Sinnerfüllung und Selbstverwirklichung als zentrale Inhalte des neuen Ehrenamtes

Die Wissensordnung des neuen Ehrenamtes, die der Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre zugrunde liegt, zeichnet sich somit durch folgende zentrale Kennzeichen aus: Erstens wird, wie auch die soeben skizzierte institutionelle Negativ-Verknüpfung mit den traditionellen Großorganisationen zeigt, den selbstverwirklichenden und gesundheitsförderlichen Aspekten sowie den individuellen Rückgewinnungspotenzialen einer freiwilligen Tätigkeit erhebliche Wertschät-

zung entgegengebracht. Hiermit untrennbar verbunden ist zweitens ein universelles Aktivitätspostulat, da prinzipiell alle Bürger aufgrund der Ausweitung der individuellen freien Zeit zur Übernahme eines Ehrenamtes in der Lage seien. Dies geht drittens mit der Delegitimation einer lediglich für die selbstbezogene Erholung genutzten Freizeit einher, in der auf ein freiwilliges Engagement vollständig verzichtet wird. Das Netz, das zwischen diesen epistemischen Aussagen und spezifischen körper- und objektbasierten sowie institutionellen Bezügen geknüpft wird, gilt es im Folgenden zu skizzieren.

Erstens wird in der auf die Wissensordnung des neuen Ehrenamtes Bezug nehmenden Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre die hohe Bedeutung des freiwilligen Engagements für den individuellen Lebensweg diskursiv in den Mittelpunkt gestellt. Exemplarisch hierfür sei auf einen Redebeitrag des CDU-Abgeordneten Klaus Riegert im Deutschen Bundestag verwiesen: »Ehrenamtliche Helferinnen und Helfer begreifen ihre Tätigkeit für unser Gemeinwesen als einen Teil ihrer Lebensaufgabe. Sie wollen Freude am Ehrenamt. Sie sehen in ihm eine sinnvolle Bereicherung ihres Alltagslebens, ihrer Freizeit und ihrer persönlichen Weiterentwicklung.« (Abgeordneter Riegert (CDU/CSU), in: BT Pl.-Prot. 13/145 1996: 13107) In diesem Statement treten die beiden zentralen epistemischen Verknüpfungen der Wissensordnung des neuen Ehrenamtes deutlich zu Tage. Ganz nach dem Motto: »Ehrenämter betreffen ganz alleine den einzelnen« (Abgeordnete Holzhüter (SPD), in: BT Pl.-Prot. 13/145 1996: 13124) steht hier erstens der individuelle Mehrwert einer freiwilligen Aktivität für den Engagierten selbst im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Freiwilliges Engagement wird in diesem Zusammenhang zweitens als zentrale Sinnquelle der alltäglichen Lebensführung benannt. Der eigentliche Mehrwert des Ehrenamtes, so Wolfgang Börnsen, liegt folglich »darin, daß man seinem Leben Sinn durch die Ausübung einer unentgeltlichen, gemeinwohlbezogenen Tätigkeit geben kann« (Abgeordneter Börnsen (CDU/CSU), in: BT Pl.-Prot. 13/145 1996: 13122; vgl. ebenso Zentralrat des DCV 1995: 329; Herzog 1995; Born 1996: 28; FAZ 1997b; Oswald 1997: 13; Oliva 1998: 13; Hübner 2009: 103).

Diese sinngenerierende Funktion wird durch Bezugnahme auf die wissenschaftlichen Erkenntnisse der Biografieforschung (Jakob/Olk 1991a: 227f.) untermauert und durch die folgenden epistemischen Verknüpfungen näher erläutert: Gerade in Zeiten gesellschaftlicher Modernisierungsprozesse und des Zerfalls überkommener Milieus, so die Argumentation, sei freiwilliges Engagement für den Einzelnen eine Quelle innerer Zufriedenheit und Sinnstiftung, da es Orientierung biete, Halt gebe, den eigenen Lebenshorizont erweitere sowie »wichtige Grunderfahrungen der sozialen Mitwirkung und Mitgestaltung« vermittele (DSB 1996: 12; vgl. ähnlich Gaidetzka 1990: 588; Deutscher Bundesjugendring 1993: 103; Bobzien 1997: 69). Die sinngenerierenden persönlichen Rückgewinnungspotenziale eines freiwilligen Engagements reichen folglich von Freude und Spaß am eigenen Tun über die Befriedigung durch sichtbare Ergebnisse und der Begegnung mit anderen Menschen bis hin zu einem erleichterten Zugang ins Erwerbsleben oder anderen Formen der materiellen bzw. ideellen Unterstützung (SZ 1994a; Bock 1996b: 223; Paritätischer Wohlfahrtsverband/Stiftung Mitarbeit 1997: 11; Puschmann 1998: 381). Ehrenamtliches Engagement, so das Fazit der Caritas, mache den Einzelnen reicher; es »macht den reicher, der hilft, weil es ihm Begegnungen mit Menschen, die andere Lebenserfahrungen haben, schenkt« (Bock 1994: 424). Und

auch die Freiwilligen selbst scheinen von der sinnstiftenden Bedeutung ehrenamtlicher Aktivitäten überzeugt zu sein: In ebendiesem Sinne konstatiert z.B. Peer Steinbrück, dass ihm in Gesprächen mit Freiwilligen der Satz: »Sinnvoller kann ich meine freie Zeit überhaupt nicht verbringen«, besonders häufig begegne (Steinbrück 2009: 184).

Diese hier skizzierte Überhöhung der sinnstiftenden Aspekte einer freiwilligen Tätigkeit für den Einzelnen im Rahmen der Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre ist zudem untrennbar verbunden mit verschiedenen körperbezogenen Aussagen: Ehrenamtlichen Aktivitäten wird von verschiedenen Seiten eine allgemeine gesundheitsförderliche Wirkung zugeschrieben, wobei Gesundheit nicht nur als Abwesenheit von Krankheit definiert, sondern »als ein ineinander verwobenes Arrangement« aus »physischem, psychischem und sozialem Wohlbefinden« verstanden wird (Paulwitz 1996a: 243). Als Quelle der Sinnstiftung und sozialen Begegnung trage freiwilliges Engagement, so der durchgängige Tenor, zu einem umfassenden Wohlergehen im körperlichen, seelischen und sozialen Sinne bei (SZ 1998a).⁶ Dieser Argumentation folgend konstatiert beispielsweise die ehemalige Bundesfamilienministerin Ursula Lehr, dass »mit der Übernahme einer als sinnvoll erlebten Tätigkeit manche gesundheitlichen Probleme verschwinden bzw. nicht mehr so stark erlebt werden« (Lehr 2009: 114). Freiwilliges Engagement stellt somit für Menschen aller Altersgruppen, besonders aber für die ältere Generation, eine ideale Möglichkeit dar, sich seelisch und körperlich gesund zu halten und sich gleichzeitig einer Gemeinschaft zugehörig zu fühlen (u.a. Abgeordnete Holzhüter (SPD), in: BT Pl.-Prot. 13/145 1996: 13123f.; SZ 1998a; Hübner 2009: 103; Hamburger Abendblatt 2010). Andererseits trage eine sinnvoll erlebte freiwillige Betätigung maßgeblich dazu bei, die häufig auftretenden negativen Begleiterscheinungen der Nicht-(mehr-)Erwerbstätigkeit, wie »Einsamkeit und Depressionen« (SZ 1998a), abzumildern und gerade ältere Menschen vor der »Ruhestands-Ausmusterung« (Paulwitz 1996a: 246) zu bewahren. Mit derartigen Aussagen knüpft das engagementspezifische Selbstverwirklichungs-Dispositiv grundlegend an das von der Forschergruppe um Stephan Lessenich herausgearbeitete altersbezogene »Unruhestands«-Dispositiv an, das sich im selben Zeitraum zu verfestigen beginnt und im Rahmen dessen der passiv und bewegungsarm verbrachte Ruhestand zunehmend zugunsten einer aktiven Gestaltung dieser Lebensphase delegitimiert wird (Denninger u.a. 2010: 224-227, 2014: 113-119).

Freiwilliges Engagement als sinngenerierende Form der Freizeitgestaltung

Ähnlich wie die für die Unruhestands-Erzählung typische Wissensordnung des »neuen Alters« (Denninger u.a. 2010: 225) geht auch die Rede vom neuen Ehrenamt mit einer erheblichen Bedeutungsaufwertung allseitiger Aktivität einher, die sich nicht im alltäglichen Engagement für die eigene Erwerbsarbeit oder für die er-

6 | Interessanterweise ist es gerade die soziale Dimension des freiwilligen Engagements, die bei diesem weiten Gesundheitsverständnis gerade im wissenschaftlichen Kontext besondere Wertschätzung erfährt: »Das Soziale als ein wesentlicher Bestandteil von *well being* gehört zum kostbaren zwischenmenschlichen Gut des Humanvermögens, als eine lebenslänglich notwendige ›psycho-soziale Einkommensquelle‹ für jung und alt gleichermaßen.« (Paulwitz 1996a: 246, Herv. i.O.)

holungsbezogene Freizeit erschöpfen, sondern auch für ehrenamtliche Tätigkeiten an den Tag gelegt werden soll: »Wachsende Produktivität und Arbeitszeitverkürzung verlängern unsere freie Zeit, die wir auch als Chance für mehr soziales Engagement, für mehr Mitmenschlichkeit in unserem Land nutzen müssen.« (CSU 1993: 28) Hintergrund der Annahme, dass prinzipiell jeder Bürger ein freiwilliges Engagement übernehmen könne, ist folglich die vor allem von den Verbänden und der Politik geäußerte Feststellung, dass der Einzelne aufgrund der Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen, der Verkürzung der Arbeitszeit und des umfangreichen sozialstaatlichen Leistungsangebots weitgehend von den Sorgen der Daseinsfürsorge entlastet sei und diesem somit ein Mehr an Freizeit zur Verfügung stehe (Born 1993: 34; Zentralrat des DCV 1995: 31; Herzog 1995; Laurien 1995: 296; Focus 1995b; Paulwitz 1996a: 245). Vor diesem Hintergrund wird in der Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre stets betont, dass es in der individuellen Verantwortung jedes Einzelnen liege, durch freiwilliges Engagement diese freie Zeit aktiv und sinnvoll zu erleben, hierdurch gleichzeitig ein positives Lebensgefühl, Kontakte sowie Anerkennung zu erlangen, persönliche Probleme zu lösen und nicht zuletzt sein gesundheitliches Wohlbefinden zu stärken (u.a. Herzog 1995). Eigeninitiative und Selbstverantwortung sollen folglich nicht nur für den »eigenen Broterwerb« (Rau 2001a) oder »fürs eigene Häusle« (Laurien 1995: 297), dem Inbegriff bürgerlichen Selbstbezugs, gezeigt, sondern auch in Form von freiwilligem Engagement an den Tag gelegt werden, das als Quelle der Freude und Anerkennung in erster Linie der individuellen Bereicherung des eigenen Lebens diene. Daher gehört es nach Ansicht von Gudrun Born, Vorstandsmitglied der Caritas-Konferenzen Deutschlands, auch zu den großen Herausforderungen der Zukunft, »eine breite Rückbesinnung aller auf mehr Eigeninitiative und Gegenseitigkeit voranzubringen« (Born 1993: 34).

Allerdings wird von verschiedenen Seiten betont, dass es den Menschen in der »Konsum- und Freizeitgesellschaft« (Sengling 1997a: 11) immer schwerer falle, die freie Zeit sinnvoll zu gestalten und sich für ein freiwilliges Engagement »in Konkurrenz zu Nichtstun, zu Freizeit, Spaß und Erholung« zu entscheiden (Paulwitz 1996b: 227). Grund hierfür ist die pluralistische Grundstruktur der modernen Gesellschaft, die zur Zunahme von Optionen und alltäglichen Entscheidungen führe, so dass das »Publikum einer offenen Gesellschaft [...] vielen ›Sinnanbietern‹ gegenüber[steht]« (Herzog 1995; ebenso Gaidetzka 1990: 588):

»Viele Menschen haben, den Gewerkschaften sei es gedankt, mehr Freizeit. Gleichzeitig verfügen sie über immer weniger selbstbestimmte Zeit. Bei der Entscheidung darüber, wie diese Zeit genutzt werden kann, wird die Auswahl immer größer. Wohlfahrtsverbände, Parteien, Gewerkschaften und andere Organisationen konkurrieren mit einem riesigen Angebot konsumierbarer Freizeitaktivitäten.« (Scharping 1996: 12; ebenso Krause 1997: 7)

Angeichts dieser Fülle an konsumierbaren Freizeitaktivitäten ist das der Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre innewohnende umfassende Aktivitätspostulat wiederum untrennbar mit der Delegitimation einer ausschließlich auf die ichbezogene Erholung ausgerichteten Freizeitgestaltung verbunden. Als negative Kontrastfolie zu den sinnstiftenden Implikationen freiwilligen Engagements werden in dieser Erzählung vor allem die negativen individuellen Konsequenzen der Nicht-Aktivität, verstanden als vollständiger Verzicht auf Sozialzeiten, betont.

Ein Übermaß an freier Zeit, das nur dem müßigen Nichtstun dient, wird zumeist mit Eigenschaften wie »Langeweile [...], Isolation und Randständigkeit« verbunden (Paulwitz 1996a: 264). In diesem Sinne verknüpft z.B. die Präsidentin des Berliner Abgeordnetenhauses Hanna-Renate Laurien die in immer größeren Umfang vorhandene Freizeit mit dem körperbezogenen Bild der »baumelnden Füße«, das stellvertretend für eine Zeit der »zweckfreien Muße, des Faulseins [und] des Gammelns« steht (Laurien 1995: 296). Eine derart verbrachte Zeit sei in einem begrenzten Umfang unbedingt notwendig und sollte jedem als Ausgleich und zur Erholung zu Verfügung stehen, »aber wehe, wenn sie nur das ist« (ebd.). Dann, so befürchtet Laurien, verkümmere diese Zeit zur passiven »Konsumzeit«, »zur Zeit des neuen Prestiges, kostenträchtig und seelenarm« (ebd.; ähnlich Focus 1995b). Ein derartiger Lebenswandel, in dem trotz ausreichend großer zeitlicher Ressourcen auf ein freiwilliges Engagement verzichtet wird, kann für den Einzelnen vor allem negative soziale Konsequenzen haben, die sich besonders dann zum Problem entwickeln, wenn man bei Schicksalsschlägen, im Alter oder bei Krankheit auf die Hilfe seiner Mitmenschen angewiesen ist: »Nur: viele vergessen über alldem, daß Einkommen und finanzielle Beiträge zu Sozialversicherungen nur die materielle Seite ihres Lebens stützen, im Bereich mitmenschlicher Zuwendung [...] greifen sie nicht – und hier steigen die Defizite ständig an.« (Born 1993: 34)

Dass die Sorge um andere in Form von freiwilligem Engagement gerade unter sozialen Gesichtspunkten eine unersetzliche Bereicherung des individuellen Lebensweges darstellt, gehört folglich zum selbstverständlichen Wissenskanon dieser Erzählung (u.a. Bobzien 1997: 69): Freiwillig engagierte Menschen, so der Tenor, nehmen mehr am sozialen Leben teil, erweitern hierdurch ihren Bekanntenkreis und erfahren Anerkennung, so dass ihnen auch die Vereinsamungs- und Anonymisierungstendenzen moderner Gesellschaften weniger anhaben können (Schäuble 1994: 72f.; Oswald 1997: 13; Schätzle 1997: 54; Link 1997: 40). Eine derart verstandene individuelle Sinnsuche im Rahmen eines freiwilligen Engagements trägt somit gleichsam zur gemeinschaftlichen Sinngenerierung bei: »Menschliche Werte [...] erfährt der Mensch tatsächlich nicht im Verhältnis zum Staat oder zur anonymen Gesellschaft, sondern bei seinem Mitmenschen, d.h. in den erwähnten kleinen Lebenswelten. Hier erlebt er in erster Linie den Sinn des Lebens und im Zusammenleben mit anderen den Gemeinsinn.« (Herzog 1995; ebenso Paulwitz 1996a: 246) Darüber hinaus wird die Verschmähung eines freiwilligen Engagements nicht nur mit fehlenden tragfähigen Sozialkontakten⁷ assoziiert, sondern mitunter sogar als lebensbedrohlicher Mangel beschrieben, der zu Resignation,

7 | Der Gegensatz zwischen einem ausgefüllten Leben mit ehrenamtlichen Aktivitäten sowie vielen Sozialkontakten und einem einsamen, realitätsfernen Leben vor dem Fernseher wird in folgendem ironisch formulierten Statement Wolfgang Schäubles besonders anschaulich beschrieben: »Dabei müssen die Simulationsgewinne durch die Erfindung des Fernsehers gar nicht weiter erläutert werden; jeder kennt sie: Man glaubt, nicht mehr in die weite Welt zu müssen, um diese zu erfahren; die Welt kommt jetzt [...] ins Haus. [...] Was Schicksalsschläge, Glück und Leid der Menschen, was Dramen, Tragödien und Komödien des Alltags sind, läßt sich bei den Drombuschs und in der Lindenstraße zwar nicht ganz so authentisch, wie in der Nachbarschaft, im Verein oder im Bekanntenkreis erfahren; dafür aber kann man selbst entscheiden, wann es genug ist.« (Schäuble 1994: 77)

»Vereinsamung, Sinnkrisen, Selbstmorde[n] und Flucht in Sucht« führen kann (Born 1993: 34, ähnlich Paulwitz 1996a: 245; FAZ 1997b).

Die hier bereits aufscheinende Delegitimation einer ausschließlich der ichbezogenen Erholung dienenden Freizeitgestaltung nimmt im Rahmen der Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre durch die zusätzliche Verknüpfung mit objektbezogenen Aussagen noch deutlichere Konturen an: Das große Problem dieser zusätzlichen Freizeit besteht darin, dass »nicht jeder weiß, wie er die hinzugewonnenen Mußestunden sinnvoll nutzen soll. Vielen fällt nichts anderes ein, als die Zeit vor dem Fernseher zu verbringen« (Focus 1995b). Es ist somit vor allem der lange Zeit als Unterhaltungsrevolution gefeierte Fernseher, der – ergänzt um das »Sofa« (SZ 2000b) – seit Ende der 1980er Jahre zum Symbol einer selbstbezogenen und sinnentleerten Freizeit stilisiert wird, die in deutlichem Gegensatz zu einer erfüllten Lebensgestaltung steht, in der Arbeit-, Frei- und Sozialzeit fruchtbar miteinander verknüpft sind (Spescha 1993: 404; SZ 1997). Dass die Benennung des Fernsehers gleichsam die gesamte Erzählung einer passiven und sinnfreien Freizeitgestaltung aufruft, zeigt sich besonders eindrucksvoll anhand einer Textpassage aus Wolfgang Schäubles Buch *Und der Zukunft zugewandt* (Schäuble 1994):

»Auch um den Erlebniskomfort beim Fernsehen zu steigern, sind Produktdesigner und Industrie ziemlich erfinderisch. Die Annehmlichkeiten der Welterfahrung in den eigenen vier Wänden wurde [sic!] durch die Erfindung des einzig dazu passenden Sitzmöbels, des Fernsehsessels, gesteigert. Und weil man sich darin so schön bequem niederlassen kann, mußte die Fernbedienung erfunden werden. Einzig die Kartoffelchips – die nun aber von der Werbung als Fernseh-Knabbererei angepriesen werden –, die Flasche Bier und der auch bei Flugreisen in den sonnigen Süden und beim Autowaschen bewährte leuchtfarbene Trainingsanzug aus Ballonseide mußten nicht neu kreiert werden, da sie für den TV-Liebhaber als bequemschaftssteigernde Kulturgüter bereits verfügbar waren.« (Ebd.: 77)

Durch die Aufzählung weiterer mit dem Fernsehkonsum scheinbar untrennbar verbundener Objekte, wie der »Fernsehsessel«, die »Fernbedienung«, die »Fernseh-Knabbererei«, das »Bier« und der »Trainingsanzug« (vgl. ebenso Focus 1995c), avanciert der Fernseher zum Inbegriff einer »falsch« verbrachten, sinnentleerten Freizeit, in der man »meint[, Erfüllung kaufen oder in Unterhaltung finden zu können« (Laurien 1995: 296). Durch die Gleichsetzung des Fernsehers mit übermäßigen Alkoholkonsum avanciert dieser in den Ausführungen von Hanna-Renate Laurien zum Sinnbild eines ungesunden oder gar lebensbedrohlichen bzw. suchterzeugenden Lebensstils: »Die Bar, der Fernseher, der Suff als Ersatz für Sinn. Sucht statt Sinn.« (Ebd.) Nur wer den Fernseher und die Bar meidet und seine freie Zeit als Sozial- und Kulturzeit sowie als Zeit der Auseinandersetzung mit sich selbst nutzt, könne diesen »wahrhaft tödlichen Formen« enttrinnen: »Dann wird aus verbrachtem Leben erfülltes Leben, aus einem Leben mit Glück und Unglück ein geglücktes Leben.« (Ebd.) Der Fernseher – und hier zeigt sich erneut die enge Verknüpfung zwischen dem engagementbezogenen Selbstverwirklichungs- und dem altersbezogenen Unruhestands-Dispositiv (Denninger u.a. 2014: 113) – wird demnach nicht nur vom hochgelobten Unterhaltungsmedium zum Symbol einer sinnentleerten Freizeitgestaltung degradiert, sondern avanciert gleichsam zum Inbegriff einer ungesunden und passiven Lebensführung, die es besonders im Alter zu meiden gelte. Exemplarisch für diese objektbezogene Negativ-Verknüpfung sei

hier auf die Bemerkung einer Rentnerin verwiesen, die ihr Engagement in der örtlichen Rettungshundestaffel folgendermaßen begründet: »Ich will mein Leben sinnvoll verbringen und nicht nur vor dem Fernseher sitzen.« (SZ 2001b) Diese in der Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre häufig herangezogene Kausalbeziehung zwischen dem Verzicht auf eine freiwillige Tätigkeit und einer sinnentleerten, sozial isolierten oder gar lebensgefährlichen Freizeitgestaltung vor dem Fernseher wird im medialen und politischen Diskurs stets durch Rekurs auf wissenschaftliche Spezialdiskurse, wie etwa den Ergebnissen der Freizeit- und Ehrenamtsforschung, abgesichert (u.a. Spiegel 1994c; Focus 1995b; Laurien 1995; Pott 1996).

Insgesamt zeichnet sich die Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre – gerade im Unterschied zu den Erzählungen der nachfolgenden Jahre – dadurch aus, dass die hier benannten neuen Ansprüche an die inhaltliche Ausgestaltung des alltäglichen Freiraums noch vornehmlich der selbstbezogenen Gestaltung einer sinnstiftenden und selbstverwirklichenden Freizeit dienen sollen. Es geht, mit anderen Worten, um ein »Engagement, das die eigenen Interessen anspricht und so gesehen eine sinnvolle Selbstverwirklichung sein kann« (Schaaf-Derichs 2009: 140). Die individuelle Freizeit führt nur dann zu einem sozial erfüllten und zufriedenstellenden Leben, wenn diese nicht nur eine Zeit der unterhaltungsfokussierten Erholung ist, sondern »eine Zeit [...], in der wir dem Nachbarn, uns selbst und den Dingen begegnen« (Laurien 1995: 296). Eine glückliche und sinnerfüllte Existenz rückt demzufolge nur dann in greifbare Nähe, wenn man erkennt, dass die im Rahmen einer freiwilligen Betätigung erlebte Selbsterfahrung, die aufgebauten Beziehungsgeflechte sowie die erworbenen sozialen Kompetenzen »von erheblichem Wert für den individuellen Lebensweg« sind (Deutscher Bundesjugendring 1993: 103).

Ein resümierender Blick auf die Neuordnung der institutionellen, epistemischen sowie körper- und objektbezogenen Aussagen im Rahmen der Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre zeigt zudem, dass diese, was ihre Multidimensionalität anbetrifft, der lange Zeit prägenden Erzählung des traditionellen Ehrenamtes in nichts nachsteht: In der hier skizzierten mehrdimensionalen diskursiven Ordnung ist die Wissensordnung des neuen Ehrenamtes untrennbar verknüpft mit körperbezogenen Aussagen über die gesundheitsförderliche Wirkung eines freiwilligen Engagements und mit den objektbezogenen Negativ-Verknüpfungen einer sinnfrei und passiv verbrachten Freizeit, wie dem Fernseher, der Bar oder dem Sofa. Die Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre gewinnt an Gestalt und Kontur in Abgrenzung zur Erzählung des traditionellen Ehrenamtes und dessen zentralen Institutionen und Objekten: Sowohl die Ehrennadel als auch die traditionellen Wohlfahrtsorganisationen werden in der seit Mitte der 1980er Jahre aufkommenden Erzählung mit Attributen, wie Langeweile, Unselbständigkeit und lebenslanger Verpflichtung, gleichgesetzt. Um abschließend die Vollzugswirklichkeit dieser Storyline einschätzen zu können, soll der Blick im Folgenden auf die Dispositiv-Aneignung und -Verarbeitung der Freiwilligen, die wiederum eng mit der institutionellen Dimension der engagementbezogenen Selbstverwirklichungs-Erzählung verwoben ist, gerichtet werden.

Die neuen Ehrenamtlichen

Angeichts des Fehlens eigener interviewgestützter Befragungen beruhen die folgenden Ausführungen zur Alltagsrelevanz der Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre auf den Ergebnissen quantitativer Freiwilligenbefragungen sowie auf Positionspapieren und Stellungnahmen der in Verbänden, allen voran in der Caritas, tätigen Ehrenamtlichen. Die Auswertung der genannten Dokumente lässt keinen Zweifel daran, dass Aspekte wie Selbstverwirklichung und Freude an der Erprobung der eigenen Fähigkeiten im Ehrenamt nicht nur von medialer oder politischer Seite propagiert wurden, sondern es sich hierbei um die zentralen Wünsche der Ehrenamtlichen selbst handelte (Götz 1993b: 38; Wessels 1995: 197): Zu den von den Freiwilligen am häufigsten benannten Vorteilen einer ehrenamtlichen Tätigkeit gehören nach Angaben der im Jahr 1996 erschienenen European-Volunteering-Study (Eurovol) daher auch der Spaß an der Tätigkeit (65 %), der Kontakt mit anderen Menschen (40 %) sowie innere Befriedigung und Horizonserweiterung (jeweils 27 %) (Paulwitz 1996a: 242; zu ähnlichen Ergebnissen gelangen auch Wessels 1995: 196-203 und Ueltzhöffer/Ascheberg 1996: 106-109). Das Gleiche gilt übrigens auch für die gesundheitsförderlichen Eigenschaften des freiwilligen Engagements: Diese wurden ebenfalls nicht nur in politischen, wissenschaftlichen oder medialen Texten angepriesen, sondern fanden auch bei den Engagierten selbst lobende Erwähnung: Nach Angaben der Eurovol-Studie stimmen beispielsweise 30 % der regelmäßig Engagierten in der BRD der Aussage zu, dass ein Engagement ihr körperliches Wohlbefinden steigern und ihnen helfe, aktiv und gesund zu bleiben (Paulwitz 1996a: 241f., 1996b: 230, 1998: 65f.).

Außerdem zeigen insbesondere die Stellungnahmen und Positionspapiere verbandlich organisierter Freiwilliger, dass diese seit Ende der 1980er Jahre nicht nur ihre selbstbezogenen Wünsche und Bedürfnisse selbstbewusst nach außen trugen, sondern auch eine Verbesserung der engagementspezifischen Bedingungen in den Organisationen offensiv einforderten (Braun 1989: 43; Gaidetzka 1992: 154): Nach Ansicht der Bundesgeschäftsführerin der Caritas-Konferenzen Deutschlands, Petra Gaidetzka, widerspreche der Grundsatz der alten Ehrenamtlichkeit: »Tue Gutes und sprich nicht darüber« (Rogg 1994: 458) mittlerweile einem Großteil der in der Caritas organisierten Freiwilligen, die stattdessen »in ihrer Eigenständigkeit, mit ihren besonderen Fähigkeiten, Möglichkeiten und Lebenserfahrungen ernst genommen werden« wollen (Gaidetzka 1992: 157). Dies impliziert auch, dass die Freiwilligen die gegebenen organisationalen Rahmenbedingungen nicht mehr einfach so hinnahmen, sondern hier sowohl offen Kritik äußerten (Gaskin/Smith/Paulwitz 1996: 103) als auch Vorschläge zur Behebung dieser Missstände unterbreiteten. Exemplarisch verwiesen sei an dieser Stelle auf die seit Ende der 1980er Jahre mit zunehmender Häufigkeit stattfindenden Vertretertage der Fachverbände der in der Caritas aktiven Ehrenamtlichen, der Caritas- und Vinzenz-Konferenzen Deutschlands (VKD),⁸ sowie auf die von diesen herausgegebenen Stellungnahmen, Positionspapiere und Tätigkeitsberichte (Gaidetzka 1992; Götz 1993a; Rogg 1994; CKD 1996). Diese zeigen eindrucksvoll, dass immer mehr Freiwillige selbstbewusst mit ihren Forderungen sowohl an die Träger ehrenamtlicher Arbeit als auch an die

8 | Die Vinzenz-Konferenzen Deutschlands e.V. (VKD) ist ein Fachverband des Deutschen Caritasverbandes, der die Arbeit ehrenamtlich tätiger Laien, vornehmlich von Männern, organisiert.

(bundes-)politischen Verantwortungsträger herantraten: Mit Blick auf die traditionellen Ehrenamtsorganisationen forderten diese u.a. verbesserte Weiterbildungsmöglichkeiten, mehr Mitspracherechte, selbstverantwortete Handlungsspielräume und Entscheidungskompetenzen, eine zuverlässige Auslagenrückerstattung sowie klare Aufgabenbeschreibungen (Götz 1993a: 27; Halfar 1994: 110; Wessels 1995: 199; CKD 1996: 233-235). Neben organisationsbezogenen Verbesserungswünschen richteten die in der Caritas aktiven Freiwilligen ihre Forderungen auch direkt an die Politik und setzten sich hier besonders für einheitliche berufliche Freistellungsregelungen, eine Verbesserung der sozialversicherungs- und rentenrechtlichen Absicherung des Ehrenamtes sowie steuerliche Freibeträge ein (Baldas 1993: 408; Rogg 1994: 458f.; CKD 1996: 233-235; Born 1996: 28). Die genannten Formen der Anerkennung und Förderung wurden, wie der Paritätische Wohlfahrtsverband berichtet, seit Anfang der 1990er Jahre auch von den dort tätigen Ehrenamtlichen selbstbewusst eingefordert (Paritätischer Wohlfahrtsverband/Stiftung Mitarbeit 1997: 71).

Diese Befunde lassen keinen Zweifel daran, dass sich immer mehr Freiwillige spätestens seit Ende der 1980er Jahre nicht mehr als Handlanger bzw. »als Hilfstruppen des Hauptamtes und auch nicht als »verlängerter Arm« des Pfarrers« (Gaidetzka 1992: 154; ebenso Rogg 1994; CKD 1996: 235; Paulwitz 1996a: 262) verstanden, sondern eher – dies deutet sich hier bereits an – als neue Ehrenamtliche. Neben den »Pauschalaktiven« (Born 1988: 30), die sich entsprechend der Wissensordnung des alten Ehrenamtes, d.h. aus Selbstlosigkeit oder religiöser Überzeugung, engagieren und die gerade in der kirchlichen Verbandsarbeit noch häufig anzutreffen sind (Braun 1989: 43; Gaidetzka 1992: 154), breitet sich zunehmend ein neuer Freiwilligentypus⁹ aus, der offen zugibt, dass für sein Engagement sowohl selbstbezogene als auch altruistische Motive eine Rolle spielen. Zudem geben sich diese Freiwilligen nicht mehr mit den für die Wissensordnung des alten Ehrenamtes typischen objektbezogenen Formen der Anerkennung, wie Ehrennadeln und Medaillen, zufrieden (Paritätischer Wohlfahrtsverband/Stiftung Mitarbeit 1997: 48), sondern setzen sich sowohl für eine stärkere politische Wertschätzung und Förderung als auch dafür ein, als gleichberechtigte Partner der Hauptamtlichen wahrgenommen zu werden.

Die Unzufriedenheit vieler, gerade verbandlich organisierter Freiwilliger tritt jedoch nicht nur in Form von kritischen Positionspapieren offen zu Tage, sondern zeigt sich auch anhand der abnehmenden Engagiertenzahlen in den klassischen Organisationen deutscher Wohlfahrtsstaatlichkeit: So sank die Zahl der bei den Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege tätigen Ehrenamtlichen nach An-

9 | Exemplarisch für viele ähnliche Aussagen freiwillig Engagierter, die dem neuen Freiwilligentypus zugeordnet werden können, sei hier auf ein Interview mit einer Freiwilligen verwiesen, das Christiane Wessels (1994) im Rahmen ihrer Engagementstudie im Raum Trier-Koblenz-Saarbrücken 1992/93 geführt hat. Die interviewte Freiwillige bringt hier selbstbewusst die selbstbezogenen Erwartungen an ein Ehrenamt zum Ausdruck: »Ich denke, es ist immer ganz wichtig, auch in sich hineinzuhorchen, was will ich oder welche Vor- und Nachteile bringt mir diese Entscheidung. Und in dem Moment, wo das Ganze nicht mehr ausgewogen ist, das Ganze noch mal zu hinterfragen. Oder wenn sich die allgemeine Situation ändert, wenn sich andere Möglichkeiten bieten, dann eventuell eine neue Entscheidung zu treffen.« (Wessels 1995: 199f.)

gaben der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege von ca. 2 Mio. in den 1970er auf 1,5 Mio. in den 1980er Jahren (BAGFW 1985, zit.n. Olk 1989a: 7; ebenso Prognos 1984). Angesichts dieser abnehmenden Helferzahlen sind aus den Reihen der sozialen und kirchlichen Verbände seit Mitte der 1980er Jahre zunehmend Klagen über eine »Krise des Ehrenamtes« zu vernehmen (Born 1988; Albert 1993: 10; Riedel 1993: 379; Zentralrat des DCV 1995: 313, Pott 1996; Paritätischer Wohlfahrtsverband/Stiftung Mitarbeit 1997: 6; zur medialen Rezeption vgl. z.B. SZ 1998a). Viele der Trägerorganisationen ehrenamtlicher Arbeit begannen folglich erst dann die herausragende Bedeutung des freiwilligen Engagements in den eigenen Reihen wertzuschätzen, als die Zahl der Freiwilligen schon im Abnehmen begriffen war (Riegert 1997: 16). Interessanterweise waren es gerade diese unter dem Rückgang der Ehrenamtlichen leidenden Vereine und Verbände, die seit Anfang der 1990er Jahre zunehmend die von den Freiwilligen an die Adresse der Politik gerichteten Forderungen nach besseren gesetzlichen Rahmenbedingungen für das Ehrenamt aufgriffen und selbst mit Nachdruck an die (bundes-)politischen Verantwortungsträger weiterleiteten (SZ 1994b; Zentralrat des DCV 1995: 324f.; von Richthofen 1996a, 1996b: 6; o.A. 1996: 18; Sengling 1997b: 16; Puschmann 1998: 381). Bereits seit Anfang der 1990er Jahre machten Verbände, Vereine und verschiedene Freiwilligenvertretungen darauf aufmerksam, dass Engagementförderung nicht nur eine Aufgabe der auf Ehrenamtliche angewiesenen Organisationen, sondern auch der Politik sei. Diese dürfe sich hierbei nicht auf verbale Belobigungen beschränken, sondern müsse das Ehrenamt auch durch die Schaffung engagementförderlicher rechtlicher Rahmenbedingungen aktiv unterstützen.

Das soziale Ehrenamt zwischen Selbsthilfegruppe und Wohlfahrtsverband

Der deutliche Rückgang der Freiwilligen in den klassischen Ehrenamtsorganisationen seit den 1980er Jahren bedeutet jedoch nicht, dass sich die Deutschen grundsätzlich vom Ehrenamt abwendeten, sondern es fand vielmehr eine Verlagerung in andere Bereiche statt: Dies zeigt sich besonders eindrücklich an der im gleichen Zeitraum ansteigenden Zahl freiwillig Aktiver in Selbsthilfegruppen, Bürgerinitiativen, Umweltorganisationen, selbstorganisierten Beratungs- und Begegnungsstätten usw., die sich in Reaktion auf die zunehmende Professionalisierung und Bürokratisierung der verbandlichen Sozialen Arbeit und im Zuge der Protestaktionen der Neuen Sozialen Bewegungen seit den 1970er Jahren stark ausgebreitet und zunehmend etabliert haben (Olk 1989a; Braun 1989: 43f.; Bock 1992: 381f.; SZ 1998h; Hacket/Mutz 2002: 42).

Diese selbstorganisierten Engagementformen gehören zu den zentralen, die institutionelle Dimension betreffenden Positiv-Verknüpfungen, deren Benennung maßgeblich zur inhaltlichen Verdichtung der Erzählung Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre beiträgt. Derartige Gruppierungen und Zusammenschlüsse finden aufgrund ihres »Volunteer-zentrierte[n]« Ansatzes (Paulwitz 1996a: 243) gerade in politischen Statements und wissenschaftlichen Spezialdiskursen stets als ideale Institutionalisierungsformen der Wissensordnung des neuen Ehrenamtes Erwähnung und fungieren somit als positiv konnotierte Kontrastfolie zu den verkrusteten Ehrenamtsstrukturen in den traditionellen Vereinen und Verbänden (Braun 1990a: 585; Zentralrat des DCV 1995: 312; Bock 1996b: 224; Herzog 1995; Pott 1996; Schätzle 1997: 54): Sie seien, so der allgemeine Tenor, eher in der Lage,

die – mit Blick auf die Wohlfahrtsverbände als defizitär geltende – »Passung« (Paulwitz 1996a: 244, 249) zwischen den selbstbezogenen Wünschen der Freiwilligen und den strukturellen Angebotsbedingungen zu verbessern. Den spezifischen formalen Ansprüchen der neuen Freiwilligen an ein Engagement tragen diese einerseits insofern Rechnung, als ihr Fokus zumeist auf zeitlich und lokal begrenzten Einzelprojekten mit klar umrissenen Aufgaben liegt (Braun 1989: 43f.). Andererseits beruht die Attraktivität dieser alternativen Bündnisse darauf, dass die Freiwilligen ihre eigenen Lebensumstände in einer selbstgegründeten Bürgerinitiative oder einer problemorientierten Selbsthilfegruppe deutlich besser verorten und ihre Gestaltungswünsche einbringen können, als dies im Rahmen eines weitgehend anonymen, hierarchisch organisierten Großverbandes der Fall ist (Halfar 1994: 110f.; Wessels 1995: 196; BT-Drs. 13/3232 1995: 1; Abgeordneter Riegert (CDU/CSU), in: BT Pl.-Prot. 13/145 1996: 13107). Die genannten alternativen Gruppierungen werden folglich aus zwei Gründen stets als ideale Institutionalisierungsformen des neuen Ehrenamtes benannt: Erstens, da sie sowohl dem Gestaltungswillen und den selbstbezogenen Wünschen der Freiwilligen entsprechen und zweitens, weil sie durch ihr Projektformat bzw. ihre zeitliche Befristung dem Bedürfnis vieler Engagierter, »in jedem Fall Besitzer/in ihres persönlichen ›Frei-Zeit-Budgets‹ [zu] bleiben«, Rechnung tragen (Paulwitz 1996a: 249).

Hinzu kommt, dass viele Freiwillige die Teilnahme an einer problembezogenen Selbsthilfegruppe oder an einem Projekt, dessen inhaltliche Schwerpunktsetzung sie direkt anspricht und interessiert, zunehmend einer inhaltlich fremdbestimmten Tätigkeit in einer anonymen Großorganisation vorziehen (Bock 1992: 383). So blickten nach Angaben der AWO gerade junge Menschen mit Argwohn und Misstrauen auf die etablierten Einrichtungen, denn diesen »haftet etwas Undurchsichtiges an, und sie funktionieren nach Regeln, denen man sich nicht anpassen will« (Pott 1996: 10). Aus diesem Grund erfreuen sich auch Umweltschutzorganisationen bei dieser Personengruppe seit Anfang der 1990er Jahre zunehmender Beliebtheit: »Mit ihrem Kampf gegen die Umweltzerstörung werden ›reine‹ Ziele verfolgt: Sauberes Wasser und saubere Luft. So etwas dient allen und weckt bei Jüngeren nicht gleich den Verdacht, daß sie für fremde Interessen ausgenutzt werden sollen« (Pott 1996: 10; ebenso Müntefering 1995; Abgeordnete Fischer (Bündnis 90/Die Grünen), in: BT Pl.-Prot. 13/145 1996: 13111; FAZ 1996; Glücklich 1997: 28). Es setzt sich seit Ende der 1980er Jahre folglich zunehmend die Einsicht durch, dass sich Menschen immer weniger aus religiösen Gründen oder aufgrund einer bestimmten Milieubindung engagieren. Zu den zentralen Triebkräften für freiwilliges Engagement zählen stattdessen idealistische Zielsetzungen, wie etwa der Schutz der Umwelt, oder persönliche Probleme, d.h. der »subjektiv sinnhafte[...] Selbstbezug« eines Ehrenamtes (Ueltzhöffer/Ascheberg 1996: 61): Denn »[s]tärker als früher [...] sind Menschen durch eigene Probleme motiviert: So wurden zuletzt viele Selbsthilfegruppen von Patienten gegründet. Auch engagieren sich etliche Ältere in der Pflege – sie sind künftig selbst betroffen« (SZ 2009b).

Gerade der hier skizzierten Bedeutungsaufwertung des Selbsthilfegedankens und seines organisationalen Pendants, der Selbsthilfegruppen¹⁰ und anderer

10 | Die Angaben bezüglich der Anzahl von Selbsthilfegruppen in den alten Bundesländern Anfang der 1990er Jahre schwanken zwischen 40.000 und 50.000 derartiger Initiativen, in denen sich schätzungsweise 2 Mio. Bürger engagierten (Bock 1992: 382).

selbstorganisierter Projekte mit Problemfokussierung, wurde Anfang der 1990er Jahre auch von politischer Seite ein gesteigertes Interesse entgegengebracht, das gleichsam mit verschiedenen institutionellen Neuerungen einherging: Exemplarisch sei hier auf die viel beachtete Selbsthilfeförderung des Berliner Senats in den 1980er und 1990er Jahren (vgl. u.a. FAZ 1983; Fink 1988; Evers 1988) oder auf die im Zuge der Reform des Gesundheitssystems im Jahr 1993 eingeführte Regelung verwiesen, dass die Krankenkassen von nun an Selbsthilfegruppen und -kontaktstellen mit gesundheitsfördernder oder rehabilitativer Zielsetzung fördern können (SGB V § 20, Abs. 3) (BT-Drs. 12/7130 (Sozialbericht) 1994: 67; SZ 1995b). Positive Erwähnung finden zudem die vom Bund initiierten Bundesmodellprogramme zum Aufbau von Selbsthilfekontaktstellen in den alten und neuen Bundesländern (BT-Drs. 12/7130 (Sozialbericht) 1994: 86).

Ebenso unter Berufung auf den Selbsthilfegedanken wird seit Anfang der 1990er Jahre der engen Verknüpfung von engagementbezogenen Selbstverwirklichungs- und altersbezogenen Unruhestands-Dispositiv institutionell insofern Rechnung getragen, als gerade dem freiwilligen Engagement älterer Menschen von bundespolitischer Seite deutlich mehr Beachtung geschenkt wurde.¹¹ Zu den zentralen diesbezüglichen institutionellen Positiv-Verknüpfungen gehört das im Jahr 1992 vom Bundesfamilienministerium ins Leben gerufene Modellprogramm »Seniorenbüro«, das auf die Aktivierung der Selbsthilfe und des ehrenamtlichen Engagements von Älteren ausgerichtet war (vgl. hierzu Denninger u.a. 2014: 125-127). Die Wissensordnung des neuen Ehrenamtes aufgreifend soll dieses Modellprogramm, das vor allem in den Medien viel Aufmerksamkeit erregte (u.a. SZ 1993d, 1993f; FAZ 1994d),¹² nach Angaben des Sozialberichts der Bundesregierung »dazu beitragen, daß die Motivationen älterer Menschen und die Einsatzbedingungen von freiwilligem sozialen Engagement einander besser entsprechen« (BT-Drs. 12/7130 (Sozialbericht) 1994: 98).¹³ Als positiv konnotierte Programme zur Aktivie-

11 | Die zunehmende (bundes-)politische Bedeutungsaufwertung des freiwilligen Engagements Älterer schlägt sich u.a. in einer gesteigerten diesbezüglichen Berichterstattung und in der Initiierung verschiedener Kommissionen nieder. Exemplarisch sei an dieser Stelle auf die Arbeit der Altenberichtskommissionen, der Initiierung einer Enquete-Kommission »Demographischer Wandel«, auf den vom Bundesfamilienministerium initiierten »Alterssurvey« sowie auf den »Bundesaltenplan« aus dem Jahr 1992 verwiesen (BT-Drs. 12/7130 (Sozialbericht) 1994: 97).

12 | Für die im medialen Kontext weit verbreitete positive Einschätzung derartiger politischer Modellprogramme sei hier exemplarisch auf einen Artikel der *Süddeutschen Zeitung* verwiesen, in dem u.a. das Modellprogramm Seniorenbüro lobende Erwähnung findet: »Eine Reihe von Modellprojekten, Förderungen und Initiativen umwirbt die Alten. Ziel: ihren ehrenamtlichen Einsatz zu fördern und ihnen damit gleichzeitig die Möglichkeit zu einer selbstbestimmten, befriedigenden Lebensgestaltung zu bieten. Ein erfolgreiches Beispiel ist das 1992 vom Bundesfamilienministerium gestartete Modellprogramm Seniorenbüro. Heute erreichen rund 100 Seniorenbüros in Städten und Gemeinden übers gesamte Bundesgebiet verstreut ältere Menschen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Seniorenbüros wissen um die Wünsche und Sorgen der Alten.« (SZ 1998a)

13 | Der wissenschaftliche Bericht zur Evaluierung des Modellprogramms Seniorenbüro macht auf einen allmählichen Umbruch des Altersdiskurses aufmerksam. Senioren werden hier erstens nicht mehr als hilfsbedürftig, sondern weitgehend unhinterfragt als kompetent,

rung der Selbsthilfe- und Engagementpotenziale älterer Menschen gelten zudem die im selben Zeitraum in Baden-Württemberg initiierten engagementspezifischen Neuerungen: Hier wurde bereits im Jahr 1990 eine »Geschäftsstelle Seniorengenossenschaften« im Sozialministerium eingerichtet, die sich um die fachliche Begleitung des Landesprogramms »Seniorengenossenschaften« (1990-1993) und des Nachfolgeprojekts »Initiative 3. Lebensalter« (1994-1996) kümmerte (lobende Erwähnung finden diese z.B. in: Ueltzhöffer/Ascheberg 1996: 33; SZ 1998a).

Die institutionelle Dimension der Erzählung sowie die alltagspraktischen Aneignungsmodi der Freiwilligen resümierend gilt festzuhalten, dass vor allem Organisationsformen, wie selbstorganisierte Projekte, Selbsthilfegruppen oder Bürgerinitiativen, in der Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre zu den positiv konnotierten Knotenpunkten gehören, da sie den Wünschen der neuen Freiwilligen nach Mitgestaltung, flexibler Zeiteinteilung und persönlicher Betroffenheit entsprechen. Die Auswertung quantitativer und interviewgestützter Freiwilligenbefragungen sowie der Rückgang der Engagiertenzahlen in den klassischen Ehrenamtsorganisationen und ihr Anstieg in selbstorganisierten Gruppen deuten darauf hin, dass sich immer mehr Engagierte als neue Freiwillige verstanden, die durch ihre alltagspraktische Umsetzung dieser Wissensordnung sowohl die Entstehung als auch die gesellschaftliche Verankerung der Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre offensiv vorangetrieben haben. Die Durchsetzungskraft der engagementbezogenen Selbstverwirklichungs-Erzählung resultiert folglich aus dem Ineinandergreifen von medial flankierten wissenschaftlichen Spezialdiskursen und den Alltagspraktiken sowie engagementbezogenen Forderungen der neuen Freiwilligen, die gleichsam von den Vereinen und Verbänden rezipiert und an die politischen Verantwortungsträger weitergeleitet wurden. Eine stabilisierende Wirkung geht zudem von der Vielzahl einflussreicher Anschlussdispositive aus, mit denen die Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre verwoben ist und die im Zuge der Rekonstruktion der Erzählung angesprochen wurden: Neben dem altersbezogenen Unruhestands-Dispositiv gehören hierzu auch die faktische Verkürzung der Arbeits- zugunsten der Freizeit, die Schwächung der Bindungskräfte der traditionellen Ehrenamtsorganisationen, die zunehmende Institutionalisierung der Neuen Sozialen Bewegungen, die gesellschaftlichen Individualisierungs- und Pluralisierungstendenzen sowie die erhöhte gesellschaftliche Mobilität angesichts flexibilisierter und prekärer Arbeitsverhältnisse, durch die ein längerfristiges Engagement zunehmend erschwert wird.

leistungsfähig und selbstbewusst wahrgenommen. Zweitens geht es bei der Förderung von Seniorenbüros angesichts des demografischen Wandels nicht mehr nur um die verschiedenen Möglichkeiten einer aktiven Gestaltung des individuellen Lebensabends oder der Vorsorge gegen Einsamkeit und Isolation im Alter, sondern auch darum, dass sich Ältere mit ihren Erfahrungen und ihrer Zeit nicht nur für sich selbst, sondern auch zum Wohle anderer einsetzen (ISAB 1997; ebenso Denninger u.a. 2014: 126f.).

4.3 STORYLINE »FREIWILLIGKEIT ALS GESELLSCHAFTLICHE PRODUKTIVITÄTSRESSOURCE« (1994 BIS 1998)

Seit Mitte der 1990er Jahre gewinnt eine Storyline zunehmend an Einfluss, in der vom freiwilligen Engagement primär als gesellschaftliche Produktivitätsressource die Rede ist. Die Betonung der gesellschaftlichen Bedeutung freiwilligen Engagements rührt daher, dass das Engagementsthema seitdem stärker Eingang in bundespolitische Debatten fand und sich hier neue Vorstellungen über die Bedeutung und Förderungswürdigkeit des Ehrenamtes ausbreiten konnten. Das Aufkommen dieser dem Produktivitätsgedanken verpflichteten Erzählung bedeutet jedoch keinesfalls, dass die Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre hierdurch vollständig verschwindet. Vielmehr bleibt diese gerade mit Blick auf die Freiwilligen selbst weiterhin präsent, läuft parallel zur Produktivitäts-Erzählung weiter und schreibt sich sogar in das sich neu etablierende Produktivitätsparadigma ein. D.h., verschiedene Elemente des engagementbezogenen Selbstverwirklichungs-Dispositivs wurden von den sich diesem Thema vermehrt zuwendenden bundespolitischen Kräften aufgegriffen, jedoch unter dem Einfluss veränderter gesellschaftlicher Bedingungen inhaltlich neu gerahmt. Die engagementspezifische Produktivitäts-Erzählung geht folglich aus der Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre hervor, weshalb viele Wissensbestände letzterer auch im neuen Produktivitätsparadigma präsent bleiben: Hierzu gehören die mit der Wissensordnung des neuen Ehrenamtes verbundenen Erkenntnisse, dass immer mehr Freiwillige in einer ehrenamtlichen Tätigkeit erstens nach Sinnstiftung und Selbstverwirklichung suchen, zweitens kurzfristige bzw. projektförmige Engagementangebote bevorzugen und drittens ihre Gestaltungswünsche in die konkrete Tätigkeit einbringen möchten. Diese die gesamte Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre aufrufenden epistemischen Fragmente bilden die – keiner weiteren Erklärung bedürftige – Grundlage der neuen Produktivitäts-Erzählung, in der die Wissensordnung des alten Ehrenamtes nach wie vor als Abgrenzungsfolie Erwähnung findet.

Ausschlaggebend für die Neuverhandlung der genannten Wissensbestände des engagementbezogenen Selbstverwirklichungs-Dispositivs seit Mitte der 1990er Jahre war ihre gerade im politischen Kontext forcierte Verknüpfung mit zwei – wiederum selbst eng miteinander verwobenen – Krisenerzählungen: mit der kommunitaristisch¹⁴ inspirierten Rede von gesellschaftlichen Zerfallserscheinungen

14 | Der Kommunitarismus bezeichnet eine sozial-philosophische Lehre, die sich in der Zeit der Reagan-Administration zu einer zentralen akademischen Denkschule entwickelte und deren Anfänge in der amerikanischen Auseinandersetzung mit der Gerechtigkeitstheorie von John Rawls (1971) in den 1980er Jahren liegen. Ausgehend von diesen intellektuellen Diskussionen fanden kommunitaristische Ideen auch Eingang in den Präsidentschaftswahlkampf und die Reformüberlegungen Bill Clintons im Jahr 1992 (Reese-Schäfer 1996: 5f.). Zu den bekanntesten Vertretern zählen die Philosophen Michael Sandel (1984), Charles Taylor (1989), der Soziologe Robert Bellah (u.a. 1985), der Ökonom Amitai Etzioni (1993), der Historiker Christopher Lasch (1991) oder der politische Theoretiker Michael Walzer (1983). Zur Überwindung der Diagnose eines einseitig als Egoismus und Individualismus verstandenen Liberalismus plädieren die Kommunitaristen für eine neue Ausbalancierung der individuellen Rechte und sozialen Pflichten bzw. Verantwortlichkeiten, wobei vor allem die Grundpfeiler des gesellschaftlichen Zusammenhalts, d.h. die kleineren sozialen Einheiten wie Schule,

einerseits und den Klagen über eine Überlastung des deutschen Sozialstaates andererseits. Interessanterweise wird in der Produktivitäts-Erzählung auf eine ausführliche Erläuterung dieser beiden Krisenerscheinungen zugunsten knapper Verweise auf gesellschaftliche Werteverfalls- und Desintegrationstendenzen (Zeit Online 1997e) und auf die allseitige Überforderung sowie die finanziellen Engpässe des Sozialstaates angesichts hoher Aufgabenlast verzichtet (Zeit Online 1994, FAZ 1996). In Anbetracht dieser Krisenerscheinungen tritt die individuelle Bedeutungsdimension in der seit Mitte der 1990er Jahre dominant werdenden Storyline der Freiwilligkeit als Produktivitätsressource zugunsten der Rede vom freiwilligen Engagement als gesellschaftliche Produktivitätskraft in den Hintergrund. Das Motto lautet nunmehr: »Frage nicht, was die Gesellschaft für dich tun kann, sondern was du für die Gesellschaft tun kannst.« (DSB 1996: 19)

Im Rahmen der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung ist es die Kernkategorie »Bürgerengagement als (brachliegendes) Potenzial«, die die Organisation und Verknüpfung der multidimensionalen Aussagebündel anleitet. Der Potenzialbegriff findet hierbei in zwei unterschiedlichen Kontexten Verwendung: Einerseits gilt das freiwillige Engagement der Bürger als wichtige Ressource und aktivierbares Potenzial zur Lösung gesellschaftlicher Krisen; andererseits wird im Hinblick auf die Freiwilligen selbst von einem brachliegenden Engagementpotenzial gesprochen und behauptet, dass ein Großteil der Bürger durchaus bereit sei, zukünftig eine freiwillige Tätigkeit zu übernehmen. Beiden Verknüpfungssträngen des engagementspezifischen Produktivitäts-Dispositivs gilt es im Folgenden Aufmerksamkeit zu schenken.

Freiwilliges Engagement als aktivierbares Potenzial zur Lösung gesellschaftlicher Krisen

Die sich im Zuge der erwähnten Krisendiagnostik herauskristallisierende neue Wissensordnung der Storyline Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource zeichnet sich durch die allgemein akzeptierte Feststellung aus, dass sowohl die Erschöpfung des Sozialstaates als auch der Verlust an Gemeinschaftswerten nur durch ein Mehr an freiwilligem Engagement jedes Einzelnen abgemildert werden könne. Diese epistemische Verknüpfung erscheint umso plausibler, zieht man in Betracht, dass in der Produktivitäts-Erzählung den Bürgern selbst eine Teilschuld an der Zuspitzung dieser Krisenerscheinungen zugeschrieben wird: »Das Land ist nicht mehr in Ordnung, weil es die Menschen nicht mehr sind.« (Zeit Online 1994) Das Hauptproblem, darin scheinen sich alle Beteiligten einig zu sein,

Familie und Nachbarschaft, gestärkt werden sollen. In Deutschland fiel die amerikanische Kommunitarismusdebatte – flankiert durch die Popularisierung des »Sozialkapital«-Ansatzes von Putnam (1993) – seit Beginn der 1990er Jahre zunächst im akademischen Umfeld (Joas 1992, 1995; Honneth 1993) und später auch in der deutschen Politik auf fruchtbaren Boden. Das Besondere an der Rezeption des Kommunitarismus in der deutschen Parteilandschaft ist, dass er sowohl bei gemäßigt linken als auch bei konservativen Politikern auf Gehör stieß (Schäuble 1994, 1995; Gauly 1995; Kretschmann 1995; Zeit Online 1995a). Dies kann u.a. darauf zurückgeführt werden, dass die kommunitaristischen Ideen »ein ideales Mischungsverhältnis zwischen hedonistischem Individualismus und tugendhaftem Gemeinsinn herzustellen« versprochen (Focus 1997) und somit gewissermaßen quer zu den tradierten Trennungslinien im deutschen Parteienspektrum lagen.

bestehe darin, »daß sich zuletzt »in Deutschland nichts so sehr verbreitet hat wie der Egoismus« (Focus 1995c; ebenso von Richthofen 1996b: 6; Berliner Resolution zum Ehrenamt 1996: 16). Dieser »neuen Generation von Ich-Süchtigen« widmen *Der Spiegel* im Jahr 1994 (Nr. 22: »Die Ego-Gesellschaft. Jeder für sich und gegen alle«) und der *Focus* im Jahr 1995 (Nr. 27: »Ich! Ich! Ich! Ein Volk auf dem Ego-Trip. Warum wir uns immer mehr ins Private flüchten?«) sogar ganze Themenhefte, in denen die Deutschen als ein Volk bezeichnet werden, das sich »in einen Kokon aus zweierlei Fäden« einspinne: »Eigeninteresse und Rücksichtslosigkeit« (Focus 1995c). Der polnische Schriftsteller Andrzej Szczypiorski kommt unter Heranziehung der objektbezogenen Negativ-Verknüpfung des Fernsehers zu einer ebenso düsteren Einschätzung der europäischen Bürgerschaft:

»Ich bin leider der bitteren Überzeugung, daß dieser Bürger zur Zeit in seinen Pantoffeln in der Stille seines Hauses sitzt – von anderen Mitbürgern durch den Panzer des Egoismus abgegrenzt – und sich eine Welt der Werbung, der Gewalt und allgegenwärtigen Nonsens am Bildschirm seines Fernsehers anschaut.« (Szczypiorski 1999: 35)

Die Verbreitung einer egoistischen Grundhaltung in der Gesellschaft, die sich dadurch auszeichnet, dass der Einzelne seine Freiheit auf Kosten der Gemeinschaft auslebe (Zeit Online 1997e), gilt in der Produktivitäts-Erzählung folglich als eine der zentralen Ursachen für die Krise des gesellschaftlichen Zusammenhalts, die Überforderung des Sozialstaates und nicht zuletzt für die sinkenden Engagiertenzahlen in den klassischen Organisationen deutscher Wohlfahrtsstaatlichkeit. Die epistemische Verknüpfung bürgerschaftlicher Schuldhaftigkeit mit den genannten Krisenerscheinungen stellt demnach einen zentralen Knotenpunkt im dispositiven Netz der Produktivitäts-Erzählung dar, dem durch die Erwähnung weiterer wissensbezogener Verknüpfungen zusätzliche Plausibilität verliehen wird. Die Beschaffenheit dieser Verbindungslinien gilt es daher nachfolgend in den Blick zu nehmen.

Die Schuldzuweisung an die Bürgerschaft wird erstens dadurch begründet, dass der Rückgang der Engagiertenzahlen in der traditionellen Vereins- und Verbandslandschaft, anders als in der Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre, nicht mehr ausschließlich auf die verkrusteten Organisationsstrukturen zurückgeführt wird, sondern die Engagierten selbst, besser gesagt: die Nicht-Engagierten, hierfür zunehmend verantwortlich gemacht werden. Im Rahmen der neuen Produktivitäts-Erzählung wird argumentiert, dass es angesichts des gesellschaftlichen Egoismustrends und des damit einhergehenden Rückzugs ins Private immer weniger Menschen gebe, »die über den Tellerrand ihrer individuellen Bedürfnisse hinausschauen« (von Richthofen 1996b: 6) und ihre kostbare Freizeit uneigennützig und in größerem Umfang in den Dienst einer karitativen Einrichtung, eines Vereins oder einer Partei stellten (SZ 1994a; ebenso der CSU-Politiker Alois Glück, in: SZ 1993e; Scharping 1996: 12, 1997: 5; FAZ 1997d):

»Wer sich dagegen mit dem Zeitgeist verbündet hat, promenierte alsbald auf dem Egotrip und wird sich selbst immer weitaus mehr lieben als den Nächsten. Wenn der Eigensinn den Gemeinsinn also auf breiter Front verdrängt, muß sich der mitarbeitende Mensch in Verein und Verband bald wie ein Fossil aus einer längst versunkenen idealistischen Welt vorkommen.« (von Richthofen 1996b: 7)

Unter Verweis auf wissenschaftliche Erkenntnisse und Umfrageergebnisse wird zudem stets darauf hingewiesen, dass diese Defizitdiagnose in besonderem Maße auf die Jugendlichen zutreffe, die sich immer stärker »weg von der Solidargemeinschaft und hin zu einer Generation von Egoisten entwickeln« (Spiegel 1994c; ebenso Spiegel 1994d; Focus 1995a; FAZ 1997d). In diesem Kontext sind es vor allem institutionelle und objektbezogene Verknüpfungen, deren Erwähnung zur inhaltlichen Verdichtung und Plausibilisierung dieses Erzählstrangs beiträgt: Die junge Generation habe nicht nur kein Interesse mehr daran, ihre Freizeit für ein zeitraubendes Ehrenamt in einer karitativen Einrichtung zu opfern, sondern gehe auch in Sachen Sport andere Wege: Mannschaftssportarten mit Vereinsbindung, so der Tenor, werden zunehmend durch die körperliche Ertüchtigung im Fitnessstudio und durch Individualsportarten, wie Inline-Skating, verdrängt (Zeit Online 1992; Deutscher Bundesjugendring 1993: 101; Spiegel 1994c; SZ 1994c, 2000a; Zeit Online 1997c; Focus 2000c). Das Fitnessstudio und Inline-Skates avancieren in diesem Kontext folglich zu negativ konnotierten, objektbezogenen und institutionellen Versinnbildlichungen einer lediglich auf das eigene Wohl bedachten, egoistischen Freizeitgestaltung fernab jeglicher mit einer Vereinsmitgliedschaft assoziierten Verpflichtungen:

»Längst blicken jene, die ihre Muskeln, ihre Kondition und ihre Trinkfestigkeit außerhalb fester Übungszeiten trainieren, mitleidig auf die Vereinsmeier herab. ›Sport ist im Verein am schönsten‹ – von wegen. [...] Und für das Überleben in der Ellbogengesellschaft stiehlt man sich ohnehin am besten allein im Fitneßstudio: Die Club-Card mit monatlichen Freidrinks ersetzt den Vereinsausweis mit wöchentlichem Pflichtprogramm.« (Spiegel 1994c)

Zweitens wird der vermeintliche »Zug der Zeit ›in Richtung Egoismus, Anspruchsdenken und Rückzug ins Private« (SZ 1994c) in der Storyline Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource als Ursache dafür benannt, dass sich die deutsche Gesellschaft insgesamt auf dem Weg zu einer moralisch verfallenen und sozial desintegrierten Ego- und Freizeitgesellschaft befinde. Die Bedrohlichkeit dieser Zukunftsvision wird gerade im medialen Kontext durch verschiedene – kommunitaristisch inspirierte – düstere Entwicklungsprognosen verstärkt: »Fest steht, daß sich Gemeinsinn und Gemeinschaft auflösen wie das Ozon über den Polen. Ungefilterter Eigensinn zerfrißt den sozialen Klebstoff. Die vertrauten Solidargemeinschaften bröckeln auseinander.« (Focus 1995c; ebenso Zeit Online 1997d) Als offensichtliche Symptome dieses gesellschaftlichen Egoismustrends gelten hier nach eine »allgemein neurotische[...] Mentalität [...] des ›Keine-Zeit-Habens« (Gauly 1995: 78), die Zunahme einer »›Sollen-doch-die-anderen-Haltung« (Born 1993: 34), die Ausbreitung eines »moralzersetzenden Virus« (Focus 1995c) sowie der ausgeprägte »Tanz um das goldene Selbst« (Spiegel 1994b). Diese Einzelercheinungen bringt Altkanzler Helmut Schmidt auf die folgende einprägsame Formel: »Rücksichtslos egoistische ›Selbstverwirklichung‹ erscheint als Ideal, Gemeinwohl dagegen eher als bloße Phrase.« (Zeit Online 1997d) Diese kommunitaristische Krisendiagnostik aufgreifend zeichnet insbesondere das Grundsatzprogramm der CSU aus dem Jahr 1993 ein hoffnungsloses Bild von den gemeinschaftlichen Bindungskräften:

»Die aufkommende Scheu, dauerhafte Bindungen einzugehen und ehrenamtliche Aufgaben zu übernehmen, die wachsende Neigung, eigenen Sonderwünschen Vorrang vor übergeordneten Notwendigkeiten zu geben, erschweren die staatliche Durchsetzung des Gemeinwohls. Egoismus, Besitzstandsdenken und Intoleranz sind große Hindernisse für die Gestaltung der Zukunft Deutschlands.« (CSU 1993: 10)

Die genannten Einzelentwicklungen werden besonders in konservativen Kreisen als Ausdruck eines, »moralisch betrachtet, [...] herbstliche[n] Klima[s]« (Schäuble 1995: 16) bzw. eines »soziale[n] Kälteschock[s]« (Bock 1996a: 97) gedeutet, der sich nicht nur verheerend auf das Gemeinwohl auswirke, sondern zudem mit verschiedenen besorgniserregenden sozialen Folgeerscheinungen gleichgesetzt wird: Hierzu zählen die Zunahme von alleinstehenden Menschen, Isolationserscheinungen, Suchtkrankheiten, Sinn-, Orientierungs- und Identitätskrisen, Selbstmorden usw. (Born 1993: 34; SZ 1993b; Schäuble 1995: 16; Paulwitz 1996a: 245).

Drittens wird die für die Produktivitäts-Erzählung typische Schuldzuschreibung an die Bürgerschaft durch die Ergänzung zusätzlicher, auf den Staat bezogener epistemischer Verknüpfungen weiter plausibilisiert und verdichtet. So konstatiert beispielsweise der CDU-Abgeordnete Gerhard Päselt: »Mit sinkender Bereitschaft, zeitaufwendige Verpflichtungen oder gar Bindungen einzugehen, wächst die Bereitschaft, Leistungen zu konsumieren, aufzurechnen und Anforderungen zu stellen.« (Päselt 1997: 43) Der allgemeine Trend zu Individualisierung und Selbstverwirklichung wird demnach nicht nur mit maßlosem Egoismus und Werteverfall gleichgesetzt, sondern auch als Ausdruck einer ausufernden »Vollkaskomentalität« (Schäuble 1994: 39; ebenso Puschmann 1992: 164; zur Kritik am konservativen Klagelied über den Verfall der traditionellen Werte vgl. u.a. Zeit Online 1994), eines überzogenen Anspruchsdenkens bzw. einer »passive[n] Erwartungshaltung« an den Staat (Bopp 1997: 3; ebenso die SPD-Politikerin Heide Simonis in: Zeit Online 1995a), einer nutzenmaximierenden Konsumlogik (CSU 1993: 78) und einer »Vorteilssuche des Einzelnen zu Lasten der Gemeinschaft« (Herzog 1997a) gedeutet. Diese Einstellung vieler Bürger, die allzu oft »nur nach dem Nutzen des Staates und sozialer Einrichtungen für sie persönlich [fragen], ohne selbst freiwillig Beiträge zum Funktionieren des demokratischen Staates zu leisten« (CSU 1993: 78), trage der liberal-konservativen Regierung zufolge maßgeblich zu den aktuellen wohlfahrtsstaatlichen Erschöpfungserscheinungen bei (BT-Drs. 13/6386 1996: 2):

»Allzuoft wird versucht, dem Zwang zu Veränderungen auszuweichen, indem man einfach nach dem Staat ruft; dieser Ruf ist schon fast zum allgemeinen Reflex geworden. Je höher aber die Erwartungen an den Staat wachsen, desto leichter werden sie auch enttäuscht; nicht nur wegen knapper Kassen. Der Staat und seine Organe sind der Komplexität des modernen Lebens [...] oft einfach nicht gewachsen und sie können es auch gar nicht sein.« (Herzog 1997a)

Der beinahe reflexhafte, »rituelle[...] Ruf nach dem Staat« (ebd.) wird in konservativen Kreisen übereinstimmend als besorgniserregende Entwicklung betrachtet, da dieser nicht nur zur Überlastung der Sozialsysteme führe, sondern hiermit gleichsam ein gefährlicher Verlust an Gemeinsinn und Verantwortungsübernahme einhergehe, da »durch ein Zuviel an staatlicher Entlastung und Fürsorge das Potential

an solidarischen Kräften in unserer Gesellschaft« zugeschüttet werde (Schäuble 1995: 16; ebenso BT-Drs. 13/5674 1996: 19; Schäuble 1997: 7; Götz 1997: 30f.; FAZ 1997d). Viele Bürger, so Wolfgang Schäuble, nähmen daher fälschlicherweise an,

»daß unser perfektionistischer Sozialstaat mit seinen lückenlosen Sozialversicherungssystemen, mit Kinder- und Altenbetreuung, Pflegeheimen, Beratungseinrichtungen alle Bedürfnisse, einschließlich Notlagen und Lebensrisiken, so weit abdeckt, daß es persönlicher solidarischer Hilfe und Zuwendung nicht mehr bedarf.« (Schäuble 1995: 16)

Ein derartiger Einstellungswandel bleibe auch für die Ausübung eines freiwilligen Engagements nicht folgenlos: So leide das Ansehen unentgeltlich erbrachter Leistungen unter dem Trend, dass scheinbar nur noch solche Tätigkeiten eine gesellschaftliche Wertschätzung und Anerkennung erfahren, die finanziell entlohnt oder anderweitig vergütet werden (BT-Drs. 13/5674 1996: 19; FAZ 1997d).

Die bisherigen Ausführungen zeigen, dass die epistemische Feststellung einer zur Egoismus neigenden Bürgerschaft einen zentralen Knotenpunkt im dispositiven Netz der Produktivitäts-Erzählung bildet, dessen Erwähnung gleichsam zur Aktivierung einer dreifachen Schuldzuschreibung an die Bürgerschaft führt: erstens für die nachlassenden Engagiertenzahlen in den traditionellen Ehrenamtsorganisationen, zweitens für die Überforderung des Staates und drittens für den gesellschaftlichen Verlust an Gemeinsinn bzw. – in den Worten Schäubles – für das Zerbröseln des »Kitt[s], der eine Gemeinschaft zusammenhält« (Schäuble 1995: 16). Angesichts dieser Vorwurfsflut kommt der *Focus* zu der lakonischen Feststellung: »Das Volk ist schlecht, man sollte sich ein neues wählen.« (Focus 1995c)

Vor dem Hintergrund der erläuterten Krisendiagnosen nimmt es auch nicht wunder, dass in der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung nicht mehr die individuelle Bedeutung, sondern die gesellschaftliche Nutzung¹⁵ der Potenziale der Freiwilligkeit im Mittelpunkt der neuen Wissensordnung steht und die Leistungen der Freiwilligen als Möglichkeit der Überwindung der genannten organisationsbezogenen, staatlichen und gesellschaftlichen Krisen betrachtet werden (SZ 1996a). So wird beispielsweise von Seiten der traditionellen Organisationen deutscher Wohlfahrtsstaatlichkeit übereinstimmend konstatiert, dass Freiwillige die »tragende Säule« (FAZ 1997d; ebenso SZ 1993b; Päselt 1997: 42) ihrer Organisationen darstellten und sie ihre Hilfe zur Bewältigung der Zukunftsaufgaben unbedingt benötigten: Von Seiten des Sports heißt es hierzu: »Der deutsche Sport steht und fällt mit dem freiwilligen Engagement« (Rau 1997: 44), die Kirchen legen dar, dass sie »das Ehrenamt wie sonst keine andere Institution« brauchten (Link 1997: 39) und die Caritas gibt stellvertretend für die übrigen Wohlfahrtsverbände

15 | Dass mit der Aktivierung freiwilligen Engagements hier primär gesellschaftliche Nutzenüberlegungen verbunden sind, zeigt sich zudem daran, dass vor allem im politischen und medialen Kontext zur Illustration des gesellschaftlichen Mehrwertes von Bürgerengagement auf ökonomische Kennziffern zurückgegriffen wird (SZ 1995a, 1998b): So konstatiert beispielsweise das SPD-Präsidium unter Bezugnahme auf die Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes, dass Freiwillige jedes Jahr ca. 2,8 Milliarden Arbeitsstunden im Gegenwert von 48 Milliarden DM ableisten (SPD-Präsidium 1996) und der CDU-Bundestagsabgeordnete Rolf Rau legt dar, dass die jährlich geleistete Arbeit Ehrenamtlicher in Deutschen Sportvereinen einen monetären Gegenwert von sieben Milliarden DM hat (Rau 1997: 45).

zu bedenken, dass eine »Caritas, in der das ehrenamtliche Engagement stirbt, [...] ihre eigene Existenz aufs Spiel« setze (Bock 1994: 424; vgl. ebenso Lodde 1992: 151; Götz 1993a: 26f.; Zentralrat des DCV 1995: 322; Pott 1996; Paritätischer Wohlfahrtsverband/Stiftung Mitarbeit 1997: 23, 50; Reinelt 1998: 390).

Darüber hinaus begründen Politiker unterschiedlicher Couleur ihren Ruf nach mehr freiwilligem Engagement mit der Feststellung, dass der Sozialstaat keine allseitigen Versorgungsleistungen (mehr) erbringen und deshalb auch nicht auf die »Hilfe von Mensch zu Mensch, also auf praktizierte Nächstenliebe« verzichten könne (Link 1997: 40; ebenso Schätzle 1997: 54): »Der Sozialstaat ist und bleibt darauf angewiesen, daß Menschen bereit sind, sich in besonderer Weise für Aufgaben des Gemeinwohls einzusetzen und Verantwortung für andere zu übernehmen.« (SPD-Präsidium 1996) Und über all diesen Produktivitätserwartungen schwebt die diffuse kommunitaristisch inspirierte Hoffnung, dass durch die Stärkung der Bereitschaft zur Übernahme einer freiwilligen Tätigkeit eine »Kultur des Gemeinsinns« entstehe, die verhindere, dass »die Bindekräfte zwischen den Menschen erlahmen und der Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält, brüchig wird« (Schäuble 1997: 8; ebenso Schäuble 1995: 16; Nolte 1997: 12; Focus 1997). Denn ohne freiwilliges Engagement, so die allenthalben unter Rückgriff auf die von Roman Herzog (1995) geprägte Formel des Gemeinsinns als Gradmesser für »die moralische Temperatur einer Gesellschaft« geäußerte Sorge, »erkaltet unser Land« (SPD-Präsidium 1996) und »das Klima [wird] frostiger« (Focus 1996; ebenso Schäuble 1995: 16).

Dieses kommunitaristisch inspirierte Negativ-Bild einer egoistischen Bürgerschaft, die sich durch ihren Selbstverwirklichungsdrang selbst ihre Lebensgrundlagen entzieht, wird in der Produktivitäts-Erzählung durch die Ergänzung verschiedener objektbezogener Aussagen weiter verdichtet: So sind es vor allem technische Neuerungen, wie der »Gameboy«, der »Walkman« oder die »Hifi-Anlage« (Deutscher Bundesjugendring 1993: 102; Zeit Online 1997c), die als Sinnbilder für Luxus, Kommerz und uferlosen Hedonismus herangezogen werden. Diese negativ konnotierten Symbole werden wiederum kontrastiert durch weitere Objektbezüge, die mit Gemeinschaftlichkeit, Sicherheit und gegenseitiger Rücksichtnahme, kurz gesagt: mit einer »heile[n] Welt« (Zeit Online 1997c), gleichgesetzt werden, die den Einzelnen vor den destruktiven Tendenzen des zunehmenden Egoismusdrangs und Werteverfalls bewahren können (Zeit Online 1997b): »Kein Kommerz, wenig Technik und alles gemeinsam. Klampfe statt Walkman, Wanderschuhe statt Brikettsohlen, Weißkohl statt McDonald's.« (Zeit Online 1997c) Dem klassischen deutschen Vereins- und Verbandsleben wird in der Produktivitäts-Erzählung folglich dann noch eine realistische Chance eingeräumt, wenn es den Trägerorganisationen gelingt, das freiwillige Engagement durch das Aufgreifen dieses den Objektbezügen innewohnenden Gegensatzes zwischen einer heilen Welt und einer zu Egoismus neigenden Bürgerschaft zu stärken. Hierzu ist es notwendig, die positiv besetzten Eigenschaften freiwilliger Beteiligung, wie etwa »soziale Nähe«, Sinn-erfüllung und »Erlebnis in der Gemeinschaft«, sowohl als »Gegenpol zu[...] Egoismus«, Individualisierung und Isolationserscheinungen als auch zur verkrusteten ehrenamtlichen »Aufopferungsrolle« zu benennen (SZ 1994a; ebenso SZ 1993e, 2001f; FAZ 1997i; Zeit Online 1997c). Die einzige Therapie für die Diagnose eines durch grenzenlosen Egoismus ausgelösten Zerfalls der Gesellschaft sei folglich, so der politisch-mediale Tenor, die Rückkehr zu Gemeinschaftswerten und Gemein-

sinn, wobei ein Mehr an Bürgerengagement der erste Schritt zur Wiederbelebung der Gemeinschaft darstelle (Zeit Online 1995b, 1997a, 1997b).

Freiwilliges Engagement, so kann man diese Verlautbarungen zusammenfassen, wird in der Storyline der Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätskraft als wertvolle, aber »zunehmend knappere Ressource« (Jakob/Olk 1991a: 227; ebenso Berliner Resolution zum Ehrenamt 1996: 16) und als aktivierbares Potenzial zur Lösung der genannten gesellschaftlichen Krisen erkannt: »Angesichts neuer Herausforderungen ist unsere Gesellschaft in Zukunft mehr denn je auf die freiwillige und ehrenamtliche Mitarbeit von Männern und Frauen, von Bürgerinnen und Bürgern aller Generationen angewiesen.« (BT-Drs. 13/5674 1996: 2; ebenso SZ 1998a) Zu den zentralen epistemischen Elementen der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung gehört folglich die Einsicht, dass es in der Gesellschaft einen steigenden Bedarf an freiwillig erbrachten Leistungen gebe und man es sich deshalb unter keinen Umständen mehr leisten könne, die Kompetenzen und Zeitressourcen der Freiwilligen zukünftig »brach liegen [zu] lassen« (Reinhard 1997: 52; ebenso Laurien 1995: 294; FAZ 1996e; Götz 1997: 31; Nolte 1997: 10).

Diese aus der vermeintlichen Zunahme gesellschaftlicher Krisensymptome abgeleitete Rede über die Notwendigkeit der Förderung des Bürgerengagements ist in konservativen politischen Kreisen zudem in eine umfassende – kommunitaristisch inspirierte – »Bürgerschafts-in-die-Pflichtnahme-Diskussion« (Paulwitz 1996a: 261; vgl. die Debatte über die »Allgemeine Erklärung der Menschenpflichten« in: Zeit Online 1997d, 1997e, 1997f) eingebettet, die automatisch mitaufgerufen wird, wenn über die Produktivität ehrenamtlicher Aktivitäten debattiert wird: »So erhält und verbessert freiwilliges Engagement nicht nur die Qualität unseres Sozialstaates, sie gibt dem Gemeinwohl auch einen neuen Sinn, der sich nicht nur an den Solidar-Rechten, sondern auch an den Solidar-Pflichten orientiert.« (Nolte 1997: 9) Durch die Förderung bürgerschaftlichen Engagements soll, so der Tenor der CDU/CSU, der gesellschaftliche Trend gestoppt werden, dass die Bürger »den Sozialcharakter von Pflichten« ablehnen und »die Pflicht gegenüber sich selbst zunehmend über die Bereitschaft, für andere tätig zu werden«, stellten (Päsel 1997: 43). Auch nach Ansicht von Angela Merkel müsse wieder deutlicher gemacht werden, dass das Funktionieren einer Gesellschaft auf dem Zusammenspiel von Solidarität, Freiheit, Gerechtigkeit »und nicht zuletzt auf den Pflichten, die sich daraus ergeben, beruht« (Merkel 1994: 437). Die in die Produktivitäts-Erzählung einglassene Betonung von Solidarpflichten zulasten von Solidarrechten verweist somit eindrücklich auf den hohen Stellenwert, der dem solidarischen Zusammenhalt der Gemeinschaft im Sinne einer echten »Verantwortungsgesellschaft« (Etzioni 1997; in Anlehnung daran vgl. Oswald 1997: 14) zugesprochen wird. Nur durch die Bewahrung des »doppelte[n] Prinzip[s] von Rechten und Pflichten«, so Helmut Schmidt, könne verhindert werden, dass »ein Volk und sein Staat – oder die Menschheit als ganze – in Feindschaften, in Konflikte und schließlich in Chaos verfallen« (Helmut Schmidt in: Zeit Online 1997d).

Mit diesem kommunitaristisch grundierten Ziel untrennbar verbunden ist zudem die Neudefinition des in Deutschland so prominenten Subsidiaritätsprinzips: Es sei, so die verbreitete Argumentation konservativer Politiker, dringend notwendig, das Verhältnis zwischen staatlicher Solidarität und Subsidiarität insofern neu auszuhandeln, als dem Einzelnen und der Gesellschaft wieder mehr Freiräume für Eigeninitiative und Selbstverantwortung eingeräumt werden (FAZ 1984; Herzog

1995; Laurien 1995: 296; BT-Drs. 13/5674 1996: 2; Riegert 1997: 19; Oswald 1997: 14). Denn nur, wenn die staatliche Aufgabenfülle wieder reduziert und die Bürger »viele Dinge wieder selbst in die Hand nehmen und nicht Forderungen aus Ansprüchen ableiten« (Riegert 1997: 19), könne das Ehrenamt gestärkt werden:

»Wer nur auf den Staat setzt, zerstört persönliche und gesellschaftliche soziale Hilfen. Für die Sozialpolitik der CSU gilt nachdrücklich und verstärkt der Grundsatz der Subsidiarität: Was in der Familie, in der Nachbarschaft, in Selbsthilfe in kleinen Kreisen geleistet werden kann, soll und darf weder die größere Einheit noch der Staat an sich ziehen. Die CSU wird ein Netz sozialen ehrenamtlichen Engagements ermöglichen und fördern, weil nur dann viele Menschen die nötige Zuwendung und Geborgenheit erhalten.« (CSU 1993: 27)

Es zeigt sich folglich, dass im Zuge der Neufassung des Subsidiaritätsgedankens gerade personenbezogene Hilfeleistungen wieder stärker in die »möglichst vielen, freiwillig und selbsthelfenden Hände« (Paulwitz 1996a: 259) der Mitmenschen im familiären, nachbarschaftlichen und ehrenamtlichen Bereich gelegt werden sollen. Durch diese Privatisierung sozialer Dienstleistungen, so die Befürchtung vieler Zeitgenossen, drohe jedoch dem »in Deutschland garantierten, einklagbaren Rechtsanspruch auf öffentliche Unterstützung [...] der Verlust dieser Absicherung« (ebd.; ebenso Dreßler 1996: 53; BAGFW 1998: 4-6). Von Seiten der konservativ-liberalen Bundesregierung wird diesbezüglich entgegnet, dass die durch freiwilliges Engagement gestiftete gesellschaftliche Solidarität staatlich garantierte soziale Rechte nicht ersetzen, so doch aber sinnvoll ergänzen soll, damit sich der Staat wieder seinen Kernaufgaben widmen könne (Herzog 1995; FAZ 1996e; Schätzle 1997: 54; Riegert 1997: 19; Götz 1997: 31; Krause 1997: 8): »Die große Herausforderung, den Staat wieder auf den Kernbereich seiner Aufgaben zurückzunehmen, kann nur mit mehr Bürgersinn gelöst werden« (Oswald 1997: 14). Bei dieser Rückübertragung von Verantwortung an den Bürger, auch im Sozialen, handele es sich demnach keineswegs, so Roman Herzog, um einen kosteninduzierten Sozialabbau, sondern um »die Korrektur eines verzogenen Verhältnisses« (Herzog 1995).¹⁶

Das brachliegende Engagementpotenzial großer Bevölkerungsteile

Um zu rechtfertigen, dass die Förderung freiwilligen Engagements vor dem Hintergrund des bisher Gesagten nicht nur dringend erforderlich, sondern auch möglich ist, wird in der Produktivitäts-Erzählung auf verschiedene epistemische und institutionelle Aussagen der bereits etablierten Storyline Selbstverwirklichung statt

16 | Hinsichtlich der Überlastung des Sozialstaates und der (Rück-)Verlagerung sozialer Aufgaben in den familiären, nachbarschaftlichen und ehrenamtlichen Bereich knüpft die engagementspezifische Produktivitäts-Erzählung mitunter an die ähnlich verlaufenden diesbezüglichen Diskussionen im europäischen Ausland an. In diesem Sinne konstatiert beispielsweise die FAZ: »Daß es der ehrenamtlichen Tätigkeit in unserer Gesellschaft mehr denn je bedarf, steht außer Frage. Denn in Deutschland wie in den übrigen europäischen Ländern wird sich der längst überforderte Staat zurücknehmen, werden Privatinitiative und Selbstverantwortung größeres Gewicht erhalten müssen.« (FAZ 1996e) Der ehemalige Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Rudolf Dreßler, spricht im Hinblick auf den gesamteuropäischen Trend zur Privatisierung sozialer Dienstleistungen sogar von einer »Thatcherisierung des gesellschaftspolitischen Denkens in Europa« (Dreßler 1996: 53).

Amt und Ehre zurückgegriffen. Hierzu zählt zunächst die Gegenüberstellung der traditionellen Vereins- und Verbandslandschaft mit alternativen Organisationsformen, wie Selbsthilfegruppen oder selbstgegründeten (Bürger)Initiativen. Unter Bezugnahme auf statistische Umfrageergebnisse wird in der Produktivitäts-Erzählung betont, dass letztere, da sie den Gestaltungswünschen sowie den Bedürfnissen der neuen Freiwilligen nach einer selbstbestimmten, zeitlich befristeten Tätigkeit entsprechen, einen Anstieg ihrer Engagiertenzahlen verzeichnen könnten, währenddessen Vereine und Verbände zunehmend mit Nachwuchsproblemen zu kämpfen hätten.¹⁷ Aus diesem Mitgliederboom alternativer Organisationsformen wird übereinstimmend die Erkenntnis abgeleitet, dass die Bürger nach wie vor zu einem freiwilligen Engagement bereit seien, wenn die vorhandenen institutionellen Strukturen ihren Ansprüchen und Interessen entgegenkämen: »Nicht die aktive Helferrolle wird gescheut, sondern die Statistenrolle als billiger Jakob oder dummer August« (Pott 1996: 10; vgl. ähnlich SZ 1992, 1994a; Nolte 1997: 10).

Diese Erkenntnis gibt im medialen, politischen und (zivil-)gesellschaftlichen Diskurs folglich Anlass zur Hoffnung, dass unter der Voraussetzung passender institutioneller Bedingungen deutlich mehr Menschen als bislang für ein freiwilliges Engagement gewonnen werden könnten. Unter Bezugnahme auf die zahlreichen diesbezüglichen Umfrageergebnisse¹⁸ wird in diesem Zusammenhang somit stets

17 | Vgl. die weitgehend übereinstimmenden Aussagen bezüglich des engagementbezogenen Bedeutungsverlusts traditioneller Großorganisationen zugunsten alternativer Bündnisformen von Seiten zivilgesellschaftlicher Kräfte (Pott 1996; Krüger 1997: 19; Fels 1997: 6) und politischer Vertreter (Herzog 1995; Laurien 1995: 294; Scharping 1996: 14f., 1997: 5; SPD-Präsidium 1996; BT-Drs. 13/6386 1996: 2f.; Abgeordnete Leutheusser-Schnarrenberger (FDP), in: BT Pl.-Prot. 13/145 1996: 13114; BT-Drs. 13/5674 1996: 4; Riegert 1997: 20; Reichard 1997: 48f.; Börnsen 1997: 21f.; Sothmann 1997: 57; Linckelmann 1998: 401f.).

18 | Um die Legitimität und Glaubwürdigkeit von Aussagen über ein brachliegendes Engagementpotenzial zu untermauern, wird von allen Diskursteilnehmern auf die Ergebnisse statistischer Umfragen verwiesen (u.a. Bock 1995b: 2, 1996b: 221; Becker 1996: 30; BT-Drs. 13/5674 1996: 4-8; Linckelmann 1998: 401; Puschmann 1998: 379; Reinelt 1998: 391). Doch bereits ein kurzer Blick auf die Resultate der häufig herangezogenen Studien zeigt, dass die Höhe des Engagementpotenzials je nach Untersuchungsdesign stark variiert, weshalb »alle Daten [...] mit Vorbehalt zu betrachten« sind (SZ 1998a): Das Institut für angewandte Sozialwissenschaft (Infas) kommt im Jahr 1993 zu dem Ergebnis, dass das Engagementpotenzial bei einem Fünftel der Bevölkerung liegt (Infas 1993: 13). Die Eurovol-Studie geht davon aus, dass in Deutschland zusätzlich zu den regelmäßig Engagierten (18 %) weitere 44 % der Befragten ganz sicher bzw. vielleicht (abhängig von der Art des Angebots) zur Aufnahme eines freiwilligen Engagements bereit seien (Gaskin/Smith/Paulwitz 1996: 109; Paulwitz 1996a: 263). Das Allensbacher Institut ermittelt im Auftrag des Caritasverbandes eine brachliegende Engagementbereitschaft von 15 %. Weitere 24 % der Bundesbürger sind vielleicht zu einem freiwilligen Engagement bereit (SZ 1998b). Die Geislingen-Studie spricht für ihre Stadt sogar von einem Engagementpotenzial von 38 % (Ueltzhöffer/Ascheberg 1996: 86f.). Nach dem Wertesurvey von Klages und Gensicke waren im Jahr 1997 38 % der Bevölkerung über 18 Jahren ehrenamtlich aktiv und weitere 32 % der bislang nicht Engagierten können sich ein freiwilliges Engagement vorstellen (Klages/Gensicke 1998: 180). Darüber hinaus werden als Legitimation für Aussagen bezüglich eines brachliegenden Engagementpotenzials auch organisationsinterne Studien zum Engagementaufkommen (für

auf die Existenz eines noch brachliegenden »erhebliche[n] Reservoirs an Gemeinsinn« (Börnsen 1997: 23; ebenso Halfar 1994: 109) verwiesen, das unter beständiger Heranziehung des Potenzial-Begriffs wahlweise als »noch nicht gehobene[s] Potential« (Laurien 1995: 294), als »freiflottierende[s] Potential« (Ulrich Beck in: Zeit Online 1997h), als gesellschaftliches »Solidaritätspotential« (Abgeordnete Fischer (Bündnis 90/Die Grünen), in: BT Pl.-Prot. 13/145 1996: 1311) oder als große Anzahl »potentielle[r] Zeitspender« (Zeit Online 1996a) bezeichnet wird.¹⁹ Die Vermutung eines brachliegenden Engagementpotenzials großer Bevölkerungsteile bildet folglich einen weiteren zentralen epistemischen Knotenpunkt im Netz der seit Mitte der 1990er Jahre dominant werdenden Storyline der Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource.

Die in der Produktivitäts-Erzählung eingelassene Rede von einem aktivierbaren Engagementpotenzial ist zudem eng verwoben mit der in der Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre häufig herangezogenen Feststellung der Zunahme individueller Zeitressourcen, die unter Rekurs auf die negativen individuellen Konsequenzen mit der Delegitimation einer ausschließlichen Nutzung dieser Ressourcen für die ichbezogene Erholung einhergeht. Diese Tendenz setzt sich in der Storyline der Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource allerdings mit dem Unterschied fort, dass nunmehr nicht mehr auf die individuellen, sondern auf die organisationalen oder gesellschaftlichen Einbußen ehrenamtsbezogener Nicht-Aktivität aufgrund des allgemeinen Egoismustrends rekurriert wird: »Heute ist für viele Menschen Freizeit wichtiger als Ehrenamt. Man sieht keinen unmittelbaren Nutzen im Engagement für andere. Hier müssen wir entgegenwirken.« (Keller 1997: 36) Im Fokus der Aufmerksamkeit stehen hierbei insbesondere diejenigen Bevölkerungsgruppen, denen zugeschrieben wird, dass sie über große frei verfügbare Zeitressourcen verfügen: »Potenzielle ›Zeitspender‹ nämlich gibt es im Land der Frührentner und Arbeitslosen zur Genüge.« (Zeit Online 1996a; ebenso Laurien 1995: 297; Abgeordnete Leutheusser-Schnarrenberger (FDP), in: BT Pl.-Prot. 13/145 1996: 1314; FAZ 1997e) Die bislang mangelhafte Überführung dieses ungenutzten Engagementpotenzials in den Reihen der Arbeitslosen und der älteren Menschen in ein tatsächliches Engagement gilt im Rahmen der Produktivitäts-Erzählung als ein besorgniserregender Zustand, da der Gesellschaft hierdurch wichtige Kräftepotenziale verloren gingen (Paritätischer Wohlfahrtsverband/Stiftung Mitarbeit 1997: 12): In diesem Sinne beklagt z.B. die Caritas mit Blick auf Ost-

die Mitarbeiterstudie der Caritas vgl. Gleich 1996: 281) oder Leserbefragungen verschiedener Zeitschriften herangezogen (z.B. die Leserbefragung der Zeitschrift *Caritas aktuell*, vgl. Halfar 1994).

19 | Hinsichtlich der Annahme, dass es in der Gesellschaft ein brachliegendes Engagementpotenzial gebe, sind sich alle am Diskurs beteiligten Kräfte weitgehend einig. Vgl. hierzu die übereinstimmenden Aussagen von Seiten der Vereine, Verbände und Kirchen (Bock 1989: 435, 1992: 384, 1995: 2; Albert 1993: 13; Halfar 1994: 109; Zentralrat des DCV 1995: 311-313, 329, 1998: 565; Berliner Resolution zum Ehrenamt 1996: 16; Paritätischer Wohlfahrtsverband/Stiftung Mitarbeit 1997: 50; Zimmermann 1997: 30; Krause 1997: 6; Puschmann 1998: 379; Reinelt 1998: 391), der Politik (Laurien 1995: 294; BT-Drs. 13/2652 1995: 2; Börnsen 1997: 23; Schäuble 1997: 7f.; Falk 1997: 25; Link 1997: 40; Willner 1997: 59; Herzog 1997b; Linckelmann 1998: 401) und der Medien (SZ 1996b; Zeit Online 1996a; FAZ 1993b, 1996e, 1997b, 1997g, 1998b, 1998c).

deutschland, dass »[t]rotz hoher Arbeitslosigkeit, Vorruhestands- und Altersübergangsregelungen [...] kein Anstieg der ehrenamtlich Tätigen in der Caritasarbeit zu verzeichnen« sei (Zentralrat des DCV 1995: 31f.). Auch die liberal-konservative Bundesregierung stellt in ihrer Antwort auf die große Anfrage der Regierungsfractionen enttäuscht fest, dass das Zeitbudget in den letzten Jahren zwar angestiegen sei, daraus aber offenbar »für die Förderung der ehrenamtlichen Tätigkeit keine Vorteile gezogen wurden« (BT-Drs. 13/5674 1996: 18).

In Bezug auf die ältere Generation zeigt sich zudem, dass die Storyline der Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource dezidiert an das von Lesenich und seinen Mitarbeitern erarbeitete Dispositiv des »produktiven Alters« anknüpft (Denninger u.a. 2010: 227-231, 2014: 127-163), das sich seit Mitte der 1990er Jahre aus dem Unruhestands-Dispositiv herausbildet: Alte Menschen gelten hier nach unhinterfragt als kompetent, leistungsfähig und aktiv, weshalb ihnen auch ein erhöhtes Engagementpotenzial unterstellt wird: »Unter den einzelnen Gruppen der Gesellschaft könnten die ›aktiven Alten‹ ebenso wie die ›fitten Vorruheständler‹ zunehmende Bedeutung als ›Reservoir‹ für diesen Aufgabenkreis erlangen« (Schmidt 1997: 38). Die allgemeine Verlängerung der Lebenszeit wird in diesem Zusammenhang sowohl als Problem wie auch als Chance betrachtet: Einerseits stelle sie die Gesellschaft insbesondere im Gesundheits- und Pflegebereich vor erhebliche Herausforderungen; andererseits hätten »[i]mmer mehr Bürgerinnen und Bürger [...] nach Ausscheiden aus dem Berufsleben immer mehr Zeit« (Reinhardt 1997: 51; ebenso Bock 1995b: 2; Sengling 1997a: 13). In dem Maße, wie die anschließende Lebensphase des wohlverdienten Ruhestandes durch die Gleichsetzung mit Attributen wie Isolation, Rückzug, Kompetenzverlust und Potenzial-Vergeudung zunehmend delegitimiert wird, werden die älteren Menschen gleichsam aufgefordert, ihre freie Zeit für die Ausübung eines freiwilligen Engagements sinnvoll für sich und andere zu nutzen (Reinhardt 1997: 52; SZ 1998a).

Mit Blick auf die Personengruppen am anderen Ende der Alterspyramide sind ähnliche Forderungen zu vernehmen (u.a. Abgeordneter Riegert (CDU/CSU), in: BT Pl.-Prot. 13/145 1996: 13107; Puschmann 1998: 379): Ein erhöhtes Engagementpotenzial Jugendlicher oder junger Erwachsener wird vor allem aus der hohen Nachfrage nach einem Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) oder einem Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ) abgeleitet, die die Anzahl an freien Plätzen bei weitem überschreite (Müntefering 1995; Schäuble 1995: 16, 1997: 8; BT-Drs. 13/5674 1996: 12; Focus 1996; Nolte 1997: 11f.; Reichard 1997: 49; Glücklich 1997: 28f.; FAZ 1997b). Für die Robert Bosch Stiftung steht deshalb außer Frage, dass die bestehenden Angebote deutlich ausgeweitet werden müssten, »[u]m möglichst bald und tief greifend das Potential für diese Dienste zu aktivieren und für die Jugendlichen und die Gesellschaft zu nutzen« (Robert Bosch Stiftung 1998a: 61).

Anhand dieser ausufernden Potenzialdiskussion lassen sich die Unterschiede zwischen der Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre und der Produktivitäts-Erzählung nochmals deutlich herausstellen: Obgleich die Nutzung freier Zeitreserven für ein lediglich unterhaltungs- und konsumorientiertes Freizeitverhalten in beiden Erzählungen grundsätzlich delegitimiert wird, geschieht dies in der Storyline der Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource nicht mehr allein deshalb, da hierdurch der Gedanke der sinnstiftenden Lebensgestaltung ad absurdum geführt wird, sondern weil ein derartiges selbstbezogenes Freizeitverhalten zum Zerfall von Gemeinsinn, zur Überlastung der Sozialsysteme

und zur weiteren Verschlechterung der ohnehin schwierigen Lage der deutschen Vereine und Verbände beitrage. Thematisiert werden hier somit vordergründig die durch die zunehmende Selbstbezogenheit und Passivität erzeugten Belastungen des Gemeinwesens sowie die der Gesellschaft verlorengehenden Kräftepotenziale angesichts einer Vielzahl ehrenamtlich nicht-aktiver Menschen. Diese Produktivitätsdiskussion ist dabei in zweifacher Hinsicht auf den Potenzialbegriff bezogen: Einerseits gilt freiwilliges Engagement als aktivierbares Potenzial zur Lösung gesellschaftlicher Krisen; andererseits wird im Hinblick auf die Freiwilligen selbst von einem brachliegenden Engagementpotenzial gesprochen, das es zu aktivieren gilt. Hinter der Rede von einem ungenutzten Engagementpotenzial im Rahmen der Storyline Freiwilligkeit als Produktivitätskraft steht folglich ein massives Ressourcenthema, das von der Leiterin der Berliner Freiwilligenagentur »Treffpunkt Hilfsbereitschaft«, Carola Schaaf-Derichs, folgendermaßen auf den Punkt gebracht wird: »Nie gab es mehr gebildete und ausgebildete Menschen, selten war der durchschnittliche Lebensstandard in unserem Lande so hoch, und selten zuvor hatten wir einen so massiven Zerfall alter Werte und Bezugsgrößen im Wirtschafts- und im Sozialsystem wie gerade jetzt.« (Schaaf-Derichs 1997: 76)

Darüber hinaus schreibt sich aber die Storyline der Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre insofern in die neue Produktivitäts-Erzählung ein, als immer wieder betont wird, dass die Förderung freiwilligen Engagements nicht nur aufgrund gesellschaftlicher Krisenerscheinungen notwendig sei, sondern derartige Aktivierungsmaßnahmen gleichzeitig dem Wunsch der Freiwilligen selbst entsprächen: »Die Menschen – gleich welchen Alters – wollen sich engagieren, wollen Verantwortung übernehmen, das sagen uns unsere täglichen Erfahrungen.« (Nolte 1997: 10) Es wird hier folglich die Erkenntnis der Storyline der Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre aufgegriffen, dass freiwilliges Engagement für viele Bürger eine Quelle innerer Zufriedenheit, Sinnstiftung und Selbstverwirklichung darstelle (Riegert 1997: 17; BT-Drs. 13/5674 1996: 16). Durch die Betonung der Annahme, dass aufgrund dieser sinnstiftenden Dimension eine große Anzahl von Menschen prinzipiell zur Übernahme eines freiwilligen Engagements bereit sei, wird somit suggeriert, dass nur das von außen beeinflusst und gefördert werde, was ohnehin im Interesse der potenziellen Freiwilligen selbst liege. Insbesondere den neuen Ehrenamtlichen mit ihren spezifischen Motiv- und Bedürfnisbündeln, bei denen selbstbezogene und altruistische Motive eine fruchtbare Synthese eingingen, wird übereinstimmend ein erheblicher Beteiligungs- bzw. Aktivitätswunsch unterstellt, der mit Hilfe einer abgestimmten Engagementförderung in tatsächliches Engagement verwandelt werden könne (z.B. Schäuble 1995: 17, 1997: 7f.; Scharping 1996: 14f.; Krause 1997: 9; Riegert 1997: 20).

Freiwilliges Engagement – Ein Gewinn für alle

Trotz der genannten unverkennbaren Parallelen zur Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre wird der bei den Freiwilligen vermutete Beteiligungswunsch in der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung inhaltlich neu gerahmt: Denn es geht hier nicht mehr allein um eine sinnstiftende und selbstverwirklichende Freizeitgestaltung, die das Wohlbefinden ganzheitlich fördert und in ein sozial erfülltes und zufriedenstellendes Leben mündet, sondern eben darum, die eigenen Fähigkeiten und Kenntnisse »zum Wohle anderer einzusetzen« (Sothmann 1997: 58; ebenso Reinhardt 1997: 52). Die Devise lautet folglich: »In-

dem ich etwas für andere tue, tue ich auch etwas für mich« (BT-Drs. 13/5674 1996: 16; ebenso SZ 1994a; Reinhardt 1997: 52; Reinelt 1998: 391). Die im Rahmen der engagementspezifischen Selbstverwirklichungs-Erzählung hochgelobte sinnstiftende Befriedigung durch ein Ehrenamt bezieht sich folglich nicht mehr nur auf den individuellen Ertrag einer Freiwilligenarbeit, sondern auch auf die Hilfe für andere, der ein ebenso hoher Stellenwert eingeräumt wird: »Es diene der Selbstverwirklichung [...] nicht bei sich und den ureigenen Bedürfnissen stehenzubleiben, sondern »sich in der Begegnung mit dem anderen wirklich zu finden.« (SZ 1993b; ebenso Reinhardt 1997: 51) Zu den gebetsmühlenartig vorgebrachten Argumenten der Produktivitäts-Erzählung gehört daher auch die Feststellung, dass sich Individualisierung und Ehrenamtlichkeit bzw. Selbstverwirklichung und Solidarität keineswegs ausschließen, sondern sich gegenseitig vielmehr befruchten und ergänzen würden (SZ 1993b, 1996b; Focus 1996; FAZ 1996c; BT-Drs. 13/5674 1996: 16; Nolte 1997: 11; Sothmann 1997: 58). Um ein ausschließlich selbstbezügliches Streben nach Individualität und Unabhängigkeit zu delegitimieren, werden auch an dieser Stelle die individuellen Gefahren einer lediglich aus egoistischen Ichlingen bestehenden Gesellschaft heraufbeschworen und behauptet, dass nur durch die Verknüpfung von Altruismus und Selbstverwirklichungsbestrebungen verhindert werden könne, dass »dieses Streben [...] in der bloßen Befriedigung eigener Bedürfnisse, in Selbstisolierung und emotionaler Verarmung verkommt« (Bock 1996a: 97).

Zu einem weiteren zentralen epistemischen Knotenpunkt der Produktivitäts-Erzählung avanciert folglich die Feststellung, dass »Pflicht und Sinn« (Falk 1997: 26) bzw. die Sorge um sich wie um andere im freiwilligen Engagement untrennbar miteinander verbunden sind und die Ausweitung des Engagementumfangs somit eine »Chance für den einzelnen und die Gesellschaft« darstellt (Reinhardt 1997: 50). Die Betonung dieser allseitigen Win-win-Situation tritt besonders mit Blick auf die bislang kaum aktivierten Engagementpotenziale älterer Menschen, Jugendlicher und Arbeitsloser deutlich zu Tage (Falk 1997: 25): In Ergänzung zu dem stets erwähnten gemeinschaftsbezogenen Nutzen des Ehrenamtes wird z.B. bei älteren Menschen hervorgehoben, dass diese hierdurch aktiv bleiben, Kontakte knüpfen und ihre Erfahrungen sowie Kenntnisse sinnvoll einbringen könnten, wobei vor allem das »[t]ätig sein zu dürfen für andere, gebraucht zu werden« als »neue« Lebenserfüllung« im Alter betrachtet wird (Reinhardt 1997: 51). Mit Blick auf Freiwillige ohne Erwerbsarbeit wird indessen stets konstatiert, dass eine Freiwilligenarbeit nicht nur als Quelle von Lebenssinn und Selbstwertgefühl fungiere, sondern hierdurch auch der Kontakt zum Arbeitsleben erhalten bleibe (FAZ 1997e).

Die quantitative Ausweitung des Engagementvolumens als das erklärte Ziel der Engagementförderung

Indem freiwilliges Engagement auf die soeben skizzierte Weise zu einer gesellschaftlich begehrten »Ressource für Selbsthilfe und Nächstenhilfe« (Bock 1995b: 2) stilisiert wird, wird die Entscheidung für oder gegen eine ehrenamtliche Betätigung gleichsam dem privaten Nahraum entzogen und zu einer öffentlich viel beachteten Angelegenheit erklärt, im Zuge dessen der Freiwillige selbst mehr und mehr als »knappe Ressource« betrachtet wird, »mit der nicht nur sorgsam, sondern auch professionell umgegangen werden muß« (Haibach 1998: 23). Die Förderung freiwilligen Engagements gehört deshalb seit Mitte der 1990er Jahre zu

einer von allen untersuchten Diskursteilnehmern befürworteten Maßnahme (der diesbezügliche interfraktionelle Konsens wird u.a. betont von der Bundestagsabgeordneten Sigrun Klemmer (SPD), in: BT Pl.-Prot. 13/145 1996: 13108): »Es gibt ein erhebliches Reservoir an Gemeinsinn in unserer Gesellschaft. Stärken und fördern wir es!« (Börnsen 1997: 23; ebenso Götz 1997: 32) Obschon derartige engagement-spezifische Unterstützungsmaßnahmen zweifelsohne mit ganz unterschiedlichen Zielsetzungen einhergehen können, wird bei der Rede von der Förderung des Bürgerengagements in der Regel nur eine epistemische Verknüpfung aufgerufen: die quantitative Erhöhung des Umfangs freiwillig aktiver Menschen durch Aktivierung des noch brachliegenden Engagementpotenzials (BT-Drs. 13/3232 1995: 5; BT-Drs. 13/6386 1996: 4; Paritätischer Wohlfahrtsverband/Stiftung Mitarbeit 1997: 24-30; Nolte 1997: 11; Riegert 1997: 18). Ganz nach dem Motto: »Die Qualität der Demokratie hängt davon ab, ob viele Menschen bereit sind, sich freiwillig zu engagieren« (FAZ 1998b), konstatiert beispielsweise der Zentralrat des Deutschen Caritasverbandes, dass gerade Menschen mit einer latenten Engagementbereitschaft von der Nützlichkeit einer freiwilligen Tätigkeit überzeugt werden müssten, da diese »quantitativ das größte ›Potential‹ für den Zugewinn ehrenamtlicher Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen« darstellten (Zentralrat des DCV 1995: 327). In ähnlicher Manier bemerkt auch der CDU-Abgeordnete Klaus Riegert, dass es vor allem »die innere Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürgern [sic!] zu gewinnen [gilt], die noch abseits stehen, die sich aus der Verantwortung für andere zurückgezogen haben und glauben, dem Gemeinwesen nur Abgaben und Steuern zu schulden« (Riegert 1997: 19).

Bei der Frage, wie diese zum Engagementpotenzial zählenden Menschen zu mehr Einsatzbereitschaft für andere aktiviert werden können, wird stets auf die bereits skizzierte epistemische Einsicht Bezug genommen, dass ein Ehrenamt bedeutet, anderen Menschen und sich selbst etwas Gutes zu tun. Diese Verknüpfung aufgreifend rief beispielsweise der Evangelische Regionalverband Frankfurt die Aktion: »1200mal in Frankfurt – Gutes tun tut gut« (FAZ 1994b) ins Leben. Angesichts der Signalfunktion, die der sinnstiftenden Dimension einer freiwilligen Tätigkeit zugesprochen wird, wird von Seiten der Medien, der Politik und der unter ehrenamtlichem Nachwuchsmangel leidenden Vereine und Verbände somit verstärkt »auf die Werbekraft der sogenannten Selbstwerte, die heute Konjunktur haben«, gesetzt (Born 1996: 28): Hintergrund dieser Überlegungen ist die – in diesem Zeitraum zunächst nur punktuell aufscheinende – argumentative Figur der Herstellung eines Passungsverhältnisses zwischen Engagementangebot und -nachfrage, die uns im Zuge der Weiterentwicklung und Etablierung der Storyline der Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource in den nachfolgenden Jahren noch sehr häufig begegnen wird: Es setzt sich folglich zunehmend die Einsicht durch, dass »die Chance, einen Menschen zum Ehrenamt zu gewinnen«, dann erheblich ansteige, je »höher die Kompatibilität des Angebots mit seiner persönlichen Disposition ist« (Zentralrat des DCV 1995: 327). Dass die Herstellung eines derartigen Passungsverhältnisses, bei dem darauf geachtet wird, den potenziellen Freiwilligen »die Sinnhaftigkeit eines Ehrenamtes – für sie ganz persönlich, gemäß ihren jeweiligen individuellen Beweggründen – verständlich« zu machen (ebd.; ebenso Reinelt 1998: 391), durchaus hilfreich sein kann, wird allerdings nicht nur von Seiten der Politik oder der Verbände behauptet, sondern zeigt sich auch in den Ergebnissen repräsentativer Freiwilligenbefragungen: Die Ergebnisse

der Eurovol-Studie resümierend konstatiert z.B. die Sozialwissenschaftlerin Irmtraut Paulwitz, dass die engagementinteressierten Bürger mehr und mehr »nach selbst zu bestimmenden und selbst zu gestaltenden, persönlichen ›Passungsverhältnissen‹ Ausschau [...] halten« (Paulwitz 1996a: 248f.).

Obschon die Übernahme einer Freiwilligenarbeit als eine allseitige Win-win-Situation dargestellt wird, von der alle Beteiligten nur profitieren können, d.h. sowohl die Freiwilligen selbst, die Empfänger der freiwillig erbrachten Leistungen, die jeweiligen Organisationen und nicht zuletzt auch der Staat und die Gemeinschaft (Bock 1994: 424), tritt im Rahmen der soeben referierten Bemühungen bezüglich der Forcierung geeigneter Werbestrategien der appellative Duktus der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung mit besonderer Deutlichkeit zu Tage. Dieser eindringliche Tonfall, der bislang zwar immer wieder latent, aber nicht in dieser Intensität spürbar war, kann u.a. darauf zurückgeführt werden, dass es sich bei der soeben skizzierten Produktivitäts-Erzählung vornehmlich um eine im medialen, wissenschaftlichen und politischen Kontext erzeugte Wissensordnung handelt, die sowohl in Bezug auf ihre Multidimensionalität als auch ihre Vollzugswirklichkeit deutlich hinter der Storyline der Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre zurückfällt. So mangelt es der Storyline der Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource vor allem an symbolträchtigen Objekt- und Körperbezügen: In Bezug auf letztere gilt festzuhalten, dass die aus der Selbstverwirklichungs-Erzählung bereits bekannten gesundheitsförderlichen und aktivitätssteigernden Eigenschaften einer freiwilligen Betätigung zwar weiterhin aufscheinen, diese aber als selbstverständlich gegeben betrachtet und daher kaum noch explizit thematisiert werden. Zudem konnte auch kein die gesamte Produktivitäts-Erzählung repräsentierender Objektbezug extrahiert werden, was aber angesichts der Universalität der engagementspezifischen Anrufungspraxis auch nicht unbedingt zu erwarten war. Lediglich der für die Produktivitäts-Erzählung typische – kommunitaristisch inspirierte – Gegensatz zwischen einer zur Egoismus neigenden, freizeitfokussierten Bürgerschaft und einer sinnstiftenden sowie sozial erfüllenden Tätigkeit in einem Verein oder Verband wird stets unter Rückgriff auf verschiedene institutionen- und objektbezogene Verknüpfungen plausibilisiert. Hierbei fungieren die zentralen Symbole einer egoistisch verbrachten Freizeitgestaltung, wie etwa das Fitnessstudio, die Inlineskates oder der Gameboy, als negativ konnotierte Kontrastfolien des durch die Klampfe oder die Wanderschuhe versinnbildlichten sinn- und gemeinschaftsstiftenden Vereinslebens. Gestützt wird die Storyline der Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource zudem durch ihre Verknüpfung mit den sich zunehmend durchsetzenden Wissensbeständen des altersbezogenen Produktivitäts-Dispositivs sowie mit anderen wirkmächtigen Dispositiven, wie der Überforderung des Sozialstaates und des Kommunitarismus.

Die abschließende Analyse der Reaktionen der angerufenen Freiwilligen und der institutionellen Dimension der Engagementförderung soll weiteren Aufschluss über den Vollzugscharakter der Produktivitäts-Erzählung zwischen 1994 und 1998 sowie über die Gründe für ihren beschwörenden Tonfall geben.

Die institutionelle Dimension als Hemmschuh der Potenziale-Ausschöpfung

Die institutionelle Dimension findet in der sich zwischen 1994 und 1998 zunehmend durchsetzenden Produktivitäts-Erzählung überwiegend als Hindernis bei

der Förderung freiwilligen Engagements Erwähnung. Nach Angaben von Politikern unterschiedlicher Couleur seien die klassischen Freiwilligenorganisationen nicht in der Lage, die vermeintlich brachliegende Bereitwilligkeit vieler Bürger in eine tatsächliche freiwillige Betätigung zu überführen und so insgesamt mehr Menschen für ein Engagement zu gewinnen. Den Vereinen und Verbänden wurde von politischer Seite demnach eine Mitschuld am Nachlassen der Engagiertenzahlen attestiert, da die hier vorherrschenden Engagementbedingungen eher abschreckend auf potenzielle Ehrenamtliche mit ihren gewandelten Bedürfnissen wirkten (Müntefering 1995; Scharping 1996: 13-16; BT-Drs. 13/6386 1996: 3; Abgeordneter Riegert (CDU/CSU), in: BT Pl.-Prot. 13/145 1996: 13107f.; SZ 1998b). Die Ernsthaftigkeit dieser misslichen Lage bringt der Landesbischof der evangelisch-lutherischen Landeskirche in Braunschweig, Christian Krause, wie folgt auf den Punkt: »Unser Problem ist, daß wir ›keinen Henkel an den Pott bekommen‹.« (Krause 1997: 9)

Als Ursache für die mangelnde Rücksichtnahme auf die neuen Ansprüche der Freiwilligen in vielen Vereinen und Verbänden galt vor allem der innerverbandliche Trend zu Professionalisierung und Bürokratisierung, der mit »Regulierungswut« und »Verrechtlichung« (Riegert 1997: 17) gleichgesetzt wurde: »Organisationen der freien Wohlfahrtspflege sind heute größere private Arbeitgeber als Daimler-Benz, Siemens oder VW. Es ist offensichtlich: Je größer und bürokratischer eine Organisation, desto stärker das Nachlassen ehrenamtlicher Bereitschaft.« (Riegert 1997: 17; ebenso Zeit Online 1996b; SZ 1998b; Focus 2006a) Obgleich sich die Verantwortlichen in den betreffenden Organisationen bereits seit Anfang der 1990er Jahre angesichts abnehmender Engagiertenzahlen und der Beschwerden von Freiwilligen aus den eigenen Reihen der Notwendigkeit interner engagementspezifischer Reformen zunehmend bewusst geworden sind, ließen sie dieser Einsicht nur zögerlich Taten folgen. Für eine adäquate Reaktion fehlte ihnen nach eigenen Angaben noch das notwendige Wissen über die Bedürfnisse und Wünsche der neuen Freiwilligen (Bock 1994: 420f.). Im medialen und politischen Kontext wurde die mangelnde Anpassungsbereitschaft und Flexibilität dieser Organisationen zumeist darauf zurückgeführt, dass das antiquierte Bild von Ehrenamtlichen als »klassischen Gutmenschen« (SZ 1998c) in vielen traditionsreichen und kirchlichen Einrichtungen noch sehr präsent sei (Abgeordnete Fischer (Bündnis 90/Die Grünen), in: BT Pl.-Prot. 13/145 1996: 13112; FAZ 1996e, 1997a, 1997c; SZ 1996b, 1998j).

Der fehlende Anpassungsunwille vieler Trägerorganisationen, die scheinbar »immer noch sozialromantischen Vorstellungen eines selbstlosen Engagements nachhängen« (Wessels 1995: 201), stieß nicht nur bei politischen Vertretern, sondern auch bei den Freiwilligen selbst auf heftige Kritik. Die Bedingungen in der Erwerbsarbeit als Vergleichsfolie heranziehend legte Gudrun Born, Vorstandsmitglied der Caritas-Konferenzen Deutschlands, dar, dass dort niemand auf die Idee kommen würde, »ihnen [den Erwerbstätigen, D.N.] – wegen der inneren Befriedigung arbeiten zu dürfen – Rechte vorzuenthalten« (Born 1996: 28; ebenso Paritätischer Wohlfahrtsverband/Stiftung Mitarbeit 1997: 69). In ebendiesem Sinne konstatierte z.B. auch Monika Bobzien vom Selbsthilfzentrum München, dass die meisten der klassischen Organisationen deutscher Wohlfahrtsstaatlichkeit im Grunde noch nicht bereit seien, den selbstbewussten Forderungen der ehrenamtlich Aktiven ernsthaft nachzukommen:

»Auch werden schon bestehende Praxismodelle für die konzeptionelle Entwicklung von bürgerschaftlichem Engagement so gut wie nicht genutzt. Vielmehr geht es sozialen Organisationen, Verwaltungen und Verbänden im Wesentlichen darum, das Ehrenamt im traditionellen Sinne wieder aufleben zu lassen, statt Menschen mit Engagement und Ideen darin zu unterstützen, daß sie in einem selbst definierten Aufgabenfeld mit möglichst selbstbestimmten Strukturen für das Gemeinwohl tätig werden können.« (Bobzien 1997: 70)

Auch die liberal-konservative Regierung hielt sich, was institutionelle Reformen im Engagementbereich anbetrifft, in ihrer letzten Legislaturperiode eher zurück: Sie setzte sich zwar deutlich intensiver mit Fragen der Engagementförderung auseinander, sah aber die Hauptaufgabe staatlicher Ehrenamtsförderung darin, die diesbezügliche Öffentlichkeitsarbeit zu intensivieren und gesellschaftliche Kräfte, wie etwa die Medien, Schulen, Arbeitgeber, Verbände usw., aufzufordern, mehr für das gesellschaftliche Ansehen freiwilligen Engagements zu tun (BT-Drs. 13/6386 1996: 4f.; Abgeordneter Riegert (CDU/CSU), in: BT Pl.-Prot. 13/145 1996: 13108 und in: BT Pl.-Prot. 13/158 1997: 14273; BT-Drs. 13/5383 1996: 8; Nolte 1997: 11f.; FAZ 1998b). Als Begründung für diese Verantwortungsverlagerung wurde von Seiten der Bundesregierung stets darauf verwiesen, dass sich der Bund schon in ausreichendem Maße an der Schaffung engagementförderlicher institutioneller Bedingungen beteilige. Positive Erwähnung finden hier die allgemeine Förderung der Verbandsarbeit durch das Bundesfamilienministerium, die Durchführung des FSJ und FÖJ sowie bundespolitische Modellprojekte z.B. zur Förderung von Selbsthilfekontaktstellen und Seniorenbüros (Linckelmann 1998: 402). Zudem gebe es auch auf Länderebene zahlreiche engagementspezifische Programme, die eine weitere Kompetenzerweiterung des Staates in Sachen Ehrenamtsförderung überflüssig machten. Hierzu zählen u.a. die »Geschäftsstelle Seniorengenossenschaften« im Sozialministerium von Baden-Württemberg oder die »Aktion 55« in Sachsen bzw. »55 aufwärts« in Brandenburg, mit deren Hilfe das freiwillige Engagement von aus dem Erwerbsleben ausgeschiedenen Personen, die das 55. Lebensjahr überschritten haben, gefördert wird (BT-Drs. 13/5674 1996: 26-28; Reinhardt 1997: 51f.; Linckelmann 1998: 401; SZ 1998a).²⁰

20 | Der Umstand, dass die liberal-konservative Bundesregierung die Verantwortung für die institutionellen Fragen der Engagementförderung weitgehend von sich wies, wurde gerade von den Oppositionsfractionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und PDS sowie von einem Großteil der Dachverbände für Kultur, Sport und Soziales heftig kritisiert. Seit Mitte der 1990er Jahre wurde folglich zunehmend Unmut darüber laut, dass die Bundesregierung freiwilliges Engagement zwar verbal lobte und ein Mehr an gesellschaftlicher Anerkennung für Freiwillige forderte, darüber hinaus jedoch die Verantwortung für die Engagementförderung den Kommunen bzw. den mit Freiwilligen arbeitenden Organisationen übertrug (BT-Drs. 13/3232 1995: 4, 7-9; SZ 1996b; o.A. 1996 18; Abgeordnete Klemmer (SPD), in: BT Pl.-Prot. 13/145 1996: 13109; Abgeordneter Berninger (Bündnis 90/Die Grünen), in: BT Pl.-Prot. 13/158 1997: 14263; Bürgstein 1998: 375; FAZ 1998b). Gerade die einer Potenziale-Aktivierung bei Arbeitslosen im Weg stehenden Regelungen des Arbeitsförderungsgesetzes, wonach Beziehende von Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe bei einer freiwilligen Tätigkeit von mehr als 15 Wochenstunden ihren Leistungsanspruch verlieren (SGB III § 118), wurden vom Präsidenten des Deutschen Caritasverbandes, Hellmut Puschmann, mit dem kritischen Kommentar bedacht, dass derjenige »nichts zu befürchten« habe, der »nur vor dem Fernsehgerät

Ogleich die institutionelle Ebene, wie bislang gezeigt, in der Storyline der Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource gemeinhin als Hemmschuh der Ausweitung des Engagementvolumens benannt wird, kristallisiert sich im bereits skizzierten dispositiven Netz ein weiterer, die institutionelle Dimension betreffender Knotenpunkt heraus, der im Gegensatz zu den bisherigen diesbezüglichen Verknüpfungen durchgehend positiv konnotiert ist: die Schaffung von engagementförderlichen Infrastruktureinrichtungen, genauer gesagt: von Freiwilligenagenturen.²¹

Freiwilligenagenturen als ideale Institutionalisierungsform des Produktivitätsparadigmas

Die besondere Attraktivität der Freiwilligenagenturen, die im Diskurs selbst als »Knotenpunkte[...]« der »solidarischen Netze« (Abgeordnete Fischer (Bündnis 90/ Die Grünen), in: BT Pl.-Prot. 13/145 1996: 1311) bezeichnet werden, kann auf drei Ursachen zurückgeführt werden: Erstens stießen die positiven Erfahrungsberichte über die Wirkungsweise dieser Vermittlungszentren im europäischen Ausland, besonders in England und den Niederlanden, seit Mitte der 1990er Jahre auch in Deutschland auf zunehmendes Interesse (BT-Drs. 13/3232 1995: 5; Baldas 1996a: 235f.; Sengling 1997a: 13; Riegert 1997: 18; Falk 1997: 26; SZ 1998b). Zweitens hielten es, wie das Positionspapier der Caritas-Konferenzen Deutschlands (CKD 1996: 234) zeigt, auch die Freiwilligen selbst für sinnvoll, Freiwilligenagenturen als zusätzliche Instrumente der Engagementförderung einzusetzen. Und drittens har-

sitzt« (FAZ 1998b). Durch den Rekurs auf die objektbezogene Negativ-Verknüpfung mit dem Fernseher, dem Sinnbild einer aktivitätsarmen, sinnentleerten und gesundheitsgefährlichen Freizeitgestaltung, wird dem Vorwurf, dass der Staat durch die bestehenden institutionellen Bedingungen einen derart passiven Lebenswandel ohne freiwilliges Engagement fördere, zusätzliche Eindringlichkeit verliehen. Auf den weiteren Verlauf der konflikthaftern Debatten über die institutionelle Dimension der politischen Engagementförderung wird im zweiten Teil der Ergebnispräsentation noch ausführlich Bezug genommen (vgl. Kap. 6.1), währenddessen an dieser Stelle vor allem der in institutionellen Fragen dominierende Standpunkt der liberal-konservativen Bundesregierung Erwähnung findet.

21 | Freiwilligenagenturen (alternativ: Freiwilligenzentrum oder -börse) sind zivilgesellschaftliche Infrastruktureinrichtungen, die als intermediäre Organisationen an der Schnittstelle zwischen engagementbereiten Freiwilligen und den Trägern von Freiwilligenarbeit angesiedelt sind und sich grundlegend der Aufgabe widmen, die Rahmenbedingungen für Freiwilligenarbeit zu verbessern. Im Zentrum ihrer Arbeit stehen die passgenaue Beratung und Vermittlung potenzieller Freiwilliger, die Unterstützung der möglichen Einsatzstellen, die Bereitstellung engagementspezifischer Informationen sowie Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit in Sachen Engagementförderung (vgl. Jakob/Janning 2000; Speck u.a. 2012a). Die ersten Freiwilligenagenturen in Deutschland waren die im Jahr 1980 gegründete Münchener Helfer Information (MHI) (seit 1998 unter dem Namen »Tatendrang« bekannt), der 1988 ins Leben gerufene Berliner »Treffpunkt Hilfsbereitschaft«, das 1994 gegründete Freiwilligenzentrum Dortmund sowie die im Jahr 1995 eröffnete »Freiwilligen-Agentur Bremen«. Diese vereinzelt Agenturgründungen in den 1980er und 1990er Jahren werden nach Angaben des bundesweiten Forschungsprojektes »Evaluation der Wirkungspotenziale von Mittlerorganisationen zivilgesellschaftlichen Engagements« erst zur Jahrtausendwende durch einen regelrechten Gründungsboom abgelöst (Krohn/Speck 2012: 33f.).

moniert die Funktionsweise von Freiwilligenagenturen in idealer Weise mit der Wissensordnung und der Zielsetzung der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung: Freiwilligenagenturen, so der wissenschaftliche Tenor, seien die ideale Antwort auf die Suchbewegung der neuen Freiwilligen nach einer passenden Engagementmöglichkeit (Hacket/Mutz 2002: 42), da sie an der Schnittstelle zwischen den Bedürfnissen der engagementbereiten Bürger und den nachfragenden Organisationen tätig sind und hier zur Herstellung des bereits an anderer Stelle erwähnten Passungsverhältnisses zwischen engagementspezifischem »Angebot und Nachfrage« beitragen (Paulwitz 1996a: 264-267; die Angebots-Nachfrage-Rhetorik wird ebenso aufgegriffen von Bock 1996a: 97; Sengling 1997a: 13; Krause 1997: 6; Falk 1997: 25; Paritätischer Wohlfahrtsverband/Stiftung Mitarbeit 1997: 28). Besonders treffend wird diese Einsicht von der Bündnis 90/Die Grünen-Abgeordneten Andrea Fischer formuliert: Freiwilligenzentren seien ihrer Meinung nach in der Lage, »die vielfache Nachfrage nach freiwilligen Helferinnen und Helfern zusammen[zusammen]bringen mit dem sehr unterschiedlichen Angebot von Menschen, die zum Engagement bereit sind« (Abgeordnete Fischer (Bündnis 90/Die Grünen), in: BT Pl.-Prot. 13/145 1996: 13111).

Es sind die folgenden Eigenschaften der Freiwilligenzentren, die diese für die Wissensordnung der Produktivitäts-Erzählung so anschlussfähig machen: Sie reduzieren erstens das stets beklagte Informationsdefizit über bestehende Engagementmöglichkeiten, fungieren zweitens als Ansprechpartner und Beratungsinstanz für die mit Freiwilligen arbeitenden Organisationen, nehmen drittens die persönlichen Bedürfnisse und Gestaltungswünsche der Freiwilligen ernst, dienen viertens als Vermittler zwischen den Vorstellungen der Freiwilligen und den Angebotsbedingungen der Einsatzstellen und tragen schließlich durch Fortbildungsangebote und spezifische Veranstaltungen zur Anerkennung der Ehrenamtlichen bei (Riegert 1997: 18; Falk 1997: 25; Schaaf-Derichs 1997: 76; Puschmann 1998: 379). Angesichts dieser Eigenschaften waren Freiwilligenagenturen gerade im politischen Kontext untrennbar mit der Hoffnung verknüpft, mit ihrer Hilfe das brachliegende Engagementpotenzial, besonders bei älteren Menschen, Jugendlichen und Arbeitsuchenden (Krause 1997: 6; Falk 1997: 25), zu heben und hierdurch gleichzeitig die Folgen der vielfach beschworenen gesellschaftlichen Krisen oder der innerorganisatorischen Engpässe abzumildern.²² Zudem wird die durch Freiwilligenagenturen herbeigeführte Professionalisierung des Ehrenamtes als Chance betrachtet, weitere – laut Produktivitäts-Erzählung wünschenswerte – epistemische Verknüpfungen zu verwirklichen: Zunehmende engagementspezifische Professionalisierungsbestrebungen könnten z.B. einen Beitrag dazu leisten, die Diskussionen um »neue Wege der Arbeitsteilung, neue Formen gelebter Subsidiarität oder den Abbau staatlicher Verantwortung«, mit Leben zu füllen, ohne hierbei »den ursprünglichen Sinn des Ehrenamtes zu verfälschen« (Falk 1997: 26). Die

22 | Der Ansicht, dass Freiwilligenagenturen entscheidend dazu beitragen können, das brachliegende Engagementpotenzial zu heben und mehr Menschen für die Übernahme eines freiwilligen Engagements zu begeistern, stimmen alle untersuchten Diskursteilnehmer weitgehend zu (vgl. u.a. BT-Drs. 13/3232 1995: 5; BT-Drs. 13/6386 1996: 4; Zeit Online 1996a; Abgeordnete Fischer (Bündnis 90/Die Grünen), in: BT Pl.-Prot. 13/145 1996: 13111; Bock 1996a: 97; Paritätischer Wohlfahrtsverband/Stiftung Mitarbeit 1997: 24-30; Sengling 1997a: 13, 17; Falk 1997: 25f; Riegert 1997: 18; Reinelt 1998: 390).

auf die Potenziale-Ausschöpfung fokussierten Freiwilligenagenturen stellen folglich die zentrale positiv konnotierte Institutionalisierungsform des engagement-spezifischen Produktivitätsparadigmas in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre dar.

Trotz der allgemeinen Bedeutungsaufwertung von Freiwilligenagenturen zeigt sich, dass die Wertschätzung, die diesen Vermittlungsbüros von allen Seiten entgegengebracht wurde, zumindest bis Ende der 1990er Jahre noch weit über deren alltagspraktische Bedeutung bzw. Reichweite hinausging: Obgleich mit der Gründung der Stiftung »Bürger für Bürger« als Träger einer Nationalen Freiwilligenagentur²³ durch das Bundesfamilienministerium im September 1997 (Nolte 1997: 11; Riegert 1997: 19; Falk 1997: 25; Reichard 1997: 49) und der Initiierung eines aus 16 Freiwilligenagenturen bestehenden »Modellverbunds Freiwilligen-Zentren im Deutschen Caritasverband« im Jahr 1996 (Zentralrat des DCV 1998: 566; Puschmann 1998: 379; Reinelt 1998: 390; SZ 1998b) der Ausbreitungsprozess derartiger Vermittlungsbüros deutlich forciert wurde, stand ihre Etablierung in Deutschland in diesem Zeitraum noch am Anfang. Dies zeigt sich u.a. an der geringen Anzahl derartiger Vermittlungsbüros bis Ende der 1990er Jahre (Spiegel 2000; SZ 2001d; Krohn/Speck 2012: 33f.) sowie anhand des dürftigen Bekanntheits- und Nutzungsgrades dieser Agenturen bei den Freiwilligen selbst. So kommt beispielsweise die Eurovol-Studie zu dem Ergebnis, dass nur 3 % der befragten deutschen Freiwilligen ihre Tätigkeit über ein Vermittlungsbüro gefunden hätten (Gaskin/Smith/Paulwitz 1996: 84). In Anlehnung an diese empirischen Ergebnisse gelangt auch der Paritätische Wohlfahrtsverband zu folgender Einschätzung: »Ehrenamtsbörsen haben (auch im »Mutterland« Holland) noch keinen großen Stellenwert bei der Gewinnung neuer ehrenamtlicher Mitarbeiter/innen. Sie sind zur Zeit vor allem ein Instrument zur öffentlichen Imagewerbung für das Ehrenamt überhaupt.« (Paritätischer Wohlfahrtsverband/Stiftung Mitarbeit 1997: 23) Ursächlich für die zögerliche Ausbreitung derartiger Agenturen in Deutschland war u.a. die abwartende Haltung der liberal-konservativen Bundesregierung, die zwar ebenso in den Lobgesang über Freiwilligenzentren einstimmt, dem staatlich unterstützten flächendeckenden Aufbau dieser Infrastruktureinrichtungen, abgesehen von der in der Folgezeit heftig kritisierten Stiftung »Bürger für Bürger« (vgl. die Kritik in: FAZ 1997g; Schmidt 1997: 38; Abgeordneter Schmidt (SPD), in: BT Pl.-Prot. 14/78 1999: 5256; Spiegel 2000; Focus 2000a; SZ 1998b), jedoch ablehnend gegenüberstand. Vor dem Hintergrund dieser Defizitdiagnose erscheint die Eindringlichkeit, mit der für die Ausweitung der Freiwilligenagenturen – vor allem von Seiten der Vereine und Verbände oder einzelner politischer Fraktionen – geworben wurde, mehr als verständlich, galten diese als institutionelle Hoffnungsträger für die Aktivierung brachliegender Engagementpotenziale.

Die bisherigen Ausführungen haben deutlich gemacht, dass die traditionellen Ehrenamtsorganisationen zu den zentralen Negativ-Verknüpfungen der Storyline gehören, da die hier vorherrschenden Engagementbedingungen gerade für die

23 | Die von der Stiftung »Bürger für Bürger« getragene Nationale Freiwilligenagentur versteht sich als eine bundesweite Vernetzungsplattform, die als Ansprechpartner für engagementinteressierte Bürger, Vereine und Verbände sowie für lokale Freiwilligenagenturen fungiert und das zentrale Ziel verfolgt, durch die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen zur Förderung des freiwilligen Engagements in Deutschland beizutragen (Stiftung Bürger für Bürger 1998: 96).

neuen Ehrenamtlichen wenig attraktiv seien. Demgegenüber stellen Freiwilligenagenturen als neue engagementförderliche Infrastruktureinrichtungen einen positiv konnotierten Knotenpunkt im dispositiven Netz der Storyline dar. Diesen wird die Fähigkeit zugeschrieben, ideale Bedingungen sowohl für die Ansprache der neuen Freiwilligen als auch für die Realisierung der in der Produktivitäts-Erzählung propagierten engagementspezifischen Win-win-Situation zu schaffen. Was die institutionelle Dimension anbetrifft, sind es folglich Freiwilligenagenturen, deren Erwähnung in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre die engagementspezifische Produktivitäts-Erzählung zumindest ansatzweise auffangen und abkürzen kann. Ein Blick auf die Verbreitung und Nutzung dieser Infrastruktureinrichtungen zeigt aber, dass die politisch-mediale Bedeutungsaufwertung von Freiwilligenagenturen in diesem Zeitraum noch weit über deren alltagspraktische Relevanz hinausreichte.

Die neuen Ehrenamtlichen auf dem Vormarsch

Die Auswertung quantitativer und qualitativer Freiwilligenbefragungen, verbandsinterner Meinungsumfragen und medialer Stellungnahmen von Ehrenamtlichen soll nachfolgend einen Eindruck vom Stimmungsbild bei den Freiwilligen in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre – gerade angesichts des Ausbleibens organisationaler und institutioneller Neuerungen – vermitteln. Hierbei wird zunächst deutlich, dass die Zunahme gesellschaftlicher Krisenerscheinungen nicht nur von Seiten der Medien, der Politik oder der Wissenschaft behauptet wurde, sondern dass sich gerade die kommunitaristisch inspirierte Kritik am Verfall des sozialen Miteinanders auch in der Alltagswahrnehmung vieler Bürger wiederfand: So stimmen beispielsweise 69 % der im Rahmen der Geislingen-Studie befragten Bürger – vollständig bzw. teilweise – der Feststellung zu, dass sie die soziale Kälte in der Gesellschaft und die zunehmenden Anonymisierungstendenzen als bedrohlich empfinden (Ueltzhöffer/Ascheberg 1996: 45-50).

Des Weiteren lassen die empirischen Befunde keinen Zweifel daran, dass viele Freiwillige im Laufe der 1990er Jahre ihre Unzufriedenheit bezüglich ausbleibender engagementförderlicher Maßnahmen von Seiten der Politik oder der betroffenen Organisationen mit zunehmender Intensität zum Ausdruck brachten. Das diesbezügliche Missfallen zeigt sich beispielsweise daran, dass das tatsächliche Engagementvolumen – nicht nur in den klassischen Großorganisationen – in diesem Zeitraum deutlich hinter den Hoffnungen der Produktivitäts-Erzählung zurückblieb. Gerade das schlechte Abschneiden der deutschen Freiwilligen bei der Eurovol-Studie, in der Deutschland mit einer Engagementquote von 16 % nur den vorletzten Platz belegt (Gaskin/Smith/Paulwitz 1996: 65), erregte in Deutschland großes Aufsehen (Spiegel 1995; Paritätischer Wohlfahrtsverband/Stiftung Mitarbeit 1997: 12; SZ 1998b, 1998h, 2001d), das letztendlich in einer weiteren Intensivierung der Engagementpotenzial-Nutzungs-Rhetorik mündete:

»Gemessen an vorhandenen Potentialen, bleibt die deutsche Ehrenamtlichkeit weit zurück. Neben den zirka 16 Prozent der Bürgerinnen und Bürger, die sich sozial engagieren, wartet nach seriösen Umfragen eine stille Reserve in mindestens derselben Größe, die dazu bereit wäre, wenn die Bedingungen stimmten. Auch im europäischen Vergleich macht Deutschland keine gute Figur. Nur in der krisengeschüttelten Slowakei ist der Anteil der Ehrenamtler nied-

riger. In den benachbarten Niederlanden liegt er bei 38 Prozent, im europäischen Schnitt bei 27 Prozent.« (Abgeordnete Klemmer (SPD), in: BT Pl.-Prot. 13/145 1996: 13108f.)

Auf direktem Wege verliehen Freiwillige ihren Unmut zudem Ausdruck über Zeitungsartikel oder organisationsinterne Positionspapiere: Die ehrenamtlich Aktiven zeigten sich hier zunehmend enttäuscht darüber, dass sich Politiker und Verbandsmanager lediglich auf »vollmundige Appelle« (Born 1996: 28) beschränkten, ohne tatsächliche Verbesserungen der organisationalen und rechtlichen Rahmenbedingungen einzuleiten.

Neben dem Vorwurf, dass die bestehenden organisationalen und rechtlichen Bestimmungen freiwilliges Engagement eher behindern als fördern würden, zeigten sich viele Freiwillige in Deutschland zudem darüber enttäuscht, dass die »öffentliche Anerkennung für das Ehrenamt [...] auf Sparflamme« koche (Pott 1996: 12; ebenso FAZ 1995a; Zeit Online 1996a): So gehört der Wunsch nach mehr öffentlicher Anerkennung sowohl in der Geislingen-Studie (Ueltzhöffer/Ascheberg 1996: 120) als auch in der von Seiten der Politik, der Medien und der zivilgesellschaftlichen Organisationen vielfach rezipierten Eurovol-Studie zu den zentralen Verbesserungsvorschlägen. Letztere macht deutlich, dass sich ein Großteil der deutschen Engagierten (34 % der Westdeutschen und 22 % der Ostdeutschen) aufgrund der geringen öffentlichen Wertschätzung ihrer freiwilligen Tätigkeit aus dem Ehrenamt zurückzögen (Gaskin/Smith/Paulwitz 1996: 103). Mit diesem Ergebnis, so Paulwitz, nimmt Deutschland die wenig ruhmreiche Spitzenposition im europäischen Vergleich ein, wo im Durchschnitt nur 17 % der befragten Freiwilligen diesen Eindruck teilen (Paulwitz 1996b: 230; Reihls 1996: 234; rezipiert u.a. durch Baldas 1996b: 237; Sengling 1997b: 17; Paritätischer Wohlfahrtsverband/Stiftung Mitarbeit 1997: 48). Auch der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates e.V., Olaf Zimmermann, konstatiert mit Blick auf das ihm vermittelte Stimmungsbild der neun Millionen Ehrenamtlichen im Kulturbereich, dass diesen die mangelhafte Würdigung ihrer Arbeit durch die Verantwortungsträger in Politik, Verwaltung und Wirtschaft deutlich zu schaffen mache (Zimmermann 1997: 30). Gleiches gilt für die Engagierten in der verbandlich organisierten Freiwilligenarbeit: Hier, so Gudrun Born, stellten sich immer mehr Freiwillige angesichts unzureichender institutioneller Rahmenbedingungen die Frage, was das Bürgerengagement dem Staat, den Kommunen, Verbänden oder Kirchen eigentlich noch wert sei (Born 1996: 28).

Die soeben skizzierten Ergebnisse statistischer Erhebungen und verbandsinterner Meinungsumfragen sowie die anhaltenden medial vermittelten Klagen der Freiwilligen über unzureichende organisationale und politische Rahmenbedingungen zeigen, dass Appelle entsprechend des für die Produktivitäts-Erzählung typischen Musters: »Gutes tun, tut gut« allein nicht ausreichen, um Engagierte zu halten oder ihre Zahl auszuweiten. Ausrufe wie »Wir lassen uns nicht länger ausnutzen« (ebd.; ebenso FAZ 1989) deuten bereits darauf hin, dass sich immer mehr Freiwillige selbst eher als »neue[...] Ehrenamtliche[...]« verstehen (Born 1996: 28; Wessels 1995: 199). Die Ergebnisse der Eurovol-Studie machen deutlich, dass viele freiwillig Engagierte nach dem Motto: »So paßt es mir gerade« selbst entscheiden wollen (Paulwitz 1996a: 249), welche freiwillige Betätigung am besten mit ihren zeitlichen und inhaltlichen Bedürfnissen harmoniert und wie lange sie sich hier engagieren wollen. Aus diesem Wunsch nach einer den individuellen biografi-

schen Bedingungen entsprechenden Engagementgelegenheit resultiert wiederum ein gewisses Misstrauen vieler Freiwilliger gegenüber der in der Produktivitäts-Erzählung immer wieder aufscheinenden Tendenz, freiwilliges Engagement vor allem in den Gesellschaftsbereichen besonders zu loben und hervorzuheben, in denen von Seiten des Staates oder der Vereins- und Verbandslandschaft eine hohe Nachfrage nach freiwilligen Helferleistungen konstatiert wird. So kommt z.B. die Geislingen-Studie zu dem Ergebnis, dass der Wunsch anderen zu helfen zwar bei allen Befragten nach wie vor stark ausgeprägt sei, doch wird der freiwillige Einsatz nur noch selten als »Erfüllung einer Bürgerpflicht – besonders in Zeiten leerer Kassen – verstanden« (Ueltzhöffer/Ascheberg 1996: 104). Dieser Eindruck bestätigt sich auch mit Blick auf die von Christiane Wessels durchgeführte qualitative Engagementstudie im Raum Trier-Koblenz-Saarbrücken: In dieser interviewgestützten Untersuchung von Frauen im sozialen Ehrenamt geben alle Befragten an, dass sie der ausschließlich verbalen »Propagierung des Ehrenamtes« durch Politiker, die ansonsten auf entsprechende Reformen verzichten, eher skeptisch gegenüberstehen. Befürchtet wird, dass hierdurch auf Kosten der Freiwilligen die Ausgaben für den Sozialbereich reduziert werden sollen (Wessels 1995: 201). Dieses hier skizzierte neue Selbstverständnis der freiwillig Aktiven wird in einem *Zeit*-Artikel wie folgt auf den Punkt gebracht: »Und soviel sollte klar sein: Wenn die Bürger das Gefühl bekommen sollten, daß die Politik sie nur ausnutzt – dann wird die Konjunktur des selbstbestimmten Helfens ganz schnell wieder zusammenbrechen« (Zeit Online 1997i).

Die untersuchten Interviewausschnitte und quantitativen Freiwilligenbefragungen lassen den vorsichtigen Schluss zu, dass sich die Ausbreitung des neuen Freiwilligentypus auch in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre weiter forsetzte. D.h. zu der Gruppe der alten Ehrenamtlichen mit hohem Pflichtbewusstsein (Ueltzhöffer/Ascheberg 1996: 104) gesellten sich zunehmend Engagierte, die entsprechend der Wissensordnung des neuen Ehrenamtes zwar immer noch anderen Menschen helfen und soziale Verantwortung übernehmen wollen, gleichzeitig aber auch ihr Bedürfnis nach Sinnstiftung und Selbstverwirklichung offen eingestehen. Zur Verwirklichung dieser Ziele – und dies ist der zentrale Unterschied zu den selbstlos und im Hintergrund tätigen alten Ehrenamtlichen – forderten sie die notwendigen Rahmenbedingungen, Unterstützungsleistungen und Gestaltungsspielräume sowohl von der Politik als auch von den betroffenen Einrichtungen selbstbewusst ein. Viele Freiwillige schienen folglich das Gefühl zu haben, dass Staat und Organisationen zunächst ihnen etwas schuldig seien – und zwar angemessene Engagementbedingungen –, bevor diese nach der bedarfsgerechten Produktivitätskraft freiwilliger Leistungen fragen dürften.

Vor diesem Hintergrund nimmt es nicht wunder, dass angesichts des skizzierten Verzichts auf weitreichende institutionelle Neuerungen der für die Produktivitäts-Erzählung typische Hinweis, dass der freiwillige Einsatz für andere zur individuellen Sinnstiftung beitrage, nach Meinung vieler Ehrenamtlicher keinesfalls ausreichend sei, um das Engagementaufkommen insgesamt zu erhöhen. Derartige Appelle lassen bei Freiwilligen vielmehr die Vermutung aufkommen, dass sie als »sozialpolitische[...] Ausfallbürgen« missbraucht werden würden (Pott 1996: 12; ebenso SZ 1992; Bock 1996a: 97). Solange folglich keine ernsthaften Bemühungen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen stattfinden, dürfe man sich nach Ansicht von Gudrun Born, Vorstandsmitglied der Caritas-Konferenzen Deutschlands,

auch nicht wundern, dass sich ehrenamtlich Aktive spätestens dann, wenn sie die für ihren freiwilligen Einsatz geleisteten finanziellen Zahlungen nicht erstattet bekommen, enttäuscht wieder privaten Freizeitaktivitäten zuwenden und sich »Ellenbogenmentalität und damit soziale Kälte« weiter ausbreiten (Born 1996: 28; ebenso Götz 1993: 27; Abgeordneter Hagemann (SPD), in: BT Pl.-Prot. 13/145 1996: 1319f.; Sothmann 1997: 57f.).

Die soeben skizzierte Dispositiv-Aneignung und -Verarbeitung der Freiwilligen liefert zusammen mit den die institutionelle Dimension betreffenden Erkenntnissen einige Gründe für den appellativen Tonfall der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung zwischen 1994 und 1998: Es ist deutlich geworden, dass die institutionenbezogenen Aussagen – mit Ausnahme der Freiwilligenagenturen – vorwiegend als negativ konnotierte Verknüpfungen in das dispositive Netz der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung eingewoben sind. Die Beharrungstendenzen der klassischen Organisationen deutscher Wohlfahrtsstaatlichkeit sowie die Nichtzuständigkeitserklärung der liberal-konservativen Bundesregierung in Sachen Engagementförderung galten nicht nur als Hemmnisse der Potenziale-Ausschöpfung, sondern bildeten auch einen deutlichen Kontrast zu der allgemeinen verbalen Bedeutungsaufwertung freiwillig erbrachter Leistungen in den 1990er Jahren. Hinzu kommt, dass sich – und hierauf deuten die medial vermittelten Stellungnahmen ehrenamtlich Engagierter sowie quantitative Freiwilligenbefragungen eindrucklich hin – noch die wenigsten Freiwilligen als eine, zugespitzt formuliert, bedarfsgerecht einsetzbare Produktivitätskraft im Sinne der sich neu etablierenden Wissensordnung der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung verstanden. Vielmehr ist anzunehmen, dass immer mehr Freiwillige den zentralen Eigenschaften der neuen Ehrenamtlichkeit entsprachen und sich über die von öffentlichen Stellen erfolgte verbale Aufwertung des Ehrenamtes in Bereichen mit finanziellen und personellen Engpässen besonders dann enttäuscht zeigten, wenn diesen Worten keine Taten, d.h. keine institutionellen Verbesserungen, folgten.

In der letzten Legislaturperiode der schwarz-gelben Regierung bestand folglich erstens eine deutliche Kluft zwischen den (vor allem politischen) Aufrufen zu mehr freiwilligem Engagement als Ausdruck eines selbst- und gemeinschaftsbezogenen sinnvollen Verhaltens und der Schaffung engagementfreundlicher Rahmenbedingungen, die vor allem von dem neuen Typus Ehrenamtlicher eingefordert wurden. Zweitens entsprachen noch die wenigstens Freiwilligen der produktivistischen Anrufungspraxis. Diese spezifische Konstellation, d.h. die mangelhafte Vollzugswirklichkeit der institutionellen Dimension und die dürftige Verankerung der Produktivitäts-Erzählung in den Köpfen der Freiwilligen, liefert wiederum eine Erklärung für den beschwörenden Tonfall der gesamten Storyline, die zwar aus der engagementspezifischen Selbstverwirklichungs-Erzählung hervorging, nichtsdestotrotz aber vorwiegend ein politisch forciertes und medial aufgewertetes Projekt darstellt, das durch den Regierungswechsel im Jahr 1998 nochmals deutlich an Fahrt gewann.

4.4 STORYLINE »FREIWILLIGKEIT ALS GESELLSCHAFTLICHE PRODUKTIVITÄTSRESSOURCE« (1998 BIS 2002)

Die Entwicklung der Storyline der Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource zwischen 1998 und 2002, d.h. in der ersten Legislaturperiode der Koalition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen unter Bundeskanzler Gerhard Schröder, wird im Folgenden deshalb gesondert betrachtet, da gerade mit Blick auf die institutionelle Dimension der Engagementförderung in diesem Zeitraum entscheidende Veränderungen einsetzten: Während sich die staatliche Förderung des freiwilligen Engagements bis zu diesem Zeitpunkt überwiegend in einzelnen Modellprojekten und verbalen Belobigungen erschöpfte, wurden in diesen vier Jahren die Grundlagen für die Etablierung einer staatlichen Engagementpolitik in Deutschland gelegt. Flankiert und befördert wurde dieser institutionelle Wandel durch verschiedene politisch-wissenschaftliche Begleitprogramme, wie etwa das von den Vereinten Nationen ausgerufene »Internationale Jahr der Freiwilligen« 2001, die Einsetzung einer Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements«²⁴ durch die rot-grüne Regierung im Jahr 1999 und den im selben Jahr erstmals durchgeführten Freiwilligensurvey.²⁵

Im Mittelpunkt der folgenden Ausführungen stehen die sich seit der Jahrtausendwende abzeichnenden Neuerungen im Netz dispositiver Verknüpfungen, die dazu beigetragen haben, dass die institutionelle Dimension ihr bisheriges bundespolitisches Nischendasein verlor und in den Fokus der Aufmerksamkeit rückte. Um Redundanzen zu vermeiden, wird im Folgenden allerdings auf eine detaillier-

24 | Die von allen Fraktionen mit Ausnahme der PDS befürwortete Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements« setzte sich paritätisch aus Wissenschaftlern und Politikern unterschiedlicher Couleur zusammen. Angesichts des Mangels an belastbarem Wissen über das freiwillige Engagement der Bürger wurde dieser Enquete-Kommission der Auftrag erteilt, bis zum Jahr 2002 eine Bestandsaufnahme des Ehrenamtes in Deutschland vorzulegen und konkrete Strategien zu dessen institutioneller Förderung zu erarbeiten (BT-Drs. 14/2351 1999: 1). Im Jahr 2002 legte die Enquete-Kommission ihren Abschlussbericht vor, der aufbauend auf einer systematischen Aufarbeitung des Engagementaufkommens in Deutschland eine Vielzahl politischer Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der engagementbezogenen Rahmenbedingungen benennt (BT-Drs. 14/8900 2002).

25 | Der Freiwilligensurvey ist eine repräsentative Erhebung zum freiwilligen Engagement in Deutschland, in der Personen ab 14 Jahren in telefonischen Interviews zu ihren freiwilligen Tätigkeiten bzw. zu ihrer Engagementbereitschaft befragt werden (1999 und 2004 wurden ca. 15.000 und 2009 ca. 20.000 Personen befragt). Die Schwerpunkte des Freiwilligensurveys liegen auf der Ermittlung des Engagementumfangs, der soziodemografischen Merkmale der Freiwilligen, der Engagementmotive sowie der Engagementbereitschaft bislang nicht freiwillig aktiver Menschen. Der Freiwilligensurvey wurde im Jahr 1999 erstmals im Auftrag des Bundesfamilienministeriums durchgeführt und wird seitdem alle fünf Jahre wiederholt (von Rosenblatt 2001; Gensicke/Picot/Geiss 2005; Gensicke/Geiss 2010). Bereits in der letzten Amtszeit des Bundeskanzlers Helmut Kohl wurde die Durchführung einer derartigen quantitativen Trendstudie angesichts des Mangels an aussagekräftigen Erhebungen zum Engagementumfang in Deutschland und der öffentlichen Empörung über das schlechte Abschneiden der BRD im Rahmen der Eurovol-Studie eindringlich gefordert (BT-Drs. 13/5674 1996: 2; Nolte 1997: 10).

te Wiedergabe der gesamten engagementbezogenen Produktivitäts-Erzählung, die sich auch zwischen 1998 und 2002 in ihrer soeben skizzierten Gestalt im Allgemeinen fortsetzt, zugunsten einer Fokussierung auf die in diesem Zeitraum deutlich zu Tage tretenden dispositiven Neuverknüpfungen verzichtet. Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stehen zunächst die gewandelten Kontextbedingungen, die, verstanden als einflussreiche Anschlussdispositive, seit dem Regierungsantritt der rot-grünen Bundesregierung zur Verfestigung der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung beitrugen und dieser zu einer neuen bundespolitischen Brisanz und Dynamik verhalfen. Hierbei handelt es sich um die von der rot-grünen Regierung angestoßene Renaissance des Bürgergesellschaftskonzepts, die Etablierung eines neuen aktivierenden Staatsverständnisses und die Ausweitung der gesellschaftlichen Krisendiagnostik. Im Anschluss daran werden die epistemischen Neuverknüpfungen mit Blick auf den zweifachen Potenzialbezug der Storyline nachgezeichnet. Abschließend gilt es, den subjektbezogenen Verhaltensanforderungen Aufmerksamkeit zu schenken, die ebenfalls in das dispositive Netz der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung eingewoben sind und zur Subjektivierungsfigur des »engagierten Bürgers« verdichtet werden können.

Die Bürgergesellschaft als zentrales Reformprojekt des aktivierenden Sozialstaates

Das von der Koalition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen erheblich aufgewertete Leitbild der Bürgergesellschaft entwickelte sich seit der Jahrtausendwende zu einem zentralen Knotenpunkt im dispositiven Gewebe der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung. Ursächlich hierfür ist, dass es bei der proklamierten Wiederbelebung der Bürgergesellschaft weniger um eine umfassende Gesellschaftsreform als vielmehr um die Würdigung und Stärkung des freiwilligen Engagements ging. Zur Illustration der – zumeist nicht weiter hinterfragten – Gleichsetzung der Aufwertung der Bürgergesellschaft mit der Förderung des freiwilligen Engagements sei hier exemplarisch auf eine diesbezügliche Stellungnahme der Mitglieder der Enquete-Kommission aus der Fraktion der FDP verwiesen: »Bürgerschaftliches Engagement ist für eine offene Gesellschaft unverzichtbar. Seine Stärkung und Fortschreibung mit dem Ziel der engagierten Bürgergesellschaft ist daher politisches Anliegen von höchstem Rang.« (Schüßler/Burgbacher 2002: 67) Eine zentrale epistemische Neuerung der Storyline der Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource seit 1998 besteht folglich darin, dass zwischen der Stärkung der Bürgergesellschaft und der Förderung freiwilligen Engagements ein »emblematischer« Zusammenhang konstruiert wird (Hajer 2008: 290).²⁶ D.h., wenn über die Bürgergesellschaft und über konkrete Möglichkeiten ihrer Belebung gesprochen wurde, dann ging es zumeist lediglich um die Förderung des freiwilligen Engagements als eines Spezialproblems der Bürgergesellschaftsdebatte. Bestes Beispiel für diese emblematische Verknüpfung ist der Abschlussbericht der Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftli-

26 | Diese emblematische Verknüpfung von Bürgergesellschaftskonzept und Engagementförderung wird mit Ausnahme der Gewerkschaften (u.a. Sommer 2004) von allen untersuchten Diskursteilnehmern mitgetragen (Zeit Online 1999b; Spiegel 2000; FAZ 2000g; Schröder 2000a: 202, 206, 2001a; SPD-Grundwertekommission 2001: 24; Aigner u.a. 2002: 329; CDU-Präsidiumskommission 2003: 41).

chen Engagements«, der den Titel trägt »Bürgerschaftliches Engagement: Auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft« (BT-Drs. 14/8900 2002).

Diese emblematische Verknüpfung wird ergänzt durch eine weitere neue epistemische Verbindungslinie: Wie bereits angedeutet, avanciert das Leitbild der Bürgergesellschaft gleichsam zur zentralen »Reformperspektive« des in Deutschland zur Jahrtausendwende forcierten aktivierenden Sozialstaatsumbaus (Abgeordneter Bürsch (SPD), in: BT Pl.-Prot. 14/242 2002: 24262). Die entscheidende Neuerung besteht hier darin, dass die rot-grüne Koalition der Forderung der Vorgängerregierung nach mehr Subsidiarität zwar weitgehend folgte, die Beziehung zwischen Bürgergesellschaft und aktivierendem Wohlfahrtsstaat aber im Zuge einer am britischen »Third Way« (Giddens 1998) orientierten Politik der »Neuen Mitte« neu akzentuierte (SPD/Bündnis 90/Die Grünen 1998: 40; Schröder/Blair 1999: 887). So fließen im Aktivierungsparadigma Elemente des Kommunitarismus, Neoliberalismus und Wohlfahrtspluralismus mit dem Ziel zusammen, eine neue Verantwortungs- und Rollenaufteilung zwischen Staat, Wirtschaft, Gesellschaft und dem einzelnen Bürger herzustellen, die sich deutlich vom hierarchisch-bevormundenden Modell des versorgenden Wohlfahrtsstaates abhebt (Dahme/Wohlfahrt 2003: 95; Dingeldey 2006: 3-5; Lessenich 2008).

Aufbauend auf dem zunächst im Rahmen der Arbeitsmarktreform stark gemachten Prinzip des »Förderns und Forderns« geht es hierbei grundlegend um eine Neuverhandlung bzw. -gewichtung der Aufgabenlast zwischen Staat, Markt und Gesellschaft, der Balance von Rechten und Pflichten, von Eigenaktivität bzw. -verantwortung und von Chancengleichheit zulasten von Verteilungsgerechtigkeit. Im Kern, so Stephan Lessenich, kann die Politik der Aktivierung als Ausdruck einer neuen Erwartungshaltung an den Bürger gelesen werden, der, so die Unterstellung, zu einem passiven Anspruchsdenken an den Staat neige. Dieser soll sich sowohl seiner »Verantwortung für das Gemeinwesen bewusst werden« (Lessenich 2003c: 214) als auch zu einer aktiven und eigenverantwortlichen Nutzung seiner Marktchancen befähigt werden. Der proklamierte Übergang vom passiven, staatliche Leistungen empfangenden hin zum selbstbestimmt und eigenverantwortlich handelnden Bürger blieb jedoch nicht auf den Bereich der Arbeitsmarktpolitik beschränkt, sondern entwickelte sich zu einer die gesamte Lebensführung der Bürgerschaft umfassenden sozialpolitischen Forderung (van Dyk/Lessenich 2009: 23f.), die auch mit Blick auf das Reformprojekt der Bürgergesellschaft deutlich in Erscheinung trat.

Sozialstaat und Bürgergesellschaft galten hiernach nicht mehr als Gegensätze, sondern als sinnvolle Ergänzungen im Sinne einer neuen Aufgaben- bzw. Verantwortungsteilung, denn was »die Gesellschaft besser lösen kann, das muss, das soll der Staat nicht selbst machen« (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2001: 1; ebenso SZ 1998i; Zeit Online 2000c; FAZ 2000f; Schröder 2000b, 2000c; SPD-Grundwertekommission 2001: 17, 22; SZ 2002c). Bei der Wiederbelebung der Bürgergesellschaft ging es folglich grundlegend darum, die Verantwortung für das Soziale nicht mehr allein dem Staat zu übertragen, sondern die soziale Frage gewissermaßen »vom Kopf auf die Füße zu stellen«, um letztendlich zu einem »umfassenderen Verständnis von Sozialpolitik als gesellschaftliche« – und nicht nur staatliche – Aufgabe zu gelangen (Haupt 2002).

Ergänzt man diese Überlegungen um die zuvor erläuterte Einsicht, dass zwischen der Stärkung der Bürgergesellschaft und der Förderung freiwilligen Engagements

gements eine emblematische Beziehung besteht, wird deutlich, dass es bei dieser Suche nach einer neuen Verantwortungsteilung zwischen Staat und Bürgergesellschaft vor allem um eine neue Ausbalancierung des Verhältnisses zwischen Staat und dem freiwilligen Engagement der Bürger ging:

»In unserem Verständnis ist die aktivierte Bürgergesellschaft nicht gegen den demokratischen Staat gerichtet. Vielmehr betrachten wir die demokratischen Institutionen auf der einen und das bürgerschaftliche Engagement auf der anderen Seite als zwei sich gegenseitig ergänzende und stützende Seiten einer lebendigen Demokratie.« (SPD-Grundwertekommission 2001: 24)

Ein zusammenfassender Blick auf das bisher Gesagte zeigt, dass durch die hier skizzierte epistemische Verknüpfung des – auf die Engagementförderung fokussierten – Leitbildes der Bürgergesellschaft mit dem neuen aktivierenden Sozialstaatskonzept der Eindruck vermittelt wird, dass die Förderung freiwilliger Tätigkeiten zum selbstverständlichen Aufgabenrepertoire des Staates gehöre.²⁷ Obgleich diese Feststellung der engagementspezifischen Nichtzuständigkeitsbehauptung der Vorgängerregierung, die sich diesem Thema vornehmlich im Rahmen symbolischer Politikpraktiken gewidmet hat, geradezu diametral gegenüberstand, erachtete es Gerhard Schröder scheinbar nicht für notwendig, diese Wendung näher zu erläutern: Die Erklärungsbedürftigkeit dieser Aussage ignorierend bemerkte Altkanzler Schröder hingegen eher beiläufig: »Aus Sicht der Politik besteht ein existenzielles Interesse am Engagement der Bürgerinnen und Bürger. [...] Die Stärkung bürgerschaftlichen Engagements entspricht aber auch unserem modernen Staatsverständnis.« (Schröder 2000c; ebenso FAZ 2000f)

Die bisherigen Erkenntnisse lassen keinen Zweifel daran, dass die verbale Hochkonjunktur der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung zwischen 1998 und 2002 vornehmlich auf die hier skizzierten epistemischen Neuverknüpfungen mit den Wissensbeständen des aktivierenden Staates und des Reformprojekts der Bürgergesellschaft zurückgeführt werden kann. Hierdurch wurde die Dringlichkeit und öffentliche Präsenz der Erzählung im Vergleich zum vorausgegangenen Zeitraum deutlich erhöht. Eine zusätzliche Intensivierung erfuhren diese Debatten über die Förderung des freiwilligen Engagements zudem durch die seit dem Jahr 1998 zu beobachtende Ausweitung der Krisenrhetorik hinsichtlich zentraler gesellschaftlicher Makrostrukturen, die eine Stärkung zivilgesellschaftlicher Potenziale in Form von bürgerschaftlichem Engagement unumgänglich erscheinen ließen. Die Verknüpfung der engagementspezifischen Produktivitäts-Er-

27 | Die enge Verzahnung des auf die Engagementförderung ausgerichteten Reformleitbildes der Bürgergesellschaft mit dem aktivierenden Staatsumbau seit dem Regierungsantritt der rot-grünen Koalition wird in einem *Zeit Online*-Artikel wie folgt auf den Punkt gebracht: »Meist wird darunter [unter den Begriffen Bürgergesellschaft und aktivierender Staat, D.N.] verstanden, dass das Engagement von Bürgern in unterschiedlichsten Bereichen ermutigt werden soll: in sozialen Initiativen von der Selbsthilfegruppe für Aids-Kranke bis zur Senioren-Wohngemeinschaft; in der Finanzpolitik durch ein Stiftungsrecht, das Mäzenatentum ermutigt, aber auch mit neuen politischen Entscheidungsprozessen – etwa der Beteiligung von Bürgern bei der Städteplanung.« (Zeit Online 2000a)

zählung mit weiteren einflussreichen gesellschaftlichen Krisenerzählungen steht daher im Mittelpunkt der nachfolgenden Ausführungen.

Die Krise als gesellschaftlicher Generaldiskurs

Neben gesellschaftlichen Krisenerscheinungen, wie der Überforderung des Sozialstaates und der Erosion von Gemeinschaftswerten, die bereits im vorausgegangenen Zeitraum als wirkmächtige Anschlussdispositive der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung fungierten, wird diese Storyline seit Ende der 1990er Jahre zudem mit den Debatten über die krisenhaften Entwicklungen am Arbeitsmarkt verknüpft.²⁸ Statt einer ausführlichen Herleitung der genannten Krisenerscheinungen stößt man in den untersuchten Dokumenten lediglich auf vereinzelte und z.T. alarmierende diesbezügliche Bemerkungen: Mit Verweis auf leere Haushaltskassen wird der Wohlfahrtsstaat übereinstimmend nicht mehr nur als überfordert, sondern auch als »unbezahlbar«, »ineffizient« und »inhuman« beschrieben (Schröder 2001a).²⁹ Im Zentrum der kommunitaristisch inspirierten Krisendiagnose steht nach wie vor das typische Bild einer zu Egoismus neigenden, verantwortungslosen Bürgerschaft, deren Erwähnung gleichsam zur Aktivierung der bereits bekannten Schuldzuschreibung führt: »Geht der Gedanke der gegenseitigen Verantwortung verloren, so führt dies zum Verfall des Gemeinnsinns, zu mangelnder Verantwortung gegenüber Nachbarn, zu steigender Kriminalität und Vandalismus und einer Überlastung des Rechtssystems.« (Schröder/Blair 1999: 888f.)³⁰ Die Krise (oder gar das Ende) der Vollbeschäftigungsgesellschaft wird hingegen durch knappe Verweise auf die Globalisierung der Produktion, die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte, die Erosion des Normalerwerbsverhältnisses und hohe Arbeitslosenzahlen plausibilisiert (Zeit Online 1997h, 2000c; SZ 1998j; Spiegel 1998; Schröder/Blair 1999: 889f.; Haupt 1999, 2002; Rau 2000a; Bergmann 2000a, 2001b: 12; SPD-Grundwertekommission 2001: 20; Simmert/Vollmer 2002: 63). So zeichnete besonders

28 | Den Hintergrund der Ende der 1990er Jahre deutlich an Fahrt gewinnenden Debatten um die Zukunft der Erwerbsarbeit bilden einerseits die im Jahr 1999 in Kraft getretenen beschäftigungspolitischen Leitlinien der Europäischen Union, die im Rahmen des Amsterdamer Vertrages ausgehandelt wurden. Wichtige Impulse gingen andererseits von der im Jahr 2000 von den europäischen Staats- und Regierungschefs verabschiedeten »Lissabon-Strategie« aus, die das Ziel verfolgte, die EU innerhalb von zehn Jahren zu einem innovativen und wettbewerbsfähigen Wirtschaftsraum zu machen. In Deutschland fanden diese Zielbestimmungen ihren sichtbarsten Niederschlag in der von der rot-grünen Regierung im Jahr 2003 initiierten »Agenda 2010«.

29 | Der Diagnose, dass der Sozialstaat durch Überbeanspruchung und bürokratische Überregulierung an die Grenzen seiner Leistungs- und Steuerungsfähigkeit gestoßen sei, stimmten Politiker unterschiedlicher Couleur zu (vgl. u.a. Zeit Online 1999b; Schröder/Blair 1999: 888f.; Haupt 1999; Abgeordnete Aigner (CDU/CSU), in: BT Pl.-Prot. 14/78 1999: 7186; Abgeordneter Schüßler (FDP), in: ebd.: 7188; Schröder 2000a: 204; Bergmann 2000a; FAZ 2000f).

30 | Die epistemische Verknüpfung bürgerschaftlicher Schuldhaftigkeit mit verschiedenen als krisenhaft wahrgenommenen Entwicklungen gehört auch zwischen 1998 und 2002 zum selbstverständlichen Wissenskanon der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung (u.a. Müntefering/Schmidt 1998; Haupt 1999; SZ 1999; Rau 1999, 2000b; Aigner 2000: 2; FAZ 2000f; Schröder 2000c; Bergmann 2001b: 12f.).

Altkanzler Gerhard Schröder ein düsteres Bild von der Zukunft der Arbeitsgesellschaft:

»Die Veränderungen der Arbeitswelt zwingen mehr und mehr Menschen in ›gebrochene Erwerbsbiografien‹. [...] Die Marx'sche Utopie: ›Morgens Jäger, mittags Fischer, abends kritischer Kritiker‹ hat sich bei manchen schon als böse Farce verwirklicht: Morgens Zeitungsausträger, tagsüber Fachgehilfe, nachts kritischer Taxifahrer... Gesicherte Erwerbsverhältnisse sind längst keine Selbstverständlichkeit mehr, und das führt ganz natürlich zu Unsicherheiten.« (Schröder 2000a: 201f.)

Die Zuspitzung und Intensivierung der Krisenrhetorik seit Ende der 1990er Jahre ist jedoch nicht nur der Ausweitung der Krisendiagnostik auf die Entwicklungen am Arbeitsmarkt zu verdanken. Vielmehr gilt es hierbei einer weiteren epistemischen Neuverknüpfung Aufmerksamkeit zu schenken, die als zentraler Knotenpunkt im dispositiven Netz der Storyline der Freiwilligkeit als Produktivitätsresource erst ab 1998 sichtbar in Erscheinung tritt: Es rückt seitdem mehr und mehr die Frage in den Vordergrund, wie sich der Wandel traditioneller und gesellschaftsübergreifend wirkender Werte auf den Bestand des Staates bzw. des Politischen selbst auswirkt. Diese sorgenvollen Überlegungen sind wiederum der allgemein akzeptierten Einsicht geschuldet, dass der freiheitliche und säkularisierte Staat auf gewisse vopolitische Grundlagen angewiesen sei, die er selbst nicht in ausreichendem Maße herstellen könne (Böckenförde 1976). Hierzu zählen pflichtorientierte Werte, aber auch die bürgerliche Gemeinwohlorientierung, das Verantwortungsbewusstsein des Einzelnen und Solidarität, die den politischen Gesetzen und Anordnungen die notwendige Legitimität und Wirkkraft verleihen.

Vor dem Hintergrund dieser Grundannahme verwundert es kaum, dass der allenthalben kritisierte Rückzug ins Private und die zunehmende Politikverdrossenheit sowie Reserviertheit vieler Bürger gegenüber staatlichen Institutionen als besonders besorgniserregende Entwicklungstendenzen wahrgenommen wurden (Haupt 1999; SZ 2001d). Altkanzler Gerhard Schröder konstatierte beispielsweise, dass diese allseitige Unzufriedenheit »sich trifft mit einem allgemeinen Gefühl der Ungewissheit, was Politik überhaupt noch vermag« (Schröder 2000a: 201). Der SPD-Bundestagsabgeordnete Michael Bürsch deutete den Vertrauensverlust großer Bevölkerungskreise sowie den allgemeinen Übergang zu einer bindungslosen Egogesellschaft sogar als einen Entwicklungstrend, der »langsam, aber sicher die Grundlagen von Sozialstaat und Demokratie bedroht« (Abgeordneter Bürsch (SPD), in: BT Pl.-Prot. 14/78 1999: 7183). Die Diskussionen über das Wegbrechen kollektiver Sinngebungen entwickelten seit der Jahrtausendwende folglich eine neue Qualität, da es hierbei nicht mehr ausschließlich um den Zusammenhalt der Gesellschaft ging, sondern gleichsam auch die Legitimationsgrundlagen des staatlichen Handelns insgesamt als gefährdet betrachtet wurden.

Die hohe Nachfrage nach freiwilligem Engagement

Wie im vorausgegangenen Zeitraum steht die Kernkategorie »Bürgerengagement als (brachliegendes) Potenzial« auch nach 1998 im Mittelpunkt der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung, wobei der Potenzialbegriff weiterhin einerseits auf die dem Engagement zugeschriebene Fähigkeit zur Lösung gesellschaftlicher Krisen bezogen ist und andererseits im Sinne eines brachliegenden

Engagementpotenzials großer Bevölkerungsteile genutzt wird. Angesichts der soeben skizzierten neuen Kontextfaktoren haben sich allerdings im Hinblick auf beide Verknüpfungsstränge einige Verschiebungen und Neuverknüpfungen ergeben, die im Folgenden überblicksartig skizziert werden.

Das freiwillige Engagement der Bürger avanciert auch zur Jahrtausendwende zu einer wertvollen gesellschaftlichen Ressource bei der Lösung gesellschaftlicher Krisen: In Bezug auf sozialstaatliche Überforderungserscheinungen wird dem freiwilligen Bürgereinsatz erstens eine hohe staatsentlastende Wirkung zugeschrieben und eine neue Verantwortungsteilung zwischen Staat und Bürgerengagement favorisiert (u.a. Abgeordneter Schüssler (FDP), in: BT Pl.-Prot. 14/78 1999: 7188; FAZ 2000g; Haupt 2002: 7f.).³¹ Zweitens erfährt besonders die Brückenfunktion des bürgerschaftlichen Engagements mit Blick auf die Krise am Arbeitsmarkt eine erhebliche Wertschätzung: So könne Freiwilligenarbeit sowohl als Quelle der Sinnstiftung außerhalb des Berufslebens fungieren als auch dazu beitragen, beim Übergang von der Erwerbslosigkeit zurück in den ersten Arbeitsmarkt oder in anderen Lebensphasen bestehende Kompetenzen zu bewahren sowie neue Kenntnisse zu erwerben (u.a. Bergmann 2000a, 2001b: 11f.; Schröder 2000a: 204; FAZ 2000i; Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2001: 15).³² Drittens trage die Ausweitung freiwilligen Engagements auch zur Abmilderung gesellschaftlicher Desintegrations- und Isolationerscheinungen bei, da im Rahmen derartiger Tätigkeiten Werte wie Solidarität, Verantwortung und Empathie eingeübt werden, bei denen es sich ja bekanntlich nicht um »automatisch nachwachsende[...] Rohstoffe[...]« handle (Bergmann 2001a): So wird übereinstimmend konstatiert, dass eine freiwillige Betätigung eine Quelle individueller Sinnstiftung sei, hierbei gleichzeitig einen Beitrag zum Erhalt und zur Reproduktion von Gemeinschaftswerten, wie Mitmenschlichkeit, Vertrauen, Treue oder Verlässlichkeit, leiste sowie eine enorme Kraft bei der Integration marginalisierter oder exkludierter Gruppen entfalte.³³

31 | Obgleich hinsichtlich der Annahme, dass dem Bürgerengagement mehr Verantwortung auch und gerade bei der Erbringung sozialer Leistungen übertragen werden müsse, weitgehend Einigkeit besteht, wird in nahezu allen untersuchten Dokumenten betont, dass freiwilliges Engagement im Zuge dieses Wandlungsprozesses keinesfalls zu einem kostengünstigen Lückenfüller sozialstaatlicher Ausfallerscheinungen degradiert werden dürfe, zumal dessen unschätzbare Wert gerade in seiner spezifischen Produktivität und Kreativität liege (u.a. SZ 1998i; Abgeordneter Bürsch (SPD), in: BT Pl.-Prot. 14/78 1999: 7184; Haupt 1999, 2002; Schröder 2000a: 206, 2001a; FAZ 2000f, 2001).

32 | Trotz der unverkennbaren Verwobenheit von Erwerbsarbeit und freiwilligem Engagement wird stets darauf hingewiesen, dass eine ehrenamtliche Betätigung allenfalls als Zusatz und keineswegs als Ersatz für Erwerbsarbeit fungieren könne (SZ 1998e; Schröder 2000a: 202). In ebendiesem Sinne konstatiert auch der Bericht der Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements« unter Heranziehung der Ergebnisse von Freiwilligenbefragungen, dass diese Einschätzung auch von einem Großteil der freiwillig Engagierten geteilt werde, die gerade die Verschiedenheit bzw. den Eigensinn des Ehrenamtes gegenüber der Erwerbsarbeit besonders wertschätzten (BT-Drs. 14/8900 2002: 195).

33 | Im Hinblick auf die genannten gemeinschaftsförderlichen und wertbildenden Eigenschaften des freiwilligen Engagements sind sich alle untersuchten Diskursteilnehmer weitgehend einig (vgl. u.a. Haupt 1999; Abgeordnete Aigner (CDU/CSU), in: BT Pl.-Prot. 14/78 1999: 7186; Abgeordneter Simmert (Bündnis 90/Die Grünen), in: ebd.: 7187; Focus 2000d;

Der hier behauptete, auf einer allgemeinen Krisenexpansion beruhende Mehrbedarf an freiwillig erbrachten Leistungen wird ergänzt durch Verlautbarungen, in denen mit besonderer Vehemenz eine erhöhte Nachfrage nach bürgerschaftlichem Engagement in einzelnen Gesellschaftsbereichen konstatiert wurde. Es kristallisierten sich zwischen 1998 und 2002 folglich bestimmte Felder heraus, wie etwa der Gesundheitsbereich, das Stiftungswesen und der Kampf gegen Rechtsextremismus, in denen von politischer Seite aufgrund der folgenden Entwicklungen besonders eindringlich an das freiwillige Engagement der Bürger appelliert wurde.

Im Gesundheitswesen sind es vor allem die finanziellen Engpässe der öffentlichen Hand, die zu einer Ausweitung der engagementspezifischen Nachfragerhetorik führten: »[D]ie Möglichkeiten, aber auch die Kosten der modernen Medizin [sind] so komplex geworden, dass ein Gesundheitswesen ohne finanzielle, geistige und, in diesem Fall buchstäblich körperliche Selbstbeteiligung der Versicherten nicht mehr vorstellbar ist.« (Schröder 2000a: 205) Es ist kaum zu übersehen, dass Gerhard Schröder in diesem Zitat durch das Aufgreifen körperbezogener Aussagen seinem Aufruf, dass jeder Einzelne einen Beitrag zum Erhalt der »eigenen Gesundheit und zur Pflege anderer« (ebd.) leisten müsse, besondere Nachdrücklichkeit verlieh. Lobende Erwähnung fanden in diesem Kontext vor allem die auf dem freiwilligen Engagement der Bürger beruhenden Selbsthilfe- und Unterstützungsgruppen, die »aus der Versorgung chronisch Kranker gar nicht mehr wegzudenken« (ebd.) sind und von denen es daher zukünftig noch mehr geben müsse.

Mit Blick auf den Stiftungsbereich wurde vor allem deshalb ein Mehrbedarf an bürgerschaftlicher Eigeninitiative gefordert, da es, so der allgemeine Tenor, viele Projekte und Organisationen ohne diese zusätzlichen Finanzierungsquellen gar nicht geben würde. Altkanzler Schröder ging zudem davon aus, dass die Begünstigten des jedes Jahr durch Erbschaft weitergegebenen beträchtlichen Geld- und Sachvermögens durchaus bereit seien, »einen Teil ihres ererbten Vermögens der Allgemeinheit zugute kommen [zu] lassen [...] – wenn wir sie denn lassen und sie dazu ermuntern« (Schröder 2000a: 206). Für die Bündnis 90/Die Grünen-Abgeordnete Antje Vollmer stellt das Stiften der Vermögenden gewissermaßen die äquivalente Tätigkeit zum Ehrenamt der breiten Masse dar:

»[W]ir [wollen] auch an die vermögenden Bürger appellieren: Tut erst einmal ihr etwas – je nach eurem Vermögen – für das Gemeinwesen! – Das Freiwilligenengagement ist der Appell an den kleinen Mann oder die kleine Frau, der oder die sagt: Ich habe zwar kein großes Vermögen; aber ich habe meine Zeit, meine Kenntnisse und meine Lebensfreude anzubieten und die will ich für das Gemeinwesen einsetzen.« (Abgeordnete Vollmer (Bündnis 90/Die Grünen), in: BT Pl.-Prot. 14/242 2002: 24271)

Neben dem Gesundheits- und Stiftungswesen kristallisierte sich der Kampf gegen Rechtsextremismus als dritter Bereich heraus, in dem zwischen 1998 und 2002 eine erhebliche Nachfrage nach freiwilligem Engagement konstatiert wurde. Ursache hierfür war die übereinstimmend geäußerte Feststellung, dass seit dem Jahr 2000 die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Straftaten erheblich zugenom-

FAZ 2000h; Rau 2000a; Bergmann 2001a, 2001b: 12; SPD-Grundwertekommission 2001: 6; Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2001: 3; Schröder 2001b; SZ 2001b; Haupt 2002).

men habe und gleichzeitig ein hoher Verbreitungsgrad an fremdenfeindlichen Haltungen besonders in Ostdeutschland zu verzeichnen sei (BT- Drs. 14/3106 2000; BT- Drs. 14/3516 2000; BT- Drs. 14/4067 2000, BT- Drs. 14/5456 2001; BT Pl.-Prot. 14/162: 15801-15820).

Die Thematisierung derartiger gesellschaftlicher Krisenerscheinungen und Problemfelder war zudem stets mit der Behauptung verknüpft, dass diese vermeintlichen Missstände durch freiwillige Hilfeleistungen wenn schon nicht vollständig behoben, dann aber zumindest deutlich abgemildert werden könnten. Aufgrund seines erhofften gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Ertrags wird dem freiwilligen Bürgerengagement im dispositiven Netz der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung zwischen 1998 und 2002 folglich der Status eines »Allheilmittel[s] gegen diverse Leiden im vereinten Deutschland« zugeschrieben (Spiegel 2000; ebenso Aigner 2000: 2; Simmert/Vollmer 2002: 63).³⁴ Wie groß die allgemeine Hoffnung ist, durch ein Mehr an Bürgerengagement die genannten Krisen zu überwinden, bringt ein *Spiegel*-Artikel wie folgt auf den Punkt:

»Rechtsradikale Anschläge? Die Bürgergesellschaft ist gefordert. Hohe Arbeitslosenzahlen und überlastete Sozialkassen? Die Bürgergesellschaft soll es richten. ›Große Kräfte‹, glaubt der CDU Fraktionschef in Baden-Württemberg, Günther Oettinger, werde die Bürgergesellschaft freisetzen, weil Freiwillige ›die Staatsquote zurückdrängen und den Sozialstaat effektiver gestalten‹ könnten.« (Spiegel 2000)

Um die Stellung freiwilligen Engagements als Allheilmittel zu untermauern, werden im Rahmen der Produktivitäts-Erzählung vor allem die besonderen Qualitäten und die positiven Eigenschaften freiwillig erbrachter Leistungen diskursiv in den Mittelpunkt gestellt. Verglichen mit der eigentlichen Mannigfaltigkeit des Engagementfeldes erscheint das hier von allen Seiten vermittelte uneingeschränkt positive Bild vom freiwilligen Engagement allerdings recht einseitig und verzerrt (FAZ 2000g): So finden hier beispielsweise die demokratieförderlichen Implikationen des Bürgergesellschaftskonzepts bzw. des freiwilligen Engagements kaum und wenn, dann nur recht floskelhaft Erwähnung: Obschon der ehemalige Bundespräsident Rau das Bürgerengagement nach wie vor als die »Seele der Demokratie« (Rau 2001a) beschrieb und die damalige Bundesfamilienministerin Christine Bergmann dieses als den »Kitt« bezeichnete, »der unsere Demokratie zusammenhält« (Bergmann 2001b: 11), lassen diese und ähnliche Aussagen jedoch weitgehend offen, welche konkrete demokratische Bedeutung dem hier gebrauchten Engagementbegriff zugeschrieben wird. Die Beschreibung einer lebendigen Bürgergesellschaft als Fundament oder gar »Nährboden der Demokratie« (Schrö-

34 | Aus dieser politischen Bedeutungsaufwertung des Ehrenamtes zur Jahrtausendwende ergibt sich nach Angaben der Sozialwissenschaftler Kistler und Schäfer-Walkmann die Notwendigkeit, die wissenschaftliche Erfassung und Vermessung des Ehrenamtes weiter voranzutreiben. Eine fundierte Auseinandersetzung mit Messkonzepten für freiwilliges Engagement wird ihrer Meinung nach »in einem ganz anderen, praktischen Sinne noch drängender, da in der Politik (ziemlich querbeet über alle Lager) das Ehrenamt etc. allzugerne als Antwort, als Lösung auf verschiedenste Fragen und Probleme gehandelt wird, bei denen sich die Politik den schwierigen direkten Lösungsversuchen am liebsten klammheimlich entziehen möchte.« (Kistler/Schäfer-Walkmann 1999: 38)

der 2000c) erinnert somit vielmehr an eine inhaltsarme Floskel, die allenfalls dann mit Bedeutung gefüllt wird, wenn über die Politikverdrossenheit großer Bevölkerungsteile, die verminderte Bereitschaft vieler Bürger, sich in den traditionellen Organisationen der Freien Wohlfahrtspflege zu engagieren, oder über die Zunahme rechtsextremistischer Gewalttaten als Gefahr für die demokratische Grundordnung diskutiert wird (Haupt 1999; Rau 2000a; Schröder 2000a: 200). Zusammenfassend gilt festzuhalten, dass in der Storyline der Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource einerseits gerade die demokratieförderliche Dimension des Bürgerengagements zumeist nur sehr sporadisch und floskelhaft Erwähnung findet und andererseits die »dunklen Seiten« des Engagements (Roth 2004), d.h. seine möglichen unzivilen und antidemokratischen Implikationen, weitgehend ausgeblendet werden.³⁵

Demgegenüber liegt der Schwerpunkt der Rede über die Stärkung des freiwilligen Engagements auf der Frage, wie das Engagementvolumen insgesamt erhöht werden kann, d.h., wie noch mehr Menschen als bisher für eine derartige Tätigkeit gewonnen werden könnten: »Wir wollen, dass die Hürden für ehrenamtliche Tätigkeiten viel niedriger werden, dafür aber die Anreize und der Kreis der Aktiven größer. [...] Und wir sollten alles dafür tun, dass die Engagierten auch tatsächlich sehr viel mehr werden.« (Schröder 2001b; ebenso Müntefering/Schmidt 1998; Zeit Online 1999b; Haupt 1999; Rau 1999; Bergmann 2000a; Schröder 2000b; SZ 2001f; FAZ 2000e, 2001) Doch auch hier gilt es auf eine weitere Beschränkung des diskursiven Geschehens aufmerksam zu machen, denn nicht jedes Engagement ist hier gleichermaßen willkommen: Eine Vergrößerung des Engagementumfangs wird vornehmlich im karitativen oder sozialen Bereich begrüßt (u.a. Schröder 2000a: 205-207; SZ 2001i): »Große Nachfrage nach Helfern [...] besteht vor allem in Gemeinschaftsunterkünften, etwa zur Hausaufgaben- und Familienbetreuung, sowie für Besuchsdienste in Altenheimen.« (SZ 2002a; ebenso SZ 2002b) Demgegenüber bleibt das Protest- und Kritikpotenzial des politischen Bürgerengagements – abgesehen von einigen Statements aus den Reihen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Simmert/Vollmer 2002: 63f.) und der Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements (BT-Drs. 14/8900 2002: 40) – weitgehend unerwähnt.

Angesichts der soeben beschriebenen uneingeschränkt positiven Konnotation freiwilligen Engagements als Alleilmittel bei der Lösung kriseninduzierter Probleme wurde von Seiten der Politik, der Medien und der Trägerorganisationen von Freiwilligenarbeit ein hoher gesellschaftlicher Bedarf an freiwilligem Engagement konstatiert:³⁶ Exemplarisch für viele ähnlich gelagerte Statements, in denen frei-

35 | Interessanterweise sind es die Mitglieder der Enquete-Kommission aus der Fraktion der CDU/CSU, die in ihrem Sondervotum zum Abschlussbericht diese einseitige Verengung der Debatten über die unzivilen Formen des Engagements auf das Problem des Rechtsextremismus ausdrücklich kritisieren (Aigner u.a. 2002: 333-335).

36 | Alle untersuchten Diskursteilnehmer stellten übereinstimmend fest, dass die Gesellschaft mehr denn je auf die Hilfe Freiwilliger angewiesen sei. Vgl. hierzu die Statements von Seiten der Politik (Laurien 1995: 294; Abgeordneter Bürsch (SPD), in: BT Pl.-Prot. 14/78 1999: 7184; Abgeordnete Aigner (CDU/CSU), in: ebd.: 7186; Schröder 2000b, 2001b; BT-Drs. 14/8900 2002: 78, 83, 339), der Trägerorganisationen ehrenamtlicher Arbeit (Sengling 1997a: 13f.; Krause 1997: 6) und der Medien (FAZ 1996e; Focus 2000d).

willige Helfer unter Rekurs auf die genannten Krisensymptome zur »gefragte[n] Spezies« stilisiert wurden (Spiegel 2000), sei hier auf einen Redebeitrag der Bundstagsabgeordneten der CDU/CSU, Ilse Aigner, verwiesen: »Unsere Gesellschaft ist auf die Leistung ehrenamtlicher Arbeit angewiesen. [...] Der Bedarf an ehrenamtlichem Engagement in den verschiedenen Lebensbereichen zeigt einen kontinuierlichen Anstieg. Jedoch sinkt in vielfältiger Hinsicht die Bereitschaft, etwas für die Allgemeinheit zu tun.« (Abgeordnete Aigner (CDU/CSU), in: BT Pl.-Prot. 14/78 1999: 7186)

Die Feststellung eines hohen gesellschaftlichen Bedarfs an freiwilligem Engagement ergibt sich jedoch nicht allein aus der Ernennung des Bürgerengagements zum einzig wirksamen Heilmittel gegen verschiedene Krisenerscheinungen, sondern wird noch durch eine weitere stets wiederkehrende epistemische Verknüpfung forciert: Von politischer Seite wurde fortwährend betont, dass der Staat aufgrund seiner eigenen Krisenhaftigkeit – zumindest allein – nicht in der Lage sei, den genannten gesellschaftlichen Herausforderungen wirksam zu begegnen. So fragte Gerhard Schröder angesichts »von Globalisierung, shareholder value und der steigenden Bedeutung internationaler Verflechtungen – was soll, was kann da noch Politik?« (Schröder 2000a: 201) Das Steuerungsversagen des Staates bei der Lösung dieser Probleme wurde somit – gewissermaßen im Rahmen einer »Sozialpolitik zweiter Ordnung« (Kaufmann 2009: 141) – explizit thematisiert. Dies zeigt sich besonders an Formulierungen, wie »der Staat [kann] nicht alles alleine machen« (Abgeordneter Bürsch (SPD), in: BT Pl.-Prot. 14/78 1999: 7184) oder die Politik »ist auf die vielfältige Eigeninitiative der Bürgerinnen und Bürger angewiesen« (Bergmann 2000b: 3; ebenso Rau 1999, 2000b).

Ein zusammenfassender Blick auf die bisherigen Erläuterungen macht deutlich, dass sich die in der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung stets wiederkehrende Krisenrhetorik als durchaus funktional erwiesen hat: Erstens untermauert die anhaltende Thematisierung vermeintlicher sozialer Krisenerscheinungen und der Verweis auf die Lösungsimplicationen des Bürgerengagements die Feststellung, dass es einen erheblichen Bedarf an bzw. eine große Nachfrage nach freiwilligem Engagement in allen gesellschaftlichen Bereichen, vor allem aber im Kampf gegen Rechtsextremismus sowie im Gesundheits- und Stiftungsbereich, gebe. Zweitens wird durch die Rede von einer mangelnden – ja geradezu selbst krisenhaften – staatlichen Kompetenz bei der Bewältigung dieser sozialen Herausforderungen die Aufmerksamkeit von den staatlichen Verantwortungsträgern weggelenkt und die Suche nach alternativen Handlungsstrategien im Bereich der Bürgergesellschaft verstärkt. Und drittens wird daraus die Schlussfolgerung abgeleitet, dass eine Lösung gesellschaftlicher Krisen nur dann in greifbare Nähe rücke, wenn die Aufgaben- und Verantwortungslast zwischen dem aktivierenden Staat und dem freiwilligen Engagement der Bürger neu aufgeteilt werde. Es zeigt sich folglich, dass erst das Zusammentreffen einer starken Krisenrhetorik in Bezug auf gesellschaftliche Herausforderungen, die angeblich eine Bedrohung für den Bestand des Staates selbst darstellen und von diesen allein nicht gelöst werden können, mit einer ausufernden Lobpreisung der Lösungsimplicationen des freiwilligen Engagements, das in seiner kondensierten Form der aktiven Bürgergesellschaft zum Leitbild eines neuen aktivierenden Staatsverständnisses avanciert, dazu führt, dass die staatliche Förderung des Bürgerengagements seit der Jahrtausendwende nicht mehr nur als »eine Option unter vielen« betrachtet, sondern zur

alternativlosen »gesellschaftspolitische[n] Notwendigkeit« erhoben wird (Schröder 2000a: 207): »Unser Staat bleibt ein aktivierender Staat. Er ist verpflichtet, Menschen zu helfen, weiterhin oder wieder ein selbstbestimmtes, eigenverantwortliches Leben führen zu können. Dieser Verantwortung kann der Staat nur gerecht werden, wenn er bürgerschaftliches Engagement fördert und unterstützt.« (SPD-Grundsatzprogrammkommission 2001: 87)

Die bisherigen Ausführungen lassen keinen Zweifel daran, dass die Annahme einer gesteigerten gesellschaftlichen – und nun auch bundespolitischen – Nachfrage nach freiwillig erbrachten Leistungen einen wesentlichen epistemischen Knotenpunkt im Netz dispositiver Verknüpfungen der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung seit Beginn des neuen Jahrtausends darstellt. Die Bedeutung dieses Knotenpunktes wird jedoch erst dann gänzlich sichtbar, wenn eine weitere epistemische Einsicht, die bei dessen Erwähnung stets mitaufgerufen wird, ebenso Berücksichtigung erfährt: das Vertrauen in die Möglichkeit, das brachliegende Engagementpotenzial in der Bevölkerung zu aktivieren.

Das noch ungenutzte Angebot an engagementbereiten Bürgern

Es ist die bereits aus dem vorausgegangenen Untersuchungszeitraum bekannte Annahme eines brachliegenden Engagementpotenzials,³⁷ die hier zum epistemischen Gegenstück der ausufernden Nachfragerhetorik avanciert und Anlass zu Hoffnung gibt, dass der angesprochene gesellschaftliche (Mehr-)Bedarf bei entsprechender Aktivierung dieses Potenzials befriedigt werden könne:

»Wenn ich um Ihren Beitrag für das Internationale Jahr [der Freiwilligen, D.N.] werbe, dann vor allem aus folgendem Grund: Zwei von drei Bundesbürgern sind bisher oder derzeit nicht ehrenamtlich engagiert, aber 40 % von diesen (und das sind gut ein Viertel aller Bundesbürger) wären nach eigenen Angaben aber durchaus interessiert daran. Es gibt also ein erhebliches »Engagementpotenzial.« (Bergmann 2000a)

Doch nicht nur der ungebrochene Glaube an die Existenz eines ungenutzten Potenzials engagementbereiter Freiwilliger stimmte optimistisch, sondern auch der erfreuliche Umstand, dass bereits ein Großteil der Deutschen freiwillig engagiert sei. Hintergrund derartiger Aussagen waren die Resultate des ersten Freiwilligensurveys aus dem Jahr 1999, der zu dem Ergebnis kommt, dass in Deutschland 22 Millionen Bundesbürger ehrenamtlich tätig seien (von Rosenblatt 2001: 18). Aus diesem bestehenden hohen Engagementaufkommen leitete z.B. der SPD-Abgeordnete Michael Bürsch die folgende, vielfach geteilte Schlussfolgerung ab, »daß trotz aller Unkenrufe die Zivilgesellschaft in Deutschland noch immer höchst lebendig ist« (Abgeordneter Bürsch (SPD), in: BT Pl.-Prot. 14/78 1999: 7184; ebenso SZ 1998c; FAZ 2000f; Rau 2001b; Haupt 1999; Bergmann 2000a, 2001b: 12f.; Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2001: 3; Schröder 2001a). Unter Heranzie-

37 | Die Annahme, dass es ein brachliegendes und aktivierbares Engagementpotenzial in der Gesellschaft gebe, gehört auch zwischen 1998 und 2002 zu den fraglosen Selbstverständlichkeiten der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung (vgl. u.a. Haupt 1999; Rau 2000b; Schröder 2000c, 2001b; Bergmann 2000a, 2001a, 2001b: 12; Braun/Abt/Bischoff 2000: 15; Spiegel 2000; Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2001: 5; SZ 2001a, 2001b, 2002b).

hung der bereits bekannten objektbezogenen Negativ-Verknüpfung mit dem Fernseher bzw. dem Fernsehsessel wird allerdings einschränkend angemerkt, dass der tatsächliche Engagementumfang aufgrund von Doppelt- und Dreifachnennungen wahrscheinlich deutlich geringer ausfalle: »Es sind wohl oft dieselben Personen, die sich aus dem Fernsehsessel wälzen, um sich auf sinnvolle Weise draußen zu betätigen.« (SZ 2001d)

Während Aussagen über ein brachliegendes Engagementpotenzial oder über den Engagementumfang in den 1990er Jahren noch auf den Ergebnissen einzelner Ehrenamtsstudien bzw. organisationsinterner Erfahrungen beruhten, berufen sich die Diskursteilnehmer nun überwiegend auf die Ergebnisse des vom Bundesfamilienministerium geförderten Freiwilligensurveys, der erstmals im Jahr 1999 durchgeführt und fortan alle fünf Jahre wiederholt wurde (u.a. Haupt 1999; Bergmann 2000a; 2001b: 13). Entgegen der in den 1990er Jahren häufig geäußerten Sorge über eine »Krise des Ehrenamtes« (Born 1988; Albert 1993: 10; Heinemann/Schubert 1994: 238; Zentralrat des DCV 1995: 313; Pott 1996; Paritätischer Wohlfahrtsverband/Stiftung Mitarbeit 1997: 6), die überwiegend auf den Klagen der wertgebundenen Organisationen deutscher Wohlfahrtsstaatlichkeit über nachlassende Engagiertenzahlen beruhte, zeichnet der erste Freiwilligensurvey ein geradezu optimistisches Bild von der deutschen Freiwilligenlandschaft: Die ermittelte Engagementquote von 34 % wird sogar durch ein noch höheres Engagementpotenzial von 37 % in den Schatten gestellt (von Rosenblatt 2001: 18, 200). Zu einem ähnlichen Befund gelangt auch der Speyerer Wertesurvey aus dem Jahr 1997, der konstatiert, dass in Deutschland 38 % der Bundesbürger freiwillig engagiert und weitere 32 % zur Aufnahme eines Engagements bereit seien (Klages/Gensicke 1998: 180). Angesichts dieser beeindruckenden Engagiertenzahlen gelangte Gerhard Schröder zu folgender optimistischen Prognose: »38 Prozent der Deutschen sind, im weiteren Sinne, regelmäßig ›ehrenamtlich‹ tätig. Mehr als die Hälfte der Befragten kann sich ein solches Engagement für die Zukunft ›vorstellen‹. Weit mehr als 80 Prozent, die überwältigende Mehrheit, wären demzufolge für bürgerschaftliches Engagement zu gewinnen.« (Schröder 2000a: 202)

Der zum zentralen Bezugspunkt von Aussagen über die Beschaffenheit des freiwilligen Engagements in Deutschland avancierende Freiwilligensurvey lieferte zudem zuverlässige Daten für die stets wiederkehrende Feststellung, dass »es beim Engagement keine Altersgrenze gibt« (Rau 2001a). Die bereits in den 1990er Jahren geäußerte Forderung, dass sich gerade Jugendliche, ältere Menschen und Arbeitslose stärker freiwillig engagieren sollen, erhielt durch die Ergebnisse des ersten Freiwilligensurveys neue Nahrung: So kommt dieser beispielsweise zu dem vielfach rezipierten Ergebnis, dass gerade bei jungen und alten Menschen eine hohe Bereitschaft zur Übernahme eines freiwilligen Engagements bestehe, die durch eine entsprechende staatliche Aktivierung in eine tatsächliche Freiwilligenarbeit überführt werden könne (von Rosenblatt 2001: 26f, 155, 158; ebenso SZ 1998a; Schröder 2001a; SZ 2001b, 2002b). Vor dem Hintergrund der Annahme eines großen brachliegenden Engagementpotenzials am oberen und unteren Ende der Alterspyramide verwundert es kaum, dass Überlegungen bezüglich der Förderung des Engagements Jugendlicher und älterer Menschen »als Aktivposten dieser Gesellschaft« in der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung seit 1998 eine Schlüsselposition einnehmen (Bergmann 2001b: 16; vgl. ähnlich Haupt 1999;

Abgeordneter Bürsch (SPD), in: BT Pl.-Prot. 14/78 1999: 7184; FAZ 2000h; Rau 2000b; Abgeordnete Bergmann (SPD), in: BT Pl.-Prot. 14/228 2002: 22665).

Der im Rahmen des Freiwilligensurveys ermittelte Mittelstands-Bias im Engagement (von Rosenblatt 2001: 27f.) bildet zudem den Hintergrund für die klagenden Worte Peter Haupts, der anmerkte, dass gerade Arbeitslose und Ruheständler, also »[d]iejenigen, die am meisten Zeit für ehrenamtliches Engagement haben«, sich am wenigsten engagieren würden (Haupt 1999; ebenso Focus 2000d; SZ 2001d). Angesichts dieser Zurückhaltung bestimmter Bevölkerungsgruppen in Sachen Ehrenamt beschäftigte man sich auch in der Diskussion über ein neues Grundsatzprogramm der SPD mit der grundsätzlichen Frage,

»wie wir mit Bereichen der Gesellschaft umgehen wollen, in denen bürgerschaftliches Engagement nicht stattfindet. Hier darf keine ›Lücke‹ bleiben. Das vorhandene Datenmaterial zeigt die Entwicklung, dass sich vornehmend gut ausgebildete und gut verdienende Bürger engagieren. Der Bereich der Eigenverantwortung darf jedoch nicht zu einer sog. ›Parallelgesellschaft‹ führen.« (SPD-Grundsatzprogrammkommission 2001: 90)

Wie schon im vorausgegangenen Zeitraum wird auch hier stets das Argument aufgegriffen, dass von der Übernahme eines freiwilligen Engagements alle Beteiligten nur profitieren könnten, da im Rahmen einer derartigen Betätigung bekanntermaßen Selbstverwirklichung und Solidarität bzw. die Sorge um sich selbst und die Sorge um die Gemeinschaft – ganz nach dem Motto: »Wer nichts für andere tut, tut nichts für sich« – Hand in Hand gingen (Haupt 1999; Bergmann 2001a; Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2001 25; SZ 2001d, 2002d): »Sich selbst entfalten und daran Freude haben und gleichzeitig Menschen helfen. Die eigenen Fähigkeiten und Kenntnisse erweitern und dabei gesellschaftliche Probleme in die eigene Hand nehmen und lösen helfen. Das sind die am häufigsten genannten Begründungspaare.« (Schröder 2000c) Den individuellen wie kollektiven Nutzen betonend wird freiwilliges Engagement folglich weiterhin als umfassende »win-win-Situation« beschrieben (ebd.; FAZ 2000h; BT-Drs. 14/8900 2002: 62, 84, 343): Einerseits entspreche eine derartige Tätigkeit dem Bedürfnis vieler Menschen, einer sinnstiftenden Tätigkeit nachzugehen, die eigenen Fähigkeiten zu erweitern oder soziale Kontakte zu knüpfen und andererseits könnten hierdurch gleichzeitig gesellschaftliche Probleme außerhalb staatlicher Zuständigkeiten gelöst werden (Aigner 2000: 1; Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2001: 5; Bergmann 2001b: 17; Rau 2000b; SZ 2001b). Grundlegend geht es bei der beständigen Betonung der allseitigen Nutzendimension des Bürgerengagements folglich darum, »den Eigensinn bürgerschaftlichen Engagements in produktiver Weise mit vorhandenen gesellschaftlichen Aufgaben und Herausforderungen zu verbinden, die auf die Übernahme von gesellschaftlicher Verantwortung und auf das Engagement aktiver Bürgerinnen und Bürger angewiesen sind« (BT-Drs. 14/8900 2002: 56).

Besonders häufig begegnet man dieser epistemischen Verknüpfung im Hinblick auf die bereits mehrfach angesprochenen Personengruppen der Jugendlichen, alten Menschen und Arbeitslosen: Neben dem stetigen Verweis auf die individuellen Vorteile einer Freiwilligenarbeit für den Einzelnen wird übereinstimmend konstatiert, dass es sich die Gesellschaft nicht (mehr) leisten könne, die Kenntnisse, Erfahrungen und Fähigkeiten dieser Bevölkerungsgruppen brach liegen zu

lassen. Stattdessen sei es dringend notwendig, diese »zum Wohle der Gesellschaft nutzbar« zu machen (ebd.: 339; ebenso Abgeordneter Simmert (Bündnis 90/Die Grünen), in: BT Pl.-Prot. 14/78 1999: 7187; BT-Drs. 14/402 1999: 1; BT-Drs. 14/511 1999: 2). In diesem Sinne heißt es z.B. im Koalitionsvertrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen: »Die Gesellschaft kann auf das Engagement und die Erfahrung der Älteren nicht verzichten. Bei den Älteren gibt es ein hohes soziales, kulturelles, politisches, sportliches und nachberufliches Engagement. Dieses Engagement werden wir verstärkt fördern.« (SPD/Bündnis 90/Die Grünen 1998: 33) Gerade mit Blick auf ältere Menschen zeigt sich, dass die bereits bekannten Körperbezüge der Storyline der Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre hier zwar aufgegriffen und aktualisiert, inhaltlich aber neu akzentuiert werden: Neben der Betonung der gesundheitsförderlichen Eigenschaften eines freiwilliges Engagements wird dieses zur Jahrtausendwende – stärker als dies in den 1990er Jahren der Fall war – als »Jungbrunnen« (SZ 2001g), d.h. als aktivitätssteigernde Anti-Aging-Strategie, präsentiert: Gerade freiwillig engagierte Ältere, die im Rahmen von Zeitungsinterviews nach der persönlichen Bedeutung ihres Ehrenamtes befragt wurden, benennen als Vorteile einer freiwilligen Betätigung, dass diese ihr Wohlbefinden steigern und sie hierdurch das Gefühl hätten, jung zu bleiben und auch im Alter aktiv am Leben teilzunehmen (SZ 1998a, 2000b, 2001b).

Die bisherigen Ausführungen machen deutlich, dass die Annahmen eines brachliegenden Engagementpotenzials und eines hohen bereits existierenden Engagementumfangs in Deutschland zu den zentralen epistemischen Knotenpunkten der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung zur Jahrtausendwende gehören: Die Hervorhebung des ansehnlichen Engagementvolumens dient vor allem der Wiederherstellung des guten Rufs Deutschlands in Sachen Ehrenamt, der erheblich unter dem schlechten Abschneiden der BRD bei der Eurovol-Studie in den 1990er Jahren gelitten hat (SZ 2001b). So kommt beispielsweise der vom BMFSFJ in Auftrag gegebene *Leitfaden für Kommunen zur Information und Beratung über freiwilliges Engagement und Selbsthilfe* in Bezug auf die Ergebnisse des ersten Freiwilligensurveys zu der resümierenden Einschätzung, dass Deutschland »dem internationalen Vergleich standhalten« könne (Braun/Abt/Bischoff 2000: 14; ebenso Rau 1999, 2000b). Des Weiteren gibt die auf der Wissensordnung des neuen Ehrenamtes beruhende Rede von einem brachliegenden Engagementpotenzial Anlass zur Hoffnung, dass durch die Abkopplung des Engagements von der sozialen Milieuzugehörigkeit und den damit einhergehenden Bedeutungsgewinn der »biographischen Passung« (Jakob/Olk 1991: 501) sowie der selbstbezogenen Engagementmotive dieses brachliegende Potenzial gehoben und in ein tatsächliches Engagement überführt werden kann. D.h. aus der Existenz eines noch nicht ausgeschöpften Potenzials wird gleichsam der Wille zu dessen Aktivierung bzw. Nutzung abgeleitet. Das noch ungenutzte Angebot an engagementbereiten Bürgern wird in der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung zur Jahrtausendwende folglich als ein »Topf voll potentiell aktiver Menschen« betrachtet, für den es noch den passenden Henkel zu finden gelte (Notz 1999: 25f.).

Die Bürgergesellschaft als Freiwilligen-Markt

Die bislang skizzierten epistemischen Neuverknüpfungen im dispositiven Netz der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung zwischen 1998 und 2002 geben der gesamten Storyline eine neue inhaltliche Rahmung, die sich auf die fol-

genden zwei zentralen Einsichten zuspitzen lässt: Erstens zeigt sich, dass die Themen Bürgergesellschaft und freiwilliges Engagement stets aus einer problembehafteten Perspektive heraus diskutiert werden. Beharrlich weisen die untersuchten Diskursteilnehmer auf die ernstzunehmende Bedrohung des gesellschaftlichen und staatlichen Ordnungsgefüges angesichts einer Vielzahl sozialer, ökonomischer und politischer Krisensymptome hin, wobei das Mittel zur Lösung dieser Probleme gleich mitgeliefert wird: die Stärkung und Ausweitung des freiwilligen Engagements. Die verbale Hochkonjunktur der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung zwischen 1998 und 2002 kann folglich nicht – oder nicht in erster Linie – auf die gesellschaftlichen Probleme an sich zurückgeführt werden. Nachvollziehbar erscheint die spezifische Brisanz der Engagementthematik zur Jahrtausendwende erst unter Berücksichtigung ihrer emblematischen Verknüpfung mit dem Leitbild der Bürgergesellschaft einerseits, das zum Reformprojekt eines neuen aktivierenden Staatsverständnisses avanciert, und der erheblichen Problematisierung gesellschaftlicher Krisenerscheinungen andererseits, für deren Lösung stets die Produktivitätspotenziale des freiwilligen Engagements herangezogen werden.

Zweitens lässt sich für den Zeitraum von 1998 bis 2002 eine spezifische Verengung bzw. Fokussierung der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung auf spezifische epistemische Annahmen bzw. eine bestimmte argumentative Grundstruktur feststellen: So wird einerseits durch die erhebliche Problematisierung der gesellschaftlichen Krisen und die Thematisierung der selbst krisenhaften politischen Bewältigung dieser Problemlagen eine erhöhte Nachfrage nach freiwilligen Leistungen diskursiv konstruiert. Andererseits wird behauptet, dass ein erhebliches Angebot an Freiwilligen in Form eines ungenutzten Engagementpotenzials existiere, das bei entsprechender Aktivierung den großen Bedarf an freiwillig erbrachten Leistungen befriedigen könne. Es zeigt sich folglich, dass das auf die Engagementförderung verkürzte Leitbild der Bürgergesellschaft im Rahmen der engagementbezogenen Produktivitäts-Erzählung mit einer bestimmten Deutung belegt wird, die grundlegend auf der soeben dargestellten diskursiven Konstruktion engagementspezifischer Angebots- und Nachfragestrukturen beruht und deshalb – in Analogie zum Arbeitsmarkt³⁸ – im Folgenden zusammenfassend als »Freiwilligen-Markt« bezeichnet wird.

Es ist folglich die bereits im vorausgegangenen Zeitraum punktuell aufscheinende argumentative Figur der Herstellung eines Passungsverhältnisses zwischen Engagementangebot und -nachfrage bzw. zwischen »an Ehrenämtern Interessierten und möglichen Arbeitgebern« (SZ 2001), die zur Jahrtausendwende ihren Kulminationspunkt in der Freiwilligen-Markt-Metapher findet und von allen untersuchten Diskursteilnehmern wenn schon nicht explizit aufgegriffen, so doch aber implizit bedient wird. Häufiger institutioneller Bezugspunkt derartiger (Arbeits-) Markt-Vergleiche sind erneut die bereits seit Mitte der 1990er Jahre vielfach beachteten Freiwilligenagenturen, die von der Sozialwissenschaftlerin Irmtraut Paulwitz als »Markt der Tauschmöglichkeiten« (Paulwitz 1996a: 266) und vom ehemaligen Bundespräsident Johannes Rau als »Marktplatz bürgerschaftlichen Engagements« bezeichnet werden, »auf dem Angebot und Nachfrage zueinander finden« (Rau

38 | Zum Vergleich: Der Arbeitsmarkt wird definiert als »(reale[r] oder gedachte[r]) Ort, an dem die Nachfrage nach Arbeitskräften mit dem Selbstangebot von Arbeitskräften zusammentrifft« (Brinkmann 1981: 225).

2000b). In ähnlicher Manier konstatierte auch der Geschäftsführer der Stiftung »Bürger für Bürger«, Bernhard Schulz, dass der von der konservativ-liberalen Bundesregierung initiierten Nationalen Freiwilligenagentur die Funktion zukomme, als »Arbeitsamt fürs Ehrenamt« zu fungieren (Focus 2000a; vgl. ähnlich Olk 2002: 15; Nährlich 2008).

Die ausführliche Herleitung der diskursanalytischen Erkenntnisse zeigt jedoch, dass nicht nur die allgemeine Begeisterung für Freiwilligenagenturen einer Angebots-Nachfrage-Logik folgt, sondern die engagementspezifische Produktivitäts-Erzählung insgesamt diesem Verständnis verhaftet zu sein scheint. Die (Arbeits-)Markt-Analogie wird hier vornehmlich als Sinnbild für die Ansprüche der neuen Freiwilligen herangezogen, die nicht mehr für jede ehrenamtliche Tätigkeit zu haben sind, ihre Ansprüche selbstbewusst artikulieren und deren Gewinnung und Pflege zu den dringlichsten Aufgaben der Organisationen, die auf die Hilfe Freiwilliger angewiesen sind, gehören müssen. Unter Heranziehung der Markt-Metapher konstatierte beispielsweise die Vizepräsidentin des Deutschen Caritasverbandes, Teresa Bock, dass zwischen dem Umgang mit Freiwilligen und der Pflege beruflicher Mitarbeiter große Ähnlichkeiten bestünden (Bock 1996b: 224; ebenso Gleich 1996: 283; Paritätischer Wohlfahrtsverband/Stiftung Mitarbeit 1997: 53; SZ 2001). Der einzige Unterschied liege lediglich darin, dass auf »dem ›Arbeitsmarkt‹ für Ehrenamtliche [...] umgekehrte Verhältnisse wie auf dem Arbeitsmarkt für bezahlte Arbeitskräfte« herrschten (Bock 1996b: 224). Angesichts des zunehmenden Bedarfs an freiwillig erbrachten Leistungen und der Vielzahl an Organisationen, die um Freiwillige werben, habe sich, so Teresa Bock weiter, ein »Großmarkt entwickelt, der nicht mehr überschaubar ist und auf dem es schwer ist, sich eine Orientierung über die Angebote und ihre Konditionen zu verschaffen« (ebd.). Der Erfolg der um die Freiwilligen konkurrierenden »Nachfrager« hänge demnach entscheidend davon ab, ob es diesen gelingt, »Angebot und Nachfrage in Übereinstimmung zu bringen«, d.h., die »biographische Passung« der Interessenten [...] mit der »Organisationspassung« kompatibel zu machen« (ebd.: 224f.).

Dieser (Arbeits-)Markt-Analogie tritt auch in einem vom Paritätischen Wohlfahrtsverband publizierten Handbuch zum innerverbandlichen Umgang mit Freiwilligen deutlich zu Tage: Darin wird vorgeschlagen, einen »Stellenmarkt für Ehrenamtliche« (Paritätischer Wohlfahrtsverband/Stiftung Mitarbeit 1997: 12) einzurichten und mit erwerbsarbeitstypischen Mitteln wie »Bewerberprofilen«, »Bewerbungsgesprächen« und »Stellenausschreibungen«, in denen »Aufgaben, Anforderungen und Inhalte der ehrenamtlichen ›Stellen‹ realistisch beschrieben werden«, zu operieren, um neue Freiwillige zu werben (ebd.: 22, 52; ebenso SZ 1998b, 2001). Der Vorteil derartiger Instrumente liege darin, dass alle Beteiligten von vornherein über den Zeiteinsatz, die Qualifikationsanforderungen und das Aufgabenspektrum informiert seien und sich auf diese Weise sowohl die »potentiellen ›Stellen-Sucher/-innen‹« (Paritätischer Wohlfahrtsverband/Stiftung Mitarbeit 1997: 30) ein klares Bild über ihre ehrenamtliche Aufgabe machen als auch die »Arbeitgeber« (SZ 2001) sich bereits einen ersten Eindruck von den Erfahrungen und Qualifikationen ihrer potenziellen Freiwilligen verschaffen könnten.

Es zeigt sich somit deutlich, dass der verstärkte Rückgriff auf das Bild des Freiwilligen-Marktes mit bestimmten Angebots- und Nachfragebedingungen vornehmlich dem Ziel dient, die Aufmerksamkeit auf die veränderten Ansprüche und Motive der neuen Ehrenamtlichen zu lenken, die eben nicht mehr aus einer gene-

tischen Kodierung heraus den Weg in ein Ehrenamt finden. Der (Arbeits-)Markt-Bezug fungiert hier gewissermaßen als positiv besetzter Gegenbegriff zum milieugebundenen, lebenslangen und aufopferungsvollen alten Ehrenamt in einem Verband oder Verein, die den Gestaltungswünschen und Bedürfnissen der Engagierten lange Zeit nur wenig Beachtung schenkten. Diese Kontrastfunktion ist auch der Grund, weshalb sich z.B. die Leiterin des »Treffpunkts Hilfsbereitschaft« in Berlin, Carola Schaaf-Derichs, ganz bewusst der »Sprache des Marktes« bedient: »»Fragen Sie doch mal einen Jugendlichen, ob er ein Ehrenamt will. Der lacht Sie aus. ›Ehre‹ oder ›Amt‹ ist out. Soziale Kümmerarbeit ist unmodern. Aber Leute, die einen kurzen knackigen Freiwilligenjob machen wollen, die gibt es viele.« (Zeit Online 1997i) Doch nicht nur die Organisationen werden aufgerufen, im Hinblick auf die Gewinnung Freiwilliger den neuen Bedingungen auf der Angebotsseite des diskursiv konstruierten Freiwilligen-Marktes mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Vielmehr sei es an der Zeit, so der Staatssekretär des Bundesfamilienministeriums Peter Haupt, dass sich neben den Vereinen und Verbänden auch die öffentlichen Einrichtungen und staatlichen Institutionen »für die Engagierten und ihre Beteiligungswünsche öffnen« und versuchen, optimale Passungsverhältnisse zwischen Angebot und Nachfrage herzustellen (Haupt 2002).

Der hier gewählte Begriff des Freiwilligen-Marktes, verstanden als epistemischer Kulminationspunkt der engagementspezifischen Angebots- und Nachfrage-rhetorik, erweist sich für die zusammenfassende Bezeichnung der Neuverknüpfungen und Verdichtungen im dispositiven Netz der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung seit 1998 vor allem deshalb als geeignet, da er die von allen Seiten an die Bürgergesellschaft herangetragenen Erwartungen auf den Punkt bringt, die zwischen einer diffusen Gemeinwohlförderung und Überlegungen zur effektiven Ausschöpfung individueller Engagementressourcen oszillieren. Die ausführliche Herleitung der Freiwilligen-Markt-Deutung zeigt zudem, dass es sich bei den skizzierten Veränderungen im dispositiven Gewebe zwischen 1998 und 2002 vornehmlich um epistemische Neuerungen handelt. Die engagement-spezifische Produktivitäts-Erzählung präsentiert sich auch zur Jahrtausendwende als wissenschaftlich, politisch und medial produzierte Wissensordnung, in der es grundlegend an symbolträchtigen Objekt- und Körperbezügen mangelt. Die vermeintliche Objekt- und Körperlosigkeit der Produktivitäts-Erzählung darf aber nicht zu der fälschlichen Annahme verleiten, dass diese Aussagendimensionen in der Regierung der Freiwilligkeit keine Rolle mehr spielen würden. Dagegen spricht vor allem, dass die für die Storyline der Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre typischen Körperbezüge, d.h. die gesundheitsförderlichen Eigenschaften des freiwilligen Engagements, immer wieder aufscheinen und sich mit neuer inhaltlicher Akzentuierung, z.B. als aktivitätssteigernde Anti-Aging-Strategie, sogar in die Produktivitäts-Erzählung einweben. Auch die bereits bekannten zentralen objektbezogenen Negativ-Verknüpfungen, allen voran der Fernseher und die Ehrennadel, deren Erwähnung zur Aktivierung der darin symbolhaft verkürzten typischen Sinngehalte des alten Ehrenamtes führt, finden zur Jahrtausendwende mitunter Erwähnung.

In den Linien des dispositiven Netzes der engagementbezogenen Produktivitäts-Erzählung werden jedoch nicht nur epistemische Elemente zu der bislang skizzierten Wissensordnung miteinander verwoben, sondern auch bestimmte subjektbezogene Verhaltensvorstellungen zu einem konsistenten Bild verdichtet, das

Auskunft darüber gibt, in welche Richtung sich das angerufene Subjekt verändern soll. D.h., die Bürger werden im Zuge des aktivierenden Sozialstaatsumbaus mit einer in der Subjektivierungsfigur des »engagierten Bürgers« kulminierenden engagementbezogenen Anrufungspraxis konfrontiert, mittels derer diesen ein selbst- und sozialverantwortliches Verhalten in Form von freiwilligem Engagement nahelegt wird. Anrufung bedeutet hiernach, dass der Einzelne »von den Instanzen, die auf ihn einwirken, immer schon als das Subjekt adressiert wird, zu dem er erst gemacht werden bzw. sich selbst machen soll« (Bröckling 2002b). Der aktivierende Staat präsentiert sich folglich gleichsam als »people changer« (Dahme/Wohlfahrt 2009: 258), der bestrebt ist, das Verhalten und die Denkweise der Bürger im politisch favorisierten Sinne zu transformieren. Der Fokus der folgenden Ausführungen liegt demnach auf der hierbei sichtbar in Erscheinung tretenden Subjektivierungsfigur des »engagierten Bürgers«, die als politische Anrufungspraxis und zentraler Fluchtpunkt engagementbezogener Selbst- und Fremdführungstechnologien (Bröckling 2002a: 9) das politisch favorisierte Bild des Freiwilligen im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts prägt.

Zur Responsibilisierung des Bürgers:

Die Subjektivierungsfigur des »engagierten Bürgers«

Ähnlich der Sozialfigur des »Arbeitskraftunternehmers« im Erwerbsarbeitssystem (Pongratz/Voß 1998, 2003) und des »Alterskraftunternehmers« in der Nacherwerbsphase (Lessenich/Otto 2005: 10f.; Denninger u.a. 2012) wird die aktivierungsprogrammatische Durchdringung der potenziell für freiwilliges Engagement nutzbaren Freizeit von der Konstitution einer Subjektivierungsfigur des »engagierten Bürgers« begleitet, der im Sinne eines »Gemeinwohlunternehmer[s]« (Zellner 2009: 221) zur tätigen Selbstsorge im Interesse der kollektiven Wohlfahrt angehalten wird. Bereits die Benennung dieser Subjektivierungsfigur weist eindrücklich darauf hin, dass die auf den Einzelnen ausgerichteten Appelle zur Ausübung einer freiwilligen Tätigkeit untrennbar mit der Darbietung einer »neue[n] Bürgerrolle« verknüpft sind (Klages 2001a: 18), deren zentrale Charakteristika entlang der folgenden Gliederungspunkte skizziert werden: Im ersten Schritt wird die Art der Verknüpfung, die zwischen der Bürgerfigur und dem freiwilligen Engagement in der Subjektivierungsfigur des »engagierten Bürgers« hergestellt wird, in den Blick genommen, bevor anschließend die hiermit untrennbar verbundene Responsibilisierung des Bürgers betrachtet und abschließend dem Universalitätsanspruch dieser Subjektivierungsfigur Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Die Verknüpfung von Bürgerfigur und freiwilligem Engagement ist im vorliegenden Fall nur dann nachvollziehbar, wenn diese vor dem Hintergrund der epistemischen Einsichten der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung im Allgemeinen und der diesbezüglichen Neuerungen seit dem Regierungswechsel 1998 im Besonderen betrachtet wird: Erstens gehört die Zuschreibung bürgerschaftlicher Schuldhaftigkeit, z.B. für die Krise des Staates oder den mangelnden gesellschaftlichen Zusammenhalt, zu den zentralen Knotenpunkten der Erzählung, weshalb auch die Bürgerfigur selbst als reformbedürftig gilt: »[D]ie Zivilgesellschaft ist angesichts ihrer Defizite modernisierungsbedürftig und wird deshalb einem ›Umbau‹ unterzogen, der sich gegenwärtig als Neubestimmung der Bürgerrolle und des zu leistenden bürgerschaftlichen Engagements äußert.« (Dahme/Wohlfahrt 2009: 253) Zweitens ist die verbale Renaissance des Bürgers auch vor dem Hinter-

grund der Aufwertung der Bürgergesellschaft im Zuge des aktivierenden Sozialstaatsumbaus in Deutschland zur Jahrtausendwende kaum verwunderlich, geht es hierbei ja grundlegend um eine neue Aufgaben- bzw. Verantwortungsteilung zwischen Staat, Gesellschaft und jedem einzelnen Bürger. Die Berücksichtigung des Bürgers im Rahmen dieses neuen Arrangements ist untrennbar mit der Forderung verbunden, dass die Bürger mehr Eigenverantwortung zeigen und mehr Aufgaben, auch im Sozialen, übernehmen. Dieser grundlegende Gedanke wird im Bericht der SPD-Grundwertekommission wie folgt konkretisiert: Bei der Aktivierung der Bürgergesellschaft geht es hiernach

»um die Neubestimmung der Aufgaben von Staat und Gesellschaft, um verstärktes Engagement in der Übernahme öffentlicher Aufgaben und Ämter, um den freiwilligen Dienst am Mitbürger, darum, solidarische Bindungen und gegenseitige Hilfe neu zu beleben, um ein neues Bürgerbewusstsein, aus dem die Bereitschaft wächst, sich für das Gemeinwohl zu engagieren.« (SPD-Grundwertekommission 2001: 2)

Dieses Zitat steht exemplarisch für viele ähnlich lautende Statements, in denen die Schaffung eines neuen Bürgerbewusstseins untrennbar mit der Übernahme eines freiwilligen Engagements verknüpft und »das Ehrenamt als Ausdruck gelebten Bürgersinns« präsentiert wird (Köhler 2005b: 3; ebenso Abgeordnete Kortmann (SPD), in: BT Pl.-Prot. 14/78 1999: 7190; Schröder 2000a: 201; Köhler 2007b: 2; CDU 2007: 84). Die hier deutlich werdende Verknüpfung von Bürgersinn und einem ehrenamtlichen Engagement führt bisweilen sogar zu der Feststellung, dass über freiwilliges Engagement eine »(Aus-)Bildung zum Bürger« (o.A. 2011: 8) möglich sei. So bezeichnet beispielsweise der Politikwissenschaftler Herfried Münkler in einer Informationsbroschüre der Bundesregierung freiwilliges Engagement als »die Form, in der Bürger zu Bürgern erzogen werden«, wobei er diese Art der Erziehung als »Selbsterziehung« konzeptualisiert (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2005: 14). Gerade junge Menschen, so der übereinstimmende politisch-wissenschaftliche Tenor, übten sich vor allem dann »frühzeitig in der Rolle als aktive Bürgerinnen und Bürger«, wenn sie sich im Rahmen eines Freiwilligendienstes für das Wohl anderer einsetzten (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2001: 18).

Darüber hinaus drängt sich bei der Analyse des Textkorpus mitunter sogar der Eindruck auf, dass der eigentlich rechtlich garantierte Bürgerstatus insofern an die Ausübung einer freiwilligen Tätigkeit gekoppelt wird, als Personen ohne ein ehrenamtliches Engagement den Bürgerstatus nicht verdient hätten: In diese Richtung verweisen zumindest Statements, in denen behauptet wird, dass »[w]irklich mündige Bürgerinnen und Bürger [...] Verantwortung« übernehmen. »Sie warten nicht darauf, dass andere handeln. Sie sehen, wer aus unterschiedlichen Gründen Hilfe braucht und sie helfen.« (Rau 2001a) Dass der Bürgerstatus bisweilen an ein umfassendes Aktivitäts- bzw. Engagementpostulat gekoppelt wird, zeigt sich zudem besonders eindrücklich in einem diesbezüglichen Statement Gerhard Schröders: »Aber der Konsument öffentlicher Dienstleistungen ist noch kein Staatsbürger, oder wie es im Englischen heißen würde: kein ›citizen‹. Um die Teilhabe zu stärken und die Potenziale der Gesellschaft zu entfalten, braucht es beides: den aktivierenden Staat und die am Gemeinwohl aktiven Bürger.« (Schröder 2000c)

Die Aufrufe an den Einzelnen, eine Freiwilligenarbeit zu übernehmen, sind demnach in dreifacher Weise mit der Bürgerrolle verknüpft: Freiwilliges Engagement gilt erstens als Ausdruck gelebten Bürgersinns bzw. -bewusstseins, zweitens als Möglichkeit der bürgerschaftlichen (Selbst-)Erziehung und drittens sogar als implizite Voraussetzung des Bürgerstatus. Wie eng die Bürgerrolle an die Ausübung einer gemeinschaftsförderlichen freiwilligen Tätigkeit gekoppelt ist, zeigt sich besonders eindrucksvoll daran, dass selbst Unternehmen im medialen und politischen Diskurs als »guter Unternehmensbürger« bzw. »good citizen« bezeichnet werden (Bürsch 2009: 40; ebenso Zeit Online 2000d; SZ 2000h; FAZ 2000i; Bundesregierung 2010: 4), wenn sie sich zugunsten des Gemeinwohls engagieren: So heißt es z.B. in einer Informationsbroschüre der Bundesregierung aus dem Jahr 2001: »Auch Wirtschaftsunternehmen nehmen ihre ›Bürgerrolle‹, das sogenannte ›Corporate Citizenship‹, immer stärker wahr« (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2001: 5).

Vor dem Hintergrund dieser Befunde nimmt es auch nicht wunder, dass Gerhard Schröder den sog. »engagierten Bürger« – ebenso wie das »engagierte Unternehmen« – zum gesellschaftlichen Leitbild seiner neuen Politik erklärt (Schröder 2000c). Der hier zum Ideal stilisierte engagierte Bürger handelt

»aus der Überzeugung heraus, dass die verantwortungsvolle Teilhabe an einem gerechten Gemeinwesen der beste Weg zu Selbstverwirklichung und sozialer Identität ist. [...] Der engagierte Bürger, der seine Fähigkeiten einbringen will, kann kein Untertan sein. Er will den Staat nicht vor der Nase haben, sondern an seiner Seite.« (Ebd.)

Angesichts der im Begriff des engagierten Bürgers auf den Punkt gebrachten engen Verzahnung der neuen Bürgerrolle mit freiwilligem Engagement eignet sich dieser in idealer Weise als zusammenfassende Bezeichnung der für die aktivierungspolitische Anrufungspraxis der 2000er Jahre typischen Subjektivierungsfigur. Das wohl augenfälligste Merkmal dieser Subjektivierungsfigur des »engagierten Bürgers« ist die erhebliche Responsibilisierung des Einzelnen, der »unter dem Signum von Eigenverantwortung, Eigenständigkeit und Eigeninitiative« (Krasmann 2000: 198) mobilisiert werden soll. Denn gerade das freiwillige Engagement der Bürger gilt, wie folgender Ausspruch Gerhard Schröders eindrucklich zeigt, als unverkennbarer Ausdruck eigenverantwortlichen Handelns:

»Aber dass auch unsere moderne Gesellschaft großen Bedarf an zivilgesellschaftlichem Engagement hat, dass gerade in unserer komplexen Welt gerade der Staat gut beraten ist, der seinen Bürgern möglichst großen Raum zur Eigenverantwortung verschafft, das liegt wohl auf der Hand. [...] Doch was die Zivilgesellschaft in Eigenregie besser lösen kann, das soll der Staat unterstützen, aber ihr keineswegs wegnehmen.« (Schröder 2000b)³⁹

39 | Auch die Stärkung der Eigenverantwortung folgt hierbei dem Muster des »Förderns und Forderns«: Das Ziel Gerhard Schröders ist die Gestaltung einer offenen Gesellschaft, »die Chancengerechtigkeit und Optionen zur Selbstverwirklichung tatsächlich garantiert, die den Einzelnen ermuntert, aber auch zu einem Leben in Eigenverantwortung befähigt und die diese Eigenverantwortung dann auch einfordert.« (Schröder 2001a; vgl. ähnlich Köhler 2010: 2)

Diese hier beschriebene Subjektivierung sozialer Problemlagen, d.h. den sukzessiven Übergang von der gesellschaftlichen bzw. sozialstaatlichen Absicherung zur individuellen Selbstsorge, benennt Stephan Lessenich als zentrales Kennzeichen der neosozialen Regierungsprogrammatis (Lessenich 2008: 82):

»Die Sorge um das Soziale, seine Sicherung und Stärkung, wird in die Verantwortung der Subjekte gelegt – nicht mehr vorrangig in die ›öffentliche Hand‹ staatlicher Instanzen, auch nicht nur in die ›unsichtbare Hand‹ von Marktmechanismen und Preissignalen, sondern zuallererst in die tätigen Hände jedes und jeder Einzelnen von ›uns‹.« (Lessenich 2009: 166)

In diesem Lichte betrachtet geht es im vorliegenden Fall nicht mehr vordergründig um die Frage, welchen Beitrag der Staat, sondern »das Ehrenamt und die Freiwilligen Dienste für eine sozial gerechte, demokratisch verfasste Gesellschaft im neuen Jahrtausend [...] leisten« können (Haupt 1999).

Der aktivierende Sozialstaatumbau zeichnet sich, wie bereits an anderer Stelle dargelegt, zudem dadurch aus, dass eine neue Balance zwischen Staat, Markt und Zivilgesellschaft hergestellt werden soll, woraus wiederum eine widersprüchliche Anrufung des Einzelnen als Bürger resultiert: »als Staatsbürger (*homo politicus*), als Wirtschaftsbürger (*homo oeconomicus*) und verstärkt auch als Sozialbürger (*homo civiles*)« (CDU-Präsidiumskommission 2003: 38; vgl. hierzu Heinze/Strünck 2001: 103f.). In diesem Kontext bemerkt auch Gerhard Schröder, dass der »zivilgesellschaftliche Bürger [...] auch Arbeits- und Wirtschaftsbürger« sei (Schröder 2001a). Von dieser hier offen zu Tage tretenden Bedeutungsladung der (Staats-) Bürgerrolle mit gleichsam ökonomischen und moralischen Verhaltensanforderungen ist auch das freiwillige Engagement in doppelter Weise betroffen: Einerseits avanciert es zum erwünschten Beitrag jedes Einzelnen zur kollektiven Wohlfahrt, d.h. zum notwendigen »Dienst[...] an der Gemeinschaft« (Köhler 2006d: 2); andererseits wird davon ausgegangen, dass eine freiwillige Betätigung sowohl günstige Ausgangsbedingungen für einen möglichen Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt schafft als auch »neue Wege des [...] Wirtschaftens« (Köhler 2010) eröffnet. Denn indem sich Bürger ehrenamtlich engagieren, ergreifen sie Eigeninitiative, um z.B. individuelle Probleme in tätiger Selbsthilfe zu lösen, entwickeln Interesse für Missstände in ihrer Umgebung und übernehmen Verantwortung für ihr persönliches Wohlbefinden, ihre soziale Integration oder den Erhalt ihrer eigenen arbeitsmarkt-relevanten Kompetenzen im Sinne von *employability*. Sämtliche hier genannten Formen der Eigenaktivität folgen jedoch zugleich einer sozialen Logik: Sie sind insofern sozialverträglich und -produktiv, als hierdurch der soziale Zusammenhalt gefestigt, Krisenerscheinungen abgemildert, personelle Versorgungslücken geschlossen und finanzielle Engpässe der öffentlichen Hand überwunden werden können, wodurch »unsere ökonomische Wettbewerbsfähigkeit« (Schröder 2001a) insgesamt gestärkt werde. In der Subjektivierungsfigur des »engagierten Bürgers« wird folglich die hier aufscheinende widersprüchliche Anrufung des Einzelnen als Markt- und als Sozialbürger zu einem konsistenten Bild verdichtet und als zentrales Ziel des gewandelten Umgangs mit Freiwilligkeit im Sinne einer gemeinwohlförderlichen Selbstführung ausgewiesen. Die Ratio dieses engagementspezifischen Aktivierungsdiskurses bringt Ulrich Bröckling wie folgt auf den Punkt: »Dieses autonome politische Subjekt kommt [...] seinen Verpflichtungen gegenüber dem Gemeinwesen ebenso bereitwillig nach wie es mit seinem bürgerschaftlichen

Engagement das Sozialkapital mehrt und die öffentlichen Haushalte entlastet.« (Bröckling 2000b)

Es besteht folglich kein Zweifel daran, dass durch die öffentliche Lancierung dieser neuen Bürgerrolle jeder Einzelne mit der Forderung konfrontiert wird, über ein freiwilliges Engagement sowohl Verantwortung für sich selbst als auch für andere zu übernehmen (u.a. Riegert 1997: 19f.; Bergmann 2000a; Schröder 2001a; Haupt 2002; Bündnis 90/Die Grünen 2002: 66f.; Rau 2004: 103; Köhler 2010; Bundesregierung 2010: 11). Exemplarisch für die hier unverkennbar in Erscheinung tretende sozialpolitische »Konstruktion doppelt verantwortungsbewusster, und das bedeutet: sich selbst wie auch der Gesellschaft gegenüber verantwortlicher Subjekte« (Lessenich 2008: 82; ebenso Lessenich 2009: 163), sei auf einen Ausspruch von Ursula von der Leyen verwiesen: »Wer sich freiwillig engagiert, übernimmt Verantwortung: nicht nur für das eigene Leben, sondern auch für andere und für das Gemeinwesen.« (von der Leyen 2009: 9) Die für die Subjektivierungsfigur des »engagierten Bürgers« typische enge Verzahnung von freiwilligem Engagement und Bürgersinn muss folglich um einen sowohl auf das allgemeine wie auch auf das persönliche Wohl bezogenen Verantwortungsbegriff erweitert werden. Die hier skizzierte Anrufung kann zusammenfassend auf die folgende einprägsame Formel verkürzt werden: »Wir sollen unser persönliches Leben gemeinsam auf die Reihe bringen.« (Fach/Pates 2004: 318)

Interessanterweise ist es der Freiheitsbegriff, durch den der für die Subjektivierungsfigur des »engagierten Bürgers« typische Dreiklang aus Bürgersinn, Bürgerengagement und Verantwortung vervollständigt bzw. abgerundet wird: »Bürgergesellschaftliches Engagement ist Ausdruck wachen Bürgersinns und Ausdruck auch von Freiheit und von Verantwortung in Freiheit, auf der unsere Solidargemeinschaft beruht« (Köhler 2008c: 2). Durch die hier aufscheinende enge Verknüpfung von sozialer Verantwortung und Freiheit erfährt letztere jedoch gleichsam eine erhebliche Begrenzung: Denn Freiheit wird hier nur dann begrüßt, wenn »sie sich selbst [...] durch gelebte Mitmenschlichkeit und Gemeinsinn« bindet (Köhler 2005a: 4; ebenso Schröder 2001b; Rau 1999). Durch die mit Hilfe des Verantwortungsbegriffs herbeigeführte Beschränkung des zuvor eröffneten Freiheitsraums avanciert die Übernahme eines freiwilligen Engagements zunehmend von einer persönlichen Entscheidung zur sozialen Pflicht: Dies zeigt sich besonders eindrücklich anhand eines Auszugs aus dem Zwischenbericht der Grundsatzprogrammkommission der SPD: »Freiheit und Eigenverantwortung sind nicht unabhängig von der Verantwortung für die Gesellschaft. Mehr Eigenverantwortung heißt nicht nur, mehr Rechte zu haben, sondern auch mehr Pflichten.« (SPD-Grundsatzprogrammkommission 2001: 88) Freiwillig engagierte Bürger sollen demzufolge aus eigener Überzeugung heraus für sich und andere Verantwortung übernehmen und dies im Idealfall »als Ausdruck ihrer persönlichen und gesellschaftlichen Freiheit« verstehen (CSU 2007: 83).

Dieses hier deutlich in Erscheinung tretende komplexe Verhältnis zwischen der Herstellung und der Einschränkung von Freiheit ist typisch für die neosoziale Gouvernamentalität, in der Macht weniger repressiv oder gar als Gegenspieler wirkt, »sondern umgekehrt im Medium der Freiheit« operiert (Lessenich 2008: 83; ebenso Bröckling/Krasmann/Lemke 2000b: 30). Bei dieser Form des »Regieren[s] über Freiheit« (Krasmann 1999) bzw. durch Selbstführung geht es folglich darum, dass das angerufene Subjekt frei ist, so zu handeln, wie es ihm durch die jeweilige

Regierungsrationalität nahegelegt wird (Krasmann 2000: 20). Die Bürger werden demnach aufgefordert, von den ihnen zuerkannten Handlungsfreiräumen in spezifischer Weise Gebrauch zu machen, was für den vorliegenden Fall bedeutet, dass ihnen die Möglichkeit gegeben wird, »ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen und die eigene Freiheit zum Nutzen aller verantwortlich zu gestalten« (Köhler 2005b: 3; ebenso Köhler 2005a: 4f.; SPD 2007: 31). Der engagierte Bürger ist sich folglich im Sinne einer freiwilligen Selbstverpflichtung sowohl des Wertes wie auch der Voraussetzungen eines auf gesellschaftlicher Solidarität begründeten Zusammenlebens bewusst und nutzt daher aus eigenem Antrieb heraus die ihm zur Verfügung stehende Freiheit für ein selbst- und sozialverantwortliches Handeln in Form von freiwilligem Engagement.

Die bisherigen Ausführungen zeigen deutlich, dass es bei dieser Renaissance des Bürgerbegriffs weniger um ein willensbekundendes bzw. partizipatives Verständnis des Terminus im Sinne von »civicness« geht, als vielmehr um »civility« (Evers 2009: 254; Newman 2010: 277f.), d.h. darum, den individuellen »Bürgersinn als Ressource [zu nutzen], um unsere Gesellschaft lebendiger und menschlicher zu gestalten« (FAZ 2000f). Das Ziel dieser in der Subjektivierungsfigur des »engagierten Bürgers« kulminierenden Anrufungspraxis besteht folglich darin, die einem Ehrenamt zugeschriebenen individuellen Problemlösungsfähigkeiten sowie Sinnstiftungs-, Kompetenz- und Selbstbestimmungsgewinne durch Appelle an die Eigenverantwortung derart zu aktivieren und an Zivilität und Pflichtbewusstsein zu koppeln, dass sie letztendlich in einem tugendhaften, selbst- und sozialverantwortlichen sowie produktiven Verhalten in Form von freiwilligem Engagement münden. Dies bedeutet zugleich, dass Selbstbestimmung oder die individuelle Sinnstiftung bzw. Freiheit auch im Hinblick auf das Bürgerengagement keine Grenze staatlicher Zuständigkeit darstellen, sondern diese ein wesentlicher Bestandteil der neosozialen Regierungsprogrammatik sind (Bröckling/Krasmann/Lemke 2000b: 30; Lessenich 2008: 128), die sich zudem durch einen der Verantwortungsrhetorik innewohnenden universellen Anspruch auszeichnet. Dieser tritt insbesondere im Rahmen von Statements deutlich zu Tage, in denen behauptet wird, dass »[j]eder Fähigkeiten [hat], die das Gemeinwesen bereichern können. Jeder Einzelne trägt Mitverantwortung für das Gemeinwohl« (CDU 2007: 84; vgl. auch Rau 2004: 102; Köhler 2007b: 3). Somit gehören folglich alle Bürger, unabhängig von Alter, Erwerbsstatus und Geschlecht, angesichts des großen Freizeitbudgets und der weitreichenden wohlfahrtsstaatlichen Sicherungssysteme zum potenziellen Adressatenkreis der engagementspezifischen Appelle: »Männer und Frauen, Ältere und Jüngere, höher und geringer Qualifizierte, Menschen in den neuen wie auch in den alten Bundesländern: Alle können etwas beitragen, um ihr Lebensumfeld noch lebenswerter zu machen und den gesellschaftlichen Wandel zu gestalten« (Schäuble 2009: 155; vgl. ähnlich Köhler 2007b:3).

Der Universalität dieser Regierungsprogrammatik ist es auch zu verdanken, dass diejenigen Personen, die dieser Vorstellung vom engagierten – und deshalb guten – Bürger nicht entsprechen können (oder wollen) besonders negativ auffallen: Zum Gegenbild des engagierten Bürgers avanciert folglich der passive, »total verwaltete[...] und betreute[...] Mensch[...]« (Oswald 1997: 14), der, obgleich er über die notwendigen Handlungsspielräume verfügt, gleichgültig gegenüber dem ist, was um ihn herum passiert (Köhler 2006d: 2): »Mitmachen statt zugucken« lautet folglich das dieser Dualitätskonstruktion zugrunde liegende Motto (Köhler 2007b;

ebenso Rau 2000b; Köhler 2007c). Die dem Universalitätsgedanken verpflichtete engagementspezifische Anrufungspraxis harmoniert folglich in idealer Weise mit der von der neosozialen Regierungsprogrammatik forcierten Unterscheidung zwischen den beweglichen und aktiven sowie unbeweglichen und passiven Teilen der Gesellschaft. Das auf die Freiwilligkeit bezogene universale Aktivitätspostulat kann somit insofern neue, gesellschaftlich spaltend wirkende Kriterien sozialer Exklusion erzeugen, als es vor allem diejenigen unter Druck setzt, die diesem permanenten Aktivierungsauftrag nicht nachkommen wollen oder können (Lessenich 2006, 2008: 126).

Zieht man an dieser Stelle außerdem in Betracht, dass die Aktivierung zur Eigenaktivität im Rahmen dieser Regierungsprogrammatik fest mit gesellschaftlicher Verantwortungsübernahme verknüpft wird, verwundert es kaum, dass der Verzicht auf ein freiwilliges Engagement folglich nicht nur als ein individueller Verlust, sondern auch als gesellschaftsschädigendes Verhalten gedeutet wird. Hiermit geht wiederum insofern eine Ausweitung der ohnehin permanent aufscheinenden Schuldzuschreibung an die Bürgerschaft einher, als den Bürgern nunmehr nahegelegt wird, sich nicht mehr nur für das verantwortlich zu fühlen, was sie tun, sondern insbesondere auch für das, was sie nicht tun (Rau 2000b): Hiernach tragen die auf ein freiwilliges Engagement verzichtenden Bevölkerungsteile, die stattdessen z.B. dem passiven Fernsehkonsum anheimfallen, nicht mehr nur die Schuld daran, dass ihnen die individuellen sinnstiftenden Implikationen eines Ehrenamtes vorenthalten bleiben oder sie auf die Chance verzichten, ihre Beschäftigungsfähigkeit zu verbessern (SZ 2001f), sondern sie machen sich auch im sozialen Sinne schuldig (Lessenich 2008: 119), da sie keinen Beitrag zur Festigung des sozialen Zusammenhalts, zur Abmilderung gesellschaftlicher Krisen oder zum Schließen der Lücken im sozialen Dienstleistungsbereich leisten:

»Der Bürger, der die Folgen der Wirtschaftskrise nicht lindern kann, ist selbst daran schuld. Hätte er doch ein Ehrenamt ergriffen! Hätte er doch die Armen gespeist, die Arbeitslosen getröstet, den streunenden Jugendlichen Lesen und Schreiben beigebracht! Die Verantwortung für das scheiternde Ganze soll beizeiten dem Einzelnen angelastet werden.« (Zeit Online 2009a)

Einem freiwilligen Engagement dauerhaft fern zu bleiben, mündet folglich in die normativ aufgeladene Schlussfolgerung einer defizitären Selbstführung, die – der Logik dieser politischen Rationalität folgend – eine Intensivierung der äußeren Anleitung bzw. Fremdführung verlangt. Diese Erkenntnis liefert wiederum eine Erklärung dafür, dass die Konstanz der durch den Freiwilligensurvey ermittelten Engagementquote in den 2000er Jahren zu einer Verschärfung der engagementspezifischen politisch lancierten Aktivierungsrhetorik geführt hat.

Abschließend gilt nochmals anzumerken, dass es sich bei der Subjektivierungsfigur des »engagierten Bürgers« um eine in der Realität nicht vorfindbare Adressierungsform handelt: Die skizzierte Subjektivierungsfigur ist lediglich eine Anrufungspraxis, deren Adressaten, wie Stephan Lessenich treffend formuliert, »konsequent zu jenen selbsttätigen Subjekten stilisiert [werden], zu denen sie erst werden – gemacht werden und sich selber machen – sollen« (Lessenich 2003b: 90). Der engagierte Bürger stellt eine fiktive Sozialfigur dar, »eine Form des Denkens der Realität – mit dem Ziel, sie »regierbar« zu machen«, indem das hier erzeugte

Wissen in die Praxis des Regierens, genauer gesagt: in die Fremd- und Selbstführung jedes Einzelnen, einfließt (Bröckling/Krasmann/Lemke 2000b: 22). Der im Theoriekapitel ausführlich problematisierten Tendenz vieler Gouvernamentalitätsstudien, eine spiegelbildliche Gleichschaltung von Programm und Praxis vorzunehmen, Rechnung tragend, wird im Rahmen dieser Arbeit überblicksweise auch den alltagspraktischen Aneignungsmodi des Produktivitäts-Dispositivs durch die Freiwilligen Aufmerksamkeit geschenkt. Da die Subjektivierungsfigur des »engagierten Bürgers« im gesamten ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts weitgehend konstant bleibt, wird die Frage nach der alltagspraktischen Aneignung, Abweisung oder Umarbeitung des Produktivitäts-Dispositivs durch die (Nicht-)Engagierten erst im Anschluss an die Skizzierung der Weiterentwicklung dieser Erzählung in den 2000er Jahren in kompakter Form beantwortet.

Nachdem die in das dispositive Netz der engagementbezogenen Produktivitäts-Erzählung eingewobenen Wissensbestände, allen voran die Freiwilligen-Markt-Deutung, verstanden als epistemischer Kulminationspunkt der engagementspezifischen Angebots- und Nachfragelogik, und die in der Subjektivierungsfigur des »engagierten Bürgers« zusammenfließenden subjektbezogenen Verhaltensvorstellungen ausführlich skizziert wurden, gilt es nun, sich dem Vollzug dieser Programmatik zuzuwenden. Angesichts der wenig präsenten Objekt- und Körperbezüge ist es vor allem die institutionelle Dimension, die angesichts ihrer engen Verwobenheit mit den genannten epistemischen Einsichten nicht nur zur Verdichtung der gesamten Storyline zwischen 1998 und 2002 beiträgt, sondern auch Auskunft über die Vollzugswirklichkeit der Programmatik geben kann. Den sich seit der Jahrtausendwende neu entspinneenden Fäden einer staatlichen Engagementpolitik kommt folglich aufgrund des noch recht schwachen Institutionalisierungsgrades des engagementspezifischen Produktivitäts-Dispositivs eine zentrale Bedeutung zu. Die initiierten engagementpolitischen Maßnahmen, verstanden als mit Gültigkeit versehene, geronnene Wissensbestände, können zumindest einen ersten Eindruck vom Vollzug dieser Programmatik vermitteln. Deshalb soll am Beispiel der zentralen engagementbezogenen Reformen zwischen 1998 und 2002 nachfolgend gezeigt werden, in welcher Weise die vor allem politisch lancierten Wissensbestände der Produktivitäts-Erzählung eine erste Institutionalisierung im Rahmen engagementspezifischer Programme und Gesetzesnovellierungen erfahren haben.

Die Anfänge einer staatlichen Engagementpolitik in Deutschland

Die institutionelle Ebene der Engagementförderung wurde noch in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre als großes Hindernis einer gelingenden Potenziale-Ausschöpfung betrachtet, da es hier trotz veränderter epistemischer Grundannahmen weder auf Seiten des Staates noch auf Seiten der Trägerorganisationen von Freiwilligenarbeit zu »Volunteer-zentrierte[n]« Anpassungsleistungen kam (Paulwitz 1996a: 243). Entgegen der von der konservativ-liberalen Regierung formulierten Nichtzuständigkeitsbehauptung hinsichtlich der institutionellen Dimension der Engagementförderung setzte sich seit dem Regierungsantritt der Koalition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen die Einsicht durch, dass im Hinblick auf die Stärkung des Bürgerengagements ein »staatliche[r] Regelungsbedarf« bestehe (Abgeordneter Simmert (Bündnis 90/Die Grünen), in: BT Pl.-Prot. 14/78 1999: 7187; ebenso Müntefering/Schmidt 1998). Dass vom Staat ausgehende engagementsspezifische Unterstützungsmaßnahmen nicht nur notwendig, sondern auch er-

folgsversprechend seien, wurde hierbei stets unter Rückgriff auf die ausführlich dargelegte Freiwilligen-Markt-Deutung mit ihren spezifischen engagementbezogenen Angebots- und Nachfragebedingungen begründet. Gerade die zum festen Bestandteil der Wissensordnung der Storyline zählende Annahme eines ungehobenen Engagementreservoirs stimmte optimistisch, dass das zentrale Ziel der Erhöhung des Engagementumfangs prinzipiell erreicht werden kann, wenn von staatlicher Seite entsprechende Reformen eingeleitet werden, die die zumeist im Subjekt selbst vermuteten Engagementhindernisse abbauen und Anreize für freiwilliges Engagement setzen. In diesem Zusammenhang ist die im Begriff des Freiwilligen-Marktes auf den Punkt gebrachte Nähe der engagementbezogenen Diskussion zum Arbeitsmarkt erneut deutlich zu spüren: So geht z.B. der damalige Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Kurt Beck, davon aus, dass nur dann mehr Menschen freiwillig aktiv werden, wenn es sich für sie persönlich lohne:

»Im Bereich der Gesetzgebung müssen wir Anreize für bürgerschaftliches Engagement schaffen. So wie für die Belebung des Arbeitsmarkts die Formel ›Arbeit muß sich lohnen‹ diesen Anreizcharakter umschreibt, so muß auch für den Ehrenamtsbereich die Formel ›Bürgerschaftliches Engagement muß sich lohnen‹ gelten. Auf dem Gebiet des Steuerrechts, des Aus- und Fortbildungswesens sollten Anreize oder doch zumindest Erleichterungen geschaffen werden, sich in Vereinen, Gruppen und Initiativen zu engagieren, analog zu dem höchst ausgeklügelten System von steuerlichen Begünstigungen und Investitionsanreizen im wirtschaftlichen Bereich.« (FAZ 2000f)

Zur Jahrtausendwende setzte sich folglich auf Seiten der rot-grünen Regierung die Ansicht durch, dass der aktivierende Staat die institutionellen Bedingungen des freiwilligen Engagements derart verändern müsse, dass dieses für den Einzelnen attraktiv und lohnenswert erscheint.⁴⁰ Die Aktivierung dieses brachliegenden Engagementpotenzials wurde somit zur bundespolitischen Aufgabe erhoben, mit sozialpolitischen Zielen kombiniert und nicht mehr der gesellschaftlichen Selbstregulation oder den politischen Kräften auf der Ebene der Kommunen und Bundesländer allein überlassen. Vor diesem Hintergrund kamen auch die Protagonisten eines neuen SPD-Grundsatzprogramms zu der resümierenden Erkenntnis, dass »bürgerschaftliches Engagement keine ferne Zukunftsvorstellung, sondern ein realer Ansatz zur Gestaltung der Gesellschaft ist« (SPD-Grundsatzprogrammkommission 2001: 89).

Zum zentralen Bezugspunkt der im Zeitraum zwischen 1998 und 2002 einsetzenden bundespolitischen Überlegungen hinsichtlich der Frage, »[w]elche Rahmenbedingungen [...] verbessert werden [müssen], um freiwilliges Engagement zu aktivieren und zu fördern« (Bergmann 2001c: 212; vgl. ähnlich Haupt 2002), avancierten die Ergebnisse des bereits erwähnten ersten Freiwilligensurveys, der einen

40 | Zwischen 1999 und 2002 wurde die Feststellung, dass die Einleitung umfassender engagementförderlicher Maßnahmen durch den Staat unbedingt notwendig sei, von Seiten der rot-grünen Regierungskoalition zu verschiedensten Anlässen erneuert und bestärkt (vgl. Abgeordnete Kortmann (SPD), in: BT Pl.-Prot. 14/78 1999: 7190; Haupt 1999, 2002; Schröder 2000a, 2000b; Bergmann 2001a, 2001b; Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2001; BT-Drs. 14/8700 (Sozialbericht) 2002: 102; SPD-Grundwertekommission 2001: 3, 25; Braun/Abt/Bischoff 2000: 14; Bündnis 90/Die Grünen 2002: 65).

umfangreichen Wissensvorrat über die Bedürfnisse und Wünsche der (potenziell) Engagierten zur Verfügung stellte (Bergmann 2001b: 17).⁴¹ Der Freiwilligensurvey bestätigt mit seinen Befunden die bereits allgemein anerkannte Wissensordnung des neuen Ehrenamtes, wonach Menschen sich vorzugsweise kurzfristig in Rahmen von Projekten engagieren, wenn sie Spaß an der Tätigkeit haben, sich selbst verwirklichen und eher selbstbestimmt handeln können. Je nach Altersgruppe oder beruflichen Hintergrund fließen zudem unterschiedlich ausgeprägte Nutzenüberlegungen und Präferenzen in die Entscheidung für ein Engagement ein. Die Bestätigung der Wissensordnung des neuen Ehrenamtes durch den Freiwilligensurvey trug zweifelsohne zur Durchsetzung der im medialen und politischen Diskurs der Jahrtausendwende übereinstimmend geäußerten Einsicht bei, dass durch engagementförderliche Strategien der Umfang freiwillig erbrachter Leistungen nur dann erhöht werden könne, wenn die institutionellen Neuerungen auf der Angebotsseite des diskursiv konstruierten Freiwilligen-Marktes ansetzten, d.h. den Wünschen und Forderungen der potenziellen Freiwilligen stärker entgegenkämen.⁴² Exemplarisch für viele ähnlich gelagerte Statements, in denen die Berücksichtigung der gewandelten Bedürfnisse der neuen Freiwilligen angemahnt wurde, sei hier auf einen Kommentar der ehemaligen Bundesfamilienministerin Bergmann verwiesen:

»Immer häufiger suchen junge und ältere Menschen Möglichkeiten, sich freiwillig zu engagieren. Dabei wird die Zahl derer größer, die in Projekten und Initiativen mitarbeiten wollen. Sie wollen sich in die Gestaltung der Gesellschaft einbringen, aber nicht bevormundet und gegängelt werden. Sie wünschen Beratung und Begleitung.« (Bergmann 2000b: 3)

Es zeigt sich folglich, dass das neue potenzialorientierte Wissen der Produktivitäts-Erzählung einen spezifischen Handlungs- und Legitimationsraum schuf, der in dieser Eindringlichkeit bis zum Jahr 1998 noch nicht vorhanden war, nun aber die Implementierung institutioneller Reformen zur Förderung des freiwilligen Engagements nahelegte und hierbei gleichsam ein grelles Licht auf die erhebliche Diskrepanz zwischen den bestehenden engagementpolitischen Rahmenbedingungen und den neuen Bedürfnissen und Veränderungswünschen potenzieller Freiwilliger warf. Diese Kluft wurde den politischen Verantwortlichen vor allem durch die Ergebnisse des Freiwilligensurveys deutlich vor Augen geführt, der die

41 | Das Bundesfamilienministerium wertete die Erkenntnisse des Freiwilligensurveys zusammen mit Vertretern aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft z.B. im Rahmen der Fachtagung: »Die Freiwilligen: Das Sozialkapital des neuen Jahrtausends«, die im März 2001 stattfand, aus (vgl. hierzu Braun/Wahlen 2001). Ein besonderer Schwerpunkt lag hierbei auf den förderpolitischen Konsequenzen der wissenschaftlichen Ergebnisse, die zur Aktivierung des brachliegenden Engagementpotenzials geeignet sind (von Rosenblatt 2001: 125-132).

42 | Die Feststellung, dass eine gelingende Förderung der Freiwilligenarbeit an den neuen Einstellungen und Gestaltungswünschen der Bürger ansetzen müsse, gehört zu den selbstverständlichen epistemischen Einsichten der Produktivitäts-Erzählung ab 1998 (vgl. die zustimmenden Aussagen in Zeit Online 1999a; Haupt 1999; Abgeordneter Bürsch (SPD), in: BT Pl.-Prot. 14/78 1999: 7184; Rau 1999, 2000b; Aigner 2000: 5; Schröder 2000c; Bergmann 2001b: 14f., 2001c: 212; Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2001: 5; BT-Drs. 14/8900 2002: 54; SZ 2002c).

Freiwilligen explizit danach befragt, was aus ihrer Sicht die Übernahme eines freiwilligen Engagements in Deutschland am meisten behindern würde bzw. welche Maßnahmen zur Förderung geeignet seien (von Rosenblatt 2001: 125-132). Es sind vor allem die folgenden rechtlichen Regelungen, die von der rot-grünen Regierung und den befragten Freiwilligen als besonders reformbedürftig eingestuft wurden: die restriktiven Verfügbarkeitsbestimmungen für ehrenamtlich tätige Arbeitslose im Arbeitsförderungsrecht, das Fehlen bundeseinheitlicher Freistellungsregelungen, die unzureichende finanzielle Ausstattung der Jugendfreiwilligendienste, der mangelhafte Versicherungsschutz für Freiwillige sowie die uneinheitlichen und komplizierten Bestimmungen des geltenden Steuer- und Sozialrechts im Hinblick auf den Umgang mit geringen Aufwandsentschädigungen (FAZ 1998d, 2000h; SZ 1998g, 2000g; Müntefering/Schmidt 1998; Zeit Online 1999a; Haupt 1999; Rau 2000b; Schröder 2000c, 2001b; von Rosenblatt 2001: 128-130).⁴³ Diese Bestimmungen galten vor allem deshalb als Hindernisse einer gelingenden Potenziale-Ausschöpfung, da sie gerade die Engagementbereitschaft von Jugendlichen und Arbeitslosen lähmten, bei denen angesichts großer Zeitressourcen ein großes Engagementpotenzial vermutet wurde und die daher im Mittelpunkt der politischen Hoffnungen bezüglich der Ausweitung des Engagementvolumens standen.

Der Aktivierung brachliegender Engagementpotenziale stünden jedoch nicht nur die genannten rechtlichen Defizite auf Seiten des Staates im Wege, sondern auch die weiterhin als engagementunfreundlich eingestuften Bedingungen in den traditionellen Organisationen deutscher Wohlfahrtsstaatlichkeit (Haupt 1999; Rau 1999, 2000a, 2000b; Focus 2000d). Diese stießen auch bei den Freiwilligen selbst nach wie vor auf erhebliche Kritik: Auf Nachfrage des Freiwilligensurveys geben viele Ehrenamtliche an, dass ihren Gestaltungswünschen in den Organisationen noch immer zu wenig Beachtung bzw. Unterstützung entgegengebracht werde (von Rosenblatt 2001: 125-128). Eine weitere negativ konnotierte institutionelle Verknüpfung der Produktivitäts-Erzählung stellt das von Ulrich Beck erarbeitete und seit Ende der 1990er Jahre nicht nur vielfach diskutierte, sondern in Bayern und Sachsen auch erprobte Modell der »Bürgerarbeit« dar (Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen 1997; Zeit Online 1997h, 1997g; SZ 2000c). Trotz dieser ersten Umsetzungsversuche stieß das Bürgerarbeitskonzept vor dem Hintergrund der bereits erwähnten Annahmen, dass Bürgerengagement erstens immer nur einen Zusatz und keine Alternative zur Erwerbsarbeit sei und die Bürgerarbeit zweitens den Eigensinn des Bürgerengagements in Frage stelle, sowohl im medialen als auch im politisch-wissenschaftlichen Kontext auf viel Kritik bzw. Ablehnung (Spiegel 1998; SZ 1998c, 2000d, 2001d; Zeit Online 1999a; FAZ 2000f, 2000i; BT-Drs. 14/8900 2002: 61, 212f.).

Demgegenüber sind die folgenden zwischen 1998 und 2002 ins Leben gerufenen rechtlichen Neuerungen und Reformen stets als positiv konnotierte Institutionalisierungsformen in die engagementspezifische Produktivitäts-Erzählung eingewoben: Hierzu zählen die vom BMFSFJ initiierte bundesweite Kampagne »Was ich kann, ist unbezahlbar«, der Ausbau engagementförderlicher Infrastruk-

43 | Interessanterweise handelt es sich hierbei um dieselben Maßnahmen und Verbesserungswünsche, die sowohl von vielen freiwillig Engagierten seit Anfang der 1990er Jahre als auch von den Oppositionsfraktionen des Deutschen Bundestages in der letzten Legislaturperiode der konservativ-liberalen Bundesregierung bereits eindringlich gefordert wurden.

tureinrichtungen, die Anhebung und Ausweitung der sozialversicherungsfreien Übungsleiterpauschale, die Überarbeitung des Arbeitsförderungs- und Stiftungsrechts und die stärkere finanzielle Unterstützung der Jugendfreiwilligendienste sowie Selbsthilfegruppen (SZ 2000g, 2001b). Die genannten Maßnahmen galten deshalb als besonders vielversprechend, da sie allesamt auf der Wissensordnung der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung, genauer gesagt: auf der einer spezifischen Angebots- und Nachfragelogik folgenden Freiwilligen-Markt-Deutung, beruhen. Die Frage, inwieweit diese Wissensbestände der Produktivitäts-Erzählung in die genannten institutionellen Neuerungen eingeflossen sind, steht daher auch im Mittelpunkt der folgenden Ausführungen. Diese gliedern sich entlang der Unterscheidung zwischen institutionellen Neuerungen, die auf die epistemischen Einsichten der Angebotsseite des Freiwilligen-Marktes bezogen sind und solchen, die sich eher auf die Nachfrageseite beziehen.

Institutionelle Neuerungen auf der Angebotsseite des Freiwilligen-Marktes

Der überwiegende Teil der zwischen 1998 und 2002 umgesetzten engagementbezogenen institutionellen Neuerungen knüpfte direkt an die veränderten Wünsche und Vorstellungen der neuen Freiwilligen an und ist folglich auf der Angebotsseite des diskursiv konstruierten Freiwilligen-Marktes angesiedelt: Hierzu zählt erstens die im Jahr 2001 vom Bundesfamilienministerium ins Leben gerufene Öffentlichkeitskampagne: »Was ich kann, ist unbezahlbar«, die den Wunsch vieler Freiwilliger aufgriff (vgl. von Rosenblatt 2001: 131), dass ihren Leistungen mehr öffentliche Anerkennung, z.B. in Form von positiven Presseberichten, entgegengebracht werde (Schröder 2001c: 2; Bergmann 2001a; SZ 1998c, 2001b, 2000i). Die Symbolkraft des von den Vereinten Nationen ausgerufenen »Internationalen Jahres der Freiwilligen« 2001 nutzend verfolgte diese mehrteilige bundesweite Kampagne das zentrale Ziel, die öffentliche Sichtbarkeit und Anerkennung des freiwilligen Engagements zu erhöhen und den Engagementbereiten die »Möglichkeiten der Mitarbeit – auch kurzfristig und in neuen Formen – aufzuzeigen« (FAZ 2001). Um das brachliegende Engagementpotenzial zu aktivieren, stellte die Bundesfamilienministerin Bergmann bei der Eröffnung der Kampagne vor allem den individuellen Gewinn einer derartigen Tätigkeit in den Mittelpunkt und betonte, dass ein Ehrenamt auch Spaß machen dürfe (SZ 2001a).

Zweitens zeigen die Ergebnisse des Freiwilligensurveys, dass 56 % der befragten Freiwilligen eine bessere Information und Beratung über die Zugangswege zum freiwilligen Engagement in ihrer Region begrüßen würden (von Rosenblatt 2001: 131; Bergmann 2001b:14; SZ 2001b, 2001f). Besonderen Zuspruch erfahren hierbei erneut die bereits seit Mitte der 1990er Jahre erheblich aufgewerteten engagementförderlichen Infrastruktureinrichtungen wie Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen (Klages 2001b: 207; FAZ 2000e), die »als Schaltstelle zwischen Angebot und Nachfrage« fungieren (SZ 2002d). Nicht nur die Freiwilligen selbst, sondern auch viele Verbände, wie etwa der Paritätische Wohlfahrtsverband, forderten nachdrücklich den Ausbau und die nachhaltige Unterstützung derartiger Informations- und Vermittlungsagenturen (Niermann 2001: 119). Diesen in bundespolitischen Verlautbarungen häufig rezipierten Erkenntnissen wurde im Rahmen des vom Bundesfamilienministerium von 1999 bis 2001 durchgeführten Projekts »Förderung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe in Kommunen« auch praktisch

Rechnung getragen (Haupt 1999; Bergmann 2000a, 2001b: 13). Ergebnis dieses Projekts war ein *Leitfaden für Kommunen* (Braun/Abt/Bischoff 2000), der diesen praktische Hilfestellungen zum Ausbau bzw. zur Neuschaffung engagementspezifischer Infrastruktureinrichtungen gibt:

»Er [der Leitfaden für Kommunen, D.N.] bietet Orientierungshilfen, wie eine stärkere Ausschöpfung des Engagementpotenzials in der Bevölkerung durch Information, Beratung und Vermittlung in Gelegenheiten zum freiwilligen Engagement erreicht werden kann. Dieser Schwerpunkt wird wegen der bisher unterschätzten Bedeutung von Information und Beratung bewusst aus den vielfältigen Möglichkeiten der Engagementförderung ausgewählt.« (Ebd.: 6)

Gerade mit Blick auf die zur Jahrtausendwende zunehmende Anzahl von Freiwilligenagenturen in Deutschland wird im Rahmen der Produktivitäts-Erzählung eine epistemische Verknüpfung wiederbelebt, die uns bereits aus der Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre bekannt ist: Hiernach liege es in der individuellen Verantwortung jedes Einzelnen, durch freiwilliges Engagement seine freie Zeit aktiv und sinnvoll zu verleben und eben nicht den negativen Konsequenzen der Nichtaktivität, wie etwa Einsamkeit, Verlust an Sozialkontakten und Langeweile, zum Opfer zu fallen. Umgekehrt bedeutet dies auch, dass der Einzelne die Schuld daran trägt, wenn er trotz der bestehenden Möglichkeiten wenig mit sich anzufangen weiß oder sich isoliert fühlt. Die Eindringlichkeit dieser Schuldzuweisung entwickelte zur Jahrtausendwende eine ganz neue Qualität, da durch das von Freiwilligenagenturen offerierte breite Angebot an Engagementmöglichkeiten die Suche nach einer passenden freiwilligen Betätigung sogar noch deutlich erleichtert wurde: »Wer sich dann noch langweilt oder einsam fühlt,« ist nach Auskunft des Münchner Oberbürgermeisters Christian Ude »wirklich selber schuld« (SZ 2001f).

Die dritte erwähnenswerte, auf der Angebotsseite des diskursiv konstruierten Freiwilligen-Marktes angesiedelte institutionelle Maßnahme rekurriert auf den vom Freiwilligensurvey ermittelten Wunsch vieler Freiwilliger, dass ihr Ehrenamt durch die Möglichkeit der steuerlichen Absetzbarkeit von Unkosten bzw. die steuerliche Freistellung von Aufwandsentschädigungen auch staatlich mehr gewürdigt werde (von Rosenblatt 2001: 128f.). Da die bestehenden Regelungen im Steuer- und Sozialrecht auch von Seiten der rot-grünen Regierung stets als besonders engagementunfreundlich betitelt wurden (Schröder 2000b; ebenso Haupt 1999), gehörte die Anhebung der steuer- und sozialversicherungsfreien Übungsleiterpauschale von jährlich 2400 DM auf 1848 Euro (3600 DM) zu ihren ersten diesbezüglichen Reformen (Focus 1999; FAZ 2000d; SZ 2001h, 2001j). Im Zuge dessen wurde gleichzeitig dem von Organisationen und Freiwilligen vielfach geäußerten Wunsch Rechnung getragen und der Kreis der Begünstigten auf Ausbilder, Erzieher, Betreuer, auf bestimmte künstlerische Tätigkeiten sowie auf die nebenberufliche Pflege alter, kranker oder behinderter Menschen erweitert (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2001: 9f.). Nach Ansicht von Gerhard Schröder führten diese Maßnahmen »eine erhebliche finanzielle Verbesserung, für den Übungsleiter und für seinen Verein«, herbei (Schröder 2001b).

Vielforts äußerten viele Freiwillige auch zur Jahrtausendwende noch Kritik an den bestehenden Engagementbedingungen in den traditionellen Organisationen deutscher Wohlfahrtsstaatlichkeit, die ihren Bedürfnissen nach Selbstbestim-

mung und Flexibilität zuwiderliefen. Zu den am meisten genannten Verbesserungsvorschlägen an die Adresse der Trägerorganisationen gehört nach Angaben des Freiwilligensurveys deshalb der Wunsch, dass diese mehr finanzielle Mittel für Projekte bereitstellen, Weiterbildungsmöglichkeiten anbieten und die freiwilligen Tätigkeiten fachlich besser begleiten (von Rosenblatt 2001: 126f.). Der Bund versuchte die Vereine und Verbände hierbei durch verschiedene Maßnahmen zu unterstützen, die darauf abzielten, »in Deutschland ein vereinsfreundliches Klima zu stärken und Signale für mehr bürgerschaftliches Engagement und Mäzenatentum zu setzen« (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2001: 21). Den folgenden durchgeführten Reformen wurde in diesem Kontext eine entlastende und bürokratiemindernde Wirkung zugeschrieben: der Vereinfachung des Spendenrechts, der Überarbeitung des Stiftungsrechts, wodurch Steuerhemmnisse abgebaut und die Neugründung von (Bürger-)Stiftungen erleichtert wurden, sowie der Entbürokratisierung des Personenbeförderungsgesetzes (Haupt 1999; Schröder 2000c; FAZ 2000b; Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2001: 21-24).

Die ausführliche Herleitung der diskursiven Konstruktion eines brachliegenden Engagementpotenzials im Rahmen der Freiwilligen-Markt-Deutung hat außerdem gezeigt, dass bei bestimmten Personengruppen, wie Jugendlichen und Arbeitslosen, die Erfolgsaussichten der Potenziale-Aktivierung als besonders groß eingeschätzt wurden. Hinsichtlich der Gruppe der Erwerbslosen sind in diesem Kontext besonders zwei, auch vom Freiwilligensurvey bestätigte epistemische Einsichten von besonderer Bedeutung: Einerseits zeigt sich gerade mit Blick auf die hohen Arbeitslosenzahlen in den neuen Bundesländern, dass die bestehenden rechtlichen Regelungen, wonach Bezieher von Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe bei einer freiwilligen Tätigkeit von mehr als 15 Wochenstunden ihren Leistungsanspruch verlieren (SGB III § 118), einer umfangreichen freiwilligen Tätigkeit im Wege stünden (Gensicke 2001: 93); andererseits engagierten sich Arbeitslose insgesamt deutlich weniger als Berufstätige (von Rosenblatt 2001: 27f.). Eine Erhöhung der Zahl Erwerbsloser im Ehrenamt versprach sich die rot-grüne Regierung daher vor allem von der Abschaffung der genannten Verfügbarkeitsregelung im Rahmen der Einführung des Job-AQTIV-Gesetzes im Jahr 2001 (SZ 1998e; Schröder 2000c, 2001b; Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2001: 14f.).

Neben der Gruppe der Erwerbslosen wurde im medialen und politischen Diskurs vor allem mit Blick auf das Engagement der Jugendlichen ein erheblicher Handlungsbedarf konstatiert, da hier zwar nach Angaben des Freiwilligensurveys die größten Engagementpotenziale existierten, gleichzeitig aber auch die Gefahr des Verzichts auf soziale Aktivitäten am größten sei, wenn diese nicht den selbstverwirklichungs- und spaßbezogenen Wünschen der Jugendlichen entgegenkämen (Picot 2001: 149f.). Zu dieser Einsicht gelangte auch der ehemalige Bundespräsident Johannes Rau: »Wir müssen darauf achten, dass das in Zukunft auch geschieht, dass jüngere Menschen ans Ehrenamt herangeführt werden. Das darf nicht die Sache der Alten bleiben. Es gibt da einen Wandel, den wir bedenken müssen. Nicht alle Kinder nehmen die Tradition ihrer Eltern auf.« (Rau 1999)

Zu den in diesem Zusammenhang stets betonten institutionellen Negativ-Verknüpfungen der Produktivitäts-Erzählung gehört bekanntlich die unzureichende Platzzahl in den klassischen Jugendfreiwilligendiensten. Des Weiteren wünschten sich gerade Jugendliche mehr Wertschätzung für ihr Engagement in Form von

Qualifikationsnachweisen oder einem privilegierten Zugang zu Ausbildungs- oder Studienplätzen sowie die Anerkennung ehrenamtlichen Engagements als berufliches Praktikum bzw. als Ersatz für den Wehr- und Zivildienst (von Rosenblatt 2001: 129; Picot 2001: 148-150). Diese Forderungen aufgreifend brachte die rot-grüne Regierung im Jahr 2002 ein »FSJ-Förderungsänderungsgesetz« (FSJGÄndG) (BT-Drs. 14/7485 2001) auf dem Weg, im Rahmen dessen die Platzzahl erhöht, die Einsatzfelder auf zusätzliche gesellschaftliche Bereiche erweitert und die Durchführung eines Freiwilligendienstes im nichteuropäischen Ausland ermöglicht wurde (SZ 2001e). Außerdem beinhaltete diese gesetzliche Neufassung eine Flexibilisierung der Dauer des freiwilligen Dienstes sowie die Regelung, dass ein FSJ oder FÖJ als Pflichtdienst bei Kriegsdienstverweigerern anerkannt wird (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2001: 18f.; Bergmann 2001b: 16; Schröder 2001b; BT-Drs. 14/8634 2002: 22f.; Abgeordnete Bergmann (SPD), in: BT Pl.-Prot. 14/228 2002: 22666).

Alle bisher erläuterten Maßnahmen und Neuerungen beruhen vorwiegend auf den epistemischen Einsichten der Angebotsseite des diskursiv konstruierten Freiwilligen-Marktes. Von diesen Reformen wurde sich folglich deshalb übereinstimmend eine gelingende Potenziale-Ausschöpfung versprochen, da sie den veränderten Wünschen und Vorstellungen der neuen Freiwilligen insofern entgegenkamen, als sie viele der von den Ehrenamtlichen als hinderlich erachteten institutionellen Regelungen abbauten bzw. reformierten.

Institutionelle Neuerungen auf der Nachfrageseite des Freiwilligen-Marktes

Über die diskursive Konstruktion eines aktivierbaren, brachliegenden Engagementpotenzials hinaus beruht die Freiwilligen-Markt-Deutung zudem auf einer ausufernden Krisenrhetorik, die zu der Schlussfolgerung führt, dass es einen hohen gesellschaftlichen Bedarf an freiwillig erbrachten Leistungen gebe. Diese engagementspezifische Nachfragerhetorik war, wie bereits dargelegt, in drei gesellschaftlichen Feldern, dem Stiftungs- und Gesundheitswesen sowie im Kampf gegen Rechtsextremismus, besonders stark ausgeprägt, so dass gerade hier die Verabschiedung von engagementförderlichen rechtlichen Neuerungen als unumgänglich betrachtet wurde. Den institutionellen Reformen in den drei genannten Problemfeldern gilt es deshalb abschließend Aufmerksamkeit zu schenken.

Engagementbegünstigende Reformen im Gesundheitsbereich wurden nicht nur aufgrund der allenthalben beklagten finanziellen Engpässe begrüßt, sondern auch deshalb, da der Gesundheitsbereich nach Angaben des Freiwilligensurveys zu den Betätigungsfeldern gehört, in denen sich die wenigsten Freiwilligen mit der gleichzeitig höchsten subjektiven Belastungsintensität engagieren (von Rosenblatt 2001: 127-130). Um ein freiwilliges Engagement in diesem Bereich attraktiver zu gestalten, wurde im Rahmen der zur Jahrtausendwende durchgeführten Gesundheitsreform der Gedanke der Prävention aufgewertet und die Arbeit von Selbsthilfegruppen stärker unterstützt. D.h., letztere erhalten dann von den Krankenkassen einen erhöhten Förderbeitrag pro Versichertem, wenn sie sich der Prävention und Rehabilitation z.B. bei chronischen Erkrankungen widmen (SGB V § 20) (Schröder 2000c). Des Weiteren erfuhr das freiwillige Engagement im Bereich der häuslichen Pflege durch das am 01.01.2002 in Kraft getretene »Pflegeleistungs-Ergän-

zungsgesetz« eine zusätzliche Unterstützung (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2001: 16-18).

Mit Blick auf den Stiftungsbereich versprachen sich die bundespolitischen Verantwortungsträger vor allem von dem im Januar 2000 in Kraft getretenen »Gesetz zur weiteren steuerlichen Förderung von Stiftungen« eine aktivierende Wirkung auf die Stiftungsbereitschaft der Bürger: Der hierdurch eingeleitete Abbau von steuerlichen Hindernissen und die Verbesserung der Absetzbarkeit von Spenden dienten dem Ziel, vor allem private Stifter und Mäzene zu einer Ausweitung ihrer Stiftertätigkeit zu motivieren (Focus 2000b; FAZ 2000b; Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2001: 22f.; Schröder 2001b). Dass diese Hoffnung berechtigt war, zeigt ein Blick in die Statistik: Denn während es nach Angaben des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen in den 1990er Jahren noch 400 bis 600 neu gegründete Stiftungen jährlich gab, sind es seit dieser Reform im Jahr 2000 jedes Jahr mehr als 1000 (Focus 2002).

Um die gesteigerte Nachfrage nach einem Engagement für die Demokratie, d.h. in diesem Fall: gegen Rechtsextremismus, zu befriedigen, wurden verschiedene, besonders auf Jugendliche fokussierte Aktionsprogramme ins Leben gerufen: Hierzu zählen das im Jahr 2000 gegründete »Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt« (BfDT)⁴⁴ sowie das im Jahr 2001 ins Leben gerufene Aktionsprogramm »Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus«.⁴⁵

Zusammenfassung: Engagementpolitik als Paradebeispiel einer Politik mit dem Potenzial

Aus der überblicksartigen Betrachtung der bundespolitischen Förderungsmaßnahmen des freiwilligen Engagements zwischen 1998 und 2002 lassen sich die folgenden resümierenden Befunde ableiten: Die soeben skizzierte systematische Initiierung engagementförderlicher Maßnahmen von Seiten des Bundes zur Jahrtausendwende lässt erstens keinen Zweifel daran, dass die Vollzugswirklichkeit der institutionellen Dimension im Vergleich zum vorausgegangenen Zeitraum deutlich vorangeschritten ist. Die institutionelle Dimension der Engagementförderung verliert seit 1998 im Zuge der Verknüpfung mit wirkmächtigen Anschlussdispositiven – namentlich des aktivierenden Staates, des Reformprojekts der Bürgergesellschaft und verschiedener Krisenerzählungen – nicht nur ihr bisheriges

44 | Das »Bündnis für Demokratie und Toleranz« (BfDT) wurde vom Bundesministerium des Innern und dem Bundesjustizministerium am 23.05.2000 gegründet. Es setzt sich aus einer Vielzahl von Organisationen, Verbänden und Initiativen zusammen, die es sich zum Ziel gesetzt haben, die Werte Demokratie und Toleranz stärker in der Gesellschaft zu verankern. Die Kernaufgabe des BfDT besteht darin, dass bürgerschaftliche Engagement gegen Extremismus und Gewalt zu bündeln und zu vernetzen sowie diesem zu mehr öffentlicher Aufmerksamkeit zu verhelfen.

45 | Das Aktionsprogramm »Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus« wurde vom Bundesfamilienministerium im Jahr 2001 mit einer Laufzeit von fünf Jahren ins Leben gerufen. Dieses Programm setzte sich aus verschiedenen Teilprojekten zusammen und widmete sich dem Ziel, die demokratische Kultur insgesamt zu stärken und gerade junge Menschen für ein Engagement gegen Rechtsextremismus zu gewinnen.

bundespolitisches Nischendasein, sondern wird gleichzeitig im Kontext einer gelingenden Engagementaktivierung zur Notwendigkeit stilisiert. Die inhaltliche Ausgestaltung der zwischen 1998 und 2002 umgesetzten engagementpolitischen Maßnahmen zeigt zudem, dass diese grundlegend auf den epistemischen Einsichten der Produktivitäts-Erzählung, genauer gesagt: auf den Wissensbeständen der Freiwilligen-Markt-Deutung, beruhen. D.h., die Existenz eines brachliegenden Engagementpotenzials, der hohe gesellschaftliche Bedarf an freiwilligem Engagement sowie die neuen strukturellen sowie motivationalen Bedingungen der Freiwilligkeit dienten offenkundig als Hintergrundfolie für die Auswahl der geeigneten Reformmaßnahmen bzw. als Blaupausen für die Konstruktion neuer oder die Novellierung bestehender institutioneller Arrangements im Engagementbereich.

Im Rahmen der Etablierung dieser neuen institutionellen Bedingungen ist zudem die Bedeutung des ersten Freiwilligensurveys kaum zu überschätzen: Die von diesem bereitgestellten Wissensvorräte hinsichtlich der Beschaffenheit des Engagements in Deutschland und bestimmter Möglichkeiten der Engagementförderung flossen nicht nur in die engagementspezifische Produktivitäts-Erzählung ein, sondern begrenzten auf diese Weise gleichzeitig die in Erwägung gezogenen und umgesetzten Reformmaßnahmen. Auf den Punkt gebracht bedeutet dies, dass durch die politische Neudefinition der Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements und die Erhebung sozialer Verantwortungsübernahme zur moralischen Pflicht des Bürgers ein spezifischer Handlungs- und Legitimationsraum geschaffen wurde, der die Implementierung engagementspezifischer Reformen zur Jahrtausendwende nahelegte. Daraus kann die Schlussfolgerung abgeleitet werden, dass die staatliche Neuerschließung des Engagementfeldes nicht nur von einer Hochkonjunktur bürgergesellschaftlicher Themen in politischen Kreisen begleitet, sondern erst durch die Verknüpfung der Storyline der Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource mit wirkmächtigen Anschlussdispositiven Ende der 1990er Jahre günstige Bedingungen zur Etablierung einer bundespolitischen Engagementpolitik in Deutschland hergestellt wurden.

Zweitens wird deutlich, dass es sich bei den zahlreichen institutionellen Neuerungen zwischen 1998 und 2002 überwiegend um Maßnahmen handelte, die auf der Angebotsseite des diskursiv konstruierten Freiwilligen-Marktes angesiedelt, d.h. direkt auf das Individuum bezogen waren und hier zu einer Aktivitätssteigerung mit Blick auf die Übernahme freiwilliger Tätigkeiten beitragen sollten (zu derselben Einschätzung gelangen auch Olk 2001: 52; BT-Drs. 14/8900 2002: 283; Backhaus-Maul/Nährlich/Speth 2009: 8). In diesem Sinne widmeten sich die seit 1998 ins Leben gerufenen positiv konnotierten individualrechtlichen Maßnahmen zur Förderung freiwilligen Engagements, wie etwa die Novellierung der Übungsleiterpauschale, die Abschaffung der Verfügbarkeitsregelung bei Bezug von Arbeitslosengeld, die steuerrechtliche Privilegierung engagierter Bürger, die Überarbeitung des Spenden- und Stiftungsrechts und die Reformierung der Jugendfreiwilligendienste, prinzipiell der Aufgabe, eine Neuorganisation der individuellen engagementspezifischen Eintritts-, Austritts- und Wiedereintrittsprozesse vorzunehmen (Klages 2001b: 206). Selbst die in erster Linie auf die mit Freiwilligen arbeitenden Organisationen ausgerichteten institutionell-rechtlichen Maßnahmen, wie etwa die Reformation des Spenden- und Stiftungsrechts oder verschiedene Entbürokratisierungsmaßnahmen, dienten u.a. dem Ziel, die Anreizwirkung der jeweiligen Einrichtung auf potenzielle Freiwillige zu steigern. Um aufzuzeigen, dass sich die-

se Formen der Förderung des freiwilligen Engagements deutlich von den bisherigen Anerkennungsformen unterscheiden, werden in der Produktivitäts-Erzählung verschiedentlich die zentralen Objektbezüge des alten Ehrenamtes, wie etwa die Ehrennadel oder die -medaille, als negativ konnotierte Kontrastfolien herangezogen und betont, dass die genannten institutionellen Neuerungen deutlich über diese traditionellen Formen der Wertschätzung hinausgingen und daher besser zur Zufriedenstellung des neuen Ehrenamts-Typus geeignet seien: »Die neue Sorte von Freiwilligen braucht keine Ehrennadeln«, lautet daher auch das Fazit eines Artikels aus der *Süddeutschen Zeitung* (2001d).

Das bisher Gesagte zusammenfassend gilt anzumerken, dass die Annahme der Notwendigkeit politischer Eingriffe in den Bereich der Freiwilligenarbeit auf dem Glauben an die Existenz brachliegender Engagementpotenziale beruhte, deren Hebung zum Imperativ der beschriebenen institutionellen Reformüberlungen avancierte. Die politischen Verantwortungsträger verbanden mit den auf den einzelnen Engagierten fokussierten rechtlichen Reformen zwischen 1998 und 2002 die Hoffnung, die in den Subjekten vermuteten Aktivierungshindernisse durch Appelle an die individuellen Kosten-Nutzen-Überlegungen zu beseitigen, hierdurch das brachliegende Engagementpotenzial zu heben und die Zahl der freiwillig engagierten Menschen in Deutschland zu erhöhen (vgl. Olk 2001: 54). Die um die Jahrtausendwende ins Leben gerufene staatliche Engagementpolitik stellt demnach ein Paradebeispiel für eine Politik mit dem Potenzial dar.

Angesichts der hier offengelegten Potenzialfokussierung der engagementpolitischen Reformen zwischen 1998 und 2002 bewahrheitet sich drittens die Feststellung der Sozialwissenschaftlerin Sigrid Reihs, die bemerkt, dass man »an der Art, wie Volunteering politisch gefördert und unterstützt wird,« ablesen könne, »ob es darum geht, »mehr Demokratie zu unterstützen« oder nur die sozialen Probleme kostengünstig in den Griff zu bekommen« (Reihs 1996: 240). Wenngleich das Kostenargument⁴⁶ angesichts der im Rahmen einer Diskursanalyse notwendigerweise im Verborgenen bleibenden »wahren« Absichten an dieser Stelle weder belegt noch widerlegt werden kann, lassen sich zumindest einige Tendenzen benennen: So äußerten z.B. einzelne Sozialdemokraten, die mit dem von Gerhard Schröder eingeschlagenen Kurswechsel unzufrieden waren, den Verdacht, dass es bei dieser Wiederbelebung der Zivilgesellschaft »in Wahrheit [...] um Sozialabbau unter neuem Etikett« gehe (Zeit Online 2000a). Obgleich von Seiten der rot-grünen Regierung stets betont wurde, dass freiwilliges Engagement nicht als billiger Ersatz für einen sich zurückziehenden Sozialstaat oder für überforderte Wohlfahrtsverbände fungieren soll, konnten auch sie sich nicht vollständig gegen den Gedanken weh-

46 | Von Seiten der Medien oder vieler zivilgesellschaftlicher Organisationen wurde hingegen explizit die Vermutung geäußert, dass die Wiederentdeckung des freiwilligen Engagements durch die Politik seit Mitte der 1990er Jahre untrennbar mit der Kostenexplosion im Sozialsektor und den Finanzierungsproblemen der öffentlichen Hand verbunden sei. Zu dieser resümierenden Einsicht kam beispielsweise die Leiterin der Berliner Freiwilligenagentur Carola Schaaf-Derichs: »Mit der Bankrotterklärung öffentlicher Haushalte ist die allparteiliche Umschmeichelung des altgedienten Ehrenamtes wiedergekehrt. Aber wir sind kein Ersatz für den Sozialstaat, auch nicht bei leeren Kassen. Wir sind seine sinnvolle Ergänzung.« (Zeit Online 1997i; ebenso Zentralrat des DCV 1995: 311; Paritätischer Wohlfahrtsverband/Stiftung Mitarbeit 1997: 23; FAZ 2000g)

ren, dass Freiwilligenarbeit durchaus staatsentlastende Effekte haben kann: Nach Ansicht der Bundesfamilienministerin Bergmann könne bürgerschaftliches Engagement folglich durchaus »bestimmte Lücken füllen oder auch neue Felder entdecken, zum Beispiel in der Jugendarbeit« (Zeit Online 1999a; ähnlich FAZ 2001).

Ein erneuter Blick auf die institutionellen Neuerungen zwischen 1998 und 2002 zeigt zudem, dass es bei diesen nicht – oder zumindest nicht in erster Linie – um die Förderung der demokratischen Dimension des freiwilligen Engagements ging, sondern um die Befriedigung der steigenden gesellschaftlichen Nachfrage nach Freiwilligenarbeit. Selbst bei den in diesem Zeitraum forcierten Maßnahmen zur Stärkung der Demokratie gegen Rechtsextremismus waren die Inhalte des Protests bereits vorgegeben und ergaben sich nicht aus dem kreativen Handeln der Bürger selbst. Mit der Entwicklung eines demokratischen Bürgerbewusstseins für gesellschaftliche oder politische Missstände hat diese Form des Protests, die auf einer vorab festgelegten politischen Problemdefinition beruhte, folglich relativ wenig gemein. An dieser Stelle sei jedoch einschränkend angemerkt, dass die demokratischen Implikationen des freiwilligen Engagements nicht nur auf Seiten des Staates, sondern auch bei den Engagierten selbst recht wenig Beachtung zu finden scheinen: Die Eurovol-Studie kommt beispielsweise zu dem Ergebnis, dass die Befragten in Deutschland eine freiwillige Tätigkeit in deutlich geringerem Maße als Beitrag zur Schaffung einer demokratischen Gesellschaft betrachten, als dies etwa in Ländern, wie den Niederlanden, Belgien, Dänemark oder Schweden, der Fall ist (Gaskin/Smith/Paulwitz 1996: 118; Reihs 1996: 235). Dennoch deuten die weitgehende Vernachlässigung der demokratischen Dimension sowie die bedarfsorientierte engagementspezifische Anrufungspraxis darauf hin, dass die zur Jahrtausendwende initiierten institutionellen Neuerungen im Bereich der staatlichen Engagementförderung einer paradoxen Logik folgen: Einerseits sollten hierdurch die noch brachliegenden Aktivitäts- und Engagementpotenziale entfesselt werden, andererseits war es aber notwendig, diese zu kanalisieren und gerade in die gesellschaftlichen Bereiche, denen von politischer Seite eine hohe Krisenhaftigkeit attestiert wurde, zu lenken. Aktivierung und Regulierung gingen hier folglich Hand in Hand (Maaser 2006: 46).

Bevor im Folgenden die Weiterentwicklung der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung in den 2000er Jahren skizziert wird, gilt anzumerken, dass an dieser Stelle aufgrund der Kürze des Zeitraumes auf eine gesonderte Darlegung der Dispositiv-Verarbeitung der freiwillig Engagierten, d.h. ihrer alltagspraktischen Aneignung, Abweisung oder Ignoranz der in der Subjektivierungsfigur des »engagierten Bürgers« kulminierenden Aktivierungsprogrammatik, verzichtet wird. Dies wird jedoch im Rahmen einer überblicksartigen Zusammenstellung der diesbezüglichen Entwicklungstrends von 1998 bis 2009 im Anschluss an die Darstellung des nachfolgenden Untersuchungszeitraums nachgeholt. Eine derartige Überblicksdarstellung bietet sich auch deshalb an, da mit Blick auf die adressierten Freiwilligen zur Jahrtausendwende keine mit der Bedeutsamkeit der soeben skizzierten institutionellen Neuerungen vergleichbaren Veränderungen festzustellen sind, die eine derart gesonderte Betrachtung rechtfertigen würden.

4.5 STORYLINE »FREIWILLIGKEIT ALS GESELLSCHAFTLICHE PRODUKTIVITÄTSRESSOURCE« (2003 BIS 2009)

Obgleich sich die Storyline der Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource in ihren Grundzügen auch zwischen 2003 und 2009 weitgehend fortsetzt, gibt es im Netz dispositiver Verknüpfungen einige neue, vor allem epistemische Verbindungslinien, die analog zum vorausgegangenen Zeitraum im Mittelpunkt der folgenden Ausführungen stehen. Der detaillierten Betrachtung der Neuerungen und Brüche im dispositiven Gewebe der Produktivitäts-Erzählung seien jedoch zunächst einige allgemeine Anmerkungen vorausgeschickt: Es zeigt sich, dass die Themen Bürgergesellschaft und freiwilliges Engagement – unter Beibehaltung ihrer emblematischen Verknüpfung (z.B. CDU/CSU/SPD 2005: 109; vgl. ähnlich CDU/CSU/FDP 2009: 7) – auch nach 2002 in programmatischen Diskussionen und Grundsatzdebatten aller Parteien aufgegriffen werden. Wie die Analyse der Parteiprogramme und der Koalitionsverträge der 2000er Jahre zeigt,⁴⁷ stellt die Förderung freiwilligen Engagements im genannten Zeitraum – weitgehend unbeeinflusst von den erfolgten Regierungswechseln – eine Konstante im Aufgabenkatalog der unterschiedlichen Regierungskoalitionen dar. Die Storyline der Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource entwickelt sich in dieser Zeit folglich zunehmend zu einem selbstverständlichen Bestandteil des bundespolitischen Alltagsgeschäfts, verliert angesichts dieser Normalisierung allerdings gleichsam an öffentlicher Präsenz und Aufmerksamkeit.

Mit Blick auf die zentralen Knotenpunkte der Storyline der Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource zwischen 2003 und 2009 wird deutlich, dass die grundlegenden epistemischen Verknüpfungen, allen voran die Subjektivierungsfigur des »engagierten Bürgers« sowie die im Bild des Freiwilligen-Marktes verdichtete Annahme engagementspezifischer Angebots- und Nachfragebedingungen, auch im weiteren Verlauf der 2000er Jahre weitgehend erhalten bleiben. Nichtsdestotrotz werden bei genauerer Betrachtung letzterer einige dispositive Neuverknüpfungen sichtbar, die unter Beibehaltung der eingeführten Markt-Terminologie im Folgenden erläutert werden.

Die Neuverknüpfungen auf der Nachfrageseite des Freiwilligen-Marktes

Auf der Nachfrageseite des diskursiv konstruierten Freiwilligen-Marktes sind es drei epistemische Neuerungen, denen nachfolgend besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird: Erstens zeigt sich, dass die bereits zwischen 1998 und 2002 intensiv diskutierten Krisenerscheinungen im Bereich des Staates, der Arbeitsgesellschaft und des gesellschaftlichen Zusammenhaltes auch nach 2002 mit Blick auf die Lösungsimplicationen des freiwilligen Engagements thematisiert werden. Obgleich diese Krisendiskurse im Zuge dessen an Intensität und Brisanz verlieren, werden bei näherer Betrachtung einige erwähnenswerte epistemische Verschiebungen

⁴⁷ | Die Förderung freiwilligen Engagements findet seit 1998 in allen Parteiprogrammen (Bündnis 90/Die Grünen 2002: 67; CDU 2007: 84; CSU 2007: 37; Die Linke 2007: 24; SPD 2007: 30f.; FDP 2012: 71f.) und Koalitionsverträgen Erwähnung (SPD/Bündnis 90/Die Grünen 1998: 31f.; SPD/Bündnis 90/Die Grünen 2002: 8, 58; CDU/CSU/SPD 2005: 106-109; CDU/CSU/FDP 2009: 7, 67).

und Verdichtungen sichtbar, die es im ersten Schritt überblicksartig zu skizzieren gilt. Der Fokus dieses Unterkapitels liegt hingegen auf der Erkenntnis, dass es im Zeitraum zwischen 2003 und 2009 zur Aufwertung des Engagementthemas in Politikfeldern kam, in denen das freiwillige Engagement bis zu diesem Zeitpunkt eher eine untergeordnete Rolle gespielt hat: Die eingehende Analyse der themenspezifischen und kontinuierlichen Berichterstattung der Bundesregierung zeigt, dass gerade in den Bereichen Bildung, Migration und Alter die freiwillige Beteiligung der Bürger angesichts einer intensiven Krisenrhetorik an Relevanz und Aufmerksamkeit gewinnt. Zweitens wird freiwilliges Engagement spätestens seit Mitte der 2000er Jahre weniger im Zusammenhang mit einem aktivierenden Staatsverständnis als vielmehr im Kontext öffentlicher Dienstleistungserbringung diskutiert. Und drittens zeigt sich, dass die Stilisierung freiwilligen Engagements zum Allheilmittel gesellschaftlicher Krisenerscheinungen zunehmend um die Frage ergänzt wird, ob die als krisenhaft wahrgenommenen gesellschaftlichen Entwicklungen selbst einer Ausweitung der Engagementbereitschaft im Wege stehen. Dieser Diskursstrang zeichnet sich dadurch aus, dass eine Fokussierung auf das Engagement derjenigen Bevölkerungsgruppen erfolgt, die in besonderem Maße von den viel beschworenen Krisen betroffen sind bzw. diese mitverursacht haben und deren Engagementpotenzial zunehmend als Ressource zur Lösung dieser Krisen entdeckt wird.

Zur Expansion der Krisenrhetorik in den 2000er Jahren

Im Hinblick auf den zuerst genannten Punkt – die bereits bekannte krisenhafte Wahrnehmung der Entwicklungen des Sozialstaates, des gesellschaftlichen Zusammenhaltes und der Arbeitsgesellschaft – seien im Folgenden lediglich die Verschiebungen im dispositiven Netz überblicksartig skizziert: Dass der Sozialstaat aufgrund von Überbeanspruchung und Finanzierungsproblemen überfordert sei, gehört weiterhin zu den zentralen – nicht weiter erläuterten – Behauptungen der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung, die ihren Widerhall in Statements, wie: »Der Staat ruft seine Bürger um Hilfe, weil er selbst am Ende ist«, findet (Focus 2006e; vgl. u.a. Konrad-Adenauer-Stiftung 2003: 5; Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2005: 15; Köhler 2006b: 3f.; CDU 2007: 87; Hilberer/Wangermann 2009: 5; Riegert 2009: 12; Wulff 2010b: 2). In den Mittelpunkt der staatsbezogenen Krisendiagnostik rückt in diesem Zeitraum hingegen die bereits zur Jahrtausendwende aufscheinende Sorge, dass der Vertrauensverlust und die Politikverdrossenheit vieler Bürger eine ernstzunehmende Gefahr für den Bestand des Staates selbst darstelle, der ja auf gewisse vorpolitische Grundlagen, wie etwa das wohlwollende Commitment der Bürger, angewiesen sei, ohne dieses selbst herstellen oder gar verordnen zu können (SZ 2004b; FAZ 2006a, 2006b; Glück 2006: 12f.; Bürsch 2009: 37). So heißt es z.B. im Grundsatzprogramm der SPD aus dem Jahr 2007: »Viele Menschen spüren den Machtverlust des Staates im globalen Zeitalter. Sie glauben nicht mehr an die politische Veränderbarkeit der Dinge.« (SPD 2007: 11; ebenso Köhler 2008a: 11)

Ein deutliches Indiz für die Erosion demokratischer Grundüberzeugungen in der Gesellschaft sind für den SPD-Abgeordneten Michael Bürsch die Ergebnisse einer Studie des Münchner Instituts Sinus/Polis, wonach 37 % der Deutschen die Demokratie als »weniger gut« bis »schlecht« bewerteten und ein weiteres Drittel der Befragten die Lösungskompetenzen demokratischer Verfahren als unzureichend

einschätzten (Bürsch 2009: 37). Diese statistischen Befunde, so der allgemeine Tenor, spiegelten sich in verschiedenen besorgniserregenden Entwicklungstrends wider, wie etwa in der sinkenden Wahlbeteiligung, der prinzipiellen Parteienskepsis vieler Bürger sowie den nachlassenden Engagiertenzahlen in Wohlfahrtsverbänden, Parteien und Gewerkschaften (Bündnis 90/Die Grünen 2002: 118; BT-Drs. 15/5015 (Armuts- und Reichtumsbericht) 2005: 139; Focus 2006d; Schäuble 2009: 149). Vor diesem Hintergrund ist es kaum verwunderlich, dass sich Bundespräsident Johannes Rau zur Beschreibung dieser Entwicklungen der folgenden drastischen Worte bediente: »Gewohnheitsmäßiges Misstrauen in die Politik untergräbt die Fundamente der Demokratie und ist ein riesengroßes Einfallstor für Populisten und schreckliche Vereinfacher aller Art. [...] Hier droht eine innere Auswanderung aus unserer Demokratie, die wir nicht tatenlos hinnehmen dürfen.« (Rau 2004: 93)

Mit Blick auf die Erwerbsarbeitsgesellschaft sind es nach wie vor Phänomene wie das Ende der Normalerwerbsbiografie, das Problem der Arbeitslosigkeit, fortschreitende Globalisierungstendenzen und der zunehmende Wettbewerbsdruck, die als Symptome der viel beschworenen Krisendiagnose benannt werden (Bündnis 90/Die Grünen 2002: 63; Rau 2004: 91; CDU 2007: 16; SPD 2007: 9; Köhler 2007b: 3; Schäuble 2009: 149; SZ 2009a). Ebenso zum selbstverständlichen Wissenskanon der Produktivitäts-Erzählung zwischen 2003 und 2010 gehört die kommunitaristisch inspirierte Sorge über den Zerfall des gesellschaftlichen Zusammenhaltes, der mit Schlagworten, wie Egoismusdrang, Entsolidarisierung, Bindungslosigkeit und Vereinzelung, plausibilisiert wird (CDU 2007: 24; Aigner 2009: 17; Köhler 2010: 3). Eine neue epistemische Verbindungslinie wird in den 2000er Jahren zwischen der kommunitaristisch inspirierten Angst vor gesellschaftlichen Zerfallsprozessen und der Entwicklung Deutschlands zum Einwanderungsland hergestellt: Es wird viel häufiger als noch zur Jahrtausendwende darauf hingewiesen, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt aufgrund der defizitären Integration von Menschen mit Migrationshintergrund gefährdet sei, da es bislang noch an geeigneten Mechanismen fehle, Migranten eine gleichberechtigte politische, soziale und kulturelle Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen (Bündnis 90/Die Grünen 2002: 19f., 63; Köhler 2006b: 4f.; Köhler 2007c: 2; Böhmer 2009: 29).

Des Weiteren sind zwischen 2003 und 2010 zwei weitere gesellschaftliche Bereiche von der Ausweitung der engagementspezifischen Krisenrhetorik betroffen, die in diesem Zusammenhang bislang kaum oder nur am Rande Erwähnung fanden: Bildung und Demografie. Während bis Anfang der 2000er Jahre der Bildungsgedanke höchstens dann mit dem Thema Bürgerengagement in Zusammenhang gebracht wurde, wenn es um die Stärkung der Jugendfreiwilligendienste als Bildungsmöglichkeit ging, entwickelt sich die Krise des Bildungsbereichs gerade unter dem Eindruck des »PISA-Schocks« zu einem zentralen Anschlussdispositiv der Produktivitäts-Erzählung in den 2000er Jahren: So bezeichneten beispielsweise die Mitarbeiter der Freiwilligenagentur »Tatendrang« in München die steigende Nachfrage nach freiwilligen Helfern an Schulen als ganz neue Entwicklung der letzten Jahre (SZ 2007f; ebenso Zeit Online 2004). Die Umstellung auf Ganztagschulen, so die allgemeine Prognose, werde diesen Bedarf noch steigern. Die zunehmende Verwobenheit des Engagementthemas mit dem Bildungsbereich zeigt sich auch daran, dass freiwilliges Engagement in immer mehr engagementspezifischen Reden und Veröffentlichungen seit Mitte der 2000er Jahre auch als eine Lösung für die Krise des deutschen Bildungssystems benannt wird (Bundesregie-

rung 2010: 3; Köhler 2006b: 4f.; Köhler 2007c: 2). Nach einer ausführlichen Herleitung der bildungsspezifischen Krisenerscheinungen sucht man aber auch hier vergebens. Stattdessen begegnet man immer wieder denselben, wenig konkreten Hinweisen auf soziale Ungleichheiten im Zugang zu Bildung, die Gefahren der zunehmenden Informationsflut sowie das reformbedürftige deutsche Schulsystem (Bündnis 90/Die Grünen 2002: 18; BT-Drs. 15/5015 (Armuts- und Reichtumsbericht) 2005: 22-25; Köhler 2006c: 1f.; SPD 2007: 8; CDU 2007: 17; Köhler 2007c: 2, 2008a: 8).

Die engagementspezifische Produktivitäts-Erzählung knüpft in den 2000er Jahren zudem noch stärker als zur Jahrtausendwende an das altersbezogene Produktivitäts-Dispositiv und die hierbei stets mitaufgerufene Krise der Demografie an (Denninger u.a. 2014: 127-163). Der immer häufiger anzutreffende Bezug auf den demografischen Wandel stellt insofern eine Ausnahme bei der Diffusion des Engagementthemas in andere Politikfelder seit dem Jahr 2002 dar, als der Zusammenhang von freiwilligem Engagement und der Alterung der Gesellschaft bereits Anfang der 1990er Jahre im Zuge der diskursiven Aufwertung des Selbsthilfegedankens und der Schaffung von Seniorenbüros hergestellt wurde (Stellungnahme der Bundesregierung in: BT-Drs. 12/5897 (Altenbericht) 1993: 10-12, 37.). Zumindest was den Bezug zur Engagementdebatte betrifft, verliert die Thematik der gesellschaftlichen Alterung in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre jedoch an Bedeutung und tritt erst im Laufe der 2000er Jahre wieder deutlicher in den Vordergrund. Die seitdem vorherrschende Einbettung der demografischen Entwicklung in eine Krisenerzählung wird hierbei aufgerufen durch abkürzende Verweise auf die unaufhaltsame Überalterung der Gesellschaft und den daraus resultierenden »Pfle- genotstand« (Focus 2006b), der als alarmierendes Sinnbild für die Überforderung der sozialen Sicherungssysteme sowie der Pflege- und Versorgungseinrichtungen vor allem in ländlichen bzw. strukturschwachen Regionen herangezogen wird (z.B. Bündnis 90/Die Grünen 2002: 19; Köhler 2006a: 5f., 2006b: 4f.; CDU 2007: 19; SPD 2007: 10; Wulff 2010b: 2; Bundesregierung 2010: 3,7; vgl. hierzu Denninger u.a. 2014: 132f.).

Wie schon zur Jahrtausendwende wird freiwilliges Engagement auch zwischen 2003 und 2010 zum Allheilmittel oder »Allzweckmittel« (Backhaus-Maul/ Nährlich/Speth 2009: 9) bei der Lösung bzw. Abmilderung der beschriebenen gesellschaftlichen Bedrohungen erklärt und eine große Nachfrage nach freiwillig erbrachten Leistungen konstatiert: Stellvertretend für eine ganze Reihe ähnlich lautender Aussagen sei hier auf einen Auszug aus dem Magazin *Focus* verwiesen:

»Der Begriff [Ehrenamt, D.N.] mag altmodisch klingen und ist doch womöglich ein Schlüssel für die Zukunft in einem Staat, der seine Wohlfahrtssysteme kaum mehr finanzieren kann, in einem Arbeitsmarkt, der einen gewaltigen demographischen Wandel verkraften muss, und in einer Demokratie, die manchmal an Verdrossenheit zu ersticken droht.« (Focus 2007b)

Da die Argumentation bezüglich der viel beschworenen Lösungsimplicationen des freiwilligen Engagements derjenigen des vorausgegangenen Untersuchungszeitraums sehr stark ähnelt, wird an dieser Stelle auf ihre ausführliche Herleitung zugunsten einer überblicksartigen Skizzierung der epistemischen Neuerungen verzichtet: Neu ist erstens, dass freiwilliges Engagement nicht mehr nur als Lösung für die bereits bekannten Krisenerscheinungen des Sozialstaates, des gesell-

schaftlichen Zusammenhaltes und der Arbeitsgesellschaft gilt, sondern diesem auch eine entlastende Wirkung mit Blick auf ungleich verteilte Bildungschancen, die durch den demografischen Wandel verursachten Belastungen im Pflegebereich sowie die Herausforderungen des gesellschaftlichen Zusammenhaltes unter der Bedingung von Zuwanderung zugeschrieben wird. Die Verwobenheit des freiwilligen Engagements mit den genannten, als krisenhaft wahrgenommenen Entwicklungen bringt die Geschäftsführerin der Robert Bosch Stiftung, Ingrid Hamm, wie folgt auf den Punkt: »[B]ürgerschaftliches Engagement in Zeiten demografischen Wandels schließt Bildungsanstrengungen, interkulturellen Dialog und Integrationsprojekte ein.« (Hamm 2009: 87; ebenso FAZ 2004d)⁴⁸

Das Bürgerengagement als Koproduct öffentlicher Dienstleistungen

Der allenthalben konstatierte hohe Bedarf an freiwillig erbrachten Leistungen, der auch in den 2000er Jahren noch zu den zentralen Knotenpunkten der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung gehört, wird nicht mehr allein durch Verweise auf die positiven Eigenschaften freiwilligen Engagements als Allheilmittel gesellschaftlicher Krisen begründet, sondern ist seitdem untrennbar mit einer weiteren epistemischen Neuverknüpfung verbunden. Die diskursive Neuerung besteht darin, dass die Stärkung freiwilligen Engagements spätestens seit Mitte der 2000er Jahre immer weniger im Kontext eines aktivierenden Staatsverständnisses diskutiert wird. Stattdessen geht es vielmehr um die Frage, wie konkrete Probleme – insbesondere im Bereich der sozialen Dienstleistungsproduktion – durch die Zusammenarbeit von Staat und Zivilgesellschaft gelöst werden können (von der Leyen 2007: 3f.; Köhler 2010: 4): »Die Zukunftsfrage sollte nicht lauten, ob bzw. wie viel Sozialstaat wir uns noch leisten können oder wollen, sondern, wer die notwendigen und gesellschaftlich erwünschten Sozialleistungen künftig erbringt: der Staat, der Markt oder Netzwerke bürgerschaftlicher, gegenseitiger Hilfe.« (Friedrich-Ebert-Stiftung o.J.)

Die in den 2000er Jahren übereinstimmend geäußerte Feststellung, dass es einen hohen Bedarf an freiwilligem Engagement gebe, wird seitdem zusätzlich dadurch begründet, dass dem Bürgerengagement im Rahmen der öffentlichen Produktion sozialer Dienstleistungen immer mehr die Rolle eines Koproducten zugeschrieben wird: »Bürgerschaftliches Engagement erbringt konkrete Dienstleistungen und verbessert so die Lebensqualität in unserem Land.« (Köhler 2006b: 2; ebenso Schmidt 2005: 3, 2009: 165) Die Feststellung, dass durch freiwilliges Engagement ein Angebot an sozialen (Dienst-)Leistungen bereitgestellt werde, das ohne den Einsatz vieler Freiwilliger angesichts der abnehmenden finanziellen Leistungsfähigkeit der öffentlichen Hand gar nicht erst zustande kommen würde, wird hierbei durch verschiedene alarmierende Bemerkungen belegt: So wird beispielsweise in einem Artikel aus der *Süddeutschen Zeitung* festgestellt, dass »der soziale Sektor ohne das Engagement der vielen Helfer zusammenbrechen« würde (SZ 2008g). Ähnliche Worte für die aktuelle Notlage fand auch Bundestagspräsi-

48 | Außerdem findet nach 2002 eine – hier nur der Vollständigkeit halber erwähnte – diskursive Perspektivenverschiebung von der nationalen hin zur europäischen und internationalen Ebene statt: »Bürgerschaftliches Engagement ist ein Kernthema der Zukunft Europas. Einigung und Stärkung der europäischen Bürgergesellschaft sind Grundlage des europäischen Integrationsprozesses.« (Bundesregierung 2010: 48; ebenso BBE 2007: 6f.)

dent Norbert Lammert: »Wenn die ehrenamtliche Arbeit von hauptamtlichen Mitarbeitern mit hohem Aufwand vom Staat geleistet werden müsste, wäre sie nicht darstellbar – weder in der Kultur noch bei Sport oder sozialen Diensten.« (Focus 2006d; ebenso Focus 2004; FAZ 2004a)

Gerade mit Blick auf die Bereiche Pflege, Gesundheit, Stadtentwicklung und Umwelt zeigt sich besonders deutlich, dass bürgerschaftliches Engagement aus der Produktion sozialer Dienstleistungen nicht mehr wegzudenken ist. So wird in Stellungnahmen von Bundespolitikern aller Fraktionen argumentiert, dass sich Selbsthilfe und freiwilliges Engagement angesichts der Zunahme alter, chronisch kranker und pflegebedürftiger Menschen »zu einer wichtigen Stütze neben der Arbeit der Professionellen in unserem Gesundheits- und Pflegesystem« entwickelt habe, die unbedingt ausgeweitet werden müsse (Schmidt 2009: 167; ebenso CDU/CSU/SPD 2005: 91; BT-Drs. 15/5015 (Armuts- und Reichtumsbericht) 2005: 29f.; Köhler 2006a: 6; CDU 2007: 23; Focus 2008; BT UA-Drs. 16/88 2009: 15f.; Stellungnahme der Bundesregierung in: BT-Drs. 17/3815 (Altenbericht) 2010: VII). Eine ausreichende Versorgung im Gesundheits- und Pflegesystem könne folglich aufgrund finanzieller Engpässe und dem Mangel an Pflegekräften ohne bürgerschaftlich engagierte Personen oder die Mitglieder von Selbsthilfegruppen kaum noch gewährleistet werden. In diesem Sinne konstatiert auch *Der Spiegel*, dass die »geringere Zahl Jüngerer, die abnehmende Pflegebereitschaft, das Defizit der Pflegeversicherung [...] zunehmend durch die Eigeninitiative von Bürgerinnen und Bürgern kompensiert werden« können (Spiegel Special 2006).

Vor dem Hintergrund dieses großen Bedarfs an Freiwilligenarbeit im Sozial- und Gesundheitsbereich formuliert die Nationale Engagementstrategie der Bundesregierung aus dem Jahr 2010 das Ziel, freiwilliges Engagement »als Teil übergreifender Lösungsansätze zur Bewältigung der mit dem demografischen Wandel verbundenen Herausforderungen« in den Bereichen Gesundheit, Pflege und Betreuung zu fördern (Bundesregierung 2010: 42). Besonderen Zuspruch erfahren in diesem Zusammenhang Konzepte, die im Sinne eines »Pflegedreiecks« (Focus 2006b) oder eines »Welfare-Mix« (Spiegel Special 2006) auf eine Kooperation zwischen Angehörigen, bezahlten Hauptamtlichen und Freiwilligen abzielen (FAZ 2009d). Dass gerade der nachhaltigen Unterstützung des freiwilligen Engagements im Rahmen derartiger Pflegeprogramme besondere Bedeutung zukommt, begründete z.B. Familienministerin Ursula von der Leyen durch Verweis auf folgende alarmierende Zukunftsprognose: »Es braucht drei Akteure: Familie, professionell erbrachte soziale Dienste, ambulant oder in Heimen, und nicht zuletzt ehrenamtliche Helfer. Wenn wir die ehrenamtlichen Strukturen heute nicht aufbauen, dann wird es zu einer menschlichen Katastrophe kommen.« (FAZ 2008b)

Neben dem Pflegebereich scheint es zudem ebenso dringlich zu sein, die besorgniserregende Entwicklung der Städte und die problematische Sicherung der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen mit Hilfe der Ausweitung bürgerschaftlichen Engagements abzumildern. Wolfgang Schäuble legte in diesem Zusammenhang dar, dass es in ländlichen oder strukturschwachen Gebieten schon jetzt schwer falle, die Angebote auf kommunaler Ebene zu gewährleisten. Ein stärkeres freiwilliges Engagement könne hier hilfreich sein, um die entstehenden Versorgungslücken, etwa »im Pflegebereich, in der Kinderbetreuung, in der Seelsorge oder in Beratungseinrichtungen«, zu füllen (Schäuble 2009: 152). Dasselbe gelte für den Schutz der Umwelt und die Entwicklung benachteiligter Stadtteile: Auf

eine engagierte Mitarbeit der betroffenen Bürger vor Ort könne hier kaum mehr verzichtet werden (Tiefensee 2009: 200). Die Nationale Engagementstrategie der Bundesregierung leitet aus diesen Erkenntnissen die Notwendigkeit ab, einerseits Umweltschutzorganisationen darin zu unterstützen, mehr Menschen für ein Engagement zu gewinnen und andererseits die Identifikation der Bewohner mit ihrem Wohnumfeld zu erhöhen, damit sich diese an der Stadt- und Quartiersentwicklung aktiv beteiligen (Bundesregierung 2010: 7, 29f.). Die hier skizzierten Befunde lassen keinen Zweifel daran, dass es bei dem allenthalben konstatierten Mehrbedarf an freiwillig erbrachten Leistungen in den 2000er Jahren in allererster Linie um solche ehrenamtliche Tätigkeiten ging, die – vorzugsweise im sozialen Bereich (SZ 2006c) – die öffentliche Dienstleistungserbringung ergänzen können: »Das Ehrenamt soll gegen die Wirtschaftsdepression, gegen Verelendung und neue Armut nützen, kurzum: dort eingesetzt werden, wo die Politik nicht hinreicht. Wer Ehrenamt sagt, meint eigentlich Caritas.« (Zeit Online 2009a)

Gesellschaftliche Krisen als Aufforderung zur gemeinschaftsbezogenen Nutzung des Engagementpotenzials

Die empirische Analyse der epistemischen Neuverknüpfungen auf der Nachfrage-seite des Freiwilligen-Marktes hat des Weiteren ergeben, dass freiwilliges Engagement in den 2000er Jahren nicht nur als Allheilmittel für vermeintliche Krisen oder als Koproduzent im Rahmen der öffentlichen Dienstleistungserbringung betrachtet wird. Immer häufiger begegnet man dem zusätzlichen Hinweis, dass sich die genannten Krisen umgekehrt auch negativ auf die Entwicklung des freiwilligen Engagements selbst auswirkten. Besonders deutlich lässt sich diese Perspektivenerweiterung am Beispiel der Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung nachzeichnen. Während im ersten Bericht aus dem Jahr 2001 die Förderung freiwilligen Engagements lediglich als Strategie zur Lösung gesellschaftlicher Probleme im Rahmen eines aktivierenden Staatsverständnisses Erwähnung findet (BT-Drs. 14/5990 (Armuts- und Reichtumsbericht) 2001: 145), wird in den nachfolgenden Berichten auch die umgekehrte Perspektive eingenommen (BT-Drs. 15/5015 (Armuts- und Reichtumsbericht) 2005: 143; BT-Drs. 16/9915 (Armuts- und Reichtumsbericht) 2008: 27, 97-100): So legt der dritte Armuts- und Reichtumsbericht aus dem Jahr 2008 dar, dass das gesellschaftliche und politische Engagement »nach wie vor stark durch Bildungsstand, Einkommensposition und Ausländerstatus beeinflusst« werde (BT-Drs. 16/9915 (Armuts- und Reichtumsbericht) 2008: 27), also gerade von solchen Faktoren, für deren krisenhafte Entwicklung freiwilliges Engagement selbst die Lösung darstellen soll. Negativ gewendet bedeutet dies, dass sich fehlende oder schlechte Bildungsabschlüsse sowie geringe finanzielle Ressourcen negativ auf die Übernahme eines freiwilligen Engagements auswirkten und damit auch die Möglichkeit sinke, über Engagement zur Überwindung von Krisensituationen beizutragen (vgl. Stellungnahme der Bundesregierung in: BT-Drs. 16/2190 (Altenbericht) 2006: 18, 26; BT-Drs. 16/4100 (Bildungsbericht) 2007: 189; BT-Drs. 16/7600 (Migrationsbericht) 2007: 18; BT-Drs. 16/10206 (Bildungsbericht) 2008: 206; Schäuble 2009: 153). Es zeigt sich demnach, dass das Engagement zur Lösung von Krisen stilisiert wird, von deren Entwicklung es andererseits unmittelbar betroffen ist.

Diese hier aufgezeigte epistemische Neuverknüpfung wird noch offenkundiger, wenn man die Fokussierung auf bestimmte Bevölkerungsgruppen berücksich-

tigt, die jetzt auch auf der Nachfrageseite des diskursiv konstruierten Freiwilligen-Marktes immer deutlicher zu Tage tritt. Es sollen nämlich vor allem diejenigen durch die Nutzung ihrer Engagementpotenziale zur Lösung der Krise im Bereich der Bildung, Migration, Demografie und Integration beitragen und zugleich ihre eigene Position verbessern, die gewissermaßen als »Opfer« in besonderem Maße von den Problemen in diesen Gesellschaftsbereichen betroffen sind bzw. diese Krisen mitverursacht haben: Jugendliche, Alte, Arbeitslose und Menschen mit Migrationshintergrund. Diese Personengruppen werden im dritten Armuts- und Reichtumsbericht explizit als »benachteiligte Bevölkerungsgruppen« (BT-Drs. 16/9915 (Armuts- und Reichtumsbericht) 2008: 149) bezeichnet, die vor allem deshalb

»an das Engagement für die Gesellschaft herangeführt werden [müssen], um Politikverdrossenheit, Gleichgültigkeit, die Hinwendung zu eigenen ›Parallelgesellschaften‹ und ›Subkulturen‹ bis hin zu aktiver Ablehnung der demokratischen und staatlichen Strukturen und Ressentiments gegenüber bestimmten Bevölkerungsgruppen zu verhindern.« (Ebd.)

Die hier aufscheinende große Nachfrage nach dem Engagement bestimmter Bevölkerungskreise, die gleichsam in hohem Maße von den verschiedenen Krisenerscheinungen betroffen sind, soll im Folgenden exemplarisch am Beispiel von älteren Menschen und Migranten illustriert werden. So wird mit Blick auf die zunehmende Alterung der Gesellschaft von politischer Seite weniger an das freiwillige Engagement aller Bevölkerungsteile appelliert, sondern vielmehr danach gefragt, wie ältere Menschen selbst durch ein Mehr an Beteiligung und Eigenverantwortung die Verwerfungen der demografischen Entwicklung auffangen könnten (CDU/CSU/FDP 2009: 81; Spiegel Online 2008). Das ehrenamtliche Engagement der älteren Generation avanciert folglich zu einer bislang vernachlässigten volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ressource bei der »Lösung der Herausforderungen der gesellschaftlichen Alterung und der Schrumpfung der Bevölkerung« (Stellungnahme der Bundesregierung in: BT-Drs. 16/2190 (Altenbericht) 2006: 18; ebenso SZ 2005b; BT-Drs. 16/10206 (Bildungsbericht) 2008: 206; CDU/CSU/FDP 2009: 81; Stellungnahme der Bundesregierung in: BT-Drs. 17/3815 (Altenbericht) 2010: VII). Der übereinstimmend konstatierte hohe Bedarf an von Alten ausgeführten freiwilligen Tätigkeiten kann erstens auf die Feststellung zurückgeführt werden, dass die ältere Generation über Ressourcen, wie Zeit, Kompetenzen und Erfahrungen, verfüge, auf deren Stärkung angesichts gesellschaftlicher Krisenerscheinungen nicht mehr verzichtet werden könne (Köhler 2006b: 4; SPD 2007: 59; von der Leyen 2009: 11; CDU/CSU/FDP 2009: 81; vgl. ausführlich hierzu Denninger u.a. 2014: 138f.):

»Aber im Gewinn an Lebenszeit liegt vor allem eine riesige Chance – für den Einzelnen wie für unsere Gesellschaft als Ganzes. Ich bin überzeugt: Den Beitrag, den gerade ältere Menschen für den Zusammenhalt unseres Gemeinwesens zu leisten vermögen und leisten wollen, können wir gar nicht hoch genug einschätzen. Das ist ein Schatz, den müssen wir heben.« (Köhler 2008b: 3)

Als besonders erfreuliche Tendenz gelte zweitens, dass sich gerade ältere Menschen vornehmlich im gesundheitlichen und sozialen Bereich freiwillig engagieren, in dem es, wie ausführlich dargestellt, besonders große finanzielle und perso-

nelle Engpässe gebe. Vor diesem Hintergrund nimmt es nicht wunder, dass es die schwarz-gelbe Bundesregierung zu einem ihrer zentralen Anliegen erklärte, das freiwillige Engagement Älterer in den genannten Bereichen als Teil übergreifender Lösungsansätze zur Bewältigung des demografischen Wandels zu fördern (Bundesregierung 2010: 42).

Ein ähnliches Bild ergibt sich mit Blick auf die Gruppe der Migranten, die mit ihrem freiwilligen Engagement die Integrationsfähigkeit der deutschen Gesellschaft verbessern und so zur Abmilderung der permanent behaupteten gesellschaftlichen Desintegrationstendenzen beitragen sollen. Die Analyse der Migrationsberichterstattung der Bundesregierung zeigt, dass Menschen mit Migrationshintergrund bis zur Jahrtausendwende überwiegend als Klienten bzw. Adressaten der deutschen Vereins- und Verbandslandschaft wahrgenommen wurden. Während folglich bis Anfang der 2000er Jahre das Engagement *für* Migranten im Mittelpunkt stand und es vornehmlich um die Frage ging, welchen Beitrag zivilgesellschaftliche Initiativen bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus, Rassismus und Diskriminierung spielen können (BT-Drs. 12/6960 (Migrationsbericht) 1994: 39; BT-Drs. 13/19484 (Migrationsbericht) 1997: 17), lag der Fokus in den darauffolgenden Jahren mehr und mehr auf dem freiwilligen Engagement *von und zusammen mit* Migranten (BT-Drs. 15/5826 (Migrationsbericht) 2005: 177-179; BT-Drs. 16/7600 (Migrationsbericht) 2007: 114-121). Die Übernahme einer freiwilligen Tätigkeit durch Menschen mit Migrationshintergrund wirke sich, so der allgemeine Tenor, positiv auf die gesellschaftliche Integration aus. Des Weiteren leisteten Migranten hierdurch nicht nur einen entscheidenden Beitrag für ein gelingendes Zusammenleben, sondern verbesserten – ganz nebenbei – auch ihre Bildungs- und Beschäftigungsfähigkeit (BMFSFJ 2007a: 11; BT-Drs. 17/2400 (Migrationsbericht) 2010: 149; Bundesregierung 2010: 12). Exemplarisch für viele ähnlich gelagerte Statements, in denen ein hoher Bedarf an freiwilligem Engagement von Migranten konstatiert wurde, sei hier auf eine Aussage der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Maria Böhmer, verwiesen: »Das Integrationsland Deutschland braucht bürgerschaftliches Engagement von, mit und für Menschen aus Zuwandererfamilien zur nachhaltigen Weiterentwicklung von Integration.« (Böhmer 2009: 34; ebenso BT-Drs. 16/7600 (Migrationsbericht) 2007: 114)

Zusammenfassend gilt festzuhalten, dass sich die epistemischen Neuerungen auf der Nachfrageseite des diskursiv konstruierten Freiwilligen-Marktes zwischen 2003 und 2009 durch ein Wechselspiel aus der Betrachtung freiwilligen Engagements als Allheilmittel einerseits und als Leidtragendes gesellschaftlicher Krisen andererseits auszeichnet. Während die Hervorhebung der Lösungsimplicationen des freiwilligen Engagements, wie schon zur Jahrtausendwende, als Begründung für die Behauptung herangezogen wird, dass es einen hohen Bedarf an freiwillig erbrachten Leistungen – gerade im sozialen Dienstleistungsbereich – gebe, kommt der zunehmenden Erwähnung von Faktoren, die der Ausübung eines freiwilligen Engagements im Wege stünden, eine andere Bedeutung zu: Diese fungieren erstens als Hintergrundfolie für Appelle an die Engagementbereitschaft derjenigen Bevölkerungsgruppen, die am meisten von den genannten Krisenerscheinungen betroffen sind bzw. diese mitverursacht haben und nun durch ihr Engagement einen Beitrag zu ihrer Überwindung leisten sollen. Zweitens werden sie als Begründung für die Ausweitung politischer Eingriffe in den Engagementbereich herangezogen und liefern konkrete Hinweise, wie politische Reformanstrengun-

gen beschaffen sein müssen. Diese Wissensbestände fungieren folglich als legitimierende Hintergrundfolie für die Initiierung von engagementförderlichen Maßnahmen, die auf bestimmte Personengruppen, wie Alte und Migranten, fokussiert sind und von niedrigschwelligen Angeboten, mit deren Hilfe gerade einkommensschwachen und/oder bildungsfernen Gruppen der Zugang zu einer freiwilligen Tätigkeit ermöglicht werden soll (Stellungnahme der Bundesregierung in: BT-Drs. 16/4100 (Bildungsbericht) 2007: VII; Schäuble 2009: 150f.).

Die Neuverknüpfungen auf der Angebotsseite des Freiwilligen-Marktes

Bezogen auf die Angebotsseite des diskursiv konstruierten Freiwilligen-Marktes lassen sich in den 2000er Jahren ebenso verschiedene Neuverknüpfungen im Netz der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung identifizieren, die es im Folgenden zu skizzieren gilt. Erstens führt die Rede von einer hohen Nachfrage nach freiwillig erbrachten Leistungen auch nach 2002 zur Aktivierung zwei weiterer – wiederum eng miteinander verknüpfter – epistemischer Knotenpunkte: die Betonung eines brachliegenden Engagementpotenzials einerseits und eines bereits hohen Engagementvolumens andererseits, wobei beide Größen nach Angaben der weiteren Wellen des Freiwilligensurveys in den 2000er Jahren einen deutlichen Anstieg verzeichnen können. Zweitens zeichnet sich die bundespolitische Auseinandersetzung mit dem steigenden brachliegenden Engagementpotenzial zwischen 2002 und 2009 durch drei epistemische Neuerungen aus, die im vorausgegangenen Zeitraum noch nicht in dieser Intensität und Dominanz ersichtlich waren: Einerseits verschiebt sich in den 2000er Jahren der Fokus vom Engagementpotenzial aller Bürger hin zum Engagementpotenzial bestimmter Zielgruppen, allen voran der Älteren, der Jugendlichen und der Migranten. In diesem Kontext sei betont, dass es in den diesbezüglichen Engagementdebatten nicht mehr nur darum geht, dass diese Bevölkerungsgruppen von einer Förderung des freiwilligen Engagements profitieren, sondern vielmehr um die Stärkung des Engagements der Migranten, Alten und Jugendlichen selbst. Die Aktivierung dieses brachliegenden Engagementpotenzials folgt andererseits einer spezifischen Bereichslogik, d.h., es wird vor allem in denjenigen Feldern eine Förderung des freiwilligen Engagements bestimmter Bevölkerungsgruppen für notwendig erachtet, in denen immer wieder Engpässe und ein Rückgang des öffentlich garantierten Dienstleistungsumfangs prognostiziert wird. Hierzu zählen insbesondere die Bereiche Gesundheit und Pflege, aber auch Stadtentwicklung sowie der Verbraucher- und Umweltschutz. Darüber hinaus wird seit Mitte der 2000er Jahre dem Engagementpotenzial von Unternehmen verstärkte Aufmerksamkeit entgegengebracht und eine Ausweitung der diesbezüglichen Aktivitäten gefordert.

Der Anstieg des Engagementpotenzials und -umfangs in den 2000er Jahren

Der Zustand der deutschen Freiwilligenlandschaft wird auch nach 2002 im Allgemeinen als recht positiv eingeschätzt: Unter Bezugnahme auf die Ergebnisse des zweiten und dritten Freiwilligensurveys wird hervorgehoben, dass die Zahl der freiwillig Engagierten in Deutschland auf einem bereits hohen Niveau konstant geblieben sei bzw. stetig zunehme: Während der erste Freiwilligensurvey von 1999 bundesweit eine Engagementquote von 34 % ermittelt, sind nach Angaben des zweiten und dritten Freiwilligensurveys aus den Jahren 2004 und 2009 36 % der Bevöl-

kerung ab 14 Jahren freiwillig engagiert (Gensicke/Picot/Geiss 2005: 17; Gensicke/Geiss 2010: 6; SZ 2006d; FAZ 2009b). Angesichts dieser erfreulichen Zahlen ist es kaum verwunderlich, dass der zukünftigen Entwicklung des Freiwilligensektors in Deutschland überwiegend optimistisch entgegengeblickt wird: »Deutschland ist Weltmeister im Ehrenamt. In keinem anderen Land engagieren sich so viele Menschen freiwillig und unbezahlt für ihre Mitbürger wie in Deutschland«, schreibt z.B. der *Focus* (2007e), und an anderer Stelle heißt es hierzu: »Bürgerschaftliches Engagement nimmt auf hohem Niveau immer weiter zu und verdient unsere ganze Anerkennung« (von der Leyen 2007: 3; diese positive Einschätzung teilen auch SZ 2003b, 2009g; Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2005: 16; Köhler 2006b: 2; von der Leyen 2009: 8; Wulff 2010b: 2; Bundesregierung 2010: 3, 8). Gerade in politischen Verlautbarungen wurde dieser mäßige Anstieg des Engagementvolumens seit der ersten Erhebung des Freiwilligensurveys im Jahr 1999 vornehmlich auf die seit der Jahrtausendwende ins Leben gerufenen bundespolitischen Reformen zurückgeführt und daraus zugleich die selbstbewusste Feststellung abgeleitet, dass die Politik durch weitere Maßnahmen auch zukünftig in der Lage sei, begünstigend auf die Entwicklung des Engagementumfangs einzuwirken (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2005: 17; Köhler 2006b: 2; von der Leyen 2007: 4).

Trotz dieser positiven Gesamtbilanz kommen in den untersuchten Dokumenten immer wieder verschiedene Defizite und Reformbaustellen zur Sprache: Sorgen bereiteten z.B. auch in den 2000er Jahren die schrumpfenden Mitgliederzahlen und die ehrenamtlichen Nachwuchsprobleme der Verbände und Vereine sowie die vergleichsweise geringeren Engagiertenzahlen in Ballungszentren und den neuen Bundesländern (Spiegel Online 2006b; SZ 2007b, 2009e; Zeit Online 2009a; Aigner 2009: 15; von der Leyen 2009: 8; Bundesregierung 2010: 8; BMI 2011: 70). Hinzu kommt, dass die Übernahme eines freiwilligen Engagements nicht in allen gesellschaftlichen Schichten gleichermaßen verwurzelt zu sein scheint: Gerade die Engagementquote von Arbeitslosen und von Personen aus bildungsärmeren Schichten falle deutlich niedriger aus als in erwerbstätigen und bildungsnahen Bevölkerungskreisen (SZ 2008g, 2009c, 2009d; Spiegel Wissen 2010). Die allgemeinen Tendenzen der Armuts- und Reichtumsentwicklung in Deutschland, so Köhler, spiegelten sich folglich auch im ehrenamtlichen Bereich wider: So wachse die Zahl derjenigen, die aufgrund wirtschaftlicher und sozialer Benachteiligungen nicht mehr an der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung in Form von freiwilligem Engagement partizipieren könnten (Köhler 2010: 5). Angesichts dessen spricht die *Süddeutsche Zeitung* mit Blick auf die Engagementbeteiligung in Ostdeutschland sogar von einer »Art ›Todesspirale‹«: »Niedriger Wohlstand und Erwerbslosigkeit führten dann dazu, dass die Menschen weniger tun, um ihre gesellschaftlichen Verhältnisse durch freiwilliges Engagement zu verändern.« (SZ 2008g; ähnlich SZ 2009d)

Diese Defizitdiagnosen münden vor allem im politischen und medialen Diskurs in der Feststellung, dass man keineswegs darauf vertrauen könne, »dass sich auch in Zukunft so viele Bürgerinnen und Bürger freiwillig engagieren wie heute« (von der Leyen 2009: 8). Aus dieser Defizitdiagnose und der positiven Einschätzung der Wirksamkeit bisheriger bundespolitischer Engagementmaßnahmen wird – trotz des konstant hohen Engagementumfangs – die allgemeine Schlussfolgerung abgeleitet, dass in Sachen Bürgerengagement auch zukünftig ein erheblicher

bundespolitischer Förderungsbedarf bestehe. Zu diesem Fazit gelangte auch die schwarz-rote Bundesregierung in ihrer Antwort auf die kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Nationalen Engagementstrategie, in der zudem die Kontinuität der emblematischen Verknüpfung von Engagementförderung und Stärkung der Bürgergesellschaft deutlich zu Tage tritt: »Es gibt erste Anzeichen dafür, dass das Engagement und die Engagementbereitschaft mit den wachsenden gesellschaftlichen Herausforderungen nicht Schritt halten. Es besteht Handlungsbedarf, wollen wir eine zukunftsfähige und gemeinwohlwertorientierte Bürgergesellschaft stärken.« (BT-Drs. 16/12221 2009: 4)

In diesem Zusammenhang ist es erneut die Annahme eines brachliegenden Engagementpotenzials, die als Begründung dafür herangezogen wird, dass eine Ausweitung des Engagementumfangs und die Nivellierung der ungleichen gesellschaftlichen Verteilung des Engagementaufkommens nicht nur notwendig, sondern auch möglich sind. Hintergrundfolie dieser optimistischen Einschätzung bilden, wie schon zur Jahrtausendwende, die Ergebnisse der weiteren Wellen des Freiwilligensurveys, die einen stetigen Anstieg des Engagementpotenzials in den 2000er Jahren konstatieren: Lag der Anteil der eventuell und bestimmt zu einem Engagement Bereiten im Rahmen des ersten Freiwilligensurveys von 1999 noch bei 26 %, stieg er nach Angaben des fünf Jahre später durchgeführten Nachfolgeberichtes auf 32 % an (Gensicke/Picot/Geiss 2005: 18). Der dritte Freiwilligensurvey aus dem Jahr 2009 ermittelt sogar ein Engagementpotenzial von 37 % (Gensicke/Geiss 2010: 8). Die Erhöhung der Engagementbereitschaft zwischen 1999 und 2009 von 26 % auf 37 % wird in den untersuchten Dokumenten einstimmig als eindrucksvolle und erfreuliche Entwicklung beschrieben: So bemerkte beispielsweise Ursula von der Leyen: »Viele engagieren sich bereits, und noch mehr sind dazu bereit. [...] Untersuchungen zeigen allerdings auch, dass ein nicht geringer Teil dieses Potenzials ungenutzt brachliegt.« (von der Leyen 2009: 8; ebenso Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2005: 16; BMFSFJ 2008a; Bundesregierung 2010: 8; Wulff 2010b: 2)⁴⁹ Angesichts des enormen, »noch längst nicht ausgeschöpft[en]« Engagementpotenzials (BMFSFJ 2008a) steht das Ziel der Vergrößerung des Engagementvolumens auch nach 2002 im Mittelpunkt der engagementbezogenen Produktivitäts-Erzählung. Aus der Existenz dieses brachliegenden Engagementpotenzials wird zudem die Feststellung abgeleitet, dass durch engagementförderliche Maßnahmen nur das von außen gefördert werde, was im Interesse der Menschen selbst liege. Zum selbstverständlichen Wissensrepertoire der Storyline gehört somit auch der permanente und abkürzende Verweis darauf, dass freiwilliges Engagement eine umfassende Win-win-Situation erzeuge: »Bürgergesellschaftliches Engagement kennt also nur Gewinner: Die Gesellschaft, den ehrenamtlich Tätigen und auch die Bürgerinnen und Bürger, denen so geholfen wird.« (Schmidt 2005: 3; ebenso Köhler 2007c: 2; FAZ 2009b; Bundesregierung 2010: 3). Gerade im Rahmen von Aufrufen, die auf eine Erhöhung der Anzahl

49 | Die anhaltende Potenziale-Fokussierung der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung zeigt sich besonders eindrucksvoll an der vom Bundesfamilienministerium im Jahr 2007 ins Leben gerufenen Initiative ZivilEngagement, die sich dem Motto: »Es ist Zeit für mehr Engagement« verpflichtet fühlt. Diese Initiative beinhaltet einen sog. »Zivilengagement-Check«, mit Hilfe dessen »Nutzerinnen und Nutzer auf spielerische Weise ihr Engagement-Potenzial testen« können (BMFSFJ 2008a).

freiwillig Engagierter abzielen, werden im Sinne der Wissensordnung des neuen Ehrenamtes weiterhin die individuellen Vorteile einer freiwilligen Betätigung, wie Selbstverwirklichung, das Knüpfen von Kontakten und die Erweiterung der eigenen Kompetenzen, diskursiv in den Mittelpunkt gestellt. Hierbei bedienten sich gerade politische Subjekte noch stärker als zur Jahrtausendwende eines eindringlichen und appellativen Tonfalls. Die diesbezüglichen Formulierungen reichen von Aussagen wie: »Wer aber etwas verändern will [...], der muss sich einmischen, muss mitarbeiten, muss Verantwortung übernehmen für unser Land« (Rau 2004: 103) über: »Du machst den Unterschied« (Bürsch 2009: 38) bis hin zu: »Engagement macht stark« – den Einzelnen und die Gemeinschaft. Sie alle hier wissen das. Und allen anderen, die noch nicht aktiv sind, rufe ich zu: Engagieren Sie sich – es lohnt sich!« (Köhler 2006b: 5) Zudem wird die Vorbildfunktion bereits Engagierter immer mehr als Möglichkeit betrachtet, bislang nicht engagierte Menschen für eine freiwillige Tätigkeit zu gewinnen. So rufen die jeweiligen Bundespräsidenten im Rahmen der jährlich stattfindenden Ehrung besonders engagierter Bürger die Preisträger stets dazu auf, ihre Auszeichnung in ihrer Umgebung stolz zu präsentieren, um so Werbung für freiwilliges Engagement zu machen. Horst Köhler brachte die hiermit verbundenen Hoffnungen auf die folgende einprägsame Formel: »Bürgerengagement und Bürgerstolz sind ein Zwillingsspaar. Seien Sie stolz auf das, was Sie leisten – das steckt an.« (Köhler 2005a: 4; ebenso Köhler 2007b: 3, 2009: 4; Wulff 2010a: 3, 2010b: 2)

Von der allgemeinen zur zielgruppenspezifischen Aktivierung der Engagementpotenziale

Bis zu diesem Punkt entspricht die Auseinandersetzung mit dem steigenden Engagementpotenzial zwischen 2003 und 2010 grundlegend den epistemischen Erkenntnissen des vorausgegangenen Zeitraums. Im Folgenden gilt es daher, die Aufmerksamkeit auf zwei wissensbezogene Neuverknüpfungen zu richten, die sich zwar zur Jahrtausendwende bereits andeuten, aber erst in den Folgejahren vollständig zum Tragen kommen: Dies trifft erstens auf die Tendenz zu, dass der Fokus der Potenziale-Debatte spätestens seit Mitte der 2000er Jahre nicht mehr auf der Engagementbereitschaft der gesamten Bevölkerung, sondern auf dem brachliegenden Potenzial bestimmter gesellschaftlicher Gruppen liegt. Besondere Beachtung erfahren hierbei diejenigen Personengruppen, »die am Rande der Gesellschaft stehen«, bislang im Engagement unterrepräsentiert sind und/oder ein besonders großes Engagementpotenzial an den Tag legen (Bundesregierung 2010: 8; ebenso SZ 2009f). Engagementförderung muss laut der Nationalen Engagementstrategie der schwarz-gelben Bundesregierung deshalb »gerade dort ansetzen, wo einzelne Gruppen unterrepräsentiert oder ihre Zugänge zum Engagement besonders schwierig sind« (Bundesregierung 2010: 11; ebenso Köhler 2008a: 20). Diese Kriterien werden von folgenden Personen erfüllt: von Arbeitslosen, Alten, Jugendlichen, Migranten und – mit einigen Abstrichen – auch von Frauen⁵⁰ (vgl. u.a.

50 | Frauen stellen aus engagementpolitischer Sicht deshalb eine wichtige Zielgruppe dar, da ihre Engagementquote (32 %) nach Angaben der dritten Erhebung des Freiwilligensurveys noch weit unter derjenigen der Männer mit 40 % liegt (Gensicke/Geiss 2010: 19; SZ 2009c). Aufgrund des hohen Engagementpotenzials der Frauen, das seit 1999 von 28 % auf 39 % im Jahr 2009 gestiegen ist, befürwortet z.B. die Nationale Engagementstrategie die Ausweitung

CDU/CSU/SPD 2005: 106-109; CDU/CSU/FDP 2009: 78-81). Hierbei handelt es sich folglich um die zentralen Klienten der Migrations-, Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Altenpolitik, d.h. der Politikfelder, in denen seit 2002 zunehmend Bezüge zur Engagementdebatte hergestellt werden. Die zweite epistemische Neuerung besteht darin, dass an diese Personengruppen, die – wie weiter oben bereits dargelegt – entweder als die Leidtragenden oder die Verursacher der genannten gesellschaftlichen Krisenerscheinungen gelten, mehr und mehr die Forderung gestellt wird, mit Hilfe eines freiwilligen Engagements ihre eigene Position in Sachen Ausbildung, Arbeitsmarktbeteiligung und Integration zu verbessern und hierdurch gleichzeitig zur Überwindung der gesellschaftlicher Krisen beizutragen. An dieser Stelle sei nochmals betont, dass es seit Mitte der 2000er Jahre folglich weniger – bzw. nicht in erster Linie – um die Förderung des freiwilligen Engagements *zugunsten* dieser Zielgruppen geht, als vielmehr um die freiwillige Beteiligung *von* Migranten, Alten und Jugendlichen.

Ältere Menschen als Zielgruppe der Engagementpolitik

Die wohl größte Aufmerksamkeit wird im Untersuchungszeitraum dem brachliegenden Engagementpotenzial in den Reihen älterer Menschen entgegengebracht. Die analysierten Dokumente beziehen sich hierbei erneut auf die vielversprechenden Ergebnisse der drei bisherigen Wellen des Freiwilligensurveys, die u.a. auf den kontinuierlichen Anstieg des Engagementumfangs älterer Menschen zwischen 1999 und 2009 aufmerksam machen. So lag die Engagementquote der Menschen über 65 Jahre im Jahr 1999 bei 23 %, fünf Jahre später bei 26 % und im Jahr 2009 sogar schon bei 28 %, wobei zwischen 2004 und 2009 besonders bei Menschen über 70 Jahre ein erheblicher Anstieg zu verzeichnen war (Gensicke/Geiss 2010: 20). In diesem Kontext gilt es als besonders erfreulich, dass nicht nur der Umfang, sondern auch das Engagementpotenzial der älteren Generation in diesem Zeitraum ebenfalls erheblich angestiegen sei (Gensicke/Picot/Geiss 2005: 322-324; SZ 2005b; Köhler 2006a: 4; Stellungnahme der Bundesregierung in: BT-Drs. 16/2190 (Altenbericht) 2006: 18; Spiegel Special 2006; Focus 2007f; BT-Drs. 16/13830 (Sozialbericht) 2009: 75; Bundesregierung 2010: 9; BMI 2011: 70). Hierbei werden die folgenden Gründe als Ursachen für die bislang unzureichende Potenziale-Ausschöpfung bei älteren Menschen benannt: Erstens dürfe keineswegs davon ausgegangen werden, dass ältere Menschen automatisch ihre Ressourcen zugunsten der Gemeinschaft einbringen, auch wenn sich die Bedingungen für ein Engagement angesichts verbesserter Gesundheits- und Mobilitätsbedingungen deutlich verbessert hätten (Schenck zu Schweinsberg 2009: 159). Zweitens wirke sich besonders die bis weit in die 2000er Jahre hineinreichende Dominanz negativer Altersbilder, in denen die Nacherwerbsphase überwiegend als Zeit von Verlust, Krankheit und Passivität charakterisiert wurde, hinderlich auf die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung durch Alte aus (u.a. Zeit Online 2009c). Und drittens fehle es noch an geeigneten institutionellen Rahmenbedingungen, die dem Einzelnen die Möglichkeit eines selbstbestimmten Engagements auch im Alter einräumten

des weiblichen Engagements: »Dieses Potenzial abzurufen stellt gleichermaßen eine Herausforderung an zivilgesellschaftliche Organisationen, die Arbeitgeber und die öffentliche Hand dar, indem die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und gesellschaftlicher Teilhabe gefördert wird.« (Bundesregierung 2010: 10)

(von der Leyen 2009: 12; Stellungnahme der Bundesregierung in: BT-Drs. 17/3815 (Altenbericht) 2010: VII). Diese Überlegungen führen zu dem übereinstimmenden Fazit, dass verstärkte Anstöße von außen notwendig seien, um das brachliegende Engagementpotenzial der Älteren nachhaltig zu fördern (BT-Drs. 15/5955 (Sozialbericht) 2005: 89; CDU/CSU/SPD 2005: 108; Stellungnahme der Bundesregierung in: BT-Drs. 16/2190 (Altenbericht) 2006: 19; SPD 2007: 34; SZ 2008b; Schäuble 2009: 152; Stellungnahme der Bundesregierung in: BT-Drs. 17/3815 (Altenbericht) 2010: VII, X). Mit dieser Einsicht untrennbar verbunden sind vehemente Appelle an die Engagementbereitschaft der älteren Generation: »Und darum bitte ich Sie, jeden Einzelnen persönlich: Seien Sie Pioniere! Gehen Sie neue und vielleicht auch manchmal unbequeme Wege! ›Alter ist nichts für Feiglinge!‹« (Köhler 2006a: 8)

Die eindringliche Aufforderung an Ältere, ein freiwilliges Engagement zu übernehmen, ist Bestandteil der allgemeinen Proklamierung eines neuen Altersbildes und der Umdeutung des Ruhestandes zum produktiven »Unruhestand« im medialen, politischen und wissenschaftlichen Diskurs der 2000er Jahre (CDU/CSU/SPD 2005: 108; Köhler 2006d: 2, 2008b: 3; Focus 2006; FAZ 2008a; SZ 2009j; BT-Drs. 16/13830 (Sozialbericht) 2009: 75). Köhler fasst diesen Wandel des Altersbildes folgendermaßen zusammen: »Wie können wir alle, die Jüngeren wie die Älteren, die Vorstellung vom Alter als einer Zeit des Niedergangs überwinden, damit wir die vielen Chancen besser in den Blick bekommen und nutzen, die mit einem längeren Leben verbunden sind?« (Köhler 2006b: 2) Die Konzentration von Engagementmaßnahmen auf ältere Menschen trägt diesem sich allmählich durchsetzenden produktiven Altersbild insofern Rechnung, als es den Wünschen älterer Menschen nach einer sinnvollen und gemeinschaftsstiftenden Tätigkeit im Alter entgegenkommt (Zeit Online 2009d; Stellungnahme der Bundesregierung in: BT-Drs. 17/3815 (Altenbericht) 2010: V): So würden nach Ansicht von Ursula von der Leyen viele ältere Menschen »nur darauf warten, dass man sie in Verantwortung nimmt« (SZ 2008b; ähnlich SZ 2008a). Außerdem wirke sich – ganz nach dem Motto: »Wer sich um andere kümmert, hat keine Zeit, alt zu sein« – eine freiwillige Betätigung im Sinne der viel beschworenen Win-win-Situation sowohl positiv auf den Einzelnen wie auch auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt insgesamt aus (Köhler 2008b: 2; ebenso Köhler 2006a: 4-7; Stellungnahme der Bundesregierung in: BT-Drs. 17/3815 (Altenbericht) 2010: V, VII).

Menschen mit Migrationshintergrund als Zielgruppe der Engagementpolitik

Neben Älteren stehen seit Mitte der 2000er Jahre besonders Menschen mit Migrationshintergrund im Mittelpunkt der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung. Dem Engagementumfang von Migranten wird deshalb ein erhöhtes Interesse entgegengebracht, da dieser nach Angaben des zweiten und dritten Freiwilligensurveys im Vergleich zur nicht-migrantischen Bevölkerung eher gering ausfalle (Gensicke/Geiss 2010: 23; SZ 2005e). So erhöht sich zwar der Gesamtumfang freiwillig engagierter Migranten zwischen 2004 und 2009 von 23 % auf 26 %, doch liegt dieser damit noch weit unter der Engagementquote der Gesamtbevölkerung (BT-Drs. 17/2400 (Migrationsbericht) 2010: 150; Bundesregierung 2010: 9). Als besonders besorgniserregend wird in diesem Zusammenhang die vergleichsweise geringe Beteiligung jugendlicher Migranten betrachtet, die im Jahr 2009 lediglich bei 24 % liegt (BT-Drs. 17/3400 (Bildungsbericht) 2010: 80). Mit

Blick auf die Faktoren Bildung und Einkommen zeigen sich zudem ähnliche Tendenzen wie in der restlichen Bevölkerung, d.h., Migranten mit gutem Einkommen und einem höheren Bildungsabschluss sind durchschnittlich häufiger freiwillig engagiert (BT-Drs. 17/2400 (Migrationsbericht) 2010: 150).

Entgegen dieser pessimistischen Gesamtbilanz gibt zumindest das beachtliche Engagementpotenzial der Migranten Anlass zur Hoffnung: Dieses liegt nach Angaben des Freiwilligensurveys mit 42 % im Jahr 2004 deutlich über der Engagementbereitschaft der übrigen Bevölkerung (Gensicke/Picot/Geiss 2005: 24; SZ 2009f). Aus der Existenz dieses erheblichen Engagementpotenzials wird daher unisono das Fazit abgeleitet, dass das bürgerschaftliche Engagement von Migranten, insbesondere der Jugendlichen, in hohem Maße weiter unterstützt und ausgebaut werden müsse (BT-Drs. 16/7600 (Migrationsbericht) 2007: 115f.; BMFSFJ 2007a: 11; Schäuble 2009: 151; BT UA-Drs. 16/88 2009: 52; SZ 2009i). Exemplarisch hierfür sei an dieser Stelle auf einen Auszug aus der Nationalen Engagementstrategie verwiesen: »Menschen mit Migrationshintergrund [...] sind eine bedeutende Zielgruppe für die Engagementpolitik der Bundesregierung. Die Bundesregierung will daher diese Menschen verstärkt für bürgerschaftliches Engagement gewinnen und Hindernisse für ihr Engagement beseitigen.« (Bundesregierung 2010: 12)⁵¹

Mit der Ausweitung des Engagementumfangs von Migranten werden zumeist zwei zentrale Hoffnungen verbunden: Einerseits sollen auf diese Weise die Bildungspotenziale des freiwilligen Engagements für die Migranten selbst nutzbar gemacht werden (BT-Drs. 17/3400 (Bildungsbericht) 2010: 80; Bundesregierung 2010: 9); andererseits kann das freiwillige Engagement von Migranten ein »Brückenschlag in die Aufnahmegesellschaft sein und den Weg zur Integration ebnen« (BMFSFJ 2007a: 11; ebenso Zeit Online 2008).

Jugendliche als Zielgruppe der Engagementpolitik

Eine weitere zentrale Zielgruppe der engagementspezifischen Aktivierungsaufrufe seit Mitte der 2000er Jahre bildet die Gruppe der Jugendlichen, wofür zumeist die folgenden Gründe angeführt werden: Erstens waren die meisten der im Erwachsenenalter engagierten Personen bereits in ihrer Jugend freiwillig aktiv, weshalb die Engagementförderung möglichst früh im Lebenslauf einsetzen sollte (Köhler 2006d; Schäuble 2009: 151f.). Zweitens stellt freiwilliges Engagement für Jugendliche eine ideale Möglichkeit der Bildung, Integration und Identitätsentwicklung dar (Spiegel Wissen 2010). Drittens scheinen Jugendliche für engagementpolitische Maßnahmen aufgrund ihres hohen Engagementumfangs und -potenzials in besonderem Maße empfänglich zu sein: Die Engagementbeteiligung der 14- bis 24-Jährigen sei zwar nach Angaben des Freiwilligensurveys zwischen 1999 und 2009 leicht abgesunken (1999: 37 %, 2004: 36 %, 2009: 35 %), nichtsdestotrotz weisen Jugendliche nach wie vor die insgesamt höchste Engagementquote auf (Gensicke/Geiss 2010: 18). Doch auch hier tritt der Einfluss des Faktors Bildung

51 | Nach Ansicht von Bündnis 90/Die Grünen könne man zudem im Hinblick auf die soziale und wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands keineswegs mehr auf die Erfahrungen und Kompetenzen freiwillig engagierter Migranten verzichten: »Wir brauchen auch die Fähigkeiten, das Engagement und die Erfahrungen von Migrantinnen und Migranten, wenn unsere Gesellschaft wirtschaftlich und sozial bestehen und sich weiter entwickeln soll.« (Bündnis 90/Die Grünen 2002: 63)

deutlich zu Tage: Während sich nach Angaben des zweiten Freiwilligensurveys nur 22 % der Jugendlichen zwischen 14 und 24 Jahren mit niedrigem Bildungsabschluss engagieren, sind es bei denjenigen mit einem hohen Bildungsstatus sogar 43 % (Gensicke/Picot/Geiss 2005: 225): »So fehlen gerade dem schulisch weniger privilegierten Nachwuchs die wichtigen Lerneffekte durch ehrenamtliche Tätigkeiten.« (Spiegel Wissen 2010) Besonders beeindruckt zeigten sich die politischen Vertreter allerdings von dem enormen Engagementpotenzial der Jugendlichen, das nach Angaben des Freiwilligensurveys im Jahr 1999 bei 39 %, im Jahr 2004 bei 43 % und im Jahr 2009 sogar bei 49 % liegt (Gensicke/Picot/Geiss 2005: 213; vgl. BT-Drs. 14/8700 (Sozialbericht) 2002: 125; Bundesregierung 2010: 9; BT-Drs. 17/3400 (Bildungsbericht) 2010: 83; BMI 2011: 69).

Die engagementförderlichen Maßnahmen des Bundes verfolgten daher grundlegend das Ziel, dieses Engagementpotenzial zu heben: »Wir brauchen das Engagement junger Menschen. Wie können wir noch mehr von ihnen zur Übernahme eines Ehrenamtes bewegen?« (von der Leyen 2009: 11, ebenso CDU/CSU/SPD 2005: 110; Köhler 2006c: 12; Schäuble 2009: 152; Spiegel Wissen 2010) Auf die Zielgruppe der Jugendlichen ausgerichtete engagementspezifische Reformen müssten allerdings, so die allgemeine Feststellung, bestimmten Kriterien entsprechen: Sie sollten einerseits so gestaltet sein, dass sie den stärker nutzenorientierten Motiven junger Menschen, die durch ein freiwilliges Engagement oftmals beruflich relevante Kompetenzen oder zusätzliche Qualifikationen erwerben möchten, Rechnung tragen (Bundesregierung 2010: 9; BMI 2011: 74). Andererseits ist es von zentraler Bedeutung, dass sie dem Wunsch der Jugendlichen entgegenkommen, mit einer derartigen Tätigkeit soziale Kontakte zu knüpfen oder die Erfahrung der Selbstwirksamkeit zu machen (von der Leyen 2009: 11; BT-Drs. 16/4100 (Bildungsbericht) 2007: 65).

Die bereichsspezifische Aktivierungsrhetorik brachliegender Engagementpotenziale

Die soeben dargelegte Konzentration auf die Engagementbereitschaft bestimmter Personengruppen im Rahmen der Auseinandersetzung mit dem steigenden Engagementpotenzial seit Mitte der 2000er Jahre wird ergänzt durch eine weitere Neuverknüpfung: Die Aktivierung dieses brachliegenden Engagementpotenzials wird vor allem in den Bereichen eine hohe Priorität eingeräumt, in denen zuvor ein besonders hoher Bedarf an freiwilligen Zusatzleistungen konstatiert wurde. Im Mittelpunkt dieser bereichsspezifischen Aktivierungsrhetorik brachliegender Engagementpotenziale stehen folglich erneut die Felder personenbezogener sozialer Dienstleistungserbringung, wie Pflege und Gesundheit, aber auch Stadtentwicklung und Umweltschutz. Angesichts der personellen und finanziellen Engpässe in den Bereichen Pflege und Altenhilfe wird vor allem an das hohe brachliegende Engagementpotenzial älterer Menschen appelliert, die sich nach Angaben des Freiwilligensurveys ja ohnehin vorwiegend zugunsten der eigenen Altersgruppe engagierten (Gensicke/Geiss 2010: 20, 156f.; vgl. SZ 2005c; Bundesregierung 2010: 42; Stellungnahme der Bundesregierung in: BT-Drs. 17/3815 (Altenbericht) 2010: VII). Nur durch Aktivierung dieses Potenzials könnten nach Ansicht von Ursula von der Leyen die Pflegekassen entlastet und der große Bedarf an freiwilligem Engagement in diesem Bereich befriedigt werden: »Noch nie in der Geschichte gab es so viele ältere Menschen wie heute. Noch nie waren sie so gesund, so gebildet, hatten

so viel Zeit. Das müssen wir nutzen. Wenn wir das nicht schaffen, dann werden wir dramatisch scheitern, menschlich und ökonomisch.« (FAZ 2008b; vgl. ähnlich FAZ 2007b, 2008a)

Die hohe Engagementbereitschaft Älterer wird folglich übereinstimmend mit der Hoffnung verknüpft, dass zukünftig noch mehr »fit gebliebene Senioren ehrenamtlich für die Pflege noch älterer begeister[t]« werden könnten (Focus 2006b; ebenso SZ 2004a, 2009b; Spiegel Special 2006). Ursula von der Leyen spitzte diese Erwartungshaltung auf die folgende einprägsame Formel zu: »Es gilt im doppelten Sinne: Ohne Ehrenamt kein gutes Alter!« (FAZ 2008b; ebenso FAZ 2008a) Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen forderte auch Wolfgang Tiefensee, dass dieses Potenzial »durch ein konkretes Konzept erschlossen und in die kommunale und regionale Planung eingebunden werden« müsse (Tiefensee 2009: 202). Zudem sei es mit Blick auf die »älter werdende Stadt« notwendig, die großen Engagementpotenziale der Senioren auch für die Aufrechterhaltung der Angebote in strukturschwachen und ländlichen Regionen zu aktivieren (SPD 2007: 34).

Die Verschränkung der professionellen und freiwilligen Dienstleistungserbringung müsse aber auch in anderen Bereichen der Sozialen Arbeit weiter forciert werden: Ulla Schmidt verwies in diesem Zusammenhang exemplarisch auf die hohe Engagementbereitschaft von Menschen mit Migrationshintergrund, die bislang in Selbsthilfegruppen allerdings deutlich unterrepräsentiert seien (Schmidt 2009: 169). Handlungsbedarf bestehe außerdem im Bereich des Umweltschutzes, in dem übereinstimmend ein hoher Bedarf an freiwillig erbrachten Leistungen konstatiert wird: Die Nationale Engagementstrategie legt hier im Anschluss an die Umweltbewusstseinsumfrage 2008 dar, dass 36 % der Befragten durchaus zu einem Engagement im Umweltsektor bereit wären, sich jedoch nur 4 % der Umfrageteilnehmer tatsächlich in diesem Bereich engagierten (Bundesregierung 2010: 30). Gleichzeitig gebe es Hinweise darauf, dass gerade bei der Gruppe der Jugendlichen der Einsatz für den Umweltschutz zugunsten privater Ziele zunehmend an Bedeutung verliere. Aus diesem Grund sei es notwendig, dass gerade junge Menschen für ein Engagement in diesem Bereich gewonnen werden (von der Leyen 2009: 8; Bundesregierung 2010: 33). Dasselbe gelte für den Verbraucherbereich, der immer stärker auf die Beteiligung von Freiwilligen, z.B. in Selbsthilfegruppen, angewiesen sei: Hier existiere nach Angaben der Nationalen Engagementstrategie ein erhebliches brachliegendes Engagementpotenzial, das zukünftig besser aktiviert werden müsse (Bundesregierung 2010: 30).

Das brachliegende Engagementpotenzial der Unternehmen

Neben dieser bereichsspezifischen Aktivierungslogik sei abschließend noch auf eine dritte Tendenz im Rahmen der Auseinandersetzung mit dem brachliegenden Engagementpotenzial während der 2000er Jahre verwiesen: Während das Engagement von und in Unternehmen zur Jahrtausendwende noch ein Randthema des bundespolitischen Bürgergesellschaftsdiskurses darstellt (SZ 2000h; Schröder 2001a), wird diesem Bereich seit Mitte der 2000er Jahre deutlich mehr Aufmerksamkeit entgegengebracht (Focus 2006e; CDU 2007: 84; SZ 2008c, 2009f; Wulff 2010a: 2). Interessanterweise ist auch in Bezug auf Unternehmen von einem noch brachliegenden Engagementpotenzial die Rede: So heißt es beispielsweise im Rahmen der »Initiative ZivilEngagement« des Bundesfamilienministeriums, dass es gerade bei Unternehmen noch »Spielraum für sehr viel mehr zivilgesell-

schaftliches Engagement« gebe (BMFSFJ 2008a; von der Leyen 2009: 11). Zudem wird auch im wirtschaftlichen Bereich davon ausgegangen, dass sog. »Corporate Citizenship«-Programme eine allseitige »Win-win-win-Situation« (SZ 2008c; ebenso SZ 2003a; FAZ 2008d) erzeugten, von der sowohl die Mitarbeiter und die Begünstigten als auch das Image der Unternehmen profitierten. Diese hier nur kurz angesprochene Schwerpunktverlagerung hin zum unternehmerischen Engagement zeigt, dass sich die wirtschaftliche Verantwortungsübernahme für die Gemeinschaft zu einem weiteren Knotenpunkt im Rahmen der Storyline der Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource seit Mitte der 2000er Jahre entwickelt, in deren dispositive Verbindungslinien bislang vorwiegend politische und gesellschaftliche Subjekte als Verantwortungsträger eingewoben waren. Horst Köhler bringt diese neue Konstellation folgendermaßen auf den Punkt:

»In den vergangenen Jahren sind Begriffe wie Zivilgesellschaft oder Bürgergesellschaft immer mehr in unser Bewusstsein gekommen. [...] Das ist auch wichtig, denn diese Aktivitäten haben mit der Frage zu tun, was unsere Gemeinschaft zusammenhält, und was die Politik – aber auch zum Beispiel die Wirtschaft – tun können, damit bürgerschaftliches Engagement gefördert wird und alle davon profitieren können.« (Köhler 2008c: 1)

Der Freiwilligen-Markt als Hoffnung des Arbeitsmarktes

Die Analyse der Storyline der Freiwilligkeit als Produktivitätsressource zwischen 2003 und 2009 zeigt, dass diese im Hinblick auf ihre zentralen Knotenpunkte und Verbindungslinien, die sich nach wie vor um die Kernkategorie »Bürgerengagement als (brachliegendes) Potenzial« gruppieren, eine große Kontinuität an den Tag legt. Freiwilliges Engagement wird zwar spätestens seit Mitte der 2000er Jahre weniger im Zusammenhang mit einem aktivierenden Staatsverständnis als vielmehr im Kontext öffentlicher Dienstleistungserbringung diskutiert, doch bleiben die bereits zur Jahrtausendwende identifizierten zentralen Verknüpfungen im dispositiven Netz weitgehend erhalten. Die empirische Analyse hat ergeben, dass die wissensbezogenen Neuerungen der 2000er Jahre, wie etwa die Ausweitung der Krisenrhetorik auf weitere gesellschaftliche Entwicklungen oder die Zuspitzung des Aktivierungspostulats auf bestimmte Zielgruppen und Bereiche, in die grundlegende Problem-Lösungs-Konstruktion der Storyline integriert und zu einer kohärenten Erzählung verdichtet werden. Die weitgehende Kontinuität der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung zwischen 2003 und 2009 kann demnach u.a. auf ihre Offenheit für inhaltliche Schwerpunktverlagerungen, z.B. im Rahmen von Regierungswechseln, zurückgeführt werden, die als epistemische Verschiebungen in das bestehende dispositive Gewebe eingepasst werden.

Die zentralen Merkmale der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung zwischen 2003 und 2009 beruhen folglich nach wie vor auf den bereits aus dem vorausgegangenen Untersuchungszeitraum bekannten und weitgehend fortbestehenden epistemischen Knotenpunkten im dispositiven Netz: Durch die Einbettung der Rede über freiwilliges Engagement in eine Problem-Lösungs-Konstruktion einerseits und die Betonung eines nach wie vor brachliegenden Engagementpotenzials andererseits wird – wie bereits zur Jahrtausendwende – eine erhebliche Nachfrage nach freiwillig erbrachten Leistungen sowie ein großes Angebot an Engagementbereiten diskursiv konstruiert. Im Mittelpunkt der engagementbezogenen Nachfragedebatten stehen weiterhin verschiedene gesellschaftli-

che Krisensymptome, zu deren Lösung eine Ausweitung freiwilliger Leistungen notwendig erscheint. Die thematisierten Krisenerscheinungen werden hier zwar um neue Herausforderungen, wie etwa die demografische Entwicklung, die Krise des Bildungssystems oder die Integration von Migranten, ergänzt, doch bleibt die daraus gezogene Schlussfolgerung dieselbe: Die Ausweitung freiwilligen Engagements sei eine gute Möglichkeit, den genannten Herausforderungen wirksam zu begegnen und müsse deshalb von staatlicher Seite unterstützt werden. Auf der Angebotsseite wird unter Heranziehung der weiteren Wellen des Freiwilligensurveys nicht nur auf das Fortbestehen, sondern zugleich auf den erfreulichen Anstieg des Engagementpotenzials in den 2000er Jahren hingewiesen, wobei bestimmten Einsatzfeldern, besonders im personenbezogenen Dienstleistungsbereich, und spezifischen Personengruppen, wie Migranten, Alten und Jugendlichen, besondere Aufmerksamkeit entgegengebracht wird. Des Weiteren wird analog zum vorausgegangenen Untersuchungszeitraum davon ausgegangen, dass dieses ungehobene Angebot an potenziellen Freiwilligen durch eine entsprechende Aktivierung den angesprochenen (Mehr-)Bedarf befriedigen könne. Exemplarisch hierfür sei auf ein Interview mit der Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen verwiesen, die die engagementspezifische Angebots- und Nachfragelogik der Produktivitäts-Erzählung explizit aufgriff und mit Blick auf die ältere Generation wie folgt konkretisierte:

»Jeder Dritte, der älter als 60 ist, engagiert sich freiwillig; jeder Zweite möchte ehrenamtlich tätig werden, weiß aber nicht, wie. Viele Wohlfahrtsorganisationen suchen Helfer, können sie aber nicht finden. Wir haben also ein Auseinanderklaffen von Angebot und Nachfrage, da wollen wir vermitteln.« (FAZ 2008a)

In ähnlicher Manier beschrieb Ursula von der Leyen den Grundgedanken der Internetplattform »www.engagiert-in-deutschland.de«, die im Rahmen der Initiative ZivilEngagement ins Leben gerufen wurde: »Diese Internetseite soll ein Dach bilden, unter dem verschiedene Angebote übersichtlich und leicht zugänglich sind. Die Vision, die dahinter steht, ist ein Marktplatz für bürgerschaftliches Engagement im Internet, den Engagierte und Organisationen gleichermaßen nutzen können.« (von der Leyen 2009: 10)⁵²

Dieses diskursiv konstruierte Passungsverhältnis zwischen engagementspezifischen Angebots- und Nachfragebedingungen findet somit auch zwischen 2003 und 2010 seinen epistemischen Kulminationspunkt in dem bereits eingeführten Bild des Freiwilligen-Marktes, das an dieser Stelle nochmals aufgegriffen und präzisiert werden soll. Obgleich sich die Storyline der Freiwilligkeit als Produktivitätsressource zwischen 2003 und 2010 durch eine erstaunliche Kontinuität auszeichnet, las-

52 | Eine ähnliche Formulierung findet sich auch auf einem Flyer des Bundesfamilienministeriums, in dem die Initiative ZivilEngagement vorgestellt wird. Hier heißt es, »das Internetportal www.engagiert-in-deutschland.de [...] [ist] eine Plattform für Bürgerinnen und Bürger, Organisationen, Kommunen und Unternehmen, in der bereits Aktive und Menschen, die aktiv werden wollen, schnell den Weg zum für sie passenden Engagement finden« (BMFSFJ 2008a). Mit Hilfe dieser Internetplattform sei nach Ansicht der Nationalen Engagementstrategie eine effiziente Zusammenführung von Angebot und Nachfrage möglich (Bundesregierung 2010: 68).

sen sich, wie bereits ausführlich dargelegt, eine Reihe epistemischer Neuerungen identifizieren, die auch für die Freiwilligen-Markt-Deutung nicht folgenlos bleiben: Durch die spätestens seit Mitte der 2000er Jahre einsetzende Fokussierung des Angebotsdiskurses auf das Engagementpotenzial spezifischer Personengruppen und des Nachfragediskurses auf den erhöhten Bedarf in bestimmten gesellschaftlichen Einsatzfeldern rückt die engagementspezifische Produktivitäts-Erzählung zunehmend in die Nähe arbeitsmarktpolitischer Überlegungen.

Während die Arbeitsmarkt-Analogie zur Jahrtausendwende eher als Vergleichsfolie für die veränderten Anforderungen der neuen Ehrenamtlichen an ein freiwilliges Engagement fungierte, verändert sich ihre Bedeutung in den 2000er Jahren insofern grundlegend, als sich die Angebots- und Nachfragedebatten über freiwilliges Engagement nun immer stärker an arbeitsmarktpolitischen Notwendigkeiten orientieren. Für diese Annahme spricht erstens, dass besonders in den Bereichen eine hohe Nachfrage nach Freiwilligen konstatiert wird, in denen, wie etwa im personenbezogenen Dienstleistungsbereich, Versorgungslücken aufgrund des allgemeinen Fachkräftemangels und erheblicher Finanzierungsprobleme befürchtet wurden (FAZ 2008a): So forderte beispielsweise Barbara Stolterfoht, SPD-Politikerin und Bundesvorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, dass das Geld, welches bei einem möglichen Wegfall des Zivildienstes frei werde, »künftig ungekürzt für hauptberufliche Kräfte, freiwillige Dienste und das Ehrenamt zur Verfügung stehen« müsse (Focus 2004). Als Ergänzung zu Überlegungen, den Pflegeberuf attraktiver zu machen, sprach sie sich besonders für die stärkere Unterstützung und den Ausbau von Freiwilligendiensten aus, um den »Betreuungsnotstand« (ebd.) abzumildern. Ähnliche Probleme ergäben sich auch mit Blick auf den Bildungsbereich, denn Schulen sind angesichts von Personalmangel und sinkender staatlicher Bildungsausgaben »auf immer mehr ehrenamtliche Helfer angewiesen« (SZ 2007f; ebenso FAZ 2005). In diesem Zusammenhang zeigt sich die Arbeitsmarktnähe engagementspezifischer Fragen besonders darin, dass es kaum genügend ausreichend qualifizierte Ehrenamtliche für die Arbeit in den Schulen gebe. Die Freiwilligen-Markt-Terminologie hierbei explizit aufgreifend kommt z.B. Waltraud Lucic, die Vorsitzende des Münchner Lehrer- und Lehrerinnenverbands, zu folgender resümierenden Einschätzung: »Der Freiwilligenmarkt ist inzwischen stark umkämpft und prädestinierte Kandidaten [...] sind rar.« (SZ 2007f)

Zweitens zeigt sich, dass die im Zentrum des engagementspezifischen Aktivierungsdiskurses stehenden Personengruppen, d.h. Alte, Jugendliche und Migranten, gleichzeitig zu den Bevölkerungsteilen gehören, die überdurchschnittlich häufig von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Es scheint ganz so, als avancierten die Ausgeschlossenen des Arbeitsmarktes in der Storyline der Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource gewissermaßen zu den Hoffnungsträgern des diskursiv konstruierten Freiwilligen-Marktes. Bestätigt wird diese Annahme nicht nur von der soeben zitierten SPD-Politikerin Barbara Stolterfoht, die Arbeitslose als »Pflegekräfte-Reservoir« (Focus 2004) bezeichnet, die freiwillig Helfertätigkeiten übernehmen können, sondern auch durch das folgende Statement des ehemaligen Bundespräsidenten Horst Köhler: »Wir sollten dazu [zu einem freiwilligen Engagement, D.N.] gezielt auch und gerade diejenigen ermutigen, die abseits stehen – sei es, weil sie sich ausgeschlossen fühlen, zum Beispiel weil sie derzeit keine Arbeit haben; sei es, weil sie sich womöglich zu fein dafür geworden sind.« (Köhler 2008a: 20)

Gleichzeitig begegnet man immer häufiger der Feststellung, dass die genannten Personengruppen durch eine »Beschäftigung« auf dem Freiwilligen-Markt wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden könnten (SZ 2004f): Der Vizechef der Bundesagentur für Arbeit, Heinrich Alt, konstatierte beispielsweise, dass gerade Langzeitarbeitslose »Jobs im Ehrenamt«, d.h. »in »pflegenahen Dienstleistungen« oder als »Aufsicht, wenn Schulen Ganztagsbetreuung einführen«, finden könnten (FAZ 2004c). Im Vorgriff auf die institutionelle Dimension der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung soll die hier aufscheinende Neuverknüpfung von engagementspezifischen Fördermaßnahmen und arbeitsmarktpolitischen Überlegungen durch zwei Beispiele näher erläutert werden: Zur Verbesserung der Arbeitsmarktchancen verweist z.B. der dritte Armuts- und Reichtumsbericht auf das vom Bund finanzierte Programm »Freiwilligendienste machen kompetent«, durch das vor allem benachteiligte junge Menschen, d.h. solche mit geringen Bildungsniveau, abgebrochener Ausbildung, Migrationshintergrund oder körperlichen Beeinträchtigungen, gefördert und wenn möglich sogar in den Arbeitsmarkt (re-)integriert werden sollen: »Ziel ist es, sie für das freiwillige Engagement zu gewinnen sowie ihre Chancen für den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu erhöhen.« (BT-Drs. 16/9915 (Armuts- und Reichtumsbericht) 2008: 150) Darüber hinaus gehören verschiedene, eigens auf die Förderung des freiwilligen Engagements ausgerichtete Programme, wie etwa der soeben erwähnte Freiwilligendienst, zum selbstverständlichen Angebotsrepertoire der Arbeitsagenturen: Um beispielsweise Langzeitarbeitslose wieder an den Arbeitsmarkt heranzuführen, werden die Arbeitsagenturen ganz explizit dazu aufgefordert, gerade diesen schwer vermittelbaren Personengruppen z.B. den »Freiwilligendienst aller Generationen als zusätzliches freiwilliges Angebot anzubieten, sofern keine anderen geeigneten Maßnahmen der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung stehen« (Bundesregierung 2010: 21).

Angesichts der impliziten wie expliziten Angebots-Nachfrage-Logik der Storyline Freiwilligkeit als Produktivitätsressource und ihrer Nähe zu arbeitsmarktpolitischen Überlegungen verwundert es kaum, dass die demokratische Dimension des freiwilligen Engagements auch in den 2000er Jahren weiterhin nur am Rande und wenn, dann vornehmlich mit Blick auf den Kampf gegen politischen Extremismus thematisiert wird (CDU/CSU/SPD 2005: 106f.; CDU/CSU/FDP 2009: 80). Die demokratische Bürgerbeteiligung, die durchaus auch mit Kritik in Form von Protesten, Bürgerinitiativen o.ä. verbunden sein kann, spielt in der bundespolitischen Engagementdebatte folglich eine eher untergeordnete Rolle. Letztere ist vielmehr auf die Befriedigung einer hohen Nachfrage nach Freiwilligenarbeit ausgerichtet, wobei Bürgerengagement gleichzeitig zu einer festen Größe in der staatlichen Leistungserbringung avanciert. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt auch die Arbeitsgemeinschaft »Bürgerschaftliches Engagement« der Heinrich-Böll-Stiftung (2012): Ihrer Meinung nach greife die bundespolitische Reduzierung des Engagementbegriffes auf helfende Tätigkeiten vornehmlich im sozialen Bereich deutlich zu kurz: »Während Politik und Verwaltung aber oft gerade die »fraglose« Hilfsbereitschaft ins Zentrum ihrer Engagementförderung stellen, sollten grüne Perspektiven ganz besonders auch auf unbequemes, auf Veränderung zielendes Engagement gerichtet sein.« (Evers u.a. 2012: 10). Die Bürgergesellschaftsdiskussionen im Umfeld von Bündnis 90/Die Grünen stellen folglich insofern eine Ausnahme im Rahmen der dominanten engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung dar, als hier der Beteiligung der Bürger am politischen Prozess, bisweilen sogar in Form von

Protesten oder kritischen Bürgerinitiativen, noch die meiste Aufmerksamkeit geschenkt wird (Bündnis 90/Die Grünen 2002: 10; die Bündnis 90/Die Grünen-Politikerin Barbara Unmüßig in: Frankfurter Rundschau 2004).⁵³

Die Multidimensionalität der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung: Eine (fast) vergebliche Suche

Die ausführliche Skizzierung der Storyline der Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource zeigt erstens, dass diese auch im weiteren Verlauf der 2000er Jahre nichts von ihrem beschwörenden Tonfall verloren hat. Zweitens ist mit Blick auf die Neuverknüpfungen im dispositiven Netz der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung kaum zu übersehen, dass es sich hierbei erneut vornehmlich um epistemische Neuerungen handelt und diese Erzählung, was ihre Multidimensionalität anbetrifft, deutlich hinter der Heterogenität der Storyline der Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre zurückfällt. Dieser Eindruck wird dadurch bestätigt, dass es im Netz der Produktivitäts-Erzählung auch in den 2000er Jahren an symbolträchtigen Objekt- und Körperbezügen mangelt, die die Storyline einfangen oder verkürzen könnten. Die einzige erwähnenswerte Ausnahme stellen die auch zwischen 2003 und 2010 verschiedentlich aufgegriffenen negativ konnotierten objektbezogenen und institutionellen Versinnbildlichungen einer egoistischen, sinnentleerten und konsumorientierten Freizeitgestaltung, wie etwa das Fitnessstudio, Diskotheken oder Inline-Skates, dar, die vornehmlich als Kontrastfolie zu den Verpflichtungen einer Vereins- oder Verbandsmitgliedschaft herangezogen werden. Dieser Kontrastfunktion bediente sich beispielsweise Thomas Unruh, der als Johanniter-Einsatzleiter in Bremerhaven tätig ist: »In Bremerhaven dagegen haben Playstation, Bars, Diskotheken und kommerzielle Freizeitmöglichkeiten die ehrenamtliche Mitgliedschaft beim Sanitätsdienst abgelöst – das gilt als ›uncool.« (Spiegel Online 2006b)

Abgesehen davon begegnet man in der empirischen Analyse zwar noch weiterer objekt- und körperbezogener Aussagen, doch handelt es sich hierbei überwiegend um die für die Storyline der Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre typischen Objekt- und Körperbezüge, die parallel zur Produktivitäts-Erzählung fortbesteht oder sich in diese einschreibt: Besonderer Beliebtheit erfreut sich hierbei weiterhin die objektbezogene Negativ-Verknüpfung des Fernsehschauers oder des Sofas. Letzteres

53 | Gerade der im Umfeld der Heinrich-Böll-Stiftung sehr aktive Politikwissenschaftler Adalbert Evers insistierte bereits zu Beginn der 2000er Jahre darauf, dass »Bürgerengagement auf weit mehr verweist als auf Fragen der ›Mobilisierung von ehrenamtlichen Potentialen‹ – es geht um eine ganze Palette möglicher Formen und Ressourcen sozialen Kapitals und sozialer Einbettung« (Evers/Olk 2002: 14). Auch das Demokratieverständnis von Bündnis 90/Die Grünen greife seiner Meinung nach bisweilen zu kurz, da hier zumeist bei der »Suche nach dem Aktivbürger auf der Ebene partizipativer Planungsverfahren halt« gemacht werde (Evers 2012: 20). Bei einer derartigen Verengung des Demokratiebegriffs geraten, so Evers, die alltäglichen Demokratieerfahrungen an der Grenze von Privatem und Öffentlichem gänzlich aus dem politischen Blickfeld. Evers plädiert deshalb eindringlich für eine Ausweitung der Demokratiedimension der Bürgergesellschaft über die Möglichkeiten politischer Partizipation hinaus. Hierbei gehe es darum, den Blick auf Institutionen, wie Schulen, Vereine oder Kirchen, zu richten, die alltagsdemokratische Erfahrungen ermöglichen und Raum für Mitbestimmung und Bürgerbeteiligung bieten (ebd.: 20f.).

avanciert beispielsweise zum zentralen negativ konnotierten Symbol des vom Bund im Jahr 2008 initiierten Ehrenamt-Förderprogramms für Senioren »Aktiv im Alter«, das u.a. auf die Werbekraft von Großflächenplakaten setzt. Über den darauf abgebildeten leeren und durchgessenen Sofas prangen Slogans, wie: »Sie könnten mehr Spuren hinterlassen als eine Kuhle im Sofa. Deutschland entdeckt die Potenziale des neuen Alters« oder »Ist das der beste Platz für Ihre besten Jahre?« (SZ 2008b) Ursula von der Leyen verband mit dieser Kampagne das Ziel, sowohl die individuelle als auch die gemeinschaftsbezogene Nutzendimension eines Ehrenamtes zu aktivieren: Einerseits sollen durch ein Ehrenamt die zusätzlichen Lebensjahre der Älteren in sinnstiftende und »gewonnene Jahre« für den Einzelnen verwandelt werden. Andererseits soll das brachliegende Engagement Älterer gerade für gesellschaftlich relevante Bereiche, wie »der Kinderbetreuung, der Altenpflege oder der Begleitung sterbender Menschen in Hospizen«, mobilisiert werden (ebd.).

Dieses Beispiel zeigt eindrücklich, dass sich das Sofa als typische objektbezogene Negativ-Verknüpfung der Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre zunehmend auch in die engagementspezifische Produktivitäts-Erzählung einschreibt und im Zuge dessen eine weitere Bedeutungsdimension hinzugewinnt: Denn das Sofa fungiert hier nicht mehr nur als negativ konnotiertes Sinnbild für ein sinnentleertes und sozial isoliertes individuelles Leben, sondern findet nunmehr auch Verwendung als Symbol für den Verlust gesellschaftlich notwendiger Aktivitätspotenziale (Zeit Online 2010); und dies nicht nur mit Blick auf ältere Menschen: Auch bei der Beschreibung ehrenamtlich inaktiver Jugendlicher wird auf die soeben beschriebene Symbolkraft des Sofas rekurriert und von »reinen Sofahocker[n]« gesprochen, die als »träge[...] Rum- und Abhänger, [...] neben Schule oder Ausbildung bei rein gar nichts dabei sind« (Spiegel Wissen 2010). Eine ähnliche Bedeutungserweiterung erfährt auch der Fernseher, der generationsübergreifend zum negativ besetzten Inbegriff einer individuellen sowie gesellschaftlichen Potenziale-Verschwendung avanciert (Köhler 2006a: 7; SZ 2008c).

Darüber hinaus sind es in der zweiten Hälfte der 2000er Jahre interessanterweise gerade die körperbezogenen – genauer gesagt: die bereits bekannten gesundheitsförderlichen – Aussagen, die auch im Rahmen der Produktivitäts-Erzählung erneut mit zunehmender Intensität aufgegriffen werden. Diese erhöhte Aufmerksamkeit kann insbesondere auf die in diesem Zeitraum deutlich hervortretende zielgruppenspezifische Konzentration der Anrufungspraxis auf ältere Menschen zurückgeführt werden, im Zuge dessen vor allem Senioren auf die gesundheitsstärkenden Eigenschaften eines Ehrenamtes aufmerksam gemacht werden sollen: »Die Senioren stellen ihre Krücken in die Ecke«, lautet daher auch das zusammenfassende Fazit einer Studie, in der die ehrenamtliche Mitarbeit Älterer in Kindertagesstätten untersucht wurde (Zeit Online 2009e). Die gesundheitsbezogenen Vorteile eines freiwilligen Engagements wurden vor allem von Politikern und in der medialen Berichterstattung besonders betont. Hier begegnet man häufig Statements wie den Folgenden: »Wir wissen, dass ehrenamtlich Engagierte gesünder und glücklicher sind als andere« (FAZ 2008a) und sinnerfüllte Aktivitäten gerade im Alter »für die geistige Beweglichkeit« (FAZ 2008b) sorgen. Wissenschaftliche Ergebnisse als Beleg heranziehend gelangte auch der ehemalige Bundespräsident Christian Wulff in seiner Ansprache zum »Tag des Ehrenamts« am 06.12.2010 zu einer ähnlichen Einschätzung:

»Helfende leben länger und das Ehrenamt macht froh! Ehrenamtliche Tätigkeit wirkt nachweislich gesundheitsfördernd und lebensverlängernd. Soziales Engagement kann die individuelle Lebenserwartung um bis zu 21 % steigern. Wenn dies noch bekannter wäre, würde sich vermutlich jeder ehrenamtlich engagieren.« (Wulff 2010b: 3; ebenso Wulff 2010c: 2)

In Anlehnung an diese Worte des Bundespräsidenten zitiert das Hamburger Abendblatt sogar den Direktor der Psychiatrischen Uniklinik Ulm mit den Worten, dass man aufgrund dieser gesundheitsförderlichen Eigenschaften des freiwilligen Engagements »rein rechnerisch [...] allein durch Ehrenämter die Streichung einer ganzen Reihe von Langzeitmedikationen ausgleichen« könne (Hamburger Abendblatt 2010).

Mit Blick auf die Multidimensionalität der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung zwischen 2003 und 2009 gilt festzuhalten, dass hier die objekt- und körperbezogenen Aussagenbündel der Storyline der Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre immer wieder aufscheinen und mitunter sogar explizit – allerdings unter Erweiterung ihrer gesellschaftlichen Bedeutungsdimension – in die Produktivitäts-Erzählung eingewoben werden. Die vereinzelt Körper- und Objektbezüge können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich bei dieser Storyline auch in den 2000er Jahren vornehmlich um eine im politisch-wissenschaftlichen Kontext erzeugte und medial verbreitete Wissensordnung handelt, die bislang lediglich Eingang in bundespolitische Modellprogramme und Gesetzesinitiativen gefunden hat und deren Institutionalisierungsgrad darüber hinaus noch recht schwach ausgeprägt ist. Dies ist auch der Grund, weshalb im nächsten Schritt der institutionellen Dimension der Engagementförderung und den darin geronnenen Wissensbeständen der Produktivitäts-Erzählung Aufmerksamkeit geschenkt werden soll. In der Zusammenschau mit der anschließenden Betrachtung der alltagspraktischen Aneignung des Produktivitäts-Dispositivs durch die Freiwilligen seit der Jahrtausendwende erlauben diese Erkenntnisse sowohl Rückschlüsse auf die Vollzugswirklichkeit der Storyline als auch auf die Gründe für den nach wie vor appellativen Tonfall⁵⁴ der gesamten Erzählung.

Die Konsolidierung der staatlichen Engagementpolitik in Deutschland zwischen 2002 und 2009

Während die Einführung engagementpolitischer Maßnahmen zur Jahrtausendwende noch ein hohes Maß an Begründung und Rechtfertigung bedurfte, gehört die Einsicht in die Notwendigkeit derartiger bundespolitischer Förderprogramme im weiteren Verlauf der 2000er Jahre zum selbstverständlichen Wissensrepertoire aller Parteien. Als besonders anschlussfähig erweist sich in diesem Zusammenhang die anhaltende diskursive Einbettung des Engagementsthemas in eine Problem-Lösungs-Konstruktion, wodurch die Ausweitung des Engagementvolumens durch staatliche Unterstützungsmaßnahmen nicht nur als erstrebenswert, sondern als notwendig und alternativlos erachtet wird. Exemplarisch hierzu sei auf die Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Nationalen Engagementplan verwiesen:

54 | Auch Ulrich Bröckling kommt zu dem Ergebnis, dass sich die bundespolitischen Dokumente zum Thema Engagementförderung seit der Jahrtausendwende durch einen »appellativen[n]« bzw. »imperativische[n]« Tonfall auszeichnen (Bröckling 2002b).

»Bürgerschaftliches Engagement ist eine *condicio sine qua non*, um mit neuen und alten Herausforderungen in praktisch allen Politikfeldern erfolgreich umzugehen, ohne dass sich der Staat von seinen Kernaufgaben verabschiedet. Da sich aber der gesellschaftliche und wirtschaftliche Rahmen für bürgerschaftliches Engagement ständig ändert, Barrieren erst im Zeitverlauf deutlich werden, muss Engagementpolitik ständig und zeitnah diesen Herausforderungen angepasst werden.« (BT-Drs. 16/12221 2009: 2)⁵⁵

Die Behauptung der Unausweichlichkeit bzw. Notwendigkeit der Ausweitung des Engagementumfangs durch staatliche Förderung wird zudem indirekt in immer wiederkehrenden Formulierungen zum Ausdruck gebracht, in denen stets auf die begrenzten Einflussmöglichkeiten des Staates verwiesen wird. Diese sind typischerweise folgendermaßen aufgebaut: Unser Land braucht das freiwillige Engagement der Bürger oder ist gar darauf angewiesen, da der Staat die anstehenden gesellschaftlichen Herausforderungen aufgrund seines begrenzten Einflussrahmens nicht allein lösen könne. Exemplarisch für viele derartig strukturierte Statements sei hier auf eine Aussage des ehemaligen Bundespräsidenten Christian Wulff verwiesen: »Unser Land braucht Menschen wie Sie, weil die Möglichkeiten des Staates begrenzt sind. Er ist auf die Kraft und das Engagement der Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Das wird in den kommenden Jahren in noch weitaus stärkerem Maße als bisher der Fall sein.« (Wulff 2010a: 3)⁵⁶ Die bereits beschriebene allgemeine Verklärung der produktiven Eigenschaften des freiwilligen Engagements mündet dann zumeist in der Einsicht, dass kein Weg mehr an der Förderung bürgerschaftlichen Engagements durch den Staat vorbeiführe. Die diesbezüglichen Statements folgen hierbei ebenso einem stets ähnlichen Muster: Ohne freiwilliges Engagement würden viele Bereiche der sozialen Leistungserbringung nicht mehr funktionieren, die Gesellschaft würde verarmen und wäre nicht mehr existenzfähig. Auf dieser grundlegenden Struktur basiert z.B. folgender Auszug aus dem zwischen der CDU/CSU und der SPD im Jahr 2005 geschlossenen Koalitionsvertrag: »Ohne ein starkes ehrenamtliches Engagement der Bürgerinnen und Bürger für unser Zusammenleben kann unsere Gesellschaft nicht existieren. Deshalb werden wir weitere Maßnahmen zur Unterstützung der aktiven Bürgergesellschaft ergreifen, indem wir etwa das ehrenamtliche Engagement fördern.« (CDU/CSU/SPD 2005: 109)⁵⁷

Aus den bisherigen Erkenntnissen lassen sich die folgenden zentralen Ziele der Engagementpolitik zwischen 2003 und 2010 ableiten und wie folgt in die dominante Angebots-Nachfrage-Logik einordnen: Das Hauptziel auf der Angebotsseite besteht analog zur Jahrtausendwende darin, das brachliegende Engagementpotenzial weiter auszuschöpfen und noch mehr Menschen als bislang zur Übernahme eines

55 | Dieses Notwendigkeitsargument ebenso aufgreifend bemerkt der ehemalige Bundespräsident Christian Wulff: »Darum ist schon heute klar: Wir brauchen künftig noch viel mehr bürgerschaftliches Engagement für das Gemeinwesen [...]. Die Einsicht in die Notwendigkeit dieses Engagements ist allerdings für die meisten von uns noch kein ausreichendes Motiv, um selbst aktiv zu werden.« (Wulff 2010a: 3; ebenso Schröder 2005: 6; Böhmer 2009: 33)

56 | Für eine ähnliche Argumentationsstruktur vgl. CDU 2007: 24; Tiefensee 2009: 199f.; Steinbrück 2009: 185; Wulff 2010b: 2.

57 | Dieser Argumentation begegnet man bei der Analyse des Textkorpus sehr häufig (vgl. u.a. Köhler 2006d: 1, 2008b: 2; CDU 2007: 84; CDU/CSU/FDP 2009: 80; Wulff 2010b: 1f.).

freiwilligen Engagements zu motivieren (SZ 2009f). In diesem Zusammenhang existiert ein ungebrochener Glaube daran, dass dieses Ziel nur durch geeignete bundespolitische Fördermaßnahmen verwirklicht werden könne. So konstatiert z.B. die Bundestagsabgeordnete Antje Blumenthal: »Der Staat muss unterstützende, rechtliche, finanzielle und organisatorische Voraussetzungen schaffen, um die Menschen zu befähigen und zu ermutigen, sich mit Freude einzubringen.« (Blumenthal 2009: 21)⁵⁸ Unter Berücksichtigung der ausführlich skizzierten Zielgruppenfixierung sollen durch derartige Maßnahmen vor allem Bevölkerungskreise angesprochen werden, die bislang im Engagement eher unterrepräsentiert sind und/oder über ein hohes Engagementpotenzial verfügen. Auf der Nachfrageseite geht es demgegenüber nach wie vor um die Befriedigung des hohen Bedarfs an freiwillig erbrachten Leistungen angesichts gesellschaftlicher Krisen einerseits und personeller sowie finanzieller Engpässe im personenbezogenen Dienstleistungsbereich andererseits. Darüber hinaus sei es dringend geboten, Engagementförderung zukünftig als eine politische und wirtschaftliche Querschnittsaufgabe zu betrachten (Bundesregierung 2010: 3-10).

Obgleich die Wissensordnung der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung zwischen 2003 und 2010 aufgrund ihrer allgemeinen Normalisierung ihren innovativen Charakter verliert, fungiert sie weiterhin als Blaupause für die Durchführung engagementpolitischer Reformen. Im Fokus der folgenden Ausführungen stehen daher diejenigen Neuerungen, die als institutionelle Positiv-Verknüpfungen besonders eng in das dispositive Netz der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung eingewoben sind. Die Darstellung der institutionellen Maßnahmen gliedert sich hierbei entlang der Legislaturperioden der jeweils amtierenden Bundesregierung, da diese durchaus unterschiedliche inhaltliche Schwerpunkte in Sachen Engagementförderung gesetzt haben.

Die 15. Legislaturperiode: Die zweite Amtszeit der rot-grünen Bundesregierung (2002 bis 2005)

In der 15. Legislaturperiode sind es vor allem zwei die institutionelle Dimension betreffende Positiv-Verknüpfungen, deren Benennung maßgeblich zur inhaltlichen Verdichtung der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung beiträgt: die Gründung des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) sowie die Erweiterung des Unfallversicherungsschutzes auf weitere Ehrenamtsgruppen. Bevor die Verwobenheit dieser engagementförderlichen Maßnahmen im dispositiven Netz ausführlich dargestellt werden kann, gilt es zunächst, einen allgemeinen Überblick über die Entwicklung der Engagementpolitik in der zweiten Amtszeit der Regierungskoalition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen zu geben: Die Engagementförderung orientierte sich in diesem Zeitraum stark an den Ergebnissen des zweiten Freiwilligensurveys (Gensicke/Picot/Geiss 2005) sowie dem Abschlussbericht der Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements« (BT-Drs. 14/8900 2002). Um den Gegensatz zwischen zeitgemäßen und veralte-

58 | Diese Feststellung stößt im politischen Umfeld auf allgemeine Zustimmung (u.a. SPD/Bündnis 90/Die Grünen 2002: 58; BT-Drs. 15/5955 (Sozialbericht) 2005: 20, 89; Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2005: 16; BMFSFJ 2007a: 5; CDU/CSU/FDP 2009: 80; Aigner 2009: 19; von der Leyen 2009: 8f.; Steinbrück 2009: 89; Bundesregierung 2010: 5; BT-Drs. 17/2400 (Migrationsbericht) 2010: 150).

ten ehrenamtlichen Anerkennungsformen aufzuzeigen, greifen die Mitglieder der Kommission mitunter auf die zentralen Objektbezüge des alten Ehrenamtes, wie Ehrennadeln bzw. -medaillen, zurück und betonen, dass diese zwar auch zukünftig erhalten bleiben sollten, hierbei aber dringend um andere attraktive Anerkennungsinstrumente erweitert werden müssten (ebd.: 128f.). Diese Kontrastfunktion aufgreifend bedient sich beispielsweise auch die FAZ in ihrer Berichterstattung über die Ergebnisse der Enquete-Kommission dieser objektbezogenen Negativ-Verknüpfung: »Mit Dankesschreiben und silbernen Ehrennadeln seien gerade junge Menschen nicht zu locken.« (FAZ 2003)

In Ergänzung traditioneller ehrenamtlicher Anerkennungsformen beinhaltet der Abschlussbericht der Enquete-Kommission eine Vielzahl von Handlungsempfehlungen, von denen sich die beteiligten Experten eine nachhaltige Stärkung und Ausweitung des freiwilligen Engagements erhoffen. Zu den zentralen Verbesserungsvorschlägen gehört u.a. die Empfehlung, eine Verstetigung der bundespolitischen Engagementpolitik durch die Gründung von Gremien oder Kommissionen im Deutschen Bundestag herbeizuführen, die sich dauerhaft – und unabhängig von parteipolitischen Präferenzen – mit engagementspezifischen Themen beschäftigen. Darüber hinaus sei es für die Institutionalisierung des freiwilligen Engagements auf bundespolitischer Ebene von zentraler Bedeutung, einerseits die Vernetzung zwischen der bundespolitischen Engagementförderung und den zivilgesellschaftlichen Akteuren voranzutreiben und andererseits ein bundesweites Netzwerk für bürgerschaftliches Engagement ins Leben zu rufen (BT-Drs. 14/8900 2002: 290-293). Die rot-grüne Bundesregierung trug diesen Vorschlägen auf unterschiedliche Weise Rechnung: Erstens übertrug sie dem Bundesfamilienministerium im Jahr 2002 die Querschnittsverantwortung für das Thema bürgerschaftliches Engagement. Zweitens wurde am 09.04.2003 ein dem Familienausschuss zugeordneter Unterausschuss »Bürgerschaftliches Engagement« im Deutschen Bundestag eingesetzt (BT UA-Drs. 15/090 2005), der u.a. die weitere Umsetzbarkeit der Empfehlungen der Enquete-Kommission prüfen sollte (FAZ 2003). Bereits dieser Unterausschuss sei nach Ansicht der Bundesregierung ein deutlicher Beleg dafür, dass das Parlament die Ergebnisse der Enquete-Kommission ernst nehme und die Empfehlungen umzusetzen versuche (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2005: 17). Drittens setzten sich die Regierungsvertreter in der 15. Legislaturperiode für die Förderung engagementspezifischer überregionaler Netzwerke und Dachverbände ein: In den Genuss der Unterstützung durch das BMFSFJ kamen hierbei u.a. die Deutsche Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e.V. (DAG SHG), die Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros e.V. (BaS), die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen e.V. (bagfa) oder die Lokalen Bündnisse für Familien (ebd.: 22).

Neben den bereits genannten Handlungsempfehlungen beinhaltet der Bericht der Enquete-Kommission weitere Vorschläge bezüglich der Frage, wie Förderprogramme aufgebaut sein müssen, um hierdurch Personengruppen mit einer besonders hohen Engagementbereitschaft und/oder einer bislang niedrigen Engagementquote für ein freiwilliges Engagement zu gewinnen. Zur Aktivierung der Engagementpotenziale Älterer empfiehlt der Bericht u.a. Förderprogramme, die auf das familiäre oder berufliche Erfahrungswissen der Senioren zurückgreifen und so Solidarität auch außerhalb des privaten Bereichs erfahrbar machen (BT-Drs. 14/8900 2002: 103). Diese Handlungsempfehlung aufgreifend rief das Bun-

desfamilienministerium im Jahr 2002 das Modellprogramm »Erfahrungswissen für Initiativen« (EFI, 2002-2006) ins Leben, im Rahmen dessen ältere Menschen zu sog. »SeniorTrainern« für eine beratende Tätigkeit in der kommunalen Engagementförderung ausgebildet werden (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2005: 27f.). Dieses Modellprojekt, das grundlegend auf der Verknüpfung der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung mit dem Dispositiv des Produktiven Alters beruht, verfolgt das Ziel, ältere Menschen darin zu unterstützen, »ihre vielfältige Lebenserfahrung in Familie, Beruf, Ehrenamt und Alltagsleben an freiwillig Engagierte aller Altersgruppen weiterzugeben und damit uns allen nutzbar zu machen« (Schmidt 2004: 2). Dieser aus der Selbstdarstellung des Modellprogramms entnommene Auszug zeigt eindrücklich, dass diesem Projekt die vielfach rezipierte Vorstellung einer durch das freiwillige Engagement induzierten Win-win-Situation zugrunde liegt. Zudem werde durch das Programm nur das gefördert, was die älteren Menschen Umfragen zufolge ohnehin selbst wollen: »eine sinnvolle Aufgabe« (ebd.: 3).

Neben älteren Menschen sind auch Migranten in hohem Maße von der zielgruppenspezifischen Aktivierungslogik der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung betroffen. Mit Blick auf diese Bevölkerungskreise empfiehlt daher die Enquete-Kommission vor allem die Förderung integrationsbegünstigender Initiativen und Projekte in den Kommunen, in denen die Migranten im besten Falle nicht nur als Klienten, sondern auch als Aktive eine tragende Rolle spielen (BT-Drs. 14/8900 2002: 105f.). Unter Berücksichtigung dieser Empfehlung setzte sich das Bundesinnenministerium in der zweiten Legislaturperiode der rot-grünen Regierung besonders für den Aufbau sog. »kommunaler Netzwerke für Integration« ein, mit deren Hilfe Räume für das Engagement von, mit und für Migranten geschaffen werden sollen (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2005: 23). Der ehemalige Aussiedlerbeauftragte der Bundesregierung, Jochen Welt, zeigte sich von diesen kommunalen Netzwerken sehr beeindruckt, da diese seiner Meinung nach entscheidend dazu beitragen, die Integration von Migranten zu befördern sowie Isolations- und Abgrenzungstendenzen abzumildern (Welt 2000: 12-17).

Darüber hinaus gehen auch die im Fokus der weiteren Ausführungen stehenden institutionellen Positiv-Verknüpfungen, d.h. die Ausweitung des Versicherungsschutzes sowie die Gründung eines Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE), auf die Empfehlungen der Enquete-Kommission zurück. Diese engagementspezifischen Neuerungen gehören deshalb zu den zentralen Knotenpunkten des dispositiven Netzes, da sie, wie im Folgenden gezeigt werden soll, in hohem Maße mit der bereits ausführlich skizzierten Angebots- und Nachfrage-logik der vorherrschenden engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung übereinstimmen und somit als Hoffnungsträger einer funktionierenden Potenziale-Ausschöpfung fungieren.

Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement ist ein trisektorales, bundesweites Netzwerk mit aktuell mehr als 250 Mitgliedern aus Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft, das am 05.06.2002 gegründet wurde. Angesichts dieser besonderen Struktur stellt das BBE eine engagementpolitische Vernetzungsplattform dar und übernimmt zugleich eine überparteiliche Sprecherrolle in Fragen der Engagementförderung. Grundsätzlich zielt das BBE darauf ab, zivilgesellschaftliche

Themen im wirtschaftlichen und politischen Sektor zu etablieren und das bürgerschaftliche Engagement insgesamt zu stärken. Innerhalb des BBE existieren verschiedene gewählte Gremien, die über den grundlegenden Handlungsrahmen des Netzwerkes entscheiden. Hierzu zählen u.a. der Sprecherrat, der das BBE nach außen hin vertritt, und der Koordinierungsausschuss, welcher die interne Abstimmung übernimmt. Derzeit gibt es zudem neun Arbeitsgruppen, in denen der fachliche Austausch gepflegt, gemeinsame Projekte angeregt und die Artikulation von Problemen der Engagementförderung forciert wird (Alscher u.a. 2009: 165f.; Hartnuß/Olk/Klein 2011: 772).

Das BBE stellt im Übergang von der ersten zur zweiten Amtszeit der rot-grünen Bundesregierung eine zentrale, positiv konnotierte institutionelle Verknüpfung dar, die stets als Kontrastfolie zur negativ besetzten bundesweiten Stiftung »Bürger für Bürger« der Vorgängerregierung herangezogen wird: Die auf Regierungsseite vorherrschende diesbezügliche Meinung wurde von dem SPD-Abgeordneten Wilhelm Schmidt folgendermaßen auf den Punkt gebracht: »Es gab von Ihrer Seite diese unsägliche Stiftung »Bürger für Bürger«. [...] Sie war das parteipolitische, das regierungsamtliche und das wahlkampfaktische Mittel von Frau Nolte [...], um angeblich etwas für das Ehrenamt zu tun. Nichts ist daraus geworden.« (Abgeordneter Schmidt (SPD), in: BT Pl.-Prot. 14/78 1999: 5256) Nach Ansicht der Regierungsfractionen sei die Stiftung »Bürger für Bürger« als Vernetzungsplattform eher ungeeignet, da sie die zivilgesellschaftlichen Organisationen selbst zu wenig einbezogen habe und so der Eindruck entstanden sei, dass das freiwillige Engagement in den Dienst staatlicher Interessen gestellt werden soll (Schmidt 1997: 38). Diese Defizite könnten durch das BBE aus den folgenden Gründen überwunden werden: Erstens entspricht das BBE dem neuen Leitbild des aktivierenden Staates, wonach sich die Zivilgesellschaft nur durch die gemeinsamen Bemühungen von engagierten Bürgern, Dritte-Sektor-Organisationen, Markt und Staat nachhaltig entwickeln könne. In diesem Sinne konstatierte der Staatssekretär im Bundesfamilienministerium Peter Haupt: »Der Gründungsprozess [des BBE, D.N.] wird auch zeigen, wie ein ermöglichender Staat konkret Netzwerke bürgerschaftlichen Engagements mitgestalten kann.« (Haupt 2002: 8) Zweitens wird eindringlich betont, dass das Bundesnetzwerk, obgleich sein Koordinierungsbüro durch das BMFSFJ finanziell unterstützt wird, kein Regierungsinstrument sei, sondern mit Distanz zum politischen Geschehen eigene Schwerpunkte im Bereich der Engagementförderung setzen soll (Haupt 2002: 7; SZ 2003b).

Dass das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement einen zentralen positiv besetzten Baustein der Storyline der Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource darstellt, liegt zudem darin begründet, dass sowohl der Aufbau als auch das Selbstverständnis des BBE in idealer Weise mit der Wissensordnung der Produktivitäts-Erzählung harmoniert: Die Analyse des Profils (BBE 2011), der Statuten (BBE 2008) und der engagementpolitischen Agenda (BBE 2007) des BBE lässt keinen Zweifel daran, dass hier sowohl die Nachfrage- als auch die Angebotsrhetorik des Produktivitätsparadigmas aufgegriffen wird. So wird die Förderung bürgerschaftlichen Engagements als zentrales Ziel der Netzwerkarbeit stets unter Rekurs auf die eine hohe Nachfrage nach Freiwilligenarbeit erzeugende allgemeine Krisensemantik begründet:

»Keine der großen Herausforderungen, denen wir uns in Politik und Gesellschaft gegenübersehen – sei es der demographische Wandel, die Reform des Bildungswesens oder der Umbau des Sozialstaats – wird ohne aktive und engagierte Bürgerinnen und Bürger und ohne neue Formen der Kooperation und Vernetzung und des freiwilligen Engagements erfolgreich bewältigt werden können.« (BBE 2007: 1)

Mit Blick auf die Nachfrageseite des Freiwilligen-Marktes gilt bürgerschaftliches Engagement in den BBE-spezifischen Dokumenten sowohl als Lösungsstrategie für die bereits bekannten Krisenerscheinungen des Sozialstaates und der Arbeitsgesellschaft als auch für die erst in den 2000er Jahren intensiver diskutierten Krisen in den Bereichen Demografie, Bildung und Integration (BBE 2007: 1, 2008: 3, 2011: 1). Sogar die im Rahmen der Produktivitäts-Erzählung häufig geäußerte Feststellung, dass die Politik die kriseninduzierten Probleme nicht allein lösen könne und hierbei auf die hohe Produktivität bürgerschaftlichen Engagements angewiesen sei, wird in der engagementpolitischen Agenda des BBE (2007: 1) aufgegriffen und verfestigt. Zudem spiegelt sich in der Arbeit des BBE auch die zunehmende Dienstleistungsfokussierung des Produktivitätsparadigmas insofern wider, als freiwilliges Engagement zu einem zentralen Leistungsträger bei der »Absicherung und Erbringung sozialer Dienstleistungen« neben Wirtschaft und Staat avanciert (ebd.: 1). So setzt sich das BBE nach eigenen Angaben angesichts der steigenden Bedeutung der Freiwilligenarbeit in der Pflege besonders für die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in diesem Bereich ein (ebd.: 6).

Auch die potenzialfokussierte Argumentation auf der Angebotsseite findet in den vom BBE herausgegebenen Dokumenten Erwähnung: Um dieses Engagementangebot »für die Gemeinschaft und für alle Beteiligten optimal auszuschöpfen« (ebd.: 4), sei es nach Ansicht des BBE dringend notwendig, die organisationalen, rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement weiter zu verbessern (BBE 2007, 2008, 2011). Das BBE könne nach eigenen Angaben diesen Auswahlprozess geeigneter politischer Reformvorhaben zur gelingenden Potenziale-Ausschöpfung nachhaltig unterstützen, da es »durch seine breite Mitgliedschaft [...] mit den praktischen Problemen der vielen Millionen Engagierten aus allen Bereichen der Gesellschaft« eng verbunden sei (BBE 2011: 3). Bei der Aktivierung des Engagementpotenzials geht es allerdings nicht mehr allein darum, die Anzahl freiwillig Engagierter generell zu erhöhen, sondern es werden explizit bestimmte Personengruppen angesprochen, die im Sinne der Wissensordnung der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung bislang im Engagement eher unterrepräsentiert sind und/oder eine hohe Engagementbereitschaft an den Tag legen: So soll z.B. auch nach Angaben des BBE das Engagement von Jugendlichen, Migrant*innen, älteren Menschen und Unternehmen ausdrücklich gestärkt werden (BBE 2007: 4-7).

Diese Befunde zeigen, dass das BBE angesichts seiner Fokussierung auf die dominante engagementspezifische Angebots- und Nachfragerhetorik zu den zentralen institutionellen Positiv-Verknüpfungen der Storyline der Freiwilligkeit als Produktivitätsressource in der 15. Legislaturperiode gehört. Diese positive Einschätzung der Netzwerkarbeit setzt sich auch im weiteren Verlauf der 2000er Jahre fort. Auf der bundespolitischen Ebene entwickelt sich das BBE in diesem Zeitraum zu einem Hauptansprechpartner in Sachen Bürgerengagement: So berät es verschiedene Bundesministerien sowie einzelne Bundesländer in engagement-

spezifischen Fragen, übernimmt die fachliche Begleitung engagementspezifischer Gesetzesvorhaben und erstattet regelmäßig Bericht an den Unterausschuss »Bürgerschaftliches Engagement« des Deutschen Bundestages. Besonders hervorzuheben ist zudem das vom BBE organisierte »Nationale Forum für Engagement und Partizipation« (NFEP) (BBE 2010), das als Diskussionsplattform und Ideengeber der Nationalen Engagementstrategie der Bundesregierung im Jahr 2010 vorausging (BT-Drs.: 16/12561 2009: 2; Bundesregierung 2010: 6).

Hinsichtlich der Rolle des BBE als Verantwortungsträger sei jedoch einschränkend erwähnt, dass den Gestaltungsspielräumen dieses Netzwerkes mit Blick auf ihre Finanzierungsstruktur (noch) gewisse Grenzen auferlegt sind: Es ist vor allem die enge finanzielle Verzahnung des BBE mit dem Bundesfamilienministerium, die mitunter Kritik hervorruft. Dies ist auch der Grund, weshalb der vom Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) erarbeitete »Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland« dem BBE die Empfehlung nahelegt, sich »nicht in eine Projektagentur der Bundesregierung« zu verwandeln, sondern neue Wege zur Verstetigung alternativer Finanzierungsquellen, z.B. über Unternehmen oder die eigenen Mitglieder, zu erschließen (Alscher u.a. 2009: 166). Nur eine belastbare Mischfinanzierung könne die Irritationen und Finanzierungsprobleme verhindern, die nach Angaben des Vorsitzenden des BBE-Sprecherrates, Thomas Olk, beispielsweise im Jahr 2011 angesichts einer unvorhergesehenen Kürzung der Bundesmittel für die BBE-Geschäftsstelle aufgetreten sind (Olk 2011). Derzeit werde aber die Etablierung einer derartigen belastbaren Mischfinanzierung nach Angaben des WZB allerdings noch dadurch erschwert, dass das BBE einerseits von den etablierten Verbänden mitunter als Konkurrenz wahrgenommen werde und andererseits bislang nur wenige Unternehmen zu den Mitgliedern des BBE zählten (Alscher u.a. 2009: 166).

Die Erweiterung der gesetzlichen Unfallversicherung auf weitere Ehrenamtsgruppen

Die zweite erwähnenswerte institutionelle Positiv-Verknüpfung der 15. Legislaturperiode ist die Erweiterung des gesetzlichen Unfallversicherungsschutzes für ehrenamtlich Engagierte, dessen Reform ebenfalls zu den zentralen Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission gehört (BT-Drs. 14/8900 2002: 292). Profiteure des zum 01.01.2005 in Kraft getretenen »Gesetzes zur Verbesserung des unfallversicherungsrechtlichen Schutzes bürgerschaftlich Engagierter und weiterer Personen« (BT-Drs. 15/3439 2004) sind vor allem freiwillig Engagierte in Kirchengemeinden, Sportvereinen, Bürgerinitiativen, Arbeitgeberverbänden oder Gewerkschaften (SZ 2004e; BMGS 2005: 22-24). Auf Anraten der Bundesregierung haben viele Bundesländer zudem Rahmenversicherungsverträge mit Versicherungsunternehmen abgeschlossen, um weitere Lücken im Bereich der Unfall- und Haftpflichtversicherung zu schließen (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2005: 31f.). Die Ausweitung des Versicherungsschutzes auf weitere Ehrenamtsgruppen gehört zu den zentralen Forderungen, die schon seit Anfang der 1990er Jahre von den mit Freiwilligen arbeitenden Organisationen, den Bundestagsfraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen und nicht zuletzt von den Engagierten selbst eingeklagt wurde, weshalb die Umsetzung dieser Forderung in den 2000er Jahren auch auf allgemeines Wohlwollen stieß (z.B. SZ 2003b; Stellungnahme der Bundesregierung in: BT-Drs. 16/2190 (Altenbericht) 2006: 19).

Außerdem ist diese Reformmaßnahme besonders eng mit den Wissensbeständen der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung verwoben: So bedienen sich die Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen in ihrer Begründung dieser Gesetzesinitiative einerseits der bereits bekannten Nachfragerhetorik: Sie leiteten die Notwendigkeit dieser Gesetzesnovellierung aus der Feststellung ab, dass durch freiwilliges Engagement mitunter Angebote im sozialen Dienstleistungsbereich bereitgestellt würden, die der Allgemeinheit andernfalls nicht zur Verfügung stünden (BMGS 2005: 3; ebenso BT-Drs. 15/3439 2004: 5): »Angesichts der Haushaltslage von Bund und Ländern ist es besonders zu begrüßen, wenn Aufgaben, die bisher von öffentlich-rechtlichen Einrichtungen wahrgenommen wurden, nun durch das besondere Engagement von ehrenamtlich Tätigen erfüllt werden.« (BT-Drs. 15/3439 2004: 1) Unter zusätzlichem Rekurs auf die durch freiwilliges Engagement hergestellte allseitige Win-win-Situation wird es folglich zur gesellschaftlichen Pflicht erklärt, die gesundheitlichen Risiken dieser dringend gebrauchten Tätigkeiten abzusichern (ebd.: 5; BMGS 2005: 3). Andererseits verbanden vor allem politische Vertreter mit der Erweiterung des Versicherungsschutzes die Hoffnung, hierdurch dem bereits seit Mitte der 1990er Jahre vielfach geäußerten Wunsch der Freiwilligen nach einer Verbesserung der diesbezüglichen Rahmenbedingungen entgegenzukommen und auf diese Weise bereits Engagierte zu einer Ausweitung oder Verstetigung ihrer freiwilligen Tätigkeit – gerade in den oben genannten Dienstleistungsbereichen – zu motivieren. Diese Hoffnung ist keinesfalls unbegründet, gehört die Verbesserung der Haftpflicht- und Unfallversicherung für Freiwillige zu den in den drei Wellen des Freiwilligensurveys mit nahezu gleichbleibender Intensität genannten Vorschlägen der Engagierten an die Adresse des Staates (Gensicke/Geiss 2010: 291f.). Gleichzeitig soll durch die Erweiterung des Versicherungsschutzes den Erfordernissen der Ausweitung des bürgerschaftlichen Engagements auf weitere Einsatzfelder abseits des klassischen Vereins- und Verbandswesen Rechnung getragen und die Attraktivität dieser Bereiche für Freiwillige gesteigert werden (BMGS 2005: 7).

Hinsichtlich der Vollzugswirklichkeit dieser Maßnahme sei abschließend nochmals auf das unerwartete Ergebnis der kontinuierlichen Berichterstattung des Freiwilligensurveys verwiesen, wonach der Versicherungsschutz im Ehrenamt von den Engagierten in allen drei Befragungswellen – auf nahezu konstantem Niveau – als verbesserungswürdig betrachtet wird (Gensicke/Geiss 2010: 291). Der dritte Freiwilligensurvey führt die Konstanz der diesbezüglichen Klagen darauf zurück, dass der erweiterte Versicherungsschutz bei einem Großteil der Engagierten entweder noch nicht hinreichend bekannt sei oder nach wie vor als unzureichend erachtet werde (ebd.: 292). Letzteres bestätigt auch ein Artikel aus der *FAZ*, der zwar einräumt, dass sich der Unfallversicherungsschutz für Ehrenamtliche in den letzten Jahren durch die genannte Reform deutlich verbessert habe, die meisten Freiwilligen bei ihrer Tätigkeit jedoch trotzdem nicht ausreichend versichert seien. Dies gelte besonders für Ehrenämter in informellen Gruppen, d.h. außerhalb fester Organisationen, wie etwa im Bereich des Sports, der Selbsthilfe oder der Nachbarschaftshilfe, wo private Zusatzversicherungen weiterhin ratsam seien (*FAZ* 2007c).

Zusammenfassung der engagementpolitischen Maßnahmen in der 15. Legislaturperiode

Resümierend lässt sich mit Blick auf die 15. Legislaturperiode festhalten, dass sich die engagementspezifischen Maßnahmen der rot-grünen Bundesregierung stark an den Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission sowie anderer wissenschaftlicher Berichte orientierten. Die Auswahl geeigneter engagementpolitischer Förderungsmaßnahmen wurde durch diese Vorschläge und Ergebnisse zwar in gewisser Weise vorstrukturiert und begrenzt, doch zeigen die zwischen 2002 und 2005 umgesetzten Neuerungen, dass viele der gerade institutionell-rechtlichen Vorschläge der Enquete-Kommission (noch) keine Berücksichtigung fanden. Hierbei handelt es sich vor allem um die Kommissionsvorschläge, die, wie etwa die Überarbeitung des Gemeinnützigkeits-, Zuwendungs- und Spendenrechts, in erster Linie auf eine Besserstellung der mit Freiwilligen arbeitenden Organisationen abzielten (BT-Drs. 14/8900 2002: 292). In diesem Zusammenhang setzte sich die rot-grüne Regierung in ihrer zweiten Amtszeit lediglich dafür ein, dass Freiwilligenagenturen einen erleichterten Zugang zum Gemeinnützigkeitsstatus erhalten und ihnen so bestimmte Steuervorteile zuteilwerden (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2005: 33). Wie schon zur Jahrtausendwende liegt der Schwerpunkt der institutionellen Neuerungen zwischen 2002 und 2005 erneut auf der Beeinflussung der Angebotsseite des diskursiv konstruierten Freiwilligen-Marktes: Während die zielgruppenspezifische Gestaltung von Modellprojekten wie »Erfahrungswissen für Initiativen« dem Ziel diente, die brachliegende Engagementbereitschaft bestimmter Bevölkerungsgruppen zu aktivieren, war die Erweiterung des Unfallversicherungsschutzes auf weitere Ehrenamtsgruppen mit der Hoffnung verbunden, dass hiervon Anreize zur Ausweitung bereits bestehender freiwilliger Verpflichtungen ausgehen.

Die 16. Legislaturperiode: Die Große Koalition (2005 bis 2009)

Die 16. Legislaturperiode schaffte in Sachen Engagementpolitik insofern neue Ausgangsbedingungen, als erstens die rot-grüne Regierung von einer Großen Koalition unter der Bundeskanzlerin Angela Merkel abgelöst wurde und zweitens das politische Tagesgeschehen zunehmend von neuen Themen, wie den Finanzierungsproblemen der öffentlichen Haushalte und den steigenden Arbeitslosenzahlen, dominiert wurde. Obgleich im Zuge dessen die Themenbereiche Bürgergesellschaft und freiwilliges Engagement aus der Präambel des Koalitionsvertrages (CDU/CSU/SPD 2005) verschwanden, wurde ihnen in diesem Zeitraum – wenn auch mit anderen Schwerpunkten – weiterhin eine vergleichsweise hohe Aufmerksamkeit geschenkt: Die 16. Legislaturperiode ist somit stärker durch bundespolitische Bemühungen gekennzeichnet, wichtige Zielvorhaben, wie die Stärkung des intergenerationellen Zusammenhaltes, die Schaffung von Bildungsgerechtigkeit und die Integration von Migrant*innen, konzeptionell mit engagementpolitischen Überlegungen im Allgemeinen und einer zielgruppen- und bereichsspezifischen Aktivierungslogik im Besonderen zu verknüpfen. Zu den zentralen institutionellen Kristallisations- bzw. Knotenpunkten der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung avancieren in der 16. Legislaturperiode einerseits das »Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements« von 2007 und andererseits die vom Bundesfamilienministerium ebenso im Jahr 2007 ins Leben gerufene Initiative ZivilEngagement »Miteinander – Füreinander«, die alle älteren und neuen bundespolitischen

Programme in Sachen Engagementförderung bündelt. Im Folgenden gilt es, die zentralen Verbindungslinien dieser beiden institutionellen Neuerungen im dispositiven Gewebe der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung zu kartografieren.

Das Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements

Im Jahr 2007 verabschiedete die Bundesregierung das »Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements« (BT-Drs. 16/5200 2007), das sich unter dem Motto »Hilfen für Helfer« mit der Neuregelung des Spenden- und Gemeinnützigkeitsrechts beschäftigte. In dieses Gesetz flossen nicht nur die von der rot-grünen Vorgängerregierung weitgehend vernachlässigten diesbezüglichen Empfehlungen des Berichts der Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements« (BT-Drs. 14/8900 2002: 292) ein, sondern auch die Vorschläge der Projektgruppe »Reform des Gemeinnützigkeits- und Spendenrechts« bestehend aus Vertretern der Dachverbände, unabhängiger Organisationen des Dritten Sektors sowie Experten und Wissenschaftlern, die bereits seit dem Frühjahr 2005 an Empfehlungen zur Vereinfachung und Entbürokratisierung des Gemeinnützigkeits- und Spendenrechts gearbeitet hat. Neben anderen Neuerungen führte das Gesetz vor allem in den folgenden drei Bereichen eine Veränderung bestehender Rahmenbedingungen herbei: Erstens wurde das Spendenrecht insofern vereinheitlicht, als private Spender künftig einheitlich bis zur Höchstgrenze von 20 % des Gesamtbetrags der Einkünfte Spenden als Sonderausgaben geltend machen können. Zweitens sollten gerade Stiftungen von der deutlichen Anhebung der steuerbegünstigten Förderhöchstsätze profitieren. Drittens wurde die steuer- und sozialabgabenfreie jährliche Übungsleiterpauschale von 1848 Euro auf 2100 Euro angehoben (§ 3 Nr. 26 EStG) und zudem die Regelung eingeführt, dass Freiwillige im gemeinnützigen, mildtätigen oder kirchlichen Bereich einen steuerlichen Freibetrag in Höhe von 500 Euro pro Jahr geltend machen können. Des Weiteren wurde das geltende Spenden- und Gemeinnützigkeitsrecht im Rahmen der Gesetzesnovellierung, z.B. durch den Wegfall bestimmter Prüfnotwendigkeiten bei den Finanzämtern, deutlich vereinfacht und von bürokratischen Hürden befreit. Die hierdurch eingeleitete Verbesserung und Entbürokratisierung der steuerlichen Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement sowie für die Tätigkeit von Vereinen und Stiftungen wurde im medialen und politischen Diskurs als ein deutliches Zeichen für die gesteigerte Wertschätzung des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland betrachtet (SZ 2006e, 2007c; BT-Drs. 16/5200 2007: 12; BT UA-Drs. 16/88 2009: 10).

Besonders mit Blick auf die Begründung dieses Gesetzesentwurfs durch die Bundesregierung wird mehr als offensichtlich, dass diese rechtlichen Neuerungen fest mit den verschiedenen epistemischen Aussagenbündeln der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung verwoben sind. Die Notwendigkeit der Stärkung bürgerschaftlichen Engagements begründete die Bundesregierung im allgemeinen Teil des Gesetzesentwurfs durch den stichwortartigen Verweis auf gesellschaftliche Krisenerscheinungen, wie die demografische Entwicklung, Globalisierungstendenzen und die Probleme der Arbeitslosigkeit: »Es sind diese Entwicklungen, die die Fliehkräfte in unserer Gesellschaft wachsen lassen und so den Zusammenhalt gefährden.« (BT-Drs. 16/5200 2007: 12) Diese problembehaftete Trendwende,

so die weitere Argumentation, könne nur durch die Stärkung und Ausweitung des freiwilligen Engagements aufgehoben und zum Positiven gewendet werden (ebd.). An dieser Stelle wird folglich auf die epistemischen Einsichten der Nachfrageseite des diskursiv konstruierten Freiwilligen-Marktes Bezug genommen und ein großer Bedarf an freiwilligem Engagement konstatiert, dem auch hier der Status eines Allheilmittels zugeschrieben wird.

Zudem wird die Implementation dieses neuen Gesetzes begleitet durch ständige Verweise auf die defizitäre Ausgestaltung der bislang geltenden Regelungen im Bereich des Spenden- und Gemeinnützigkeitsrechts, die mitunter selbst als eine zentrale Ursache für die krisenhafte Aktivierung des Ehrenamtes gelten: Diese führten, so der allgemeine Tenor, zu einer erheblichen Bürokratisierung des gesamten Verwaltungsapparats und stünden so einer nachhaltigen Entwicklung des freiwilligen Engagements in Deutschland im Wege: »Wer freiwillig dem Gemeinwohl dienen will, der soll auch nicht erst viele Hürden aus dem Weg räumen müssen. Derzeit schrecken solche Hürden – zum Beispiel eine manchmal nur wenig transparente und zugängliche Verwaltung – noch viele ab.« (Köhler, 2006b: 4) Das neue Gesetz sei demgegenüber bestens für eine nachhaltige Engagementförderung geeignet, da hierdurch die genannten Bürokratienhemmnisse nachhaltig abgebaut würden, »damit die Menschen, die ehrenamtlich tätig sind, mehr Zeit für ihre Mitmenschen haben« (BT-Drs. 16/5200 2007: 12).

Ein Blick auf die Zielsetzung der Gesetzesnovelle zeigt, dass sich die Bundesregierung hiervon zudem eine Erhöhung des Engagementumfangs, d.h. die Beeinflussung der Angebotsseite des diskursiv konstruierten Freiwilligen-Marktes, versprach. Diese Absicht wird im Rahmen des Gesetzentwurfs sogar explizit formuliert: Mit diesem Gesetz soll »ein Zeichen gesetzt werden, um noch mehr Menschen zu motivieren, sich gleichfalls finanziell oder ehrenamtlich für unsere Gesellschaft einzusetzen« (ebd.: 12; ebenso BMFSFJ 2007a: 4; SZ 2007c). Wie die rechtlichen Neuerungen zeigen, wird eine derart motivierende Wirkung vor allem solchen Maßnahmen zugeschrieben, die auf der individuellen Ebene zu einer positiven Kosten-Nutzen-Bilanz beitragen. Gerade bei der erneuten Anhebung des Übungsleiterfreibetrags und der Einführung einer Steuerermäßigung in Höhe von 500 Euro für bestimmte freiwillige Tätigkeiten handelt sich zweifelsohne um Reformen, deren Anreizwirkung auf der Schaffung individueller materieller Vergünstigungen beruht, die auch von Peer Steinbrück in seinem Statement zur Gesetzesnovellierung in den Mittelpunkt gestellt wurden:

»Diese ›Hilfen für Helfer‹ heißen nämlich, dass wir die ehrenamtlich Engagierten und gemeinnützigen Vereine sehr gezielt materiell unterstützen, z.B. mit einem neuen Steuerfreibetrag von 500 Euro im Jahr für jene, die sich nebenberuflich im mildtätigen, im gemeinnützigen oder im kirchlichen Bereich engagieren oder indem die Übungsleiterinnen und Übungsleiter mehr Geld steuerfrei verdienen dürfen als bisher – statt 1.848 sind es jetzt 2.100 Euro.« (Steinbrück 2009: 186)

Selbst in der auf dieses Gesetz bezogenen Medienberichterstattung wurde mitunter der Eindruck erweckt, dass sich Menschen – ähnlich wie bei einem Arbeitsverhältnis – aufgrund der Höhe der materiellen Vergütung für ein freiwilliges Engagement entscheiden würden. So erinnert beispielsweise die Terminologie in einem auf diese Gesetzesnovellierung Bezug nehmenden *Zeit*-Artikel stärker an

die Suche nach einer bezahlten Erwerbsarbeit denn nach einem gemeinnützigen Ehrenamt: »Engagement lohnt. Kindern nach der Schule das Tanzen beibringen oder den Kirchenchor leiten wird noch attraktiver. Bis zu 2100 Euro im Jahr sollen Engagierte steuer- und abgabenfrei dazuverdienen können, wenn sie in einem gemeinnützigen Verein oder in Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts jobben.« (Zeit Online 2007b) Gleichzeitig sollen durch dieses Gesetz nicht nur das allgemeine Engagementpotenzial, sondern auch die brachliegenden Potenziale im Stiftungsbereich gehoben werden, weshalb Horst Köhler die diesbezügliche Hoffnung äußerte, »dass es nun durch die höheren Freigrenzen auch steuerlich mehr Anreize gibt, zu spenden und zu stiften« (Köhler 2007b: 2f.). Dass diese Hoffnung keinesfalls unbegründet war, bestätigte der Bundesverband Deutscher Stiftungen, der im Jahr 2007 angesichts der positiven Signalwirkung der genannten gesetzlichen Neuerungen von mehr als 1000 Neugründungen ausging (FAZ 2007g).

Die Initiative ZivilEngagement »Miteinander – Füreinander«

Die zweite positiv konnotierte Institutionalisierungsform des engagementspezifischen Produktivitätsparadigmas ist die Initiative ZivilEngagement »Miteinander – Füreinander«. Bereits in den Arbeitsschwerpunkten dieser Initiative spiegeln sich die epistemischen Neuverknüpfungen und Schwerpunktverlagerungen im dispositiven Netz der Storyline nach 2002 unverkennbar wider: Hierzu gehören die Erneuerung der Freiwilligendienste, der generationsübergreifende Ausbau engagementförderlicher Infrastrukturmaßnahmen, die Förderung des freiwilligen Engagements von Migranten, die Weiterentwicklung unternehmensbezogener Engagementformen sowie Programme gegen Rechtsextremismus und Gewalt (BMFSFJ 2007a: 6). Da jeder dieser Bereiche aus einer Vielzahl von Einzelmaßnahmen besteht, deren vollständige Analyse unweigerlich zu Redundanzen führen würde, sollen im Folgenden nur einzelne Projekte exemplarisch vorgestellt und ihre zentralen Verbindungslinien im dispositiven Gewebe skizziert werden. Während zunächst die Verwobenheit der Initiative ZivilEngagement und einige ihrer Arbeitsbereiche in die netzartige Struktur der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung überblicksartig betrachtet werden soll, gilt es anschließend, ein Modellprogramm der Initiative ZivilEngagement – und zwar den »Generationsübergreifenden Freiwilligendienst« (GüF) (vgl. zur positiven medialen Resonanz u.a. FAZ 2008b) – en detail in den Blick zu nehmen.

Die Initiative ZivilEngagement stellt im dispositiven Netz der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung einen zentralen, die institutionelle Dimension betreffenden Knotenpunkt dar, dessen Erwähnung maßgeblich zur Verdichtung der Gesamterzählung beiträgt, da hier die epistemischen Einsichten der Nachfrage- und Angebotsseite gewissermaßen zusammenfließen: Die Notwendigkeit der Bündelung der bisherigen engagementpolitischen Maßnahmen in der Initiative ZivilEngagement wird durch Rückgriff auf die Argumente der Angebotsdimension des diskursiv konstruierten Freiwilligen-Marktes begründet. Der bereits mehrfach aufscheinenden Potenziale-Fokussierung folgend steht die Initiative ZivilEngagement unter dem Motto »Es ist Zeit für mehr Engagement« (BMFSFJ 2007a: 3). Diese Initiative verfolgt nach Angaben von Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen das Ziel, bessere Rahmenbedingungen und eine nachhaltige Anerkennungskultur für freiwilliges Engagement zu schaffen, die auch den sich wandeln-

den Bedingungen der Ehrenamtlichkeit Rechnung trägt: »Die Initiative ZivilEngagement macht bürgerschaftliches Engagement in Deutschland attraktiv – und so machbar wie möglich.« (BMFSFJ 2008a; ebenso BMFSFJ 2007a: 3; von der Leyen 2009: 8-10)

Um die Sinnhaftigkeit der Initiative Zivilengagement zu rechtfertigen bzw. zu legitimieren, rekurren gerade bundespolitische Verantwortungsträger nicht nur auf die Potenziale-, sondern auch auf die spezifische Nachfragerhetorik der engagementbezogenen Produktivitäts-Erzählung. Angesichts der dem Ehrenamt hier zugeschriebenen umfangreichen Problemlösungsfähigkeiten sei, so der allgemeine Tenor, »ein Mentalitätswandel« erforderlich, »der bürgerschaftliches Engagement in den Mittelpunkt rückt, wenn es darum geht, soziale und gesellschaftliche Aufgaben zu bewältigen« (BMFSFJ 2007a: 3f.). Die im Rahmen der Initiative ZivilEngagement angestrebte Ausweitung des bürgerschaftlichen Engagements wird folglich vor dem Hintergrund verschiedener gesellschaftlicher Herausforderungen, wie dem demografischen Wandel, dem Zusammenbruch familiärer Strukturen und den hiermit befürchteten Engpässen im sozialen Dienstleistungsbereich, für notwendig erachtet (ebd.: 3, BMFSFJ 2008a). Wie bereits angedeutet, steht die Initiative ZivilEngagement somit exemplarisch für die bundespolitischen Bemühungen in der 16. Legislaturperiode, engagementpolitische Antworten auf die großen gesellschaftlichen Herausforderungen der gesellschaftlichen Alterung oder der Integration von Migranten zu finden. Dieser Zielsetzung entspricht auch die inhaltliche Fokussierung der Initiative ZivilEngagement auf die Aktivierung der Potenziale von bislang eher engagementfernen Personen oder solchen mit einer hohen Engagementbereitschaft.

Zu ihren Arbeitsschwerpunkten zählt erstens der Ausbau des unternehmensbezogenen Engagements, das im Laufe der 2000er Jahre zunehmend als ein unverzichtbarer Bestandteil der Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen betrachtet wird (BMFSFJ 2007a:4). Auch Unternehmen, so die Argumentation, zeigten vermehrt die Bereitschaft, einen größeren Beitrag zum sozialen Zusammenhalt zu leisten (BMFSFJ 2008a). Die Initiative ZivilEngagement sei aus folgenden Gründen bestens geeignet, die bereits bestehenden Corporate Social Responsibility- oder Corporate Citizenship-Strategien auszubauen bzw. weitere Unternehmen zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung zu motivieren: Sie stellt ein breites Wissen über die verschiedenen Formen unternehmensbezogenen Engagements zur Verfügung, bietet eine umfassende Beratung für engagementbereite Unternehmen und motiviert mit Best Practice-Beispielen zur Nachahmung (BMFSFJ 2007a: 12, 2008; von der Leyen 2009: 11).

Der zweite Arbeitsschwerpunkt der Initiative ZivilEngagement widmet sich der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund. Hinter dieser Zielstellung steht die auch im Rahmen der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung häufig benannte Einsicht, dass Migranten durch ein freiwilliges Engagement selbst ihre Integration in die Aufnahmegesellschaft vorantreiben könnten (BMFSFJ 2007a: 11). Vor diesem Hintergrund zielt die Initiative ZivilEngagement darauf ab, geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen, die zu einer Öffnung von Vereinen und Verbänden für das Engagement von Migranten beitragen. Hierzu sei es notwendig, Migrantenorganisationen bei der Vergabe von bundespolitischen Fördermitteln und Modellprojekten stärker zu berücksichtigen (ebd.; BT-Drs. 16/7600 (Migrationsbericht) 2007: 116; BT-Drs. 17/2400 (Migrationsbericht) 2010: 149, 152).

Zudem erprobt die Initiative ZivilEngagement in diesem Arbeitsbereich verschiedene Möglichkeiten, um gerade junge Migranten zu einem freiwilligen Engagement zu motivieren. So dienen beispielsweise der Ausbau und die Flexibilisierung der Jugendfreiwilligendienste sowie die bundesweiten Modellprojekte »Junge Migranten als Lotsen« (JuMiLo)⁵⁹ oder »Freiwilligendienste machen kompetent« in der 16. Legislaturperiode dem Ziel, explizit benachteiligte und bildungsferne Jugendliche sowie Jugendliche mit Migrationshintergrund anzusprechen (von der Leyen 2009: 11). Hintergrund dieser Maßnahmen sind die im bundespolitischen Engagementdiskurs geäußerten Überlegungen, dass die Krisen im Bildungsbereich, der Arbeitsgesellschaft und der Integration besonders die von diesen Problemen betroffenen Menschen von einem freiwilligen Engagement abhalten würden. Die Flexibilisierung der Freiwilligendienste oder das Modellprojekt »Freiwilligendienste machen kompetent« entsprechen somit dem vielfach benannten Ziel der Bundesregierung, niedrigschwellige Engagementangebote für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen, für bildungsferne Jugendliche und/oder Migranten zu schaffen (BT-Drs. 16/7600 (Migrationsbericht) 2007: 120). Ein freiwilliges Engagement in einem strukturierten Programm biete diesen Personengruppen, so die Hoffnung, nicht nur einen Zugang zu informellen Lernprozessen, sondern fördere gleichzeitig ihre Bildungs- und Beschäftigungsfähigkeit und verbessere so nicht nur ihre Integrationschancen, sondern auch ihre Aussichten auf dem Arbeitsmarkt (Stellungnahme der Bundesregierung in: BT-Drs. 16/4100 (Bildungsbericht) 2007: VII).

Im Arbeitsschwerpunkt Infrastrukturförderung der Initiative ZivilEngagement werden all jene Maßnahmen gebündelt, die sich auf die infrastrukturelle Förderung des freiwilligen Engagements beziehen: Freiwilligenagenturen, Seniorenbüros, Bürgerstiftungen sowie die lokalen Bündnisse für Familien zählen ebenso zu diesem Bereich wie auch die Aktionsprogramme »Mehrgenerationenhäuser«⁶⁰

59 | Gerade das Modellprojekt »Junge Migranten als Lotsen« trägt der epistemischen Einsicht Rechnung, dass die von den gesellschaftlichen Problemen am meisten Betroffenen selbst einen Beitrag zur Überwindung der Krisenerscheinungen leisten können. Vor diesem Hintergrund verfolgt dieses Modellprogramm unter dem Motto: »Junge Migranten als Lotsen integrieren sich und andere« das Ziel, junge Migranten zu gewinnen, die anderen Jugendlichen mit Migrationshintergrund als Integrationshelfer zur Seite stehen und so die Krise der Integration zu überwinden helfen (BMI 2009; SZ 2009i).

60 | Das Aktionsprogramm »Mehrgenerationenhäuser« (2006-2011) und sein Nachfolgeprojekt »Mehrgenerationenhäuser II« (2012-2014) dienen der Förderung des generationsübergreifenden Miteinanders in Deutschland. Sie verfolgen das grundlegende Ziel, das Lebensmodell der Großfamilie wiederzubeleben und mit den Erfordernissen der modernen Alltagsgestaltung in Einklang zu bringen. Mehrgenerationenhäuser sind Begegnungsstätten, die ein breites Angebot an Dienstleistungen für Familien, junge Menschen sowie Ältere zur Verfügung stellen und hierbei grundlegend auf freiwilliges Engagement sowie die Bereitschaft zur Selbsthilfe angewiesen sind. Sie bieten demnach Raum für generationsübergreifende Interaktionserfahrungen und erproben die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen bürgerschaftlich Engagierten und professionellen Kräften (Zeit Online 2007a; Staats/Gess/Henkel 2012: 16f.). Mehrgenerationenhäuser werden in bundespolitischen Verlautbarungen mitunter als »Motoren für freiwilliges Engagement« (BMFSFJ 2008b: 6, 20) bezeichnet oder zu »Knotenpunkten bürgerschaftlichen Engagements« stilisiert, die zur »optimalen

und »Alter schafft Neues«.⁶¹ Die genannten Organisationen und Initiativen weisen die Gemeinsamkeit auf, dass sie einerseits niedrighschwellige Orte der Begegnung für Engagementinteressierte darstellen und andererseits durch ihre vernetzende, beratende und qualifizierende Funktion zur Stärkung des freiwilligen Engagements insgesamt beitragen sollen (BMFSFJ 2007a: 8f.; von der Leyen 2009: 10).

Lediglich ein Arbeitsschwerpunkt der Initiative ZivilEngagement widmet sich der Rolle des politischen Engagements bei der Weiterentwicklung und Verankerung der Prinzipien Toleranz und Demokratie. Wie schon in den vorausgegangenen Jahren ergeben sich die Inhalte und Ziele des politischen Engagements jedoch nicht aus dem kreativen Handeln der beteiligten Bürger selbst, sondern sind bereits vordefiniert und beziehen sich – mit besonderer Berücksichtigung der Situation in Ostdeutschland – vor allem auf das Engagement gegen (Rechts-)Extremismus (BMFSFJ 2007a: 13). Vor diesem Hintergrund rief das Bundesfamilienministerium am 01.01.2007 das auf Dauer angelegte Bundesprogramm »Vielfalt tut gut. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie« als Nachfolgeprojekt des Aktionsprogramms »Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus« ins Leben. Ziel dieses Programms ist es, durch lokale Aktionspläne und Modellprojekte zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus die Demokratieentwicklung – gerade in ostdeutschen Regionen – zu stärken sowie besonders rechtsextremistisch gefährdete junge Menschen, Jugendliche aus einkommensschwachen und/oder bildungsfernen Elternhäusern sowie Migranten für eine Teilnahme am Modellprojekt zu mobilisieren (BMFSFJ 2007a).

Ein resümierender Blick auf die Initiative ZivilEngagement zeigt, dass diese nicht nur als gemeinsames Dach der bundespolitischen Engagementmaßnahmen fungiert, sondern gleichzeitig eigene strategische Akzente setzt. Besonders deutlich in den Vordergrund tritt in diesem Zusammenhang die bereichs- und zielgruppenspezifische Aktivierungslogik der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung: Es sollen gerade diejenigen Personengruppen im Rahmen der verschiedenen Maßnahmen der Initiative ZivilEngagement für ein freiwilliges Engagement gewonnen werden, die ein hohes Engagementpotenzial und/oder eine niedrige Engagementquote aufweisen und die im besonderen Maße von den Auswirkungen der gesellschaftlichen Krisen betroffen sind oder als Mitverursacher derselben gelten. Von der Förderung des freiwilligen Engagements speziell dieser

Nutzung der Engagementpotenziale in der Gesellschaft« beitragen können (Bundesregierung 2010: 67; vgl. ebenso CDU/CSU/SPD 2005: 98).

61 | Die im Jahr 2008 vom Bundesfamilienministerium ins Leben gerufene Initiative »Alter schafft Neues« zielt angesichts des demografischen Wandels darauf ab, die brachliegenden Potenziale älterer Menschen gerade im Bereich des freiwilligen Engagements zu heben und ein neues Altersbild in der Gesellschaft zu etablieren (BMFSFJ 2007a: 9). Die Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen eröffnete das Programm »Alter schafft Neues« mit den Worten: »Das ehrenamtliche Potential der älteren Generation ist pures Gold.« (SZ 2008a). Die Initiative setzt sich aus den Einzelprojekten »Aktiv im Alter«, »Freiwilligendienste aller Generationen« sowie »Wirtschaftsfaktor Alter« zusammen. Übereinstimmend wird mit diesen Programmen die Hoffnung verbunden, die bestehende Engagementbereitschaft der Älteren in ein tatsächliches Engagement zu überführen (FAZ 2008a; SZ 2008b; von der Leyen 2009: 12; Stellungnahme der Bundesregierung in: BT-Drs. 17/3815 (Altenbericht) 2010: V, VII).

Bevölkerungsteile verspricht man sich folglich sowohl eine Abmilderung der vermeintlichen Krisenerscheinungen als auch eine individuelle Besserstellung.

Im Mittelpunkt der folgenden Ausführungen steht die Frage, inwieweit der letzte Schwerpunkt der Initiative ZivilEngagement – der Ausbau der (Jugend-)Freiwilligendienste – ebenfalls der Angebots- und Nachfragemetaphorik des diskursiv konstruierten Freiwilligen-Marktes Rechnung trägt.

Der Ausbau der (Jugend-)Freiwilligendienste

Dieser Arbeitsschwerpunkt der Initiative ZivilEngagement beschäftigt sich ganz nach dem Motto: »Neue Freiwilligendienste für neue Freiwillige« (BMFSFJ 2007a: 6) mit der Erweiterung des deutschen Freiwilligendienstmodells. Insbesondere bundespolitische Verantwortungsträger verbanden mit der Öffnung und Flexibilisierung der Freiwilligendienste die Hoffnung, das unausgeschöpfte Engagementpotenzial bei Jugendlichen zu heben (von der Leyen 2009: 11; ebenso BMFSFJ 2007a: 6). Für diese Aufgabe, so der Tenor, sei das Freiwilligendienstmodell besonders gut geeignet, da diese Form des strukturierten Engagements sowohl bei den Engagierten als auch bei den jeweiligen Trägern etabliert sei und sich nach wie vor einer ungebrochenen Beliebtheit erfreue. Hinzu kommt, dass es sich bei diesen um bereits bewährte Programme des BMFSFJ handelt, die folglich ohne größeren administrativen Aufwand auf eine neue Zielstellung ausgerichtet werden können (Stemmer 2009: 36). Vor dem Hintergrund der Wissensordnung des neuen Ehrenamtes war man sich in Regierungskreisen allerdings einig, dass eine Flexibilisierung und Ausweitung der klassischen (Jugend-)Freiwilligendienste unerlässlich sei, um mehr junge Menschen im Allgemeinen und benachteiligte, d.h. aus einkommensschwachen und/oder bildungsfernen Elternhäusern stammende, Jugendliche im Besonderen hierfür zu begeistern (von der Leyen 2009: 11). Die Erweiterung des Freiwilligendienstmodells entwickelte sich daher zu einem besonders beliebten engagementpolitischen Aufgabenfeld der Bundespolitik in den 2000er Jahren. Bereits mit der Verabschiedung des FSJ-Förderungsänderungsgesetzes im Jahr 2002 wurde eine Flexibilisierung der Jugendfreiwilligendienste und eine Ausweitung ihrer Einsatzfelder herbeigeführt. Zu einer weiteren Systematisierung der Freiwilligendienste trug das Freiwilligendienstgesetz vom 1. Juni 2008 bei, das die bislang getrennten FSJ- und FÖJ-Gesetze zusammenführte, die Freiwilligendienstmodelle, z.B. hinsichtlich ihres Zeitrahmens, weiter flexibilisierte und ihre Bedeutung als Lern- und Bildungsorte stärker verankerte (BT-Drs. 16/6519 2007). Von der Schaffung neuer Einsatzfelder, flexiblerer Zeitstrukturen und der Möglichkeit des Auslandseinsatzes erhoffte sich das Bundesfamilienministerium eine Anreizwirkung auf bislang an einem Engagement desinteressierte Jugendliche (von der Leyen 2009: 11).

Spätestens seit 2005 kann angesichts der Initiierung mehrerer politischer Modellvorhaben, die sich hinsichtlich ihrer zeitlichen Strukturierung, Einsatzfelder und Bildungsinhalte deutlich von den klassischen Freiwilligendiensten unterscheiden, zudem von einer starken Pluralisierung der Dienstlandschaft gesprochen werden: Zu erwähnen sind hier das vom Bundesfamilienministerium initiierte Modellprogramm »Freiwilligendienste machen kompetent« (2007-2010),⁶² das vor

62 | Anhand des Modellprogramms »Freiwilligendienste machen kompetent« zeigt sich besonders eindrucksvoll, wie eng der bildungspolitische und der engagementbezogene Diskurs

allem auf die Gewinnung bildungsferner Jugendlicher und solcher mit Migrationshintergrund ausgerichtet war, sowie der Freiwilligendienst »weltwärts«. Letzterer wurde im Jahr 2007 vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) ins Leben gerufen und zielt darauf ab, jungen Menschen die Mitwirkung an Hilfsprojekten in Entwicklungsländern zu ermöglichen. Die genannten Modellprojekte gelten als Hoffnungsträger einer gelingenden Potenziale-Ausschöpfung bei Jugendlichen, da sie z.B. durch die Zahlung hoher monatlicher Pauschalbeträge – ein Teilnehmer bei »weltwärts« erhält 580 Euro pro Monat zzgl. Auslandsrankenversicherung – gerade den Bedürfnissen von Jugendlichen aus bislang im Bereich der Freiwilligendienste unterrepräsentierten Bevölkerungsgruppen entgegenkommen (SZ 2008f).

Während die bisher genannten Neuerungen im Bereich der deutschen (Jugend) Freiwilligendienstlandschaft noch in deutlicher Kontinuität zu den klassischen und bewährten Modellen des FSJ und FÖJ stehen, beschreiten das nun im Mittelpunkt stehende Bundesmodellprogramm »Generationsübergreifende Freiwilligendienste« (GüF, 2005-2008) und sein Nachfolgeprogramm »Freiwilligendienste aller Generationen« (FDaG, 2009-2011) ganz neue Wege. Der Generationsübergreifende Freiwilligendienst trug durch seine Öffnung für alle Altersgruppen zu einer grundlegenden Erneuerung des klassischen (Jugend-)Freiwilligendienstmodells bei, weshalb er im Fokus der nachfolgenden Ausführungen steht.

Das Modellprogramm Generationsübergreifende Freiwilligendienste

Das Modellprogramm Generationsübergreifende Freiwilligendienste geht auf die Empfehlungen der Expertenkommission »Impulse für die Zivilgesellschaft« zurück, die noch von der rot-grünen Regierung im Frühjahr 2003 eingerichtet wurde und sich aus politischen Vertretern von Bund, Ländern und Gemeinden, den Wohlfahrts- und Umweltschutzverbänden sowie wissenschaftlichen Experten zusammensetzte (BMFSFJ 2004). Inhaltlich beschäftigte sich die Kommission mit der Zukunft der Freiwilligendienste und des Zivildienstes vor dem Hintergrund des möglichen Wegfalls der allgemeinen Wehrpflicht. Ihre Arbeit fußte auf den Ergebnissen früherer diesbezüglicher Arbeitsgruppen und Kommissionen, wie etwa dem Bericht der Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements« (BT-Drs. 14/8900 2002), dem von der Robert Bosch Stiftung herausgegebenen Manifest für Freiwilligendienste in Deutschland und Europa mit dem Titel *Jugend erneuert Gemeinschaft* (Robert Bosch Stiftung 1998b) und den Resultaten der vom BMFSFJ eingerichteten Arbeitsgruppe »Zukunft des Zivildienstes«.

Zu den zentralen Ergebnissen dieser Kommission gehört der Vorschlag, das bislang den Jugendlichen vorbehaltene Freiwilligendienstmodell für alle Altersgruppen zu öffnen (BMFSFJ 2004: 10f.). Umgesetzt wurde diese Empfehlung im Rahmen des vom Bundesfamilienministerium initiierten Modellprojekts Genera-

in Deutschland spätestens seit Mitte der 2000er Jahre miteinander verknüpft sind. Die Organisatoren des Modellprojekts erhofften sich hiervon einen positiven Effekt auf das allgemeine Bildungsniveau und die Ausbildungs- und Beschäftigungsfähigkeit der Teilnehmer sowie auf den Übergang in den Berufsalltag. Ziel dieses Modellprogramms war es, mehr Bildungsgerechtigkeit herzustellen und die Beschäftigungsfähigkeit sowie die Integrationschancen benachteiligter Jugendlicher sowie Jugendlicher mit Migrationshintergrund zu verbessern (ISS 2010: 5f.).

tionsübergreifende Freiwilligendienste, das im Jahr 2005 mit einem Haushaltsvolumen von 10 Mio. Euro für eine Laufzeit von drei Jahren eingerichtet wurde. Während dieser Zeit haben sich ca. 9.000 Personen in fast 1.600 Einsatzstellen bei 140 Trägern freiwillig engagiert (ZZE 2008: 5). Die vom Bund geleistete finanzielle Förderung erfolgte grundsätzlich durch einen Pauschalbetrag pro Freiwilligenplatz und Monat, der sich im Verlauf der dreijährigen Projektlaufzeit reduzierte. Neben der Öffnung dieses Dienstmodells für Personen aller Altersgruppen unterscheidet sich die neue generationsübergreifende Variante von den bestehenden Freiwilligendiensten vor allem durch seine zeitliche Flexibilisierung und die Ausweitung der traditionellen Aufgabenfelder. Den Trägern und Einsatzstellen standen bei der Durchführung des Programms relativ große Gestaltungsspielräume zur Verfügung, die lediglich durch die folgenden Eckvorgaben begrenzt wurden: Die Gesamtdauer des Dienstes konnte zwischen drei und 24 Monaten betragen, wobei der wöchentliche Zeiteinsatz bei ca. 20 Stunden liegen sollte. Um den verbindlichen Charakter des Dienstmodells zu wahren, wurde angeraten, dass zwischen den teilnehmenden Freiwilligen und ihren Einsatzstellen bzw. Trägern schriftliche Vereinbarungen über die zu leistenden Aufgaben, den zeitlichen Umfang, Qualifizierungsmaßnahmen, Kostenerstattung, Versicherung, Pflichten usw. abgeschlossen werden. Keine Einschränkung bestand hinsichtlich der inhaltlichen Gestaltung der freiwilligen Tätigkeiten, solange das Prinzip der Arbeitsmarktneutralität gewahrt und der Bildungsgedanke beachtet wurde. Die Einsatzfelder des GüF reichten folglich von den Bereichen Soziales, Umwelt, Sport und Kultur bis hin zu Aktivitätsfeldern wie Migration, Selbsthilfe, die Pflege älterer Menschen sowie die Betreuung von Kindern und Behinderten (BMFSFJ 2007b; ZZE 2008: 11f.).

Nach Abschluss des Modellprojekts Generationsübergreifende Freiwilligendienste rief das Bundesfamilienministerium im Jahr 2009 das ebenfalls auf drei Jahre befristete Nachfolgeprogramm »Freiwilligendienste aller Generationen« ins Leben, das den durch GüF eingeschlagenen Weg – mit einigen kleineren inhaltlichen Veränderungen – fortsetzte. Abgestimmt auf die Implikationen der Initiative »Alter schafft Neues«, gilt das Nachfolgeprogramm Freiwilligendienste aller Generationen als Antwort auf die Herausforderungen des demografischen Wandels (FAZ 2008a; Alt 2009: 1). Die Struktur des FDaG unterschied sich nur minimal von derjenigen des Vorgängermodells: Die Mindestdauer betrug sechs Monate und der wöchentlich zu erbringende Stundenumfang wurde auf acht Stunden festgelegt. Außerdem wurde die Verbindlichkeit des Dienstes weiterhin durch den Abschluss einer schriftlichen Vereinbarung zwischen Trägern und Freiwilligen abgesichert. Bewährte Bestandteile des Programms, wie etwa die Heterogenität der Einsatzstellen und Aufgabengebiete oder die begleitende Durchführung von Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, wurden beibehalten und letztere sogar durch die Anhebung der hierfür bestimmten Fördermittel des Bundes ausgeweitet (vgl. Stemmer 2009: 4f., 18).

Angesichts der strukturellen und inhaltlichen Ähnlichkeiten zwischen Ursprungs- und Nachfolgeprojekt wird im Folgenden nur die Verwobenheit des Generationsübergreifenden Freiwilligendienstes in das dispositive Netz der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung in den Blick genommen.

Der Generationsübergreifende Freiwilligendienst als Knotenpunkt im dispositiven Netz der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung

Der Gedanke, ein Freiwilligendienstmodell einzurichten, das nicht nur Jugendlichen, sondern allen Altersgruppen offensteht, ist untrennbar mit der Krisenrhetorik der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung verbunden, die eine Erhöhung des Gesamtvolumens freiwillig erbrachter Leistungen unausweichlich erscheinen lässt. So wurde die Ausweitung der klassischen Jugendfreiwilligendienste auf alle Altersgruppen angesichts der Herausforderungen des demografischen Wandels nicht nur im Bericht der Regierungskommission »Impulse für die Zivilgesellschaft« (BMFSFJ 2004: 14), sondern auch in den Medien⁶³ sowie im Koalitionsvertrag der Großen Koalition zur Notwendigkeit stilisiert: »Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ist erkennbar, dass der Ausbau der Jugendfreiwilligendienste alleine nicht ausreichen wird. Deshalb werden wir neben der Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements die generationsübergreifenden Freiwilligendienste als Programm ausbauen.« (CDU/CSU/SPD 2005: 110)

Aus dem prognostizierten Rückgang der Zivildienstleistenden würden sich, so die Kommission »Impulse für die Zivilgesellschaft« weiter, erhebliche Probleme im personenbezogenen Pflege- und Betreuungsbereich sowie bei der sozialen Dienstleistungsproduktion ergeben, die wiederum nur durch ein allen Altersgruppen offenstehendes Freiwilligendienstmodell abgedeckt werden können (BMFSFJ 2004: 15). Vor diesem Hintergrund nimmt es auch nicht wunder, dass sich der GüF nach Angaben des evaluierenden Abschlussberichts – trotz seiner prinzipiellen inhaltlichen Offenheit – vor allem auf Tätigkeiten in den Bereichen der familienunterstützenden Maßnahmen konzentrierte: So waren während der gesamten Laufzeit 50 % aller Freiwilligen in der Kinder- und Jugendbetreuung und 22 % in der Seniorenarbeit tätig. Ebenfalls stark vertreten waren Einsätze im Bereich der Integration von Migrant*innen und der Betreuung von Behinderten (ZZE 2008: 68f.). Es handelt sich hierbei folglich um die Bereiche, in denen in bundespolitischen Verlautbarungen – gerade angesichts der ungewissen Zukunft des Zivildienstes – stets ein großer Bedarf an freiwillig erbrachten Leistungen konstatiert wird. Das Modellprogramm GüF und sein Nachfolgeprogramm wurden somit – ähnlich wie das Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser⁶⁴ – gerade von Seiten der Politik

63 | Ein *Zeit*-Artikel zitiert z.B. eine diesbezügliche Stellungnahme des Leiters des Bereichs Bürgerschaftliches Engagement und Freiwilligendienste im Bundesfamilienministerium, Martin Schenkel: »Bei unserem demografischen Wandel reicht es nicht, wenn die wenigen jungen Leute die Gesellschaft sozial unterstützen. Dafür brauchen wir die Hilfe aller Bürger, auch die der älteren.« (Zeit Online 2005)

64 | Auch die ehemalige Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen benannte die Generationsübergreifenden Freiwilligendienste und die Mehrgenerationenhäuser als die beiden zentralen institutionellen Hoffnungsträger im Hinblick auf die Förderung der Potenziale Älterer zum Zwecke der individuellen und gesellschaftlichen Wohlfahrtssteigerung: »Wir brauchen Menschen, die Zeit haben für andere, das bürgerschaftliche Engagement. Es sind die jungen Alten, die sich einsetzen müssen, es ist meine Generation. Wir sind sehr viele. Wenn wir die sechzig überschritten haben, dann werden wir uns kümmern müssen. Auch im eigenen Interesse, denn völlig unterschätzt ist nach wie vor die Bedeutung von sinnerfüllten Aktivitäten im jungen Alter für die geistige Beweglichkeit. Deswegen liegt mir so viel an der

als eine Möglichkeit betrachtet, freiwilliges Engagement als Lösungsstrategie zur Bewältigung der durch den demografischen Wandel verursachten Krisenerscheinungen und den sich daraus ergebenden Versorgungsengpässen im Bereich der sozialen Dienstleistungserbringung zu fördern (Bundesregierung 2010: 43).

Darüber hinaus lässt die grundlegende Zielsetzung des Aktionsprogramms GüF, Menschen unabhängig von ihrem Alter, ihrer Herkunft und ihrer sozialen Schichtzugehörigkeit für ein freiwilliges Engagement zu gewinnen (BMFSFJ 2005; Bundesregierung 2010: 27), keinen Zweifel daran, dass hierdurch das brachliegende Engagementpotenzial auf der Angebotsseite des diskursiv konstruierten Freiwilligen-Marktes gehoben werden sollte. Zur Umsetzung dieser Zielsetzung empfiehlt der Bericht der Regierungskommission »Impulse für die Zivilgesellschaft« unter Rekurs auf die Wissensordnung des neuen Ehrenamtes bei der Einrichtung des Generationsübergreifenden Freiwilligendienstes die folgenden Aspekte zu berücksichtigen: In der Annahme, dass Menschen sich besonders dann freiwillig engagieren, wenn die Engagementmöglichkeiten dem Prinzip der biografischen Passung sowie den jeweiligen Motiven und Interessen entsprechen, müsse der neue Generationsübergreifende Freiwilligendienst erstens sowohl zeitlich als auch inhaltlich flexibel gestaltet sein. Zweitens dürfe man hierbei die Interessen der Einsatzstellen nach Planbarkeit und Verbindlichkeit der Einsätze nicht aus dem Blick verlieren (BMFSFJ 2004: 11). Diesen Empfehlungen entsprach das Modellprogramm insofern, als sich dieses – wie bereits einleitend skizziert – einerseits durch eine hohe konzeptionelle Offenheit hinsichtlich der angesprochenen Zielgruppen, Einsatzgebiete, Zeitformen und Qualifizierungsangebote auszeichnete. Andererseits wurde durch die schriftlichen Vereinbarungen, die von 63 % der GüF-Teilnehmer abgeschlossen wurden (ZZE 2008: 49), auch dem Gedanken der Verbindlichkeit Rechnung getragen. Der besondere Wert dieses Modellprogramms liegt nach Angaben der Informationsbroschüre des BMFSFJ folglich darin, »die individuellen Potentiale in allen Generationen aufzugreifen und eine passgenaue Struktur von Angeboten« – gerade für biografische Überbrückungszeiten – zur Verfügung zu stellen (BMFSFJ 2007b: 7; ebenso Bundesregierung 2010: 27).

Nach Angaben der vom Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung (ZZE) durchgeführten Abschlussevaluation des Projekts konnte GüF viele der in diese Dienstform gesetzten Hoffnungen erfüllen: So entstanden unter dem gemeinsamen Dach des Generationsübergreifenden Freiwilligendienstes einerseits Dienstverhältnisse, die im Hinblick auf Rahmenbedingungen und Verbindlichkeitsgrad eine große organisatorische Nähe zu den Jugendfreiwilligendiensten aufwiesen; andererseits wurden in diesem Kontext Betätigungsfelder geschaffen, die sich den Bedürfnissen der Engagierten flexibel angepasst haben (Stemmer 2009: 16). Die hohe konzeptionelle und inhaltliche Offenheit des Modellprogramms zeigt sich auch daran, dass der eigentlich auf 20 Stunden festgelegte wöchentliche Zeiteinsatz angesichts der großen Streuung der tatsächlich erbrachten Stundenzahl, die von einer bis 40 Stunden wöchentlich reichte, im Laufe der Erprobungsphase deutlich flexibilisiert wurde (ZZE 2008: 44-47). Auch die Dienstlänge schwankte deutlich und lag im Durchschnitt bei 11,4 Monaten (ebd.: 47). Durch diese zeitliche Flexibilität und die Berücksichtigung der unterschiedlichen Beweggründe

und Lebenslagen der potenziellen Freiwilligen im Modellprogramm konnten mit dessen Hilfe nach Angaben des Abschlussberichts Personen aus allen Alters- und Berufsgruppen aktiviert werden. Dies bedeutet konkret, dass alle Altersgruppen mit mind. 10 % vertreten waren, wobei sich Jugendliche zwischen 16 und 25 Jahren mit 22 % am stärksten im Rahmen von GüF engagierten (ebd.: 23).

Besonders erfreut zeigten sich die Organisatoren des Programms zudem von der starken Beteiligung älterer Erwachsener (56-65 Jahre: 20 % und 66-75 Jahre: 12 %), die zu den Hauptzielgruppen des Generationsübergreifenden Freiwilligendienstes zählten: So wurde vom Bundesfamilienministerium die explizite Empfehlung an die Einsatzstellen und Träger vor Ort herausgegeben, »in Anbetracht der demografischen Entwicklung, der Lebenserfahrung und der besonderen Potenziale der älteren Generation«, Seniorinnen und Senioren beim »Generationsübergreifenden Freiwilligendienst« besonders im Fokus zu haben« (SZ 2005a; ebenso BMFSFJ 2004: 10, 2007b: 7; Bundesregierung 2010: 27). Es ist somit mehr als offensichtlich, dass die Bundesregierung mit der Initiierung des Modellprojekts u.a. das Ziel verfolgte, das auch im Rahmen der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung rezipierte Bild vom produktiven Alter zu konkretisieren. Dieses neue Freiwilligendienstmodell avancierte in diesem Zusammenhang zum institutionellen Hoffnungsträger einer gelingenden Potenziale-Ausschöpfung, da es aufgrund seiner inhaltlichen und zeitlichen Flexibilität den Bedürfnissen älterer Menschen entgegenkomme und so gleichsam eine erhebliche Anreizwirkung auf Senioren entfalten könne (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2005: 26f.; BT-Drs. 16/2190 (Altenbericht) 2006: 222): Und in der Tat wirkte nach Angaben des Abschlussberichts gerade die flexible Zeitregelung des Modellprojekts auf viele Ältere attraktiv, die zumeist nicht länger als zehn Stunden pro Woche tätig sein wollten, um ihre durch die Verrentung oder Pensionierung gewonnene Freiheit nicht gleich wieder mit neuen zeitaufwendigen Verpflichtungen zu füllen (ZZE 2008: 35f.).⁶⁵ Zudem konnten durch den inhaltlichen Facettenreichtum des Programms zumeist auch die spezifischen inhaltlichen Wünsche der Senioren erfüllt werden, die sich im Rahmen von GüF vornehmlich zugunsten Gleichaltriger oder Älterer engagieren wollten (ebd.: 36).

Diese Erfolgsbilanz veranlasste die Bundesregierung in ihrem Kommentar zum 5. Altenbericht zu der resümierenden Feststellung, mit diesem Modellprogramm einen Weg gefunden zu haben, Freiwilligendienste für alle Altersgruppen zu öffnen und besonders für die ältere Generation attraktiver zu gestalten: »Das Engagementpotenzial der Älteren verstärkt zu fördern, ist ein Ziel, das die Bundesregierung vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des Umbaus des Sozialstaates z.B. mit dem bereits gestarteten Modellprogramm des BMFSFJ zur

65 | Exemplarisch für diese Einstellung vieler Älterer sei hier auf ein Interview der *Süddeutschen Zeitung* mit engagementbereiten Personen verwiesen, in dem der Pensionär Hans Günther Engel ähnliche Gründe für die Suche nach einem wenig vereinnahmenden Ehrenamt angibt: »Ich weiß ehrlich gesagt noch gar nicht, wofür ich mich engagieren will. Ich bin jetzt seit zwei Jahren pensioniert, habe viel Freizeit. Zu fest eingespannt möchte ich dabei auch nicht sein, ich genieße die zeitliche Ungebundenheit, die ich nun endlich habe. Das will man ja nicht direkt wieder aufgeben. Aber eine Lesepatenschaft könnte ich mir gut vorstellen, das erfordert nicht zu viel Zeit, hilft anderen Menschen und meine grauen Zellen werden auch noch angeregt.« (SZ 2005c)

Erprobung generationsübergreifender Freiwilligendienste verfolgt.« (Stellungnahme der Bundesregierung in: BT-Drs. 16/2190 (Altenbericht) 2006: 19) Dieses Zitat zeigt eindrücklich, dass in Stellungnahmen der Regierung oder des Bundesfamilienministeriums gerade bei der Begründung dieses neuen Freiwilligendienstmodells häufig an die Potenziale älterer Menschen bei der Bewältigung krisenhafter Entwicklungen appelliert wurde (z.B. BMFSFJ 2007b: 7). Diese könnten durch ihr freiwilliges Engagement selbst einen Beitrag zur Abmilderung der Verwerfungen des demografischen Wandels sowie der damit verbundenen wohlfahrtsstaatlichen Herausforderungen leisten und zur gesellschaftlichen Produktivität beitragen. Gleichzeitig wird besonderer Wert auf die Feststellung gelegt, dass dieses neue Freiwilligendienstmodell auch dem Wunsch vieler Senioren entspreche, gerade im Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand ihre Qualifikationen und Erfahrungen weiterhin sinnvoll einzubringen (Bundesregierung 2010: 43): »Der Lebensabschnitt der ›gewonnenen Jahre‹ wird so zur Bereicherung für alle«, lautet daher auch das resümierende Fazit der Bundesregierung (Stellungnahme der Bundesregierung in: BT-Drs. 16/2190 (Altenbericht) 2006: 5).

Zu den zentralen Zielgruppen des Generationsübergreifenden Freiwilligendienstes zählten neben der älteren Generation auch Erwerbslose und Migranten, d.h. jene Bevölkerungsgruppen, die auch im Mittelpunkt der Freiwilligen-Markt-Deutung seit 2003 stehen, da sie erstens ein hohes Engagementpotenzial und/oder eine geringe Engagementquote an den Tag legen und zweitens durch ein Engagement nicht nur ihre eigene gesellschaftliche Position verbessern, sondern als (Haupt-)Betroffene gleichzeitig zur Lösung der Krisenerscheinungen in den Bereichen Integration, Arbeitsmarktentwicklung und Demografie beitragen können. Der Generationsübergreifende Freiwilligendienst wurde auch mit Blick auf diese Bevölkerungsgruppen als ideales Programmformat präsentiert, da er aufgrund seiner hohen Anpassungsfähigkeit an die individuellen Bedürfnisse der Teilnehmer ein für viele verschiedene Lebenslagen geeigneter Brückendienst sei (ZZE 2008: 6): Nach Angaben des Bundesfamilienministeriums könne GüF als eine Einstiegshilfe für Jugendliche auf dem Weg ins Berufsleben, als eine sinnvolle Betätigung für Ältere in der nachberuflichen Lebensphase oder als Ort biografischer Neuorientierung für Menschen nach der Elternphase oder in anderen Umbruchszeiten fungieren (BMFSFJ 2007b: 7). Ferner trage GüF durch seine »bildungsfördernde Wirkung« maßgeblich dazu bei, »auch die Berufsorientierung sowie die Ausbildungs- und Arbeitsmarktchancen engagierter Menschen [zu] verbessern« (BMFSFJ 2004: 20). Ganz nach dem Motto: »Engagement ist Bildung!« (Bundesregierung 2010: 27) werden Generationsübergreifende Freiwilligendienste aufgrund ihrer unterschiedlichen Weiterbildungsangebote von der Nationalen Engagementstrategie folglich als Türöffner zu formellen und informellen Lernprozessen angepriesen sowie als ideale Überbrückungsmöglichkeit für Arbeitsuchende, die ihre Kompetenzen erhalten wollen, benannt (ebd.).

Vor diesem Hintergrund ist es kaum verwunderlich, dass die Nationale Engagementstrategie der Bundesregierung den Arbeitsagenturen mit besonderer Eindringlichkeit empfiehlt, vor allem Langzeitarbeitslose in einen derartigen Freiwilligendienst zu vermitteln, falls keine anderen Maßnahmen oder Angebote mehr zur Verfügung stünden (ebd.: 21). Die hier skizzierte inhaltliche Fokussierung des Generationsübergreifenden Freiwilligendienstes entspricht folglich sowohl der verbalen Hochkonjunktur des Bildungs- und Qualifizierungsgedankens als auch der

allgemeinen Annäherung der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung an arbeitsmarktpolitische Überlegungen in den 2000er Jahren. Darüber hinaus lag auch diesem Modellprogramm der ungebrochene Glaube zugrunde, dass die Teilnehmer nicht nur individuell von diesem Engagement profitieren, sondern gleichzeitig dem Allgemeinwohl dienen und zur schrittweisen Überwindung der gesellschaftlichen Krisenerscheinungen beitragen. Die größte Stärke des Modellprogramms liege nach Angaben des Bundesfamilienministeriums somit im »kreativen Ausschöpfen des freiwilligen Engagements im Hinblick auf mehr Generationengerechtigkeit, Integration und Teilhabe« (BMFSFJ 2007b: 9).

Betrachtet man den Vollzug dieses Programms zeigt sich, dass diese Hoffnungen nur zum Teil erfüllt werden konnten: Es gelang zwar, bislang eher engagementferne Personengruppen, wie Erwerbslose und Migranten, für eine Teilnahme zu gewinnen, doch waren gerade letztere im Vergleich zu ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung auch im Modellprogramm unterrepräsentiert (BMFSFJ 2007b: 9; ZZE 2008: 41). Die vergleichsweise hohe Beteiligung Erwerbsloser, die mit 21 % die zweitgrößte Teilnehmergruppe nach den Rentnern (22 %) darstellten (ZZE 2008: 25), wird überwiegend darauf zurückgeführt, dass im Rahmen des GüF besonderer Wert auf die Herstellung eines Passungsverhältnisses zwischen den Wünschen der potenziellen Freiwilligen und den Angeboten der Einsatzstellen gelegt wurde (BMFSFJ 2004: 46, 2007b: 9). So ergab die abschließende Teilnehmerbefragung, dass Erwerbslose sich nicht nur aufgrund der häufig gezahlten Aufwandsentschädigungen für den GüF entschieden haben, sondern dass sie diesen – wie angedacht – vor allem als arbeitsmarktbezogenen Brückendienst nutzten: Erwerbslose betrachteten die Teilnahme am Generationsübergreifenden Freiwilligendienst hiernach überwiegend als Möglichkeit, zusätzliche Kompetenzen zu erwerben (Erwerbslose: 61 %; Nicht-Erwerbslose: 46 %), ihre (Wieder-)Einstiegschancen in den Beruf zu verbessern (Erwerbslose: 66 %; Nicht-Erwerbslose: 25 %) und Anerkennung zu erfahren (Erwerbslose: 45 %; Nicht-Erwerbslose: 23 %) (ZZE 2008: 39f.).

Auch für die am Projekt teilnehmenden Migranten fungierte der GüF in doppelter Hinsicht als orientierungsgebender Brückendienst: Einerseits verbanden die befragten Migranten hiermit ebenso die Hoffnung eines verbesserten beruflichen (Wieder-)Einstiegs und andererseits sahen sie ihn als Möglichkeit der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration (ebd.: 42). Neben der mangelhaften Mobilisierung von Migranten gelang es zudem kaum, niedrig qualifizierte Menschen für ein derart organisiertes freiwilliges Engagement zu gewinnen. Analog zu den bereits bestehenden Jugendfreiwilligendienstmodellen verfügten auch die meisten GüF-Teilnehmer über einen hohen Bildungsabschluss (ebd.: 26f.).⁶⁶ Folglich konnte das Ziel des Generationsübergreifenden Freiwilligendienstes, Menschen »aller sozialer Schichten sowie unabhängig von ihrer Herkunft für ein verbindliches Engagement« (Bundesregierung 2010: 27) zu gewinnen, nicht erfüllt werden.

66 | Der GüF-Abschlussbericht hat ermittelt, dass 51 % der Freiwilligen entweder die Hochschulreife (23 %) oder einen (Fach-)Hochschulabschluss besitzen (28 %). Der Anteil der Teilnehmer mit einem Volks- oder Hauptschulabschluss fällt mit 13 % gering aus (ZZE 2008: 26f.).

Vom Generationsübergreifenden Freiwilligendienst zum Bundesfreiwilligendienst

Die Analyse des Generationsübergreifenden Freiwilligendienstes hat gezeigt, dass sich dieser einerseits durch eine erhebliche Potenziale-Fokussierung insbesondere mit Blick auf die Aktivierung der brachliegenden Engagementbereitschaft der älteren Generation auszeichnet. Andererseits ist die Initiierung dieses Modellprogramms eingebettet in die typischen Krisendiskurse der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung, die – ergänzt um den möglichen Wegfall des Zivildienstes – die Ausweitung des freiwilligen Engagements unumgänglich erscheinen lassen. Eine nachhaltige Abmilderung der Versorgungsengpässe im sozialen Dienstleistungsbereich sei jedoch nur dann möglich, wenn die klassischen Jugendfreiwilligendienste um eine generationsoffene Variante ergänzt würden. In dieser Argumentation spiegelt sich die für die Freiwilligen-Markt-Deutung typische Annahme wider, dass durch engagementpolitische Aktivierungsmaßnahmen, in diesem Fall: durch einen Generationsübergreifenden Freiwilligendienst, ein Passungsverhältnis zwischen der Angebotsseite, dem brachliegenden Engagementpotenzial, und der Nachfrageseite, dem hohen von politischer Seite konstatierten gesellschaftlichen Engagementbedarf, hergestellt werden könne. Zu der Schlussfolgerung, dass mit diesem Modellprogramm die Hoffnung verbunden war, die Angebots- und Nachfragedimension des diskursiv konstruierten Freiwilligen-Marktes im politisch favorisierten Sinne in Einklang zu bringen, kommt auch Philipp Stemmer in einer vom WZB in Auftrag gegebenen Expertise. Stemmer äußert hier die Vermutung, dass Regierungsvertreter den neuen Generationsübergreifenden Freiwilligendienst mitunter als »ein Instrument für die sozialpolitische Aktivierung von personellen Ressourcen verstehen, die mit hohem Zeiteinsatz in staatlich befürworteten Einsatzfeldern gut planbare gemeinwohlorientierte Dienstleistungen erbringen« (Stemmer 2009: 36).

Ein Blick über den engeren Untersuchungszeitraum hinaus scheint diesen Eindruck noch zu ver härten. Nachdem zum 1. Juli 2011 die Wehrpflicht ausgesetzt und damit auch der Zivildienst abgeschafft wurde, begann auf bundespolitischer Ebene die Suche nach einer neuen Dienstform, um die durch den Wegfall des Zivildienstes entstehenden Versorgungslücken im sozialen Dienstleistungsbereich zu schließen. Aufbauend auf den guten Erfahrungen mit dem Generationsübergreifenden Freiwilligendienst und seinem Nachfolgeprogramm wurde im April 2011 der »Bundesfreiwilligendienst« (BFD) eingeführt, der in seiner Struktur den bisherigen Jugendfreiwilligendiensten FSJ und FÖJ sehr stark ähnelt, nun aber für alle Generationen offen ist (BT-Drs. 17/4803 2011). Gerade von Seiten zivilgesellschaftlicher und wissenschaftlicher Kräfte wurde der BFD vor allem deshalb heftig kritisiert, da die Organisation dieses neuen Dienstes dem Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (ehemals: Bundesamt für den Zivildienst), unter Federführung des Bundesfamilienministeriums unterstellt und hierdurch bereits bestehende zivilgesellschaftliche Strukturen im Freiwilligendienstbereich übergangen wurden. Rupert Graf Strachwitz, der Leiter des Maecenata Instituts für Philanthropie und Zivilgesellschaft Berlin, geht davon aus, dass hierdurch zivilgesellschaftliche Strukturen geschwächt und das »Gängelband des Staates« (Strachwitz 2011: 6) noch ein Stück kürzer werde:

»Aller Begleitlyrik zum Trotz geht es offenkundig nur darum, den sozialen Diensten, denen die Rekrutierung von Arbeitskräften tatsächlich [...] schwer fällt, vergleichsweise billige Arbeitskräfte zuzuführen. [...] Es geht nicht um Empathie, nicht um Kreativität durch Engagement, nicht um Inklusion oder Integration, schon gar nicht um Teilhabe an den öffentlichen Angelegenheiten, [...] sondern um Instrumentalisierung und Ausbeutung.« (Ebd.: 6)

Zusammenfassung der engagementpolitischen Maßnahmen in der 16. Legislaturperiode

Die Förderung freiwilligen Engagements durch geeignete institutionelle Maßnahmen wurde in der 16. Legislaturperiode von allen bundespolitischen Fraktionen zunehmend als notwendige und – hieran zeigt sich die Veränderung zur Jahrtausendwende besonders eindrücklich – als selbstverständliche Aufgabe des Staates betrachtet. Die empirische Analyse hat ergeben, dass die zahlreichen, ausnahmslos positiv konnotierten engagementpolitischen Neuerungen zwischen 2005 und 2009 mit der Angebots- und Nachfragemetaphorik des Produktivitätsparadigmas besonders eng verflochten sind und hierbei auch mit den ausführlich skizzierten epistemischen Neuverknüpfungen seit 2003 in hohem Maße übereinstimmen: Die Potenziale-Fokussierung der engagementspezifischen Förderprogramme hat folglich zwar auch nach 2005 nichts von ihrer Brisanz verloren, unterliegt nun aber einer stärkeren Zielgruppenorientierung. Im Mittelpunkt stehen hier vor allem die vermeintlich brachliegenden Engagementpotenziale von älteren Menschen, benachteiligten oder bildungsfernen Jugendlichen, Erwerbslosen und Menschen mit Migrationshintergrund. Diese auf bestimmte Personengruppen zugeschnittene Anrufungspraxis der engagementpolitischen Maßnahmen ist untrennbar verknüpft mit einer auffälligen Bereichsfokussierung. D.h., neben den allgemeinen Krisenerscheinungen ist es folglich vor allem die Abmilderung der personellen und finanziellen Engpässe im Bereich der öffentlichen Dienstleistungserbringung, die im Mittelpunkt vieler engagementbezogener Förderprogramme und Gesetze seit Mitte der 2000er Jahre steht. In diesem Zusammenhang avanciert gerade die Pflege und Betreuung der steigenden Zahl hilfsbedürftiger Menschen, insbesondere aus der älteren Generation, zum gemeinsamen thematischen Bezugspunkt vieler engagementpolitischer Neuerungen des Bundes.⁶⁷

67 | Freiwilliges Engagement als eine weitere Säule der Dienstleistungserbringung im Pflegebereich zu etablieren, ist zudem eines der zentralen Ziele des am 01.07.2008 in Kraft getretenen »Gesetzes zur strukturellen Weiterentwicklung der Pflegeversicherung« (Pflege-Weiterentwicklungsgesetzes, PfwG), im Zuge dessen die Fördermittel für ehrenamtliche Strukturen und die Selbsthilfe im Pflegebereich deutlich erhöht und Pflegestützpunkte, die überwiegend mit ehrenamtlichen Helfern arbeiten, stärker finanziell unterstützt wurden. Im Gesetzentwurf wird die Notwendigkeit dieser Reformen durch Rekurs auf die bereits bekannten epistemischen Einsichten der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung begründet: »Der Einsatz ehrenamtlicher und sonstiger zum bürgerschaftlichen Engagement bereiter Personen sowie von Mitgliedern der Selbsthilfegruppen zugunsten pflege- und betreuungsbedürftiger Menschen gewinnt zunehmend an Bedeutung. [...] Das bürgerschaftliche Engagement ist neben familiären und professionellen Hilfearrangements eine wesentliche Stütze bei der pflegerischen Versorgung der Bevölkerung. Es soll über die bereits im Gesetz verankerten Maßnahmen hinaus weiter gestärkt werden.« (BT-Drs. 16/7439 2007: 42; ebenso BT UA-Drs. 16/88 2009: 17)

Neben dieser zielgruppenspezifischen Bereichsaktivierung existieren noch zwei weitere zentrale Unterschiede zwischen den vor dem Jahr 2005 initiierten engagementpolitischen Förderprogrammen und den nachfolgenden Maßnahmen: Letztere lassen sich einerseits zumeist nicht mehr eindeutig einer Argumentation auf der Nachfrage- oder auf der Angebotsseite des diskursiv konstruierten Freiwilligen-Marktes zuordnen, sondern zeichnen sich vielmehr durch eine sehr enge Verzahnung dieser beiden Dimensionen aus. Andererseits tragen die in der zweiten Hälfte der 2000er Jahre initiierten engagementpolitischen Maßnahmen auch der zunehmenden Annäherung der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung an arbeitsmarktpolitische Überlegungen Rechnung. Es geht bei diesen verstärkt um die Frage, wie durch die Ausübung eines freiwilligen Engagements die Chancen auf (Wieder)Eingliederung der zumeist am stärksten von Arbeitslosigkeit betroffenen Personengruppen in den Arbeitsmarkt verbessert oder zumindest ihre Beschäftigungsfähigkeit durch integrierte Bildungsmaßnahmen erhalten bzw. erhöht werden kann. Die in der 16. Legislaturperiode ins Leben gerufenen engagementpolitischen Unterstützungsmaßnahmen zeigen somit eindrücklich, dass das bürgerschaftliche Engagement von sozialstaatlicher Seite mit ökonomischen und moralischen Erwartungen konfrontiert wird: Das Bürgerengagement gilt erstens als mögliches Sprungbrett zurück in den Arbeitsmarkt, zweitens als Hoffnungsträger bei der Abmilderung kriseninduzierter Engpässe in der sozialen Dienstleistungserbringung und drittens als sozialmoralisch erwünschter Dienst des Einzelnen für das allgemeine und individuelle Wohl.

Im Jahr 2009, das das Ende des engeren Untersuchungszeitraumes dieser Forschungsarbeit markiert, prognostizierten die Sozialwissenschaftler Holger Backhaus-Maul, Stefan Nährlich und Rudolf Speth, dass

»bürgerschaftliches Engagement auf kommunaler und lokaler Ebene in den nächsten Jahren einem hohen Nachfrage- und Erwartungsdruck ausgesetzt sein wird. Die Politik hat es sich zum Ziel gesetzt, mehr Engagierte vor allem in ausgewählten Feldern des Sozialbereichs einzusetzen und mit dieser Ressource verlässliche und verbindliche Leistungsstrukturen aufzubauen.« (Backhaus-Maul/Nährlich/Speth 2009: 7)

Bereits eine überblicksartige Betrachtung der engagementpolitischen Maßnahmen der 17. Legislaturperiode zeigt, dass die Sozialwissenschaftler mit ihrer Prognose richtig lagen: Die Einführung des Bundesfreiwilligendienstes, die Schwerpunktverlagerung des Modellprojekts »Mehrgenerationenhäuser II« auf die Bereiche Alter und Pflege sowie Integration und Bildung (BMFSFJ 2011: 5) oder die weitere Förderung freiwilligen Engagements in der Pflege durch das »Pflege-Neuausrichtungsgesetz« vom März 2012 (BMG 2012: 14) verdeutlichen, dass sich der in der zweiten Hälfte der 2000er Jahre abzeichnende Trend, freiwilliges Engagement verstärkt in die öffentliche Dienstleistungsproduktion einzubeziehen, nach 2009 weiter fortsetzt. Auch die Stellungnahme der Bundesregierung zum ersten Engagementbericht aus dem Jahr 2012, in dem freiwilliges Engagement von der Sachverständigenkommission als freiwillige »Bürgerpflicht[...] gegenüber dem Gemeinwesen« definiert wird (BT-Drs. 17/10580 (Engagementbericht) 2012: 33), zeigt, dass die Engagementpolitik des Bundes weiterhin eine zielgruppen- und bereichsspezifische Politik mit dem (Engagement-)Potenzial darstellt (Stellungnahme der Bundesregierung in: BT-Drs. 17/10580 (Engagementbericht) 2012: 5, 10, 12). Dieser

Charakterzug bundespolitischer Maßnahmen, freiwilliges Engagement vor allem als Koproduzent sozialer Dienstleistungen wertzuschätzen, stößt besonders in der Ehrenamts- und Zivilgesellschaftsforschung auf Kritik (u.a. Strachwitz 2012: 7). Derartige kritische Stimmen von Seiten der Wissenschaft und der mit Freiwilligen arbeitenden Organisationen sind im gesamten Verlauf der 2000er Jahre zu vernehmen, weshalb diesen nachfolgend Beachtung geschenkt wird.

Die staatliche Engagementpolitik in der Kritik

Trotz der zumeist positiven bundespolitischen und medialen Kommentierung der soeben skizzierten engagementpolitischen Maßnahmen behält die Storyline der Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource in den 2000er Jahren ihren appellativen Tonfall bei. Dies kann u.a. darauf zurückgeführt werden, dass die politische Verklärung des Ehrenamtes als allseitige Produktivkraft gerade von Seiten der Medien, der Ehrenamtsforschung sowie bei Vertretern der Kirchen und traditionellen Verbände, die in der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung nach wie vor als zentrale institutionelle Negativ-Verknüpfungen benannt werden (SZ 2003b, 2004a; Spiegel Online 2006b),⁶⁸ in den 2000er Jahren zunehmend auf Kritik stieß. Gerade in den Reihen der traditionellen Verbandslandschaft wurden Stimmen laut, die der politischen Vereinnahmung des Ehrenamtes zunehmend misstrauten: So äußerte beispielsweise der Vorstandsvorsitzende des Diakonischen Werks Hessen und Nassau, Wolfgang Gern, den Verdacht, dass das Bürgerengagement nur deshalb politisch aufgewertet werde, da es »als Ersatz für Sozialpolitik« herhalten solle. Außerdem, so Gern weiter, müssten »die Kirchen und ihre Sozialverbände [...] von niemandem auf den Wert des Ehrenamts hingewiesen werden« (FAZ 2004b), da dieses nach wie vor eine tragende Säule der kirchlichen Verbandsarbeit sei.

Es deutet folglich in der zweiten Hälfte der 2000er Jahre vieles darauf hin, dass die klassischen Organisationen deutscher Wohlfahrtsstaatlichkeit die Kompetenzbeanspruchung des Staates in Sachen Ehrenamt zunehmend als Bevormundung bzw. Instrumentalisierung wahrnahmen. Auch von Seiten der Wissenschaft wurde die politische Produktivitätserwartung an das Ehrenamt mitunter eher mit Überforderung und Ausbeutung denn mit Wertschätzung gleichgesetzt und die Befürchtung geäußert, dass es lediglich als ein »kostengünstiger Lückenbüßer« (Hambach 2005: 340) für sozialstaatliche Sparstrategien fungieren soll (Strachwitz 2011: 6). In diesem Zusammenhang werden besonders Versuche einer staatlichen Indienstnahme der Bürgergesellschaft in Expertenkreisen heftig kritisiert: In ebendiesem Sinne konstatieren Holger Backhaus-Maul, Stefan Nährlich und Rudolf Speth, dass »die einzelnen Bundesministerien bestrebt sind, entsprechend ihren eigenen macht- und fachpolitischen Setzungen bürgergesellschaftliches Engagement in ausgewählte Aufgabenfelder zu lenken und durch den Einsatz fi-

68 | Exemplarisch für die nach wie vor verbreitete Benennung der traditionellen (Groß-) Vereine und Verbände als institutionelle Negativ-Verknüpfungen sei hier auf einen *Spiegel Online*-Ausschnitt verwiesen: »Allerdings sei eine Abkehr von dauerhaft etablierten Großorganisationen wie Parteien und Gewerkschaften zu verzeichnen, während ›projektbezogene Ein-Zweck-Initiativen‹ vor Ort mehr Zulauf erhielten – auch um eigene politische Ziele durchzusetzen.« (Spiegel Online 2008)

nanzieller Mittel die Grundstrukturen der Engagementlandschaft ›top down‹ zu setzen.« (Backhaus-Maul/Nährlich/Speth 2009: 8)

Doch nicht nur der anhaltende, beschwörende Duktus der Produktivitäts-Erzählung ist erklärungsbedürftig, sondern auch die eklektizistisch anmutende Zusammenstellung und Erprobung immer weiterer engagementpolitischer Maßnahmen und Modellprojekte durch den Bund, die auf Probleme in der Vollzugswirklichkeit der initiierten Maßnahmen hindeuten. Und in der Tat legen die Evaluationsergebnisse bundespolitischer Ehrenamtsprogramme die Vermutung einer mitunter geringen Alltagsrelevanz der engagementpolitischen Maßnahmen nahe, da sich die meisten Ehrenamtlichen in Deutschland nach wie vor im Umfeld der Vereine, Kirchen und Verbände engagieren (Alscher u.a. 2009: 30; Gensicke/Geiss 2010: 28; Generali Zukunftsfonds/Institut für Demoskopie Allensbach 2012: 344). Der appellative Tonfall ergibt sich zudem daraus, dass die Modellprogramme oftmals die in sie gesetzten politischen Hoffnungen nur unzureichend erfüllen: Hinsichtlich der viel beschworenen Zielgruppenaktivierung zeigt z.B. die empirische Analyse des Generationenübergreifenden Freiwilligendienstes, dass dieses Modellprogramm gerade mit Blick auf die Aktivierung derjenigen Personengruppen, auf deren spezielle Bedürfnisse GüF eigentlich ausgerichtet war, wie etwa Erwerbslose, Migranten sowie benachteiligte und/oder bildungsferne Jugendliche, hinter den entsprechenden Hoffnungen zurückgeblieben ist. Demgegenüber bestätigen die sozioökonomischen Merkmale der Teilnehmer dieses Modellprogramms den allgemein für das Ehrenamt geltenden Mittelstands-Bias (Stecker/Zimmer 2003: 116).⁶⁹ Gerade Faktoren, wie Bildungsferne, Erwerbslosigkeit und nicht-deutsche Herkunft, stellen folglich nach wie vor die größten Hindernisse einer gelingenden Potenziale-Aktivierung dar. Diese Erkenntnis wird im Rahmen eines Artikels aus der *Süddeutschen* besonders treffend auf den Punkt gebracht:

»Die Freiwilligen wiederum sind eine Positivauswahl der Gesellschaft. Sie haben Freunde und Bekannte, sind gut ausgebildet und haben qualifizierte Berufe, sehen sich überdurchschnittlich stark ethischen und religiösen Werten verbunden. Arbeitslose, Rentner und Ostdeutsche engagierten sich dagegen 2004 seltener als 1999 – Freiwilligkeit muss man sich leisten können.« (SZ 2006d)

Die wissenschaftliche und zivilgesellschaftliche Kritik richtete sich zudem auf die vom Bund in Sachen Engagementförderung besonders häufig praktizierte Modell-

69 | Der Generationsübergreifende Freiwilligendienst war zwar mit Blick auf die Aktivierung Älterer recht erfolgreich, doch waren auch hier mit 22 % junge, gut qualifizierte Menschen zwischen 16 und 25 Jahren die am stärksten vertretene Gruppe. Viele von diesen nahmen, wie die Abschlussevaluation ergab, den GüF »als flexibilisierte Alternative zum Freiwilligen Sozialen Jahr« wahr (ZZE 2008: 23). Auch der Anteil der am Modellprogramm teilnehmenden Migranten fiel eher gering aus (ebd.: 41). Angesichts derartiger Ergebnisse kommt auch Martina Wegner, die Geschäftsführerin des Zentrums für zivilgesellschaftliche Entwicklung, das die Abschlussevaluation von GüF durchgeführt hat, zu folgender resümierender Feststellung: »Problematisch sei aber auch, dass bestimmte Gruppen der Gesellschaft überhaupt nicht erreicht würden [...]. So sollten vor allem Migranten künftig besser eingebunden werden. ›In diesem Teil der Gesellschaft besteht viel Engagement, aber wir bemerken es oft gar nicht.« (SZ 2009f)

und Projektfinanzierung, die im Sinne einer Anschubfinanzierung für innovative Projektideen auf das Ziel ausgerichtet ist, die teilnehmenden Organisationen für eine bestimmte Förderperiode bei der Akquirierung einer selbsttragenden Mischfinanzierung für die Zeit nach Ablauf dieser Frist zu unterstützen. Das diesbezügliche Motto lautet folglich: »Der Bund kann anstoßen, einpflanzen – jedoch nicht die Dauerpflege übernehmen.« (Bergmann 2001b: 15) Die Erfahrungen mit Mehrgenerationenhäusern, Freiwilligenagenturen, Seniorenbüros usw. zeigen jedoch, dass viele Einrichtungen ohne eine verlässliche Finanzierung von Seiten des Bundes entweder ihr Leistungsangebot deutlich einschränken oder ihre Arbeit nach Ablauf der Programmlaufzeit gänzlich einstellen müssen. Die vielfach belegten existenziellen Sorgen zahlreicher Mehrgenerationenhäuser nach Abschluss der ersten Modellphase (Zeit Online 2010; Spiegel Online 2010a, 2010b) oder die nachweislich prekäre Finanzierungssituation vieler Freiwilligenagenturen⁷⁰ (Spiegel 2000; FAZ 2000e; SZ 2002d; BBE 2007: 3; vgl. ausführlich Kamlage 2008; Neumann 2013), die auch in den 2000er Jahren weiterhin zu zentralen Institutionalisierungsformen des Produktivitätsparadigmas stilisiert werden (SZ 2004c, 2006d; FAZ 2009b), verdeutlichen, dass viele der teilnehmenden Institutionen »nach Ablauf der Modellfrist um ihre Existenz bangen« müssen (BT-Drs. 14/8900 2002: 296; vgl. ebenso Backhaus-Maul/Nährlich/Speth 2009: 11f.). Zu einer Verschärfung der hier angedeuteten Problematik tragen auch politische Machtwechsel auf Bundesebene bei, in deren Folge oftmals neue engagementpolitische Schwerpunkte gesetzt werden (Nährlich 2008). So zeigten sich beispielsweise die SPD-Politiker Franz Müntefering, Kerstin Griesse und Sönke Rix sehr besorgt darüber, dass das im Jahr 2008 auslaufende Modellprogramm Generationsübergreifende Freiwilligendienste womöglich nicht weiter vom Bund unterstützt werde, da die neue Familienministerin Ursula von der Leyen ihren engagementspezifischen Fokus auf die Aktivierung älterer Menschen verlagert hat (SZ 2008d).

70 | Hinsichtlich der alltagspraktischen Bedeutung von Freiwilligenagenturen gehen die Meinungen der Experten weit auseinander: Der deutliche Anstieg der Anzahl von Freiwilligenagenturen auf derzeit ca. 360 Agenturen deutschlandweit wird im Allgemeinen als positiver Trend wahrgenommen (Speck u.a. 2012c: 197). Demgegenüber erzeugen vor allem die Vermittlungsquoten von Freiwilligenagenturen mitunter Zweifel bezüglich der Relevanz dieser Infrastruktureinrichtung: Unter Heranziehung der Daten des Sozioökonomischen Panels (SOEP) kommt der Berliner Soziologe Jens Ehrhardt zu dem Ergebnis, dass nur 2,5 % derjenigen Bürger, die jährlich ein Ehrenamt aufnehmen, hierfür die Dienste einer Freiwilligenagentur in Anspruch nehmen (Ehrhardt 2008). Während er selbst und andere Experten hieraus die Schlussfolgerung ziehen, dass Freiwilligenagenturen »erfolgreich gescheitert« (Nährlich 2008) seien, da sie die Engagementquote nicht merklich steigern können, kritisieren andere Wissenschaftler die Einseitigkeit dieser Sichtweise. Freiwilligenagenturen seien hiernach mehr als nur ein »Arbeitsamt für das Ehrenamt« (Nährlich 2008), da sie sich mittlerweile zu lokalen »Entwicklungsagenturen bürgerschaftlichen Engagements« (Speck u.a. 2012b: 12; ebenso Blumenthal 2009: 25) entwickelt und somit auch ihr Aufgabenprofil deutlich erweitert hätten (u.a. Fort- und Weiterbildungsangebote, Organisationsberatung und Netzwerk-tätigkeiten). Ihren Erfolg allein über die Höhe der Vermittlungsquote zu bestimmen, werde folglich der Vielfalt ihres Aufgabenspektrums und ihrer Bedeutung im lokalen Raum nicht gerecht (Olk 2002: 15; Röbbke 2008).

Es ist folglich die Inkonsistenz der bundespolitischen Engagementförderungsstrategie, die zu erheblichen Vollzugsproblemen bei den Trägern und Einsatzstellen der angestoßenen Modelle führt, wodurch sowohl ihre nachhaltige lokale Verankerung erschwert als auch ihre alltagspraktische Bedeutung geschmälert werden. Der Soziologe Holger Backhaus-Maul und der Geschäftsführer der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen e.V., Tobias Kemnitzer, kritisieren in diesem Kontext vor allem die mitunter willkürlich anmutende Mittelvergabe des Bundes: Denn einerseits argumentiere der Bund, dass er keine Infrastruktureinrichtungen fördern dürfe; andererseits handele er genau gegensätzlich, wenn er mit Hilfe des Aktionsprogramms Mehrgenerationenhäuser diesen Häusern eine gewisse Sonderrolle einräume und so gleichzeitig die knappen kommunalen Mittel binde (Backhaus-Maul/Kemnitzer 2012: 35). Der Geschäftsführer des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement Bayern, Thomas Rübke, bringt diese Missstände in pointierter Form wie folgt auf den Punkt:

»Wir brauchen verlässliche und stabile Infrastrukturen für das Bürgerschaftliche Engagement und keine symbolische Politik, die ein Modellprojekt nach dem anderen durchhechelt: Mal werden Bürgerstiftungen, mal Freiwilligenagenturen, mal Freiwilligendienste, mal Mehrgenerationenhäuser aufs Schild gehoben. Und nach ein paar Jahren bleiben dann Projekttrümmen übrig, die sich vor Ort um die wenigen, dauerhaft vorhandenen Mittel streiten.« (Rübke 2008)

Auf Missfallen gerade bei den jeweiligen Einsatzstellen derartiger Modellprojekte stößt in diesem Zusammenhang zudem die mit der finanziellen Abhängigkeit verbundene inhaltliche Einmischung des Bundes, die auch von Seiten der Wissenschaft mitunter kritisiert wird: So warnte beispielsweise die Geschäftsführerin des Zentrums für zivilgesellschaftliche Entwicklung in Freiburg, Martina Wegner, eindringlich vor »den Folgen einer solchen staatlichen Unterstützung und der damit verbundenen Einflussnahme. ›Es gibt die Gefahr, dass ehrenamtliches Engagement staatlich instrumentalisiert wird.« (SZ 2009f; vgl. ebenso Backhaus-Maul/Nährlich/Speth 2009: 11f.; Dahme/Wohlfahrt 2009: 241) Dass diese Gefahr tatsächlich besteht, zeigt sich u.a. mit Blick auf das Modellprogramm Mehrgenerationenhäuser, von denen einige ihre Unzufriedenheit mit den vom Bund festgelegten inhaltlichen Arbeitsschwerpunkten der zweiten Modellphase auch öffentlich zum Ausdruck brachten (Spiegel Online 2010a): Franz-Reinhard Habel vom Deutschen Städte- und Gemeindebund fasste die von den Kommunen und Einrichtungen angesichts der bundespolitischen Vorgaben geäußerten Befürchtungen folgendermaßen zusammen: »Es darf nicht so aussehen, dass der Bund immer mehr Vorschriften aufstellt und wir kaum noch Bewegungsspielraum haben.« (Spiegel Online 2010b) Auch Freiwilligenagenturen, die sich aufgrund ihrer prekären Finanzierungssituation häufig an bundespolitischen Modellprojekten, wie dem Generationsübergreifenden Freiwilligendienst, beteiligen, haben nach Angaben einer aktuellen Untersuchung zum Selbstverständnis und den Entwicklungspotenzialen von Freiwilligenagenturen in Deutschland (vgl. Backhaus-Maul/Speck 2011; Speck u.a. 2012a) oftmals Probleme, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Nähe und Distanz gegenüber der Politik und kommunalen Verwaltungsinstanzen zu entwickeln (Backhaus-Maul/Kemnitzer 2012: 34). Im Hinblick auf die staatliche

Fördermittelvergabe kommen Holger Backhaus-Maul und Tobias Kemnitzer deshalb zu folgender resümierenden Einschätzung:

»Noch immer wird hier die Rolle des patriarchalen Geldgebers gepflegt, der kontrolliert und zuteilt, aber dafür auch vorher genau definierte und detailliert sequenzierte Umsetzungsschritte entsprechend seiner Vorgaben und Vorstellungen verlangt. Veränderungen und Innovationen sind nicht vorgesehen und werden in der Regel sanktioniert, ähnlich wie der (Fundraising-)Erfolg, der bei Fehlbedarfsfinanzierungen zu Mittelkürzungen führen kann.« (Ebd.: 35)

In wissenschaftlichen Kreisen wird zudem die auch im Rahmen dieser Arbeit offengelegte Tendenz kritisiert, dass sich die politischen Engagementdebatten in den 2000er Jahren immer stärker an arbeitsmarktpolitischen Notwendigkeiten bzw. Engpässen orientieren und Freiwilligen besonders eine Tätigkeit in Bereichen mit Personalmangel, wie etwa im Pflege- oder Bildungsbereich, nahegelegt wird. Kirsten Aner erachtet z.B. die von Einsatzkräften vor Ort geäußerten Sorgen als durchaus berechtigt, dass durch Modellprogramme zur Engagementförderung bislang bezahlte Arbeitskräfte durch Freiwillige ersetzt werden (Aner 2006: 65f.). Ein besonders alarmierendes Zeichen stellt für sie deshalb der derzeitige Trend in Deutschland dar, den Ausbau von Freiwilligendiensten voranzutreiben, »ohne dies durch eine Stärkung Sozialer Arbeit zu flankieren« (ebd.: 66). Diese Maßnahmen vernachlässigen ihrer Meinung nach die auf internationalen Erfahrungen beruhende Erkenntnis, dass »sich in jenen Ländern die meisten Menschen sozial engagieren, in denen die beste professionelle Infrastruktur vorhanden ist« (ebd.).

Es ist somit mehr als offensichtlich, dass die hier von Seiten der Wissenschaft sowie der Träger und Einsatzstellen bundespolitischer Modellprojekte geäußerte Kritik an der staatlich praktizierten Engagementförderung in deutlichem Gegensatz steht zu der durchgängig positiven Konnotation dieser Maßnahmen im Rahmen der politischen Anrufungspraxis. Der appellative Tonfall sowie die Brüchigkeit der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung kann folglich u.a. auf die hier aufscheinende Diskrepanz zwischen der positiven Bedeutungsaufladung engagementpolitischer Modellprojekte einerseits und der vor allem von den zivilgesellschaftlichen Teilnehmerorganisationen zunehmend kritisierten Vollzugswirklichkeit bzw. der mangelhaften Alltagsrelevanz der initiierten Maßnahmen andererseits zurückgeführt werden. Ähnliche Unstimmig- bzw. Widersprüchlichkeiten treten auch mit Blick auf die nachfolgend zu betrachtenden alltagspraktischen Aneignungsmodi des Produktivitäts-Dispositivs durch die angerufenen Freiwilligen in den 2000er Jahren deutlich zu Tage.

Die Freiwilligen und das Produktivitäts-Dispositiv

Die Skizzierung der alltagspraktischen Relevanz des Produktivitäts-Dispositivs für die Freiwilligen trägt der Einsicht Rechnung, dass die in vielen Gouvernementalitätsstudien praktizierte spiegelbildliche Gleichsetzung von Programm und Praxis zu kurz greift und durch eine auf die angerufenen Subjekte, in diesem Fall: die (potenziellen) Freiwilligen, fokussierte Analyse der Aneignungsmodi der Engagementprogrammatik ergänzt werden muss. Im Mittelpunkt der folgenden Ausführungen steht somit die Frage, inwieweit die epistemischen Einsichten der Produktivitäts-Erzählung auch tatsächlich Einzug in das Alltagswissen und -handeln der

Subjekte gefunden haben bzw. die in der Subjektivierungsfigur des »engagierten Bürgers« subsumierten Verhaltensanforderungen von den Bürgern als Teil ihrer Selbstdeutung und -führung übernommen wurden. Neben einer vollständigen Verinnerlichung der Programme ist es ebenso denkbar, dass die angerufenen Bürger sich nicht mit den vorherrschenden engagementbezogenen Aktivierungsdiskursen identifizieren und die an sie herangetragenen Erwartungen zurückweisen, ignorieren, nur partiell verinnerlichen oder – im äußersten Fall – Widerstand leisten (vgl. Schneider/Hirsland 2001: 387; Lessenich 2008: 139f.). Hinsichtlich der Reichweite der hier präsentierten Ergebnisse sei einschränkend nochmals auf zwei Aspekte hingewiesen: Die Dispositiv-Verarbeitung der freiwillig Engagierten zwischen 1998 und 2009 umfassend zu skizzieren, ist nicht nur aufgrund des Fehlens eigener interviewgestützter Befragungen ein nahezu unmögliches Unterfangen, sondern vor allem deshalb, da es sich bei den ehrenamtlich Engagierten in Deutschland um eine – auch dies wird in öffentlichen Statements oftmals übersehen – sehr heterogene Gruppe handelt. Diese Vielfältigkeit ebenfalls betonend berichtet z.B. die *Süddeutsche Zeitung*, dass »[v]iele Freiwillige [...] indes erstaunt [wären], wenn man sie klassisch als ›Ehrenamtler‹ bezeichnete, denn das bürgerschaftliches Engagement von heute hat viele Gesichter: Dazu gehört neben dem Kirchenamt auch die Mitarbeit bei Attac. Oder die Teilnahme am Spielplatzbau nebenan.« (SZ 2009b)

Aufgrund dessen dürfen die folgenden Ausführungen zur alltagspraktischen Reichweite der institutionellen Neuerungen allenfalls als Trendaussagen gelesen werden, die überwiegend auf den Ergebnissen quantitativer und qualitativer Freiwilligenbefragungen und auf den im Rahmen von Zeitungsinterviews geäußerten Stellungnahmen freiwillig Engagierter beruhen.

Die mit Blick auf die institutionelle Dimension geäußerte Vermutung, dass die positive Bedeutungsaufwertung der in den 2000er Jahren eingeführten engagementpolitischen Neuerungen des Bundes weit über ihre Alltagsrelevanz hinausgeht und ihre Umsetzung unter erheblichen Problemen leidet, bestätigt sich bereits mit Blick auf die Resultate repräsentativer Freiwilligenbefragungen. Die Ergebnisse der drei Wellen des Freiwilligensurveys zeigen, dass allen institutionellen Neuerungen zum Trotz der Anteil freiwillig Engagierter an der Bevölkerung zwischen 1999 und 2009 weitgehend konstant geblieben ist (1999: 34 %, 2004: 36 %, 2009: 36 %) (Gensicke/Geiss 2010: 5f.). Angesichts der in medialen und politischen Verlautbarungen vermittelten positiven Bedeutung der vor allem seit Mitte der 2000er Jahre initiierten bundespolitischen Maßnahmen wäre zumindest ein moderater Anstieg des Engagementumfangs zu erwarten gewesen. Eine Ursache für die scheinbar mangelhafte Anreizwirkung der engagementspezifischen Förderprogramme des Bundes ist vermutlich ihre starke Fokussierung auf geldwerte Anerkennungsformen, die darauf abzielen, die in den Subjekten vermuteten Aktivierungshindernisse durch Appelle an die individuellen Kosten-Nutzen-Überlegungen zu beseitigen. Exemplarisch für derart konzipierte institutionelle Neuerungen sei an dieser Stelle auf die mehrfache Novellierung der Übungsleiterpauschale, die haftungs- oder steuerrechtliche Privilegierung engagierter Bürger oder die Überarbeitung des Spenden- und Stiftungsrechts verwiesen. Ebenso in diese Kategorie fallen auch verschiedene Freiwilligendienstmodelle, die sich, wie z.B. »weltwärts«, von der Zahlung hoher monatlicher Pauschalbeträge eine Abkopplung der Entscheidung für einen derartigen Dienst von der finanziellen Situation des Elternhauses ver-

sprechen. Im Rahmen derartiger Maßnahmen wird allerdings übersehen, dass die Anreizwirkung monetärer Vergünstigungen auf die Übernahme eines freiwilligen Engagements nach Angaben der drei Wellen des Freiwilligensurveys und des sich auf die erste Erhebungswelle berufenden Berichts der Enquete-Kommission »Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements« vergleichsweise gering ausfalle (BT-Drs. 14/8900 2002: 129f.; ebenso SZ 2003b): Auch der zweite und dritte Freiwilligensurvey kommen zu dem Ergebnis, dass eine finanzielle Vergütung des freiwilligen Einsatzes nur von einem Viertel der bereits Engagierten begrüßt wird, wobei es sich hierbei überwiegend um arbeitslose Ehrenamtliche handelt (Gensicke/Picot/Geiss 2005: 36, Gensicke/Geiss 2010: 45; FAZ 2003; Focus 2006e).

Im Gegensatz zu einer direkten finanziellen Vergütung, die von den wenigsten Freiwilligen gefordert wird, gehört der Wunsch nach engagementbezogenen Steuervorteilen zu den am häufigsten benannten Verbesserungswünschen der Befragten (Gensicke/Geiss 2010: 46). Angesichts der spezifischen Frageperspektive des Freiwilligensurveys kann jedoch nicht umstandslos davon ausgegangen werden, dass durch steuerliche Begünstigungen tatsächlich mehr Menschen für ein freiwilliges Engagement gewonnen werden können (SZ 2006d). Dagegen spricht, dass im Rahmen des Freiwilligensurveys die Frage, mit welchen Maßnahmen freiwillig geleistete Arbeit von staatlicher Seite unterstützt werden könnte, nur der Teilgruppe der bereits Engagierten gestellt wurde. Diese sollten bei der Beantwortung vor allem an die Probleme ihrer eigenen Freiwilligenarbeit denken (von Rosenblatt 2001: 125). Bei Steuervergünstigungen handelt es sich somit vornehmlich um eine Fördermaßnahme, die in erster Linie den Wünschen der bereits freiwillig Aktiven entgegenkommt und deren Mobilisierungskraft auf bislang ehrenamtlich inaktive Menschen daher fraglich ist. Adalbert Evers bezweifelt jedenfalls, dass durch Maßnahmen, wie Steuervergünstigungen, Freistellungsregelungen oder die sozialversicherungsrechtliche Absicherung der Engagierten, bislang nicht Engagierte gewonnen werden können. Derartige Reformen tragen vielmehr dazu bei, die freiwillige Tätigkeit der bereits Engagierten zu erleichtern und haben darüber hinaus keine motivationsbildende Wirkung (Evers 1999: 63): »Insofern scheint die klassische Art staatlicher Förderung über Recht und Geld für eine Aktivierungsstrategie bürgerschaftlichen Engagements ungeeignet, zumal auf Nichtengagierte kaum Anzeizeffekte ausgeübt werden.« (Stecker/Zimmer 2003: 116; ebenso Aner 2006: 52)

Die Resultate anderer Freiwilligenbefragungen bzw. die Stellungnahmen engagementinteressierter Bürger vermitteln ebenso den Eindruck, dass von derartigen finanziellen bzw. steuerlichen Vergünstigungen eine geringe bis gar keine Anreizwirkung ausgeht: In diesem Sinne kommt z.B. die bereits Mitte der 1990er Jahre durchgeführte Geislingen-Studie, in der auch Menschen ohne freiwilliges Engagement nach ihren Erwartungen an die Politik befragt wurden, zu dem Ergebnis, dass von der Politik bereitgestellte Geld- oder Sachleistungen zu den am wenigsten benannten Wünschen gehören. Demgegenüber stehen die Verbesserung der personellen Unterstützung sowie die Ausweitung von Qualifikationsmaßnahmen an der Spitze des Forderungskatalogs der Interviewteilnehmer (Ueltzhöffer/Ascheberg 1996: 120). Darüber hinaus belegen auch die Stellungnahmen verschiedener vom Magazin *Der Spiegel* befragter junger Ehrenamtlicher, dass drängende Appelle von oben oder institutionalisierte Freiwilligenjahre auf sie keine motivierende Wirkung hätten (Spiegel 2000). Zu einer ähnlichen Schlussfolgerung gelangt auch der Wissenschaftler Jürgen Blandow, dessen Studien belegen, dass gerade junge

Freiwillige kaum Interesse an institutionellen Neuerungen, wie Freistellungen, pauschalisierten Aufwandsentschädigungen oder Steuerfreibeträgen, zeigten (SZ 1998b). Hinzu kommt, dass die eigentlichen Zielgruppen der engagementpolitischen Anrufungspraxis, wie Rentner oder Arbeitslose, aus diesen Steuervergünstigungen überhaupt keinen Vorteil ziehen können (SZ 2007d).

Wie schon mit Blick auf die Geislingen-Studie angedeutet, sind es weniger finanzielle Vergünstigungen oder Steuervorteile, die (potenzielle) Ehrenamtliche bei der Übernahme einer freiwilligen Tätigkeit interessieren, als vielmehr Informationsdefizite, Anerkennungsfragen und alltagspraktische Überlegungen (Focus 2006e): Zu den in den drei Wellen des Freiwilligensurveys mit steigender Intensität benannten Forderungen der Freiwilligen gehören erstens eine bessere öffentliche Information und Beratung über die Möglichkeiten des Engagements, zweitens eine zuverlässige Finanzierung der Projektarbeit und der Abbau bürokratischer Hindernisse sowie drittens die Schaffung einer öffentlichen Anerkennungskultur für freiwilliges Engagement (Gensicke/Geiss 2010: 45f.; vgl. die Interviewausschnitte mit Senioren in Denninger u.a. 2014: 327, 331, 338). Gerade die mediale Wertschätzung freiwillig erbrachter Leistungen koche, so der allgemeine Tenor, nach wie vor auf Sparflamme: »In den Redaktionen sagen alle: ganz toll, aber leider keine griffige Nachricht« (Focus 2006e; ebenso SZ 2006d). Oftmals leidet das Engagement aber auch unter ganz alltäglichen Problemen, wie etwa der Schwierigkeit, die freiwillige Tätigkeit mit familiären und beruflichen Verpflichtungen zu vereinbaren: So konstatiert beispielsweise Hans-Joachim Fuchtel, Präsident der Bundesvereinigung des Technischen Hilfswerks (THW), dass viele Helfer bei Einsätzen Probleme mit ihren Arbeitgebern bekämen: »Wenn der Arbeitgeber feststellt, dass aktive Mitarbeit beim THW vorliegt, haben es unsere Helfer schwer mit Einstellungen und immer schwerer im Betrieb, wenn sie wegen eines Einsatzes ausfallen.« (Focus 2006e; ebenso Zeit Online 2011a) Von einem anderen Problem berichten die Mitarbeiter der Münchner Freiwilligenagentur »Tatendrang«: So scheitere die Vermittlung berufstätiger Engagierter oftmals daran, dass es in vielen Organisationen keine hauptamtlichen Mitarbeiter gäbe, die auch Abends als Ansprechpartner für die engagementbereiten Erwerbstätigen zur Verfügung stünden (SZ 2002a, 2009b). Darüber hinaus hat freiwilliges Engagement auch nicht immer eine lebensqualitätssteigernde Wirkung, sondern kann, wie der Soziologe Stefan Selke unter Rekurs auf seine Interviewstudie mit freiwilligen Tafel-Helfern zu berichten weiß, auch mit Überforderung und Erschöpfung einhergehen: »Wir beobachten immer wieder, dass freiwillige Helfer zunehmend überfordert sind. Sie geben nicht mehr nur Lebensmittel aus, sondern sollen auch Sozialberatung liefern«, berichtet Selke in einem *Zeit*-Artikel, der sich der von Freiwilligen viel beachteten Frage widmet, ob »die Ehrenamtlichen dort anpacken [müssen], wo der Staat sich zurückzieht?« (Zeit Online 2011b).

Diese Befunde lassen darauf schließen, dass weniger die Schaffung finanzieller Vergünstigungen als vielmehr die Erleichterung der alltäglichen Durchführung einer ehrenamtlichen Tätigkeit sowie eine höhere öffentliche Wertschätzung des Ehrenamtes den Wünschen vieler bereits oder potenziell Engagierter entgegenkommen würde. Die Vereinbarkeitsproblematik, Überforderungstendenzen sowie die mangelnde Anpassungsbereitschaft vieler Organisationen an die Bedürfnisse der Freiwilligen sind nur einige Beispiele für die von Seiten der Ehrenamtlichen in den 2000er Jahren häufig genannten alltäglichen Vollzugsprobleme (u.a. Spiegel

2000; Focus 2000d), die aber in den politischen Stellungnahmen zu engagement-spezifischen Förderprogrammen und Gesetzesnovellierungen kaum thematisiert werden. So kritisiert z.B. der Soziologe Frank Eckardt, dass die Alltagsprobleme in Mehrgenerationenhäusern, wie etwa intergenerationelle Konflikte, in den politischen Darstellungen des Modellprogramms zugunsten der einseitigen Betonung der Vorteile dieser Lebensform zumeist unberücksichtigt bleiben (Eckardt 2006: 35). Das bundespolitische Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser missachte seiner Meinung nach zudem die Wünsche vieler Senioren, »die es zwar auch schön finden, ab und zu Kinder zu betreuen, aber in erster Linie die sehr praktischen Probleme ihres Alleinseins lösen« wollen (ebd.: 36).

Im Gegensatz zur Konstanz der Engagementquote hat sich im Untersuchungszeitraum zumindest das Engagementpotenzial, d.h. der Anteil der Personen, die angeben, zukünftig eventuell oder ganz bestimmt zur Übernahme einer Freiwilligenarbeit bereit zu sein, erheblich vergrößert (1999: 26 %, 2004: 32 %; 2009: 37 %) (Gensicke/Geiss 2010: 8). Doch auch diese häufig als positives Signal interpretierten Umfrageergebnisse geben keine verlässliche Auskunft darüber, ob die Zunahme an Personen, die sich auf Nachfrage des Freiwilligensurveys grundsätzlich zur Übernahme eines freiwilligen Engagements bereit erklären, auf einen grundlegenden engagementfreundlichen Einstellungswandel der Bevölkerung beruht. Wenngleich diese Schlussfolgerung durch den dritten Freiwilligensurvey nahegelegt wird (ebd.), ist es ebenso denkbar, dass der Anstieg des Engagementpotenzials während der 2000er Jahre u.a. auch auf Effekte sozialer Erwünschtheit zurückgeführt werden kann. Die Zunahme der geäußerten Engagementbereitschaft stellt dann eine Reaktion auf die allgemeine Bedeutungsaufwertung und positive Verklärung des freiwilligen Engagements in diesem Zeitraum dar, die es den befragten Bürgern nahezu unmöglich macht, die Ausübung einer freiwilligen Tätigkeit auf Nachfrage kategorisch abzulehnen.

Die vom Freiwilligensurvey ermittelte Konstanz der Engagementquote in den 2000er Jahren bei steigendem Engagementpotenzial deutet folglich darauf hin, dass die letztendliche Entscheidung für ein freiwilliges Engagement nur geringfügig durch äußere Anreize beeinflusst werden kann: »Man müsste, man sollte – das bringt doch gar nichts«, glaubt [...] der Hallenser Bankangestellte Michael Schnell, 28. »Der Entschluss muss von innen kommen.« (Spiegel 2000) Diese Aussage wird auch von den drei Erhebungswellen des Freiwilligensurveys unterstützt, nach deren Ergebnissen die meisten Freiwilligen von ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit erwarten, Spaß zu haben, sich selbst zu verwirklichen und mit sympathischen Menschen zusammenzukommen (Gensicke/Geiss 2010: 12f.; vgl. ähnlich FAZ 1998e). Exemplarisch hierfür sei an dieser Stelle auf ein Interview der *Süddeutschen Zeitung* mit einer freiwillig Engagierten verwiesen, die auf die Frage, was sie denn trotz aller Widrigkeiten bei der Stange halte, antwortet: »Mir macht es Spaß.« (SZ 2001c) Interessanterweise zeigen die von verschiedenen Zeitungen durchgeführten Interviews mit jüngeren Ehrenamtlichen auch, dass Spaß und Selbstverwirklichung vornehmlich mit selbstorganisierten Projekten verbunden werden, wohingegen den traditionellen (Sozial)Verbänden weiterhin eher Skepsis und Misstrauen entgegengebracht wird. So titelt z.B. die *Süddeutsche Zeitung*: »Die »neuen Ehrenamtlichen« wollen Spaß und Selbstverwirklichung – und brauchen dazu keine Verbände« (SZ 1998h; vgl. ebenso die Interviews mit jungen Freiwilligen in SZ 1998b; Spiegel 2000).

Neben dem Bedürfnis nach Spaß geben gerade jüngere Ehrenamtliche sowie Erwerbslose an, dass für sie der Qualifizierungsaspekt sowie die Möglichkeit eines verbesserten beruflichen Wiedereinstiegs ebenso zu den ausschlaggebenden Gründen für die Übernahme eines freiwilligen Engagements gehören. Die Charakteristika dieser Entwicklung, die auch vom dritten Freiwilligensurvey als eigenständiger Trend erkannt wird (Gensicke/Geiss 2010: 14), bringt eine Artikelüberschrift der *Süddeutschen Zeitung* wie folgt auf den Punkt: »Immer mehr Menschen engagieren sich ehrenamtlich – sie haben dabei eher ihre Karriere im Blick als die geplanten Steuererleichterungen.« (SZ 2006d) Diesen Trend bestätigt auch Carola Schaaf-Derichs, die als Leiterin der Berliner Freiwilligenagentur »Treffpunkt Hilfsbereitschaft« in den letzten Jahren die Erfahrung gemacht hat, dass besonders 20- bis 30-Jährige die Hoffnung äußern, »über ein freiwilliges Engagement zusätzliche Lern-, Kontakt- und Qualifizierungsmöglichkeiten« zu erschließen« (Spiegel 2000). Exemplarisch für dieses berufsfördernde Qualifikationsbedürfnis vieler jüngerer Menschen im Ehrenamt sei hier auf ein Interview der *Süddeutschen Zeitung* mit einer jungen Mutter verwiesen, die ihren Wunsch nach einer freiwilligen Tätigkeit in der Flüchtlingshilfe folgendermaßen begründet:

»Und für mich persönlich hätte die Arbeit, neben dem Spaß, auch noch andere Vorteile. Ich könnte zum Beispiel meine Fremdsprachenkenntnisse in Englisch, Französisch und Spanisch mal wieder etwas auffrischen. Afrikanische Flüchtlinge sprechen oft eine dieser Sprachen, so lerne ich bei der Arbeit auch noch etwas für mich.« (SZ 2005c)

Diese auf den Qualifikationsaspekt bezogenen Ausführungen lassen sich auf die Einsicht zuspitzen, dass die zunehmende Arbeitsmarktnähe des freiwilligen Engagements nicht nur im Rahmen bundespolitischer Modellprojekte forciert wird, sondern diese auch dem steigenden Wunsch jüngerer Menschen entspricht, im Rahmen ihres freiwilligen Engagements Qualifikationen zu erwerben oder Kompetenzen zu bewahren, die für den späteren beruflichen Werdegang nützlich sind. So berichtet auch der *Focus*, dass sich gerade Studierende in Freiwilligenagenturen gezielt über Engagementgelegenheiten informieren, die »zur Wunschkarriere passen oder besonders gute Möglichkeiten zur Weiterqualifikation bieten« (Focus 2009). Dieses allseitige Qualifikationsbedürfnis Jugendlicher scheint jedoch vor allem den unsicheren Bedingungen am Arbeitsmarkt geschuldet zu sein, die es erforderlich machen, auch freiwillige Tätigkeiten entsprechend der Karriereaussichten auszuwählen. Und in der Tat kommt beispielsweise eine repräsentative Studie des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) unter 2600 Haupt- und Realschulabsolventen zu dem Ergebnis, dass ehrenamtlich engagierte Jugendliche schneller einen Ausbildungsplatz finden als nichtengagierte Gleichaltrige (Focus 2007d).

Neben dieser individuellen Dimension gehört das Bedürfnis, die Gesellschaft zumindest im Kleinen mitzugestalten oder anderen, weniger privilegierten Menschen etwas Gutes zu tun, nach wie vor zu den am häufigsten benannten Gründen für ein freiwilliges Engagement, die wiederum untrennbar mit dem Wunsch nach Spaß und Selbstverwirklichung verknüpft sind (Gensicke/Geiss 2010: 12; SZ 2009b):

»Wer sich heute sozial engagiert, will immer noch in erster Linie anderen helfen und Verantwortung übernehmen. Zugleich wollen viele Ehrenamtliche auch persönlichen Nutzen aus

ihrem Engagement ziehen: Sie wollen Spaß haben, interessante Menschen treffen oder im Ehrenamt erworbene Fähigkeiten beruflich einsetzen.« (SZ 2002c; ebenso Focus 2009)

Die anhaltende hohe Bedeutung der Gemeinwohlorientierung freiwillig Engagierter ist insofern nicht weiter verwunderlich, als die von den interviewten Freiwilligen vielfach geäußerten Wünsche, »Menschen [zu] helfen [...], denen es nicht so gut geht« (SZ 2005c) oder »etwas an die Gesellschaft zurück[zu]geben« (SZ 2004a), zu den originären Gründen für ein ehrenamtliches Engagement gehören. So kommt beispielsweise *Die Zeit* in ihrer interviewgestützten Reportage über drei Freiwillige zu dem Fazit: »Trotz mancher Kompromisse und Zwänge – Tobias Guttstein, Thorsten Schreiber und Hasso Lieber würden auf ihr Ehrenamt nicht verzichten. Freiwillig und unentgeltlich einen Dienst für das Allgemeinwohl zu erbringen, ist für sie selbstverständlich.« (Zeit Online 2011a) Diese Selbstverständlichkeit ergibt sich jedoch aus der spezifischen Selbstwahrnehmung der befragten Freiwilligen und ihrer individuellen Lebensführung und kann – zumindest im Falle der drei Interviewten – nicht auf moralisierende Verpflichtungsappelle zurückgeführt werden. Der zentrale Unterschied zu der im Rahmen des Produktivitätsparadigmas forcierten Aktivierung dieser gegenseitigen Hilfsbereitschaft, die vornehmlich auf Gesellschaftsbereiche mit einem hohen Bedarf an freiwillig Engagierten fokussiert ist, liegt folglich darin, dass die Freiwilligen selbst entscheiden wollen, für wen sie sich nützlich machen: »Wer sich heute engagiert, will nicht als Ausputzer irgendwo hingeschickt werden, wo sich der Sozialstaat gerade zu verabschieden droht, sondern will selbst entscheiden, was er wo wie lange macht.« (Spiegel 2000; ebenso SZ 2009f)⁷¹ Diesen Eindruck bestätigen auch die Mitarbeiter der Freiwilligenagentur »Tatendrang« in München, die die Erfahrung gemacht haben, dass sich zwar viele Menschen engagieren wollen, aber eben nur in solchen Bereichen, die zu ihren Bedürfnissen und ihrer biografischen Situation passen (SZ 2004a): »Ausgesucht wird, was den eigenen Bedürfnissen am ehesten entspricht.« (Spiegel 2000)

Die untersuchten Interviewausschnitte und Freiwilligenbefragungen deuten somit darauf hin, dass es den alten Ehrenamtstyp mit dem »goldene[n] Helferherz« (SZ 2002c, 2003c) zwar nach wie vor gibt, doch stehen diesem eine steigende Anzahl sog. »hilfsbereite[r] Egoisten« (SZ 1998h) gegenüber, die den freiwilligen Einsatz für andere nicht mehr als selbstlose Tat, sondern als ein klar definiertes »Tauschgeschäft« (Spiegel 2000) betrachten, in dem Zeit, Einsatz und Mühe gegen Spaß, Qualifikation, Kontakte, Selbstverwirklichung usw. eingetauscht wird. Die Ehrenamtliche Ingeborg Schlinck bringt diesen Gedanken in einem Interview mit der *Süddeutschen Zeitung* wie folgt auf den Punkt: »Ingeborg Schlinck sagt, sie tue

71 | In diesem Zusammenhang wird mitunter die Befürchtung geäußert, dass sich der Staat zukünftig noch mehr aus der öffentlichen Leistungserbringung zurückziehe, wenn deutlich wird, dass viele Aufgaben auch durch private Initiativen oder freiwilliges Engagement zufriedenstellend gelöst werden können. Diese Sorgen aufgreifend fragt z.B. die *Süddeutsche Zeitung*: »Sollte sich nicht lieber der Sozialstaat darum kümmern, die Quellen für Hunger und Armut zu beseitigen? Festigen die Suppenküchen gar die Not hierzulande? ›Es gibt eine zunehmende Tendenz des Staates, sich darauf zu verlassen, dass Aufgaben des Sozialstaats von privaten Initiativen geleistet werden‹, kritisierte Heribert Prantl, Ressortleiter Innenpolitik der *Süddeutschen Zeitung*, den schleichenden Rückzug der Behörden.« (SZ 2009f; ebenso Zeit Online 2011b)

es vor allem für die Kinder, aber auch ein wenig für sich selbst. Es sei eben ein Geben und Nehmen. Sie hilft gerne, auch weil es ihr selbst geholfen hat, »zu reifen, die zu werden, die ich heute bin.« (SZ 2003c) Derartige Statements ähneln zwar sehr stark der Win-win-Rhetorik der Produktivitäts-Erzählung, doch geht es hierbei um ein freiwilliges Engagement, das ungeachtet moralischer Verpflichtungsappelle und der politisch favorisierten Einsatzfelder für ehrenamtliche Kräfte entsprechend der aktuellen biografischen Situation und den persönlichen Bedürfnissen ausgewählt wird.

Trotz des Verzichts auf eigene Freiwilligenbefragungen und der prinzipiellen Unmöglichkeit, Freiwillige als homogene Gruppe zu betrachten, lassen sich aus der Auswertung der Befunde quantitativer Engagementstudien und medial vermittelter Interviewpassagen mit Freiwilligen zumindest erste Tendenzen bezüglich der alltagspraktischen Reichweite des Produktivitäts-Dispositivs ableiten: So deuten die Ergebnisse darauf hin, dass sich der Trend der vergangenen Jahre weiter fortsetzt und sich freiwillig Engagierte vermehrt als neue Ehrenamtliche verstehen, die ihre freiwillige Tätigkeit vor allem danach aussuchen, ob diese ihren eigenen Bedürfnissen nach Spaß, Selbstverwirklichung oder auch berufsförderlicher Qualifikation entgegenkommt. Diese als »hilfsbereite Egoisten« (SZ 1998h) charakterisierbaren neuen Freiwilligen verbinden mit einem Ehrenamt zwar selbstverständlich immer noch den Wunsch, hierdurch einen sinnvollen gesellschaftlichen Beitrag zu leisten, doch richtet sich die letztendliche Entscheidung für oder gegen eine freiwillige Tätigkeit nicht danach, ob in diesem Bereich ein besonders großer – von Seiten des Staates oder bestimmter Organisationen festgestellter – Bedarf an Freiwilligen existiert. D.h., die Prioritäten vieler Engagierter liegen in erster Linie auf der selbstbezogenen Sinnstiftungsdimension und der biografischen Passung einer ehrenamtlichen Tätigkeit und weniger darauf, einen produktiven Beitrag zur gesellschaftlichen Wohlfahrtserzeugung in bestimmten vorher festgelegten Bereichen zu leisten, wie dies etwa in der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung proklamiert wird.

Besonders kritisch begegnen viele Freiwillige hierbei der politischen Aufwertung des Ehrenamtes in den Gesellschaftsbereichen, aus denen sich der Sozialstaat immer mehr zurückzieht, denn als Lückenbüßer oder Ausfallbürgen eines überforderten Sozialstaates wollen sich die wenigsten Engagierten einspannen lassen (Spiegel 2000; vgl. hierzu die Interviewergebnisse von Denninger u.a. 2014: 323-327). Gerade für die Gefahr, dass durch Ehrenamtliche bezahlte Arbeitsplätze ersetzt werden, scheinen Freiwillige in besonderem Maße sensibilisiert zu sein. Exemplarisch hierfür sei auf einen Bericht des Leiters der Freiwilligenagentur in Halle, Olaf Ebert, über seinen Vortrag im Rahmen eines Umschulungskurses verwiesen:

»Die Damen mittleren Alters lauschten interessiert – bis ihnen Ebert eine Liste mit Ehrenamtsangeboten präsentierte. Gesucht wurde dort unter anderem ein »Hausmeister in einem Sportverein« – für die Kursteilnehmerinnen ein klarer Fall von Arbeitsplatzvernichtung. Sie protestierten lautstark. Vergeblich versuchte Ebert ihnen zu erklären, dass es sich bei dem vermeintlichen Hausmeisterposten nur um einen Helfer für vier Stunden die Woche handele. Seine aufgebrachten Zuhörerinnen, allesamt Langzeitarbeitslose, waren nicht mehr zu beruhigen.« (Spiegel 2000)

Die hier zusammengetragenen Erkenntnisse deuten darauf hin, dass die meisten Engagierten folglich nicht oder kaum den in der Subjektivierungsfigur des »engagierten Bürgers« verdichteten Verhaltensanforderungen entsprechen: Anderen etwas Gutes zu tun, gehört zwar nach wie vor zu den selbstverständlichen Motiven der Freiwilligkeit, doch hat dies nur wenig mit einem als notwendig erachteten Dienst an der Gemeinschaft angesichts ernstzunehmender Krisen zu tun. Ausschlaggebend für ein Engagement ist ferner nur selten der Anspruch, durch ein freiwilliges Engagement gezielt Lücken in der sozialen Dienstleistungsproduktion zu füllen bzw. – mit Ausnahme junger Menschen und Arbeitsloser – die eigenen Arbeitsmarktchancen zu verbessern, sondern die biografische Passung sowie der Wunsch nach Selbstverwirklichung, Spaß oder sozialen Kontakten. Gerade das in den Statements der interviewten Freiwilligen formulierte Bedürfnis, die Engagementgelegenheit nach den eigenen Prioritäten auszuwählen und zu gestalten, widerspricht dem in der Subjektivierungsfigur des »engagierten Bürgers« immer wieder anklingenden Verpflichtungsgedanken. Dieser wird von den Freiwilligen besonders dann kritisch kommentiert, wenn sich der Appell auf Bereiche bezieht, in denen Arbeitsplätze abgebaut oder aus deren finanzieller Unterstützung sich die öffentliche Hand sukzessive zurückzieht. Außerdem können sich nach Angaben des Freiwilligensurveys nur die wenigsten Befragten mit dem in politischen Kreisen bevorzugten Begriff des bürgerschaftlichen Engagements identifizieren (Gensicke/Geiss 2010: 15). Zur Beschreibung ihrer Tätigkeiten bevorzugen die meisten Freiwilligen hingegen die Bezeichnungen »Freiwilligenarbeit« oder »Ehrenamt« (ebd.). Bereits diese begriffliche Diskrepanz zeigt nach Ansicht von Heinze und Strünck, dass in diesem Fall »öffentliche Debatte und privates Selbstverständnis der Beteiligten nebeneinander her[laufen]« (Heinze/Strünck 2001: 102).

Es liegt somit die auch im wissenschaftlichen Kontext häufig geäußerte Vermutung nahe, dass freiwilliges Engagement womöglich »zu anspruchsvoll, zu eigen-sinnig und zu fragil ist, um ohne weiteres Gegenstand politischer Interventionen zu sein« (Reihs 1996: 240; vgl. ebenso Evers/Olk 2002: 6). Der von staatlicher Seite forcierte Appell zur Steigerung des Engagementvolumens greift Stefan Güntert und Theo Wehner zufolge vor allem dann ins Leere, wenn die Relevanz der biografischen Betroffenheit als sinnstiftender Kern einer Freiwilligenarbeit zugunsten einer bedarfsorientierten Lenkung des freiwilligen Engagements übersehen wird:

»Die Vorstellung, man könne stärkeres Engagement einfordern mit der Konsequenz, dass sich die ›Engagementbereiten‹ eine gesellschaftlich wertvolle Aufgabe auswählen – am besten eine, für die koordinierende Stellen zuvor einen Bedarf identifiziert haben – und sich dieser verpflichtet fühlen, bleibt oberflächlich-naiv und undifferenziert.« (Güntert/Wehner 2006: 143f.)

Die empirische Analyse legt mit Blick auf die Gruppe der Freiwilligen – trotz ihrer Heterogenität – somit die Schlussfolgerung nahe, dass der Großteil der Engagierten eine von der engagementspezifischen Produktivitätsprogrammatik abweichende Prioritätensetzung verfolgt. Sie verstehen sich und ihr Engagement weniger als bedarfsgerecht einsetzbare Produktivkraft, sondern begreifen sich vielmehr als neue Ehrenamtliche, die zwar zumeist eine auf Lebenszeit verpflichtende Mitarbeit in einem Verband scheuen, deshalb aber nicht gänzlich auf kurzfristige

und passgenaue freiwillige Tätigkeiten verzichten wollen. Ein freiwilliges Engagement stellt für diese Freiwilligen zwar – ganz im Sinne der Win-win-Rhetorik der Produktivitäts-Erzählung – eine individuelle Bereicherung dar, doch werden von diesen auch die Probleme des Ehrenamtes thematisiert, die in politischen Verlautbarungen kaum zur Sprache kommen. Hierzu gehören die als unzureichend wahrgenommene öffentliche Anerkennung, das Gefühl der Überforderung durch die ehrenamtliche Tätigkeit, alltägliche Umsetzungsprobleme, wie etwa Probleme mit Hauptamtlichen oder die Vereinbarkeit mit Beruf und Familie, die Gefahr der Ausnutzung und Instrumentalisierung sowie die mangelnde Anpassungsbereitschaft vieler Organisationen an die Bedürfnisse der Freiwilligen.

Darüber hinaus engagieren sich noch viele Menschen im Sinne der Wissensordnung des alten Ehrenamtes: Gerade die von Zeitungen durchgeführten Interviews mit freiwillig Engagierten lassen keinen Zweifel daran, dass es die »Veteranen des Ehrenamts« (Spiegel 2000) oder die »wahren Helden der Wohltätigkeit« (SZ 2001d; ebenso SZ 2006d), denen die öffentliche Präsenz eher unangenehm ist und die daher lieber im Hintergrund pflichtbewusst für ihren Verein oder Verband tätig sind, noch immer gibt: So berichtet beispielsweise die *Süddeutsche Zeitung* über einen Ehrenamtlichen, der seit 25 Jahren erster Vorsitzender und Fußball-Abteilungsleiter des SC München ist und den Sonderpreis des DFB für langjähriges Engagement mit den Worten kommentiert: »Ich bin nicht der Typ, der besonderen Wert auf Ehrungen legt.« (SZ 2000a, 2000b)

Nichtsdestotrotz begegnet man mitunter auch einem Freiwilligentypus, der der Wissensordnung der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung doch sehr nahe kommt. Zur Veranschaulichung sei hier auf eine etwas längere Interviewpassage mit einer Engagierten, der 71-jährigen Ingrid Schönsee, verwiesen, die ihre freiwillige Tätigkeit – bedarfsgerecht – ausweiten möchte:

»Ich bin gekommen, weil ich gesund und fit bin und deshalb alten Menschen helfen möchte, denen es nicht so gut geht wie mir. Ich bin immer noch sehr sportlich und könnte zum Beispiel Gymnastikkurse für Senioren anbieten oder mit jemandem einfach nur spazieren gehen. Vor einiger Zeit traf ich in einem Seniorenheim eine alte Dame im Rollstuhl. Als ich fragte, ob ich sie spazieren fahren soll, strahlte sie über das ganze Gesicht. Das hat mir gezeigt, dass viele Senioren gerne Kontakt wollen, sich aber nicht trauen zu fragen. Seit zwei Jahren besuche ich diese Dame nun und habe dabei gesehen, wie es in Heimen zugeht. Es gibt viel zu wenig Personal, die Menschen dämmern dort teilweise völlig isoliert vor sich hin, kriegen kaum Zuwendung. Die Schulungen des Bildungswerks interessieren mich sehr, weil man dort erfährt, wie man mit alten oder sogar dementen Menschen umgeht.« (SZ 2005c)

Die Motive und Eigenschaften der hier befragten Freiwilligen Ingrid Schönsee harmonisieren in idealer Weise mit den epistemischen Einsichten der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung: Es handelt sich um eine ältere, gesunde Frau, die ihre vorhandene Beweglichkeit und Fitness nutzen möchte, um anderen älteren Menschen etwas Gutes zu tun, deren Betreuung angesichts der finanziellen und personellen Engpässe im Bereich der Altenpflege oftmals zu kurz kommt. Nicht nur die Merkmale der hier interviewten Freiwilligen entsprechen folglich der spezifischen Zielgruppenfokussierung des Produktivitätsparadigmas, sondern auch ihr favorisiertes Betätigungsfeld, die Pflege und Betreuung alter und demenzkranker Menschen, in dem stets ein hoher Bedarf an zusätzlichen freiwilligen Helfer-

tätigkeiten konstatiert wird. Insgesamt ist jedoch festzuhalten, dass Freiwillige, die derart mit der zielgruppenspezifischen Bereichsfokussierung der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung harmonisieren, in den hier ausgewerteten Dokumenten eher die Ausnahme darstellen.⁷²

Diese mit Blick auf die adressierten Subjekte gesammelten Erkenntnisse ermöglichen es, abschließend zumindest einige Vermutungen hinsichtlich der Gründe für den beschwörenden Tonfall der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung in den 2000er Jahren anzustellen: Ein Grund für den appellativen Duktus ist, dass die als institutionelle Positiv-Verknüpfungen in die Erzählung eingewobenen engagementpolitischen Maßnahmen angesichts ihrer mangelhaften (zielgruppenspezifischen) Potenziale-Ausschöpfung die Hoffnungen der politischen Verantwortungsträger noch nicht gänzlich erfüllen können. Diese Umsetzungsdefizite können u.a. darauf zurückgeführt werden, dass die skizzierten institutionellen Neuerungen entweder nur den bereits Engagierten entgegenkommen oder diese sich angesichts ihrer Bedarfsorientierung als blind erweisen gegenüber den eigentlichen Bedürfnissen der Freiwilligen und ihren alltäglichen Problemen, die oftmals nur am Rande mit Steuervergünstigungen oder materiellen Aufwandsentschädigungen zu tun haben. Zudem deuten der weiterhin vorherrschende Mittelstands-Bias im freiwilligen Engagement, die medial vermittelten Interviewpassagen mit Ehrenamtlichen sowie quantitative Freiwilligenbefragungen darauf hin, dass das Produktivitäts-Dispositiv nur in sehr begrenztem Maße an die Alltagserfahrungen und Bedürfnisse der (potenziellen) Freiwilligen anschließen kann. D.h., in der heterogenen Gruppe der Engagierten gibt es deutlich mehr neue oder auch alte Ehrenamtliche als solche Freiwilligen, die der zielgruppenspezifischen und bedarfsgerechten Bereichsfokussierung des Produktivitätsparadigmas entsprechen. Diese Diskrepanz zwischen den Motiven und Wünschen vieler freiwillig Engagierter und dem in der Produktivitäts-Erzählung favorisierten Freiwilligentypus stellt ohne Zweifel eine weitere zentrale Ursache für den geringen Institutionalisierungsgrad und den beschwörenden Ton der Produktivitäts-Erzählung dar.

Zudem wird durch die gewonnenen Erkenntnisse über die begrenzte Reichweite von potenzialfokussierten Modellprogrammen, die weitgehende Konstanz der Engagementquote sowie die vom Produktivitätsparadigma abweichende Prioritätensetzung vieler freiwillig Engagierter die Feststellung bekräftigt, dass es sich bei der Storyline der Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource in den 2000er Jahren noch vornehmlich um eine politisch, medial und wissenschaftlich erzeugte Wissensordnung handelt, deren Institutionalisierungsgrad, abgesehen von den in den genannten institutionellen Neuerungen geronnenen Wissensbeständen, noch deutlich hinter der politischen Anrufung zurückfällt. Außerdem kann die Produktivitäts-Erzählung kaum mit der Multidimensionalität der Storyline der Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre mithalten, deren Durchsetzungskraft grundsätzlich auf der Unterstützung und alltagspraktischen Umsetzung der neuen Freiwilligen beruht. Vor diesem Hintergrund erscheint auch der durchge-

72 | Bestätigt wird dieser Befund u.a. durch die von der Forschergruppe um Stephan Lessenich durchgeführten Interviews mit 55 Rentnern in den Jahren 2009 und 2010. Gerade das der dispositiven Erwartungshaltung entsprechende freiwillige Engagement für andere alte Menschen in Alten- und Pflegeheimen wurde hier von dem überwiegenden Teil der Befragten als zu belastend abgelehnt (Denninger u.a. 2014: 373, 377).

hend appellative Tonfall der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung, die bislang überwiegend durch die Verknüpfung mit wirkmächtigen Anschlussdispositiven stabilisiert wird, kaum mehr verwunderlich.

4.6 DIE DISPOSITIVE DER FREIWillIGKEIT IM ÜBERBLICK

Die detaillierte Rekonstruktion der engagementspezifischen Storylines zwischen 1985 und 2009 lässt keinen Zweifel daran, dass in diesem Zeitraum angesichts sich wandelnder Kontextbedingungen und intensiver Krisendebatten eine gesellschaftliche Neuverhandlung des freiwilligen Engagements stattgefunden hat, die ihren sichtbarsten Niederschlag in der schrittweisen Etablierung einer staatlichen Engagementpolitik in Deutschland seit der Jahrtausendwende findet. Die empirische Analyse hat deutlich gemacht, dass das traditionelle Ehrenamt, das besonders »im sozialen Bereich Jahrzehnte hindurch zu den nicht weiter beachteten Selbstverständlichkeiten unserer Gesellschaft gehört hatte« (Braun 1989: 43; ebenso Braun 1990b: 435), spätestens seit Mitte der 1980er Jahre durch ein neue, deutlich selbstbestimmtere und bedürfnisfokussierte Form der Freiwilligkeit ergänzt wurde. Obgleich sich diese beiden Engagementformen insofern unterscheiden, als erstere vornehmlich in den traditionellen Organisationen deutscher Wohlfahrts-tätlichkeit stattfindet und letztere in neueren Bündnisformen, wie selbstorgani-sierten Projekten, Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen, zu verorten ist, haben beide Varianten gemeinsam, dass die Ausübung einer freiwilligen Tätigkeit bis Mitte der 1990er Jahre noch weitgehend als eine Privatangelegenheit jedes Einzelnen betrachtet wurde. Vom Staat wurden diese Engagementformen allen-falls mittelbar durch die finanzielle Unterstützung der genannten Einrichtungen und Großorganisationen unterstützt. Erst seit der Jahrtausendwende rückt der Freiwilligenbereich, der bis dato – abgesehen von den bewährten Programmen des FSJ und FÖJ sowie einiger bundespolitischer Modellprogramme – kaum von sozialstaatlicher Durchdringung betroffen war, in den Mittelpunkt bundespoliti-scher Steuerungsbemühungen. Dass mittlerweile die Förderung des freiwilligen Engagements durch engagementpolitische Maßnahmen als selbstverständliche Aufgabe des Staates betrachtet wird, kann als ein deutliches Zeichen für die sich im Untersuchungszeitraum vollziehende und soeben in groben Zügen umrissene Verschiebung des Kräfteverhältnisses zwischen (Bürger-)Gesellschaft und Staat ge-lesen werden.

Es ist der hier zu Tage tretende erklärungsbedürftige Umstand, dass die Or-ganisation freiwilligen Engagements spätestens seit der Jahrtausendwende nicht mehr allein der individuellen oder gesellschaftlichen Selbstregulierung überlas-sen, sondern sukzessive in die öffentliche Verantwortung verlagert wird, die im Mittelpunkt der folgenden Zusammenfassung der einzelnen Dispositive der Frei-willigkeit steht. Die größte Aufmerksamkeit wird nachfolgend somit erneut dem Resümee der Storyline der Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsres-source geschenkt, da diese untrennbar mit der Etablierung einer staatlichen En-gagementpolitik verbunden ist. Im Vorfeld gilt es jedoch, die beiden der Produktivi-täts-Erzählung vorausgegangenen Dispositive des traditionellen Ehrenamtes sowie der Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre überblicksartig zu skizzieren und

hierbei ihrer alltagspraktischen Aneignung und Verarbeitung durch die Freiwilligen Beachtung zu schenken.

Das Dispositiv des traditionellen Ehrenamtes

Das Dispositiv des traditionellen Ehrenamtes wurde im Rahmen dieser Forschungsarbeit nur überblicksartig erfasst, da es überwiegend als Abgrenzungsfolie zu der in den 1980er Jahren aufkommenden Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre fungiert. Für eine vertiefende Analyse wäre eine – zumindest partielle – Ausweitung des Untersuchungszeitraums auf die 1950er bis 1970er Jahre notwendig gewesen. Nichtsdestotrotz zeichnen die bestehenden Erkenntnisse ein recht klares Bild von der Beschaffenheit dieser Erzählung: Die Storyline des traditionellen Ehrenamtes war in Westdeutschland seit Ende der 1950er bis in die 1980er Jahre vorherrschend. Dieser Zeitraum zeichnet sich durch eine enge korporatistische Verflechtung zwischen Staat und Wohlfahrtsverbänden sowie eine zunehmende Professionalisierung der Sozialen Arbeit aus, wodurch das Aufgabengebiet der Ehrenamtlichen vornehmlich auf Helfertätigkeiten beschränkt wurde. Der Erzählung des traditionellen Ehrenamtes liegt die Wissensordnung des alten Ehrenamtes, verstanden als altruistischer Akt der Selbstverpflichtung, zugrunde. Die Wohlfahrtsverbände, aber auch andere traditionelle Ehrenamtsorganisationen, wie Gewerkschaften, Parteien und Vereine, bilden die zentralen Anlaufstellen der alten Ehrenamtlichen, deren Anerkennung sich auf Ehrennadeln und -medaillen beschränkt. Die Ehrenamtlichen stammen zumeist aus abgesicherten materiellen Verhältnissen und entscheiden sich aufgrund religiös-moralischer Überzeugungen bzw. familiärer und milieuspezifischer Verpflichtungen für ein Ehrenamt in einer der genannten Organisationen, die sich daher lange Zeit auf das Nachrücken ehrenamtlicher Nachwuchskräfte in ausreichender Zahl verlassen konnten. Die Milieugebundenheit des alten Ehrenamtes wird auf der Objektebene repräsentiert durch den Blaumann oder das SPD-Parteibuch.

Auch wenn die Storyline des traditionellen Ehrenamtes seit Mitte der 1980er Jahre um die Erzählung Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre ergänzt wird, bedeutet dies keinesfalls, dass sie hierdurch vollständig verschwindet. Vielmehr bleibt diese gerade mit Blick auf die Freiwilligen selbst weiterhin präsent und läuft parallel zu den beiden anderen engagementspezifischen Storylines weiter. Die zentralen Institutions- und Objektbezüge der Storyline des traditionellen Ehrenamtes – die Ehrennadel sowie die traditionellen Ehrenamtsorganisationen – werden sowohl im engagementbezogenen Selbstverwirklichungs- als auch im Produktivitäts-Dispositiv stets als negative Abgrenzungsfolie herangezogen und damit gleichzeitig aktualisiert. Außerdem zeigen medial vermittelte Interviewausschnitte mit Freiwilligen sowie die Statements von Verbandsmitarbeitern, dass es gerade mit Blick auf die ältere Generation auch heute noch Freiwillige gibt, die entsprechend der Wissensordnung des alten Ehrenamtes unauffällig und pflichtbewusst für ihren Verein und Verband tätig sind.

Das Dispositiv Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre

In der seit Mitte der 1980er Jahre aufkommenden Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre werden Objekte, Wissensordnungen, Institutionen und körperbezogene Aussagen mit Blick auf die Kernkategorie »Freiwilliges Engagement als sinngenerierende Form der Freizeitgestaltung« neu miteinander verknüpft. Die Erzählung gewinnt an Gestalt und Kontur in Abgrenzung zur Erzählung des traditionellen Ehrenamtes und dessen zentralen Institutionen und Objekten: Sowohl die Ehrennadel als auch die traditionellen Wohlfahrtsorganisationen, deren Benennung die Erzählung vom traditionellen Ehrenamt aufruft und verkürzt, gelten in der Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre als Symbole für Langeweile, Bevormundung und lebenslange Verpflichtung. Es ist vor allem die im wissenschaftlichen Kontext stark diskutierte These vom neuen Ehrenamt sowie die Befunde der Freizeitforschung, die in das neue, medial verstärkte Bild der Ehrenamtlichkeit einfließen, das sich durch Spaß, Sinnerfüllung und Selbstverwirklichung auszeichnet.

Das der Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre innewohnende Aktivitätspostulat ist wiederum untrennbar mit der Delegitimation einer ausschließlich auf die ichbezogene Erholung ausgerichteten passiven Freizeitgestaltung – verkörpert durch die Objekte Fernseher, Bar oder Sofa – verbunden. Die individuelle Freizeit führt folglich nur dann zu einem sozial erfüllten, sinnstiftenden und gesundheitsbewahrenden Leben, wenn diese, gerade im Alter, auch für ein freiwilliges Engagement genutzt wird. Zu den zentralen, positiv konnotierten Knotenpunkten der Erzählung gehören vor allem institutionelle Neuerungen, wie etwa selbstorganisierte Projekte, Selbsthilfegruppen oder Bürgerinitiativen, deren Organisationsprinzipien mit der für die Storyline typischen epistemischen Einsicht in die zentrale Bedeutung des »subjektiv sinnhaften Selbstbezug[s]« eines Ehrenamtes in idealer Weise harmonisieren (Ueltzhöffer/Ascheberg 1996: 61). Die Storyline der Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre wird folglich vor allem durch die die institutionelle Dimension betreffende Erwähnung alternativer Kooperationsformen wie Selbsthilfegruppen und Bürgerinitiativen, die seit den 1980er Jahre einen erheblichen Zuwachs an Freiwilligen verzeichnen können, aufgefangen und abgekürzt. Die Herausbildung dieser Erzählung in ihrer soeben skizzierten Multidimensionalität kann nur dann nachvollzogen werden, wenn man ihre Einbettung in ein dichtes Netz wirkmächtiger Anschlussdispositive mitberücksichtigt: Einflussreich waren neben den bereits erwähnten wissenschaftlichen Debatten über neue Formen der Ehrenamtlichkeit auch die faktische Verkürzung der Arbeitszeiten zugunsten der Freizeit, der Wandel der Wohlfahrtsverbände zu »Dienstleistungsunternehmen« (Rauschenbach/Sachße/Olk 1995) in den 1990er Jahren infolge ihrer Deprivilegierung und Gleichstellung mit privatgewerblichen Anbietern, die zunehmende Institutionalisierung der Neuen Sozialen Bewegungen sowie die gesellschaftlichen Individualisierungs- und Pluralisierungstendenzen.

Mit Blick auf die Alltagsrelevanz des engagementbezogenen Selbstverwirklichungs-Dispositivs gilt festzuhalten, dass sich eine steigende Anzahl an Freiwilligen – darauf deuten sowohl quantitative und interviewgestützte Freiwilligenbefragungen als auch der Rückgang der Engagiertenzahlen in den klassischen Ehrenamtsorganisationen und ihr Anstieg in selbstorganisierten Gruppen unverkennbar hin – spätestens seit Ende der 1980er Jahre selbst stärker als neue Ehrenamtliche wahrnimmt. Diese ziehen einem auf Dauer angelegten, fremdbestimm-

ten Ehrenamt zunehmend ein kurzfristiges Engagement in einem thematisch klar umrissenen Projekt mit hohem Mitgestaltungs- und Spaßpotenzial vor. So konstatiert beispielsweise der Soziologie Hans Braun, dass sich in den 1980er Jahren auf Seiten der Freiwilligen etwas entwickelt habe,

»was es bislang so nicht gab: ein Interesse der Ehrenamtlichen an den Voraussetzungen, Begleitumständen und Zielen ihres Tuns, vor allem aber ein Selbstbewußtsein. Das neue Selbstbewußtsein äußert sich bei jeder Tagung und Anhörung zum Thema Ehrenamtlichkeit, zeigt sich aber auch im alltäglichen Umgang der Ehrenamtlichen mit Vertretern der Verwaltung und mit professionellen Kräften aus dem Sozialbereich.« (Braun 1989: 43)⁷³

Ein Teil der Freiwilligen – dies zeigen auch die Ergebnisse der vorliegenden empirischen Analyse – war seit den 1980er Jahren nicht mehr mit der weisungsgebundenen, im Hintergrund und unauffällig tätigen alten Ehrenamtsrolle zufrieden. Diese freiwillig Engagierten verliehen ihrem von Braun beschriebenen neuen Selbstbewusstsein Ausdruck, indem sie sich über mediale Stellungnahmen und Positionspapiere sowohl an den eigenen Verband bzw. Verein als auch an die Öffentlichkeit sowie die Politik wandten und hier eine neue Wertschätzung ihrer Arbeit sowie verbesserte Rahmenbedingungen offensiv einforderten. Die untersuchten kritischen Positionspapiere verbandlich organisierter Freiwilliger sowie die Abwanderung Ehrenamtlicher aus den traditionellen Großorganisationen lassen zudem den Schluss zu, dass diese ehrenamtlich Aktiven durch ihre alltagspraktische Umsetzung der Wissensordnung des neuen Ehrenamtes an der Produktion und Verankerung der Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre – gewissermaßen »von unten« – mitgewirkt haben. Die Durchsetzungskraft der engagementbezogenen Selbstverwirklichungs-Erzählung resultiert folglich aus der Verknüpfung wissenschaftlicher Spezialdiskurse mit medial popularisierten alternativen Engagementformen, einflussreichen Anschlussdispositiven sowie den Alltagspraktiken und engagementbezogenen Forderungen der neuen Freiwilligen, die gleichsam von den Vereinen und Verbänden rezipiert und an die politischen Verantwortungsträger weitergeleitet wurden. Hierbei gilt es jedoch nicht aus den Augen zu verlieren, dass es neben diesen sich als neue Ehrenamtliche interpretierenden und selbstführenden Freiwilligen immer noch Menschen gibt, die im Sinne der Wissensordnung des alten Ehrenamtes freiwillig tätig sind.

Das engagementbezogene Produktivitäts-Dispositiv

Der Unterschied zwischen der Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre und dem seit Mitte der 1990er Jahre in Erscheinung tretenden engagementbezogenen Produktivitäts-Dispositiv besteht darin, dass freiwilliges Engagement nicht mehr allein aufgrund seiner individuellen sinnstiftenden Implikationen Aufmerksamkeit erfährt, sondern zunehmend als gesellschaftliche Ressource nach dem Motto: »Frage nicht was die Gesellschaft für dich tun kann, sondern was du für die Gesellschaft tun kannst« aufgewertet wird. Das Aufkommen dieser Erzählung

73 | Diese Feststellung Brauns bestätigt Elisabeth Stumpfögger von der Caritas, die konstatiert, dass man seit Ende der 1980er Jahre auch verbandsintern nicht mehr nur über die ehrenamtlichen Helfer, sondern zunehmend auch *mit* ihnen über ihre Tätigkeit und Bedürfnisse sprach (Stumpfögger 1989: 468).

kann damit begründet werden, dass das Selbstverwirklichungs-Dispositiv seit Mitte der 1990er Jahre auch stärker im (bundes-)politischen Kontext rezipiert, hier aber unter dem Einfluss gesellschaftlicher Kontextbedingungen, wie der Krise des Sozialstaates sowie der kommunitaristischen Kritik am Zerfall der Gesellschaft, und unter Rekurs auf den Produktivitätsgedanken inhaltlich neu gerahmt wurde. Obgleich die engagementspezifische Produktivitäts-Erzählung folglich aus der Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre hervorgeht und verschiedene Elemente der vorausgegangenen Erzählung, wie etwa die Wissensordnung des neuen Ehrenamtes, hier präsent bleiben, ist sie im gesamten Untersuchungszeitraum primär eine politisch-wissenschaftlich forcierte und medial begleitete Wissensordnung geblieben, die sowohl in ihrer Multidimensionalität als auch in ihrer Vollzugswirklichkeit, abgesehen von ihrer Institutionalisierung in engagementpolitischen Förderprogrammen und Gesetzesnovellierungen seit der Jahrtausendwende, deutlich hinter den beiden anderen Dispositiven der Freiwilligkeit zurückfällt. So zeichnet sich die Produktivitäts-Erzählung vor allem durch eine auffällige Objekt- und Körperlosigkeit aus. Diese kann kaum überdeckt werden, weder durch die vereinzelte Erwähnung freiwilligen Engagements als aktivitätssteigernde Anti-Aging-Strategie noch durch die objektbezogene Negativ-Verknüpfung des Sofas bzw. des Fernseherers als Sinnbild für eine nicht nur individuell sinnentleerte Freizeit, sondern nun auch für den Verlust gesellschaftlich notwendiger Aktivitätspotenziale. Ihre Festigkeit verdankt sie vor allem der Verknüpfung mit wirkmächtigen Anschlussdispositiven im Zuge des Regierungsantritts der rot-grünen Regierung im Jahr 1998: Hierzu gehören der aktivierende Umbau des Sozialstaates, die Renaissance des Bürgergesellschaftskonzepts, die finanziellen und personellen Engpässe im sozialen Dienstleistungsbereich sowie verschiedene gesellschaftliche Krisenerzählungen, sei es mit Blick auf die Arbeitsgesellschaft, die Demografie, die Bildung oder die Integration.

Angesichts des noch recht schwachen Institutionalisierungsgrades des engagementspezifischen Produktivitäts-Dispositivs kommt den sich seit der Jahrtausendwende neu entspinneenden Fäden einer staatlichen Engagementpolitik eine zentrale Bedeutung zu, da die politisch lancierten Wissensbestände der Produktivitäts-Erzählung eine erste Institutionalisierung im Rahmen engagementspezifischer Programme und Gesetzesnovellierungen erfahren haben. Die Entstehung einer staatlichen Engagementpolitik seit der Jahrtausendwende und ihre Etablierung in den 2000er Jahren stellt somit das wohl deutlichste Zeichen der gesellschaftlichen Neuverhandlung freiwilligen Engagements im Untersuchungszeitraum dar, wodurch die Verschiebung der Grenze zwischen privat und öffentlich, zwischen bürgerschaftlicher Selbstorganisation und staatlicher Zuständigkeit besonders deutlich zu Tage tritt. Der besonderen Bedeutung dieser institutionellen Wandlungsprozesse ist es geschuldet, dass den engagementbezogenen Wissensbeständen und Regierungstechniken der engagementbezogenen Produktivitäts-Erzählung, die diese Entwicklung seit Ende der 1990er Jahre begünstigt haben, abschließend nochmals gesondert Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Das engagementbezogene Produktivitäts-Dispositiv als wahrheitserzeugender Macht-Wissen-Komplex

Im Folgenden geht es grundlegend darum, die komplexe Verknüpfung von Macht, Wissen und Wahrheit zu dechiffrieren, die die sozialstaatliche Durchdringung des

Engagementbereichs seit Ende der 1990er Jahre, oder allgemeiner formuliert: die Neuverhandlung der ohnehin niemals vollständig fixierten Grenze zwischen Öffentlichkeit und Privatheit bzw. zwischen Staat und Bürgergesellschaft, begünstigt hat. Hierfür ist es notwendig, der im Netz dispositiver Verknüpfungen der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung hergestellten Wissensordnung nochmals zusammenfassend Aufmerksamkeit zu schenken, da bereits diese »eine intellektuelle Bearbeitung der Realität« darstellt (Bröckling/Krasmann/Lemke 2000b: 20f), an der politische Technologien ansetzen können. Im Mittelpunkt stehen hierbei die Wissens- und Aussagensysteme, mit deren Hilfe spätestens zur Jahrtausendwende eine bestimmte, alternative Ideen ausschließende Vorstellung vom freiwilligen Engagement etabliert wurde, die das weite Feld der Freiwilligkeit durch die Suggestion von Eindeutigkeit und Kalkulierbarkeit nicht nur »regierbar« gemacht, sondern gleichsam zu einer Verschiebung der Grenzziehung zwischen Staat und Gesellschaft beigetragen hat (ebd.: 22).

Zentrale Voraussetzung der bundespolitischen Problematisierung freiwilligen Engagements war zunächst die Herstellung eines emblematischen Zusammenhangs zwischen staatlicher Engagementförderung und der verbalen Renaissance des Bürgergesellschaftskonzepts, das im Zuge des Regierungswechsels im Jahr 1998 zum Leitbild eines neuen aktivierenden Staatsverständnisses erhoben wurde. Diese emblematische Verknüpfung führte insofern eine inhaltliche Engführung dieser Thematik herbei, als hierdurch die Stärkung der Bürgergesellschaft zumeist nur auf die Frage nach geeigneten Maßnahmen zur Förderung des freiwilligen Engagements, das ja augenscheinlich nur ein Spezialproblem der Bürgergesellschaftsdebatte darstellt, verkürzt wird. Diese Beschränkung des diskursiven Geschehens wird durch die Fokussierung der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung auf die Kernkategorie »Bürgerengagement als (brachliegendes) Potenzial« noch zusätzlich forciert: Unter Heranziehung des Potenzialbegriffs wird freiwilliges Engagement einerseits zum gesellschaftlichen Produktivitätspotenzial stilisiert und gilt als wichtige Ressource und aktivierbares Sozialkapital zur Lösung gesellschaftlicher Krisen; andererseits wird im Hinblick auf die Freiwilligen selbst von einem brachliegenden Engagementpotenzial gesprochen und behauptet, dass ein Großteil der Bürger durchaus bereit sei, zukünftig eine freiwillige Tätigkeit zu übernehmen.

Im Hinblick auf ersteres sei angemerkt, dass das gesteigerte öffentliche bzw. politische Interesse an freiwilligem Engagement nur dann nachvollzogen werden kann, wenn man insbesondere dessen ausnahmslos positive Bedeutungsaufladung als Allheilmittel gegen diverse gesellschaftliche Krisenerscheinungen berücksichtigt:

»Wer sich engagiert, trägt dazu bei, dass wir eine Verantwortungsgesellschaft sind und bleiben. Nur eine Verantwortungsgesellschaft aber behält das Gemeinwohl im Blick; nur eine Verantwortungsgesellschaft ist in der Lage, mit den Herausforderungen des demografischen Wandels nachhaltig – und das heißt ja eben: verantwortungsbewusst – umzugehen. Damit ist freiwilliges Engagement mehr als eine Privatsache. Es ist immer auch bürgerschaftliches Engagement, Engagement für eine verantwortliche Gesellschaft.« (von der Leyen 2009: 9)

Indem das bürgerschaftliche Engagement hier zum zentralen Element einer für die Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen unabdingbaren Verantwortungsge-

sellschaft stilisiert wird, büßt es gleichsam seinen bisherigen Status als Privatsache ein und wird stattdessen zur öffentlichen Angelegenheit erklärt. Hierdurch findet insofern eine Verschiebung der – niemals vollkommen fixierten – Grenze zwischen Staat und Gesellschaft statt, als Freiwilligenarbeit angesichts der dieser zugeschriebenen gemeinwohlförderlichen Wirkung zunehmend dem persönlichen Nahraum entzogen und in den staatlichen Aufgabenbereich verlagert wird. Ihren sichtbarsten Niederschlag findet die hier erfolgte Verschiebung der Grenze staatlicher Zuständigkeiten im terminologischen Wechsel vom *freiwilligen* Engagement als Privatsache hin zum *bürgerschaftlichen* Engagement als gesellschaftliche Produktivitätskraft von hohem öffentlichen bzw. politischen Interesse.

An dieser Stelle gilt hervorzuheben, dass es sich bei dieser verbreiteten Rede von Krisenerscheinungen, für deren Lösung stets auf die Potenziale des Bürgerengagements verwiesen wird, nicht – oder nur am Rande – um objektiv gegebene oder tatsächliche Probleme handelt, sondern vielmehr um »Koprodukt[e] von Policy-Making« (Gottweis 2003: 133). Es geht hier nicht um die Lösung der Krise selbst, sondern um die Krise, wie sie im Rahmen der Produktivitäts-Erzählung definiert wird (vgl. Hajer 1997: 111). Gerade angesichts personeller und finanzieller Engpässe in der sozialen Dienstleistungsproduktion, allen voran im Gesundheits- und Pflegebereich, wird freiwilliges Engagement zu einer nahezu grenzenlosen Produktivitätsressource stilisiert, die ähnlich der Hebung von Bodenschätzen ausgeschöpft werden muss: »Ehrenamt ist als eine der größten Ressourcen für die Zukunft zu betrachten, weil es gegenüber dem Verschwinden nicht erneuerbarer Energien eine gesellschaftliche Energiequelle darstellt, die sich immer wieder aus eigenem Antrieb erneuern kann« (Zellner 2009: 220; ebenso Lessenich 2013: 76). Die Freiwilligen gelten hiernach gleichsam als das unverzichtbare »Sozialkapital des neuen Jahrtausends«, das neben dem hochgelobten »Humankapital« als das »entscheidende Produktivkapital in der Informationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts« gehandelt wird und deshalb optimal genutzt werden muss (Bergmann 2001a, 2001b 11; Köhler 2010: 5): »Der Staat entdeckt das Sozialkapital des eigenverantwortlichen Bürgers und bereitet sich darauf vor, dieses Kapital zu fördern und zu mehren«, lautet daher das diesbezügliche Fazit des Werteforschers Helmut Klages (2001a: 18).

Angesichts der Neuentdeckung und Wertschätzung dieses Sozialkapitals rücken die Engagierten und (Noch-)Nicht-Engagierten mit ihren engagementspezifischen Wünschen und Bedürfnissen in den Fokus politischer Interventionen, zumal angenommen wird, dass prinzipiell jeder Bürger aufgrund der Zunahme von Freizeit und der weitgehenden sozialstaatlichen Absicherung in der Lage sei, ein freiwilliges Engagement zu übernehmen. Durch staatliche Investitionen in den Engagementbereich, so die Hoffnung, soll jeder Bürger in die Lage versetzt werden, sein Sozialkapital in produktiver Weise für die Gesellschaft einzusetzen. Der sozialstaatliche Umgang mit freiwilligem Engagement, das zunehmend als aktivierbares gesellschaftliches Produktivitätskapital erkannt wird, folgt demnach den Kennzeichen einer investiven Sozialpolitik, zu deren Zielgruppe spätestens seit der Jahrtausendwende neben Freiwilligen, insbesondere Frauen (und ihre Kinder) (Esping-Andersen 2002a, 2002b), aber auch Migranten und alte Menschen gehören (Lessenich 2013). In diesem Sinne betonte Gerhard Schröder, dass die Bundesregierung »sich die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements zur gesellschaftspolitischen Aufgabe gemacht« habe und trotz leerer Haushaltskassen

finanziell, rechtlich und ideell in die Stärkung freiwilligen Engagements investiere (Schröder 2000c, 2001b). Diese investive Neuausrichtung der deutschen Sozialpolitik seit der Jahrtausendwende bedeutet wiederum, dass die staatliche Aktivierungsprogrammatik nun auch vor der individuellen Freizeitgestaltung des Einzelnen keinen Halt mehr macht: Diese wird folglich nicht mehr ausschließlich als Privatangelegenheit angesehen, sondern avanciert als potenzielle Zeitspanne für freiwilliges Engagement zunehmend zur gesellschaftlich bedeutsamen »Ressource für Selbsthilfe und Nächstenhilfe« (Bock 1995b: 2; ebenso Herzog 1997b; Rau 1999; Schröder 2001b), die staatlicher Impulse bedarf. Diese Anrufung zur Eigenaktivität und die sozialpolitische Durchdringung des Freiwilligenbereichs wird auch deshalb für nötig erachtet, da der aktivierende Staat den Bürgern einen natürlichen Hang zum Egoismus unterstellt, der mit einem lediglich auf das eigene Wohl bedachten Freizeitverhalten einhergeht. Eine derart sinnfrei und ausschließlich selbstbezogen verbrachte Freizeit ohne freiwilliges Engagement oder Selbsthilfeambitionen wird deshalb im Rahmen der neosozialen Aktivierungsprogrammatik mit einer moralisch aufgeladenen Delegitimierungsrhetorik konfrontiert, die in der Feststellung mündet, dass auch »das Engagement der Bürgerinnen und Bürger zu fordern und zu fördern« sei (Schröder 2000c).

Die Fokussierung der engagementspezifischen Anrufungspraxis der 2000er Jahre auf bestimmte Zielgruppen, wie Migranten, Alte oder Arbeitslose, weist zudem darauf hin, dass die Personengruppen, die als Hauptbetroffene und/oder als Mitverursacher der gesellschaftlichen Krisen, z.B. im Bereich der Integration, Demografie und Arbeitsmarktentwicklung, gelten, selbst einen Beitrag dazu leisten sollen, über freiwilliges Engagement nicht nur ihre individuelle Situation zu verbessern, sondern auch die krisenhaften Entwicklungen abzumildern und so das kollektive Wohl zu steigern. Was es in diesem Kontext konkret bedeutet, wenn Betroffene zu aktiven und produktiven Engagierten stilisiert werden, zeigt sich besonders eindrücklich in einem Statement der Oberkirchenrätin der Evangelischen Kirche Cornelia Coenen-Marx:

»Die Arbeit in Selbsthilfegruppen oder in der Tafelbewegung, in Sozialkaufhäusern oder Umweltprojekten zeigt, wie aus Betroffenen Engagierte werden können, die anderen auf ihrem Weg helfen. [...] In der Auseinandersetzung mit dem gelebten Leben, auch mit seinen Schattenseiten, mit Verlusten, Scheitern und Endlichkeit, können neue Kräfte der Solidarität und Mitverantwortung wachsen. Produktivität gewinnt dann einen anderen Klang: Es geht nicht länger nur um Wirtschaftlichkeit und Effektivität; es geht darum, wie wir unsere Erfahrungen einsetzen, damit wir selbst und andere Sinn und ein lohnendes Leben finden.« (Nachhaltigkeit 2009: 58f.)

Betrachtet man nun den zweiten zentralen Potenzialbezug der engagementspezifischen Debatten wird ein paradoxer Grundzug der auf die Freiwilligkeit bezogenen Aktivierungsprogrammatik deutlich: Während den Bürgern einerseits Passivität, Egoismus sowie eine Sozialkapital-verschwendende Freizeitgestaltung attestiert wird, gelten diese andererseits als in höchstem Maße für ein Ehrenamt bereit und aktivierbar. Es wird ihnen ein erhebliches brachliegendes Engagementpotenzial unterstellt, das durch Maßnahmen, die entsprechend der Wissensordnung des neuen Ehrenamtes vor allem den Wünschen und Bedürfnissen der (potenziellen) Freiwilligen entgegenkommen, gehoben werden kann. Die Annahme der Existenz

dieser schlummernden Engagementbereitschaft, deren Umfang in den 2000er Jahren nach Angaben der drei Wellen des Freiwilligensurveys stetig angestiegen ist, dient in engagementspezifischen Debatten erstens als Begründung dafür, dass eine Ausweitung der allgemeinen Engagementquote nicht nur nötig, sondern auch möglich ist. Und zweitens wird hieraus stets die Behauptung abgeleitet, dass die politische Förderung des Engagements dem Wunsch der engagementbereiten Freiwilligen selbst entspreche. Gerade die vermeintliche Existenz eines brachliegenden Engagementpotenzials gehört demnach zu den Wissensbeständen, die in den 2000er Jahren unter Rückgriff auf quantitative Umfrageergebnisse und auf wissenschaftliches Spezialwissen, das z.B. von Expertenkommissionen⁷⁴ bereitgestellt wird, zu unhinterfragbaren Wahrheiten stilisiert werden. Das unübersichtliche Feld des freiwilligen Engagements wird somit insbesondere durch die Regierungstechnologie der »Soziokalkulation« (Vormbusch 2012: 221, 241), d.h. durch die kalkulative bzw. statistische Vermessung des engagementspezifischen Potenzials, erst überschaubar und regierbar gemacht. Bei dieser hier deutlich in Erscheinung tretenden »Herrschaft der Zahlen« (ebd.) handelt es sich folglich um einen weiteren Beleg für die zunehmende kalkulative Vermessung der Gesellschaft, die wiederum neue Steuerungsformen im Sinne von »governing by numbers« ermöglicht (Newman 2001: 87f.).

Das Beispiel der vor allem quantitativen Vermessung des Engagementfeldes zeigt zudem eindrücklich, dass sowohl die Produktion als auch die Wirkung von Wahrheit untrennbar mit Machtprozessen verbunden ist. Die Behauptungen eines brachliegenden Engagementpotenzials oder eines bereits beachtlichen Engagementaufkommens gehen einher mit dem Ausschluss bzw. der Nichterwähnung alternativer Deutungen, wodurch deren Wahrheitsanspruch gleichsam negiert wird: So wird vor allem in politischen und medialen Verlautbarungen oftmals darauf verzichtet zu erwähnen, dass z.B. die seit Beginn der 1990er Jahre durchgeführten Engagementstudien in der Höhe ihrer ermittelten Engagementquoten zwischen 17 % und 50 % schwanken (Braun 2001: 99; Priller 2011: 24f.). Die Gründe für diese Divergenzen liegen in den unterschiedlichen Ausgangsdefinitionen für freiwilliges Engagement und in den voneinander abweichenden Befragungskonzepten sowie Messinstrumenten. Die steigenden Engagementzahlen in den Untersuchungen Ende der 1990er Jahre können deshalb u.a. auf eine Spektrumerweiterung der als freiwilliges Engagement geltenden Tätigkeiten zurückgeführt werden. Hinsichtlich des konstatierten Engagementpotenzials erscheint es ebenso höchst fraglich, »inwiefern Selbsteinschätzungen einer latenten Engagementbereitschaft auch abrufbar, realitätstauglich und belastbar sind« (Backhaus-Maul/Nährlich/Speth 2009: 5) und inwieweit Effekte sozialer Erwünschtheit hier eine Rolle spielen. Vor dem Hintergrund der augenscheinlichen Heterogenität der Ergebnisse engagementspezifischer Studien ist es in der Tat auffällig, dass in den

74 | Zur Verbreitung wissenschaftlichen Spezialwissens zum Thema Bürgerengagement im politischen Diskurs trugen in den 2000er Jahren neben dem Bericht der Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements« auch andere Gremien bei, wie etwa die Expertenkommission »Impulse für die Zivilgesellschaft«, die an der Ausarbeitung des Modellprogramms Generationsübergreifende Freiwilligendienste beteiligt war, oder die im Rahmen der multithematischen Berichterstattung der Bundesregierung ins Leben gerufenen Expertenkommissionen.

untersuchten Dokumenten seit Ende der 1990er Jahre die geringeren Engagementzahlen weitgehend unerwähnt bleiben und gerade in politischen Kreisen lediglich auf die deutlich höheren Umfrageresultate, vornehmlich des vom BMFSFJ finanzierten Freiwilligensurveys, Bezug genommen wird. Hinzu kommt, dass auch die vielversprechende Annahme eines der Wissensordnung des neuen Ehrenamtes zugrunde liegenden ehrenamtlichen Struktur- und Motivationswandels keineswegs so eindeutig ist, wie es auf den ersten Blick scheint, denn ein derart tief greifender Transformationsprozess ist aufgrund des Mangels an empirischen Vergleichsdaten kaum nachweisbar (Rauschenbach 1991: 5; Hacket/Mutz 2002: 41-43).⁷⁵ Sebastian Braun kommt angesichts der genannten methodischen Unzulänglichkeiten zu der provokanten Einsicht, dass man sich »mit Hilfe modifizierter Messinstrumente [...], zumeist im staatlich-politischen Auftrag, ›hoch-geforscht‹« habe und es für fast jedes Argumentationsziel in Sachen Ehrenamt entsprechende empirische Belege gebe (Braun 2001: 99).

Die wirklichkeitskonstituierende Bedeutung dieser als Wahrheit deklarierten engagementspezifischen Befunde zeigt sich zudem daran, dass es sich bei dieser Form der Soziokalkulation weniger um eine gesellschaftliche Selbstspiegelung handelt als vielmehr um die Loslösung vom Gegebenen zugunsten des Möglichen bzw. Potenziellen. Auf Grundlage derartiger »alternative[r] Gegenwart und potentielle[r] Zukünfte« (Vormbusch 2012: 241) können politische Gestaltungsansprüche begründet und legitimiert werden. Dies zeigt sich im vorliegenden Fall daran, dass die vornehmlich auf den Ergebnissen des Freiwilligensurveys beruhenden optimistischen Feststellungen eines hohen Engagementumfangs und eines erheblichen Potenzials an engagementbereiten Freiwilligen nicht nur die Grundlage des von Gerhard Schröder im Jahr 2000 initiierten Reformprojekts der »zivilen Bürgergesellschaft« bilden (Schröder 2000a), sondern diese gleichsam als zentrale Wissensbestände in die inhaltliche Gestaltung der Engagementpolitik seit der Jahrtausendwende einfließen, die, wie ausführlich gezeigt, als ein Paradebeispiel für eine Politik mit dem Potenzial betrachtet werden kann. D.h., die Diskussionen über die Förderung des freiwilligen Engagements werden angesichts der Vorstellung eines vermeintlich brachliegenden Engagementpotenzials zumeist auf die Frage verkürzt, wie diese ungenutzten individuellen Ressourcen durch geeignete institutionelle Maßnahmen gehoben und so die Zahl der tatsächlich engagierten Menschen erhöht werden kann. Bei dieser hier offengelegten Potenzialfokussierung handelt es sich jedoch keineswegs um einen sozialpolitischen Einzelfall. Vielmehr stellt der Potenzialbegriff nach Ansicht von Stephan Lessenich eine Lieblingssemantik des gesellschaftspolitischen Diskurses der Gegenwart dar, der nicht nur in der Engagementpolitik, sondern auch in der Alten-, Migrations- und Frauenpolitik zum zentralen Bezugspunkt fördernder und fordernder Maßnahmen avanciert. Es werden folglich, so Stephan Lessenich weiter, »immer neue und komplexere sozial-politische Interventionsformen erdacht, um die bislang verborgenen oder vorenthaltenen persönlichen Potenziale der Leute einer wirtschaftlichen bzw. gesellschaftlichen Verwertung zuzuführen« (Lessenich 2013: 76).

75 | Diese Einschränkungen sollen nicht der Feststellung widersprechen, dass spaß- und ereignisbezogene Motive eine entscheidende Rolle im Engagement spielen (Kühnlein/Böhle 2002), sondern lediglich darauf hinweisen, dass es sich hierbei nicht zwangsläufig um eine neue Erscheinung handeln muss.

Mit Blick auf die engagementspezifische Regierungsprogrammatik und -technologie gilt demnach zusammenfassend festzuhalten, dass erst durch die kalkulative Vermessung des Engagementfeldes und die Durchsetzung der beschriebenen potenzialfokussierten Wissensordnung seit der Jahrtausendwende ein spezifischer Handlungs- und Legitimationsraum hergestellt wurde, der die Implementierung engagementspezifischer Reformen nahelegte und hierdurch günstige Bedingungen zur Etablierung einer bundespolitischen Engagementpolitik in Deutschland erzeugte. Zugespitzt formuliert schuf sich der Staat hierdurch sowohl den Anlass als auch die Legitimation seines Eingreifens in den Engagementbereich gewissermaßen selbst. Die hier bestätigte Annahme, dass die in der epistemischen Figur des Freiwilligen-Marktes kulminierende engagementspezifische Produktivitäts-Erzählung durch die Bereitstellung neuer Wissensbestände die Verabschiedung rechtlicher und institutioneller Vorgaben im Engagementbereich seit der Jahrtausendwende erst ermöglicht und legitimiert hat, muss jedoch dahingehend erweitert werden, dass auch umgekehrt ein Legitimationszusammenhang besteht: Indem sich die verabschiedeten Gesetze, Modellprojekte und Initiativen in der politischen Praxis auf die Argumente der Produktivitäts-Erzählung beziehen und die Deutungsangebote so in konkretes politisches Handeln überführen, sanktionieren und verfestigen sie diese nicht nur als wahre, sondern gleichsam auch als legitime Deutungen (Schwab-Trapp 2002: 46f.).

In das Netz der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung sind jedoch nicht nur potenzialfokussierte Wissensbestände eingewoben, sondern auch subjektbezogene Verhaltensanforderungen, die in der Subjektivierungsfigur des »engagierten Bürgers« zusammenlaufen. Indem die Vorstellung einer aktiven, durch freiwilliges Engagement nicht nur sinnvoll, sondern auch selbstverantwortlich, produktiv und sozialverträglich verbrachten Freizeitgestaltung Verbreitung findet und sich in die dominante Wissensordnung einschreibt, soll diese Art der Freizeitgestaltung für jeden Bürger zur Selbstverständlichkeit werden und das durch die Symbole Fernsehen und Sofa verkörperte passive Freizeitbild ablösen. Um die Vorteile einer derartigen Lebensführung jedem Bürger nahe zu bringen, wird gerade in medialen und politischen Stellungnahmen stets betont, dass freiwilliges Engagement für alle Beteiligte einen Gewinn darstellt. Hiervon profitiert nicht nur der Engagierte selbst, der durch eine ehrenamtliche Betätigung Kontakte knüpft, Spaß hat, individuelle Probleme löst, seine Beschäftigungsfähigkeit verbessert und gesünder – weil aktiver – lebt, sondern auch die Empfänger der freiwilligen Leistungen und nicht zuletzt die Gesellschaft als Ganzes. Die Vorteile für die Allgemeinheit sind jedoch nicht nur moralischer, sondern auch ökonomischer Natur: Freiwillig Engagierte tragen in unterschiedlicher Weise zur Entlastung der öffentlichen Hand bei, sei es, indem sie z.B. gesundheitliche Probleme in Selbsthilfegruppen selbsttätig lösen, ihre Beschäftigungsfähigkeit und ihre Kompetenzen erhalten und so eigene Wege zurück in den Arbeitsmarkt erschließen oder mit ihren Hilfen Versorgungslücken in der öffentlichen Dienstleistungserbringung ausfüllen. In der Subjektivierungsfigur des »engagierten Bürgers« wird folglich die hier aufscheinende widersprüchliche Anrufung des Einzelnen als Markt- und als Sozialbürger zu einem konsistenten Bild verdichtet.

Der wohl bedeutendste Fürsprecher einer so verstandenen Stärkung freiwilligen Engagements ist Gerhard Schröder selbst, der die Notwendigkeit seines Re-

formprojekts der »zivilen Bürgergesellschaft« stets durch Verweise auf ökonomische und moralische Gründe belegt:

»Ich sehe also einen Zusammenhang zwischen diesem Engagement und der Innovationsfähigkeit einer Gesellschaft. Das heißt, eine Stärkung der Zivilgesellschaft, also des vielfältigen sozialen Gewebes zwischen Markt und Staat, fördert nicht nur Solidarität und Gemeinsinn, nicht nur Freiheit und Lebensqualität. Eine starke und funktionierende Zivilgesellschaft ist auch wichtig für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Gesellschaft und damit auch für unsere ökonomische Wettbewerbsfähigkeit.« (Schröder 2001a; ähnlich Schröder 2000c)

Die staatliche Förderung des freiwilligen Engagements wird demnach nicht nur aufgrund des gemeinschaftsförderlichen Surplus für dringend erforderlich erachtet, sondern avanciert vor allem deshalb zur absoluten Notwendigkeit, da sich die Gesellschaft einen Verzicht auf die brachliegenden Produktivitätspotenziale des Ehrenamtes, so der Tenor, nicht mehr leisten könne. Gerade im kommunalen Bereich wird freiwilliges Engagement als »ökonomisch beachtliche Ressource lokaler Lebensqualität« betrachtet, da diese freiwillig geleisteten Arbeitsstunden die zu meist finanziell überforderten kommunalen Haushalte entlasten und somit eine notwendige Ergänzung der regulären Grundversorgung darstellen (Zellner 2009: 220f.; ebenso Köhler 2010). Zur Plausibilisierung dieser Feststellung und zur Illustration des enormen ökonomischen Nutzens des freiwilligen Engagements greift man vor allem im politischen und medialen Kontext auf monetäre Kennzahlen zurück: »Bürgerschaftliches Engagement schafft zudem große Werte. Engagierte Bürgerinnen und Bürger tragen schätzungsweise jährlich eine Arbeitsleistung im Wert von nahezu 35 Milliarden Euro zum Gemeinwesen bei. Allein durch diesen ökonomischen Nutzwert kommt bürgerschaftlichem Engagement ein hoher Stellenwert zu.« (Hübner 2009: 103)

Eine so verstandene Aktivierung der Freiwilligkeit, die »für die Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft, vor allem aber für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und das soziale Klima in unserem Land« von zentraler Bedeutung ist (Köhler 2007a), harmonisiert folglich in idealer Weise mit der neosozialen Gouvernementalität des aktivierenden Sozialstaatsumbaus, im Rahmen dessen moralisch-soziale und wirtschaftliche Handlungsrationaltäten eine fruchtbare Synthese eingehen (Lessenich 2008: 82, 2009: 163-166). Neben der Subjektivierungsfigur des »engagierten Bürgers« findet diese Verknüpfung sozialer und ökonomischer Rationalität ihren wohl sichtbarsten Niederschlag in dem für die Produktivitäts-Erzählung typischen Bild vom Freiwilligen-Markt, das in die ökonomisch inspirierte Annahme mündet, dass eine bedarfsgerechte Zusammenführung von Angebot und Nachfrage im Engagementbereich durchaus möglich sei. Der Begriff des Freiwilligen-Marktes, verstanden als epistemischer Kulminationspunkt der engagementspezifischen Angebots- und Nachfragerhetorik, bringt demzufolge die im öffentlichen Diskurs an das Bürgerengagement herangetragenen Erwartungen auf den Punkt, die zwischen einer diffusen, moralisch grundierten Gemeinwohl-förderung und Überlegungen zur effektiven Ausschöpfung individueller Engagementressourcen und Produktivitätspotenziale oszillieren. Angesichts dessen ist es auch kaum verwunderlich, dass die demokratieförderlichen Implikationen oder gar das Kritikpotenzial des freiwilligen Engagements im Rahmen einer inhaltlich derart gerahmten bundespolitischen Engagementförderung, die in erster Linie auf die

Befriedigung einer hohen Nachfrage nach Freiwilligenarbeit ausgerichtet ist und in der Bürgerengagement zur festen Größe in der staatlichen Leistungserbringung avanciert, eine eher untergeordnete Rolle spielen.

Die bisherigen Ausführungen lassen keinen Zweifel daran, dass durch die politische Aufwertung des Ehrenamtes seit Mitte der 1990er Jahre eine neue, dem Produktivitätsgedanken verpflichtete engagementbezogene Wissensordnung etabliert wird, die durch ständige Wiederholungen, Notwendigkeitskonstruktionen, durch die Heranziehung statistischer Befunde und wissenschaftlichen Spezialwissens mit Wahrheit und Gültigkeit versehen und gleichsam zur Selbstverständlichkeit und Normalität erhoben wird. In dem hier skizzierten Beispiel der sukzessiven Normalisierung der engagementspezifischen Wissensordnung tritt die Regierung der Freiwilligkeit als sozialer Produktionsprozess, im Rahmen dessen »diskursiv erzeugte Wahrheiten als zur Norm erhobene und damit als »natürliche« und als »normal« deklarierte Gewohnheiten ausgegeben werden« (Bublitz 1999a: 40), besonders deutlich zu Tage.

Zu den wohl grundlegendsten, mit Wahrheitsanspruch versehenen epistemischen Einsichten gehört die Annahme, dass es sich die Gesellschaft angesichts ernstzunehmender Krisenerscheinungen nicht mehr leisten könne, auf die Produktivität freiwillig Engagierter zu verzichten. Die Bürgergesellschaft scheint jedoch, obwohl sie in den analysierten Publikationen bereits zu einem Subjekt gesellschaftlicher Veränderungen stilisiert wird, die an sie gerichteten politischen Erwartungen de facto bislang nur unzureichend zu erfüllen – was wiederum den appellativen Tonfall der gesamten Storyline erklärt – und deshalb einer entsprechenden Aktivierung zu bedürfen. D.h., einerseits wird der Bürgergesellschaft bereits ein hohes Maß an Vertrauen hinsichtlich der Lösung gesellschaftlicher Probleme entgegengebracht, andererseits wird aber immer noch davon ausgegangen, dass ein großer Teil der gesellschaftlichen Nächstenliebe unter einer dicken Schicht Egoismusdrang und Anspruchsdenken verschüttet sei und deshalb von staatlicher Seite engagementförderliche Maßnahmen ergriffen werden müssten, um diese Schichten abzutragen und mehr Menschen für ein Engagement zu begeistern. Die Bürgergesellschaft, so könnte man diese Überlegungen zusammenfassen, stellt demnach ein politisches Projekt dar, das darauf abzielt, »eine soziale Realität herzustellen, die es zugleich als bereits existierend voraussetzt« (Bröckling/Krasmann/Lemke 2000b: 9).

An dieser Stelle drängt sich unmittelbar die Frage auf, zu welchem Zeitpunkt dieses Projekt der Bürgergesellschaft abgeschlossen ist. Folgt man hierbei den Ausführungen des Apologeten des Dritten Weges, Anthony Giddens, dann ist dieser Punkt dann erreicht, wenn Staat, Markt und Bürgergesellschaft im Gleichgewicht sind (Giddens 2000: 336). Gouvernamentalitätstheoretisch argumentierende Autoren, wie Bröckling (2002b) oder Fach und Pates (2004), sind sich jedoch einig, dass es sich bei diesem ausgeglichenen Verhältnis um ein Zukunftsszenario handelt, um einen »entleerte[n] Fluchtpunkt« (Fach/Pates 2004: 317), der, da er niemals erreicht werden kann, lediglich der Produktion anhaltender Aktivität dient. Aufgrund der Unerreichbarkeit des Zustandes vollkommener Balance bezeichnen Pates und Fach dieses Gleichgewichtspostulat auch als einen »»appellativen« Motor der permanenten Bewegung« (ebd.: 318; ähnlich Lessenich 2008: 128), der auch mit Blick auf die Engagementpolitik des Bundes bis heute auf Hochtouren läuft.

Auf der Suche nach den produktiven Freiwilligen

Die Analyse der defizitären Vollzugswirklichkeit potenzialorientierter Modellprogramme, quantitativer Freiwilligenbefragungen und medial vermittelter Interviews mit Engagierten hat ergeben, dass sich nur die wenigsten Bürger mit der Anrufung als produktive Freiwillige bzw. engagierte Bürger identifizieren und die hier gepredigten Verhaltensanforderungen in ihre Alltagspraxis überführen. Die Nicht-Identifikation mit dem engagementspezifischen Aktivierungsdiskurs zeigt sich besonders eindrücklich daran, dass die Engagementquote in den 2000er Jahren, trotz ausufernder moralbasierter Verpflichtungsappelle und engagementförderlicher Maßnahmen, konstant geblieben ist und auch die bedarfsgerechte und zielgruppenspezifische Aktivierung des brachliegenden Engagementpotenzials über Modellprojekte mit den diesbezüglichen politischen Erwartungen nicht Schritt halten konnte. Es drängt sich vielmehr der Eindruck auf, dass sich – neben den weiterhin anzutreffenden alten Ehrenamtlichen – viele Freiwillige eher als neue Ehrenamtliche verstehen und der Neuentdeckung des Ehrenamtes als Produktivkraft vor allem dann skeptisch gegenüberstehen, wenn der Wunsch, etwas für andere zu tun, staatlich instrumentalisiert oder die individuelle und sinnstiftende Bedeutung des Ehrenamtes zugunsten einer bedarfsgerechten Lenkung in Bereiche, in denen eine große Nachfrage nach Freiwilligenarbeit zu verzeichnen ist, vernachlässigt wird. Gerade die mit ökonomischen Engpässen begründeten Erwartungshaltungen an das Ehrenamt werden von den Freiwilligen in den untersuchten Dokumenten oftmals mit der Begründung zurückgewiesen, dass man sich nicht als Lückenbüßer oder Ausfallbürgen eines überforderten Sozialstaates einspannen lassen wolle. Außerdem findet in politischen Verlautbarungen zum Engagementsthema die Variante, dass sich manche Menschen vielleicht überhaupt nicht freiwillig engagieren und ihre Freizeit lieber anders füllen wollen, zumeist gar keine Erwähnung.

Dieses Festhalten vieler Freiwilliger an der Idee und der Alltagspraxis des neuen bzw. alten Ehrenamtes sowie der vollständige Verzicht auf eine freiwillige Beteiligung stellen somit Möglichkeiten dar, die produktivistische Aktivierungsprogrammatik – bewusst oder unbewusst – zu unterlaufen bzw. sich von dieser abzugrenzen. Diese Form der Zurückweisung der Anrufung findet aber nicht außerhalb der Regierung der Freiwilligkeit statt, sondern ist Teil derselben. Der anhaltend appellative Tonfall der Produktivitäts-Erzählung sowie die eklektizistisch anmutende Erprobung zielgruppenspezifischer Modellprojekte des Bundes in den 2000er Jahren legen die Vermutung nahe, dass die mangelnde alltagspraktische Verankerung des Produktivitäts-Dispositivs und der nur geringfügige Anstieg der Engagementquote von politischer Seite mitunter als Ausdruck einer defizitären Selbstführung der (potenziellen) Freiwilligen gedeutet wurden, die u.a. zur Intensivierung der appellativen Aktivierungsrhetorik sowie der äußeren Anleitung bzw. Fremdführung führte.

Die Bürger haben jedoch noch andere Möglichkeiten, ihre partielle bzw. vollständige Nicht-Identifikation mit der dominierenden produktivistischen Erwartungshaltung zum Ausdruck zu bringen. Nach Ansicht von Stephan Lessenich können aus den Anteilen der Anrufung, die nicht in die Identität der Subjekte überführt werden, »diskursive Deutungsüberschüsse [...] erwachsen, die ihrerseits eine eigene, politisch nicht kontrollierbare Dynamik entwickeln« (Lessenich 2008: 140). Interessanterweise sind es bezogen auf die Aktivierung von Freiwilligkeit

gerade die auf Kritik und Protest ausgerichteten Formen der Bürgerbeteiligung, die sich trotz (oder gerade wegen) ihrer Nichtthematisierung in der engagement-spezifischen Anrufungspraxis in den letzten Jahren erheblich ausgeweitet haben. Exemplarisch verwiesen sei hier auf die in den 2000er Jahren immer wieder auffallenden Bürgerproteste, sei es gegen Hartz IV, gegen »Stuttgart 21« oder gegen Atomkraft angesichts der Ereignisse in Fukushima (Zeit Online 2011b). Diese bürgerschaftlichen Beteiligungsformen entsprechen zwar insofern der engagement-spezifischen Anrufungspraxis, als die Bürger augenscheinlich Verantwortung übernehmen sowie Eigenaktivität und Interesse für soziale Missstände zeigen, doch widerspricht die äußere Gestalt dieser Form der Eigenverantwortung dem politisch favorisierten Bürgerengagement, das besonders im sozialen, gesundheitlichen oder karitativen Bereich auf Zuspruch stößt.

4.7 DER (BE-)DEUTUNGSWANDEL DES FREIWillIGEN ENGAGEMENTS IN DEUTSCHLAND ZWISCHEN 1985 UND 2009

Rekapituliert man die empirischen Ergebnisse mit Blick auf das im Vorfeld formulierte Erkenntnisinteresse, wird deutlich, dass die ausführliche Herleitung der engagement-spezifischen Dispositive zweifelsohne zu einem tieferen Verständnis für die gesellschaftliche Neuverhandlung des freiwilligen Engagements im Untersuchungszeitraum geführt hat. Auf der Ebene des Verstehens können somit bislang die räumlichen und funktionalen Erkenntnisinteressen als saturiert betrachtet werden: Das räumliche Erkenntnisinteresse gilt insofern als befriedigt, als durch die Darstellung der Dispositive der Freiwilligkeit, beginnend mit dem Dispositiv des traditionellen Ehrenamtes über das Dispositiv der Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre bis hin zum engagementbezogenen Produktivitäts-Dispositiv, umfassend gezeigt werden konnte, welche Vorstellung von freiwilligem Engagement im Rahmen der multidimensionalen Regierung der Freiwilligkeit zwischen 1985 und 2009 produziert wurde. Durch die Analyse von Zeitungsinterviews und quantitativen wie qualitativen Freiwilligenbefragungen war es möglich, einen skizzenhaften Eindruck von der Alltagsrelevanz der Dispositive zu vermitteln. Außerdem gelang es durch die Verknüpfung diskurs- und gouvernementalitätstheoretischer Überlegungen die Mechanismen offenzulegen, mittels derer das weite Feld des freiwilligen Engagements im Untersuchungszeitraum als politisches Problem und Handlungsfeld konstituiert wurde. Ihren wohl deutlichsten Ausdruck findet diese sukzessive Verschiebung der stets kontingenten Grenze zwischen Bürgergesellschaft und Staat in der schrittweisen Etablierung einer staatlichen Engagementpolitik seit der Jahrtausendwende. Somit kann auch das diesbezügliche funktionale Erkenntnisinteresse als befriedigt gelten.

Im Zuge der Rekonstruktion der gesellschaftlichen Neuverhandlung des freiwilligen Engagements zwischen 1985 und 2009 wurde zudem – gewissermaßen unbemerkt – dem zeitlichen Erkenntnisinteresse dieser Forschungsarbeit Rechnung getragen und der Blick für den bislang nicht explizit thematisierten Wandel der Dispositive der Freiwilligkeit im zeitlichen Verlauf geöffnet. Diskursiver Wandel tritt hier in zwei unterschiedlichen Varianten in Erscheinung: Erstens als interner Umbau einer dispositiven Formation und zweitens als Diskursverschie-

bungen, die Nullmeier als »Veränderung von Relationen und Positionierungen zwischen Diskursformationen sowie als Auftreten neuer Diskursformationen und (Ver)Schwinden anderer« definiert (Nullmeier 2012: 47). Diese Unterscheidung berücksichtigend können das Aufkommen der Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre seit Mitte der 1980er Jahre sowie die Entstehung der Storyline Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource seit Mitte der 1990er Jahre als Diskursverschiebungen im Sinne der zuletzt genannten Variante diskursiven Wandels nach Nullmeier betrachtet werden. Das Auftreten dieser neuen Storylines führt allerdings nicht zum Verschwinden der jeweils bestehenden engagementsspezifischen Diskursformationen. Vielmehr stehen sie in einem Ergänzungsverhältnis zueinander, laufen nebeneinander her und gehen mitunter ineinander über (vgl. Abb. 1).

Seit der Durchsetzung der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung Mitte der 1990er Jahre, bei der es sich vornehmlich um eine bundespolitisch erzeugte und wissenschaftlich fundierte Wissensordnung mit geringem Institutionalisierungsgrad handelt, finden keine Diskursverschiebungen im Sinne des Auftretens neuer Diskursformationen mehr statt. Nichtsdestotrotz lassen sich mit Blick auf diese Erzählung gerade Ende der 1990er Jahre zahlreiche interne Umbauten und diskursive Neuverknüpfungen feststellen, die an dieser Stelle nochmals kurz in Erinnerung gerufen werden sollen: Die Produktivitäts-Erzählung zwischen 1994 und 1998 zeichnete sich dadurch aus, dass das Engagementthema auf bundespolitischer Ebene zunehmend im Kontext gesellschaftlicher Krisenerscheinungen diskutiert und vor diesem Hintergrund gleichsam als gesellschaftliches Produktivitätspotenzial aufgewertet wurde, das bei entsprechender Aktivierung sowohl dem individuellen wie auch dem allgemeinen Wohl zugutekommt. Die institutionelle Dimension der Engagementförderung wurde in diesem Zeitraum entweder, was die staatliche Zuständigkeit anbetrifft, in erheblichem Maße marginalisiert oder aber in den Verantwortungsbereich der Vereine und Verbände verlagert. Diese Gestalt des dispositiven Netzes der Produktivitäts-Erzählung setzte sich zwar auch zur Jahrtausendwende im Wesentlichen fort, doch kam es hier zu verschiedenen internen Umbauten und Neuverknüpfungen, die gerade für die institutionelle Dimension der Engagementförderung von zentraler Bedeutung waren. Diese verlor durch die emblematische Verknüpfung mit dem Bürgergesellschaftskonzept, das wiederum zum zentralen Reformprojekt eines neuen aktivierenden Staates erhoben wurde, ihr bisheriges bundespolitisches Nischendasein und rückte in den Fokus der Aufmerksamkeit (vgl. Abb. 1). Ihren sichtbarsten Niederschlag fanden diese dispositiven Neuverknüpfungen in der Etablierung einer staatlichen Engagementpolitik seit der Jahrtausendwende.

Nach Abschluss und Stabilisierung dieser internen Diskursumbauten kann für den weiteren Verlauf der 2000er Jahre von einer Naturalisierung der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung in bundespolitischen Kreisen gesprochen werden. Entscheidend ist in diesem Zusammenhang die Einschränkung, dass es sich hierbei lediglich um eine Normalisierung dieser Wissensbestände auf der Ebene der Bundespolitik handelt, denn wie ausführlich dargestellt, kann das Produktivitäts-Dispositiv bislang nur in begrenztem Umfang an die Erfahrungen und Alltagspraxis der (potenziellen) Freiwilligen anschließen. Diese Bedingung müsste aber für eine vollständige Naturalisierung der Storyline ebenfalls erfüllt sein. Diese Einschränkung gilt es im Blick zu behalten, wenn im Folgenden von

einer Normalisierung oder Hegemonialisierung der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung die Rede ist (vgl. Abb. 1). In Anlehnung an Achim Landwehr gilt ein Diskurs dann als besonders erfolgreich bzw. naturalisiert, wenn es ihm erstens gelingt, konkurrierende bzw. alternative Deutungen zu integrieren bzw. zu marginalisieren, und zweitens, wenn »er nicht mehr als diskursives Produkt wahrgenommen wird« (Landwehr 2003: 113). Im Zuge eines derartigen Naturalisierungsprozesses entwickelt sich das im Diskurs transportierte Wissen zur selbstverständlichen Wahrheit: »Das Verborgenste ist das, worüber alle Welt sich einig ist, so einig, daß nicht einmal darüber gesprochen wird, ist das, was außer Frage steht, was selbstverständlich ist.« (Bourdieu 1993: 80f.) Im Hinblick auf das erste Erfolgskriterium wurde die hohe Integrationsleistung der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung, die hierbei der »Logik der Marginalisierung und Fokussierung von Themen« folgt (Schwab-Trapp 2002: 57), bereits ausführlich dargestellt: Gerade die der Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre zugrunde liegende Wissensordnung des neuen Ehrenamtes wurde im Rahmen der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung aufgegriffen und unter Betonung des Produktivitätsgedankens inhaltlich neu gerahmt. Demgegenüber wurden z.B. die demokratischen Implikationen des freiwilligen Engagements – abgesehen von einzelnen floskelhaften Erwähnungen – eher marginalisiert und der Fokus auf die sozialen und helfenden Formen des Ehrenamtes gelegt.

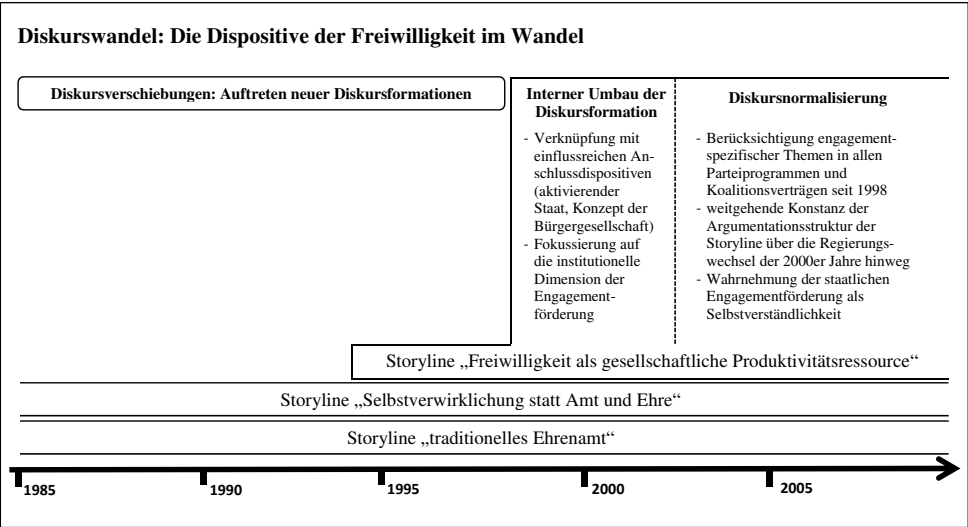
Auch die zweite von Landwehr formulierte Erfolgsbedingung – das Verblassen der diskursiven Produktionsbedingungen – wird durch die Storyline der Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource erfüllt: Für eine Normalisierung dieser Erzählung auf der bundespolitischen Ebene in den 2000er Jahren spricht erstens, dass die Förderung freiwilligen Engagements seit 1998 in allen Parteiprogrammen und Koalitionsverträgen thematisiert wird (vgl. Kap. 4.5, Fn. 47). Ein Blick in frühere Grundsatzprogramme und Koalitionsvereinbarungen zeigt, dass die Auseinandersetzung mit diesen Themen keineswegs schon immer auf der Agenda aller Parteien stand. Zweitens hat die empirische Analyse ergeben, dass die Argumentationsstruktur der Storyline Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource über die Regierungswechsel der 2000er Jahre hinweg weitgehend konstant geblieben ist. Zwar wurden engagementpolitische Maßnahmen seit Mitte der 2000er Jahre einerseits verstärkt vor dem Hintergrund neuer Krisenerscheinungen diskutiert und andererseits vom Leitbild des aktivierenden Staates abgekoppelt und zunehmend als Beitrag zur öffentlichen Dienstleistungserbringung betrachtet, doch führten diese inhaltlichen Schwerpunktverlagerungen nicht, wie es zwischen 1998 und 2002 noch der Fall war, zu grundlegenden diskursiven Umbauten: Das zur Jahrtausendwende etablierte Argumentationsmuster der Storyline, d.h. die Einbettung freiwilligen Engagements in einen kriseninduzierten Problemkontext, die diskursive Konstruktion eines erhöhten Engagementbedarfs und eines brachliegenden Engagementpotenzials sowie ihr epistemischer Kulminationspunkt, die Freiwilligen-Markt-Deutung, blieb auch nach 2002 weitgehend bestehen. Für die Naturalisierung der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung auf der bundespolitischen Ebene spricht drittens, dass die Durchführung engagementpolitischer Maßnahmen durch den Staat im weiteren Verlauf der 2000er Jahre nicht mehr nur als Notwendigkeit betrachtet wurde, sondern sich zunehmend zur nicht mehr diskussionswürdigen Selbstverständlichkeit entwickelt hat. Ein Blick über den engeren Untersuchungszeitraum hinaus zeigt, dass

Ende der 2000er Jahre die Notwendigkeit der Förderung freiwilligen Engagements durch den Staat kaum mehr als ein diskursives Produkt, sondern vielmehr als nicht weiter begründungswürdige Gegebenheit wahrgenommen wird: So begegnet man z.B. im Demografiebericht von 2011 der selbstverständlich anmutenden Feststellung, dass die »Förderung freiwilligen und bürgerschaftlichen Engagements [...] in demokratischen Gesellschaften Aufgabe von Politik und Staat« sei (BMI 2011: 68f.).

Die Einsicht, dass Engagementförderung zu den natürlichen Aufgaben des Staates gehöre, sowie die dahinterliegenden Prämissen und Wissensbestände haben sich folglich im weiteren Verlauf der 2000er Jahre bei allen bundespolitischen Fraktionen gewissermaßen als Wahrheit etabliert, so dass eine Verständigung über das Für und Wider dieser Feststellung kaum mehr für nötig gehalten wurde. Die gegenwärtige Selbstverständlichkeit der staatlichen Engagementförderung spiegelt sich in der Erprobung verschiedener zielgruppenspezifischer Modellprojekte, der Durchführung engagementbezogener Gesetzesnovellierungen oder in jährlich veranstalteten Festwochen und Preisverleihungen wider. Die vom BBE organisierte, regelmäßig stattfindende »Woche des Bürgerschaftlichen Engagements« oder die jährliche Ordensverleihung an ehrenamtlich engagierte Bürger durch den Bundespräsidenten sind nur zwei medienwirksame Beispiele für die politische Neubewertung ehrenamtlicher Tätigkeiten in den letzten zwei Jahrzehnten.

Zur Veranschaulichung des soeben skizzierten Wandels der Dispositive der Freiwilligkeit im Untersuchungszeitraum werden die zentralen Erkenntnisse nachfolgend in Gestalt eines Zeitstrahls zusammengefasst.

Abb. 1: Die Dispositive der Freiwilligkeit im Wandel



Quelle: eigene Darstellung

Die vorliegende Forschungsarbeit hat es sich zum Ziel gesetzt, nicht bei der bislang erfolgten Diskursbeschreibung stehen zu bleiben, sondern unter Rückgriff auf hegemonietheoretische Ansätze gleichsam eine Erklärung für den diskursiven Wandel der auf der Ebene des Verstehens skizzierten Storylines zu finden. Die zeit-

lichen und funktionalen Erkenntnisinteressen sind in diesem Kontext kaum voneinander zu trennen, da der Wandel der Dispositive der Freiwilligkeit (zeitliches Erkenntnisinteresse) grundlegend auf hegemoniale Konflikte zurückgeführt werden kann, die sich im Untersuchungszeitraum um die institutionelle Dimension der Engagementförderung entsponnen haben (funktionales Erkenntnisinteresse). Dem Ziel der Befriedigung des zeitlich-funktionalen Erkenntnisinteresses auf der Ebene des Erklärens widmet sich der zweite Teil der Ergebnispräsentation, dem zunächst einige methodische Anmerkungen vorausgeschickt werden sollen, auf deren ausführliche Herleitung im ersten Methodenkapitel aus Gründen der Stringenz verzichtet wurde.

Wie bereits im ersten Teil des methodischen Vorgehens dargelegt, liegt der als Hegemonieanalyse konzeptualisierten Diskursanalyse dasselbe Textkorpus wie der Dispositivanalyse zugrunde, das entsprechend den Prämissen der Grounded Theory analysiert wurde. Im Gegensatz zur Dispositivanalyse wurden hier die aus dem offenen und axialen Kodierprozess hervorgegangenen institutionen- und wissensbezogenen Codes dezidiert mit Blick auf die jeweiligen Positionen der Diskursbeteiligten bezüglich der institutionalisierten Gestalt einer staatlichen Engagementpolitik analysiert. Im Mittelpunkt der diesbezüglichen Kontroversen stand die Frage, ob es in den Zuständigkeitsbereich des Staates falle, dem von den Vereinen und Verbänden erheblich problematisierten Nachlassen der Engagiertenzahlen in den eigenen Reihen mit Hilfe engagementbezogener institutioneller Reformen entgegenzuwirken. Das Ergebnis dieses Analyseschritts war eine Liste der besonders aktiv am Diskurs beteiligten Gruppen- und Organisationssubjekte, die sich in öffentlichen Auseinandersetzungen und an unterschiedlichen institutionellen Orten um bestimmte Causal Stories über die Ursachen, Folgen und Lösungen der problematisierten Entwicklungen im Ehrenamt gruppiert haben. Hierzu zählen die Dachverbände für Sport, Kultur und Soziales, organisierte Freiwilligenvertretungen, Sozialwissenschaftler, die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, Kommunal- und Landespolitiker sowie die bundespolitischen Fraktionen. Diese haben sich aus unterschiedlichen – zum Teil stark divergierenden – Gründen zu Diskurskoalitionen um spezifische Argumentationsketten zusammengefunden und durch die Neu- und Reinterpretation engagementbezogener Fragen in diskursiven Konflikten zur Verbreitung einer bestimmten, die institutionelle Dimension betreffenden Sichtweise beigetragen. Auf diese Weise wurden der Wandel der Storylines wie auch der damit einhergehende Policy-Wandel maßgeblich vorangetrieben. Die sich hierbei gegenüberstehenden Diskurskoalitionen mit ihren unterschiedlichen Causal Stories gilt es nachfolgend überblicksartig darzustellen, bevor anschließend die weiteren methodischen Voraussetzungen einer als Hegemonieanalyse konzeptualisierten Diskursanalyse erläutert werden.

5. Methodisches Vorgehen II

5.1 DIE DISKURSIVEN KONTROVERSEN ÜBER DIE INSTITUTIONALISIERTE GESTALT EINER STAATLICHEN ENGAGEMENTPOLITIK

Um den Wandel der Dispositive der Freiwilligkeit nachvollziehen zu können, ist es notwendig, an hegemonietheoretische Überlegungen anzuknüpfen, die der Konflikthaftigkeit diskursiver Prozesse Aufmerksamkeit schenken. In Anlehnung an das gramscianische Hegemonieverständnis von Laclau und Mouffe wurde Hegemonie im Theoriekapitel (vgl. Kap. 2.5.1) als Vorherrschaft einer spezifischen diskursiven Formation definiert, die eine temporäre Schließung des diskursiven Geschehens bewirkt und so zu einer Naturalisierung bestimmter Wirklichkeitsvorstellungen führt (Nonhoff 2006: 11, 2007c: 174). Zur Herstellung einer Hegemonie ist es notwendig, dass sich Diskurskoalitionen um bestimmte inhaltliche Positionen bzw. um Storylines gruppieren und in diskursiven Kämpfen um die Gültigkeit dieser Sichtweise ringen. Die aus den Konflikten zwischen alternativen hegemonialen Projekten hervorgehende Hegemonie ist jedoch stets prekär, da bestehende Widersprüche und Heterogenitäten hierdurch immer nur temporär überdeckt werden können und eine erneute Destabilisierung der Bedeutungsfixierungen in diskursiven Auseinandersetzungen möglich ist (Nonhoff 2006: 11, 137). Diskursive Kämpfe zwischen unterschiedlichen Diskurskoalitionen gelten im Rahmen dieses Forschungsdesigns folglich als konstitutiv für die Herausbildung und Veränderung von Regierungsformen, d.h. in diesem Fall: der Dispositive der Freiwilligkeit.

In Anlehnung an den institutionellen Konstruktivismus von Maarten A. Hajer (1995: 164) wird hier davon ausgegangen, dass es in den skizzierten engagementbezogenen Storylines nicht nur darum ging, das ehrenamtliche Engagement von seinem Selbstverständlichkeitsimage zu befreien und dessen Bedeutung aufzuwerten, sondern es ging in diesen gleichzeitig um die institutionalisierte Form der Gestaltung einer staatlichen Engagementpolitik. Ein erneuter Blick auf die beiden in den 1980er Jahren vorherrschenden Erzählungen, die in der Tat differente Auffassungen über die institutionelle Dimension der Engagementförderung beinhalten, bestätigt diese Vermutung: Die in den Storylines erfolgte Problematisierung der strukturellen und motivationalen Bedingungen des Ehrenamtes, des neuen Selbstbewusstseins der Freiwilligen und der nachlassenden Engagiertenzahlen in den deutschen Vereinen und Verbänden geht mit unterschiedlichen Vorstellungen darüber einher, wer die Verursacher der konstatierten Probleme im Engagementbereich sind, welche Lösungen in Frage kommen und insbesondere, welche Rolle der

Politik hierbei zufällt: So ist die Storyline des traditionellen Ehrenamts untrennbar mit dem Gedanken verbunden, dass die Sorge um das (alte) Ehrenamt eine selbstverständliche Angelegenheit der Verbands- und Vereinsarbeit sei. »Der Staat bzw. Länder und Kommunen beteiligten sich an dieser Aufgabe allenfalls indirekt, indem sie die verbandlichen Einrichtungen und Dienste bei dieser Aufgabe finanziell unterstützten.« (Olk 1989b: 31) Die institutionelle Dimension der politischen Engagementförderung nimmt hier folglich nur eine untergeordnete Rolle ein.

Demgegenüber wird in der Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre behauptet, dass die freiwillige Übernahme eines Ehrenamtes für viele Menschen keine Selbstverständlichkeit mehr sei, weshalb für die Aktivierung und Pflege von Freiwilligen zusätzliche Anstrengungen sowohl von organisationaler als auch von (bundes-)politischer Seite unternommen werden müssen. Anstelle einer ausschließlich verbalen Belobigung des freiwilligen Engagements werden hier konkrete Verbesserungen der rechtlichen und organisationalen Bedingungen eingefordert. Kurz gesagt: In der Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre wird die institutionelle Dimension der Engagementförderung in den Vordergrund gestellt und behauptet, dass mittels der bestehenden politischen Rahmenbedingungen die Probleme im Engagementbereich nicht gelöst werden können.

Es zeigt sich somit, dass die in den 1980er Jahren aufkommenden engagementspezifischen Debatten auch als Konflikte zwischen zwei um Vorherrschaft ringende Positionen gelesen werden können, die sich bezüglich der Frage nach der Sinnhaftig- und Notwendigkeit staatlicher Eingriffe in den Engagementbereich gegenüberstanden: eine der Storyline der Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre folgende reformorientiert-progressive Position einerseits und eine an der Erzählung vom traditionellen Ehrenamt orientierte bewahrend-sachliche Sichtweise andererseits. Die sich um diese beiden konträren Positionen bezüglich der institutionellen Dimension der Engagementförderung gruppierenden Diskurskoalitionen setzten sich aus den folgenden Gruppen- und Organisationssubjekten zusammen. Die bewahrend-sachliche Position wurde gestützt durch eine Diskurskoalition bestehend aus der liberal-konservativen Bundesregierung sowie der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. Diese argumentierten, dass sich die Verantwortungsteilung in Sachen Engagementförderung zwischen dem Staat, den Bundesländern und Kommunen sowie den mit Freiwilligen arbeitenden Organisationen in der Vergangenheit vielfach bewährt habe, dies auch in der Zukunft tun werde und deshalb keiner tief greifenden politischen Reformen bedürfe. Demgegenüber wurden die bestehenden rechtlichen und organisationalen Bedingungen des Ehrenamtes aus einer reformorientiert-innovativen Perspektive selbst als Ursache für das Nachlassen der Engagiertenzahlen benannt und institutionelle Reformen zur Stärkung des freiwilligen Engagements eingefordert. Dieser Koalition schlossen sich sukzessive verschiedene Freiwilligenvertretungen, die deutschen Dachverbände für Sport, Soziales und Kultur, sowie – mit etwas Verzögerung – auch die Bundestagsfraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und PDS an. Ihren Höhepunkt erreichten die diesbezüglichen Debatten in der letzten Legislaturperiode der schwarz-gelben Regierung von 1994 bis 1998. Die Bundesregierung öffnete sich zwar zunehmend für die Bedeutung des freiwilligen Engagements, wies jedoch weiterhin jegliche Zuständigkeit für institutionelle Engagementfördermaßnahmen von sich. Seitdem zur Jahrtausendwende die ersten engagementpolitischen Maßnahmen auf Initiative der rot-grünen Regierung durchgeführt wurden, legten

sich zwar diese fundamentalen Konflikte, doch gab es – gewissermaßen unter der Oberfläche – auch Anfang der 2000er Jahre noch diesbezügliche Unstimmigkeiten zwischen den Bundestagsfraktionen. Diese ebten aufgrund der Formierung einer umfassenden, institutionelle Reformen im Engagementbereich befürwortenden Diskurskoalition erst in den Folgejahren langsam ab.

Den hier nur angedeuteten Konflikten um die institutionelle Dimension Aufmerksamkeit zu schenken, trägt der Einsicht Rechnung, dass die Dispositive der Freiwilligkeit nicht als starre, unveränderliche Verknüpfungsstrukturen gedacht werden dürfen. Sie sind allenfalls temporär fixiert, stets umkämpft und wandelbar, was vor allem darauf zurückgeführt werden kann, dass die disponierten (Gruppen- und Organisations-)Subjekte am Weiterspinnen des Netzes dispositiver Verflechtungen in produktiver Weise beteiligt sind. Dies bedeutet auch, dass durch die Aufdeckung dieser diskursiven Kontroversen über die institutionalisierte Gestalt einer staatlichen Engagementpolitik sowohl das So-Geworden-Sein der Regierung der Freiwilligkeit denaturalisiert als auch eine Erklärung für den Wandel der Dispositive der Freiwilligkeit gefunden werden kann (Hajer 1997: 107). Im nachfolgenden methodischen Überblick wird deshalb zunächst den Prämissen einer als Hegemonieanalyse konzipierten Diskursanalyse Aufmerksamkeit geschenkt, die es sich zum Ziel setzt, diese Auseinandersetzungen zu rekonstruieren. Die Offenlegung der Konflikte um die institutionelle Dimension der Engagementförderung dient jedoch nicht nur dem Ziel, die Nichtnotwendigkeit dieser Entwicklung aufzuzeigen bzw. der konflikthaften Dynamik und Unabgeschlossenheit der Dispositive der Freiwilligkeit Beachtung zu schenken, sondern öffnet ferner den Blick für den sich im Untersuchungszeitraum vollziehenden institutionellen Wandel, der hier in Gestalt einer in den 1990er Jahren noch heftig umstrittenen und sich seit der Jahrtausendwende sukzessive etablierenden staatlichen Engagementpolitik sichtbar in Erscheinung tritt. So ist es in der Tat erklärungsbedürftig, dass die Engagementpolitik mittlerweile ein eigenständiges Politikfeld des Bundes darstellt, während die Durchführung engagementpolitischer Fördermaßnahmen in den 1990er Jahren noch hochgradig umstritten war. Daher wird im zweiten Schritt nach den Gründen, Strategien und diskursiven Mechanismen gefragt, die eine Erklärung für diesen Policy-Wandel – und damit auch für den Wandel der Dispositive der Freiwilligkeit – liefern können, wobei sowohl diskursiv-strukturelle als auch intentionale Erklärungsmomente in den Blick geraten.

5.2 POLITISCHE DISKURSANALYSE ALS HEGEMONIEANALYSE

Diskurs- als Hegemonieanalyse zu konzeptualisieren, bedeutet im vorliegenden Fall, sowohl den Prämissen der »Argumentativen Diskursanalyse« Maarten A. Hajers (2008) als auch der »hegemonialen Strategie« von Martin Nonhoff (2006, 2008b: 311-315) zu folgen. Obgleich beide Konzepte auf die Analyse diskursiver Hegemonien ausgerichtet sind, wurde im Rahmen dieser Forschungsarbeit auf ein kombiniertes Verfahren zurückgegriffen. Der Grund hierfür ist, dass die hajerschen Analysekategorien sich nur für die Untersuchung der hegemonialen Konflikte bezüglich der institutionellen Dimension der Engagementförderung zwischen 1985 und 1998 eignen, da in diesem Zeitraum noch klar voneinander abgrenzbare Diskurskoalitionen mit disparaten engagementbezogenen Standpunkten identifi-

ziert werden können. Die hajersche Vorgehensweise ist jedoch ab dem Regierungsantritt der rot-grünen Bundesregierung im Jahr 1998 nur noch wenig hilfreich, da sich seitdem die Einsicht in die Verquickung von Engagementdiskurs und institutionellen Fragen in Form einer staatlichen Engagementpolitik bei allen bundespolitischen Kräften durchgesetzt hat und tief greifende Meinungsverschiedenheiten weitgehend ausblieben. Für die Analyse dieser neuen Konstellation erweist sich hingegen die von Nonhoff konzipierte hegemoniale Strategie als fruchtbar, da hiermit den unter der Oberfläche fortbestehenden Unstimmigkeiten zwischen den politischen Lagern bezüglich engagementpolitischer Themen Aufmerksamkeit geschenkt werden kann. Sowohl das hajersche als auch das nonhoffsche Analysemodell gilt es daher im Folgenden überblicksartig zu skizzieren.

5.2.1 Die Argumentative Diskursanalyse nach Maarten A. Hajer

Die Untersuchung der hegemonialen Konflikte bezüglich der institutionellen Dimension der Engagementförderung zwischen 1985 und 1998 schließt an die Prämissen der Argumentativen Diskursanalyse Hajers an, die dieser zur methodischen Operationalisierung des institutionellen Konstruktivismus entwickelt hat. Bezogen auf das vorliegende Forschungsdesign besteht der Vorteil dieser Vorgehensweise darin, dass die engagementbezogenen Storylines hier vor allem in ihrer Eigenschaft als Policy-Narrative in den Blick geraten, die, erweitert um das Konzept der Diskurskoalition, untrennbar mit dem Gedanken der Hegemonie bzw. hegemonialer Kämpfe um Deutungshoheit verknüpft sind (Hajer 1995, 1997, 2008). Im Unterschied zum ersten Teil der Ergebnispräsentation werden nun folglich nicht mehr die dominanten Storylines skizziert, sondern vielmehr den dahinter liegenden Konflikten um die institutionelle Dimension der Engagementförderung Aufmerksamkeit geschenkt, die zu ihrer Durchsetzung geführt haben. Argumente fungieren in derartigen Konflikten als die »Mittel im Kampf um die legitime Sichtweise« bestimmter Ereignisse (Schwab-Trapp 2002: 79). Durch diese Konfliktfokussierung der Argumentativen Diskursanalyse geraten auch die Narrative stärker in den Blick, die sich nicht durchsetzen konnten und die daher bei der Skizzierung der dominanten Storylines auf der Ebene des Verstehens weitgehend unberücksichtigt geblieben sind.

Übertragen auf den vorliegenden empirischen Untersuchungsgegenstand bedeutet dies, dass im Mittelpunkt der Analyse des diskursiven Geschehens zwischen 1985 und 1998 zunächst die Herausbildung der beiden Diskurskoalitionen stand, die sich um die progressiv-reformorientierte Position einerseits und die bewahrend-sachliche Sichtweise andererseits formiert haben. Die Entstehung derartiger Diskurskoalitionen folgt hierbei der »Logik der Fokussierung und Marginalisierung von Themen« (Schwab-Trapp 2002: 57): In argumentativen Auseinandersetzungen versuchen die Diskursteilnehmer durch die Verwendung bestimmter Argumente die von ihnen favorisierte Deutung einer Situation festzuschreiben und gleichzeitig die Sichtweise konkurrierender gesellschaftlicher Diskurskoalitionen zu marginalisieren (ebd.). Wie schon Blyth bemerkt, sind Diskurskoalitionen gerade für den erklärungsbedürftigen Policy-Wandel von zentraler Bedeutung, da »only by overcoming the barriers to collective action [...] the actual transformation of existing institutions [can] occur« (Blyth 2002: 37). Institutioneller Wandel setzt folglich voraus, dass es überwiegend geteilte Einschätzungen dar-

über gibt, worin die Ursachen eines Problems liegen und welche Handlungsoptionen angesichts dessen in Angriff genommen werden müssen.

Daher wurde im Anschluss an die Identifikation der Diskurskoalitionen den von diesen vorgebrachten typischen Argumentationsmustern Aufmerksamkeit geschenkt, in denen sowohl differierende Ursachen für ein und dasselbe Problem präsentiert wurden, in diesem Fall: für die nachlassenden Engagiertenzahlen in den deutschen Vereinen und Verbänden, als auch unterschiedliche Problemlösungen, gerade hinsichtlich der Rolle des Staates. Auf diese Weise konnten die Argumente in Erfahrung gebracht werden, mittels derer die Durchführung engagementförderlicher Maßnahmen von Seiten des Staates entweder – im Sinne der bewahrend-sachlichen Position – delegitimiert oder – im Sinne der reformorientiert-progressiven Position – vehement eingefordert wurde. Hajer weist in diesem Kontext darauf hin, dass im Rahmen der Argumentativen Diskursanalyse nicht nur die argumentativ vorgebrachten Inhalte von Interesse sind, sondern auch, in welchem Kontext diese Argumente geäußert werden und wer die Adressaten des Gesagten sind (Hajer 2008: 281). Für die Ergebnispräsentation bedeutet dies, dass, sofern die diesbezüglichen Daten zugänglich sind, auch der Ort des argumentativen Austausches sowie die Teilnehmer Erwähnung finden.

Bislang ungeklärt ist allerdings die Frage, ab wann in Bezug auf die konflikt-hafte Durchsetzung eines Diskurses im Rahmen der Argumentativen Diskursanalyse von einer diskursiven Dominanz bzw. Hegemonie gesprochen werden kann. Zur Verdeutlichung des Durchsetzungsgrades eines Diskurses in einem bestimmten politischen oder gesellschaftlichen Bereich rekurriert Hajer, wie bereits im Theoriekapitel (vgl. Kap. 2.5.2) erwähnt, auf ein zweistufiges Dominanzmodell, das zwischen Diskursstrukturierung und -institutionalisierung unterscheidet (Hajer 1997: 110, 2008: 278-281). Aus der Übertragung dieses Modells auf die konflikthaften Auseinandersetzungen um die institutionelle Dimension der Engagementförderung ergibt sich eine erste zeitliche Strukturierung des gesamten Untersuchungszeitraumes: Die Phase von 1985 bis 1998 entspricht den Kriterien der Diskursstrukturierung, da die reformorientiert-progressive Position in Sachen Engagementförderung in diesem Zeitraum einen hohen Verbreitungs- und Rezeptionsgrad bei vielen gesellschaftlich-politischen Kräften gefunden hat. Die Phase von 1998 bis 2009 kann hingegen als Diskursinstitutionalisierung bezeichnet werden. Die reformorientierte Sichtweise konnte sich in engagementspezifischen institutionellen Arrangements manifestieren, wodurch es zur Etablierung einer staatlichen Engagementpolitik kam.

Das Problem dieses zweistufigen Dominanzmodells Hajers besteht darin, dass hier bereits dann von der Hegemonie oder zumindest der Dominanz eines Diskurses gesprochen wird, wenn sich Diskurse in organisationalen oder institutionellen Praktiken niederschlagen. Diese Bedingung ist im vorliegenden empirischen Beispiel erfüllt, als es zur Jahrtausendwende sukzessive zur Initiierung engagementpolitischer Reformen durch den Staat kam und tief greifende Auseinandersetzungen zwischen den bundespolitischen Fraktionen weitgehend ausblieben. Dass es trotz der von der rot-grünen Regierung forcierten staatlichen Engagementpolitik auch zwischen 1998 und 2002 noch Meinungsverschiedenheiten zwischen den Bundestagsfraktionen bezüglich einer staatlichen Engagementförderung und deren Verknüpfung mit einem aktivierenden Staatsverständnis sowie dem Reformprojekt der Bürgergesellschaft gab, bliebe bei einer alleinigen Konzentration auf

dieses Dominanzmodell Hajers somit weitgehend unberücksichtigt. Aufgrund dieser Einschränkung erweist sich die Argumentative Diskursanalyse Maarten A. Hajers im Rahmen der Analyse der diskursiven Auseinandersetzungen um die institutionelle Dimension der Engagementförderung nur für die Phase der Diskursstrukturierung von 1985 bis 1998 als geeignet und wird für den anschließenden Zeitraum um die hegemonieanalytische Vorgehensweise Martin Nonhoffs ergänzt.

5.2.2 Die hegemoniale Strategie nach Martin Nonhoff

Wie bereits angedeutet, kommt es trotz der sukzessiven Initiierung engagementpolitischer Maßnahmen seit 1998 auch noch in der Phase der Diskursinstitutionalisierung, vor allem zwischen 1998 und 2002, zu diskursiven Konflikten zwischen den Bundestagsfraktionen. Die Oppositionsfraktionen äußerten in diesem Zeitraum vor allem Kritik an der engen Verknüpfung der institutionellen Dimension der Engagementförderung mit dem von der rot-grünen Regierung forcierten Reformprojekt der Bürgergesellschaft und dessen Einbettung in den aktivierenden Staatsumbau. Zur Aufdeckung dieser engagementbezogenen Konflikte zwischen der rot-grünen Bundesregierung und den übrigen Bundestagsfraktionen wurde für die Phase der Diskursinstitutionalisierung zusätzlich auf das – im Vergleich zum Dominanzmodell Hajers – deutlich nuanciertere Hegemoniekonzept von Martin Nonhoff zurückgegriffen. Durch die Bezugnahme auf die von Nonhoff erarbeitete hegemoniale Strategie war es erstens möglich, den von der rot-grünen Regierung forcierten Kurswechsel in Sachen Engagementförderung als Bestandteil ihres hegemonialen Projekts der »Bürgergesellschaft« zu dechiffrieren. Zweitens konnte hierdurch gezeigt werden, wie opponierende Kräfte, die dem hegemonialen Projekt der »Bürgergesellschaft« zur Jahrtausendwende noch ablehnend gegenüberstanden, im Zeitverlauf zumindest teilweise in das hegemoniale Projekt inkorporiert wurden und es zur endgültigen Durchsetzung der institutionellen Dimension der Engagementförderung auf der bundespolitischen Ebene kam.

Die Verknüpfung des hajerschen Ansatzes und des Analysemodells von Nonhoff erweist sich insofern als unproblematisch, als Nonhoff selbst die Überlegungen Hajers als grundlegend für sein eigenes hegemonieanalytisches Vorgehen ausweist und sich z.B. explizit dessen Auslegung von Diskurskoalitionen – allerdings mit einigen Abwandlungen – bedient (Nonhoff 2006: 200-202, 2008b: 311). D.h., sowohl Nonhoff – im Anschluss an die Hegemonietheorie von Laclau und Mouffe – als auch Hajer gehen davon aus, dass diskursive Hegemonien auf eine größere Anzahl von Subjekten angewiesen sind, die sich um eine gemeinsame Position, eine umfassende Forderung oder eine Storyline gruppieren und so zu ihrer Verbreitung bzw. Durchsetzung beitragen. Da bislang darauf verzichtet wurde, die theoretischen Hintergründe der von Nonhoff erarbeiteten Strategeme einer offensiv-hegemonialen Strategie näher zu erläutern, gilt es zunächst, diese Leerstelle zu füllen, bevor anschließend die Vorteile der ergänzenden Bezugnahme auf das Hegemoniemodell Nonhoffs für die konkrete empirische Analyse dargestellt werden.

Hegemonieanalyse definiert Martin Nonhoff als eine bestimmte Form der politischen Diskursanalyse, genauer gesagt: als »Diskursfunktionsanalyse, die mit Hilfe eines theoretisch etablierten Idealtyps der »hegemonialen Strategie« im empirischen Material hegemoniale Prozesse herausarbeitet« (Nonhoff 2008b: 301). Nonhoff entwickelt die Merkmale einer hegemonialen Strategie in Anlehnung an die

Diskurs- und Hegemonietheorie von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe. Letztere steht mit der theoretisch-methodologischen Fundierung dieser Forschungsarbeit insofern in Einklang, als auch Laclau und Mouffe die Unterscheidung zwischen diskursiven und nicht-diskursiven Praktiken verwerfen (Laclau/Mouffe 1991: 157) sowie selbst auf die zentrale Rolle bedeutungsstabilisierender Knotenpunkte in Diskursen verweisen (ebd.: 165). Eine vertiefende Auseinandersetzung mit dem Hegemonie- und Diskurskonzept dieser beiden Autoren wäre an dieser Stelle allerdings nicht zielführend. Vielmehr sollen nur die Grundzüge ihres Denkens umrissen werden, die notwendig sind, um den auf diesen Überlegungen aufbauenden Idealtyp der hegemonialen Strategie von Nonhoff entsprechend verorten zu können.

Das Denken von Laclau und Mouffe zeichnet sich besonders durch die Überzeugung aus, dass weder eine absolute Fixierung noch eine absolute Nicht-Fixierung von Bedeutung möglich sei (ebd.: 163). Die Unmöglichkeit einer endgültigen Bedeutungsfixierung leiten Laclau und Mouffe aus der Überdeterminierung diskursiver Elemente, d.h. aus der anhaltenden Produktion von Bedeutungsüberschüssen, ab (ebd.). Aus der Negierung einer endgültigen Bedeutungsfestschreibung ergibt sich für diese gleichsam die Notwendigkeit einer zumindest partiellen und temporären Verfestigung von Beziehungen bzw. Bedeutungen durch die Konstruktion von Knotenpunkten, um die herum sich diskursive Formierungen stabilisieren können (ebd.: 164).

»Die Praxis der Artikulation besteht deshalb in der Konstruktion von Knotenpunkten, die Bedeutung teilweise fixieren. Der partielle Charakter dieser Fixierung geht aus der Offenheit des Sozialen hervor, die ihrerseits wieder ein Resultat der beständigen Überflutung eines jeden Diskurses durch die Unendlichkeit des Feldes der Diskursivität ist.« (Ebd.: 165)

Als einzige Möglichkeit eine zeitweilige Stabilisierung sozialer Strukturierungen herbeizuführen, benennen sie den prekären Zustand der Hegemonie, die aus politischen Kämpfen hervorgeht und im Zuge neuer hegemonialer Kämpfe erneut destabilisiert werden kann (ebd.: 192).

Das Ringen um Hegemonie findet, wie Nonhoff (2006: 91) im Anschluss an Laclau und Mouffe konstatiert, im politisch-diskursiven Raum statt, wobei im Mittelpunkt dieser Konflikte zumeist das allgemeine Wohl einer bestimmten Bezugsgruppe steht. Dieses Gemeinwohl wird im Diskurs durch verschiedene diskursive Elemente, wie etwa Sicherheit, Wohlstand usw., symbolisiert, die die Repräsentation des Allgemeinen anzustreben versuchen. Es kommt hier folglich zu einem »Kurzschluss« zwischen dem Gemeinwohl bzw. dem »nicht repräsentierbaren Allgemeinen und einem konkreten diskursiven Element« (Nonhoff 2008b: 308), von denen es zumeist mehrere gibt. Konflikte entwickeln sich folglich zwischen hegemonialen Projekten, die sich um diese verschiedenen Kandidaten für die symbolische Verkörperung des Allgemeinen gruppieren. Diese diskursiven Elemente, die das Allgemeine zu repräsentieren versuchen, bezeichnet Laclau als »empty signifiers« (Laclau 1996: 36) bzw. »leere Signifikanten«. Leere Signifikanten sind angesichts ihrer Funktion »als symbolische Verkörperung eines imaginären Allgemeinen« (Nonhoff 2008b: 308) derart interpretationsoffen, dass sie ihre – rela-

tiv eindeutige – Beziehung zu einem bestimmten Signifikat einbüßen.¹ Aufgrund seiner inhaltlichen Leere wird stets darum gerungen, diesen wieder neu mit Bedeutung zu füllen und zumindest zeitweise eine Stabilisierung bzw. Fixierung der inhaltlichen Auslegung herbeizuführen.

Vor dem Hintergrund dieser grundlegenden Annahmen interessieren sich Laclau und Mouffe vor allem für die Bedingungen, die zum Funktionieren einer Hegemonie erfüllt sein müssen: Erstens ist es für die Durchsetzung eines hegemonialen Projekts notwendig, dass sich diesem möglichst viele Subjekte anschließen. Zwischen den differenten Forderungen unterschiedlicher Gruppensubjekte muss demnach eine Äquivalenzbeziehung artikuliert werden. Die Äquivalenzierung dieser verschiedenen diskursiven Elemente erfolgt auf Grundlage einer »gemeinsame[n] Opposition« (Nonhoff 2007: 12) zu einem spezifischen Mangelzustand, den es zu überwinden gilt (Laclau/Mouffe 1991: 183f.). Da auch letzterer zumeist durch die Äquivalenzierung mit anderen diskursiven Elementen näher erläutert wird, kommt es zu einer »antagonistischen Zweiteilung des diskursiv-sozialen Raums« (Nonhoff 2007: 12; Laclau/Mouffe 1991: 183f.), in dem sich zwei Äquivalenzketten gegenüberstehen. Hiermit ist dann auch die zweite Bedingung für das Funktionieren einer Hegemonie erfüllt. Drittens lässt sich ein diskursives Element der auf die Überwindung des Mangels ausgerichteten Äquivalenzkette identifizieren, das als leerer Signifikant die Aufgabe der Repräsentation der übrigen äquivalenzierten Forderungen übernimmt und somit als Repräsentant des Allgemeinen fungiert (Laclau 1996: 36).

Diese drei Bedingungen jeder hegemonialen Praxis bilden die grundlegenden Hintergrundannahmen des von Nonhoff erarbeiteten Idealtyps einer hegemonialen Strategie. Zur Operationalisierung dieser theoretischen Annahmen schlägt Nonhoff vor, die in politischen Diskursen artikulierten diskursiven Elemente als »Forderungen« zu bezeichnen, die sowohl auf die Zukunft bezogen als auch rückwärtsgewandt sein können (Nonhoff 2006: 261). Da hegemoniale Strategien das Ziel verfolgen, die als Forderungen spezifizierten diskursiven Elemente zum Zwecke ihrer Hegemonialisierung in einer bestimmten Weise anzuordnen bzw. miteinander in Beziehung zu setzen, wendet sich Nonhoff anschließend den für die Hegemonieanalyse relevanten Beziehungsarten zu, die im politischen Diskurs hergestellt werden können. Hierbei unterscheidet er fünf mögliche diskursive Relationierungen: Differenz (»x ist anders als y«), Äquivalenz (»x ist anders als y, geht aber in Beziehung zu a mit y Hand in Hand«), Kontrarität (»x ist anders als y, und steht in Bezug auf a in Kontrarität zu y«), Repräsentation (»x steht für y«) und Superdifferenz (»x ist anders als y und hat auch nichts mit y zu tun«) (Nonhoff 2008b: 305-307; ebenso Nonhoff 2007: 178f.).

Diskursive Strategien lassen sich zudem in Strategeme zerlegen, die jeweils eine bestimmte Form der In-Beziehung-Setzung diskursiver Elemente repräsentieren, die sich für die Hegemonieanalyse als funktional erweisen (Nonhoff 2007: 174). Basierend auf der Hegemonietheorie von Laclau und Mouffe sowie den Er-

1 | Nonhoff weist eindringlich darauf hin, dass ein leerer Signifikant nicht mit einem deutungs-offenen, »flotterierenden« Signifikanten, dessen Bedeutungsgehalt nicht festgelegt werden kann, gleichgesetzt werden darf, da der Begriff der Deutungspluralität seine Funktion als Verkörperung eines imaginären Allgemeinen nicht angemessen erfassen kann (Nonhoff 2006: 132, Fn. 31).

gebnissen seiner eigenen empirischen Analyse entwirft Nonhoff ein Set von neun Strategemen, die eine offensiv-hegemoniale Strategie kennzeichnen: Neben drei Kernstrategemen, die in nahezu jedem hegemonialen Projekt vorkommen, unterscheidet er noch weitere ergänzende hegemoniale Strategeme, die nicht immer rekonstruierbar sind (vgl. ausführlich Nonhoff 2006: 211-238, 2007: 184-188, 2008b: 311-315). Da auch im vorliegenden Fall des hegemonialen Projekts der »Bürgergesellschaft« nicht alle Strategeme eine Rolle spielen, werden im Folgenden nur diejenigen vorgestellt, die auch von empirischer Relevanz sind. Hierzu gehören die drei Kernstrategeme, d.h. die Äquivalenzierung differenter, am Allgemeinen orientierter Forderungen, die antagonistische Zweiteilung des diskursiven Raums und die Repräsentation. Darüber hinaus finden noch zwei weitere Ergänzungsstrategeme Berücksichtigung: die Einrichtung bzw. Fortschreibung von Subjektpositionen für politisch-gesellschaftliche Kräfte und die emergente Interpretationsoffenheit des symbolischen Äquivalents des Allgemeinen.

Das erste Kernstrategem, die Äquivalenzierung differenter, am Allgemeinen orientierter Forderungen, bedeutet, dass unterschiedliche Forderungen als äquivalente Forderungen in Bezug auf ein spezifisches imaginäres Allgemeines in einer Äquivalenzkette miteinander verbunden werden (Nonhoff 2006: 214f.). Die Frage, wie diese Äquivalenzierung differenter Forderungen möglich ist, leitet bereits zum zweiten Kernstrategem, der antagonistischen Zweiteilung des diskursiven Raums, über. Eine Gleichsetzung von unterschiedlichen Forderungen ist nur durch die Bezugnahme auf ein gemeinsames Ziel, und zwar die Überwindung des Mangels an Allgemeinem, möglich. Das bedeutet wiederum, dass all jene Widerstände, die der Überwindung dieses Mangels entgegenstehen, ebenso in einer Äquivalenzkette miteinander verbunden werden.

»Die Positivierung des Mangels in einem einheitlichen Bezugspunkt vollzieht sich durch das Ineinandergreifen von bestimmten Kontraritäts- und Äquivalenzartikulationen, und zwar dann, wenn die Gegenteile desjenigen, was gefordert wird, und die Widerstände gegen die Umsetzung des Geforderten ihrerseits in einer Äquivalenzkette [...] artikuliert werden, wodurch es zur besagten Zweiteilung des symbolischen Raums zwischen den Äquivalenzketten [...] kommt.« (Ebd.: 277)

Letztendlich stehen sich zwei konfrontative Äquivalenzketten gegenüber, zwischen denen sich eine antagonistische Grenze herausbildet und deren Relation als Kontraritätsbeziehung charakterisiert werden kann (ebd.: 215f.): Während auf der einen Seite des diskursiven Raums alle jene Forderungen miteinander verbunden sind, die auf die Überwindung des konstatierten Mangels abzielen, versammeln sich auf der anderen Seite alle Elemente des Mangels und des Widerstandes, die es zu überwinden gilt. Beim dritten Kernstrategem, der Repräsentation, geht es um die Frage, welche der äquivalenten, auf die Überwindung des Mangels ausgerichteten Forderungen als Repräsentant der am Allgemeinen orientierten Äquivalenzkette in Erscheinung tritt. Diese Repräsentationsfunktion kann Nonhoff zufolge nur von derjenigen Forderung übernommen werden, die zu allen äquivalenzierten Elementen des Mangels in Kontrarität steht (ebd.: 216-218). Als Begründung hierfür verweist Nonhoff auf die besondere Funktion, die dieser Repräsentant erfüllen muss, denn er »steht für das doppelte Versprechen der Erfüllung aller Forderungen der

Äquivalenzkette und zugleich der Überwindung jedes einzelnen Aspekts der gegnerischen Konfiguration« (Nonhoff 2010: 43).

Über diese Kernstrategeme hinaus benennt Nonhoff noch weitere Strategeme, die sich insofern positiv auf den Erfolg eines diskursiven Projekts auswirken können, als sie dem Ziel dienen, das hegemoniale Projekt für eine möglichst große Diskurskoalition attraktiv zu gestalten und so dessen diskursive Wahrnehmbarkeit zu steigern (Nonhoff 2008b: 315). Aufgrund ihrer empirischen Relevanz sollen im Folgenden zwei dieser ergänzenden Strategeme vorgestellt werden: Von zentraler Bedeutung ist erstens die emergente Interpretationsoffenheit des symbolischen Äquivalents des Allgemeinen. Hierbei geht es darum, dass sich ein emergierender Repräsentant des Allgemeinen nur dann zum Knotenpunkt einer Hegemonie entwickeln kann, wenn er in der Lage ist, die von unterschiedlichen Positionen artikulierten Forderungen an das Allgemeine zu integrieren. Wenn es zu einer derartigen Integration verschiedener Perspektiven in ein voranschreitendes hegemoniales Projekt kommt, dann führt dies zwangsläufig zu einer Bedeutungsspreizung des Repräsentanten des Allgemeinen, der sich hierdurch als ausgesprochen interpretationsoffen erweist (Nonhoff 2006: 233). Das zweite erwähnenswerte Ergänzungsstrategem ist die Einrichtung und Fortschreibung von Subjektpositionen für Gruppensubjekte, genauer gesagt: für politisch-gesellschaftliche Kräfte wie etwa politische Parteien, Verbände usw. Wie bereits dargelegt, sind Hegemonien darauf angewiesen, dass sich möglichst viele Subjekte die umfassende Forderung eines hegemonialen Projekts artikuliert aneignen. Dies ist der Grund, weshalb in den Äquivalenzketten verschiedene Subjektpositionen gewissermaßen als Angebot für diese gesellschaftlich-politischen Kräfte eingerichtet werden (ebd.: 233f.).

Nachdem das allgemeine Vorgehen der Hegemonieanalyse im Anschluss an Nonhoff geklärt wurde, soll nun der Frage nachgegangen werden, welche Vorteile sich aus der zusätzlichen Berücksichtigung dieses Konzepts für die empirische Analyse der Phase der Diskursinstitutionalisierung ergeben. In diesem Zusammenhang ist entscheidend, dass Nonhoff – ähnlich wie Hajer – unterschiedliche Niveaus hegemonialer Praxis benennt, wobei für den vorliegenden Fall die Differenzierung zwischen einem »hegemonialen Projekt« und einer »Hegemonie« von zentraler Bedeutung ist. Als hegemoniales Projekt bezeichnet er jede diskursive Praxis, in der sich eine hegemoniale Formierung herausbildet, d.h. »eine umfassende Forderung in Verbindung mit einem symbolischen Äquivalent des Gemeinwohls« (Nonhoff 2006: 141). Den Begriff der Hegemonie verwendet Nonhoff als Bezeichnung für ein erfolgreiches hegemoniales Projekt. Die hier im Mittelpunkt stehende Forderung ist nicht nur dem Anspruch nach umfassend, sondern wird auch »tatsächlich in diskursiv umfassender Weise [...] mit der Behebung des Mangels an Allgemeinem äquivalent gesetzt« (ebd.). Damit es zur Herausbildung einer Hegemonie kommt, ist ein möglichst großer »diskursive[r] Verbreitungsgrad« der umfassenden Forderung erforderlich (Nonhoff 2008b: 310). Es muss sich folglich eine Vielzahl von Subjekten dieser Forderung artikuliert anschließen. Man kann also, in den Worten Nonhoffs, »um so mehr von einer Hegemonie sprechen, je mehr eine umfassende Forderung, in der das Geforderte das Allgemeine repräsentiert, »als gemeinsamer Wille politisch-gesellschaftlicher Kräfte tatsächlich über längere Zeit Verbreitung findet« (ebd.). Zur näheren Erläuterung dieser politisch-gesellschaftlichen Kräfte, die sich eine diskursive Formierung artikuliert zu Eigen machen und so dessen diskursive Wahrnehmbarkeit steigern,

bedient sich Nonhoff des von Hajer eingeführten Konzepts der Diskurskoalition (Nonhoff 2006: 200-202). Ähnlich wie beim Konzept der diskursiven Eliten von Michael Schwab-Trapp (2002: 55-57) resultiert der Einfluss von Diskurskoalitionen auf die diskursive Wahrnehmbarkeit eines hegemonialen Projekts nicht allein aus der Anzahl der hier lose miteinander verbundenen gesellschaftlich-politischen Kräfte, sondern aus ihrer sozialen Stellung. Je mehr symbolisches Kapital, wissenschaftliche Expertise oder politischen Einfluss Diskurskoalitionen in sich vereinen können, desto präsenter und durchsetzungsfähiger ist die von ihnen artikulierte hegemoniale Forderung (Nonhoff 2008b: 310f.).

Die hier skizzierte Unterscheidung zwischen dem hegemonialen Projekt und der Hegemonie, verstanden als unterschiedliche Grade hegemonialer Vorherrschaft, erlaubt es, die Phase der Diskursinstitutionalisierung um eine weitere Gliederungsebene zu ergänzen. Konkret formuliert bedeutet dies, dass die Durchsetzung des hegemonialen Projekts der »Bürgergesellschaft«² zwischen 1998 und 2002 noch von vereinzelt Konflikten zwischen der rot-grünen Bundesregierung und den übrigen Bundestagsfraktionen begleitet wurde. Diese Konfliktlinien können mit Hilfe der von Nonhoff erarbeiteten Strategeme in die Gestalt opponierender Äquivalenzketten übersetzt und so – unter Beibehaltung des Diskurskoalitions-Ansatzes – sichtbar gemacht werden. Erst als sich das hegemoniale Projekt der »Bürgergesellschaft« nach 2002 im Übergang zur Hegemonie befand und sich eine umfassende bundespolitische Diskurskoalition, bestehend aus allen Bundestagsfraktionen, ausgebildet hatte, legten sich auch die diesbezüglichen diskursiven Auseinandersetzungen und es kam zur endgültigen Durchsetzung der institutionellen Dimension der Engagementförderung auf der Ebene der Bundespolitik. Die zusätzliche Bezugnahme auf das hegemonieanalytische Vorgehen Martin Nonhoffs ermöglicht es demnach, die noch zur Jahrtausendwende schwelenden Konflikte, die bei einer alleinigen Konzentration auf das zweistufige Dominanzmodell Hajers verdeckt geblieben wären, ebenso der Analyse zugänglich zu machen.

5.3 VON DER AUFDECKUNG ZUR ERKLÄRUNG DISKURSIVEN UND POLITISCHEN WANDELS

Die Aufdeckung der Konflikte um die Frage, ob der Staat engagementförderliche Maßnahmen ergreifen soll, liefert bereits eine erste Erklärung für den sich im Bereich der Engagementförderung vollziehenden Policy-Wandel, d.h. für die sukzessive Durchsetzung der institutionellen Dimension der Engagementförderung, die letztendlich in die Etablierung einer staatlichen Engagementpolitik mündete. Dieser institutionelle Wandel kann grundlegend darauf zurückgeführt werden, dass es im Untersuchungszeitraum zur Ausbildung einer umfassenden gesellschaft-

2 | Die Auswahl des Begriffs »Bürgergesellschaft« für die Bezeichnung des hegemonialen Projekts erfolgte hier weder zufällig noch kann diese allein auf die Aufwertung dieses Konzepts durch die rot-grüne Bundesregierung zur Jahrtausendwende zurückgeführt werden. Vielmehr hat sich der Bürgergesellschaftsbegriff in der an Nonhoff angelehnten empirischen Analyse, die zu einem späteren Zeitpunkt ausführlich skizziert wird (vgl. Kap. 6.4.1), als leerer Signifikant herauskristallisiert, weshalb dieser als Namensgeber des hegemonialen Projekts fungiert.

lich-politischen Diskurskoalition um die reformorientiert-progressive Position kam. Überzeugt von der Notwendigkeit staatlicher Unterstützungsmaßnahmen für das Ehrenamt setzte sich diese Koalition vehement für die Durchführung institutioneller Reformen ein und rief auf diese Weise eine hohe medial-politische Resonanz für dieses Thema hervor. Der hier angestrebten Erklärung institutionellen Wandels liegt demnach im Anschluss an den institutionellen Konstruktivismus von Maarten A. Hajer die Annahme zugrunde, dass die Entscheidung, ob eine gegebene Situation überhaupt als eine Krise wahrgenommen wird, die institutionelle Neuerungen erforderlich macht, von der Intensität der »diskursiven Dynamiken« abhängig ist (Hajer 2008: 290). Die diskursive Dynamik als Motor politischen Wandels zu verstehen, »impliziert auch, dass der Umfang, in welchem das behauptete institutionelle Versagen bestehender Institutionen [...] zum politischen Problem wird, prinzipiell offen ist« (ebd.).

Das vorliegende Forschungsdesign trägt diesen Grundannahmen insofern Rechnung, als es auf die Identifikation der Diskursmechanismen abzielt, die dazu geführt haben, dass die engagementspezifische Entwicklung in ausreichendem Maße politisch problematisiert wurde. Hierzu war es notwendig, aus den Ergebnissen der Hegemonieanalyse diejenigen diskursiven Mechanismen zu extrahieren, die die Durchsetzung der reformorientiert-progressiven Position entweder – wie in den 1990er Jahren – behindert oder – wie in den 2000er Jahren – befördert haben. Es wurde folglich nach den Gründen, Strategien und diskursiven Mechanismen gefragt, die eine Erklärung für die empirisch ermittelte Gestalt des Policy-Wandels – und damit auch für den Wandel der Dispositive der Freiwilligkeit – liefern können. Bei der Analyse der Gründe für die Durchsetzung und Naturalisierung der institutionellen Dimension der Engagementförderung wurde jedoch nicht nur strukturell wirkenden Diskursmechanismen Aufmerksamkeit geschenkt, sondern es wurden auch intentionale Erklärungsansätze berücksichtigt. Einschränkend hierzu sei allerdings angemerkt, dass letztere nur an zwei Schlüsselstellen der diskursiven Entwicklung, die als strategische Situationen kategorisierbar sind, zur Anwendung kommen, während die Wirkung struktureller Diskursmechanismen für den gesamten Untersuchungszeitraum in den Blick genommen wird.

Diskursiv-strukturelle Erklärungsmomente

Es wurde bereits mehrfach darauf hingewiesen, dass es für die Intensität der diskursiven Dynamik besonders entscheidend ist, dass die spezifische Problemdeutung von einer möglichst umfassenden Diskurskoalition, bestehend aus einer Vielzahl einflussreicher gesellschaftlich-politischer Kräfte, Unterstützung erfährt. Bei der Formierung derartiger Koalitionen spielen bestimmten Mechanismen eine wichtige Rolle, von denen zwei im Folgenden näher vorgestellt werden sollen: »diskursive Affinitäten« (Hajer 2008: 280) sowie »Abgrenzungs- und Kopplungsmanöver« (Schwab-Trapp 2002: 60). Eine diskursive Affinität besteht nach Hajer zwischen solchen Argumenten, die zwar unterschiedliche Ursprünge haben, gleichzeitig aber eine ähnliche Problemsicht beinhalten, so dass »aus der Sicht jeder dieser Positionen [...] die anderen Argumente »angemessen« klingen (Hajer 2008: 280). Diskursive Affinitäten ermöglichen auf diese Weise die Bildung von Diskurskoalitionen zwischen den Trägern dieser Argumente. Sichtbarkeit und Durchsetzungskraft von Diskurskoalitionen beruhen zudem grundlegend auf den Abgrenzungs- und Kopplungsmanövern der hier – wenn überhaupt – nur lose

miteinander verbundenen Gruppen- und Organisationssubjekte. Michael Schwab-Trapp schreibt derartigen »Strategien der Konsens- und Dissensbildung« deshalb eine zentrale Bedeutung im Rahmen diskursiver Auseinandersetzungen zu, da »die Abgrenzung vom oder die Kopplung an politische Gegner und Freunde [...] die kollektive Reichweite und Legitimität spezifischer Argumente« entscheidend beeinflusst (Schwab-Trapp 2002: 60).

Über die Existenz einflussreicher Diskurskoalitionen hinaus sind für die Stärke der diskursiven Dynamik noch weitere strukturelle Diskursmechanismen ausschlaggebend. Der folgenden Auflistung relevanter Mechanismen sei die Anmerkung vorausgeschickt, dass diese sowohl eine hemmende wie auch eine befördernde Wirkung auf die Intensität der diskursiven Dynamik und damit auf institutionelle Wandlungsprozesse entfalten können, wobei in Bezug auf die positive Wirkungsoption zwei Varianten unterschieden werden können: Förderlich wirken Diskursmechanismen einerseits, wenn sie die diskursive Dynamik derart verstärken, dass sich eine mit institutionellen Verpflichtungen einhergehende Problemdeutung allgemein durchsetzen kann. Andererseits rufen diskursive Mechanismen auch insofern eine positive Wirkung hervor, als sie zur Verfestigung und Naturalisierung ehemals umkämpfter Problemsichten beitragen.

Aus seiner eigenen empirischen Arbeit leitet Maarten A. Hajer eine ganze Reihe von diskursiven Mechanismen ab, von denen im Folgenden nur diejenigen benannt und unter Berücksichtigung der soeben eingeführten Unterscheidung zwischen förderlichen und hemmenden Mechanismen überblicksartig erläutert werden sollen, die auch von empirischer Relevanz sind: Hierzu zählen konkurrierende Storylines, Routinen der Ablehnung (»disjunction markers«), symbolische Politikpraktiken, historisch bewährte Argumentationsstrategien sowie »black-boxing«-Prozesse (Hajer 1995: 267-273, 1997: 113-117, 2008: 291-296). Die Durchsetzung eines neuen Politikdiskurses kann erstens dadurch erschwert werden, dass er sich noch gegen andere konkurrierende Storylines durchsetzen muss, die in einem bestimmten politischen und gesellschaftlichen Bereich bereits naturalisiert und mit institutionellen Verpflichtungen verknüpft sind. Um Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen, muss die neue Storyline ihre Dringlichkeit gegenüber den bereits verankerten Erzählungen unter Beweis stellen (Hajer 1997: 113). Ebenso hinderlich auf die diskursive Dynamik wirken zweitens sog. »disjunction markers«, d.h., »the policy-making institutions had their own legitimate ways of denying the institutional dimension of [a problem]« (Hajer 1995: 269). Die Durchführung institutioneller Neuerungen kann z.B. durch den routinierten Verweis auf das Fehlen aussagekräftiger wissenschaftlicher Befunde oder die glaubhafte Versicherung, dass die bestehenden institutionellen Arrangements zur Bewältigung der Problemsituation in der Lage seien, stets verneint werden (Hajer 2008: 292). Drittens können auch symbolische Politikpraktiken den institutionellen Wandel hemmen. Die Durchsetzung einer bestimmten Problemdeutung muss nicht zwangsläufig auch in die tatsächliche Durchführung institutioneller Neuerungen münden. Stattdessen können sich die politischen Verantwortungsträger in umfassenden Planungsvorhaben, wie z.B. der Einberufung von Expertenkommissionen oder der Initiierung wissenschaftlicher Studien, verlieren und hierdurch den Eindruck der Verantwortungsübernahme erzeugen, ohne aber konkrete Veränderungen einzuleiten (Hajer 1995: 269f., 1997: 115, 2008: 292f.).

Im Gegensatz zu den drei bisher benannten Diskursmechanismen, die sich eher hinderlich auf die diskursive Dynamik bzw. die Initiierung institutioneller Neuerungen auswirken, können historisch bewährte Argumentationsstrategien sowohl hemmend als auch förderlich wirken: Hajer geht davon aus, dass jeder Politikbereich über ein historisch bewährtes Set an Argumentationsmustern verfügt, »[which] add credibility to the case that is being argued« (Hajer 1995: 273). Der Rückgriff auf historisch verankerte diskursive Muster kann die Einführung eines neuen Problemdiskurses z.B. dann erheblich erschweren, wenn er mit spezifischen Routinen der Ablehnung verknüpft wird. Andererseits kann die Nutzung standardisierter bzw. akzeptierter Verfahren der Rechtfertigung die Institutionalisierung neuer Deutungsmuster auch deutlich erleichtern (Schwab-Trapp 2002: 59; Hajer 2008: 296). Eine überwiegend positive Wirkung auf die Durchsetzung und Naturalisierung eines Diskurses entfalten ferner Black-Boxing-Prozesse: Indem ausführliche Begründungen, detailliertes wissenschaftliches Spezialwissen sowie Ungewissheiten und Probleme zunehmend Teil eines breiten, allgemein verständlichen Diskurses werden, avancieren die hier verhandelten Probleme und Zusammenhänge gleichsam zu natürlichen bzw. selbstverständlichen Gegebenheiten (Hajer 1997: 116). Diese Form der Komplexitätsreduktion stellt eine grundlegende Voraussetzung politischer Handlungsfähigkeit dar, die potenzielle Angriffe politischer Gegner gleichsam erschwert (Hajer 1995: 272, 2008: 294). Letztere werden zudem umso unwahrscheinlicher, je mehr Geltung und Legitimität diesen Wissensbeständen im Zuge ihrer Institutionalisierung zugeschrieben wird. Deutungsangebote werden demzufolge durch ihre kontinuierliche Übersetzung in institutionelle Praktiken gleichsam als legitime Deutungen stabilisiert und naturalisiert (Schwab-Trapp 2002: 46). Blyth spricht deshalb auch von einer »*intellectual path dependency in policy making*« (Blyth 2001: 4, Herv. i.O.), die von den institutionell verankerten Wissensbeständen – verstanden als »*cognitive locks*« (ebd.) – hervorgerufen wird.

Abschließend gilt es darauf hinzuweisen, dass auch die von Nonhoff erwähnte Interpretationsoffenheit des symbolischen Äquivalents des Allgemeinen, das sich im Übergang zur Hegemonie befindet, insofern die Naturalisierung eines Diskurses befördern kann, als hierdurch zahlreiche Positionen in das hegemoniale Projekt integriert, eine umfassende Diskurskoalition ausgebildet, Widerstände beseitigt und zumindest zeitweise eine – wenn auch prekäre – Bedeutungsstabilisierung erzielt werden kann (Nonhoff 2008b: 315).

Intentionale Erklärungsmomente

Die diskursive Dynamik wird jedoch nicht nur von strukturell wirkenden diskursiven Mechanismen beeinflusst, sondern auch von intentionalen, weichen Steuerungsversuchen, die im Folgenden als ein eigenes Erklärungsmoment für diskursiven und institutionellen Wandel Erwähnung finden sollen. Dieser Überlegung liegt die Annahme zugrunde, dass in bestimmten »strategischen Situation[en]« (Göhler 2010: 38) spezifische Subjekte identifiziert werden können, die andere Diskursteilnehmer von einer bestimmten Problemdeutung überzeugen wollen, indem sie intentional auf weiche Steuerungsmechanismen, wie etwa sprachlich-rhetorische Mittel, argumentative Strategien der Resonanzherzeugung sowie im- und explizite Ausschlüsse konkurrierender Deutungen, zurückgreifen. Durch derartige Steuerungsbemühungen – dies ist der entscheidende Punkt für die vorliegende

Analyse – erhöhen sie die »diskursive Wahrnehmbarkeit« (Nonhoff 2008b: 310) einer bestimmten Sichtweise und tragen so gleichzeitig zur Durchsetzung bzw. Hegemonialisierung derselben bei.

Im vorliegenden empirischen Beispiel sind es zwei Ereignisse, die unter Rückgriff auf weiche Steuerungsmechanismen intentional erklärt werden. Hierzu zählen erstens die von den Dachverbänden für Sport, Kultur und Soziales initiierten Diskussionsrunden und Werbekampagnen zum Thema Ehrenamt in der ersten Hälfte der 1990er Jahre. Im Rahmen derartiger Veranstaltungen haben die genannten Organisations- und Gruppensubjekte versucht, durch Rekurs auf stichhaltige Argumente oder wissenschaftliches Spezialwissen die damalige liberal-konservative Bundesregierung von der Notwendigkeit engagementpolitischer Unterstützungsmaßnahmen zu überzeugen. Diese Steuerungsanstrengungen trugen insofern zur Erhöhung der diskursiven Wahrnehmbarkeit der reformorientiert-progressiven Position bei, als durch die von einer breiten Medienöffentlichkeit begleiteten Veranstaltungen die Aufmerksamkeit aller bundespolitischen Fraktionen auf dieses Thema gelenkt werden konnte. Zweitens wird auch der Regierungswechsel im Jahr 1998 als eine strategische Situation im Sinne weicher Steuerung eingestuft, in der die rot-grüne Regierung bewusste Anstrengungen unternommen hat, um den übrigen Bundestagsfraktionen die Vorteile der Durchführung engagementspezifischer Reformen nahe zu bringen. Dies bedeutet wiederum, dass auch das hegemoniale Projekt der »Bürgergesellschaft« – zumindest in seinen Anfängen – als intentionale Steuerungsleistung verstanden werden kann.

Eine beachtenswerte theoretische Systematisierung derartiger Steuerungsanstrengungen hat die Forschergruppe um Gerhard Göhler mit ihrem Konzept der weichen Steuerung vorgelegt, das bereits im Theoriekapitel (vgl. Kap. 2.6.2) in seinen Grundzügen skizziert wurde. Weiche Steuerung liegt dann vor, wenn intentionale Machtausübung horizontal erfolgt (Göhler u.a. 2010: 694). Göhler und seine Mitarbeiter schreiben drei zentralen Mechanismen horizontaler Machtausübung eine steuernde Wirkung im Sinne weicher Steuerung zu: der Steuerung durch diskursive Praktiken, der Steuerung durch Fragen und Argumente sowie der Steuerung durch Symbole. Die bereits erfolgte überblicksartige Erläuterung dieser Steuerungsmodi gilt es im Folgenden zum Zwecke ihrer empirischen Anwendbarkeit entsprechend zu vertiefen. Da die Steuerung durch Symbole im vorliegenden Beispiel kaum eine Rolle spielt, beschränken sich die diesbezüglichen Ausführungen auf die beiden zuerst genannten Steuerungsformen. Weiterer Klärungsbedarf besteht zudem noch hinsichtlich der zentralen Voraussetzungen, die eine Situation erfüllen muss, damit überhaupt von weicher Steuerung die Rede sein kann. Diese Leerstelle gilt es im ersten Schritt zu füllen, bevor anschließend den beiden zentralen Steuerungsmodi Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Die Voraussetzungen weicher Steuerung: Horizontalität und Intentionalität

Eine strategische Situation im Sinne des Konzepts weicher Steuerung zeichnet sich dadurch aus, dass diese den Mut der Subjekte zur Kreativität und zum Neuen geradezu einfordert und die hier forcierte Reorganisation der diskursiven Ordnung in einem bestimmten Feld – zumindest zu Beginn – noch eindeutig ihren Urhebern zugeordnet werden kann (Arndt/Richter 2009: 66). Als Beispiel für eine solche Situation verweisen Arndt und Richter auf Regierungswechsel, die es erforderlich

machen, dass die politischen Subjekte neue inhaltliche Impulse setzten, deren Verarbeitung im Diskurs bzw. Aneignung durch andere Subjekte sich ihrer Kontrolle selbstverständlich weitgehend entzieht (ebd.). Währenddessen in der allgemeinen Steuerungsdebatte die Bedingungen der Möglichkeit politischer Innovationen in politischen Umbruchsprozessen deshalb als positiv eingeschätzt werden, da sich hier politische »windows of opportunity« öffnen (Wiesenthal 2006: 214) oder reformfreudige Politiker als »politische[...] Unternehmer[...]« (ebd.: 220) in Erscheinung treten, erfüllen derartige Situationen zumeist noch zwei weitere Voraussetzungen, wodurch sie sich auch im Kontext weicher Steuerungsüberlegungen als anschlussfähig erweisen: die Bedingungen der Horizontalität und Intentionalität.

Damit überhaupt von Steuerung die Rede sein kann, muss die betrachtete Machtbeziehung erstens die Bedingung der Intentionalität erfüllen. Es müssen sich Gruppen- oder Einzelsubjekte identifizieren lassen, die mit der Machtausübung absichtsvoll bestimmte Ziele bzw. Interessen verfolgen, so dass zumindest analytisch eine Unterscheidung zwischen Steuerungssubjekt und -objekt möglich ist (Göhler/Höppner/De La Rosa 2009b: 19f.; Göhler u.a. 2010: 694). Die Bedingung der Horizontalität ist zweitens dann erfüllt, wenn die Beziehung zwischen Steuerungssubjekt und -adressat nicht dauerhaft fixiert bzw. institutionalisiert ist und es keine festgelegten Verfahren und Sanktionsmöglichkeiten gibt (De La Rosa/Gädecke 2009: 77; ebenso Göhler u.a. 2010: 694). Horizontalität ist folglich keine feststehende und dauerhafte Positionierung, sondern kennzeichnet immer nur eine spezifische Steuerungssituation, in der es keine formalisierte Hierarchie, d.h. »kein klares ›Unten‹ und ›Oben‹ gibt« (Göhler/Höppner/De La Rosa 2009b: 16). Es wird folglich nicht abgestritten, dass Macht- und Kompetenzunterschiede zwischen den Beteiligten bestehen können (Göhler u.a. 2010: 707). Vielmehr ist es die Abwesenheit konkreter institutionell abgesicherter Sanktionen und Verfahren, die eine bestimmte Steuerungssituation als horizontal auszeichnet.

Darüber hinaus legt das Forscherteam um Gerhard Göhler dar, dass weiche Steuerungsbemühungen nur dann einen Einfluss entfalten können, wenn sie an das bei den Steuerungsadressaten vorherrschende »Ensemble aus kognitiven und affektiven Weltverständnissen«, d.h. an den sog. »Resonanzboden«, anknüpfen und diesen gewissermaßen »zum Schwingen [...] bringen« (ebd.: 701; ebenso Göhler 2010: 39). Denn ohne die Herstellung eines adäquaten Bezugs zu den Werten, Vorstellungen und Überzeugungen der Steuerungsobjekte bliebe weiche Steuerung, so das Fazit Göhlers, wirkungslos (Göhler u.a. 2010: 701f). Der Resonanzboden kann aber auch selbst zum Gegenstand weicher Steuerungsversuche werden und zwar dann, wenn über Steuerungsmechanismen versucht wird, die Überzeugungen und Wahrnehmungen der Beteiligten zu verändern (ebd.: 702).

Dass die beiden genannten Ereignisse, d.h. die engagementspezifischen Überzeugungsbemühungen der Dachverbände für Soziales, Kultur und Sport Mitte der 1990er Jahre einerseits und der rot-grünen Bundesregierung zur Jahrtausendwende andererseits, diese Voraussetzungen für weiche Steuerung erfüllen, wird zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen der empirischen Ergebnisdarstellung ausführlich hergeleitet. An dieser Stelle gilt es zunächst, sich den Kennzeichen derjenigen Steuerungsmodi zu widmen, die in diesen Situationen zum Einsatz kamen.

Steuerung durch diskursive Praktiken

Im Kontext weicher Steuerung über diskursive Praktiken interessieren sich Göhler und seine Mitarbeiter für diejenigen gesellschaftlichen Sinninformationen bzw. »Wahrheitsordnungen« (Göhler u.a. 2010: 696), die intentional zum Zwecke der Strukturierung von Handlungen eingesetzt werden können. Die über bestimmte diskursive Praktiken absichtsvoll erzielten Verschiebungen und Neuverknüpfungen innerhalb der diskursiven Ordnung wirken insofern handlungsstrukturierend, als hierdurch die Wahrnehmung von Wirklichkeit beeinflusst und so bestimmte Handlungsoptionen eröffnet, andere wiederum verschlossen werden (Göhler 2010: 38). Auf der Suche nach diskursiven Praktiken, denen eine weiche Steuerungswirkung zugerechnet werden kann, wird Göhler bei den Diskurstheorien von Foucault sowie Laclau und Mouffe fündig. Auf den ersten Blick erscheint es widersprüchlich, gerade Theoriekonzepte, die sich überwiegend auf die anonymen Machteffekte der Sprache konzentrieren, zur Erklärung intentionaler Steuerungshandlungen heranzuziehen. Doch wie bereits ausführlich im Theoriekapitel dargestellt, gehen weder Laclau und Mouffe noch Foucault davon aus, dass Subjekte durch den Diskurs vollständig determiniert sind: Während Laclau und Mouffe die Freiheit des Subjekts aus der Freiheit »zur Entscheidung angesichts strukturell-diskursiver Unentscheidbarkeit« ableiten (Nonhoff/Gronau 2012: 125), stellt die subjektive Handlungsfähigkeit bzw. -freiheit auch für Foucault eine Grundvoraussetzung für die Existenz von Macht dar (Foucault 1994b: 256; Kögler 2007: 360-362).

Die enge Verknüpfung von Macht, Wissen und Wahrheit in der Diskurstheorie Foucaults aufgreifend schreiben Göhler und seine Mitarbeiter den folgenden diskursiven Praktiken eine Steuerungswirkung zu: der Produktion von Wissen und Wahrheit, der Wahrheitskonstitution durch biopolitische Normalisierung sowie der Beeinflussung von Subjektivierungsformen (Arndt/Richter 2009: 42-51). Da die beiden zuletzt genannten Steuerungsformen im vorliegenden Fall keine größere Rolle spielen, wird im Folgenden nur die Steuerung über die absichtsvolle Produktion von Wissen und Wahrheit durch Diskurskontrolle näher betrachtet. Diskurskontrolle beschreiben Arndt und Richter als »machtvolle Prozesse der Ein- und Ausschließung von Wissen« (ebd.: 42). Von der auf diese Weise produzierten Wahrheit gehen Machtwirkungen aus, da hierdurch alternative Interpretationen ausgeschlossen und der Handlungsraum der Subjekte vorstrukturiert werden kann. Eine Steuerungsleistung liegt nach Arndt und Richter dann vor, wenn die Regeln der Diskurskontrolle, z.B. durch die absichtsvolle Zusammenstellung von statistischen bzw. wissenschaftlichen Daten, so verändert werden, dass nur noch eine bestimmte Auslegungsrichtung möglich erscheint (ebd.: 42f.; Göhler 2010: 696). Zudem ist es möglich, durch die gezielte Lancierung von Wahrheiten das Handeln der Subjekte zu strukturieren bzw. zu beeinflussen (Göhler u.a. 2010: 696).

Im Anschluss an die Diskurstheorie von Laclau und Mouffe gehen Göhler und seine Mitarbeiter davon aus, dass es nur nach einer sog. »Dislokation« (Laclau 1990: 60) zu einem echten Steuerungshandeln kommen kann (Arndt/Richter 2009: 60). Hierbei handelt es sich um eine Bedeutungszuschreibung, die nicht in die dominierende diskursive Ordnung integriert werden kann, diese somit in Frage stellt und eine Destabilisierung derselben herbeiführt. Als Reaktion darauf entwickeln sich hegemoniale Kämpfe, in denen um die Errichtung einer neuen – ebenfalls prekären – Hegemonie gerungen wird, die die Dislokation einschließt (ebd.: 57; Göh-

ler 2010: 696, 705). Es sind die folgenden drei diskursiven Mechanismen, denen Arndt und Richter im Rahmen derartiger Kämpfe eine Steuerungsleistung zuschreiben: Steuerung durch Kategorisierung, durch Inklusion und durch leere Signifikanten (Arndt/Richter 2009: 61-63). Bei der Steuerung durch Kategorisierung geht es erstens um die zielgerichtete Einordnung von Ereignissen in bestimmte Bedeutungszusammenhänge, die z.B. Kontinuitätserhaltend oder -zerstörend wirken können (ebd.: 61; Göhler u.a. 2010: 696). Steuerung durch Inklusion bedeutet zweitens, dass heterogene diskursive Elemente in Abgrenzung zu einem konstitutiven Außen im Rahmen einer Äquivalenzkette als zusammengehörig dargestellt werden (Arndt/Richter 2009: 62). Drittens gehen Göhler und seine Mitarbeiter davon aus, dass auch über leere Signifikanten intentional gesteuert werden kann. Ein weicher Steuerungseffekt liegt dann vor, wenn es gelingt, den Bedeutungsgehalt eines leeren Signifikanten – zumindest vorübergehend – im Sinne einer Hegemonie zu stabilisieren (Göhler 2010: 696). Ein zeitweise stabilisierter leerer Signifikant kann zu einer gewissen Schließung des Diskurses beitragen, da er einerseits aufgrund seines Interpretationsspielraums auf einen großen Adressatenkreis integrativ wirkt und andererseits alle anderen diskursiven Elemente nur in Beziehung zu diesem Bedeutung gewinnen (Arndt/Richter 2009: 62). Des Weiteren kann nicht nur über die Stabilisierung von leeren Signifikanten gesteuert werden, sondern es ist auch umgekehrt möglich, über Dislokationen die hegemonialen Bedeutungsinhalte des leeren Signifikanten intentional in Frage zu stellen. Hierdurch kann die bestehende symbolische Ordnung destabilisiert und in den darauffolgenden hegemonialen Kämpfen um die inhaltliche Neuauslegung zentraler Signifikanten gerungen werden (Göhler u.a. 2010: 696; Arndt/Richter 2009: 57f.).

Steuerung durch Fragen und Argumente

Der Mechanismus der Steuerung durch Fragen und Argumente liegt nach Gerhard Göhler und seinen Mitarbeitern dann vor, wenn Steuerungsadressaten durch gezielte Fragen und stichhaltige Argumente zu einer Veränderung ihrer Handlungen oder Einstellungen gebracht werden (De La Rosa/Gädecke 2009; Göhler u.a. 2010: 697). Hierbei knüpft die Forschergruppe um Göhler grundlegend an die Arbeiten von Jürgen Habermas und seiner Unterscheidung zwischen einem verständigungsorientierten und einem strategischen bzw. erfolgsorientierten Sprachgebrauch an (Habermas 1981a: 385-397). In beiden Fällen wird durch den Gebrauch von Fragen und Argumenten beim Steuerungsobjekt ein Rechtfertigungsmechanismus ausgelöst, der dessen Handlungsrahmen vorstrukturieren und ändern kann (Göhler u.a. 2010: 697):

»Fragen verlangen Antworten, der Gebrauch von Argumenten fordert zu Gegenargumenten auf. In beiden Fällen führt der Rechtfertigungsdruck, obwohl weder Zwang noch Befehl, zu einer Beeinflussung der Adressaten und ermöglicht damit weiche Steuerung. Durch eine gezielte Frage lassen sich – etwa in der ›Fragestunde‹ des Parlaments – nicht nur Antworten herbeiführen, sondern über die gegebene Antwort auch die Handlungsoptionen des Antwortgebenden beeinflussen, weil er sich an diese Antworten halten wird, um künftig nicht als Lügner dazustehen.« (Göhler 2010: 38)

Argumente und Fragen fordern den Adressaten zu Stellungnahmen auf und tragen insofern zu einer Vorstrukturierung seines Handlungsfeldes bei, als diese

zugleich den thematischen und inhaltlichen Rahmen festlegen, in dem sich die Antworten oder Gegenargumente des Steuerungsadressaten bewegen können (Göhler u.a. 2010: 698). Wenig erklärungsbedürftig erscheint in diesem Zusammenhang die Einsicht, dass weiche Steuerung durch Argumente besonders im Falle des verständigungsorientierten Sprachgebrauchs eine hohe Bindungskraft entfaltet, da die Argumente hier im Idealfall erstens einen Aushandlungsprozess mit Änderungsmöglichkeiten durchlaufen haben und zweitens »die gemeinsam geteilte Einsicht in Begründungszusammenhänge reziproke (Selbst-)Verpflichtungen der Gesprächspartner begründet« (ebd.; vgl. ausführlich De La Rosa/Gädecke 2009: 108f.). Zudem legen Göhler und seine Mitarbeiter dar, dass Steuerung durch Argumente zumeist eng mit der Steuerung durch Kategorisierung, Inklusion und leere Signifikanten verbunden ist. Gerade im Zusammenhang mit Dislokationen, die die bestehende symbolische Ordnung destabilisieren, oder im Hinblick auf die Errichtung neuer Hegemonien mittels leerer Signifikanten spielt die Steuerung über Argumente eine entscheidende Rolle, da mit ihrer Hilfe »schwer zurückzuweisende Gründe« (Göhler u.a. 2010: 708) für bestimmte Deutungen hegemonial umkämpfter Signifikanten vorgebracht werden können: »Steuerung durch Argumente lässt sich daher als Steuerung durch die Herstellung von Begründungszusammenhängen verstehen.« (De La Rosa/Gädecke 2009: 94) Es werden, mit anderen Worten, »gute« Gründe dafür angeführt, dass eine bestimmte inhaltliche Auslegung von Begriffen nicht mehr akzeptabel, zeitgemäß oder mit universellen Prinzipien vereinbar ist (Göhler u.a. 2010: 708).

Insgesamt gesehen erweist sich der Anschluss an weiche Steuerungsmechanismen im vorliegenden Fall deshalb als lohnenswert, da hierdurch die im ersten Analyseteil ermittelten Ergebnisse der Dispositiv- und Gouvernamentalitätsanalyse mit den hegemonietheoretischen Erkenntnissen in Anlehnung an Hajer und Nonhoff zusammengeführt werden können. Konkret bedeutet dies, dass – sofern die Bedingungen der Horizontalität und Intentionalität erfüllt sind – die bislang auf einer strukturellen Ebene verorteten diskursbezogenen und gouvernementalen Überlegungen Foucaults, die hegemoniale Strategie von Nonhoff sowie die Diskursmechanismen Hajers für bestimmte strategische Situationen intentional reinterpretiert und den Modi der weichen Steuerung über diskursive Praktiken und Argumente zugeordnet werden können. Hierdurch wird nicht nur die Verwobenheit beider Analyseteile offensichtlich, sondern es wird gleichsam der in dieser Forschungsarbeit anvisierten Verknüpfung von gouvernementalitäts-, diskurs- und hegemonietheoretischen Ansätzen Rechnung getragen.

5.4 ERGEBNISDARSTELLUNG

Auch im zweiten Teil der Ergebnispräsentation wird der Untersuchungszeitraum von 1985 bis 2009 von Anfang bis Ende durchschritten, wobei es im Unterschied zum ersten Teil der Ergebnisdarstellung nun darum geht, unter Berücksichtigung der institutionellen Dimension der Engagementförderung den diskursiven Wandel der auf der Ebene des Verstehens skizzierten dominanten Storylines zu erklären. Hierbei findet eine Zweiteilung des gesamten Untersuchungszeitraums entlang der Prämissen des zweistufigen Dominanzmodells von Hajer statt. D.h., die Phase der Diskursstrukturierung (1985-1998) wird getrennt von der nachfolgenden Pha-

se der Diskursinstitutionalisierung (1998-2009)³ betrachtet. Für jeden Zeitraum werden ähnliche Analyseschritte durchgeführt, die im Folgenden überblicksartig skizziert werden.

Die Darstellung der Ergebnisse in der Phase der Diskursstrukturierung zwischen 1985 und 1998 orientiert sich an der Argumentativen Diskursanalyse Maarten A. Hajers (vgl. Kap. 6.1-6.3). Zunächst wird gezeigt, wie es zur Herausbildung der beiden sich gegenüberstehenden Diskurskoalitionen kam, wobei vor allem den zentralen Argumentations- und Konfliktlinien bezüglich geeigneter Maßnahmen der politischen Engagementförderung Aufmerksamkeit geschenkt wird. Anschließend geht es darum, die spezifische diskursive Dynamik dieser Entwicklung durch Anschluss an strukturelle und intentionale Diskursmechanismen zu erklären: Erstens gilt es zu zeigen, dass die Hinwendung aller bundespolitischen Fraktionen zum Thema Ehrenamt seit Mitte der 1990er Jahre u.a. auf die Überzeugungsbe mühungen der Dachverbände für Kultur, Sport und Soziales zurückgeführt und daher unter Rückgriff auf das Konzept weicher Steuerung erklärt werden kann. Im zweiten Schritt soll mit Hilfe struktureller Diskursmechanismen begründet werden, warum es in diesem Zeitraum, trotz der intentionalen Steuerungsbemühungen zentraler gesellschaftlicher Gruppen- und Organisationssubjekte, noch nicht zu engagementpolitischen Reformen von Seiten des Staates kam. Abschließend werden diese Erkenntnisse mit Blick auf die Frage zusammengefasst, welche Erklärungskraft diesen Konflikten sowie den intentionalen und strukturellen Diskursmechanismen für den auf der Ebene des Verstehens skizzierten Diskurswandel, d.h. für das Aufkommen der engagementspezifischen Selbstverwirklichungs-Erzählung in den 1980er Jahren und der Produktivitäts-Erzählung in den 1990er Jahren, zukommt.

Die Phase der Diskursinstitutionalisierung von 1998 bis 2009 wird aus bekannten Gründen unter Rekurs auf das Konzept der hegemonialen Strategie von Nonhoff um eine weitere Gliederungsebene ergänzt (vgl. Kap. 6.4-6.6). Es findet folglich eine Differenzierung zwischen dem hegemonialen Projekt der »Bürgergesellschaft« und der entstehenden Hegemonie der »Bürgergesellschaft« statt. Das von der rot-grünen Regierung forcierte hegemoniale Projekt der »Bürgergesellschaft« wird in seiner Entstehungsphase von 1998 bis 2002 mit Hilfe der nonhoffschen Strategeme ausführlich skizziert und hierdurch die weiterhin schwebenden engagementspezifischen Konflikte zwischen den Bundestagsfraktionen offengelegt. Die Darstellung des Zeitraumes von 2002 bis 2009 erfolgt hingegen nur überblicksartig. Der Grund hierfür ist, dass sich das hegemoniale Projekt der »Bürgergesellschaft« nach 2002 auf der bundespolitischen Ebene im Übergang zur Hegemonie befand und es angesichts der Herausbildung einer umfassenden reformbefürwortenden Diskurskoalition kaum noch zu diskursiven Auseinandersetzungen zwischen den Bundestagsfraktionen kam.

Analog zur Phase der Diskursstrukturierung geht es im nächsten Schritt darum, die institutionelle und diskursive Dynamik mit Hilfe struktureller und intentionaler Diskursmechanismen zu erklären: Zunächst wird gezeigt, dass es sich

3 | Die Phase der Diskursinstitutionalisierung ist mit dem Jahr 2009 keinesfalls abgeschlossen, sondern setzt sich bis heute fort. Das Jahr 2009 stellt lediglich einen analytischen Endpunkt dar, der sich aus der Notwendigkeit der Eingrenzung des Untersuchungszeitraums ergeben hat (zur Begründung vgl. Kap. 3.3).

beim hegemonialen Projekt der »Bürgergesellschaft« – zumindest in der Anfangsphase – um einen bewussten weichen Steuerungsakt der rot-grünen Regierung gehandelt hat, die nach ihrem Regierungsantritt im Jahr 1998 absichtsvoll neue inhaltliche Impulse in den Diskurs einbrachte, um sich von der Vorgängerregierung abzugrenzen und die übrigen Fraktionen von der Notwendigkeit der Durchführung engagementpolitischer Reformen zu überzeugen. Nachdem diese Intensivierung der diskursiven Dynamik anhand weicher Steuerungsmechanismen erklärt worden ist, gilt es anschließend, diejenigen diskursiv-strukturellen Mechanismen zu benennen, die die Befriedung der Konflikte in Sachen Ehrenamt sowie die Kontinuität bzw. Naturalisierung der institutionellen Dimension der Engagementförderung in den 2000er Jahren mitverursacht haben. Abschließend wird aus diesen Einzelergebnissen eine Erklärung für den sich zwischen 1998 und 2009 vollziehenden Diskurswandel abgeleitet, d.h. für die zur Jahrtausendwende erfolgten diskursinternen Umbauten der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung und ihre Normalisierung im weiteren Verlauf der 2000er Jahre. Eine besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang dem leeren Signifikanten »Bürgergesellschaft« zu, der eine gewisse Schließung des Diskurses auf die reformorientiert-progressive Position hervorruft und auf diese Weise zur Naturalisierung der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung im bundespolitischen Kontext beiträgt.

6. Die Genese einer staatlichen Engagementpolitik in Deutschland

6.1 DISKURSTRUKTURIERUNG: DIE DEUTSCHE KONTROVERSE ÜBER DIE INSTITUTIONELLE DIMENSION DER ENGAGEMENTFÖRDERUNG (1985 BIS 1998)

Im Mittelpunkt dieses Kapitels stehen die diskursiven Kontroversen, die sich in Deutschland zwischen verschiedenen Diskursteilnehmern von 1985 bis 1998 bezüglich der Frage entsponnen haben, ob es die Aufgabe des Staates sei, engagementförderliche Rahmenbedingungen, d.h. geeignete sozialrechtliche, organisatorische und finanzielle Bedingungen für das Ehrenamt, zu schaffen. Als besonders anschlussfähig für diese Fokussierung auf die institutionelle Dimension des Diskurses erweist sich, wie bereits ausführlich dargelegt, die Argumentative Diskursanalyse Maarten A. Hajers, die es zudem erlaubt, den diesbezüglichen konflikthaften Aushandlungsprozessen zwischen verschiedenen Organisations- und Gruppensubjekten Aufmerksamkeit zu schenken (Hajer 2008: 289). Im Untersuchungszeitraum von 1985 und 1998 haben sich zwei politisch-gesellschaftliche Lager bzw. Diskurskoalitionen herauskristallisiert, die sich um die konträren, die institutionelle Dimension der Storylines betreffenden Positionen gruppiert haben und in hegemonialen Auseinandersetzungen um Vorherrschaft rangen. Gegenüber standen sich hierbei einerseits eine an der Erzählung vom traditionellen Ehrenamt orientierte bewahrend-sachliche Sichtweise, die von der liberal-konservativen Bundesregierung sowie der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände gestützt wurde, und andererseits eine der Storyline der Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre folgende reformorientiert-progressive Position, hinter der sich in den 1990er Jahren eine breite gesellschaftlich-politische Diskurskoalition formierte. Zu letzterer gehörten die deutschen Dachverbände für Sport, Soziales und Kultur, Sozialwissenschaftler, Freiwilligenvertretungen sowie die Bundestagsfraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und PDS.

Um diese Lagerbildung nachvollziehen zu können, ist es notwendig, sowohl dem Formierungsprozess der genannten Diskurskoalitionen im Zeitraum zwischen 1985 und 1998 als auch den zentralen Konfliktlinien und Argumentationsmustern der genannten Gruppen- und Organisationssubjekte Aufmerksamkeit zu schenken. Bei der Darstellung wurde darauf geachtet, den Detailreichtum der Ergebnispräsentation zugunsten einer Fokussierung auf die zentralen Ereignisse und Argumentationsstränge zu begrenzen, die zeigen, wie es im Untersuchungs-

zeitraum zur Diskursstrukturierung (Hajer 2008: 278), d.h. zur allmählichen Durchsetzung der reformorientiert-innovativen Perspektive bei einer zunehmenden Anzahl gesellschaftlich-politischer Kräfte kam. Bereits eine überblicksartige Betrachtung der Jahre zwischen 1985 und 1998 macht deutlich, dass man sich bis Anfang der 1990er Jahre vor allem auf Seiten der Wissenschaft, der mit Freiwilligen arbeitenden Organisationen sowie auf der Ebene der Kommunal- und Landespolitik mit institutionellen Fragen der Engagementförderung beschäftigt hat. Die diesbezügliche Haltung der Bundesregierung lässt sich in diesem Zeitraum am besten als wohlwollendes Desinteresse beschreiben. Die Bedeutung freiwilligen Engagements wurde zwar auch hier gerade im Zuge der Kommunitarismusdebatte stets betont, konkrete engagementförderliche Maßnahmen, die über die bloße verbale und rituelle Belobigung hinausgingen, wurden dann aber wieder an die Kommunalpolitik, die mit Freiwilligen arbeitenden Organisationen, Schulen und die Medien übertragen. Dies änderte sich allerdings Mitte der 1990er Jahre. Die konservativ-liberale Bundesregierung hielt zwar auch in ihrer letzten Amtsperiode weiterhin an ihrer Nichtzuständigkeitsbehauptung in Sachen Engagementförderung fest, doch wurde seitdem in Anträgen und Anfragen aller Fraktionen sowie im Rahmen von Anhörungen im Bundestag und seinen Ausschüssen über geeignete institutionelle bzw. rechtliche Rahmenbedingungen für das freiwillige Engagement debattiert.

Bereits dieser skizzenhafte Überblick zeigt deutlich, dass mit Blick auf die Verbreitung der institutionellen Dimension der Engagementförderung eine Zweiteilung der Phase der Diskursstrukturierung ersichtlich wird: Bis Mitte der 1990er Jahre fand die reformbefürwortende Sichtweise zunächst lediglich in den Spitzenorganisationen der deutschen Vereins- und Verbandslandschaft Verbreitung, währenddessen in Regierungskreisen die traditionelle Perspektive auf das Ehrenamt vorherrschend war. Erst in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre fand eine Hinwendung aller Bundestagsfraktionen zum Thema Ehrenamt statt, die letztendlich zur Formierung der oben skizzierten Diskurskoalitionen um die institutionelle Dimension der Engagementförderung führte. Dieser Zweiteilung des Untersuchungszeitraumes Rechnung tragend wird zunächst die Durchsetzung der reformorientiert-progressiven Sichtweise in der deutschen Vereins- und Verbandslandschaft rekonstruiert (1985-1994), bevor anschließend das Hauptaugenmerk auf die diesbezügliche Aufmerksamkeitsverschiebung auf der bundespolitischen Ebene und die Ausbildung der zentralen gesellschaftlich-politischen Diskurskoalitionen seit Mitte der 1990er Jahre gerichtet wird (1994-1998). Schließlich werden unter Rückgriff auf intentionale und diskursiv-strukturelle Mechanismen sowohl das Ausbleiben institutioneller Veränderungen als auch der Wandel der Dispositive der Freiwilligkeit in diesem Zeitraum erklärt.

6.1.1 Die Durchsetzung der reformorientierten Position in der deutschen Vereins- und Verbandslandschaft (1985 bis 1994)

Wie bereits mit Blick auf die Storyline des traditionellen Ehrenamtes dargelegt (vgl. Kap. 4.1), waren die traditionellen Organisationen deutscher Wohlfahrtsstaatlichkeit, wie Vereine und (Wohlfahrts-)Verbände, über viele Jahrzehnte hinweg die erste Anlaufstelle für engagementbereite Bürger. Die Hilfe ehrenamtlicher Mitarbeiter war sowohl ein konstitutiver wie auch selbstverständlicher Teil ihrer Arbeit

(Braun 1989: 43; Jakob/Olk 1991a: 227f.), für deren Gewinnung sie lange Zeit keine zusätzlichen Anstrengungen unternehmen mussten (u.a. Pott 1996: 12). Seit Mitte der 1980er Jahre zeichnet sich jedoch insofern ein Einstellungswandel in den deutschen Vereinen und Verbänden ab, als sich diese zunehmend der besonderen Bedeutung ihrer Freiwilligen und der neuen Bedingungen im Ehrenamtsbereich bewusst wurden. Mit anderen Worten: Es kam zu einer Destabilisierung der Selbstverständlichkeitsannahme des alten Ehrenamtes, die mit einer sukzessiven Hinwendung zur Wissensordnung des neuen Ehrenamtes sowie der reformorientiert-progressiven Position in Sachen Engagementförderung einherging. Diese Neupositionierung der deutschen Vereine und Verbände in Sachen Ehrenamt kann auf drei Entwicklungen zurückgeführt werden: erstens auf die inhaltliche wie personelle Verquickung des Vereins- und Verbandswesens mit der Ehrenamtsforschung, die sich seit Mitte der 1980er Jahre intensiv mit den neuen Bedingungen der Ehrenamtlichkeit beschäftigte, zweitens auf das zunehmende Selbstbewusstsein der Freiwilligen selbst, das in der Abwendung von den traditionellen Organisationen einerseits und der Forderung nach engagementspezifischen Verbesserungen andererseits deutlich zu Tage trat, sowie drittens auf die Deprivilegierung der Wohlfahrtsverbände im Bereich der sozialen Dienstleistungserbringung durch die Einführung der Pflegeversicherung im Jahr 1994.

Um die Hinwendung der zentralen Dachverbände für Sport, Kultur und Soziales zur reformorientiert-progressiven Position in Sachen Engagementförderung nachvollziehen zu können, gilt es zunächst, einen Blick auf die in den 1980er Jahren offensiv geführten wissenschaftlichen Debatten zum neuen Ehrenamt zu werfen, die maßgeblich zur veränderten Wahrnehmung der Ehrenamtlichkeit in diesem Zeitraum beitrugen. Angesichts des empirisch ermittelten Nachlassens der Engagiertenzahlen in den klassischen Organisationen deutscher Wohlfahrtsstaatlichkeit bildete sich in der Ehrenamtsforschung in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre zunehmend der Konsens heraus, dass ein großer Teil der ehrenamtlichen Arbeit nicht mehr, wie in der Vergangenheit üblich, im Umkreis der großen Wohlfahrtsverbände, sondern stattdessen in selbstgegründeten Initiativen, Selbsthilfegruppen o.ä. erbracht werde (u.a. Olk 1987, 1989a, 1989b: 32; Braun 1989: 44; Rauschenbach 1991). Ursächlich hierfür sei der Wandel der motivationalen und strukturellen Bedingungen der Freiwilligenarbeit, der unter den Terminus des neuen Ehrenamtes subsumiert wurde (vgl. zum neuen Ehrenamt u.a. Olk 1989b: 32; Rauschenbach 1991: 8f.; Helbrecht-Jordan 1992: 238f.). Parallelen zu der im selben Zeitraum erstarkenden Individualisierungsforschung sind gerade mit Blick auf die Betonung der selbstverwirklichenden und bedürfnisbezogenen Elemente der Wissensordnung des neuen Ehrenamtes nicht von der Hand zu weisen (Beck 1986; Gross 1994; Hitzler/Honer 1994; Klages 1999). Die Engagiertenprobleme der klassischen Organisationen deutscher Wohlfahrtsstaatlichkeit dürften demnach, so die verbreitete Argumentation der Ehrenamtsforschung, nicht als Indiz für einen allgemeinen Rückgang des Engagements in der Bevölkerung gedeutet, sondern vielmehr als eine Krise der Vereine und Verbände verstanden werden, die nicht angemessen auf die Bedürfnisse der neuen Ehrenamtlichen reagierten (Olk 1987, 1989b). Diesbezüglichen Reformbedarf sahen die Sozialwissenschaftler jedoch nicht nur bei den Vereinen und Verbänden, sondern auch beim Staat: Während letzterer z.B. durch die Anerkennung freiwilligen Engagements in der Sozial- und Rentenversicherung oder den Ausbau des Versicherungsschutzes für Freiwillige einen entscheidenden

Beitrag zur Unterstützung des Ehrenamtes leisten könne, seien die etablierten Verbände gut beraten, wenn sie die strukturellen Veränderungen im Ehrenamt ernst nehmen und daraus entsprechende Konsequenzen für die Betreuung und Gewinnung ihrer Freiwilligen ziehen würden (Olk 1989b: 33; Helbrecht-Jordan 1992: 240; Brandenburg 1995: 115f.).

Diese Ergebnisse der Ehrenamtsforschung wurden von den betroffenen Vereinen und Verbänden in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre mit zunehmender Intensität rezipiert, was wiederum zu einer sukzessiven Destabilisierung der hier bislang vorherrschenden Wissensordnung des alten Ehrenamtes beitrug. Zur Illustration dieses Prozesses sei hier exemplarisch auf die Veröffentlichungen der Verbandszeitschrift *Caritas* des Deutschen Caritasverbandes verwiesen: In der Rubrik Fachbeiträge dieser Zeitschrift findet sich beispielsweise bereits im Jahr 1989 ein ausführlicher Literaturbericht über die aktuellen wissenschaftlichen Publikationen zum Wandel der Ehrenamtlichkeit (Gaidetzka 1989b). Ergebnisse der Ehrenamtsforschung ließ auch die Sozialwissenschaftlerin und damalige Vizepräsidentin des Deutschen Caritasverbandes, Teresa Bock, stets in ihre engagementbezogenen *Caritas*-Artikel einfließen (Bock 1989, 1990, 1994). Seit Anfang der 1990er Jahre kamen in der Zeitschrift *Caritas* nicht nur in regelmäßigen Abständen Wissenschaftler zu Wort, die sich mit dem Wandel des Ehrenamtes beschäftigten (Braun 1990a; Baldas 1993; Halfar 1994; Wessels 1995; Paulwitz 1996b; Gleich 1996), sondern der deutsche Caritasverband beauftragte im Jahr 1991 mit Thomas Olk und Gisela Jakob sogar zwei Protagonisten der wissenschaftlichen Debatte über das neue Ehrenamt mit einer Studie zum freiwilligen Engagement innerhalb ihres Verbandes (Jakob/Olk 1991a, 1991b). Auch in anderen Verbandspublikationen, wie etwa in der Zeitschrift des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche *Diakonie* (Albert 1993; Müller-Schöll 1996), fanden die Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchungen im Engagementbereich seit Anfang der 1990er Jahre mit zunehmender Intensität Erwähnung. Selbst die Sportvereine bemühten sich zusammen mit ihrer nationalen Vertretung, dem Deutschen Sportbund (DSB), im Rahmen verschiedener Veranstaltungen, zu denen stets auch wissenschaftliche Experten eingeladen waren, mehr über die Bedingungen der neuen Ehrenamtlichkeit im Sport in Erfahrung zu bringen (FAZ 1993a; SZ 1995a).

Die hier sichtbar in Erscheinung tretende inhaltliche und personelle Verquickung von Wissenschaft und Vereins- und Verbandswesen stellt jedoch nur eine Ursache für die zunehmende Destabilisierung der Wissensordnung des alten Ehrenamtes in den klassischen Organisationen deutscher Wohlfahrtstaatlichkeit seit Ende der 1980er Jahre dar. Gerade die Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege wurden sich der Bedeutung der Ehrenamtlichen in den eigenen Reihen auch deshalb zunehmend bewusst, da die Freiwilligen sich einerseits selbstbewusst mit engagementbezogenen Reformvorschlägen an die Einsatzstellen oder die Politik wandten und ihre Zahl andererseits im Abnehmen begriffen war. Mit Blick auf die Bereitschaft der Bürger zur Übernahme eines Ehrenamtes gilt festzuhalten, dass in wissenschaftlichen Kreisen bereits in den 1980er Jahren bekannt war, dass die Zahl der Freiwilligen in den klassischen Großorganisationen rückläufig sei bzw. stagniere (u.a. Prognos 1984). Die Gründe hierfür reichten von der zunehmenden Professionalisierung und Bürokratisierung der Sozialen Arbeit insgesamt über die unflexiblen Ehrenamtsbedingungen in den hierarchisch organisierten Großorganisationen bis hin zu veränderten Motivlagen und Individualisierungstendenzen

auf Seiten der Freiwilligen (Streeck 1987: 474; Olk 1995: 107f.). Vor diesem Hintergrund betont auch Olk, dass »sich ein bestimmter Teil des ehrenamtlichen Engagements aus der etablierten Freien Wohlfahrtspflege verabschiedet hat und sich gegenwärtig neben und unabhängig von ihr in veränderten organisatorischen Rahmenbedingungen neu konstituiert« (Olk 1989b: 32).

Die Freiwilligen brachten ihre Unzufriedenheit mit den bestehenden Ehrenamtsbedingungen folglich einerseits zum Ausdruck, indem sie ihre »Exit«-Option – im Sinne einer Abstimmung mit den Füßen (Hirschman 1970) – nutzten, sich von den klassischen Trägern des Ehrenamtes abwandten und mit neuen organisatorischen Rahmenbedingungen experimentierten. Obgleich diese Abwanderung ihren Anfangspunkt bereits in den 1980er Jahren hatte, sickerte diese Erkenntnis nur sehr langsam zu den betroffenen Vereinen und Verbänden durch. Hier fand folglich erst seit Ende der 1980er Jahre eine ernsthafte Problematisierung der abnehmenden Engagiertenzahlen in den eigenen Reihen statt, die als »Krise des Ehrenamtes« gedeutet wurde (Born 1988; Albert 1993: 10; Riedel 1993: 379; Heinemann/Schubert 1994: 238; Zentralrat des DCV 1995: 313; Pott 1996; Paritätischer Wohlfahrtsverband/Stiftung Mitarbeit 1997: 6). Die vergleichsweise späte Auseinandersetzung der deutschen Vereine und Verbände mit dieser Problematik kann u.a. darauf zurückgeführt werden, dass viele Einrichtungen erst spät konkrete Anstrengungen unternahmen, um mehr über den Umfang und die Beschaffenheit des Ehrenamtes in ihren Organisationen in Erfahrung zu bringen. Erste verbandsinterne Studien und Statistiken der Wohlfahrtsverbände bestätigten dann allerdings die bisherigen wissenschaftlichen Befunde des Nachwuchsmangels, der Überalterung und der engagementspezifischen Rekrutierungsprobleme (Götz 1993a: 20; Halfar 1994: 110f.; Brantzen 1995: 221f). Über ähnliche Probleme klagten Anfang der 1990er Jahre neben den Wohlfahrtsverbänden auch die deutschen Sportvereine: So gaben in der Finanz- und Strukturanalyse des Deutschen Sportbundes aus dem Jahr 1991 86 % der befragten Vereine an, dass ihnen die Gewinnung ehrenamtlicher Mitarbeiter erhebliche Schwierigkeiten bereite (Heinemann/Schubert 1994: 358). Die Mitgliederzahlen in den deutschen Sportvereinen seien zwar insgesamt noch erfreulich hoch, doch stiegen die Anforderungen und Bedürfnisse gerade auf Seiten der Jugendlichen immer weiter an, so dass sich Fitnessstudios und andere Formen der individualistischen Freizeitgestaltung zu ernstzunehmenden Konkurrenten für die Sportvereine entwickelten (ebd.: 238; SZ 1994c).

Doch nicht nur der Abwanderungstrend freiwilliger Helfer führte Ende der 1980er Jahre eine Hinwendung der Vereine und Verbände zum Thema Ehrenamt herbei. Ausschlaggebend war zudem, dass sich die hier organisierten Freiwilligen zunehmend selbst zu Wort meldeten und – neben der Inanspruchnahme ihrer Exit-Möglichkeit – versuchten, durch Ausnutzung ihrer »Voice«-Option (Hirschman 1970), d.h. durch die Formulierung von Beschwerden oder Änderungswünschen, einen engagementbezogenen Einstellungswandel auf Seiten ihrer Einsatzstellen und der Politik herbeizuführen. Exemplarisch hierfür sei auf die bereits erwähnten Aktivitäten der Caritas-Konferenzen Deutschlands verwiesen: Auf verschiedenen Vertretertagen präsentierte dieser Fachverband der Caritas die Forderungen der Ehrenamtlichen, die sich sowohl an den Verband als auch an die Politik und die Öffentlichkeit richteten. Bereits auf ihrem Vertretertag im Jahr 1988 in Essen forderten diese eine stärkere Öffentlichkeitsarbeit nach außen und nach innen. Das Ziel bestand darin, die Bedingungen ehrenamtlicher Arbeit öffentlich zu thematisieren

und hierbei die Wünsche und Motive der Freiwilligen zu berücksichtigen (Gaidetzka 1989a: 301). Inhaltlich ging es den Freiwilligen u.a. um bessere Weiterqualifizierungsmaßnahmen, die Anerkennung ihres Bedürfnisses nach Selbständigkeit sowie eine zuverlässige Rückerstattung entstandener Kosten.

Die Verbesserungswünsche der in den Caritas-Konferenzen Deutschlands zusammengefassten Helfergruppen richteten sich jedoch nicht nur an den eigenen Verband, sondern auch an die Politik und die Öffentlichkeit. Unter dem Motto: »Sich einmischen, vertreten, handeln« einigte sich die CKD auf ihrem Vertretertag im Jahr 1994 in Münster auf folgende Forderungen: die rentenrechtliche Anerkennung von Ehrenamtszeiten, die Gewährung eines Steuerfreibetrags für Aufwandsentschädigungen und die Schaffung einheitlicher beruflicher Freistellungsregelungen (Rogg 1994: 459). Die intensiven Auseinandersetzungen der in den Caritas-Konferenzen Deutschlands organisierten Ehrenamtlichen mit den Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement kulminierten in der Verabschiedung eines Positionspapiers, das auf dem Vertretertag im März 1996 in Erfurt einstimmig beschlossen wurde. Die CKD verfolgte mit dieser Veröffentlichung das Ziel, sich in die verbandlichen, kirchlichen und gesellschaftlichen Diskussionen um das Ehrenamt einzumischen und hier für bessere ehrenamtliche Rahmenbedingungen zu werben. Zusätzlich zu den bereits beim Vertretertag der CKD im Jahr 1994 genannten institutionellen Neuerungen forderten sie hier die Überarbeitung des bestehenden Arbeitsförderungsgesetzes, die Schaffung von Freiwilligenzentren sowie die Gewährung eines umfangreichen Versicherungsschutzes im Ehrenamt (CKD 1996).

Dem hier am Beispiel der Caritas-Konferenzen Deutschlands skizzierten steigenden Selbstbewusstsein der Freiwilligen brachten auch die Printmedien seit Anfang der 1990er Jahre insofern mehr Aufmerksamkeit entgegen, als diese einerseits zunehmend über Veranstaltungen unter Beteiligung von Freiwilligen bzw. ihren Vertretungen und andererseits über die Unzufriedenheit vieler Freiwilliger mit den bestehenden Engagementbedingungen berichteten (FAZ 1988b, 1991; Born 1996: 28). So zitierte beispielsweise die FAZ im Jahr 1989 ein oftmals Wilhelm Busch zugeschriebenes Gedicht, das ein frustrierter ehrenamtlicher Funktionär an den Präsidenten seines Vereins geschickt hatte: »Willst du froh und glücklich leben, laß kein Ehrenamt dir geben! Willst du nicht zu früh ins Grab lehne jedes Amt glatt ab! [...] Wieviel Mühe, Sorgen, Plagen, wieviel Ärger mußt du tragen. Gibst viel Geld aus, opferst Zeit – und der Lohn? ›Undankbarkeit!‹« (FAZ 1989)

Hinzu kommt, dass die Freie Wohlfahrtspflege Anfang der 1990er Jahre nicht nur »von unten«, d.h. durch die Freiwilligen selbst, unter Druck gesetzt wurde, sondern auch die Politik mit hohen Erwartungen an diese herantrat. Angesichts der Finanzierungsprobleme öffentlicher Sozialhaushalte und der Grenzen professioneller Dienstleistungserbringung stieg in diesem Zeitraum, wie Olk (1989b: 31) und Braun (1989: 43, 1990b: 435) darlegen, das politische Interesse an der Ressource Ehrenamt. Die gesteigerte Aufmerksamkeit der Bundespolitik für dieses Thema schlug sich aber kaum, wie im weiteren Verlauf der Ergebnispräsentation noch zu zeigen sein wird, in staatlichen Initiativen zur Verbesserung der institutionellen Bedingungen für freiwilliges Engagement nieder. Stattdessen wurde von politischer Seite die Forderung an die Freie Wohlfahrtspflege formuliert, dass diese als ureigenste Institution des Ehrenamtes das bislang brachliegende Reservoir an Freiwilligen in der Gesellschaft heben müsse (Olk 1989b: 31; Albert 1993: 9). In diesem

Zusammenhang wurde den Vereinen und Verbänden von bundespolitischer Seite zudem vorgeworfen, dass sie selbst an den nachlassenden Engagiertenzahlen in den eigenen Reihen schuld seien, da sie der Entwicklung zur Freizeitgesellschaft bislang zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt und es somit verpasst hätten, attraktive und flexible Angebote für potenzielle Freiwillige zu entwickeln (u.a. Münteferring 1995; Scharping 1996: 14-16; Riegert 1997: 16f.). Daher, so das Fazit, müssten in erster Linie die Organisationen und nicht der Staat erhebliche Anpassungsleistungen in Sachen Ehrenamt erbringen (Abgeordneter Riegert (CDU/CSU), in: BT Pl.-Prot. 13/145 1996: 13107). Diese Erwartungen und Vorwürfe wurden von Seiten der Politik demnach zu einem Zeitpunkt an die Dienste und Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege herangetragen, der ungünstiger nicht hätte sein können, litten diese ja selbst – wie soeben dargestellt – unter den nachlassenden Engagiertenzahlen in den eigenen Reihen.

Zudem befanden sich die Wohlfahrtsverbände Anfang der 1990er durch die Umstellung der kommunalen Sozialverwaltungen auf New Public Management-Strategien sowie durch die Überarbeitung der Sozialgesetzgebung in einer schwierigen Umbruchsituation. So büßten diese im Zuge der Einführung der Pflegeversicherung im Jahr 1994 ihr bisheriges Anbietermonopol im Bereich der sozialen Dienste weitgehend ein und mussten sich nun im Wettbewerb mit verbandsunabhängigen Initiativen und privatgewerblichen Anbietern beweisen (Olk 1995: 111; Strünck 2000: 114). Angesichts der sich daraus ergebenden Notwendigkeit, die Angebote den sich etablierenden Wettbewerbs- und Marktbedingungen anzupassen, spricht Olk davon, dass sich die Wohlfahrtsverbände in den 1990er Jahren »zu betriebswirtschaftlich orientierten Dienstleistungsanbietern« entwickelt hätten (Olk 1995: 108). Wie die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege anmerkt, zwang diese Umstellung die Wohlfahrtsverbände zu einem »Spagat zwischen betriebswirtschaftlicher Funktionsfähigkeit und Gemeinwohlorientierung sowie professionellem und freiwilligem Engagement« (BAGFW 1997: 5), was wiederum zu einer deutlichen Verminderung ihrer Attraktivität als Tätigkeitsfeld für Ehrenamtliche führte. Aus diesem Grund wies auch die Arbeiterwohlfahrt die Vorwürfe der Politik zurück, dass die Wohlfahrtsverbände allein für das Nachlassen des freiwilligen Engagements verantwortlich seien. Stattdessen hätten Politik, Öffentlichkeit und Wissenschaft den Verbänden die Prinzipien des Marktes »verordnet«, wodurch sich die Ehrenamtlichen »seit Jahren mit betriebswirtschaftlichen Argumenten an den Rand gedrängt« fühlten (Pott 1996: 11). Den politischen Vorwürfen begegneten die Vereine und Verbände zudem mit der Feststellung, dass sie nach wie vor zu den größten Trägern ehrenamtlicher Arbeit in Deutschland zählten und sich tausende von Ehrenamtlichen in ihrem Umkreis engagieren würden: »[M]anche Partei wäre froh, nur einen Bruchteil als Mitglieder zu haben.« (Puschmann 1998: 379)

Insgesamt betrachtet zeigt sich, dass angesichts der wissenschaftlichen Erkenntnisse und der Einsicht in die Abwanderung der eigenen Freiwilligen auch die Vereine und Verbände die für die Erzählung des traditionellen Ehrenamtes charakteristische Behauptung nicht mehr länger aufrechterhalten konnten, dass sie der selbstverständliche Hauptträger des Ehrenamtes seien. Es erschien folglich wenig glaubhaft, die innerorganisationalen Defizite im Umgang mit den eigenen Freiwilligen noch länger zu leugnen und im Sinne des alten Ehrenamtes darauf zu beharren, dass es genügend Menschen gebe, die sich aus einer milieubezogenen

Verpflichtung heraus in den traditionellen Organisationen deutscher Wohlfahrtsstaatlichkeit engagieren. Durch die hohen Erwartungen, die von verschiedenen Seiten an die Organisationen der Freien Wohlfahrtspflege und die Großvereine herangetragen wurden, befanden sich diese folglich in einer eher defensiven Position, die dazu führte, dass sie sich zunehmend der Wissensordnung des neuen Ehrenamtes und der damit untrennbar verbundenen Einsicht in die Notwendigkeit organisationaler und institutioneller Neuerungen öffneten. Bei diesen setzte sich demnach spätestens in der ersten Hälfte der 1990er Jahre die Überzeugung durch, dass sie nur dann für Freiwillige attraktiv bleiben können, wenn einerseits innerverbandliche Reformen durchgeführt würden und andererseits das Ehrenamt gesellschaftlich aufgewertet sowie (bundes-)politisch durch institutionelle Reformen unterstützt werde. Der sich abzeichnende allmähliche Übergang der deutschen Vereins- und Verbandslandschaft zu einer reformorientiert-progressiven Position stellt insofern eine sinnvolle Restrukturierung der hier bislang vorherrschenden Wissensordnung dar, als auf diese Weise die neuen Ansprüche der Freiwilligen in den eigenen Reihen aufgegriffen und offensiv an die Politik weitergeleitet werden konnten. Hierdurch entledigten sich die deutschen Vereine und Verbände zumindest eines Teils der an sie herangetragenen Forderungen.

Der nunmehr ausführlich beschriebene Wandel im Umgang der Vereine und Verbände mit der vermeintlichen Krise des Ehrenamtes Anfang der 1990er Jahre lässt sich auf die folgenden zwei Argumentationsstränge zuspitzen: Erstens wurden sich diese zunehmend der Tatsache bewusst, dass die eigenen hierarchischen und bevormundenden Organisationsstrukturen mitunter den gesteigerten Ansprüchen der neuen Freiwilligen an ein Engagement im Wege stünden (Zentralrat des DCV 1995: 319-321). Zweitens wurde auch der Bundespolitik eine Teilschuld für die Engagementmüdigkeit der Bürger zugeschrieben, da einerseits der staatlich forcierte Vermarktlichungsdruck die Freie Wohlfahrtspflege zunehmend unattraktiv für Engagierte mache und die Bundespolitik andererseits bislang kaum eigene Anstrengungen unternommen habe, um die Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement angemessen zu gestalten (Baldas 1993: 407-409).

Seinen wohl deutlichsten Niederschlag fand die veränderte engagementspezifische Grundhaltung der deutschen Wohlfahrtsverbände und Vereine in der sprunghaft ansteigenden Anzahl an von diesen initiierten diesbezüglichen Tagungen, Werbekampagnen und interdisziplinären Gesprächsrunden Anfang der 1990er Jahre, in denen Praktiker aus dem Feld, (Lokal-)Politiker und Wissenschaftler über die institutionellen Erfordernisse der Engagementförderung diskutierten (SZ 1993c, 1994b). Diese Veranstaltungen und Kampagnen wurden zudem von einer starken Medienpräsenz begleitet, so dass die Klagen der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege sowie des deutschen Vereinswesens, allen voran des Sports, über eine Krise des Ehrenamtes im öffentlichen Raum deutlich zu vernehmen waren. Der folgende exemplarische Überblick soll einen Eindruck von der diesbezüglichen Medienberichterstattung vermitteln: So spitzte beispielsweise die FAZ die engagementbezogenen Debatten auf dem vierten Eichholzer Sportforum im Jahr 1993 auf die Erkenntnis zu: »Der Patient kränkt, aber noch erhält uns eine erstaunliche Robustheit seine Schaffenskraft« (FAZ 1993a; ebenso FAZ 1988b). Die *Süddeutsche Zeitung* fasste die Diskussionen auf dem Hearing des Bezirksjugendrings Niederbayern im Jahr 1993 mit den Worten zusammen: »Zunehmender Rückzug ins Private. Vereinen kommt Jugend abhanden« (SZ 1993e). Ähnlichen Schlagzei-

len begegnet man zudem im Wochenmagazin *Der Spiegel*: »Die Jungen kneifen. Den deutschen Vereinen geht der Nachwuchs aus« (Spiegel 1994c) oder in der *Süddeutschen Zeitung*: »Der Wertewandel treibt die Vereine in einen Teufelskreis« (SZ 1994c). Letztere zitierte den Landesbischof Johannes Hanselmann auf der Frühjahrstagung der Evangelischen Landessynode in Günzburg mit den Worten: »Sie [die Ehrenamtlichen, D.N.] sind unverzichtbar, aber sie stehen nicht Schlange.« (SZ 1993b) Ebenfalls in der *Süddeutschen Zeitung* findet sich ein Bericht über die Fachtagung des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes zum Thema »Das Amt – die Ehre – die Arbeit«, der den Titel trägt: »Bereitschaft zur Übernahme läßt spürbar nach. Das Ehrenamt als Klotz am Bein« (SZ 1994b).

Die hier exemplarisch aufgeführten Presseartikel zeigen deutlich, dass seit Anfang der 1990er Jahre »[l]andauf, landab [...] Klagen über den Niedergang der Solidarität zu hören [sind]. Der Abgesang auf das Ehrenamt wird angestimmt, auf den Idealismus, Altruismus, die Hilfsbereitschaft. [...] und als Beleg muß meist der Mitgliederschwund der Verbände, Parteien und Kirchen herhalten.« (Zeit Online 1997i) Dass die Krise der Ehrenamtlichkeit trotz, wie bereits an anderer Stelle ausgeführt (vgl. Kap. 4.3, Fn. 17), anderslautender statistischer Umfragen und steigender Mitgliederzahlen in alternativen Bündnisformen derart thematisiert wurde, liegt u.a. an der gesellschaftlich einflussreichen Position der großen Wohlfahrtsverbände und Sportvereine, die ja tatsächlich, wie auch Eckhard Priller vom WZB bestätigt, mit einem Mitgliederschwund zu kämpfen hatten: »Aus der Sicht der großen Verbände gibt es einen Niedergang im Engagement und in der Hilfsbereitschaft. Und die haben nun mal die *Meinungsführerschaft*. Denen laufen die Mitglieder davon.« (Zeit Online 1997i, Herv. d.V., D.N.)

Es blieb allerdings nicht nur bei diesen – medial verstärkten – Klagen über die vermeintlich abnehmende Bereitschaft der Bürger zur Übernahme eines freiwilligen Engagements. Vereine und Verbände traten seit Anfang der 1990er Jahre auch verstärkt an Kommunal-, Landes- und Bundespolitiker mit der Forderung heran, sich nicht länger den institutionellen Erfordernissen der Engagementförderung zu entziehen. Am Beispiel des Deutschen Caritasverbandes und des deutschen Sportbundes soll daher nachfolgend gezeigt werden, wie diese in den 1990er Jahren die Einsicht in die Notwendigkeit von organisationsinternen Reformen in Sachen Freiwilligenbetreuung zunehmend mit Forderungen an die Politik verknüpften.

Der Deutsche Caritasverband

Die Auswertung verschiedener verbandsinterner Publikationen des Deutschen Caritasverbandes, wie etwa der Verbandszeitschrift *Caritas*, einzelner Ausgaben des Caritas-Jahrbuches sowie der Zeitschrift *Sozialcourage*, zeigt, dass hier seit Ende der 1980er Jahre mit zunehmender Intensität über innerverbandliche Reformmaßnahmen nachgedacht wurde, die den Bedingungen der neuen Ehrenamtlichkeit Rechnung tragen (Nachbauer 1989; Bock 1990: 354, 1996a: 97, 1996b: 223-225; Gaidetzka 1990: 587; Puschmann 1992: 164; Born 1993: 33f.). Die diesbezüglichen Überlegungen wurden allerdings von der Einsicht begleitet, dass diese organisationsinternen Reformen zur Förderung des Ehrenamtes keineswegs ausreichend seien, da viele Forderungen der neuen Ehrenamtlichen außerhalb des Zuständigkeitsbereiches der Vereine und Verbände lägen.

Nach Angaben einer im Jahr 1993 gegründeten Arbeitsgruppe der Caritas, die sich mit Fragen der Engagementförderung auseinandersetzte, sei es demnach

dringend erforderlich, dass freiwilliges Engagement auch gesellschaftlich sowie insbesondere politisch aufgewertet und unterstützt werde (Baldas 1993: 407-409). Das aus diesen Debatten hervorgegangene Arbeitspapier beinhaltete sowohl Empfehlungen an die Politik als auch an die Einrichtungen des Caritasverbandes. Letzteren wurde nahegelegt, die Gewinnung Ehrenamtlicher stärker in ihr Personalmanagement zu integrieren. Hierzu gehöre es auch, Fortbildungen anzubieten, Sachkosten zu übernehmen, Versicherungsschutz zu gewährleisten sowie eine Gleichbehandlung von Haupt- und Ehrenamtlichen sicherzustellen. Des Weiteren wurde der Deutsche Caritasverband explizit dazu aufgerufen, sich mit seinen engagementspezifischen Forderungen stärker an die Politik zu wenden und diese zur sozialversicherungs- und rentenrechtlichen Anerkennung von Sozialzeiten oder zur steuerlichen Absetzbarkeit von im Ehrenamt anfallenden Kosten aufzufordern. An die Adresse der Politik formulierte die Arbeitsgruppe die Forderung, freiwilliges Engagement nicht mehr nur in politischen Sonntagsreden zu loben, sondern darüber hinaus Sozialzeiten gesellschaftlich aufzuwerten, Projekte von Ehrenamtlichen finanziell zu fördern sowie die gesellschaftliche Anerkennung von Ehrenamtszeiten durch Nachweise oder Eintragungen ins Schulzeugnis zu stärken (ebd.).

Diese hier exemplarisch anhand einer verbandsinternen Arbeitsgruppe der Caritas aufgezeigte Verflechtung von innerverbandlichen Reformvorhaben und Forderungen an die Politik entwickelte sich bis Mitte der 1990er Jahre zur zentralen Umgangsweise des Caritasverbandes mit dem Thema Ehrenamt (Götz 1993b: 36-39; Bock 1994: 422f.; Born 1996: 28). Zugleich trat der DCV immer offensiver mit seinen Forderungen an die Öffentlichkeit und die Politik heran. So formulierte beispielsweise die Vertreterversammlung des Deutschen Caritasverbandes im Jahr 1993 explizit das Ziel, sich gerade mit Blick auf die Durchsetzung der institutionellen Dimension der Engagementförderung in Zukunft stärker in politische Angelegenheiten einzumischen (Baron 1993: 428). Diese Bemühungen kulminierten in der Stellungnahme des Zentralrats des Deutschen Caritasverbandes »Ehrenamtliche Tätigkeit in der Caritas – Bestandsaufnahme – Perspektiven – Positionen« (Zentralrat des DCV 1995), die am 10. Mai 1995 in Würzburg beschlossen wurde. Mit diesem Dokument bezog der Deutsche Caritasverband erstmals in seiner Verbandsgeschichte explizit Stellung zum Thema Ehrenamt. Dieses Positionspapier zielte grundlegend darauf ab, die Aufmerksamkeit auf die Besonderheiten des neuen Ehrenamtes sowie die damit verbundenen politischen und organisationalen Handlungserfordernisse zu lenken: Im Mittelpunkt der Kritik stand dabei die Tatsache, dass das Ehrenamt von den zentralen gesellschaftlichen Kräften viel zu lange als selbstverständlicher und voraussetzungsloser Bestandteil Sozialer Arbeit betrachtet wurde:

»Jetzt rächt sich, daß es von Profis in Politik, Verwaltung und in der freien Wohlfahrtspflege, den Caritasverband eingeschlossen, versäumt wurde, den »Eigensinn« ehrenamtlichen Handelns und dessen Notwendigkeit für die Gewährleistung von sozialer Sicherheit und persönlicher Zuwendung deutlich zu machen und zu fördern.« (Ebd.: 311)

Neben der Selbsterkenntnis bislang unzureichender innerverbandlicher Reformmaßnahmen (ebd.: 318-324) forderte dieses Positionspapier auch Politik und Verwaltung dazu auf, »Strukturen zu schaffen und nach Wegen zu suchen, durch die

es [das Ehrenamt, D.N.] unterstützt und gefördert wird« (ebd.: 324). Hierzu zählen u.a. Maßnahmen wie die Erhöhung der Steuerfreibeträge, die Berücksichtigung bei der Rente, gesetzliche Freistellungsregelungen, die Überarbeitung des Arbeitsförderungsgesetzes sowie der Ausbau gesellschaftlicher Anerkennungsformen (ebd.: 324f.).

Mit Blick auf das Positionspapier des Caritasverbandes verdient gerade der starke Politik- und Öffentlichkeitsbezug dieses Dokuments besondere Aufmerksamkeit: Der DCV formulierte hier explizit das Ziel, in Zukunft durch Stellungnahmen in der Öffentlichkeit, durch Kontaktaufnahme mit den zuständigen politischen Gremien und Ausschüssen des Parlaments sowie durch eine verstärkte Publikationstätigkeit »auf die Verbesserung der gesetzlichen Rahmenbedingungen und der gesellschaftlichen Anerkennung des sozialen Engagements« hinzuwirken (ebd.: 328). Im Zuge dessen forderte auch die Vizepräsidentin des Deutschen Caritasverbandes, Teresa Bock, den Zentralrat der Caritas eindringlich zu einem ähnlich entschlossenen Vorgehen in Sachen Ehrenamt auf, wie er es bereits in seiner Vorlage zur Bekämpfung der Armut im Oktober 1993 an den Tag gelegt hatte.¹ Nur auf diese Weise, so Bock weiter, könne der Caritasverband den »Respekt und Einfluss in der Öffentlichkeit« wiedererlangen, wie er ihn bereits in den 1960er Jahren geltend gemacht hatte, als er die Entwicklung der Sozialgesetzgebung in Deutschland entscheidend mitgestalten konnte (Bock 1995a: 292). »Heute ist sie [die Caritas, D.N.] gefordert, sich am Aufbau der Zivilgesellschaft zu beteiligen« (ebd.), weshalb Teresa Bock eine Einmischung der Caritas in die diesbezüglichen öffentlichen und politischen Debatten für unerlässlich hielt.²

Mit Blick auf die zweite Hälfte der 1990er Jahre zeigt sich, dass der DCV von seinen engagementspezifischen Forderungen an die Politik keineswegs abrückte, sondern diese sogar noch intensivierte. Diese Beharrlichkeit gilt es anhand von zwei Beispielen zu illustrieren: So äußerte sich der damalige Präsident des DCV, Hellmut Puschmann, anlässlich einer Fachtagung der Caritas zum Thema »Kultur der Freiwilligkeit. Das politische Gewicht des Ehrenamtes« im Februar 1998 sehr enttäuscht über die bisherige Passivität der Bundesregierung in Sachen Ehrenamt. Der DCV habe sich in den vergangenen Jahren, so Puschmann, intensiv bemüht, ein neues Bewusstsein für seine Ehrenamtlichen zu entwickeln. Dies sei auf Seiten der Bundespolitik bislang allerdings nicht der Fall gewesen. Vielmehr halte die Bundesregierung weiterhin an gesetzlichen Regelungen fest, die ein freiwilliges Engagement eher behindern als fördern würden (Puschmann 1998: 378-384). Diese Missstände ebenso kritisierend bekannte sich der Zentralrat des Deutschen Caritasverbandes in seinem Beschluss zum Thema Ehrenamt vom 8. Oktober 1998 erneut zu den Forderungen des Positionspapiers aus dem Jahr 1995. Gleichzeitig brachte der DCV hier seinen ungebrochenen Willen zum Ausdruck, sich auch zu-

1 | Dieser Armutsbericht der Caritas ist nach Angaben der Wochenzeitung *Die Zeit* »der bislang größte Affront gegen die Wohlstandsprediger der Regierung Kohl« gewesen, die lange Zeit zu einer Verharmlosung dieser Problematik neigte (Zeit Online 1996b).

2 | Derartige Verweise auf historische Beispiele der erfolgreichen Einmischung des Caritasverbandes in politische Entscheidungen tragen dazu bei, auch das aktuelle Vorhaben als erfolgsversprechend darzustellen und gleichzeitig interne sowie externe Unterstützung für das Projekt zu mobilisieren (Gerhards 1992: 313).

künftig in die entsprechenden gesetzgeberischen Verfahren einzumischen (Zentralrat des DCV 1998: 566; vgl. ebenso FAZ 1997f).

Nicht nur der DCV, sondern auch die übrigen deutschen Wohlfahrtsverbände sowie die Kirchen wendeten sich seit Anfang der 1990er Jahre mit ihren Forderungen in Sachen Engagementförderung verstärkt direkt an die Politik. Die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege waren sich folglich weitgehend darin einig, dass den neuen Bedingungen der Ehrenamtlichkeit nur im Zusammenspiel von innerorganisationalen Reformen und politischen Anstrengungen wirksam begegnet werden könne. Die folgenden Beispiele mögen zur Plausibilisierung dieses Sachverhaltes genügen: Auf der Frühjahrstagung der Evangelischen Landessynode in Günzburg sprach sich beispielsweise der Münchner Synodale Rolf Günther eindringlich dafür aus, dass sich nicht nur innerkirchlich mit dem Thema Ehrenamt auseinandergesetzt werde. Auch »dem Staat stünde es gut an, [...] manche Passagen der kirchlichen Leitlinien als Beitrag für soziale Innovationen in den ›gesamtgesellschaftlichen Dialog‹ zu übernehmen« (SZ 1993c). Die Teilnehmer der Synode setzten sich deshalb vor allem für die Anrechnung des Ehrenamtes auf die Rente und die Verbesserung der steuerlichen Absetzbarkeit von Auslagen und Fortbildungskosten ein (ebd.).

Des Weiteren zeigten sich auch die Sprecher der sechs deutschen Wohlfahrtsverbände im Rahmen einer Diskussionsrunde über die zukünftige Rolle der Freien Wohlfahrtspflege im Sozialstaat in der Evangelischen Akademie Arnoldshain sehr enttäuscht von der ungenügenden Unterstützung des freiwilligen Engagements durch die öffentliche Hand, die sich im Hinblick auf konkrete Fördermaßnahmen für das Ehrenamt ausschließlich in leeren Worthülsen verliere (SZ 1996a). Ähnlich deutliche Worte fand auch der Präsident des Landesverbandes der DRK Hessen, Rudolf Schmitt: »Die Politik muß das Ehrenamt fördern«. Die Gewährung von Steuervorteilen sowohl für die Freiwilligen als auch für die Organisationen erachtete Schmitt als geeignete Maßnahme, um den abnehmenden Engagiertenzahlen entgegenzuwirken (FAZ 1996b). Auf einer zum Thema Ehrenamt veranstalteten Fachtagung setzte sich der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband nicht nur für die rentenrechtliche Anerkennung des Ehrenamtes, Freistellungsregelungen und Bürokratieabbau ein, sondern formulierte auch konkrete Vorwürfe an die Politik: »Es ist nicht vermittelbar, daß Politiker nebenbei abzocken, und draußen werben sie fürs Ehrenamt.« (SZ 1994b)

Die Sportvereine und der Deutsche Sportbund

Neben den Wohlfahrtsverbänden und Kirchen waren es vor allem die deutschen Sportvereine sowie ihre nationale Vertretung, der Deutsche Sportbund, die sich angesichts nachlassender Engagiertenzahlen seit Ende der 1980er Jahre offensiv mit engagementspezifischen Forderungen an die Politik wandten. Die Nachwuchssorgen der deutschen Sportvereine wurden von den Verantwortlichen nicht nur als Zeichen gedeutet, dass das Ehrenamt im Sport an seine Grenzen stoße, sondern dass es darüber hinaus auch durch bürokratische Hindernisse und fehlende politische Fördermaßnahmen behindert werde (FAZ 1988a, 1993a; SZ 1994c; von Richtofen 1996a, 1996b: 6). Aus diesem Grund versuchten die Sportvereine sowie ihre Vertretungen auf Landes- und Bundesebene mit Hilfe von Kampagnen und Veranstaltungen zum Thema Ehrenamt sowohl die Öffentlichkeit als auch die Politik auf diese Problematik aufmerksam zu machen. In diesem Zusammenhang besonders

erwähnenswert sind die Anstrengungen der Landessportbünde, auf deren jeweiliges Drängen hin das Jahr 1993 in Nordrhein-Westfalen und das Jahr 1994 in Bayern zum »Jahr des Ehrenamtes« erklärt wurde (Landessportbund NRW/Kultusministerium NRW 1994). Diskussionsrunden, wie das in regelmäßigen Abständen stattfindende Eichholzer Sportforum, das sich in den Jahre 1993 und 1995 dem Thema Ehrenamt zuwandte (FAZ 1993a; SZ 1995a), sowie Werbekampagnen, wie die im Jahr 1995 ins Leben gerufene Aktion des Deutschen Sportbundes: »Sportvereine – für alle ein Gewinn«, dienten ebenfalls dem Ziel, die besondere Bedeutung von Sportvereinen für das Ehrenamt zu betonen (FAZ 1995a).

Trotz unterschiedlicher Schwerpunktsetzungen und verschiedener regionaler Besonderheiten hatten all diese Veranstaltungen zwei Aspekte gemeinsam: Erstens waren bei diesen Tagungen und Aktionen stets Kommunal-, Landes- oder Bundespolitiker entweder als Gäste bzw. Diskutanten anwesend oder als Kooperationspartner involviert. Zudem wurden diese Kampagnen stets von einer erheblichen Medienaufmerksamkeit begleitet und drangen so ins Bewusstsein breiterer Bevölkerungskreise ein. Zweitens zielten diese Veranstaltungen darauf ab, die Politikfähigkeit des Sports unter Beweis zu stellen und dessen öffentliche Position in Sachen Engagementförderung zu stärken (FAZ 1993a, 1995a). Der nordrhein-westfälische Ministerialdirigent Johannes Eulerling brachte diese Zielsetzung im Jahr 1994 folgendermaßen auf den Punkt: »Gemeinsinn und Solidarität sind die Grundlagen der Politikfähigkeit des Sports und seiner wichtigen Aufgabe: der Sozialen Offensive« (Stadtsporthund Münster o.J.). Besondere Anstrengungen, um die Ehrenamtsproblematik im Sportbereich publik zu machen, unternahm der damalige DSB-Präsident Manfred von Richthofen, der sich in Gesprächen mit Politikern und den zuständigen Ministerien immer wieder für die Aufwertung des Ehrenamtes einsetzte. Auf seine Anfrage hin erklärte sich z.B. der Bundeskanzler Helmut Kohl bereit, die Schirmherrschaft für die DSB-Kampagne: »Sportvereine – für alle ein Gewinn« zu übernehmen (FAZ 1995a).

Die Rolle des DSB-Präsidenten Manfred von Richthofen gilt es an dieser Stelle explizit hervorzuheben, da sich dieser in Sachen Ehrenamt nicht nur für die Belange des Sports einsetzte, sondern auch die diesbezügliche Zusammenarbeit der Sportorganisationen mit den kulturellen, sozialen und kirchlichen Verbänden in Deutschland forcierte. Ausdruck dieser Bemühungen war u.a. das Spitzengespräch zwischen DSB-Präsident von Richthofen, dem Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Karl Lehmann, und dem Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Klaus Engelhardt, im Jahr 1995 in Frankfurt. Sie einigten sich hier u.a. darauf, in Zukunft gemeinsam für die Unterstützung und Anerkennung des Ehrenamtes zu kämpfen (FAZ 1995b). Kulminationspunkt derartiger kollektiver Anstrengungen war die vom Deutschen Sportbund initiierte Anhörung zum Thema Ehrenamt im Berliner Abgeordnetenhaus am 06.11.1995, die als bundesweite Diskussionsplattform für alle auf Freiwilligenarbeit angewiesenen Organisationen fungierte. Diese traten folglich »erstmalig gemeinsam an, um die Belange des Ehrenamtes gegenüber Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu vertreten« (Berliner Resolution zum Ehrenamt 1996: 16). Der DSB-Präsident Manfred von Richthofen rief in seiner Eröffnungsrede die übrigen Verbände und Organisationen zu einem entschlossenen Handeln im Rahmen eines »sozialen Bündnis[ses] der besonderen Art« auf (von Richthofen 1996b: 8). Der Abwärtstrend in Sachen Engagiertenzahlen, so von Richthofen weiter, könne »am wirkungsvoll-

ten im engen Schulterschluß mit Partnern« aufgehalten werden, »die in gleicher Weise betroffen und besorgt sind« (ebd.: 6).

Der DSB-Präsident forderte die bei der Berliner Anhörung anwesenden Verantwortungsträger und Experten aus den Bereichen Bildung, Wirtschaft, Politik sowie Medien auf, sich der Aufgabe der Engagementförderung ernsthaft zu widmen, denn »flammende Bekenntnisse und freundliches Schulterklopfen für die selbstlosen Diener der Gesellschaft reichen nicht aus« (von Richthofen 1996b: 7). Die Diskussionen in den Expertenrunden mündeten in der sog. »Berliner Resolution zum Ehrenamt«, die von 29 gesellschaftlichen Organisationen, u.a. den Kirchen, den Wohlfahrtsverbänden und allen Bundestagsfraktionen, unterzeichnet wurde (Berliner Resolution zum Ehrenamt 1996: 16). Insgesamt blieb die Berliner Resolution jedoch weit hinter den Zielen der auf institutionelle Reformen drängenden Vereine und Verbände zurück. Über allgemeine Belobigungen und Absichtserklärungen, wie etwa, dass die »wertvolle Ressource Ehrenamt« (ebd.) der gesellschaftlichen und politischen Wertschätzung sowie Unterstützung bedürfe, kam die Resolution noch nicht hinaus. Festgehalten wurde lediglich, dass die öffentlichen Formen der Anerkennung ausgeweitet und Ehrenamtszeiten stärker in Bewerbungsverfahren berücksichtigt werden sollten (ebd.). Mit Blick auf andere Forderungen, wie etwa die Einrichtung eines allgemeinen Fonds zur Förderung des Ehrenamtes, die Schaffung einheitlicher Freistellungsregelungen oder die Anerkennung von Ehrenamtszeiten als berufliche Qualifikation, konnte hingegen keine Einigkeit erzielt werden. Während z.B. die Gewerkschaften derartige Maßnahmen begrüßten, sprachen sich die Vertreter der Arbeitgeber und der Wirtschaft prinzipiell gegen stärkere Eingriffe des Staates oder der Wirtschaft in den Engagementbereich aus (DSB 1996: 15).

Obleich die Berliner Resolution zum Ehrenamt insgesamt noch recht allgemein gehalten war und sich gerade viele Vereine und Verbände von der Zurückhaltung bundespolitischer Fraktionen enttäuscht zeigten, war die Anhörung im Berliner Abgeordnetenhaus ein erster Schritt, um die in verschiedenen Gesellschaftsbereichen geführten Debatten über die Möglichkeiten der institutionellen Förderung freiwilligen Engagements auf einen Nenner zu bringen, in gemeinsame Verhandlungen zu treten und öffentliche Aufmerksamkeit für die reformorientiert-progressive Position zu erzeugen (vgl. die Dokumentation des Medienechos in: DSB 1996: 22-25). Da diese vom DSB initiierte Anhörung somit vornehmlich dem Ziel diene, die auf Ehrenamtlichkeit angewiesenen Organisationen zur Zusammenarbeit zu motivieren, kann sie als eine konsensbildende Maßnahme im Sinne der von Michael Schwab-Trapp beschriebenen Kopplungsmanöver verstanden werden (Schwab-Trapp 2002: 60). Die Formierung eines derart breiten Bündnisses war entscheidend, um die kollektive Reichweite der reformorientiert-progressiven Position und damit auch ihre diskursive Wahrnehmbarkeit zu erhöhen. Es bildete sich folglich sukzessive eine breite gesellschaftliche Diskurskoalition bestehend aus den Sportvereinen und den kirchlichen, sozialen und kulturellen Dachverbänden heraus, die öffentlich wahrnehmbar eine Verbesserung der gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement forderte. Wenngleich Bundespolitiker diesen Debatten bis Mitte der 1990er Jahre nur wenig Beachtung schenkten, wurde diesem Thema zumindest auf der kommunal- und landespolitischen Ebene bereits in der ersten Hälfte der 1990er Jahre ein steigendes Interesse entgegengebracht.

6.1.2 Die Unterstützung der reformorientierten Position von Seiten der Kommunal- und Landespolitik

Die empirische Analyse hat ergeben, dass es neben Vereins- und Verbandsvertretern vor allem Kommunal- und Landespolitiker waren, die bereits seit Ende der 1980er Jahre ein deutliches Interesse für Fragen der Engagementförderung entwickelt haben. Als Ideengeber für diese politischen Auseinandersetzungen fungierten u.a. die in diesem Zeitraum verstärkt stattfindenden, von Stiftungen, Vereinen und Verbänden organisierten Veranstaltungen zum Thema Ehrenamt, bei denen auch die Vertreter der Kommunal- und Landespolitik stets anwesend waren. Die hierdurch beförderte Auseinandersetzung politischer Verantwortungsträger mit den engagementbezogenen Forderungen der Vereine und Verbände soll im Folgenden anhand eines Vortrags der Präsidentin des Berliner Abgeordnetenhauses, Hanna-Renate Laurien, im Rahmen einer Sitzung der Arbeitsgruppe Ehrenamt des Deutschen Caritasverbandes beispielhaft illustriert werden: Die CDU-Abgeordnete Hanna-Renate Laurien legte in ihrem Referat dar, dass sie in den letzten Jahren die Diskussionen um die vermeintliche Krise des Ehrenamtes aufmerksam verfolgt habe. Sie zeigte zwar Verständnis für die Sorgen der betroffenen Organisationen, teilte aber ihre Krisenstimmung keineswegs. Ihrer Meinung nach sei die Bereitschaft zum Ehrenamt nicht generell gesunken, sondern habe sich vielmehr gewandelt (Laurien 1995: 294). Nichtsdestotrotz stimmte sie mit den engagementspezifischen Forderungen der Vereine und Verbände weitgehend überein: »Der Vorsitzende der AWO schreibt mir – und ich weiß, wieviele freie Träger ihm zustimmen – er wäre glücklich, wenn die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer [...] Steuerermäßigungen für ihre Aufwendungen erhielten.« (Ebd.: 295) Am Ende ihres Vortrages sprach sich Laurien für die Gewährung ebendieser steuerlichen Vergünstigungen sowie der rentenrechtlichen Anerkennung des Ehrenamtes aus (ebd.: 298).

Aufgrund der zunehmenden Beteiligung von Politikern an den engagementspezifischen Initiativen der Vereine und Verbände nimmt es auch nicht wunder, dass in der ersten Hälfte der 1990er Jahre insbesondere in den Parlamenten derjenigen Bundesländer ausführlich über die Schaffung engagementförderlicher Rahmenbedingungen debattiert wurde, in denen z.B. die Sportverbände die Kooperation mit öffentlichen Stellen deutlich forciert hatten. Beispiele hierfür sind die Bundesländer Nordrhein-Westfalen und Bayern, in denen die Jahre 1993 bzw. 1994 auf Initiative der jeweiligen Landessportverbände zum »Jahr des Ehrenamtes« mit einer Vielzahl von Veranstaltungen erklärt wurden. So setzte sich beispielsweise der nordrhein-westfälische Sozialminister Franz Müntefering bereits im Jahr 1993 intensiv mit den neuen Bedingungen der Ehrenamtlichkeit auseinander und war entgegen der vielerorts geäußerten Sorgen über den »Rückzug ins Private« voll des Lobes über die herausragenden Leistungen der Ehrenamtlichen (FAZ 1993c). Mit Blick auf Bayern zeigt sich, dass in den Jahren 1993 und 1994 viele der von Vereinen und Verbänden geforderten institutionellen Fördermaßnahmen für das Ehrenamt auch auf politischer Ebene diskutiert wurden: So brachte beispielsweise die CSU-Fraktion im Jahr 1993 ein Antragspaket zur Stärkung des Ehrenamtes in den bayrischen Landtag ein, in dem sie u.a. ein vereinfachtes Zuschussverfahren für ehrenamtlich tätige Organisationen sowie eine Erhöhung des Steuerfreibetrags für Ehrenamtliche forderte (SZ 1993a). Im darauffolgenden Jahr sprach sich die

bayrische SPD-Vorsitzende Renate Schmidt für angemessene Aufwandsentschädigungen sowie eine bessere soziale Absicherung der Ehrenamtlichen, z.B. durch die Anerkennung von Sozialzeiten bei der Rentenberechnung, aus (SZ 1994a; FAZ 1994c).

Doch auch in den Parlamenten der übrigen Bundesländer wurde zunehmend die Forderung laut, dass die Bundespolitik die Engagementförderung nicht mehr allein den Kommunen bzw. den jeweiligen Organisationen überlassen dürfe: Die hessische CDU-Landtagsabgeordnete Petra Roth, die als Vizepräsidentin des Landessportbundes auch über die Diskussionen auf der Ebene der Vereine und Verbände im Bilde war, forderte die Bundesregierung auf dem Eichholzer Sportforum im Jahr 1993 eindringlich dazu auf, »auf dem Wege von Gesetzen und Verordnungen [...] die Bereitschaft zum Ehrenamt« zu stärken (FAZ 1993a). Ähnlich offensiv verlangte auch die Sportministerkonferenz der Bundesländer im Jahr 1995 in Dresden, dass das Ehrenamt sowohl durch die deutsche Wirtschaft als auch durch die Bundespolitik stärker gefördert werden müsse. In Bezug auf die bundespolitische Ebene setzten die Sportminister große Hoffnungen in den »Runden Tisch des Sports« mit Bundeskanzler Helmut Kohl, mit dem hier über die Schaffung eines Fonds für das Ehrenamt diskutiert werden sollte (FAZ 1995f).

Ein zusammenfassender Blick auf das bisher Gesagte zeigt, dass sich bis Mitte der 1990er Jahre eine breite gesellschaftlich-politische Diskurskoalition um die reformorientiert-progressive Position in Sachen Engagementförderung formiert hatte. Mit Ausnahme der Arbeitgeberverbände und der Wirtschaft erachteten ein Großteil der deutschen Dachverbände aus den Bereichen Sport, Kultur und Soziales, verschiedene Kommunal- und Landespolitiker sowie einige Freiwilligenvertretungen die bestehenden Gesetze und Verwaltungspraktiken im Bereich des Bürgerengagements – neben innerorganisatorischen Problemen – als zentrale Ursachen für den Rückgang freiwilliger Helfer. Die bestehenden gesetzlichen Regelungen, so die übereinstimmende Feststellung, ließen die veränderten Bedingungen der neuen Ehrenamtlichkeit außer Acht und würden deshalb die Übernahme einer freiwilligen Tätigkeit oftmals eher erschweren als fördern (o.A. 1996: 15; Bürgstein 1998: 375). Aus diesem Grund setzten sich die Befürworter der reformorientiert-progressiven Position zunehmend dafür ein, dass sowohl von Seiten der mit Freiwilligen arbeitenden Organisationen als auch von Seiten der (Bundes-)Politik organisationale und institutionelle Reformen eingeleitet werden.

6.1.3 Die institutionelle Dimension der Engagementförderung als Gegenstand bundespolitischer Debatten (1994 bis 1998)

Während bislang vor allem der sich zwischen Vereins- und Verbandsvertretern sowie verschiedenen Kommunal- und Landespolitikern formierenden Diskurskoalition um die reformorientierte Sichtweise Aufmerksamkeit geschenkt wurde, gilt es nun, den Umgang der konservativ-liberalen Bundesregierung und der übrigen Bundestagsfraktionen mit der institutionellen Dimension der Engagementförderung überblicksartig zu skizzieren. Es wurde bereits mehrfach darauf hingewiesen, dass die schwarz-gelbe Bundesregierung den Belangen des freiwilligen Engagements bis Mitte der 1990er Jahre, abgesehen von einigen kommunitaristisch inspirierten Belobigungen, noch kein ausgeprägtes Interesse entgegengebracht hat. Im Hinblick auf die institutionellen Fragen der Engagementförderung war

hier noch die traditionelle Vorstellung vorherrschend, wonach die Unterstützung ehrenamtlicher Arbeit keine vordringliche Aufgabe des Staates sei, sondern in den Verantwortungsbereich der Kommunen und der etablierten Großorganisationen falle. Das anfängliche Desinteresse der Bundesregierung an der Initiierung engagementspezifischer Fördermaßnahmen erklärt sich folglich u.a. dadurch, dass angesichts dieser lange Zeit praktizierten Verantwortlichkeitsaufteilung gar keine Notwendigkeit bzw. Legitimation für eine direkte Förderung des Engagements durch den Staat bestand. Vor diesem Hintergrund verwundert es kaum, dass die Bundesregierung bis Mitte der 1990er Jahre kaum eigene institutionelle Überlegungen bezüglich einer gelingenden Engagementförderung anstellte.³

Eine diesbezügliche Ausnahme bildeten die bundespolitischen Modellprojekte zur Förderung von Selbsthilfekontaktstellen und Seniorenbüros, die seit Ende der 1980er Jahre ins Leben gerufen wurden. Von diesen institutionellen Verpflichtungen abgesehen wurde die dauerhafte Sorge für das Thema Ehrenamt von Regierungsseite weitgehend abgelehnt. Dies zeigt sich besonders eindrücklich am Beispiel des Deutschen Seniorentages in Wiesbaden im Jahr 1994: Zu diesem Anlass ließen es sich Bundeskanzler Helmut Kohl und die Bundesministerin für Senioren und Familie, Hannelore Rönsch, nicht nehmen, auf die bisherigen Erfolge des Bundesmodellprogramms Seniorenbüro hinzuweisen. Diese Infrastruktureinrichtungen hätten sich in den letzten Jahren zu zentralen Anlaufstellen für ältere Menschen entwickelt, die sich auch nach ihrer Erwerbsarbeitsphase mit Hilfe eines freiwilligen Engagements aktiv am Leben beteiligen wollen. Über derartige Modellprojekte hinaus sahen Kohl und Rönsch jedoch keine Veranlassung, mit staatlichen Mitteln zur Förderung des freiwilligen Engagements beizutragen. Dies sei vielmehr Aufgabe der Länder und Kommunen, die von Rönsch explizit aufgefordert wurden, das Ehrenamt nicht mehr nur symbolisch, sondern auch durch finanzielle Vergünstigungen zu fördern (FAZ 1994a).

Des Weiteren kann die bundespolitische Zurückhaltung in Sachen Engagementförderung darauf zurückgeführt werden, dass mit dem Thema Ehrenamt in politischen Kreisen Anfang der 1990er Jahre höchst unterschiedlich umgegangen wurde: Maßgeblich beeinflusst durch die amerikanische Kommunitarismusdebatte kam es zwar in diesem Zeitraum in bundespolitischen Debatten zu einer verbalen Wiederbelebung des in Deutschland tief verwurzelten Subsidiaritätsprinzips, im Zuge dessen auch die Bedeutung des freiwilligen Engagements aufgewertet wurde, doch handelte es sich hierbei um Diskussionen mit ganz unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen (Focus 1997): Konservative Kräfte deuteten die im Ehrenamt aufscheinenden Individualisierungstendenzen – ganz in kommunitaristischer Manier – als Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, der mit Werteverfall sowie Vereinsamungs- und Vereinzelungstendenzen einhergehe. Die Stärkung der Bürgertugenden und des freiwilligen Engagements wurde von diesen als Möglichkeit betrachtet, diesen Entwicklungen entgegenzuwirken und zur Wiederbele-

3 | Bis Mitte der 1990er Jahre beschränkten sich die Regierungsinitiativen in Sachen Ehrenamt auf die Erstellung von Informationsbroschüren zum FSJ und FÖJ sowie auf wenige medienwirksame Ereignisse, wie etwa die Preisverleihung des Bundesfamilienministeriums im Rahmen des Wettbewerbs »Solidarität der Generationen« im Jahr 1995 oder die Schirmherrschaft des Bundeskanzlers über die Kampagne beim Deutschen Sportbund »Sportvereine – für alle ein Gewinn« (vgl. den Überblick in BT-Drs. 13/5674 1996: 22).

bung des Subsidiaritätsprinzips sowie zur Förderung des gemeinschaftlichen Zusammenhaltes beizutragen (CSU 1993: 10, 78; Schäuble 1994, 1995; Gauly 1995). Ebenso unter Bezugnahme auf den Subsidiaritätsgedanken betonte die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen demgegenüber die Chancen, die sich aus dem neuen Selbstbewusstsein der Bürger für die Selbstorganisation der Gemeinschaft ergeben könnten und forderte eine Stärkung der demokratischen Elemente des Bürgergesellschaftsprinzips (Kretschmann 1995; BT-Drs. 13/3232 1995). Diese Deutung erfuhr Anfang der 1990er Jahre durch die Umbruchsprozesse in Ost- und Mitteleuropa sowie die damit einhergehenden wissenschaftlichen Debatten um die Möglichkeiten der Demokratisierung »von unten« zusätzliche Nahrung (Klein 1991).

Es besteht somit kein Zweifel daran, dass das Engagementthema unter Rekurs auf das Subsidiaritätsprinzip bereits Anfang der 1990er Jahre in bundespolitischen Debatten zur Sprache kam. Hierbei traten jedoch die inhaltlichen Kontroversen zwischen den Bundestagsfraktionen unverkennbar zu Tage. Dies zeigt sich auch im nachfolgenden Redebeitrag der Bündnis 90/Die Grünen-Abgeordneten Andrea Fischer in der Bundestagsdebatte zum Ehrenamt im Jahr 1996: »Die Regierungsfaktionen interpretieren Subsidiarität als Freifahrtschein, dem Individuum, der Familie und der Gruppe Verantwortung zuzuweisen und damit die größeren Teile des Ganzen aus der Verpflichtung zu entlassen, die kleineren zu unterstützen« (Abgeordnete Fischer (Bündnis 90/Die Grünen), in: BT Pl.-Prot. 13/145 1996: 13111).⁴ Es müsse aber, so Fischer weiter, auch die andere Seite des Subsidiaritätsprinzips berücksichtigt werden: Hierzu gehöre es, mehr Raum für demokratische Mitsprachemöglichkeiten zu schaffen und Formen der Bürgerbeteiligung auf allen politischen Ebenen zu etablieren (ebd.: 13112). Dieser kurze Auszug macht deutlich, dass sich der bundespolitische Umgang mit dem freiwilligen Engagement Anfang der 1990er Jahre durch eine Perspektivenvielfalt auszeichnete, die von kommunitaristisch inspirierten Zerfallsprognosen über demokratiepolitische Hoffnungen bis hin zu Debatten über sozialpolitische Einsparungspotenziale reichte.

Die Analyse des Textkorpus zeigt außerdem, dass sich seit Mitte der 1990er Jahre insofern ein Wandel im bundespolitischen Umgang mit dem Thema Ehrenamt abzeichnet, als sich seitdem alle Fraktionen des Deutschen Bundestages intensiv mit engagementbezogenen Fragen beschäftigten. Dass diese Aufmerksamkeitsverschiebung u.a. auf die zahlreichen engagementspezifischen Kampagnen und direkten politischen Anfragen der Vereine und Verbände zurückgeführt werden kann, lässt sich besonders eindrücklich anhand zweier im Jahr 1995 stattfindender Veranstaltungen illustrieren: die vom DSB initiierte Anhörung im Berliner Abgeordnetenhaus sowie das Eichholzer Sportforum. Beide stehen exemplarisch für die intensiven Bemühungen des Deutschen Sportbundes, allen voran seines Präsidenten Manfred von Richthofen, das Thema Ehrenamt in die entsprechenden

4 | In ähnlicher Manier äußerte auch die SPD-Abgeordnete Sigrun Klemmer in derselben Bundestagsdebatte starke Kritik an dem einseitigen Subsidiaritätsverständnis der Regierungsfaktionen: »Das Ehrenamtsverständnis der Koalition entspricht einem Modell, in dem der einzelne, glücklich dem sanften Terror des Wohlfahrtsstaates entronnen, seine Geschicke wieder selbst in die Hand zu nehmen hat und die Schieflagen und Verwerfungen dieser Gesellschaft mit unentgeltlichem Einsatz zurück in die Angeln hebt.« (Abgeordnete Klemmer (SPD), in: BT Pl.-Prot. 13/145 1996: 13109)

politischen Gremien bzw. an wichtige politische Persönlichkeiten heranzutragen. Im Falle des Eichholzer Sportforums war es Wolfgang Schäuble, der zusammen mit Richthofen auf die zentrale Bedeutung des Ehrenamtes für die Sportvereine hinwies und sich für eine gesamtgesellschaftliche Stärkung desselben aussprach (SZ 1995a).

Für die Expertenrunde im Berliner Abgeordnetenhaus entsendeten die Bundestagsfraktionen sogar ihre jeweiligen Sportpolitischen Sprecher bzw. – im Falle der SPD – den Stellvertretenden Parlamentarischen Geschäftsführer, die hier zu den Fragen der Vereine und Verbände Stellung nahmen. Insgesamt fiel die diesbezügliche Resonanz aber eher verhalten aus: Die Ideen der Erhöhung der Übungsleiterpauschale sowie die Anerkennung von Ehrenamtszeiten als Ersatz für den Zivildienst stießen zumindest bei der SPD und Bündnis 90/Die Grünen auf Zustimmung. Für eine rentenrechtliche Berücksichtigung des Ehrenamtes konnten sich dann nur noch Letztere begeistern. Bei CDU und FDP riefen all diese Forderungen Widerstand hervor: Die Ausweitung der Übungsleiterpauschale sei nicht finanzierbar und die rentenrechtliche Anerkennung sogar indiskutabel. Stattdessen wurde die Verantwortung hierfür wieder den Sportvereinen übertragen und gefordert, dass diese selbst Wege finden müssten, um ihre Attraktivität für Ehrenamtliche zu steigern (DSB 1996: 15; vgl. ebenso FAZ 1995c).

Die Berliner Resolution stellt, obgleich man sich hier nicht auf tief greifende institutionelle Neuerungen einigen konnte, einen Wendepunkt in der bundespolitischen Wahrnehmung des Engagementthemas dar, dem seitdem von Seiten aller Bundestagsfraktionen verstärktes Interesse entgegengebracht wurde. Die erste intensive diesbezügliche Auseinandersetzung fand im Rahmen einer Bundestagsdebatte am 05.12.1996 statt. Angestoßen wurde diese Aussprache durch den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Thema »Freiwilliges soziales Engagement fördern und zur Selbständigkeit ermutigen« (BT-Drs. 13/3232 1995) sowie insbesondere durch die Antwort der Bundesregierung (BT-Drs. 13/5674 1996) auf die große Anfrage der Fraktionen der CDU/CSU und der FDP zur »Bedeutung ehrenamtlicher Tätigkeit für unsere Gesellschaft« (BT-Drs. 13/2652 1995). Der großen Anfrage ging wiederum die Gründung eines »Arbeitskreises Ehrenamt« der Fraktion der CDU/CSU (1997) in der 13. Legislaturperiode voraus, der sich mit unterschiedlichen Schwerpunkten rund um das Ehrenamt auseinandergesetzt hat. Die übrigen Bundestagsfraktionen folgten diesem Beispiel: Bündnis 90/Die Grünen veranstaltete z.B. im Juni 1997 in Bonn eine Tagung zum Thema »Ohne Geld, aber nicht umsonst. Bessere Rahmenbedingungen für das freiwillige soziale Engagement«. Die Bundestagsfraktion der SPD rief ebenfalls eine diesbezügliche Arbeitsgruppe ins Leben und initiierte verschiedene Veranstaltungen, wie etwa eine Konferenz mit dem Titel »Engagement stiftet Zusammenhalt. Freiwilliges Engagement – Selbsthilfe – Ehrenamt« im Jahr 1997 (SPD-Bundestagsfraktion 1997). Nach der ersten kritischen Bestandsaufnahme und Bilanzierung im Rahmen der Bundestagsdebatte im Jahr 1996 nahm die Zahl der auf das Thema Bürgerengagement Bezug nehmenden bundespolitischen Initiativen und Anträge zu. Diese fokussierten sich verstärkt auf Einzelaspekte der Thematik, wie etwa auf Frauen im Ehrenamt (BT-Drs. 13/5205 1996; BT-Drs. 13/5383 1996) oder auf die Vereinbarkeit von Arbeitslosigkeit und Freiwilligenarbeit (u.a. BT-Drs. 13/8004 1997).

Die Analyse der inhaltlichen Positionen in den genannten Anträgen, Bundestagsdebatten und Anhörungen zeigt, dass im Grunde alle Fraktionen von der hohen

Bedeutung und Förderungswürdigkeit des freiwilligen Engagements überzeugt waren. Deutliche Differenzen ergaben sich jedoch mit Blick auf die institutionelle Dimension der Engagementförderung, um deren konkrete Ausgestaltung nun auch auf bundespolitischer Ebene in der letzten Amtszeit der liberal-konservativen Regierung gerungen wurde. In diesem Zusammenhang kristallisierten sich zwei Lager heraus, die unterschiedliche inhaltliche Positionen bezüglich der Frage vertraten, welche Verantwortung dem Staat im Rahmen einer Neugestaltung der rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement zukomme: Auf der einen Seite waren es vor allem die damaligen Oppositionsparteien, d.h. SPD, Bündnis 90/Die Grünen und – mit einigen Abstrichen – auch die PDS, die weitgehend mit den von Seiten der deutschen Vereins- und Verbandslandschaft seit Beginn der 1990er Jahre geäußerten, die institutionelle Dimension der Engagementförderung betreffenden Forderungen übereinstimmten. Aus den wissenschaftlichen Debatten über das neue Ehrenamt leitete man hier die handlungsleitende Schlussfolgerung ab, dass das freiwillige Engagement nicht mehr sich selbst überlassen werden dürfe, sondern sehr voraussetzungs voll sei und daher »ermutigt und unterstützt, gefördert und gehegt werden« müsse (Abgeordnete Klemmer (SPD), in: BT Pl.-Prot. 13/145 1996: 13109; Abgeordnete Fischer (Bündnis 90/Die Grünen), in: BT Pl.-Prot. 13/145 1996: 13111). Vor dem Hintergrund dieser grundlegenden Annahme warf die sich hier formierende gesellschaftlich-politische Diskurskoalition den bestehenden engagementbezogenen Gesetzen und Verwaltungspraktiken in Sachen Ehrenamt Versagen vor und attestierte diesen gleichsam eine Mitschuld an den abnehmenden Engagiertenzahlen. Die restriktiven Bestimmungen des Arbeitsförderungsgesetzes wurden hier als ebenso hinderlich für die Übernahme eines freiwilligen Engagements empfunden wie die unzureichende finanzielle Ausstattung der Jugendfreiwilligendienste (BT-Drs. 13/3232 1995: 4; 7-9; o.A. 1996: 18; Abgeordnete Lüth (PDS), in: BT-Drs. 13/8004 1997: 5; Sengling 1997b: 16; Abgeordneter Hagemann (SPD) und Abgeordnete Schewe-Gerigk (Bündnis 90/Die Grünen), in: BT-Drs. 13/11413 1998: 15f.; Deutscher Caritasverband, in: BT-Drs. 13/11413 1998: 7; Puschmann 1998: 381).

Über die Reform hinderlicher rechtlicher Regelungen hinaus appellierten die Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen – in Übereinstimmung mit einem Großteil der deutschen Vereine und Verbände – an die Bundesregierung, nicht nur im Bereich der symbolischen, sondern auch der institutionellen Engagementförderung mehr Verantwortung zu übernehmen. So forderte z.B. die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, dass der Staat auch die »notwendigen organisatorischen, finanziellen und sozialrechtlichen Rahmenbedingungen für die Mobilisierung« des freiwilligen Engagements schaffen müsse (BT-Drs. 13/3232 1995: 3): Zu den immer wiederkehrenden Forderungen gehörten erstens die Überarbeitung der steuerlichen Absetzbarkeit ehrenamtlicher Leistungen, d.h. die Erhöhung und Ausweitung der sog. Übungsleiterpauschale, zweitens die Verbesserung der sozialversicherungsrechtlichen Absicherung der freiwilligen Helfer, z.B. durch die Anrechnung eines Ehrenamtes auf die Rente, und drittens die Etablierung bundeseinheitlicher Freistellungsregelungen (ebd.: 4-6; o.A. 1996: 18; BT-Drs. 13/6399 1996: 2; Zimmermann 1997: 30; Krüger 1997: 19; Abgeordneter Hagemann (SPD) und Abgeordnete Schewe-Gerigk (Bündnis 90/Die Grünen), in: BT-Drs. 13/11413 1998: 15f.; Stadt-Stiftung Gütersloh, in: BT-Drs. 13/11413 1998: 13; Puschman 1998: 383).

Daneben müsse eine gesellschaftliche Aufwertung des Engagements gerade in den Bereichen Schule, Ausbildung und Beruf angestrebt werden: Diskutiert wurde in diesem Zusammenhang über den Ausbau von Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten im Rahmen der Ausübung eines Engagements sowie über die Möglichkeit, Ehrenamtszeiten als Qualifikationsmerkmal ins Schulzeugnis aufzunehmen oder diese bei der Vergabe von Studien- und Ausbildungsplätzen zu berücksichtigen (BT-Drs. 13/6399 1996: 2; Abgeordneter Hagemann (SPD), in: BT-Drs. 13/11413 1998: 15; vgl. die übereinstimmenden Statements der Arbeiterwohlfahrt, des DSB, des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes und der Robert Bosch Stiftung, in: BT-Drs. 13/11413 1998: 6-12).

Angesichts der genannten rechtlichen Defizite wurde der liberal-konservativen Bundesregierung von Seiten der Bundestagsfraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen zudem vorgeworfen, dass der Rückgang der Engagiertenzahlen in Deutschland auf einen »Modernisierungsrückstand« zurückgeführt werden kann, »den die Bundesregierung während langer Jahre fahrlässig verschuldet hat« (Abgeordnete Klemmer (SPD), in: BT Pl.-Prot. 13/145 1996: 13109). Im Fokus der Kritik stand hierbei die in der letzten Amtszeit der liberal-konservativen Regierung besonders deutlich zu Tage tretende Diskrepanz zwischen der verbalen und rituellen Belobigung freiwilligen Engagements in Form von medienwirksamen Kampagnen und gesellschaftlichen Appellen einerseits und der Reichweite der tatsächlich eingeleiteten Fördermaßnahmen andererseits (ebd.; ebenso Abgeordnete Schewe-Gerigk (Bündnis 90/Die Grünen), in: BT-Drs. 13/11413 1998: 16): »Wie ein roter Faden zieht sich durch alle Verlautbarungen der Regierung und ihrer Fraktionen eine ambivalente Botschaft, die lautet: Wir loben und anerkennen, aber es darf nichts kosten.« (Abgeordnete Klemmer (SPD), in: BT Pl.-Prot. 13/145 1996: 13109) Diese Ausweitung symbolischer Politikformen stellte nach Ansicht der Oppositionsfraktionen eine öffentlichkeitswirksame Strategie der Bundesregierung dar, um von ihrer eigentlichen Untätigkeit in Sachen Engagementförderung abzulenken. Deshalb, so die SPD-Bundestagsabgeordnete Ingrid Holzhüter, trage die Bundesregierung zumindest eine Teilschuld am Nachlassen der Engagiertenzahlen in Deutschland:

»Das Engagement für die Gesellschaft geht in vielen Teilen zurück. Das ist ein klares Ergebnis Ihrer Politik [der liberal-konservativen Bundesregierung, D.N.] des kontinuierlichen Sozialabbaus, und ich denke, man muß sich, wenn man regelmäßig alle sozial Bedürftigen als Faulenzer und Drückeberger beschimpft, nicht wundern, daß die Bereitschaft in der Gesellschaft, sich für ebendiese zu engagieren, zurückgeht.« (Abgeordnete Holzhüter (SPD), in: BT Pl.-Prot. 13/145 1996: 13123)

Die hier skizzierten kritischen Stellungnahmen der SPD- und Bündnis 90/Die Grünen-Abgeordneten in der Bundestagsdebatte über freiwilliges Engagement von 1996 können als »Abgrenzungsmanöver« bzw. als Strategien der Dissensbildung verstanden werden (Schwab-Trapp 2002: 60). Durch die Abwertung des bisherigen engagementbezogenen Vorgehens der konservativ-liberalen Bundesregierung verliehen sie ihren eigenen Argumenten nicht nur mehr Gewicht, sondern sie grenzten sich deutlich von der engagementspezifischen Position der Bundesregierung ab, wodurch gleichzeitig die diesbezüglichen Konfliktlinien offengelegt wurden.

Wendet man sich nun der Position und dem Argumentationsmuster der liberal-konservativen Bundesregierung zu, wird deutlich, dass in der Tat die meisten der benannten Reformvorschläge bei der damaligen Bundesregierung auf Ablehnung stießen. Die Regierungsfractionen CDU/CSU und FDP stimmten lediglich der Einsicht zu, dass freiwilliges Engagement, z.B. über Werbekampagnen oder die Zertifizierung erworbener Fähigkeiten bzw. die Anrechnung einer Freiwilligenarbeit bei der Studienplatzvergabe oder BAföG-Bewilligung, gesellschaftlich aufgewertet werden müsse. Diese Aufgaben lägen, so die weitere Argumentation, aber nicht im Verantwortungsbereich des Bundes, sondern seien in erster Linie Aufgabe der einzelnen Bundesländer und Kommunen, die sich um eine Stärkung des Bürgerengagements in der Familie, der Schule und im Berufsleben bemühen müssten (BT-Drs. 13/6386 1996: 5; BT-Drs. 13/5383 1996: 8; Abgeordneter Riebert (CDU/CSU), in: BT Pl.-Prot. 13/158 1997: 14273). Eine Freigabe der Beschränkung der ehrenamtlichen Tätigkeit Arbeitsloser schloss die Bundesregierung ebenso aus, da ehrenamtliche Tätigkeiten in einem Umfang von mehr als 18 bzw. – seit der Einführung des Dritten Sozialgesetzbuches – 15 Wochenstunden verhindern würden, dass ein Arbeitsloser in hinreichendem Umfang einerseits der Arbeitsvermittlung zur Verfügung stehe und andererseits sich selbst um die Beendigung seiner Arbeitslosigkeit bemühen könne (vgl. die Anfrage der Abgeordneten Lüth (PDS), in: BT-Drs. 13/8004 1997: 5 und die Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Rudolf Kraus (CSU), in: BT Pl.-Prot. 13/183 1997: 16511). Auch die geforderte Schaffung gesetzlich geregelter bundeseinheitlicher Freistellungsregelungen oder das Setzen materieller Anreize, wie etwa die Anrechnung des Engagements auf die Rente oder die Ausweitung der Übungsleiterpauschale, lehnte die Regierungskoalition stets mit dem Hinweis auf die Bewahrung unternehmerischer Flexibilität, finanzielle Engpässe sowie auf das Prinzip der Unentgeltlichkeit des Ehrenamtes ab und verwies stattdessen auf die Förderverantwortung der Kommunen bzw. die freiwillige Selbstverpflichtung der Arbeitgeber (BT-Drs. 13/5674 1996: 23-25; BT-Drs. 13/5383 1996: 8-10; Abgeordnete Nolte (CDU/CSU), in: BT Pl.-Prot. 13/145 1996: 13128; Linckelmann 1998: 403f.; Schäuble 1997: 8; Abgeordneter Riebert (CDU/CSU), in: BT-Drs. 13/11413 1998: 15).

Insgesamt gesehen sind es die folgenden Argumentationsmuster, die von der Bundesregierung zum Zwecke der Leugnung der institutionellen Dimension der politischen Engagementförderung zwischen 1994 und 1998 geradezu gebetsmühlenartig vorgebracht wurden: Tief greifende engagementspezifische Reformen seitens des Staates, so die gängige Argumentation, seien sowohl unnötig als auch unpraktikabel, da die bestehenden institutionellen Regelungen (steuerliche Absetzbarkeit, Versicherungsschutz, Modellprojekte usw.) erstens einen angemessenen Handlungsrahmen für freiwilliges Engagement schaffen und keine Behinderung des Bürgerengagements darstellen würden (BT-Drs. 13/5674 1996: 22-24; Abgeordnete Nolte (CDU/CSU), in: BT Pl.-Prot. 13/145 1996: 13127), hierfür zweitens angesichts der schwierigen Lage des Bundeshaushaltes keine finanziellen Mittel zur Verfügung stünden (BT-Drs. 13/5674 1996: 23f.), und drittens ein Wandel der institutionellen Bedingungen hin zu mehr materiellen Anreizen den Wünschen der Freiwilligen und dem Eigensinn des Ehrenamtes als freiwillige und unentgeltliche Tätigkeit grundlegend widersprechen würde (BT-Drs. 13/5674 1996: 25; Abgeordneter Börnsen (CDU/CSU), in: BT Pl.-Prot. 13/145 1996: 13122; Linckelmann 1998: 404).

Demgegenüber setzte sich die liberal-konservative Regierung dafür ein, dass dem Ehrenamt mehr öffentliche Wertschätzung und mediale Aufmerksamkeit entgegengebracht werde, indem sie z.B. den 5. Dezember zum alljährlichen Tag des Ehrenamtes erklärte (Abgeordnete Nolte (CDU/CSU), in: BT Pl.-Prot. 13/145 1996: 13128). Die Verantwortung für eine konkrete Verbesserung der engagementspezifischen Rahmenbedingungen verwies die Bundesregierung stets zurück auf kleinere gesellschaftliche Einheiten oder die jeweiligen Organisationen, wobei gerade letztere eindringlich aufgefordert wurden, ihre durch Bürokratisierung und Professionalisierung geprägten Strukturen an die neuen Bedürfnisse der Freiwilligen anzupassen (BT-Drs. 13/5674 1996: 19; BT-Drs. 13/6386 1996: 4; Abgeordneter Riebert (CDU/CSU), in: BT Pl.-Prot. 13/145 1996: 1307). In diesem Kontext wurde den mit Freiwilligen arbeitenden Einrichtungen z.B. nahegelegt, selbst für ihre Ehrenamtlichen einen freiwilligen Beitrag zur Rentenversicherung abzuführen oder diesen die kostenlose Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs zu ermöglichen (Laurien 1995: 297; BT-Drs. 13/5383 1996: 9f.; Abgeordnete Nolte (CDU/CSU), in: BT Pl.-Prot. 13/145 1996: 13127f.; Linckelmann 1998: 403).

Gesellschaftliche Unterstützung erfuhr diese Haltung der liberal-konservativen Regierung besonders durch die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. Diese lehnte in einer vom Bundesfamilienausschuss durchgeführten Anhörung von Sachverständigen und Verbänden im Jahr 1997, wie schon bei der Anhörung im Berliner Abgeordnetenhaus (DSB 1996: 15), die von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD geforderten bundeseinheitlichen Freistellungsregelungen mit der Begründung ab, dass sich hieraus Wettbewerbsnachteile für die deutschen Unternehmen ergeben könnten. »Als gesamtwirtschaftlich kontraproduktiv abzulehnen sei auch die Forderung nach Selbsthilfe-Förderung als Pflichtaufgabe der Krankenkassen sowie die geforderte Einschränkung der Verfügbarkeit von Arbeitslosen bei ehrenamtlicher Tätigkeit.« (Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, in: BT-Drs. 13/11413 1998: 6f.) Aus Sicht der Arbeitgeberverbände bestehe gerade mit Blick auf die Engagementförderung kein staatlicher Handlungsbedarf. Derartige Eingriffe würden hingegen zu einer Überregulierung dieses Feldes führen, bestehende Engagementbereitschaften behindern und gleichzeitig dem deutschen Unternehmertum schaden (ebd.).

Die Standpunkte der sich gegenüberstehenden Diskurskoalitionen bezüglich der institutionellen Dimension der Engagementförderung lassen sich folgendermaßen auf den Punkt bringen: Alle Bundestagsfraktionen anerkannten zwar die hohe Bedeutung des freiwilligen Engagements und waren sich über die Notwendigkeit der Förderung des Bürgerengagements zum Zwecke der Ausweitung des Gesamtvolumens an freiwillig erbrachten Leistungen einig, doch wurden dem Staat bei der Unterstützung des freiwilligen Engagements höchst unterschiedliche Rollen zugeschrieben: Die Fraktionen der CDU/CSU und FDP brachten ihre diesbezügliche traditionelle Position, die auch bei der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände auf Zustimmung traf, in einem Entschließungsantrag selbst wie folgt auf den Punkt: »Aufgabe des Staates ist es, den für ehrenamtliche Tätigkeiten erforderlichen Handlungsrahmen zu gewähren, nicht aber regulierend in dessen Ausgestaltung einzugreifen.« (BT-Drs. 13/6386 1996: 2) Ihrer Meinung nach falle es vielmehr in den Verantwortungsbereich der mit Freiwilligen arbeitenden Organisationen – und nicht in den des Staates –, passende Rahmenbedingungen für die Bedürfnisse der Freiwilligen zu schaffen (Abgeordnete Leutheus-

ser-Schnarrenberger (FDP), in: BT Pl.-Prot. 13/145 1996: 13113f.). Demgegenüber forderten die SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die PDS in Übereinstimmung mit einer Vielzahl gesellschaftlicher Gruppen (vgl. BT-Drs. 13/11413 1998: 7-9), dass die Bundesregierung konkrete institutionelle Maßnahmen zur Förderung des Ehrenamtes ergreifen müsse, um z.B. die sich aus einer freiwilligen Beteiligung ergebenden Nachteile auszugleichen und die bestehenden rechtlichen Hindernisse für eine Freiwilligenarbeit abzubauen.

6.1.4 Fazit: Die Phase der Diskursstrukturierung im Überblick

Es sind vor allem drei zentrale Erkenntnisse, die im Zuge der Rekonstruktion der deutschen Kontroverse über die institutionelle Dimension der Engagementförderung zwischen 1985 und 1998 deutlich geworden sind und nun im Fokus der abschließenden Ausführungen stehen (vgl. Tab. 2): Erstens gilt es mit Blick auf die soeben skizzierte Formierung zwei sich gegenüberstehender Diskurskoalitionen anzumerken, dass die Gruppen- und Organisationssubjekte vermutlich ganz unterschiedliche Beweggründe für die Unterstützung der genannten inhaltlichen Positionen hatten (Hajer 2008: 281). Dies ändert jedoch nichts daran, dass diese durch ihre – nicht notwendigerweise aufeinander abgestimmte – Bezugnahme auf einen gemeinsamen Standpunkt, in diesem Fall: eine traditionelle, mit institutionellen Verharrungstendenzen einhergehende Sichtweise einerseits und eine progressive, institutionelle Reformen für erforderlich haltende Position andererseits, dazu beitrugen, eine spezifische politische Situations- und Problemdeutung durchzusetzen und auf diese Weise institutionelle und diskursive Wandlungsprozesse voranzutreiben oder zu hemmen (Hajer 1997: 111; Keller 2008b: 90).

Die Herausbildung der breiten gesellschaftlich-politischen Diskurskoalition um die reformorientiert-progressive Sichtweise wurde in diesem Kontext dadurch begünstigt, dass zwischen den vorgebrachten Argumenten eine »diskursive Affinität« (Hajer 2008: 280) bestand. D.h., die einzelnen Argumente waren zwar unterschiedlichen Ursprungs, ermöglichten aber aufgrund ihrer inhaltlichen Ähnlichkeiten die Bildung einer Diskurskoalition zwischen differenten Gruppen- und Organisationssubjekten. Mit Blick auf die Befürwortung engagementförderlicher Maßnahmen durch den Staat bestand z.B. eine diskursive Affinität zwischen dem wissenschaftlichen Argument, dass es tief greifende motivationale und strukturelle Wandlungen im Ehrenamt gebe, die institutionelle und organisationale Reformen geradezu einforderten (u.a. Olk 1989b; Rauschenbach 1991), dem Argument der Vereine und Verbände, demzufolge die bestehenden rechtlichen und institutionellen Regelungen auf Bundesebene selbst einer gelingenden Engagementförderung im Wege stünden (Zentralrat des DCV 1995: 324f.; DSB 1996: 1), dem Argument der SPD, dass der deutsche Sozialstaat auf die freiwillige Hilfe der Ehrenamtlichen angewiesen sei (BT-Drs. 13/6399 1996: 1), und dem Argument von Bündnis 90/Die Grünen, dass der Staat demokratische Selbstfindungs- und Beteiligungsprozesse der Bürger in Form von freiwilligem Engagement stärker unterstützen müsse (BT-Drs. 13/3232 1995: 2). Diese Argumente sind zwar in der Tat höchst unterschiedlich, doch klingen »aus der Sicht jeder dieser Positionen [...] die anderen Argumente »angemessen«« (Hajer 2008: 280), da sie letztendlich alle in die Forderung an den Staat münden, institutionelle Reformen und gesetzgeberische Maßnahmen im Engagementbereich auf den Weg zu bringen. Dieser diskursiven Affinität ist es folg-

lich zu verdanken, dass sich in den 1990er Jahren eine breite gesellschaftlich-politische Diskurskoalition, bestehend aus Vereinen und Verbänden unterschiedlicher Couleur sowie den Bundestagsfraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und PDS um die reformorientierte Position herausbilden konnte.

Um die skizzierten Diskurskoalitionen auch nach außen hin deutlich zu machen, bedienten sich die jeweiligen Gruppen- und Organisationssubjekte zudem sog. »Abgrenzungs- und Kopplungsmanöver« (Schwab-Trapp 2002: 60). Sie beriefen sich hierzu auf Statements Dritter, die eine ähnliche inhaltliche Position wie sie selbst vertraten, oder werteten die Standpunkte des politischen Gegners ab: Die von Manfred von Richthofen im Rahmen der Anhörung im Berliner Abgeordnetenhaus forcierten Bemühungen, die auf Freiwilligenarbeit angewiesenen Organisationen zur Zusammenarbeit zu motivieren, können hiernach als eine Strategie der Konsensbildung verstanden werden. Demgegenüber zielten die skizzierten Redebeiträge der SPD- und Bündnis 90/Die Grünen-Abgeordneten in der Bundestagsdebatte über freiwilliges Engagement darauf ab, sich vom engagementspezifischen Standpunkt der Bundesregierung zu distanzieren. In ähnlicher Manier grenzte sich z.B. auch die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in der öffentlichen Anhörung des Familienausschusses im Jahr 1998 von den institutionellen Reformvorschlägen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ab, indem sie die verschiedenen Forderungen dieser Fraktionen zunächst explizit aufgriff und anschließend unter Betonung der hiermit einhergehenden Probleme ihre Unwirksamkeit herausstellte (BT-Drs. 13/11413 1998: 6). Diese Beispiele zeigen deutlich, dass die Vereine, Verbände und politischen Parteien durch die Bezugnahme auf ähnliche Positionen einflussreicher Kräfte oder die Abgrenzung vom politischen Gegner bemüht waren, sowohl die kollektive Reichweite und Legitimität der eigenen engagementspezifischen Argumente zu stärken als auch den existierenden Konfliktlinien zwischen verschiedenen Diskurskoalitionen Sichtbarkeit zu verleihen.

Zweitens erfuhren durch die Rekonstruktion der hegemonialen Auseinandersetzungen um die institutionelle Dimension der Engagementförderung auch Aussagen von Diskursteilnehmern Berücksichtigung, die ansonsten durch die Kraft des dominanten Diskurses verdeckt geblieben wären. Exemplarisch verwiesen sei hier auf die stets marginalisierten demokratieförderlichen Implikationen des freiwilligen Engagements, mit denen sich vor allem Bündnis 90/Die Grünen Anfang der 1990 Jahre – angeregt durch die Umbruchsprozesse in Ost- und Mitteleuropa und die erstarkende Demokratieforschung – intensiv auseinandergesetzt haben (u.a. Abgeordnete Fischer (Bündnis 90/Die Grünen), in: BT Pl.-Prot. 13/145 1996: 13112). Ein anderes Beispiel ist die in konservativen politischen Kreisen vorherrschende, kommunitaristisch inspirierte Deutung der ehrenamtlichen Individualisierungstendenzen als Zeichen des gesamtgesellschaftlichen Werteverfalls und Egoismusdrangs. Bereits ein Blick in die engagementbezogene Bundestagsdebatte von 1996 zeigt, dass gerade Vertreter der SPD und Bündnis 90/Die Grünen diesen ehrenamtlichen Motivationswandel nicht vordergründig mit zunehmender gesellschaftlicher Kälte und Werteverfall assoziierten, sondern von einer grundlegenden Umdeutung der individuellen Bedeutung freiwilliger Tätigkeiten sprachen, die mit der biografischen Situation, den hohen alltäglichen Flexibilitätsansprüchen sowie den individuellen Selbstverwirklichungsbestrebungen harmonisieren müssen (ebd.: 13111; Abgeordnete Klemmer (SPD), in: BT Pl.-Prot. 13/145 1996: 13109). Auch der in konservativ-liberalen Kreisen so verbreitete Vorwurf einer gesellschaftlichen »Voll-

kaskomentalität« (Schäuble 1994: 39), die zu einer passiven Erwartungshaltung an den Staat führe und mit einem gefährlichen Verlust an Gemeinsinn einhergehe, wurde in einem Redebeitrag der Bündnis 90/Die Grünen-Abgeordneten Andrea Fischer deutlich relativiert:

»Deshalb ist mir völlig unverständlich, warum im Entschließungsantrag der Regierungsfractionen unterstellt wird, daß die ›allgegenwärtige staatliche Daseinsvorsorge‹ die Menschen sich mehr als Empfänger und Nutzer staatlicher Leistungen denn als Geber und Gestalter des Gemeinwesens wahrnehmen ließe. Angesichts aller Befunde über ein in den vergangenen Jahrzehnten größer gewordenenes freiwilliges Engagement, die ja auch in der Antwort der Bundesregierung präsentiert werden, kann solch eine Behauptung doch eigentlich nur noch Ideologie sein!« (Abgeordnete Fischer (Bündnis 90/Die Grünen), in: BT Pl.-Prot. 13/145 1996: 13111)

Drittens kann durch die Wiedergabe des Fallverlaufs zwischen 1985 und 1998 nachvollzogen werden, wie es in diesem Zeitraum zu einer allmählichen Ausbreitung einer reformorientiert-innovativen Position im Umgang mit freiwilligem Engagement zulasten einer traditionell-sachlichen Sichtweise kam. Im Zuge dieses Wandlungsprozesses wurde die Engagementförderung unter Betonung ihrer institutionellen Dimension zunehmend als politisches Problem präsentiert und die bestehenden rechtlichen Regelungen in Deutschland als Teil dieses Problems ausgewiesen. Obgleich sich die reformorientierte Position im Untersuchungszeitraum nicht vollständig durchsetzen konnte und vor allem die liberal-konservative Bundesregierung sowie die Arbeitgeberverbände an einer traditionellen Sichtweise auf das Ehrenamt festhielten, kann dieser Zeitraum als Phase der Diskursstrukturierung bezeichnet werden. Die progressive, institutionelle Reformen begrüßende Sichtweise begann zunehmend die Art und Weise zu dominieren, wie in großen Teilen der Politik sowie der deutschen Vereins- und Verbandslandschaft über eine gelingende Engagementförderung gedacht wurde. Ihr Einfluss schlug sich jedoch (noch) nicht in entsprechenden institutionellen politischen Praktiken nieder. Die hier überblicksartig skizzierten konflikthaften Debatten über einen angemessenen Umgang mit freiwilligem Engagement machen zudem darauf aufmerksam, dass es sich bei der politischen Problematisierung der institutionellen Defizite der Engagementförderung um einen Prozess mit offenem Ausgang gehandelt hat. Die Etablierung der Engagementpolitik als eigenständiges Politikfeld des Bundes seit der Jahrtausendwende verliert angesichts dessen ihren Anstrich der Naturwüchsigkeit und präsentiert sich vielmehr als hochgradig kontingentes Ereignis.

Eine Zusammenfassung der Hauptargumente der deutschen Kontroverse um die institutionelle Dimension der Engagementförderung zwischen 1985 und 1998 bietet die nachfolgende Tabelle.

Tab. 2: Die deutsche Kontroverse über die institutionelle Dimension der Engagementförderung (1985-1998)

Traditionell-sachliche Position	Reformorientiert-innovative Position
Die Konstituierung der Engagementförderung als bundespolitisches Problem	
<p>Das Problem rückläufiger Engagiertenzahlen in den deutschen Vereinen und Verbänden resultiert aus</p> <ul style="list-style-type: none"> • der Professionalisierung und Bürokratisierung der Sozialen Arbeit, • der Verkrustung der Verbands- und Vereinsstrukturen, • den Individualisierungstendenzen und veränderten Motiven auf Seiten der Freiwilligen (diese werden in erster Linie als Ausdruck einer selbstbezogenen Ego-Gesellschaft gedeutet), • der staatlichen Aufgabenfülle und der allseitigen Versorgungs- bzw. Absicherungsmentalität der Bürger. 	<p>Das Problem rückläufiger Engagiertenzahlen in den deutschen Vereinen und Verbänden resultiert aus</p> <ul style="list-style-type: none"> • der Professionalisierung und Bürokratisierung der Sozialen Arbeit, • der Verkrustung der Verbands- und Vereinsstrukturen, • den Individualisierungstendenzen und veränderten Motiven auf Seiten der Freiwilligen (selbstbezogene Tendenzen werden nicht abgestritten; diese sind jedoch Ausdruck des Bedürfnisses nach Selbstbestimmung und einer aktiven Gestaltung der eigenen Biografie angesichts hoher Flexibilitätserwartungen in Beruf und Alltag), • der Vernachlässigung der Engagementförderung durch die Bundesregierung.
<p>Vorwurf der Überdramatisierung des Problems:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Es gibt keinen Anlass zur Sorge, da der Gesamtanteil der Freiwilligen an der Bevölkerung im Vergleich zu den 1960er/1970er Jahren deutlich zugenommen hat. • Lediglich das Eingehen dauerhafter Verpflichtungen gegenüber Vereinen und Verbänden geht zurück. 	<p>Das Problem ist nicht nur auf Vereine und Verbände beschränkt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Freiwilliges Engagement ist insgesamt voraussetzungsvoller geworden, weshalb die Motivation zum Ehrenamt durch entsprechende Rahmenbedingungen in allen Bevölkerungsgruppen geweckt und bewahrt werden muss.

<p>Es besteht weder Bedarf an einem neuen Politikdiskurs noch an institutionellen Reformen, da</p> <ul style="list-style-type: none"> • die Bundesregierung in der Vergangenheit schon in ausreichendem Maße aktiv geworden ist (Modellprojekte Selbsthilfekontaktstellen und Seniorenbüros, Öffentlichkeitsarbeit usw.), • die bestehenden rechtlichen und institutionellen Regelungen auf der bundespolitischen Ebene einen angemessenen Handlungsrahmen für freiwilliges Engagement schaffen, • entsprechend des Subsidiaritätsprinzips und der föderalen Grundstruktur zunächst andere gesellschaftliche Einheiten, allen voran die Vereine und Verbände selbst, hierfür zuständig sind. 	<p>Es besteht Bedarf an einem neuen Politikdiskurs und institutionellen Reformen, da</p> <ul style="list-style-type: none"> • die bestehenden rechtlichen und institutionellen Regelungen auf der Bundesebene eine gelingende Engagementförderung behindern und damit selbst Teil des Problems sind (selbstverschuldeter Modernisierungsrückstand in Deutschland), • das Ehrenamt kaum öffentliche Anerkennung und Wertschätzung erfährt, • die Gesellschaft auf die Wertschöpfung durch freiwilliges Engagement nicht verzichten kann, • freiwillig Engagierte neben verbalen Belobigungen auch einen wirksamen Nachteilsausgleich und förderliche sozialrechtliche, finanzielle und organisatorische Rahmenbedingungen erwarten und einfordern.
<p style="text-align: center;">Wissenschaftliche Erkenntnisse als politische Referenzpunkte</p>	
<ul style="list-style-type: none"> • Die existierenden Umfragen und verbandsinternen Studien vermitteln lediglich einen lückenhaften Eindruck von der deutschen Freiwilligenlandschaft. • Es besteht ein Mangel an zuverlässigen wissenschaftlichen Befunden über die Ehrenamtsbedingungen in Deutschland und die Wirksamkeit innovativer Maßnahmen zur Engagementförderung (z.B. Freiwilligenagenturen). 	<ul style="list-style-type: none"> • Die existierenden Umfragen und verbandsinternen Studien vermitteln einen aussagekräftigen Eindruck von den Engagementbedingungen in Deutschland. • Von Belang ist außerdem das hohe Maß an Problembewusstsein der betroffenen Organisationen. • Die Erfolge von Freiwilligenagenturen im Ausland stellen bereits einen Beleg für ihre Wirksamkeit dar.
<ul style="list-style-type: none"> • Die Forschungsergebnisse zum neuen Ehrenamt werden zwar rezipiert, nichtsdestotrotz wird am Begriff des Ehrenamtes festgehalten. 	<ul style="list-style-type: none"> • Die Forschungsergebnisse zum neuen Ehrenamt finden großen Zuspruch. • Um den veränderten Bedingungen der Freiwilligkeit auch begrifflich gerecht zu werden, wird nach einer neuen Bezeichnung für freiwillig ausgeübte Tätigkeiten gesucht, z.B. freiwilliges Engagement, Volunteering, Freiwilligenarbeit usw.

<ul style="list-style-type: none"> • Trotz Zweifeln an der Aussagekraft existierender wissenschaftlicher Befunde folgt man der Annahme eines brachliegenden Engagementpotenzials. 	<ul style="list-style-type: none"> • Der wissenschaftliche Befund eines brachliegenden Engagementpotenzials in der deutschen Bevölkerung wird nicht angezweifelt.
<p style="text-align: center;">Engagementförderung als bundespolitisches Regulationsfeld</p>	
<ul style="list-style-type: none"> • Die Schaffung engagementförderlicher Rahmenbedingungen (d.h. geeigneter sozialrechtlicher, organisatorischer und finanzieller Bedingungen) ist die vordringliche Aufgabe der Bundesländer/Kommunen, der Vereine/Verbände, der Arbeitgeber und der Medien. • Der Staat unterstützt das Ehrenamt vornehmlich in ideeller/symbolischer Form. 	<ul style="list-style-type: none"> • Die Schaffung engagementförderlicher Rahmenbedingungen (d.h. geeigneter sozialrechtlicher, organisatorischer und finanzieller Bedingungen) wird als konzertierte gesellschaftliche Aktion unter Beteiligung des Staates, der Bundesländer/Kommunen, der Vereine/Verbände, der Wirtschaft und der Medien verstanden.
<p>Regelungsbedarf besteht mit Blick auf</p> <ul style="list-style-type: none"> • die gesellschaftliche Aufwertung des freiwilligen Engagements in den Bereichen Schule, Ausbildung und Beruf (z.B. Ausbau der Weiterbildungsmöglichkeiten, Erwähnung von Ehrenamtszeiten im Schulzeugnis, Berücksichtigung von Ehrenamtszeiten bei der Vergabe von Studien- und Ausbildungsplätzen, berufliche Freistellungsregelungen), • die Verbesserung der öffentlichen Anerkennung (Preisverleihungen, Medienberichterstattung usw.). 	<p>Regelungsbedarf besteht mit Blick auf</p> <ul style="list-style-type: none"> • die Anhebung/Ausweitung der steuerlichen Freibeträge für Aufwandsentschädigungen, • die Überarbeitung der Verfügbarkeitsregelung im Arbeitsförderungsgesetz, • die Schaffung einheitlicher Freistellungsregelungen, • den Ausbau und die zuverlässige Unterstützung einer engagementförderlichen Infrastruktur (Freiwilligenagenturen usw.), • die Einbeziehung Freiwilliger in die gesetzliche Unfall- und Haftpflichtversicherung, • die sozialversicherungsrechtliche Absicherung Freiwilliger (z.B. Anrechnung von Ehrenamtszeiten auf die Rente), • die Verbesserung der rechtlichen und organisatorischen Bedingungen der Jugendfreiwilligendienste (z.B. Ausweitung der Platzzahlen), • die gesellschaftliche Aufwertung des freiwilligen Engagements in Schule, Ausbildung und Beruf, • die Verbesserung der öffentlichen Anerkennung.

<p>Die Institutionalisierung einer staatlichen Engagementförderung ist keine Option, da diese</p> <ul style="list-style-type: none"> • aufgrund der angespannten Haushaltslage des Bundes nicht finanzierbar ist, • dem Prinzip der Unentgeltlichkeit des Ehrenamtes zuwiderläuft, • zu Grenzziehungsproblemen zwischen unterstützungswürdigen und nicht-unterstützungswürdigen freiwilligen Tätigkeiten führt, • die unternehmerische Unabhängigkeit und Flexibilität einschränkt. 	<p>Die Institutionalisierung einer staatlichen Engagementförderung ist notwendig, da</p> <ul style="list-style-type: none"> • diese, ohne das Prinzip der Unentgeltlichkeit zu verletzen, dem Nachteilsausgleich und der Absicherung der Freiwilligen dient, • hierdurch der engagementspezifische Mittelstands-Bias überwunden werden kann und freiwilliges Engagement allen Bevölkerungsgruppen offensteht, • diese ein deutliches Zeichen der Anerkennung freiwilliger Arbeit darstellt, die sich nicht in verbalen Belobigungen erschöpft.
<ul style="list-style-type: none"> • Die Problemschließung wird durch die Betonung des Fehlens aussagekräftiger wissenschaftlicher Befunde und die kategorische Behauptung forciert, dass der Staat nicht für die institutionelle Dimension der Engagementförderung zuständig ist. 	<ul style="list-style-type: none"> • Die Problemschließung wird durch die Behauptung forciert, dass die Schaffung engagementförderlicher Rahmenbedingungen durch den Staat (d.h. geeigneter sozialrechtlicher, organisatorischer und finanzieller Bedingungen) die beste Strategie zur nachhaltigen Stärkung des freiwilligen Engagements darstellt.
<p style="text-align: center;">Diskurskoalitionen</p>	
<p>Unterstützung durch:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände • Bundestagsfraktionen: CDU/CSU, FDP • liberal-konservative Bundesregierung 	<p>breite gesellschaftlich-politische Unterstützung durch:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Vereine/Verbände aus den Bereichen Soziales, Kultur und Sport sowie Kirchen, Stiftungen und Gewerkschaften • Freiwilligenvertretungen (z.B. Caritas-Konferenzen Deutschlands) • Bundestagsfraktionen: SPD, Bündnis 90/Die Grünen, PDS • verschiedene Landtagsfraktionen (vor allem SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU/CSU) • Wissenschaft (Ehrenamtsforschung)

Quelle: eigene Darstellung

6.2 ZUR INTENSIVIERUNG DER DISKURSIVEN DYNAMIK ENGAGEMENTSPEZIFISCHER DEBATTEN: EIN ERKLÄRUNGSANSATZ

Die ausführliche Rekonstruktion der Kontroversen um die institutionelle Dimension der Engagementförderung zwischen 1985 und 1998 hat gezeigt, dass sich die diskursive Dynamik und die Wahrnehmbarkeit der Debatten um die Förderung des freiwilligen Engagements im Untersuchungszeitraum sukzessive erhöht haben. Immer mehr Gruppen- und Organisationssubjekte entwickelten in diesem Zeitraum aus unterschiedlichen Gründen ein Interesse für die neuen Bedingungen freiwilligen Engagements: Während sich in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre vornehmlich Vereine und Verbände diesem Thema zuwandten, beschäftigte man sich Anfang der 1990er Jahre auch in zahlreichen Landesparlamenten mit den institutionellen Fragen der Engagementförderung. Seit Mitte der 1990er Jahre wurde dem Thema Ehrenamt sogar von Seiten aller Bundestagsfraktionen verstärktes Interesse entgegengebracht. Insgesamt deutet folglich alles auf eine ausgeprägte diskursive Dynamik dieses Themas im Untersuchungszeitraum hin, das sich innerhalb von nur zehn Jahren von einem Randthema, dem allenfalls seitens der Wissenschaft oder der mit Freiwilligen arbeitenden Organisationen Aufmerksamkeit geschenkt wurde, zu einem Problemfeld von bundespolitischer Relevanz entwickeln konnte.

Es sind insbesondere zwei Aspekte dieser Entwicklung, die es im Folgenden unter Rückgriff auf intentionale und strukturelle Diskursmechanismen zu erklären gilt: Die Gründe, weshalb sich die deutschen Vereine und Verbände zunehmend dem Thema Ehrenamt widmeten, wurden bereits zu Beginn dieses Kapitels ausführlich dargelegt. Ihr diesbezüglicher Positionswechsel ist vor allem deshalb nicht weiter verwunderlich, da diese ja selbst direkt von dem Rückgang der Engagiertenzahlen betroffen waren. Deutlich erklärungsbedürftiger erscheint hingegen der Befund, dass es seit Mitte der 1990er Jahre zu einer verbalen Hochkonjunktur engagementspezifischer Themen auf der bundespolitischen Ebene kam, die im deutlichen Gegensatz zu der bis dato vorherrschenden diesbezüglichen Zurückhaltung aller Bundestagsfraktionen stand. Daneben verlangt noch ein weiterer Aspekt dieser Entwicklung nach einer Erklärung: Obgleich die reformorientiert-progressive Position in Sachen Engagementförderung zwischen 1985 und 1998 bei einer steigenden Anzahl politisch-gesellschaftlicher Kräfte auf Zuspruch traf, hielt die konservativ-liberale Bundesregierung bis zum Ende ihrer Legislaturperiode an ihrer Nichtzuständigkeitsbehauptung in Sachen Engagementförderung fest und verhinderte damit die Einführung engagementpolitischer Maßnahmen.

Währenddessen die zuletzt erwähnte Blockierung der vollständigen Durchsetzung der reformorientiert-innovativen Problemdefinition als neuer Politikdiskurs im Zeitraum von 1994 bis 1998 durch Rückgriff auf diskursiv-strukturelle Mechanismen erklärt werden soll, gilt es nachfolgend, zunächst die bundespolitische Bedeutungsaufwertung des Ehrenamtes seit Mitte der 1990er Jahre durch die Identifikation weicher Steuerungsmechanismen verständlich zu machen.

6.2.1 Die bundespolitische Bedeutungsaufwertung des Ehrenamtes Mitte der 1990er Jahre als ein Ergebnis weicher Steuerung

Die empirische Analyse hat gezeigt, dass im Hinblick auf die Phase der Diskursstrukturierung eine Zweiteilung des Untersuchungszeitraums vorgenommen werden musste, da sich bis Mitte der 1990er Jahre die reformorientierte Sichtweise zunächst nur in der deutschen Vereins- und Verbandslandschaft sowie auf kommunal- und landespolitischer Ebene durchsetzen konnte. Die Haltung der Bundesregierung wurde bis dato als wohlwollendes Desinteresse beschrieben. Abgesehen von verbalen Belobigungen des Ehrenamtes in Sonntagsreden und einigen vereinzelten Modellprojekten hielt man in Regierungskreisen an der traditionellen Vorstellung des Ehrenamtes fest und schenkte diesem insgesamt nur wenig Aufmerksamkeit. Wie ausführlich gezeigt, änderte sich dies Mitte der 1990er Jahre grundlegend: Die liberal-konservative Bundesregierung nahm zwar auch weiterhin von institutionellen Neuerungen im Engagementbereich Abstand, jedoch kam es seitdem zu einer verbalen Hochkonjunktur dieses Themas in allen Bundestagsfraktionen. Diese bundespolitische Aufmerksamkeitsverschiebung Mitte der 1990er Jahre kann mit Hajer als ein typisches Ereignis in der konfliktreichen Phase der Diskursstrukturierung betrachtet werden, in der »zentrale Akteure [...] überzeugt oder dazu gezwungen werden, die rhetorische Macht eines neuen Diskurses zu akzeptieren« (Hajer 2008: 281). Hajer lässt hierbei allerdings offen, wie dieser Überzeugungsakt konkret vonstattengeht. Diese Leerstelle gilt es daher durch Rückgriff auf das Konzept weicher Steuerung zu füllen. Den folgenden Ausführungen liegt die Annahme zugrunde, dass die bundespolitische Hinwendung zum Thema Ehrenamt seit Mitte der 1990er Jahre u.a. auf die intentionalen, weichen Steuerungsbemühungen der Vertreter zentraler deutscher Dachverbände zurückgeführt werden kann, die hiermit das Ziel verfolgten, die liberal-konservative Bundesregierung von einer Aufgabe ihrer bisherigen Zurückhaltung in Sachen Ehrenamt zugunsten engagementförderlicher institutioneller Reformen zu überzeugen.

An dieser Stelle sei zunächst angemerkt, dass keine Einzelaktion der Dachverbände und Vereine identifiziert werden kann, die die Bundesregierung und die übrigen Bundestagsfraktionen schlagartig von der Förderungswürdigkeit des Ehrenamtes überzeugt hat. Die Rekonstruktion des Fallverlaufs bis Mitte der 1990er Jahre hat vielmehr gezeigt, dass – so die hier vertretene These – durch die massenhafte Artikulation veränderter Ehrenamtsbedingungen im Rahmen zahlreicher, nicht notwendigerweise aufeinander abgestimmter Veranstaltungen, Kampagnen und Aktionen zum Thema Ehrenamt eine Druckkulisse erzeugt wurde, der sich seit Mitte der 1990er Jahre auch Bundespolitiker kaum mehr entziehen konnten. Dass letztere hierbei in erster Linie auf die Anliegen der öffentlich am auffälligsten agierenden Diskursträger, d.h. der deutschen Vereine und Verbände, eingingen, ist nicht weiter verwunderlich, hatten diese, wie Eckhard Priller bemerkt, im genannten Zeitraum »nun mal die Meinungsführerschaft« inne (Zeit Online 1997i). Exemplarisch verwiesen sei an dieser Stelle auf die unzähligen, von den Vertretern der Dachverbände für Sport, Kultur und Soziales initiierten engagementspezifischen Tagungen und Gesprächsrunden, an denen stets Politiker, Wissenschaftler und Praktiker teilnahmen, an die Werbekampagnen zur Aufwertung des Ehrenamtes oder an die Anhörung im Berliner Abgeordnetenhaus, die als erste bundesweite Diskussionsplattform für alle von Ehrenamtlichkeit getragenen Organisa-

tionen zweifelsohne den Höhepunkt der Überzeugungsbemühungen der Vereine und Verbände in Sachen Ehrenamt darstellt (DSB 1996: 10). Die Durchsetzungskraft des sich hier formierenden sozialen Bündnisses beruhte vor allem auf der gesellschaftlichen Stellung der daran mitwirkenden »diskursiven Eliten« (Schwab-Trapp 2001: 271f.), die, wie etwa der DSB-Präsident Manfred von Richthofen oder die Sprecher der großen deutschen Dachverbände für Kultur, Soziales, Umwelt und Freizeit, über gesellschaftlichen Einfluss und Ansehen, kurz: soziales Kapital, verfügten und deshalb als Multiplikatoren der reformorientiert-progressiven Position wirkten (Göhler 2010: 40). Zudem wurden all diese Aktionen von einer breiten Medienaufmerksamkeit begleitet.

Bevor die Hinwendung aller Bundestagsfraktionen zum Thema Ehrenamt im Folgenden unter Rückgriff auf die verschiedenen Modi weicher Steuerung erklärt wird, ist es zunächst notwendig, zu prüfen, ob die Veranstaltungsoffensive der deutschen Vereine und Verbände in der ersten Hälfte der 1990er Jahre überhaupt die Voraussetzungen weicher Steuerung, d.h. die Bedingungen der Horizontalität und Intentionalität, erfüllt.

Die Voraussetzungen weicher Steuerung: Horizontalität und Intentionalität

Mit Blick auf das Kriterium der Intentionalität wurde bereits bei der Rekonstruktion des Fallverlaufs am Beispiel der Aktionen des Deutschen Caritasverbandes und des Deutschen Sportbundes verschiedentlich darauf aufmerksam gemacht, dass diese sich hier explizit mit der Intention an die Politik wandten, diese erstens auf den Rückgang der Ehrenamtlichen in ihren Einrichtungen aufmerksam zu machen und zweitens konkrete rechtliche und institutionelle Maßnahmen zur nachhaltigen Engagementförderung einzufordern. Erinnert sei hier an den starken Öffentlichkeits- und Politikbezug der Stellungnahme des Zentralrats des Deutschen Caritasverbandes »Ehrenamtliche Tätigkeit in der Caritas – Bestandsaufnahme – Perspektiven – Positionen« (1995) oder des Positionspapiers der Caritas-Konferenzen Deutschlands (CKD 1996), an die Anhörung im Berliner Abgeordnetenhaus, die von DSB-Präsident Manfred von Richthofen als »konzertierte[...] Aktion« der von Ehrenamtlichkeit getragenen Verbände und Initiativen »zur Erhaltung und Stärkung des Ehrenamtes« bezeichnet wurde (von Richthofen 1996a: 3), und an die zahlreichen Anstrengungen, die vor allem Manfred von Richthofen unternommen hat, um das Thema Ehrenamt auf die politische Agenda zu bringen. Bereits ein Blick in seine Rede zur Eröffnung der Anhörung im Berliner Abgeordnetenhaus bestätigt die Annahme, dass die Veranstaltungsoffensive der deutschen Vereine und Verbände mit intentionalen Überzeugungsbemühungen einherging:

»Es muß ein Bewußtseinsprozeß in Gang gesetzt werden, der dazu führt, daß das Ehrenamt mehr Sympathie, ein besseres Image und wachsende Anerkennung erhält. Die Verantwortungsträger aus Politik, Wirtschaft, Medien, Bildungsinstitutionen usw. müssen sich dieser Aufgabe ernsthaft stellen. Flammende Bekenntnisse und freundliches Schulterklopfen für die selbstlosen Diener der Gesellschaft reichen nicht aus. [...] Mit Klagen kommen wir nicht mehr weiter. Gemeinsames Handeln ist angesagt – und das gelingt umso wirkungsvoller, je geschlossener wir unsere Positionen vertreten [...]. Ich möchte zu einem sozialen Bündnis der besonderen Art ermutigen und biete für den organisierten Sport an, daß er diese zukunftsweisende Kooperation federführend betreut.« (von Richthofen 1996b: 7f.)

Für zielgerichtete und intentionale Versuche der Einflussnahme von Verbands- und Vereinsvertretern auf die Politik spricht zudem, dass auch Politiker in ihren Statements konstatierten, dass sie erst durch die genannten Anfragen, Anhörungen und Veranstaltungen auf dieses Thema aufmerksam gemacht wurden (u.a. Laurien 1995: 295). So betonte z.B. die SPD-Abgeordnete Ingrid Holzhüter in der Bundestagsdebatte zum Thema Ehrenamt am 05.12.1996 explizit die besondere Rolle Manfred von Richthofens im Prozess der gesellschaftlichen und politischen Bedeutungsaufwertung des freiwilligen Engagements in den 1990er Jahren: »Ich denke, es war der Präsident des Deutschen Sportbundes, Manfred von Richthofen, der vor zwei Jahren bei seinen Antrittsbesuchen sehr deutlich diese Probleme des Ehrenamtes an die erste Stelle gerückt hat. Ich bin fest überzeugt, daß es ohne ihn diese Debatte heute in diesem Ausmaß nicht gegeben hätte.« (Abgeordnete Holzhüter (SPD), in: BT Pl.-Prot. 13/145 1996: 13124) Auch die Tatsache, dass in den ersten engagementbezogenen Anträgen der Bundestagsfraktionen Mitte der 1990er Jahre die Klagen der Vereine und Verbände über die nachlassenden Engagiertenzahlen ausnahmslos Erwähnung fanden (BT-Drs. 13/2652 1995: 2; BT-Drs. 13/3232 1995: 1; BT-Drs. 13/6386 1996: 2f.; Abgeordnete Leutheusser-Schnarrenberger (FDP), in: BT Pl.-Prot. 13/145 1996: 13114), lässt darauf schließen, dass die Vertreter der Spitzenverbände große Anstrengungen unternommen haben, um sowohl die Öffentlichkeit als auch die Politik für dieses Thema zu sensibilisieren.⁵

Neben dem Kriterium der Intentionalität zeichnet sich weiche Steuerung dadurch aus, horizontal zu erfolgen. Um entscheiden zu können, ob die engagement-spezifischen Tagungen und Gesprächsrunden, Werbekampagnen und Anhörungen der Dachverbände für Sport, Kultur und Soziales diese Bedingung erfüllen, erscheint es lohnenswert, sich hierzu noch einmal die Voraussetzungen für das Vorliegen des gegensätzlichen Falls, d.h. für hierarchische Steuerung, zu vergegenwärtigen: Hierarchische Steuerung definiert die Forschergruppe um Gerhard Göhler als intentionale Handlungsanleitung oder -einschränkung, die in festgelegte Verfahren eingebettet und mit institutionalisiertem Sanktionspotenzial ausgestattet ist sowie in der Regel dem Muster von Befehl und Gehorsam folgt (Göhler/Höppner/De La Rosa 2009b: 15f.; De La Rosa/Gädecke 2009: 77, 121f.). Horizontale Steuerung bedeutet demnach nicht, dass es keine Machtunterschiede zwischen den Beteiligten geben kann (Göhler u.a. 2010: 707), sondern wird demgegenüber definiert als »intentionale Strukturierung von Handlungsoptionen ohne festgelegte Verfahren«, institutionalisierte Beziehungskonstellationen und Sanktionsmöglichkeiten (De La Rosa/Gädecke 2009: 77; ebenso Göhler u.a. 2010: 694).

Diese Definitionsmerkmale werden von den engagementspezifischen Veranstaltungen ohne Zweifel erfüllt, da es sich hierbei um informelle Zusammenkünfte handelte, in denen es – abgesehen von Regeln der Gesprächsführung – keine formalen Bestimmungen gab, die das Verhältnis zwischen den Verbands- und

5 | Für die hohe öffentliche Wahrnehmbarkeit der engagementspezifischen Forderungen von Vereinen und Verbänden spricht zudem, dass deren Sorgen über die abnehmende Anzahl freiwilliger Helfer sogar in der Großen Anfrage der Fraktionen CDU/CSU und FDP zur »Bedeutung ehrenamtlicher Tätigkeit für unsere Gesellschaft« vom 11.10.1995 explizit aufgegriffen wurden. Hier wurde die Frage formuliert, ob »die Bundesregierung die von Organisationen, Verbänden und Vereinen geäußerten Klagen über ein spürbar nachlassendes ehrenamtliches Engagement« teile (BT-Drs. 13/2652 1995: 3).

Vereinsvertretern und den politischen Verantwortungsträgern von vornherein auf ein bestimmtes (hierarchisches) Muster festlegten. Auch Sanktionsmittel, durch die ein mögliches abweichendes Verhalten geahndet werden kann, standen in derartigen informellen Informations- und Problemlösungsrunden nicht oder nur sehr begrenzt zur Verfügung (Göhler/Höppner/De La Rosa 2009b: 17). Folglich gilt festzuhalten, dass die von den Dachverbänden für Sport, Kultur und Soziales initiierten engagementbezogenen Veranstaltungen die Bedingung der Horizontalität erfüllen, da es sich hier um Situationen und Kontexte handelte, »wo es keine formalen Handlungsanleitungen« und damit auch keine Erwartungssicherheit gab (ebd.: 18; ebenso Göhler u.a. 2010: 694).

Darüber hinaus kommt der Öffentlichkeit im Rahmen dieser weichen Steuerungsversuche eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zu, da diese – und hier folge ich der Habermas-Rezeption von De La Rosa und Gädecke (2009: 99) – zu einer weiteren Nivellierung der zweifelsohne existierenden Machtungleichgewichte zwischen den Steuerungssubjekten, den Dachverbänden für Soziales, Sport und Kultur, und den Steuerungsadressaten, der Bundesregierung und den übrigen Bundestagsfraktionen, beigetragen hat. Die große Medienaufmerksamkeit für die Entwicklungen im Ehrenamt seit Anfang der 1990er Jahre sowie die grundsätzlich positive Bedeutungsaufladung dieses Themenfeldes in der Allgemeinheit machten es nahezu unmöglich, dass die Bundesregierung unter Rekurs auf Kosteneinsparungsargumente oder Nichtzuständigkeitsbehauptungen ein prinzipielles Desinteresse für Fragen der Engagementförderung an den Tag legte. Eine vollständige Ignoranz der engagementspezifischen Forderungen der Vereine und Verbände durch die Bundespolitik wäre unter diesen Bedingungen öffentlich folglich kaum zu rechtfertigen gewesen, weshalb der Öffentlichkeit hier gewissermaßen die Funktion eines »Druckmittel[s]« zukam (De La Rosa/Gädecke 2009: 99).

Die bisherigen Ausführungen lassen keine Zweifel daran, dass die von den Vertretern der Dachverbände für Sport, Kultur und Soziales veranstalteten Gesprächsrunden, Kampagnen und Anhörungen zum Thema Ehrenamt den Voraussetzungen der Horizontalität und Intentionalität entsprechen, weshalb im Folgenden die bundespolitische Aufmerksamkeitsverschiebung Mitte der 1990er unter Rückgriff auf die verschiedenen Modi weicher Steuerung erklärt werden kann. Zuvor sei jedoch noch die Anmerkung erlaubt, dass die soeben benannte Trennung zwischen Steuerungssubjekt und -objekt keineswegs so eindeutig war, wie die Darstellung vermuten lässt. Da auch die Sprecher der Dachverbände stets die Ansicht äußerten, dass nicht nur die Politik engagementförderliche institutionelle Neuerungen in die Wege leiten müsse, sondern es auch notwendig sei, dass sie selbst ihre organisationalen Strukturen den neuen Bedingungen der Ehrenamtlichkeit anpassten (u.a. Zentralrat des DCV 1995: 310), ähnelten ihre Steuerungsbemühungen weniger einem einseitigen interessenbezogenen Durchsetzungsprozess als vielmehr einem »Prozess der gleichzeitigen gemeinsamen Selbststeuerung« (De La Rosa/Gädecke 2009: 104). Indem auch die Vereine und Verbände Verpflichtungen in Sachen Engagementförderung eingingen, avancierten sie selbst zum Adressaten des Steuerungsprozesses (ebd.). Nichtsdestotrotz soll im Folgenden die eingeführte analytische Unterscheidung zwischen Steuerungssubjekt und -objekt unter der Annahme beibehalten werden, dass es in erster Linie die Vertreter der unterschiedlichen Dachverbände waren, die – unter der Bedingung der Selbstbeteiligung – An-

fang der 1990er Jahre politische Verantwortungsträger zur Befürwortung engagementspezifischer Fördermaßnahmen bewegen wollten.

Göhler und seine Mitarbeiter legen dar, dass weiche Steuerungsbemühungen nur dann wirksam sein können, wenn es gelingt, an den Resonanzboden, verstanden als das bei den Steuerungsadressaten geltende »Ensemble aus kognitiven und affektiven Weltverständnissen«, anzuknüpfen und diesen gewissermaßen »zum Schwingen zu bringen« (Göhler u.a. 2010: 701; Göhler 2010: 39). Bezogen auf den vorliegenden Fall bedeutet dies, dass die an engagementspezifischen Reformen interessierten Vertreter der Dachverbände Anfang der 1990er Jahre bei den Steuerungsadressaten, d.h. den (bundes-)politischen Verantwortungsträgern, zunächst Resonanz für ihre engagementspezifischen Anliegen und Ziele erzeugen mussten. Hierbei kam ihnen zugute, dass den (Bundes-)Politikern das Thema Ehrenamt an sich nicht fremd war und diese selbst, wie bereits ausführlich dargestellt, seit Anfang der 1990er Jahre in unterschiedlichen Kontexten über freiwilliges Engagement diskutierten.

Obgleich sich der im Folgenden zu skizzierende Prozess weicher Steuerung durch ein komplexes Zusammenspiel von diskursiven Praktiken einerseits sowie Fragen und Argumenten andererseits auszeichnet, werden diese Steuerungsmodi getrennt voneinander betrachtet. Neben Darstellungsgründen ist es vor allem ihre unterschiedliche Bezugnahme auf den gegebenen Resonanzboden, die diese analytische Trennung sinnvoll erscheinen lässt. Während sich diskursive Praktiken die Mehrdeutigkeit bestimmter Ideen zu Nutze machen, um an den existierenden Resonanzboden anzuknüpfen, zielt die Steuerung über Fragen und Argumente auf die Etablierung einer bestimmten, mit Wahrheitsanspruch ausgestatteten Positionen ab, um so eine Veränderung des Resonanzbodens herbeizuführen (Göhler u.a. 2010: 702f.). Letztere bedürfen zudem eines spezifischen äußeren Anlasses, wie etwa einer parlamentarischen Anhörung oder einer öffentlichkeitswirksamen Konferenz, um auf Resonanz zu stoßen (Göhler 2010: 39).

Steuerung durch diskursive Praktiken

Ein besonders wirksames Mittel, um öffentliche und politische Aufmerksamkeit auf die veränderten Bedingungen der Ehrenamtlichkeit zu lenken, waren, wie bereits dargelegt, die seit Ende der 1980er Jahre von den Vereinen und Verbänden unterschiedlicher Couleur initiierten Diskussionsveranstaltungen, Werbekampagnen und Experteninterviews zum Thema Ehrenamt, die gerade von den Printmedien aufmerksam verfolgt wurden. Das ehrenamtliche Engagement wurde durch die hier erfolgte Problematisierung des Rückgangs der Engagiertenzahlen in verschiedenen Einrichtungen zunehmend seines Selbstverständlichkeitsimages entkleidet und stattdessen als öffentlich wie politisch beachtenswerte Thematik präsentiert. Den öffentlichen Charakter dieser Auseinandersetzungen um das Ehrenamt betonend konstatiert der Sozialwissenschaftler Thomas Rauschenbach, dass »der Streit um das Ehrenamt« seit Ende der 1980er Jahre »auch ein verbaler Verteilungskampf im politischen, fach- oder vopolitischen, jedenfalls in einem öffentlichen Kontext um Ressourcen, Zuständigkeiten und knappe Güter« sei (Rauschenbach 1991: 3, Herv. i.O.).

In diesem Prozess der Aufmerksamkeitserzeugung für das Thema Ehrenamt konnten sich die Vereins- und Verbandsvertreter besonders die Mehrdeutigkeit

bzw. Bedeutungspluralität des Signifikanten⁶ »Ehrenamt« zunutze machen, da die allgemeine Interpretationsoffenheit dieser Begrifflichkeit in hohem Maße integrativ wirkte bzw. zahlreiche Adressaten ansprach und ihnen Identifikationsmöglichkeiten bot (Göhler u.a. 2010: 696). Zu der Erkenntnis, dass die Verwendung des Ehrenamtsbegriffes in den öffentlichen Debatten Anfang der 1990er Jahre diesem Prinzip der Mehrdeutigkeit folgte und die daran beteiligten gesellschaftlichen Gruppen zumeist ganz unterschiedliche Inhalte mit diesem Terminus verbanden, kommt auch Thomas Rauschenbach. Dieser konstatiert, dass es sich beim Begriff des Ehrenamtes in diesem Zeitraum um einen schillernden und vielfach besetzten Terminus handelte, so dass »sich die Sachverhalte, die mit dem Etikett Ehrenamt in Verbindung gebracht werden, so pluralisiert und differenziert haben, daß hierfür ein erklärungsstarker, gemeinsamer Nenner im Moment nicht mehr sichtbar ist« (Rauschenbach 1991: 3). Daher bezeichnet Rauschenbach den Ehrenamtsbegriff, um dessen Bedeutungsgehalt seit Ende der 1980er Jahre im Rahmen öffentlicher »definitorische[r] Vereinnahmungs- und Okkupationsversuche« gerungen wurde, auch als »Formel und Chiffre mit Surrogatcharakter« bzw. als ein »Programm ohne Substanz und ohne gemeinsamen Nenner« (ebd.).

Diese inhaltliche Offenheit gereichte den Vereins- und Verbandsvertretern in der ersten Hälfte der 1990er Jahre zum Vorteil: Indem sie keine Definition dieses Terminus forcierten und stattdessen die zentrale Bedeutung des Ehrenamtes in ganz unterschiedlichen Gesellschaftsbereichen betonten (Deutscher Bundesjugendring 1993: 101; Zentralrat des DCV 1995: 310; DSB 1996: 15), überließen sie die konkrete inhaltliche Deutung den jeweiligen Adressaten. So formulierte Manfred von Richthofen im Rahmen der Anhörung im Berliner Abgeordnetenhaus ganz allgemein das Ziel, das Ehrenamt zu stärken und zu erhalten, indem dessen gesellschaftliche Attraktivität gesteigert werde und so die Bürger wieder »mehr Lust aufs Ehrenamt« bekämen (von Richthofen 1996b: 7). Hinzu kommt, dass bei den engagementspezifischen Debatten oder öffentlichkeitswirksamen Werbekampagnen darauf geachtet wurde, eine thematische Verengung zu vermeiden, indem stets auf das Nebeneinander alter und neuer Formen der Ehrenamtlichkeit hingewiesen wurde (u.a. FAZ 1993a; Zentralrat des DCV 1995: 312). Angesichts dieser ganz allgemein gehaltenen Bedeutungsaufwertung des Ehrenamtes fühlten sich von derartigen Diskussionsrunden und Aktionen sowohl die vielen Millionen freiwillig engagierten Bürger – unabhängig davon, mit welchen Begriff sie selbst ihre freiwillige Tätigkeit beschreiben würden – als auch (bundes-)politische Verantwortungsträger angesprochen.

Gerade in Bezug auf letztere erwies sich die Mehrdeutigkeit des Ehrenamtsbegriffes als funktional, da auf (bundes-)politischer Ebene bereits ein höchst affiner, allerdings durch unterschiedliche parteispezifische Präferenzen segmentierter, engagementspezifischer Resonanzboden vorhanden war, der durch die öffentliche

6 | Es wird an dieser Stelle nicht von einem leeren, sondern lediglich von einem deutungsoffenen Signifikanten »Ehrenamt« gesprochen, da hier aufgrund des Verzichts auf eine vertiefte hegemonieanalytische Durchdringung dieses Zeitraumes in Anlehnung an Nonhoff, wie sie an späterer Stelle für das hegemoniale Projekt der »Bürgergesellschaft« durchgeführt wird (vgl. Kap. 6.4.1), nicht entschieden werden kann, ob der Signifikant »Ehrenamt« auch die Funktion der Verkörperung eines imaginären Allgemeinen anstrebte, wodurch sich Nonhoff zufolge ein leerer Signifikant auszeichnet (Nonhoff 2006: 132, Fn. 31).

Aufmerksamkeit für das Thema zum Schwingen gebracht werden konnte. Wichtig war in diesem Zusammenhang jedoch, dass die Vereine und Verbände nicht vollständig mit bestehenden politischen Überzeugungen brachen, sondern an existierende Gewissheiten anknüpften (Göhler u.a. 2010: 712). Da z.B. lange Zeit, gerade in Regierungskreisen, die Vorstellung vorherrschend war, dass die Mobilisierung, Rekrutierung, Qualifizierung und der Einsatz ehrenamtlicher Mitarbeiter zu den ureigensten Aufgaben der deutschen Vereins- und Verbandslandschaft gehöre, beteuerten die Sportvereine und Wohlfahrtsverbände stets, dass sich trotz neuer Bedingungen der Ehrenamtlichkeit nach wie vor Millionen von Freiwilligen in ihrem Umfeld engagieren würden. Damit dies auch zukünftig so bleibt, seien nunmehr aber zusätzliche Anstrengungen – auch und gerade des Staates – vonnöten:

»An dieser Stelle wird auch das ungeheure Verdienst der Organisationen deutlich, die es trotz der widrigen gesellschaftlichen Bedingungen immer noch vermögen, freiwilliges soziales Engagement in verblüffender Größenordnung in ihre Arbeit einzubinden, [...], was letztlich einen unermeßlichen Beitrag für die Gesellschaft bedeutet.« (von Richthofen 1996b: 7)

Es sind vor allem die folgenden Themengebiete und Debatten, die auf der (bundes-)politischen Ebene im Zuge der medienwirksam durchgeführten engagementbezogenen Veranstaltungen der Vereine und Verbände stets mitaufgerufen wurden und hier zu einer Aktivierung des diesbezüglichen Resonanzbodens beitrugen: Erstens knüpften diese Appelle an die in konservativen politischen Kreisen vielfach rezipierte Kommunitarismusdebatte an. So zeigten sich die Politiker aus den Reihen der CDU und CSU besonders empfänglich für die Klagen der deutschen Vereine und Verbände über abnehmende Engagiertenzahlen, da diese Krisendiagnostik besonders gut mit der bei diesen verbreiteten kommunitaristischen Gesellschaftskritik harmonierte (Schäuble 1994, 1995; Gauly 1995). Zweitens rief die zunehmende Rede über freiwilliges Engagement gerade bei Bündnis 90/Die Grünen Hoffnungen hervor, durch die Förderung desselben gleichsam zur Ausweitung demokratischer Bürgerbeteiligungsformen beizutragen. Drittens ist nicht von der Hand zu weisen, dass das Thema Ehrenamt auf Seiten der Politik auch Überlegungen hinsichtlich der Reduzierung von Kosten im Sozialsektor aktivierte. In diesem Sinne räumte beispielsweise der Deutsche Caritasverband in seinem engagementbezogenen Positionspapier aus dem Jahr 1995 ein, dass die Diskussionen um die Zukunft des Sozialstaates untrennbar mit den Debatten um das Ehrenamt verbunden seien: »Die Wiederentdeckung des Ehrenamtes in der Politik und in den Verbänden steht in engem Zusammenhang mit der Explosion der Kosten im Sozial- und Gesundheitswesen sowie mit der Rezession der Finanzen.« (Zentralrat des DCV 1995: 311) Unter der Einschränkung, dass freiwilliges Bürgerengagement keineswegs als sozialpolitischer Ausfallbürge missbraucht werden dürfe, gestanden auch Bündnis 90/Die Grünen ein, dass hierdurch »spezifische Leistungslücken des professionellen Sozialsystems« geschlossen werden könnten (BT-Drs. 13/3232 1995: 2f.).

Viertens eröffnete die Ehrenamts-Debatte eine neue Perspektive auf eine Thematik, die in politischen Kreisen in den 1990er Jahren mit zunehmender Intensität diskutiert wurde: die Zukunft der (Erwerbs-)Arbeitsgesellschaft. Hierbei ging es um die Frage, wie das knappe Gut (Erwerbs-)Arbeit in Zukunft sowohl zwischen den Geschlechtern als auch den Generationen verteilt werden sollte. Diskussionen über die Ausweitung des Arbeitsbegriffs und die stärkere Anerkennung von Bil-

dungs-, Kultur- und Sozialzeiten als gleichberechtigte Formen der Arbeit erfreuten sich daher in politischen Debatten zunehmender Beliebtheit (vgl. u.a. Laurien 1995: 296f.; Zeit Online 1995a; Spiegel 1998). Fünftens hatte die Bundespolitik noch aus einem weiteren Grund ein gewisses Eigeninteresse an dem Thema Ehrenamt: Die Förderung des freiwilligen Engagements wurde als Möglichkeit betrachtet, den Bürgern der ehemaligen DDR, die lange Zeit in einem System mit einer staatlich organisierten allseitigen Versorgung und einer verordneten gesellschaftlichen Arbeit lebten, die Vorzüge von Selbstbestimmung sowie -verantwortung wieder nahe zu bringen (BT-Drs. 12/7130 (Sozialbericht) 1994: 94; BT-Drs. 13/2652 1995:1; BT-Drs. 13/3232 1995: 2f.).

Als entscheidende Erkenntnis dieser Ausführungen gilt festzuhalten, dass die Mehrdeutigkeit des Signifikanten »Ehrenamt« in der ersten Hälfte der 1990er Jahre insofern den Steuerungsbemühungen der Vereine und Verbände zugutekam, als durch dessen Interpretationsoffenheit zunächst eine große öffentliche und politische Aufmerksamkeit bzw. Resonanz für dieses Thema erzeugt werden konnte. Gerade mit Blick auf die (bundes-)politische Ebene ist deutlich geworden, dass aufgrund der Bedeutungspluralität des Ehrenamtsbegriffes ganz unterschiedliche Inhalte und Interessen mitaktiviert wurden, als sich Anfang der 1990er Jahre immer mehr Vereins- und Verbandsvertreter mit ihren engagementspezifischen Forderungen an die Öffentlichkeit und die Politik wandten. Die vergleichsweise zügige Hinwendung aller Bundestagsfraktionen zu engagementspezifischen Fragen seit Mitte der 1990er Jahre kann demnach u.a. darauf zurückgeführt werden, dass sich das Ehrenamt, wie anhand der zahlreichen thematischen Bezüge gezeigt, gewissermaßen zu einem »Stellvertreterbegriff auf einem Nebenkriegsschauplatz für letztlich darunterliegende, aber nichtsdestotrotz real anstehende wichtige gesellschaftliche Kontroversen« entwickelt hat (Rauschenbach 1991: 3).

Steuerung durch Fragen und Argumente

Mit der soeben beschriebenen Aktivierung des Resonanzbodens durch Ausnutzung der Mehrdeutigkeit des Signifikanten »Ehrenamt« untrennbar verbunden ist der Prozess der intentionalen Veränderung desselben. Im vorliegenden Fall bedeutet dies, dass politische Verantwortungsträger, allen voran die Bundesregierung, nachdem sie zunächst für das Thema Ehrenamt sensibilisiert wurden, von der Unangemessenheit der Wissensbestände der Erzählung des traditionellen Ehrenamtes überzeugt werden mussten. Während für die Erzeugung öffentlicher Aufmerksamkeit die Mehrdeutigkeit des Signifikanten »Ehrenamt« von Vorteil war, galt es nun, dessen Eindeutigkeit zu forcieren.⁷ Konkret formuliert bedeutet dies, dass die auf engagementspezifische Reformen drängenden Vertreter der Vereine und Verbände die politischen Steuerungsadressaten davon überzeugen mussten, dass freiwilliges Engagement zwar nach wie vor eine zentrale Säule ihrer Arbeit bilde, zu deren Absicherung und Erhalt angesichts engagementspezifischer Pluralisierungstendenzen nunmehr jedoch zusätzliche Anstrengungen von Seiten der Gesellschaft und der Politik vonnöten seien. Diese Deutung stellte gerade in

7 | Das Forscherteam um Gerhard Göhler weist darauf hin, dass sich im Grunde alle Prozesse weicher Steuerung durch ein spannungsvolles Aufeinandertreffen von Mehrdeutigkeit und Eindeutigkeit auszeichnen, das gleichsam die wohl größte Gefahr für den Steuerungserfolg darstellt (Göhler u.a. 2010: 712).

Regierungskreisen insofern eine Dislokation dar, als sie der hier bislang dominierenden Wissensordnung des alten Ehrenamtes, das sich auch ohne politische Anstrengungen in den milieugebundenen und traditionsreichen Vereinen, (Groß-) Organisationen und Verbänden entfaltete, widersprach. Im Prozess der Neufixierung von Bedeutungsgehalten, d.h. der Etablierung veränderter Annahmen bezüglich der politischen Förderungsnotwendigkeit des freiwilligen Engagements im Nachgang dieser Dislokation, wirkten Steuerung durch Kategorisierung und Argumente intensiv zusammen: Durch eine Neukategorisierung der bestehenden engagementspezifischen Bedeutungsgehalte bzw. -zuschreibungen wurde zunächst ein veränderter Deutungszusammenhang behauptet, den es anschließend mittels Steuerung durch Fragen und Argumente zu begründen und zu festigen galt (vgl. Arndt/Richter 2009: 61; Göhler u.a. 2010: 712). Um in diesem Sinne wirksam zu sein, ist die Steuerung über Fragen und Argumente jedoch auf einen bestimmten äußeren Anlass angewiesen, da ansonsten die Gefahr besteht, dass die vorgebrachten Argumente und Gründe nicht wahrgenommen werden (Göhler 2010: 39).

Ein Beispiel für einen derartigen Anlass war u.a. die Anhörung zum Thema Ehrenamt im Berliner Abgeordnetenhaus im Jahr 1995, an deren Beispiel im Folgenden die Steuerungswirkungen von Fragen und Argumenten exemplarisch verdeutlicht werden sollen. Allgemein formuliert, lösen Anfragen und Argumente beim Steuerungsadressaten einen Rechtfertigungsdruck aus, wobei sich die gegebenen Antworten in der Regel nur in dem Rahmen bewegen können, der durch die Frage oder das Argument vorgezeichnet wurde. Durch gezieltes Fragen lassen sich nach Ansicht von Göhler und seinen Mitarbeitern nicht nur Antworten provozieren, sondern »über die gegebene Antwort auch die Handlungsoptionen des Antwortgebenden beeinflussen, weil er sich an diese Antworten halten wird, um künftig nicht als Lügner dazustehen« (ebd.: 38). Überträgt man diese grundlegenden Erkenntnisse auf die Anhörung im Berliner Abgeordnetenhaus lässt sich Folgendes festhalten: Die geladenen Experten der jeweiligen Themenschwerpunkte – Medien, Politik, Wirtschaft und Bildung – erhielten im Vorfeld der Anhörung einen Fragenkatalog zum Thema Ehrenamt, der die engagementspezifischen Forderungen der 70 Vereine und Verbände, die zu diesem Zwecke vom DSB befragt wurden, bündelte (DSB 1996: 10f.). Bezogen auf den politischen Bereich deckten die Fragen im Grunde all jene Veränderungswünsche ab, die von Seiten vieler Freiwilliger und verschiedener Organisationen in der ersten Hälfte der 1990er Jahre geäußert wurden: Ideelle Anerkennungsformen von Seiten des Staates und Bürokratieabbau wurden hierbei ebenso angesprochen wie Freistellungsregelungen, steuerliche Entlastungen oder die rentenrechtliche Anerkennung des Ehrenamtes (ebd.: 11).

Der federführende Deutsche Sportbund ging keineswegs davon aus, dass alle Beteiligten den genannten Forderungen sofort zustimmten und unverzüglich Reformen einleiteten. Vielmehr war es ihm wichtig – und dies ist gerade mit Blick auf die Analyse der weichen Steuerungsmechanismen von zentraler Bedeutung –, »überhaupt Antworten und Reaktionen auf die Fragen und erhobenen Forderungen zum Ehrenamt zu erhalten« (ebd.: 10). Obgleich die Reaktionen der Politiker auf diesen Forderungskatalog, wie bereits gezeigt, überwiegend ablehnend ausfielen, waren die Vertreter der einzelnen Bundestagsfraktionen hierdurch gewissermaßen »gezwungen«, sich ausführlich mit den Forderungen der Verbands- und Vereinsvertreter auseinanderzusetzen und diese in einem sowohl inhaltlich als auch räumlich begrenzten Rahmen zu diskutieren. Durch die als Fragen formu-

lierten Forderungen konnten sich die Antworten der Politiker, sofern sie den Fragen angemessen waren, demnach nur in einem vorher festgelegten inhaltlichen Korridor bewegen. Nach Göhler handelt es sich hierbei folglich um ein Beispiel weicher Steuerung, da die Antwort- bzw. Handlungsoptionen der Adressaten durch gezielte Fragen bereits vorstrukturiert und in eine bestimmte inhaltliche Richtung gelenkt wurden.

Daneben versuchte insbesondere der DSB-Präsident Manfred von Richthofen in seinem einleitenden Vortrag, mittels stichhaltiger Argumente »schwer zurückzuweisende Gründe« für die neue reformorientiert-progressive Position der Engagementförderung zu präsentieren (Göhler u.a. 2010: 708). Den Ausgangspunkt seiner Argumentation bildete die Feststellung, dass das freiwillige Engagement eine tragende Säule der Gesellschaft sei, ohne die »unser Gesellschaftssystem zusammenbrechen« würde (von Richthofen 1996a: 3). Um diese Behauptung zu plausibilisieren, berief er sich auf ökonomische Kennziffern, die zeigen, dass durch freiwillig geleistete Arbeiten jährlich ein Gegenwert von 48 Milliarden Mark erwirtschaftet werde (von Richthofen 1996b: 6). Diese »soziale Streitmacht der Superlative«, so Richthofen weiter, sei jedoch in höchstem Maße bedroht und verliere aktuell derart an Zulauf, dass die dramatischen Konsequenzen bereits offen zu Tage träten: »Vorstandsämter bleiben unbesetzt, Übungsstunden müssen abgesetzt oder können nicht neu eingerichtet werden. Die Alarmsignale sind nicht zu überhören.« (von Richthofen 1996a: 3) Vereine oder andere von Ehrenamtlichkeit getragene Organisationen könnten seiner Meinung nach zukünftig ihre Leistungen nicht mehr aufrechterhalten, wenn nicht das gesellschaftliche Image Freiwilliger aufgewertet und von politischer Seite engagementspezifische Fördermaßnahmen eingeleitet werden würden. Daher erklärte er es zum zentralen Ziel dieser konzentrierten gesellschaftlichen Aktion, »dem Paradox entgegenzuwirken, daß in unserer Gesellschaft ehrenamtliches Engagement zwar vorausgesetzt wird, jedoch die entsprechende gesellschaftliche Anerkennung ausbleibt« (von Richthofen 1996b: 8).

Manfred von Richthofen ging es in seinem Vortrag grundlegend darum, mittels aussagekräftiger Argumente nachzuweisen, dass die Bundesregierung durch das Festhalten an der Wissensordnung des alten Ehrenamtes und die Leugnung der institutionellen Dimension der politischen Engagementförderung nicht nur die von dieser selbst behauptete herausragende gesellschaftliche Bedeutung des Ehrenamtes missachtete, sondern durch ihre Untätigkeit gleichsam den engagementspezifischen Abwärtstrend forcierte. Es wird hier folglich auf einen Steuerungsmechanismus zurückgegriffen, den auch Göhler und seine Mitarbeiter als höchst wirksam erachten: Es wurde der »anerkannte ideelle Gehalt« eines Begriffes, in diesem Fall: der unschätzbare Wert des freiwilligen Engagements für den Einzelnen und die Gesellschaft, betont und anschließend die aktuellen Missstände als Gegensatz hierzu präsentiert, die es zu überwinden gilt, will man den anerkannten Sinngehalt nicht verletzen bzw. die vom Ehrenamt ausgehenden gesamtgesellschaftlichen Stabilisierungsgewinne nicht aufs Spiel setzen (Göhler u.a. 2010: 708). Diesem Argumentationsmuster folgend war es kaum noch zu rechtfertigen, dass Freiwillige, obgleich sie einen derart großen Beitrag zur gesellschaftlichen Wertschöpfung, zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und zum Wohlergehen des Einzelnen erbringen, von politischer Seite nur verbal belobigt werden und keine weiteren institutionellen Unterstützungsmaßnahmen, die ja schließlich auch von den Freiwilligen selbst eingefordert wurden, ergriffen werden. Auf eine einprägsame Formel

gebracht, lautet das Motto dieser Argumentationsstrategie folglich: »Nie war das Ehrenamt so wertvoll wie heute – nur, tun wir im Zeichen des gesellschaftlichen Wandels auch genug, es zu pflegen?« (FAZ 1993a)

Die von DSB-Präsident von Richthofen im Rahmen der Anhörung zum Ehrenamt im Berliner Abgeordnetenhaus vorgebrachten Argumente für eine stärkere politische Förderung des freiwilligen Engagements tauchten in ähnlicher Form auch in weiteren bedeutsamen engagementspezifischen Veranstaltungen in der ersten Hälfte der 1990er Jahre auf. So wurden z.B. die mangelhaften gesetzlichen Rahmenbedingungen für das Ehrenamt im Positionspapier des Deutschen Bundesjugendrings in vergleichbarer Weise kritisiert: »Die (Jugend)politik fordert dieses ehrenamtliche Engagement zwar ein, ist mit der notwendigen ANEHRkennung [sic!] oft aber auch sehr zurückhaltend und lässt vor allem verbindliche (gesetzliche) Maßnahmen vermissen.« (Deutscher Bundesjugendring 1993: 101; ebenso SZ 1993e; Puschmann 1998: 380f.) Des Weiteren bedienten sich die Sprecher der betroffenen Dachverbände zumeist der folgenden Argumente, um die politische Dimension des Problems nachlassender Engagiertenzahlen in vielen Vereinen und Verbänden zu verdeutlichen: Eine verstärkte (bundes-)politische Hinwendung zum Thema Ehrenamt sei notwendig, da die Forderungen der selbstbewussten Freiwilligen nach geeigneten engagementbezogenen Rahmenbedingungen erstens mitunter weit über den Zuständigkeitsbereich der jeweiligen Organisationen hinausgingen, zweitens eine dem Mangel an Ehrenamtlichen geschuldete Reduzierung des Leistungsspektrums der Vereine und Verbände ernstzunehmende gesellschaftliche Folgen hätte und drittens die bestehenden rechtlichen und institutionellen Regelungen auf der Bundesebene selbst einer gelingenden Engagementförderung im Wege stünden und in der Vergangenheit zum Nachlassen der Engagiertenzahlen beigetragen hätten (Deutscher Bundesjugendring 1993; Zentralrat des DCV 1995: 324f.; DSB 1996: 11; o.A. 1996 18; Puschmann 1998: 378-384). Der zuletzt genannten Argumentationsfigur schreiben Nullmeier und Rüb ein besonders großes Potenzial bei der Umgestaltung von Institutionen zu, da hier die bestehenden Institutionen selbst als eine Ursache der negativ eingeschätzten Veränderungen ausgewiesen werden und somit ihre Reformbedürftigkeit offen zu Tage tritt (Nullmeier/Rüb 1993: 58f.). Mit Hilfe dieser stichhaltigen Argumente wurde auf den verschiedenen engagementspezifischen Veranstaltungen versucht, politische Verantwortungsträger auf das Thema Ehrenamt aufmerksam zu machen, diese von der reformorientiert-progressiven Position der Engagementförderung zu überzeugen und so eine bestimmte Auslegung des umkämpften Ehrenamtsbegriffes mit Gültigkeit zu versehen.

Die hier genannten Formen der Steuerung über Argumente waren wiederum untrennbar verbunden mit Steuerung durch die Produktion von Wissen und Wahrheit (Göhler u.a. 2010: 696, 712). Denn um Behauptungen, wie etwa den Wandel der Bedingungen der Ehrenamtlichkeit oder das Nachlassen der Engagiertenzahlen, zu untermauern, rekurrierten die Verbands- und Vereinsvertreter stets auf die wissenschaftlichen Ergebnisse der Ehrenamtsforschung, die auch in der Berichterstattung der Printmedien vielfach aufgegriffen wurden (z.B. FAZ 1993b; Spiegel 1994c; SZ 1994c; Bock 1996b: 221). Zudem waren auch bei den zahlreichen engagementspezifischen Veranstaltungen oftmals Wissenschaftler bzw. Sachverständige anwesend, die mit ihren Befunden zum vermeintlichen Wandel des Ehrenamtes die Besorgnis der unter Mitgliederschwund leidenden Vereine und Verbände stütz-

ten (FAZ 1993a; SZ 1994b, 1995, 1996a). Der reformorientiert-progressiven Position der Vereine und Verbände kam hierbei vor allem die aus quantitativen Studien und Freiwilligenbefragungen abgeleitete Feststellung entgegen, dass es ein brachliegendes Engagementpotenzial gebe, welches durch entsprechende organisationale und politische Maßnahmen gehoben werden könne (Bock 1989: 435, 1992: 384; Albert 1993: 13): So konstatierte beispielsweise der Zentralrat des Deutschen Caritasverbandes, dass bei Nichtbeachtung der ehrenamtlichen Wandlungsprozesse, das »große Potential an Menschen ungenutzt [bleibt], die, Umfrageergebnissen zufolge, sich ehrenamtliche Arbeit vorstellen können« (Zentralrat des DCV 1995: 311). Der Rückgriff auf wissenschaftliches Spezialwissen verlieh den Argumenten der Vereine und Verbände jedoch nicht nur zusätzliche Legitimität, sondern diente auch der Durchsetzung eines bestimmten, ihre Argumentation bestätigenden Wissensbestandes, der sich unter der Voraussetzung seiner allgemeinen Anerkennung zur handlungsstrukturierenden Wahrheit entwickeln konnte (Arndt/Richter 2009: 42-46; Göhler u.a. 2010: 696).

Bereits die Tatsache, dass in den ersten engagementbezogenen Anträgen und Debatten der Bundestagsfraktionen Mitte der 1990er Jahre die wissenschaftlichen Befunde zum neuen Ehrenamt, zu den nachlassenden Engagiertenzahlen in den klassischen Organisationen deutscher Wohlfahrtsstaatlichkeit sowie zur Existenz eines brachliegenden Engagementpotenzials Erwähnung fanden und problematisiert wurden (BT-Drs. 13/2652 1995: 2; BT-Drs. 13/3232 1995: 3; BT-Drs. 13/5674 1996: 16f.; BT-Drs. 13/6386 1996: 2f.), spricht durchaus dafür, dass von diesen Wissensbeständen eine wirklichkeitskonstituierende Kraft im Sinne der Steuerung über Wahrheit ausging. So riefen beispielsweise die Bundestagsfraktionen CDU/CSU und FDP in ihrer großen Anfrage dazu auf, »diesen Wandel ehrenamtlichen Engagements« zu erkennen und zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes zu nutzen (BT-Drs. 13/2652 1995: 2). Bereits dieses Zitat deutet an, dass die Wissensbestände des neuen Ehrenamtes seit Mitte der 1990er Jahre zwar auch auf der bundespolitischen Ebene auf Zuspruch trafen, das freiwillige Engagement hier aber stärker in eine Krisenerzählung eingebettet wurde und deshalb vor allem als gesellschaftliche Produktivitätsressource Wertschätzung erfuhr.

Insgesamt gesehen konnte durch Rückgriff auf das Konzept weicher Steuerung gezeigt werden, welche intentionalen Mechanismen im Rahmen des von Hajer lediglich erwähnten Überzeugungsprozesses zentraler Subjekte von der rhetorischen Macht eines neuen Diskurses im vorliegenden Fall konkret wirksam wurden. Nachdem diese Leerstelle nunmehr gefüllt worden ist, gilt es im nächsten Schritt – nun wieder in Übereinstimmung mit Maarten A. Hajer – danach zu fragen, welche diskursiv-strukturellen Mechanismen in der Phase der Diskursstrukturierung verhindert haben, dass sich die reformorientiert-progressive Position bis 1998 vollständig durchsetzen und in institutionelle Neuerungen einfließen konnte.

6.2.2 Strukturell-diskursive Mechanismen als »Mikro-Mächte« des politischen Widerstands gegen die reformorientierte Position

Ein zentrales Ergebnis dieser Fallstudie ist die Erkenntnis, dass zwar alle Bundestagsfraktionen bis 1998 gerade angesichts einer umfassenden Krisendiagnostik die hohe Bedeutung des freiwilligen Engagements anerkannten und sich für dessen nachhaltige Unterstützung aussprachen, es aber aufgrund der institutionellen Ver-

harrungstendenzen der Bundesregierung nicht zu institutionellen Neuerungen im Bereich der staatlichen Engagementförderung kam. Vielmehr versuchte diese, die aufkommenden engagementspezifischen Fragen im Rahmen der bestehenden institutionellen Strukturen und der traditionellen Zuständigkeitsverteilung handhabbar zu machen. So bemerkte auch der Deutsche Caritasverband in seinem Positionspapier aus dem Jahr 1995, dass die Politik bei ihren »Bemühungen, ehrenamtliches Engagement zu reaktivieren, [...] auf traditionelle Muster« zurückgreife (Zentralrat des DCV 1995: 311). In Anlehnung an Maarten A. Hajer werden deshalb nachfolgend die diskursiven Mechanismen bestimmt, die im vorliegenden Fall verhindert haben, dass sich die reformorientiert-innovative Problemdefinition in diesem Zeitraum als neuer Politikdiskurs vollständig durchsetzen und institutionelle Wandlungsprozesse anregen konnte. Aufgrund ihres Vermögens, eine umfassende politische Problematisierung der neuen Bedingungen der Ehrenamtlichkeit und der sich daraus ergebenden institutionellen Erfordernisse abzuwehren, bezeichnet Hajer diese Mechanismen auch als »Ausdruck der vielfältigen Praktiken der »Mikro-Mächte« (Hajer 2008: 291), die »sich politischem Wandel ähnlich wirksam entgegenstemmen können, wie Mauern und Stacheldraht den Zugang verhindern« (ebd.: 296). Bei der Rekonstruktion der diskursiv-strukturellen Mechanismen wird erneut auf die bereits bekannte zeitliche Zweiteilung der Diskursstrukturierungsphase zurückgegriffen.

Die Darstellung der Kontroverse über neue institutionelle Formen der Engagementförderung bis 1994 hat gezeigt, dass sich die Bundesregierung hier stets auf bestimmte, wie Hajer es nennt, »Routinen der Ablehnung (Disjunction marker)« (ebd.: 292) bzw. »structured ways of arguing« (Hajer 1995: 273) berief, um den Bedarf für einen neuen engagementspezifischen Politikdiskurs zu negieren und ihre Nichtzuständigkeitsbehauptung in Sachen institutioneller Engagementförderung zu untermauern. Indem die Bundesregierung die Verantwortung für die institutionelle Dimension des Engagementthemas stets durch Rekurs auf das Subsidiaritäts- und Föderalismusprinzip, d.h. unter Verweis auf die bewährte Zuständigkeit der Vereine und Verbände sowie der Kommunen und Bundesländer, von sich wies, bediente sie sich eines bestimmten Sets »of historically specific ways of arguing a case« (ebd.). Durch Bezugnahme auf das in Deutschland tief verwurzelte Subsidiaritätsprinzip bzw. die föderale Grundstruktur griff die Bundesregierung auf historisch gewachsene, schwer widerlegbare Argumente zurück, die erstens ein hohes Maß an Glaubwürdigkeit und Legitimität erzeugten und zweitens grundsätzlich gegen die Übernahme zusätzlicher Aufgaben des Staates bei der Schaffung engagementförderlicher Maßnahmen sprachen. Ergänzt um das in den 1990er Jahren vorherrschende Argument, dass der Staat in der Vergangenheit bereits zu viele Aufgaben an sich gezogen habe und nunmehr eine Verschlankung bzw. Rückführung des Staates auf seine Kernaufgaben vonnöten sei (u.a. Abgeordnete Leutheusser-Schnarrenberger (FDP), in: BT Pl.-Prot. 13/145 1996: 13113), erinnern diese argumentativen Muster in der Tat an das von Hajer herangezogene Sinnbild der unüberwindlichen Mauern.

Die Zurückhaltung der Bundesregierung Anfang der 1990er Jahre rührte zudem daher, dass die neue, mit institutionellen Reformforderungen verknüpfte Engagement-Erzählung in diesem Zeitraum noch ihren Platz innerhalb der (bundes-) politischen Diskurslandschaft finden und sich besonders gegen drei konkurrierende Storylines durchsetzen musste (Hajer 2008: 291): einerseits gegen die bereits

erwähnte traditionelle Sichtweise, dass die Engagementförderung Aufgabe der Vereine und Verbände sei, und andererseits gegen die Debatten über die Potenziale des Alters und der Selbsthilfe. In Bezug auf erstere sei angemerkt, dass die Bundesregierung durch die permanent geäußerte Feststellung, dass die Gewinnung und Pflege Freiwilliger in erster Linie in den Verantwortungsbereich der mit Ehrenamtlichen arbeitenden Organisationen bzw. der Kommunen und Bundesländer falle, die bestehende Zuständigkeitsverteilung manifestierte und die eigene Untätigkeit gleichsam zur logischen Konsequenz dieser Aufgabenverteilung erklärte. Hinzu kommt, dass die bundespolitischen Debatten seit Ende der 1980er Jahre zusätzlich von Themen, wie der Altersentwicklung und der Selbsthilfe, dominiert wurden. Beide Storylines waren zudem bereits, wie die Initiierung der bundespolitischen Modellprojekte Seniorenbüros und Selbsthilfekontaktstellen zeigt, mit institutionellen Verpflichtungen verbunden, deren Umsetzung zugleich als Erfolg gedeutet wurde (BT-Drs. 12/7130 (Sozialbericht) 1994: 86, 98; BT-Drs. 13/10142 (Sozialbericht) 1998: 93, 108; BT-Drs. 13/5674 1996: 17; Abgeordnete Nolte (CDU/CSU), in: BT Pl.-Prot. 13/145 1996: 13126f.). Die genannten Erzählungen zogen Anfang der 1990er Jahre folglich die politische Aufmerksamkeit auf sich und ließen daher nur wenig Raum für die aus der Storyline der Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre abgeleitete reformorientiert-progressive Perspektive auf das Ehrenamt, die ihre Dringlichkeit in Konkurrenz zu den bestehenden Storylines erst noch beweisen musste.

Die Durchsetzungskraft dieses neuen engagementspezifischen Politikdiskurses litt Anfang der 1990er Jahre zudem unter der inhaltlichen Pluralität der engagementbezogenen Positionen in den einzelnen Bundestagsfraktionen: Während Bündnis 90/Die Grünen vor allem die demokratieförderlichen Implikationen des freiwilligen Engagements betonten (Kretschmann 1995) und bei CDU/CSU besonders kommunitaristische Krisendiagnosen sowie Kosteneinsparungsargumente auf Zuspruch trafen (Schäuble 1994, 1995; Gauly 1995), nahmen die Sozialdemokraten eine vergleichsweise ambivalente Haltung ein und werteten sowohl demokratische Bürgerbeteiligungsformen als auch gemeinschaftsförderliches Handeln auf (Rudolf Scharping (SPD), in: Zeit Online 1995b; Meyer 1995). Die Heterogenität der Schwerpunktsetzungen der einzelnen Bundestagsfraktionen in Sachen Ehrenamt erschwerte die Durchsetzungsfähigkeit der reformorientiert-progressiven Sichtweise folglich zusätzlich.

Wendet man sich nun den Zeitraum von 1994 bis 1998 zu, wird deutlich, dass es seit Mitte der 1990er Jahre auch auf bundespolitischer Ebene unter Bezugnahme auf den Produktivitätsgedanken zu einer verbalen Hochkonjunktur des Engagementthemas kam, im Zuge dessen freiwilliges Engagement zum Allheilmittel gegen ernstzunehmende gesellschaftliche Krisenerscheinungen stilisiert wurde. Daneben zeichnet sich die Rede über freiwilliges Engagement in diesem Zeitraum dadurch aus, dass die bislang konkurrierenden Storylines der Selbsthilfeförderung und Altenproblematik zunehmend mit der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung verknüpft wurden bzw., was erstere anbetrifft, darin aufgingen: Dass die Storyline der Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource seit Mitte der 1990er Jahre besonders eng mit dem Dispositiv des »Produktiven Alters« verwoben war, wurde bereits an anderer Stelle ausführlich thematisiert (vgl. Kap. 4.3). In Bezug auf die Debatten über die Selbsthilfeförderung lassen sich neben Verknüpfungs- auch Verdrängungstendenzen erkennen: Die Vertreter der

Selbsthilfe äußerten sich zunächst besorgt über die Aufmerksamkeitsverschiebung der politischen und verbandlichen Vertreter von der Selbsthilfe hin zum freiwilligen Engagement, da hiermit ein erheblicher Rückgang an öffentlichen Unterstützungsleistungen einhergehe:

»Vor allem Vertreter(innen) der Politik, der Sozialverwaltungen und Wohlfahrtsverbände diskutieren es [freiwilliges Engagement, D.N.] als Problemlösungsstrategie für demographische, politische und gesellschaftliche Entwicklungen. So könnte Bürgerschaftliches Engagement zum Abbau von Arbeitslosigkeit beitragen, über die vermutete Weiterqualifizierung die Motivation von qualifizierten Erwerbslosen aufrechterhalten, oder es ergäben sich konkrete Einsparmöglichkeiten von Personalstellen – besonders im Gesundheits- und Sozialbereich; ein Kalkül, das bereits mit der Unterstützung von Selbsthilfe verbunden wurde und nicht in Erfüllung ging.« (Bobzien 1997: 69)

Die zunehmende Betrachtung freiwilligen Engagements als Lösung gesellschaftlicher Krisen in bundespolitischen Kreisen seit Mitte der 1990er Jahre hat demnach zur Folge, dass »den ›Egoisten‹ der Selbsthilfegruppen« nun »die ›Altruisten‹ des freiwilligen sozialen Engagements« (Jakubowski 1997: 65) vorgezogen würden, da sich diese nicht nur für ihr eigenes Wohlbefinden, sondern auch für das Gemeinwohl einsetzten. Die anfänglichen Verdrängungstendenzen wurden in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre jedoch zunehmend durch Bemühungen abgelöst, die Gemeinsamkeiten zwischen Selbsthilfe und Bürgerengagement zu betonen. So wurde konstatiert, dass es sich bei Selbsthilfe und freiwilligem Engagement jeweils um Tätigkeiten handle, bei denen Aspekte der Eigen- und Fremdhilfe eine zentrale Rolle spielen (Kettler 1997: 56). In Anbetracht dessen ging der Selbsthilfediskurs seit Mitte der 1990er Jahre zunehmend im Engagementdiskurs auf, so dass die Selbsthilfe zumeist als eine besondere Form freiwilligen Engagements betrachtet wurde (Zentralrat des DCV 1995: 310; BT-Drs. 13/3232 1995; Abgeordnete Süßmuth (CDU/CSU), in: BT Pl.-Prot. 13/145 1996: 13118; BT-Drs. 14/2351 1999: 1).

Ogleich seit Mitte der 1990er Jahre alle Bundestagsfraktionen der grundlegenden Einsicht zustimmten, dass die Stärkung freiwilligen Engagements als Produktivitätsressource für die Zukunft des gesellschaftlichen Zusammenhalts und des Sozialstaats unerlässlich sei, rückte die liberal-konservative Bundesregierung nicht von ihrer kategorischen Nichtzuständigkeitsbehauptung in Sachen institutioneller Engagementförderung ab. Für den Zeitraum von 1994 bis 1998 lassen sich demnach die folgenden diskursiv-strukturellen Mechanismen identifizieren, die verhindert haben, dass sich die reformorientiert-innovative Problemdefinition in institutionellen Neuerungen niederschlug: Die von der Bundesregierung geäußerte Behauptung der systematischen Nichtzuständigkeit für institutionelle Fragen der Engagementförderung wurde auch im weiteren Verlauf der 1990er Jahre durch spezifische Routinen der Ablehnung und bestimmte Argumentationsstrategien untermauert. Neben dem bereits bekannten, dem Subsidiaritäts- und Föderalismusprinzip folgenden Argument, dass die Förderung freiwilligen Engagements nicht in den Zuständigkeitsbereich des Staates, sondern der Vereine, Verbände und Kommunen falle (BT-Drs. 13/5674 1996: 24f.; Abgeordnete Nolte (CDU/CSU), in: BT Pl.-Prot. 13/145 1996: 13126), wurde die institutionelle Dimension der Engagementförderung vor allem durch die Behauptung geleugnet, dass es an aussagekräftigen wissenschaftlichen Befunden mangle, die erstens Auskunft über die

allgemeinen Engagementbedingungen in Deutschland geben und zweitens die Wirksamkeit institutioneller politischer Reformen im Engagementbereich nachweisen könnten (BT-Drs. 13/5674 1996: 2, 4; BT-Drs. 13/6386 1996: 4).

Die Bundesregierung sah folglich keine Veranlassung, ihre Anstrengungen in diesem Bereich zu intensivieren, solange keine wissenschaftlichen Ergebnisse vorliegen, die belegen, dass über engagementpolitische Maßnahmen von Seiten des Bundes eine Abmilderung der Probleme im Engagementbereich möglich sei. Den Mangel an wissenschaftlichen Untersuchungen zum freiwilligen Engagement explizit betonend kündigte daher die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Große Anfrage der Regierungsfractionen an, dass sie plane, eine eigene Untersuchung – den späteren Freiwilligensurvey – in Auftrag zu geben (BT-Drs. 13/5674 1996: 2, 4; Abgeordnete Nolte (CDU/CSU), in: BT Pl.-Prot. 13/145 1996: 13126). Durch die Behauptung des Fehlens wissenschaftlicher Informationen führte die Bundesregierung folglich eine Schließung des Problematisierungsprozesses herbei, wodurch alle Versuche, die Regierungsvertreter von der Notwendigkeit engagementspezifischer Reformen zu überzeugen, deutlich erschwert wurden.

Diese auf den Mangel an wissenschaftlichen Belegen Bezug nehmende Begründung kann insofern als ein für den deutschen Fall typisches Argumentationsmuster bzw. eine routinierte Form der Ablehnung (Hajer 2008: 292) verstanden werden, als diese mit dem erhöhten bundespolitischen Bedarf an wissenschaftlicher Information und Beratung in Deutschland spätestens seit den ausgehenden 1960er Jahren in Einklang steht. Dass der wissenschaftlichen Expertise im politischen Planungsprozess seitdem ein hohes Maß an Bedeutung zugeschrieben wird, zeigt sich eindrücklich daran, dass der Deutsche Bundestag zwischen 1969 und 2002 insgesamt 21 thematisch begrenzte Enquete-Kommissionen⁸ mit unterschiedlicher Laufzeit einberufen hat, wobei anzumerken ist, dass im selben Zeitraum weitere 40 erfolglose Empfehlungen zur Konstituierung eines solchen Gremiums ausgesprochen wurden (Altenhof 2002: 14, 97f.).⁹ Das gesteigerte Bedürfnis nach einer erschöpfenden empirischen Erfassung des potenziellen politischen Interventionsfeldes schlägt sich zudem in der Initiierung zahlreicher themenspezifischer Repräsentativumfragen durch die jeweiligen Bundesministerien nieder. Exemplarisch verwiesen sei hier auf den Alterssurvey (1996-2011 mit vier Erhebungswellen), den Bundesgesundheitsurvey (1998), den Umweltsurvey (1985-2006 mit vier Erhebungswellen) oder den bereits ausführlich betrachteten Freiwilligensurvey. Die von der liberal-konservativen Bundesregierung unter Verweis auf das Fehlen wissenschaftlicher Informationen begründete Ablehnung engagementspezifischer institutioneller Reformen reiht sich demnach nahtlos in dieses vermehrte Bedürfnis der deutschen Politiker nach Legitimitätserzeugenden, wissenschaftlichen Informationen der letzten Jahrzehnte ein (Siefken 2007: 81f.).

8 | Eines der zentralen Kennzeichen von Enquete-Kommissionen ist ihre personelle Zusammensetzung, da hier stets Sachverständige, d.h. Wissenschaftler und/oder Praktiker, zusammen mit Abgeordneten unterschiedlicher politischer Couleur an der Aufarbeitung von Informationsdefiziten arbeiten (Altenhof 2002: 12).

9 | Betrachtet man nicht nur den Spezialfall der Enquete-Kommissionen, sondern erweitert den Blick auf politikberatende Expertenkommissionen im Allgemeinen, so steigt ihre Anzahl in die Hunderte, wobei die meisten von diesen in der Phase der »Planungseuphorie« Ende der 1960er Jahre einberufen wurden (Siefken 2007: 24).

Die eine Problemschließung herbeiführende Betonung des Forschungsbedarfs ist Teil einer weiteren diskursiven Strategie, die zwischen 1994 und 1998 deutlich in Erscheinung tritt: der Fokussierung auf symbolische Politikpraktiken (Hajer 2008: 292f.). Nachdem sich seit Mitte der 1990er Jahre ein allgemeines Bewusstsein aller Bundestagfraktionen für die Bedeutung des freiwilligen Engagements herausgebildet hatte, kam auch die Bundesregierung nicht mehr umhin, sich mit dem Thema Engagementförderung zu beschäftigen. Anstatt aber konkrete institutionelle Neuerungen in Angriff zu nehmen, erschöpften sich ihre diesbezüglichen Anstrengungen – mit Ausnahme der Gründung der Stiftung »Bürger für Bürger« – vornehmlich in symbolischen Politikpraktiken. Während die Bundesregierung folglich einerseits die Notwendigkeit institutioneller Neuerungen auf bundespolitischer Ebene negierte, forcierte sie andererseits durch verschiedene Formen symbolischer Politik, wie etwa gesellschaftliche Apelle oder umfangreiche Planungs- und Konzeptionstätigkeiten, die Auseinandersetzung mit diesem Thema. So erweckten Initiativen wie die Einsetzung eines »Arbeitskreises Ehrenamt« der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (1997), im Rahmen dessen Gespräche mit Experten und ca. 60 Organisationen stattfanden (Abgeordneter Riegert (CDU/CSU), in: BT Pl.-Prot. 13/145 1996: 13107), die ausführliche Befragung von ca. 200 Dach- und Spitzenverbänden im Vorfeld der Beantwortung der Großen Anfrage der Regierungsfractionen (BT-Drs. 13/5674 1996: 4), die Einladung von freiwilligen Bürgern zur Bundestagsdebatte am 05.12.1996 (Abgeordneter Riegert (CDU/CSU), in: BT Pl.-Prot. 13/145 1996: 13107) sowie die öffentliche Anhörung von Sachverständigen und Vertretern der deutschen Spitzenverbände im Rahmen einer Sitzung des Familienausschusses im Februar 1998 (BT-Drs. 13/11413 1998: 5) den Eindruck, dass sich die Bundesregierung ihrer Verantwortung für die engagementbezogenen Probleme durchaus bewusst war. Die in diesen Kontexten entstandenen Veröffentlichungen, die sowohl die bestehenden Wissenslücken zum Thema Bürgerengagement als auch Strategien zur Regulierung der problematisierten Entwicklungstendenzen im Engagementbereich thematisierten, suggerierten zudem, dass die Bundespolitik einen entscheidenden Beitrag zur Sichtbarmachung der Bedeutung Freiwilliger in der Gesellschaft leistete.

Bei den genannten Anhörungen und Veröffentlichungen sowie der beabsichtigten Initiierung eines eigenen Freiwilligensurveys handelt es sich demnach um Formen der »Legitimitätsbeschaffung« durch Informationsgewinnung, die insofern als Teil einer »strategischen Symbolpolitik« betrachtet werden können (Siefken 2007: 81), als diese die politischen Verantwortungsträger von Handlungsdruck entlasteten, »indem sie die Handlungsbereitschaft politischer Institutionen signalisiere[n], ohne diese damit aber zur sofortigen Einleitung substantieller politischer Maßnahmen zu zwingen« (Willems/Wolf/Eckert 1993: 191). Denn angesichts der Vielzahl derartiger Diskussionsrunden ist es leicht zu übersehen, dass von der liberal-konservativen Bundesregierung bis 1998 im Grunde keine engagementspezifischen Reformmaßnahmen eingeleitet wurden. Das Verlieren in symbolischen Politikpraktiken und die institutionellen Verharrungstendenzen der Bundesregierung wurden deshalb, wie folgendes Statement der Bündnis 90/Die Grünen-Abgeordneten Irmingard Schewe-Gerigk exemplarisch zeigt, auch von Seiten der politischen Opposition vielfach kritisiert:

»Während viele Verantwortungsträger nicht müde würden zu beteuern, wie wertvoll und gemeinschaftsbildend der Beitrag der Ehrenamtlichen und freiwilligen Helferinnen und Helfer ist, blieben die ›Investitionen‹ in diese soziale [sic!] Ressourcen unserer Gesellschaft eher gering.« (Abgeordnete Schewe-Gerigk (Bündnis 90/Die Grünen), in: BT-Drs. 13/11413 1998: 16; vgl. ebenso Abgeordneter Berninger (Bündnis 90/Die Grünen), in: BT Pl.-Prot. 13/158 1997: 14263)

Zusammenfassend gilt festzuhalten, dass für die Phase der Diskursstrukturierung zwischen 1985 und 1998 verschiedene strukturell-diskursive Mechanismen, wie etwa konkurrierende Storylines, symbolische Politikpraktiken sowie bestimmte Argumentationsmuster und Ablehnungsroutinen, identifiziert werden konnten, die als »Mikro-Mächte« des Widerstands (Hajer 2008: 291) eine nachhaltige Verknüpfung der reformorientiert-innovativen Problemdefinition mit institutionellen Wandlungsprozessen verhinderten. Zusammen mit der Rekonstruktion des Fallverlaufs können diese Mechanismen eine Erklärung dafür liefern, dass, obgleich die Wissensordnung des neuen Ehrenamtes eine veränderte politische Vorgehensweise in Form von innovativen engagementspezifischen Fördermaßnahmen und Reformen nahelegte, es bis 1998 von Regierungsseite noch zu keiner ausreichenden Problematisierung des behaupteten Versagens der bestehenden institutionellen Regelungen und somit auch nicht zur Einleitung diesbezüglicher Reformen kam.

Abschließend sei angemerkt, dass sich zwar seit Mitte der 1990er Jahre auf bundespolitischer Ebene zwei Diskurskoalitionen mit konträren Positionen bezüglich der institutionellen Dimension der Engagementförderung gegenüberstanden, das Thema freiwilliges Engagement insgesamt jedoch nur wenig Raum für Grundsatzdebatten oder tiefere Parteienkonflikte bot. Aufgrund der gesellschaftlichen und öffentlichen Positivbewertung dieses Themenfeldes war es für die politischen Diskursteilnehmer nahezu unmöglich, der Behauptung zu widersprechen, dass freiwilliges Engagement für die gesamte Gesellschaft von unverzichtbarem Wert und daher förderungswürdig sei.¹⁰ Nur innerhalb dieser grundlegenden Annahme konnten die politischen Lager unterschiedliche Schwerpunkte setzen, wie dies etwa mit Blick auf die institutionelle Dimension der Engagementförderung geschehen ist. Doch auch hier deuteten sich im Jahr 1998 erste Konsensbemühungen an: Trotz der prinzipiell ablehnenden Haltung der liberal-konservativen Bundesregierung gegenüber engagementpolitischen Maßnahmen des Bundes gestand die CDU/CSU-Fraktion in der bereits erwähnten Anhörung des Familienausschusses des Deutschen Bundestages im Jahr 1998 ein, dass die auf institutionelle Reformen im Engagementbereich hinwirkenden Anträge von SPD und Bündnis 90/Die Grünen (BT-Drs. 13/3232 1995; BT-Drs. 13/6399 1996) bestimmte Punkte enthielten, die sie zukünftig durchaus mittragen könnten (Abgeordneter Riegert (CDU/CSU), in: BT-Drs. 13/11413 1998: 15).

10 | Als Beispiel für die fraktionsübergreifende Einigkeit bezüglich der Anerkennung und Wertschätzung des freiwilligen Engagements sei hier auf einen Redebeitrag der SPD-Bundestagsabgeordneten Sigrun Klemmer verwiesen: »Aufgabe der Politik ist es, das Ehrenamt zu fördern, Rahmenbedingungen zu verbessern und Zugangsbarrieren abzubauen. Bis hier, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist unser Anliegen interfraktionell Konsens. Ab hier offenbart sich dann aber auch das Ende der Gemeinsamkeiten.« (Abgeordnete Klemmer (SPD), in: BT Pl.-Prot. 13/145 1996: 13108; vgl. ebenso der Abgeordnete Börnsen (CDU/CSU), in: BT Pl.-Prot. 13/145 1996: 13122)

Die Signalisierung von Gesprächsbereitschaft kann als Zeichen einer stärkeren Konsensorientierung der CDU/CSU in Sachen Engagementförderung Ende der 1990er Jahre gedeutet werden, die zu einer allmählichen Annäherung der beiden Diskurskoalitionen beitrug. Die Einsicht, dass die Konfliktlinie zwischen Diskurskoalitionen somit keine statisch fixierte Grenze darstellt, sondern im Zuge diskursiver Auseinandersetzungen verändert bzw. verschoben werden kann (Schwab-Trapp 2002: 60), gilt es im Gedächtnis zu behalten, da diese gerade für die nun anschließende Phase der Diskursinstitutionalisierung noch von entscheidender Bedeutung sein wird.

6.3 DIE ERKLÄRUNGSKRAFT HEGEMONIALER KONFLIKTE FÜR DEN WANDEL DER DISPOSITIVE DER FREIWILLIGKEIT (1985 BIS 1998)

An dieser Stelle sei nochmals an das zentrale Ziel erinnert, das mit der Herleitung der Konflikte um die institutionelle Dimension der Engagementförderung zwischen 1985 und 1998 verfolgt wird: Es geht darum, unter Rückgriff auf hegemonietheoretische Ansätze eine Erklärung für den diskursiven Wandel der auf der Ebene des Verstehens skizzierten dominanten Storylines zu finden (vgl. Abb. 2). Diesem Ziel liegt die Annahme zugrunde, dass die Diskussionen über die Bedeutung freiwilligen Engagements und die Konflikte über die institutionelle Dimension der Engagementförderung im Untersuchungszeitraum eng miteinander verknüpft waren und daher aus der Aufdeckung der hegemonialen Konflikte gleichsam eine Erklärung für den Wandel der Dispositive der Freiwilligkeit abgeleitet werden kann. Die ausführliche Skizzierung der Phase der Diskursstrukturierung von Mitte der 1980er Jahre bis zum Jahr 1998 hat gezeigt, dass die Auseinandersetzungen bezüglich institutioneller Fragen der Engagementförderung in diesem Zeitraum erheblich an Intensität und Dynamik gewonnen haben, so dass immer mehr zentrale Gruppen- und Organisationssubjekte von der reformorientiert-progressiven Position in Sachen Engagementförderung zulasten einer sachlich-bewahrenden Sichtweise überzeugt werden konnten. Die Gründe für die Hinwendung aller Bundestagsfraktionen zum Thema Ehrenamt Mitte der 1990er Jahre sowie für das Ausbleiben politischer Reformen im Engagementbereich bis 1998 wurden zudem unter Rekurs auf intentionale und strukturell-diskursive Mechanismen ausführlich hergeleitet. Diese Erkenntnisse sollen nun mit dem Befund zusammengeführt werden, dass die Phase der Diskursstrukturierung gleichzeitig jenen Zeitraum markiert, in dem es zu zahlreichen Diskursverschiebungen, d.h. zum Auftreten neuer dispositiver Formationen, kam: der Storyline der Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre Mitte der 1980er Jahre und der Storyline der Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource Mitte der 1990er Jahre. Im Folgenden gilt es daher, die Ereignisse der Phase der Diskursstrukturierung mit Blick auf die Frage zusammenzufassen, welche Erklärungskraft die Konflikte um die institutionelle Dimension der Engagementförderung sowie die skizzierten intentionalen und strukturellen Diskursmechanismen für die genannten Diskursverschiebungen haben.

Das Aufkommen der Storyline der Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre Mitte der 1980er Jahre kann vor allem darauf zurückgeführt werden, dass die in

diesen Jahren mit zunehmender Intensität geführten Debatten über die Bedeutung des freiwilligen Engagements angesichts eines gerade im wissenschaftlichen Kontext behaupteten Wandels vom alten zum neuen Ehrenamt mit differierenden Positionen bezüglich institutioneller Fragen der Engagementförderung verknüpft wurden. Die über viele Jahrzehnte vorherrschende Erzählung vom traditionellen (alten) Ehrenamt, in der kein Bedarf für eine Übertragung engagementspezifischer Regulierungsaufgaben auf den Staat gesehen wurde und die somit auch dem Selbstverständnis der Bundesregierung in Sachen Engagementförderung entsprach, wurde seit Mitte der 1980er Jahre zunehmend durch eine progressiv-reformorientierte Position angegriffen und in Frage gestellt. Im Rahmen letzterer fand eine grundlegende Neuinterpretation der sich wandelnden Bedingungen der Ehrenamtlichkeit und der damit einhergehenden institutionellen Verpflichtungen statt, die sich deutlich von den Interpretationen und Wissensbeständen der Erzählung vom traditionellen (alten) Ehrenamt unterschied. In Abgrenzung zu letzterer bildete sich hier eine ganz neue Diskursformation heraus, in der die gerade in Wissenschaftskreisen forcierte epistemische Ordnung des neuen Ehrenamtes mit seinen institutionellen Entsprechungen zu einer konsistenten Erzählung, der Storyline der Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre, verdichtet wurde (vgl. Abb. 2).

Indem sich seit Mitte der 1980er Jahre immer mehr Gruppen- und Organisationssubjekte, vor allem die deutschen (Groß-)Vereine und (Wohlfahrts-)Verbände sowie Landes- und Kommunalpolitiker, der reformorientiert-progressiven Position in Sachen Engagementförderung anschlossen und selbstbewusst engagementspezifische Reformen einforderten, stellten sie nicht nur die etablierten Denkweisen in Frage, sondern trugen gleichsam zum Aufkommen und zur Verbreitung der Storyline der Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre bei. Diese Erzählung verdankt ihre Festigkeit zudem der Tatsache, dass seit Mitte der 1980er Jahre auch immer mehr Freiwillige die Wissensordnung des neuen Ehrenamtes in ihre alltägliche Lebensführung überführten. D.h., sie wandten sich zunehmend von den hierarchischen Großorganisationen ab, engagierten sich verstärkt in alternativen Bündnisformen und formulierten sogar konkrete engagementbezogene Verbesserungswünsche sowohl an die Adresse der Ehrenamtsorganisationen als auch an die Politik.

Eine ähnlich hohe Erklärungskraft kommt den Konflikten um die institutionelle Dimension der Engagementförderung auch für die Herausbildung der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung seit Mitte der 1990er Jahre zu. Das Auftreten der Storyline der Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsresource ist untrennbar mit der verbalen Renaissance und Bedeutungsaufwertung des Ehrenamtes auf der bundespolitischen Ebene in diesem Zeitraum verbunden. Letztere kann wiederum nur dann nachvollzogen werden, wenn man berücksichtigt, dass die einer progressiv-reformorientierten Position folgenden Vertreter der Dachverbände für Sport, Kultur und Soziales gerade in der ersten Hälfte der 1990er Jahre erhebliche Anstrengungen unternommen haben, um die deutschen Bundestagsfraktionen und die Bundesregierung mittels intentionaler, weicher Steuerung erstens auf die neuen Bedingungen der Ehrenamtlichkeit aufmerksam zu machen und zweitens diese gleichsam von der Notwendigkeit der Initiierung institutioneller Reformen im Engagementbereich zu überzeugen. Zum Vorteil gereichte ihnen hierbei die vielseitige Interpretierbarkeit des Signifikanten »Ehrenamt«, der je nach Perspektive unterschiedliche Deutungen zuließ und mit dessen Hilfe auch an den heterogenen engagementaffinen Resonanzboden auf bundespolitischer Ebene an-

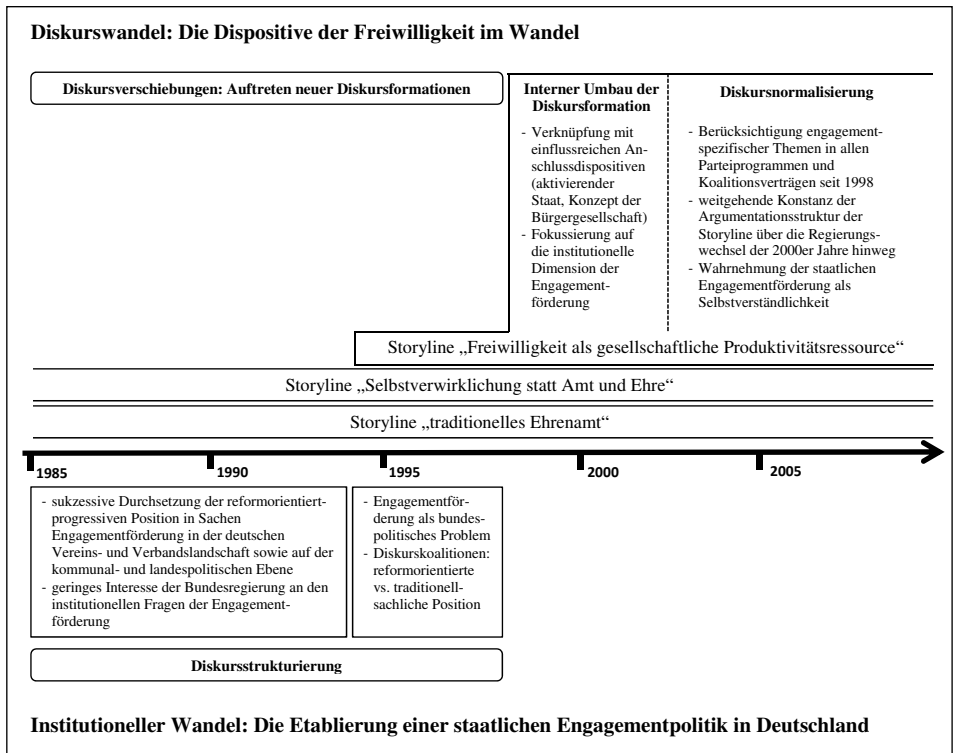
geschlossen werden konnte. Mittels stichhaltiger Argumente und gezielter Fragen wurde außerdem versucht, diesen aktivierten Resonanzboden im Sinne der Intentionen der Reformbefürworter zu verändern.

Diese Überzeugungsbemühungen können insofern als erfolgreich betrachtet werden, als sich alle Bundestagsfraktionen seit Mitte der 1990er Jahre mit den neuen Bedingungen des Ehrenamtes auseinandersetzten. Allerdings – und dies ist mit Blick auf die Entstehung der Storyline der Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource von zentraler Bedeutung – wurden diese bundespolitischen Debatten durch Hervorhebung des Produktivitätsgedankens angesichts vielfältiger, vor allem kommunitaristisch inspirierter Krisendiagnosen inhaltlich neu gerahmt. Die Herausbildung der Storyline Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource seit Mitte der 1990er Jahre kann folglich darauf zurückgeführt werden, dass die progressiv-reformorientierte Position – und damit auch die Wissensbestände des neuen Ehrenamtes – auf bundespolitischer Ebene zwar auf Gehör stieß, hier aber mit bereits bestehenden Debatten und Themenschwerpunkten zu einer neuen Erzählung verknüpft wurde, in der freiwilliges Engagement vor allem als gesellschaftlich nutzbare Produktivitätsressource in Krisenzeiten Wertschätzung erfuhr (vgl. Abb. 2).

Ogleich im Zuge dessen gerade den neuen Bedingungen der Ehrenamtlichkeit, die die Durchführung institutioneller Reformen im Engagementbereich von Seiten des Staates nahelegten, mehr Aufmerksamkeit geschenkt wurde, hielt die Bundesregierung an ihrer Nichtzuständigkeitserklärung in Sachen Engagementförderung fest. Andere politische Subjekte, wie etwa die Oppositionsfraktionen des Deutschen Bundestages, konnten hingegen – u.a. aufgrund der Existenz diskursiver Affinitäten – von diesen alternativen Problemwahrnehmungen und den sich daraus ergebenden institutionellen Erfordernissen überzeugt werden, so dass sich unter dem Dach der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung seit Mitte der 1990er Jahre zwei gesellschaftlich-politische Diskurskoalitionen gegenüberstanden, die um Vorherrschaft in Fragen der politischen Engagementförderung rangen. Trotz neuer produktivistischer Rahmung setzten sich somit die Konflikte zwischen der bewahrend-sachlichen Sichtweise und der innovativ-progressiven Position auch auf der bundespolitischen Ebene fort. Die institutionelle Dimension wurde in dieser Konstellation solange marginalisiert, wie die liberal-konservative Bundesregierung die Regierungsverantwortung innehatte und durch Rückgriff auf wirkmächtige diskursive Praktiken, wie symbolische Politikformen und spezifische Routinen der Ablehnung, jegliche Verantwortung für engagementbezogene Reformmaßnahmen von sich schob. Wenngleich es bis 1998 noch nicht zu tief greifenden institutionellen Neuerungen kam, wurden in diesem Zeitraum durch die Etablierung der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung und die Ausbildung sich gegenüberstehender gesellschaftlich-politischer Diskurskoalitionen zweifelsohne die Grundlagen für die seit Ende der 1990er Jahre initiierten engagementpolitischen Maßnahmen geschaffen.

Zur Vergegenwärtigung des Zusammenhangs zwischen dem Wandel der Dispositione der Freiwilligkeit und den Konflikten um die institutionelle Dimension der Engagementförderung in der Phase der Diskursstrukturierung werden die zentralen diesbezüglichen Erkenntnisse in der nachfolgenden Grafik nochmals zugespitzt dargestellt.

Abb. 2: Die Verflechtung von Diskurswandel und institutionellem Wandel (I)



Quelle: eigene Darstellung

6.4 DISKURSIONSTITUTIONALISIERUNG: DIE ETABLIERUNG DER ENGAGEMENTPOLITIK ALS EIGENSTÄNDIGES POLITIKFELD DES BUNDES (1998 BIS 2009)

Den nachstehenden Ausführungen sei die Anmerkung vorausgeschickt, dass für den Zeitraum von 1998 bis 2009 lediglich die diskursiven Geschehnisse zum Thema Bürgerengagement auf der bundespolitischen Ebene in den Blick genommen werden. Dies bedeutet nicht, dass die engagementspezifischen Diskussionen in den Vereinen, Verbänden, Stiftungen, Freiwilligenvertretungen usw. seitdem zum Erliegen kamen. Auch diese setzten sich in den 2000er Jahren ungebrochen fort, was sich besonders eindrucksvoll an der Mitwirkung zahlreicher gesellschaftlicher Organisationen an den Debatten im Rahmen des »Nationalen Forums für Engagement und Partizipation« im Vorfeld der Nationalen Engagementstrategie der Bundesregierung aus dem Jahr 2010 zeigt (BBE 2010). Die Konzentration auf die bundespolitische Ebene seit dem Jahr 1998 stellt vor allem eine forschungspragmatische Notwendigkeit dar und ist zudem der zentralen Problemstellung dieser Arbeit geschuldet, die schwerpunktmäßig nach den Institutionalisierungsprozessen fragt, die der dominante Diskurs auf der bundespolitischen Ebene nach sich gezogen hat. Da das Jahr 1998 den entscheidenden Wendepunkt im politischen

Umgang mit den institutionellen Fragen einer staatlichen Engagementpolitik darstellt, ist es im Sinne der zentralen Fragestellung nur folgerichtig, den Fokus der empirischen Untersuchung seit 1998 auf den bundespolitischen Bereich zu legen.

Der Zeitraum von 1998 bis 2009 kann als Phase der Diskursinstitutionalisierung bezeichnet werden, da sich die reformorientiert-innovative Position in diesem Zeitraum endgültig durchsetzen und in entsprechende institutionelle Praktiken zum Zwecke der Engagementförderung einfließen konnte. Hierdurch kam es zur allmählichen Herausbildung einer »Engagementpolitik als einem sich neu konstituierenden Politikfeld« des Bundes (Olk/Klein/Hartnuß 2010b: 25). Diese Phase erfüllt somit die zweite Bedingung, die Hajer als Voraussetzung einer diskursiven Dominanz benennt.

Folgt man lediglich diesem zweistufigen Dominanzmodell Hajers, dann erweckt die Durchführung engagementspezifischer Maßnahmen durch die rot-grüne Bundesregierung seit der Jahrtausendwende den Eindruck der Konfliktfreiheit und Naturwüchsigkeit, zumal tief greifende Auseinandersetzungen zwischen opponierenden Diskurskoalitionen seitdem weitgehend ausblieben. Dieser Eindruck täuscht jedoch: Es war zwar für die bundespolitischen Verantwortungsträger Ende der 1990er Jahre nahezu unmöglich, eine prinzipiell ablehnende Haltung gegenüber Fragen der Engagementförderung einzunehmen. Nichtsdestotrotz lassen sich bei genauerer Betrachtung der politischen Umbruchsituation nach der Wahlniederlage der liberal-konservativen Bundesregierung im Jahr 1998 unterschiedliche diesbezügliche Positionen der politischen Lager identifizieren, die sich gerade mit Blick auf die Verknüpfung des Themas Engagementförderung mit dem Reformprojekt der Bürgergesellschaft und dem aktivierenden Staatsumbau zum Teil stark voneinander unterscheiden.

Zur Analyse dieser konfligierenden Sichtweisen bedarf es eines nuancierteren Analysemodells, mit dessen Hilfe auch weniger fundamentale Konflikte sichtbar gemacht werden können. Als anschlussfähig hat sich hierbei das Konzept der hegemonialen Strategie von Martin Nonhoff erwiesen, dessen in Anlehnung an die theoretischen Überlegungen von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe gewonnenen Strategeme im Folgenden zur Aufdeckung der konflikthaften Elemente des diskursiven Geschehens um den Signifikanten der »Bürgergesellschaft« zur Jahrtausendwende herangezogen werden. Im Mittelpunkt der Hegemonieanalyse stehen folglich nicht – oder nicht in erster Linie – die institutionelle Dimension der Engagementförderung, sondern die diskursiven Konflikte, die in bundespolitischen Kreisen bezüglich der Auslegung und Einbettung des Konzepts der Bürgergesellschaft ausgetragen wurden. Diese Fokussierung der Hegemonieanalyse stellt jedoch nur auf den ersten Blick eine thematische Abschweifung dar: Dieser Eindruck verschwindet spätestens dann, wenn man die bereits ausführlich hergeleitete Erkenntnis berücksichtigt, dass seit Antritt der rot-grünen Bundesregierung zwischen der Förderung freiwilligen Engagements und dem Leitbild der Bürgergesellschaft, das gleichsam zum Reformprojekt eines neuen aktivierenden Staatsverständnisses avancierte, ein emblematischer Zusammenhang konstituiert wird. Durch die epistemische Verknüpfung des – auf die Engagementförderung fokussierten – Leitbildes der Bürgergesellschaft mit dem neuen aktivierenden Sozialstaatskonzept wird der Eindruck vermittelt, dass die Förderung freiwilliger Tätigkeiten zum selbstverständlichen Aufgabenrepertoire des Staates gehöre. Indem im Folgenden gezeigt wird, dass die Etablierung des Bürgergesellschaftskonzepts

Anfang der 2000er Jahre als hegemoniales Projekt mit befürwortenden und opponierenden Sichtweisen verstanden werden kann, wird zugleich deutlich, wie sich die damit untrennbar verbundene institutionelle Dimension der Engagementförderung unter Berücksichtigung der Konflikthaftigkeit dieses Prozesses nunmehr endgültig in bundespolitischen Kreisen etablieren konnte.

Die Anwendung der nonhoffschen Hegemonieanalyse bleibt hierbei aus verschiedenen Gründen auf den Zeitraum von 1998 bis 2002 beschränkt: Diesen vier Jahren gilt es erstens deshalb im besonderen Maße Aufmerksamkeit zu schenken, da die Übernahme der Regierungsverantwortung durch die rot-grüne Bundesregierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder angesichts der kategorischen Nichtzuständigkeitsbehauptung der Vorgängerregierung den entscheidenden Wendepunkt im bundespolitischen Umgang mit freiwilligem Engagement in Deutschland markiert. Zweitens kam es, nachdem zur Jahrtausendwende die ersten engagementpolitischen Maßnahmen von staatlicher Seite initiiert worden sind, nach 2002 kaum noch zu nennenswerten Konflikten bezüglich der institutionellen Dimension der Engagementförderung. Der Grund hierfür ist, dass sich das hegemoniale Projekt der »Bürgergesellschaft« nach 2002 im Übergang zur Hegemonie befand und sich die diesbezüglichen Konflikte zwischen den Bundestagsfraktionen angesichts der Herausbildung einer umfassenden reformbefürwortenden Diskurskoalition deutlich abschwächten. Da es deshalb drittens kaum lohnenswert erscheint, das aufwendige hegemonieanalytische Verfahren bis 2009 auszuweiten, wird die Weiterentwicklung der Hegemonie der »Bürgergesellschaft« für den Zeitraum von 2002 bis 2009 nur überblicksartig skizziert.

6.4.1 Das hegemoniale Projekt der »Bürgergesellschaft« (1998 bis 2002)

Die Analyse der Konstituierung des hegemonialen Projekts der »Bürgergesellschaft« zwischen 1998 und 2002 dient – hieran sei nochmals erinnert – dem Ziel, den konflikthaften Elementen des diskursiven Geschehens um den Signifikanten »Bürgergesellschaft« Aufmerksamkeit zu schenken. Hierdurch ist es möglich, sowohl die Durchsetzung der reformorientiert-progressiven Position in Sachen Engagementförderung im Untersuchungszeitraum offenzulegen als auch die Inkorporierung widerständiger Positionen in das hegemoniale Projekt der »Bürgergesellschaft« zu untersuchen. Vor dem Hintergrund dieser allgemeinen Zielsetzung wird im ersten Schritt denjenigen politischen Subjekten Aufmerksamkeit geschenkt, die sich zwischen 1998 und 2002 für eine Hegemonialisierung des Bürgergesellschaftskonzepts stark gemacht haben, bevor anschließend die kritischen Stimmen opponierender Kräfte aus dem konservativen und linken politischen Milieu Berücksichtigung erfahren.

Festlegung und Eingrenzung des Textkorpus

Da es im Folgenden vordergründig um die Rekonstruktion des bundespolitischen Bürgergesellschaftsdiskurses als diskursiv-hegemoniales Projekt zwischen 1998 und 2002 geht und die umfassende inhaltliche Darstellung desselben bereits an anderer Stelle erfolgt ist (vgl. Kap. 4.4), genügt es, für die Hegemonieanalyse einzelne, möglichst repräsentative Texte aus dem Textkorpus auszuwählen. Bei der Selektion der Texte schließe ich mich der Argumentation Martin Nonhoffs an und

beziehe diejenigen Texte in die Analyse ein, deren Autoren bzw. »artikulierende Subjekte aus heutiger Sicht als maßgebliche Subjekte« (Nonhoff 2006: 253) des bundespolitischen Diskurses um den Signifikanten »Bürgergesellschaft« gelten. Selbstverständlich bedarf diese Entscheidung erstens eines umfangreichen Kontextwissens und kann zweitens nur in der Rückschau erfolgen (ebd.: 253f.). In Bezug auf den vorliegenden Fall wird vor allem der von 1998 bis 2005 amtierenden rot-grünen Bundesregierung und ihrem Bundeskanzler Gerhard Schröder gemeinhin eine maßgebliche Rolle bei der Aufwertung des Bürgergesellschaftskonzepts auf der bundespolitischen Ebene in Deutschland zugeschrieben, weshalb das analysierte Textkorpus aus den folgenden Einzeltexten besteht: Schröder/Blair 1999; Schröder 2000a, 2001a, 2001b; SPD-Grundwertekommission 2001; Simmert/Vollmer 2002.¹¹

Die von Martin Nonhoff erarbeiteten einzelnen Strategeme einer offensiv-hegemonialen Strategie werden zum Zwecke der einmaligen Offenlegung der notwendigen Einzelschritte im Folgenden anhand eines Textes dieses Korpus ausführlich rekonstruiert, wohingegen die Darstellung der Analyseergebnisse der übrigen Publikationen lediglich im Überblick erfolgen wird. Für die detaillierte Ergebnisrekonstruktion wurde der von Gerhard Schröder verfasste Artikel »Die zivile Bürgergesellschaft« (Schröder 2000a) ausgewählt. Die zentrale Stellung des Schröder-Artikels ergibt sich daraus, dass diesem im Allgemeinen eine Schlüsselposition in der sog. »Schröder-Debatte«¹² zugeschrieben wird, die sich zur Jahrtausendwende um die Etablierung eines neuen Bürgergesellschaftskonzepts auf bundespolitischer Ebene entsponnen hat (Schreier 2010: 18; Butterwegge 2014: 345f.). So konstatiert beispielsweise Kurt Beck, dass Gerhard Schröder sich in seinem »Beitrag in der ›Neuen Gesellschaft‹ zum Fürsprecher der ›Bürgergesellschaft‹ gemacht« habe (FAZ 2000f; ebenso Streeck 2000: 28; Ehrke 2001: 3). Auch in den Printmedien war man sich weitgehend einig, dass durch diesen Text das Konzept der »zivilen Bürgergesellschaft« sowohl zum Leitthema der Debatte um die Modernisierung sozialdemokratischer Politik in Deutschland erhoben als auch zum »überwölbende[n] Projekt« der verschiedenen Einzelreformen der rot-grünen Bundesregierung stilisiert wurde (SZ 2000e; ebenso FAZ 2000a; Zeit Online 2000b).

In »Die zivile Bürgergesellschaft« beschreibt Gerhard Schröder (2000a) erstmals ausführlich die grundlegenden Inhalte des Bürgergesellschaftskonzepts der rot-grünen Regierung und grenzt dieses gegen alternative Gesellschafts- und Staatsmodelle ab. Zudem handelt es sich hierbei um den am frühesten publizierten politischen Text, der das Leitbild der Bürgergesellschaft in dieser umfassenden Form thematisiert. Das ebenfalls in den Textkanon aufgenommene sog. »Schröder-Blair-Papier« (Schröder/Blair 1999) wurde zwar bereits ein Jahr früher veröffentlicht, doch geht es hier um die politische Neuausrichtung der europäischen Sozialdemokratie insgesamt. Das Konzept der Bürgergesellschaft findet hier nur andeutungsweise Erwähnung. Trotz dieser Einschränkung ist das Schröder-Blair-Papier Teil der Textauswahl, da die von Schröder in seinem Artikel »Die zivile Bür-

11 | Die genannten, für die Hegemonieanalyse nach Nonhoff ausgewählten Publikationen des umfangreichen Textkorpus sind im Anhang mit einem * gekennzeichnet.

12 | Vgl. die Dokumentation der sog. »Schröder-Debatte« in der Zeitschrift *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* 47/2000 (6), S. 355-358.

gergesellschaft« angestellten Überlegungen grundlegend auf den mit Tony Blair diskutierten Neuerungen sozialdemokratischer Politik beruhen.

Der Artikel »Die zivile Bürgergesellschaft« war jedoch nur der erste Schritt auf dem Weg zur Wiederbelebung des Bürgergesellschaftskonzepts auf bundespolitischer Ebene in Deutschland. So forcierte Gerhard Schröder diese Entwicklung weiter, indem er im Jahr 2000 eine Konferenz in Berlin zum Thema »Progressive Governance for the XXI Century« initiierte, an der zahlreiche sozialdemokratische Regierungschefs aus der ganzen Welt teilnahmen (Schröder 2002). Als eines der zentralen Ergebnisse ihres Zusammentreffens verständigten sich die 14 Regierungschefs in ihrem Berlin Communiqué u.a. auf das Ziel, die Erneuerung und Stärkung der Zivilgesellschaft voranzutreiben (Berlin Communiqué 2002: 16-18). Darüber hinaus versuchte Gerhard Schröder seine Idee der »zivilen Bürgergesellschaft« durch Reden und Beiträge auf verschiedenen Konferenzen, vornehmlich anlässlich des »Internationalen Jahres der Freiwilligen« 2001, weiter bekannt zu machen. Diese besondere Stellung Gerhard Schröders im Rahmen der Durchsetzung eines bürgergesellschaftlichen Reformkonzepts rechtfertigt es, noch zwei weitere seiner Reden, die er im »Internationalen Jahr der Freiwilligen« 2001 gehalten hat, in die Hegemonieanalyse einzubeziehen (Schröder 2001a, 2001b). Zudem gehört auch der Bericht der Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD aus dem Jahr 2001, der sich dem Thema »Aktivierung der Bürgergesellschaft« widmet, zum Textkorpus. Diese Veröffentlichung ist Teil der umfangreichen SPD-internen Debatten, die anlässlich der auf dem Parteitag in Berlin 1999 beschlossenen Überarbeitung ihres Grundsatzprogramms geführt wurden. Ähnlich wie Gerhard Schröder geht auch dieses Papier von der Alternativlosigkeit einer nach sozialdemokratischen Wertmaßstäben konstruierten Bürgergesellschaft auf der Grundlage eines aktivierenden Staatsmodells aus. Zur Vervollständigung des Textkanons wurde des Weiteren ein Beitrag der von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen entsendeten Mitglieder der Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements« ausgewählt (Simmert/Vollmer 2002), der die Grundhaltung des Koalitionspartners zum Bürgergesellschaftskonzept auf den Punkt bringt. Die ausgewählten Texte erlauben es aufgrund ihrer unterschiedlichen Erscheinungsjahre (1999 bis 2002) zudem, die Entwicklung des hegemonialen Projekts in diesem Zeitraum sukzessive nachzuzeichnen.

Zum Zwecke der einmaligen Verdeutlichung der einzelnen Analyseschritte werden nun, wie bereits angekündigt, die Strategeme einer offensiv-hegemonialen Strategie am Beispiel des Artikels von Gerhard Schröder »Die zivile Bürgergesellschaft« ausführlich rekonstruiert, währenddessen die Darstellung der Analyseergebnisse der übrigen Publikationen lediglich im Überblick erfolgen wird.

Gerhard Schröder: »Die zivile Bürgergesellschaft«

Martin Nonhoff unterscheidet drei Kernstrategeme, die in jedem hegemonialen Projekt rekonstruierbar sind: (I) die Äquivalenzierung differenter, am Allgemeinen orientierter Forderungen, (II) die antagonistische Zweiteilung des diskursiven Raums und (III) Repräsentation. Zudem gerät im Zuge der Darstellung dieser drei Kernstrategeme auch das ergänzende Strategem der Einrichtung von Subjektpositionen für politisch-gesellschaftliche Kräfte in den Blick, das deshalb ebenfalls Teil der folgenden Darstellung ist (Nonhoff 2006: 213-221).

Kernstrategem I: Die Äquivalenzierung differenter, am Allgemeinen orientierter Forderungen

Im Mittelpunkt der Argumentation von Gerhard Schröder steht die Diagnose eines Mangels, auf dessen Überwindung das hegemoniale Projekt ausgerichtet ist. Die Mangelercheinungen beziehen sich einerseits auf den Mangel an materieller Sicherheit angesichts »gebrochene[r] Erwerbsbiografien« (Schröder 2000a: 201).¹³ Andererseits verweist Gerhard Schröder wiederholt auf den Mangel an Teilhabemöglichkeiten, gesellschaftlichem Zusammenhalt, Gerechtigkeit, Freiheit sowie auf den »Mangel an Zivilität« (205). Zudem formuliert Schröder zahlreiche Forderungen, die zur Überwindung dieser Mangelercheinungen erfüllt sein müssen und zusammen die Äquivalenzkette A bilden (vgl. Abb. 3). Der Mangel stellt folglich den gemeinsamen Bezugspunkt aller im Text genannten Forderungen dar und ermöglicht erst ihre Äquivalenzierung (Nonhoff 2006: 215). Hierbei lassen sich Zielforderungen von Mittelforderungen unterscheiden. Zu den zentralen im Text benannten Zielen gehören das gesellschaftliche Projekt der Teilhabe und Teilnahme möglichst aller (203), die Herstellung sozialer Gerechtigkeit (201, 204), die Bewahrung des Gemeinwohls (201) sowie die Etablierung einer »gute[n] Wirtschaftspolitik« (207).

Diese Zielforderungen werden im Text mit einer Vielzahl von Mittelforderungen äquivalent gesetzt. Die im Hinblick auf die Überwindung des Mangels und die Verwirklichung der genannten Ziele wohl am häufigsten wiederkehrenden Mittelforderungen sind der Umbau des Staates hin zu einem aktivierenden Staat und die Stärkung der zivilen Bürgergesellschaft. Diese beiden diskursiven Elemente werden wiederum miteinander äquivalent gesetzt, d.h., eine selbstbewusste Zivilgesellschaft ist auf einen aktivierenden Staat angewiesen und auch der aktivierende Staat kann sich ohne eine funktionierende Bürgergesellschaft nicht auf seine zentralen Aufgaben konzentrieren: Denn »Staat und Zivilgesellschaft stehen in einem Spannungsverhältnis zueinander, aber nicht in unversöhnlichem Gegensatz. Die Zivilgesellschaft braucht einen besseren, einen aktiven und aktivierenden Staat« (202).

Wendet man sich zunächst dem neuen Leitbild des aktivierenden Staates zu, wird deutlich, dass dieses diskursive Element durch weitere Äquivalenzen präzisiert wird. Gerhard Schröder verbindet mit dem aktivierenden Staat zunächst die allgemeine Hoffnung auf »eine Rückkehr der Politik« (201). Gleichzeitig sei dieser »wirkungsvoller und effizienter zugleich«, da er als »offener Bürgerstaat« agiere und sich durch die Orientierung an der Maxime vom »Fördern und Fordern« auf seine zentralen Aufgaben besinnen könne (207). Ein so konzipierter aktivierender Staat wird wiederum mit den zentralen Zielforderungen des Textes äquivalent gesetzt: Nur dieser sei in der Lage, »den Schutz der Schwachen« zu garantieren, »das Gemeinwesen zu gemeinschaftlicher Verantwortung« (ebd.) zu ermuntern sowie »Sicherheit und Gerechtigkeit« (201) zu organisieren. Gerhard Schröder ist zudem davon überzeugt, dass »diejenige Regierung die beste sei, die uns lehrt, uns selbst zu regieren« (203). Aus diesem Grund spricht er sich deutlich für eine »Neubestimmung der Aufgaben von Staat und Gesellschaft« (201) aus, wodurch

13 | Die im Folgenden in runden Klammern genannten Seitenverweise beziehen sich ausnahmslos auf den Artikel von Gerhard Schröder »Die zivile Bürgergesellschaft« (Schröder 2000a).

Freiräume geschaffen werden, die die Gesellschaft in Eigenregie und verantwortungsbewusst ausfüllen kann. Am Beispiel von vier Aufgabenfeldern – der Reform des Gesundheitswesens, der Erneuerung der Städte, dem Stiftungsrecht und der Kommunikations- und Computerkultur – legt Schröder ausführlich dar, wie er sich diese neue Aufgabenteilung vorstellt, d.h. welche Pflichten die Bürgergesellschaft und welche Aufgaben der Staat übernehmen soll (205-207). Unter Rekurs auf kommunitaristische Ideen favorisiert Gerhard Schröder folglich einerseits einen Staat, der der Gesellschaft Räume schafft, damit diese ihre Belange selbst regeln kann. An dieser Stelle bedient sich Schröder demnach einer Vorstellung, die gerade in liberal-konservativen Kreisen bereits in den 1990er Jahren unter Bezugnahme auf den Subsidiaritätsgedanken befürwortet wurde:

»Den Bürgern wird in dieser Zivilgesellschaft ein Stück Subsidiarität und Selbstbestimmung zurückgegeben. Das verlangt die Bereitschaft zur Eigenverantwortung, aber es verlangt auch einen Staat, der sich darauf konzentriert, die Bedingungen für Gerechtigkeit zu schaffen und die Infrastruktur gesellschaftlicher Solidarität zu garantieren.« (204)

Andererseits – und darin zeigt sich die Neuerung gegenüber dem schlanken Staatsverständnis der liberal-konservativen Vorgängerregierung – müsse der Staat den Beitrag jedes Einzelnen für sich selbst und für die Gesellschaft einfordern: »Fördern und fordern« scheint mir auch im Hinblick auf die Zivilgesellschaft eine richtige Maxime politischen Handelns« (203). Auch in Bezug auf die Wirtschaftspolitik schreibt Gerhard Schröder der Politik eine zentrale Rolle zu. Da sich die Wirtschaft immer mehr von den Bedürfnissen der Bürger zu entfernen scheint, sei es Aufgabe einer sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik, die kleinen sozialen Einheiten wieder »lebbar und lebensfähig« zu machen, denn »eine gute Gesellschaftspolitik ist ohne gute Wirtschaftspolitik nicht zu haben« (205).

Mit Blick auf das veränderte Staatsverständnis gilt folglich festzuhalten, dass Gerhard Schröder einen am Subsidiaritätsprinzip orientierten aktivierenden Staat fordert, der sich auf seine zentralen Aufgaben besinnt. Im Unterschied zu den Idealvorstellungen der liberal-konservativen Vorgängerregierung bedeutet diese neue Aufgabenteilung jedoch keineswegs, dass sich der Staat lediglich auf die Regelung des »geschäftlichen und sozialen Verkehr[s] durch Recht und Gesetz« konzentriert, sondern er soll auch »Antworten auf die Hoffnungen und Ängste der Menschen« finden (201). Letzteres, so Gerhard Schröder, könne nur einem Staat gelingen, der sich auch den »großen« gesellschaftspolitischen Fragen« stellt und sich der »grundsätzliche[n] Stärkung und Erneuerung der Zivilgesellschaft« widmet (ebd.).

Die Förderung der zivilen Bürgergesellschaft avanciert folglich zur zweiten zentralen Mittelforderung auf dem Weg zur Überwindung des konstatierten Mangels. Daher, so Schröder, handele es sich bei der Stärkung der Bürgergesellschaft auch nicht nur um eine Option unter vielen, sondern um ein »Gebot« (203). Die Neubelebung der Zivilgesellschaft wird somit zur »gesellschaftspolitische[n] Notwendigkeit« (207) stilisiert, wenn es darum geht, die zentralen Zielforderungen nach sozialer Gerechtigkeit, Gemeinwohl und Teilhabe zu verwirklichen (201). Das folgende Zitat steht exemplarisch für die zentrale Stellung, die die zivile Bürgergesellschaft im Text von Gerhard Schröder insgesamt einnimmt: »Unter diesen Bedingungen wird die Zivilgesellschaft zum wichtigsten Ort der sozialen Teilhabe.

In ihr muss die Identifikation geschaffen werden, die den einzelnen an die Werte und Ziele der Gesellschaft bindet« (204). Anhand dieser Textpassage wird deutlich, dass die Zivilgesellschaft zum Subjekt gesellschaftlicher Veränderungen avanciert, während sie an anderer Stelle gleichzeitig als Objekt staatlicher Aktivierungsstrategien benannt wird. In diesem Sinne postuliert Schröder beispielsweise, dass der »Staat den Willen zu einer solchen Förderung der Zivilgesellschaft aufbringen« muss und dass die »Erfahrungen mit einer »aktivierten« Zivilgesellschaft unser Staatsverständnis nachhaltig verändern werden. Dabei dürfen wir uns nicht auf einen Selbstlauf verlassen. Als Instrument, die Zivilgesellschaft an die Strukturen der modernen Ökonomie heranzuführen, ist der Staat unverzichtbar.« (207) Die Rede von der »»aktivierten« Zivilgesellschaft« zeigt eindrücklich, dass die von Schröder favorisierte Bürgergesellschaft noch nicht in ausreichendem Maße zu existieren scheint und deshalb erst durch entsprechende Maßnahmen hergestellt werden müsse.

Die Mittelforderung der Stärkung der zivilen Bürgergesellschaft wird durch weitere Äquivalenzen präzisiert. Die wohl wichtigste Äquivalenz wird zwischen der Förderung der Bürgergesellschaft und der Stärkung des freiwilligen Engagements artikuliert, deren bereits mehrfach thematisierte emblematische Verknüpfungsbeziehung an verschiedenen Stellen des Textes deutlich zu Tage tritt (202, 206). Wenn Gerhard Schröder in seinem Artikel über konkrete Möglichkeiten der Stärkung der Bürgergesellschaft spricht, dann geht es ihm zumeist lediglich um die Förderung des freiwilligen Engagements. Aufgrund dieser emblematischen Beziehung gehört die staatliche Unterstützung des Bürgerengagements mittels institutioneller Reformen ebenfalls zu den zentralen Mittelforderungen des Textes. In diesem Zusammenhang zeigt sich zudem, dass Schröder mit der Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements vornehmlich das Ziel verfolgt, das hohe brachliegende Engagementpotenzial zu aktivieren und hierdurch die Engagiertenzahlen insgesamt zu erhöhen (202). Durch diese emblematische Verknüpfung der Engagementförderung mit dem Konzept der zivilen Bürgergesellschaft als neues Leitbild des aktivierenden Staates wird – und dies gilt es nochmals deutlich zu betonen – nicht nur die Stärkung der Bürgergesellschaft, sondern gleichsam die Förderung des freiwilligen Engagements durch entsprechende engagementpolitische Neuerungen zur alternativlosen Notwendigkeit erklärt. Indem Gerhard Schröder durch Benennung dieser Äquivalenzbeziehung das Leitbild der Bürgergesellschaft auf das Spezialproblem der Engagementförderung hin fokussiert, trägt er maßgeblich zur sukzessiven Durchsetzung der Auffassung bei, dass die Durchführung engagementförderlicher Maßnahmen eine selbstverständliche staatliche Aufgabe sei.

Die Einrichtung von Subjektpositionen für politisch-gesellschaftliche Kräfte in der Äquivalenzkette A

Die soeben dargestellte Äquivalenzierung differenter Forderungen in der Äquivalenzkette A wird ergänzt und stabilisiert durch die Einrichtung von Subjektpositionen für politisch-gesellschaftliche Kräfte, die ebenfalls durch eine Äquivalenzbeziehung miteinander verknüpft sind. Um die Übersichtlichkeit angesichts der Vielzahl von artikulierten Subjektpositionen zu gewährleisten, werden diese in Übereinstimmung mit der Vorgehensweise von Martin Nonhoff (2006: 319) unterschiedlichen Ebenen zugeordnet: Die erste Ebene umfasst diejenigen Subjektpositionen, die für die Mitglieder einer Gemeinschaft, genauer gesagt: für die Bürger,

bereitgestellt werden. Im Text von Gerhard Schröder werden nur die Bürger der Äquivalenzkette A zugeordnet, die bestimmte Voraussetzungen erfüllen. So weist Gerhard Schröder wiederholt darauf hin, dass der Bürger sowohl sich selbst wie auch der Gesellschaft gegenüber Verantwortung übernehmen soll (203). Hierbei geht es ihm grundlegend um die Entwicklung eines »neue[n] Bürgerbewusstsein[s]. Um mehr Eigenverantwortung, die zu Gemeinwohl führt« (201). Eigenverantwortung bedeutet in diesem Zusammenhang, dass sich der Bürger für seine Gesundheit, Bildung oder soziale Sicherheit aktiv einsetzt (205). Darüber hinaus soll der von Schröder favorisierte Bürger auch sozialverantwortlich handeln, d.h. für sein soziales Umfeld Interesse und Einsatz zeigen, in der Nachbarschaft aushelfen oder in einer sozialen Einrichtung unentgeltlich tätig sein. Der Bürgerbegriff wird in Schröders Text »Die zivile Bürgergesellschaft« folglich eng mit der Ausübung eines freiwilligen Engagements verknüpft. Die bereits in Bezug auf die Zivilgesellschaft offengelegte emblematische Beziehung zwischen Bürgergesellschaft und freiwilligem Engagement zeigt sich folglich auch mit Blick auf die dazugehörenden Subjektpositionen, allen voran den Bürger, der vornehmlich als (freiwillig) engagierter Bürger konzipiert wird. Die Analyse zeigt zudem, dass der Bürger einerseits als handlungsfähiges Subjekt, dem viele Aufgaben mit einem hohen Maß an Verantwortung zugeschrieben werden, angerufen wird. Andererseits scheint der Bürger jedoch erst einer entsprechenden Aktivierung zu bedürfen, um die an ihn gerichteten politischen Erwartungen zu erfüllen. Aus diesem Grund müsse der Staat nach Ansicht von Schröder »den Beitrag jedes einzelnen zur Gestaltung seines eigenen und des gesellschaftlichen Lebens einfordern« (203) und diesen »ein Stück Subsidiarität und Selbstbestimmung zurückgeben« (204).

Auf der zweiten Ebene werden Subjektpositionen für Personen mit einer besonderen Kompetenz in dem hier verhandelten Themenfeld dargeboten. Gerhard Schröder verortet auf dieser Ebene vor allem Sozialwissenschaftler, die das bürgerschaftliche Engagement der Deutschen quantitativ erheben und denen deshalb eine spezifische Expertise in Sachen Bürgergesellschaft zugeschrieben wird (202). Die positive Bewertung der Wissenschaft zieht sich ohnehin wie ein roter Faden durch den gesamten Text und kann auf den Umstand zurückgeführt werden, dass Schröder die derzeitige Gesellschaft grundlegend als »Wissens- und Informationsgesellschaft« versteht (203, 201). Die dritte Ebene umfasst nach Angaben von Nonhoff (2006: 318) politische und soziale Gruppen, die nicht formal institutionalisiert sein müssen, dafür aber ein spezifisches Interesse mit dem im Text verhandelten Thema verbinden. An dieser Stelle zeigt sich, dass einer Vielzahl von gesellschaftlichen und politischen Gruppen (Arbeiterschaft, Ärzte, Versicherte des Gesundheitssystems, Stifter, wirtschaftlich Mächtige usw.) eine Subjektposition in der Äquivalenzkette A angeboten wird. Dass die Äquivalenzkette A folglich sehr inklusiv angelegt ist, ist jedoch nicht weiter verwunderlich, handelt es sich beim Projekt der »zivilen Bürgergesellschaft« um ein umfassend konzipiertes gesellschaftliches Reformprogramm. Es ist folglich unabdingbar, möglichst vielen Personengruppen eine Subjektposition in der auf die Überwindung des Mangels ausgerichteten Äquivalenzkette A anzubieten und auf diese Weise die Wirksamkeit und Durchsetzungskraft des hegemonialen Projekts zu erhöhen (ebd.: 233f.). Mit Blick auf die dritte Ebene gilt zudem hervorzuheben, dass besonders die seit 1998 regierenden Sozialdemokraten als treibende Kraft bei der Überwindung des Mangels dargestellt

werden, wobei sich Gerhard Schröder selbst als Teil dieser erneuerten Sozialdemokratie sieht (201).

Auf einer vierten Ebene können die Subjektpositionen verortet werden, die als Profiteure einer im Sinne des hegemonialen Projekts agierenden Politik benannt werden. Im Text von Gerhard Schröder wird der umfassende Anspruch formuliert, dass »möglichst alle[...]« (203) von der neuen Gesellschaftspolitik profitieren. Aus diesem Grund lassen sich zahlreiche Formulierungen identifizieren, die das Wohlergehen des gesamten Volkes versprechen: Es sollen »Antworten auf die Hoffnungen und Ängste der Menschen« (201) gefunden, »eine lebenswerte Gesellschaft« (ebd.) gestaltet und etwas »für die Sicherheit der Bürger und die soziale Integration getan« (206) werden.

Kernstrategem II: Die antagonistische Zweiteilung des diskursiven Raums

Die Konstitution eines hegemonialen Projekts zeichnet sich in Anlehnung an Nonhoff dadurch aus, dass es zu einer Zweiteilung des diskursiven Raums kommt, wobei der konstatierte Mangel weiterhin die gemeinsame Bezugsgröße darstellt (Nonhoff 2006: 277). Konkret formuliert bedeutet dies, dass sich die Äquivalenz der diskursiven Elemente der Äquivalenzkette B (vgl. Abb. 3) daraus ergibt, dass diese als Widerstände gegen die Forderungen der Äquivalenzkette A, d.h. als Ursprung des Mangels bzw. als Grund für dessen Nichtbehebung, benannt werden (ebd.: 278). Mit Blick auf den Text von Gerhard Schröder »Die zivile Bürgergesellschaft« zeigt sich, dass die beiden Staatsmodelle des schlanken Staates und des omnipräsenten Staates besonders häufig in Kontrarität zu den Forderungen der Äquivalenzkette A artikuliert werden und diese folglich als die größten Hindernisse auf dem Weg zur Überwindung des Mangels gelten.

So artikuliert Gerhard Schröder eine Kontrarität zwischen einer selbstbewussten Zivilgesellschaft und einem schlanken Staat, der sich lediglich auf »Entbürokratisierung« und »Deregulierung« (201) konzentrierte: Wenn »die Politik Motor und Mitspieler der sozialen Modernisierung sein soll, genügt es nicht, ein paar Ämter aufzulösen und ein paar Vorschriften zu streichen« (ebd.). Vielmehr führe dieser Rückzug der Politik zu einer weiteren Erosion des gesellschaftlichen Zusammenhaltes: »Das Ziel ist weder die Abschaffung des Staates noch der Rückzug der Politik. Wenn die Politik sich aus ihrer Verantwortung zurückzieht oder sich unter Hinweis auf die gewaltigen internationalen Fliehkräfte nicht mehr an der Gestaltung beteiligt, überlässt sie die Gesellschaft ihren Zerreißproben.« (Ebd.) Noch kritischer äußert sich Gerhard Schröder gegenüber dem omnipräsenten Staat, dem er jede Stärke und Glaubwürdigkeit abspricht, und den er in eine klare Kontraritätsbeziehung zu dem von ihm favorisierten aktivierenden Staatsmodell setzt: »Aber was ist ein starker, glaubwürdiger Staat? Mit Sicherheit nicht der Staat, der überall ist. Nicht der omnipräsente Staat ist stark, sondern der aktive und aktivierende Staat. Der Staat, der die Stärke des Rechts und die Einhaltung der Regeln des sozialen Wettbewerbs garantiert.« (204)

Des Weiteren konkretisiert Schröder seine Vorbehalte gegen den omnipräsenten Staat, indem er diesen mit einem immer größer werdenden »Verantwortungs-Imperialismus« gleichsetzt, der im Endeffekt zu sozialer Ungerechtigkeit und »geradewegs zur Abschaffung des Politischen« (202) führe. Der omnipräsente Staat, der soziale Gerechtigkeit durch Verteilungsgerechtigkeit herzustellen ver-

sucht und somit der aktiven Verantwortungsübernahme des Einzelnen im Weg steht, wird mit einer Gesellschaft in Verbindung gebracht, die sich durch soziale Ausgrenzung und Desintegration auszeichnet (203). Es wird folglich eine deutliche Kontrarität zwischen dem allumsorgenden Staat und den zentralen Forderungen der Äquivalenzkette A nach Gerechtigkeit, Gemeinwohl und gesellschaftlichen Zusammenhalt konstatiert. Ein allzu weites Vordringen des Staates in die Belange der Gesellschaft wird sogar mit einem »Mangel an Zivilität« (205) gleichgesetzt, der bereits in der Vergangenheit zu den »grausamen Verbrechen« des Nationalsozialismus (ebd.) beigetragen habe.

Insgesamt zeigt sich, dass sowohl Überregulierung, d.h. der Behördenstaat bzw. »der »Expertenstaat«, der zwischen Juristen und Markt kaum noch Raum lässt« (207), als auch eine Politik des Laissez-faire der Äquivalenzkette B zugeordnet und mit einer Reihe von Mangelercheinungen äquivalent gesetzt werden, die zusammen die Äquivalenzkette B bilden. Hierzu gehören die Unfähigkeit, die Folgen der globalisierten Wirtschaft auszugleichen (201), sowie das Unvermögen, die sich daraus ergebenden Konsequenzen, d.h. gebrochene Erwerbsbiografien, die Verunsicherung der Menschen und die Erosion des gesellschaftlichen Zusammenhaltes (201f.), abzumildern. Diese beiden Staatsmodelle, denen Gerhard Schröder die Leitbilder des aktivierenden Staates und der zivilen Bürgergesellschaft entgegengesetzt, werden folglich als größte Widerstände bei der Überwindung des Mangels am Allgemeinen bzw. als dessen Verursacher wahrgenommen. Aus der Einordnung dieser beiden Leitbilder in die Äquivalenzkette B resultiert bei gleichzeitiger Überhöhung des aktivierenden Staates demnach eine Delegitimation der konkurrierenden Staatsmodelle.

Die Einrichtung von Subjektpositionen für politisch-gesellschaftliche Kräfte in der Äquivalenzkette B

Verstärkt wird die antagonistische Zweiteilung des symbolischen Raums dadurch, dass auch der Äquivalenzkette B verschiedene Subjektpositionen zugeordnet werden. Auf der ersten Ebene werden dem sozial- und selbstverantwortlichen Bürger, der sich aktiv um einen Arbeitsplatz und seine Gesundheit bemüht sowie ein Ehrenamt innehat oder in der Nachbarschaft aushilft, vermeintlich passive Personengruppen gegenübergestellt. Diese würden z.B. beim Arzt »einfach nur »behandelt« werden wollen« (205) oder bedürfen der öffentlichen Unterstützung aufgrund von Arbeitslosigkeit. Hierzu zählen aber auch sozial ausgegrenzte Bevölkerungsteile und Menschen, die nicht bereit bzw. in der Lage sind, einer freiwilligen Tätigkeit nachzugehen (202). Diese Personengruppen werden demnach zu Antagonisten der hochgelobten »interessierten, informierten Subjekte« (205) stilisiert, die als Aktivposten der neuen Aufgabenteilung zwischen Staat und Gesellschaft beispielsweise zur Erhaltung lebenswerter Städte beitragen (206) oder durch »buchstäblich körperliche[...] Selbstbeteiligung« (205) die Kosten des Gesundheitswesens senken helfen. Mit Blick auf die Charakterisierung der Bürgerfigur zeigt sich folglich, dass der Text auf Gegensatzpaare zurückgreift und so neue Kriterien sozialer Exklusion entlang der Merkmale aktiv vs. passiv konstruiert.

Während auf der zweiten Ebene der Experten und Sachverständigen keine B-Subjektposition artikuliert wird, lassen sich der dritten Ebene eine Vielzahl von antagonistischen Kräften zuordnen. Hierbei handelt es sich besonders um die politischen oder sozialen Gruppen, die einen omnipräsenten Staat befürworten.

Explizit benannt werden hier die Sozialisten (201), die Nationalsozialisten (204f.) und nicht zuletzt einige Teile der Sozialdemokratie, die nach wie vor einen die gesellschaftliche Solidarität garantierenden, starken Sozialstaat favorisieren (202). Zwischen diesen politischen Gruppierungen und einer starken Zivilgesellschaft bzw. der Entwicklung einer »zivilgesellschaftlichen Identität« (201) wird eine deutliche Kontraritätsbeziehung artikuliert. Die stets wiederkehrende Kritik Schröders an einem omnipräsenten, umsorgenden Staat richtet sich demnach auch gegen skeptische Stimmen in den Reihen der SPD selbst, die noch nicht vollkommen mit dem eingeschlagenen Kurswechsel unter Bundeskanzler Schröder d'accord ging. In diesem Zusammenhang konstatiert Schröder:

»Eine der großen Illusionen, vor allem in der sozialdemokratischen Gesellschaftspolitik, ist die Vorstellung, ›mehr Staat‹ sei das beste Mittel, um mehr Gerechtigkeit zu erreichen.« (202)

»Gerade weil aber die Herstellung und Bewahrung sozialer Gerechtigkeit in einem umfassenden Sinne oberstes Ziel sozialdemokratischer Politik ist und bleibt, können wir uns nicht mehr auf Verteilungsgerechtigkeit beschränken. Dies geht schon deshalb nicht, weil eine Ausweitung der Sozialhaushalte nicht zu erwarten und übrigens auch nicht erstrebenswert ist.« (203)

Schröder wirft hier folglich den Teilen der deutschen Sozialdemokratie, die dem Kurswechsel der SPD kritisch gegenüberstehen und weiterhin das Prinzip der Verteilungsgerechtigkeit in einem umsorgenden Staat befürworten, Ungerechtigkeit sowie eine Überlastung der Staatshaushalte vor und verweist sie damit in die Äquivalenzkette B. Der weitere Umgang mit diesen innerparteilichen Differenzen im Text »Die zivile Bürgergesellschaft« zeigt jedoch, dass Schröder gleichzeitig zur Schlichtung dieser SPD-internen Gegensätze beizutragen versucht. Deutlich versöhnlicher mutet demnach bereits folgende Aussage an: »Auch heute höre ich von manchen Parteifreunden den – nachvollziehbaren – Einwand gegen zivilgesellschaftliche Überlegungen, man dürfe die Solidarität doch nicht ›privatisieren‹ und gewissermaßen dem Gutdünken Einzelner überlassen.« (205)

Eine Versöhnung der widerstreitenden Positionen versucht Schröder durch Rekurs auf die historischen Entstehungsbedingungen der Sozialdemokratie herbeizuführen. Er zeigt Verständnis für die Kritik verschiedener Parteigenossen, indem er daran erinnert, dass dieses Staatsverständnis in einer Zeit entstanden ist, in der ein starker Staat zum Schutz der Arbeiter und Schwachen unbedingt vonnöten war (204f.). Das Aufgreifen der historischen Kontinuität zum Zwecke der innerparteilichen Versöhnung wird im Text »Die zivile Bürgergesellschaft« ergänzt durch den Aufruf, angesichts veränderter gesellschaftlicher Bedingungen von diesem omnipräsenten Staatsmodell Abschied zu nehmen und einen neuen Weg einzuschlagen, auf dem das Prinzip der Verteilungs- durch »Chancengerechtigkeit« ersetzt wird (203). Das in Teilen der SPD noch vorherrschende Modell eines starken, umsorgenden Sozialstaates wird demnach durch die Integration in die Äquivalenzkette B einerseits delegitimiert und entwertet. Andererseits versucht Gerhard Schröder die verschiedenen Lager innerhalb der Partei zu versöhnen, indem er über Kontinuitätssemantiken an den Zusammenhalt der Sozialdemokraten appelliert und ein entschlossenes Vorgehen einfordert.

Des Weiteren wird auch die konservativ-liberale Vorgängerregierung explizit der Äquivalenzkette B zugeordnet, da diese »durch ihre Finanzaffären und deren unvollständige Aufklärung« zur Entstehung des Mangels, genauer gesagt: zur »Politikverdrossenheit« großer Bevölkerungsteile (200), beigetragen habe. Ihre Regierungszeit, so Schröder, habe dazu geführt, dass die Bürger immer stärker das Vertrauen in die Politik verloren hätten und sich zunehmend eine Unsicherheit über die Frage breit gemacht habe, »was Politik überhaupt noch vermag« (201). Mit dieser Kritik an der liberal-konservativen Vorgängerregierung geht zugleich eine Entwertung des von der CDU/CSU und der FDP favorisierten schlanken Staatsmodells einher (ebd.). Letzteres wird verkörpert durch »die hauptberuflichen ›De-Regulierer‹, [die] oft genug nichts anderes im Sinn haben als die Abschaffung gesellschaftlicher Beteiligungsrechte – also das Gegenteil von einer zivilen Bürgergesellschaft« (ebd.). Zudem gelten auch diejenigen Wirtschaftszweige, die sich zum Zwecke der Profitoptimierung »auf internationale Notwendigkeiten zurückziehen« (207), als weitere Widersacher bei der Etablierung einer starken Bürgergesellschaft.

Es zeigt sich somit, dass nicht nur die Modelle des schlanken und omnipräsenten Staates im Allgemeinen delegitimiert, sondern auch die hiermit assoziierten Trägergruppen in die Äquivalenzkette B eingeordnet werden. Die anfängliche Abgrenzung wird jedoch teilweise, wie am Beispiel der Unstimmigkeiten innerhalb der SPD gezeigt, durch verschiedene Mechanismen wieder zurückgenommen und sogar ins Gegenteil verkehrt. Es findet hier folglich eine diskursive Verschiebung der dem innerparteilichen Kurswechsel bislang kritisch gegenüberstehenden Sozialdemokraten von der Äquivalenzkette B nach A statt. Hierdurch wird – und darauf weist auch Nonhoff (2006: 234) eindringlich hin – die antagonistische Grenze, die ja nie vollständig fixiert werden kann, durchbrochen bzw. unterlaufen. Die hier beobachtbare Verschiebung von Subjektpositionen über die antagonistische Grenze hinweg ist jedoch für den Erfolg des hegemonialen Projekts sehr wichtig, da die anhaltenden innerparteilichen Differenzen ansonsten zu einer Schwächung des Reformprojekts insgesamt führen würden. Daher kann Gerhard Schröder das linke Lager der SPD auch nicht vollständig in die Äquivalenzkette B verschieben, sondern muss diesem zum Zwecke der innerparteilichen Versöhnung eine Subjektposition in der Äquivalenzkette A anbieten.

Kernstrategem III: Repräsentation

Als Kandidat für die Repräsentation der Äquivalenzkette A, d.h. als »symbolischer Repräsentant des Allgemeinen« (Nonhoff 2006: 263), kommt Nonhoff zufolge nur diejenige Forderung in Frage, die zu allen äquivalenzierten Elementen des Mangels in Kontrarität steht (ebd.: 216-218). Für den vorliegenden Fall bedeutet dies, dass diese Funktion nicht von einer der Zielforderungen übernommen werden kann, da keine von diesen in der Lage ist, auch die übrigen Zielforderungen vollständig widerzuspiegeln und gleichzeitig alle Aspekte der diagnostizierten Mangelerscheinungen zu erfassen. Aus diesem Grund erscheint es in Anlehnung an Nonhoff (2006: 287) sinnvoll, eines der genannten Mittel, mit dessen Hilfe die verschiedenen Ziele verwirklicht werden können und der konstatierte Mangel überwunden werden soll, als Repräsentanten der Äquivalenzkette A zu benennen. Im vorliegenden Text von Gerhard Schröder »Die zivile Bürgergesellschaft« kommen für die Repräsentationsfunktion lediglich die Forderungen nach einem aktivieren-

den Staat sowie nach einer zivilen Bürgergesellschaft in Frage. Eine endgültige Entscheidung kann anhand eines einzelnen Textes allerdings nicht getroffen werden, da die beiden diskursiven Elemente zum Zeitpunkt der Textpublikation noch eng aneinander gekoppelt waren.

Folgt man allerdings der Argumentation Nonhoffs (2006: 287f.), dass ein Repräsentant des Allgemeinen, will er die Ursachen des Mangels vollständig beheben, zu allen diskursiven Elementen der Äquivalenzkette B in Kontrarität stehen muss, so zeichnet sich bereits eine Tendenz ab: Nicht der aktivierende Staat, sondern die zivile Bürgergesellschaft steht zu allen diskursiven Elementen der Äquivalenzkette B in direkter Kontrarität. Eine differenzierte Analyse der konstatierten Kontraritätsbeziehungen zeigt zwar, dass auch zwischen dem aktivierenden Staat und den meisten Elementen der Äquivalenzkette B eine Kontraritätsbeziehung artikuliert wird, es sich hierbei aber zumeist nicht um eine direkte, sondern um eine über das diskursive Element der zivilen Bürgergesellschaft vermittelte, *bedingte* Kontrarität handelt. Nur unter der Bedingung der Existenz einer starken und handlungsfähigen Zivilgesellschaft kann erstens das Vorhaben einer neuen Verantwortungsteilung zwischen Staat und Gesellschaft mit Leben gefüllt und zweitens der aktivierende Staat die verschiedenen selbstgesteckten Ziele erreichen und so zur Überwindung der genannten Mangelerscheinungen beitragen. Exemplarisch für diese bedingte Kontraritätsbeziehung des aktivierenden Staates zu den meisten Elementen der Äquivalenzkette B sei auf das folgende längere Zitat verwiesen:

»Die großen Fragen der beginnenden Epoche – wie organisieren wir Sicherheit und Gerechtigkeit in der ›Wissengesellschaft‹; welche kulturellen und sozialen Orientierungen wollen wir im Internet-Zeitalter unseren Kindern geben; wie soll sich der Staat in einer Gesellschaft drastischer Veränderungen organisieren – sind nicht anders zu lösen als durch Politik. Allerdings muss die Politik sich dafür auf ihre zentralen Aufgaben besinnen. Und die lauten nicht nur: den geschäftlichen und sozialen Verkehr durch Recht und Gesetz zu regeln, sondern auch: Antworten auf die Hoffnungen und Ängste der Menschen zu suchen. Gerade für Sozialdemokraten ist dies die Zeit, sich den ›großen‹ gesellschaftspolitischen Fragen zu stellen, wenn man so will: ein ›gesellschaftliches Projekt‹ zu entwickeln: Wie wollen, wie sollen wir in Zukunft Gerechtigkeit und Beteiligung, Solidarität und Innovation erreichen; wie gestalten wir eine lebenswerte Gesellschaft, die nicht ausgrenzt und in der die Fähigkeiten aller am besten zur Geltung kommen? Wie die Initiative fördern, die Schwachen schützen und die Stärkeren zu ihrem Beitrag ermuntern? Dies sind die Fragen, vor deren Hintergrund wir die aktuellen Überlegungen um eine grundsätzliche Stärkung und Erneuerung der Zivilgesellschaft diskutieren sollten.« (201)

Gerhard Schröder weist hier explizit darauf hin, dass zwar die zentralen Ziele des Textes nur durch »Politik« gelöst werden können, diese hierfür aber wiederum auf die »Erneuerung der Zivilgesellschaft« (201) angewiesen sei, die als eine Art gesellschaftspolitisches Projekt der regierenden Sozialdemokraten präsentiert wird. Vor dem Hintergrund der Erkenntnis, dass der aktivierende Staat nur unter der Bedingung einer starken Zivilgesellschaft zur Überwindung der konstatierten Mangelerscheinungen beitragen kann, erscheint auch die Vehemenz, mit der Schröder für die Aktivierung der Bürgergesellschaft eintritt, kaum mehr verwunderlich. Darüber hinaus legt der analysierte Text das diskursive Element der zivilen Bürgergesellschaft als Repräsentanten des Allgemeinen auch deshalb nahe, da dieses »in

die eine Gefahr für die Gesellschaft darstellten (Simmert/Vollmer 2002: 63), da diese u.a. zum Verlust von Teilhabechancen, sozialer und politischer Ausgrenzung, Verarmung, Umweltproblemen und Arbeitslosigkeit beitragen. All diese Tendenzen führten im Ergebnis zum Zerfall des gesellschaftlichen Zusammenhaltes, zu Anomie, Freiheitsverlust und Ungerechtigkeit. Außerdem komme es hierdurch auch zu einem Mangel an Verantwortung und Solidarität, wodurch sich bei den Menschen das Gefühl der Ungewissheit und Unsicherheit verstärke (Schröder/Blair 1999: 888-890, 893; Schröder 2001a, 2001b; SPD-Grundwertekommission 2001: 2, 17, 22f., 28; Simmert/Vollmer 2002: 63).

Zur Überwindung dieser Mangelerrscheinungen wird in den ausgewählten Texten eine Vielzahl von Forderungen benannt, wobei wiederum Ziel- von Mittelforderungen unterschieden werden können. Im Hinblick auf die Zielforderungen lässt sich über die Texte hinweg eine große Kontinuität feststellen. Neben den zentralen sozialdemokratischen Werten der sozialen Gerechtigkeit, Freiheit und Solidarität finden auch die folgenden Zielforderungen in allen Texten Erwähnung: die Bewahrung des Gemeinwohls, die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes, die Festigung einer lebendigen Demokratie sowie die Lösung sozialer Probleme (Schröder/Papier 1999: 888-894; Schröder 2001a, 2001b; SPD-Grundwertekommission 2001: 1-6, 17, 25-27; Simmert/Vollmer 2002: 63-65). Einen besonders hohen Stellenwert nimmt zudem die Forderung nach der Bewahrung der hohen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ein. Mit Ausnahme der Stellungnahme der Mitglieder der Enquete-Kommission aus der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen (Simmert/Vollmer 2002) und der Rede von Gerhard Schröder anlässlich des Festes der Freiwilligen (2001b) wird die Forderung nach einer weiteren wirtschaftlichen Dynamisierung in den übrigen Publikationen mit besonderem Nachdruck artikuliert (Schröder/Blair 1999: 889, 892; Schröder 2001a; SPD-Grundwertekommission 2001: 9, 27).

Um diese Ziele zu verwirklichen und die erwähnten Mangelerrscheinungen zu überwinden, wird in allen Texten auf eine Vielzahl von Mittelforderungen verwiesen. Ihre Analyse hat ergeben, dass die Mittelforderungen des »aktivierenden Staates« und der »zivilen Bürgergesellschaft« zwar konstant artikuliert werden, sich jedoch im Zeitverlauf, d.h. zwischen 1999 und 2002, die folgenden diesbezüglichen Veränderungen ergeben: Im Schröder-Blair-Papier aus dem Jahr 1999 ist weder vom aktivierenden Staat noch von der zivilen Bürgergesellschaft explizit die Rede, doch werden hier bereits die inhaltlichen Grundlagen für die Neuausrichtung der Sozialdemokratie in Deutschland gelegt, auf die sich Gerhard Schröder in seinem Artikel »Die zivile Bürgergesellschaft« bezieht. Als das zentrale Mittel zur Überwindung der genannten Mangelerrscheinungen benennen die beiden sozialdemokratischen Regierungschefs die Modernisierung der Sozialdemokratie in Europa, deren Staatsverständnis im Sinne eines »aktiven Staat[es]« (Schröder/Blair 1999: 892) neu definiert werden muss. Der aktive Staat wird durch die Äquivalenzierung mit den folgenden Teilforderungen näher bestimmt: Er zeichnet sich durch eine neue »angebotsorientierte Agenda« (ebd.: 890) aus und fußt auf dem Prinzip der »Chancengleichheit« (ebd.: 894). Zudem soll der aktive Staat »nicht rudern, sondern steuern, weniger kontrollieren als herausfordern« (ebd.: 890). Im Hinblick auf das hiermit einhergehende Gesellschaftsverständnis weist das Schröder-Blair-Papier bereits darauf hin, dass der erneuerte aktive Staat auf eine konsensfähige Gesellschaft angewiesen sei (ebd.: 890). Daher müsse dieser auch danach streben,

die Selbst- und Sozialverantwortung eines jeden Bürgers zu stärken, denn moderne »Sozialdemokraten wollen das Sicherheitsnetz aus Ansprüchen in ein Sprungbrett in die Eigenverantwortung umwandeln« (ebd.: 894).

Gerhard Schröder orientiert sich in seinem im Jahr 2000 veröffentlichten, bereits ausführlich analysierten Artikel »Die zivile Bürgergesellschaft« grundlegend an den Erkenntnissen des Schröder-Blair-Papiers. Er greift den dort verwendeten Terminus des »aktiven Staates« auf (Schröder 2000a: 202, 204) und konkretisiert dieses Leitbild insofern, als er von nun an von einem »aktivierenden Staat« (ebd.: 204) spricht, der nur unter der Bedingung der Existenz einer »zivilen Bürgergesellschaft« die ihm übertragenen Aufgaben erfüllen kann. Beide diskursiven Elemente werden im Text folglich als die zentralen Mittelforderungen bei der Überwindung des Mangels benannt. Die Analyse der übrigen, zwischen 2000 und 2002 veröffentlichten Auswahltexte hat ergeben, dass diese beiden Forderungen seitdem sowohl von Gerhard Schröder als auch von der SPD und Bündnis 90/Die Grünen übereinstimmend als wichtigste Mittelforderungen artikuliert werden.¹⁴ Es wird zwar zunehmend auf das von Schröder geprägte Attribut »zivil« bei der Beschreibung der Bürgergesellschaft verzichtet und nur noch von der Bürger- oder Zivilgesellschaft gesprochen, doch ist hiermit kein neuer Aussagecharakter verbunden. In allen analysierten Texten nach 2000 werden die Mittelforderungen nach einem aktivierenden Staat und einer selbstbewussten (zivilen) Bürgergesellschaft durch die Äquivalenzierung mit den folgenden Teilforderungen näher bestimmt: einer neuen Verantwortungsteilung zwischen Staat und Zivilgesellschaft, der Gewährleistung von Chancengerechtigkeit sowie der Stärkung der Zivilgesellschaft im Allgemeinen und der Eigen- wie Sozialverantwortung jedes Einzelnen im Besonderen.

Erstens werden die Mittelforderungen des aktivierenden Staates und der (zivilen) Bürgergesellschaft mit einer neuen Verantwortungsteilung zwischen Staat und Zivilgesellschaft gleichgesetzt, da es diesem neuen Staatsverständnis widerspreche, auch diejenigen Aufgaben zu übernehmen, die »die Gesellschaft besser in Eigenverantwortung und Selbstorganisation lösen kann« (Schröder 2001a). In seiner Rede anlässlich des Festes der Freiwilligen bringt Gerhard Schröder diese Neukonzeption staatlicher Verantwortungsübernahme folgendermaßen auf den Punkt: »Wir wollen zu einer vernünftigen Balance zwischen staatlichen Pflichten, Eigeninitiative und gesellschaftlichem Engagement kommen.« (Schröder 2001b; vgl. ebenso SPD-Grundwertekommission 2001: 2, 24; Simmert/Vollmer 2002: 63) Zweitens muss das staatliche und gesellschaftliche Handeln auf das Prinzip der »Chancengerechtigkeit« hin ausgerichtet werden (Schröder 2001a, 2001b; SPD-Grundwertekommission 2001: 15f., 25; Simmert/Vollmer 2002: 64).

14 | Einschränkend sei angemerkt, dass hiermit nicht nur explizite Nennungen gemeint sind, sondern sich diese Mittelforderungen z.T. auch aus dem Kontext des jeweiligen Textes rekonstruieren lassen. So taucht der Begriff des »aktivierenden Staates« im Statement der Mitglieder der Enquete-Kommission aus der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen zwar nicht explizit auf, doch zeigt die Aufzählung der Teilforderungen, dass hier ein aktivierendes bzw. ermöglichendes Staatsverständnis favorisiert wird. Außerdem ist dieser Text Teil des Berichts der Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements«, in der sich alle Fraktionen auf das Leitbild des »ermöglichenden Staates« (BT-Drs. 14/8900 2002: 7) verständigt haben.

Drittens wird die spezifische Beziehung zwischen den zentralen Mittelforderungen des aktivierenden Staates und der Bürgergesellschaft in allen untersuchten Texten seit 2000 auf eine ähnliche Weise konstruiert: Übereinstimmend wird konstatiert, dass zur Lösung der gesellschaftlichen Probleme kein Weg an der Aktivierung der Zivilgesellschaft im Allgemeinen und der Stärkung der Eigen- wie Sozialverantwortung jedes Einzelnen im Besonderen vorbeiführe. Die Zivilgesellschaft gilt demnach einerseits – wie folgender Auszug aus der Rede Schröders zeigt – als ein handlungsfähiges Subjekt, das zur Überwindung des Mangels einen entscheidenden Beitrag leisten kann: »Ich denke eher, dass die Schritte hin zu einer zivilen Bürgergesellschaft [...] die wirklichen Fortschritte der Zivilisation sind, die unsere Gesellschaften auch die Zukunft meistern lassen.« (Schröder 2001b; vgl. ebenso Schröder 2001a; SPD-Grundwertekommission 2001: 3; Simmert/Vollmer 2002: 63) Andererseits dürfe die Bürgergesellschaft, da sie dem aktivierenden Sozialstaat als eine notwendige Bedingung vorausgeht, in diesem Entwicklungsprozess nicht sich selbst überlassen bleiben. So wird in den analysierten Texten übereinstimmend darauf hingewiesen, dass die Funktionsfähigkeit des aktivierenden Staates nur durch eine starke Bürgergesellschaft gewährleistet werden kann und gleichzeitig auch eine lebendige Zivilgesellschaft »ohne einen handlungs- und gestaltungsfähigen öffentlichen Sektor« (SPD-Grundwertekommission 2001: 25) undenkbar sei:

»Denn der rechtsstaatliche Rahmen und das sozialstaatliche Fundament bleiben die entscheidenden Voraussetzungen für eine Entfaltung bürgergesellschaftlicher Subsidiarität. Es geht um einen Lernprozess hin zu einem veränderten staatlichen Selbstverständnis. Die Modernisierung des Staates bezieht sich vor allem darauf, zu lernen, wie er als aktivierender und ermöglichender Staat wirken kann, wie er intermediäre Strukturen, die öffentliche Sphäre und neue Organisationsformen jenseits von Markt und Staat fördern und stützen kann.« (Ebd.: 2)

Der Staat müsse folglich Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Selbstorganisation schaffen, die den einzelnen Bürger zur Übernahme von Eigenverantwortung ermutigen und die gesellschaftlichen Selbsthilfekräfte insgesamt stärken (Schröder 2001a, 2001b; SPD-Grundwertekommission 2001: 1, 23). Die Bürgergesellschaft wird folglich auch in den weiteren analysierten Texten als aktivierungsbedürftig beschrieben und mitunter von einer »aktivierte[n] Bürgergesellschaft« (SPD-Grundwertekommission 2001: 24) gesprochen. Aus der Annahme, dass der Umbau des Staates zum aktivierenden Staat nur durch die Aktivierung der Bürgergesellschaft verwirklicht werden könne, leiten die untersuchten Texte übereinstimmend die Notwendigkeit der staatlichen Förderung der Zivilgesellschaft ab: »Das geht nur mit einer nachhaltigen Stärkung der Zivilgesellschaft. Einer Zivilgesellschaft, die von einem funktionierenden Staat unterstützt wird.« (Schröder 2001b; vgl. ebenso Schröder 2001a; Simmert/Vollmer 2002: 64f.) So widmet sich auch das Papier der Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD dem Ziel, die besten Maßnahmen zur Aktivierung der Bürgergesellschaft auszuloten:

»Eine Aktivierung der Bürgergesellschaft und eine Stärkung der sozialen Eigenverantwortung kann es nur geben, wenn dem Konkurrenzindividualismus ein kooperativer Individualismus an die Seite gestellt wird. [...] Der Umbau des Sozialstaats vom paternalistischen Vorsorge-

und Interventionsstaat zum aktivierenden und partizipativen Sozialstaat kann nur gelingen, wenn in Schule und Öffentlichkeit jenseits der falschen Alternative von Individualegoismus und antiindividualistischem Kollektivismus die Vorstellung eines von der Sozialnatur des Menschen inspirierten kooperativen Individualismus vermittelt wird und soziale Verantwortung in der Lebensumwelt insbesondere junger Menschen eingeübt wird.« (SPD-Grundwertekommission 2001: 23)

Das diskursive Element der »Bürgergesellschaft« wird in den analysierten Texten zudem durch die Artikulation weiterer Äquivalenzen näher bestimmt: Bereits bei der Analyse des Artikels »Die zivile Bürgergesellschaft« von Gerhard Schröder wurde festgestellt, dass die Stärkung der Bürgergesellschaft stets in einem Atemzug mit der staatlichen Förderung des freiwilligen Engagements genannt und zwischen diesen beiden diskursiven Elementen ein emblematischer Zusammenhang konstruiert wird. Da sich diese emblematische Verknüpfung in den nach dem Jahr 2000 publizierten Texten fortsetzt (Schröder 2001a, 2001b; SPD-Grundwertekommission 2001: 24), avanciert auch hier die Förderung des freiwilligen Engagements zu einer wichtigen Mittelforderung. Für die zentrale Bedeutung der Forderung nach einer Stärkung des Bürgerengagements spricht zudem, dass diese nahezu mit denselben Forderungen wie die Mittelforderung der zivilen Bürgergesellschaft, d.h. mit fast allen Zielforderungen der jeweiligen A-Äquivalenzketten, gleichgesetzt wird: Freiwillige würden mit ihrer Tätigkeit beispielsweise maßgeblich zur Stärkung des Gemeinwohls sowie des gesellschaftlichen Zusammenhalts beitragen und so eine gerechte und lebenswerte Gesellschaft schaffen. Darüber hinaus biete bürgerschaftliches Engagement ideale Teilhabechancen und bilde damit die Voraussetzung für eine lebendige Demokratie (Schröder 2001a, 2001b; SPD-Grundwertekommission 2001: 6, 13; Simmert/Vollmer 2002: 63f.). Es zeigt sich folglich, dass in sozialdemokratisch-grünen Regierungskreisen in der ersten Legislaturperiode Einigkeit bezüglich der emblematischen Beziehung zwischen der Förderung des freiwilligen Engagements und der Stärkung der Bürger- bzw. Zivilgesellschaft herrschte.

An dieser Stelle gilt hervorzuheben, dass die Mittelforderung der Stärkung des freiwilligen Engagements sowohl in den beiden Reden von Gerhard Schröder als auch in den Veröffentlichungen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen überwiegend auf das Ziel verkürzt wird, den Umfang freiwillig engagierter Bürger zu erhöhen. Anlässlich des Festes der Freiwilligen im Jahr 2002 konstatiert z.B. Gerhard Schröder: »Und wir sollten alles dafür tun, dass die Engagierten auch tatsächlich sehr viel mehr werden.« (Schröder 2001b) Durch den übereinstimmenden Rekurs auf die Existenz eines brachliegenden Engagementpotenzials wird gleichsam suggeriert, dass die Ausweitung des Engagementvolumens prinzipiell möglich sei, wenn von staatlicher Seite entsprechende engagementpolitische Reformen eingeleitet werden würden (Schröder 2001a, 2001b; SPD-Grundwertekommission 2001: 25; Simmert/Vollmer 2002: 65). Konkret bedeutet dies, dass durch institutionelle Neuerungen Engagementhindernisse abgebaut und zusätzliche Anreize geschaffen werden müssten, die u.a. den Bedingungen des neuen Ehrenamtes entsprächen: »Es kommt [...] letztlich auf entsprechende staatliche Rahmenbedingungen in den Bereichen des Rechts und der Verfügung über öffentliche Mittel und Güter an, wenn bürgerschaftlichem Engagement Verantwortung zufallen soll.« (SPD-Grundwertekommission 2001: 3) Doch auch das Ziel der Ausweitung

des Engagementvolumens wird in den untersuchten Texten inhaltlich in gewisser Weise begrenzt, denn es geht hierbei überwiegend um die Vergrößerung des Engagementumfangs im karitativen oder sozialen Bereich. Lediglich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bezieht sich neben dem sozialen auch auf das politische Engagement sowie auf die Möglichkeit des Protests (Simmert/Vollmer 2002: 63f.).

Die Ausführungen bezüglich der Mittelforderung der Etablierung einer bundespolitischen Engagementpolitik untergliedern sich zudem in Reformmaßnahmen, die in der Vergangenheit bereits erfolgreich durchgeführt worden sind, und solchen, die zukünftig erfüllt werden müssen. In diesem Sinne konstatiert Gerhard Schröder in den beiden 2001 gehaltenen Reden stolz, dass die rot-grüne Bundesregierung »seit Amtsantritt die Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement stetig verbessert« habe: »Uns geht es um Anerkennung, um Entlastung der Engagierten und um weniger Bürokratie. Was die Bundesregierung für die Aktiven dabei erreicht hat, kann sich sehen lassen.« (Schröder 2001b) Konkret habe die rot-grüne Regierung die folgenden engagementpolitischen Reformen auf den Weg gebracht: die Überarbeitung der bestehenden Regelungen hinsichtlich der steuerlichen Absetzbarkeit und Höhe von Aufwandspauschalen für Ehrenamtliche, der Abbau von Engagementhindernissen für Arbeitslose durch Einführung des Job-AQTIV-Gesetzes, die Erweiterung der Jugendfreiwilligendienste sowie die erfolgreiche Reform des Stiftungs- und Spendenrechts (Schröder 2001a, 2001b). Diese Aufzählung bereits erfolgreich durchgeführter Reformen wird ergänzt durch die Forderung nach weiteren engagementpolitischen Neuerungen (Schröder 2001a; SPD-Grundwertekommission 2001: 25; Simmert/Vollmer 2002: 65), wobei der Abschlussbericht der Enquete-Kommission zumeist als zeitlicher Referenzpunkt herangezogen wird:

»Wenn der Abschlussbericht der Enquete-Kommission des Bundestags zum bürgerschaftlichen Engagement im Frühjahr nächsten Jahres vorliegen wird, werden wir sehr sorgfältig prüfen, was wir als Bundesregierung tun können, um Ihnen noch bessere Bedingungen für Ihr Engagement zu schaffen. Und das machen wir dann auch.« (Schröder 2001b)

Das hier beobachtbare Phänomen der Äquivalenzierung von zukunftsbezogenen Mittelforderungen mit dem Erfolg von bereits durchgeführten Mittelforderungen trägt insgesamt zu einer Stärkung des hegemonialen Projekts bei, da hierdurch die noch offenen Forderungen als ebenso vielversprechend und aussichtsreich wie die bereits umgesetzten Reformen präsentiert werden (Nonhoff 2006: 342).

Resümiert man die Ausführungen zum ersten Kernstrategem mit Blick auf die Mittelforderung der Aktivierung des bürgerschaftlichen Engagements wird erstens deutlich, dass diese in den zwischen 2000 und 2002 publizierten Auswahltexten auf das Ziel der Erhöhung des Engagementumfangs reduziert wird. Zweitens kann sich die staatliche Engagementförderung zunehmend als Emblem für die Wiederbelebung der Bürger- oder Zivilgesellschaft insgesamt verfestigen, die drittens als zentrales Leitbild und Voraussetzung des aktivierenden Staates artikuliert wird. Zugespielt formuliert bedeutet dies, dass aus der allgemein befürworteten Notwendigkeit einer staatlichen Unterstützung der Zivilgesellschaft, ihrer emblematischen Verknüpfung mit der politischen Förderung freiwilligen Engagements, die wiederum auf die Erhöhung der Engagiertenzahlen reduziert wird, auch die Notwendigkeit der Etablierung einer bundespolitischen Engagementpolitik abgeleitet

wird. Die mit Hilfe engagementpolitischer Maßnahmen forcierte Ausweitung des Engagementvolumens gilt demnach nicht nur als Lösung der Probleme im Engagementbereich, sondern wird gleichzeitig als zentrale Mittelforderung auf dem Weg zu einem neuen (Bürger-)Gesellschaftskonzept betrachtet (vgl. u.a. SPD-Grundwertekommission 2001: 24f.). Die Durchsetzung der institutionellen Dimension der Engagementförderung nach 1998 beruht demnach grundlegend auf ihrer emblematischen Verknüpfung mit dem Leitbild der Bürgergesellschaft, deren Stärkung Gerhard Schröder bereits im Jahr 2000 zur »gesellschaftspolitische[n] Notwendigkeit« erklärt hat (Schröder 2000a: 207).

Kernstrategem II: Die antagonistische Zerteilung des diskursiven Raums

Entscheidend für die antagonistische Grenzziehung ist besonders die in allen untersuchten Texten artikulierte Kontrarität zwischen der Mittelforderung nach einer (zivilen) Bürgergesellschaft, die nur mit Hilfe eines aktivierenden Staates hergestellt werden kann, und allen anderen staatlichen Leitbildern, die der Entwicklung einer selbstbewussten Bürgergesellschaft im Wege stehen und deshalb mit dem Mangel äquivalenzisiert werden. Die hierdurch konstituierte antagonistische Grenze wird durch zahlreiche Erläuterungen zur emergierenden Repräsentantin der Äquivalenzkette A – der Bürger- oder Zivilgesellschaft – und zu den Staatsmodellen des Mangels in der Äquivalenzkette B stabilisiert. Zu den Staatsmodellen des Mangels gehört abermals der schlanke Staat, der sich durch Staatsabbau und Laissez-faire auszeichnet und die Selbststeuerungsfähigkeiten der Gesellschaft überschätzt. So betont vor allem Gerhard Schröder, dass er eine »Politik des Entweder-Oder« (Schröder 2001a), d.h. eine Politik, die davon ausgeht, dass die Bürgergesellschaft nur durch eine Schwächung des Staates gestärkt werden könne, grundsätzlich ablehne. Im Gegensatz dazu ist er der Meinung, dass es in schwachen Staaten auch keine starke Zivilgesellschaft geben könne. In ebendiesem Sinne artikuliert auch das Diskussionspapier der SPD-Grundwertekommission eine Äquivalenz zwischen dem Staatsmodell des schlanken Staates und verschiedenen gesellschaftlichen Krisenerscheinungen:

»Dagegen bedeutete ein konservatives Zurück zum Nachtwächterstaat oder eine Verkürzung auf den reinen Ordnungsstaat eine Gefährdung des sozialen Zusammenhalts, von Wohlstand, Beschäftigung und Sicherheit. Ohne einen handlungs- und gestaltungsfähigen öffentlichen Sektor ist eine lebendige Zivilgesellschaft nicht denkbar.« (SPD-Grundwertekommission 2001: 25)

Als ein weiterer Repräsentant des Mangels gilt zudem der allumsorgende bzw. omnipräsente Staat, der mit Bevormundung und Überregulierung gleichgesetzt wird, da er zur Unterschätzung der gesellschaftlichen Problemlösungsfähigkeiten neige. Bereits im Schröder-Blair-Papier wird eindringlich vor einer Rückkehr zum staatlichen Interventionismus im Sinne des »deficit spending« gewarnt (Schröder/Blair 1999: 890). Der allumsorgende Staat, der Gerechtigkeit durch staatliche Umverteilung erreichen will, wird sogar mit einer Verschärfung der sozialen Problemlagen äquivalent gesetzt:

»Die Lösung der sozialen Probleme erreicht man nicht durch weitere Umverteilung, sondern durch das Verschaffen von Befähigung, nicht durch das Streben nach absoluter Gleichheit, sondern durch Chancengerechtigkeit und verstärkte Bildungsanstrengungen. Damit ich hier richtig verstanden werde: Sie müssen dann aber auch für alle offen sein.« (Schröder 2001a)

Die Stärkung der Zivilgesellschaft bedeutet für Gerhard Schröder folglich nicht weniger Staat, sondern weniger Etatismus und Paternalismus sowie die Abwendung von einer »falsch verstandenen, weil einseitigen Staatslastigkeit, also der Abhängigkeit von lediglich öffentlichen Mitteln« (ebd.):

»Anders ausgedrückt: eine allzu große Abhängigkeit von Fremdleistungen, auch von im besten sozialen Sinn organisierten öffentlichen Leistungen, birgt stets die Gefahr des Freiheitsverlustes in sich. Die Betreuung »von der Wiege bis zur Bahre« kann nicht das Ideal der Sozialdemokratie sein, weil sie mit einer freien Gesellschaft letztlich nicht vereinbar ist.« (SPD-Grundwertekommission 2001: 28)

An dieser Stelle gilt hervorzuheben, dass die genannten alternativen Staatsformen des schlanken und omnipräsenten Staates zwar sowohl zur Mittelforderung des aktivierenden Staates als auch zur (zivilen) Bürgergesellschaft in Kontrarität stehen, hier aber unterschiedliche Arten von Kontraritätsbeziehungen festgestellt werden können: Wie bereits bei der Rekonstruktion des dritten Strategems im Text »Die zivile Bürgergesellschaft« von Gerhard Schröder dargelegt, zeigt sich auch in den nach dem Jahr 2000 veröffentlichten Auswahltexten, dass die Mittelforderung der (zivilen) Bürgergesellschaft zu allen Forderungen der jeweiligen B-Äquivalenzketten in Kontrarität steht. Dies trifft zwar auch auf die bis zum Jahr 2002 zunehmend in den Hintergrund tretende Forderung nach einem aktivierenden Staat zu, doch handelt es sich hier erneut um eine vorwiegend über das diskursive Element der Bürgergesellschaft vermittelte, bedingte Kontrarität. Diese ergibt sich daraus, dass eine starke Bürgergesellschaft stets als Grundbedingung für die Funktionsfähigkeit eines aktivierenden Staates artikuliert wird und dieser folglich ohne eine selbstbewusste Bürgergesellschaft nicht zur Überwindung des Mangels in der Lage ist. Aus diesem Grund scheint die Mittelforderung des aktivierenden Staates auch für die Rolle als Repräsentantin des Allgemeinen eher ungeeignet zu sein.

Kernstrategem III: Repräsentation

Rekonstruiert man nun das dritte Kernstrategem der Repräsentation für alle untersuchten Texte, d.h. den Repräsentanten aller Forderungen der A-Äquivalenzketten, ergibt sich folgendes Bild: Im 1999 erschienenen Schröder-Blair-Papier ist es der »aktive Staat«, der alle Forderungen der Äquivalenzkette A repräsentiert. Bezüglich des Artikels von Gerhard Schröder »Die zivile Bürgergesellschaft« wurde bereits ausgeführt, dass sowohl der »aktivierende Staat« als auch die »zivile Bürgergesellschaft« als Repräsentanten des Allgemeinen in Frage kommen und sich hier höchstens eine Tendenz zur »zivilen Bürgergesellschaft« konstatieren lässt. Betrachtet man nun die Kandidaten für die Repräsentation des Allgemeinen in den nach dem Jahr 2000 veröffentlichten Auswahltexten wird Folgendes deutlich: Während im Schröder-Blair-Papier und dem Artikel Schröders der Modernisierung des Staates noch besonders große Aufmerksamkeit bei der Überwindung des Mangels geschenkt wird, verlagert sich die Aufmerksamkeit in den nach 2000

veröffentlichten Texten zunehmend auf die Mittelforderung der (zivilen) »Bürgergesellschaft«. In der Rede Gerhard Schröders anlässlich einer Wirtschaftstagung im Jahr 2001 tritt die Forderung nach einem »aktivierenden Staat« deutlich hinter die Mittelforderung nach einer starken »Zivilgesellschaft« zurück, die sich somit als Kandidatin für die Repräsentation aller Forderungen anbietet. Diese Repräsentationsfunktion wird in der zweiten Rede Gerhard Schröders anlässlich des Festes der Freiwilligen weder durch den »aktivierenden Staat« noch durch die »Bürgergesellschaft« erfüllt. Demgegenüber kommt hier nur die Mittelforderung nach einer »staatlichen Engagementpolitik« als Repräsentantin des Allgemeinen in Frage. Im Diskussionspapier der Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD mit dem Titel *Aktivierung der Bürgergesellschaft* von 2001 wird die Mittelforderung der »Bürgergesellschaft« bereits an exponierter Stelle in der Überschrift artikuliert, was diese zu einer aussichtsreichen Kandidatin für die Repräsentation des Allgemeinen macht. Und auch insgesamt ist die »Bürgergesellschaft« im Text der SPD-Grundwertekommission als einziges diskursives Element in der Lage, alle Forderungen der Äquivalenzkette A zu organisieren bzw. zu repräsentieren. Die Bürgergesellschaft wird hier als die entscheidende Ressource betrachtet, »die es zu mobilisieren gelte, um in einer zunehmend komplexen und global vernetzten Welt erfolgreich bestehen zu können« (SPD-Grundwertekommission 2001: 4). Dasselbe gilt auch für das Statement der Mitglieder der Enquete-Kommission aus der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen, in dem die Mittelforderung des »aktivierenden Staates« nur noch aus dem Kontext rekonstruiert werden kann und hingegen die »Bürger«- bzw. »Zivilgesellschaft« zum Repräsentanten des Allgemeinen avanciert. Da Bündnis 90/Die Grünen besonderen Wert auf die demokratische Dimension dieses neuen Leitbildes legen, bevorzugen sie jedoch den Begriff »Zivilgesellschaft«, den sie mit den Erfolgen der Neuen Sozialen Bewegungen besonders in den 1980er Jahren in Verbindung bringen (Simmert/Vollmer 2002: 63).

Die Rekonstruktion der Repräsentanten in den einzelnen Texten belegt, dass es gerade zu Beginn eines hegemonialen Projekts zumeist mehrere mögliche Kandidaten für die Repräsentationsfunktion gibt, aus denen sich erst im Zeitverlauf ein leerer Signifikant herauskristallisiert (vgl. Nonhoff 2006: 342). Als Kandidaten für die Repräsentation des Allgemeinen kommen im vorliegenden Fall die folgenden Mittelforderungen in Frage: der »aktivierende« bzw. »aktive Staat«, die (zivile) »Bürger«- bzw. »Zivilgesellschaft« und die Etablierung einer »staatlichen Engagementpolitik«. Der »aktivierende« oder »aktive Staat« erweist sich als ungeeignet, da diese Mittelforderung spätestens seit 2001 an Relevanz verliert und mit deutlich abnehmender Intensität artikuliert wird. Ebenso nicht in Frage kommt die Forderung nach einer »staatlichen Engagementpolitik«. Hier ergibt sich das Problem, dass die institutionelle Dimension der Engagementförderung zwar konstant artikuliert wird, diese jedoch nach der erfolgreichen Implementierung einzelner Maßnahmen – zumindest kurzzeitig – in den Hintergrund rückt. Zudem stehen hier wechselnde tagesaktuelle Themenschwerpunkte im Vordergrund, so dass die Repräsentation des Allgemeinen durch die Forderung nach einer »staatlichen Engagementpolitik« nicht gewährleistet ist.

Als deutlich stabiler erweist sich hingegen die Mittelforderung der »Bürger«- bzw. »Zivilgesellschaft«, die im Laufe des Untersuchungszeitraums nicht mehr nur von Gerhard Schröder, sondern auch von der SPD und Bündnis 90/Die Grünen als wichtigste Mittelforderung bzw. als Repräsentantin des Allgemeinen be-

nannt wird. Es lässt sich an dieser Stelle somit festhalten, dass sich der Begriff der »Bürger-« bzw. »Zivilgesellschaft« im sozialdemokratisch-grünen Regierungsmilieu zwischen den Jahren 2000 und 2002 als leerer Signifikant durchsetzen kann und deshalb im Folgenden als Bezeichnung des hegemonialen Projekts fungiert. Allerdings wird durch die massenhaft artikulierte Äquivalenzierung des Bürgergesellschaftskonzepts mit der staatlichen Förderung des freiwilligen Engagements durch geeignete rechtliche, finanzielle und organisationale Rahmenbedingungen gleichzeitig eine gewisse inhaltliche Stabilisierung und Begrenzung der (Be-)Deutungsoffenheit des leeren Signifikanten forciert.

Die Einrichtung und Fortschreibung von Subjektpositionen für politisch-gesellschaftliche Kräfte

Eine weitere Stabilisierung der antagonistischen Grenze zwischen den sich gegenüberstehenden Äquivalenzketten des hegemonialen Projekts ergibt sich aus der Zuweisung von Subjektpositionen. In allen ausgewählten Texten werden die Befürworter des aktivierenden Staates und der (zivilen) Bürgergesellschaft den jeweiligen A-Äquivalenzketten zugeordnet: Im Schröder-Blair-Papier wird besonders der modernisierten Sozialdemokratie, verkörpert durch die sozialdemokratische Regierung der »Neuen Mitte« in Deutschland oder die New Labour-Regierung des »Dritten Weges« in Großbritannien, eine entscheidende Rolle auf dem Weg zu einem neuen Gesellschafts- und Staatsverständnis zugeschrieben (Schröder/Blair 1999: 887). Ähnliches lässt sich auch für die übrigen ausgewählten Texte konstatieren: Die Regierungskoalition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen wird übereinstimmend der Äquivalenzkette A zugeordnet, da sie als treibende Kraft der angesprochenen Wandlungsprozesse gilt. In diesem Sinne betonen die analysierten Texte u.a., dass die rot-grüne Bundesregierung bereits in ihren ersten Regierungsjahren die Stärkung der Bürgergesellschaft durch den Erlass zahlreicher Reformen und Gesetzesnovellierungen maßgeblich vorangetrieben habe, die zu einer deutlichen Verbesserung der Rahmenbedingungen für freiwillig Engagierte geführt hätten (Schröder 2001a, 2001b).

Die ebenfalls den jeweiligen A-Äquivalenzketten zugeordneten freiwillig Engagierten werden nochmals unterteilt in bereits Aktive und bislang nicht freiwillig Engagierte, wobei letzteren gleichzeitig ein erhebliches Engagementpotenzial unterstellt wird. Beide Gruppen werden aber vorwiegend als Objekte staatlicher Engagementförderung in die A-Äquivalenzketten integriert. Einerseits sollen bereits Engagierte durch finanzielle Entlastungen, wie etwa die Erhöhung der Übungsleiterpauschale, oder durch den Abbau bürokratischer Hindernisse, zu einer Fortführung oder gar Ausweitung ihres Engagements motiviert werden. Andererseits zielt die Bundesregierung durch die Schaffung engagementfreundlicher Rahmenbedingungen darauf ab, bislang inaktive Menschen für ein freiwilliges Engagement zu gewinnen. Im Grunde bieten die analysierten Texte, vor allem die Reden Gerhard Schröders (2001a, 2001b), auf diese Weise allen in Deutschland lebenden Menschen entweder als bereits Engagierte, die sich weiterhin engagieren wollen, oder als bislang Nicht-Engagierte, die zu einer freiwilligen Tätigkeit ermutigt werden sollen, eine Subjektposition im Rahmen der Äquivalenzkette A an (Simmert/Vollmer 2002: 65). Dies trifft ebenso auf die mit Freiwilligen arbeitenden Organisationen, d.h. auf Vereine, Verbände und Stiftungen, zu.

Besonders interessant ist nun, welche Subjektpositionen in die B-Äquivalenzketten verschoben werden und somit gewissermaßen als Verursacher des Mangels oder als Widerstand bei dessen Überwindung gelten. Übereinstimmend ordnen die untersuchten Texte die Trägergruppen der mit dem Mangel äquivalenzierten Staatsmodelle der Äquivalenzkette B zu, d.h. Liberale und Konservative auf der einen Seite und linke Kräfte auf der anderen Seite. Mit Blick auf den bevormundenden bzw. omnipräsenten Staat werden sowohl die traditionellen Linken als auch die Sozialversicherungskonservativen als opponierende Kräfte benannt (z.B. Schröder 2001a). Hiermit sind einerseits die Vertreter der PDS gemeint, die stets befürchteten, dass die Stärkung der Bürgergesellschaft lediglich als Ausfallbürgen des Sozialstaates herangezogen werde, und andererseits die Sozialdemokraten der Vergangenheit sowie die Teile der SPD, die mit dem eingeschlagenen Kurswechsel seit der Jahrtausendwende unzufrieden waren. Die Zuordnung dieser Subjekte in die Äquivalenzkette B dient demnach der Delegitimation des von diesen Gruppensubjekten favorisierten umsorgenden Staatsmodells, das nach Angaben der Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD die folgende Gefahr beinhaltet: »Diejenigen, die glauben den Egoismus des Individuums mit allen Mitteln unterdrücken zu müssen, geraten leicht in die Gefahr, autoritäre Tendenzen in Staat und Gesellschaft zu begünstigen.« (SPD-Grundwertekommission 2001: 6)

Mit Blick auf die zunächst der Äquivalenzkette B zugeordneten linken Kräfte werden aber auch versöhnliche Töne angeschlagen: Wie der folgende Textauszug zeigt, versucht beispielsweise Gerhard Schröder die Kritik der linken Kräfte aufzugreifen, anzuerkennen und gleichzeitig zu entkräften:

»Das [die Stärkung der Zivilgesellschaft, D.N.] soll übrigens nicht geschehen, weil der Staat sich angesichts leerer Haushaltskassen aus der sozialen Verantwortung stiehlt, wie das von manchen Kritikern bei den traditionellen Linken, aber auch bei den Sozialversicherungskonservativen – auch die gibt es – gern behauptet wird. Der Staat wird und darf sich nicht aus seiner Rolle als Schutzmacht der Schwachen in der Gesellschaft davonmachen, mit welchen Begründungszusammenhängen auch immer. Aber daraus folgt noch lange nicht, dass der Staat alles entscheiden, alle soziale Verantwortung an sich reißen müsste.« (Schröder 2001a; ebenso Schröder 2001b)

Ähnliche Tendenzen, die von linken Kräften geäußerte Kritik zu entkräften, lassen sich auch im Bericht der Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD identifizieren, der es angesichts der aktuellen Finanzierungsengpässe zwar als legitim erachtet, durch mehr Bürgerbeteiligung die öffentlichen Haushalte entlasten zu wollen, doch sei es »völlig unangemessen [...], das Thema der ›Aktivierung der Bürgergesellschaft‹ auf diesen Aspekt zu begrenzen« (SPD-Grundwertekommission 2001: 4). In ebendiesem Sinne konstatieren auch Bündnis 90/Die Grünen, dass es nicht in ihrem Interesse liege, freiwilliges Engagement, wie von vielen Kritikern befürchtet, lediglich als Ausfallbürgen des Staates oder als Ersatz für reguläre Arbeitsplätze zu fördern (Simmert/Vollmer 2002: 65).

Derartige Beschwichtigungsversuche der Kritiker des neuen Staats- und Gesellschaftsverständnisses dienten dem Ziel, den linken Kräften, gerade in den Reihen der SPD selbst, einen Platz in der Äquivalenzkette A anzubieten, um so das hegemoniale Projekt zu stärken. Es findet hier folglich eine Verschiebung von Subjektpositionen von der Äquivalenzkette B in die Äquivalenzkette A statt. Dieses

Beispiel zeigt eindrücklich, dass die antagonistische Grenze keineswegs als starr oder dauerhaft fixiert gedacht werden darf und dass eine bewusste Durchbrechung derselben, wie in diesem Fall, sogar eine stabilisierende Wirkung auf das hegemoniale Projekt insgesamt haben kann (vgl. Nonhoff 2006: 234).

Besonders die analysierten Texte von Gerhard Schröder zeichnen sich durch die Bemühung aus, die Sozialdemokraten in den eigenen Reihen mit einer historisch bedingten staatszentrierten Positionierung vom Kurswechsel der SPD und von der Stärkung der Bürgergesellschaft zu überzeugen. Vor dem Hintergrund dieser internen Erneuerungsversuche der SPD erscheint es kaum mehr verwunderlich, dass in den untersuchten Veröffentlichungen Gerhard Schröders stets zwischen Verständnis für den historisch bedingten Argwohn gegenüber der Stärkung der Bürgergesellschaft einerseits und dem Aufruf zu einer neuen Aufgabenteilung zwischen Staat und Bürgergesellschaft angesichts gesellschaftlicher Herausforderungen andererseits laviert wird.

Zudem werden auch die Konservativen und Liberalen als vermeintliche Trägergruppen eines schlanken, sich zurückziehenden Staates in die Äquivalenzkette B verschoben (z.B. Simmert/Vollmer 2002: 63). So konstatiert bereits das Schröder-Blair-Papier, dass die modernen Sozialdemokraten flexible Märkte und einen aktiven Staat miteinander kombinieren müssen, da sie eben »keine Laissez-faire-Neoliberalen« seien (Schröder/Blair 1999: 892). In diesem Sinne äußert auch die SPD-Grundwertekommission Kritik an dem allzu großen Vertrauen liberaler Kräfte in individuelle Lösungen, da diese »zu einem zerstörerischen Interessenpartikularismus führen« können (SPD-Grundwertekommission 2001: 6). Doch auch der von konservativer Seite favorisierte Nachwächter- oder Ordnungsstaat stelle nach Ansicht der Sozialdemokraten eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt dar (ebd.: 25). Aus den genannten Gründen wird die liberal-konservative Vorgängerregierung mit ihrem schlanken Staatsverständnis und ihrer Nichtzuständigkeitsbehauptung in Sachen Engagementförderung sowohl von Bündnis 90/Die Grünen (Simmert/Vollmer 2002: 64f.) als auch von Gerhard Schröder stark kritisiert und der Äquivalenzkette B zugeordnet: »Jahrelang ist über die Förderung des Ehrenamtes nur diskutiert worden. Wirklich passiert ist aber wenig. Die [rot-grüne] Bundesregierung hat da gehandelt.« (Schröder 2001b; vgl. ebenso Schröder 2001a) Die liberal-konservative Vorgängerregierung habe folglich durch rechtliche Barrieren und den Verzicht auf die Schaffung engagementförderlicher Gelegenheitsstrukturen die Entwicklung einer selbstbewussten Bürgergesellschaft gehemmt und ausgebremst, weshalb sie als Mitverursacher des Mangels gilt. Die in konservativen Kreisen befürwortete Ansicht, »dass eine Reduzierung der Regelungsdichte und ein Verzicht auf politische Intervention der Königsweg zur Freisetzung der gesellschaftlichen Selbsthilfekräfte sei« (SPD-Grundwertekommission 2001: 24), greife nach Ansicht der rot-grünen Regierung zu kurz und vernachlässige den Fakt, dass es nicht auf den Umfang, sondern vor allem auf die Art der Regulation ankomme. Die Regierungskoalition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen hielt zwar folglich weiterhin am Prinzip der Subsidiarität fest, doch anders als in liberal-konservativen Kreisen war dieser Grundsatz hier nicht mehr gleichbedeutend mit einem Rückzug des Staates, sondern mit einem aktivierenden Staat, der zwar Ziele und Aufgaben festlegt, die konkreten Mittel zu ihrer Umsetzung allerdings den gesellschaftlichen Kräften überlässt (ebd.).

Mit Blick auf die Opposition aus CDU/CSU und FDP zeigt sich aber, dass die rot-grüne Regierung zu Beginn der 2000er Jahre – zumindest was dieses Thema anbetrifft – auf einen konfrontativen Kurs weitgehend verzichtete. Hierfür spricht erstens, dass zumeist nur die liberal-konservative Vorgängerregierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl explizit der Äquivalenzkette B zugeordnet wird und die damaligen Mitglieder der Opposition, wenn überhaupt, nur indirekt kritisiert werden. Exemplarisch hierfür sei auf eine Bemerkung Gerhard Schröders verwiesen, der in einem Nebensatz erwähnt, dass er die »gelegentlich [...] in unserer Gesellschaft« (Schröder 2001a) geäußerten Ansichten für unsinnig halte, wonach nur durch einen Rückzug des Staates die Zivilgesellschaft gestärkt werden könne. Hiermit bezieht er sich zwar eindeutig auf die von liberal-konservativer Seite geäußerte Kritik, verzichtet aber auf eine direkte Anklage. Zweitens belegen auch die zu verschiedenen Anlässen vorgebrachten Redebeiträge des SPD-Bundestagsabgeordneten Michael Bürsch, dass die deutschen Sozialdemokraten in Sachen Engagementförderung zur Jahrtausendwende auf Abgrenzungs- zugunsten von Kopplungsmanövern weitgehend verzichteten (Schwab-Trapp 2002: 60). So betont Bürsch bereits bei der Einsetzung der Enquete-Kommission im Jahr 1999, dass das Thema bürgerschaftliches Engagement nicht für Parteien- oder Fraktionskonflikte geeignet sei (Abgeordneter Bürsch (SPD), in: BT Pl.-Prot. 14/78 1999: 7185) und auch in der Plenardebatte zur Veröffentlichung des Berichts der Kommission im Jahr 2002 stimmt er versöhnliche Töne an: »Ich denke, wir Abgeordneten haben von den sachverständigen Mitgliedern und auch von den Kolleginnen und Kollegen aus den jeweils anderen Fraktionen viel lernen können.« (Abgeordneter Bürsch (SPD), in: BT Pl.-Prot. 14/242 2002: 24262)

Des Weiteren werden diejenigen Subjektpositionen in die Äquivalenzkette B verschoben, die sich durch Egoismus und ungezügelden Eigennutz auszeichnen. Bereits das Schröder-Blair-Papier warnt davor, die »Motive für wirtschaftliche Aktivitäten auf puren Eigennutz zu gründen« (Schröder/Blair 1999: 891). Marktbeziehungen allein können, so die Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD, den gesellschaftlichen Zusammenhalt nicht gewährleisten, denn »mit einem Volk von egoistischen ›Teufeln‹ [ist] eben doch kein Staat, schon lange kein demokratischer Sozialstaat zu machen« (SPD-Grundwertekommission 2001: 23). Für das Verschwinden der so dringend gebrauchten Eigenverantwortung der Bürger wird folglich einerseits die Expertenherrschaft in Staat und Wirtschaft und andererseits die Fokussierung privater und öffentlicher Dienstleistergruppen auf ihre Eigeninteressen verantwortlich gemacht (ebd.; Simmert/Vollmer 2002: 63). Deshalb besäßen nach Angaben der SPD-Grundwertekommission gerade diejenigen Regierungen keine Glaubwürdigkeit, »die (zumindest in wichtigen Teilbereichen) den plattesten Eigennutz zur Staatsideologie erheben, eine (Medien)Öffentlichkeit, die die Konkurrenz egoistischer Monaden als paradigmatische Form freier Existenz propagiert und ein Bildungssystem, daß [sic] dem praktisch wenig bis gar nichts entgegenzusetzen hat« (SPD-Grundwertekommission 2001: 23). Der ausschließlich seine individuellen Interessen optimierende Wirtschaftsbürger (ebd.: 13) wird demnach der Äquivalenzkette B zugeordnet und avanciert zum Antagonisten des von politischer Seite favorisierten verantwortungsbewussten »engagierten Bürgers«, bei dem nutzenfokussierte und sozialverantwortliche Elemente eine fruchtbare Verbindung eingehen (vgl. Kap. 4.4).

Zusammenfassend gilt festzuhalten, dass es in den untersuchten Auswahltexten zu einer Äquivalenzierung der Staats- und Gesellschaftsvorstellungen der alten Sozialdemokratie, linker Kräfte sowie der (Neo-)Liberalen und Konservativen kam, die alle als Repräsentanten des Mangels betrachtet wurden, dessen Überwindung lediglich durch das Bürgergesellschaftsprojekt der rot-grünen Bundesregierung möglich erschien. Die Analyse hat aber gezeigt, dass durch die Verschiebung von Subjektpositionen über die antagonistische Grenze hinweg sowohl den linken als auch den liberal-konservativen Kräften gleichsam eine Subjektposition in der Äquivalenzkette A zur Verfügung gestellt wurde.

Nachdem nun die Konstituierung des von der rot-grünen Bundesregierung forcierten hegemonialen Projekts der »Bürgergesellschaft« zwischen 1998 und 2002 ausführlich skizziert worden ist, gilt es nachfolgend, den Kritikern dieses hegemonialen Projekts auf der bundespolitischen Ebene Aufmerksamkeit zu schenken. Der Fokus der folgenden Ausführungen liegt demnach auf den Konflikten bezüglich der Themen Bürgergesellschaft und -engagement, die sich zwischen den Bundestagsfraktionen zur Jahrtausendwende entsponnen haben. Übertragen in die Terminologie der hegemonialen Strategie Nonhoffs bedeutet dies, dem sog. »diskursive[n] ›Außen« des hegemonialen Projekts der »Bürgergesellschaft« Aufmerksamkeit zu schenken (Nonhoff 2006: 369).

Das diskursive Außen des hegemonialen Projekts der »Bürgergesellschaft«

Der Begriff des »Außen« umfasst nach Nonhoff jenen diskursiven Raum, »in dem sich, von einer Sprecherposition *innerhalb* des hegemonialen Projekts aus betrachtet, jene diskursiven Elemente [...] versammeln, denen zugeschrieben wird, daß sie Ursache des Mangels am Allgemeinen sind oder daß von ihnen Widerstand gegen die Beseitigung des Mangels ausgeht.« (Nonhoff 2006: 369, Herv. i.O.) In aller Kürze soll im Folgenden dargestellt werden, wie sich die Subjekte, die vom hegemonialen Projekt der »Bürgergesellschaft« in die Äquivalenzkette B verschoben werden, diesem gegenüber positionieren. Diese Zielstellung grenzt die mögliche Textauswahl bereits in zweifacher Hinsicht ein: Erstens kommen nur Publikationen von gesellschaftlichen oder politischen Gruppierungen in Frage, die vom hegemonialen Projekt mit dem Mangel äquivalenziert werden. Zweitens müssen sich die Texte direkt auf das hegemoniale Projekt der »Bürgergesellschaft« beziehen, da nur dann widerständige Positionen herausgearbeitet werden können. Die Analyse des hegemonialen Projekts der »Bürgergesellschaft« hat gezeigt, dass sowohl liberale und konservative als auch linke Kräfte in die jeweiligen B-Äquivalenzketten verschoben werden, von denen im Folgenden einige Vertreter direkt zu Wort kommen sollen. Aus dem umfangreichen Textkorpus wurden daher die folgenden Publikationen ausgewählt: Aigner u.a. 2002; Grehn/Balt 2002; Schüßler/Burgbacher 2002; die Redebeiträge der CDU/CSU-Abgeordneten Ilse Aigner, Norbert Barthle und Marie-Luise Dött, des FDP-Abgeordneten Gerhard Schüßler sowie des PDS-Abgeordneten Klaus Grehn, in: BT Pl.-Prot. 14/242 2002: 24263-24273; CDU-Präsidiumskommission 2003; Sommer 2004.

Der Bericht der Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements« (BT-Drs. 14/8900 2002) sowie die diesbezügliche Plenardebatte im Deutschen Bundestag (BT Pl.-Prot. 14/242 2002) nehmen im Textkorpus eine besonders exponierte Stellung ein. Diese beiden Dokumente haben sich in der Tat als

sehr fruchtbar für die Analyse des diskursiven Außen erwiesen, da hier alle vom hegemonialen Projekt angegriffenen linken, liberalen und konservativen Kräfte, d.h. Vertreter der CDU/CSU (Aigner u.a. 2002), der FDP (Schüßler/Burgbacher 2002) und der PDS (Grehn/Balt 2002), zum Thema Stellung nahmen. Gerade die Tatsache, dass die CDU/CSU-Bundestagsfraktion diesem Bericht nicht zugestimmt und ihre Bedenken in einem entsprechenden Sondervotum, das ebenfalls Teil des Textkorpus ist (Aigner u.a. 2002), dargelegt hat, zeigt, dass die diesbezüglichen Diskussionen zur Jahrtausendwende keineswegs so harmonisch und konsensual abgelaufen sind, wie es zunächst den Anschein hat. Ergänzend wurde auf Seiten der linken Kritiker zudem ein Diskussionspapier des Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes Michael Sommer (2004) in den Textkorpus aufgenommen. Bei diesem Text ist auffällig, dass er erst im Jahr 2004, d.h. deutlich später als die übrigen Publikationen, veröffentlicht wurde. Der Grund für dieses recht späte Erscheinungsdatum ist, dass die Gewerkschaften bis weit in die 2000er Jahre hinein keine Stellung zum Konzept der Bürgergesellschaft bezogen haben, was sich z.B. besonders eindrücklich anhand der Nicht-Erwähnung dieses Themas im Zukunftsreport der IG Metall (IG Metall-Vorstand 2001) zeigt.¹⁵ Warnfried Dettling spricht deshalb auch vom »Schweigen der Gewerkschaften« (Dettling 2002: 8), das er auf die Unzufriedenheit derselben mit der inhaltlichen Auslegung des Bürgergesellschaftskonzepts im bundespolitischen Diskurs zurückführt. Sicherlich wäre es möglich gewesen, auch andere Texte, wie z.B. Stellungnahmen der Arbeitgeberverbände, in die Analyse einzubeziehen. Darauf wurde allerdings verzichtet, da diese inhaltlich weitgehend mit der Argumentation der Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und FDP übereinstimmen.

Bevor allerdings die verschiedenen Positionen konkret dargestellt werden, gilt es zunächst auf einer theoretischen Ebene zu fragen, welche Reaktionsmöglichkeiten den durch ein hegemoniales Projekt Angegriffenen überhaupt zur Verfügung stehen. Hier unterscheidet Nonhoff drei zentrale Varianten: Als erste Möglichkeit benennt er die sog. »anti-hegemoniale Strategie«, bei der die Subjekte eine Verteidigungsposition einnehmen, indem sie an den Stellen Differenzen artikulieren, wo das hegemoniale Projekt eine Äquivalenz oder Kontrarität konstatiert (Nonhoff 2006: 370). Zweitens kann diese defensive Strategie durchaus in einer eigenen »offensiv-hegemoniale[n] Strategie« münden, in der anstelle einer durch das hegemoniale Projekt behaupteten Kontrarität zwischen zwei Aussagen eine Äquivalenz artikuliert und so eine neue Äquivalenzkette A aufgebaut wird (ebd.: 373). Drittens ist es durchaus denkbar, dass eine zunehmende Subjektivierung der in die B-Äquivalenzketten Verschobenen durch das hegemoniale Projekt der »Bürgergesellschaft« selbst erfolgt, im Zuge dessen sich die ins diskursive Außen Verdrängten die Inhalte des hegemonialen Projektes mehr und mehr zu Eigen machen (ebd.: 370). Alle drei Varianten lassen sich im vorliegenden Fall rekonstruieren, wobei im Folgenden aufgrund der inhaltlichen Nähe der Positionen die diesbezüglichen Stellungnahmen der Bundestagsfraktionen FDP und CDU/CSU einerseits und der PDS sowie der Gewerkschaften andererseits jeweils gemeinsam betrachtet werden.

15 | Eine Ausnahme stellt das Heft 6/7 der *Gewerkschaftlichen Monatshefte* aus dem Jahr 1998 zum Thema »Wo bleibt die Arbeit?« dar, in dem auch engagementspezifische Fragestellungen, wie etwa das Konzept der »Bürgerarbeit« von Ulrich Beck, diskutiert werden.

Liberal-konservative Kräfte (CDU/CSU und FDP):

Von der anti-hegemonialen zur offensiv-hegemonialen Strategie

Die Analyse der Redebeiträge der Bundestagsabgeordneten aus den Fraktionen CDU/CSU und FDP hat ergeben, dass die liberal-konservativen Kräfte sowohl auf Differenzartikulationen im Sinne einer am Projekt der »Bürgergesellschaft« orientierten anti-hegemonialen Strategie zurückgreifen als auch auf eine eigene offensive Strategie. Die defensive anti-hegemoniale Strategie der konservativ-liberalen Kräfte richtet sich in erster Linie gegen die Art und Weise, wie die institutionelle Dimension der Engagementförderung im Rahmen des hegemonialen Projekts der Bürgergesellschaft verstanden und umgesetzt wird. Konkret formuliert bedeutet dies, dass die wohl wichtigste Äquivalenz der Äquivalenzkette A des hegemonialen Projekts der »Bürgergesellschaft«, und zwar die Äquivalenz zwischen den engagementpolitischen Maßnahmen der rot-grünen Regierung und der Förderung einer aktiven Bürgergesellschaft bzw. der Hebung der brachliegenden Engagementpotenziale, durch die Artikulation von Differenzen ersetzt wird. Es wird behauptet, dass die von der Bundesregierung initiierten engagementspezifischen Maßnahmen nicht in der Lage seien, das freiwillige Engagement nachhaltig zu fördern, da einerseits die Menschen durch zu viele Vorschriften und Reglementierungen eher entmutigt als motiviert werden würden und andererseits die auf freiwillige Mitarbeit angewiesenen Organisationen unter den bisherigen engagementpolitischen Maßnahmen litten (Aigner u.a. 2002: 332f.; CDU-Präsidiumskommission 2003: 40):

»Es ist ein Trugschluss zu glauben, bürgerschaftliches Engagement allein durch eine Fülle von Einzelmaßnahmen stärken zu können. Dies fördert nicht die Bereitschaft der Bürger zu mehr bürgerschaftlichem Engagement. Dies wären die Methoden einer Klientelpolitik, die auf Kurzfristigkeit und Opportunität angelegt ist und die Bürger bevormundet.« (Aigner u.a. 2002: 347, vgl. ebenso Schüßler/Burgbacher 2002: 67)

»Bürokratische Überregulierungen lähmen immer mehr die Aktivitäten des Bürgers. Die wachsende Anspruchshaltung der Bürger einerseits und der immer stärker zentralisierende und bürokratische Betreuungsstaat andererseits haben Werte wie Eigeninitiative, Mitverantwortung und Gemeinsinn verdrängt.« (Abgeordnete Dött (CDU/CSU), in: BT Pl.-Prot. 14/242 2002: 24273)

Es zeigt sich, dass die konservativen Oppositionsfraktionen zum Zwecke der Delegitimation der von der rot-grünen Regierung initiierten engagementspezifischen Reformen eindringlich darauf hinweisen, dass diese das freiwillige Engagement nicht fördern, sondern behindern würden und deshalb der Überarbeitung bedürften. CDU/CSU und FDP führen die Unzulänglichkeit der bisherigen engagementpolitischen Maßnahmen der rot-grünen Regierung auf die folgenden zentralen Gründe zurück: die Überbewertung des neuen Ehrenamtes, die Vernachlässigung langfristiger institutioneller Neuerungen, insbesondere im Vereinsbereich, sowie die Unterschätzung der Rolle von Familie und Schule bei der Förderung des freiwilligen Engagements (Aigner u.a. 2002: 336; Schüßler/Burgbacher 2002: 67; Abgeordneter Schüßler (FDP), in: BT Pl.-Prot. 14/242 2002: 24267).

Auch die für das hegemoniale Projekt typische Äquivalenz zwischen dem – auf die Engagementförderung fokussierten – Bürgergesellschaftskonzept und dem

aktivierenden Staatsumbau wird durch Differenzartikulation aufgehoben und behauptet, dass sich die freiwillig Engagierten nicht für die Durchsetzung eines neuen staatlichen Leitbildes instrumentalisieren lassen wollen. Zu dieser Erkenntnis gelangt z.B. der CDU/CSU-Bundestagsabgeordnete Norbert Barthle:

»An dieser Stelle, liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün, kann ich Ihnen eine leise Kritik nicht ersparen. In dieser schönen Nachmittagsdebatte [...] muss man doch festhalten, dass Sie es leider nicht immer geschafft haben, dieses für uns alle so bedeutende Thema [Engagementförderung, D.N.] von einer parteipolitisch orientierten Ideologisierung frei zu halten. Das wollen die 22 Millionen Engagierten draußen nicht, im Gegenteil. Wer sich in Vereinen, in Hilfsorganisationen, [...] oder wo auch immer ehrenamtlich engagiert, will primär der Sache dienen. Diese Menschen wollen weder Teil eines gesellschaftlichen Veränderungsmodells nach dem Leitbild des aktivierenden Staates sein, noch wollen sie sich in irgendeiner Weise einer staatlichen Zielsetzung – bei der SPD heißt das meist ›Demokratisierung der Gesellschaft‹ – unterordnen oder sich gar für sie instrumentalisieren lassen.« (Abgeordneter Barthle (CDU/CSU), in: BT Pl.-Prot. 14/242 2002: 24270)

Darüber hinaus – und hier deutet sich bereits der Übergang von einer defensiven zu einer offensiven hegemonialen Strategie an – wird versucht, die vom hegemonialen Projekt forcierte Zweiteilung des symbolischen Raums aufzulösen, indem die hier artikulierten Kontraritäten durch Differenzartikulationen zunächst aufgehoben und anschließend neue Äquivalenzen aufgebaut werden. Entgegen der im hegemonialen Projekt »Bürgergesellschaft« stets behaupteten Kontrarität zwischen dem von konservativer Seite favorisierten schlanken Staat und der nachhaltigen Förderung der Bürgergesellschaft betont die CDU-Präsidiumskommission, dass der schlanke Staat durch Wahrung des Föderalismus- und Subsidiaritätsprinzips durchaus zur Stärkung der Bürgergesellschaft geeignet sei:

»Wir wollen die aktive Bürgergesellschaft, denn die Menschen können und wollen mehr mit und in unserer Gesellschaft tun als ihnen die überregulierte, undurchsichtige, verantwortungs- und zuständigkeitsverschleiernde staatliche Kompetenzverteilung zur Zeit einräumt. Innerstaatlich erfahren die Bürger ›ihren‹ Staat als unübersichtlich mit ausufernder Zuständigkeit und freiheitsgefährdender Regulierung. Wir wollen für alle staatlichen Ebenen, wie für die europäische Ebene, klare Zuständigkeiten und Verantwortungsbereiche. [...] Unser Ziel ist ein erneuerter und schlanker Staat, der Eigenverantwortung, vielfältige Gestaltungsmöglichkeiten ermutigt bzw. zulässt.« (CDU-Präsidiumskommission 2003: 38)

Dieser Redebeitrag deutet bereits an, dass sich die Vertreter der CDU nicht auf die defensive Strategie der Differenzartikulation beschränken, sondern sich bemühen, dem hegemonialen Projekt ein eigenes Konzept entgegenzusetzen. Hierbei legen sie großen Wert darauf, den vom hegemonialen Projekt in die Äquivalenzkette B verschobenen schlanken Staat zu rehabilitieren, indem sie z.B. durch Differenzartikulation die Äquivalenzen innerhalb der Äquivalenzkette B des hegemonialen Projekts auflösen. D.h., es wird stets eine Differenz zwischen dem von ihnen favorisierten staatlichen Leitbild des schlanken Staates und der Dominanz ökonomischer Interessen einerseits und zwischen dem schlanken Staat und der »Gefährdung des sozialen Zusammenhalts, von Wohlstand, Beschäftigung und Sicherheit« (SPD-

Grundwertekommission 2001: 25) andererseits artikuliert (z.B. CDU-Präsidiums-kommission 2003: 39).

Zweitens werden neue Äquivalenzen dort aufgebaut, wo das hegemoniale Projekt eine Kontraritätsbeziehung konstatiert, d.h. zwischen dem schlanken Staat und den diskursiven Elementen der Äquivalenzkette A: Ein ermöglichender, schlanker Staat – und eben nicht der aktivierende Staat – sei ein »schneller Staat« bzw. ein »starke[r] Staat, der Recht, Sicherheit und Ordnung für alle durchsetzt« (ebd.: 45), der zu Eigenverantwortung sowie Solidarität anregt und vielfältige Gestaltungsmöglichkeiten zulässt (ebd.: 39), der partnerschaftlich an der Seite des Bürgers steht und der »jeweils kleineren Einheit Freiheit und Selbstverantwortung einräumt« (ebd.). Letztendlich sei demnach auch nur ein schlanker, ermöglichender Staat, der dem Prinzip der Subsidiarität und gesellschaftlichen Selbstorganisation verhaftet ist, in der Lage, die notwendigen Freiräume für das eigenverantwortliche Handeln einer aktiven Bürgergesellschaft zu schaffen (Aigner u.a. 2002: 332; Abgeordnete Dött (CDU/CSU), in: BT Pl.-Prot. 14/242 2002: 24272; Schüßler/Burgbacher 2002: 66; Abgeordneter Schüßler (FDP), in: BT Pl.-Prot. 14/242 2002: 24266; CDU-Präsidiumskommission 2003: 39). Der von dem hegemonialen Projekt »Bürgergesellschaft« eigentlich in die Äquivalenzkette B verschobene schlanke Staat wird hier somit als einzige Möglichkeit der Förderung einer aktiven Bürgergesellschaft benannt: »Damit Bürger mehr Entscheidungs- und Entfaltungsmöglichkeiten, mehr Verantwortung wahrnehmen können, soll sich der Staat auf seine Kernaufgaben besinnen, um gleichzeitig Ressourcen zur Unterstützung der Bürgergesellschaft freizusetzen. Gefordert ist eine Ordnungspolitik für die Bürgergesellschaft.« (Aigner u.a. 2002: 329f.; vgl. ebenso CDU-Präsidiumskommission 2003: 38f.)

Es zeigt sich folglich, dass in der offensiv-hegemonialen Strategie der liberal-konservativen Kräfte, vereinfacht gesprochen, die Äquivalenzketten A und B des hegemonialen Projekts weitgehend beibehalten, dafür aber die diskursiven Elemente des schlanken Staates und des aktivierenden Staates gewissermaßen ausgetauscht werden. An dieser Stelle gilt anzumerken, dass der Begriff des »schlanken Staates« (CDU-Präsidiumskommission 2003: 39) lediglich in dem Diskussionspapier der CDU aus dem Jahr 2000 noch explizit auftaucht und bereits zwei Jahre später von Seiten der CDU/CSU und FDP durch den Begriff des »ermöglichenden Staates« (Schüßler/Burgbacher 2002: 66; Aigner u.a. 2002: 332) ersetzt wird. Inhaltlich unterscheiden sich diese Begriffe jedoch kaum, da die CDU auch dem schlanken Staat bereits ermöglichende bzw. befähigende Eigenschaften zuschreibt: »Der Staat soll soziale Aktivitäten der Bürger nicht ersetzen oder instrumentalisieren, sondern ermöglichen, evozieren und so die sozialen Ressourcen der Gesellschaft mobilisieren.« (CDU-Präsidiumskommission 2003: 41)

In der offensiv-hegemonialen Strategie der CDU/CSU und FDP werden demzufolge eigene, sich gegenüberstehende Äquivalenzketten konstituiert und so eine Zweiteilung des diskursiven Raums forciert: Besonderen Wert legen die liberal-konservativen Kräfte darauf, die Äquivalenz zwischen dem schlanken Staatsmodell und einer wirksamen Engagementpolitik zu erneuern und zu festigen. Letztere müsse entsprechend des Subsidiaritätsprinzips nicht nur vom Staat, sondern besonders von den Schulen, der Familie, den Medien und anderen dezentralen Akteuren mitgetragen werden (Aigner u.a. 2002: 337f., 343; Abgeordneter Barthle (CDU/CSU), in: BT Pl.-Prot. 14/242 2002: 24270; CDU-Präsidiumskommission 2003: 40). Um die Verortung des schlanken bzw. ermöglichenden Staates in der

Äquivalenzkette A zu stabilisieren, wird, wie bereits angedeutet, der aktivierende Staat in die Äquivalenzkette B verschoben und so eine Kontrarität zwischen dem aktivierenden Staatsmodell und dem von ihnen favorisierten Staatsverständnis erzeugt:

»Dem Staat, der alle Bereiche menschlichen Lebens gestalten, regeln und organisieren möchte, setzt die Enquete-Kommission das liberale Ideal eines ermöglichenden Staates entgegen. [...] Die Kommission hat damit die Vorstellung eines aktivierenden Staates abgelehnt, der Engagement stimulieren und in bestimmte Felder dirigieren will.« (Abgeordneter Schüßler (FDP), in: BT Pl.-Prot. 14/242 2002: 24266)

Im Zuge dieser offensiv-hegemonialen Strategie werden zudem neue Äquivalenzen zwischen dem aktivierenden Staat und den bereits bekannten diskursiven Elementen der Äquivalenzkette B artikuliert. So setzen die liberal-konservativen Kräfte in ihren Statements den aktivierenden Staat mit einem allumsorgenden, überregulierenden »Zuständigkeitsstaat« (CDU-Präsidiumskommission 2003: 39) und dessen Defiziten gleich. Im Sondervotum der CDU/CSU zum Enquete-Bericht heißt es beispielsweise:

»In Bezug auf das Verständnis eines ›aktivierenden Staates‹ klang immer wieder ein überholtes zentralistisch orientiertes Staatsverständnis an, bei dem weitestgehend der Staat Inhalt und Organisationsweise bürgerschaftlichen Engagements festlegt. Dies leistet aus unserer Sicht weiterer Bürokratisierung Vorschub, was mehr und nicht weniger Staat bedeutet.« (Aigner u.a. 2002: 332)

Und auch in der Parlamentsdebatte über den Bericht der Enquete-Kommission im Jahr 2002 werfen die Abgeordneten von CDU/CSU und FDP der Regierung wiederholt vor, dass sie mit dem aktivierenden Staat ein bevormundendes und zentralistisches Staatsmodell verfolgen würde (Abgeordnete Aigner (CDU/CSU), in: BT Pl.-Prot. 14/242 2002: 24264; Abgeordneter Barthle (CDU/CSU), in: BT Pl.-Prot. 14/242 2002: 24270; Focus 2002a). So kam beispielsweise der FDP-Abgeordnete Schüßler zu folgender Einsicht: »Diese [die Bürgergesellschaft, D.N.] ist aber noch in starkem Maße staatlich reguliert und wird von ständigem Misstrauen begleitet, wie uns in vielen Gesprächen nahe gebracht wurde.« (Abgeordneter Schüßler (FDP), in: BT Pl.-Prot. 14/242 2002: 24266)

Das aktivierende Staatsverständnis der rot-grünen Regierung wird jedoch nicht nur mit einem paternalistischen Interventionsstaat, sondern auch mit den übrigen diskursiven Elementen des Mangels der Äquivalenzkette B gleichgesetzt. CDU/CSU und FDP artikulieren demnach eine Äquivalenz zwischen dem aktivierenden Staat und verschiedenen Mangelerscheinungen, wie etwa Bevormundung, Überregulierung, Freiheitsverlust, Politikverdrossenheit sowie einer »überregulierte[n], undurchsichtige[n], verantwortungs- und zuständigkeitsverschleiernde[n] [...] Kompetenzverteilung« (CDU-Präsidiumskommission 2003: 38). Außerdem sei er nicht in der Lage »Werte wie Eigeninitiative, Mitverantwortung und Gemeinsinn« zu fördern (Abgeordnete Dött (CDU/CSU), in: BT Pl.-Prot. 14/242 2002: 24273). Diese Äquivalenzierung mündet wiederum in der Artikulation einer neuen Kontraritätsbeziehung, denn durch die Gleichsetzung des aktivierenden Staates mit Bevormundung und Überregulierung wird diesem jegliche Fähigkeit abgesprochen,

zur Stärkung der Bürgergesellschaft beizutragen (z.B. Schüßler/Burgbacher 2002: 66; Aigner u.a. 2002: 329). In ebendiesem Sinne kommt die CDU/CSU in ihrem Sondervotum zum Bericht der Enquete-Kommission zu folgender resümierenden Einschätzung: »Demgegenüber beharren die Verfasser darauf, dass die Ausweitung staatlicher Tätigkeit der falsche Weg ist. Es kommt darauf an zu prüfen, in welchen Bereichen der Staat abgebaut werden kann und wo er seine Tätigkeit in Hinsicht auf Unterstützung einer aktiven Bürgergesellschaft ändern muss.« (Aigner u.a. 2002: 332)

Die entscheidenden Kennzeichen der zunächst eher defensiven, später offensiven Strategie der CDU/CSU und FDP können folgendermaßen zusammengefasst werden: Erstens wird die Äquivalenz zwischen einem aktivierenden Staat und einer starken Bürgergesellschaft bzw. der Förderung freiwilligen Engagements mittels geeigneter engagementpolitischer Maßnahmen aufgebrochen, diese zweitens durch eine Kontraritätsbeziehung ersetzt und schließlich eine neue Äquivalenz zwischen einer aktiven Bürgergesellschaft und einem auf dem Prinzip der Subsidiarität beruhenden schlanken bzw. ermöglichenden Staat artikuliert, wobei der aktivierende Staat als Verursacher des Mangels kategorisiert und in die Äquivalenzkette B verschoben wird.

Dass sich gerade die SPD durch die offensiv-hegemoniale Strategie der CDU/CSU und FDP durchaus angegriffen fühlte, zeigen die verschiedenen Reaktionen der SPD-Bundestagsabgeordneten auf die Vorwürfe der Opposition in der Plenardebatte über den Bericht der Enquete-Kommission. Karin Kortmann und Michael Bürsch von der SPD weisen hier eindringlich darauf hin, dass sie ebenfalls keinen bevormundenden, »von oben nach unten« (Abgeordnete Dött (CDU/CSU), in: BT Pl.-Prot. 14/242 2002: 24272) denkenden Staat wollen (Abgeordnete Kortmann (SPD), in: BT Pl.-Prot. 14/242 2002: 24274). Bei den Modellen des aktivierenden und ermöglichenden Staates, so Michael Bürsch weiter, handele es sich keineswegs um Gegensätze, sondern um sich ergänzende Elemente desselben Staatsverständnisses. Der ermöglichende Staat dürfe sich nicht einfach aus der Bürgergesellschaft zurückziehen und nur zuschauen, »wie sich der frei werdende Raum notgedrungen mit bürgerschaftlicher Eigeninitiative füllt« (Abgeordneter Bürsch (SPD), in: BT Pl.-Prot. 14/242 2002: 24262; ebenso SPD-Grundwertekommission 2001: 2). Er wird bei der Engagementförderung stattdessen selbst aktiv und agiere, auch als »aktivierender Staat in einer sozialen Bürgergesellschaft, zum Beispiel wenn es darum geht, Menschen mit geringer Bildung und Ausbildung erst zu befähigen, sich auch engagieren zu können« (Abgeordneter Bürsch (SPD), in: BT Pl.-Prot. 14/242 2002: 24262). Ebenso versucht auch Karin Kortmann die Äquivalenzen und Kontraritätsbeziehungen des hegemonialen Projekts »Bürgergesellschaft« wiederherzustellen bzw. zu stabilisieren, indem sie die Politik der liberal-konservativen Vorgängerregierung wieder eindeutig der Äquivalenzkette B zuordnet:

»Die Frage ist: Was kann und was muss der Staat tun? Es ist doch eine Schizophrenie sondergleichen, dass Sie es in Ihrer 16-jährigen Regierungszeit nicht geschafft haben, den sozialintegrativen Aspekt des bürgerschaftlichen Engagements auch für Arbeit suchende Menschen zu eröffnen. (Eduard Oswald [CDU/CSU]: Sie gehören in die Propagandaabteilung!) Sie haben die Deckelungsregelung in der Sozialgesetzgebung beibehalten, nach der Arbeit suchende Menschen, die Hilfe aus öffentlichen Kassen bekommen, sich nur 15 Stunden wöchentlich engagieren dürfen, weil sie sonst dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen würden.

Welch eine Idiotie! Gerade dadurch würde dafür gesorgt, dass sie weiterhin sozial integriert bleiben.« (Abgeordnete Kortmann (SPD), in: BT Pl.-Prot. 14/242 2002: 24275)

Annäherung der konservativ-liberalen Kräfte an das hegemoniale Projekt

Betrachtet man nun die dritte von Martin Nonhoff erwähnte Möglichkeit der Reaktion auf ein hegemoniales Projekt, zeigt sich, dass sich die ins diskursive Außen verdrängten liberal-konservativen Kräfte in ihrer offensiv-hegemonialen Strategie die Inhalte des hegemonialen Projektes mehr und mehr zu eigen machen und sich somit dem von der rot-grünen Bundesregierung forcierten hegemonialen Projekt der »Bürgergesellschaft« sukzessive annähern. Die folgenden Erkenntnisse sollen diesen Befund plausibilisieren: Erstens haben die Ausführungen gezeigt, dass zwischen den liberal-konservativen Kräften und der rot-grünen Regierung im Hinblick auf das zentrale Ziel der Förderung der Bürgergesellschaft weitgehend Einigkeit herrschte. So wurde beispielsweise der Artikel Gerhard Schröders »Die zivile Bürgergesellschaft« von der stellvertretenden CSU-Vorsitzenden Barbara Stamm mit den Worten kommentiert, dass Schröders Satz: »Ein Gesundheitswesen ohne finanzielle, geistige und in diesem Fall buchstäblich körperliche Selbstbeteiligung der Versicherten« sei nicht mehr vorstellbar [...] genauso gut von der Union stammen« könnte (Associated Press 2000). Uneinigkeit bestand lediglich hinsichtlich der Frage, welches staatliche Leitbild zu einer nachhaltigen Stärkung der Bürgergesellschaft in der Lage sei. Während hier die rot-grüne Regierung den ermöglichenden und zugleich aktivierenden Staat favorisierte, befürworteten die konservativ-liberalen Kräfte einen schlanken, ermöglichenden Staat. Doch bereits die Einigung der Vertreter der politischen Fraktionen in der engagementbezogenen Enquete-Kommission auf den Begriff des ermöglichenden Staates (BT-Drs. 14/8900 2002: 7) zeigt, dass gerade die liberal-konservativen Kräfte dem Staat in Sachen Engagementförderung deutlich mehr Aufgaben übertrugen, als dies noch in der Vergangenheit – erinnert sei an die kategorische Leugnung der institutionellen Dimension der politischen Engagementförderung in den 1990ern – der Fall war.

Zudem unterscheidet sich dieser schlanke, ermöglichende Staat an verschiedenen Stellen grundlegend von dem Leitbild des schlanken Staates, das noch im Mittelpunkt eines im Jahr 1995 eingesetzten, gleichnamigen Sachverständigenrats der liberal-konservativen Bundesregierung stand. Wie bereits angedeutet, wurden dem schlanken Staat der 2000er Jahre Eigenschaften, wie Befähigung und Ermöglichung, zugeschrieben, während es im Bericht des Sachverständigenrats »Schlanker Staat« vordergründig um die Möglichkeiten der Privatisierung, Entbürokratisierung und Reduzierung von Staatsausgaben bzw. -aufgaben ging (BT-Drs. 13/10145 1998). Außerdem verfolgte auch der schlanke, ermöglichende Staat der liberal-konservativen Kräfte, ähnlich wie der aktivierende Staat, das Ziel, eine »neue Balance zwischen Staat, Markt und Gesellschaft« herzustellen (CDU-Präsidiumskommission 2003: 39). Obschon CDU/CSU und FDP nicht vollkommen mit dem aktivierenden Staatsverständnis von SPD und Bündnis 90/Die Grünen konform gingen, spricht diese erweiterte Aufgabendefinition bereits für eine erste Annäherung der konservativ-liberalen Kräfte an das hegemoniale Projekt der »Bürgergesellschaft«.

Zweitens zeichnet sich das hegemoniale Projekt dadurch aus, dass hier stets eine emblematische Beziehung zwischen der Aktivierung einer starken Bürgergesellschaft und der staatlichen Förderung des freiwilligen Engagements durch entsprechende engagementpolitische Maßnahmen hergestellt wird. Die Rekonstruktion der Phase der Diskursstrukturierung in den 1990er Jahren hat gezeigt, dass die liberal-konservative Regierung bis zum Jahr 1998 diese Verknüpfung kaum oder nur am Rande hergestellt hat und die Förderung des freiwilligen Engagements hier noch nicht als bürgerschaftliches Reformkonzept thematisiert wurde. Die Analyse der nach dem Jahr 2000 veröffentlichten Statements von CDU/CSU und FDP zeigt, dass sich dies hier grundlegend ändert. So bediente sich beispielsweise die FDP im Bericht der Enquete-Kommission ausdrücklich dieser emblematischen Verknüpfung: »Bürgerschaftliches Engagement ist für eine offene Gesellschaft unverzichtbar. Seine Stärkung und Fortschreibung mit dem Ziel der engagierten Bürgergesellschaft ist daher politisches Anliegen von höchstem Rang.« (Schüsler/Burgbacher 2002: 67; ebenso Abgeordneter Schüsler (FDP), in: BT Pl.-Prot. 14/242 2002: 24266) Auch die CDU/CSU stellten in ihrem Sondervotum zum Bericht der Enquete-Kommission eine deutliche Verbindung zwischen der Förderung des freiwilligen Engagements und dem Reformprojekt einer starken Bürgergesellschaft her:

»Das Jahr 2001 als internationales Jahr der Freiwilligen hat auch in Deutschland die Beschäftigung mit den Problemen des Ehrenamtes und des bürgerschaftlichen Engagements intensiviert und einen aktuellen Bezug für einen gesellschaftlichen Diskurs hierüber hergestellt. Es geht heute um die Bürgergesellschaft und deren Zukunft. Es geht um die Chancen der Menschen, ihre Fähigkeiten und Talente in diese Gesellschaft einzubringen.« (Aigner u.a. 2002: 329; ebenso CDU-Präsidiumskommission 2003: 41)

Dieses Zitat verdeutlicht nicht nur die emblematische Beziehung zwischen Engagementförderung und Bürgergesellschaftskonzept, sondern zeigt auch, dass es sich hierbei um etwas Neues handelt, d.h. um eine inhaltliche Verknüpfung, die die CDU/CSU bis zu diesem Zeitpunkt eher vernachlässigt hat. Dass sich die CDU/CSU dieser Betrachtungsweise nun anschließt, spricht demnach deutlich für eine zunehmende Inkorporierung der Opposition in das hegemoniale Projekt.

Drittens nimmt es vor diesem Hintergrund nicht wunder, dass trotz abweichender staatlicher Leitbilder auch in der offensiven Strategie der CDU/CSU und FDP – analog zum hegemonialen Projekt – die Stärkung der Bürgergesellschaft weitgehend auf Möglichkeiten der Engagementförderung mittels bundespolitischer Reformen reduziert wird und es hierbei primär um die Erhöhung der Engagiertenzahlen angesichts eines brachliegenden Engagementpotenzials und einer vermeintlichen Krise des Ehrenamtes geht (FAZ 1999a; Aigner u.a. 2002: 331, 338f., 344). So lässt sich gerade mit Blick auf die konkreten engagementspezifischen Förderstrategien eine Annäherung der liberal-konservativen Kräfte an das hegemoniale Projekt beobachten. Während die Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl, wie ausführlich dargelegt, noch jegliche engagementspezifischen Eingriffe des Staates abgelehnt und die Verantwortung hierfür an dezentrale und kommunale Kräfte verschoben hat, rückten CDU/CSU und FDP zu Beginn der 2000er Jahre langsam von dieser kategorischen Nichtzuständigkeitsbehauptung ab. So konstatierte der CDU-Abgeordnete Barthle zwar, dass alle staatlichen Maßnahmen nach wie

vor am Grundsatz der Subsidiarität orientiert sein müssten, dennoch zeigten sich auch die konservativ-liberalen Kräfte seit der Jahrtausendwende zunehmend offen für bestimmte staatliche Eingriffe in den Engagementbereich: »In den Bereichen Haftung und Versicherung sowie Stärkung der wirtschaftlichen Kraft dagegen ist keine Zurücknahme, sondern gesetzgeberisches Handeln gefordert. Wir müssen vor Haftungsrisiken schützen und die Wirtschaftskraft unserer Vereine stärken.« (Abgeordneter Barthle (CDU/CSU), in: BT Pl.-Prot. 14/242 2002: 24270; ebenso FAZ 1999a; Aigner u.a. 2002: 349) Des Weiteren forderte Barthle eine Erhöhung und Ausweitung des Bezugskreises der sog. »Übungsleiterpauschale« (Abgeordneter Barthle (CDU/CSU), in: BT Pl.-Prot. 14/242 2002: 24271).

Diese engagementspezifischen Forderungen sprechen insofern für eine Annäherung an das hegemoniale Projekt der »Bürgergesellschaft«, als die liberal-konservative Regierung noch im Jahr 1998 die Anträge von Bündnis 90/Die Grünen (BT-Drs. 13/3232 1995) und der SPD (BT-Drs. 13/6399 1996) abgelehnt hatte, in denen diese bereits die Ausweitung des Versicherungsschutzes und die Erhöhung der Übungsleiterpauschale forderten (Abgeordneter Riebert (CDU/CSU), in: BT-Drs. 13/11413 1998: 15). Dieser plötzliche Sinneswandel wurde daher auch von der SPD-Abgeordneten Karin Kortmann besonders stark kritisiert:

»Zweitens: Nachteilsausgleich. Es ist wunderbar, Sie, Herr Barthle, über die Übungsleiterpauschale reden zu hören. Ich glaube, auch hier noch sagen zu müssen: Die Übungsleiterpauschale wurde unter dem ersten sozialdemokratischen Bundeskanzler Willy Brandt eingeführt. [...] Der zweite sozialdemokratische Bundeskanzler Helmut Schmidt hat [...] die Übungsleiterpauschale auf 200 DM erhöht. Der dritte sozialdemokratische Bundeskanzler [...] hat gesagt: Dieser Gedanke ist uns weiterhin wichtig. Deswegen haben wir die Übungsleiterpauschale auf 300 DM erhöht. Sie haben zu diesem gesamten Bereich nicht eine müde Mark dazu gegeben und sollten sich schämen, hier Forderungen zu stellen, die Sie gar nicht erfüllen können.« (Abgeordnete Kortmann (SPD), in: BT Pl.-Prot. 14/242 2002: 24274)

Diese Ausführungen zeigen, dass die in den 1990er Jahren von der liberal-konservativen Bundesregierung noch kategorisch abgelehnte institutionelle Dimension der Engagementförderung seit der Jahrtausendwende auch von CDU/CSU und FDP nicht nur akzeptiert, sondern sogar eigene diesbezügliche Schwerpunkte gesetzt wurden: Viel stärker als die Bundesregierung sprachen sich diese Anfang der 2000er Jahre z.B. für eine rechtliche und finanzielle Besserstellung der Vereine aus (BT-Drs. 14/3680 2000; BT-Drs. 14/5224 2001; BT-Drs. 14/8035 2002) und zeigten sich sehr enttäuscht, als diesen Forderungen von Seiten der Regierung zu wenig Aufmerksamkeit entgegengebracht wurde (Aigner u.a. 2002: 332f.). Trotz der zunehmenden Inkorporierung besonders der CDU/CSU in das hegemoniale Projekt bemängelte die SPD, dass die Opposition die neue Verknüpfung zwischen institutioneller Engagementförderung und Stärkung der Bürgergesellschaft noch nicht vollständig verstanden habe. Im Mittelpunkt der Kritik der SPD stand die Forderung der CDU/CSU nach einer sog. »Ehrenamtstauglichkeitsprüfung« (Abgeordnete Dött (CDU/CSU), in: BT Pl.-Prot. 14/242 2002: 24273), wonach alle Gesetze, bevor sie in Kraft treten, darauf geprüft werden sollen, ob hierdurch die Ausübung eines freiwilligen Engagements womöglich behindert werde. Karin Kortmann von der SPD kommentierte diese Forderung folgendermaßen:

»Haben zwei Jahre Fortbildung für Sie nicht gereicht, um endlich zu verstehen, auf was es uns beim bürgerschaftlichen Engagement ankommt? Es geht nicht darum, an einzelnen Stellschrauben zu drehen oder Ehrenamtstauglichkeitsprüfungen durchzuführen, sondern es geht um ein gesamtgesellschaftliches Konzept, das Sie scheinbar immer noch nicht verstanden haben.« (Abgeordnete Kortmann (SPD), in: BT Pl.-Prot. 14/242 2002: 24273)

Linke Kräfte (PDS und Gewerkschaften):

Von der anti-hegemonialen zur offensiv-hegemonialen Strategie

Mit Blick auf die vom hegemonialen Projekt ins Außen verschobenen linken politischen Kräfte, hier die PDS und die Gewerkschaften, zeigt sich, dass diese ebenso im Sinne einer anti-hegemonialen Strategie verschiedene Äquivalenzen und Kontraritäten des hegemonialen Projekts durch Differenzartikulation aufzuheben versuchen. So wird beispielsweise eine der zentralen Äquivalenzbeziehungen des hegemonialen Projekts der »Bürgergesellschaft« durch Differenzen aufgebrochen, wenn behauptet wird, dass der aktivierende Staat zur nachhaltigen Förderung der Bürgergesellschaft ungeeignet sei: Die neue Aufgabenverteilung zwischen Staat und Bürger werde nach Ansicht des damaligen Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Michael Sommer, zwar »als Zugewinn an Freiheit und Handlungskompetenz« angepriesen, doch in Wirklichkeit verberge sich dahinter lediglich eine neoliberale Logik, die die Bürgergesellschaft »als Ressource für eine radikale Individualisierung und Verlagerung von gesellschaftlicher Verantwortung auf die Einzelnen« begreift (Sommer 2002: 5). Neben seinen neoliberalen Rückzugstendenzen sei der aktivierende Staat nach Ansicht der PDS auch deshalb nicht zur Stärkung der Bürgergesellschaft in der Lage, da dieser der Grundannahme folge, dass alle Menschen von Natur aus faul seien: »Ich will auch Folgendes deutlich sagen: Angesichts der Tatsache, dass es 22 Millionen Engagierte gibt, kann das Wort von der natürlichen Faulheit der Menschen nicht ganz stimmen.« (Abgeordneter Grehn (PDS), in: BT Pl.-Prot. 14/242 2002: 24268) Und auch Michael Sommer kommt zwei Jahre später zu der Einsicht, dass trotz einiger Bemühungen der rot-grünen Regierung, das Thema Bürgergesellschaft prominent zu machen, insgesamt recht wenig in diese Richtung passiert sei: »Man könnte die heutige Situation deuten als Abschlussphase einer politischen Ansage, die ihren Kurswert verloren hat. Ich sehe eher einen Stillstand, der von Anfang an in der politischen Verengung des Themas begründet lag.« (Sommer 2004: 2)

An dieser Stelle gilt es darauf aufmerksam zu machen, dass Michael Sommer eine zentrale Äquivalenz der Äquivalenzkette A des hegemonialen Projekts in Frage stellt, die von allen anderen untersuchten Subjekten des diskursiven Außen überwiegend mitgetragen wird: die inhaltliche Engführung der Stärkung der Bürgergesellschaft auf die Förderung des freiwilligen Engagements durch eine staatliche Engagementpolitik. Michael Sommer war in der hier vorgenommenen Analyse der Einzige, der diese emblematische Verknüpfung im Rahmen des hegemonialen Projekts explizit kritisiert.¹⁶ Die Gleichsetzung einer Stärkung der Bürgergesellschaft mit der institutionellen Förderung des freiwilligen Engagements greife nach

16 | Von Seiten der PDS oder Bündnis 90/Die Grünen wurde zwar ebenso verschiedentlich darauf hingewiesen, dass die Bürgergesellschaft mehr sei als nur eine Ansammlung von freiwillig engagierten Bürgern, die – im besten Fall – im politisch favorisierten Sinne aktiv sind. Hierbei stellten sie jedoch die zentrale Bedeutung einer staatlichen Engagementförderung

Ansicht von Sommer zu kurz und komme einer inhaltlichen Verengung gleich, die der Thematik keineswegs gerecht werde. Sommer macht demgegenüber das Argument stark, dass sich die Debatte über die Stärkung der Bürgergesellschaft keineswegs nur auf kleinteilige Engagementfördermaßnahmen beschränken dürfe, während die sozialen Voraussetzungen der Bürgergesellschaft immer mehr in den Hintergrund gerieten: »Denn die Bürgergesellschaft erschöpft sich eben nicht im Abarbeiten technischer Fragen der Engagementförderung. Selbstverständlich geht es auch um engagementförderliche Regularien, aber Bürgergesellschaft benötigt auch dringend eine belastungsfähige soziale Infrastruktur.« (Sommer 2004: 5)

Bezugnehmend auf diese Kritikpunkte setzen PDS und Gewerkschaften dem hegemonialen Projekt mitunter eine eigene offensive Strategie entgegen und behaupten hierzu an den Stellen Äquivalenzen, an denen das hegemoniale Projekt Kontraritäten artikuliert: Während im hegemonialen Projekt »Bürgergesellschaft« z.B. stets eine Kontrarität zwischen dem aktivierenden Staat und einer zunehmenden Privatisierung und Vermarktlichung behauptet wird, artikulieren linke Kräfte eine Äquivalenz zwischen diesen beiden diskursiven Elementen. Sie werfen der aktuellen Regierung vor, zu viele Aufgaben an den Markt zu übertragen und hierbei wichtige Regulierungsaufgaben aus der Hand zu geben. So konstatiert beispielsweise die PDS, dass der benötigte Gestaltungsraum für Bürgerbeteiligung »gegenwärtig durch Privatisierungen und den neo-liberalen Rückzugs der Politik eher geschrumpft« sei (Grehn/Balt 2002: 67f.). In ebendiesem Sinne kritisiert auch Michael Sommer die Reduzierung staatlicher Verantwortungsübernahme zugunsten eines Marktes, »der vorgeblich alles besser richten können soll« (Sommer 2004: 3). Stattdessen geht er davon aus, dass auch »der Kapitalismus einer institutionellen Regulierung bedarf« (ebd.: 5). Der aktivierende Staat der rot-grünen Regierung wird von den linken Kräften folglich mit einem neoliberalen, sich zurückziehenden Staat gleichgesetzt und der Äquivalenzkette B zugeordnet, da er als ein Widerstand auf dem Weg zu einer starken Bürgergesellschaft betrachtet wird.

Durch die Verschiebung des aktivierenden Staates in die Äquivalenzkette B wird gleichsam eine neue Kontrarität zwischen diesem und der Förderung der Bürgergesellschaft artikuliert, indem behauptet wird, dass die aktivierende Regierungspolitik von SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit ihrem Leitbild des »Förderns und Forderns« zur Schwächung oder gar Zerstörung der Bürgergesellschaft beitrage. So wirft beispielsweise Michael Sommer der rot-grünen Regierung vor, dass sie »inzwischen ›Fordern statt Fördern‹ zu ihrem Credo« (Sommer 2004: 2) gemacht habe und von der Politik somit »das Austrocknen oder die Zerstörung von Grundlagen der Bürgergesellschaft billigend in Kauf genommen oder sogar angestrebt worden« sei (ebd.). Der Bürgergesellschaft werden, so Sommer weiter, angesichts von steigender Armut sowie sozialer Ungerechtigkeit und Ungleichheit die Grundlagen zunehmend entzogen, wobei die rot-grüne Regierung diese Tendenz durch die Einführung von Arbeitslosengeld II (ALG II) und verschärften Zumutbarkeitsregelungen weiter forcieren (ebd.: 3, 5). Es zeigt sich somit, dass der in die Äquivalenzkette B verschobene aktivierende Staat in den untersuchten Verlautbarungen linker Kräfte mit verschiedenen Mangelerscheinungen, wie etwa ge-

bei der Stärkung der Bürgergesellschaft nie grundsätzlich in Frage (z.B. Grehn/Balt 2002: 68).

sellschaftlichen Zerfallsprozessen, Armut und Politikverdrossenheit, gleichgesetzt wird.

Des Weiteren trage die rot-grüne Aktivierungspolitik zur Zerstörung der Bürgergesellschaft bei, da die Förderung des freiwilligen Engagements, so der Vorwurf linker politischer Subjekte, hier lediglich als Ausfallbürgen wegfallender staatlicher Leistungen betrachtet werde. Während das hegemoniale Projekt stets eine Kontrarität zwischen diesen beiden diskursiven Elementen artikuliert (z.B. SPD-Grundwertekommission 2001: 2), konstatieren die linken Kräfte eine Äquivalenz zwischen der staatlichen Engagementförderung und der Instrumentalisierung des freiwilligen Engagements als Lückenbüsser:

»Uns geht es vor allen Dingen darum, dass das bürgerschaftliche Engagement gestärkt wird und dass es mehr als eine gelegentliche Ergänzung der repräsentativen Politik, sozusagen ein schmückendes, aber eigentlich unnötiges Beiwerk, ist. Wer sich die verschiedenen Ebenen der öffentlichen Hand genau anschaut, der weiß, dass das bisher der Fall ist. [...] Bisher war es Lückenbüsser, wenn öffentliche Leistungen gestrichen wurden. Es war quasi ein Ausfallbürge, der dann zum Einsatz kam, wenn es darum ging, Personen für nicht mehr bezahlbare Tätigkeiten zu finden. Wir wissen, dass die Kassen allerorten leer sind.« (Abgeordneter Grehn (PDS), in: BT Pl.-Prot. 14/242 2002: 24268; ebenso Grehn/Balt 2002: 68; Sommer 2004: 3)

Diese Artikulation von Äquivalenz statt Kontrarität ist Teil der offensiv-hegemonialen Strategie der linken Kräfte, die ebenso in der Konstituierung sich gegenüberstehender Äquivalenzketten mündet, die folgendermaßen aufgebaut sind. Nach Ansicht der untersuchten linken Kräfte müssen zwei Bedingungen erfüllt sein, damit eine nachhaltige Stärkung der Bürgergesellschaft durch den Staat möglich erscheint: der systematische Abbau von sozialen Ungleichheiten sowie die Erweiterung der politischen Mitsprachemöglichkeiten für die Bürger. Aus der Vernachlässigung dieser beiden Aspekte durch das hegemoniale Projekt resultiere wiederum dessen Unvermögen, die Bürgergesellschaft tatsächlich nachhaltig zu stärken.

Sowohl PDS als auch die Gewerkschaften artikulieren demnach erstens eine Äquivalenz zwischen einer Ausweitung staatlicher Leistungen im Sinne einer besseren sozioökonomischen Absicherung der Bürger und einer gelingenden Stärkung der Bürgergesellschaft. Sommer bemerkt vor diesem Hintergrund, dass es das zentrale Kennzeichen der Bürgergesellschaft sei, dass sich die Bürger hier »auf gleicher Augenhöhe freiwillig begegnen« können (Sommer 2004: 2). Dies sei aber nur dann möglich, wenn dem Abbau von Armut und sozialer Ungleichheit von staatlicher Seite besondere Aufmerksamkeit geschenkt werde, anstatt beide Tendenzen durch ALG II und verschärfte Zumutbarkeitsregelungen noch weiter zu forcieren (ebd.: 2f.). Als ersten Schritt auf dem Weg zu einer besseren Absicherung der Menschen benennt Sommer deshalb die Einführung eines Mindestlohns (ebd.: 2, 3, 5). Auch die PDS fordert die Politik eindringlich dazu auf, die sozioökonomischen Bedingungen so zu gestalten, dass wirklich alle Bürger, d.h. auch Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Alleinerziehende, Behinderte und Senioren, die Chance haben, an der Bürgergesellschaft teilzunehmen (Grehn/Balt 2002: 68; Abgeordneter Grehn (PDS), in: BT Pl.-Prot. 14/242 2002: 24268). Die Einführung einer »sozialen Grundsicherung« sei somit notwendig, »damit bürgerschaftliches Engage-

gement nicht eine Sache derer bleibt, die es sich leisten können bzw. keine andere Chance mehr sehen, ihren Anliegen Gehör zu verschaffen« (Grehn/Balt 2002: 68).

Zweitens artikulieren die linken Kräfte stets eine Äquivalenz zwischen einem Staat, der die politischen Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger ausweitet, und einer wirksamen Förderung der Bürgergesellschaft. Im Zentrum der Kritik steht hier folglich die einseitige Auslegung des Begriffs des freiwilligen Engagements im hegemonialen Projekt, das die demokratische Dimension des Terminus – auch und gerade im Sinne von Kritik und Protest – weitgehend vernachlässigt (ebd.; Sommer 2004: 5). Vor diesem Hintergrund insistiert die PDS darauf, dass die Politik nicht nur den helfenden bzw. sozialen Implikationen des freiwilligen Engagements Beachtung schenken dürfe, sondern dessen gesamte Bandbreite ernst nehmen müsse:

»Für die PDS ist es unverzichtbar, dass das Verständnis von bürgerschaftlichem Engagement erweitert wird. Das betrifft insbesondere jene Formen, die sich in der Stärkung der Volkssouveränität über repräsentative Formen hinaus im aktiven Eingreifen in das politische Geschehen äußern – von Bürgerbegehren über soziale Bewegungen und Bürgerproteste bis hin zur Selbsthilfe sowie zur Koproduktion und Übernahme von vormals öffentlichen Aufgaben. Bürgerengagement soll mehr sein als nur eine gelegentliche Ergänzung repräsentativer Politik und weder als Alibi noch als wohlfeiler Lückenbüsser missbraucht werden, wenn öffentliche Leistungen gestrichen werden.« (Grehn/Balt 2002: 67)

In ähnlicher Manier konstatiert auch Michael Sommer, dass das Thema Bürgergesellschaft auf staatlicher Ebene eine »stark entpolitisierte Form« (Sommer 2004: 2) angenommen habe und hier wichtige gesellschaftspolitische Fragen unberücksichtigt blieben. Bei der Etablierung einer starken Bürgergesellschaft ginge es aber, so Sommer, gerade um Protest, Kritik und Mitsprache, weshalb er auch das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement als eine gute Möglichkeit betrachtet, »politisch im Sinne der Bürgergesellschaft zu agieren« und sich eben nicht »im Kleinklein der Regelungsvorschläge zur Ehrenamtsförderung zu verlieren« (ebd.: 5).

Annäherung der linken Kräfte an das hegemoniale Projekt

Betrachtet man nun die bisherigen Ergebnisse hinsichtlich der Frage, inwieweit es im Analysezeitraum zu einer Subjektivierung der in die B-Äquivalenzketten verschobenen linken Kräfte durch das hegemoniale Projekt selbst kam, zeigt sich, dass sich die PDS und besonders die Gewerkschaften die Inhalte des hegemonialen Projekts weit weniger zu Eigen gemacht haben, als dies bei den ebenso ins diskursive Außen verdrängten liberal-konservativen Kräften der Fall war. Grundlegend kann festgehalten werden, dass die PDS und der DGB-Vorsitzende Michael Sommer die Förderung der Bürgergesellschaft prinzipiell befürworten:

»Eine gestärkte Bürgerschaft ist eine Quelle, die bessere und angemessenere Lösungen für öffentliche Belange erwarten lässt, unmittelbar demokratischen Zugewinn gegen Parteien- und Politikverdrossenheit ermöglicht, den sozialen Zusammenhalt stärkt und jenes Vertrauen und Selbstvertrauen steigert, das auch für die ökonomische Entwicklung (Stichwort Sozialkapital) zunehmend als zentral angesehen wird.« (Grehn/Balt 2002: 68; vgl. ebenso Sommer 2004: 3)

Unterschiedliche Ansichten bestehen jedoch hinsichtlich des Weges, der beschritten werden müsse, um die Stärkung der Bürgergesellschaft tatsächlich in die Tat umzusetzen. Den Subjektivierungsversuchen des hegemonialen Projektes, das stets behauptet, dass das Bürgergesellschaftsthema nicht als Lückenbüßer für staatliche Finanzierungsengpässe missbraucht werden dürfe, schenken sowohl die Gewerkschaften als auch die PDS keinen Glauben. Auch die Gleichsetzung der Stärkung der Bürgergesellschaft mit einer institutionellen Förderung des freiwilligen Engagements durch den Staat wird von den linken Kräften nicht ohne weiteres übernommen: Michael Sommer spricht sich, wie ausführlich dargestellt, besonders deutlich gegen diese automatische Gleichsetzung aus. Die PDS schließt sich der Einsicht in die Notwendigkeit einer staatlichen Engagementförderung zwar prinzipiell an, doch plädiert auch diese für eine weitere Begriffsfassung der Bürgergesellschaft, die auch Kritik und »ungemütlichen« politischen Protest umfassen müsse.

Als eine zumindest partielle Subjektivierung der PDS durch das hegemoniale Projekt kann höchstens der Umstand gedeutet werden, dass diese im Rahmen der Enquete-Kommission einem ermöglichenden Staatsverständnis zustimmt (Grehn/Balt 2002: 68). Nichtsdestotrotz zeigt sich auch hier, dass die PDS den ermöglichenden Staat nur dann als erfolgversprechende Möglichkeit der Förderung der Bürgergesellschaft ansieht, wenn dieser die verschiedenen Forderungen ihrer eigenen offensiven Strategie beherzigt, die in dieser Form im hegemonialen Projekt »Bürgergesellschaft« nicht vorkommen:

»Aus Sicht der PDS bedeutet ›Ermöglichung‹ nicht, gelegentlich einige Spielwiesen für unentwegt Engagierte einzurichten, sondern eine Neuorientierung des politischen Prozesses insgesamt, dessen zentrale Akteure eine engagierte Bürgerschaft nicht länger als Störung oder Problem wahrnehmen, sondern als demokratische Chance begreifen.« (Ebd.)

Die prinzipielle Zustimmung zum ermöglichenden Staat geht bei der PDS, wie das Zitat zeigt, folglich mit der Forderung einher, dass dieser erstens die demokratische Dimension des freiwilligen Engagements stärker als politische Chance wahrnehme und folglich eine »Machtabgabe von öffentlichen Verwaltungen, Parlamenten und politischen Parteien« zulasse (ebd.). Zweitens sei es Aufgabe des ermöglichenden Staates, die sozioökonomischen Voraussetzungen einer starken Bürgergesellschaft zu garantieren, d.h. ein gewisses Maß an sozialer Grundsicherheit zu schaffen (ebd.). Diese beiden grundlegenden argumentativen Stoßrichtungen spiegeln sich auch in den konkreten engagementspezifischen Reformvorschlägen der PDS wider. So setzt sich die PDS besonders vehement für die Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung von Arbeitnehmern sowie die Etablierung von engagementfreundlichen Freistellungsregelungen und Arbeitszeiten ein (ebd.: 69).

Abschließend gilt festzuhalten, dass die PDS zwar das Leitbild des ermöglichenden Staates aufgreift, dieses jedoch mit einigen vom hegemonialen Projekt abweichenden Forderungen verknüpft. Mit Blick auf die Gewerkschaften sind die Subjektivierungsversuche des hegemonialen Projekts im Untersuchungszeitraum hingegen noch weitgehend erfolglos.

Fazit: Die Inkorporierung opponierender Kräfte in das hegemoniale Projekt der »Bürgergesellschaft«

Durch die Hegemonieanalyse des diskursiven Geschehens, das sich zwischen 1998 und 2002 um den Signifikanten der »Bürgergesellschaft« entsponnen hat, ist deutlich geworden, dass es sich bei der von der rot-grünen Regierung forcierten Förderung des Bürgergesellschaftskonzepts und der Etablierung einer bundespolitischen Engagementpolitik seit der Jahrtausendwende keineswegs um natürliche oder gar notwendige Entwicklungen gehandelt hat, mit der alle Bundestagsfraktionen von Beginn an einverstanden waren. Vielmehr gab es auch hier Widerstände und kritische Stimmen, die jedoch angesichts der konsensualen Thematik zugegebenermaßen weniger fundamental ausfielen. Diesen diskursiven Auseinandersetzungen konnte durch die Skizzierung sich gegenüberstehender Äquivalenzketten und der Herausbildung anti-hegemonialer bzw. offensiv-hegemonialer Strategien opponierender Kräfte mit Hilfe des Analyserasters von Nonhoff Sichtbarkeit verliehen werden. Bei einer alleinigen Konzentration auf das Dominanzmodell Hajers wären diese Konflikte bezüglich der konkreten Ausgestaltung einer bundespolitischen Engagementförderung, der Interpretation eines geeigneten staatlichen Leitbildes und der definitorischen Auslegung des Bürgergesellschaftsbegriffes deshalb unberücksichtigt geblieben, da mit der Etablierung einer Engagementpolitik seit der Jahrtausendwende beide Kriterien diskursiver Dominanz nach Hajer bereits erfüllt waren.

Die Analyse dieses konflikthaften Aushandlungsprozesses mit Hilfe der nonhoffschen Strategeme erwies sich in der Folge als fruchtbar, da hierdurch aufgezeigt werden konnte, dass sowohl liberal-konservative als auch linke politische Kräfte dem hegemonialen Projekt der »Bürgergesellschaft« zunächst skeptisch gegenüberstanden oder zumindest mit einigen Inhalten nicht vollständig konform gingen. Außerdem lassen die Ergebnisse keinen Zweifel daran, dass das hegemoniale Projekt insgesamt sehr konsensual angelegt war und auch den in die Äquivalenzkette B verschobenen linken und liberal-konservativen Kräften Subjektpositionen in der Äquivalenzkette A zur Verfügung gestellt wurden, die von diesen, wie die Analyse des diskursiven Außen gezeigt hat, auch zunehmend eingenommen wurden. So lässt sich gerade mit Blick auf die CDU/CSU und FDP bereits bis zum Jahr 2002 von einer zunehmenden Inkorporierung in das hegemoniale Projekt der »Bürgergesellschaft« sprechen. Mit Blick auf die linken Kräfte fällt die Bilanz zwar nicht ganz so positiv aus, doch fand gerade mit Blick auf die PDS im Untersuchungszeitraum eine deutliche Annäherung an das hegemoniale Projekt statt. Dies zeigt sich u.a. daran, dass sich die PDS im Rahmen der Enquete-Kommission dem Leitbild eines die Bürgergesellschaft ermöglichenden Staates, wenn auch mit abweichenden inhaltlichen Schwerpunkten, anschloss. Obschon die Versuche, auch die Gewerkschaften stärker an das hegemoniale Projekt zu binden, weitgehend erfolglos blieben, bildete sich bis zum Jahr 2002 eine umfassende Diskurskoalition zwischen nahezu allen Bundestagsfraktionen um das hegemoniale Projekt der »Bürgergesellschaft« heraus. Angesichts dieser breiten Zustimmung entwickelte sich auch die institutionelle Dimension der politischen Engagementförderung, die untrennbar mit dem hegemonialen Projekt der »Bürgergesellschaft« verwoben war, von einem ehemals hochgradig umkämpften Sachverhalt zunehmend zur allgemein akzeptierten Notwendigkeit. Die institutionelle Dimension der Engagementförderung – dies sei hier nochmals ausdrücklich betont – konnte sich

zur Jahrtausendwende folglich nur durch ihre emblematische Verknüpfung mit dem zum Reformprojekt des aktivierenden Staatsumbaus erhobenen Leitbild der Bürgergesellschaft derart durchsetzen.

6.4.2 Das hegemoniale Projekt der »Bürgergesellschaft« auf dem Weg zur Hegemonie (2002 bis 2009)

Dass es nach der Bundestagswahl im Jahr 2002 und sogar nach dem Regierungsantritt der Großen Koalition 2005 zu einer Fortsetzung der zur Jahrtausendwende initiierten engagementpolitischen Maßnahmen kam, wurde bereits an anderer Stelle ausführlich skizziert (vgl. Kap. 4.5). Obgleich in Anbetracht dessen an dieser Stelle auf eine ausführliche Darstellung der diesbezüglichen Ereignisse der 2000er Jahre verzichtet werden kann, seien zumindest die Meilensteine dieser Entwicklung auf der bundespolitischen Ebene nochmals überblicksartig benannt: Hierzu gehören die Gründung des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (2002), die Einsetzung eines dem Familienausschuss zugeordneten Unterausschusses »Bürgerschaftliches Engagement« (2003), die Verbesserung der Unfallversicherungsregelung für Engagierte (2005), das »Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements« (2007), die Regierungsinitiative ZivilEngagement »Miteinander – Füreinander« (2007) sowie die Einrichtung des »Nationalen Forums für Engagement und Partizipation« (2009), das eine Agenda für die Nationale Engagementstrategie der Bundesregierung im Jahr 2010 erarbeitete. Außerdem kam es zur Initiierung unterschiedlicher Modellprojekte (z.B. Mehrgenerationenhäuser) und zur Erprobung generationsübergreifender Freiwilligendienstmodelle (vgl. die Überblicksdarstellung in Olk/Klein/Hartnuß 2010b: 31). Diese Gesetzesinitiativen und Modellprojekte sprechen für die zunehmende Verankerung der Engagementpolitik im bundespolitischen Kontext in den 2000er Jahren. Klein, Olk und Hartnuß bezeichnen diese Entwicklung als den »eigentlich bemerkenswerte[n] Sachverhalt. Vor einigen Jahren war keineswegs absehbar, dass es gelingen würde, engagementpolitische Anliegen und Vorhaben sowohl im politischen Tagesgeschäft als auch im politischen Institutionensystem erstaunlich stabil zu verorten und institutionell zu verfestigen« (ebd.: 25). An dieser Stelle soll das Argument stark gemacht werden, dass die bemerkenswerte Kontinuität der Engagementpolitik, die gerade nach dem Regierungswechsel im Jahr 2005 in dieser Form keineswegs zu erwarten war u.a. darauf zurückgeführt werden kann, dass sich das hegemoniale Projekt der »Bürgergesellschaft« in den 2000er Jahren im Übergang zur Hegemonie befand.

Diese Annahme gilt es im Folgenden unter Berücksichtigung eines weiteren Strategems des nonhoffschen Analysemodells, der emergenten Interpretationsoffenheit des symbolischen Äquivalents des Allgemeinen (Nonhoff 2006: 233), zu plausibilisieren: Martin Nonhoff legt dar, dass nur diejenigen diskursiven Elemente die Aufgabe der zumindest partiellen Repräsentation des Allgemeinen wahrnehmen können, die die zahlreichen Erwartungen, die von unterschiedlichen Subjektpositionen aus an das Allgemeine gestellt werden, auffangen können. Die Interpretationsoffenheit des leeren Signifikanten ergibt sich folglich aus der Inkorporierung bzw. Integration verschiedener Subjektpositionen in ein voranschreitendes hegemoniales Projekt, was zwangsläufig zu einer Bedeutungsspreizung des Repräsentanten des Allgemeinen führen muss (ebd.). Dieses Strategem stellt für

Nonhoff eine grundlegende Bedingung für den Erfolg eines hegemonialen Projekts, d.h. dessen Weiterentwicklung zur Hegemonie, dar, da dieses als Indiz dafür gelesen werden kann, dass sich eine umfassende Diskurskoalition um das hegemoniale Projekt ausgebildet hat: »Zahlreiche SprecherInnen machen sich eine umfassende Forderung zueigen, belegen sie aber zugleich mit ihren je eigenen Interpretationen«, was in der Konsequenz zur Öffnung des Interpretationsspielraums des symbolischen Äquivalents des Allgemeinen führt (Nonhoff 2008: 315).

Überträgt man diese Erkenntnisse auf das hegemoniale Projekt der »Bürgergesellschaft« zeigt sich, dass es bereits zwischen 1998 und 2002 zu einer zunehmenden Bedeutungsspreizung des leeren Signifikanten »Bürgergesellschaft« kam, die daraus resultiert, dass die unterschiedlichen politischen Subjekte diese umfassende Forderung im Zuge ihrer artikulativen Aneignung mit divergierenden Lesarten belegten. So stellten beispielsweise die konservativ-liberalen Kräfte die subsidiären Eigenschaften der Bürgergesellschaft in den Mittelpunkt, während linke politische Stimmen, aber auch Bündnis 90/Die Grünen, stets die im hegemonialen Projekt weitgehend vernachlässigte demokratische Dimension der Bürgergesellschaft im Allgemeinen und des freiwilligen Engagements im Besonderen betonten. Außerdem verwiesen sie fortwährend auf die nicht zu unterschätzende Bedeutung der sozioökonomischen Voraussetzungen einer starken Bürgergesellschaft. Mit Blick auf die Rolle des Staates bei der Etablierung einer selbstbewussten Bürgergesellschaft ergab sich ein ebenso disparates Bild. Während die treibenden Kräfte des hegemonialen Projekts, die Regierung aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen, den aktivierenden Staat und das Prinzip des »Förderns und Forderns« als einzige Möglichkeit der Stärkung der Bürgergesellschaft betrachteten, favorisierten die liberal-konservativen Kräfte hierfür einen ermöglichenden Staat, der als eine Variante des schlanken Staates mehr Raum für die Eigeninitiative der Bürgergesellschaft lässt. Die PDS ging ebenso davon aus, dass nur ein ermöglichender Staat zu einer nachhaltigen Förderung der Bürgergesellschaft in der Lage sei, doch müsse dieser zunächst die sozioökonomischen Voraussetzungen für eine gleichberechtigte Teilnahme aller Bürger an der Bürgergesellschaft schaffen sowie von politischer Bevormundung und Machtkonzentration Abstand nehmen.

Trotz dieser prinzipiellen Bedeutungsoffenheit des leeren Signifikanten und der vor allem in Detailfragen aufscheinenden Deutungspluralität lässt sich ein kleinster gemeinsamer Nenner im Gebrauch des Bürgergesellschaftsbegriffs identifizieren. So konnten sich die untersuchten Bundestagsfraktionen Anfang der 2000er Jahre erstens auf den Minimalkonsens einigen, dass die Förderung der Bürgergesellschaft durch einen – durchaus unterschiedlich definierten – ermöglichenden Staat sinnvoll und notwendig sei. Zweitens wurde auch die emblematische Verknüpfung einer Stärkung der Bürgergesellschaft mit der Förderung des freiwilligen Engagements durch eine staatliche Engagementpolitik von allen untersuchten Diskursteilnehmern – mit Ausnahme der Gewerkschaften – prinzipiell mitgetragen und der Politikprozess gemäß dieser Ideen geführt. Sogar die Bundestagsfraktionen der CDU/CSU und FDP, die sich in den 1990er Jahren noch vehement gegen engagementpolitische Maßnahmen des Bundes ausgesprochen hatten, brachten die staatliche Ehrenamtsförderung Anfang der 2000er Jahre stärker mit einem (bürger-)gesellschaftlichen Reformprojekt in Verbindung und leiteten daraus sogar eigene Überlegungen bezüglich geeigneter engagementspezifischer Neuerungen des Staates ab, die sich in einigen Punkten – erinnert sei an die von

den liberal-konservativen Kräften geforderte Unterstützung der Vereine – deutlich von den engagementpolitischen Vorstellungen der rot-grünen Regierung unterschieden.

Der Erfolg des hegemonialen Projekts der »Bürgergesellschaft« resultiert somit daraus, dass Äquivalenzen zwischen unterschiedlichen staatlichen Leitbildern – dem aktivierenden, dem schlanken und dem sozialistischen Modell – artikuliert werden können, die nach Ansicht der jeweiligen Protagonisten alle zur Stärkung der Bürgergesellschaft in der Lage seien. Hierdurch kommt es gleichsam zu einer Äquivalenzierung dieser gesellschaftlich-politischen Kräfte, d.h. der sozialdemokratischen, konservativen, liberalen und z.T. auch linken Subjektpositionen. Aufbauend auf dem Minimalkonsens der emblematischen Verbindung von Engagementförderung und der Stärkung der Bürgergesellschaft entfaltet die umfassende Forderung der Bürgergesellschaft somit eine große Subjektivierungs- bzw. Integrationswirkung, die gleichzeitig zur Bedeutungsspreizung des leeren Signifikanten »Bürgergesellschaft« führt (Nonhoff 2008: 315), der je nach favorisiertem Staatsmodell oder der inhaltlichen Ausrichtung des Engagementbegriffes unterschiedlich interpretierbar ist. Angesichts dieser Deutungs Offenheit kristallisierte sich folglich bereits Anfang der 2000er Jahre eine relativ breite Diskurskoalition um den leeren Signifikanten der »Bürgergesellschaft« heraus. Dies ist auch der Grund, weshalb es in diesem Zeitraum gleichzeitig zu einer deutlichen Abschwächung bzw. Befriedung der engagementspezifischen Konflikte zwischen den Bundestagsfraktionen kam. Parallel zu diesem Prozess der Koalitionsbildung entwickelte sich demnach das mit unterschiedlichen Lesarten konfrontierte diskursive Element der »Bürgergesellschaft« zu einem »koalitionsübergreifenden Repräsentanten des spezifischen Allgemeinen« (Nonhoff 2006: 365) und damit zu einer hegemonialen Forderung, die als zentraler Knotenpunkt einer entstehenden Hegemonie gleichsam eine Schließung¹⁷ des Diskurses herbeiführte, da allen anderen diskursiven Elementen nur noch in Beziehung zu diesem leeren Signifikanten Bedeutung zukam.

Unter Berücksichtigung dieser besonderen Eigenschaften des hegemonialen Projekts bzw. der entstehenden Hegemonie der »Bürgergesellschaft« erscheint es auch kaum mehr verwunderlich, dass das Thema Bürgergesellschaft sowie die Einsicht in die Notwendigkeit einer staatlichen Engagementförderung auch nach dem Regierungswechsel 2005 nicht von der bundespolitischen Agenda verschwanden, sondern die diesbezüglichen Bemühungen, beispielsweise im Rahmen der Initiative ZivilEngagement, fortgeführt und teilweise sogar intensiviert wurden. Die Fortsetzung der von der rot-grünen Regierung initiierten Engagementpolitik durch die Große Koalition – und durch die nachfolgende liberal-konservative Regierung – spricht dafür, dass sich das hegemoniale Projekt der »Bürgergesellschaft« in den 2000er Jahren zur Hegemonie entwickeln konnte und die umfassende Forderung nach Stärkung der Bürgergesellschaft »als gemeinsamer Wille politisch-gesellschaftlicher Kräfte tatsächlich über längere Zeit Verbreitung« fand (Nonhoff 2008: 310). In diesem Kontext ist es besonders bemerkenswert, dass die emblematische Verknüpfung des prinzipiell interpretationsoffenen leeren Signifikanten »Bürger-

17 | Diese Schließung des Diskurses ist bekanntlich niemals endgültig oder gar vollständig fixiert. Die durch leere Signifikanten begründete hegemoniale Ordnung kann stets durch Dislokationen, die erneute hegemoniale Kämpfe auslösen, irritiert bzw. destabilisiert werden (Nonhoff 2006: 218).

gesellschaft« mit der staatlichen Engagementförderung derart stabilisiert werden konnte, dass sich dieses Argumentationsmuster seitdem, wie bereits ausführlich im Zuge der Rekonstruktion der engagementspezifischen Storylines gezeigt, zur selbstverständlichen Legitimations- und Begründungsformel für eine staatliche Engagementpolitik entwickelt hat. Um diese Feststellung zu untermauern, genügt bereits ein kurzer abschließender Blick in die Nationale Engagementstrategie aus dem Jahr 2010. Diese sei nach Angaben der liberal-konservativen Bundesregierung ein »Leitfaden für eine lebendige Bürgergesellschaft« (Bundesregierung 2010: 3), da sich ein »der Leitidee der ›Bürgergesellschaft‹ verpflichtete(s) Gemeinwesen [...] auf die ganze Bandbreite bürgerschaftlichen Engagements« (ebd.: 11) verlassen können müsse.

Einschränkend sei angemerkt, dass es sich bei der hier skizzierten Hegemonie der »Bürgergesellschaft« um eine auf die bundespolitische Ebene begrenzte Hegemonie handelt. Diese kann den erklärungsbedürftigen Umstand plausibilisieren, dass sich die vor allem in den 1990er Jahren noch heftig umstrittene Einführung engagementpolitischer Maßnahmen seit der Jahrtausendwende zur selbstverständlichen Aufgabe des Staates entwickelt hat. Ausschlaggebend hierfür ist die erhebliche Interpretationsoffenheit des leeren Signifikanten »Bürgergesellschaft«, der – abgesehen von seiner stabilisierten Verknüpfung mit der Förderung freiwilligen Engagements – mit unterschiedlichen staatlichen Leitbildern und inhaltlichen Schwerpunktsetzungen in Verbindung gebracht und dem deshalb eine hohe konsensstiftende Wirkung zugeschrieben werden kann.

6.5 HOCHKONJUNKTUR UND NORMALISIERUNG DER ENGAGEMENTSPEZIFISCHEN DEBATTEN AUF DER BUNDESPOLITISCHEN EBENE: EIN ERKLÄRUNGSANSATZ

Die unter Rekurs auf das Konzept der hegemonialen Strategie von Nonhoff erfolgte Rekonstruktion der Ereignisse in der Phase der Diskursinstitutionalisierung von 1998 bis 2009 hat zunächst gezeigt, dass die diskursive Dynamik und die Wahrnehmbarkeit der Debatten um die Förderung des freiwilligen Engagements in der ersten Legislaturperiode der rot-grünen Bundesregierung ihren Höhepunkt erreichten. Diese verbale Hochkonjunktur kann in erster Linie darauf zurückgeführt werden, dass das auf die Engagementförderung fokussierte Leitbild der Bürgergesellschaft zum zentralen Reformprogramm der neuen Regierung, allen voran des Bundeskanzlers Gerhard Schröder, erhoben wurde. Die Konstituierung des hegemonialen Projekts der »Bürgergesellschaft« zwischen 1998 und 2002 hat zudem deutlich gemacht, dass es zwar gerade zur Jahrtausendwende noch einige diesbezügliche Auseinandersetzungen zwischen den Bundestagsfraktionen gab, das hegemoniale Projekt jedoch gleichsam derart konsensual angelegt war, dass sich relativ schnell eine breite reformbefürwortende Diskurskoalition ausbilden konnte. Seit Beginn der 2000er Jahre begrüßten folglich im Grunde alle Bundestagsfraktionen – auch die in den 1990er Jahren derartige Maßnahmen noch ablehnenden liberal-konservativen Kräfte – eine Engagementförderung durch den Staat.

Die Phase zwischen 1998 bis 2002 kann somit als der Zeitraum betrachtet werden, in dem die Entwicklungen im Engagementbereich durch die diesbezüglichen Aufwertungsbemühungen der rot-grünen Regierung und die Herausbildung einer

reformbefürwortenden Koalition zwischen allen Bundestagsfraktionen derart problematisiert und mit der Notwendigkeit institutioneller Neuerungen verknüpft wurden, dass der Einführung engagementbezogener politischer Förderungsmaßnahmen nichts mehr im Wege stand. Erst als sich die reformorientiert-innovative Problemdefinition zur Jahrtausendwende durch die Fürsprache einflussreicher bundespolitischer Kräfte als neuer Politikdiskurs vollständig durchsetzen konnte, kam es folglich zur Durchführung engagementpolitischer Reformen. Es ist somit mehr als offensichtlich, dass die diskursive Dynamik hier als Motor politischen, genauer gesagt: institutionellen Wandels fungiert. Im weiteren Verlauf der 2000er Jahre verlor das Thema Engagementförderung im bundespolitischen Kontext zwar zunehmend an Brisanz und Aufmerksamkeit, dennoch war diese Abschwächung der diskursiven Dynamik keineswegs gleichbedeutend mit dem Verschwinden dieser Thematik von der bundespolitischen Agenda. Das Gegenteil war der Fall, denn es kam in den 2000er Jahren über die Regierungswechsel hinweg zu einer kontinuierlichen Fortführung des zur Jahrtausendwende eingeschlagenen engagementpolitischen Kurses, so dass sich engagementspezifische Anliegen in diesem Zeitraum im bundespolitischen Tagesgeschäft und Institutionensystem verfestigen konnten.

Es sind insbesondere zwei Aspekte dieser Entwicklung, die es im Folgenden unter Rückgriff auf intentionale und strukturelle Diskursmechanismen zu beleuchten gilt: Erstens ist bislang ungeklärt geblieben, wie sich die engagementbezogene reformorientiert-innovative Problemdefinition als neuer Politikdiskurs zur Jahrtausendwende bei allen bundespolitischen Fraktionen durchsetzen konnte. Besonders erklärungsbedürftig ist in diesem Zusammenhang der Einstellungswandel der CDU/CSU und der FDP von einer kategorischen Nichtzuständigkeitsbehauptung in Sachen Engagementförderung Ende der 1990er Jahre hin zu einer wohlwollenden Befürwortung einer staatlichen Engagementpolitik zu Beginn des neuen Jahrtausends. Dieser Positionswechsel wird hier analog zur bundespolitischen Aufmerksamkeitsverschiebung Mitte der 1990er Jahre u.a. als Ergebnis eines von der rot-grünen Regierung forcierten Überzeugungsprozesses verstanden, den es erneut unter Rückgriff auf die Mechanismen weicher Steuerung zu plausibilisieren gilt. Hierzu wird erstens gezeigt, dass das hegemoniale Projekt der »Bürgergesellschaft«, zumindest in der Anfangsphase, auf die bewussten, weichen Steuerungsbemühungen der rot-grünen Regierung zurückgeführt werden kann. Zweitens gilt es denjenigen diskursiv-strukturellen Mechanismen Aufmerksamkeit zu schenken, die die Befriedung der engagementspezifischen Konflikte sowie die kontinuierliche Institutionalisierung der Engagementförderung auf bundespolitischer Ebene in den 2000er Jahren mitverursacht bzw. begünstigt haben.

6.5.1 Das hegemoniale Projekt der »Bürgergesellschaft« als intentionale Erneuerungsleistung in der diskursiven Praxis

Den folgenden Ausführungen liegt die Annahme zugrunde, dass die allgemeine Durchsetzung der engagementbezogenen reformorientiert-innovativen Problemdefinition in bundespolitischen Kreisen seit der Jahrtausendwende auf die mit weichen Steuerungsbemühungen verbundene Aufwertung des Bürgergesellschaftskonzepts durch die rot-grüne Bundesregierung zurückgeführt werden kann. Diese verfolgte hiermit das Ziel, sich erstens deutlich von der liberal-konservativen Vor-

gängerregierung abzugrenzen und zweitens einen allgemeinen Konsens für ihr – auf die Engagementförderung fokussiertes – Reformprojekt der Bürgergesellschaft herzustellen. Bevor die hier wirksamen Mechanismen weicher Steuerung benannt werden können, gilt es noch zu klären, ob das von der rot-grünen Regierung forcierte hegemoniale Projekt der »Bürgergesellschaft« in seinen Anfängen die Voraussetzungen weicher Steuerung, d.h. die Prinzipien der Intentionalität und Horizontalität, erfüllt. Hierbei wird nicht – und das sei an dieser Stelle nochmals eindringlich betont – davon ausgegangen, dass die Entwicklung bzw. Etablierung des hegemonialen Projekts der »Bürgergesellschaft« in den 2000er Jahren einen von der rot-grünen Regierung intentional gelenkten Prozess darstellt. Demgegenüber erscheint es jedoch durchaus plausibel, dass die Koalition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen nach ihrem Regierungsantritt bewusst – im Sinne einer Erneuerungsleistung in der diskursiven Praxis – neue inhaltliche Impulse gesetzt und somit das hegemoniale Projekt der »Bürgergesellschaft« auf den Weg gebracht hat, dessen Rezeption, Umdeutung und Verfestigung sich selbstverständlich weitgehend ihrer Kontrolle entzog.

Die Voraussetzungen weicher Steuerung: Horizontalität und Intentionalität

Der Regierungswechsel im Jahr 1998, im Zuge dessen die seit 1982 amtierende christlich-liberale Regierung durch eine Koalition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen abgelöst wurde, gehört zweifelsohne zu den einschneidenden Ereignissen der jüngeren politischen Geschichte der BRD. Die »Ära Kohl« – die längste Kanzlerschaft in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland – ging zu Ende (Zeit Online 2006). Angesichts der historischen Bedeutsamkeit ihres Wahlsieges im Jahr 1998 kam die rot-grüne Regierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder nicht umhin, sich in ihrer ersten Legislaturperiode mit einem innovativen politischen Programm von der Vorgängerregierung abzugrenzen. Ulrich Beck betrachtet die von Bundeskanzler Schröder forcierte Aufwertung der Bürgergesellschaft daher auch als den »notwendige[n] Bruch mit der ›verkohlten‹ Republik. Es gibt kaum einen größeren Gegensatz zum patriarchalen Politikverständnis eines Helmut Kohl, als eine zivilgesellschaftlich erneuerte Demokratie« (Zeit Online 2000c). Der Regierungswechsel im Jahr 1998 kann demnach als eine strategische Situation verstanden werden, in der ein Gelegenheitsfenster für politische Reformen geöffnet wurde, das den Mut zur Kreativität bzw. zum Neuen geradezu einforderte (Wiesenthal 2006: 214). Ende der 1990er Jahre herrschten zudem deshalb günstige Bedingungen für einen grundlegenden Politikwechsel, da angesichts der für diesen Zeitraum typischen gesellschaftspolitischen Stagnations- und Reformstadiadiagnosen – erinnert sei an die »Ruck-Rede« des Bundespräsidenten Roman Herzog, in der er von einer »unglaubliche[n] mentale[n] Depression« sprach (Herzog 1997a) – ein großes allgemeines Bedürfnis nach politischen Veränderungen bestand (Zeit Online 2006; Lessenich 2003: 13-15; Bieling 2009: 238). Die bewusste Proklamation neuer Leitbilder und Ideen, wie etwa der Reformprojekte des aktivierenden Staates und der Bürgergesellschaft, kann somit einerseits als eine notwendige Abgrenzungsleistung zur Vorgängerregierung und andererseits als ersehnte politische Erneuerung einer »blockierte[n] Gesellschaft« (Heinze 1998) verstanden werden.

In Anbetracht der Charakteristika dieser politischen Umbruchsituation wird hier davon ausgegangen, dass die Lancierung eines neuen Ideals der Bürgergesellschaft und ihrer emblematischen Verknüpfung mit der staatlichen Förderung freiwilligen Engagements durch die rot-grüne Bundesregierung einen bewusst durchgeführten intentionalen Erneuerungsakt darstellt. Diese Annahme wird bestätigt durch die zahlreichen Äußerungen von Vertretern der rot-grünen Regierung, die explizit konstatieren, dass es sich bei der Aufwertung der Bürgergesellschaft um ein geplantes Reformprojekt gehandelt hat, das maßgeblich von dem SPD-Parteivorsitzenden und Bundeskanzler Gerhard Schröder eingeleitet und forciert wurde: »Es ist kein Zufall, dass über die Zivilgesellschaft derzeit im Kanzleramt, weniger in der Parteizentrale geredet wird; Schröder hat es so gewollt: Keine grüblerischen Akademiker, sondern effiziente Macher hat er an die strategischen Stellen im Kabinett und in der Partei gesetzt.« (Zeit Online 2000a) Bereits die im Anschluss an die Veröffentlichung seines Artikels »Die zivile Bürgergesellschaft« entflammte sog. »Schröder-Debatte« lässt keinen Zweifel daran, dass es sich Gerhard Schröder zu Beginn seiner Legislaturperiode explizit zum Ziel gesetzt hat, die Themen Bürgergesellschaft und Engagementförderung auf die politische Agenda zu setzen, diese Begriffe gewissermaßen als »Marken« zu etablieren« (FAZ 2000a) und auf diese Weise neue diesbezügliche Ideen sowohl in die allgemeinen politischen Debatten als auch in die parteiinternen Diskussionen einzuspeisen. So spricht z.B. *Der Tagesspiegel* von einer durch den Artikel »Die zivile Bürgergesellschaft« bewusst herbeigeführten »Provokation der SPD, so wie es eben die Art des frühen Gerhard Schröder war« (Tagesspiegel 2000). Auch Gerhard Schröder selbst konstatiert in der Rückschau, dass er sich zur Jahrtausendwende ausdrücklich um eine Aufwertung der Bürgergesellschaft als neues »gesellschaftliches Projekt« (Schröder 2000a: 201) der Sozialdemokratie bemüht habe.

»Ich habe deshalb vor etwas mehr als einem Jahr *sehr bewusst* die politische Diskussion um die, wie wir es genannt haben, zivile Bürgergesellschaft angestoßen. Die teils lebhaften Reaktionen aus der Politik, der Wissenschaft und von vielen gesellschaftlichen Gruppen haben deutlich gemacht, dass die Möglichkeiten der Zivilgesellschaft als Ort der sozialen Teilhabe noch nicht annähernd ausgelotet, geschweige denn ausgeschöpft sind.« (Schröder 2001a, Herv. d.V., D.N.)

Angesichts der hier deutlich zu Tage tretenden Intentionalität der Entscheidung Schröders, das Thema Bürgergesellschaft im politischen Diskurs der Bundesrepublik zur Jahrtausendwende neu zu platzieren, wurde diese Verknüpfung von staatlicher Engagementförderung und der Stärkung der Bürgergesellschaft im Rahmen eines gesamtgesellschaftlichen Reformprojekts auch von der SPD als einen ihrer zentralen Erfolge der ersten Legislaturperiode präsentiert:

»Die SPD hat die Bedeutung der Zivilgesellschaft und des bürgerschaftlichen Engagements für die künftige Reformpolitik erkannt. Wiederholte Anstöße dazu hat der Parteivorsitzende und Bundeskanzler Gerhard Schröder gegeben. [...] Leitidee einer zivilgesellschaftlich orientierten Reformpolitik ist ein neues Verhältnis von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Damit

ist ein großes Projekt umrissen: Die Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements gilt es nun in einen ›neuen Gesellschaftsvertrag‹ zu integrieren.« (BT-Drs. 14/8900 2002: 59)¹⁸

Die genannten Textauszüge belegen, dass es sich bei der Bedeutungsaufwertung der Themen Bürgergesellschaft und -engagement durch die rot-grüne Regierung, allen voran den SPD-Parteivorsitzenden Gerhard Schröder, um eine intentionale Erneuerungsleistung in der diskursiven Praxis gehandelt hat. Hierdurch soll allerdings nicht der Eindruck erweckt werden, dass auch die letztendliche Verarbeitung der neu in den Diskurs eingebrachten Ideen von vornherein geplant war. Die rot-grüne Regierung hatte selbstverständlich keinen Einfluss darauf, wie diese neuen diskursiven Elemente von anderen bundespolitischen Kräften rezipiert, d.h. adaptiert, umgedeutet oder gar geleugnet, werden. Für die Prüfung des Intentionalitäts-Kriteriums ist der weitere Umgang mit den neu in den bundespolitischen Diskurs eingebrachten Ideen jedoch weitgehend unerheblich. Entscheidend ist vielmehr, dass die diskursive Erneuerungsleistung in Sachen Bürgergesellschaft und Engagementförderung zumindest zu Beginn der politischen Auseinandersetzung noch eindeutig der rot-grünen Regierung und ihrem Bundeskanzler Gerhard Schröder zugeordnet werden kann (vgl. Arndt/Richter 2009: 66).

Neben dem Kriterium der Intentionalität können weiche Steuerungsprozesse zudem als horizontal charakterisiert werden, d.h., sie zeichnen sich durch das Fehlen formaler Sanktionsmechanismen aus (ebd.: 31f.). Außerdem ist die Horizontalität einer Beziehung zwischen einem Steuerungssubjekt und -objekt stets kontextabhängig, weshalb immer nur zu einem bestimmten Zeitpunkt und in Bezug auf einen konkreten Gegenstand, gewissermaßen als Momentaufnahme, von dem Bestehen einer horizontalen Beziehung gesprochen werden kann. Die hier betrachtete strategische Situation, in der die rot-grüne Regierung, allen voran Gerhard Schröder, bemüht war, »quasiregierungsamtlich [...] die Begriffe ›zivile Bürgergesellschaft‹ und ›Zivilgesellschaft‹ zu besetzen« (FAZ 2000a) und so den politischen Diskurs zu beeinflussen, erfüllt zweifelsohne die genannten Kennzeichen einer horizontalen Steuerungsbeziehung. Es war das Ziel der Bundesregierung, die bei den übrigen bundespolitischen Fraktionen – und zum Teil auch in den Reihen der SPD selbst – mit Geltung versehenen Wissensvorräte sowie Kategorisierungen im Hinblick auf bürgerschaftliche und engagementspezifische Themen durch die Neubesetzung zentraler Begriffe zu verändern und so bestimmte Handlungsoptionen zu verschließen bzw. zu eröffnen (Arndt/Richter 2009: 43-45; Göhler u.a. 2010: 702). In diesem Fall bildete demnach der Resonanzboden selbst, d.h. die bei den Steuerungsadressaten vorherrschenden Bedeutungsgeflechte in Sachen Bürgerengagement, den Gegenstand weicher Steuerungsversuche. Da

18 | Auch der SPD-Bundestagsabgeordnete Dieter Grasedieck betonte am Ende der ersten Legislaturperiode der Regierungskoalition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen, dass es dieser gelungen sei, trotz widriger Ausgangsbedingungen freiwilliges Engagement nachhaltig zu stärken: »Rot-Grün hat das Ehrenamt attraktiver gemacht. Das muss man festhalten. Immer mehr Menschen kommen auch zu den kleinen Organisationen. Lesen Sie einmal die Shell-Studie, dann werden Sie das feststellen. Die Menschen arbeiten in kleinen Hospizgruppen. [...] Rot-Grün hat das Ehrenamt trotz der schlechten Startbedingungen attraktiver gemacht; ich habe darauf hingewiesen.« (Abgeordneter Grasedieck (SPD), in: BT Pl.-Prot. 14/212 2002: 21035f.)

die am Steuerungsprozess beteiligten Subjekte bei dieser Form der Beeinflussung bzw. Neuorganisation des politischen Diskurses nicht oder nur bedingt auf formale Sanktionsmechanismen zurückgreifen können, erfüllen diese Diskurskontrollbemühungen in Anlehnung an Arndt und Richter (2009: 45) das Kriterium der Horizontalität.

Insgesamt gilt festzuhalten, dass die in der ersten Legislaturperiode eingeleiteten Steuerungsbemühungen der rot-grünen Bundesregierung in Sachen Bürgergesellschaft und Engagementförderung die beiden Grundvoraussetzungen weicher Steuerung erfüllen. Fraglich ist nun noch, wie der Erfolg dieser diskursiven Erneuerungs- und Überzeugungsbestrebungen gemessen werden kann. Ein Indiz hierfür könnte sein, dass es, wie die Hegemonieanalyse eindrücklich gezeigt hat, nach der Jahrtausendwende zu einer zunehmenden Inkorporierung einstig widerständiger Positionen in das hegemoniale Projekt der »Bürgergesellschaft« kam. D.h., die übrigen Fraktionen haben sich bestimmte Inhalte des hegemonialen Projekts der rot-grünen Regierung mehr und mehr zu Eigen gemacht bzw. bisherige Grundannahmen, vor allem hinsichtlich der Notwendigkeit der Etablierung einer staatlichen Engagementpolitik, revidiert. Auf derartige Erfolgsmomente wird an den entsprechenden Stellen der Darstellung nochmals explizit verwiesen.

Im Folgenden werden die konkreten weichen Steuerungsmechanismen herausgearbeitet, die von der rot-grünen Regierung zum Zwecke der Beeinflussung des diskursiven Geschehens bezüglich der Themen Bürgergesellschaft und -engagement eingesetzt wurden. Grundlage der nachstehenden Ausführungen sind die Ergebnisse der in Anlehnung an Nonhoff durchgeführten Hegemonieanalyse des engagementbezogenen diskursiven Geschehens von 1998 bis 2002, deren wiederholte Prüfung deutlich macht, dass im vorliegenden Fall vor allem mittels stichhaltiger Argumente und diskursiver Praktiken gesteuert wurde. Aus analytischen Gründen werden die einzelnen Steuerungsformen in der folgenden Darstellung getrennt voneinander betrachtet, obgleich sie grundsätzlich als eng miteinander verwoben gedacht werden müssen.

Steuerung durch Kategorisierung, Inklusion und leere Signifikanten

Die erneute Durchsicht der hegemonieanalytischen Ergebnisse für den Zeitraum von 1998 bis 2002 zeigt, dass die rot-grüne Bundesregierung auf die Steuerung über leere Signifikanten sowohl in stabilisierender als auch in destabilisierender Hinsicht zurückgriff. Als Voraussetzung eines derartigen Steuerungshandelns benennt die Forschergruppe um Gerhard Göhler die Existenz von Dislokationen (Arndt/Richter 2009: 60). Diese führen durch die Hervorhebung einer der dominanten Lesart widersprechenden Deutung eines Gegenstandes oder Ereignisses eine Destabilisierung der bestehenden symbolischen Ordnung herbei. In den daran anschließenden hegemonialen Kämpfen wird durch die Forcierung eines bestimmten Bedeutungsgehaltes des leeren Signifikanten versucht, eine neue Hegemonie zu errichten, die die Dislokation miteinschließt. Steuerung durch leere Signifikanten liegt folglich dann vor, wenn es entweder gelingt, Dislokationen gezielt zur Destabilisierung einer hegemonialen Ordnung einzusetzen oder den Bedeutungsgehalt eines leeren Signifikanten im Sinne einer Hegemonie zeitweise zu stabilisieren (Göhler u.a. 2010: 696f.). Beide Mechanismen werden nachfolgend mit Blick auf die weichen Steuerungsbemühungen der rot-grünen Regierung überblicksartig skizziert.

Konkrete Hinweise auf die Destabilisierung der bestehenden diskursiven Ordnung durch Dislokationen liefern die ausführlich beschriebenen Kontraritätsbeziehungen des hegemonialen Projekts. Indem die rot-grüne Bundesregierung hier verschiedenen Signifikanten, wie etwa »Subsidiarität« und »Bürgergesellschaft«, Bedeutungen zuschrieb, die nicht mit den dominierenden Bedeutungsinhalten dieser Begriffe übereinstimmten, stellte sie die bestehende diskursive Ordnung in Frage. So unterscheidet sich z.B. das Subsidiaritätsverständnis der Regierungskoalition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen grundlegend von demjenigen der konservativ-liberalen Vorgängerregierung, die sich in ihrer langen Regierungszeit ebenfalls stets auf das Subsidiaritätsprinzip berief, hierbei aber Staat und Bürgergesellschaft als weitgehend getrennte Sphären betrachtete. Der von CDU/CSU und FDP favorisierte schlanke Staat hält sich folglich weitgehend aus den Belangen der Bürgergesellschaft heraus und traut dieser zu, ihre Angelegenheiten selbstbestimmt zu regeln. Auf diese Weise kann sich der Staat auf seine Kernaufgaben konzentrieren (CSU 1993: 27; CDU 1994: 52). Die Wirksamkeit dieses Subsidiaritätsverständnisses wurde von der rot-grünen Regierung zur Jahrtausendwende explizit in Zweifel gezogen und mittels einer Neudefinition desselben das Verhältnis von Bürgergesellschaft und Staat auf neue Grundlagen gestellt. Obgleich sich also auch die Regierungskoalition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen weiterhin auf das Subsidiaritätsprinzip stützte, leitete sie daraus andere Konsequenzen für ein fruchtbares Miteinander von Staat und Bürgergesellschaft ab.

Besonders eindrucksvoll zeigt sich diese diskursive Neuerungsleistung, die zu einer Destabilisierung des bestehenden Bedeutungsgehaltes des Signifikanten »Subsidiarität« beitrug, im Diskussionspapier der SPD-Grundwertekommission:

»Ausdrücklich betonen wir, daß wir den Gedanken der Subsidiarität für die Organisation moderner Gemeinwesen für unverzichtbar halten. [...] Freilich heißt dies für uns nicht, daß wir einer modischen Staatsfeindschaft und einer heute ebenfalls verbreiteten romantischen Überhöhung der Zivil- oder Bürgergesellschaft das Wort reden. Vielmehr sind wir davon überzeugt, daß die Bürgergesellschaft des rechtsstaatlichen Rahmens und des sozialstaatlichen Fundaments bedarf. Richtig verstanden erfüllt sich der Gedanke der Subsidiarität erst im produktiven Miteinander von Zivilgesellschaft und Staat, im wechselseitigen Bedingungsverhältnis von freier Gesellung und verbindlich sanktionierten Recht.« (SPD-Grundwertekommission 2001: 5)

Dieser Neuauslegung des Subsidiaritätsprinzips folgend warf die rot-grüne Bundesregierung den an einem schlanken Staatsverständnis orientierten liberal-konservativen Kräften vor, dass diese die Selbstorganisationsfähigkeiten der Bürgergesellschaft überschätzten und gleichzeitig die Potenziale einer fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen Staat und Bürgergesellschaft vernachlässigten. Diese Betonung alternativer Bedeutungsgehalte des Signifikanten »Subsidiarität« mündete wiederum in der Neubestimmung staatlicher Kernaufgaben. Zu diesen gehöre es eben nicht nur, so Schröder, »den geschäftlichen und sozialen Verkehr durch Recht und Gesetz zu regeln«, wie es das Modell des schlanken Staates vorsieht, sondern eben auch, »den großen gesellschaftspolitischen Fragen« (Schröder 2000a: 201) sowie den Hoffnungen und Wünschen der Menschen Aufmerksamkeit zu schenken. Es geht hier folglich, so die SPD-Grundwertekommission, um eine neue Aufgabenteilung zwischen Staat und Bürgergesellschaft, genauer gesagt:

»um einen Lernprozess hin zu einem veränderten staatlichen Selbstverständnis. Die Modernisierung des Staates bezieht sich vor allem darauf, zu lernen, wie er als aktivierender und ermöglichender Staat wirken kann, wie er intermediäre Strukturen, die öffentliche Sphäre und neue Organisationsformen jenseits von Markt und Staat fördern und stützen kann. Die Anstöße dazu müssen aber aus der Bürgerschaft selbst kommen. Wo, so wäre zu fragen, sehen relevante gesellschaftliche Kräfte politischen Handlungsbedarf, weil die spontane Selbstorganisation keine akzeptablen Resultate hervorbringt?« (SPD-Grundwertekommission 2001: 2)

Die rot-grüne Bundesregierung machte sich folglich die allgemeine Bedeutungspluralität und Interpretationsoffenheit der Signifikanten »Subsidiarität« und »Bürgergesellschaft« zur Jahrtausendwende gezielt zu Nutze, um die vorherrschende diskursive Ordnung mit Hilfe von Dislokationen zu destabilisieren. Im Anschluss daran unternahm sie den Versuch, eine neue hegemoniale Ordnung durch die inhaltliche Stabilisierung bestimmter Bedeutungsgehalte dieser Signifikanten zu errichten, wobei besonders der Steuerung durch Inklusion eine besondere Bedeutung zukommt. Wie am Beispiel des hegemonialen Projekts der »Bürgergesellschaft« gezeigt, ging es der rot-grünen Regierung in den im Anschluss an die Dislokation stattfindenden hegemonialen Kämpfen prinzipiell darum, durch die Äquivalenzierung differenter diskursiver Elemente eine antagonistische Zweiteilung des diskursiven Raums herbeizuführen und hierbei vor allem zwei Bedeutungsgehalte der Bürgergesellschaft als emergierenden Repräsentanten der Äquivalenzkette A festzuschreiben: Erstens wurde die Wiederbelebung der Bürgergesellschaft untrennbar mit einer am Prinzip des »Förderns und Forderns« ausgerichteten neuen Verantwortungsteilung zwischen Staat und Bürgergesellschaft verknüpft und letztere gleichsam zur *conditio sine qua non* eines leistungsfähigen aktivierenden Staates erhoben. Zweitens führte die rot-grüne Regierung eine weitere Neuerung in die diskursive Praxis ein, indem sie das Leitbild der Bürgergesellschaft an die Debatten um die staatliche Förderung des freiwilligen Engagements koppelte. Durch die diskursive Konstruktion dieser emblematischen Beziehung wurde nicht nur die Stärkung der Bürgergesellschaft, sondern auch die staatliche Engagementförderung seit der Jahrtausendwende zu Notwendigkeit erklärt.

Diese Verknüpfung des Bürgergesellschaftskonzepts mit der Etablierung einer staatlichen Engagementpolitik stellt insofern eine diskursive Neuerungsleistung dar, als diese Verbindung unter der liberal-konservativen Vorgängerregierung nur am Rande hergestellt wurde. Während Helmut Kohl in seiner letzten Regierungsperiode die Regelungsverantwortung für die Förderung des Engagements stets negierte und diese vielmehr den kommunalen Instanzen, den Schulen oder der Berufswelt übertragen hat, wurde diese Aufgabe nun als »hochpolitisch« eingeschätzt (Abgeordneter Bürsch (SPD), in: BT Pl.-Prot. 14/78 1999: 7185; ebenso Schröder 2001c: 2; Müntefering/Schmidt 1998). Die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements durch den Staat voranzutreiben, sei nach Ansicht von Gerhard Schröder nicht nur eine Aufgabe unter vielen, sondern die Pflicht der Politik: »Der Staat kann bürgerschaftliches Engagement nicht erzwingen, sondern es nur ermöglichen. Das allerdings sollte er auch tun.« (Schröder 2000b, 2000c) Zu einer ähnlichen Feststellung gelangte auch die Grundsatzprogrammkommission der SPD: »Bürgerschaftliches Engagement muss nicht nur akzeptiert, sondern aktiv unterstützt werden.« (SPD-Grundsatzprogrammkommission 2001: 22)

Dass die emblematische Verknüpfung von staatlicher Engagementförderung und der Stärkung der Bürgergesellschaft als einer der wenigen Bedeutungsinhalte des ansonsten bedeutungs offenen leeren Signifikanten »Bürgergesellschaft« stabilisiert werden konnte, kann zweifelsohne auf die anhaltende Betonung dieses Zusammenhangs durch die rot-grüne Regierung zu Beginn ihrer Legislaturperiode zurückgeführt werden. Die diesbezüglichen weichen Steuerungsbemühungen waren insofern erfolgreich, als diese emblematische Beziehung bis zum Jahr 2002 – und darüber hinaus – von allen Fraktionen weitgehend übernommen bzw. mitgetragen wurde (Köhler 2005a: 4, 2007b: 3; CDU/CSU/FDP 2009: 7). Auch hinsichtlich der Beziehung von Staat und Bürgergesellschaft konnte im Rahmen der Hegemonieanalyse eine gewisse Stabilisierung der Bedeutung entsprechend der Intention der rot-grünen Regierung festgestellt werden. Sowohl linke als auch liberal-konservative Kräfte schlossen sich in Sachen Bürgergesellschaftsförderung mehr und mehr dem ermöglichenden Staatsmodell an, selbst wenn hier noch mitunter deutliche Unterschiede zum aktivierenden Staat der rot-grünen Regierung bestanden. Besonders bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang der Sinneswandel der liberal-konservativen Kräfte, die sich in den 1990er Jahren noch vehement gegen eine Engagementförderung durch den Staat ausgesprochen hatten, nun aber bestimmte engagementspezifische Eingriffe desselben befürworteten.

Steuerung durch Argumente

Zur Begründung der Dislokationen, d.h. der neuen Bedeutungszuschreibungen an die Begriffe Bürgergesellschaft und Subsidiarität, und der Äquivalenzierung differenter diskursiver Elemente, griff die rot-grüne Regierung auch auf die weiche Steuerung durch Argumente zurück. Als besonders begründungsbedürftig erwies sich hierbei die von Rot-Grün forcierte Gleichsetzung der Stärkung der Bürgergesellschaft mit einem aktivierenden Staat einerseits und mit der Förderung des freiwilligen Engagements durch eine staatliche Engagementpolitik andererseits. Zur Rechtfertigung dieser Äquivalenzierungen bediente sich die Regierungskoalition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen möglichst umfangreicher Notwendigkeitskonstruktionen. Hierbei sind insbesondere zwei Argumentationsmuster entscheidend: Erstens wurde die Förderung der Bürgergesellschaft durch den aktivierenden Staat als unerlässlich erklärt, da die anvisierte neue Verantwortungsteilung zwischen Gesellschaft und Staat nur unter der Bedingung einer starken, handlungsfähigen Bürgergesellschaft umsetzbar erschien. Die Bürgergesellschaft avancierte in diesem Zusammenhang mehr und mehr zu einem Allheilmittel gegen vermeintliche gesellschaftliche Krisenszenarien, zu deren Lösung der Staat allein nicht mehr in der Lage sei. Dementsprechend konstatierte Gerhard Schröder: »Subsidiarität, die Rückgabe von Verantwortung an die Menschen, die diese Verantwortung tragen können und wollen, ist kein ›Geschenk‹ des Staates, sondern *gesellschaftspolitische Notwendigkeit*.« (Schröder 2000a: 207, Herv. d.V., D.N.) Zweitens wurde die Stärkung der Bürgergesellschaft stets auf die Förderung des freiwilligen Engagements reduziert. Infolge der emblematischen Verknüpfung von Bürgergesellschaftskonzept und Engagementförderung wurde auch die Hebung der brachliegenden Engagementpotenziale mittels einer staatlichen Engagementpolitik zur Notwendigkeit erklärt: »Ehrenamtliches und freiwilliges Engagement sind das Fundament einer demokratischen Gesellschaft. Sie tragen wesentlich zur Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an unserer Gesellschaft bei. Damit

werden die Formen des Engagements für die Zukunft immer wichtiger und angemessene Rahmenbedingungen *notwendiger*.« (Haupt 1999, Herv. d.V., D.N.; ebenso Bergmann 2001a)

Als Begründung für die Etablierung neuer Bedeutungen für umkämpfte Signifikanten und die daraus resultierende Destabilisierung der bestehenden symbolischen Ordnung berief sich die rot-grüne Regierung demnach auf die Zuspitzung vermeintlicher gesellschaftlicher Problemlagen, die angesichts der staatlichen Steuerungskrise nicht mehr ohne zivilgesellschaftliche Beteiligung gelöst werden konnten. Die Hervorhebung vermeintlich objektiv gegebener Krisenerscheinungen, die bestimmte Handlungen gewissermaßen erzwingen, führt gleichzeitig zur Entlastung politischer Verantwortungsträger von Verantwortlichkeits- und Zuständigkeitszuschreibungen. D.h., »[d]ie gesellschaftlichen Veränderungen fordern geradezu heraus, Freiwilligentätigkeit und bürgerschaftliches Engagement erheblich stärker zu unterstützen« (Aigner 2009: 16). Dieses Argumentationsmuster war nicht nur durch die Suggestion einer gewissen Alternativ- und Ausweglosigkeit erfolgsversprechend, sondern auch deshalb, da es eine passende Entgegnung auf den allgemeinen Zeitgeist Ende der 1990er Jahre zu sein schien, der sich in allen politischen Lagern durch eine zunehmende Krisenrhetorik sowie durch Klagen über politischen Stillstand und Reformblockaden auszeichnete. Die »Sprache des Notwendigen« (Nullmeier/Rüb 1993: 29; Nullmeier 1993: 184) war demnach entscheidend, um erstens die diskursive Verknüpfung der staatlichen Bürgergesellschafts- und Engagementförderung zu rechtfertigen, die in einem klaren Gegensatz zur diesbezüglichen Nichtzuständigkeitsbehauptung der Vorgängerregierung stand. Zweitens wurde hierdurch die interpretative Schließung des Diskurses vorangetrieben und die Alternativlosigkeit staatlicher Eingriffe in den Engagementbereich zum Ausdruck gebracht.

Neben derartigen Notwendigkeitskonstruktionen griffen die Vertreter der rot-grünen Regierungskoalition immer wieder auf das Argument zurück, dass die konservativ-liberale Vorgängerregierung durch ihre Untätigkeit in Sachen Engagementförderung und ihre alleinige Konzentration auf verschiedene Akte symbolischer Politik selbst zum Nachlassen der Engagiertenzahlen beigetragen hätte. In diesem Sinne kritisierte Gerhard Schröder: »Jahrelang ist über die Förderung des Ehrenamtes nur diskutiert worden. Wirklich passiert ist aber wenig.« (Schröder 2001b; ebenso Abgeordneter Schmidt (SPD), in: BT Pl.-Prot. 14/58 1999: 5256) Auch die bislang bestehenden bundespolitischen Regelungen im Engagementbereich behinderten nach Ansicht der rot-grünen Regierung die Ausübung eines freiwilligen Engagements eher, als sie es förderten. Sie seien daher im höchsten Maße reformbedürftig. Die rot-grüne Regierung bediente sich hier einer Argumentationsfigur, der besonders von Nullmeier und Rüb ein besonders großes Potenzial bei der Umgestaltung von Institutionen zugeschrieben wird (Nullmeier/Rüb 1993: 58f.), da die bestehenden institutionellen Arrangements selbst als Ursache des Mangels ausgewiesen werden. Exemplarisch hierfür sei auf einen Redebeitrag Gerhard Schröders anlässlich des Deutschen Feuerwehrtages am 24. Juni 2000 in Augsburg verwiesen:

»Ich räume gerne ein, dass insbesondere bei geringen Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Tätigkeiten das geltende Steuer- und Sozialrecht und die Auslegungspraxis der Sozialversicherungsträger zu Ungereimtheiten führt [sic!]. Durch diese Praxis wird ehrenamt-

liches Engagement nicht gefördert, sondern eher blockiert.« (Schröder 2000b; vgl. ebenso Abgeordneter Bürsch (SPD), in: BT Pl.-Prot. 14/78 1999: 7184)

Außerdem kann noch einem weiteren zentralen Argumentationsstrang eine steuernde Wirkung zugeschrieben werden, und zwar der Freiwilligen-Markt-Argumentation, die sich durch die diskursive Konstruktion engagementspezifischer Angebots- und Nachfragebedingungen auszeichnet. Der wiederholte Rekurs auf eine hohe Nachfrage nach freiwilligem Engagement beruhte grundlegend auf den soeben dargestellten Notwendigkeitskonstruktionen. Es wurde stets behauptet, dass es angesichts von gesellschaftlichen Krisen und Versorgungsengpässen unerlässlich sei, freiwilliges Engagement zum Zwecke der Abmilderung dieser Problemlagen nachhaltig zu unterstützen. Dem Argument der vermeintlichen Existenz eines brachliegenden Engagementpotenzials, das durch staatliche Aktivierungsstrategien gehoben werden könne, bediente sich die rot-grüne Regierung, um zu zeigen, dass die als notwendig deklarierte bundespolitische Engagementpolitik auch erfolgsversprechend und möglich sei. Sowohl das Angebot- als auch das Nachfrageargument wurden folglich von der rot-grünen Regierung stets als rechtfertigende Gründe für die Notwendig- und Sinnhaftigkeit einer staatlichen Engagementpolitik benannt.

Mit Hilfe der Notwendigkeitskonstruktionen und der Freiwilligen-Markt-Argumentation strukturierte die Regierungskoalition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen gleichsam den inhaltlichen Raum vor, in dem sich die Entgegnungen und Diskussionsbeiträge der Oppositionsfractionen bewegen konnten. Vor diesem Hintergrund nimmt es auch nicht wunder, dass die Freiwilligen-Markt-Argumentation auch nach dem Regierungswechsel 2005 die zentrale Rechtfertigungsformel darstellte, wenn es um die Begründung engagementspezifischer Reformen ging. Die Konstanz dieser Argumentation kann u.a. darauf zurückgeführt werden, dass die rot-grüne Regierung, betrachtet man die Elemente der Freiwilligen-Markt-Argumentation im Einzelnen, hier Argumente in einer neuen Weise miteinander arrangiert hat, die weitgehend losgelöst voneinander bereits in den 1990er Jahren thematisiert wurden. Gerade das Argument der gesellschaftlichen Krisen und Versorgungslücken, das stets als Begründung einer hohen Nachfrage nach freiwilligem Engagement herangezogen wurde, stand bereits Mitte der 1990er Jahre im Mittelpunkt politischer Diskussionen. Die Existenz und die Aktivierungsmöglichkeiten eines brachliegenden Engagementpotenzials wurden ebenfalls bereits in den 1990er Jahren von den Vertretern der deutschen Vereine und Verbände sowie von allen Fraktionen ausführlich thematisiert. Neu sind demnach nicht die Argumente an sich, sondern ihre spezifische In-Beziehung-Setzung in der Argumentationsfigur des Freiwilligen-Marktes und die nachdrücklich vertretene Überzeugung der rot-grünen Regierung, dass durch entsprechende engagementpolitische Reformen eine Passung zwischen Angebot und Nachfrage hergestellt werden könne.

Abschließend seien nochmals die zentralen Aussagen benannt, die von der rot-grünen Bundesregierung im Sinne einer Steuerung durch Argumente verwendet wurden: Die bestehenden institutionellen Arrangements im Engagementbereich wurden in erheblichem Maße kritisiert und allgemeine Problemdiagnosen zu schwerwiegenden Defiziten oder gar gesellschaftlichen Krisenszenarien stilisiert, die nur durch die Förderung freiwilligen Engagements abgemildert werden könnten. Hierdurch wurde die bisherige Nichtzuständigkeitsbehauptung der Vorgängerregierung in Sachen Engagementförderung ad absurdum geführt und die

Etablierung einer staatlichen Engagementpolitik zur Stärkung der Bürgergesellschaft als Notwendigkeit bzw. Sachzwang präsentiert. Hinzu kommt die ständig wiederholte Behauptung, dass der aktivierende Staat auf eine starke Bürgergesellschaft angewiesen sei. Mit Hilfe dieser Argumente gelang es der rot-grünen Bundesregierung, den Bürgergesellschaftsbegriff mit den diskursiven Elementen des aktivierenden Staates und der staatlichen Förderung des freiwilligen Engagements in einer Äquivalenzkette miteinander zu verbinden und diese so als Bedeutungsgehalte des Signifikanten »Bürgergesellschaft« zu stabilisieren.

Steuerung durch die Produktion von Wissen und Wahrheit

Die bisher betrachteten weichen Steuerungsformen über Argumente und über diskursive Praktiken in Anlehnung an Laclau und Mouffe sind im vorliegenden Fall zudem eng mit einem weiteren Steuerungsmechanismus verwoben, den Göhler und seine Mitarbeiter aus den Arbeiten von Michel Foucault herausgearbeitet haben: der Produktion von Wissen und Wahrheit. Foucault geht davon aus, dass insbesondere wissenschaftliche Diskurse wahrheitserzeugend wirken bzw. wissenschaftlichem Wissen in der Regel ein besonders hoher Wahrheitswert zugeschrieben wird (Foucault 1978: 52, 1994a: 16). Wissenschaftliches Wissen ist zudem auch für den politischen Diskurs von zentraler Bedeutung und wird in diesem besonders dann rezipiert, wenn der »Zustand der Gesellschaft, ihre Probleme sowie die möglichen Lösungswege definiert werden« (Arndt/Richter 2009: 43). Allgemein formuliert bedeutet dies, dass im politischen Diskurs ein – dem Anspruch nach – »allgemeingültiges Wissen als Wahrheit über den Zustand der Gesellschaft konstituiert« wird (ebd.: 44).

Der Berufung auf wissenschaftliches Faktenwissen kommt im Rahmen des politischen Alltagsgeschäfts somit eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zu, sei es als effektives Mittel der Informationsgewinnung, als Akt symbolischer Politik oder als Instrument, um die Notwendigkeit politischer Reformen zu begründen. Die Integration wissenschaftlichen Wissens in den politischen Diskurs geschieht in Deutschland zumeist über die Erstellung statistischer Untersuchungen sowie die Einsetzung von Experten- bzw. Enquete-Kommissionen, die die Bundesregierung – mitunter in regelmäßigen Abständen – über die Entwicklungen in einem bestimmten Themengebiet informieren (Siefken 2007 43-61). Wie die Durchführung des ersten Freiwilligensurveys im Jahr 1999 (von Rosenblatt 2001) sowie die Einsetzung einer Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements« im Jahr 1999 (BT-Drs. 14/2351 1999) eindrücklich zeigen, griff die rot-grüne Bundesregierung auch im Hinblick auf die statistische Erfassung und Quantifizierung des Engagementaufkommens auf diese bewährten politischen Instrumente der Wissensproduktion zurück. So wird z.B. im dritten Freiwilligensurvey konstatiert, dass dieser Survey »kein akademisches Projekt [ist], sondern [...] von Anfang an unter ausdrücklich gesellschaftspolitischen Vorzeichen [stand]. Der Zweck war nicht zuletzt, auf Basis periodisch aktualisierter Informationen eine langfristige politische Strategie zur Unterstützung der Zivilgesellschaft zu entwickeln.« (Gensicke/Geiss 2010: 48)

Nach Selbstaussage der SPD sei gerade die Initiierung der Enquete-Kommission von der eigenen Partei maßgeblich vorangetrieben worden, um das zivilgesellschaftliche Reformprojekt innerhalb der SPD zu einem bundespolitischen Projekt auszuweiten: »Die SPD hat die Einrichtung der Enquete-Kommission ›Zukunft des

Bürgerschaftlichen Engagements« im Deutschen Bundestag maßgeblich initiiert und die Impulse der Programmdebatte zu einer zivilgesellschaftlichen Reformpolitik in der Partei dabei aufgegriffen und fortentwickelt« (BT-Drs. 14/8900 2002: 59). Zu einer weiteren Integration wissenschaftlicher Diskurse über die Themen freiwilliges Engagement und Bürgergesellschaft in den politischen Diskurs trug zudem das »Internationale Jahr der Freiwilligen« 2001 mit seinen vielfältigen Veranstaltungen bei.

Durch die Aufnahme wissenschaftlichen Wissens in den politischen Diskurs kommt es in der Regel, wie Arndt und Richter konstatieren, zu einer Veränderung dieses Spezialwissens, da es in seiner Komplexität den politischen Erfordernissen, z.B. durch bestimmte inhaltliche Verkürzungen und Schwerpunktsetzungen, angepasst werden muss (Arndt/Richter 2009: 45). Auch die politische Aufarbeitung der vom ersten Freiwilligensurvey bereitgestellten Daten in der ersten Legislaturperiode der rot-grünen Regierung legt die Vermutung nahe, dass in dieser Phase bewusst auf wissensbezogene Ein- und Ausschlussmechanismen im Sinne weicher Steuerung zurückgegriffen wurde (vgl. Aner 2006: 54). Es waren die folgenden Ergebnisse des Freiwilligensurveys, die die Vertreter der rot-grünen Bundesregierung besonders häufig rezipierten: die bereits ansehnliche Engagementquote von 34 %, das umfangreiche brachliegende Engagementpotenzial in Höhe von 37 % und die sich daraus ergebenden förderpolitischen Konsequenzen (von Rosenblatt 2001: 18, 200; zur Diskussion der Ergebnisse vgl. Braun/Wahlen 2001). Für Kurt Beck sind es vor allem die folgenden Fragen, die sich aus diesen Ergebnissen für die Politik ergeben:

»Wie sind das Potential bürgerschaftlichen Engagements, seine Beweggründe und seine Gestaltungs- und Leistungsfähigkeit realistisch einzuschätzen? Und welche Rolle soll die Politik angesichts einer verstärkten Bereitschaft und Tätigkeit zur gesellschaftlichen Selbstorganisation gegenüber den bürgerschaftlich Engagierten spielen?« (FAZ 2000f)

Die Daten des ersten Freiwilligensurveys lieferten folglich die passenden Argumente für das rot-grüne Projekt einer staatlichen Engagementpolitik. Beispielhaft sei hier auf den vom Bundesfamilienministerium herausgegebenen *Leitfaden für Kommunen zur Information und Beratung über freiwilliges Engagement und Selbsthilfe* verwiesen, der den Freiwilligensurvey als zentrale Informationsquelle für diese politischen Handlungsempfehlungen benennt: »Er [der Freiwilligensurvey, D.N.] ist aktuell die umfangreichste Datenbasis zum freiwilligen Engagement in Deutschland. Er öffnet den Blick für die Strukturen und Prozesse im Freiwilligensektor einer Kommune als einem zunehmend wichtigeren neuen Politik- und Gestaltungsbereich.« (Braun/Abt/Bischoff 2000: 11)

Ebenfalls unter Rekurs auf die Ergebnisse des Freiwilligensurveys wird im *Leitfaden für Kommunen* eindringlich darauf verwiesen, dass, obgleich sich zwar bereits ein hoher Prozentsatz der Bevölkerung freiwillig engagiere, eine nachhaltige politische »Engagementförderung zur Aufrechterhaltung und Aktivierung der Engagementbereitschaft der Bürger/innen *notwendig*« sei (ebd.: 14, Herv. d.V., D.N.). Der aktuell erfreuliche Umfang des freiwilligen Engagements dürfe folglich nicht darüber hinwegtäuschen, dass es angesichts der engagementspezifischen »Ein- und Austrittsbewegungen« kontinuierlicher Anstrengungen bedarf, um dieses Niveau quantitativ und qualitativ zu erhalten (ebd.: 14f.). Das von Seiten der rot-grünen

Regierung stark gemachte Argument der Notwendigkeit staatlicher Regulierungseingriffe wurde demnach durch die Erkenntnisse des ersten Freiwilligensurveys zusätzlich unterstützt.

Wie bereits an anderer Stelle erwähnt (vgl. Kap. 4.4), zeichnen die Ergebnisse des Freiwilligensurveys insgesamt ein recht positives Bild von der deutschen Freiwilligenlandschaft, das von anderen Engagementstudien widerlegt oder zumindest weit weniger optimistisch eingeschätzt wird: Das Beispiel des Engagementpotenzial-Arguments zeigt hierbei besonders eindrucksvoll, dass es im Zuge der Integration wissenschaftlicher Expertise in den politischen Diskurs stets zu Selektionsentscheidungen, Weglassungen und Hervorhebungen kommt, die wiederum zur Abwandlung bzw. Anpassung des wissenschaftlichen Wissens führen (Arndt/Richter 2009: 44f.). So ist es in der Tat auffällig, dass in den analysierten Redebeiträgen rot-grüner Politiker einerseits die mit derartigen Umfrageergebnissen einhergehenden methodischen Probleme weitgehend außer Acht gelassen wurden und andererseits diejenigen statistischen Befunde, die zu einer pessimistischeren Einschätzung der Freiwilligenzahlen gelangten und somit den Ergebnissen des Freiwilligensurveys widersprachen, weitgehend unberücksichtigt blieben.

Es besteht folglich kein Zweifel daran, dass der selektive Rückgriff der rot-grünen Regierung auf wissenschaftliches Spezialwissen, das Autorität bzw. Glaubwürdigkeit suggeriert, günstige Bedingungen für die Etablierung des Engagementthemas auf der bundespolitischen Ebene zur Jahrtausendwende schuf. Diese einseitige Bezugnahme auf engagementbezogene Informationen entwickelte sich nach Angaben von Kistler und Hilpert allerdings dann zu einem ernstzunehmenden Problem, wenn hiermit, wie es Ende der 1990er Jahre der Fall war,

»massive und weitreichende politische Eingriffe begründet werden. [...] Das theoretisch und methodisch-indikatorenseitig dünne Eis, auf dem sich die Debatten um Ehrenamtlichkeit [...] bewegen, ist für weitreichende politische Maßnahmen, ja fundamentale gesellschaftliche Änderungen jedenfalls nicht tragfähig genug.« (Kistler/Hilpert 1999: 269f.)

Die Selektivität des von Regierungsseite verbreiteten Wissens ergibt sich jedoch nicht nur aus der – gewiss auch notwendigen – Verkürzung wissenschaftlicher Diskussionen oder der Vernachlässigung alternativer Umfrageergebnisse, sondern auch aus der bereits mehrfach angesprochenen thematischen Engführung der Debatten über freiwilliges Engagement. So waren sowohl die möglichen unzivilen Ausprägungen des freiwilligen Engagements als auch dessen demokratiepolitische und partizipative Dimension in den diesbezüglichen bundespolitischen Debatten eher von marginaler Bedeutung. Es kommt hier folglich ein Steuerungsmechanismus zum Einsatz, der von Maarten A. Hajer als »social construction of ignorance« bezeichnet wird, im Zuge dessen relevante Wissensbestände aus der Diskussion ausgeschlossen und die Debatten stattdessen auf bestimmte – zweckdienliche – Inhalte fokussiert werden (Hajer 1995: 271f.).

Insgesamt ist es der rot-grünen Regierung durch die Hervorhebung einzelner statistischer Ergebnisse des Freiwilligensurveys und das Setzen verschiedener inhaltlicher Schwerpunkte folglich gelungen, bestimmte engagementspezifische Wissenselemente als »wahr« zu klassifizieren und gleichsam mit Geltung zu versehen, währenddessen andere Aussagen wiederum marginalisiert wurden. Auf diese Weise konnte zugleich ein spezifisches Bild über die Beschaffenheit sowie Regu-

lierbarkeit der deutschen Freiwilligenlandschaft etabliert werden. Zu den zentralen Kennzeichen dieses mit Wahrheit versehenen Engagement-Bildes zählen erstens die Reduzierung der Stärkung der Bürgergesellschaft auf Fragen der Engagementförderung, die vornehmlich auf die starke inhaltliche Engführung beider Begriffe und die weitgehende Vernachlässigung der demokratischen Dimension zurückgeführt werden kann; zweitens die Kategorisierung freiwilligen Engagements sowohl als Allheilmittel gegen gesellschaftliche Probleme als auch als wichtige Form der Selbstverwirklichung und Nächstenhilfe im Sinne einer allseitigen Win-win-Situation, die vor allem auf der Vernachlässigung antidemokratischer oder unzivilen Engagementformen sowie der alltäglichen Belastungen eines freiwilligen Engagements beruht; drittens die optimistische Vorstellung eines hohen brachliegenden Engagementpotenzials, das überwiegend aus der Nichtberücksichtigung alternativer Umfrageergebnisse resultiert; und viertens die Überzeugung, durch bundespolitische Reformen die hohe Nachfrage nach freiwillig erbrachten Leistungen zu befriedigen. Letztere Annahme wird zwar von den Ergebnissen des Freiwilligen-surveys bestätigt, scheint hierbei allerdings die Bedeutung des in den Sozialwissenschaften viel diskutierten »Eigensinns« des freiwilligen Engagements zu unterschätzen (zum spezifischen Eigensinn freiwilligen Engagements vgl. u.a. Peglow 2002: 72; BT-Drs. 14/8900 2002: 38-40; Hacket/Mutz 2002: 46; Evers 2007). Das Zusammenspiel der genannten Wissensbestände mit Wahrheitsanspruch verdeutlicht, wie machtvoll die Prozesse der Wissensselektion bzw. Wahrheitskonstitution sowie der kalkulativen Vermessung dieser immateriellen Wertgrößen zum Zwecke der Diskurskontrolle sein können.

Eine Steuerungsleistung liegt vor dem Hintergrund der genannten wissensbezogenen Ein- und Ausschlussmechanismen zudem dann vor, wenn bestimmte als wahr deklarierte wissenschaftliche Erkenntnisse zur Legitimation politischer Entscheidungen und Maßnahmen herangezogen werden (Arndt/Richter 2009: 44). So leitete die rot-grüne Bundesregierung aus dem Argument, dass eine Ausweitung des freiwilligen Engagements sowohl jedem Einzelnen als auch der gesamten Gesellschaft zugutekomme, den legitimierten Handlungsauftrag ab, regulierend in den Engagementbereich eingreifen zu dürfen. Der Glaube an ein brachliegendes Engagement- bzw. Aktivitätspotenzial, dessen Hebung zum normativen Imperativ der Politik avancierte, wurde zudem genutzt, um die guten Erfolgsaussichten engagementspezifischer Reformen zu plausibilisieren. Zusammen mit dem Argument ernstzunehmender gesellschaftlicher Krisenerscheinungen wurden diese »Wahrheiten« folglich intentional eingesetzt, um das Ziel der Etablierung einer staatlichen Engagementpolitik zu verwirklichen. Letztere kann folglich in zweifacher Hinsicht als Beispiel für eine Politik mit dem Potenzial betrachtet werden: Erstens im Sinne eines brachliegenden Kräfte reservoirs an potenziell freiwillig engagierten Menschen, die nur noch den richtigen Anstoß benötigten, und zweitens im Sinne einer potenziellen Zukunft, die für jedes einzelne Gesellschaftsmitglied, sofern es sich freiwillig engagiert, und für die Gemeinschaft insgesamt eine Win-win-Situation darstelle. Ohne die Bezugnahme auf diese zweifache Potenzialität hätte es sowohl an der nötigen Legitimation als auch an realistischen Erfolgsaussichten für eine staatliche Engagementpolitik gemangelt.

Die soeben skizzierte Durchsetzung eines bestimmten Bildes über die Beschaffenheit der deutschen Freiwilligenlandschaft entfaltete zudem insofern eine weiche Steuerungswirkung, als hierdurch auch die Handlungsoptionen der Steuerungsad-

ressaten, d.h. der politischen Funktionsträger der oppositionellen Fraktionen, vorstrukturiert und begrenzt wurden (Arndt/Richter 2009: 45). Denn durch den Ein- und Ausschluss von Wissen wird ein bestimmter »Wahrheitsbereich« abgesteckt, der die Reaktionen und Handlungsoptionen der Steuerungsadressaten, sofern sie das präsentierte Wissen als Wahrheit anerkennen, deutlich einschränkt (ebd.: 43). Aus der als wahr akzeptierten Darstellung der deutschen Freiwilligenlandschaft und ihrer Regulierungsmöglichkeiten ergab sich somit ein gewisser Problem- und Handlungsdruck, dem sich auch die übrigen bundespolitischen Fraktionen nicht länger entziehen konnten. Exemplarisch sei hier auf den Positionswechsel der CDU/CSU und FDP verwiesen, die das soeben dargestellte, von Rot-Grün forcierte engagementspezifische Wissen nach der Jahrtausendwende zumindest insoweit verinnerlicht zu haben schienen, als sie der Förderungsmöglichkeit und -notwendigkeit des freiwilligen Engagements durch den Staat – im Gegensatz zu ihrer eigenen Regierungszeit – prinzipiell zustimmten. Die Notwendigkeit der staatlichen Unterstützung des freiwilligen Engagements leitete die CDU-Präsidiumskommission im Jahr 2000 beispielsweise ebenso aus dem Argument eines brachliegenden Engagementpotenzials und mangelnder Matching-Strukturen im Engagementbereich ab: »Das Ehrenamt hat Tradition und Zukunft. Viele Potenziale für ehrenamtliches Engagement liegen noch brach. Die Bereitschaft (Motivation) der Menschen und die politisch-gesellschaftlichen Arrangements (>Gelegenheitsstrukturen<) passen häufig nicht mehr zusammen.« (CDU-Präsidiumskommission 2003: 40)

Besonders eindrücklich zeigt sich die fraktionsübergreifende Akzeptanz des skizzierten engagementspezifischen Wissens zudem einerseits in den überwiegend konsensual verlaufenden Verhandlungen aller Fraktionen im Rahmen der Enquete-Kommission und andererseits anhand des Fortbestehens dieser Wissensbestände auch nach dem Regierungswechsel im Jahre 2005. Hier wurde nicht nur die von der rot-grünen Regierung etablierte emblematische Verknüpfung von Bürgergesellschaftskonzept und Engagementförderung sowie die Freiwilligen-Markt-Argumentation fortgeführt, sondern auch die weiteren Wellen des Freiwilligen-surveys zur Legitimation der diesen Argumentationsfiguren zugrunde liegenden Wissensvorräte herangezogen. Gestützt durch die Ergebnisse des Freiwilligen-surveys entwickelte sich die Annahme, dass es ein politisch aktivierbares Engagementpotenzial gebe, in den Folgejahren gewissermaßen zur Wahrheit, wodurch andere Interpretationen und Handlungsoptionen wiederum weitgehend ausgeschlossen wurden.

Diese Ausführungen lassen keinen Zweifel daran, dass die Regierungskoalition aus Bündnis 90/Die Grünen und SPD zur Jahrtausendwende erhebliche Anstrengungen unternahm, um die Notwendigkeit der Initiierung engagementpolitischer Maßnahmen durch den Bund sowohl gegenüber den Oppositionsfraktionen als auch gegenüber skeptischen SPD-internen Stimmen zu rechtfertigen. Der Rückgriff der rot-grünen Regierung auf weiche Steuerungsmechanismen, wie etwa die Lancierung von Notwendigkeitskonstruktionen und die Etablierung bestimmter Gewissheiten im Zuge einer selektiven Aufbereitung wissenschaftlicher Daten, trug maßgeblich zur Reduzierung der diesbezüglichen gültigen Wissensvorräte und der darauf aufbauenden politischen Handlungsspielräume in Sachen Engagementförderung bei. Durch diese Bemühungen, den Engagementdiskurs auf bestimmte Wissensbestände und ihre institutionellen Konsequenzen zuzuspitzen, schuf die Regierungskoalition nicht nur die notwendige Legitimation für ihr eige-

nes politisches Reformprogramm, sondern es gelang ihr – zumindest den hier zusammengetragenen Erkenntnissen zufolge –, auch die liberal-konservativen Kräfte, die in den 1990er Jahren derartige Maßnahmen noch weitgehend ablehnten, von der Notwendigkeit einer staatlichen Engagementpolitik zu überzeugen.

6.5.2 Die Befriedung der hegemonialen Konflikte in den 2000er Jahren

Nachdem die Intensivierung der diskursiven Dynamik zur Jahrtausendwende nun unter Rekurs auf weiche Steuerungsmechanismen ausführlich erklärt worden ist, gilt es anschließend, sich denjenigen diskursiv-strukturellen Mechanismen zu widmen, die die Befriedung der engagementspezifischen Konflikte sowie die Kontinuität der institutionellen Dimension der Engagementförderung in den 2000er Jahren mitverursacht bzw. begünstigt haben.

Ausschlaggebend für die Verfestigung engagementspezifischer Anliegen im bundespolitischen Tagesgeschäft und Institutionensystem waren zweifelsohne die bereits ausführlich skizzierten Eigenschaften des hegemonialen Projekts der »Bürgergesellschaft«, das sich im Laufe der 2000er Jahre zur Hegemonie entwickeln konnte. Gerade die große Integrationswirkung des Signifikanten »Bürgergesellschaft«, der, abgesehen von seiner Verknüpfung mit einem ermöglichenden Staat und einer staatlichen Engagementpolitik, weitgehend interpretationsoffen war, beförderte insofern die Naturalisierung der institutionellen Dimension der Engagementförderung, als durch die Ausbildung einer umfassenden reformbefürwortenden Diskurskoalition zwischen den Bundestagsfraktionen Widerstände beseitigt und eine – wenn auch prekäre – Bedeutungsstabilisierung und hegemoniale Schließung des Diskurses erzielt werden konnte (Nonhoff 2008: 315). Bestes Beispiel hierfür ist die gemeinsame Zusammenarbeit aller Fraktionen im Rahmen der Enquete-Kommission zur »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements«, durch die, trotz des Sondervotums der CDU/CSU-Fraktion, ein verständigungsorientierter Prozess quer über alle Parteigrenzen hinweg in Gang gesetzt wurde. Alle Mitglieder der Kommission stimmten darin überein, dass die Förderung freiwilligen Engagements angesichts ernstzunehmender gesellschaftlicher Krisenerscheinungen und des sich vollziehenden ehrenamtlichen Struktur- und Motivationswandels auch ein politisches Problem sei, das somit auch der politischen Regulierung, d.h. der Initiierung engagementförderlicher Maßnahmen von Seiten des Staates, bedürfe (BT-Drs. 14/8900 2002: 2f.). Die hier gemeinsam erarbeitete Problemdefinition wurde in den Folgejahren von allen Bundestagsfraktionen stets als zentraler Referenzpunkt herangezogen und wirkte somit sowohl koalitions- als auch bedeutungsstabilisierend.

Die Stabilität der institutionellen Dimension der Engagementförderung in den 2000er Jahren wurde darüber hinaus durch sog. »structured ways of arguing« befördert (Hajer 1995: 273), d.h. durch Argumentationsmuster, die für die Problemmatisierung eines Themas in einem bestimmten Politikfeld oder einem länderspezifischen Kontext typisch sind und sich bereits in der Vergangenheit mehrfach bewährt haben. Im vorliegenden Fall kann die Kopplung des Engagementthemas an eine – mitunter zur Übertreibung neigenden – Krisendiagnostik als solch ein »historically specific way of arguing a case« verstanden werden (ebd.). Verweise auf gesellschaftliche Krisenszenarien wurden nicht nur von der rot-grünen Re-

gierung zur Jahrtausendwende intentional eingesetzt, um die Notwendigkeit der staatlichen Regulation des Engagementfeldes zu begründen, sondern fanden auch im weiteren Verlauf der 2000er Jahre als allgemeine Begründungsformel für die Durchführung engagementpolitischer Maßnahmen Verwendung. Bereits ein kurzer Blick auf die Problematisierung von Ereignissen in anderen Politikfeldern zeigt, dass es sich bei der Verknüpfung eines als problematisch kategorisierten Themenfeldes mit dem Krisen- bzw. Katastrophenbegriff um ein für den deutschen Fall typisches Argumentationsmuster handelt, wenn es darum geht, Themen auf der politischen Agenda zu platzieren und allgemeine Unterstützung für die Durchführung regulierender Maßnahmen zu erzeugen. Exemplarisch hierfür sei auf die politischen Regulierungsbemühungen im Bereich des Klimawandels verwiesen: Weingart, Engels und Pansegrau legen mittels einer Diskursanalyse zum anthropogenen Klimawandel in Deutschland überzeugend dar, dass es erst durch die Verknüpfung der Klimadebatten mit dem Begriff der »Klimakatastrophe« (Weingart/Engels/Pansegrau 2008: 66) zur nachhaltigen Politisierung des Klimawandels in den 1980er Jahren in Deutschland kam, die in den 1990er Jahren in die Durchführung diesbezüglicher politischer Regulierungsmaßnahmen mündete (ebd.: 65-84; ebenso Reusswig 2010). Eine ähnliche Überbetonung des demografischen Wandels als Krisenszenario lässt sich im deutschen Politikdiskurs z.B. auch mit Blick auf die Problematisierung und Politisierung der biografischen Lebensphase des Alters feststellen (Marschallek 2004; Denninger u.a. 2014: 9f., 106).

Während die aus einer umfassenden Krisendiagnostik abgeleitete Notwendigkeit einer staatlichen Engagementpolitik von Seiten der rot-grünen Regierungskoalition zur Jahrtausendwende noch ausführlich begründet und mit besonderer Vehemenz ins Feld geführt wurde, entwickelte sie sich in den Folgejahren allmählich zu einem anerkannten Wissensbestand, der keiner umfangreichen Herleitung mehr bedurfte. Hier setzte folglich der sog. Black-Boxing-Prozess ein, den Hajer als einen der grundlegendsten diskursiven Mechanismen benennt, im Zuge dessen komplexe Zusammenhänge und bestimmte Einsichten als natürlich und selbstverständlich dargestellt werden (Hajer 1997: 116). So wird beispielsweise in den untersuchten Dokumenten seit Mitte der 2000er Jahre zumeist ohne nähere Erläuterungen und Begründungen konstatiert, dass es eine natürliche bzw. selbstverständliche Aufgabe des Staates sei, engagementförderliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Exemplarisch hierfür sei auf ein Statement Ursula von der Leyens verwiesen: »Engagement braucht abgestimmte Engagementpolitik« (von der Leyen 2009: 10). In ähnlicher Manier konstatiert auch Horst Köhler in seiner Rede am Tag des Ehrenamtes im Jahr 2007: »Der Staat kann Bürgersinn nicht verordnen. Er kann und muss ihn aber fördern – durch gute Rahmenbedingungen, durch Bildung und nicht zuletzt durch eine Kultur der Anerkennung.« (Köhler 2007c: 3) Derartige Formulierungen lassen sich während der 2000er Jahre in den Veröffentlichungen der jeweils amtierenden Bundesregierung und ihrer Ministerien sowie aller bundespolitischen Fraktionen auffinden, was wiederum deutlich für die allgemeine Akzeptanz der engagementspezifischen Wissensbestände und ihrer regulativen Konsequenzen spricht (Bündnis 90/Die Grünen 2002: 50; Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2005: 15; Blumenthal 2009: 21; Schäuble 2009: 150).

Ein Blick über den engeren Untersuchungszeitraum hinaus zeigt zudem, dass Ende der 2000er Jahre die Notwendigkeit der Förderung freiwilligen Engagements

durch den Staat kaum mehr als ein diskursives Produkt, sondern vielmehr als nicht weiter begründungswürdige Gegebenheit wahrgenommen wird. So konstatiert beispielsweise die Nationale Engagementstrategie aus dem Jahr 2010, dass der Bedeutungsgewinn freiwilligen Engagements untrennbar mit einer Neuausrichtung des staatlichen Rollenverständnisses im Sinne von Aktivierung und Ermöglichung verbunden sei, wodurch sich die Engagementpolitik »zu einem neuen politischen Handlungsfeld [entwickelt hat], das der Steuerung und Gestaltung bedarf« (Bundesregierung 2010: 66).

Bei der Stabilisierung der institutionellen Dimension der Engagementförderung in den 2000er Jahren kommt zudem ein Mechanismus zum Tragen, dem Michael Schwab-Trapp in seiner Analyse von Kriegsdiskursen ein hohes Maß an Bedeutung zuschreibt: Die Naturalisierung bzw. Normalisierung der den engagementpolitischen Maßnahmen zugrunde liegenden Wissensbestände ist nicht nur eine Folge wirkmächtiger Black-Boxing-Prozesse, sondern kann u.a. auch darauf zurückgeführt werden, dass diese Deutungsangebote durch ihre kontinuierliche Übersetzung in institutionelle Praktiken gleichsam als legitime Deutungen im Sinne einer »*intellectual path dependency in policy making*« (Blyth 2001: 4, Herv. i.O.) stabilisiert wurden (Schwab-Trapp 2002: 46). Je mehr Geltung und Legitimität diesen Wissensbeständen im Zuge ihrer Institutionalisierung zugeschrieben wird, umso schwieriger ist es, diese vollständig zu ignorieren oder in diskursiven Auseinandersetzungen erneut zu destabilisieren. Letzteres wird durch die allgemeine positive Bedeutungsaufladung des Engagementsthemas in der Öffentlichkeit zusätzlich erschwert. Dass es in den 2000er Jahren somit nahezu unmöglich war, grundsätzlich gegen engagementförderliche Maßnahmen des Staates zu votieren, zeigt sich besonders eindrucksvoll am Beispiel des »Gesetzes zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements« von 2007. Dieses Gesetz ging vornehmlich auf einen Alleingang des Finanzministers Peer Steinbrück zurück, der hierbei auf Abstimmungen mit dem Koalitionspartner CDU/CSU weitgehend verzichtete. Die Unionsabgeordneten brachten ihren Unmut darüber zwar zum Ausdruck, konstatierten dann aber nüchtern: »»dagegen kann man ja nichts sagen«, denn auch die »»Union steht für die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements«« (Focus 2006e).

Die Kontinuität der institutionellen Dimension der Engagementförderung sowie die deutliche Abschwächung der diesbezüglichen Konflikte zwischen den Bundestagsfraktionen in den 2000er Jahren kann zusammenfassend auf die folgenden Diskursmechanismen zurückgeführt werden: auf die voranschreitende Inkorporierung einstmals widerständiger Positionen in das hegemoniale Projekt der »Bürgergesellschaft«, den beständigen Rückgriff auf historisch bewährte Argumentationsmuster sowie die Naturalisierung der engagementspezifischen Wissensbestände infolge von Black-Boxing-Prozessen und ihrer kontinuierlichen Übersetzung in institutionelle Praktiken.

6.6 DIE ERKLÄRUNGSKRAFT HEGEMONIALER KONFLIKTE FÜR DEN WANDEL DER DISPOSITIVE DER FREIWILLIGKEIT (1998 BIS 2009)

Den folgenden Ausführungen liegt analog zur Phase der Diskursstrukturierung das Ziel zugrunde, unter Rückgriff auf die hegemonieanalytischen Erkenntnisse bezüglich der Durchsetzung der institutionellen Dimension der Engagementförderung auf der bundespolitischen Ebene in den 2000er Jahren eine Erklärung für die auf der Ebene des Verstehens skizzierte Entwicklung der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung im selben Zeitraum zu finden (vgl. Abb. 4). Die ausführliche Darstellung der Phase der Diskursinstitutionalisierung von 1998 bis 2009 hat gezeigt, dass die diskursive Dynamik und die Wahrnehmbarkeit der engagementbezogenen Debatten zur Jahrtausendwende durch die Unterstützung der rot-grünen Regierung, die Initiierung erster engagementpolitischer Maßnahmen und das Fortbestehen einzelner diesbezüglicher Konflikte zwischen den Bundestagsfraktionen ihren Höhepunkt erreicht hatten. Aufgrund der Entstehung einer breiten, wissenschaftlich flankierten Diskurskoalition zwischen allen Bundestagsfraktionen entwickelte sich die Behauptung der Notwendigkeit regulierender Eingriffe des Staates in den Engagementbereich im weiteren Verlauf der 2000er Jahre allmählich zur Selbstverständlichkeit. Infolgedessen ebnten auch die diesbezüglichen Auseinandersetzungen zwischen den Bundestagsfraktionen zunehmend ab und die Engagementpolitik entwickelte sich zu einem neuen Politikfeld des Bundes. Gestritten wurde dann allenfalls noch über die konkrete inhaltliche Ausgestaltung der engagementspezifischen Reformen. Die Gründe für die Ausbildung einer umfassenden Diskurskoalition um die reformorientiert-innovative Position zu Beginn des neuen Jahrtausends sowie für die sukzessive Etablierung einer staatlichen Engagementpolitik in den 2000er Jahren wurden unter Rekurs auf intentionale und strukturelle Diskursmechanismen ausführlich hergeleitet.

Diese Erkenntnisse sollen nun mit den diskursiven Wandlungsprozessen zusammengeführt werden, die sich in der Phase der Diskursinstitutionalisierung ereignet haben: Es kam zwar seit der Herausbildung der Storyline der Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource Mitte der 1990er Jahre zu keinen weiteren Diskursverschiebungen im Sinne des Auftretens neuer Diskursformationen, doch zeichnet sich gerade die Entwicklung der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung zwischen 1998 und 2002 durch erhebliche diskursive Umbauten und Neuverknüpfungen aus. Erst für den weiteren Verlauf der 2000er Jahre kann auf der bundespolitischen Ebene von einer Normalisierung bzw. Naturalisierung des diskursiven Geschehens um die produktiven Potenziale des freiwilligen Engagements gesprochen werden. Im Folgenden gilt es daher, die Ereignisse der Phase der Diskursinstitutionalisierung mit Blick auf die Frage zusammenzufassen, welche Erklärungskraft die Konflikte um die institutionelle Dimension der Engagementförderung sowie die skizzierten intentionalen und strukturellen Diskursmechanismen für die diskursinternen Umbauten zur Jahrtausendwende und die spätere Normalisierung der Produktivitäts-Erzählung auf der bundespolitischen Ebene haben.

Im Hinblick auf die internen Diskursumbauten der Storyline der Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource sei nochmals daran erinnert, dass sich die Gestalt des dispositiven Netzes dieser Erzählung zwischen 1998 und 2002

insofern veränderte, als die institutionelle Dimension der Engagementförderung durch ihre emblematische Verknüpfung mit dem Bürgergesellschaftskonzept zunehmend ihr bisheriges bundespolitisches Nischendasein verlor und in den Fokus der Aufmerksamkeit rückte. Angesichts der empirischen Erkenntnis, dass sich diese Diskursumbauten kurz nach dem Regierungswechsel im Jahr 1998 ereigneten, liegt die Vermutung nahe, dass diese Veränderungen auf die gezielten diskursiven Erneuerungsleistungen der rot-grünen Regierung zurückgeführt werden können. Die Vehemenz, mit der von Regierungsseite die Integration neuer engagementbezogener Wissensbestände in den Diskurs forciert wurde, kann u.a. damit begründet werden, dass sich in den vorausgegangen Jahren unter dem Dach der engagement-spezifischen Produktivitäts-Erzählung zwei Diskurskoalitionen gegenüberstanden, die mit ihren konträren Positionen bezüglich der institutionellen Dimension der Engagementförderung um Vorherrschaft rangen. Die intensiven Bemühungen der rot-grünen Bundesregierung, über den Einsatz weicher Steuerungsmechanismen den vorhandenen Resonanzboden der opponierenden Diskurskoalition, d.h. die engagementspezifischen Überzeugungen der übrigen bundespolitischen Fraktionen, zu beeinflussen, dienten daher zwar in erster Linie dem Ziel, diese von einem gemeinsamen diesbezüglichen Vorgehen zu überzeugen und etwaige Widerstände gegen die Initiierung engagementpolitischer Maßnahmen abzubauen. Gleichzeitig wurden durch diese weichen Steuerungsanstrengungen im Rahmen des hegemonialen Projekts der »Bürgergesellschaft« jedoch auch neue diskursive Elemente in die vorherrschende Produktivitäts-Erzählung eingebracht und auf diese Weise eine Reorganisation der diskursiven Ordnung angeregt.

Aufgrund der zentralen Bedeutung, die diesen intentionalen diskursiven Erneuerungsimpulsen für den internen Umbau der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung zur Jahrtausendwende zukommt, seien diese hier nochmals überblicksartig benannt: Erstens gelang es der rot-grünen Regierung durch die Verknüpfung der bundespolitischen Diskussionen über freiwilliges Engagement mit dem Bürgergesellschaftskonzept als Leitbild eines neuen aktivierenden Staatsverständnisses nicht nur die Stärkung der Bürgergesellschaft, sondern gleichsam auch die Förderung des freiwilligen Engagements durch den Staat zur Notwendigkeit zu erklären. Um diese Verknüpfungen zu festigen, bedurfte es jedoch noch weiterer diskursiver Neuerungen, wie sie etwa im Zuge der Steuerung durch Argumente oder durch die Produktion von Wissen und Wahrheit in den Diskurs integriert wurden: Das Argument der Notwendigkeit einer staatlichen Engagementpolitik wurde hierbei stets durch Verweis auf verschiedene Krisenerscheinungen plausibilisiert. Außerdem zeigte sich die rot-grüne Regierung überzeugt davon, dass durch entsprechende engagementpolitische Reformen eine Passung zwischen engagementspezifischen Angebots- und Nachfragebedingungen hergestellt werden könne. Um diese Argumente und Notwendigkeitskonstruktionen wiederum mit Glaubwürdigkeit und Legitimität auszustatten, bediente sich die rot-grüne Regierung zudem der Steuerung durch die Produktion von Wissen und Wahrheit. Eine Erneuerungsleistung in der diskursiven Praxis lag hier insofern vor, als bestimmte engagementspezifische Daten und wissenschaftliche Ergebnisse, allen voran des ersten Freiwilligensurveys, von der rot-grünen Regierung auf eine bestimmte Weise arrangiert und gedeutet wurden, so dass angesichts der daraus resultierenden wissensbezogenen Ein- und Ausschlüsse nur noch eine bestimmte Auslegungsrichtung möglich erschien. Auf diese Weise konnte gleichsam

ein spezifisches Bild – mit Wahrheitsanspruch – über die Beschaffenheit sowie Regulierbarkeit der deutschen Freiwilligenlandschaft etabliert werden, das sich deutlich von der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung zwischen 1994 und 1998 unterschied.

Die genannten wissenschaftlich flankierten diskursiven Erneuerungsimpulse der rot-grünen Regierung im Rahmen des hegemonialen Projekts der »Bürgergesellschaft« liefern somit ein Erklärungsmodell für die Diskursumbauten innerhalb der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung zur Jahrtausendwende. Die institutionelle Dimension der Engagementförderung konnte sich folglich nur durch ihre emblematische Verknüpfung mit dem zum Reformprojekt des aktivierenden Staatsumbaus erhobenen Leitbild der Bürgergesellschaft und durch ihre Einbettung in umfangreiche Notwendigkeitskonstruktionen derart durchsetzen. Mit Hilfe dieser diskursiven Neuerungen gelang es der rot-grünen Regierung erstens, die bewahrend-sachliche Position in Sachen Engagementförderung zu delegitimieren und zweitens, die Notwendigkeit einer staatlichen Engagementpolitik nicht nur zu behaupten, sondern dieser Feststellung auch Taten folgen zu lassen und erste engagementspezifische Maßnahmen auf den Weg zu bringen (vgl. Abb. 4). Somit bewahrheitet sich hier die von Hajer stark gemachte Einsicht, dass dem Aufkommen neuer Storylines, »that re-order understandings« (Hajer 1995: 56), eine entscheidende Bedeutung mit Blick auf institutionelle Wandlungsprozesse zukommt (Hajer 2008: 289).

Auch die Normalisierung der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung auf der bundespolitischen Ebene nach 2002 kann unter Rekurs auf die Konflikte um die institutionelle Dimension der Engagementförderung, besser gesagt: auf das Ausbleiben derselben, erklärt werden. Die noch in der ersten Legislaturperiode der rot-grünen Regierung immer wieder aufscheinenden Konflikte zwischen den bundespolitischen Fraktionen bezüglich der Einbettung der staatlichen Engagementförderung in die Reformprojekte der Bürgergesellschaft und des aktivierenden Staates konnten seit Beginn der 2000er Jahre durch die sukzessive Inkorporierung widerständiger Positionen in das hegemoniale Projekt der »Bürgergesellschaft« weitgehend befriedet werden. Ursächlich hierfür ist vor allem die zunehmende Bedeutungsspreizung des leeren Signifikanten »Bürgergesellschaft«, der, abgesehen von seiner emblematischen Verknüpfung mit der staatlichen Förderung freiwilligen Engagements, derart interpretationsoffen – gerade hinsichtlich alternativer staatlicher Leitbilder – war, dass die noch verbliebenen diesbezüglichen Konflikte zwischen den Bundestagsfraktionen weitgehend beigelegt werden konnten. Dieser (Be-)Deutungspluralität ist es zu verdanken, dass sich sowohl die Große Koalition nach ihrem Regierungsantritt im Jahr 2005 als auch die liberal-konservative Koalition zwischen 2009 und 2013 mit dem Ziel der Stärkung der Bürgergesellschaft arrangieren konnten. Neben der Formierung einer breiten reformbefürwortenden Diskurskoalition zwischen allen Bundestagsfraktionen führte der leere Signifikant der »Bürgergesellschaft« auch zu einer hegemonialen Schließung des Diskurses auf ein produktivistisches Freiwilligkeits-Bild. Es ist somit dem leeren Signifikanten »Bürgergesellschaft«, verstanden als zentraler Knotenpunkt im Netz des engagementspezifischen Produktivitäts-Dispositivs, geschuldet, dass die unterschiedlichen Wissensbestände der Erzählung, wie die emblematische Verknüpfung des Bürgergesellschaftskonzepts mit Fragen der Engagementförderung, die Einbettung freiwilligen Engagements in einen Problem-Lösungs-Kontext, die

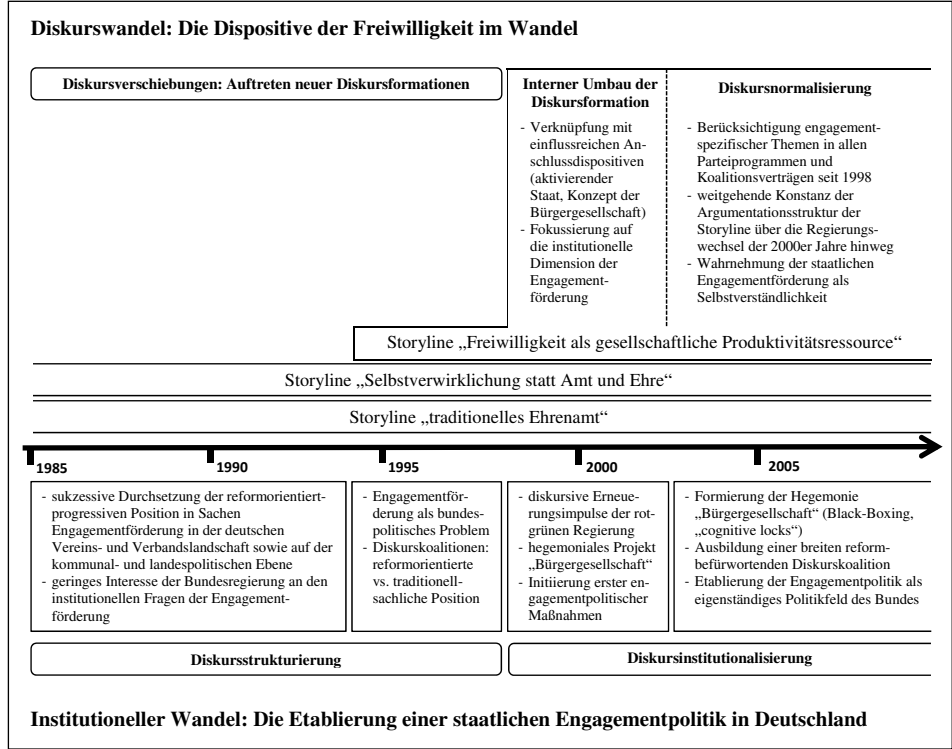
diskursive Konstruktion eines erhöhten Engagementbedarfs und eines brachliegenden Engagementpotenzials sowie die Idee der passgenauen Vermittlung von Engagementangebot und -nachfrage, zu einer konsistenten Storyline verdichtet werden konnten.

Die auf der bundespolitischen Ebene nach 2002 einsetzende Normalisierung der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung kann demzufolge grundlegend darauf zurückgeführt werden, dass sich das hegemoniale Projekt der »Bürgergesellschaft« seitdem im Übergang zur Hegemonie befand, wodurch sich auch die soeben skizzierten engagementspezifischen Wissensvorräte und ihre institutionellen Entsprechungen auf der bundespolitischen Ebene sukzessive zu anerkannten Wahrheiten entwickeln konnten. Besonders bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die empirische Erkenntnis, dass sich die noch Ende der 1990er Jahre politisch umkämpfte Einsicht in die Notwendigkeit der staatlichen Förderung bürgerschaftlichen Engagements in den 2000er Jahren infolge von Black-Boxing-Prozessen und der zunehmenden Institutionalisierung der engagementspezifischen Wissensbestände im Rahmen engagementpolitischer Maßnahmen allmählich zur Selbstverständlichkeit bei allen Bundestagsfraktionen, in Teilen der Wissenschaft sowie der medialen Berichterstattung entwickelt hat.

Angesichts der zunehmenden Hegemonialisierung dieser Wissensordnung nimmt es auch nicht wunder, dass die inhaltlichen Schwerpunktverlagerungen im bundespolitischen Umgang mit freiwilligem Engagement in der zweiten Hälfte der 2000er Jahre zu keinen grundlegenden Veränderungen dieses Argumentationsmusters führten, blieben sie ja weiterhin auf den leeren Signifikanten »Bürgergesellschaft« bezogen. Zwar wurden engagementpolitische Maßnahmen seit dem Regierungsantritt der Großen Koalition im Jahr 2005 einerseits verstärkt vor dem Hintergrund neuer Krisenerscheinungen diskutiert und andererseits vom Leitbild des aktivierenden Staates abgekoppelt und zunehmend als Beitrag zur öffentlichen Dienstleistungserbringung betrachtet, doch führten diese inhaltlichen Neuakzentuierungen nicht, wie es zwischen 1998 und 2002 noch der Fall war, zu grundlegenden diskursiven Umbauten. Auch die thematische Fokussierung der Engagementdebatten auf soziale und helfende Tätigkeiten zulasten demokratischer oder gar kritischer Implikationen konnte im Zuge der Stabilisierung der Hegemonie der »Bürgergesellschaft« perpetuiert werden. Diese führte folglich zu einer hegemonialen Schließung der engagementspezifischen Debatten im Sinne des Produktivitäts-Dispositivs und liefert demnach eine Erklärung für die Normalisierung der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung auf der bundespolitischen Ebene in den 2000er Jahren.

Zur Veranschaulichung des hier erläuterten Zusammenhangs zwischen der Normalisierung der institutionellen Dimension der Engagementförderung auf der bundespolitischen Ebene und den mit Blick auf das engagementspezifische Produktivitäts-Dispositiv ermittelten Wandlungsprozessen in der Phase der Diskursinstitutionalisierung sei an dieser Stelle erneut auf die nunmehr vervollständigte Grafik verwiesen.

Abb. 4: Die Verflechtung von Diskurswandel und institutionellem Wandel (II)



Quelle: eigene Darstellung

Betrachtet man diese Grafik abschließend vor dem Hintergrund des im Vorfeld der zweiten Ergebnispräsentation formulierten Erkenntnisinteresses, wird deutlich, dass nun auch das zeitlich-funktionale Interesse dieser Forschungsarbeit auf der Ebene des Erklärens als befriedigt gelten kann. Durch die Aufdeckung der hegemonialen Konflikte um die institutionelle Dimension der Engagementförderung zwischen 1985 und 2009 ist es gelungen, sowohl das So-Geworden-Sein der Regierung der Freiwilligkeit zu denaturalisieren als auch eine Erklärung für den institutionellen Wandel sowie den Wandel der Dispositive der Freiwilligkeit zu finden. Beide Entwicklungen können im Grunde auf die sukzessive Durchsetzung einer umfassenden gesellschaftlich-politischen Diskurskoalition um die reformorientiert-progressiven Position in Sachen Engagementförderung zurückgeführt werden. Mit Blick auf den institutionellen Wandel gilt festzuhalten, dass die reformbefürwortende Sichtweise bis in die erste Hälfte der 1990er Jahre vor allem auf der wissenschaftlichen, verbandlichen und medialen Ebene sowie bei verschiedenen Freiwilligenorganisationen Verbreitung fand und erst seit Mitte der 1990er Jahre auch auf bundespolitischer Ebene zunehmend auf Zuspruch traf. Angesichts der ablehnenden Haltung der damaligen liberal-konservativen Bundesregierung gegenüber regulierenden Eingriffen in den Engagementbereich kam es in diesem Zeitraum jedoch noch nicht zur Durchführung institutioneller Reformen (Diskursstrukturierung). Dies änderte sich mit dem Antritt der Regierungskoalition aus SPD und

Bündnis 90/Die Grünen, die schon in ihrer Rolle als Oppositionsfraktionen in der letzten Legislaturperiode Helmut Kohls zur reformbefürwortenden Diskurskoalition zählten und diesen Kurs zur Jahrtausendwende weiterverfolgten. Erst durch das von der rot-grünen Regierung forcierte hegemoniale Projekt der »Bürgergesellschaft« wurde sowohl die Notwendigkeit der staatlichen Engagementförderung durch ihre emblematische Verknüpfung mit dem Bürgergesellschaftskonzept stabilisiert als auch die zur Jahrtausendwende noch vorhandenen widerständigen Positionen in die sich entwickelnde Hegemonie der »Bürgergesellschaft« inkorporiert. Im Zuge dessen kam es in der ersten Legislaturperiode der rot-grünen Bundesregierung zur Initiierung erster engagementpolitischer Maßnahmen. Unter der Bedingung der Ausbildung einer umfassenden reformbefürwortenden Diskurskoalition zwischen allen Bundestagsfraktionen in den 2000er Jahren konnte sich die Engagementpolitik in diesem Zeitraum als eigenständiges Politikfeld des Bundes etablieren (Diskursinstitutionalisierung).

Doch nicht nur der institutionelle Wandel, sondern auch der Wandel der Dispositive der Freiwilligkeit kann durch die Aufdeckung der hegemonialen Konflikte zwischen verschiedenen Diskurskoalitionen um die institutionalisierte Gestalt einer staatlichen Engagementpolitik plausibilisiert werden. So entwickelte sich die reformorientiert-progressive Position in Sachen Engagementförderung zwischen 1985 und 1995 in erster Linie als Gegenoffensive zur lange Jahre vorherrschenden Erzählung vom traditionellen (alten) Ehrenamt heraus, in der kein Bedarf für eine Übertragung engagementspezifischer Regulierungsaufgaben auf den Staat gesehen wurde. Mit der reformorientiert-progressiven Position untrennbar verbunden war eine im wissenschaftlichen und medialen Kontext sowie durch die Freiwilligen selbst forcierte Neuinterpretation der sich wandelnden Bedingungen der Ehrenamtlichkeit, die unter Bezugnahme auf die Wissensordnung des neuen Ehrenamtes zu einer konsistenten Erzählung, der Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre, verdichtet wurde. Auch die Ausbildung des engagementspezifischen Produktivitäts-Dispositivs seit Mitte der 1990er Jahre kann grundlegend darauf zurückgeführt werden, dass die reformorientiert-progressive Diskurskoalition, vor allem auf Initiative der Vereine und Verbände hin, erhebliche Anstrengungen unternommen hat, um auch die Bundestagfraktionen sowie die schwarz-gelbe Bundesregierung von der Notwendigkeit institutioneller Reformen im Engagementbereich zu überzeugen. Diese Überzeugungsbemühungen waren insofern erfolgreich, als die progressiv-reformorientierte Position – und damit auch die Wissensbestände des neuen Ehrenamtes – auf bundespolitischer Ebene seit Mitte der 1990er Jahre zunehmend auf Gehör stieß. Allerdings wurden diese bundespolitischen Debatten durch Hervorhebung des Produktivitätsgedankens angesichts vielfältiger, vor allem kommunitaristisch inspirierter Krisendiagnosen und sozialstaatlicher Erschöpfungerscheinungen inhaltlich neu gerahmt und zur Storyline der Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource verdichtet.

Die internen Umbauten der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung zur Jahrtausendwende sowie ihre weitgehende Kontinuität können ebenfalls durch Rekurs auf die Konflikte um die institutionelle Dimension der Engagementförderung bzw. auf das Ausbleiben derselben nach 2002 erklärt werden. Das von der rot-grünen Regierung forcierte hegemoniale Projekt der »Bürgergesellschaft«, das zur endgültigen Durchsetzung der reformorientierten Position in Sachen Engagementförderung auf der bundespolitischen Ebene beitrug, kann auch als ein

diskursiver Erneuerungsimpuls verstanden werden, der ein Erklärungsmodell für die Diskursumbauten innerhalb der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung zur Jahrtausendwende bietet. D.h., die auf der bundespolitischen Ebene bereits vorherrschende Deutung freiwilligen Engagements als gesellschaftliche Produktivitätsressource wurde durch ihre emblematische Verknüpfung mit dem zum Reformprojekt des aktivierenden Staatsumbaus erhobenen Leitbild der Bürgergesellschaft und durch ihre Einbettung in umfangreiche Notwendigkeitskonstruktionen, die die Durchführung institutioneller Reformen seitens des Staates nahelegten, perpetuiert. Zumindest auf der bundespolitischen Ebene führte der leere Signifikant der »Bürgergesellschaft« so eine hegemoniale Schließung des Diskurses auf eine produktivistische Deutung des freiwilligen Engagements herbei, dessen brachliegende Potenziale, so das vorherrschende Argument, zur Bewältigung der Zukunftsaufgaben gehoben werden müssen. Bei dieser hegemonialen Fixierung der Freiwilligkeit im Sinne des engagementspezifischen Produktivitäts-Dispositivs handelt es sich jedoch nur um eine semi-hegemoniale (Wissens-)Ordnung. Sie hat sich zwar im Laufe der 2000er Jahre bei allen Bundestagsfraktionen sowie in Teilen der Wissenschaft sowie der Medienberichterstattung als Common Sense durchgesetzt und wird gleichzeitig durch wirkmächtige Krisenerzählungen stabilisiert, doch hat sie bislang kaum Anschluss an die Deutungen und die Alltagspraxis der (potenziellen) Freiwilligen gefunden. Der Diskrepanz zwischen den produktivistisch gefärbten Wissensbeständen auf der bundespolitischen Ebene und ihrer mangelhaften alltagspraktischen Relevanz und Umsetzung durch die freiwillig Engagierten wird nachfolgend im Rahmen der resümierenden Rückschau auf die zentralen Ergebnisse dieser Forschungsarbeit nochmals explizit Aufmerksamkeit geschenkt.

7. Fazit: Die Potenziale des Ehrenamtes als Ressource der Selbst- und Nächstenhilfe nutzen

Die systematische Rekonstruktion der engagementspezifischen Wandlungsprozesse zwischen 1985 und 2009 lässt keinen Zweifel daran, dass sich sowohl die Erscheinungs- und Ausdrucksformen des freiwilligen Engagements als auch dessen gesamtgesellschaftliche Wahrnehmung in diesem Zeitraum grundlegend verändert haben. Erinnert sei hier exemplarisch an die Ausbreitung von Freiwilligenagenturen, die politische Rede vom Bürgerengagement als Produktivitätskraft und Heilmittel gesellschaftlicher Krisen, das gestärkte Selbstbewusstsein der neuen Ehrenamtlichen, die Klagen der traditionellen Ehrenamtsorganisationen über nachlassende Engagiertenzahlen, die hohe Nachfrage nach kurzen knackigen Freiwilligenjobs oder die Stilisierung Freiwilliger zum unverzichtbaren Element des zukünftigen »Pflegedreiecks«. Diese Einzelentwicklungen zeigen, dass das freiwillige Engagement in den letzten drei Jahrzehnten in der Tat, wie einleitend formuliert, aus dem Schatten der traditionellen Wohlfahrtsorganisationen ins Licht der wissenschaftlichen, medialen und politischen Aufmerksamkeit getreten ist. Die individuelle Freizeitgestaltung des Einzelnen avanciert im Zuge dessen vor allem in der politischen Wahrnehmung zur potenziellen Zeitspanne für freiwilliges Engagement, dem die Bedeutung einer gesellschaftlichen Produktivitätsressource zugeschrieben wird, die es zu heben gelte. Die Potenziale des Ehrenamtes als Ressource der Selbst- und Nächstenhilfe zu nutzen, stellt somit die Leitidee des politischen Umgangs mit freiwilligem Engagement seit Mitte der 1990er Jahre dar. Im nachfolgenden Resümee werden zunächst die zentralen Ergebnisse dieser Untersuchung überblicksartig zusammengefasst und abschließend eine kurze Einschätzung der Zukunftstauglichkeit des aktuellen sozialpolitischen Umgangs mit dem freiwilligen Engagement der Bürger gegeben.

Vor dem Hintergrund der allgemeinen Feststellung, dass das Ehrenamt in den letzten Jahrzehnten einen doppelten Wandlungsprozess, sowohl hinsichtlich seiner öffentlichen Wahrnehmung als auch mit Blick auf seine strukturellen und motivationalen Bedingungen, durchlaufen hat (Heinze/Olk 1999: 78), wurde in der Einleitung die grundlegende Zielsetzung formuliert, die Charakteristika dieses (Be-)Deutungs- und Gestaltwandels des freiwilligen Engagements in Deutschland im Zeichen engagementspezifischer Krisendiagnosen und wohlfahrtsstaatlicher Transformationsprozesse zwischen 1985 und 2009 zu erfassen. Erkenntnislei-

tend war in diesem Kontext die Frage, welche Konsequenzen sich aus der aktivierungspolitischen Durchdringung des Engagementfeldes im Zuge des aktivierenden Sozialstaatsumbaus für den gesellschaftlichen Umgang mit freiwilligem Engagement im Sinne einer neuen Regierung der Freiwilligkeit ergeben. Hieraus resultierte wiederum eine doppelte Untersuchungsperspektive: Erstens galt es, den unterstellten Wandel vom alten traditionellen Ehrenamt zum engagementspezifischen Produktivitätsparadigma empirisch nachzuweisen und hierbei zu prüfen, inwiefern das freiwillige Engagement seit der Jahrtausendwende mit den typischen Verhaltensanforderungen der neosozialen Aktivierungsprogrammatik, wie Eigenverantwortung oder allseitige Aktivität, konfrontiert wird. Da die Neuverhandlung des freiwilligen Engagements ihren wohl sichtbarsten Niederschlag in der schrittweisen Etablierung einer staatlichen Engagementpolitik in Deutschland seit der Jahrtausendwende gefunden hat, widmete sich diese Forschungsarbeit zweitens dem Ziel, sowohl die bereits in den 1980er Jahren einsetzenden diskursiven Konflikte um die institutionelle Dimension der Engagementförderung nachzuzeichnen als auch die Verwobenheit der Wissensbestände der engagementbezogenen Aktivierungsprogrammatik mit den engagementpolitischen Maßnahmen des Bundes seit Ende der 1990er Jahre offenzulegen.

Angesichts dieser doppelten Untersuchungsperspektive wurde auch für die Präsentation der empirischen Ergebnisse ein zweistufiges Darstellungsformat gewählt, das sich an den beiden zentralen Erkenntnisdimensionen dieser Arbeit, der Ebene des Verstehens einerseits und des Erklärens andererseits, orientiert. Um zu einem tieferen Verständnis des Wandels der Regierung der Freiwilligkeit zwischen 1985 und 2009 vorzudringen, wurden im ersten Teil der Ergebnispräsentation die Erkenntnisse der als Dispositivanalyse konzeptualisierten Gouvernamentalitätsstudie vorgestellt. Der Einsicht in die Multidimensionalität des Diskursiven wurde hier durch die dispositive Verknüpfung epistemischer, institutionen-, objekt- und körperbezogener Aussagen Rechnung getragen, die gleichsam den Blick für den facettenreichen Praxisvollzug der Regierungsprogramme geöffnet haben. Durch Anschluss an die empirische Diskursforschung erfuhr die Gouvernamentalitätsperspektive zudem eine method(olog)ische Systematisierung, die den meisten derartigen Studien, wie auch Denninger u.a. (2010: 212) betonen, fehlt.

Das Ergebnis dieses Analyseschritts waren drei, in Gestalt von Storylines präsentierte Dispositive der Freiwilligkeit – das traditionelle Ehrenamts-, das engagementspezifische Selbstverwirklichungs- und das Produktivitäts-Dispositiv –, die als sich überlagernde und ineinander übergehende multidimensionale Verknüpfungsordnungen gedacht werden müssen. Durch die ausführliche Herleitung der Dispositive der Freiwilligkeit wurde das erste zentrale Ziel dieser Forschungsarbeit, den (Be-)Deutungswandel des freiwilligen Engagements in Deutschland zwischen 1985 und 2009 nachzuzeichnen, in die Tat umgesetzt. Die nachfolgenden Kennzeichen haben sich hierbei als charakteristisch für die gesellschaftliche Neuverhandlung des freiwilligen Engagements im Untersuchungszeitraum erwiesen: Es wurde festgestellt, dass ehrenamtliches Engagement in der »expansiven Phase der Professionalisierung, Bürokratisierung und Verrechtlichung bundesrepublikanischer Sozialpolitik«, d.h. seit Ende der 1950er bis in die 1980er Jahre, in Westdeutschland »eher als Randphänomen« (Sachße 2000: 75) behandelt und gerade von den traditionellen Ehrenamtsorganisationen als Selbstverständlichkeit wahrgenommen wurde. Die Übernahme einer ehrenamtlichen Tätigkeit, vorzugsweise in einem

Verband oder Verein, gilt im Rahmen des in diesem Zeitraum vorherrschenden traditionellen Ehrenamts-Dispositivs als ein altruistischer Akt der Selbstverpflichtung, für den sich die Freiwilligen aufgrund religiös-moralischer Überzeugungen bzw. familiärer und milieuspezifischer Verpflichtungen entscheiden.

Die empirische Analyse hat gezeigt, dass das traditionelle Ehrenamts-Dispositiv seit Mitte der 1980er Jahre um die Erzählung Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre ergänzt wurde. Ausschlaggebend hierfür waren einflussreiche gesellschaftliche Wandlungsprozesse, wie etwa die Deprivilegierung der Wohlfahrtsverbände und ihr Wandel zu »Dienstleistungsunternehmen« (Rauschenbach/Sachße/Olk 1995) in der ersten Hälfte der 1990er Jahre, die zunehmende Institutionalisierung der Neuen Sozialen Bewegungen sowie die gesellschaftlichen Individualisierungs- und Pluralisierungstendenzen. Freiwilliges Engagement entwickelte sich infolgedessen zunehmend zur sinngenerierenden Form der Freizeitgestaltung, in der – aufbauend auf der Wissensordnung des neuen Ehrenamtes – die individuellen Rückgewinnungserwartungen einer freiwilligen Betätigung, wie etwa Spaß, soziale Kontakte oder bessere Arbeitsmarktchancen, im Mittelpunkt stehen. Die Ausbreitung selbstgegründeter Projekte und die steigenden Engagiertenzahlen in Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen zeigen zudem, dass sich seitdem vor allem selbstbestimmte und zeitlich flexible Engagementgelegenheiten großer Beliebtheit erfreuen.

Seit Mitte der 1990er Jahre fand die Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre zwar auch Eingang in bundespolitische Debatten, wurde hier aber vor dem Hintergrund sozialstaatlicher Erschöpfungserscheinungen und gesellschaftlicher Desintegrationsbefürchtungen unter Rekurs auf den Produktivitätsgedanken inhaltlich neu gerahmt. In der seitdem sichtbar in Erscheinung tretenden engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung avanciert bürgerschaftliches Engagement unter beständiger Heranziehung des Potenzialbegriffs einerseits zum aktivierbaren Sozialkapital bei der Lösung gesellschaftlicher Krisen, sei es mit Blick auf die Krise der Arbeitsgesellschaft, die Folgen des demografischen Wandels oder die Entwicklung Deutschlands zum Einwanderungsland. Andererseits wird im Hinblick auf die Freiwilligen selbst von einem brachliegenden Engagementpotenzial gesprochen, das es zum Zwecke der Steigerung des individuellen und gesellschaftlichen Wohlergehens zu heben gelte. Vorangetrieben wurde dieser Prozess der produktivistischen Aufwertung des freiwilligen Engagements durch den Regierungsantritt der rot-grünen Bundesregierung, die das – auf die Engagementförderung fokussierte – Konzept der Bürgergesellschaft zum neuen Leitbild des aktivierenden Sozialstaatsumbaus stilisierte und im Zuge dessen die Initiierung engagementförderlicher Maßnahmen durch den Staat zur Notwendigkeit erklärte. Obwohl die verbale Hochkonjunktur engagementspezifischer Themen auf bundespolitischer Ebene mittlerweile der Vergangenheit angehört, wurde zur Jahrtausendwende hierdurch ein Prozess angestoßen, der in den letzten 14 Jahren zur Entwicklung einer Engagementpolitik als eigenständiges Politikfeld des Bundes beigetragen hat. In diesem Zeitraum fand insofern eine inhaltliche Schwerpunktverlagerung der bundespolitischen Debatten über bürgerschaftliches Engagement statt, als es in diesen immer weniger um ein aktivierendes Staatsverständnis ging, sondern vielmehr darum, das Engagementpotenzial bestimmter Personengruppen zu heben sowie Freiwillige stärker in die öffentliche Dienstleistungserbringung einzubeziehen.

Der hier in groben Zügen umrissene Wandel der Dispositive der Freiwilligkeit lässt sich auf die folgenden zentralen Entwicklungslinien zuspitzen, die sich bereits durch den Wechsel der in den untersuchten Dokumenten bevorzugt verwendeten Bezeichnungen für freiwillig ausgeübte Aktivitäten andeuten: Während ehrenamtliche Tätigkeiten lange Zeit unauffällig im Umkreis der Vereine und Verbände ausgeübt wurden, tritt freiwilliges Engagement, verstanden als individuell sinnstiftende Freizeitbeschäftigung, seit Mitte der 1980er Jahre zwar zunehmend aus dem Schatten der traditionellen Ehrenamtsorganisationen heraus, bleibt aber noch im persönlichen Nahraum des Einzelnen verortet. Erst durch die bundespolitische Bedeutungsaufwertung bürgerschaftlichen Engagements und die Initiierung erster engagementpolitischer Maßnahmen zur Jahrtausendwende wird das Bürgerengagement zur gesellschaftlich wertvollen Ressource für Selbst- und Nächstenhilfe stilisiert und mit entsprechender öffentlicher Aufmerksamkeit bedacht. Neu bestimmt wird in diesem Kontext jedoch nicht nur das Verhältnis von Privatheit und Öffentlichkeit oder von individueller Sinnhaftigkeit und gesellschaftlichen Produktivitätserwartungen, sondern auch das Verhältnis von öffentlicher Sozialverantwortung und privater Eigenleistung. Letzteres verweist bereits auf einen weiteren Aspekt der Problemstellung dieser Forschungsarbeit, die es sich zum Ziel gesetzt hat, die zentralen Konsequenzen der sozialpolitischen Durchdringung des Engagementfeldes angesichts wohlfahrtsstaatlicher Transformationsprozesse im Sinne einer neuen Regierung der Freiwilligkeit offenzulegen.

Um die Frage nach den Charakteristika dieser neuen Regierung der Freiwilligkeit im Zuge des aktivierenden Sozialstaatsumbaus zu beantworten, wurde im Rahmen der Dispositivanalyse den folgenden Regierungstechnologien Aufmerksamkeit geschenkt: den in die engagementbezogene Produktivitäts-Erzählung eingelassenen Macht-Wissen-Komplexen, der Institutionalisierung der produktivistischen Wissensbestände im Rahmen engagementpolitischer Maßnahmen sowie der subjektbezogenen Anrufungspraxis in Gestalt der Subjektivierungsfigur des »engagierten Bürgers«. Die Aufdeckung der wahrheitserzeugenden Macht-Wissen-Komplexe hat erstens gezeigt, dass das weite Feld der Freiwilligkeit durch die soziokalkulative, quantitative Vermessung des engagementbezogenen Potenzials und der Lancierung einer spezifischen, alternative Darstellungen ausschließenden Vorstellung vom freiwilligen Engagement erst »regierbar« gemacht wurde (Bröckling/Krasmann/Lemke 2000b: 22). Folgende Wissensbestände haben sich hierbei als maßgeblich erwiesen: In Übereinstimmung mit der neosozialen Gouvernamentalität des aktivierenden Sozialstaatsumbaus wird Bürgerengagement insofern zum Allheilmittel gegen diverse gesellschaftliche Krisenerscheinungen erklärt, als sich hiervon nicht nur ein moralischer Zugewinn versprochen wird, sondern auch eine Steigerung der ökonomischen Wettbewerbsfähigkeit, sei es durch das Schließen von Versorgungslücken in der sozialen Dienstleistungserbringung, durch die Verbesserung der individuellen Arbeitsmarktposition oder die Entlastung der finanziell überforderten kommunalen Haushalte. Die hieraus resultierende hohe Nachfrage nach freiwillig erbrachten Leistungen wird ergänzt durch die auf der Wissensordnung des neuen Ehrenamtes beruhende Annahme, dass es ein hohes Angebot an prinzipiell engagementbereiten und somit aktivierbaren Bürgern gebe. Diese Behauptung brachliegender Engagementpotenziale, der durch die Heranziehung des vom Freiwilligensurvey und verschiedenen Expertenkommissionen bereitgestellten Spezialwissens Gültigkeit verliehen wird, entwickelt sich in den

2000er Jahren zur im politischen und medialen Kontext vielfach geteilten Wahrheit. Diese engagementbezogene Angebots- und Nachfragerhetorik mündet in das Bild des Freiwilligen-Marktes, der als epistemischer Kulminationspunkt der Verknüpfung sozialer und ökonomischer Produktivitätserwartungen betrachtet werden kann. Diese als Freiwilligen-Markt bezeichnete Umdeutung der Zivilgesellschaft in politischen Diskursen suggeriert einerseits, dass eine bedarfsgerechte Zusammenführung von Angebot und Nachfrage im Engagementbereich möglich sei. Andererseits bringt der Begriff des Freiwilligen-Marktes die in öffentlichen Debatten an das Bürgerengagement herangetragenen Erwartungen auf den Punkt, die zwischen einer diffusen, moralisch grundierten Gemeinwohlförderung und Überlegungen zur effektiven Ausschöpfung individueller Engagementressourcen oszillieren.

Zweitens wurde gezeigt, dass die engagementspezifische Produktivitäts-Erzählung durch die Bereitstellung der beschriebenen potenzialfokussierten Wissensordnung die Verabschiedung rechtlicher und institutioneller Vorgaben im Engagementbereich seit der Jahrtausendwende nahelegte und hierdurch günstige Bedingungen zur Etablierung einer staatlichen Engagementpolitik in Deutschland schaffte. Anhand konkreter institutioneller Neuerungen der 2000er Jahre, wie etwa der Initiative ZivilEngagement oder des Generationsübergreifenden Freiwilligendienstes, wurde ausführlich dargelegt, dass diese Wissensbestände gewissermaßen als Blaupausen der engagementpolitischen Reformen fungierten. Die staatliche Engagementpolitik kann vor diesem Hintergrund als ein Paradebeispiel für eine Politik mit dem Potenzial betrachtet werden, da es hierbei primär um die Frage geht, wie die noch ungenutzten individuellen Engagementressourcen durch geeignete institutionelle Maßnahmen gehoben und die Zahl der tatsächlich freiwillig aktiven Menschen – vorzugsweise in den Bereichen, in denen von politischer Seite eine hohe Nachfrage nach Freiwilligenarbeit konstatiert wird – erhöht werden kann. Außerdem ist die Engagementpolitik Ausdruck einer investiven Sozialpolitik, mit der die Bürger in die Lage versetzt werden sollen, ihr Sozialkapital in produktiver Weise für die Gesellschaft einzusetzen. Angesichts dieser inhaltlichen Verengung der bundespolitischen Engagementförderung ist es kaum verwunderlich, dass sowohl die demokratieförderlichen Implikationen¹ und das Kritikpotenzial des freiwilligen Engagements als auch seine möglichen unzivilen und antidemokratischen Erscheinungsformen hier nur am Rande thematisiert werden.

Dass die für die neosoziale Aktivierungsprogrammatik typische Anrufung des Einzelnen als im moralisch-sozialen und wirtschaftlichen Sinne rational handelndes Individuum auch im Falle der sozialpolitischen Neuverhandlung freiwilligen Engagements zum Tragen kommt, wurde drittens anhand der Subjektivierungsfigur des »engagierten Bürgers« ausführlich dargelegt. Die Bezeichnung dieser Subjektivierungsfigur rührt daher, dass die Aufrufe an den Einzelnen, eine Freiwilligenarbeit zu übernehmen, untrennbar mit der Bürgerrolle verknüpft sind. Gleichzeitig findet eine erhebliche Responsibilisierung des Bürgers statt, der unter

1 | Zu einer ähnlichen Schlussfolgerung gelangen auch Dahme und Wohlfahrt: »Die Freiheit von Zwang und Arbeit, Muße also als Voraussetzung der Zivilgesellschaft und des politischen und sozialen Engagements – demokratietheoretische Gedanken, die sich bis Aristoteles zurückverfolgen lassen – ist nicht mehr Basis der Zivilgesellschaft neuen Typs.« (Dahme/Wohlfahrt 2009: 253)

dem Signum von Eigenverantwortung und -initiative zur tätigen Selbstsorge im Interesse der kollektiven Wohlfahrt angehalten wird. Freiwilliges Engagement folgt in diesem Kontext sowohl einer individuellen Logik, da Verantwortung für die Lösung persönlicher Probleme oder den Erhalt der arbeitsmarktrelevanten Kompetenzen gezeigt werden soll, als auch insofern einer sozialen Logik, als hiermit die Hoffnung verbunden wird, Krisenerscheinungen zu überwinden, personelle Versorgungslücken zu schließen oder die ökonomische Wettbewerbsfähigkeit insgesamt zu steigern. Der Aufruf, seine Freizeit durch Übernahme eines freiwilligen Engagements nicht nur sinnvoll, sondern auch selbstverantwortlich, produktiv und sozialverträglich zu verbringen, wird hierbei stets von dem Versprechen einer allseitigen Win-win-Situation begleitet. Denn von einem freiwilligen Engagement, so der verbreitete Tenor, profitierten nicht nur die Empfänger freiwilliger Leistungen, sondern auch die Freiwilligen selbst und die Gemeinschaft als Ganzes. Vor diesem Hintergrund verwundert es kaum, dass die engagementspezifische Verantwortungsrhetorik mit dem universellen Anspruch einhergeht, dass im Grunde alle Bürger über freiwilliges Engagement nicht nur ihre individuelle Situation verbessern, sondern auch einen Beitrag zur kollektiven Wohlfahrtssteigerung leisten können. In der Subjektivierungsfigur des »engagierten Bürgers« wird folglich die hier nur angedeutete widersprüchliche Anrufung des Einzelnen als Staats-, Markt- und Sozialbürger zu dem konsistenten Bild des »Gemeinwohlunternehmer[s]« (Zellner 2009: 221) verdichtet. Es besteht somit kein Zweifel daran, dass die aktivierungsprogrammatischen Verhaltensanforderungen der allseitigen Aktivität sowie der Eigen- und Sozialverantwortung, ähnlich der Subjektivierungsfiguren des »unternehmerischen Selbst« (Bröckling 2002a, 2007) bzw. des »Arbeitskraftunternehmers« (Pongratz/Voß 1998, 2003) im Arbeitsleben oder der Sozialfigur des »Alterskraftunternehmers« (Denninger u.a. 2014: 13) im Ruhestand, auch auf die potenziell als Sozialzeit nutzbare Freizeit übertragen werden.

Das zweite zentrale Anliegen dieser Forschungsarbeit bestand darin, den (Be-)Deutungswandel freiwilligen Engagements nicht nur zu konstatieren und nachzuverfolgen, sondern unter Berücksichtigung hegemonieanalytischer Erkenntnisse auch eine Erklärung für diesen Wandel der Dispositive der Freiwilligkeit zu finden. Konkret formuliert ging es hierbei um die Fragen, wie es zur Herausbildung des engagementbezogenen Selbstverwirklichungs- und Produktivitäts-Dispositivs Mitte der 1980er bzw. der 1990er Jahre kam und wie die internen Umbauten sowie die Normalisierung der Storyline der Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource auf der Ebene der Bundespolitik in den 2000er Jahren plausibilisiert werden können. Im Sinne einer »konfliktorientierten politischen Dispositivanalyse« (Winkel 2013: 194) wurde erstens davon ausgegangen, dass dispositive Verknüpfungsordnungen niemals vollständig fixiert, sondern wandelbar sind und dass zweitens die disponierten Subjekte das Netz der dispositiven Verknüpfungen in diskursiven Kämpfen weiterspinnen und so den Diskurs vorantreiben, stabilisieren und transformieren können. Die Hegemonieanalyse hat gezeigt, dass im vorliegenden Fall die institutionelle Dimension der Engagementförderung im Mittelpunkt diskursiver Auseinandersetzungen zwischen zwei gesellschaftlich-politischen Diskurskoalitionen stand. Da diese hegemonialen Konflikte wiederum mit einer grundsätzlichen Neubewertung der gesellschaftlichen Bedeutung freiwilligen Engagements einhergingen, war es möglich, über die Aufdeckung dieser Konflikte sowohl eine Erklärung für den Wandel der Dispositive der Freiwilligkeit

als auch für den sich darin abzeichnenden Policy-Wandel zu finden. Im Sinne einer »Denaturalisierung [...] des ›Natürlichen‹« (Nonhoff 2008a: 293) konnte die aktuelle Engagementpolitik des Staates so ihrer Selbstverständlichkeit enthoben und die Machtbedingtheit bzw. Nichtnotwendigkeit dieser Entwicklung aufgedeckt werden. Außerdem leistet diese Studie insofern einen wichtigen Forschungsbeitrag, als sie durch die Verknüpfung von Dispositiv- und Policy-Analyse eine Möglichkeit aufzeigt, sowohl die von Nonhoff (2006: 386) kritisierte Distanz zwischen Politik- und Diskurswissenschaft zu überwinden als auch die häufig geäußerte Erkenntnis, dass Diskurse stets umkämpft sind und immer neu ausgehandelt werden müssen (Graefe 2010: 299), in theoretisch-methodischer Hinsicht mit Leben zu füllen.

Bevor die zentralen Einsichten der Hegemonieanalyse nachfolgend überblicksartig dargestellt werden, sollen zuvor die opponierenden Positionen und Diskurskoalitionen kurz benannt werden: Die an der Erzählung vom traditionellen Ehrenamt orientierte bewahrend-sachliche Sichtweise wurde in den 1990er Jahren von der liberal-konservativen Bundesregierung sowie der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände vertreten. Demgegenüber bildete sich eine der Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre folgende reformorientiert-progressive Position heraus, deren Anhänger engagementbezogene Reformen von Seiten des Staates vehement einforderten. Um diese reformbegrüßende Sichtweise formierte sich seit Mitte der 1980er Jahre sukzessive eine breite gesellschaftlich-politische Diskurskoalition, die sich aus Vertretern der deutschen Dachverbände für Sport, Soziales und Kultur, Sozialwissenschaftlern, Freiwilligenvertretungen sowie den Bundestagsfraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und PDS zusammensetzte.

Im Anschluss an die Argumentative Diskursanalyse Maarten A. Hajers und das Konzept der hegemonialen Strategie Martin Nonhoffs wurde gezeigt, wie sich die reformorientiert-progressive Position in Sachen Engagementförderung im Untersuchungszeitraum allmählich durchsetzen konnte und bei einer immer größeren Zahl diskursiver Eliten auf Zustimmung traf, bis sie nach dem Regierungsantritt der rot-grünen Bundesregierung im Jahr 1998 schließlich auch in die Tat umgesetzt wurde. Die Phase von 1985 bis 1998 entspricht somit den Kriterien der Diskursstrukturierung, da die reformorientiert-progressive Position in diesem Zeitraum zwar einen hohen Verbreitungs- und Rezeptionsgrad bei vielen gesellschaftlich-politischen Kräften gefunden hat, es aber angesichts der ablehnenden Haltung der damaligen liberal-konservativen Bundesregierung gegenüber regulierenden Eingriffen in den Engagementbereich noch nicht zur Durchführung institutioneller Reformen kam. Die Phase von 1998 bis 2009 kann hingegen als Diskursinstitutionalisierung bezeichnet werden. Es bildete sich hier eine umfassende reformbefürwortende Diskurskoalition zwischen allen Bundestagsfraktionen heraus, wodurch sich die Engagementpolitik als eigenständiges Politikfeld des Bundes etablieren konnte.

Die Durchsetzung der reformbefürwortenden Sichtweise wurde jedoch von intensiven Konflikten zwischen den verschiedenen Diskurskoalitionen begleitet, die eine Erklärung für den Wandel der Dispositive der Freiwilligkeit liefern können. So stellt die reformorientiert-progressive Position, die in den 1980er Jahren durch die Wissenschaft, die Vertreter der Vereins- und Verbandslandschaft sowie die Freiwilligen selbst zunehmend Unterstützung erfuhr, eine Gegenoffensive zur lange Jahre vorherrschenden Erzählung des traditionellen (alten) Ehrenamtes dar, in der die Verantwortung für die Schaffung geeigneter engagementspezifischer Bedin-

gungen vornehmlich bei den mit Ehrenamtlichen arbeitenden Organisationen lag. Mit der Forderung nach besseren organisationalen und politischen Rahmenbedingungen für das Ehrenamt ging gleichsam eine Neuinterpretation der sich wandelnden Bedingungen der Ehrenamtlichkeit einher, die unter Bezugnahme auf die Wissensordnung des neuen Ehrenamtes zu einer konsistenten Erzählung, der Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre, verdichtet wurde. Die Analyse des Textkorpus hat zudem ergeben, dass vor allem die Spitzenverbände für Soziales, Sport und Kultur seit Anfang der 1990er Jahre erhebliche Anstrengungen – im Sinne weicher Steuerung – unternahmen, um auch die Bundestagfraktionen sowie die schwarz-gelbe Bundesregierung von der Notwendigkeit institutioneller Reformen im Engagementbereich zu überzeugen. Da diese durch die Kommunitarismusdebatte oder den Trend zur Verschlankung des Staates bereits für das Thema Ehrenamt sensibilisiert waren, stießen die progressiv-reformorientierte Position der deutschen Spitzenverbände sowie die Wissensbestände des neuen Ehrenamtes auch auf der bundespolitischen Ebene seit Mitte der 1990er Jahre zunehmend auf Gehör. Charakteristisch für die diesbezüglichen bundespolitischen Diskussionen war, dass hier vor allem die gesellschaftliche Bedeutung des freiwilligen Engagements angesichts einer umfassenden Krisendiagnostik aufgewertet wurde und diese Wissensbestände unter Betonung des Produktivitätsgedankens in eine neue Erzählung, die Storyline Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource, einfließen. Des Weiteren konnte sich die reformorientierte Position zunächst nur bei den Oppositionsfraktionen des deutschen Bundestages durchsetzen, während die liberal-konservative Bundesregierung an ihrer Nichtzuständigkeitsbehauptung in Sachen Engagementförderung festhielt.

Nicht nur die Herausbildung, sondern auch die internen Umbauten der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung zur Jahrtausendwende sowie ihre weitgehende Kontinuität in den 2000er Jahren können durch Rekurs auf die Konflikte um die institutionelle Dimension der Engagementförderung erklärt werden. Durch die nonhoffische Hegemonieanalyse der diskursiven Konflikte, die sich zur Jahrtausendwende um den Signifikanten »Bürgergesellschaft« entsponnen haben, wurde deutlich gemacht, dass das hegemoniale Projekt der »Bürgergesellschaft« – zumindest in der Anfangsphase – als ein weicher Steuerungsakt der rot-grünen Regierung verstanden werden kann, die nach ihrem Regierungsantritt im Jahr 1998 bewusst neue inhaltliche Impulse in den Diskurs einbrachte. Vom hegemonialen Projekt der »Bürgergesellschaft«, das zur endgültigen Durchsetzung der reformorientierten Position auf der bundespolitischen Ebene beitrug, gingen somit diskursive Erneuerungsimpulse aus, die ein Erklärungsmodell für die Diskursumbauten innerhalb der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung zur Jahrtausendwende liefern. In diesem Kontext bietet vor allem der leere Signifikant der »Bürgergesellschaft« eine Erklärung für die Normalisierung der Storyline der Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource auf der bundespolitischen Ebene in den 2000er Jahren: Erstens führte er als umfassende Forderung zu einer hegemonialen Schließung der bundespolitischen Debatten auf eine produktivistische Deutung des freiwilligen Engagements und zweitens trug er durch seine (Be-)Deutungsoffenheit zur Inkorporierung der zur Jahrtausendwende noch vorhandenen widerständigen Positionen in die sich entwickelnde Hegemonie der »Bürgergesellschaft« bei. Eine zusätzliche Stabilisierung erfuhr dieser leere Signifikant durch seine Verknüpfung mit anderen hegemonialen Dispositiven, wie etwa

den wohlfahrtsstaatlichen, demografischen und arbeitsgesellschaftlichen Wandlungsprozessen.

Damit sich eine dispositive Formation zur gesellschaftlich-kulturellen Hegemonie entwickeln kann, genügt es jedoch nicht, eine hohe Integrativkraft für disparate politische Positionen an den Tag zu legen oder durch einflussreiche Anschlussdispositive gestützt zu werden. Ein Dispositiv kann nur dann als hegemonial oder vollständig naturalisiert bezeichnet werden, wenn es sich auch »in den Köpfen, Herzen und Handlungsweisen der Subjekte [...] verfängt« (Lessenich/Otto 2005: 15) und sich in den Alltagserfahrungen der freiwillig Engagierten widerspiegelt. Dies ist der Grund, weshalb im Rahmen dieser Forschungsarbeit auch der Alltagspraxis der (potenziellen) Freiwilligen Aufmerksamkeit geschenkt wurde, deren Annahme, Abweisung und Ignoranz der engagementspezifischen Programmatik durch die Analyse von Zeitungsinterviews, von Positionspapieren verbandlicher Freiwilligenvertretungen sowie von quantitativen und qualitativen Freiwilligenbefragungen – zumindest überblicksartig – in den Blick genommen wurden. Dieser Analyseschritt diente der Überwindung der defizitären Berücksichtigung der Vollzugsperspektive in vielen Gouvernamentalitätsstudien, die Regierung zwar als komplexes Zusammenspiel von Fremd- und Selbstführung konzipieren, hierbei aber zu einer spiegelbildlichen Gleichsetzung von Programm und Praxis neigen. Aufgrund des Verzichts auf die Durchführung eigener Freiwilligenbefragungen können die ermittelten Erkenntnisse jedoch nur als allgemeine Trendaussagen gelesen werden. Im Rahmen zukünftiger Forschungsarbeiten erscheint es daher lohnenswert, die Analyse des nachfolgend skizzierten Selbstverständnisses der (potenziellen) Freiwilligen und ihrer Alltagspraktiken mittels ethnografischer oder interviewgestützter Verfahren, die z.B. bei Ott und Wrana (2010) und bei Denninger u.a. (2014) Verwendung finden, zu vertiefen und hierbei stärker hinsichtlich Altersgruppen und Engagementfeldern zu differenzieren.

Gerade mit Blick auf die Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre wurde gezeigt, dass diese ihre Festigkeit und Verbreitung u.a. den freiwillig Engagierten selbst verdankt, die sich nicht mehr mit der weisungsgebundenen und unauffälligen alten Ehrenamtsrolle zufrieden gaben. Stattdessen machten diese ihre Forderungen über mediale Stellungnahmen und Positionspapiere seit Ende der 1980er Jahre zunehmend publik und forderten sowohl von den Einrichtungen als auch von der Politik eine höhere Wertschätzung ihrer Arbeit sowie verbesserte Rahmenbedingungen offensiv ein. Außerdem hat die Analyse ergeben, dass sich in diesem Zeitraum immer mehr Ehrenamtliche aus den traditionellen Großorganisationen zurückzogen und sich eher in Bürgerinitiativen oder zeitlich begrenzten Projekten mit individuellem Problembezug engagierten. Durch diese alltagspraktische Umsetzung der Wissensordnung des neuen Ehrenamtes wirkten die sog. neuen Freiwilligen selbst an der Produktion und Verankerung der Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre – gewissermaßen »von unten« – mit.

Nach einer derartigen alltagspraktischen Relevanz sucht man mit Blick auf die engagementspezifische Produktivitäts-Erzählung, die auf den Wissensbeständen des Selbstverwirklichungs-Dispositivs aufbaut, allerdings vergeblich. Diese ist bis heute überwiegend ein – wenn auch medial und wissenschaftlich flankiertes – politisches Projekt mit geringem Institutionalisierungsgrad geblieben. Das engagementbezogene Produktivitäts-Dispositiv konnte sich zwar, befördert durch die sich etablierende Hegemonie der »Bürgergesellschaft«, im Laufe der 2000er Jah-

re im bundespolitischen Kontext durchsetzen und normalisieren, doch handelt es sich hierbei um eine auf die Ebene der Bundespolitik begrenzte Hegemonie. Diese liefert lediglich eine Erklärung für die bundespolitische Fixierung der Freiwilligkeit im Sinne des engagementspezifischen Produktivitäts-Dispositivs sowie dafür, dass die in den 1990er Jahren noch heftig umstrittene Einführung engagementpolitischer Maßnahmen seitdem zu den selbstverständlichen Aufgaben des Staates gehört. Eine gesellschaftliche Normalisierung dieser Erzählung würde zusätzlich voraussetzen, dass sie sich auch in der Alltagspraxis und den Erfahrungen der Freiwilligen selbst niederschlägt und letztere sich der auf der bundespolitischen Ebene etablierten politisch-wissenschaftlichen Diskurskoalition anschließen. Die Analyse von Zeitungsinterviews mit freiwillig Engagierten sowie von quantitativen und qualitativen Freiwilligenbefragungen hat jedoch gezeigt, dass freiwilliges Engagement zwar allgemein befürwortet und vielfach praktiziert wird, viele Freiwillige jedoch eine vom Produktivitätsparadigma abweichende Prioritätensetzung verfolgen: Neben den alten Ehrenamtlichen scheint es immer mehr neue Ehrenamtliche zu geben, die sich bevorzugt kurzfristig und projektbezogen engagieren und bei denen das Bedürfnis, anderen zu helfen, untrennbar mit Spaß, Qualifikationserwerb und anderen Rückgewinnungswünschen verbunden ist. Von einer bedarfsgerecht einsetzbaren Ressource, von der gerade in bundespolitischen Debatten immer wieder die Rede ist, ist diese Form des selbstbestimmten und biografisch fundierten freiwilligen Engagements weit entfernt. Die empirischen Ergebnisse haben zudem gezeigt, dass viele Freiwillige den engagementpolitischen Maßnahmen des Bundes eher kritisch gegenüberstehen und eine Instrumentalisierung sowie Ausbeutung des Ehrenamtes angesichts eines sich zurückziehenden Sozialstaates befürchten. Einen zentralen Stellenwert nehmen in der Wahrnehmung der Engagierten zudem die alltäglichen Probleme einer freiwilligen Tätigkeit ein, die, wie etwa Überforderung oder die Vereinbarkeit mit Familie und Beruf, im bundespolitisch forcierten Produktivitätsparadigma nur selten zur Sprache kommen.

Auch von Seiten der Ehrenamtsforschung sowie der mit Freiwilligen arbeitenden Organisationen wird im Laufe der 2000er Jahre zunehmend Kritik an der Diskontinuität und Dienstleistungsfokussierung der Engagementförderungspraxis des Bundes laut. So spitzt beispielsweise Rupert Graf Strachwitz seine Kritik am Bundesfreiwilligendienst, der für ihn ein Paradebeispiel für die Instrumentalisierung der produktiven Potenziale des Ehrenamtes durch den Staat darstellt, auf folgende Feststellung zu: »Es wird Gegenbewegungen geben. Über noch mehr Politikverdrossenheit braucht sich jedenfalls niemals wundern. Und über Proteste auch nicht.« (Strachwitz 2011: 6) Öffentlichkeitswirksame Proteste sind, zumindest was die staatliche Engagementpolitik anbetrifft, bislang ausgeblieben, doch zeigt die Zunahme politischer Protestaktionen, sei es gegen Atomkraft oder »Stuttgart 21«, dass sich die Bürger hier einer Beteiligungsform bedienen, die im engagementspezifischen Produktivitäts-Dispositiv eher marginalisiert wird und die nur wenig mit dem politisch favorisierten Bürgerengagement im sozialen, gesundheitlichen oder karitativen Bereich gemeinsam hat.

Gegen eine derzeitige gesellschaftliche Universalisierung des engagementspezifischen Produktivitäts-Dispositivs spricht zudem, dass die Storyline der Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource im gesamten Untersuchungszeitraum ihren appellativen Tonfall beibehält. Der bereits bestehende Engagementumfang wird zwar immer wieder lobend erwähnt, doch wird gerade

angesichts des steigenden Engagementpotenzials und der begrenzten Reichweite von potenzialfokussierten Modellprogrammen kontinuierlich an die Engagementbereitschaft der Bürger appelliert, die, so die politische Argumentation, noch immer zu großen Teilen brachliege. Die Verschärfung der moralischen Verantwortungssappelle an all diejenigen, die bislang kein freiwilliges Engagement ausüben, kann vor allem darauf zurückgeführt werden, dass nach wie vor eine »erhebliche Diskrepanz zwischen den politischen Erwartungen an das zivilgesellschaftliche Engagement der BürgerInnen und dem tatsächlichen Potenzial engagierten Handelns für die Herstellung des Sozialen« besteht (Aner 2006: 53f.). Dieses Missverhältnis macht es aus politischer Sicht erforderlich, die appellative Aktivierungsrhetorik aufrechtzuerhalten oder gar zu intensivieren.

Die referierten Befunde lassen den vorsichtigen – allenfalls vorläufigen – Schluss zu, dass es im Untersuchungszeitraum lediglich zu einer partiellen Hegemonialisierung der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung kam. Die produktivistischen Wissensbestände konnten sich zwar angesichts der Interpretationsoffenheit des leeren Signifikanten »Bürgergesellschaft« auf der bundespolitischen Ebene gerade mit Blick auf die Etablierung einer staatlichen Engagementpolitik weitgehend normalisieren, doch scheint ihre Durchsetzung auf der alltagspraktischen Ebene der Freiwilligen noch am Anfang zu stehen. Dies unterscheidet das engagementspezifische Produktivitäts-Dispositiv grundlegend von den multidimensionalen Storylines des traditionellen Ehrenamtes und der Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre, die sich auch in den Erfahrungen der Engagierten wiederfinden und folglich als gesellschaftlich deutlich gefestigter betrachtet werden können.

Nachdem nun die zentralen Ergebnisse dieser Forschungsarbeit resümierend dargelegt worden sind, soll abschließend nach den Konsequenzen der neuen Regierung der Freiwilligkeit für die Zukunft des freiwilligen Engagements in Deutschland gefragt werden. Die Beschaffenheit der deutschen Engagementpolitik sowie die an den einzelnen Bürger gerichteten moralbasierten Appelle zur Engagementaufnahme lassen keinen Zweifel daran, dass sich der sozialpolitische Umgang mit freiwilligem Engagement nahtlos in den seit Mitte der 1990er Jahre angestoßenen Prozess der interpretativen Neuauslegung des Leitbildes wohlfahrtsstaatlicher Sicherung in Richtung Eigenverantwortung und Individualrisiko einfügt (vgl. Lesenich 2003: 305). Bei diesem Trend zur Reprivatisierung des Risikos handelt es sich jedoch, wie Sachße treffend bemerkt, nicht »um kosmetische Korrekturen und Ergänzungen« (Sachße 2000: 87), sondern um eine grundsätzliche Verschiebung der Grenze zwischen Sozialstaat und Individuum bzw. zwischen Öffentlichkeit und Privatheit. Dahme und Wohlfahrt bringen diesen Prozess der Subjektivierung sozialer Problemlagen, d.h. den sukzessiven Übergang von der sozialstaatlichen Absicherung zur individuellen Selbstsorge, folgendermaßen auf den Punkt:

»Die Produktion, der Unterhalt und die Pflege öffentlicher Güter wird – ganz im Sinne des neoliberalen oder neosozialen Sozialstaatsumbaus – nicht länger als Aufgabe der Öffentlichen Hand betrachtet, sondern auch des Bürgers, der als *stakeholder* versagt, wenn öffentliche Plätze verwahrlosen [...] oder die Kriminalitätsrate steigt.« (Dahme/Wohlfahrt 2009: 253, Herv. i.O.)

Die Bürger aber auch intermediäre Organisationen, wie Vereine, Wohlfahrtsverbände, Selbsthilfeszentren oder Freiwilligenagenturen, werden vom aktivierenden Staat folglich als Verantwortungsträger mobilisiert und ihnen wird ein fester Platz im Rahmen der neosozialen Aufgabenverteilung zugewiesen. Ein genauerer Blick auf diese Verantwortungsaktivierung bestätigt die in der Forschungsliteratur vielfach benannte Feststellung, dass dezentrale Akteure hierdurch zwar immer stärker in die öffentliche Dienstleistungserbringung eingebunden werden, dies aber keineswegs zur Ausweitung ihrer Gestaltungsspielräume führt (Maaser 2006: 46; Dahme/Wohlfahrt 2009: 256f.). Verschiedene Merkmale der Engagementpolitik des Bundes, wie etwa die verstärkte politische Aktivierung freiwilligen Engagements im sozialen Dienstleistungsbereich, der besonders stark von personellen und finanziellen Versorgungslücken betroffen ist, die inkonsistente engagementpolitische Modellfinanzierung, die nicht selten mit inhaltlichen Vorgaben seitens der Politik einhergeht, sowie die Aufwertung der helfenden und karitativen Formen des freiwilligen Engagements zulasten ihrer demokratischen Protest- und Kritikfunktion, deuten eindrücklich darauf hin, dass es hierbei nur am Rande um die kreative Entfaltung zivilgesellschaftlicher Potenziale oder die gleichberechtigte Teilhabe an öffentlichen Angelegenheiten geht. Obwohl der Staat in den letzten Jahren vornehmlich als Gewährleistungsstaat in Erscheinung tritt, unterliegt die den intermediären Organisationen und Bürgern übertragene konkrete Verantwortungsrealisierung somit in hohem Maße staatlicher Lenkung (Dahme/Wohlfahrt 2009: 260). Wolfgang Maaser befürchtet deshalb, dass diese restriktiven und regulativen Tendenzen der neosozialen Aktivierungsprogrammatik ein Verblässen bzw. Zurücktreten des Prinzips der Freiwilligkeit zur Folge haben (Maaser 2006: 46): »Das für Verantwortung substantielle Element freiwilliger Selbstbindung und die individuelle Freiheit als Basis der Vorstellung vom Guten verdunsten in den Steuerungen bei gleichzeitiger semantischer Aufwertung.« (Ebd.) Hieraus resultiert seiner Ansicht nach eine eigentümliche Verknüpfung von Mobilisierung und Disziplinierung sowie von Ermächtigung und Regulierung dezentraler Verantwortungsträger, die für den voranschreitenden neosozialen Staatsumbau typisch zu sein scheint (ebd.).

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage: Leitet die neue Regierung der Freiwilligkeit tatsächlich das Ende derselben ein? Zumindest was die bundespolitische Regulierung des Engagementfeldes anbetrifft – erinnert sei an die Einrichtung eines Bundesamtes für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben zur Organisation des Bundesfreiwilligendienstes oder an die zahlreichen engagementpolitischen Versuche, das vermeintliche Engagementpotenzial von bislang unterrepräsentierten Bevölkerungsgruppen durch gezielte Motivierungsversuche zu heben – erhärtet sich der Eindruck, dass es sich hierbei eher um Initiativen für die Bürgergesellschaft und weniger um die Zusammenarbeit mit der Bürgergesellschaft handelt. Die für den neosozialen Staatsumbau typische Dialektik von Mobilisierung und Regulierung birgt somit zweifelsohne die Gefahr in sich, dass hierdurch die bürgergesellschaftlichen Gestaltungskräfte selbst geschwächt werden und die gegenwärtige Politik auf diese Weise die Etablierung jener Zivilgesellschaft gefährdet, deren Förderung sie sich eigentlich verschrieben hat (Dahme/Wohlfahrt 2009: 262). Vom Verschwinden oder gar einem Ende der Freiwilligkeit zu sprechen, wäre jedoch zu voreilig: Die anhaltende Beliebtheit flexibler und selbstbestimmter Engagementformen oder auch die Ausweitung bürgerlicher Pro-

testformen belegen, dass dieses Prinzip keinesfalls dem Untergang geweiht ist. Es bleibt abzuwarten, ob diese dem engagementspezifischen Produktivitätsgedanken oftmals widersprechenden Engagementformen zukünftig zu einem Umbau der Regierung der Freiwilligkeit beitragen können, in dessen Folge die Bedürfnisse und Wünsche der engagierten Bürger wieder mehr Aufmerksamkeit erfahren.

8. Literatur

- von Alemann, Ulrich (Hg.) (1981): Neokorporatismus, Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Alkemeyer, Thomas/Paula-Irene Villa (2010): »Somatischer Eigensinn? Kritische Anmerkungen zu Diskurs- und Gouvernamentalitätsforschung aus subjektivationstheoretischer und praxeologischer Perspektive«, in: Johannes Angermüller/Silke van Dyk (Hg.): Diskursanalyse meets Gouvernamentalitätsforschung. Perspektiven auf das Verhältnis von Subjekt, Sprache, Macht und Wissen, Frankfurt a.M./New York: Campus, S. 317-337.
- Alscher, Mareike/Eckhard Priller/Dietmar Dathe/Rudolf Speth (2009): Bericht zur Lage und den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland, Berlin: BMFSFJ.
- Alt, Niklas (2009): »Die Freiwilligendienste aller Generationen«, in: BBE-Newsletter, Nr. 5 vom 05.03.2009 [www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2009/03/nl05_alt.pdf; 26.01.2010].
- Altenhof, Ralf (2002): Die Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Aner, Kirsten (2006): »Wunsch und Wirklichkeit – Zivilgesellschaftliches Engagement zwischen sozialpolitischen Erwartungen und individuellem Handeln«, in: Neue Praxis 36 (1), S. 53-68.
- Angermüller, Johannes (2010): »Widerspenstiger Sinn. Skizze eines diskursanalytischen Forschungsprogramms nach dem Strukturalismus«, in: Ders./Silke van Dyk (Hg.): Diskursanalyse meets Gouvernamentalitätsforschung. Perspektiven auf das Verhältnis von Subjekt, Sprache, Macht und Wissen, Frankfurt a.M./New York: Campus, S. 71-100.
- Angermüller, Johannes/Silke van Dyk (Hg.) (2010a): Diskursanalyse meets Gouvernamentalitätsforschung. Perspektiven auf das Verhältnis von Subjekt, Sprache, Macht und Wissen, Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Angermüller, Johannes/Silke van Dyk (2010b): »Diskursanalyse meets Gouvernamentalitätsforschung. Zur Einführung«, in: Dies. (Hg.): Diskursanalyse meets Gouvernamentalitätsforschung. Perspektiven auf das Verhältnis von Subjekt, Sprache, Macht und Wissen, Frankfurt a.M./New York: Campus, S. 7-21.
- Angermüller, Johannes/Katharina Bunzmann/Martin Nonhoff (Hg.) (2001): Diskursanalyse: Theorien, Methoden, Anwendungen, Hamburg: Argument.
- Arndt, Friedrich/Anna Richter (2009): »Steuerung durch diskursive Praktiken«, in: Gerhard Göhler/Ulrike Höppner/Sybille De la Rosa (Hg.): Weiche Steue-

- rung. Studien zur Steuerung durch diskursive Praktiken, Argumente und Symbole, Baden-Baden: Nomos, S. 27-73.
- Bachrach, Peter/Morton S. Baratz (1962): »Two Faces of Power«, in: *The American Political Science Review* 56 (4), S. 947-952.
- Backhaus-Maul, Holger/Tobias Kemnitzer (2012): »Engagement und Organisation. Über Idealvorstellungen und Gestaltungsspielräume von Freiwilligenagenturen und -zentren in Deutschland«, in: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): *Engagiert! Gedanken zum neuen bürgerschaftlichen Engagement. Beiträge der Arbeitsgruppe Bürgerschaftliches Engagement der grünen Akademie*, Berlin: HBS, S. 31-36.
- Backhaus-Maul, Holger/Stefan Nährlich/Rudolf Speth (2009): *In eigener Regie! Plädoyer für eine bessere (Selbst-)Steuerungs- und Leistungsfähigkeit der Bürgergesellschaft*, Berlin [www.aktive-buergerschaft.de/fp_files/Denkschrift_Buergergesellschaft_2009.pdf; 04.09.2011].
- Backhaus-Maul, Holger/Karsten Speck (2011): »Freiwilligenagenturen in Deutschland. Potenziale auf kommunaler Ebene«, in: *Nachrichtendienst NDV*, S. 302-308.
- Barry, Andrew/Thomas Osborne/Nikolas Rose (1996): *Foucault and Political Reason. Liberalism, Neo-liberalism and Rationalities of Government*, London: UCL Press.
- Beck, Ulrich (1986): *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Béland, Daniel/Robert Henry Cox (Hg.) (2011): *Ideas and Politics in Social Science Research*, Oxford/New York: Oxford University Press.
- Bellah, Robert N./Richard Madsen/William Sullivan/Ann Swidler/Steven Tipton (1985): *Habits of the Heart. Individualism and Commitment in American Life*, Berkeley: University of California Press.
- Benz, Arthur (2003): »Einleitung: Governance – Modebegriff oder nützliches sozialwissenschaftliches Konzept?«, in: Ders. u.a.: *Governance. Eine Einführung. Dreifachkurseinheit der FernUniversität Hagen*, Hagen: Fernuniversität in Hagen, S. 13-31.
- Benz, Arthur/Nicolai Dose (Hg.) (2010): *Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung*, 2. aktual. u. veränd. Aufl., Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Berger, Peter L./Thomas Luckmann (2007): *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie*, 21. Aufl., Frankfurt a.M.: Fischer.
- Bettinger, Frank (2007): »Diskurse – Konstitutionsbedingung des Sozialen«, in: Roland Anhorn/Ders./Johannes Stehr (Hg.): *Foucaults Machtanalytik und Soziale Arbeit. Eine kritische Einführung und Bestandsaufnahme*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 75-90.
- Bieling, Hans-Jürgen (2009): »Privat vor Staat? Zur Entwicklung politischer Leitbilder über die Rolle des Staates«, in: *WSI-Mitteilungen* 62 (5), S. 235-242.
- Bieling, Hans-Jürgen/Frank Deppe (1996): »Gramscianismus in der Internationalen Politischen Ökonomie«, in: *Das Argument* 38 (5/6), S. 729-740.
- Bleses, Peter/Edgar Rose (1998): *Deutungswandel der Sozialpolitik. Die Arbeitsmarkt- und Familienpolitik im parlamentarischen Diskurs*, Frankfurt a.M./New York: Campus.

- von Blumenthal, Julia/Stephan Bröchler (Hg.) (2006): Von Government zu Governance. Analysen zum Regieren im modernen Staat, Hamburg/Münster: Lit.
- Blyth, Mark (2001): »The Transformation of the Swedish Model. Economic Ideas, Distributional Conflict, and Institutional Change«, in: *World Politics* 54 (1), S. 1-26.
- Blyth, Mark (2002): *Great Transformations. Economic Ideas and Institutional Change in the Twentieth Century*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Bode, Ingo/Adalbert Evers/Ansgar Klein (Hg.) (2009): *Bürgergesellschaft als Projekt. Eine Bestandsaufnahme zu Entwicklung und Förderung zivilgesellschaftlicher Potenziale in Deutschland*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Böckenförde, Ernst-Wolfgang (1976): *Staat, Gesellschaft, Freiheit*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Böhm, Andreas (2004): »Theoretisches Codieren. Textanalyse in der Grounded Theory«, in: Uwe Flick/Ernst von Kardorff/Ines Steinke (Hg.): *Qualitative Forschung. Ein Handbuch*, 3. Aufl., Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, S. 475-485.
- Börzel, Tanja (2008): »Der »Schatten der Hierarchie« – Ein Governance-Paradox?«, in: Gunnar Folke Schuppert/Michael Zürn (Hg.): *Governance in einer sich wandelnden Welt*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 118-131.
- Bourdieu, Pierre (1983): »Ökonomisches Kapital – Kulturelles Kapital – Soziales Kapital«, in: Reinhard Kreckel (Hg.): *Soziale Ungleichheiten*, Göttingen: Schwartz, S. 183-198.
- Bourdieu, Pierre (1993): *Soziologische Fragen*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre (1995): *Sozialer Raum und »Klassen«*. *Leçon sur la Leçon*. Zwei Vorlesungen, 3. Aufl., Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Brand, Karl-Werner (1994): »Diskursanalyse«, in: Jürgen Kriz/Dieter Nohlen/Rainer-Olaf Schultze (Hg.): *Lexikon der Politik*, Bd. 2: Politikwissenschaftliche Methoden, München: Beck, S. 85-87.
- Brand, Karl-Werner (2010): »Die Neuerfindung des Bürgers. Soziale Bewegungen und bürgerschaftliches Engagement in der Bundesrepublik«, in: Thomas Olk/Ansgar Klein/Birger Hartnuß (Hg.): *Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 123-152.
- Brandenburg, Hermann (1995): »Neues Ehrenamt – Herausforderungen und Perspektiven«, in: *Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit* 26 (2), S. 107-119.
- Braun, Hans (1989): »Neue Tendenzen ehrenamtlicher Arbeit«, in: Deutscher Caritasverband (Hg.): *Caritas '90. Jahrbuch des Deutschen Caritasverbandes*, Freiburg: DCV, S. 43-48.
- Braun, Hans (1990a): »Die Aktualität ehrenamtlicher Arbeit«, in: *Caritas* 91 (12), S. 584-587.
- Braun, Hans (1990b): »Ehrenamtliche Arbeit der Caritas-Konferenzen einst und jetzt«, in: Deutscher Caritasverband (Hg.): *Caritas '91. Jahrbuch des Deutschen Caritas-Verbandes*, Freiburg: DCV, S. 430-437.
- Braun, Joachim/Hans Günter Abt/Stefan Bischoff (2000): *Leitfaden für Kommunen. Zur Information und Beratung über freiwilliges Engagement und Selbsthilfe*, Köln/Leipzig: ISAB-Verlag.

- Braun, Joachim/Gabriele Wahlen (2001): Die Freiwilligen. Das Sozialkapital des neuen Jahrtausends. Förderpolitische Konsequenzen aus dem Freiwilligensurvey 1999, Köln/Leipzig: ISAB-Verlag.
- Braun, Sebastian (2001): »Bürgerschaftliches Engagement – Konjunktur und Ambivalenz einer gesellschaftspolitischen Debatte«, in: Leviathan 29, S. 83-109.
- Brinkmann, Gerhard (1981): Ökonomik der Arbeit, Bd. 1: Grundlagen, Stuttgart: Klett-Cotta.
- Brinkmüller-Becker, Heinrich (1994): »Kino und die Wahrnehmung von Filmen. Das Kino-Dispositiv in 100jähriger Entwicklung«, in: Medien und Erziehung 38 (6), S. 327-332.
- Bröckling, Ulrich (2002a): »Jeder könnte, aber nicht alle können. Konturen des unternehmerischen Selbst«, in: Mittelweg 36 11 (4), S. 6-26.
- Bröckling, Ulrich (2002b): Das unternehmerische Selbst in der Zivilgesellschaft. Vortrag auf dem Workshop »Zivilgesellschaft. Historische Forschungsperspektiven« am Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin, 6./7.12.2002 [www.k3000.ch/becreative/texts/text_12.html; 30.03.2014].
- Bröckling, Ulrich (2007): Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Bröckling, Ulrich/Susanne Krasmann (2010): »Ni méthode, ni approche. Zur Forschungsperspektive der Gouvernementalitätsstudien – mit einem Seitenblick auf Konvergenzen und Divergenzen zur Diskursforschung«, in: Johannes Angermüller/Silke van Dyk (Hg.): Diskursanalyse meets Gouvernementalitätsforschung. Perspektiven auf das Verhältnis von Subjekt, Sprache, Macht und Wissen, Frankfurt a.M./New York: Campus, S. 23-42.
- Bröckling, Ulrich/Susanne Krasmann/Thomas Lemke (Hg.) (2000a): Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Bröckling, Ulrich/Susanne Krasmann/Thomas Lemke (2000b): »Gouvernementalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologien. Eine Einleitung«, in: Dies. (Hg.): Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 7-40.
- Bröckling, Ulrich/Susanne Krasmann/Thomas Lemke (Hg.) (2011): Governmentality. Current Issues and Future Challenges, London/New York: Routledge.
- Bublitz, Hannelore (1999a): Foucaults Archäologie des kulturellen Unbewußten. Zum Wissensarchiv und Wissensbegehren moderner Gesellschaften, Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Bublitz, Hannelore (1999b): »Diskursanalyse als Gesellschafts-»Theorie«. »Diagnostik« historischer Praktiken am Beispiel der »Kulturkrisen«-Semantik und der Geschlechterordnung um die Jahrhundertwende«, in: Dies./Andrea D. Bührmann/Christine Hanke/Andrea Seier (Hg.): Das Wuchern der Diskurse. Perspektiven der Diskursanalyse Foucaults, Frankfurt a.M./New York: Campus, S. 22-48.
- Bublitz, Hannelore (2001): »Differenz und Integration. Zur diskursanalytischen Rekonstruktion der Regelstrukturen sozialer Wirklichkeit«, in: Reiner Keller/Andreas Hirsland/Werner Schneider/Willy Viehöver (Hg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Bd. 1: Theorien und Methoden, Opladen: Leske + Budrich, S. 225-260.
- Bublitz, Hannelore (2003): Diskurs, Bielefeld: transcript.

- Bublitz, Hannelore (2008): »Subjekt«, in: Clemens Kammler/Rolf Parr/Ulrich Johannes Schneider (Hg.): Foucault Handbuch. Leben – Werk – Wirkung, Stuttgart/Weimar: Metzler, S. 293-296.
- Bublitz, Hannelore/Andrea D. Bührmann/Christine Hanke/Andrea Seier (1999): »Diskursanalyse – (k)eine Methode? Eine Einleitung«, in: Dies. (Hg.): Das Wuchern der Diskurse. Perspektiven der Diskursanalyse Foucaults, Frankfurt a.M./New York: Campus, S. 10-21.
- Bublitz, Hannelore/Christine Hanke/Andrea Seier (Hg.) (2000): Der Gesellschaftskörper. Zur Neuordnung von Kultur und Geschlecht um 1900, Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Buckel Sonja/Andreas Fischer-Lescano (Hg.) (2007): Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis, Baden-Baden: Nomos.
- Bührmann, Andrea D. (1998): »Die Normalisierung der Geschlechter in Geschlechterdispositiven«, in: Hannelore Bublitz (Hg.): Das Geschlecht der Moderne. Genealogie und Archäologie der Geschlechterdifferenz, Frankfurt a.M./New York: Campus, S. 71-94.
- Bührmann, Andrea D. (2005). »Das Auftauchen des unternehmerischen Selbst und seine gegenwärtige Hegemonialität. Einige grundlegende Anmerkungen zur Analyse des (Trans-)Formierungsgeschehens moderner Subjektivierungsweisen«, in: Forum Qualitative Sozialforschung 6 (1) [49 Absätze] [www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/download/518/1121; 21.09.2013].
- Bührmann, Andrea D./Werner Schneider (2008): Vom Diskurs zum Dispositiv. Eine Einführung in die Dispositivanalyse, Bielefeld: transcript.
- Bührmann, Andrea D./Werner Schneider (2010): »Die Dispositivanalyse als Forschungsperspektive. Begrifflich-konzeptionelle Überlegungen zur Analyse gouvernementaler Taktiken und Technologien«, in: Johannes Angermüller/Silke van Dyk (Hg.): Diskursanalyse meets Gouvernementalitätsforschung. Perspektiven auf das Verhältnis von Subjekt, Sprache, Macht und Wissen, Frankfurt a.M./New York: Campus, S. 263-290.
- Bührmann, Andrea D./Werner Schneider (2013): »Vom »discursive turn« zum »dispositive turn«? Folgerungen, Herausforderungen und Perspektiven für die Forschungspraxis«, in: Britta Hoffarth/Łukasz Kumięga/Joannah Caborn Wengler (Hg.): Verortungen des Dispositiv-Begriffs. Analytische Einsätze zu Raum, Bildung, Politik, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 21-35.
- Burchell, Graham/Colin Gordon/Peter Miller (Hg.) (1991): The Foucault Effect. Studies in Governmentality with two Lectures by and an Interview with Michel Foucault, London/Chicago: Chicago Press.
- Burth, Hans-Peter/Axel Görlitz (1998): Politische Steuerung. Ein Studienbuch, 2. überarb. u. erweit. Aufl., Opladen: Leske + Budrich.
- Butler, Judith (1998): Haß spricht. Zur Politik des Performativen, Berlin: Berlin-Verlag.
- Butler, Judith (2001): Psyche der Macht. Das Subjekt der Unterwerfung, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Butterwegge, Christoph (2014): Krise und Zukunft des Sozialstaates, 5. aktual. Aufl., Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Charmaz, Kathy (2009): Constructing Grounded Theory: A Practical Guide Through Qualitative Analysis, London/Thousand Oaks/New Delhi: Sage.

- Charmaz, Kathy (2011): »Den Standpunkt verändern: Methoden der konstruktivistischen Grounded Theory«, in: Günter Mey/Katja Mruck (Hg.): *Grounded Theory Reader*, 2. aktual. u. erweit. Aufl., Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 181-205.
- Clarke, Adele E. (2009): *Situational Analysis. Grounded Theory after the Postmodern Turn*, London/Thousand Oaks/New Delhi: Sage.
- Coulthard, Malcolm (1977): *An Introduction to Discourse Analysis*, London: Longman.
- Cox, Robert W. (1987): *Production, Power, and World Order. Social Forces in the Making of History*, New York: Columbia University Press.
- Czada, Roland (2010): »Good Governance als Leitkonzept für Regierungshandeln: Grundlagen, Anwendungen, Kritik«, in: Arthur Benz/Nicolai Dose (Hg.): *Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung*, 2. aktual. u. veränd. Aufl., Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 201-223.
- Dahl, Robert A. (1957): »The Concept of Power«, in: *Behavioral Science* 2 (3), S. 201-215.
- Dahme, Heinz-Jürgen/Norbert Wohlfahrt (2003): »Aktivierungspolitik und der Umbau des Sozialstaates. Gesellschaftliche Modernisierung durch angebotsorientierte Sozialpolitik«, in: Dies./Hans-Uwe Otto (Hg.): *Soziale Arbeit für den aktivierenden Staat*, Opladen: Leske + Budrich, S. 75-100.
- Dahme, Heinz-Jürgen/Norbert Wohlfahrt (2009): »Zivilgesellschaft und »managerieller« Staat. Bürgerschaftliche Sozialpolitik als Teil instrumenteller Governance«, in: Ingo Bode/Adalbert Evers/Ansgar Klein (Hg.): *Bürgergesellschaft als Projekt. Eine Bestandsaufnahme zu Entwicklung und Förderung zivilgesellschaftlicher Potenziale in Deutschland*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 240-264.
- Dausien, Bettina (1996): *Biographie und Geschlecht. Zur biographischen Konstruktion sozialer Wirklichkeit in Frauenlebensgeschichten*, Bremen: Donat.
- Dean, Mitchell (1999): *Governmentality. Power and Rule in Modern Society*, London/Thousand Oaks/New Delhi: Sage.
- De La Rosa, Sybille/Dorothea Gädecke (2009): »Steuerung durch Argumente«, in: Gerhard Göhler/Ulrike Höppner/Sybille De La Rosa (Hg.): *Weiche Steuerung. Studien zur Steuerung durch diskursive Praktiken, Argumente und Symbole*, Baden-Baden: Nomos, S. 74-137.
- Deleuze, Gilles (1991): »Was ist ein Dispositiv?«, in: François Ewald/Bernhard Waldenfels (Hg.): *Spiele der Wahrheit. Michel Foucaults Denken*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 153-162.
- Demirović, Alex (2007): »Politische Gesellschaft – zivile Gesellschaft. Zur Theorie des integralen Staates bei Antonio Gramsci«, in: Sonja Buckel/Andreas Fischer-Lescano (Hg.): *Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis*, Baden-Baden: Nomos, S. 21-41.
- Denninger, Tina/Silke van Dyk/Stephan Lessenich/Anna Richter (2010): »Die Regierung des Alter(n)s. Analysen im Spannungsfeld von Diskurs, Dispositiv und Disposition«, in: Johannes Angermüller/Silke van Dyk (Hg.): *Diskursanalyse meets Gouvernementalitätsforschung. Perspektiven auf das Verhältnis von Subjekt, Sprache, Macht und Wissen*, Frankfurt a.M./New York: Campus, S. 209-237.

- Denninger, Tina/Silke van Dyk/Stephan Lessenich/Anna Richter (2012): »Vom verdienten Ruhestand« zum »Alterskraftunternehmer«? Bilder des Alter(n)s im gesellschaftlichen Wandel nach dem Systemumbruch«, in: Heinrich Best/ Everhard Holtmann (Hg.): Aufbruch der entscherten Gesellschaft. Deutschland nach der Wiedervereinigung, Frankfurt a.M./New York: Campus, S. 369-387.
- Dettling, Warnfried (2002): »Gewerkschaften und Bürgergesellschaft. Anmerkungen zu einer schwierigen Beziehung«, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 15 (2), S. 7-12.
- Diaz-Bone, Rainer (1999): »Probleme und Strategien der Operationalisierung des Diskursmodells im Anschluß an Michel Foucault«, in: Hannelore Bublitz/Andrea D. Bührmann/Christine Hanke/Andrea Seier (Hg.): Das Wuchern der Diskurse. Perspektiven der Diskursanalyse Foucaults, Frankfurt a.M./New York: Campus, S. 119-135.
- Diaz-Bone, Rainer/Werner Schneider (2008): »Qualitative Datenanalysesoftware in der sozialwissenschaftlichen Diskursanalyse – Zwei Praxisbeispiele«, in: Reiner Keller/Andreas Hirsland/Werner Schneider/Willy Viehöver (Hg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Bd. 2: Forschungspraxis, 3. aktual. u. erweit. Aufl., Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 491-529.
- Dingeldey, Irene (2006): »Aktivierender Wohlfahrtsstaat und sozialpolitische Steuerung«, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 8, S. 3-9.
- Dose, Nicolai (2008): »Governance als problemorientierte Steuerung«, in: Gunnar Folke Schuppert/Michael Zürn (Hg.): Governance in einer sich wandelnden Welt, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 77-94.
- Dose, Nicolai (2013): »Von Government zu Governance: Regieren unter veränderten Bedingungen«, in: Karl-Rudolf Korte/Timo Grunden (Hg.): Handbuch Regierungsforschung, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 53-60.
- Dreyfuß, Hubert L./Paul Rabinow (1994): Michel Foucault. Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik, 2. Aufl., Weinheim: Beltz Athenäum.
- van Dyk, Silke (2010): »Verknüpfte Welt oder Foucault meets Latour. Zum Dispositiv als Assoziation«, in: Robert Feustel/Maximilian Schochow (Hg.): Zwischen Sprachspiel und Methode. Perspektiven der Diskursanalyse, Bielefeld: transcript, S. 169-196.
- van Dyk, Silke/Stephan Lessenich (2009): »Junge Alte: Vom Aufstieg und Wandel einer Sozialfigur«, in: Dies. (Hg.): Die jungen Alten. Analysen einer neuen Sozialfigur, Frankfurt a.M./New York: Campus, S. 11-48.
- Eckardt, Frank (2006): »Das deutsche »Mehrgenerationenhaus«: Die falsche Antwort auf ein komplexes Problem«, in: Sozial Extra 30 (10), S. 32-36.
- Ehrhardt Jens (2008): Zur Engagementaufnahme in den Zeiträumen 1994-1998 und 2003-2007: Längsschnittanalysen mit dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) [www.wzb.eu/sites/default/files/projekte/expertise_ehrhardt.pdf; 24.02.2012].
- Ehrke, Michael (2001): Zivilgesellschaft und Sozialdemokratie, Bonn: FES [http://library.fes.de/fulltext/id/00870toc.htm; 11.01.2012].
- Esping-Andersen, Gøsta (1996): »After the Golden Age? Welfare State Dilemmas in a Global Economy«, in: Ders. (Hg.): Welfare States in Transition. National Adaptations in Global Economies, London/Thousand Oaks/New Delhi: Sage, S. 1-31.

- Esping-Andersen, Gøsta (2002a): »A Child-Centered Social Investment Strategy«, in: Ders./Duncan Gallie/Anton Hemerijck/John Myles (Hg.): *Why We Need a New Welfare State?*, Oxford/New York: Oxford University Press, S. 26-67.
- Esping-Andersen, Gøsta (2002b): »A New Gender Contract«, in: Ders./Duncan Gallie/Anton Hemerijck/John Myles (Hg.): *Why We Need a New Welfare State?*, Oxford/New York: Oxford University Press, S. 68-95.
- Esping-Andersen, Gøsta/Duncan Gallie/Anton Hemerijck/John Myles (Hg.) (2002): *Why We Need a New Welfare State?*, Oxford/New York: Oxford University Press.
- Etzioni, Amitai (1968): *The Active Society. A Theory of Societal and Political Processes*, London: Macmillan.
- Etzioni, Amitai (1993): *Spirit of Community. Rights, Responsibilities, and the Communitarian Agenda*, New York: Crown.
- Etzioni, Amitai (1994): *Jenseits des Egoismus-Prinzips. Ein neues Bild von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft*, Stuttgart: Schäffer-Poeschel.
- Etzioni, Amitai (1997): *Die Verantwortungsgesellschaft. Individualismus und Moral in der heutigen Demokratie*, Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Evers, Adalbert (1988): »Kontinuitäten und Zäsuren im Selbsthilfebereich. Eine Problemskizze am Beispiel Berlin«, in: *Blätter der Wohlfahrtspflege* 135 (9), S. 196-200.
- Evers, Adalbert (1999): »Verschiedene Konzeptionalisierungen von Engagement. Ihre Bedeutung für Analyse und Politik«, in: Ernst Kistler/Heinz-Herbert Noll/Eckhard Priller (Hg.): *Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts. Empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Meßkonzepte*, Berlin: Ed. Sigma, S. 53-65.
- Evers, Adalbert (2007): »Bezahlte Arbeit und bürgerschaftliches Engagement. Verschieden, doch nicht immer getrennt«, in: Hessisches Sozialministerium/LandesEhrenamtsagentur Hessen (Hg.): *Dokumentation: »Ohne Moos nix los?!« Wie viel Bezahlung verträgt das bürgerschaftliche Engagement. Fachtagung vom 14.02.2007 an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt, Wiesbaden, S. 117-124* [www.gemeinsam-aktiv.de/mm/ohnemoos_dokumentation.pdf; 24.07.2011].
- Evers, Adalbert (2009): »Civicness and Civility: Their Meanings for Social Services«, in: *Voluntas* 20 (3), S. 239-259.
- Evers, Adalbert (2012): »Alltagsengagement. Was in den gegenwärtigen Beteiligungsdebatten außen vor bleibt«, in: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): *Engagiert! Gedanken zum neuen bürgerschaftlichen Engagement. Beiträge der Arbeitsgruppe Bürgerschaftliches Engagement der grünen Akademie*, Berlin: HBS, S. 20f.
- Evers, Adalbert/Thomas Olk (2002): »Bürgerengagement im Sozialstaat – Randphänomen oder Kernproblem?«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 9, S. 6-14.
- Evers, Adalbert/Rudolf Speth/Sybille Volkholz/Anne Ulrich (2012): »Bürgerschaftliches Engagement in grüner Perspektive. Sechs Thesen«, in: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): *Engagiert! Gedanken zum neuen bürgerschaftlichen Engagement. Beiträge der Arbeitsgruppe Bürgerschaftliches Engagement der grünen Akademie*, Berlin: HBS, S. 9-13.
- Fach, Wolfgang/Rebecca Pates (2004): »Zivilgesellschaft«, in: Ulrich Bröckling/Susanne Krasmann/Thomas Lemke (Hg.): *Glossar der Gegenwart*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 312-318.

- Fink, Ulf (1988): »Fünf Jahre Selbsthilfeförderung in Berlin. Selbsthilfediskussion und Selbsthilfeförderung seit 1983«, in: *Blätter der Wohlfahrtspflege* 135 (9), S. 193-195.
- Fischer, Frank (2009): *Democracy and Expertise. Reorienting Policy Inquiry*, Oxford/New York: Oxford University Press.
- Fischer, Frank/John Forester (Hg.) (1993): *The Argumentative Turn in Policy Analysis and Planning*, Durham: Duke University Press.
- Foucault, Michel (1971): *Die Ordnung der Dinge. Eine Archäologie der Humanwissenschaften*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (1973): *Wahnsinn und Gesellschaft. Eine Geschichte des Wahns im Zeitalter der Vernunft*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (1977): *Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (1978): *Dispositive der Macht. Michel Foucault: Über Sexualität, Wissen und Wahrheit*, Berlin: Merve Verlag.
- Foucault, Michel (1981): *Archäologie des Wissens*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (1983): *Sexualität und Wahrheit, Bd. 1: Der Wille zum Wissen*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (1989a): *Sexualität und Wahrheit, Bd. 2: Der Gebrauch der Lüste*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (1989b): *Sexualität und Wahrheit, Bd. 3: Die Sorge um sich*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (1994a): *Die Ordnung des Diskurses*, 7. Aufl., Frankfurt a.M.: Fischer.
- Foucault, Michel (1994b): »Warum ich Macht untersuche. Die Frage des Subjekts«, in: Hubert L. Dreyfuß/Paul Rabinow (1994): *Michel Foucault. Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik*, 2. Aufl., Weinheim: Beltz Athenäum, S. 243-261.
- Foucault, Michel (1996): *Diskurs und Wahrheit. Die Problematisierung der Parrhesia. 6 Vorlesungen, gehalten im Herbst 1983 an der Universität von Berkeley/Kalifornien*, Berlin: Merve Verlag.
- Foucault, Michel (2000): »Die »Gouvernementalität«. Vorlesung am Collège de France am 1. Februar 1978«, in: Ulrich Bröckling/Susanne Krasmann/Thomas Lemke (Hg.): *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 41-67.
- Foucault, Michel (2001): *Schriften in vier Bänden. Dits et Ecrits, Bd. I: 1954-1969*, hg. v. Daniel Defert und François Ewald, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (2002): *Schriften in vier Bänden. Dits et Ecrits, Bd. II: 1970-1975*, hg. v. Daniel Defert und François Ewald, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (2003): *Schriften in vier Bänden. Dits et Ecrits, Bd. III: 1976-1979*, hg. v. Daniel Defert und François Ewald, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (2004a): *Geschichte der Gouvernementalität I: Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Vorlesungen am Collège de France 1977-1978*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (2004b): *Geschichte der Gouvernementalität II: Die Geburt der Biopolitik. Vorlesungen am Collège de France 1978-1979*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

- Foucault, Michel (2005): Schriften in vier Bänden. Dits et Ecrits, Bd. IV: 1980-1988, hg. v. Daniel Defert und François Ewald, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Gaskin, Katharine/Justin Davis Smith/Irmtraut Paulwitz (1996): Ein neues bürgerschaftliches Europa. Eine Untersuchung zur Verbreitung und Rolle von Volunteering in zehn Ländern, Freiburg i.Br.: Lambertus.
- Generali Zukunftsfonds/Institut für Demoskopie Allensbach (2012): Generali Altersstudie 2013. Wie ältere Menschen leben, denken und sich engagieren, Frankfurt a.M.: Fischer.
- Gensicke, Thomas (2001): »Freiwilliges Engagement in den neuen und alten Bundesländern«, in: Joachim Braun/Gabriele Wahlen (Hg.): Die Freiwilligen. Das Sozialkapital des neuen Jahrtausends. Förderpolitische Konsequenzen aus dem Freiwilligensurvey 1999, Köln/Leipzig: ISAB-Verlag, S. 83-95.
- Gensicke, Thomas/Sabine Geiss (2010): Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009. Zivilgesellschaft, soziales Kapital und freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004-2009. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und Bürgerschaftlichem Engagement, München: TNS Infratest Sozialforschung.
- Gensicke, Thomas/Helmut Klages (1998): »Bürgerschaftliches Engagement 1997«, in: Heiner Meulemann (Hg.): Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland. Erklärungsansätze der Umfrageforschung, Opladen: Leske + Budrich, S. 177-193.
- Gensicke, Thomas/Sibylle Picot/Sabine Geiss (2005): Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement, München: TNS Infratest Sozialforschung.
- Gerhards, Jürgen (1992): »Dimensionen und Strategien öffentlicher Diskurse«, in: Journal für Sozialforschung 32 (3/4), S. 307-316.
- Giddens, Anthony (1979): Central Problems in Social Theory. Action, Structure and Contradiction in Social Analysis, London: Macmillan.
- Giddens, Anthony (1998): The Third Way. The Renewal of Social Democracy, Cambridge: Polity Press.
- Giddens, Anthony (2000): »Gespräch mit Anthony Giddens: »Es wird ziemlich schwer, öffentlichen Raum zurück zu gewinnen«, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 47 (6), S. 335-340.
- Gill, Stephen (Hg.) (1993): Gramsci, Historical Materialism and International Relations, Cambridge: Cambridge University Press.
- Glaser, Barney G. (1965): »The Constant Comparative Method of Qualitative Analysis«, in: Social Problems 12 (4), S. 436-445.
- Glaser, Barney G./Anselm L. Strauss (1967): The Discovery of Grounded Theory. Strategies for Qualitative Research, New York: de Gruyter.
- Glaser, Barney G./Anselm L. Strauss (2005): Grounded Theory. Strategien qualitativer Forschung, 2. korr. Aufl., Bern: Huber.
- Glasze, Georg (2007): »Vorschläge zur Operationalisierung der Diskurstheorie von Laclau und Mouffe in einer Triangulation von lexikometrischen und interpretativen Methoden«, in: Forum Qualitative Sozialforschung 8 (2) [73 Absätze] [www.qualitative-research.net/index.php/fqs/rt/prINTERfriendly/239/529; 14.09.2013].

- Glasze, Georg/Annika Mattissek (2009): »Die Hegemonie- und Diskurstheorie von Laclau und Mouffe«, in: Dies. (Hg.): Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung, Bielefeld: transcript, S. 153-179.
- Göhler, Gerhard (1994): »Politische Institutionen und ihr Kontext. Begriffliche und konzeptionelle Überlegungen zur Theorie politischer Institutionen«, in: Ders. (Hg.): Die Eigenart der Institutionen. Zum Profil politischer Institutionentheorie, Baden-Baden: Nomos, S. 19-46.
- Göhler, Gerhard (2010): »Neue Perspektiven politischer Steuerung«, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 2-3, S. 34-40.
- Göhler, Gerhard/Ulrike Höppner/Sybille De La Rosa (Hg.) (2009a): Weiche Steuerung. Studien zur Steuerung durch diskursive Praktiken, Argumente und Symbole, Baden-Baden: Nomos.
- Göhler, Gerhard/Ulrike Höppner/Sybille De La Rosa (2009b): »Einleitung«, in: Dies. (Hg.): Weiche Steuerung. Studien zur Steuerung durch diskursive Praktiken, Argumente und Symbole, Baden-Baden: Nomos, S. 11-26.
- Göhler, Gerhard/Ulrike Höppner/Sybille De La Rosa/Stefan Skupien (2010): »Steuerung jenseits von Hierarchie. Wie diskursive Praktiken, Argumente und Symbole steuern können«, in: Politische Vierteljahresschrift 51 (4), S. 691-720.
- Gottweis, Herbert (1998): Governing Molecules. The Discursive Politics of Genetic Engineering in Europe and the United States, Cambridge/London: MIT Press.
- Gottweis, Herbert (2003): »Post-positivistische Zugänge in der Policy-Forschung«, in: Matthias Leonhard Maier/Frank Nullmeier/Tanja Pritzlaff/Achim Wiesner (Hg.): Politik als Lernprozess. Wissenszentrierte Ansätze der Politikanalyse, Opladen: Leske + Budrich, S. 122-138.
- Graefe, Stefanie (2010): »Effekt, Stützpunkt, Überzähliges? Subjektivität zwischen hegemonialer Rationalität und Eigensinn«, in: Johannes Angermüller/Silke van Dyk (Hg.): Diskursanalyse meets Gouvernementalitätsforschung. Perspektiven auf das Verhältnis von Subjekt, Sprache, Macht und Wissen, Frankfurt a.M./New York: Campus, S. 291-315.
- Gramsci, Antonio (1991): Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe, Bd. 2: Hefte 2-3, hg. v. Wolfgang Fritz Haug, Berlin/Hamburg: Argument.
- Gramsci, Antonio (1992): Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe, Bd. 4: Hefte 6-7, hg. v. Klaus Bochmann und Wolfgang Fritz Haug, Berlin/Hamburg: Argument.
- Gross, Peter (1994): Die Multioptionsgesellschaft, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Güntert, Stefan T./Theo Wehner (2006): »Ist Freiwilligenarbeit mehr als unbezahlte Arbeit?«, in: Peter Farago/Herbert Ammann (Hg.): Monetarisierung der Freiwilligkeit, Zürich: Seismo-Verlag, S. 139-148.
- Habermas, Jürgen (1981a): Theorie des kommunikativen Handelns, Bd. 1: Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1981b): Theorie des kommunikativen Handelns, Bd. 2: Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1988): Der philosophische Diskurs der Moderne. 12 Vorlesungen, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1992): Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

- Hacket, Anne/Gerd Mutz (2002): »Empirische Befunde zum bürgerschaftlichen Engagement«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 9, S. 39-46.
- Haibach, Marita (1998): »Zukunftsorientierte Organisationskultur für Nonprofit Organisationen (NPOs)«, in: BMFSFJ (Hg.): *Qualität schaffen. Welches Know-how brauchen Freiwilligen-Agenturen?*, Bonn: BMFSFJ, S. 22f. [www.univation.org/download/QS_15.pdf; 10.02.2013].
- Hajer, Maarten A. (1995): *The Politics of Environmental Discourse. Ecological Modernization and the Policy Process*, Oxford: Clarendon Press.
- Hajer, Maarten A. (1997): »Ökologische Modernisierung als Sprachspiel. Eine institutionell-konstruktivistische Perspektive zum Umweltdiskurs und zum institutionellen Wandel«, in: *Soziale Welt* 48 (29), S. 107-131.
- Hajer, Maarten A. (2008): »Argumentative Diskursanalyse. Auf der Suche nach Koalitionen, Praktiken und Bedeutung«, in: Reiner Keller/Andreas Hirsland/Werner Schneider/Willy Viehöver (Hg.): *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse*, Bd. 2: *Forschungspraxis*, 3. aktual. u. erweit. Aufl., Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 271-298.
- Halfar, Bernd (1994): »Wohlfahrtsverband und Mitgliedschaft«, in: *Caritas* 95 (3), S. 106-112.
- Hambach, Eva (2005): »Freiwilligenarbeit. Gesellschaftliche Funktionen, Rahmenbedingungen und aktuelle Herausforderungen«, in: Sandra Kotlenga (Hg.): *Arbeit(en) im Dritten Sektor. Europäische Perspektiven*, Mössingen-Talheim: Talheimer Verlag, S. 331-344.
- Hartnuß, Birger/Ansgar Klein/Thomas Olk (2011): »Engagementpolitik«, in: Thomas Olk/Birger Hartnuß (Hg.): *Handbuch Bürgerschaftliches Engagement*, Weinheim/Basel: Beltz Juventa, S. 761-776.
- Haus, Michael (2010a): *Transformation des Regierens und Herausforderungen der Institutionenpolitik*, Baden-Baden: Nomos.
- Haus, Michael (2010b): »Von government zu governance? Bürgergesellschaft und Engagementpolitik im Kontext neuer Formen des Regierens«, in: Thomas Olk/Ansgar Klein/Birger Hartnuß (Hg.): *Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 210-232.
- Hauskeller, Christine (2000): *Das paradoxe Subjekt. Widerstand und Unterwerfung bei Judith Butler und Michel Foucault*, Tübingen: edition diskord.
- Heinemann, Klaus/Manfred Schubert (1994): *Der Sportverein. Ergebnisse einer repräsentativen Untersuchung*, Schorndorf: Hofmann.
- Heinze, Rolf G. (1998): *Die blockierte Gesellschaft. Sozioökonomischer Wandel und die Krise des »Modell Deutschland«*, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Heinze, Rolf G./Thomas Olk (1999): »Vom Ehrenamt zum bürgerschaftlichen Engagement. Trends des begrifflichen und gesellschaftlichen Strukturwandels«, in: Ernst Kistler/Heinz-Herbert Noll/Eckhard Priller (Hg.): *Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts. Empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Meßkonzepte*, Berlin: Ed. Sigma, S. 77-100.
- Heinze, Rolf G./Thomas Olk (Hg.) (2001): *Bürgerengagement in Deutschland. Bestandsaufnahmen und Perspektiven*, Opladen: Leske + Budrich.
- Heinze, Rolf G./Christoph Strünck (2001): »Bürgerschaftliches Engagement inmitten von Markt und Staat«, in: Achim Brosziewski/Thomas S. Eberle/Christoph

- Maeder (Hg.): *Moderne Zeiten. Reflexionen zur Multioptionsgesellschaft*, Konstanz: UVK, S. 99-111.
- Helbrecht-Jordan, Ingrid (1992): »Soziales Ehrenamt. Krise oder Wandel«, in: *Sozialpädagogik* 34 (5), S. 235-240.
- Héritier, Adrienne (2002): »Introduction«, in: Dies. (Hg.): *Common Goods. Reinventing European and International Governance*, Lanham/Boulder: Rowman & Littlefield, S. 1-12.
- Hetzl, Andreas (2005): »Technik als Technikvermittlung und Dispositiv: Über die vielfältige Wirksamkeit der Maschinen«, in: Gerhard Gamm/Andreas Hetzel (Hg.): *Unbestimmtheitssignaturen der Technik: Eine Deutung der technisierten Welt*, Bielefeld: transcript, S. 275-296.
- Hildebrandt, Mathias (2001): »Subjektkonzeption und Handlungstheorie. Was leistet die Postmoderne?«, in: Harald Bluhm/Jürgen Gebhardt (Hg.): *Konzepte politischen Handelns. Kreativität – Innovation – Praxen*, Baden-Baden: Nomos, S. 95-113.
- Hirsch, Joachim/Bob Jessop/Nicos Poulantzas (2001): *Die Zukunft des Staates. Denationalisierung, Internationalisierung, Renationalisierung*, Hamburg: VSA-Verlag, 2001.
- Hirschman, Albert O. (1970): *Exit, Voice and Loyalty. Responses to Decline in Firms, Organizations and States*, Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Hitzler, Ronald/Anne Honer (1994): »Bastelexistenz. Über subjektive Konsequenzen der Individualisierung«, in: Ulrich Beck/Elisabeth Beck-Gernsheim (Hg.): *Risikante Freiheiten. Individualisierung in modernen Gesellschaften*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 307-315.
- Hoffarth, Britta/Lukasz Kumiega/Joannah Caborn Wengler (Hg.) (2013a): *Verortungen des Dispositiv-Begriffs. Analytische Einsätze zu Raum, Bildung, Politik*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hoffarth, Britta/Lukasz Kumiega/Joannah Caborn Wengler (2013b): »Einführung: Zum Potenzial des Foucaultschen Dispositivkonzepts«, in: Dies. (Hg.): *Verortungen des Dispositiv-Begriffs. Analytische Einsätze zu Raum, Bildung, Politik*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 8-17.
- Hollingworth, Joseph Rogers/Philippe C. Schmitter/Wolfgang Streeck (Hg.) (1994): *Governing Capitalist Economies. Performance and Control of Economic Sectors*, New York/Oxford: Oxford University Press.
- Honneth, Axel (1985): *Kritik der Macht. Reflexionsstufen einer kritischen Gesellschaftstheorie*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Honneth, Axel (Hg.) (1993): *Kommunitarismus. Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften*, Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Howarth, David/Jacob Torfing (Hg.) (2005): *Discourse Theory in European Politics: Identity, Policy and Governance*, Houndsmill/Basingstoke/New York: Macmillan.
- Howarth, David/Aletta J. Norval/Yannis Stavrakakis (Hg.) (2000): *Discourse Theory and Political Analysis. Identities, Hegemonies and Social Change*, Manchester/New York: Manchester University Press.
- Infas [Institut für angewandte Sozialwissenschaft] (Hg.) (1993): *Die Freie Wohlfahrtspflege im Spiegel der Öffentlichkeit. Expertenmeinungen und Bevölkerungsbefragung*, Bonn/Bad Godesberg: Infas.

- ISAB [Institut für Sozialwissenschaftliche Analysen und Beratung] (1997): Modellprogramm Seniorenbüro: Freiwilliges Engagement im Alter. Zentrale Ergebnisse der ersten Projektphase [www.isab-institut.de/upload/projekte/01_b_engagement/0_3_1_4neu_Seniorenbuero/Modellprogramm%20Seniorenbuero,%20Zentrale%20Ergebnisse.pdf; 12.10.2011].
- ISS [Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V.] (Hg.) (2010): Praxisleitfaden »Freiwilligendienste machen kompetent«. Inklusion benachteiligter Jugendlicher in das Freiwillige Soziale Jahr und das Freiwillige Ökologische Jahr, Berlin: ISS.
- Jäger, Siegfried (2001): »Diskurs und Wissen. Theoretische und methodische Aspekte einer Kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse«, in: Reiner Keller/Andreas Hirsland/Werner Schneider/Willy Viehöver (Hg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Bd. 1: Theorien und Methoden, Opladen: Leske + Budrich, S. 81-112.
- Jakob, Gisela/Heinz Janning (2000): »Freiwilligenagenturen – Eine erste Bilanz«, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 13 (2), S. 64-76.
- Jakob, Gisela/Thomas Olk (1991a): »Personalmanagement für Ehrenamtliche. Eine Untersuchung kultureller Muster ehrenamtlichen Engagements und verbandlicher Strategien der Caritas«, in: Caritas 92 (5), S. 227-234.
- Jakob, Gisela/Thomas Olk (1991b): »Sozialkulturelle Varianten ehrenamtlichen Engagements innerhalb des Caritasverbandes«, in: Neue Praxis 21 (5-6), S. 500-503.
- Jessop, Bob (1998): »The Rise of Governance and the Risk of Failure: The Case of Economic Development«, in: International Social Science Journal 50 (155), S. 29-45.
- Joas, Hans (1992): »Gesellschaft und Demokratie in den USA. Die vergessene Vorgeschichte des Kommunitarismus«, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 37, S. 859-869.
- Joas, Hans (1995): »Der Kommunitarismus – eine neue »progressive Bewegung«?«, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 8 (3), S. 29-38.
- Joas, Hans (1996): Die Kreativität des Handelns, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Jørgensen, Marianne W./Louise Phillipps (2002): Discourse Analysis as Theory and Method, London/Thousand Oaks/New Delhi: Sage.
- Kamlage, Jan-Hendrik (2008): Der erwachende Riese: Die Entwicklung zivilgesellschaftlicher Infrastruktureinrichtungen in Deutschland, Bremen [www.option-be.de/files/the_awaking_giantt_heinz_janning.pdf; 05.08.2011].
- Kammler, Clemens (1986): Michel Foucault. Eine kritische Analyse seines Werkes, Bonn: Bouvier.
- Kaufmann, Franz-Xaver (2009): Sozialpolitik und Sozialstaat. Soziologische Analysen, 3. erw. Aufl., Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kelle, Udo (2004): »Computergestützte Analyse qualitativer Daten«, in: Uwe Flick/Ernst von Kardorff/Ines Steinke (Hg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch, 3. Aufl., Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, S. 485-502.
- Keller, Reiner (1997): »Diskursanalyse«, in: Ronald Hitzler/Anne Honer (Hg.): Sozialwissenschaftliche Hermeneutik. Eine Einführung, Opladen: Leske + Budrich, S. 309-333.

- Keller, Reiner (1998): Müll – Die gesellschaftliche Konstruktion des Wertvollen. Die öffentliche Diskussion über Abfall in Deutschland und Frankreich, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Keller, Reiner (2008a): Michel Foucault, Konstanz: UVK.
- Keller, Reiner (2008b): »Diskurse und Dispositive analysieren. Die Wissenssoziologische Diskursanalyse als Beitrag zu einer wissensanalytischen Profilierung der Diskursforschung«, in: *Historical Social Research* 33 (1), S. 73-107.
- Keller, Reiner (2010): »Wissenssoziologische Diskursanalyse und Systemtheorie«, in: René John/Anna Henkel/Jana Rückert-John (Hg.): *Die Methodologien des Systems. Wie kommt man zum Fall und wie dahinter?*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 241-272.
- Keller, Reiner (2011): *Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms*, 3. Aufl., Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Keller, Reiner (2013): »Zur Praxis der Wissenssoziologischen Diskursanalyse«, in: Ders./Inga Truschkat (Hg.): *Methodologie und Praxis der Wissenssoziologischen Diskursanalyse*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 27-68.
- Keller, Reiner/Andreas Hirsland/Werner Schneider/Willy Viehöver (2001): »Zur Aktualität sozialwissenschaftlicher Diskursanalyse – Eine Einführung«, in: Dies. (Hg.): *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse*, Bd. 1: Theorien und Methoden, Opladen: Leske + Budrich, S. 7-27.
- Kerchner, Brigitte (2006): »Wirklich Gegendanken. Politik analysieren mit Michel Foucault«, in: Dies./Silke Schneider (Hg.): *Foucault: Diskursanalyse der Politik. Eine Einführung*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 145-164.
- Kerchner, Brigitte/Silke Schneider (Hg.) (2006): *Foucault: Diskursanalyse der Politik. Eine Einführung*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kistler, Ernst/Markus Hilpert (1999): »Zivilgesellschaftliches Engagement auch noch als Arbeits(platz-)ersatz? Motive und Hemmnisse müssen geklärt werden, bevor man das Ehrenamt überfordert«, in: Ernst Kistler/Heinz-Herbert Noll/Eckhard Priller (Hg.): *Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts. Empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Meßkonzepte*, Berlin: Ed. Sigma, S. 265-274.
- Kistler, Ernst/Heinz-Herbert Noll/Eckhard Priller (Hg.) (1999): *Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts. Empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Meßkonzepte*, Berlin: Ed. Sigma.
- Kistler, Ernst/Susanne Schäfer-Walkmann (1999): »Meßkonzepte der Kräfte zivilgesellschaftlichen Zusammenhalts. Einige Überlegungen und Anfragen zum Forschungsstand«, in: Ders./Heinz-Herbert Noll/Eckhard Priller (Hg.): *Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts. Empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Meßkonzepte*, Berlin: Ed. Sigma, S. 21-41.
- Klages, Helmut (1999): »Individualisierung als Triebkraft bürgerschaftlichen Engagements«, in: Ernst Kistler/Heinz-Herbert Noll/Eckhard Priller (Hg.): *Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts. Empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Meßkonzepte*, Berlin: Ed. Sigma, S. 101-112.
- Klages, Helmut (2001a): »Der Freiwilligenbereich und das Engagementpotenzial der Bürger. Anforderungen an eine neue Politik des aktivierenden Staates«, in: Joachim Braun/Gabriele Wahlen (Hg.): *Die Freiwilligen. Das Sozialkapital des neuen Jahrtausends. Förderpolitische Konsequenzen aus dem Freiwilligen survey 1999*, Köln/Leipzig: ISAB-Verlag, S. 18-33.

- Klages, Helmut (2001b): »Engagementpotenziale in Deutschland«, in: Bernhard von Rosenblatt (Hg.): *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement*, Bd. 1: Gesamtbericht, 2. korrigierte Aufl., Stuttgart/Berlin/Köln: Kohlhammer, S. 198-209.
- Klein, Ansgar (1991): »Das Projekt der Zivilgesellschaft. Anmerkungen zur Renaissance der demokratischen Frage«, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 4 (1), S. 70-80.
- Kögler, Hans-Herbert (2007): »Die Macht der Interpretation: Kritische Sozialwissenschaft in Anschluss an Foucault«, in: Roland Anhorn/Frank Bettinger/Johannes Stehr (Hg.): *Foucaults Machtanalytik und Soziale Arbeit. Eine kritische Einführung und Bestandsaufnahme*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 347-363.
- Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen (1997): *Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung – Ursachen – Maßnahmen. Leitsätze, Zusammenfassung und Schlussfolgerungen der Teile I, II und III des Kommissionsberichts*, Bonn.
- Krasmann, Susanne (1999): »Regieren über Freiheit. Zur Analyse der Kontrollgesellschaft in foucaultscher Perspektive«, in: *Kriminologisches Journal* 31 (2), S. 107-121.
- Krasmann, Susanne (2000): »Gouvernementalität der Oberfläche. Aggressivität (ab-)trainieren beispielsweise«, in: Ulrich Bröckling/Dies./Thomas Lemke (Hg.): *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 194-226.
- Krohn, Maud/Karsten Speck (2012): »Ergebnisse der bundesweit repräsentativen Fragebogenerhebung«, in: Dies./Holger Backhaus-Maul/Peter Friedrich (Hg.): *Freiwilligenagenturen in Deutschland. Potenziale und Herausforderungen einer vielversprechenden intermediären Organisation*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 26-128.
- Kühnlein, Irene/Fritz Böhle (2002): »Motive und Motivationswandel des bürgerschaftlichen Engagements«, in: Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements« (Hg.): *Bürgerschaftliches Engagement und Erwerbsarbeit*, Opladen: Leske + Budrich, S. 267-297.
- Laclau, Ernesto (1981): *Politik und Ideologie im Marxismus. Kapitalismus, Faschismus, Populismus*, Berlin/Hamburg: Argument.
- Laclau, Ernesto (1990): *New Reflections on the Revolution of our Time*, London/New York: Verso.
- Laclau, Ernesto (1996): *Emancipation(s)*, London/New York: Verso.
- Laclau, Ernesto/Chantal Mouffe (1991): *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus*, Wien: Passagen-Verlag.
- Lamping, Wolfram/Henning Schridde/Stefan Plaß/Bernhard Blanke (2002): *Der Aktivierende Staat. Positionen, Begriffe, Strategien. Studie für den Arbeitskreis Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat der Friedrich-Ebert-Stiftung*, Bonn: FES [<http://library.fes.de/pdf-files/stabsabteilung/01336-1.pdf>; 10.10.2010].
- Landwehr, Achim (2003): »Diskurs – Macht – Wissen. Perspektiven einer Kulturgeschichte des Politischen«, in: *Archiv für Kulturgeschichte* 85 (1), S. 71-117.

- Landwehr, Achim (2006): »Diskursgeschichte als Geschichte des Politischen«, in: Brigitte Kerchner/Silke Schneider (Hg.): Foucault: Diskursanalyse der Politik. Eine Einführung, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 104-122.
- Lange, Stefan (2002): »Die politische Utopie der Gesellschaftssteuerung«, in: Kai-Uwe Hellmann/Rainer Schmalz-Bruns (Hg.): Theorie der Politik. Niklas Luhmanns politische Soziologie, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 171-193.
- Langemeyer, Ines (2007): »Wo Handlungsfähigkeit ist, ist nicht immer schon Unterwerfung. Fünf Probleme des Gouvernamentalitätsansatzes«, in: Roland Anhorn/Frank Bettinger/Johannes Stehr (Hg.): Foucaults Machtanalytik und Soziale Arbeit. Eine kritische Einführung und Bestandsaufnahme, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 227-243.
- Langer, Antje/Daniel Wrana (2007): »An den Rändern der Diskurse. Jenseits der Unterscheidung diskursiver und nicht-diskursiver Praktiken«, in: Forum Qualitative Sozialforschung 8 (2) [62 Absätze] [www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/253/557; 14.09.2013].
- Lasch, Christopher (1991): *The True and Only Heaven. Progress and Its Critics*, New York: Norton.
- Lehmbruch, Gerhard/Philippe C. Schmitter (Hg.) (1982): *Patterns of Corporatist Policy-Making*, Beverly Hills/London: Sage.
- Lemke, Thomas (1997): *Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der modernen Gouvernamentalität*, Berlin/Hamburg: Argument.
- Lemke, Thomas (2000): »Neoliberalismus, Staat und Selbsttechnologien. Ein kritischer Überblick über die governmentality studies«, in: Politische Vierteljahresschrift 41 (1), S. 31-47.
- Lemke, Thomas (2007): »Eine unverdauliche Mahlzeit? Staatlichkeit, Wissen und die Analytik der Regierung«, in: Susanne Krasmann/Michael Volkmer (Hg.): Michel Foucaults »Geschichte der Gouvernamentalität« in den Sozialwissenschaften. Internationale Beiträge, Bielefeld: transcript, S. 47-73.
- Lemke, Thomas (2008a): »Gouvernamentalität«, in: Clemens Kammler/Rolf Parr/Ulrich Johannes Schneider (Hg.): Foucault Handbuch. Leben – Werk – Wirkung, Stuttgart/Weimar: Metzler, S. 260-263.
- Lemke, Thomas (2008b): »Governmentality Studies«, in: Clemens Kammler/Rolf Parr/Ulrich Johannes Schneider (Hg.): Foucault Handbuch. Leben – Werk – Wirkung, Stuttgart/Weimar: Metzler, S. 380-385.
- Lessenich, Stephan (2003a): *Dynamischer Immobilismus. Kontinuität und Wandel im deutschen Sozialmodell*, Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Lessenich, Stephan (2003b): »Soziale Subjektivität. Die neue Regierung der Gesellschaft«, in: Mittelweg 36 12 (4), S. 80-93.
- Lessenich, Stephan (2003c): »Der Arme in der Aktivgesellschaft. Zum sozialen Sinn des »Förderns und Forderns««, in: WSI-Mitteilungen 54 (4), S. 214-220.
- Lessenich, Stephan (2006): »Beweglich – Unbeweglich«, in: Ders./Frank Nullmeier (Hg.): *Deutschland eine gesplittete Gesellschaft*, Frankfurt a.M./New York: Campus, S. 336-352.
- Lessenich, Stephan (2008): *Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus*, Bielefeld: transcript.
- Lessenich, Stephan (2009): »Mobilität und Kontrolle. Zur Dialektik der Aktivgesellschaft«, in: Klaus Dörre/Ders./Hartmut Rosa: *Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 126-177.

- Lessenich, Stephan (2013): »Alles muss raus: Die politische Logik des ›Potenzials‹«, in: WSI-Mitteilungen 66 (2), S. 76.
- Lessenich, Stephan/Ulrich Otto (2005): »Das Alter in der Aktivgesellschaft – eine Skizze und offene Fragen zur Gestalt eines »Programms« und seinen Widersprüchen«, in: Ulrich Otto (Hg.): Partizipation und Inklusion im Alter. Aktuelle Herausforderungen, Jena: IKS Garamond, S. 5-18.
- Link, Jürgen (1999): »Diskursive Ereignisse, Diskurse, Interdiskurse: Sieben Thesen zur Operativität der Diskursanalyse, am Beispiel des Normalismus«, in: Hannelore Bublitx/Andrea D. Bührmann/Christine Hanke/Andrea Seier (Hg.): Das Wuchern der Diskurse. Perspektiven der Diskursanalyse Foucaults, Frankfurt a.M./New York: Campus, S. 148-161.
- Link, Jürgen (2005): »Warum Diskurse nicht von personalen Subjekten »ausgehandelt« werden. Von der Diskurs- zur Interdiskurstheorie«, in: Reiner Keller/Andreas Hirsland/Werner Schneider/Willy Viehöver (Hg.): Die diskursive Konstruktion von Wirklichkeit. Zum Verhältnis von Wissenssoziologie und Diskursforschung, Konstanz: UVK, S. 77-99.
- Link, Jürgen (2007): »Dispositiv und Interdiskurs. Mit Überlegungen zum »Dreieck« Foucault – Bourdieu – Luhmann«, in: Clemens Kammler/Rolf Parr (Hg.): Foucault in den Kulturwissenschaften. Eine Bestandsaufnahme, Heidelberg: Synchron, S. 219-238.
- Link, Jürgen (2008): »Dispositiv«, in: Clemens Kammler/Rolf Parr/Ulrich Johannes Schneider (Hg.): Foucault Handbuch. Leben – Werk – Wirkung, Stuttgart/Weimar: Metzler, S. 237-242.
- Link, Jürgen/Ursula Link-Heer (2002): »Warnung vor einem Fake! Nicht möglich! Die Interdiskurs-Theorie macht Karriere!«, in: KultuRRevolution 44, S. 9-11.
- Lorey, Isabell (1999): »Macht und Diskurs bei Foucault«, in: Hannelore Bublitx/Andrea D. Bührmann/Christine Hanke/Andrea Seier (Hg.): Das Wuchern der Diskurse. Perspektiven der Diskursanalyse Foucaults, Frankfurt a.M./New York: Campus, S. 87-96.
- Luhmann, Niklas (1972): Rechtssoziologie, Bd. 2, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Luhmann, Niklas (1980): Gesellschaftsstruktur und Semantik. Studien zur Wissenssoziologie der modernen Gesellschaft, Bd. 1, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas (1984): Soziale Systeme: Grundriß einer allgemeinen Theorie, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas (1988): Die Wirtschaft der Gesellschaft, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas (1989): »Politische Steuerung: Ein Diskussionsbeitrag«, in: Politische Vierteljahresschrift 30 (1), S. 4-9.
- Luhmann, Niklas (1994): Politische Planung. Aufsätze zur Soziologie von Politik und Verwaltung, 4. Aufl., Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 143-164.
- Luhmann, Niklas (2000a): Organisation und Entscheidung, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Luhmann, Niklas (2000b): Die Politik der Gesellschaft, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Lukes, Steven (1974): Power. A Radical View, London/Basingstoke: Macmillan.
- Lutz, Burkart (1984): Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts, Frankfurt a.M./New York: Campus.

- Maaser, Wolfgang (2006): »Der Aktivierungsdiskurs der Verantwortung«, in: *Neue Praxis* 36 (1), S. 37-52.
- Maier, Matthias Leonhard (2003): »Wissens- und ideenorientierte Ansätze in der Politikwissenschaft: Versuch einer systematischen Übersicht«, in: Ders./Frank Nullmeier/Tanja Pritzlaff/Achim Wiesner (Hg.): *Politik als Lernprozess. Wissenszentrierte Ansätze der Politikanalyse*, Opladen: Leske + Budrich, S. 25-77.
- Marchart, Oliver (Hg.) (1998): *Das Undarstellbare der Politik. Zur Hegemonietheorie Ernesto Laclaus*, Wien: Turia + Kant.
- Marchart, Oliver (2007): »Eine demokratische Gegenhegemonie – Zur neo-gramscianischen Demokratietheorie bei Laclau und Mouffe«, in: Sonja Buckel/Andreas Fischer-Lescano (Hg.): *Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis*, Baden-Baden: Nomos, S. 105-120.
- Marschallek, Christian (2004): »Die »schlichte Notwendigkeit« privater Altersvorsorge. Zur Wissenssoziologie der deutschen Rentenpolitik«, in: *Zeitschrift für Soziologie* 33 (4), S. 285-302.
- Martschukat, Jürgen (2008): »Diskurse und Gewalt: Wege zu einer Geschichte der Todesstrafe im 18. und 19. Jahrhundert«, in: Reiner Keller/Andreas Hirsland/Werner Schneider/Willy Viehöver (Hg.): *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse*, Bd. 2: *Forschungspraxis*, 3. aktual. u. erweit. Aufl., Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 69-97.
- Mattisek, Annika (2008): *Die neoliberale Stadt. Diskursive Repräsentationen im Stadtmarketing deutscher Großstädte*, Bielefeld: transcript.
- Mayntz, Renate (1980): *Implementation politischer Programme*, Bd. 1: *Empirische Forschungsberichte*, Königstein/Ts.: Athenäum.
- Mayntz, Renate (1983): *Implementation politischer Programme*, Bd. 2: *Ansätze zur Theoriebildung*, Königstein/Ts.: Athenäum.
- Mayntz, Renate (1997): »Politische Steuerung und gesellschaftliche Steuerungsprobleme (1987)«, in: Dies. (Hg.): *Soziale Dynamik und politische Steuerung. Theoretische und methodologische Überlegungen*, Frankfurt a.M./New York: Campus, S. 186-208.
- Mayntz, Renate (2001): »Zur Selektivität der steuerungstheoretischen Perspektive«, in: Hans-Peter Burth/Axel Görlitz (Hg.): *Politische Steuerung in Theorie und Praxis*, Baden-Baden: Nomos, S. 17-27.
- Mayntz, Renate (2003): »Governance im modernen Staat«, in: Arthur Benz u.a.: *Governance. Eine Einführung. Dreifachkurseinheit der FernUniversität Hagen*, Hagen: Fernuniversität in Hagen, S. 71-83.
- Mayntz, Renate (2006): »Governance Theory als fortentwickelte Steuerungstheorie?«, in: Gunnar Folke Schuppert (Hg.): *Governance-Forschung. Vergewisserung über Stand und Entwicklungslinien*, 2. unveränd. Aufl., Baden-Baden: Nomos, S. 11-20.
- Mayntz, Renate (2008): »Von der Steuerungstheorie zu Global Governance«, in: Gunnar Folke Schuppert/Michael Zürn (Hg.): *Governance in einer sich wandelnden Welt*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 43-60.
- Mayntz, Renate/Fritz W. Scharpf (1995): »Der Ansatz des akteurzentrierten Institutionalismus«, in: Dies. (Hg.): *Gesellschaftliche Selbstregulierung und Politische Steuerung*, Frankfurt a.M./New York: Campus, S. 39-72.

- Mey, Günter/Katja Mruck (Hg.) (2011): *Grounded Theory Reader*, 2. aktual. u. erweitert. Aufl., Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Miller, Peter/Nikolas Rose (1995): »Production, Identity, and Democracy«, in: *Theory and Society* 24 (3), S. 427-467.
- Morse, Janice M./Phyllis Noerager Stern/Juliet Corbin/Barbara Bowers/Kathy Charmaz/Adele E. Clarke (2009): *Developing Grounded Theory. The Second Generation*, Walnut Creek, Calif.: Left Coast Press.
- Müller, Cathren (2003): »Neoliberalismus als Selbstführung. Anmerkungen zu den ›Governmentality Studies‹«, in: *Das Argument* 249, S. 98-106.
- Nährlich, Stefan (2008): »Erfolgreich gescheitert?«, in: *Aktive Bürgerschaft aktuell*, Nr. 82 [www.aktive-buergerschaft.de/buergergesellschaft/kommentare/2008/09_-_erfolgreich_gescheitert#.U5h5oPnlZoM; 25.10.2011].
- Neumann, Daniela (2013): »Die Bürgergesellschaft als Freiwilligen-Markt?«, in: *Zeitschrift für Sozialreform* 59 (1), S. 111-132.
- Newman, Janet (2001): *Modernising Governance. New Labour, Policy and Society*, London/Thousand Oaks/New Delhi: Sage.
- Newman, Janet (2004): »Modernizing the State: A New Style of Governance?«, in: Jane Lewis/Rebecca Surender (Hg.): *Welfare State Change. Towards a Third Way?*, Oxford: Oxford University Press, S. 69-88.
- Newman, Janet (2010): »Civicness and the Paradoxes of Contemporary Governance«, in: Taco Brandsen/Paul Dekker/Adalbert Evers (Hg.): *Civicness in the Governance and Delivery of Social Services*, Baden-Baden: Nomos, S. 273-284.
- Nonhoff, Martin (2006): *Politischer Diskurs und Hegemonie. Das Projekt »Soziale Marktwirtschaft«*, Bielefeld: transcript.
- Nonhoff, Martin (Hg.) (2007a): *Diskurs – radikale Demokratie – Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe*, Bielefeld: transcript.
- Nonhoff, Martin (2007b): »Diskurs, radikale Demokratie, Hegemonie – Einleitung«, in: Ders. (Hg.): *Diskurs – radikale Demokratie – Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe*, Bielefeld: transcript, S. 7-23.
- Nonhoff, Martin (2007c): »Politische Diskursanalyse als Hegemonieanalyse«, in: Ders. (Hg.): *Diskurs – radikale Demokratie – Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe*, Bielefeld: transcript, S. 173-193.
- Nonhoff, Martin (2008a): »Politik und Regierung. Wie das sozial Stabile dynamisch wird und vice versa«, in: Stephan Moebius/Andreas Reckwitz (Hg.): *Poststrukturalistische Sozialwissenschaften*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 277-294.
- Nonhoff, Martin (2008b): »Hegemonieanalyse: Theorie, Methode und Forschungspraxis«, in: Reiner Keller/Andreas Hirsland/Werner Schneider/Willy Viehöver (Hg.): *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse*, Bd. 2: *Forschungspraxis*, 3. aktual. u. erweitert. Aufl., Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 299-331.
- Nonhoff, Martin (2010): »Chantal Mouffe und Ernesto Laclau. Konfliktivität und Dynamik des Politischen«, in: Ulrich Bröckling/Robert Feustel (Hg.): *Das Politische denken. Zeitgenössische Positionen*, Bielefeld: transcript, S. 33-57.
- Nonhoff, Martin/Jennifer Gronau (2012): »Die Freiheit des Subjekts im Diskurs. Anmerkungen zu einem Verhältnis der Gleichursprünglichkeit«, in: Reiner

- Keller/Werner Schneider/Willy Viehöver (Hg.): *Diskurs – Macht – Subjekt. Theorie und Empirie von Subjektivierung in der Diskursforschung*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 109-130.
- Notz, Gisela (1999): *Die neuen Freiwilligen. Das Ehrenamt – eine Antwort auf die Krise?* Neu-Ulm: AG SPAK Bücher.
- Nullmeier, Frank (1989): »Institutionelle Innovationen und neue soziale Bewegungen«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 26, S. 3-16.
- Nullmeier, Frank (1993): »Wissen und Policy-Forschung. Wissenspolitologie und rhetorisch-dialektisches Handlungsmodell«, in: Adrienne Héritier (Hg.): *Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung*, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 175-196.
- Nullmeier, Frank (2001): »Politikwissenschaft auf dem Weg zur Diskursanalyse?«, in: Reiner Keller/Andreas Hirsland/Werner Schneider/Willy Viehöver (Hg.): *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse*, Bd. 1: Theorien und Methoden, Opladen: Leske + Budrich, S. 285-311.
- Nullmeier, Frank (2012): »Interpretative Policy-Forschung und das Erklärungsproblem. Oder: Wie kann man diskursiven Wandel erklären?«, in: Björn Egner/Michael Haus/Georgios Terizakis (Hg.): *Regieren. Festschrift für Hubert Heinelt*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 37-56.
- Nullmeier, Frank/Matthias Dietz (2012): »Überzeugungswandel – Zur Erklärung von Politikwechseln am Beispiel der Atompolitik 2010 und 2011«, in: Jens Kersten/Gunnar Folke Schuppert (Hg.): *Politikwechsel als Governanceproblem*, Baden-Baden: Nomos, S. 88-113.
- Nullmeier, Frank/Friedbert W. Rüb (1993): *Die Transformation der Sozialpolitik. Vom Sozialstaat zum Sicherungsstaat*, Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Nye, Joseph S. (1990): »Soft Power«, in: *Foreign Policy* 80 (3), S. 153-171.
- Nye, Joseph S. (2004): *Power in the Global Information Age. From Realism to Globalization*, London: Routledge.
- Oevermann, Ulrich (2001): »Zur Analyse der Struktur von sozialen Deutungsmustern«, in: *Sozialer Sinn* 2 (1), S. 3-33.
- Oevermann, Ulrich/Tilman Allert/Elisabeth Konau/Jürgen Krambeck (1979): »Die Methodologie einer »objektiven Hermeneutik« und ihre allgemeine forschungslogische Bedeutung in den Sozialwissenschaften«, in: Hans-Georg Soeffner (Hg.): *Interpretative Verfahren in den Sozial- und Textwissenschaften*, Stuttgart: Metzler, S. 352-434.
- Offe, Claus (2008): »Governance – »Empty Signifier« oder sozialwissenschaftliches Forschungsprogramm?«, in: Gunnar Folke Schuppert/Michael Zürn (Hg.): *Governance in einer sich wandelnden Welt*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 61-76.
- Oliva, Hans (1998): »Die neuen Freiwilligen«, in: BMFSFJ (Hg.): *Qualität schaffen. Welches Know-how brauchen Freiwilligen-Agenturen?*, Bonn: BMFSFJ, S. 9-21 [www.univation.org/download/QS_15.pdf; 10.02.2013].
- Olk, Thomas (1987): »Das soziale Ehrenamt«, in: *Sozialwissenschaftliche Literatur-Rundschau* 10 (14), S. 84-101.
- Olk, Thomas (1989a): »Vom »alten« zum »neuen« Ehrenamt. Ehrenamtliches soziales Engagement außerhalb etablierter Träger«, in: *Blätter der Wohlfahrts-pflege* 136 (1), S. 7-10.

- Olk, Thomas (1989b): »Die Herausforderung. »Neue Ehrenamtlichkeit« und Freie Wohlfahrtspflege – paßt das zusammen?«, in: Sozialmagazin 3, S. 31-33.
- Olk, Thomas (1995): »Zwischen Korporatismus und Pluralismus. Zur Zukunft der Freien Wohlfahrtspflege im bundesdeutschen Sozialstaat«, in: Thomas Rauschenbach/Christoph Sachße/Ders. (Hg.): Von der Wertgemeinschaft zum Dienstleistungsunternehmen. Jugend- und Wohlfahrtsverbände im Umbruch, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 98-122.
- Olk, Thomas (2001): »Sozialstaat und Bürgergesellschaft«, in: Rolf G. Heinze/Ders. (Hg.): Bürgerengagement in Deutschland. Bestandsaufnahmen und Perspektiven, Opladen: Leske + Budrich, S. 29-68.
- Olk, Thomas (2002): »Begleitkommentar«, in: Olaf Ebert/Birger Hartnuß/Erik Rahn/Carola Schaaf-Derichs: Freiwilligenagenturen in Deutschland. Ergebnisse einer Erhebung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (bagfa), Stuttgart: Kohlhammer, S. 13-19.
- Olk, Thomas (2011): Information des Koordinierungsausschusses über die Arbeitsbilanz des BBE für das Jahr 2010 und die Förderpolitik des BMFSFJ gegenüber der Geschäftsstelle des BBE [www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2011/04/nl4_arbeitsbilanz_koa.pdf; 05.09.2011].
- Olk, Thomas/Birger Hartnuß (Hg.) (2011): Handbuch bürgerschaftliches Engagement. Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Olk, Thomas/Ansgar Klein/Birger Hartnuß (Hg.) (2010a): Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Olk, Thomas/Ansgar Klein/Birger Hartnuß (2010b): »Engagementpolitik als Politikfeld: Entwicklungserfordernisse und Perspektiven«, in: Dies. (Hg.): Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 24-59.
- Ott, Marion/Daniel Wrana (2010): »Gouvernementalität diskursiver Praktiken. Zur Methodologie der Analyse von Machtverhältnissen am Beispiel einer Maßnahme zur Aktivierung von Erwerbslosen«, in: Johannes Angermüller/Silke van Dyk (Hg.): Diskursanalyse meets Gouvernentalitätsforschung. Perspektiven auf das Verhältnis von Subjekt, Sprache, Macht und Wissen, Frankfurt a.M./New York: Campus, S. 157-184.
- Otto, Ulrich/Josef Schmid/Christian Steffen/Stephanie Schönstein/Sven Plank/Julia Mansour (2003): Bürgerschaftliches Engagement. Förderung durch die Bundesländer. Ziele, Instrumente und Strategien im Vergleich, Opladen: Leske + Budrich.
- Parr, Rolf (2008a): »Interdiskurstheorie/Interdiskursanalyse«, in: Clemens Kammler/Rolf Parr/Ulrich Johannes Schneider (Hg.): Foucault Handbuch. Leben – Werk – Wirkung, Stuttgart/Weimar: Metzler, S. 202-206.
- Parr, Rolf (2008b): »Diskurs«, in: Clemens Kammler/Rolf Parr/Ulrich Johannes Schneider (Hg.): Foucault Handbuch. Leben – Werk – Wirkung, Stuttgart/Weimar: Metzler, S. 233-237.
- Paulwitz, Irmtraut (1996a): »Bürgerschaftliches Engagement und Professionalität. Ausgewählte Ergebnisse der »Eurovol-Studie« für Theorie- und Praxisanregungen in Deutschland«, in: Katharine Gaskin/Justin Davis Smith/Dies.: Ein neues bürgerschaftliches Europa. Eine Untersuchung zur Verbreitung und Rolle von Volunteering in zehn Ländern, Freiburg i.Br.: Lambertus, S. 241-267.

- Paulwitz, Irmtraut (1996b): »Wem gebührt die Ehre? Ehrenamtliche Arbeit im Vergleich zu anderen europäischen Ländern«, in: Caritas 97 (5), S. 226-232.
- Paulwitz, Irmtraut (1998): »Die Eurovol-Studie«, in: Alfred Braun (Hg.): Solidarität der Generationen: Bürgerschaftliches Engagement. Erfahrungen in Deutschland und Europa. Perspektiven des Älterwerdens der Gesellschaft in Deutschland und Europa, Freudenstadt: Fritz-Erler-Akad., S. 58-69.
- Pêcheux, Michel (1984): »Metapher und Interdiskurs«, in: Jürgen Link/Wulf Wülfing (Hg.): Bewegung und Stillstand in Metaphern und Mythen. Fallstudien zum Verhältnis von elementarem Wissen und Literatur im 19. Jahrhundert, Stuttgart: Klett-Cotta, S. 93-99.
- Peglow, Meike (2002): Das neue Ehrenamt. Erwartungen und Konsequenzen für die soziale Arbeit, Marburg: Tectum Verlag.
- Picot, Sibylle (2001): »Jugend und freiwilliges Engagement«, in: Bernhard von Rosenblatt (Hg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement, Bd. 1: Gesamtbericht, 2. korrigierte Aufl., Stuttgart/Berlin/Köln: Kohlhammer, S. 146-155.
- Pierre, Jon/Guy B. Peters (2000): Governance, Politics and the State, Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Pongratz, Hans J./Gerd-Günter Voß (1998): »Der Arbeitskraftunternehmer: Eine neue Grundform der Ware Arbeitskraft?«, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 50 (1), S. 131-158.
- Pongratz, Hans J./Gerd-Günter Voß (2003): Arbeitskraftunternehmer. Erwerbsorientierung in entgrenzten Arbeitsformen, Berlin: Ed. Sigma.
- Potte-Bonneville, Mathieu (2007): »Müssen wir die Gesellschaft verteidigen? Gouvernamentalität, Zivilgesellschaft und politischer Aktivismus im Anschluss an Foucault«, in: Susanne Krasmann/Michael Volkmer (Hg.): Michel Foucaults »Geschichte der Gouvernamentalität« in den Sozialwissenschaften. Internationale Beiträge, Bielefeld: transcript, S. 287-307.
- Priller, Eckhard (2011): »Dynamik, Struktur und Wandel der Engagementforschung: Rückblick, Tendenzen und Anforderungen«, in: Ders./Mareike Alscher/Dietmar Dathe/Rudolf Speth (Hg.): Zivilengagement. Herausforderungen für Gesellschaft, Politik und Wissenschaft, Berlin/Münster: Lit, S. 11-40.
- Priller, Eckhard/Mareike Alscher/Dietmar Dathe/Rudolf Speth (Hg.) (2011): Zivilengagement. Herausforderungen für Gesellschaft, Politik und Wissenschaft, Berlin/Münster: Lit.
- Prognos AG (1984): Entwicklung der Freien Wohlfahrtspflege bis zum Jahr 2000, Basel: BFS.
- Putnam, Robert D. (1993): Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy, Princeton: Princeton University Press.
- Rauschenbach, Thomas (1991): »Gibt es ein »neues Ehrenamt«? Zum Stellenwert des Ehrenamtes in einem modernen System sozialer Dienste«, in: Sozialpädagogik 33 (1), S. 2-10.
- Rauschenbach, Thomas (1999): »Ehrenamt – eine Bekannte mit (zu) vielen Unbekannten. Randnotizen zu den Defiziten der Ehrenamtsforschung«, in: Ernst Kistler/Heinz-Herbert Noll/Eckhard Priller (Hg.): Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts. Empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Meßkonzepte, Berlin: Ed. Sigma, S. 67-76.

- Rauschenbach, Thomas/Christoph Sachße/Thomas Olk (Hg.) (1995): Von der Wertgemeinschaft zum Dienstleistungsunternehmen. Jugend- und Wohlfahrtsverbände im Umbruch, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Rawls, John (1971): *A Theory of Justice*, Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Reese-Schäfer, Walter (1996): »Die politische Rezeption des kommunitaristischen Denkens in Deutschland«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 36, S. 3-11.
- Reihs, Sigrid (1996): »Zum aktuellen Stand freiwilligen Engagements in Deutschland und in einigen Ländern Europas«, in: Katharine Gaskin/Justin Davis Smith/Irmtraut Paulwitz: *Ein neues bürgerschaftliches Europa. Eine Untersuchung zur Verbreitung und Rolle von Volunteering in zehn Ländern*, Freiburg i.Br.: Lambertus, S. 229-240.
- Renn, Joachim (2005): »Wie ist das Bewusstsein am Diskurs beteiligt? Handlungstheoretische Überlegungen zur performativen Beziehung zwischen Semantik und Intentionalität«, in: Reiner Keller/Andreas Hirsland/Werner Schneider/Willy Viehöver (Hg.): *Die diskursive Konstruktion von Wirklichkeit. Zum Verhältnis von Wissenssoziologie und Diskursforschung*, Konstanz: UVK, S. 101-126.
- Reusswig, Fritz (2010): »Klimawandel und Gesellschaft. Vom Katastrophen- zum Gestaltungsdiskurs im Horizont der postkarbonen Gesellschaft«, in: Martin Voss (Hg.): *Der Klimawandel. Sozialwissenschaftliche Perspektiven*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 75-97.
- Ritter, Ernst-Hasso (1979): »Der kooperative Staat. Bemerkungen zum Verhältnis von Staat und Wirtschaft«, in: *Archiv des öffentlichen Rechts* 104 (3), S. 389-413.
- Rhodes, Rod A.W. (1997): *Understanding Governance. Policy Networks, Governance, Reflexivity and Accountability*, Buckingham/Philadelphia: Open University Press.
- Röbke, Thomas (2008): Halb so wild – oder doch nicht? Kommentar zum Kommentar von Stefan Nährlich und den Ergebnissen von Jens Erhardt [http://bagfa.de/fileadmin/Materialien/Freiwilligenagentur_Roebke.pdf; 05.03.2012].
- von Rosenblatt, Bernhard (Hg.) (2001): *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement*, Bd. 1: Gesamtbericht, 2. korr. Aufl., Stuttgart/Berlin/Köln: Kohlhammer.
- Rosenthal, Gabriele/Wolfram Fischer-Rosenthal (2004): »Analyse narrativ-biographischer Interviews«, in: Uwe Flick/Ernst von Kardorff/Ines Steinke (Hg.): *Qualitative Forschung. Ein Handbuch*, 3. Aufl., Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, S. 456-468.
- Roth, Roland (1989): »Neue soziale Bewegungen als politische Institution – Anregungen für einen theoretischen Perspektivenwechsel«, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 2 (Sonderheft), S. 33-51.
- Roth, Roland (1992): »Jenseits von Markt und Staat – Dritter Sektor und neue soziale Bewegungen«, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 5 (4), S. 12-20.
- Roth, Roland (2004): »Die dunklen Seiten der Zivilgesellschaft. Grenzen einer zivilgesellschaftlichen Fundierung von Demokratie«, in: Ansgar Klein/Kristine Kern/Brigitte Geißel/Maria Berger (Hg.): *Zivilgesellschaft und Sozialkapital. Herausforderungen politischer und sozialer Integration*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 41-64.

- Rüb, Matthias (1990): »Das Subjekt und sein Anderes. Zur Konzeption von Subjektivität beim frühen Foucault«, in: Eva Erdmann/Rainer Forst/Axel Honneth (Hg.): *Ethos der Moderne. Foucaults Kritik der Aufklärung*, Frankfurt a.M./New York: Campus, S. 187-201.
- Rueschemeyer, Dietrich (2006): »Why and How Ideas Matter«, in: Robert E. Goodin/Charles Tilly (Hg.): *The Oxford Handbook of Contextual Political Analysis*, Oxford: Oxford University Press, S. 227-251.
- Saar, Martin (2007): »Macht, Staat, Subjektivität. Foucaults Geschichte der Gouvernementalität im Werkkontext«, in: Susanne Krasmann/Michael Volkmer (Hg.): *Michel Foucaults »Geschichte der Gouvernementalität« in den Sozialwissenschaften. Internationale Beiträge*, Bielefeld: transcript, S. 23-45.
- Sabatier, Paul. A. (1993): »Advocacy-Koalitionen, Policy-Wandel und Policy-Lernen: Eine Alternative zur Phasenheuristik«, in: Adrienne Héritier (Hg.): *Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung*, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 116-148.
- Sabatier, Paul. A./Hank C. Jenkins-Smith (Hg.) (1993): *Policy Change and Learning. An Advocacy Coalition Approach*, Boulder, Colo.: Westview Press.
- Sabatier, Paul. A./Hank C. Jenkins-Smith (1999): »The Advocacy Coalition Framework. An Assessment«, in: Paul. A. Sabatier (Hg.): *Theories of the Policy Process*, Boulder, Colo.: Westview Press, S. 117-166.
- Sachße, Christoph (1995): »Verein, Verband und Wohlfahrtsstaat. Entstehung und Entwicklung der dualen Wohlfahrtspflege«, in: Thomas Rauschenbach/Ders./Thomas Olk (Hg.): *Von der Wertgemeinschaft zum Dienstleistungsunternehmen. Jugend- und Wohlfahrtsverbände im Umbruch*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 123-149.
- Sachße, Christoph (2000): »Freiwilligenarbeit und private Wohlfahrtskultur in historischer Perspektive«, in: Annette Zimmer/Stefan Nährlich (Hg.): *Engagierte Bürgerschaft. Traditionen und Perspektiven*, Opladen: Leske + Budrich, S. 75-88.
- Sachße, Christoph (2002): »Traditionslinien bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 9, S. 3-5.
- Sandel, Michael J. (Hg.) (1984): *Liberalism and Its Critics*, New York: New York University Press.
- Scharpf, Fritz W. (1989): »Politische Steuerung und Politische Institutionen«, in: *Politische Vierteljahresschrift* 30 (1), S. 10-21.
- Scharpf, Fritz W. (1991): »Die Handlungsfähigkeit des Staates am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts«, in: *Politische Vierteljahresschrift* 32 (4), S. 621-634.
- Scharpf, Fritz W. (2000): *Interaktionsformen. Akteurzentrierter Institutionalismus in der Politikforschung*, Opladen: Leske + Budrich.
- Schimank, Uwe (2005): »»Wissen ist Nacht« – Das »Glossar der Gegenwart«, in: *Soziologische Revue* 28 (4), S. 301-308.
- Schmidt, Vivien A. (2008): »Discursive Institutionalism: The Explanatory Power of Ideas and Discourse«, in: *Annual Review of Political Science* 11, S. 303-326.
- Schmitter, Philippe C./Gerhard Lehmbruch (Hg.) (1979): *Trends toward Corporatist Intermediation*, Beverly Hills/London: Sage.
- Schneider, Werner/Andreas Hirsland (2001): »Wahrheit, Ideologie und Diskurse. Zum Verhältnis von Diskursanalyse und Ideologiekritik«, in: Reiner Keller/Dies./Willy Viehöver (Hg.): *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse*, Bd. 1: Theorien und Methoden, Opladen: Leske + Budrich, S. 374-402.

- Schneider, Werner/Andreas Hirsland (2005): »Macht – Wissen – Gesellschaftliche Praxis. Dispositivanalyse und Wissenssoziologie«, in: Reiner Keller/Dies./Willy Viehöver (Hg.): Die diskursive Konstruktion von Wirklichkeit. Zum Verhältnis von Wissenssoziologie und Diskursforschung, Konstanz: UVK, S. 251-275.
- Schreier, Christian (2010): »Bürgergesellschaftskonzepte. Programmatische und demokratietheoretische Betrachtung von Reformleitbildern der SPD und CDU«, in: *Opusculum* 41 [www.institut.maecenata.eu/resources/1001180p41.pdf; 25.05.2012].
- Schuppert, Gunnar Folke (Hg.) (2006a): Governance-Forschung. Vergewisserung über Stand und Entwicklungslinien, 2. unveränd. Aufl., Baden-Baden: Nomos.
- Schuppert, Gunnar Folke (2006b): »Governance im Spiegel der Wissenschaftsdisziplinen«, in: Ders. (Hg.): Governance-Forschung. Vergewisserung über Stand und Entwicklungslinien, 2. unveränd. Aufl., Baden-Baden: Nomos, S. 371-469.
- Schuppert, Gunnar Folke/Michael Zürn (Hg.) (2008): Governance in einer sich wandelnden Welt, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schwab-Trapp, Michael (2001): »Diskurs als soziologisches Konzept. Bausteine für eine soziologisch orientierte Diskursanalyse«, in: Reiner Keller/Andreas Hirsland/Werner Schneider/Willy Viehöver (Hg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Bd. 1: Theorien und Methoden, Opladen: Leske + Budrich, S. 261-283.
- Schwab-Trapp, Michael (2002): Kriegsdiskurse. Die politische Kultur des Krieges im Wandel 1991-1999, Opladen: Leske + Budrich.
- Schwab-Trapp, Michael (2008): »Methodische Aspekte der Diskursanalyse. Probleme der Analyse diskursiver Auseinandersetzungen am Beispiel der deutschen Diskussion über den Kosovokrieg«, in: Reiner Keller/Andreas Hirsland/Werner Schneider/Willy Viehöver (Hg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Bd. 2: Forschungspraxis, 3. aktual. u. erweit. Aufl., Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 171-196.
- Seier, Andrea (1999): »Kategorien der Entzifferung: Macht und Diskurs als Analyseraster«, in: Hannelore Bublitz/Andrea D. Bührmann/Christine Hanke/Dies. (Hg.): Das Wuchern der Diskurse. Perspektiven der Diskursanalyse Foucaults, Frankfurt a.M./New York: Campus, S. 75-86.
- SFB 700 [Sonderforschungsbereich 700] (o.J.): Projektbeschreibung A2: Weiche Steuerung. Sozialwissenschaftliche Machttheorien und das Regieren in Räumen begrenzter Staatlichkeit [www.sfb-governance.de/teilprojekte/projekte_phase_1/projektbereich_a/a2/sfb700_a2.pdf?1277899768; 15.11.2013].
- SFZ [Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V.] (2001): Ehrenamt in der Volkssolidarität, Berlin [www.ehrenamtsbibliothek.de/literatur/101%20Ehrenamt%20in%20der%20Volkssolidaritaet.pdf; 19.05.2014].
- Siefken, Sven T. (2007): Expertenkommissionen im politischen Prozess. Eine Bilanz zur rot-grünen Bundesregierung 1998-2005, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Speck, Karsten/Holger Backhaus-Maul/Peter Friedrich/Krohn Maud (Hg.) (2012a): Freiwilligenagenturen in Deutschland. Potenziale und Herausforderungen einer vielversprechenden intermediären Organisation, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

- Speck, Karsten/Holger Backhaus-Maul/Peter Friedrich/Krohn Maud (2012b): »Einleitung«, in: Dies. (Hg.): *Freiwilligenagenturen in Deutschland. Potenziale und Herausforderungen einer vielversprechenden intermediären Organisation*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 11-25.
- Speck, Karsten/Holger Backhaus-Maul/Peter Friedrich/Krohn Maud (2012c): »Flächendeckende Präsenz und prekäre Institutionalisierung: Freiwilligenagenturen in Deutschland«, in: Dies. (Hg.): *Freiwilligenagenturen in Deutschland. Potenziale und Herausforderungen einer vielversprechenden intermediären Organisation*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 195-203.
- Staats, Melanie/Christopher Gess/Anna Iris Henkel (2012): »Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser«, in: Christoph Emminghaus/Melanie Staats/Christopher Gess (Hg.): *Lokale Infrastruktur für alle Generationen. Ergebnisse aus dem Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser*, Bielefeld: wbv, S. 13-17.
- Stecker, Christina/Annette Zimmer (2003): »Aktivierender Staat, Ehrenamt und Frauen«, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 16 (2), S. 115-120.
- Stemmer, Philipp (2009): *Freiwilligendienste in Deutschland. Eine Expertise zur aktuellen Landschaft der Inlands- und Auslandsfreiwilligendienste in Deutschland im Auftrag des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB)*, Freiburg [www.wzb.eu/zkd/zcm/zeng/pdf/expertise_stemmer-zze.pdf; 12.12.2009].
- Strachwitz, Rupert Graf (2011): »Der neue Bundesfreiwilligendienst. Eine kritische Bewertung aus Sicht der Zivilgesellschaft«, in: *Opusculum* 48 [www.institut.maecenata.eu/resources/2011_Opusculum48.pdf; 25.05.2013].
- Strachwitz, Rupert Graf (2012): *Für eine Kultur der Mitverantwortung? Engagementpolitische Anmerkungen zum Engagementbericht der Bundesregierung 2012* [www.strachwitz.info/resources/Text+Engagementbericht+15+x+12.pdf; 23.11.2013].
- Strauss, Anselm L. (1991): *Grundlagen qualitativer Sozialforschung. Datenanalyse und Theoriebildung in der empirischen soziologischen Forschung*, München: Fink.
- Strauss, Anselm L./Juliet Corbin (1996): *Grounded Theory. Grundlagen Qualitativer Sozialforschung*, Weinheim: Beltz.
- Streeck, Wolfgang (1987): »Vielfalt und Interdependenz. Überlegungen zur Rolle von intermediären Organisationen in sich ändernden Umwelten«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 39 (3), S. 471-495.
- Streeck, Wolfgang (2000): »Die Bürgergesellschaft als Lernzielkatalog«, in: *Mitbestimmung* (6), S. 28-31.
- Streeck, Wolfgang/Philippe C. Schmitter (1985): »Community, Market, State – and Associations? The Prospective Contribution of Interest Governance to Social Order«, in: *European Sociological Review* 1 (2), S. 119-138.
- Strübing, Jörg (2004): *Grounded Theory. Zur sozialtheoretischen und epistemologischen Fundierung des Verfahrens der empirisch begründeten Theoriebildung*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Strünck, Christoph (2000): *Pflegeversicherung – Barmherzigkeit mit beschränkter Haftung. Institutioneller Wandel, Machtbeziehungen und organisatorische Anpassungsprozesse*, Opladen: Leske + Budrich.

- Stützle, Ingo (2004): »Von Stellungs- und Bewegungskriegen – Kämpfe in und um den Staat. Eine Einführung in die materialistische Staatstheorie«, in: Fantômas 5, S. 7-10.
- Szczypiorski, Andrzej (1999): »Der Bürger sitzt in seinen Pantoffeln in der Stille seines Hauses«, in: Hans Eichel/Hilmar Hoffmann (Hg.): Ende des Staates. Anfang der Bürgergesellschaft. Über die Zukunft der sozialen Demokratie in Zeiten der Globalisierung, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, S. 30-39.
- Taylor, Charles (1989): *Sources of the Self: The Making of Modern Identity*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Teubner, Gunther/Helmut Willke (1984): »Kontext und Autonomie. Gesellschaftliche Selbststeuerung durch reflexives Recht«, in: Zeitschrift für Rechtssoziologie 6 (1), S. 4-35.
- Torring, Jacob (1999): *New Theories of Discourse*. Laclau, Mouffe and Žižek, Oxford: Blackwell.
- Trube, Achim (2004): »Die neue deutsche Arbeitsmarktpolitik und der Wandel des Sozialstaats«, in: Sozialer Fortschritt 53 (3), S. 62-68.
- Truschkat, Inga (2013): »Zwischen interpretativer Analytik und GTM – Zur Methodologie einer wissenssoziologischen Diskursanalyse«, in: Reiner Keller/Dies. (Hg.): Methodologie und Praxis der Wissenssoziologischen Diskursanalyse, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 69-87.
- Ueltzhöffer, Jörg/Carsten Ascheberg (1996): *Engagement in der Bürgergesellschaft. Die Geislingen-Studie. Ein Bericht des Sozialwissenschaftlichen Instituts für Gegenwartsfragen Mannheim (SIGMA)*, 2. veränd. Aufl., Stuttgart: Sozialministerium Baden-Württemberg.
- Veyne, Paul (2003): »Michel Foucaults Denken«, in: Axel Honneth/Martin Saar (Hg.): Michel Foucault – Zwischenbilanz einer Rezeption, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 27-51.
- Vormbusch, Uwe (2012): *Die Herrschaft der Zahlen. Zur Kalkulation des Sozialen in der kapitalistischen Moderne*, Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Wagenaar, Hendrik (2011): *Meaning in Action. Interpretation and Dialogue in Policy Analysis*, Armonk/London: M.E. Sharpe.
- Wagner, Peter (1990): *Sozialwissenschaften und Staat. Frankreich, Italien, Deutschland 1870-1980*, Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Waldenfels, Bernhard (1991): »Ordnung in Diskursen«, in: François Ewald/Ders. (Hg.): *Spiele der Wahrheit. Michel Foucaults Denken*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 277-297.
- Waldschmidt, Anne/Anne Klein/Miguel Tamayo Korte/Sibel Dalman-Eken (2007): »Diskurs im Alltag – Alltag im Diskurs: Ein Beitrag zu einer empirisch begründeten Methodologie sozialwissenschaftlicher Diskursforschung«, in: Forum Qualitative Sozialforschung 8 (2) [69 Absätze] [www.qualitative-research.net/index.php/fqs/rt/printerFriendly/251/553; 22.09.2013].
- Walzer, Michael (1983): *Spheres of Justice. A Defense of Pluralism and Equality*, New York: Basic Books.
- Warnke, Ingo H. (Hg.) (2007): *Diskurslinguistik nach Foucault. Theorie und Gegenstände*, Berlin: de Gruyter.
- Weingart, Peter/Anita Engels/Petra Pansegrau (2008): *Von der Hypothese zur Katastrophe. Der anthropogene Klimawandel im Diskurs zwischen Wissenschaft, Politik und Massenmedien*, 2. Aufl., Opladen/Farmington Hills: Budrich.

- Wessels, Christiane (1994): Das soziale Ehrenamt im Modernisierungsprozeß. Chancen und Risiken des Einsatzes beruflich qualifizierter Frauen, Pfaffenweiler: Centaurus.
- Wessels, Christiane (1995): »Frauen und soziales Ehrenamt«, in: Caritas 96 (5), S. 196-203.
- Wiesenthal, Helmut (2006): Gesellschaftssteuerung und gesellschaftliche Selbststeuerung. Eine Einführung, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Willems, Helmut/Marianne Wolf/Roland Eckert (1993): Soziale Unruhen und Politikberatung. Funktion, Arbeitsweise, Ergebnisse und Auswirkungen von Untersuchungskommissionen in den USA, Großbritannien und der Bundesrepublik, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Willke, Helmut (1992): Ironie des Staates, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Willke, Helmut (1997): Supervision des Staates, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Winkel, Georg (2013): »Dispositif turn« und Foucaultsche Politikanalyse – Reflektionen zur Dispositivanalyse am Beispiel des Politikfeldes Wald«, in: Britta Hofarth/Łukasz Kumięga/Joannah Caborn Wengler (Hg.): Verortungen des Dispositiv-Begriffs. Analytische Einsätze zu Raum, Bildung, Politik, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 167-198.
- World Bank (1989): Sub-Saharan Africa. From Crisis to Sustainable Growth. A Long-term Perspective Study, Washington D.C.: World Bank.
- Wøever, Ole (1994): »Resisting the Temptation of Post Foreign Policy Analysis«, in: Walter Carlsnaes/Steve Smith (Hg.): European Foreign Policy. The EC and Changing Perspectives in Europe, London/Thousand Oaks/New Delhi: Sage, S. 238-273.
- Zimmer, Annette/Stefan Nährlich (Hg.) (2000): Engagierte Bürgerschaft. Traditionen und Perspektiven, Opladen: Leske + Budrich.
- ZZE [Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung] (Hg.) (2008): Die wissenschaftliche Begleitung des Bundesmodellprogramms Generationsübergreifende Freiwilligendienste. Abschlussbericht [www.fdag-hh.de/dateien/generationsuebergreifende-freiwilligendienste-080915.pdf; 10.03.2010].

9. Anhang: Korpus der Dispositiv- und Hegemonieanalyse

Im nachfolgenden Verzeichnis sind nicht alle Publikationen des 800 Dokumente umfassenden Textkorpus aufgeführt, sondern nur diejenigen, die im Text direkt zitiert werden (insgesamt 530 Publikationen). Nicht aufgenommen wurden beispielsweise solche Veröffentlichungen, die der Vertiefung eines inhaltlichen Sachverhaltes oder der Sättigung eines bestimmten Codes dienten und keine explizite Erwähnung im Text finden. Im Folgenden werden die systematisch erfassten Publikationen im engeren Untersuchungszeitraum von 1985 bis 2009 (Kap. 9.1) getrennt von denjenigen Veröffentlichungen gelistet, die für die Jahre von 2010 bis 2012 zusätzlich in das Korpus aufgenommen wurden (Kap. 9.2). Aus Gründen der Übersichtlichkeit wird hierbei zwischen Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln, politischen Dokumenten und den Veröffentlichungen der Vereine, Verbände und Stiftungen unterschieden. Außerdem wurden die für die Hegemonieanalyse nach Martin Nonhoff ausgewählten Publikationen des Textkorpus mit einem * gekennzeichnet.

9.1 TEXTKORPUS I (1983 BIS 2009)

9.1.1 Zeitungen und Zeitschriften

Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)

FAZ (1983): Keine Angst vor Alternativen. Wie der Berliner Senat neue Formen des Lebens und Arbeitens mit zehn Millionen Mark fördert, 02.12.1983.

FAZ (1984): Ehre dem Ehrenamt, 31.08.1984.

FAZ (1988a): Geißler erinnert Stoltenberg an das Gemeinwohl. Die Steuerpraxis gefährdet das Ehrenamt, 30.01.1988.

FAZ (1988b): »Das Virus Hilfsbereitschaft.« Kritische Überlegungen über das Ehrenamt und seine Zukunft, 13.12.1988.

FAZ (1989): Das Ehrenamt, 03.04.1989.

FAZ (1991): Selbstbewußte Helfer gefordert. Diskussion über Ehrenamt im Treffpunkt Rothschildpark, 19.07.1991.

FAZ (1993a): Eichholzer Sportforum will das Wesenselement des Sports stärken. »Das Ehrenamt ist keine ökonomische Schatztruhe«, 19.10.1993.

- FAZ (1993b): Zwischen Gebirgswandern und Callanetics. Vereinswesen in Deutschland. Auf dem Vormarsch, sagen die einen, auf dem Rückzug, die anderen, 30.10.1993.
- FAZ (1993c): Müntefering: Bereitschaft zum Ehrenamt ungebrochen, 24.12.1993.
- FAZ (1994a): Eine Demonstration für die ältere Generation. Kohl eröffnet den Deutschen Seniorentag. Frau Rönsch wirbt für das Ehrenamt, 11.06.1994.
- FAZ (1994b): Ein Ehrenamt scheitert oft an Haftungsfragen, 25.07.1994
- FAZ (1994c): »Höhere Rente durch Ehrenamt«, 14.11.1994.
- FAZ (1994d): Zielgruppe »jüngere und mobile Alte«. Zweites Seniorenbüro Hessens in der Begegnungsstätte Winkelmühle, 22.11.1994.
- FAZ (1995a): Manfred von Richthofen stellt Aktion vor: »Sportvereine – für alle ein Gewinn.« Neue Kampagne soll das Ehrenamt stärken. »System der Selbsthilfe zukunftsfest machen«, 10.05.1995.
- FAZ (1995b): Kirche und Sport wollen das Ehrenamt stärken, 06.07.1995.
- FAZ (1995c): Der Deutsche Sportbund eröffnet im Berliner Abgeordnetenhaus seine Kampagne für das Ehrenamt »Schulterklopfen für selbstlose Diener reicht nicht«, 07.11.1995.
- FAZ (1995d): »Das Ehrenamt hat ausgedient.« Dafür freies Bürgerengagement. Gespräche zur Sozialpolitik, 08.11.1995.
- FAZ (1995e): Frau Süßmuth: Ehrenamt ist »Kitt« der Gesellschaft, 06.12.1995.
- FAZ (1995f): Sportministerkonferenz setzt sich für Ehrenamt ein, 09.12.1995.
- FAZ (1996a): Ehrenamt soll gefördert werden. Sozialamt will Verträge mit freien Trägern schließen, 04.05.1996.
- FAZ (1996b): Rotes Kreuz will Steuervorteile. Landesverband: Die Politik muß das Ehrenamt fördern, 26.10.1996.
- FAZ (1996c): Professor Jütting bricht in Darmstadt eine Lanze für das Ehrenamt. Konjunktur für »soziale Aktivisten« im Sport, 06.11.1996.
- FAZ (1996d): Teures Ehrenamt, 17.11.1996.
- FAZ (1996e): Ehre dem Ehrenamt, 04.12.1996.
- FAZ (1996f): Nimsch: Mehr Einsatz von Jugendlichen. »Ehrenamt nicht zu ersetzen«, 06.12.1996.
- FAZ (1997a): Wallmann: Die Demokratie braucht das Ehrenamt, 01.02.1997.
- FAZ (1997b): Das Ehrenamt als Chance für den einzelnen und die Gesellschaft, 03.03.1997.
- FAZ (1997c): Wertewandel beim Ehrenamt. Katholische Bezirksversammlung diskutiert neue Wege, 08.10.1997.
- FAZ (1997d): Kaum einer will noch Freizeit für Gemeinnütziges opfern. Hilfsorganisationen suchen händeringend nach Freiwilligen. Zunehmendes Desinteresse am Ehrenamt, 20.10.1997.
- FAZ (1997e): Süßmuth: Arbeitslose häufiger ins Ehrenamt holen. Sportbund für Aktion mit Sozialverbänden und Arbeitsämtern, 09.11.1997.
- FAZ (1997f): »Bessere Rahmenbedingungen für das Ehrenamt nötig«, 04.12.1997.
- FAZ (1997g): Fremde Federn. Herta Däubler-Gmelin: Tu was für die Gemeinschaft – sie tut auch was für dich, 04.12.1997.
- FAZ (1997h): Nationale Freiwilligenagentur will Ehrenamt stärken, 06.12.1997.
- FAZ (1997i): Schenk: Ehrenamt ist eine Chance, keine Last. Plädoyer für Freiwilligenarbeit und Bürgerengagement, 08.12.1997.

- FAZ (1998a): »Unsichtbares Ehrenamt«. Dank und Anregungen beim Diözesan-Caritastag, 01.02.1998.
- FAZ (1998b): Verbände fordern gesetzliche Freistellung für das Ehrenamt, 05.02.1998.
- FAZ (1998c): »Freiwilligkeit stärken«. Tagung von Caritas und Rabanus Maurus zum Ehrenamt, 11.02.1998.
- FAZ (1998d): SPD will ehrenamtliche Tätigkeit für Arbeitslose erleichtern, 17.09.1998.
- FAZ (1998e): »Keine Krise des Ehrenamtes«. Mehr Eigenverantwortung gefragt, 07.12.1998.
- FAZ (1999a): Auf der Suche nach einer Zukunftsformel. Zehn Thesen zur politischen Strategie der Union, 07.01.1999.
- FAZ (1999b): Der Deutsche Sportbund wirbt mit einem Preis und einer neuen Kampagne. Richthofen bietet Bündnis für das Ehrenamt an, 19.10.1999.
- FAZ (2000a): Die Marke Schröder, 19.04.2000.
- FAZ (2000b): SPD: Ehrenamt stärker fördern. Hindernisse für Vereine und Verbände sollen abgebaut werden, 27.04.2000.
- FAZ (2000c): Kampagne zum Ehrenamt im Sport. Plakate als Dank und Aufmunterung, 19.05.2000.
- FAZ (2000d): Ehrenämter künftig steuerfrei?, 26.06.2000.
- FAZ (2000e): Ehrenamt für einen Tag. Aufräumen und Spaß haben: »New York Cares« hat einen Weg gefunden, 06.07.2000.
- FAZ (2000f): Der Freude am selbstverantwortlichen Handeln Freiräume schaffen. Perspektiven der Bürgergesellschaft, 23.08.2000.
- FAZ (2000g): Vorbilder oder Idioten der Nation? Die Forderungen nach einer neuen Kultur bürgerlichen Engagements, 13.11.2000.
- FAZ (2000h): Das Ehrenamt sollte auf die Rente angerechnet werden können. Rau beläßt es nicht nur bei Worten, 07.12.2000.
- FAZ (2000i): Regionale Dialoge statt bezahlter Bürgerarbeit. Der Beitrag ehrenamtlichen Engagements von Bürgern und Unternehmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, 12.12.2000.
- FAZ (2001): Im Süden wird am meisten für das Gemeinwohl getan. Familienministerin Bergmann stellt eine Kampagne zum Internationalen Jahr der Freiwilligen vor, 10.01.2001.
- FAZ (2003): Nicht nur eine Frage der Ehre. Ein Jahr, das viel verändern könnte für die Freiwilligen im Sport, 03.02.2003.
- FAZ (2004a): Aller Ehren Wert. Wie der Staat durch die Arbeit Freiwilliger viel Geld spart, 01.04.2004.
- FAZ (2004b): Gegen »Amerikanisierung« der Sozialpolitik. Caritasdirektor: Verbände sollen Einfluß nehmen. Warnung vor Mißbrauch des Ehrenamts, 30.06.2004.
- FAZ (2004c): »Einfach mal spazierenfahren«, 08.08.2004.
- FAZ (2004d): Kreis setzt auf ehrenamtliches Engagement seiner Bürger, 23.09.2004.
- FAZ (2005): Personal-Börse fürs Ehrenamt. CDU-Initiative soll Mitarbeit an Schulen fördern helfen, 02.05.2005.
- FAZ (2006a): Wovon lebt der Staat?, 14.03.2006.
- FAZ (2006b): Von den Voraussetzungen, 23.03.2006.

- FAZ (2007a): Nicht selbstverständlich, 10.03.2007.
- FAZ (2007b): Wurzelbehandlung für den Zahn der Zeit. Deutschlands Bevölkerung altert schnell, deshalb braucht Altersforschung dringend Schwung, 29.06.2007.
- FAZ (2007c): Ehrenamtlichen fehlt häufig Versicherungsschutz. Unfälle oder selbstverschuldete Schäden sind oft nicht abgedeckt, 19.09.2007.
- FAZ (2007d): Mehr Geld für das Ehrenamt. Steuerliche Anreize für Spender und Stifter, 22.09.2007.
- FAZ (2007e): Belohnung fürs Ehrenamt, 30.09.2007.
- FAZ (2007f): »Ich mache das mit Herz«. Ehrenamtliche im Sport packen zu, anstatt zu reden, 19.12.2007.
- FAZ (2007g): Stiftungen erleben eine Renaissance, 27.12.2007.
- FAZ (2008a): Im Gespräch Seniorenministerin von der Leyen über Alte, Junge und das Ehrenamt. »Es gibt keinen Krieg der Generationen«, 02.04.2008.
- FAZ (2008b): »Ohne Ehrenamt kein gutes Alter«. Ursula von der Leyen über Demenz, das schlechte Gewissen der Angehörigen und ihren Vater, 18.05.2008.
- FAZ (2008c): Ein Werbetag für das Ehrenamt, 09.06.2008.
- FAZ (2008d): Freiwillige vor!, 22.11.2008.
- FAZ (2009a): Gutes tun und sich selbst helfen, 11.03.2009.
- FAZ (2009b): Ein Gewinn für Helfer und Bedürftige. Freiwilligenagenturen in Hessen vermitteln zwischen Ehrenamtlichen und sozialen Einrichtungen – zu beiderseitigem Nutzen, 10.10.2009.
- FAZ (2009c): Das Ehrenamts-Gen besser aktivieren. Erste Generation der »Bürgerakademiker« sagt adieu, 20.11.2009.
- FAZ (2009d): Neue Pflegeheime braucht das Land. Der demographische Wandel garantiert nicht den Erfolg von Betreuungseinrichtungen, 11.12.2009.

Focus

- Focus (1995a): Go Future! Sie sind ehrgeiziger und weltoffener, ehrlicher und toleranter als noch die Generationen vor ihnen. Die Jugend '95 ist voller Optimismus und sich selbst am nächsten, 15.05.1995.
- Focus (1995b): Freizeit, 03.06.1995.
- Focus (1995c): Ein Volk auf dem Ego-Trip. Eine große Umfrage belegt: Die Deutschen ziehen sich immer mehr ins Private zurück, Solidarität ist out, 03.07.1995.
- Focus (1996): Ehrenamt ist Rückgrat unserer Gesellschaft. Individualisierung und Solidargemeinschaft gehören zusammen, 02.12.1996.
- Focus (1997): Sehnsucht nach Werten. Traditionelle Werte – Heilmittel gegen Egoismus, Orientierungslosigkeit, Kriminalität? Bürger und Politiker rufen nach Tugenden und Gemeinsinn, 17.03.1997.
- Focus (1999): Bonus fürs Ehrenamt, 08.11.1999.
- Focus (2000a): Unfreiwilliges Aus, 31.01.2000.
- Focus (2000b): Stifter angespitzt, 03.04.2000.
- Focus (2000c): Mehr Geld und weniger Bürokratie für Sportvereine, 16.10.2000.
- Focus (2000d): Ehrenamt, 04.12.2000.
- Focus (2002a): Vorfahrt für Freiwillige, 03.06.2002.
- Focus (2002b): Selbst ist der ... Stifter, 21.12.2002.
- Focus (2004): Erst Dienst, dann Elite-Uni, 19.01.2004.
- Focus (2006a): Sinn statt Gewinn, 24.04.2006.

- Focus (2006b): Pflegenotstand. Alt, arm, abgehängt, 20.11.2006.
 Focus (2006c): Senioren packen mit an, 05.12.2006.
 Focus (2006d): Handeln statt hoffen, 11.12.2006.
 Focus (2006e): Geld, wem Ehre gebührt, 11.12.2006.
 Focus (2007a): Hilfe für Helfer, 18.04.2007.
 Focus (2007b): Die guten Menschen von Filderstadt, 21.05.2007.
 Focus (2007c): Ehrenamt wird gestärkt, 09.07.2007.
 Focus (2007d): Ehrenamt nützt bei Lehrstellensuche, 07.09.2007.
 Focus (2007e): (Für) Das Glück der Anderen – ehrenamtliche Helfer im Einsatz, 06.12.2007.
 Focus (2007f): Generation Happy End, 17.12.2007.
 Focus (2007g): Großzügige Gesten lohnen sich, 21.12.2007.
 Focus (2008): Freiwillige verdrängt, 25.08.2008.
 Focus (2009): Für die gute Sache, 01.01.2009.

Der Spiegel

- Spiegel (1994a): Jugendpolitik. Hauptamt statt Ehrenamt, 10.01.1994.
 Spiegel (1994b): »Tanz ums goldene Selbst«. Wandeln sich die Deutschen von einer Solidargemeinschaft zu einer Gesellschaft von Egoisten? Politiker, Soziologen und Psychologen beobachten einen Verfall des Gemeinsinns und die ungenierte Hinwendung zur Bedürfnisbefriedigung um fast jeden Preis: »Erfülle deine Wünsche. Egal, wer darunter zu leiden hat«, 30.05.1994.
 Spiegel (1994c): »Die Jungen kneifen«. Den deutschen Vereinen geht der Nachwuchs aus. Immer weniger Heranwachsende lassen sich für die organisierte Freizeit in Sportmannschaften und Traditionspflege-Klubs begeistern, neben Fußballern und Sängern beklagen auch Hilfsorganisationen wie das Rote Kreuz das schwindende Engagement, 12.09.1994.
 Spiegel (1994d): Eine heikle Zielgruppe. Spiegel-Reporter Cordt Schnibben über eine Jugend, die keine Generation sein will, 19.09.1994.
 Spiegel (1995): Ehrenämter. Freiwillige vor, 18.12.1995.
 Spiegel (1996): Kapitalismus ohne Arbeit. Ulrich Beck über Mythen der Politik, globale Wirtschaft und die Zukunft der Demokratie, 13.05.1996.
 Spiegel (1997): »Der Tanz ums goldene Selbst«. Ein Lebensstil, gemixt aus Eigenliebe und Exhibitionismus, setzt sich in Deutschland durch. Die Schamschwellen sinken, die vulgäre TV-Talkshow regiert. Wohin führt der Egotrip?, 14.07.1997.
 Spiegel (1998): »Ein Leben jenseits der Arbeit«. Schröders Schattenministerin Christine Bergmann und der Münchner Soziologe Ulrich Beck über die Krise der Erwerbsgesellschaft und den Sinn von Bürgerarbeit, 24.08.1998.
 Spiegel (2000): Pflege der Seele. Das Ehrenamt kommt zu neuen Ehren. In seiner »zivilen Bürgergesellschaft« will Kanzler Schröder die Deutschen zu mehr gemeinnützigem Engagement bewegen – und damit den Staat entlasten. Doch eine junge Generation von freiwilligen Helfern will vor allem Spaß und Selbstverwirklichung, 06.11.2000.
 Spiegel Online (2006a): Kritik an Expertenrat. »Anschlag auf das Ehrenamt«, 10.08.2006.
 Spiegel Online (2006b): Unsoziale Schüler. Ehrenamt? Och nööö..., 17.12.2006.
 Spiegel Online (2007): Ehrenamtliches Engagement. Der Fiskus wird großzügiger, 10.03.2007.

Spiegel Online (2008): Ehrenamt-Atlas. Wo sich Deutschland engagiert, 19.11.2008.
 Spiegel Special (2006): Verein auf Gegenseitigkeit. Die Bereitschaft, betagte Eltern zu versorgen, nimmt ab; immer mehr Alte stehen allein da. Künftig müssen Mitbürger Angehörige ersetzen, sagen Experten. Profi-Pfleger allein sind zu teuer. Dass das keine Utopie ist, zeigen Beispiele in Baden-Württemberg und Brandenburg, 24.10.2006.

Süddeutsche Zeitung (SZ)

- SZ (1992): »Ehrenamtliche Helfer keine billigen Jakobs«, 07.08.1992.
 SZ (1993a): Die CSU will Ehrenamtliche stärken, 04.02.1993.
 SZ (1993b): Frühjahrstagung der Evangelischen Landessynode in Günzburg. Plädoyer zur Ehrenrettung der Ehrenamtlichen, 23.03.1993.
 SZ (1993c): Frühjahrstagung der Landessynode. Leitlinien fürs Ehrenamt, 26.03.1993.
 SZ (1993d): Modell »Seniorenbüro« Regensburg. Wie der Ruhestand zum Ruhege-
 nuß wird, 06.05.1993.
 SZ (1993e): Zunehmender Rückzug ins Private. Vereinen kommt Jugend abhan-
 den, 10.05.1993.
 SZ (1993f): Senioren als ehrenamtliche Berater: Eine Idee setzt sich durch. Exper-
 ten im Dienste Jüngerer, 22.10.1993.
 SZ (1994a): SPD-Vorsitzende zum Ehrenamt. Aufforderung zum Mitmachen,
 22.06.1994.
 SZ (1994b): Bereitschaft zur Übernahme läßt spürbar nach. Das Ehrenamt als Klotz
 am Bein. Politiker und Verbände beklagen niedrigen Stellenwert, 23.06.1994.
 SZ (1994c): Der Wertewandel treibt die Vereine in einen Teufelskreis, 30.12.1994.
 SZ (1995a): Eichholzer Sportforum. Unverzichtbares Ehrenamt, 25.03.1995.
 SZ (1995b): Die AOK spielt eine Vorreiterrolle. Leistungen von Selbsthilfegruppen
 werden anerkannt, 17.08.1995.
 SZ (1996a): »Aufwertung der Ehrenämter nötig«, 04.07.1996.
 SZ (1996b): Jeder sechste freiwillig engagiert. Ehrenämter dienen oft der Selbstver-
 wirklichung, 02.10.1996.
 SZ (1997): Verbände wollen Daten sammeln. Ehrenamt soll sich lohnen, 20.02.1997.
 SZ (1998a): Das Ehrenamt als Chance. Der Tatendrang geht nicht in den Ruhe-
 stand. Die Bereitschaft zum freiwilligen Engagement für die Allgemeinheit ist
 bei älteren Menschen besonders groß, 26.02.1998.
 SZ (1998b): Kostenlos, aber nicht umsonst. Das Ehrenamt soll zu neuen Ehren
 kommen: Wohlfahrtsverbände stellen sich auf einen neuen Typ der freiwilligen
 Helfer ein, 28.02.1998.
 SZ (1998c): Das neue Amt, das Ehre macht, 04.04.1998.
 SZ (1998d): Immer mehr Münchner arbeiten ehrenamtlich bei sozialen und politi-
 schen Projekten mit. Sich engagieren? Ehrensache. Der neue Typus des Helfers
 ist jung, gebildet und sucht einen Ausgleich zum Beruf, 15.04.1998.
 SZ (1998e): SPD will Ehrenamt und Freiwilligendienste stärken, 17.09.1998.
 SZ (1998f): Nicht verschnarcht rumsitzen. Eine Kampagne für mehr bürgerschaft-
 liches Engagement, 06.11.1998.
 SZ (1998g): CSU und SPD sind sich einig: Ehrenamt nicht bestrafen. Vor allem
 Arbeitslose müssen Nachteile in Kauf nehmen, 07.12.1998.

- SZ (1998h): Jeder vierte Ostdeutsche ist sozial engagiert. Hilfsbereite Egoisten. Die »neuen Ehrenamtlichen« wollen Spaß und Selbstverwirklichung – und brauchen dazu keine Verbände, 08.12.1998.
- SZ (1998i): Herzog lobt ehrenamtliche Leistungen der Bürger, 10.12.1998.
- SZ (1998j): Arbeitslos und doch voll beschäftigt. Wenn die Gesellschaft keine Jobs garantieren kann, muß sie Visionen bieten. Ein Plädoyer für Bürgerarbeit, 12.12.1998.
- SZ (1999): Interview mit Marieluise Kluge. »Wir müssen mehr füreinander tun«. Die BAGSO-Ehrenvorsitzende beklagt, dass der Einsatz im Ehrenamt nachlässt, 20.10.1999.
- SZ (2000a): Falsches Image im Ehrenamt, 30.03.2000.
- SZ (2000b): Geste für die Steinmetze der Vereine. 48 Jahre Ehrenamt im Hintergrund. Der DFB zeichnet erstmals langjähriges Engagement im Klub aus, 30.03.2000.
- SZ (2000c): Belohnung statt Lohn für Bürgerarbeit. Groß angelegter Versuch im Bereich des gemeinnützigen Engagements, 31.03.2000.
- SZ (2000d): Heftige Kritik an Bürgerarbeit. DGB spricht von einem »Almosen für Arbeitslose«, 01.04.2000.
- SZ (2000e): Eine Regierung als Gesamtkunstwerk, 12.04.2000.
- SZ (2000f): Die Union verbündet sich mit der Feuerwehr. Um Änderungen beim 630-Mark-Gesetz zu erreichen, setzen CDU/CSU auf die Ehrenamtlichen, 21.08.2000.
- SZ (2000g): Klage vor Kommission des Bundestags. »Ehrenamt wird zu wenig gefördert«. Verbände fordern steuerliche Anreize für engagierte Bürger, 14.11.2000.
- SZ (2000h): Gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen. Führungskräfte-tetraining im Kinderheim. Deutsche Firmen merken langsam, dass sie vom sozialen Engagement ihrer Mitarbeiter profitieren, 24.11.2000.
- SZ (2000i): Freiwillige vor! Die Stadt wirbt bei Bürgern um ehrenamtliches Engagement, 28.11.2000.
- SZ (2001a): Ehrenamt darf auch Spaß machen, 10.01.2001.
- SZ (2001b): 22 Millionen Deutsche helfen anderen. Wohltuendes Engagement im Alter. Aus freiwilliger Arbeit erwächst eine Kultur der wechselseitigen Achtung und des Gemeinsinns, 25.01.2001.
- SZ (2001c): Interview: Statt im Beruf engagiert sich Elisabeth Mäusbacher lieber in der ehrenamtlichen Arbeit. Ein Beitrag zu Solidarität und Menschlichkeit, 15.02.2001.
- SZ (2001d): Der Kitt, den eine Gesellschaft braucht. Neue Ehre für das Ehrenamt – oder: Warum wir uns selbst um uns kümmern müssen, 24.02.2001.
- SZ (2001e): »Ehrenamt lebendiger als je zuvor«, 30.03.2001.
- SZ (2001f): Freiwillige vor! Stadt eröffnet Info-Zentrum rund um das Ehrenamt, 25.04.2001.
- SZ (2001g): Herrin der Kiste – ein Ehrenamt als Jungbrunnen. Im Alltagsbetrieb oder bei Festen sind bereits mehr als ein Dutzend Frauen für Kinder in den Vierteln im Einsatz, 09.06.2001.
- SZ (2001h): Kabinett: Ehrenamt wird stärker gefördert, 19.07.2001.

- SZ (2001i): Nicht nur die »Grünen Damen« suchen Nachwuchs. Bei schwungvoller Musik werben die unterschiedlichsten Initiativen mit Informationsständen um neue Mitarbeiter, 17.10.2001.
- SZ (2001j): Finanzielle Vorteile für Helfer, 05.12.2001.
- SZ (2002a): Engagement neben dem Job. Immer mehr Berufstätige melden sich zum Ehrenamt, 05.04.2002.
- SZ (2002b): Studie über freiwilliges Engagement älterer Menschen. Zu wenig Ehrenamtliche in NRW. Untersuchung der Universität Dortmund: Potenzial von Senioren wird nicht genutzt, 16.04.2002.
- SZ (2002c): Hilfe und Spaß. Das Ehrenamt ist modern geworden, 16.05.2002.
- SZ (2002d): Zum Dank viel Ehr. In NRW engagiert sich ein Drittel aller Bürger für die Allgemeinheit, 05.12.2002.
- SZ (2003a): Unternehmen guter Nachbar. Auch Firmen betätigen sich sozial, 05.12.2003.
- SZ (2003b): Neue Helfer, alte Hürden. Die Freiwilligen von heute wollen mehr Einfluss nehmen – dabei sind sie weiter schlecht abgesichert, 05.12.2003.
- SZ (2003c): Geben und nehmen. Für die Gemeinschaft, aber auch für sich selbst: Was ehrenamtlich Tätige antreibt und was sie sich dafür aufbürden, 05.12.2003.
- SZ (2004a): Der Kitt der Gesellschaft. 22 Millionen Bundesbürger engagieren sich unentgeltlich in Wohlfahrtsverbänden, für Jugendliche, Alte und Häftlinge, 10.02.2004.
- SZ (2004b): Mehr Föderalismus wagen!, 12.07.2004.
- SZ (2004c): Kontaktbörse für freiwilliges Engagement, 27.09.2004.
- SZ (2004d): Initiative für Freiwilligendienste, 28.09.2004.
- SZ (2004e): Unfallschutz für Ehrenamtliche, 30.10.2004.
- SZ (2004f): Mehr als Lückenbüßer. Münchenstift setzt bei Seniorenbetreuung auf Ehrenamt, 25.11.2004.
- SZ (2004g): Mit Volldampf in den Ruhestand. Die Initiative »Sinn« vermittelt Senioren, die sich ehrenamtlich engagieren wollen, an gemeinnützige Vereine, 16.12.2004.
- SZ (2005a): Generationsübergreifender Freiwilligendienst. Einsatzmöglichkeiten vom Kindergarten bis zum Altenheim. Caritaszentrum sucht noch Helfer für mindestens 20 Wochenstunden, 27.08.2005.
- SZ (2005b): Ältere Menschen sind besonders engagiert, 05.09.2005.
- SZ (2005c): »Ich möchte Menschen helfen, denen es nicht so gut geht«. Immer mehr Freiwillige engagieren sich ehrenamtlich – die SZ fragte vier Münchner, wofür sie sich interessieren, 21.10.2005.
- SZ (2005d): Die Bayern haben Spaß am Helfen. 37 Prozent der über 14-Jährigen sind ehrenamtlich tätig, 07.11.2005.
- SZ (2005e): »Türken übernehmen weniger Ehrenämter«, 23.12.2005.
- SZ (2006a): Von Bürgern für Bürger. Neue Formen des Engagements, 03.07.2006.
- SZ (2006b): Aufruhr in der Zivilgesellschaft. Wissenschaftler wollen Steuervorteile für Vereine, Wohlfahrtsverbände und Kulturschaffende begrenzen – aber der großen Koalition ist das Thema zu heiß, 10.08.2006.
- SZ (2006c): Köhler fordert mehr soziales Engagement, 16.09.2006.
- SZ (2006d): Gegen die Fliehkräfte der Ego-Gesellschaft. Immer mehr Menschen engagieren sich ehrenamtlich – sie haben dabei eher ihre Karriere im Blick als die geplanten Steuererleichterungen, 05.12.2006.

- SZ (2006e): Regierung plant Steuergeschenke für Spender. Finanzminister Steinbrück legt Gesetzentwurf zur Förderung des Ehrenamts vor, 22.12.2006.
- SZ (2007a): Die weibliche Lust an der Wohltätigkeit. Frauen sorgen für Rekord bei Stiftungsgründungen, 01.02.2007.
- SZ (2007b): Lücke bei Ehrenamtlichen, 26.06.2007.
- SZ (2007c): Vorturnen, vorsingen, vorleben. Unterstützung für die Arbeit in Vereinen und Kirchen: Das neue Gesetz will das Helfen begünstigen und mehr Hilfe ermöglichen, 07.07.2007.
- SZ (2007d): Was die Gesellschaft zusammenhält. Wo sich der Staat zurückzieht, springen häufig die Bürger ein. Der Finanzminister will das belohnen, 07.07.2007.
- SZ (2007e): Ein Amt für die Ehre. Hans Fleisch wird Beauftragter für Zivilengagement der Regierung, 22.08.2007.
- SZ (2007f): Ehrenamt macht Schule. Immer mehr sozial engagierte Bürger helfen mit, dass der Alltag rund um den Unterricht besser funktioniert und federn viele Probleme ab, 08.10.2007.
- SZ (2008a): Neue Aufgaben für Ältere. Von der Leyen startet Programm für ehrenamtliche Arbeit, 02.04.2008.
- SZ (2008b): Das Sofa bleibt leer. Bund startet Ehrenamt-Förderprogramm für Senioren, 03.04. 2008.
- SZ (2008c): Im Dienst der guten Sache. Firmen unterstützen ihre ehrenamtlich tätigen Mitarbeiter – das fördert das Image und freut die Personaler, 26.04.2008.
- SZ (2008d): »Freiwillige Helfer stärken«. Müntefering meldet sich mit Plädoyer für soziale Dienste, 24.05.2008.
- SZ (2008e): Omas dringend gesucht. Das Dekanat vermittelt ältere Ehrenamtliche, 14.07.2008.
- SZ (2008f): Das Ausland lockt Tausende. Junge Menschen begeistern sich für Entwicklungsprojekte, 16.07.2008.
- SZ (2008g): Kitt der Gesellschaft. Jeder dritte Deutsche arbeitet ehrenamtlich. Wer gebildet ist, ein hohes Einkommen hat oder auf dem Land lebt, hilft häufiger, 13.12.2008.
- SZ (2009a): Das Ehrenamt in Zeiten der Krise, 06.05.2009.
- SZ (2009b): Das neue Gesicht des Ehrenamts. Früher wollten Freiwillige der Gesellschaft etwas zurückgeben – heute wollen sie sich verwirklichen, 08.05.2009.
- SZ (2009c): »Jugendliche sind sehr aktiv«. Soziologe Joachim Winkler über die Motive von Ehrenamtlichen, 08.05.2009.
- SZ (2009d): Feuer ohne Wehr. In Weimar bangt die freiwillige Feuerwehr um ihren Nachwuchs – weniger Engagement ist im gesamten Osten ein Problem, 08.05.2009.
- SZ (2009e): Ehrenamt ist nicht mehr Ehrensache. Verbände werben bei Aktionstag für bürgerschaftliches Engagement – und geißeln die Gier der Manager, 11.05.2009.
- SZ (2009f): Zusammenspiel von Bürgern und Staat, 13.05.2009.
- SZ (2009g): »In den USA lernt jeder Schüler, sich zu engagieren«. In den Vereinigten Staaten hat bürgerschaftliches Engagement eine lange Tradition. In Deutschland haben die Menschen erst angefangen, sich weniger auf den Staat zu verlassen, 13.05.2009.
- SZ (2009h): Hilfe für das Ehrenamt, 29.06.2009.

SZ (2009i): Migranten als Lotsen, 30.06.2009.

SZ (2009j): Experten im Unruhestand. 100 ehemalige Führungskräfte geben Wissen und Erfahrungen ehrenamtlich weiter, 13.11.2009.

SZ (2009k): Urkunden für Ehrenämter. Wohlfahrtsverbände zeichnen sozial Engagierte aus, 01.12.2009.

Zeit Online

Zeit Online (1992): Fitneß: Die Vereine müssen härter um Mitglieder kämpfen. Profis für den Breitensport, 12.06.1992.

Zeit Online (1994): Und der Zukunft gar nicht zugewandt, 22.07.1994.

Zeit Online (1995a): »Es wird Zeit für eine Revolution«, 30.06.1995.

Zeit Online (1995b): Von den Kommunitariern lernen, 22.09.1995.

Zeit Online (1996a): Knete ist nicht alles. Souffleuse im Theater? Streetball-Training für Kids? Ohne Lohn zu arbeiten soll nun auch Spaß machen, 29.11.1996.

Zeit Online (1996b): Der barmherzige Konzern, 27.12.1996.

Zeit Online (1997a): Schöne Sprüche geklopft, 10.01.1997.

Zeit Online (1997b): Die Gemeinschaftsfalle: Wider die konservative Klage vom Untergang der Werte, 04.04.1997.

Zeit Online (1997c): Pfadis, Lajus und Sozial-HipHopper. Die organisierten Jugendlichen haben keine Lust auf die organisierte Politik und üben sich dennoch in den Spielregeln der Demokratie, 22.08.1997.

Zeit Online (1997d): Helmut Schmidt über einen minimalen ethischen Kodex des Zusammenlebens. Zeit, von den Pflichten zu sprechen!, 03.10.1997.

Zeit Online (1997e): Thomas Kleine-Brockhoff zur Zeit-Debatte über die »Allgemeine Erklärung der Menschenpflichten«. Wer Bürgertugenden erzwingen will, riskiert die Freiheit, 17.10.1997.

Zeit Online (1997f): Die Ego-Polizei. Zeit-Debatte über »Menschenpflichten«, 24.10.1997.

Zeit Online (1997g): Freiwillig, aber nicht umsonst. Die Zukunftskommission der Ministerpräsidenten Stoiber und Biedenkopf fordert: Ehrenamtliche »Bürgerarbeit« soll entlohnt werden, 21.11.1997.

Zeit Online (1997h): Die Seele der Demokratie. Wie wir Bürgerarbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren können, 28.11.1997.

Zeit Online (1997i): Warme Suppe, gute Laune. Die Hilfsbereitschaft der Deutschen geht keineswegs zurück. Aber die Helfer wollen auch ihren Spaß. Ein Lagebericht zum »Tag des Ehrenamtes«, 05.12.1997.

Zeit Online (1999a): Auf die Bürger ist kein Verlaß. Ein Zeit-Gespräch mit Familienministerin Christine Bergmann, 29.04.1999.

Zeit Online (1999b): Solidarität ermöglichen. »Zivilgesellschaft – Irgendjemand wird schon helfen«, 12.08.1999.

Zeit Online (2000a): Sozialklimbim im Ausverkauf. Die SPD trennt sich von alten Gerechtigkeitsideen. Was aber sind ihre neuen?, 16.03.2000.

Zeit Online (2000b): Angst vor Angela M.? Vom alten Schröder, der jungen CDU und der Berliner Nervosität, 20.04.2000.

Zeit Online (2000c): Mehr Zivilcourage bitte. Ein Vorschlag an die Adresse Gerhard Schröders: Wir brauchen eine Gesellschaft engagierter Individuen, 25.05.2000.

- Zeit Online (2000d): Gutes tun mit Gewinn. Firmen fördern den freiwilligen Einsatz ihrer Angestellten fürs Gemeinwohl – und profitieren selbst davon, 21.09.2000.
- Zeit Online (2001): Strategische Nächstenliebe. Die Ethikbranche wächst: Konzerne kaufen sich einen guten Ruf bei Kunden und Politikern, 31.05.2001.
- Zeit Online (2004): Die Bildungslückenfüller. Eltern unterrichten als Hilfslehrer, streichen das Klassenzimmer und geben in der Schulkantine Essen aus. Ohne ihren freiwilligen Einsatz geht oft nichts mehr in der Schule, 02.09.2004.
- Zeit Online (2005): Freiwillige vor! Rund 18000 junge Menschen beginnen jährlich ein Freiwilliges Soziales Jahr. Warum?, 22.09.2005.
- Zeit Online (2006): Die doppelte Wende. Die Ära Kohl hielt nicht, was sie versprach und machte wahr, womit niemand gerechnet hatte. Das Porträt einer paradoxen Epoche zwischen Zukunftsängsten und Sorglosigkeit, Fortschritt und Stagnation, Geschichtsversessenheit und Verdrängung, 02.03.2006.
- Zeit Online (2007a): Organisierte Großfamilie. Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen und eines ihrer Lieblingsprojekte: die Mehrgenerationenhäuser. 500 solcher Begegnungsstätten sollen gefördert werden, 04.05.2007.
- Zeit Online (2007b): Engagement lohnt. Kindern nach der Schule das Tanzen beibringen oder den Kirchenchor leiten wird noch attraktiver. Bis zu 2100 Euro im Jahr sollen Engagierte steuer- und abgabenfrei dazuverdienen können, wenn sie in einem gemeinnützigen Verein oder in Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts jobben, 29.05.2007.
- Zeit Online (2008): Promotion fürs Ehrenamt. In einer Kampagne mit rund 1400 Aktionen werben Vereine und Organisationen für freiwilliges Engagement. Prominente sollen helfen, 19.09.2008.
- Zeit Online (2009a): Not lehrt beten. Wem nutzt die Fernsehkampagne für das Ehrenamt?, 15.05.2009.
- Zeit Online (2009b): Feierabend für den guten Zweck. Wie sich Vollzeitjob und ehrenamtliches Engagement am besten vereinbaren lassen, 15.05.2009.
- Zeit Online (2009c): Gewonnene Jahre. Die Deutschen werden immer älter und sind länger leistungsfähig. Experten empfehlen, das negative Altersbild der Gesellschaft zu revidieren und neue Wege zu gehen, 19.05.2009.
- Zeit Online (2009d): Alte nicht aufs Abstellgleis schieben. Viele Rentner wollen weiter arbeiten. Unternehmen könnten die aktiven Senioren gut gebrauchen – doch die Rahmenbedingungen stimmen nicht. Forscher fordern, das zu ändern, 05.09.2009.
- Zeit Online (2009e): Im öffentlichen Wohnzimmer. Das Mehrgenerationenhaus in Salzgitter vereint Kinderbetreuung und Altenpflege unter einem Dach. Das Modellprojekt gilt als Vorbild für zahlreiche ähnliche Einrichtungen, 19.11.2009.

Sonstige Zeitungen

- Associated Press (2000): CSU-Vize Stamm begrüßt Äußerungen von Bundeskanzler Schröder, 27.04.2000.
- Der Tagesspiegel (2000): Was ist denn in Zukunft sozialdemokratisch?, 27.04.2000.
- Frankfurter Rundschau (2004): Bürgergesellschaft und Globalisierung, 21.01.2004.

9.1.2 Politische Dokumente

Politische Reden, Pressemitteilungen, Parteiprogramme und Koalitionsverträge

- Aigner, Ilse (2000): Bürgerschaftliches Engagement. Verantwortung für sich und andere, Berlin [www.ehrenamtsbibliothek.de/literatur/Buergerschaftliches%20Engagement%20Verantwortung%20fuer%20sich.pdf; 03.02.2012].
- Aigner, Ilse (2009): »Ländliche Räume durch Bürgerinnen und Bürger gestalten«, in: BMFSFJ (Hg.): Zukunft gestalten – sozialen Zusammenhalt sichern. Nachhaltige Entwicklung durch bürgerschaftliches Engagement, Berlin: BMFSFJ, S. 14-19.
- Aigner, Ilse/Norbert Barthle/Marie-Luise Dött/Klaus Holetschek/Eva-Maria Kors/Klaus Riegert (2002): »Sondervotum von Mitgliedern der Enquete-Kommission aus der Fraktion der CDU/CSU«, in: BT-Drs. 14/8900 (Bericht der Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements«), S. 329-350.*
- BBE [Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement] (2007): Engagementpolitische Agenda [www.b-b-e.de/index.php?id=14380&L=%2Findex.php%25; 27.12.2011].
- BBE [Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement] (2008): Netzwerk-Statuten Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement [www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2009/02/Netzwerk-Statuten_ebook.pdf; 27.12.2011].
- Bergmann, Christine (2000a): Rede anlässlich der konstituierenden Sitzung des »Beirates zum Internationalen Jahr der Freiwilligen« am 11.04.2000 in Berlin [www.b-b-e.de/index.php?id=1129&L=%2F%3%20FI%3D; 11.07.2011].
- Bergmann, Christine (2000b): »Vorwort«, in: Joachim Braun/Hans Günter Abt/Stefan Bischoff (Hg.): Leitfaden für Kommunen zur Information und Beratung über freiwilliges Engagement und Selbsthilfe, Köln/Leipzig: ISAB-Verlag, S. 3.
- Bergmann, Christine (2001a): Rede anlässlich des Festes der Freiwilligen am 05.12.2001 in Berlin [www.b-b-e.de/index.php?id=1129&L=%2F%3%20FI%3D; 02.07.2011].
- Bergmann, Christine (2001b): »Perspektiven zum freiwilligen Engagement und zum Bürgerengagement aus Sicht der Politik«, in: Joachim Braun/Gabriele Wahlen (Hg.): Die Freiwilligen. Das Sozialkapital des neuen Jahrtausends. Förderpolitische Konsequenzen aus dem Freiwilligensurvey 1999, Köln/Leipzig: ISAB-Verlag, S. 11-17.
- Bergmann, Christine (2001c): »Presseerklärung: Wir wollen ehrenamtliches Engagement in seiner ganzen Vielfalt fördern«, in: Joachim Braun/Gabriele Wahlen (Hg.): Die Freiwilligen. Das Sozialkapital des neuen Jahrtausends. Förderpolitische Konsequenzen aus dem Freiwilligensurvey 1999, Köln/Leipzig: ISAB-Verlag, S. 212f.
- Berlin Communiqué (2002): »Progressive Governance for the 21st Century«, in: Gerhard Schröder (Hg.): Progressive Governance for the XXI Century. Contribution to the Berlin Conference (June 2000), München: Beck, S. 13-21.
- Blumenthal, Antje (2009): »Der Unterausschuss »Bürgerschaftliches Engagement« im Deutschen Bundestag«, in: BMFSFJ (Hg.): Zukunft gestalten – sozialen Zusammenhalt sichern. Nachhaltige Entwicklung durch bürgerschaftliches Engagement, Berlin: BMFSFJ, S. 20-27.

- BMFSFJ [Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend] (Hg.) (2004): Perspektiven für Freiwilligendienste und Zivildienst in Deutschland. Bericht der Kommission Impulse für die Zivilgesellschaft, Berlin: BMFSFJ.
- BMFSFJ [Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend] (2005): Pressemitteilung: Modellprogramm »Generationsübergreifende Freiwilligendienste« vom 06.09.2005 [www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Pressestelle/Pdf-Anlagen/freiwilligendienste-modellprogramm; 12.05.2013].
- BMFSFJ [Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend] (Hg.) (2007a): Miteinander – Füreinander. Initiative ZivilEngagement, Berlin: BMFSFJ.
- BMFSFJ [Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend] (Hg.) (2007b): Zivilgesellschaft stärken – Engagement fördern. Generationsübergreifende Freiwilligendienste, Berlin: BMFSFJ.
- BMFSFJ [Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend] (Hg.) (2008a): Flyer »www.Initiative-ZivilEngagement.de«, Berlin [www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/flyer-initiative-zivilengagement,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf; 10.08.2010].
- BMFSFJ [Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend] (Hg.) (2008b): Starke Leistung für jedes Alter. Erste Ergebnisse der Wirkungsforschung im Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser, Berlin: BMFSFJ.
- BMGS [Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung] (Hg.) (2005): »Zu Ihrer Sicherheit«. Unfallversichert im Ehrenamt, Bonn: BMGS.
- BMI [Bundesministerium des Innern] (2009): Pressemitteilung: »Junge Migranten als Lotsen integrieren sich und andere« vom 29.06.2009 [www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2009/mitMarginalspalte/06/jumilo.html; 15.08.2013].
- Böhmer, Maria (2009): »Integration – Schlüsselaufgabe unserer Gesellschaft«, in: BMFSFJ (Hg.): Zukunft gestalten – sozialen Zusammenhalt sichern. Nachhaltige Entwicklung durch bürgerschaftliches Engagement, Berlin: BMFSFJ, S. 28-34.
- Börnsen, Wolfgang (1997): »Für das Gemeinwohl unverzichtbar – das Ehrenamt«, in: CDU/CSU-Bundestagsfraktion (Hg.): Das Ehrenamt: Verantwortung übernehmen – Zukunft gestalten, Bonn: von Mannstein, S. 21-23.
- Bündnis 90/Die Grünen (2002): Die Zukunft ist grün. Grundsatzprogramm von Bündnis 90/Die Grünen, Berlin.
- Bürsch, Michael (2009): »Engagementpolitik im Dienste der Demokratie«, in: BMFSFJ (Hg.): Zukunft gestalten – sozialen Zusammenhalt sichern. Nachhaltige Entwicklung durch bürgerschaftliches Engagement, Berlin: BMFSFJ, S. 37-42.
- CDU (1994): Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands: »Freiheit in Verantwortung«, Hamburg.
- CDU (2007): Das Grundsatzprogramm: »Freiheit und Sicherheit. Grundsätze für Deutschland«, Hannover.
- CDU-Präsidiumskommission »Spielraum für kleine Einheiten« (2003): »Diskussionspapier »Starker Bürger. Starker Staat« vom 09.10.2000«, in: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (Hg.): Bürgergesellschaft in programmatischen Aussagen der Parteien – SPD und CDU/CSU, Sankt Augustin: KAS, S. 38-47 [www.kas.de/wf/doc/kas_1648-1522-1-30.pdf?030414112509; 14.10.2012].*

- CDU/CSU-Bundestagsfraktion (Hg.) (1997): Das Ehrenamt: Verantwortung übernehmen – Zukunft gestalten, Bonn: von Mannstein.
- CDU/CSU/FDP (2009): Wachstum. Bildung. Zusammenhalt. Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP. 17. Legislaturperiode, Berlin.
- CDU/CSU/SPD (2005): Gemeinsam für Deutschland – mit Mut und Menschlichkeit. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, Berlin.
- CSU (1993): Grundsatzprogramm der Christlich Sozialen Union in Bayern, München: Atwerb Verlag.
- CSU (2007): Grundsatzprogramm: »Chancen für alle! In Freiheit und Verantwortung gemeinsam Zukunft gestalten«, München: Atwerb Verlag.
- Dreßler, Rudolf (1996): »Die Bedeutung der Wohlfahrtsverbände für die soziale Sicherung in Deutschland«, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Wohlfahrtsverbände in Deutschland: Auslauf- oder Zukunftsmodell? Eine Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung am 25.10.1995 in Bonn, Bonn: FES, S. 51-59 [<http://library.fes.de/fulltext/asfo/00694toc.htm>; 24.10.2012].
- Falk, Ilse (1997): »Soziales Engagement aufwerten«, in: CDU/CSU-Bundestagsfraktion (Hg.): Das Ehrenamt: Verantwortung übernehmen – Zukunft gestalten, Bonn: von Mannstein, S. 24-27.
- Gauly, Thomas M. (1995): »Programmatik und Politik der CDU und ihr Verhältnis zu kommunitaristischen Konzepten«, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 8 (3), S. 76-82.
- Glück, Alois (2006): »Einführung«, in: Gerhard Hirscher/Roman Huber (Hg.): Aktive Bürgergesellschaft durch bundesweite Volksentscheide? Direkte Demokratie in der Diskussion, München: HSS, S. 11-13.
- Glücklich, Wilma (1997): »Freiwilliges ökologisches Jahr – Einsatz junger Menschen für Umwelt und Natur«, in: CDU/CSU-Bundestagsfraktion (Hg.): Das Ehrenamt: Verantwortung übernehmen – Zukunft gestalten, Bonn: von Mannstein, S. 27-30.
- Götz, Peter (1997): »Fundament für Politik und öffentliches Leben«, in: CDU/CSU-Bundestagsfraktion (Hg.): Das Ehrenamt: Verantwortung übernehmen – Zukunft gestalten, Bonn: von Mannstein, S. 30-32.
- Grehn, Klaus/Monika Balt (2002): »Zugänge zum bürgerschaftlichen Engagement. Mitglieder der Enquete-Kommission aus der Fraktion der PDS«, in: BT-Drs. 14/8900 (Bericht der Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements«), S. 67-69.*
- Haupt, Peter (1999): Vortrag auf der Mitgliederversammlung des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge am 01.12.1999 in Frankfurt a.M. [www.b-b-e.de/index.php?id=1129; 10.09.2011].
- Haupt, Peter (2002): Rede des Staatssekretärs Haupt anlässlich der Auswertungs-tagung zum Internationalen Jahr der Freiwilligen am 04.06.2002 in Berlin [www.b-b-e.de/index.php?id=1129; 10.09.2011].
- Herzog, Roman (1995): Ansprache vor der Aktion Gemeinsinn aus Anlaß der Kampagne »Verstehen beginnt mit Zuhören« am 11.11.1995 [www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Roman-Herzog/Reden/1995/11/19951111_Rede.htm; 17.07.2012].
- Herzog, Roman (1997a): Berliner Rede: »Aufbruch ins 21. Jahrhundert« am 26.04.1997 in Berlin [www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Roman-Herzog/Reden/1997/04/19970426_Rede.html; 17.07.2012].

- Herzog, Roman (1997b): Weihnachtsansprache am 25.12.1997 in Berlin [www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Roman-Herzog/Reden/1997/12/19971225_Rede.html; 17.07.2012].
- Hilberer, Wolfgang/Tobias Wangermann (2009): »Vorwort«, in: Dies. (Hg.): Reader Bürgergesellschaft 2008. Themen zum bürgerschaftlichen Engagement, Sankt Augustin/Berlin: KAS, S. 5f.
- Hübner, Claudia (2009): »Demografischer Wandel: Renaissance oder Ende der Solidarität?«, in: BMFSFJ (Hg.): Zukunft gestalten – sozialen Zusammenhalt sichern. Nachhaltige Entwicklung durch bürgerschaftliches Engagement, Berlin: BMFSFJ, S. 101-107.
- Jacoby, Peter (1997): »Ehrenamt in Europa. Von unseren Nachbarn lernen«, in: CDU/CSU-Bundestagsfraktion (Hg.): Das Ehrenamt: Verantwortung übernehmen – Zukunft gestalten, Bonn: von Mannstein, S. 33-35.
- Keller, Peter (1997): »Das Ehrenamt im Berufsleben und in den Gewerkschaften«, in: CDU/CSU-Bundestagsfraktion (Hg.): Das Ehrenamt: Verantwortung übernehmen – Zukunft gestalten, Bonn: von Mannstein, S. 35-38.
- Köhler, Horst (2005a): Rede auf der Jahrestagung »Zum Wandel ermutigen – Stiftungen als Innovationskraft« des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen am 13.05.2005 in Freiburg [www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Horst-Koehler/Reden/2005/05/20050513_Rede_Anlage.pdf?__blob=publicationFile&v=2; 10.08.2012].
- Köhler, Horst (2005b): Rede beim Festakt aus Anlass des 100-jährigen Bestehens des Deutschen Städtetages am 01.06.2005 in Berlin [www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Horst-Koehler/Reden/2005/06/20050601_Rede_Anlage.pdf?__blob=publicationFile&v=2; 11.08.2012].
- Köhler, Horst (2006a): »Das Alter gestalten: Für ein neues Miteinander der Generationen«. Rede auf dem 8. Seniorentag am 16.05.2006 in Köln [www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Horst-Koehler/Reden/2006/05/20060516_Rede_Anlage.pdf?__blob=publicationFile; 10.08.2012].
- Köhler, Horst (2006b): Ansprache bei der Auftaktveranstaltung zur Woche des bürgerschaftlichen Engagements am 15.09.2006 in Berlin [www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/HorstKoehler/Reden/2006/09/20060915_Rede_Anlage.pdf?__blob=publicationFile&v=3; 11.08.2012].
- Köhler, Horst (2006c): Berliner Rede: »Bildung für alle« am 21.09.2006 in Berlin [www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Horst-Koehler/Reden/2006/09/20060921_Rede_Anlage.pdf?__blob=publicationFile&v=3; 11.08.2012].
- Köhler, Horst (2006d): Ansprache bei der Verleihung des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland am 08.12.2006 in Bonn [www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Horst-Koehler/Reden/2006/12/20061208_Rede_Anlage.pdf?__blob=publicationFile&v=3; 12.08.2012].
- Köhler, Horst (2007a): Grußwort bei der Verleihung des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland an verdiente Bürgerinnen am 21.06.2007 in Berlin [www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Horst-Koehler/Reden/2007/06/20070621_Rede_Anlage.pdf?__blob=publicationFile&v=2; 11.08.2012].
- Köhler, Horst (2007b): »Mitmachen statt zugucken«. Grußwort anlässlich des 50. Jahrestages der »Aktion Gemeinsinn« am 17.10.2007 in Berlin [www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Horst-Koehler/Reden/2007/10/20071017_Rede_Anlage.pdf?__blob=publicationFile&v=2; 11.08.2012].

- sident.de/SharedDocs/Reden/DE/Horst-Koehler/Reden/2007/10/20071017_Rede_Anlage.pdf?__blob=publicationFile&v=2; 11.08.2012].
- Köhler, Horst (2007c): »Sich zu engagieren, tut gut«. Ansprache bei der Ordensverleihung aus Anlass des Tages des Ehrenamtes am 07.12.2007 in Berlin [www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Horst-Koehler/Reden/2007/12/20071207_Rede_Anlage.pdf?__blob=publicationFile; 11.08.2012].
- Köhler, Horst (2008a): Berliner Rede: »Arbeit, Bildung, Integration« am 17.06.2008 in Berlin [www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Horst-Koehler/Reden/2008/06/20080617_Rede_Anlage.pdf?__blob=publicationFile&v=2; 10.08.2012].
- Köhler, Horst (2008b): »Freundschaft zwischen Jung und Alt«. Grußwort bei der Verleihung des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland an Bürgerinnen und Bürger für ihre Verdienste um das Miteinander der Generationen am 04.11.2008 in Berlin [www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Horst-Koehler/Reden/2008/11/20081104_Rede_Anlage.pdf?__blob=publicationFile&v=2; 10.08.2012].
- Köhler, Horst (2008c): »Was unsere Gemeinschaft zusammenhält«. Grußwort zur Verleihung des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland anlässlich des Tages des Ehrenamtes am 05.12.2008 in Berlin [www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Horst-Koehler/Reden/2008/12/20081205_Rede_Anlage.pdf?__blob=publicationFile; 10.08.2012].
- Köhler, Horst (2009): »Der Reichtum einer Gesellschaft«. Grußwort zur Verleihung des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland anlässlich des Tages des Ehrenamtes am 04.12.2009 in Berlin [www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Horst-Koehler/Reden/2009/12/20091204_Rede_Anlage.pdf?__blob=publicationFile&v=3; 09.08.2012].
- Kohl, Helmut (1997): »Säule für ein intaktes Gemeinwesen«, in: CDU/CSU-Bundestagsfraktion (Hg.): Das Ehrenamt: Verantwortung übernehmen – Zukunft gestalten, Bonn: von Mannstein, S. 6.
- Kretschmann, Winfried (1995): »Die Grünen und der Kommunitarismus«, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 8 (3), S. 83-85.
- Laurien, Hanna-Renate (1995): »Zum Stellenwert des Ehrenamtes angesichts der Grenzen des Sozialstaates«, in: Caritas 96 (7/8), S. 293-300.
- Lehr, Ursula (2009): »Nicht nur dem Leben Jahre, sondern den Jahren Leben geben«, in: BMFSFJ (Hg.): Zukunft gestalten – sozialen Zusammenhalt sichern. Nachhaltige Entwicklung durch bürgerschaftliches Engagement, Berlin: BMFSFJ, S. 109-115.
- von der Leyen, Ursula (2007): »Vorwort: Es ist Zeit für mehr Engagement«, in: BMFSFJ (Hg.): Miteinander – Füreinander. Initiative ZivilEngagement, Berlin: BMFSFJ, S. 3-5.
- von der Leyen, Ursula (2009): »Verantwortung übernehmen – Zusammenhalt stärken«, in: BMFSFJ (Hg.): Zukunft gestalten – sozialen Zusammenhalt sichern. Nachhaltige Entwicklung durch bürgerschaftliches Engagement, Berlin: BMFSFJ, S. 6-13.
- Linckelmann, Wolfgang (1998): »Die Politik und das Ehrenamt«, in: Caritas 99 (8/9), S. 401-404.

- Link, Walter (1997): »Das Ehrenamt in Kirchen und Religionsgemeinschaften«, in: CDU/CSU-Bundestagsfraktion (Hg.): Das Ehrenamt: Verantwortung übernehmen – Zukunft gestalten, Bonn: von Mannstein, S. 39-41.
- Die Linke (2007): Programmatische Eckpunkte. Programmatisches Gründungsdokument der Partei Die Linke, Berlin.
- Merkel, Angela (1994): »Frauen im Ehrenamt«, in: Caritas 95 (10), S. 434-438.
- Müntefering, Franz (1995): »Ehrenamtliche Helfer brauchen mehr Anerkennung«, in: Presseservice der SPD, Nr. 567.
- Müntefering, Franz/Wilhelm Schmidt (1998): »Ehrenamt – Ein Eckpfeiler der Demokratie in der freien Bürgergesellschaft«, in: Presseservice der SPD, Nr. 493.
- Nolte, Claudia (1997): »Aufgaben der Politik und der Gesellschaft zur Förderung des Ehrenamtes«, in: CDU/CSU-Bundestagsfraktion (Hg.): Das Ehrenamt: Verantwortung übernehmen – Zukunft gestalten, Bonn: von Mannstein, S. 9-12.
- Nolte, Claudia (1998): »Vorwort«, in: BMFSFJ (Hg.): Qualität schaffen. Welches Know-how brauchen Freiwilligen-Agenturen?, Bonn: BMFSFJ, S. 6 [www.univention.org/download/QS_15.pdf; 10.02.2013].
- Oswald, Eduard (1997): »Ehrenamt hat Zukunft«, in: CDU/CSU-Bundestagsfraktion (Hg.): Das Ehrenamt: Verantwortung übernehmen – Zukunft gestalten, Bonn: von Mannstein, S. 13-15.
- Päsel, Gerhard (1997): »Kulturförderung durch Ehrenamt«, in: CDU/CSU-Bundestagsfraktion (Hg.): Das Ehrenamt: Verantwortung übernehmen – Zukunft gestalten, Bonn: von Mannstein, S. 41-43.
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.) (2001): Mitmachen, mit-helfen: Ehrensache. Für die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements, Berlin.
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.) (2005): Ehrensache – Bürgerschaftliches Engagement in Deutschland, Berlin.
- Rau, Johannes (1999): Ansprache aus Anlass der Verleihung der Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland zum Tag des Ehrenamtes am 06.12.1999 in Berlin [www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Johannes-Rau/Reden/1999/12/19991206_Rede.html; 01.09.2011].
- Rau, Johannes (2000a): Rede bei der Verleihung des Hans-Böckler-Preises 2000 am 13.10.2000 in Potsdam [www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Johannes-Rau/Reden/2000/10/20001013_Rede2.html; 02.09.2011].
- Rau, Johannes (2000b): Rede anlässlich der Auftaktveranstaltung zum Internationalen Jahr der Freiwilligen in Deutschland am 05.12.2000 in Bonn [www.b-b-e.de/index.php?id=1129&L=%2F%3F1%3D; 01.09.2011].
- Rau, Johannes (2001a): Ansprache aus Anlass des »Tages des Ehrenamtes« am 15.12.2001 in Bonn [www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Johannes-Rau/Reden/2001/12/20011215_Rede.html; 12.07.2011].
- Rau, Johannes (2001b): Rede auf der Preisverleihung der Initiative »Freiheit und Verantwortung« am 18.12.2001 in Berlin [www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Johannes-Rau/Reden/2001/12/20011218_Rede.html; 01.09.2011].
- Rau, Johannes (2004): Berliner Rede: »Vertrauen in Deutschland – eine Ermutigung« am 12.05.2004 in Berlin [www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Johannes-Rau/Reden/2004/05/20040512_Rede_Anlage.pdf?__blob=publicationFile&v=3; 05.08.2012].

- Rau, Rolf (1997): »Sport und Ehrenamt«, in: CDU/CSU-Bundestagsfraktion (Hg.): Das Ehrenamt: Verantwortung übernehmen – Zukunft gestalten, Bonn: von Mannstein, S. 44-47.
- Reichard, Christa (1997): »Alternative Formen des Ehrenamtes auf dem Vormarsch«, in: CDU/CSU-Bundestagsfraktion (Hg.): Das Ehrenamt: Verantwortung übernehmen – Zukunft gestalten, Bonn: von Mannstein, S. 48-50.
- Reinhardt, Erika (1997): »Senioren im Ehrenamt als Chance für den einzelnen und die Gesellschaft«, in: CDU/CSU-Bundestagsfraktion (Hg.): Das Ehrenamt: Verantwortung übernehmen – Zukunft gestalten, Bonn: von Mannstein, S. 50-52.
- Riegert, Klaus (1997): »Bilanz und Ausblick ehrenamtlicher Tätigkeiten«, in: CDU/CSU-Bundestagsfraktion (Hg.): Das Ehrenamt: Verantwortung übernehmen – Zukunft gestalten, Bonn: von Mannstein, S. 15-20.
- Riegert, Klaus (2009): »Mehr als Urkunde und Händedruck. Möglichkeiten einer Anerkennungskultur«, in: Wolfgang Hilberer/Tobias Wangermann (Hg.): Reader Bürgergesellschaft 2008. Themen zum bürgerschaftlichen Engagement, Sankt Augustin/Berlin: KAS, S. 9-16.
- Schätzle, Ortrun (1997): »Das soziale Ehrenamt«, in: CDU/CSU-Bundestagsfraktion (Hg.): Das Ehrenamt: Verantwortung übernehmen – Zukunft gestalten, Bonn: von Mannstein, S. 53-55.
- Schäuble, Wolfgang (1994): Und der Zukunft zugewandt, Berlin: Siedler.
- Schäuble, Wolfgang (1995): »Ehrenamtliche Tätigkeit wieder stärker ins Bewußtsein rufen«, in: Union in Deutschland: CDU-Informationsdienst (40), S. 16f.
- Schäuble, Wolfgang (1997): »Demokratie erwartet Mitwirkung«, in: CDU/CSU-Bundestagsfraktion (Hg.): Das Ehrenamt: Verantwortung übernehmen – Zukunft gestalten, Bonn: von Mannstein, S. 7f.
- Schäuble, Wolfgang (2009): »Gesellschaftlicher Zusammenhalt und ehrenamtliches Engagement«, in: BMFSFJ (Hg.): Zukunft gestalten – sozialen Zusammenhalt sichern. Nachhaltige Entwicklung durch bürgerschaftliches Engagement, Berlin: BMFSFJ, S. 148-155.
- Scharping, Rudolf (1996): »Einführung«, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Wohlfahrtsverbände in Deutschland: Auslauf- oder Zukunftsmodell? Eine Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung am 25.10.1995 in Bonn, Bonn: FES, S. 7-16 [<http://library.fes.de/fulltext/asfo/00694toc.htm>; 24.10.2012].
- Scharping, Rudolf (1997): »Freiwilligkeit – Ehrenamt – Selbsthilfe«, in: SPD-Bundestagsfraktion (Hg.): Engagement stiftet Zusammenhalt. Freiwilligkeit – Ehrenamt – Selbsthilfe, Bonn: Cicero, S. 5.
- Schmidt, Renate (2004): »Vorwort«, in: BMFSFJ (Hg.): Erfahrungswissen für Initiativen (EFI), Berlin: BMFSFJ, S. 2.
- Schmidt, Ulla (2005): »Vorwort«, in: BMGS (Hg.): »Zu Ihrer Sicherheit«. Unfallversicherung im Ehrenamt, Bonn, S. 3.
- Schmidt, Ulla (2009): »Gesundheit und Pflege – Aufgabenfelder für bürgerschaftliches Engagement«, in: BMFSFJ (Hg.): Zukunft gestalten – sozialen Zusammenhalt sichern. Nachhaltige Entwicklung durch bürgerschaftliches Engagement, Berlin: BMFSFJ, S. 164-169.
- Schmidt, Wilhelm (1997): »Zusammenfassung und Schlußwort«, in: SPD-Bundestagsfraktion (Hg.): Engagement stiftet Zusammenhalt. Freiwilligkeit – Ehrenamt – Selbsthilfe, Bonn: Cicero, S. 37f.

- Schröder, Gerhard (2000a): »Die zivile Bürgergesellschaft. Anregungen zu einer Neubestimmung der Aufgaben von Staat und Gesellschaft«, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 47 (4), S. 200-207.*
- Schröder, Gerhard (2000b): Rede anlässlich des Deutschen Feuerwehrtages am 24.06.2000 in Augsburg [www.b-b-e.de/index.php?id=1129&no_cache=1&cid;01.09.2011].
- Schröder, Gerhard (2000c): Rede anlässlich des Kongresses »Unternehmen und bürgerschaftliches Engagement: Aufbruch zu neuer Verantwortung« am 23.11.2000 in Berlin [www.b-b-e.de/index.php?id=1129&L=%2F%3F1%3D;12.07.2011].
- Schröder, Gerhard (2001a): »Corporate Citizenship: Gesellschaftliches Engagement – Unternehmerischer Nutzen.« Rede anlässlich der Tagung der Siemens AG, der »Wirtschaftswoche« und des Deutschen Netzwerks Wirtschaftsethik am 03.04.2001 in München [<http://perso.ens-lyon.fr/adrien.barbaresi/corpora/BR/t/246.html>; 12.04.2011].*
- Schröder, Gerhard (2001b): Rede anlässlich des Festes der Freiwilligen am 05.12.2001 in Berlin [www.b-b-e.de/index.php?id=1129&L=%2F%3F1%3D;01.09.2011].*
- Schröder, Gerhard (2001c): »Bürgerschaftliches Engagement ist unverzichtbar«, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.): Mitmachen, mit-helfen: Ehrensache. Für die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements, Berlin, S. 1f.
- Schröder, Gerhard (Hg.) (2002): Progressive Governance for the XXI Century. Contribution to the Berlin Conference (June 2000), München: Beck.
- Schröder, Gerhard (2005): »Vorwort«, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.): Ehrensache – Bürgerschaftliches Engagement in Deutschland, Berlin, S. 6f.
- Schröder, Gerhard/Tony Blair (1999): »Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten. Ein Vorschlag von Gerhard Schröder und Tony Blair vom 8. Juni 1999«, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 44 (7), S. 887-896.*
- Schüßler, Gerhard/Ernst Burgbacher (2002): »Zugänge zum bürgerschaftlichen Engagement. Mitglieder der Enquete-Kommission aus der Fraktion der FDP«, in BT-Drs. 14/8900 (Bericht der Enquete-Kommission »Zukunft des Bürger-schaftlichen Engagements«), S. 66f.*
- Simmert, Christian/Antje Vollmer (2002): »Zugänge zum bürgerschaftlichen Engagement. Mitglieder der Enquete-Kommission aus der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen«, in: BT-Drs. 14/8900 (Bericht der Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements«), S. 63-66.*
- Sothmann, Bärbel (1997): »Frauen leisten großen Beitrag«, in: CDU/CSU-Bundestagsfraktion (Hg.): Das Ehrenamt: Verantwortung übernehmen – Zukunft gestalten, Bonn: von Mannstein, S. 55-58.
- SPD (2007): Hamburger Programm. Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin.
- SPD-Bundestagsfraktion (Hg.) (1997): Engagement stiftet Zusammenhalt. Freiwilligkeit – Ehrenamt – Selbsthilfe, Bonn: Cicero.
- SPD-Grundsatzprogrammkommission (2001): Zwischenbericht. Wegmarken für ein neues Grundsatzprogramm. Sozialdemokratische Vorstellungen zur nach-

- haltigen Gestaltung der globalen Epoche, Berlin [http://www2.spdlinke.de/uploads/0053_2001_programmdebatte_zwischenbericht.pdf; 29.04.2013].
- SPD-Grundwertekommission (2001): Aktivierung der Bürgergesellschaft, Berlin: FES [<http://library.fes.de/prodok/fco2-00411.pdf>; 29.04.2013].*
- SPD-Präsidium (1996): »Ohne freiwilliges Engagement und ehrenamtlichen Einsatz erkaltet unser Land«, in: Presseservice der SPD, Nr. 548.
- SPD/Bündnis 90/Die Grünen (1998): Aufbruch und Erneuerung – Deutschlands Weg ins 21. Jahrhundert. Koalitionsvereinbarung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Bündnis 90/Die Grünen, Berlin.
- SPD/Bündnis 90/Die Grünen (2002): Koalitionsvertrag zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen 2002-2006: Erneuerung – Gerechtigkeit – Nachhaltigkeit. Für ein wirtschaftlich starkes, soziales und ökologisches Deutschland. Für eine lebendige Demokratie, Berlin.
- Steinbrück, Peer (2009): »Die wahren Vorbilder unserer Zeit«, in: BMFSFJ (Hg.): Zukunft gestalten – sozialen Zusammenhalt sichern. Nachhaltige Entwicklung durch bürgerschaftliches Engagement, Berlin: BMFSFJ, S. 183-189.
- Tiefensee, Wolfgang (2009): »Stadt und Land im demografischen Wandel«, in: BMFSFJ (Hg.): Zukunft gestalten – sozialen Zusammenhalt sichern. Nachhaltige Entwicklung durch bürgerschaftliches Engagement, Berlin: BMFSFJ, S. 198-204.
- Welt, Jochen (2000): »Die Aussiedlerpolitik der Bundesregierung. Zwischenbilanz und Ausblick«, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Neue Wege der Aussiedlerintegration. Vom politischen Konzept zur Praxis, Bonn: FES, S. 11-25 [<http://library.fes.de/fulltext/asfo/00806002.htm>; 11.08.2012].
- Willner, Gert (1997): »Ehrenamt für und durch Jugendliche«, in: CDU/CSU-Bundestagsfraktion (Hg.): Das Ehrenamt: Verantwortung übernehmen – Zukunft gestalten, Bonn: von Mannstein, S. 58-61.
- Zellner, Theo (2009): »Eine neue Plattform für das Ehrenamt«, in: BMFSFJ (Hg.): Zukunft gestalten – sozialen Zusammenhalt sichern. Nachhaltige Entwicklung durch bürgerschaftliches Engagement, Berlin: BMFSFJ, S. 214-221.

Drucksachen des Deutschen Bundestages

- BT-Drs. 13/2652 (1995): Große Anfrage der Fraktion der CDU/CSU und der Fraktion der FDP: »Bedeutung ehrenamtlicher Tätigkeit für unsere Gesellschaft« vom 11.10.1995.
- BT-Drs. 13/3232 (1995): Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: »Freiwilliges soziales Engagement fördern und zur Selbständigkeit ermutigen« vom 05.12.1995.
- BT-Drs. 13/5205 (1996): Kleine Anfrage der Fraktion der SPD: »Frauen ins Ehrenamt mit Hilfe von Steuermitteln« vom 01.07.1996.
- BT-Drs. 13/5383 (1996): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD: »Frauen ins Ehrenamt mit Hilfe von Steuermitteln« (Drs. 13/5205) vom 02.08.1996.
- BT-Drs. 13/5674 (1996): Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU/CSU und der Fraktion der FDP: »Bedeutung ehrenamtlicher Tätigkeit für unsere Gesellschaft« (Drs. 13/2652) vom 01.10.1996.
- BT-Drs. 13/6386 (1996): Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU und der Fraktion der FDP zu der Großen Anfrage der Fraktion der CDU/CSU und

- der Fraktion der FDP: »Bedeutung ehrenamtlicher Tätigkeit für unsere Gesellschaft« (Drs. 13/2652, 13/5674) vom 03.12.1996.
- BT-Drs. 13/6399 (1996): Entschließungsantrag der Fraktion der SPD zu der Großen Anfrage der Fraktion der CDU/CSU und der Fraktion der FDP: »Bedeutung ehrenamtlicher Tätigkeit für unsere Gesellschaft« (Drs. 13/2652, 13/5674) vom 04.12.1996.
- BT-Drs. 13/8004 (1997): Fragen für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 25. Juni 1997 vom 20.06.1997.
- BT-Drs. 13/10145 (1998): Unterrichtung durch die Bundesregierung: »Schlanker Staat. Die nächsten Schritte« vom 19.03.1998.
- BT-Drs. 13/11413 (1998): Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zu dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: »Freiwilliges soziales Engagement fördern und zur Selbständigkeit ermutigen« (Drs. 13/3232), zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der SPD (Drs. 13/6399) und zu der Großen Anfrage der Fraktion der CDU/CSU und der Fraktion der FDP: »Bedeutung ehrenamtlicher Tätigkeit für unsere Gesellschaft« (Drs. 13/2652, 13/5674) vom 04.09.1998.
- BT-Drs. 14/402 (1999): Kleine Anfrage der Fraktion der CDU/CSU: »Ehrenamt und Arbeitslosigkeit« vom 22.02.1999.
- BT-Drs. 14/511 (1999): Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage der Fraktion der CDU/CSU: »Ehrenamt und Arbeitslosigkeit« (Drs. 14/402) vom 12.03.1999.
- BT-Drs. 14/2351 (1999): Antrag der Fraktionen SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP: Einsetzung einer Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements« vom 14.12.1999.
- BT-Drs. 14/2989 (2000): Antrag der Fraktion der CDU/CSU: »Neue Belastungen für ehrenamtlich Tätige zurücknehmen« vom 21.03.2000.
- BT-Drs. 14/3106 (2000): Antrag der Fraktion der FDP: »Rechtsextremismus entschlossen bekämpfen« vom 05.04.2000.
- BT-Drs. 14/3516 (2000): Antrag Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: »Gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt« vom 07.06.2000.
- BT-Drs. 14/3680 (2000): Große Anfrage der Fraktion der CDU/CSU: »Sicherung der Zukunft der Vereine durch wirtschaftliche und bürokratische Entlastung – Erhöhung der Gestaltungsmöglichkeiten und Freiräume« vom 27.06.2000.
- BT-Drs. 14/4067 (2000): Antrag der Fraktion der CDU/CSU: »Nachhaltige Bekämpfung von Extremismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit« vom 11.09.2000.
- BT-Drs. 14/5224 (2001): Gesetzentwurf der Fraktion der CDU/CSU: »Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung ehrenamtlicher Tätigkeiten in Vereinen und Organisationen« vom 06.02.2001.
- BT-Drs. 14/5456 (2001): Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und PDS: »Gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt« vom 06.03.2001.
- BT-Drs. 14/7485 (2001): Gesetzentwurf der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen: »Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Förderung eines freiwilligen sozialen Jahres und anderer Gesetze (FSJ-Förderungsänderungsgesetz – FSJGÄndG)« vom 14.11.2001.

- BT-Drs. 14/8035 (2002): Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU: »Sicherung der Zukunft der Vereine durch wirtschaftliche und bürokratische Entlastung – Erhöhung der Gestaltungsmöglichkeiten und Freiräume« vom 22.01.2002.
- BT-Drs. 14/8277 (2002): Gesetzentwurf der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen: »Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Stiftungsrechts« vom 20.02.2002.
- BT-Drs. 14/8634 (2002): Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zu dem Gesetzentwurf der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen: »Entwurf eines Gesetzes zur Förderung eines freiwilligen sozialen Jahres (FSJ-Förderungsänderungsgesetz – FSJGÄndG)« (Drs. 14/7485), zu dem Gesetzentwurf des Bundesrates (Drs. 14/5120) und zu dem Antrag der Fraktion der FDP (Drs. 14/7811) vom 20.03.2002.
- BT-Drs. 14/8900 (2002): Bericht der Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements«: Auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft vom 03.06.2002.
- BT-Drs. 15/3439 (2004): Gesetzentwurf der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen: »Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des unfallversicherungsrechtlichen Schutzes bürgerschaftlich Engagierter und weiterer Personen« vom 29.06.2004.
- BT-Drs. 16/5200 (2007): Gesetzentwurf der Bundesregierung: »Entwurf eines Gesetzes zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements« vom 03.05.2007.
- BT-Drs. 16/6519 (2007): Gesetzentwurf der Bundesregierung: »Entwurf eines Gesetzes zur Förderung von Jugendfreiwilligendiensten« vom 24.09.2007.
- BT-Drs. 16/7439 (2007): Gesetzentwurf der Bundesregierung: »Entwurf eines Gesetzes zur strukturellen Weiterentwicklung der Pflegeversicherung (Pflege-Weiterentwicklungsgesetz)« vom 07.12.2007.
- BT-Drs. 16/12221 (2009): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: »Nationaler Engagementplan der Bundesregierung« (Drs. 16/12055) vom 11.03.2009.
- BT-Drs. 16/12561 (2009): Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: »Geplante Nationale Engagementstrategie der Bundesregierung« (Nachfrage zu BT-Drs. 16/12221) vom 03.04.2009.
- BT UA-Drs. [Unterausschuss »Bürgerschaftliches Engagement«] 15/090 (2005): Bericht über die Arbeit des Unterausschusses »Bürgerschaftliches Engagement« (Berichtszeitraum Mai 2003 bis Juni 2005) vom 16.06.2005.
- BT UA-Drs. [Unterausschuss »Bürgerschaftliches Engagement«] 16/88 (2009): Bericht über die Arbeit des Unterausschusses »Bürgerschaftliches Engagement« in der 16. Wahlperiode vom 27.05.2009.

Plenarprotokolle des Deutschen Bundestages

- BT Pl.-Prot. 13/145 (1996): Stenographischer Bericht vom 05.12.1996.
- BT Pl.-Prot. 13/158 (1997): Stenographischer Bericht vom 21.02.1997.
- BT Pl.-Prot. 13/183 (1997): Stenographischer Bericht vom 25.06.1997.
- BT Pl.-Prot. 14/58 (1999): Stenographischer Bericht vom 30.09.1999.
- BT Pl.-Prot. 14/78 (1999): Stenographischer Bericht vom 15.12.1999.
- BT Pl.-Prot. 14/162 (2001): Stenographischer Bericht vom 30.03.2001.

- BT Pl.-Prot. 14/212 (2002): Stenographischer Bericht vom 24.01.2002.
 BT Pl.-Prot. 14/228 (2002): Stenographischer Bericht vom 22.03.2002.
 BT Pl.-Prot. 14/242 (2002): Stenographischer Bericht vom 13.06.2002.*

Wissenschaftlich-politische Berichte

a) Sozialberichte

- BT-Drs. 12/7130 (1994): Unterrichtung durch die Bundesregierung: Sozialbericht 1993 vom 23.03.1994.
 BT-Drs. 13/10142 (1998): Unterrichtung durch die Bundesregierung: Sozialbericht 1997 vom 17.03.1998.
 BT-Drs. 14/8700 (2002): Unterrichtung durch die Bundesregierung: Sozialbericht 2001 vom 21.03.2002.
 BT-Drs. 15/5955 (2005): Unterrichtung durch die Bundesregierung: Sozialbericht 2005 vom 11.08.2005.
 BT-Drs. 16/13830 (2009): Unterrichtung durch die Bundesregierung: Sozialbericht 2009 vom 20.07.2009.

b) Bildungsberichte

- BT-Drs. 16/4100 (2007): Unterrichtung durch die Bundesregierung: Nationaler Bildungsbericht 2006 »Bildung in Deutschland« und Stellungnahme der Bundesregierung vom 10.01.2007.
 BT-Drs. 16/10206 (2008): Unterrichtung durch die Bundesregierung: Nationaler Bildungsbericht 2008 »Bildung in Deutschland« und Stellungnahme der Bundesregierung vom 04.09.2008.

c) Altenberichte

- BT-Drs. 12/5897 (1993): Unterrichtung durch die Bundesregierung: Erster Altenbericht der Bundesregierung und Stellungnahme der Bundesregierung zum Bericht der Sachverständigenkommission vom 28.09.1993.
 BT-Drs. 16/2190 (2006): Unterrichtung durch die Bundesregierung: Fünfter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland »Potenziale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft – Der Beitrag älterer Menschen zum Zusammenhalt der Generationen« und Stellungnahme der Bundesregierung vom 06.07.2006.

d) Migrationsberichte

- BT-Drs. 12/6960 (1994): Unterrichtung durch die Bundesregierung: Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Ausländer über die Lage der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland 1993 vom 11.03.1994.
 BT-Drs. 13/19484 (1997): Unterrichtung durch die Bundesregierung: Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen über die Lage der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland vom 11.12.1997.
 BT-Drs. 15/5826 (2005): Unterrichtung der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration: Sechster Bericht über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland vom 22.06.2005.
 BT-Drs. 16/7600 (2007): Unterrichtung durch die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration: Siebter Bericht über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland vom 20.12.2007.

e) Armuts- und Reichtumsberichte

BT-Drs. 14/5990 (2001): Unterrichtung durch die Bundesregierung: Lebenslagen in Deutschland. Erster Armuts- und Reichtumsbericht vom 08.05.2001.

BT-Drs. 15/5015 (2005): Unterrichtung durch die Bundesregierung: Lebenslagen in Deutschland. Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht vom 03.03.2005.

BT-Drs. 16/9915 (2008): Unterrichtung durch die Bundesregierung: Lebenslagen in Deutschland. Dritter Armuts- und Reichtumsbericht vom 30.06.2008.

9.1.3 Veröffentlichungen von Vereinen, Verbänden und Stiftungen

Albert, Jürgen (1993): »Nächstenhilfe ist nicht nur für Fachleute. Die liebe Not mit dem Ehrenamt«, in: *Diakonie* 19 (1), S. 9-14.

BAGFW [Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V.] (1985): Gesamtstatistik der Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege, Bonn.

BAGFW [Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V.] (1997): Jahresbericht 1996, Berlin [www.bagfw.de/uploads/tx_twpublication/m00157_BAGFW_Jahresbericht_1996.pdf; 22.08.2012].

BAGFW [Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V.] (1998): Jahresbericht 1997, Berlin [www.bagfw.de/uploads/tx_twpublication/m00156_BAGFW_Jahresbericht_1997.pdf; 22.08.2012].

Baldas, Eugen (1993): »Diskussionsbericht«, in: *Caritas* 94 (8/9), S. 407-409.

Baldas, Eugen (1996a): »Ehrenamtliche Arbeit in Europa«, in: *Caritas* 97 (5), S. 235f.

Baldas, Eugen (1996b): »Eurovol-Ehrenamtsstudie«, in: *Caritas* 97 (5), S. 236f.

Baron, Esther (1993): »Leipziger Allerlei«, in: *Caritas* 94 (8/9), S. 427f.

Becker, Thomas (1996): »Wertestudie des »Stern«: Klarer Trend zu sozialem Engagement«, in: *Sozialcourage* (1), S. 30.

Berliner Resolution zum Ehrenamt (1996), in: *Deutscher Sportbund (DSB) (Hg.): Ehrenämter in Deutschland. Dokumentation der Anhörung des Deutschen Sportbundes zum Ehrenamt am 6. November 1995 in Berlin, Frankfurt a.M.: Kunze & Partner, S. 16.*

Bobzien, Monika (1997): »Selbsthilfe und Bürgerschaftliches Engagement. Unterschiede anerkennen, um an gemeinsamen Anliegen arbeiten zu können«, in: *NAKOS-Extra* (28), S. 68-75.

Bock, Teresa (1989): »Ehrenamt oder unbezahlte Arbeit?«, in: *Caritas* 90 (10), S. 434f.

Bock, Teresa (1990): »»Alte« und »neue« Ehrenamtliche – Eine andere Sicht der freien Wohlfahrtspflege«, in: *Caritas* 91 (8), S. 353f.

Bock, Teresa (1992): »Ehrenamtliche in der Freien Wohlfahrtspflege«, in: *Soziale Arbeit* 41 (10-11), S. 381-385.

Bock, Teresa (1994): »Ehrenamtliche in der Caritas«, in: *Caritas* 95 (10), S. 420-424.

Bock, Teresa (1995a): »An der Zivilgesellschaft mitbauen«, in: *Caritas* 96 (7/8), S. 292f.

Bock, Teresa (1995b): »Ohne Ehrenamt ist kein Staat zu machen«, in: *aktiv und gemeinsam* 1 (2), S. 1f.

Bock, Teresa (1996a): »Förderung der Freiwilligenarbeit. Caritas macht ernst«, in: *Caritas* 97 (3), S. 97.

Bock, Teresa (1996b): »Ehrenamtliche gewinnen, vorbereiten und begleiten«, in: *Caritas* 97 (5), S. 220-226.

- Bopp, Ulrich (1997): »Förderung bürgerschaftlicher Initiative als privater Beitrag zum Gemeinwohl«, in: aktiv und gemeinsam 3 (3), S. 3f.
- Born, Gudrun (1988): Steckt das Ehrenamt in einer Krise?, Frankfurt a.M.: Arbeitsgemeinschaft Caritas d. Gemeinde, Bezirk Frankfurt.
- Born, Gudrun (1993): »Freiwilligen Atmosphäre schaffen«, in: Caritas 94 (1), S. 31-35.
- Born, Gudrun (1996): »Ehrenamtliche: »Wir lassen uns nicht länger ausnutzen!« Freiwillig sozial Engagierte machen mobil. Ehrenamtliche wollen klar begrenzte Aufgaben, Auslagenersatz, Fortbildung, Altersabsicherung, sonst geben sie ihren »Job« auf und gehen«, in: Sozialcourage (1), S. 28.
- Brantzen, Bernhard (1995): »Ehrenamtliche caritative Dienste in der Pfarrgemeinde – Eine Befragung zum Stand der ehrenamtlichen caritativen Arbeit in der Diözese Mainz«, in: Caritas 96 (5), S. 215-223.
- Bürgstein, Wolfgang (1998): »Jetzt sind Politik und Verbände gefordert. Fachtagung zum politischen Gewicht des Ehrenamtes vom 9. bis 10. Februar 1998 in Mainz«, in: Caritas 99 (8/9), S. 375-377.
- CKD [Caritas-Konferenzen Deutschlands] (1996): »Positionspapier: Notwendige Rahmenbedingungen für ein zukünftiges soziales Ehrenamt«, in: Caritas 97 (5), S. 232-235.
- Coenen-Marx, Cornelia (2009): »Berufung leben, Beteiligung ermöglichen – zum Engagement in der Kirche«, in: BMFSFJ (Hg.): Zukunft gestalten – sozialen Zusammenhalt sichern. Nachhaltige Entwicklung durch bürgerschaftliches Engagement, Berlin: BMFSFJ, S. 54-60.
- Deutscher Bundesjugendring (1993): »Positionspapier des Deutschen Bundesjugendrings: Für mehr AnEHRkennung – Ehrenamtliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Jugendverbände« vom 27./28. Oktober 1992, in: Ders. (Hg.): Viel Einsatz – wenig Ehre. Ehrenamtliche im Jugendverband – nicht entlohnen, aber belohnen, Bonn: G. Lehne, S. 99-105.
- DSB [Deutscher Sportbund] (1996) (Hg.): Ehrenämter in Deutschland. Dokumentation der Anhörung des Deutschen Sportbundes zum Ehrenamt am 6. November 1995 in Berlin, Frankfurt a.M.: Kunze & Partner.
- Fels, Sylvia (1997): »Vorwort«, in: Paritätischer Wohlfahrtsverband/Stiftung Mitarbeit (Hg.): Logbuch für Schatzsuchende. Eine Lesebuch für freiwilliges soziales Engagement, Bonn: Stiftung Mitarbeit, S. 6f.
- Friedrich-Ebert-Stiftung (o.J.): Arbeitskreis Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat. Leitbild Bürgergesellschaft [www.fes.de/buergergesellschaft/arbeitskreis/leitbild.htm; 27.02.2013].
- Gaidetzka, Petra (1989a): »Caritas-Konferenzen – Eine Chance für Gemeinde und Kirche«, in: Deutscher Caritasverband (Hg.): Caritas '90. Jahrbuch des Deutschen Caritasverbandes, Freiburg: DCV, S. 300-304.
- Gaidetzka, Petra (1989b): »Ehrenamt im Umbruch – Ein Literaturbericht«, in: Caritas 90 (10), S. 453-458.
- Gaidetzka, Petra (1990): »Ehrenamt hat Zukunft – Die Katholische Krankenhaus-Hilfe«, in: Caritas 91 (12), S. 587-589.
- Gaidetzka, Petra (1992): »Begleitung der »neuen« und »alten« Ehrenamtlichen«, in: Caritas 93 (4), S. 154-157.
- Gleich, Johann Michael (1996): »Mitarbeiterstudie: Arbeitszufriedenheit und Zusammenarbeit mit Ehrenamtlichen«, in: Caritas 97 (6), S. 275-284.

- Götz, Elisabeth (1993a): »Caritas-Konferenzen Deutschlands im Jahr 1991«, in: Caritas 94 (1), S. 18-27.
- Götz, Elisabeth (1993b): »Zur aktuellen Ehrenamtsdiskussion«, in: Caritas 94 (1), S. 35-39.
- Hamm, Ingrid (2009): »Vordenker, Plattform, Katalysator. Stiftungen und bürgerschaftliches Engagement im demografischen Wandel«, in: BMFSFJ (Hg.): Zukunft gestalten – sozialen Zusammenhalt sichern. Nachhaltige Entwicklung durch bürgerschaftliches Engagement, Berlin: BMFSFJ, S. 84-90.
- IG Metall-Vorstand (Hg.) (2001): IG Metall-Zukunftsreport. Ergebnisse im Überblick. Zuspitzungen und Diskussionsanreize, Frankfurt a.M.: IG Metall.
- Jakubowski, Anita M. (1997): »Aktivität in eigener oder fremder Sache? Kritische Anmerkungen zu einer Profilerweiterung von Selbsthilfekontaktstellen«, in: NAKOS-Extra (28), S. 61-67.
- Kettler, Ulrich (1997): »Sparzwänge und Hoffnung auf Synergie. Institutionelle Integration der Unterstützung von Selbsthilfe, Ehrenamtlichkeit und Freiwilligenarbeit«, in: NAKOS-Extra (28), S. 51-60.
- Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (2003): Aufbruch in die Bürgergesellschaft: Weniger Staat – mehr Eigenverantwortung. Grundsatzpapier des Kuratoriums der Konrad-Adenauer-Stiftung [www.kas.de/wf/doc/kas_2604-544-1-30.pdf; 26.02.2013].
- Krause, Christian (1997): »Ehrenamt und Freiwilligenarbeit im Sozialstaat«, in: SPD-Bundestagsfraktion (Hg.): Engagement stiftet Zusammenhalt. Freiwilligkeit – Ehrenamt – Selbsthilfe, Bonn: Cicero, S. 6-9.
- Krüger, Thomas (1997): »Bürgerengagement im Ehrenamt und in der Freiwilligenarbeit unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen«, in: SPD-Bundestagsfraktion (Hg.): Engagement stiftet Zusammenhalt. Freiwilligkeit – Ehrenamt – Selbsthilfe, Bonn: Cicero, S. 18f.
- Landessportbund NRW/Kultusministerium NRW (Hg.) (1994): Wir bringen Menschen in Bewegung. Jahr des Ehrenamtes 1993. Dokumentation, Duisburg: LSB NRW.
- Lodde, Rolf (1992): »Amt und Ehre«, in: Caritas 93 (4), S. 151.
- Nachbauer, Kurt (1989): »Personalgewinnung für die Caritasarbeit«, in: Caritas 90 (11), S. 497-505.
- Niermann, Thomas (2001): »Freiwilligencharta des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Diskussionsentwurf des Vorstandes des Gesamtverbandes«, in: Joachim Braun/Gabriele Wahlen (Hg.): Die Freiwilligen. Das Sozialkapital des neuen Jahrtausends. Förderpolitische Konsequenzen aus dem Freiwilligenurvey 1999, Köln/Leipzig: ISAB-Verlag, S. 116-120.
- o.A. (1996): »Rechtliche Rahmenbedingungen ehrenamtlicher sozialer Arbeit«, in: AWO Magazin 41 (10), S. 18.
- Paritätischer Wohlfahrtsverband/Stiftung Mitarbeit (Hg.) (1997): Logbuch für Schatzsuchende. Ein Lesebuch für freiwilliges soziales Engagement, Bonn: Stiftung Mitarbeit.
- Pott, Ludwig (1996): »Eine lebendige Demokratie braucht Ehrenamtliche. Auslaufmodell Ehrenamt?«, in: AWO Magazin 41 (10), S. 10-12.
- Puschmann, Hellmut (1992): »Profis und Ehrenamtliche in der Caritas«, in: Caritas 93 (4), S. 163f.

- Puschmann, Hellmut (1998): »Politische Rahmenbedingungen für das Ehrenamt«, in: Caritas 99 (8/9), S. 377-384.
- Reinelt, Joachim (1998): »Kirchliches Ehrenamt trägt zum sozialen Engagement in unserer Gesellschaft bei«, in: Caritas 99 (8/9), S. 388-392.
- von Richthofen, Manfred (1996a): »Ein Wort vornweg«, in: Deutscher Sportbund (DSB) (Hg.): Ehrenämter in Deutschland. Dokumentation der Anhörung des Deutschen Sportbundes zum Ehrenamt am 6. November 1995 in Berlin, Frankfurt a.M.: Kunze & Partner, S. 3.
- von Richthofen, Manfred (1996b): »Die Ehrenamtlichen – eine soziale Streitmacht der Superlative«, in: Deutscher Sportbund (DSB) (Hg.): Ehrenämter in Deutschland. Dokumentation der Anhörung des Deutschen Sportbundes zum Ehrenamt am 6. November 1995 in Berlin, Frankfurt a.M.: Kunze & Partner, S. 6-8.
- Riedel, Elke (1993): »Soziales Ehrenamt ist kein Hobby«, in: Caritas 94 (8/9), S. 378-380.
- Robert Bosch Stiftung (Hg.) (1998a): Freiwilligkeit und Freigebigkeit: Bürgerschaftliche Initiative für das Gemeinwohl, Stuttgart: RBS.
- Robert Bosch Stiftung (Hg.) (1998b): Jugend erneuert Gemeinschaft. Manifest für Freiwilligendienste in Deutschland und Europa [www.bosch-stiftung.de/content/language1/downloads/GuK_BuergerschaftlichesEngagement_JugendundFreiwilligkeit.pdf; 10.01.2013].
- Rogg, Gertrud (1994): »Vertretertag der Caritas-Konferenzen Deutschlands. Neue Wege im Ehrenamt«, in: Caritas 95 (10), S. 458f.
- Schaaf-Derichs, Carola (1997): »Selbsthilfe – Ehrenamt – Freiwilligenengagement – Bürgerschaftliches Engagement. Eine Standortklärung«, in: NAKOS-Extra (28), S. 76-82.
- Schaaf-Derichs, Carola (2009): »Engagement-Lotsen für die Berliner Gropiustadt«, in: BMFSFJ (Hg.): Zukunft gestalten – sozialen Zusammenhalt sichern. Nachhaltige Entwicklung durch bürgerschaftliches Engagement, Berlin: BMFSFJ, S. 139-147.
- Schenck zu Schweinsberg, Donata Freifrau (2009): »Engagement für den Erhalt eines sozialen Gemeinwesens«, in: BMFSFJ (Hg.): Zukunft gestalten – sozialen Zusammenhalt sichern. Nachhaltige Entwicklung durch bürgerschaftliches Engagement, Berlin: BMFSFJ, S. 155-162.
- Sengling, Dieter (1997a): »Ehrenamt unter veränderten Bedingungen«, in: SPD-Bundestagsfraktion (Hg.): Engagement stiftet Zusammenhalt. Freiwilligkeit – Ehrenamt – Selbsthilfe, Bonn: Cicero, S. 10-14.
- Sengling, Dieter (1997b): »Bürgerengagement im Ehrenamt und in der Freiwilligenarbeit unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen«, in: SPD-Bundestagsfraktion (Hg.): Engagement stiftet Zusammenhalt. Freiwilligkeit – Ehrenamt – Selbsthilfe, Bonn: Cicero, S. 15-17.
- Sommer, Michael (2004): »Soziale Voraussetzungen der Bürgergesellschaft«, in: betrifft: Bürgergesellschaft, Nr. 9 [http://library.fes.de/pdf-files/stabsabteilung/02139.pdf; 12.05.2013].*
- Spescha, Plasch (1993): »Arbeitszeit – Freizeit – Sozialzeit. Neuere Entwicklungen in Ehrenamt und Selbsthilfe«, in: Caritas 94 (8/9), S. 404-407.
- Stadtsportbund Münster e.V. (o.J.): »Das Ehrenamt im Sportverein« – eine Stellungnahme des SSB Münster [www.stadtsportbund-ms.de/39.html; 23.07.2013].

- Stiftung Bürger für Bürger (1998): »Selbstdarstellung der Stiftung Bürger für Bürger. Die Nationale Freiwilligenagentur für Deutschland«, in: BMFSFJ (Hg.): Qualität schaffen. Welches Know-how brauchen Freiwilligen-Agenturen?, Bonn: BMFSFJ, S. 95-99 [www.univation.org/download/QS_15.pdf; 10.02.2013].
- Stumpfögger, Elisabeth (1989): »Weiterbildung ehrenamtlicher Mitarbeiter – international«, in: Caritas 90 (10), S. 466-468.
- Zentralrat des DCV [Deutschen Caritasverbandes] (1995): »Ehrenamtliche Tätigkeit in der Caritas – Bestandsaufnahme, Perspektiven, Positionen«, in: Caritas 96 (7/8), S. 309-329.
- Zentralrat des DCV [Deutschen Caritasverbandes] (1998): »Ehrenamtliches Engagement«, in: Caritas 99 (12): 565f.
- Zimmermann, Olaf (1997): »Auf der Suche nach Einfluß und Professionalität«, in: SPD-Bundestagsfraktion (Hg.): Engagement stiftet Zusammenhalt. Freiwilligkeit – Ehrenamt – Selbsthilfe, Bonn: Cicero, S. 30-32.

9.2 TEXTKORPUS II (2010 BIS 2012)

9.2.1 Zeitungen und Zeitschriften

- Focus (2010): Auch Ehrenamtliche brauchen Versicherungen, 01.07.2010.
- Hamburger Abendblatt (2010): Ehrenamt macht gesund, 24.12.2010.
- Spiegel Online (2010a): Mehrgenerationenhäuser. Von der Leyens Vorzeigeprojekt in Geldnot, 07.11.2010.
- Spiegel Online (2010b): Mehrgenerationenhaus. Geschacher ums Geld gefährdet Erfolgsmodell, 27.12.2010.
- Spiegel Wissen (2010): Erfolgreiche Idealisten. Rund ein Drittel aller Jugendlichen engagiert sich ehrenamtlich – in Vereinen, in der Schule oder in den Kirchen. Vom Einsatz für andere profitieren sie ihr ganzes Leben lang, 04.05.2010.
- Zeit Online (2010): Generation Ehrenamt. Sinnvolle Aufgabe gesucht: Die über 50-Jährigen sind engagiert wie nie zuvor, 30.09.2010.
- Zeit Online (2011a): Zwischen Broterwerb und Ehrenamt. Job und freiwilliges Engagement miteinander zu vereinbaren, ist für viele ein Balanceakt. Dabei sind ehrenamtlich Engagierte die besseren Mitarbeiter, 16.06.2011.
- Zeit Online (2011b): Die Stützen der Gesellschaft. Auf ehrenamtliche Arbeit kann das Gemeinwesen nicht verzichten. Die freiwilligen Helfer sind die besten Vorbilder, 28.07.2011.

9.2.2 Politische Dokumente

Politische Reden, Pressemitteilungen und Parteiprogramme

- BBE [Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement] (Hg.) (2010): Engagement ermöglichen – Strukturen gestalten. Handlungsempfehlungen für eine nationale Engagementstrategie. Nationales Forum für Engagement und Partizipation, Bd. 3, Berlin [www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/themen_materialien/engagementpolitik/nfep_band3_2010.pdf; 10.12.2011].

- BBE [Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement] (2011): Das Netzwerk im Überblick [www.b-b-e.de/index.php?id=14379&no_cache=1&L=http%2525253&cid=10194&did=3646 &sechash=77e88ea6; 27.12.2011].
- BMFSFJ [Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend] (2011): Wo Menschen aller Generationen sich begegnen. Programmbeschreibung Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser II [www.mehrgenerationenhaeuser.de/documents/44943/203539/Programmbeschreibung_APIII.pdf?type=application/pdf&size=1,7MB; 14.11.2014].
- BMG [Bundesministerium für Gesundheit] (Hg.) (2012): Gesetz zur Neuausrichtung der Pflegeversicherung [https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/dateien/Publikationen/Pflege/Broschueren/Broschuere_Das_Pflege-Neuausrichtungs-Gesetz_Stand_nach_der_3._Lesung_im_Bundestag.pdf; 24.10.2013].
- BMI [Bundesministerium des Innern] (Hg.) (2011): Demografiebericht. Bericht der Bundesregierung zur demografischen Lage und künftigen Entwicklung des Landes, Berlin: BMI.
- Bundesregierung (2010): Nationale Engagementstrategie, Berlin [www.forum-engagement-partizipation.de/?loadCustomFile=Publikationen/Nationale_Engagementstrategie_10-10-06.pdf; 05.01.2012].
- FDP (2012): Verantwortung für die Freiheit. Karlsruher Freiheitsthesen der FDP für eine offene Bürgergesellschaft, Berlin.
- Köhler, Horst (2010): »Die Devise muss lauten: Die Demokratie – das sind wir!« Grußwort zum Thema »Wandel durch Bürgerengagement« beim ost-west-forum e.V. am 11.05.2010 auf Gut Gödelitz in Sachsen [www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Horst-Koehler/Reden/2010/05/20100511_Rede_Anlage.pdf?__blob=publicationFile&v=3; 09.08.2012].
- Wulff, Christian (2010a): »Unser Land braucht Menschen wie Sie«. Grußwort aus Anlass der Ordensverleihung »Engagement in den neuen Ländern« am 06.09.2010 in Berlin [www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Christian-Wulff/Reden/2010/09/20100906_Rede_Anlage.pdf?__blob=publicationFile&v=3; 10.08.2012].
- Wulff, Christian (2010b): Rede aus Anlass der Ordensverleihung zum »Tag des Ehrenamts« am 06.12.2010 in Berlin [www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Christian-Wulff/Reden/2010/12/20101206_Rede2_Anlage.pdf?__blob=publicationFile&v=3; 10.08.2012].
- Wulff, Christian (2010c): Weihnachtsansprache 2010 am 25.12.2010 in Berlin [www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Christian-Wulff/Reden/2010/12/20101225_Rede_Anlage.pdf?__blob=publicationFile&v=2; 07.08.2012].

Drucksachen des Deutschen Bundestages (Gesetze/wissenschaftlich-politische Berichte)

- BT-Drs. 17/2400 (2010): Unterrichtung durch die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration: Achter Bericht über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland vom 07.07.2010.
- BT-Drs. 17/3400 (2010): Unterrichtung durch die Bundesregierung: Nationaler Bildungsbericht 2010 »Bildung in Deutschland« und Stellungnahme der Bundesregierung vom 22.10.2010.

BT-Drs. 17/3815 (2010): Unterrichtung durch die Bundesregierung: Sechster Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland »Altersbilder in der Gesellschaft« und Stellungnahme der Bundesregierung vom 17.11.2010.

BT-Drs. 17/4803 (2011): Gesetzentwurf der Bundesregierung: »Entwurf eines Gesetzes zur Einführung eines Bundesfreiwilligendienstes« vom 17.02.2011.

BT-Drs. 17/10580 (2012): Unterrichtung durch die Bundesregierung: Erster Engagementbericht »Für eine Kultur der Mitverantwortung«. Bericht der Sachverständigenkommission und Stellungnahme der Bundesregierung vom 23.08.2012.

9.2.3 Veröffentlichungen von Vereinen, Verbänden und Stiftungen

o.A. (2011): »Zusammenhalt in Gefahr?«, in: AWO Ansicht (2), S. 8f.

Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.) (2012): Engagiert! Gedanken zum neuen bürgerschaftlichen Engagement. Beiträge der Arbeitsgruppe Bürgerschaftliches Engagement der grünen Akademie, Berlin: HBS.

Gesellschaft der Unterschiede



Projektgruppe »Neue Mitleidsökonomie« (Hg.)

Die neue Mitleidsökonomie

Armutsbekämpfung jenseits des Wohlfahrtsstaats?

Mai 2016, ca. 250 Seiten, kart., ca. 24,99 €,

ISBN 978-3-8376-3158-6



Bettina-Johanna Krings

Strategien der Individualisierung

Neue Konzepte und Befunde zur soziologischen Individualisierungsthese

Mai 2016, ca. 320 Seiten, kart., ca. 34,99 €,

ISBN 978-3-8376-3347-4



Ilka Sommer

Die Gewalt des kollektiven Besserwissens

Kämpfe um die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen in Deutschland

September 2015, 412 Seiten, kart., 39,99 €,

ISBN 978-3-8376-3292-7

**Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten
finden Sie unter www.transcript-verlag.de**

Gesellschaft der Unterschiede



Verena Rothe, Gabriele Kreutzner, Reimer Gronemeyer
Im Leben bleiben
Unterwegs zu Demenzfreundlichen Kommunen

September 2015, 288 Seiten, kart., 24,99 €,
ISBN 978-3-8376-2996-5



Leiv Eirik Voigtländer
Armut und Engagement
Zur zivilgesellschaftlichen Partizipation
von Menschen in prekären Lebenslagen

Juli 2015, 322 Seiten, kart., 34,99 €,
ISBN 978-3-8376-3135-7



*Tina Denninger, Silke van Dyk,
Stephan Lessenich, Anna Richter*
Leben im Ruhestand
Zur Neuverhandlung des Alters
in der Aktivgesellschaft

2014, 464 Seiten, kart., 29,99 €,
ISBN 978-3-8376-2277-5

Gesellschaft der Unterschiede

Sandra Meusel

Freiwilliges Engagement

und soziale Benachteiligung

Eine biografieanalytische Studie mit Akteuren in schwierigen Lebenslagen

Juni 2016, ca. 280 Seiten, kart., ca. 34,99 €, ISBN 978-3-8376-3401-3

Laura Glauser

Das Projekt des unternehmerischen Selbst

Eine Feldforschung in der Coachingzone

April 2016, ca. 300 Seiten, kart., ca. 39,99 €, ISBN 978-3-8376-3421-1

Therese Garstenauer, Thomas Hübel, Klara Löffler (Hg.)

Arbeit im Lebenslauf

Verhandlungen von (erwerbs-)biographischer Normalität

März 2016, ca. 200 Seiten, kart., ca. 29,99 €, ISBN 978-3-8376-3373-3

Alexandra Manske

Kapitalistische Geister

in der Kultur- und Kreativwirtschaft

Kreative zwischen wirtschaftlichem Zwang und künstlerischem Drang

November 2015, 454 Seiten, kart., 39,99 €, ISBN 978-3-8376-2088-7

Carina Großer-Kaya

Biographien der Arbeit –

Arbeit an Biographien

Identitätskonstruktionen türkeistämmiger Männer in Deutschland

Oktober 2015, 330 Seiten, kart., 39,99 €, ISBN 978-3-8376-3239-2

Gabriele Fischer

Anerkennung – Macht – Hierarchie

Praktiken der Anerkennung und Geschlechterdifferenzierung in der Chirurgie und im Friseurhandwerk

August 2015, 232 Seiten, kart., 32,99 €, ISBN 978-3-8376-3062-6

Katharina Scherke (Hg.)

Spannungsfeld

»Gesellschaftliche Vielfalt«

Begegnungen zwischen Wissenschaft und Praxis

Juli 2015, 236 Seiten, kart., farb. Abb., 32,99 €, ISBN 978-3-8376-2964-4

Monika Windisch

Behinderung – Geschlecht – Soziale Ungleichheit

Intersektionelle Perspektiven

2014, 232 Seiten, kart., zahlr. Abb., 29,99 €, ISBN 978-3-8376-2663-6

Hannes Krämer

Die Praxis der Kreativität

Eine Ethnografie kreativer Arbeit

2014, 422 Seiten, kart., 34,99 €, ISBN 978-3-8376-2696-4

Franz Schultheis, Berthold Vogel, Kristina Mau (Hg.)

Im öffentlichen Dienst

Kontrastive Stimmen aus einer Arbeitswelt im Wandel

2014, 296 Seiten, kart., 29,99 €, ISBN 978-3-8376-2770-1

Christoph Hoeft,

Johanna Klatt,

Annike Klimmeck,

Julia Kopp,

Sören Messinger,

Jonas Rugenstein,

Franz Walter

Wer organisiert die »Entbehrlichen«?

Viertelgestalterinnen und Viertelgestalter in benachteiligten Stadtquartieren

2014, 290 Seiten, kart., 24,99 €, ISBN 978-3-8376-2731-2

Kay Biesel, Reinhart Wolff

Aus Kinderschutzfehlern lernen

Eine dialogisch-systemische Rekonstruktion des Falles Lea-Sophie

2014, 184 Seiten, kart., 24,99 €, ISBN 978-3-8376-2386-4

